Felix Rachfahl

Deutschland und die Weltpolitik

1871 – 1914

Bd. I

Die Bismarck'sche Aera

Stuttgart
Ernst Heinrich Moritz
(Inh. Franz Mittelbach)

Felix Rachfahl

Deutschland und die Weltpolitik

Druck der Stuttgarter Setzmaschinen-Druckerei Holzinger & Co.

Vorrede.

Nicht zu verzagen im Unglück, nicht dumpfem Schmerz und ohnmächtiger Verzweiflung sich zu überlassen und Unwiederbringlichem nachzutrauern und nachzujagen, geziemt dem, der sein Vaterland liebt, sondern doppelte Arbeit in dem Berufe und an der Stelle zu leisten, an die man durch das Schicksal gestellt ist, um so das Seine zur Wiederherstellung des Zertrümmerten beizutragen, sowie den Ursachen des erlittenen Unheils ruhig und unbeirrt durch Vorurteil und Leidenschaft nachzugehen, um daraus Belehrung für die Zukunft zu ziehen und mindestens begangene Fehler nicht zu wiederholen. Vor allem ist das die Aufgabe des Historikers, dem das Zweite mit dem Ersten verschmilzt. Ihm wird es als höchstes Ideal vorschweben, seinem Volke die Geschichte der Ereignisse, die dessen Verhängnis heraufbeschworen, im Spiegel der Wahrheit zu zeigen, damit es erkenne, wodurch es sein trauriges Los herbeigeführt habe. Auch beim Einzelnen ist ja, wenn eine Katastrophe über ihn hereinbricht, Selbstbesinnung und Selbstabrechnung mit der Vergangenheit eisernes Gebot. Ein vorurteilsfreies und rückhaltsloses Aufdecken der Vergangenheit wird auch auf die Länge nicht ohne Eindruck auf andere Länder bleiben, auf Neutrale und selbst frühere Feinde, wenngleich in verschiedenem Grade, je nach der Spannung der Gefühle, von denen sie gegen uns erfüllt sind. Es wird weiterhin schmählichen übertriebenen Selbstanklagen und giftigen Verleumdungen die Spitze abbrechen, die Lüge von der deutschen Alleinschuld beseitigen und einer gerechten Auffassung die Bahn brechen helfen. Die geschichtliche Wahrheit setzt sich zwar langsam durch, aber es ist das Wesen der historischen Wissenschaft, daß sie den Umfang dessen, was der Tummelplatz des Strittigen ist, sei es, daß es der Bosheit, der Leidenschaft, der Doktrin oder der zweifelhaften Quelleninterpretation entstammt, allmählich, aber stetig und sicher einengt.

Maßloser weltpolitisch-imperialistischer Ehrgeiz Deutschlands, so wird behauptet, hat den Weltkrieg von 1914 entzündet. Das vorliegende Werk soll das Verhältnis Deutschlands zur weltpolitischen Entwicklung im Zeitraum von 1871 bis 1914 in seinem ganzen Umfange darstellen, um Deutschlands aktiven Anteil an ihr sicher zu ermitteln. Zu diesem Zwecke wird die weltpolitische Expansion der übrigen Mächte kurz als der Hintergrund skizziert, auf dem die eigenen weltpolitischen Aktionen Deutschlands und sein Verhalten zu denen der anderen in ihren chronologischen und kausalen Zusammenhängen vorgeführt werden. Wie ich das Wort „Weltpolitik" verstehe, habe ich in der Einleitung ausführlich erörtert; ich bemerke hier dazu nur noch folgendes: Es steht dem Autor frei, seine Terminologie nach Belieben zu wählen; nur muß er klar und deutlich sagen, was er damit zum Ausdruck bringen will. Und wenn man den Gebrauch des Wortes „Welt-

politik" in dem Sinn ablehnt, wie er hier angewandt worden ist, dann wäre der Weltkrieg von 1914 seinem Ursprunge nach nicht weltpolitischer Natur. Denn nicht die neueste überseeische Expansion ist es, aus welcher der Weltkrieg unmittelbar und augensichtlich hervorging, sondern das alte halbeuropäische Problem der Balkanfrage.

Das Buch ist aus Vorlesungen entstanden, die der Autor an der Universität Freiburg gehalten hat. Hiermit wird der erste Band vorgelegt, der die Bismarcksche Ära enthält. Es ist selbstverständlich, daß Quellen und Literatur, soweit sie bekannt und dem Autor erreichbar waren, herangezogen worden sind; vom größten Wert für ihn aber war es, daß er die kürzlich erschienenen ersten sechs Bände der Akten des Auswärtigen Amtes von 1871 bis 1890 bereits benutzen konnte. Ich bin dem Herausgeber, Herrn Bibliotheksdirektor Dr. Thimme, für die große Bereitwilligkeit und Liebenswürdigkeit, mit der er mir die Kenntnisnahme des monumentalen Werkes gewährte und erleichterte, zum tiefsten Danke verpflichtet. Nur kurz erwähnt sei hier auch die Belehrung, die ich aus den sachkundigen Anmerkungen Thimmes schöpfte. Bei den jetzigen Druckpreisen und beim Umfange, den der Band ohnehin annahm, mußte auf Literaturnachweise und kritische Anmerkungen verzichtet werden. Auf Einzelnes in dieser Richtung werde ich noch in einem Aufsatze zu sprechen kommen, den ich demnächst über die Fortschritte, welche unsere Kenntnis der Jahre 1871 bis 1890 der Thimmeschen Publikation verdankt, im „Archiv für Politik und Geschäfte" veröffentlichen werde. Einige Literaturangaben finden sich in des Verfassers früheren Schriften: „Der Rückversicherungsvertrag", der „Balkandreibund" und „Das angebliche Bündnisangebot Bismarcks an England vom Jahre 1887", Weltwirtschaftliches Archiv Bd. XVI S. 23 ff., „Nochmals das angebliche Bündnisangebot Bismarcks an England vom Jahre 1887", Ebd. XVII., S. 268 ff. und „Bismarcks englische Bündnispolitik", Freiburger Rektoratsrede. 1922.

Freiburg i. Br., im Januar 1923. Felix Rachfahl.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung

Erstes Buch
Im Zeichen der Balkanfrage.

Drittes Buch

Der überseeische Imperialismus in Europa und die Begründung der deutschen Kolonialherrschaft.

Viertes Buch

Wieder im Zeichen der Balkanfrage.

Einleitung.

Mit den Worten „Weltpolitik“ und „weltpolitisch“ kann man einen doppelten Sinn verbinden. Einmal den engeren, nämlich den der wirtschaftlichen und territorialen Ausdehnung einer bestimmten Nation oder eines bestimmten Staatswesens nach überseeischen oder benachbarten Gebieten anderer Erdteile von grundsätzlich verschiedener Eigenart der Rasse und Kultur. Die wirtschaftliche Ausbreitung ist meist das treibende Motiv; auch politische Machterweiterung kann als solches wirksam sein; in der Regel treten beide Faktoren eng miteinander verbunden auf; sie finden dann ihren praktischen Ausdruck im Streben nach Land- und Kolonialerwerb. Daneben gewahren wir auch eine rein ökonomische Expansion, die auf Ziele dieser Art verzichtet und einen scheinbar wenigstens unpolitischen Charakter trägt, rein auf wirtschaftliche Festsetzung und Gewinne bedacht. Aber auch dabei ist politischer Druck oft nicht zu vermeiden, sei es auf dasjenige Land, das in den eigenen wirtschaftlichen Interessenkreis hineingezogen werden soll, sei es auf andere Staaten, mit denen man dabei konkurriert, oder die gar das fragliche Gebiet ausschließlich ihrer Macht- oder mindestens ökonomischen Wirkungssphäre einzuverleiben trachten. Auch das sog. Prinzip der „offenen Türe“ stellt sich somit häufig als ein verschleiert politisches dar, wenn es auf ein Nebeneinanderarbeiten mehrerer Interessenten hinausläuft. Politischer Natur ist aber ökonomische Expansion erst recht dann, wenn es sich darum handelt, daß ein einzelner Staat irgendwo im Auslande eine faktische oder gar rechtliche Monopolstellung zu erringen bemüht ist.

Weltpolitische Bestrebungen in diesem, d. h. im engeren Sinne, pflegt man auch mit dem Schlagworte „Imperialismus“ zu belegen. Auch dieser Ausdruck kann die verschiedensten Bedeutungen haben. Zunächst bezeichnet er jedes Streben nach Herrschaft, allerdings unverkennbar mit dem Nebensinne, über ein gewisses, dem Inhalt der Herrschaftsbefugnisse und dem Umfang des Herrschaftskreises nach von Natur gegebenes Maß und Ziel hinaus, also gleichfalls eine Machtexpansion. Dieses Übermaß kann sich, wie gesagt, in doppelter Richtung äußern, — einmal was den Inhalt der Herrschaftsbefugnisse anbelangt, nämlich als Steigerung und Konzentration der Gewalt in der Hand des Machthabers, d. h. eines potenzierten Absolutismus, der sich dann in der Regel in die Form einer Militärdiktatur kleidet, oder zum mindesten auf der Grundlage einer starken militärischen Machtentfaltung beruht; oder als Vergrößerung des Herrschaftsgebietes, wobei letzten Grundes das Vorbild einer Herrschaft nach Art des römischen Weltreichs, des antiken imperium Romanum, vorschwebt, dem es ge-

lungen war, fast alle Völker des damals bekannten Erdkreises zu einer politischen Einheit unter Führung einer einzigen zentral gelegenen Stadt, nämlich Roms, und später, als in ihr die republikanische Staatsform der monarchischen Platz gemacht hatte, unter der absoluten Monarchie der römischen Kaiser zusammenzuschweißen und zusammenzuhalten, — es verbanden sich hier also schließlich absolute Regierungsgewalt und territoriale Ausdehnung. Die Idee des Weltreiches und der Weltherrschaft ging als Erbteil der sinkenden Antike auf das Mittelalter über, und ihre Ausstrahlungen erstreckten sich auch noch bis in die Neuzeit; es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, die Geschichte dieser Idee und der Versuche zu ihrer praktischen Durchführung durch die Jahrhunderte zu verfolgen. Hier beschäftigt uns lediglich der Imperialismus in seiner neuesten Erscheinungsform, dessen Aktionen nämlich zugleich als solche der Weltpolitik i. e. S. aufzufassen sind, d. h. diejenigen Bestrebungen zunächst der großen Staaten Europas im Zeitraume von 1871 bis 1914, welche darauf gerichtet sind, außerhalb des europäischen Kulturkreises (wenngleich nicht außerhalb Europas, insofern, als der mohammedanische Kultur- und Herrschaftskreis auf die Balkanhalbinsel hinübergriff) gelegene Gebiete ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessensphäre einzufügen; wir werden noch sehen, wie innerhalb dieser Frist große außereuropäische Mächte ähnliche Tendenzen zu verfolgen begannen. Der moderne Imperialismus, der seine typische Gestalt in England erhielt, ist an keine bestimmte Staatsform gebunden. Das sehen wir an Rußland, das von jeher, zuerst von allen Staaten Europas, eine imperialistische Politik getrieben hat: als es zum Anfange des 20. Jahrhunderts vom Absolutismus zum Konstitutionalismus überging, wurden dadurch seine imperialistischen Aspirationen nicht etwa unterdrückt, vielmehr in dem Grade stärker entfacht, daß eben dadurch der Anlaß zum Ausbruche des Weltkrieges gegeben wurde. Charakteristisch ist es für ihn freilich, daß er auf Grund einer konzentrierten Militärgewalt seine Stellung in den unterworfenen Gebieten aufrechtzuerhalten sucht, insoweit es sich dabei um die Herrschaft über fremde Rassen handelt — darin erinnert er an den antiken Imperialismus, und er ist auch insofern ein echter Imperialismus, als auch er seinen Geltungsbereich über seine natürlichen Grenzen hinaus zu erweitern trachtet, aber nicht rein politisch, sondern vor allem aus wirtschaftlichen Motiven. Er sucht sich fremde Gebiete für die Zwecke seiner eigenen Volkswirtschaft dienstbar zu machen, sei es, indem er seine überschüssige Bevölkerung dahin abströmen läßt, sei es, indem er sie als Absatzmärkte oder als Rohstofflieferungsdistrikte für die einheimische, d. h. für die mutterländische Industrie gewinnen will, sei es, daß er sie gebraucht, um den Zugang zu den großen Straßen des Weltverkehrs, zumal zum offenen Meere, zu erreichen und zu behaupten, — dabei spielen gewisse Punkte eine wichtige Rolle, die geeignet sind, die Wege zur See und die Verbindung mit schon vorhandenen oder wenigstens angestrebten transozeanischen Besitzungen zu sichern. Die wirtschaftlichen Motive brauchen nicht allein im Spiele zu sein; sie können sich mit solchen politischer Art mischen, und diese können sogar die älteren sein; jene können dann aus ihnen erst erwachsen, an sie sich anlehnen; die einen können in die anderen übergehen: es ist ein altes Lied,

das in einer neuen Melodie vorgetragen wird, — ein Beispiel dafür bietet der Drang Rußlands nach den türkischen Meeresengen. Da nun aber die angeführten Zwecke in der Regel auf europäischem Boden (eine Ausnahme macht nur die russische Balkan- und Meeresengenpolitik) nicht zu verwirklichen sind, wirft der neuzeitliche Imperialismus seine Blicke auf die fremden Erdteile, und da von den Staaten Europas nur Rußland mit einem fremden Kontinent unmittelbar zusammenhängt, ist er naturgemäß (eben mit Ausnahme des russischen) überseeisch gerichtet; d. h. es mündet in ihn die Kolonialgeschichte der früheren Jahrhunderte, und er stellt sich dar als deren Fortsetzung, — allerdings in einem gegen vormals ungleich größeren Umfange, insofern als es sich für ihn nicht nur darum handelt, direkte Kolonien zu gründen, sondern sich auch politische und wirtschaftliche Interessensphären zu schaffen zur Verfolgung eben der ökonomischen Bedürfnisse des eigenen Landes und seiner Einwohner.

Das Wort „Weltpolitik" hat aber auch noch eine weitere Bedeutung. Wie Politik überhaupt werdende Geschichte ist, so ist Weltpolitik werdende Weltgeschichte, demgemäß der Inbegriff aller Wechselbeziehungen zwischen den großen Weltmächten, der Verflechtungen ihrer Schicksale, die Summe aller ihrer gegenseitigen Konflikte, auch insofern deren Gegenstand zunächst für die Mächte Europas innereuropäische Angelegenheiten sind. Aber diese fließen mit den Begebenheiten, die sich an die außereuropäischen Expansionstendenzen der Mächte knüpfen, schließlich zu einem einzigen großen Strome „weltpolitischen" Geschehens im weitesten Sinne zusammen, als der sich eben der nunmehr für Deutschland unglücklich verlaufene Weltkrieg darstellt. In ihm haben die beiden Reihen von Ereignissen, von denen wir sprachen, nunmehr eine einheitliche Lösung gefunden, leider, wie schon gesagt, nicht zum Vorteile unseres Volkes und seines Staatswesens, sondern für sie von katastrophalem Abschlusse. Zusammengebrochen sind sowohl die bescheidenen Anfänge einer weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Expansion in den letzten Jahrzehnten, als auch die europäische Machtstellung, die wir dem rastlosen Bemühen und der fast ununterbrochenen Siegeslaufbahn eines Vierteljahrtausends preußisch-deutscher Geschichte seit dem Auftreten des Großen Kurfürsten verdankten.

Die Aufgabe dieser Schrift wird also eine doppelte sein. Wir werden einmal die Expansion der Weltmächte schildern müssen, wie sie im letzten halben Jahrhundert den ganzen Erdball umspannte und dessen bisher noch freie Räume durchdrang und aufteilte. Überall stießen die Mächte ja hier aufeinander; keine einzige von ihnen besaß nur Interessengebiete, in denen sie ganz isoliert dastand, ohne daß ein Rivale ihren Weg kreuzte. Und weiterhin werden wir den Zusammenhang und die Wechselwirkung feststellen müssen, die zwischen den außerkontinentalen Expansionsbestrebungen der großen Mächte Europas und denjenigen innereuropäischen Problemen bestanden, welche gleichsam als Zankapfel Nahrung zu Zwist und Feindschaft zwischen ihnen gaben: wir werden also unsern Blick darauf richten müssen, wie die Weltpolitik im engeren in die im weiteren Sinne mündete.

Sehen wir nun zu, welches diejenigen Teile des Erdballs sind, die ungefähr

als die Hauptschauplätze der weltpolitischen Expansion in den letzten fünfzig Jahren anzusprechen sind, so gewahren wir, daß dabei vornehmlich drei dabei in Betracht kommen: Afrika; sodann der nähere Orient, der bisherige Herrschaftsbereich der Hohen Pforte, — Ägypten bildet zwischen diesen beiden ersten gleichsam die Brücke, beiden zugleich angehörig. An dritter Stelle ist zu nennen der entferntere Osten, Ostasien, die westliche Küste des Stillen Ozeans, und das Inselland im Süden dieses Meeres, — sowie in ähnlicher Stellung wie Ägypten zwischen Afrika und dem näheren Orient, gleichsam wieder als Zwischenstück zwischen diesem und dem entfernteren Osten, das mittlere Asien, die Gebiete im Westen und Norden des indischen Grenzgebirges. Mit dem Wettstreite um diese soeben bezeichneten Regionen weltpolitischer Betätigung kreuzten sich gewisse innereuropäische Fragen, die sich dem Auge des historischen Betrachters als noch ungelöste Reste derjenigen Probleme darstellen, welche die Entwicklung des europäischen Staatensystems im 19. Jahrhundert bestimmten. Es ist für die letztere charakteristisch das Streben nach Bildung möglichst rein nationaler Staaten, so daß nämlich jede Nation möglichst für sich und in möglichster Vollständigkeit, insoweit es sich um kompakt zusammenwohnende Massen handelt, als ein besonderes Staatswesen existiere.

Von diesem Drange nach staatlicher Einigung waren im 19. Jahrhundert alle Völker Europas ergriffen; am stärksten und am erfolgreichsten wirkte sich diese Tendenz in Deutschland und Italien aus. Aber sowohl das neue Deutschland als auch das neue Italien waren, vom nationalen Standpunkte aus angesehen, unvollkommene Bildungen. Beide schlossen in sich stammesfremde Bevölkerungselemente ein, auch Italien, nämlich jugoslawische in seiner äußersten Nordostecke; von Deutschland werden wir in dieser Hinsicht noch sogleich zu reden haben. Andererseits umfaßte weder Deutschland alle geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete noch auch wohnten in Italien alle Italiener. Das hatte im wesentlichen (abgesehen von der Tatsache, daß sich Frankreich im Laufe der Zeit italienischer Stammesgebiete bemächtigt hatte) seine Ursache darin, daß ein in seinen Wurzeln bis in das Mittelalter zurückreichendes Staatswesen, dessen Existenz mit dem nationalen Prinzip völlig unvereinbar war, die habsburgische Donaumonarchie, die ganz und gar nur auf geschichtlichen und dynastischen Bedingungen und Zufälligkeiten beruhte, deutsche und auch einige italienische Landesteile in sich enthielt. Daß Österreich mit dem nationalen Prinzip, auch vom deutschen Standpunkte aus betrachtet, im Widerspruche stand, das ward in früherer Zeit noch notdürftig dadurch verdeckt, daß es, durch eine deutsche Dynastie regiert, seiner Entstehung nach ein von deutschen Waffen unterworfenes Völkerkonglomerat war, innerhalb dessen das deutsche Element die führende Rolle innehatte. Je mehr es jedoch aus einer absoluten eine konstitutionelle Monarchie wurde, um so weniger ließ sich der Schein deutscher Herrschaft und Wesenheit aufrecht erhalten. Die unter dem habsburgischen Zepter stehenden nichtdeutschen Stämme, Slawen, Magyaren, Rumänen und Italiener, trachteten teils direkt von vornherein nach Losreißung, teils zunächst danach, im Rahmen der gemeinsamen Monarchie volle Autonomie, womöglich sogar die Oberhand zu gewinnen und die

Deutschen, zumal insoweit diese wieder unter ihnen in kleineren Splissen gesessen waren, zu überwältigen und aufzusaugen. Immerhin, auf den ersten Blick stellte sich die innerösterreichische Entwicklung als ein Emanzipationskampf der nichtdeutschen Völker dar, und es entstand so, indem in Transleithanien das magyarische Element tatsächlich an das Ruder gelangte, in Österreich-Ungarn eine südslawische, eine tschechoslowakische, eine rumänische und eine polnische Frage, zu welch letzterer sich wieder als ein neues komplizierendes Element eine ruthenische Frage gesellte. Das polnische Problem griff naturgemäß hinüber auf das benachbarte Russische und auf das Deutsche Reich. Für diese beiden war allerdings die polnische nicht die einzige Nationalitätenfrage. Rußland umfaßte die verschiedensten, nicht nur slawischen Stammesarten, sondern auch selbst nichtarische Völkerschaften und Rassen, die zusehends alle von zentrifugalen Tendenzen ergriffen wurden. Auch Deutschland entbehrte außer den Polen nicht stammesfremder oder, wenngleich germanischer, so doch widerstrebender und entnationalisierter Elemente, nämlich der Dänen in Nordschleswig, sowie im neu erworbenen Elsaß-Lothringen solcher Volksteile, die entweder romanischer Herkunft waren oder, wenngleich deutschen Schlages, so doch in den zwei Jahrhunderten französischer Fremdherrschaft ihrer deutschen Eigenart politisch und auch weitgehend kulturell sich entwöhnt hatten, die sich jedenfalls als Deutsche in einem deutschen Staatswesen nicht mehr wohl fühlten. Verzichtete nun auch das Deutsche Reich, durch ein enges Bündnis mit der habsburgischen Monarchie verkettet, darauf, seine Stammesgenossen daselbst für sich zu fordern, so vermochte doch der Dreibund, die Erweiterung dieser deutsch-österreichischen Allianz, trotz seines jahrzehntelangen Bestehens Italien nicht dazu zu bringen, seine Irredenta gegen Österreich zu unterdrücken, obgleich eben diese, insoweit sie nach Nordosten gerichtet war, hier auch mit den südslawischen Ansprüchen in Konflikt geriet. Die fremdstämmigen und fremd fühlenden Elemente, die Österreich-Ungarn und Deutschland in sich bargen, lähmten schon seit geraumer Zeit die weltpolitischen Expansionsbestrebungen beider Reiche; sie haben im Weltkriege, mit dem die letzte Periode der Geschichte Europas, nämlich des jüngsten halben Jahrhunderts, abschloß, die Position der beiden geschwächt, erschüttert, die Donaumonarchie schließlich auseinandergesprengt, während Deutschland jetzt den Verlust wertvoller Grenzprovinzen zu beklagen hat. Nicht als ob nicht auch die Mächte der Gegenseite unter ähnlichen Verhältnissen hätten leiden müssen: Rußland ist ja demselben Schicksale wie Österreich-Ungarn verfallen, und zwar noch früher. Dagegen hat das irische Problem England zwar Verlegenheiten bereitet, aber es nicht wesentlich zu schädigen vermocht, und Frankreich ist von der Gefahr einer italienischen Irredenta nicht im geringsten auch nur berührt worden.

Noch ein letztes großes innereuropäisches Problem gab es endlich, welches zugleich in Wechselwirkung mit dem der weltpolitischen Entwicklung stand, nämlich das belgische. Im belgischen Staatswesen waren zwei verschiedene Nationalitäten durch die historische Entwicklung zu einem Ganzen verbunden worden, die romanischen Wallonen und die germanischen Flamen. Einst zu Spanien gehörig, war Belgien nach dem Spanischen Erbfolgekriege zu Österreich gekommen, von

diesem durch die Französische Revolution losgetrennt und darauf mit Holland ein Teil Frankreichs geworden. Nach dem Sturze Napoleons waren die Alliierten von 1813/15, d. h. das übrige Europa, nicht mehr gewillt, das Land in französischem Besitze oder auch nur wieder in die französische Herrschafts- und Interessensphäre geraten zu lassen. Daher vereinigten sie Belgien mit dem wiederhergestellten Holland, aber nicht als ein völlig souveränes Gebilde, sondern mit einer völkerrechtlichen Staatsservitut belastet. Vornehmlich lag es England, sowie unter den deutschen Staaten Preußen daran, zu verhindern, daß sich Frankreich jemals wieder in irgendwelcher Form Belgiens bemächtige, oder es auch nur als militärisches Aufmarschgebiet zu benutzen in die Lage komme, — England wollte die ihm gegenüberliegende flandrische Küste bis Antwerpen nicht in französischer Gewalt, Preußen die Franzosen nicht als unmittelbaren Nachbarn seiner Rheinlande sehen. Daher sicherten sich Preußen und England beim König der Niederlande weitgehende militärische Befugnisse in Belgien, des Einmarsches, des Durchmarsches, der Okkupation und der Besetzung der Festungen. Zur Regelung der gemeinsamen Ausübung dieser Rechte schlossen sie untereinander und mit Österreich und Rußland auf dem Kongreß von Aachen im Jahre 1818 geheime Verträge, durch die insbesondere die Errichtung einer Reihe von Festungen an der französisch-belgischen Grenze angeordnet wurde, deren östliche Hälfte im Falle eines drohenden Krieges mit Frankreich mit preußischen, die westliche mit britischen Truppen belegt werden sollte. Als sich 1830/31 Belgien von Holland losriß, wurde Belgien zwar scheinbar von den Mächten als neutraler Staat erklärt; seine soeben umschriebenen militärischen Verpflichtungen wurden jedoch ausdrücklich erneuert, und Leopold I. mußte im geheimen förmlich anerkennen, daß er sich in diesen Stücken fortan ganz ebenso verhalten müsse, wie bisher der niederländische König. Im Lauf des 19. Jahrhunderts änderte Belgien nun freilich eigenmächtig sein Festungssystem, und zwar in einer zwar für England, aber nicht auch für Preußen-Deutschland günstigen Weise. In demselben Zeitraum erwachte in Belgien die nationale Frage. Nach der Losreißung von Holland übten die mit Frankreich sympathisierenden Wallonen, obgleich sie keineswegs im Lande die Mehrheit hatten, kulturell und politisch ein Übergewicht aus, das die Flamen je länger um so drückender empfanden. Der nationale Zwist spitzte sich allmählich so zu, daß vor dem Ausbruche des Weltkrieges auch von wallonischer Seite schließlich der Gedanke einer administrativen Trennung beider Landesteile ernstlich in Erwägung gezogen wurde. Indem Belgien auf die Initiative Leopolds II. hin durch die Erwerbung der Kongokolonie endlich in den Kreis der Kolonialmächte gezogen wurde, ohne eigentlich selbst Macht, geschweige denn Seemacht zu sein, sah es sich genötigt, in einem Konflikte der europäischen Mächte eine Haltung einzunehmen, für die ihm schon in Rücksicht auf seine kolonialen Interessen von vornherein eine freie Wahl gar nicht zustand.

Erstes Buch

Im Zeichen der Balkanfrage
(1871—1879)

Erstes Kapitel.

Die weltpolitische Expansion der Staaten Europas bis in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts.

Als die europäische Entwicklung durch den Frankfurter Frieden von 1871 einen vorläufigen Abschluß gewann, der freilich kein halbes Jahrhundert Bestand haben sollte, gab es nur zwei Großmächte in Europa mit beträchtlicher Ausdehnung ihrer Herrschaftssphäre über fremde Weltteile, nämlich England und Rußland. Dieses lag am Tore Europas gegen das nördliche und mittlere Asien, sowie gegen den näheren Orient, war daher mit seiner Expansion eben nach diesen Gegenden gewiesen. England hatte seinen Platz an der Ausfallspforte Europas nach dem freien Meere, war also im Besitze der Zugänge zur See nach den übrigen Erdteilen. Diesen Vorzug teilte es nun freilich mit den übrigen Westmächten, und in der Tat hatten diese, sowie das zwar nicht ebenso günstig gelegene, aber früher seegewaltige Holland, entsprechend dem Umstande, daß sie meist schon vorher an der Aufschließung der bisher unbekannten Regionen des Erdballs tätig gewesen waren, das Britische Reich an Kolonialbesitz ehedem bei weitem übertroffen. Teils aber hatte England, im Verlaufe der Jahrhunderte zielbewußt dem Dominate zur und über der See zusteuernd, seine Rivalen von ihrer Höhe herabzustürzen vermocht, indem es sie gegeneinander ausspielte, oder indem es ihre kontinentalen Kämpfe und Verwicklungen benützte, um ihre maritime und koloniale Stellung zu schwächen; teils hatten diese es nicht verstanden, ihre Kolonien so zu behandeln und zu beherrschen, daß man sich in ihnen nicht versucht gefühlt hätte, sich vom Mutterlande loszureißen, was ihnen denn auch, mit offener oder geheimer Unterstützung Englands, glückte.

Es genügt hier für unsere Zwecke, einen kurzen Blick auf das Endergebnis der Entwicklung der älteren Kolonialmächte Europas zu werfen; Frankreich lassen wir dabei absichtlich außer acht, da wir uns mit ihm noch bei Gelegenheit der Darstellung seines Wiedereintritts in die Weltpolitik i. e. S. zu beschäftigen haben werden.

Portugal, an sich schon seit langer Zeit eine Dependenz der britischen Macht, hatte seinen ganzen großen Kolonialbesitz bis auf etwa 2 Millionen Quadratkilometer eingebüßt, die fast ausschließlich in Afrika gelegen waren, in der Hauptsache Angola und Mozambique in Südafrika, in Asien nur noch einige Plätze in Indien, Goa, Damao und Diu, Macao an der Mündung des Kantonstromes in China und die Nordosthälfte der Sundainsel Timor. Ob es sich auf die Dauer in diesen kärglichen Resten seiner früheren Herrlichkeit behaupten konnte, das hing ganz von England und demgemäß von seinem eigenen Wohlverhalten gegen-

über dem mächtigen Inselreiche ab. Vom spanischen Kolonialreiche war nichts übrig geblieben als die Antilleninseln Kuba und Portoriko, die Karolinen und Philippinen im Stillen Ozean, das dem Mutterlande auf dem afrikanischen Festlande gleichsam als Brückenkopf gegenüberliegende Ceuta, die Kanarischen Inseln und einige kleine Striche und Inseln an der Guineaküste in Westafrika. Auch für Spanien war es mehr als fraglich, ob es imstande sein würde, zumal seine weiter abgelegenen Gebiete gegen ernsthafte Angriffe großer Rivalen zu verteidigen. Die Niederlande besaßen noch außer einigen Kolonien in Westindien, wie Curaçao, und dem Niederländisch-Guyana, solche in Ostindien, so ziemlich die ganzen Sunda- mit anderen Inseln des Malaiischen Archipels, zusammen etwa 2 Millionen Quadratkilometer mit ungefähr 30 Millionen Einwohnern. Niederländisch-Ostindien war eine der bevölkertsten, wertvollsten und reichsten Kolonien Europas, freilich nicht leicht zu regieren, sowohl infolge beständiger Unruhen der Eingeborenen als auch wegen der Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Durchdringung und Beherrschung des ausgedehnten Gebietes; die Gefahren, welche der Aufstieg der gelben Rasse in den Gegenden Ostasiens und dem Bereich des Stillen Ozeans mit sich zu bringen vermögen, tauchten freilich erst in der Folgezeit in festeren Umrissen auf. Außer den genannten Staaten Westeuropas wäre an dieser Stelle nur noch Dänemark zu erwähnen, zu dem außer Island und Grönland noch die westindischen Inseln Ste. Croix und St. Thomas gehörten.

An der Spitze aller Kolonialmächte der Welt stand England. Seine weltpolitische und koloniale Stellung baute sich zum guten Teile auf den Trümmern dessen auf, was seine Nebenbuhler dereinst besessen und beherrscht hatten. Der Kampf gegen Philipp II. von Spanien hatte die Engländer auf die See gelockt; ihre maritime Betätigung begann mit Piraterei und Angriffen auf spanische Flotten und Kolonien. Im Anfang des 17. Jahrhunderts spielten dann die ersten Versuche zur Begründung dauernder Niederlassungen, zunächst Handelsfaktoreien, dann aber auch bald Landsiedelungen, — Handelsfaktoreien in Ostindien im Zusammenhange mit der 1600 gegründeten Ostindischen Kompagnie, sowie in Westindien; Ackerbaukolonien, bevölkert durch die puritanischen Exulanten, an der Ostküste von Nordamerika. Nicht lange währte es, und das britische Banner wehte in allen Weltteilen, über allen Weltmeeren. Die Rivalität der Holländer und nachher der Franzosen wurde beseitigt; auf ihre und der Spanier Kosten wuchs in der Folgezeit der englische Kolonialbesitz. Der Siebenjährige Krieg verschaffte den Engländern gegen die Franzosen das Übergewicht in Ostindien und in Kanada. Ein schlimmer Rückgang trat allerdings einmal ein, die Losreißung der Vereinigten Staaten; diese haben freilich im jüngsten Weltkriege ihrem ehemaligen Mutterlande alles das wieder gutgemacht, was sie ihm damals an Leid zugefügt hatten, indem sie ihm noch einmal seine ganze Macht und damit seine See- und Kolonialgeltung retteten und zu deren neuer Befestigung und Erweiterung beitrugen. Der Verlust, den der überseeische Besitzstand der Briten durch die Abtrennung ihrer nordamerikanischen Pflanzstaaten erlitt, wurde in der Folgezeit, zumal im Zeitalter der französischen Revolutions-

kriege, reichlich ersetzt, vor allem durch die Ausbreitung ihrer seit der Mitte des 18. Jahrhunderts gegen Frankreichs Rivalität festbegründeten Herrschaft in Ostindien, sowie durch die Erwerbung des bisher holländischen Ceylons, des gleichfalls bisher holländischen Kaplandes, womit ihre Festsetzung in Südafrika begann, durch die Befestigung und Ausdehnung ihrer Position in dem früher französischen Kanada, durch die gleiche Entwicklung in Hinterindien und in der Malaiischen See, durch die Festsetzung in Hongkong und auf dem gegenüberliegenden Festlande Chinas, durch die Besitzergreifung von Australien. Großbritannien, zum Anfange der von uns behandelten Periode, etwa 230 000 Quadratkilometer groß mit 28 Millionen Einwohnern, war der Kern eines Weltreichs, dessen Gebiet etwa hundertmal, dessen Bevölkerungszahl etwa zehnmal so groß war: der wichtigste Bestandteil davon war Ostindien mit 4 Millionen Quadratkilometer und 240 Millionen Einwohnern. Ein Netz von Stützpunkten, Kohlen- und Flottenstationen beherrschte die wichtigsten Weltstraßen und sicherte die Zugänge sowohl zu eben diesen, wie auch zu den Gebieten der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Betätigung Englands, — Gibraltar, Malta, Aden, Singapore, Hongkong und wie sie alle heißen.

Welches waren die Mittel, durch welche England zu solch imposanter Weltstellung gelangt war? Zunächst eine Flotte, an die keine andere Nation Europas und der ganzen Welt heranreichte, und die dadurch bewirkte unbedingte Vorherrschaft zur See. Um vom 16. Jahrhundert ganz zu schweigen — noch im 17. hatte die holländische Flotte die englische geschlagen, und die französische konnte damals noch gut mit der britischen wetteifern. Aber Holland war zu klein, um sich auf seiner alten Höhe auf die Dauer zu behaupten, und zumal seitdem es, wenn man so sagen darf, unter Wilhelm III. vorübergehend mit England durch eine Art von Personalunion vereinigt gewesen war, war es nur noch ein Nachen, der im Kielwasser der stolzen Fregatte Albion segelte. Die französische Flotte wurde bereits unter Ludwig XIV. arg vernachlässigt; dem Sonnenkönige ließen seine kontinentalen Eroberungs- und Hegemoniepläne keine Zeit, den maritimen Verhältnissen die genügende Aufmerksamkeit zu widmen. Im Laufe des 18. Jahrhunderts verfiel die französische Marine dann mehr und mehr, bis endlich im Zeitalter der Französischen Revolution ihr Schicksal besiegelt wurde. Napoleon, dem schließlich die ganze Meeresküste, an der Ostsee bei Lübeck, an der Nordsee, am Atlantischen Ozean und am Mittelmeer bis zur Adria, zu Gebote stand, der die Flotten Spaniens und Hollands mit der Frankreichs vereinigte, hatte gleichfalls den Blick allzu starr auf das Festland gerichtet und tat keineswegs alles, was in seinen Kräften stand, um seine Seerüstung auf die Höhe der britischen zu bringen. Nach der Vernichtung der französisch-spanischen Flotte bei Trafalgar im Jahre 1805 hat er keinen ernstlichen Versuch mehr gemacht, seine maritime Organisation derart auszugestalten, daß er es mit einiger Aussicht auf Erfolg wagen durfte, die Entscheidung im Kampf mit England auch einmal zur See aufzunehmen. Seitdem war die maritime Überlegenheit, die Seeherrschaft Englands eine anerkannte Tatsache, sowohl bei den Briten selbst als auch bei den übrigen Völkern; der traditionelle Anspruch

darauf ging den Engländern durch Gewöhnung gleichsam in Fleisch und Blut über: daran durfte überhaupt nicht mehr gerüttelt werden; schon der Versuch irgendeines anderen Volkes, eine ansehnlichere Flotte zu bauen, wurde als eine strafwürdige Auflehnung gegen die gottgewollte Präponderanz Albions auf den Gewässern in Verruf erklärt. Und dieser Anspruch wurde aufrecht erhalten mit Hilfe einer höchst geschickten Kontinentalpolitik, die darin gipfelte, daß keine der übrigen Mächte Europas auf dem Festlande eine überragende Stellung gewinne, welche hinwiederum die Basis für eine ernsthafte Gefährdung der britischen Meeresgeltung werden könnte.

So bildete sich in Großbritannien eine feste politische Tradition heraus, welche die unverrückbare Grundlage für jede Regierung ward, welcher Partei sie auch immer angehören mochte. Es waren wohl Schwankungen und Abirrungen nach der einen oder nach der anderen Seite möglich, gelegentliches Übertreiben oder Zurückweichen hinter die mittlere Linie; aber im großen und ganzen wurde diese innegehalten. Waren es auch keineswegs gerade politische Genies, welche die englische Politik leiteten, so war doch diese Überlieferung, sowohl nationalen Selbstbewußtseins als auch praktischer Geschäftskenntnis, diplomatischer Grundsätze und Technik, für die regierenden Kreise zu etwas so Selbstverständlichem geworden, daß Störungen und Entgleisungen, wenn sie vorkamen, immer wieder bald überwunden und ausgeglichen wurden; fest und starr wurde das eine große Ziel unverrückt im Auge behalten, und so drängte die Entwicklung doch schließlich unablässig wie von selbst nach dem einen Punkte der überseeischen Machtbefestigung und Machterweiterung. Es erwuchs ein Gefühl der Superiorität, das nicht nur jegliche Konkurrenz von anderer Seite von vornherein als eine Anmaßlichkeit empfand und zurückwies, sondern auch, sicher des Sieges, selbigen durch alle Mittel zu erringen trachtete, zumal da man seiner auch fähig war. Der Imperialismus ward so in der eigenen Vorstellung eine providentielle Bestimmung, von der man im Innern felsenfest überzeugt war, und die sich mit dem Cant, wie er dem britischen Wesen nun einmal zu eigen ist, vor aller Welt äußerte. Damit zusammenhängende puritanische Gedanken aus dem 17. Jahrhundert, sowohl von der Pflicht zur Arbeit im Beruf als auch von der Erwählung des britischen Volkes durch Gott und einer göttlichen Weltmission, sind dabei mit wirksam gewesen, freilich nicht als allein maßgebend, — die Hauptsache waren doch das aristokratische Hochgefühl und die zähe Beharrlichkeit, welche die hervorstechenden Charakterzüge des englischen Volkes und zumal seiner führenden Schichten sind.

Daß die Kolonialherrschaft der Engländer eine so große Stabilität gewann, dazu trug vor allem ihr geschicktes und weitschauendes Kolonialsystem bei. Ihre Kolonien zerfielen im wesentlichen in zwei große Bestandteile — solche, die sich in der Hauptsache als eine Fremdherrschaft über die unterworfene einheimische Bevölkerung darstellten, und in Siedelungsniederlassungen mit ausgewanderter Bevölkerung. In denen der ersteren Art wurde den Eingeborenen, wie streng auch die soziale und rechtliche Scheidewand zwischen ihnen und den weißen Herren aufrechterhalten blieb, eine weitherzige Schonung ihrer Sitten, Bräuche, Religion

und besonderen Kultur zuteil. Die Verwaltung wurde so geführt, daß die autochthone Eigenart gewahrt und das allgemeine, zumal das wirtschaftliche Wohl der Anbefohlenen durch Sicherung des inneren Friedens, durch Erschließung des Landes vermittels Ausbaus des Verkehrswesens, Verwertung der ökonomischen Hilfsquellen, Anleitung der Bevölkerung zur Arbeit und Ordnung insoweit berücksichtigt und befördert wurde, als es der eigene Nutzen zuließ. Was die Kolonien der zweiten Gattung anbelangte, so nahm man sich an dem Abfalle der Vereinigten Staaten von Nordamerika ein warnendes Beispiel. Autonomie und Mitregierung wurde ihnen gewährt, insoweit es der Zusammenhang des Ganzen zu gestatten schien. Die nationale und kulturelle Gemeinschaft mit dem Mutterlande wurde systematisch aufrechterhalten und so eifrig gepflegt, daß separatistische Gedanken und Bestrebungen hinter dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und der höheren Einheit zurücktraten, zumal da sich aus der engen Verbindung mit dem Mutterlande, vornehmlich infolge der Wirksamkeit der Londoner Börse, erhebliche finanzielle und wirtschaftliche Vorteile für die Kolonien ergaben.

Nach diesen leitenden Gesichtspunkten wurde die Stellung der abhängigen überseeischen Gebiete zum Mutter- und Herrschaftslande geregelt; demgemäß zerfallen sie in verschiedene Kategorien. Ganz eigenartig ist das Verhältnis Ostindiens. Es galt nicht eigentlich als eine Kolonie, sondern als ein mit unbeschränkter Machtvollkommenheit regiertes Nebenreich. Ursprünglich lag die Verwaltung unter der Oberaufsicht der Londoner Regierung in den Händen der Ostindischen Kompagnie; nach dem Ausbruche des großen Aufstandes von 1856 wurde sie jedoch (durch Gesetz vom 2. August 1858) der Krone übertragen. Ihr Vertreter ist seitdem der in Kalkutta residierende Vizekönig, seinerseits wieder dem Staatssekretär von Indien unterstellt; dieser nun ist, wie alle Minister, dem Parlamente verantwortlich, welchem also in letzter Instanz die Bestimmung der Schicksale Ostindiens gebührt. Dem Vizekönig ist ein ausführender und gesetzgebender Rat beigeordnet, von ihm abhängig, aus Engländern zusammengesetzt, indem es in seinem Ermessen steht, auch einheimische Notabeln hinzuzuziehen. Es gibt im Lande teils Provinzen unter englischen Gouverneuren, welche die verschiedensten Amtsbezeichnungen führen, teils Vasallenstaaten unter einheimischen Fürsten mit verschieden abgestufter relativer Selbständigkeit. Die Engländer, die in Ostindien lebten, gering an Zahl (auf 1000 Eingeborene kam um 1870 kaum ein Brite), weilten daselbst als Beamte, Kaufleute, Soldaten, in der Regel nur vorübergehend, bestrebt, sei es durch geschäftliche Unternehmungen, sei es durch Erdienen von Pensionen, die Mittel zu gewinnen, nachher im Mutterlande ein behagliches Dasein in Ruhe zu führen. Eine Armee von etwa 200 000 Mann, zu einem Drittel aus Engländern, zu zwei Drittel aus Eingeborenen bestehend, unter britischer Führung, indem das Offizierkorps von britischen Elementen beherrscht war, besorgte den Schutz sowohl nach außen als auch gegen drohende Unruhen im Innern. Eine wichtige Aufgabe war es, unter den Untertanen, die in Rasse, Sprache und Religion verschieden waren, indem sie sich teils zum alten Volksglauben, teils zum Islam bekannten, Ordnung und Eintracht aufrechtzuerhalten. Bezog man aus Ostindien die gewohnten Kolonial-

produkte, welche dereinst die Entdeckungsfahrten dahin angeregt hatten, so war das ungeheure Land hinwiederum der Markt für die englische Industrie, zu deren Gunsten die heimische nicht zur Entfaltung gelangen durfte.

Je nach dem größeren oder geringeren Grade der Abhängigkeit, in der sie gehalten wurden, lassen sich die eigentlichen Kolonien Großbritanniens in mehrere Gruppen zerlegen. Am ungünstigsten waren diejenigen Kronkolonien daran, in denen sowohl der Gouverneur als auch der diesem zur Seite stehende gesetzgebende Rat einfach von der Reichsregierung ernannt wurden. Dazu gehörten Ceylon, Hongkong, die (1874 okkupierten) Fidschiinseln, St. Helena und das Gros der übrigen Inseln. Eine höhere Stufe nahmen diejenigen ein, an deren Spitze ein Gouverneur mit einer gewählten Volksvertretung, aber ohne verantwortliches Ministerium stand, wie Malta und andere Inseln, zumal in Westindien, — die höchste endlich die großen autonomen Kolonien, Niederlassungen mit starker weißer Bevölkerung. Ihnen ward „responsible government," d. h. eine weitgehende parlamentarische Selbstregierung, eingeräumt, indem das Ministerium hier aus der Mehrheit des Parlaments hervorging und ihm verantwortlich war. Der Einfluß, den das Parlament und dadurch weiterhin bis zu einem gewissen Grade wenigstens mittelbar die Bevölkerung auf die Regierung erhielt, fand freilich ein Gegengewicht in der Stellung des von der Londoner Zentralgewalt ernannten und ihr verantwortlichen Gouverneurs. Sie war in den einzelnen Kolonien verschieden und entbehrte nicht der Widersprüche; immerhin war er einerseits nach unten mit nicht unbeträchtlichen Machtbefugnissen ausgestattet, indem er das Ministerium entlassen und diesem die Erlaubnis zur Parlamentsauflösung verweigern durfte; andererseits war seine Abhängigkeit von der Reichsregierung das Bindeglied einer Abhängigkeit auch für die ganze Kolonie und ein beschränkender Faktor für ihre Autonomie. Auf die Abweichungen, die zwischen den wichtigsten dieser autonomen großen Kronkolonien, Kanada, Australien und Südafrika, bestanden, was ihre staatsrechtlichen Verhältnisse anbelangte, können wir hier nicht näher eingehen; sie hängen zum Teil damit zusammen, daß sich in den genannten drei Gebieten, die ursprünglich in eine größere Anzahl von kleineren kolonialen Teilstaaten zerfielen, im Lauf der Zeit eine zentralistische Tendenz bemerkbar machte, welche zur Entstehung umfassenderer bundesstaatlicher Gebilde führte. Die parlamentarische und föderalistische Selbständigkeit wurde auch unter dem Gesichtspunkte gefördert, daß man von ihr eine Steigerung der Anhänglichkeit an das Mutterland erwartete. Zunächst vollzog sich diese Entwicklung in Kanada. Hier, und zwar zuerst in Oberkanada (Ontario) und in Unterkanada (Quebec), waren es vor allem die Zwistigkeiten zwischen der älteren Schicht der französischen Ansiedler und den später eingewanderten Engländern, welche um die Mitte des 19. Jahrhunderts die britische Regierung veranlaßten, das parlamentarische System einzuführen oder zu bewilligen, da sie der Ansicht war, daß auf diese Weise die zwischen den beiden Bevölkerungselementen obwaltenden Differenzen politischer und wirtschaftlicher Natur zugleich am besten durch eine Assimilierung des französischen Bestandteiles beseitigt werden könnten. Bald folgten die übrigen Kolonien dieser Gegend, Neuschottland, Neubraunschweig, die Prinz-Eduard-

Inseln, Neufundland, zuletzt Manitoba und Britisch-Kolumbia. Dasselbe Motiv und noch mehr die Rücksicht auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika, deren Bundesverhältnis im Gefolge des Sezessionskrieges sich gefestigt hatte, und deren Anziehungskraft man fürchtete, bewirkten, daß sich 1867 die nordamerikanischen Kolonien Englands (mit Ausnahme Neufundlands) zu einem Föderativstaate zusammenschlossen mit so straffer Zentralisation, daß sie seitdem nicht sowohl als Gliedstaaten wie vielmehr als Provinzen zu betrachten sind. Diese Dominion of Canada stellt sich somit dar als ein unitarisches Staatengebilde mit starkem französischem Einschlag in der noch sehr dünnen Bevölkerung (mit kaum ganzen vier Millionen), mit einer noch fast agrarischen Produktion und vorwiegend bäuerlichem Besitze. Noch geringer war die Einwohnerzahl in Australien, das ursprünglich eine Verbrecherkolonie war; demgemäß waren die hier ansässigen Europäer ganz vorwiegend englischer Herkunft. Die wirtschaftliche Hauptbedeutung beruhte auf der Viehwirtschaft und Goldproduktion; das begünstigte die Ausbildung von Großgrundbesitz und Großbetrieb; zugleich entstanden, da die Abwanderung aus den Hafenstädten auf das Land gehemmt wurde, Großstädte mit einem starken industriellen Proletariate, demgemäß ein scharf gespannter sozialer Klassengegensatz. Vornehmlich in den fünfziger Jahren ward gleichfalls den einzelnen Kolonien, Neusüdwales, Tasmania, Viktoria, Südaustralien, Neuseeland, Queensland „responsible government“ bewilligt; 1890 folgte Westaustralien. Auch hier machte sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts eine föderalistische Bewegung geltend, die gegen dessen Ende unter dem Eindrucke der Festsetzung der Deutschen, Franzosen und Amerikaner in den südlichen Gewässern des Pazifiks und der drohenden japanischen Expansion, um dieses Schlußresultat hier schon sehr kurz anzudeuten, zur Gründung eines großen Föderativverbandes „The Commonwealth of Australia“ (1. Januar 1901) führten, von dem sich Neuseeland fernhielt.

Wie Kanada gemäß seinem französischen Ursprung im Gegensatz zu Australien einen stark nichtenglischen Einschlag hatte, so auch Südafrika, zunächst das frühere holländische Kapland, 1806 durch die Briten erobert, als die Niederlande sich in französischer Gewalt und Gefolgschaft befanden. Als das niederländische Staatswesen durch die Freiheitskriege wiederhergestellt wurde, konnten sich die Briten nicht dazu entschließen, ihm das Kapland zurückzugeben — war es doch die Hauptstation damals auf dem Wege zu ihrem ostindischen Kolonialreiche. Seit 1820 wanderten sie hier alsdann in größeren Massen ein. Die Holländer lebten vornehmlich als Ackerbauer (Buren), indem sie ihre Farmen mit Hilfe der eingeborenen und unterworfenen Kaffern und Hottentotten bestellten. Da die Engländer gegen dieses System der Zwangsarbeit einschritten, und da ihr Auftreten auch sonst lästig empfunden wurde, wanderten die Buren („Trekburen“) in großer Zahl seit der Mitte der dreißiger Jahre an der Küste nach Norden und in das Innere aus. Sie gründeten hier unter schweren Kämpfen gegen die Ureinwohner neue Staaten, Natal, den Oranjefreistaat und Transvaal. Aber unter Berufung darauf, daß sie nun einmal geborene britische Untertanen seien, machte ihnen England die Unabhängigkeit ihrer neuen Niederlassungen

streitig. Natal mußte sich diesem Anspruch schon 1843 beugen, während es Transvaal und dem Oranjefreistaat 1852 und 1854 glückte, die formelle Anerkennung ihrer Selbständigkeit zu erwirken. Auch die Kapkolonie erhielt „responsible government“ mit parlamentarischer Verfassung; der dadurch zur Geltung kommende Wille der englischen Bevölkerung war es, der zu immer weiterer Expansion sowohl gegen die Eingeborenen als auch gegen die Buren drängte. Im ganzen zählte die Kapkolonie $^{5}/_{4}$ Millionen Einwohner, von denen etwa der vierte Teil europäischer Abkunft war. Die wirtschaftliche Bedeutung Südafrikas war zunächst für England nicht besonders hoch anzuschlagen. Anders wurde das, als 1867 die Diamantenfelder bei Kimberley im Gebiete der Oranjerepublik entdeckt wurden. Dadurch empfingen die britischen Absichten gegen die Burenstaaten einen neuen Anreiz; die Tage der burischen Freiheit waren seitdem gezählt.

Das britische Kolonialreich zum Anfange der siebziger Jahre war ein wahres Weltreich; aber die englische Politik jener Zeit, geleitet durch Gladstone, trug keinerlei imperialistisch aggressiven Charakter. Sie war durch ethische Motive bestimmt und ging auf nichts weniger als auf Machterweiterung und wirtschaftliche Expansion unter Abschließung nach außen und gewaltsamer Verdrängung des friedlichen Wettbewerbs der anderen Völker vom Weltmarkte aus. Sie trat auch daher großen Kreisen des englischen Volkes bei weitem nicht energisch genug auf. Man bemerkte mißbilligend, daß die Regierung auf dem Gebiete des Militär- und Marinebudgets allzu große Sparsamkeit walten lasse, und daß sie sich sogar mit dem Plane einer Zurückziehung der britischen Truppen aus den Kolonien trage. Durch den Pariser Frieden war nach dem für Rußland unglücklichen Ausgang des Krimkrieges die Neutralisierung des Schwarzen Meeres festgesetzt worden; durch Bismarck angeregt, beantragte Rußland während des Deutsch-Französischen Krieges die Aufhebung der ihm verhaßten Neutralitätsklausel, und es setzte diesen Anspruch auf der Londoner Pontuskonferenz im Frühjahr 1871 durch, — das war ein Ergebnis, das in England vielfach bitter empfunden wurde. Nicht minder verstimmte es, daß der russischen Ausdehnung in Mittelasien nicht entgegengetreten wurde, wie sie zumal durch die Besetzung Chiwas 1873 (s. u. S. 20) bewirkt worden war. Der glückliche Feldzug, den Wolseley 1873/74 gegen die Aschanti in Westafrika führte, konnte den schlechten Eindruck nicht wettmachen, den Gladstones gesamte äußere und Kolonialpolitik also erregt hatte. Unter diesen Umständen brachten die Wahlen von 1874 eine konservative Mehrheit für das Unterhaus; das Kabinett Gladstone wurde darauf durch ein Ministerium unter seinem Gegner Disraeli ersetzt, welcher zwei Jahre später zum Earl of Beaconsfield ernannt wurde.

Unter ihm setzte eine neue Ära in der auswärtigen und zumal in der Kolonialpolitik Englands ein. Er ging daran, die seit einiger Zeit, vor allem durch Sir Charles Dilke („Greater Britain“ 1868) publizistisch vertretenen imperialistischen Bestrebungen praktisch politisch zu verwirklichen, das britische Kolonialreich straffer zu organisieren und weiter auszugestalten. Durch keine andere Macht schien Englands koloniale Stellung damals mehr bedroht als durch Rußland. Die russischen Fortschritte in Zentralasien gefährdeten vor allem die britische

Herrschaft in Ostindien. Nicht geringere Bedenken erregte die traditionelle Balkanpolitik des Zarismus: eine Festsetzung Rußlands im bisherigen Machtbereich der Pforte und damit im östlichen Mittelmeere mußte auch auf Englands Position in Ostindien und seine Verbindungslinien dahin ungünstige Rückwirkungen ausüben. Es galt, Rußland sowohl in Mittelasien als auch im östlichen Mittelmeergebiete entgegenzutreten und den Weg nach Ostindien zu sichern, der sowohl durch den kurz vorher erbauten Suezkanal als auch um das Kap herum führte. Daher legte England sowohl einerseits seine Hand auf den Suezkanal und Ägypten, wie es auch andererseits seine Stellung in Südafrika zu sichern trachtete.

Einen Anlaß zum Eingreifen in Ägypten bot die hier herrschende finanzielle Mißwirtschaft. Nominell vom Sultan abhängig, in Wahrheit ganz selbständig, schaltete und waltete hier der Khedive Ismail Pascha, der auch den Sudan, Darfur und das obere Niltal unter seine Botmäßigkeit gebracht hatte. Teils wegen der Kosten für seine Ausdehnungspolitik, teils wegen seiner verschwenderischen Hofhaltung, teils wegen seiner Aufwendungen für die kulturellen Zwecke des Landes, nicht zum mindesten aber wegen der gewissenlosen Finanzgebarung seiner kapitalistischen europäischen Geldgeber befand sich der Khedive in einer üblen pekuniären Lage. England benutzte das, um ihm für vier Millionen Pfund seinen Anteil an den Aktien des Suezkanals, ungefähr die Hälfte des gesamten Aktienkapitals, abzukaufen. Dadurch geriet der Kanal in die britische Macht- und Einflußsphäre; die Bedenken, die darüber in Frankreich entstehen konnten, wurden, wie es scheint, durch das Versprechen beseitigt, nicht nach Ägypten greifen zu wollen, und tatsächlich hat sich Disraeli noch nicht mit dieser Absicht getragen. Befestigt und verstärkt wurde die Position, die England auf solche Weise immerhin in Ägypten erhielt, indem es eine faktische Kontrolle über die ägyptischen Finanzen erlangte. Auf Ismails Ersuchen wurde der englische Generalzahlmeister Cave, ein hervorragender Finanzmann, nach Ägypten geschickt, um dem Khediven hilfreich beizustehen, Ordnung in die arg zerrütteten Finanzverhältnisse zu bringen. Dazu war es freilich bereits zu spät. 1876 wurde die Zahlung der Zinsen sowohl für die ägyptische Staatsschuld als auch für die Privatschuld des Khediven suspendiert; es sollte jetzt eine Staatsschuldentilgungskasse mit ausländischen Kommissaren begründet werden. Das war ein heilloser Zustand, der früher oder später damit endigen mußte, daß Ägypten in die finanzielle Vormundschaft Europas genommen wurde. Schon machte sich England dazu bereit, und es lauerte dahinter die Aussicht, daß sich diese finanzielle Vormundschaft in der Folgezeit zu einer politischen entwickeln könnte. Das Prestige Englands im Nillande wurde in jenen Jahren durch die Wirksamkeit des Generals Gordon gehoben. Seit 1874 in ägyptischen Diensten, sollte er als Nachfolger von Sir Samuel Baker das obere Niltal bis zum Viktoriasee unterwerfen; 1877 wurde er zum Pascha und Generalgouverneur des Khediven über den Sudan, Darfur, die Äquatorialprovinzen und das Küstenland am Roten Meere ernannt; er führte die Verhandlungen mit Abessinien und bekämpfte den Sklavenhandel in jenen Gegenden mit Nachdruck und Erfolg.

War so eine feste Etappe auf dem näheren Wege nach Ostindien gewonnen, so

sollte nun auch die auf dem weiteren, nämlich am Kap der Guten Hoffnung, zu schärferer Unterwerfung gebracht werden. Sowohl dieser Gesichtspunkt als auch die vor einigen Jahren entdeckten Diamantenfelder von Kimberley spornten die Engländer aufs neue an, der burischen Selbständigkeit den Garaus zu machen oder wenigstens auf Kosten der Buren den eigenen Besitzstand zu erweitern. Der Oranjefreistaat wurde 1876 gezwungen, gegen eine geringe Geldentschädigung den Distrikt von Kimberley abzutreten, und die politischen und wirtschaftspolitischen Bestrebungen Transvaals erregten Disraelis äußerstes Mißtrauen. Die Republik verhandelte mit Holland über eine Anleihe, mit Portugal 1875 über den Bau einer Eisenbahn nach der Delagoabai; England besorgte, daß dadurch der Handel Natals gefährdet werden könnte. Ein schwieriger Krieg mit dem Kaffernhäuptling Sikutuni brachte 1876 die Finanzen Transvaals in Unordnung; unter dem Vorwande, daß durch die Siege der Eingeborenen nicht nur die Republik, sondern auch die Kapkolonie bedroht sei, wurde der Engländer Shepstone in das Land geschickt. Auf seine Veranlassung hin kam eine Petition um Einverleibung zustande; sie fand nur wenige Unterzeichner, zumeist in den Städten; obgleich mehr als die doppelte Anzahl, die wirklichen Buren, dagegen protestierten, wurde Transvaal am 12. April 1877 als annektiert erklärt. Die britischen Aktionen im äußersten Nordosten und Süden Afrikas fanden ihren letzten Wert freilich immer durch die Beziehung auf Ostindien; dieses stand im Mittelpunkt des politischen Interesses Disraelis. Das kam vor allem darin zum sichtbaren Ausdruck, daß Ostindien am 1. Januar 1877 in Gegenwart zahlreicher einheimischer Fürsten und Häuptlinge feierlich als Kaiserreich proklamiert wurde; dadurch wurde symbolisch bezeugt, daß Großbritannien diese seine größte, vornehmste und einträglichste Kolonie mit aller Kraft für immer festzuhalten gedächte. Von keiner andern Macht aber war sie mehr bedroht als von Rußland, und zwar, wie wir wissen, sowohl durch dessen Vorgehen in Mittelasien, als auch durch dessen Absichten gegen die europäische und die asiatische Türkei. Auf beiden Schauplätzen kam es in der Tat jetzt eben zu offenem Zusammenstoße, indem sich England den russischen Expansionsgelüsten sowohl hier wie auch da hindernd in den Weg stellte.

Beherrschte England durch Ostindien den Süden von Asien, so Rußland den Norden dieses Erdteils, und sowohl in Mittelasien als auch im näheren Orient berührten sich beide Mächte schon durch ihre Vorpostenstellungen. Die Ausbreitung Rußlands in Nordasien, nämlich in Sibirien, begann bereits im 16. Jahrhundert. Russische Kaufleute wurden durch den Pelzhandel in die weiten Gebiete jenseits des Urals geführt; die Streitigkeiten, in die sie hier verwickelt wurden, bewogen den Jermak Timofejew, Ataman der Donschen Kosaken, der wegen seiner Räubereien vom Zaren Iwan dem Schrecklichen geächtet worden war, mit 500 Genossen einen abenteuerlichen Zug 1579 über den Ural zu unternehmen. Er eroberte 1581 Isker oder Sibir, die Hauptstadt des Chanats Kutschum, und das Land bis zum Irtisk. Da er zu schwach war, um es zu behaupten, schenkte er es dem Zaren Iwan; unter dessen Nachfolger Fedor I. kam auch noch das Gebiet der Ostjaken zwischen Ob und Tar dazu. In der ersten

Hälfte des 17. Jahrhunderts drang man weiter vor bis Jenissei und Lena; 1697 wurde Kamtschatka in Besitz genommen. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde das jenseits der Beringstraße gelegene Alaska mit den Alëuten, der Brücke zwischen den beiden Kontinenten Asien und Amerika, russisch. Wenn es viel später, im Jahre 1867, gegen eine Geldentschädigung an die Vereinigten Staaten von Nordamerika abgetreten wurde, so lag darin nicht nur eine praktische Anerkennung der von diesen aufgestellten Monroedoktrin, sondern auch der Wunsch, dem eigentlichen Rivalen Rußlands in der Weltpolitik, nämlich Großbritannien, durch die Überlassung dieses Hinterlandes von Kanada an die größte Macht des Festlandes von Nordamerika Unannehmlichkeiten zu bereiten. Langsamer als im Norden, an der Küste des Eismeeres, kamen die Russen im gebirgigen und dichter bevölkerten Süden vorwärts. 1808 wurde das sibirische Gouvernement mit Tobolsk als Hauptstadt eingerichtet, 1822 wurden West- und Ostsibirien voneinander getrennt. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die Amurprovinz geschaffen und die sibirische Küstenprovinz um die russische Mandschurei erweitert, 1870 durch Vertrag mit Japan der Alleinbesitz der Insel Sachalin erworben. Abgesehen vom Pelzhandel waren es nicht eigentlich dringende wirtschaftliche Antriebe, welche die russische Ausdehnung in Sibirien bewirkten, sondern Streben nach Machterweiterung. Immerhin zogen sich die unzufriedenen Elemente aus der Heimat hierher, und das Land wurde ähnlich, wie später Australien durch England, zur Deportation von Verbrechern benutzt. Aus diesen beiden Wurzeln erwuchs vornehmlich die hier angesessene Bevölkerung europäischen Ursprungs.

Nicht nur nach Osten, sondern auch nach Süden und Südosten drängte die russische Expansion seit der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert, — gegen das Schwarze Meer, den Kaukasus und den Landstrich vom Ural südlich von Sibirien bis zum Balkaschsee und zur Abdachung des indischen Randgebirges. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden die Kirgisen zwischen Ural und Balkaschsee, bis zum Anfange des 19. Jahrhunderts die bisher unter türkischer Oberhoheit stehenden Völker am Nordufer des Schwarzen Meeres und am Kaukasus unterworfen. Auch auf der Brücke zwischen dem Kaspischen Meere und dem Aralseee faßte man festen Fuß, indem freilich der weiter nach Süden gelegene Teil des transkaspischen Gebietes bis nach Persien zu, bewohnt von den Turkmenen, noch unabhängig blieb. Unter Nikolaus I. setzte die Vorwärtsbewegung von Sibirien nach Süden zu wieder ein; das Land um Kopal südöstlich vom Balkaschsee wurde angegliedert. Sein Nachfolger Alexander II. fuhr in den sechziger Jahren in eben dieser Richtung fort. Der in den Aralsee mündende Syr-Darja war die Straße, die man zum Eindringen in diese Gegend Mittelasiens benutzte; Turkestan, Tschimkent und Samarkand waren die Etappen; 1867 wurde hier das Generalgouvernement Turkestan mit Taschkent als Hauptstadt geschaffen. Im folgenden Jahre kam die Oberhoheit über das südlich davon bis zum Amu gelegene Bochara dazu. Jetzt war man von Indien nur noch durch Afghanistan getrennt, und bald wurde dieses Land der Schauplatz der beiderseitigen Intrigen und Machtkämpfe. 1873 wurde endlich das transkaspische Gebiet der

Turkmenen, südwestlich vom Aralsee, gewonnen, und ebenso gelangte das südlich davon am Ausflusse des Amu-Darja gelegenen Chiwa 1873 unter die russische Oberhoheit; drei Jahre später (1876) wurde das Chanat Khokand unterworfen, das später als Provinz Ferghana organisiert wurde. Die russische und die englische Herrschaftssphäre waren sich jetzt am indischen Randgebirge so nahe gerückt, daß Konflikte unvermeidlich erschienen. Ehe sie jedoch zum Ausbruche reif waren, erfolgte der Zusammenstoß weiter im Westen, im näheren Orient. Rußland suchte sich den Ausgang vom Schwarzen zum Mittelmeer zu erzwingen — darüber entspann sich der Russisch-Türkische Krieg, in welchen England zugunsten der Pforte eingriff.

Nicht eigentlich planmäßig und von vornherein beabsichtigt, hatte sich dieses Vorgehen der Russen in Zentralasien vollzogen. Die Initiative ging in der Regel von den hier kommandierenden Generälen aus, die sich dazu durch Ehrgeiz und Tätigkeitsdrang angetrieben fühlten. In Petersburg ließ man sich das freilich gern gefallen, und man half durch Verstärkungen und Nachschübe nach, wenn je einmal eine Pause oder gar ein Rückschlag eintrat. Wie es auch zwischen Rassen von ganz verschiedener Kulturhöhe anders nicht zu sein pflegt, — es fehlte nicht an Rechtsverletzungen, Überfällen, Räubereien, beständigen Grenzkonflikten, welche den Russen immer wieder einen Anlaß zu mehr oder minder gerechtfertigtem Einschreiten und stets weiterem Vordringen gaben. Im allgemeinen Herren, die ihren Untertanen keineswegs Luft und Licht benahmen, verstanden sie es doch, durch geschickt gewählte Exempel, die sie statuierten, die Unterworfenen von Widersetzlichkeit abzuschrecken und dauernd im Zaum zu halten. Die einheimischen Sitten und vor allem die Religion blieben unangetastet; die Verwaltung war auf die wirtschaftliche Hebung dieser an sich schon reichen Gegenden von alter Kultur durch Aufschließung ihrer natürlichen Schätze, Pflege des Verkehrswesens, zumal durch Kanalbau und Landesmeliorationen, bedacht. Man ließ also in Mittelasien in der Hauptsache die herrschenden Zustände bestehen, indem sich die russische Herrschaft darüber lediglich wie eine dünne Oberschicht legte, — zum Unterschiede von Sibirien, über dessen weite Gefilde, insoweit sie siedlungsfähig waren, sich das Russentum direkt ergoß. Drei Richtungen waren jedenfalls jetzt der russischen Expansion gewiesen, — nach dem fernen Osten, nach Zentralasien und nach dem näheren Orient. Das letzte Ziel war auf allen drei Wegen der freie Zugang zum Meere, um einen eisfreien Hafen zu gewinnen, — in der ersten Richtung auf damals noch chinesischem Gebiete am Stillen Ozean; der zweite mußte schließlich zum Persischen Meere führen, der dritte nach Konstantinopel mit den Meeresengen des Bosporus und der Dardanellen. Es war klar, daß man auf dem zweiten und dritten auf den Widerstand Großbritanniens stoßen würde; es sollte sich später zeigen, daß dasselbe auch vom ersten galt. Dieser stand damals freilich noch in weiter Ferne; jetzt ward in Rußland wieder einmal, wie schon so oft, der Anlauf gegen die Balkanhalbinsel unternommen. Er vollzog sich auf dem Untergrunde der panslawistischen Tendenzen, die freilich letztlich nichts anderes bedeuteten, wie das Streben nach Vereinigung aller Slawen unter der Ägide und Vorherrschaft des russischen Zartums.

Zweites Kapitel.

Die Vorgeschichte der Balkanfrage und das „Dreikaiserbündnis".

Das war der Stand der weltpolitischen Expansion der großen Mächte Europas in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts, der Untergrund, auf dem sich nunmehr die weltpolitischen Geschehnisse bis zum Ausbruche des Weltkrieges abspielen sollten. Dasjenige Gebiet, das jetzt der Schauplatz der ersten großen imperialistischen Aktion im Zeitraum von 1871 bis 1914 werden sollte, war der nähere Orient, und sie ging aus von derjenigen Macht, die den näheren Orient und insonderheit die Balkanhalbinsel von jeher als Feld für ihren Drang nach außenpolitischer Betätigung und Ausdehnung ausersehen hatte, nämlich von Rußland. Die Balkanfrage, wie sie jetzt zuerst in den Vordergrund der imperialistisch-weltpolitischen Verwicklungen eben in der bezeichneten Periode rückte, hat sich darin auch in der Folgezeit behauptet, mit Ausnahme nur eines Jahrzehntes, nämlich des von etwa 1895 bis 1905: nachdem sie in diesem Dezennium geruht und an akutem Interesse scheinbar verloren hatte, trat sie aufs neue hervor, und sie hat dann jene Spannung geschaffen, die 1914 im Weltkriege zu gewaltsamer Explosion gelangte. Sie wurde in erster Reihe bestimmend für die Gruppierung der großen Mächte Europas, für ihre Teilung in zwei große Heereslager, für deren gegenseitigen militärischen Aufmarsch im Jahre 1914. Nicht die überseeisch-kolonialen Verwicklungen der Mächte sind es, die den Anstoß und unmittelbaren Anlaß zur Weltkatastrophe gaben, wie oft sie auch immer den Weltfrieden vorher gefährdeten und den Krieg zu entzünden drohten, sondern die Vorstöße des russischen Imperialismus nach dem Balkan. Zwar waren auch hier wirtschaftliche Interessengegensätze am Werke, aber sie waren nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Der Kern der russischen Balkanpolitik war machtpolitischer Natur, und wirtschaftliche Motive spielten — außer in den ersten Stadien — erst ganz zuletzt, in den Konflikten, die den großen Waffengang einleiteten und heraufbeschworen, eine gewisse Rolle, auch da freilich nicht sowohl auf russischer Seite, wie vielmehr was das Verhältnis des russischen Trabanten Serbien zu Österreich-Ungarn anbelangte.

Mit Absicht haben wir bei der Schilderung, die wir im vorigen Abschnitt von der russischen Expansion gaben, den zaristischen Balkan-Imperialismus beiseite gelassen. Einerseits waren ihm Erfolge beim Anfange des Zeitraumes, den wir hier behandeln, noch nicht beschieden, wie sie ihm auch bis zur heutigen Stunde versagt geblieben sind; er hatte also noch keinerlei Niederschlag im Sinne

einer Ausbreitung der russischen Herrschafts- und Einflußsphäre gefunden, von der wir im Zusammenhange des vorigen Abschnitts hätten Mitteilung machen müssen. Andererseits empfiehlt es sich, einen kurzen Rückblick auf die Vorgeschichte der Balkanfrage gerade in dem Momente zu werfen, da diese sich in den Vordergrund der weltpolitischen Entwicklung eben unseres Zeitalters schiebt.

Es ist früher gesagt worden, daß der moderne Imperialismus seine klassische Gestalt, seine charakteristischen Züge in England erhielt; hier wurde gleichsam sein Idealtypus ausgeprägt. Aber Großbritannien ist nicht seine alleinige und erste Heimat. Älter ist er in Rußland. Unter den konkreten imperialistischen Tendenzen, die in dem letzten halben Jahrhundert das weltpolitische Werden bestimmt haben, weisen diejenigen das höchste Alter auf, deren Träger das Russische Reich und Volk sind. Die russische Ausdehnung nach dem Osten, nämlich nach dem Norden Asiens, beginnt, ehe man noch in England, sei es an Handels-, sei es an Niederlassungskolonien, dachte, und noch weiter, bis in das Ende des Mittelalters, reicht zurück der imperialistische Drang des Moskowitertums in seiner Richtung nach dem Süden, nach dem Balkan, zu; er ist der früheste in Europa, entstanden zu einer Zeit, da Rußland erst lediglich geographisch zu Europa gehörte, kulturell mit dem übrigen Europa, auch nur ganz äußerlich und oberflächlich, kaum schon verbunden war. Der russische Balkanimperialismus nimmt seinen Ursprung mit der Vollendung der Unterwerfung der Balkanhalbinsel durch die Osmanen nach dem Falle von Konstantinopel (1453). Sein Vater ist Iwan III., der Große (1462—1505), der eigentliche Stifter des Russischen Reiches, der Befreier seines Landes vom tartarischen Joche, der Eroberer Nowgorods. 1472 vermählte er sich mit Zoë, der Nichte des letzten Kaisers von Byzanz: so wurde er der „rechtmäßige Erbe" des oströmischen Reiches, und er brachte das zum Ausdruck, indem er den doppelköpfigen Adler der Paläologen, des letzten byzantinischen Kaisergeschlechtes, in das russische Wappen aufnahm. Die „Balkanchristen", die damals endgültig der türkischen Unterdrückung zum Opfer fielen, erblickten bereits in dem „blonden Volke" des Nordens ihre künftigen Helfer und Retter; fester und inniger knüpfte sich in der Folgezeit das Band zwischen Russen und Balkanchristen — gehörten sie doch beide (abgesehen von einigen Abweichungen in Dogma und Ritus) dem gleichen Bekenntnisse, der griechischen Orthodoxie, an. Das 16. und 17. Jahrhundert waren freilich für Rußland von Kämpfen mit Polen erfüllt; erst als das russische Übergewicht über Polen außer Zweifel gestellt ward, gewann man in Moskau die Muße zum Vorstoß gegen die Pforte. Dazu drängte die eigene Lage. Denn die Gebiete an den Mündungen der Hauptströme des Landes, die in südlicher Richtung flossen, des Don und Dnjepr, d. h. die Nordküste des Schwarzen Meers mit Einschluß der Krim, waren damals noch nicht Bestandteile des Moskowiterreiches. Hier saßen Tataren unter türkischer Hoheit, die durch beständige Einfälle sich lästig machten und großen Schaden anrichteten. Es galt daher, sie niederzuwerfen und sich untertan zu machen; dadurch geriet man jedoch mit ihren Oberherren, den Osmanen, aneinander. Nur gegen die Türken konnte daher Rußland den Zugang zum Schwarzen Meere und die freie Schiffahrt

daselbst erringen, und dahinter lauerte bereits wieder ein neuer Konfliktsgrund. Nach der Eroberung von Konstantinopel waren die Osmanen nicht nur im Besitze der Dardanellen, die sie bereits seit dem 14. Jahrhundert beherrschten, sondern auch des Bosporus; fremde Schiffe durften diese Meeresstraßen nur mit ihrer Genehmigung passieren, und sehr bald ging ihr Bestreben darauf hinaus, die Verbindung zwischen dem Schwarzen und dem Ägäischen Meere zu sperren. Man stellte sich in Stambul auf den Standpunkt, daß, wie das Rote, so auch das Schwarze Meer dem Sultan allein gehöre. „Die Pforte betrachte," so erklärte sie, „beide Meere als eine reine und unbefleckte Jungfrau und werde niemals jemandem gestatten, diese Meere zu befahren. Eher würde der Sultan jemanden in seine inneren Gemächer lassen, als von diesem Grundsatze abgehen. ... Wenn es fremden Schiffen freistehe, das Schwarze Meer zu befahren, dann werde das Osmanische Reich zugrunde gehen und von unterst zu oberst gekehrt werden." Eines dreifachen Widerstandes hatte also Rußland bei seinen Expansionsbestrebungen nach dem Süden von der Hohen Pforte sich zu gewärtigen: einmal bei seinem Vorgehen gegen die Dontataren, sodann bei dem Verlangen nach freier Schiffahrt auf dem Schwarzen Meere und endlich bei dem nach Öffnung von Bosporus und Hellespont, — allen Anstrengungen und Kriegen Rußlands zum Trotze hat bekanntlich dieses letzte Hemmnis seiner Bewegungsfreiheit bis zum Weltkriege bestanden, und es ist für dessen Ausbruch in hohem Grade mit bestimmend geworden. Es waren also — zuerst wenigstens — auch wirtschaftliche Gründe, die den russischen Imperialismus bei seinem Drängen nach dem Süden leiteten; damit verschmolzen politische und religiöse Antriebe. Die fortwährenden Hilferufe der Balkanchristen mußten schließlich bei den Russen das Bewußtsein ihrer „Balkanmission" erwecken, nämlich die Überzeugung, daß sie dazu berufen seien, ihre leidenden Glaubensbrüder auf der Balkanhalbinsel zu „befreien" oder, richtiger gesagt, den Balkan in ihre eigene Gewalt- und Herrschaftssphäre herüberzuziehen, auf der Hagia Sophia wieder an der Stelle des Halbmonds das goldene Kreuz aufzupflanzen und dabei zugleich Konstantinopel und die Meeresengen an sich zu reißen.

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts gewann Rußland insoweit freie Hand, daß es den Zusammenstoß mit der Pforte wagen durfte. Den Anlaß dazu gab der Versuch der Osmanen, ihre Oberherrschaft von der Küste des Schwarzen Meeres aus weiter nach dem Norden auszudehnen, nämlich auf die Ukraine. Darüber entbrannte ein neunjähriger Krieg (1671—1680). Er endigte mit einem zwanzigjährigen Waffenstillstande, in welchem die Türken auf ihre Ansprüche auf die Ukraine verzichten mußten. Und nunmehr drehten die Russen den Spieß um, indem sie ihrerseits zur Offensive übergingen. Peter der Große war es, der die Tradition seines Vorgängers Iwans des Großen zuerst in weitestem Umfange aufnahm; unter seinen Nachfolgern hinwiederum waren es besonders die Zarinnen Anna und Katharina, die in seinen Spuren wanderten; es verbanden sich damit ausschweifende imperialistische Träume. Im Jahre 1736 legte der Feldmarschall Münnich der Kaiserin Anna einen Feldzugsplan vor, der auf vier Jahre berechnet war. Zuerst sollte das Nordufer des Schwarzen Meeres

mit Einschluß der Krim, sowie der Moldau und Wallachei erobert werden; für 1738 wurde dann prophezeit: „Auch die Griechen retten sich unter die Fittiche des russischen Adlers.“ Aber das Größte sollte doch im Jahre 1739 geschehen: „Die Fahnen und Standarten der Zarin Anna werden aufgepflanzt, wo? In Konstantinopel! In der ersten, ältesten griechisch-christlichen Kirche, in der berühmten Sophienkathedrale, wird die Zarin als griechische Kaiserin gekrönt und schenkt den Frieden, wem? Der Welt ohne Grenzen, den Völkern ohne Zahl. Welcher Ruhm, welche Herrscherin! Wer wird dann fragen, wem der kaiserliche Titel gebührt? Dem, der in Frankfurt gekrönt und gesalbt ist, oder dem in Stambul?“ Und Katharina II. trug sich unter dem Einfluß ihres Ministers und Günstlings Potemkin mit dem sog. „griechischen Projekte“. 1779 wurde ihr ein zweiter Enkel geboren; sie ließ ihn nach griechisch-orientalischem (nicht russischem) Ritus „Konstantin“ taufen; dadurch wurde angedeutet, daß er für ein neues griechisches Kaisertum ausersehen war, das seinen Sitz in Konstantinopel haben sollte. Aus dem Archipelagus wurden Ammen herbeigeholt, um den Knaben mit griechischer Milch zu säugen, und griechisch war die Sprache, die er zuerst vernahm. Sie trat offen mit ihrem Anspruche auf die Schutzherrschaft über die Griechen und die orthodoxen Balkanchristen auf, sie ließ Denkmünzen schlagen, auf denen sie als Schutzherrin der Rechtgläubigen bezeichnet und der Untergang des Islams symbolisch dargestellt ward. Ihr Inspirator Potemkin vergaß dabei nicht sich selber: das Land zwischen Dnjestr, Aluta und Donau, im wesentlichen das Rumänien vor dem Weltkriege, sollte vom neugriechischen Kaisertum Konstantins abgezweigt und ihm selbst, dem Minister, als „Königreich Dazien“ gehören.

Bei seinen Balkanplänen entbehrte Rußland allerdings nicht eines mächtigen Rivalen: auch Österreich strebte nach Expansion auf Kosten der Pforte. In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts hatten die Osmanen Ungarn bis auf einen schmalen Streifen an der Westgrenze erobert, und nachdem es durch die Heirat zwischen Ferdinand I. und Anna, der Schwester des Jagiellonen Ludwig, Königs von Böhmen und Ungarn, an das Haus Habsburg gelangt war, bildete Ungarn das Streitobjekt zwischen Österreich und der Türkei. Fast zwei Jahrhunderte wogte der Kampf unentschieden hin und her; die Osmanen behaupteten sich im wesentlichen im Besitze Ungarns, und mit der Belagerung Wiens im Jahre 1683 erreichte anscheinend die Türkenmacht ihren höchsten Grad. Aber der vermeintliche Höhepunkt war in Wahrheit der sichtliche Wendepunkt. Es trat ein Umschwung ein, bewirkt durch die Siege Prinz Eugens, des edlen Ritters. Um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert wurde Österreich wirklich der Herr in Ungarn und Siebenbürgen, und nunmehr ging es, also ganz zur selben Zeit, wie Rußland unter Peter dem Großen, von der Defensive zur Offensive gegen das Ottomanische Reich über. Der Frieden von Passarowitz im Jahre 1719 bezeichnete das größte Maß der kriegerischen Erfolge Österreichs; er brachte dem Hause Habsburg sogar die kleine Wallachei und das nördliche Serbien mit der Stadt Belgrad. Wir können hier nicht alle die Phasen des Kampfes Rußlands und Österreichs gegen die Türkei erzählen, der schließlich ein Kampf der beiden

Kaiserreiche um die Türkei werden, und an dem letzten Grundes sie beide endlich ihren Untergang finden sollten. Zuerst versuchten sie noch, gemeinsam gegen die Pforte vorzugehen; dabei geriet Österreich in das Hintertreffen, — schon deshalb, weil die mit der osmanischen Herrschaft unzufriedenen Balkanvölker, sowohl aus nationalen wie auch aus konfessionellen Beweggründen, sich mehr zu dem stammverwandten und orthodoxen Rußland hingezogen fühlten. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts merkte man das in Wien, und man schlug daher seitdem hier einen anderen Kurs in der Balkanpolitik ein. Da man erkannte, daß Rußland die besseren Aussichten im Wettbewerb um die Gunst der Balkanchristen und auf die Erbschaft des kranken Mannes am Bosporus hatte, trat man jetzt für die Erhaltung der Integrität der europäischen Türkei ein, — darauf lief vor allem die Balkanpolitik Metternichs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hinaus. Diesem Verhältnis entsprach es, wenn es zwar den Serben und Rumänen glückte, mit russischer Hilfe sich vom osmanischen Joche zu befreien, wenn aber andererseits die Anstrengungen Rußlands, auf der Balkanhalbinsel direkt festen Fuß zu fassen, vor allem Konstantinopel und die Meeresengen zu gewinnen, immer wieder fehlschlugen. Den letzten großen Versuch in dieser Richtung unternahm Nikolaus I. im Krimkriege; er scheiterte am Widerstande der Westmächte, zumal Englands, das ja ein Interesse daran hatte, Rußland nicht an das Mittelmeer kommen zu lassen, welches seit dem Zeitalter Napoleons die britische Herrschaftsdomäne war, sowie Österreichs, das sich den Westmächten im wesentlichen anschloß, während Preußen, obgleich von dieser antirussischen Koalition umworben, eine strikt neutrale Haltung einnahm. Nikolaus I. ist über dem Mißerfolge des Krimkrieges zugrunde gegangen; auf seinen Sohn und Nachfolger Alexander II. machten diese Begebenheiten einen solchen Eindruck, daß er hinwiederum Preußen in dessen Kriegen um die deutsche Einheit gegen Österreich 1866 und Frankreich 1870/71 eine so wohlwollende Neutralität bewies, daß auf Grund der dadurch bewirkten internationalen Lage die Schaffung des neuen Deutschen Reiches ermöglicht wurde.

Die internationale Lage, wie sie durch die Ereignisse von 1866 und 1870/71 geschaffen worden war, war die Voraussetzung für den Gang, den die große Politik Europas in den Jahren nach dem Frankfurter Frieden einschlug. Maßgebend bestimmt aber wurde dieser nunmehr durch die Entwicklung, welche die Frage des näheren Orients durch das neue Erwachen der russischen Balkanpläne nahm, sowie durch den Widerstand und die Gegenaspirationen, die sich dagegen von österreichischer Seite erhoben. Es dauerte freilich noch einige Zeit, bis es aller Welt offenbar ward, daß das Balkanproblem wieder einmal der Angelpunkt der weltpolitischen Geschehnisse war; dann aber drängte es sich mit unwiderstehlicher Gewalt in den Vordergrund des allgemeinen politischen Interesses. Wie das allmählich mehr und mehr klar wurde, das zu schildern ist die nächste Aufgabe, die uns obliegt; vorher müssen wir noch kurz den Stand des Balkanproblems zum Anfange der siebziger Jahre kennzeichnen: denn erst dadurch gewinnen wir den richtigen Einblick in das Wesen der großen imperialistischen Aktion Rußlands, welche jetzt die Reihe der weltpolitischen Verwicklungen im

Zeitraum von 1871 bis 1914 eröffnet und diese mit Unterbrechung etwa eines Jahrzehnts um die Jahrhundertwende vorwiegend beherrscht hat.

Den letzten Ansturm gegen die Balkanhalbinsel und die Meeresengen mit Konstantinopel hatte Rußland im Krimkriege gemacht. Er war unglücklich verlaufen. Der Frieden von Paris (vom 30. März 1856) mit der Abtretung eines Teiles von Beßarabien und der Neutralisierung des Schwarzen Meeres bezeichnete den größten Tiefstand der zaristischen Macht im 19. Jahrhundert. Aber sie erhob sich schnell wieder von ihrem Falle. Schon zehn Jahre später, als Preußen nach der glücklichen Beendigung des deutschen Bruderkrieges mit Österreich vor der Gefahr eines Waffenganzes mit Napoleon III. stand, ließ Bismarck, um sich für diesen Fall des Wohlwollens Rußlands zu versichern, in St. Petersburg andeuten, daß der voraussichtliche und unvermeidliche Krieg Deutschlands mit seinen westlichen Nachbarn den Russen die Gelegenheit geben würde, die verhaßte Klausel der Neutralisierung des Schwarzen Meeres durch Artikel 11 des Pariser Vertrages abzuschütteln. Im Deutsch-Französischen Kriege von 1870/71 befolgten Alexander II. und sein leitender Minister Gortschakow tatsächlich diesen Ratschlag. Durch ein Rundschreiben vom 30. Oktober 1870 forderte Rußland im Einverständnis mit der Hohen Pforte, die damals unter russischem Einfluß stand, die Aufhebung der Neutralisierung des Schwarzen Meeres, und sie wurde auch auf der infolge preußischen Vorschlags beschickten Londoner Konferenz von 1871, der sog. „Pontuskonferenz", durchgesetzt. Auf ihren Beschluß hin (vom 18. März 1871) wurde den Russen das Halten einer Kriegsflotte auf dem Schwarzen Meere nach eigenem Belieben wieder eingeräumt; dagegen blieb die Verfügungsgewalt der Türkei über die Durchfahrt durch die beiden Meeresengen in Kraft, d. h. die von Rußland so schmerzlich empfundene Sperrung von Bosporus und Hellespont dauerte fort, — England wollte eben keine russische Flotte im Mittelmeer.

Die Aufhebung der Neutralitätsklausel war ein Erfolg der russischen Orientpolitik, aber doch ein ziemlich bescheidener; es blieben die Aspirationen auf die Meeresengen und der Wunsch, den unterdrückten Balkanstämmen zu helfen und damit zugleich die Balkanhalbinsel der eigenen Vorherrschaft zu unterwerfen. Nicht mehr das gemeinsame orthodoxe Bekenntnis war freilich jetzt die vornehmste Lösung für das Zusammengehen mit den Balkanvölkern, sondern die Zugehörigkeit zur gleichen Rasse, der panslawistische Gedanke; unter seinem Antriebe trat die traditionelle Balkanpolitik Rußlands in ein neues Stadium einer erhöhten Aktivität und eines leidenschaftlichen Enthusiasmus. Die offiziellen Leiter der russischen Politik, Alexander II. und Gortschakow, waren zwar von den panslawistischen Ideen nicht ergriffen; aber sie konnten sich doch ihren Einwirkungen nicht gänzlich entziehen; sie betrachteten sie wohl auch als ein Vehikel, das man hie und da mit Vorteil benutzen könne und müsse, und zumal Gortschakow kam ihnen entgegen, um sich der Gunst der weiten und einflußreichen Kreise zu versichern, die von ihnen im eigenen Lande erfüllt waren. Sowohl der Kaiser wie auch der Minister waren nicht gewillt, sich mit der geringfügigen Revision des Pariser Vertrages zu begnügen, die ihnen die Londoner Pontuskonferenz ge-

bracht hatte. Ihr nächstes Bestreben war darauf gerichtet, das verlorene Gebiet in Beßarabien wieder an Rußland zu bringen, und daran knüpften sich, mehr und mehr sich ausbauend und reifend, noch weitere hochfliegende Absichten und Entwürfe. Gortschakow betrachtete von der Zeit her, da Bismarck als preußischer Gesandter in St. Petersburg geweilt hatte, den deutschen Reichskanzler gewissermaßen als seinen Schüler; aber wie sehr hatte dieser jetzt den alten Lehrmeister überflügelt! So erwachte in dem greisen russischen Staatsmann der brennende Wunsch, sein Lebenswerk mit einer großen Aktion zu krönen, welche Rußland die Hegemonie im näheren Orient verschaffe. Er ließ kein Mittel unversucht, um die Pforte in Abhängigkeit von Rußland zu bringen; aber er hatte dabei mit der Rivalität Großbritanniens zu kämpfen, und die Erfolge, die er zu erringen trachtete, sollten sichtbarer und greifbarer Art sein, einen ungeheuren Triumph des russischen Ehrgeizes bedeuten. Mehr und mehr verdichteten und bestimmten sich die russischen Balkanwünsche zu konkreten Zielen: die Meeresengen sollten gewonnen, die Balkanstämme der türkischen Macht und Herrschaft entrückt, die Bulgaren befreit und in einem Großbulgarien vereinigt, Serbien und Montenegro auf türkische Kosten gestärkt und vergrößert werden, und zwar sollten dafür vor allem die von Serben bevölkerten Gebiete Bosniens und der Herzegowina herhalten, — sie alle sollten dann russische Schutzstaaten werden.

Es war ein großes Programm, das die Traditionen Münnichs und Potemkins in zeitgemäß veränderter Form wieder aufnahm. Es war vorauszusehen, daß es auf den Widerspruch und Widerstand der Mächte stoßen würde, und es war die Frage, ob die Kräfte des Russischen Reiches, die ungeheuren Hilfsquellen, die ihm zu Gebote standen, ausreichen würden, um es glücklich durchzuführen, ob die russische Staatskunst imstande sein würde, es diplomatisch so vorzubereiten, daß man angesichts der internationalen Lage mit einiger Aussicht auf Gelingen an das Werk zu gehen vermöge. Zunächst war damit zu rechnen, daß sich England und Österreich einem Vordringen Rußlands auf der Balkanhalbinsel entgegenwerfen würden; Gortschakow mußte also zunächst bemüht sein, sich mit diesen irgendwie abzufinden. Vielleicht gelang es, England durch ein freundschaftliches allgemein-politisches Einvernehmen auszuschalten und geneigt zu stimmen; an sich bestand ja auch eine gewisse Möglichkeit, Großbritannien, das durch heftige innere Streitigkeiten in Anspruch genommen schien, und das unter Gladstones Führung auswärtige und überseeische Verwicklungen tunlichst vermied, in gute Laune zu versetzen und mit einer Balkanaktion etwa dadurch zu versöhnen, daß man den Druck verminderte, den das derzeitige Vorgehen in Mittelasien (s. o. S. 23 f.) auf Ostindien ausübte? Was wollte England machen, wenn es wirklich gegen die russischen Balkanpläne protestierte? Tatsächlich stand es damals schwach und isoliert da — das bewies ja die Nachgiebigkeit, zu der es sich Rußland gegenüber in der Pontusfrage und in den soeben schwebenden Differenzen mit Amerika, im sog. Alabamakonflikt*), sowie in den Streitigkeiten über

---

*) Während des nordamerikanischen Bürgerkrieges hatten Kaperschiffe der südstaatlichen Konföderation, die in England gebaut, ausgerüstet und von dort ausgelaufen waren, von denen eines den Namen Alabama trug, dem Handel der nordstaatlichen Union beträchtliche Verluste zugefügt. Diese

die kanadische Fischerei und die Grenzen zwischen Nordamerika und Britisch-Kolumbia, verstehen mußte. Neben England war auf dem Balkan am meisten Österreich interessiert; aber man hatte in Petersburg den Eindruck, daß dieses seit der Schlacht von Sadowa nicht mehr ernstlich mitzusprechen fähig sei. Es blieben von den Kontinentalmächten also (Italien kam kaum in Betracht) nur Deutschland und Frankreich, und sollte es nicht angängig sein, diese beiden gegeneinander auszuspielen und zu paralysieren? War nicht Preußen-Deutschland für das Wohlwollen, das ihm Rußland in den Kämpfen um die deutsche Einheit bezeugt hatte, zu Freundschaft und Dankbarkeit verpflichtet? Vom Krimkriege her Österreich entfremdet, hatte Alexander II., durch Bande persönlicher Zuneigung und Verehrung an seinen greisen Oheim, Wilhelm I., gefesselt, trotz einigen Schwankens doch der preußischen Politik freie Hand zum Ausschlusse des Hauses Habsburg-Lothringen aus Deutschland gewährt. Noch mehr, er hatte ihr vor dem Ausbruche des Deutsch-Französischen Krieges die Erlaubnis gegeben, die Süddeutschen an sich zu ziehen, wofern auf diese dabei kein gewaltsamer Zwang ausgeübt würde. Und als die Feindseligkeiten zwischen Preußen-Deutschland und Frankreich ausgebrochen waren, da hatte Österreich noch daran gedacht, mit Preußen für 1866 abzurechnen; um eines Haares Breite wäre es damals gegen Preußen-Deutschland zu einer französisch-österreichisch-italienischen Allianz gekommen, — daß sie nicht perfekt wurde, daß Österreich nicht mit den Waffen eingriff, dazu hatte vor allem (neben dem Umstande, daß Frankreich alsbald im Anfange empfindliche Niederlagen erlitt) die Tatsache beigetragen, daß Alexander II. die Wiener Hofburg wissen ließ, daß er, falls diese irgendwelche Schritte zugunsten Napoleons III. unternehme, in gleichem Maße für Preußen eintreten würde. Die Feindschaft Rußlands herauszufordern, wagte man nicht in Wien; das bewirkten vornehmlich die Warnungen des ungarischen Ministerpräsidenten, des Grafen Andrassy. Als dann später (im Nov. 1871) der Graf Beust, der leitende Minister, zurücktrat, wurde sein Nachfolger als Minister des Auswärtigen eben Andrassy, und dieser schlug nunmehr, wie wir noch hören werden, den entgegengesetzten Kurs ein. Alexander II. begrüßte und feierte alle deutschen Siege, wie wenn er sie selber errungen hätte, — so konnte ihm denn Kaiser Wilhelm I. telegraphieren, als Frankreich besiegt zu Boden lag, als das Neue Reich unter Preußens Hegemonie begründet war, daß seine Dankbarkeit gegen den Neffen erst mit dem letzten Atemzuge verlöschen würde. Man konnte die Frage aufwerfen, ob diese Haltung des Zaren wirklich den russischen Interessen gerecht wurde; man konnte finden, daß diesen nicht damit gedient ward, daß sich im Herzen Europas eine so starke und gewaltige Macht zusammenballte, wie sie der neue deutsche Einheitsstaat war. Es gab in der Tat in Rußland einflußreiche Kreise, zumal die panslawistisch gesinnten Elemente, die dieser Ansicht waren, und es war lediglich die persönlich-selbstherrliche Politik Alexanders II., der Deutschland es zuzu-

---

erblickte darin einen Bruch der Neutralität und verlangte von England Schadenersatz. Die Verhandlungen darüber zogen sich mehrere Jahre hin und nahmen zeitweise einen so ernsten Charakter an, daß der Krieg zwischen beiden Mächten auszubrechen drohte. Schließlich wurde der Streit 1872 durch ein internationales Schiedsgericht zu Genf zugunsten der Vereinigten Staaten beigelegt.

schreiben hatte, daß es sich gegen Frankreich und in seiner nationalen Neuordnung frei und ungehindert auswirken durfte. Aus dieser Sachlage ergab sich für die russische Politik ein Doppeltes: Einmal hielt man es für selbstverständlich, daß Deutschland seine Dankesschuld durch eine bedingungslose Unterstützung der eigenen Balkanabsichten abzahle, sobald als man die Zeit dafür gekommen erachte, offen damit hervorzutreten, — vorderhand hielt man damit noch längere Zeit zurück, und wenn auch Bismarck recht gut wußte, was man in St. Petersburg vorhatte, so ließ man sich hier doch offiziell vor ihm darüber nicht aus, und noch Anfang 1875 stellte es der Zar energisch in Abrede, daß er nach Konstantinopel zu greifen gedächte. Das Zweite jedoch war, daß man in Petersburg jetzt keineswegs gewillt war, Deutschland noch mehr erstarken, Frankreich dagegen schwächen zu lassen. Rußland war entschlossen, fortan schützend seine Hand über Frankreich vor Deutschland zu halten; im Gegenteil, Frankreich und der hier vorhandene Durst nach Rache erschien der russischen Diplomatie als ein willkommenes Werkzeug, um auf Deutschland, wenn es sich je ihren Wünschen widersetzen sollte, einen scharfen Druck ausüben zu können. In diesem Sinne hatte der russische Botschafter in Wien schon nach der Schlacht von Sedan geäußert, die Fortsetzung des Blutvergießens in Frankreich sei zu bedauern; aber den Gedanken einer russischen Intervention lehnte er mit der Begründung ab: „Es ist zu viel verlangt, daß Rußland sich mit Deutschland überwerfen soll, nur um des sowieso sicheren Vorteiles willen, Frankreich im gegebenen Falle zum warmen Alliierten gegen Deutschland zu haben,“ — in dieser Bemerkung schlummerte bereits der Keim zum französisch-russischen Zweibunde. Und da Frankreich traditionell im näheren Orient immer noch eine ansehnliche Stellung innehatte, so empfahl es sich für Rußland, gerade im Interesse der eigenen Orientpolitik die Beziehungen zur jungen Republik sorgsam zu pflegen und ihr, falls es nötig sein würde, gegen das neue Kaiserreich einen Rückhalt zu gewähren.

Bald sollte es sich herausstellen, daß die diplomatische Rechnung Gortschakows in den meisten Punkten nicht stimmte. Er unterschätzte den Widerspruch, den England und Österreich seinem Balkanprojekte entgegenzusetzen entschlossen waren, und auch ihre Fähigkeit, diesen geltend zu machen. In Nebendingen machte es in London zwar einen günstigen Eindruck, daß Gortschakow die russische Expansion in Mittelasien einstellen zu wollen zeitweise Miene machte; aber das vermochte die Briten doch nicht mit seinen Plänen hinsichtlich des näheren Orients auszusöhnen. Selbst was Frankreich anbelangte, täuschte er sich; es ließ sich, wie wir noch sehen werden, seine Gönnerschaft gegenüber Deutschland gern gefallen, rief sie auch selber an; aber für seine Balkanpolitik vermochte er es deshalb doch nicht zu kirren. Und indem er es verschmähte, sich dafür auf Deutschland in ausgesprochener Wendung gegen Frankreich zu stützen, erfüllten sich seine Hoffnungen auf Preußen-Deutschlands bedingungslose Dankespflicht nicht. Am meisten aber täuschte sich der russische Reichskanzler hinsichtlich Österreichs. Dieses fühlte sich stark genug, nicht nur den Russen auf dem Balkan entgegenzutreten, sondern ihnen auch diesen durch eine aktive Ausbreitungspolitik streitig zu machen.

Der Ersatz des Grafen Beust als Leiter der Doppelmonarchie an der Donau durch den Grafen Andrassy bezeichnete, wie wir vor kurzem gehört haben, endgültig einen entschiedenen Kurswechsel der österreichischen Politik. Andrassy, ein Ungar von Herkunft, war nicht beschwert von traditionellem Hasse und Gegensatze gegen Preußen-Deutschland, wie sein Vorgänger; er war es, der beim Ausbruche des Deutsch-Französischen Krieges im Rate des Kaisers Franz Josef den Ausschlag für die Neutralität gegeben hatte; er wollte schon vor 1870 gar nicht, daß Österreich seine alte Stellung in Deutschland wieder erlangte, da er davon eine Herabminderung der Bedeutung besorgte, zu der nunmehr das magyarische Element im habsburgischen Gesamtreiche emporgestiegen war. Er zog die Konsequenzen aus dem Wandel, den dieses durch den Ausgleich von 1867 erfahren hatte: es war ja jetzt etwas ganz anderes als vorher, nicht mehr die alte zentralistische Monarchie, sondern ein zweigeteilter Staat, ein neues „Österreich-Ungarn“, in dessen transleithanischer Hälfte die Ungarn die unbestrittene Herrschaft hatten; es handelte sich nunmehr für ihn darum, daß auch in der Leitung des Ganzen das spezifisch-magyarische Interesse der maßgebende Gesichtspunkt wurde. Eben darum lag ihm nichts an einer Rache für Sadowa; als Österreich-Ungarns Hauptfeind erschien ihm nicht Preußen-Deutschland, sondern Rußland, dessen panslawistische und orientalische Aspirationen er (zumal eben in Rücksicht auf Ungarn) mit tiefem Mißtrauen verfolgte, und von denen er Gefahren für die Zukunft befürchtete. Mit seiner Abneigung gegen das zaristische Rußland bewegte er sich durchaus im Einklang mit den Gefühlen seiner näheren Landsleute, die noch lebhaft von der Erinnerung an die Schergendienste erfüllt waren, die Nikolaus I. vor zwei Jahrzehnten bei der brutalen Unterdrückung ihrer Revolution dem Wiener Hofe geleistet hatte. Als er noch ungarischer Ministerpräsident war, war Rußland bereits „sein Gedanke früh und spät“, und all sein Sinnen und Trachten war darauf gerichtet, sowohl wie er Deutschland so zu gewinnen vermöchte, daß Österreich-Ungarn für alle Fälle auf das Neue Reich gegen Rußland zählen dürfte, als auch darauf, wie es zu verhindern sei, daß sich Rußland und Deutschland miteinander verbündeten. Seine Haltung während des Deutsch-Französischen Krieges bereits war, wie er später einmal vor Franz Josef ausführte, vom Wunsche getragen, sich Deutschlands dereinst „als Stütze gegen die traditionellen Tendenzen der Russen“ zu versichern, indem er den umgekehrten Fall, daß nämlich Österreich einmal diese gegen Deutschland brauchen könnte, geradezu als ausgeschlossen hinstellte. Im Sommer 1871 traf er mit Bismarck und Beust in Salzburg zusammen, wo auch Wilhelm I. und Franz Josef einander begegneten. Bei dieser Gelegenheit machte er den vergeblichen Versuch, den deutschen Kaiser und den deutschen Kanzler gegen Rußland einzunehmen. Als er das Ministerium des Auswärtigen bald darauf antrat, faßte er den Plan einer englisch-österreichischen Entente, der sich dann Deutschland und Italien angliedern sollten, sowohl um Frankreich und Rußland im Schach zu halten, vor allem jedoch, um das von ihm gefürchtete deutsch-russische Bündnis zu verhindern; der Erfolg war jedoch auch diesem Beginnen versagt.

Die „traditionellen Tendenzen der Russen“, gegen die Andrassy Anlehnung

an Deutschland erstrebte, und derenthalben er eine deutsch-russische Allianz zu hintertreiben auf das äußerste entschlossen war, das waren die panslawistischen Agitationen und die Balkanaspirationen des Moskowitertums. Noch weniger als früher konnte der habsburgische Kaiserstaat in seiner neuen Gestalt als österreichisch-ungarische Doppelmonarchie einer Erweiterung der russischen Machtsphäre im Südosten Europas ruhig zusehen: Transleithanien in seinem Bestande, desgleichen die Vorherrschaft des magyarischen Volkselementes hierselbst waren ja durch etwaige Fortschritte des Slawentums auf das stärkste bedroht. Und hatten sich schon im Krimkriege die ersten Spuren der Rückkehr Österreichs zur aktiven Balkanpolitik des 18. Jahrhunderts gezeigt, so trat diese Tendenz jetzt noch viel entschiedener auf. Durch seine Verwicklung in die deutschen und italienischen Angelegenheiten war Österreich zum Ende der fünfziger und in den sechziger Jahren verhindert worden, sich im Südosten Europas zu betätigen; durch seinen Ausschluß aus Italien und Deutschland von solchem Bleigewicht befreit, wandte es sich jetzt eben dieser Richtung zu. Die Politik passiver Abstinenz, die es so lange auf dem Balkan betrieben hatte, wurde nunmehr liquidiert. Nach dem Verluste Venetiens reichte Österreich an das Adriatische Meer nur noch mit dem schmalen Insel- und Küstenstreifen Dalmatiens heran, — das war der einzige Stützpunkt seiner Seemacht. Um dieses „Litorale“ zu sichern, meinte man seines Hinterlandes, Bosniens und der Herzegowina, zu bedürfen, die von serbischer Bevölkerung bewohnt waren. Nun stand auf dem russischen Balkanprogramm die Schaffung eines Großbulgariens, die Vergrößerung von Serbien und Montenegro eben auf Kosten von Bosnien und der Herzegowina; in Wien jedoch glaubte man auf keinen Fall gerade diese beiden Länder unter die Herrschaft eines größeren Balkanstaates und noch dazu unter russischem Protektorate geraten lassen zu sollen. Denn dieser trachtete dann voraussichtlich danach, in breiter Linie an das Meer heranzukommen, d. h. er bedrohte die im österreichischen Besitz befindliche illyrisch-dalmatische Küste und damit Österreichs maritime Stellung. Man besorgte weiterhin, daß ein Großserbien, das sich als ein derart national einheitlich geschlossener Machtkomplex darstelle, auf die in Österreich-Ungarn lebenden Millionen von Südslawen mit magnetischer Anziehungskraft wirken würde, und damit mußte gerechnet werden nicht nur für den Fall, daß sich Serbien, sondern auch daß sich Montenegro auf Kosten von Bosnien und der Herzegowina vergrößerte. Der ehrgeizige Fürst Nikita trug sich mit der Hoffnung, zu seinem angestammten Ländchen eben diese beiden Provinzen sowie das damals noch türkische Altserbien und das österreichische Süddalmatien dereinst schlagen zu können. Ein begeisterter Dichter, gab er in hinreißenden Versen dem Traum Ausdruck, alle unter der Türkei und Österreichs „hartem Joche schmachtenden Serben“ bald zu einem Großserbien vereinigt zu sehen. Als er sich einmal an der österreichischen Grenze befand, zündete er ein Streichholz an und warf es mit einer nicht mißzuverstehenden Gebärde in weitem Bogen auf die habsburgische Erde: es war ein Symbol der Brandfackel, die er unter die österreichischen Slawen zu schleudern gedachte. Wenn ein Großserbien entstand, wie es in seinem Sinne lag, so hätte dieses auch leicht das schon bestehende Fürstentum Serbien bei dessen unsicheren dynastischen Ver-

hältnissen an sich reißen können. Ebensowenig wie ein Großserbien wollte Österreich ein Großbulgarien aufkommen lassen. Denn wenn dieses von der europäischen Erbschaft der Pforte Bosnien und die Herzegowina gewann, so war die habsburgische Herrschaft über die Ostküste der Adria und über die zu ihr gehörigen südslawischen Stämme und Völker nicht minder gefährdet; jedenfalls war dann für die Balkanhalbinsel ein Kristallisationspunkt für die Bildung einer Macht gegeben, die der Österreich-Ungarns Schaden bringen und ihre Ausbreitung nach Südosten verhindern konnte.

Um solches zu verhüten, schien für Österreich nichts ratsamer, als Bosnien und die Herzegowina für sich selber zu nehmen; zugleich sicherte und erweiterte es dadurch seinen Besitz an dem Ostufer der Adria. Schon 1856 war Radetzki dafür im Hinblick auf den Schutz von Istrien und Dalmatien eingetreten, zehn Jahre später Tegethoff, der Sieger von Lissa. Nach 1866 konnte dem Projekt eine größere Aufmerksamkeit zugewendet werden; besonders wurde es von den militärischen Kreisen gefördert. Bereits Bismarck soll unmittelbar nach dem Frieden von Nikolsburg Österreich auf Bosnien verwiesen und militärische Unterstützung dafür verheißen haben. Es erschien ihm damals offenbar wünschenswert, wenn sich die Donaumonarchie im Südosten Europas engagierte, um sie von ihren deutschen Aspirationen gänzlich abzukehren. Österreichische Stabsoffiziere bereisten seitdem die beiden Länder, um topographische Aufnahmen und Karten für das Kriegsministerium anzufertigen. Als ein „vom Leib getrennter Kopf" oder als ein „Mundstück, zu dem der Dudelsack fehlt", wurde Dalmatien ohne sein Hinterland bezeichnet. Wie man sieht, spielten die Bestrebungen, Bosnien und die Herzegowina für das Donaureich zu gewinnen, schon geraume Zeit, ehe sie an das Licht der Öffentlichkeit traten; sie wurden vornehmlich in den militärischen Kreisen betrieben, und selbst, als später um die Mitte des Jahrzehnts die bosnische Frage akut wurde, war der leitende Staatsmann, der Graf Andrassy, keineswegs sehr eifrig bei der Sache. Aber schließlich hielt auch er den Erwerb der beiden Länder, Bosniens und der Herzegowina, für unvermeidlich, um nämlich das Slawentum auf der Balkanhalbinsel nicht allzu mächtig und gefährlich werden zu lassen, zumal bei den Rückwirkungen, die davon auf die slawische Agitation in der eigenen Monarchie zu erwarten waren; auch mußte verhütet werden, daß Rußland, wenigstens indirekt, an das Adriatische Meer herankomme, — gegen alle diese Widerwärtigkeiten erschien die Annexion der fraglichen Gebiete als das wirksamste Mittel zur Abwehr.

Erst nach und nach enthüllte sich die Balkanfrage in ihrer wahren Gestalt und in ihrer ganzen Tragweite, und so konnte sie auch Bismarck erst nach und nach vollgültig in seine Rechnung stellen, indem es ihm nur allmählich zum Bewußtsein kam, daß sie fortan der Angelpunkt der welthistorischen Entwicklung sein würde. Das, was er vor allem wollte, das war die Erhaltung des Friedens in Europa, und das wurde durch nichts so bedroht, wie durch das brennende Verlangen Frankreichs nach Abrechnung mit Deutschland. In dieser Hinsicht war seine Politik seit 1870/71 nichts weiter als eine Fortsetzung von der, die er schon nach der Schlacht von Königgrätz einzuschlagen sich gezwungen gesehen hatte. Schon da-

mals erkannte er klar, daß diese auf die Dauer in Frankreich noch mehr als Niederlage empfunden werden würde als in Österreich, daß der Kampf, zu dem sich Preußen-Deutschland auch weiterhin gezwungen sehen mußte, nicht sowohl dem alten Rivalen um die Oberherrschaft in Deutschland als vielmehr dem Erbfeind jenseits des Rheins gelte; er sah auch bereits voraus, daß sich damit das orientalische Problem kreuzen würde. Österreich für Preußen-Deutschland als Bundesgenossen in der Zukunft wieder einmal gewinnen zu können, das war das Ziel, das ihm bei den Friedensverhandlungen nach dem Bruderkriege im Geiste vorschwebte, und so stellte er schon im Frühjahr 1867, als der bayrische Graf Tauffkirchen mit seinem Wissen und Willen in Spezialmission in Wien wieder anzuknüpfen suchte, daselbst eindringlich vor: „Der Norddeutsche Bund könne Österreich dasjenige gewähren, was ihm früher der Deutsche Bund gewährt habe; das heißt innere und äußere Sicherheit, die letztere in zweifellos defensiver Beschränkung, entweder für die ganze österreichische Monarchie auf Zeit, etwa auf ein bis drei Jahre, oder für den deutschen Teil durch ein dauerndes Bündnis, ohne bundestägige Verfassung, rein als internationaler Vertrag aufgefaßt. Auch würde sich ein zeitweiliges Bündnis durch eine ebensolche Abmachung über die türkische Angelegenheit vervollständigen lassen. In eine solche Kombination würden sie aber auch Rußland hineinziehen müssen. Er sei nicht ohne Hoffnung, daß für einen beschränkten Zeitraum Rußlands Zustimmung zu einer Aufrechterhaltung des status quo in den türkischen Grenzländern zu gewinnen sei. Sollte sich Rußland nicht dazu verstehen, eine solche Zustimmung vertragsmäßig zu verlautbaren, so werde es für die Erhaltung des Friedens genügen, wenn Rußland, ohne eine Verbindlichkeit einzugehen, ein ihm bekanntes preußisch-österreichisches Engagement stillschweigend billige. Auch bei einer solchen auf stillschweigender Bewilligung Rußlands berechneten Abmachung müßten unsere Karten für Rußland offen liegen.“ Das war ungefähr das, was einige Jahre später die Dreikaiser-Entente zu leisten bestimmt war; charakteristisch ist es, daß Bismarck damals schon die Balkanfrage mit in den Bereich seines politischen Kalkuls zog.

Allzusehr brannte damals noch in Wien die Wunde von Sadowa, als daß solche Anregungen bereits auf fruchtbaren Boden fallen konnten. Unter der Leitung Beusts stellte sich die Hofburg zunächst noch auf den Revanchegedanken ein, und als der von Bismarck vorhergesehene Krieg mit Frankreich ausbrach, da machte Österreich, wie wir wissen, Miene, Napoleon beizuspringen. Dank der Haltung des Zaren ging diese Gefahr vorüber, und sofort nahm der Kanzler den Gedanken von 1867 wieder auf. Im September 1870 ließ er in Wien und Petersburg über die Herstellung eines Einvernehmens sondieren „mit dem Hintergedanken des Beitritts des monarchischen Italiens“. Aber auch eine andere Kombination schwebte ihm schon damals vor. Dem britischen Botschafter Odo Russell gegenüber bezeichnete er im Hauptquartier England und Österreich als die „natürlichen Verbündeten Deutschlands, deren Allianz es mit Aufopferung anderer Freundschaften erkaufen würde“; das konnte nur heißen, daß es als dritten im Bunde neben Österreich noch lieber Großbritannien als Rußland erblicken würde; man sieht daraus, welch tiefes Mißtrauen ihn im Grunde der Seele gegen Ruß-

land erfüllte. Gladstone war für diesen Wink nicht zu haben, teils aus liberalem Doktrinarismus und daraus, sowie aus persönlicher Stimmung entspringendem Mangel an Geneigtheit, mit Bismarck zu paktieren, teils aus Rücksicht auf Frankreich. Das wußte Bismarck ganz genau, daß der glückliche Ausgang des Krieges mit Frankreich das Neue Reich mit der Hypothek der französischen Rache belasten würde, daß dieses dagegen einer Sicherung durch Allianzen bedürfe, und ohne Zweifel war er der Ansicht, daß ein Bündnis mit England der Unabhängigkeit Deutschlands weniger Eintrag zufügen würde, als ein solches mit Rußland. Man hat später, so z. B. 1886 der König Karl von Rumänien, Bismarck den Vorwurf gemacht, durch die Annexion von Elsaß-Lothringen habe er den Grund zur dauernden Entzweiung zwischen Deutschland und Frankreich gelegt und Deutschland genötigt, infolge seiner daraus erwachsenen beständigen Bedrohung durch Frankreich, zumal in der orientalischen Frage, den Russen Handlangerdienste zu leisten. Darin liegt etwas Richtiges; aber sicher hätte Bismarck gern diese Abhängigkeit von Rußland in der Balkanpolitik vermieden; eben darum suchte er damals und auch noch später die englische Allianz, doch vermochte er sie nicht zu bekommen. Auf einem andern Blatt steht es, ob durch die Vermeidung der Annexion von Elsaß-Lothringen die deutsch-französische Zwietracht verhindert worden wäre, und inwieweit jene Bismarcks persönliches Werk ist. Der spätere Botschafter v. Radowitz hat über Bismarck sich einmal dahin geäußert: „Wenn es nach ihm gegangen wäre, so hätten wir Frankreich nicht allein Metz samt Lothringen, sondern auch das Elsaß belassen. Bezüglich dieses sah er wohl gleich ein, daß er gegen die Stimme der öffentlichen Meinung und der Armee nicht werde aufkommen können; was jedoch jenes, nämlich Metz und Lothringen, anbelangt, so hat es lange und ernste Kämpfe zwischen Fürst Bismarck und den Spitzen der Armee gegeben; allein die militärischen Rücksichten waren so ernst und so gewichtig, daß er sich schließlich fügen mußte, wenngleich er sich stets sagen muß, es sei dies der wundeste Flecken an seinem Werke.“ Die Differenzen zwischen Bismarck und den Militärs wegen Metz beim Friedensschlusse sind bekannt; aber ob seine Haltung betreffend Elsaß-Lothringen stets so eindeutig und fest bestimmt war, wie es nach den Worten von Radowitz scheinen müßte, steht wohl doch dahin. Vor Bamberger hat er sich schon am 7. August 1870 dahin resolviert, „Metz und Straßburg müßte man behalten“, und noch im selben Monat berichtete der Kronprinz Albert an den König Johann von Sachsen aus dem Felde: Bismarck erachte die Annexion von Elsaß-Lothringen als notwendig und eventuell selbst als eines neuen Krieges wert; zur Entscheidung darüber halte er einen Kongreß mit persönlicher Teilnahme der Bundesfürsten für wünschenswert. So viel läßt sich endlich wohl annehmen, daß auch ohne den Verlust von Elsaß-Lothringen Frankreich den Revanchegedanken gehegt und gepflegt und sich im günstigen Augenblick deutschfeindlichen Koalitionen immer wieder gern zur Verfügung gestellt haben würde.

Dem sei nun, wie ihm wolle, — seit dem Kriege von 1870/71 sah Bismarck die vornehmste Aufgabe seiner Staatskunst darin, Bündnisse gegen Deutschland zu verhindern, in denen Frankreich einen Platz finden könnte, und dafür hielt er

es wieder für das zweckmäßigste, selbst Bündnisse zustande zu bringen, welche Deutschland mit den übrigen Mächten unter Ausschluß Frankreichs vereinigten. Was den ersten Punkt anbelangt, so ist er, zumal unter dem Eindrucke des Kulturkampfes, nicht frei von der Besorgnis gewesen, daß sich eine katholische Koalition unter der Ägide des Papstes bilden könnte, in der sich Österreich und Frankreich zusammenschlössen, und zeitweise glaubte er sogar mit der Möglichkeit rechnen zu müssen, daß eine Aussöhnung zwischen Vatikan und Quirinal auch in Italien die Bahn für eine solche Kombination ebnen könnte; dagegen sah er sich mit Rußland, das mit der Kurie um jene Zeit der polnischen Verhältnisse halber im Kampfe lag, durch eine Art von Interessengemeinschaft verbunden. Viel wichtiger jedoch war es für ihn (und dadurch wurden solche Eventualitäten von vornherein zerstört), seinerseits zu positiven Allianzen zu gelangen. Es ist ja bereits erwähnt worden, daß er in dieser Hinsicht schon im Herbst 1870 die verschiedensten Möglichkeiten erwog, in denen alle Mächte Europas (mit Ausnahme Frankreichs), Österreich, England, Rußland und Italien, in Betracht gezogen wurden. Mit England nun freilich war nichts anzufangen, und so hätte denn der Kanzler am liebsten ein dauerndes Einvernehmen zwischen den drei Kaisermächten und Italien zustande gebracht; die Schwierigkeit bestand nur darin, Österreich-Ungarn mit Rußland und Italien unter einen Hut zu bringen. Nachdem Österreich seinerseits auf die Rache verzichtet hatte, stand einer deutsch-österreichischen Annäherung nichts mehr im Wege. Schon seit dem Ende des Jahre 1870 bahnten sich freundschaftlichere Beziehungen zwischen den ehemaligen Gegnern an, und noch unter Beusts österreichischer Reichskanzlerschaft wurden sie im Sommer 1871 durch die schon erwähnten Begegnungen der beiden Monarchen, sowie Bismarcks, Beusts und Andrassys in Ischl und Salzburg besiegelt und bestärkt; wir haben bereits gehört, daß Andrassy schon damals, allerdings vergeblich, versuchte, die deutsche Politik zum Einlenken in ein antirussisches Fahrwasser zu bringen. Wenn sich aber Deutschland ernstlich mit Österreich verständigen wollte, war es dann, bei dem doch einmal vorhandenen, damals freilich noch latenten russisch-österreichischen Gegensatze, wenn dieser, allen Bemühungen der Vermittlung und des Ausgleiches zum Trotze, doch einmal offen hervortreten sollte, auf die Dauer für Deutschland möglich, einer Option zwischen Rußland und Österreich aus dem Wege zu gehen? Charakteristisch dafür, nach welcher Richtung hin dann die Entscheidung fallen konnte, war ein Gespräch, das um dieselbe Zeit, im August 1871, Nowikow und Schweinitz, die Vertreter Rußlands und Deutschlands bei der Hofburg, in Wien miteinander führten. Als sich jener bei diesem nach dem Stande der gerade spielenden ersten Verhandlungen zur Wiederanknüpfung des österreichisch-deutschen Verhältnisses erkundigte, empfing er den Bescheid: „Wenn man uns fragen würde, was wir Österreich für die Wiederherstellung seiner Freundschaft mit uns versprochen haben, so würde ich antworten: die Existenz! Einzig unserm Wohlwollen verdankt es seine Erhaltung; denn wir haben ein Interesse daran, daß es unversehrt bestehen bleibe; seine Unversehrtheit ist unseres Erachtens für das europäische Gleichgewicht viel notwendiger als selbst die des Ottomanischen Reiches.“ Es liegt auf der Hand, daß sich die Spitze dieser Eröffnung gegen

Rußland richtete: denn gegen wen war es nötig, Österreich und dadurch das europäische Gleichgewicht zu schützen und zu stützen, wenn nicht gegen Rußland und die slawischen Expansionstendenzen im Südosten Europas? Tatsächlich ist ja auch die Entwicklung in der Folgezeit diesen Weg gegangen. Der Weltkrieg ist entbrannt, weil Deutschland es unternahm, die Existenz Österreichs gegen Rußland und die slawischen Expansionstendenzen zu verteidigen; aber wenigstens so, wie dieser Versuch durchgeführt wurde, ist er mißglückt: Österreich war nicht zu retten, und Deutschland wurde in die Katastrophe der Donaumonarchie verwickelt.

Daß die Balkanfrage einen trennenden Keil zwischen Rußland und Österreich treiben würde, das war allerdings damals, während und unmittelbar nach dem Kriege von 1870/71, noch nicht ohne weiteres zu erkennen. Einen Mann freilich gab es in Österreich-Ungarn selbst, dessen Gedanke, wie schon berührt wurde, Tag und Nacht Rußland war, der voraussah, daß die Losung der Orient- und damit der allgemeineuropäischen Politik dereinst sein würde: Österreich oder Rußland? Und eben deshalb, nicht etwa aus Liebe, umwarb er Deutschland; deshalb wollte er die Erinnerung an Königgrätz in Wien ausgetilgt wissen, — das war Andrassy. Am 14. November 1871 wurde er österreichisch-ungarischer Außenminister, und der deutschfreundliche Kurs, den die habsburgische Politik bereits trotz und unter Beust genommen hatte, bekam jetzt erst recht die Oberhand. Auch ihn leitete, wie wir schon gehört haben, ein an sich richtiger Instinkt; wie hoch er auch immer das Zusammengehen mit Deutschland anschlug, so meinte er doch, England, als der natürliche Gegner Rußlands auf dem engeren weltpolitischen Gebiete, zumal was die orientalische Frage anbelangte, müßte zuerst gewonnen werden, daran könnten sich dann Deutschland und Italien angliedern. Aber er machte mit England dieselbe Erfahrung wie Bismarck: es war für eine festgelegte Kombination nicht zu haben. So blieb ihm denn nur Deutschland übrig, und dieses konnte er von Rußland nicht abziehen. Isoliert, wie Österreich damals dastand, bedurfte es der Anlehnung an andere Mächte; da die französische Republik dafür nicht geeignet schien, mußte es, wenn es Deutschland haben wollte, in den sauren Apfel beißen, auch Rußland vorderhand mit in Kauf zu nehmen. Denn da sich ihm England versagte, sah sich Bismarck auf Rußland angewiesen; wohl wollte er sich mit Österreich verständigen, aber dann mußte auch Österreich sich mit Rußland ins Einvernehmen setzen. So konnte Andrassy nicht an Deutschland herankommen, wenn er nicht Rußland mit in Kauf nahm; der Entschluß dazu fiel ihm freilich schwer. Gewiß war ferner eine „Dreikaiser-Entente" Bismarcks sehnlichster Wunsch; aber wenn auch Österreich-Ungarn so weit zu bringen war, so mußte er doch noch erst die Widerstände überwinden, die sich ihr in Rußland entgegenstellten. Jedenfalls „kostete es enorme Anstrengungen, viel stille Arbeit, um Rußland und Österreich einander zu nähern gegen Gortschakows Eigensinn und gegen den widerstrebenden Einfluß der österreichischen Hofkamarilla". Zunächst jedoch gelang es, Österreich und Rußland mit Deutschland zu einer Gruppe zu vereinigen, wenigstens äußerlich; das war das sogenannte „Dreikaiserbündnis" von 1872/73. Von vornherein war es freilich nur Deutschland

ernst mit dieser Gruppierung. Österreich entschloß sich unter Andrassys Einfluß nur dazu, um überhaupt zunächst mit Deutschland in ein engeres Verhältnis zu kommen, indem es hoffte, daß es sich dabei nur um ein Übergangsstadium handeln würde, da Rußland doch nicht auf die Dauer der Dritte im Bunde bleiben könnte. Rußland hinwiederum entschloß sich zur Teilnahme, da es nicht Deutschland und Österreich allein lassen wollte, aus Besorgnis, daß Wien sonst ganz in das Fahrwasser von Berlin, und daß man selber in allzu große Isolierung geraten würde; auch spielte der Wunsch mit, Österreich auf dem Balkan zu binden, bis man dort selbst vorzubrechen in der Lage sei. Gortschakow meinte, daß Deutschland in Anbetracht seiner Dankesschuld entweder Österreich im Dreikaiserbunde mit sich fortreißen und den russischen Aspirationen gefügig machen oder sich schließlich, vor die Wahl zwischen Österreich und Rußland gestellt, für dieses letztere entscheiden würde.

Jedenfalls durfte sich Rußland nicht jetzt schon bei Deutschland durch Österreich den Rang ablaufen lassen, und man sah die Sache doch in Petersburg so an, daß einem bloßen deutsch-österreichischen Einvernehmen ein Verhältnis zu dreien vorzuziehen sei. Insonderheit war es der alte, zweiundachtzigjährige Feldmarschall Graf Berg, der bei dem Zaren lebhaft für den Plan einer Tripelallianz der Dreikaisermächte eintrat, „welche Europa den Frieden aufzuzwingen habe und eine Reduktion der stehenden Heere erlaube". Damit entbehrte er bei seinem kaiserlichen Herrn nicht des Erfolgs. Der deutsche Botschafter Prinz Reuß glaubte dessen politischen Standpunkt im Sommer 1872 dahin kennzeichnen zu können: „Das Zusammengehen der drei nordischen Mächte ist von jeher seine Lieblingsidee gewesen, wenn ihm auch Österreich, namentlich während des Ministeriums des Grafen Beust, wenig Vertrauen eingeflößt hat. Er sieht in diesem Zusammengehen die festeste Garantie für den Frieden in Europa, und er möchte dadurch mit einem Schlage alle Revanchegelüste Frankreichs, durch welche dieser Friede dauernd bedroht ist, zunichte machen . . . Dieser Friedensgedanke ist ihm so sehr ans Herz gewachsen, daß er, wie ich weiß, sogar nicht abgeneigt sein würde, eine Offensiv- und Defensivallianz auf der Basis einer Territorialgarantie mit uns zu schließen und dadurch unsern unruhigen Nachbarn auf lange Zeit die Kriegsgelüste auszutreiben. Für sich und sein Land hofft er daraus den Vorteil zu ziehen, das ungeheure Kriegsbudget zu ermäßigen." Was konnte Bismarck willkommener sein als eine solche Aussicht, die ihm ein für allemal Ruhe vor Frankreich zu schaffen versprach, und in der Tat ist ein solches Bündnis mit Rußland mit Territorialgarantie für Elsaß-Lothringen das Ziel gewesen, das er in St. Petersburg zu erreichen trachtete, freilich umsonst. Mag es Alexander II. damit unter dem Einfluß Bergs, der schon zwei Jahre später aus dem Leben schied, damals noch ernst gewesen sein, so ist es doch höchlichst zu bezweifeln, ob die offizielle Diplomatie Rußlands, insonderheit Gortschakow, damit einverstanden war, und man möchte meinen, daß sie das Projekt, wenn überhaupt, so nur deshalb damals billigte, um es Deutschland als Lockspeise vorzuhalten, um dieses nämlich zu bestimmen, Rußland an dem österreichisch-deutschen Einvernehmen teilnehmen zu lassen, — ein solches allein betrachteten sie mit Argwohn; schon die Zusammen-

kunft Wilhelms I. mit Franz Josef im August des Vorjahres (s. o. S. 35) hatte Aufmerksamkeit in St. Petersburg erregt, auch beim Zaren. Im selben Zusammenhange berichtete über diesen der Prinz Reuß weiterhin an Wilhelm I.: „Es ist ihm nämlich nicht erwünscht, wenn sein bester Freund, wie er Eure Majestät immer nennt, mit einem Dritten zusammenkommt und er sozusagen vor der Türe seines Freundes stehen bleiben muß, während die zwei andern miteinander verkehren. Nicht daß sein Vertrauen in Eure Majestät dadurch wankend gemacht werden könnte; aber er möchte nur, daß sein bester Freund ohne ihn nicht neue Freundschaften schlösse. Denn wenn der Kaiser auch im vorigen Jahre, als Eure Majestät mit dem Kaiser Franz Josef zusammenkamen, trotz aller Einflüsterungen immer lauter und vernehmlich ausgesprochen hat, er lasse sich dadurch nicht in seinem Glauben irre machen, so weiß ich doch, daß er es auch damals vorgezogen haben würde, wenn er hätte dabei sein können."

Das war ein Wink, der nicht mißzuverstehen war. Auf Anregung Andrassys war im Frühjahr 1872 ein Besuch Franz Josefs bei Wilhelm I. verabredet worden; nachdem dieses Vorhaben bekannt geworden war, richtete der Zar am 15. Juli an den deutschen Botschafter geradezu die Frage: „Hat man Ihnen von Berlin nicht geschrieben, ob man mich gleichzeitig mit dem Kaiser von Österreich dort zu haben wünscht? Glauben Sie, daß dies dem Könige (Wilhelm) angenehm sein würde?" Prinz Reuß übermittelte die Anregung nach Berlin, und Bismarck unterstützte sie bei seinem Monarchen durch den Hinweis auf die Vorteile, die daraus entspringen könnten, „nämlich Entmutigung aller auf Krieg und Unruhe spekulierenden Elemente in Europa und beste Neutralisierung der Velleitäten Gortschakows in polnischen und römischen Dingen". Sofort ließ der Kaiser die gewünschte Einladung an den Neffen ergehen; dem österreichischen Herrscher machte er erst nachher davon Mitteilung. Vom 3. bis zum 11. September währte die Zusammenkunft und die Verhandlung der drei Kaiser und ihrer leitenden Staatsmänner, Bismarck, Gortschakow und Andrassy, in der Hauptstadt des Neuen Reiches. Es wurde dabei die Gemeinsamkeit in den großen Grundsätzen der inneren Politik, Solidarität der monarchischkonservativen Interessen, Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität gegenüber den umstürzlerischen Bestrebungen zumal der roten Internationale betont; aber in den großen weltpolitischen Fragen wurden keinerlei feste Abmachungen getroffen. Das kam schon dadurch zum Ausdruck, daß die Minister immer nur zu zweien, nicht insgesamt zu dreien konferierten. Ausdrücklich berichtete Bismarck am 11. September seinem Kaiser auf dessen Erkundigung hin: „Ich habe viel mit jedem der Minister gesprochen, aber nie gleichzeitig mit beiden, und habe gefunden, daß ein jeder derselben meine Ansicht teilte, daß durch jeden Versuch einer Abmachung nur der gute Eindruck und die wohltätigen Wirkungen der Zusammenkunft würden abgeschwächt werden. Es ist nichts abgemacht. Es ist auch kein Versuch einer Abmachung an mich herangetreten."

Gerade das, nämlich daß die russische Politik mit dem „Versuche einer Abmachung" an ihn herantreten werde, war es, was Bismarck nach dem Bericht des Prinzen Reuß über die Pläne Alexanders II. betreffend eine russisch-deutsche

Defensiv- und Offensivallianz, auf der Basis einer Territorialgarantie, und über die Bergsche Idee einer defensiven Triplealllianz wohl erwarten durfte. Zwar hatte der Zar den Grafen Berg, „weil er der eifrige Verfechter jenes Allianzprojektes gewesen“, nach Berlin mitgenommen; aber daselbst angelangt, verbot er dem Feldmarschall, dem Fürsten Gortschakow etwas davon zu sagen. Der Graf Berg hielt sich daher von jeglichem politischen Gespräch ganz fern und fand auch zu seinem großen Bedauern nicht die Gelegenheit, mit Bismarck „andere als ganz banale Worte zu wechseln“. Späterhin äußerte er zum Prinzen Reuß, es sei sehr wohl begreiflich, daß man in Berlin nichts abgemacht habe: die Annäherung zwischen Alexander II. und Franz Josef sei noch zu neu gewesen; man müßte den freundschaftlichen Gefühlen Zeit lassen, sich zu entwickeln und zu befestigen; auch hätte sich zuviel europäische Diplomatie in der Umgebung der Kaiser befunden, so daß die Gefahr bestand, daß etwaige Vereinbarungen „transpirierten“, — kurz, die Sache sei noch nicht reif gewesen. Wenn nun auch Besprechungen zu dreien über eine Triplealllianz nicht stattfanden, so konnten doch Verhandlungen zu zweien, zwischen Bismarck und Gortschakow, über Frankreich geführt werden, — sollte der deutsche Kanzler dazu keinen Versuch gemacht haben?

Nun hören wir von österreichischer und englischer Seite, der Kanzler habe damals versucht, „die drei Mächte zu einer einheitlichen Haltung gegenüber Frankreich zu veranlassen“, und er habe eine gegenseitige Garantie des derzeitigen Besitzstandes zur Sprache gebracht, die sich auch auf Elsaß und Lothringen erstreckt hätte. Eben damals in Berlin gaben der Zar und Gortschakow dem französischen Botschafter Gontaut bündige Erklärungen ihres Wohlwollens gegen die Republik ab: diese habe nichts von dem zu besorgen, was jetzt in Berlin vor sich gehe; niemals werde Rußland an etwas teilnehmen, was sich gegen Frankreich richte; Europa brauche ein starkes und weises Frankreich; dieses müsse stark sein, damit es die ihm gebührende Rolle in der Welt zu spielen vermöge. Einige Wochen später brachte der Präsident der französischen Republik Thiers vor dem deutschen Botschafter Grafen Arnim das Gespräch auf die Begegnung der drei Kaiser; er äußerte dabei, daß sie eigentlich kein wesentliches Resultat gehabt habe. Arnim erwiderte: sie sei eigentlich auch nicht dazu bestimmt gewesen, ein wesentliches Resultat zu haben; die Resultate seien vorher schon des faits accomplis gewesen, und sie habe festgestellt, daß jedermann mit der gegenwärtigen Lage in Europa zufrieden sei, mit Ausnahme von Frankreich selbst. Der Präsident antwortete darauf nichts, sah aber aus wie jemand, der in bezug auf die allgemeine Zufriedenheit besser unterrichtet sei, und Arnim hatte den Eindruck, als ob sich sein Partner ungefähr das folgende Räsonnement machte: „Deutschland ist isolierter, als es den Anschein hat; es würde unweise sein, einen Krieg mit Deutschland jetzt schon zu suchen; sollte er aber ausbrechen, so ist Frankreich heute weniger freundelos als im Jahre 1870; denn ich flöße der Welt ein so immenses Vertrauen ein, daß ‚Europa‘ mich nicht allein lassen wird.“ Allgemein war man in Paris der Überzeugung, daß die Zusammenkunft der drei Kaiser im Grunde die Beziehungen der östlichen Kabinette nicht intimer gemacht habe. Das ging nun freilich viel zu weit; aber darüber dürfte kein Zweifel bestehen, daß Bismarck, wenn

er sich irgendwelche Hoffnungen im Sinne der Andeutungen Bergs zum Prinzen Reuß über die Allianzabsichten Kaiser Alexanders gemacht und daraufhin bei Gortschakow irgendwelche Sondierungen unternommen haben sollte, das Fruchtlose solcher Bemühungen erkennen mußte.

Wollten die Russen keine Verpflichtungen in der Richtung übernehmen, nach der die einleitenden Schritte für ihren Besuch hinzuweisen schienen, so hüteten sich die Deutschen und die Österreicher vor Zusagen oder Vereinbarungen, durch die ihre Aktionsfreiheit gegenüber Rußland beschränkt worden wäre. Das galt vor allem von den österreichisch-russischen Balkandifferenzen; sie wurden nichts weniger als wirklich geklärt. Es fand zwischen Gortschakow und Andrassy ein Meinungsaustausch statt, der den Kern ihres Gegensatzes jedoch nicht berührte oder geradezu umging. Wenn dieser in Abrede stellte, daß Österreich nach Bosnien und der Herzegowina strebte, so gab er damit im besten Falle den damaligen Stand seiner eigenen Auffassung wieder. Der russische Kanzler sprach sich dafür aus, daß man sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei nicht einmischen und für den Fall von Aufstandsversuchen der Balkanchristen der Pforte keine Hilfe leisten solle, auch wenn sie um eine solche bitten würde; Andrassy stimmte dem bei und präzisierte den österreichischen Standpunkt in der Orientfrage dahin, daß der status quo der Türkei aufrecht zu erhalten, sowie daß Änderungen darin der eigenen Entwicklung anheimzustellen seien, ohne daß sich die anderen Mächte einzumischen hätten, — dadurch wurden natürlich die Schwierigkeiten nicht behoben, welche die Zukunft in dieser Hinsicht bedrohten. Problematisch genug waren somit die Ergebnisse der Dreikaiser-Entrevue von 1872, — in welchem Grade sogar, das sollte erst viel später offenbar werden. Für den Augenblick machte es immerhin einen gewissen Eindruck, daß die drei Monarchen nach außen hin ihre Solidarität bekundeten, und daß die seit dem Krimkriege bestehende Spannung der beiden Kaiserreiche des Ostens anscheinend beseitigt war. In diesem Sinne stellte Gortschakow am 11. September, als die Verhandlung ihr Ende nahm, ihre Bedeutung in einem Schreiben an den russischen Botschafter in London dahin zusammen: „Es war ein Werk des Friedens und der Versöhnung; weder Schreibereien noch Protokolle; kein positives Engagement, das unsere Aktionen beschränkt hätte; mit einem Worte, nichts für die diplomatischen Archive; aber das moralische Ergebnis ist unermeßlich.“ Das war an sich keine Übertreibung. Es war ein Ideal des Zusammenwirkens für die Dreikaisermächte aufgestellt, das sie doch für die Dauer von etwa anderthalb Jahrzehnten band, freilich recht äußerlich und unter unaufhörlichen Reibereien und Konflikten; schließlich sollte es sich als unerreichbar erweisen. Aber wer konnte das damals bereits mit Gewißheit voraussagen, zumal da es nicht an Bemühungen fehlte, das Verhältnis noch enger zu knüpfen und die positiven Vereinbarungen zustande zu bringen, zu denen man in Berlin noch nicht gelangt war?

Auf russischer Seite war es vor allen der Graf Berg, der darüber aufrichtiges Bedauern empfand und eifrig danach trachtete, das nachzuholen, was in Berlin versäumt worden war. Am 10. Februar 1873 hatte er eine sehr lange Unterredung mit dem Prinzen Reuß in Petersburg; mit jugendlicher Lebendigkeit kam

er darin auf seine Idee der Defensiv-Triplealliianz zurück. Er erörterte die Hindernisse, die ihrem Abschluß in Berlin im Wege gestanden hatten, erklärte aber, trotzdem nach wie vor auf seinem Gedanken zu beharren. Dem Zaren sei derselbe, so fügte er hinzu, sympathisch; es fehle ihm aber die Energie, um ihm näherzutreten; man müsse ihm dabei helfen, und er zweifle nicht, daß nach und nach die Sache zur Reife kommen werde. Schließlich rückte er mit dem Vorschlag heraus, „eine militärische Konvention zwischen den drei Souveränen abzuschließen, aus wenigen Artikeln bestehend, und ohne die diplomatischen Kanzleien dabei zu engagieren: Jeder der Souveräne verspricht darin, daß er demjenigen, dessen Gebiet von außen her angegriffen werde, mit 200 000 Mann zu Hilfe eilen werde, ohne andere Entschädigung zu verlangen als die Verpflegung von Mann und Pferd auf dem von der Hilfsarmee berührten Territorium. Der casus foederis sei daher ganz klar und könne niemals zu Kontestationen Anlaß geben". Zunächst sollte ein daraufhin lautender Vertrag zwischen Deutschland und Rußland vereinbart und darauf Österreich zum Beitritt vorgelegt werden. Der Feldmarschall setzte die Vorteile auseinander, die diese Vereinbarung den Beteiligten böte: Deutschland würde Sicherheit vor Frankreich gewinnen; die ungeheuchelte Freude der Franzosen, als sie sich die Gewißheit verschafft hatten, daß in Berlin nichts Schriftliches abgemacht worden sei, beweise schon, welcher Hemmschuh ein solches Abkommen für ihre Gelüste sein würde. Am besten würde Österreich-Ungarn dabei fahren, dessen gefährdete Existenz dadurch garantiert würde. Was Rußland anbelangte, so fand Berg, der vor zehn Jahren den polnischen Aufstand niedergeworfen hatte, daß es zwar Angriffen von außen weniger ausgesetzt sei, gleichwohl davon Nutzen in den Segnungen des ungestörten europäischen Friedens, zugleich aber auch im Ersticken der polnischen Frage haben werde. Mit dem Polonismus, damit schloß der Graf, würde aber auch zum Heile aller der Panslawismus sowie der Pangermanismus im Zaume gehalten werden. Endlich würde eine solche Defensivallianz den drei Mächten gestatten, ihr Armeebudget um einen erheblichen Teil zu verringern; denn wozu 200 000 Mann Truppen halten, wenn man die Sicherheit habe, dieselben im Falle der Not von den Verbündeten zu bekommen?

Man sieht, daß das Projekt des Grafen Berg aus dem Rahmen einer „Militärkonvention" im üblichen Sinne weit heraustrat. Es bedeutete in Wahrheit einen hochoffiziellen Staatsvertrag, der jedoch, ein bedenklicher Rückfall in die Traditionen rein dynastischer Kabinettspolitik, von den Monarchen persönlich ohne formelle Teilnahme der zuständigen und verantwortlichen amtlichen Organe abgeschlossen werden sollte, — das konnte seine Wirkung und Verbindlichkeit nicht gerade erhöhen. Er war hauptsächlich auf die elsaß-lothringische und die polnische Frage zugeschnitten und ignorierte die Verwicklungen, die sich aus der Balkanfrage zwischen Rußland und Österreich erheben konnten. Bismarck nahm ihn denn auch nicht ganz ohne Skepsis auf; er bemerkte, daß das Abkommen wenngleich es zuerst zwischen Deutschland und Rußland festgestellt würde, erst dann gelten sollte, wenn Österreich beitrete, und mit der von Berg anempfohlenen Verringerung des Armeebudgets vermochte er sich nicht zu befreunden. Von Bis-

marck und Moltke begleitet, stattete Wilhelm I. vom 27. April bis zum 8. Mai 1873 dem Zaren in St. Petersburg einen Gegenbesuch ab; hier wurde dann in der Tat am 6. Mai eine „Militärkonvention" durchaus nach den Vorschlägen des Grafen Berg abgeschlossen, indem die Bestimmung hinzugefügt wurde, daß sie zwei Jahre vorher gekündigt werden müßte, ehe sie als erloschen zu betrachten sei, damit die Kontrahenten Zeit hätten, sich nach anderen zweckdienlichen Vereinbarungen umzutun. Sie wurde ihres angeblich rein militärischen Charakters halber durch die Feldmarschälle Berg und Moltke unterzeichnet und darauf von den beiden Monarchen ratifiziert. Gemäß der Forderung Bismarcks auf Beitritt Österreichs betrieb der Zar, als er bald darauf in Schönbrunn bei Wien verweilte, ein gleiches Abkommen mit Österreich. Dabei entstanden Schwierigkeiten. Sowohl Franz Josef als auch Andrassy wollten auf die Form einer — in diesem Falle vom Grafen Berg und dem Erzherzog Albrecht zu unterzeichnenden — Militärkonvention aus konstitutionellen Gründen nicht eingehen. Man fand einen Ausweg, indem Gortschakow und Andrassy ein Schriftstück aufsetzten, das die beiden Kaiser für sich allein am 6. Juni unterschrieben. Überzeugt, so hieß es darin, daß der Frieden Europas und das enge Einvernehmen, das zwischen ihnen bestehe, nicht besser erreicht werden könnte als durch eine direkte und persönliche Verständigung zwischen den Souveränen, unabhängig von dem Wechsel, der sich vielleicht in ihren Regierungen vollziehen würde, hätten sich beide auf vier Punkte geeinigt: 1. Sicherung und starke Aufrechterhaltung des Friedens in Europa gegen alle Versuche des Umsturzes, von welcher Seite auch immer, unter Ausgleich aller Interessengegensätze ihrer Staaten in besonderen Fragen; 2. gemeinsames Handeln im Falle eines Angriffs von dritter Seite, ohne neue Allianzen zu suchen und zu schließen; 3. Abschluß einer Spezialkonvention, falls auf Grund dieses Einvernehmens eine militärische Aktion notwendig werden sollte; 4. zweijährige Kündigungsfrist für das vorliegende Abkommen. In einem eigenhändigen Schreiben gab der Zar, von Freude erfüllt, dem Oheim in Berlin Nachricht, daß es ihm gelungen sei, dieses wertvolle Ergebnis zu erwirken, „nämlich die Entente zu dreien, um den Frieden Europas zu sichern"; er bat ihn, bei seinem eigenen bevorstehenden Besuche in Wien dem neuen Vertrage sich anzuschließen. Zwar war Bismarck von Bedenken noch immer nicht ganz frei. Die Weigerung Franz Josefs und Andrassys, aus konstitutionellen Gründen sich auf eine sogenannte Militärkonvention einzulassen, entlockte ihm den Ausruf, wie sich denn eine solche mit den konstitutionellen Formen des Deutschen Reiches vertrage, und er meinte, daß die russisch-deutsche Militärkonvention, wenn sie nicht von einer solchen zwischen Österreich und Rußland gefolgt würde, nicht in Kraft bleiben könne. Bei seiner Anwesenheit in Schönbrunn trat Wilhelm I. schließlich jedoch am 22. Oktober desselben Jahres dem Abkommen Alexanders II. und Franz Josefs einfach bei: so wurde das Dreikaiserabkommen perfekt, welches fortan die — freilich recht schwache und brüchige — Basis der „Dreikaiserentente" wurde, die durch die politische Entwicklung der nächsten Jahre immer wieder von neuem auf die Probe gestellt werden sollte.

Damals konnte es immerhin noch das Aussehen haben, als ob in diesen

Verhandlungen und Abreden Keime lägen, aus denen eine feste und dauernde Gruppierung entsprießen könnte. Auch die Balkanfrage war im Juni in Schönbrunn besprochen worden; bei der heiklen Natur des Gegenstandes kam man dabei jedoch nicht über allgemeine Redensarten hinaus. Immerhin schien es, als sei den weltpolitischen Tendenzen, wie Bismarck sie seit dem Frankfurter Frieden verfolgte, und die es auf eine diplomatische Einkreisung Frankreichs abgesehen hatten, noch im Laufe des Jahres 1873 ein neuer Triumph dadurch beschieden, daß sich auch Italien Deutschland und dadurch dem Dreikaiserbündnis näherte. Sowohl Gründe der inneren als auch der auswärtigen Politik waren für das römische Kabinett dabei maßgebend. Noch waren auf der Apenninhalbinsel die radikalrepublikanischen Bestrebungen keineswegs erloschen, so daß die Monarchie den Anschluß an die konservativen Mächte der Mitte und des Ostens für wünschenswert erachtete, und in Frankreich war im Frühjahr 1873 durch den Sturz von Thiers, die Wahl Mac Mahons zum Präsidenten und die Bildung eines Ministeriums der Rechten unter dem Vorsitze des Herzogs von Broglie eine Richtung an das Ruder gelangt, von der besorgt werden konnte, daß sie nicht nur auf die Wiederherstellung der Monarchie im eigenen Lande, sondern auch, wodurch sich Italien bedroht fühlte, des Kirchenstaates hinarbeitete. Unter diesen Umständen unternahm König Viktor Emmanuel in der zweiten Hälfte des September eine Reise nach Wien und Berlin, deren ausgesprochener Zweck die Verständigung mit diesen beiden Höfen und somit die Angliederung an dies „Dreikaiserbündnis" war. Der Zwist, der damals infolge des Kulturkampfes zwischen Deutschland und dem Vatikan bestand, erschien vor allem als eine geeignete Voraussetzung für eine deutsch-italienische Entente. Vor des Königs Ankunft in Berlin glaubte Wilhelm I. bereits mit der ihm wenig genehmen Eventualität rechnen zu müssen, daß ihm jener von einer Allianz gegen Frankreich sprechen würde; er war fest entschlossen, sich dagegen „hinter sein Prinzip zu verschanzen, nur Allianzen ad hoc zu schließen". Für den Augenblick verfehlte die italienische Demonstration nicht ihren Eindruck. Die aus dem Anfang des Deutsch-Französischen Krieges herrührende Spannung zwischen Deutschland und Italien, verursacht dadurch, daß dieses damals Miene gemacht hatte, mit Österreich zusammen Napoleon III. hilfreich beizuspringen, ward ostentativ beseitigt. Schon wurde in Frankreich vielfach geglaubt, daß bei den Zusammenkünften der drei Kaiser und bei dem Besuch des Königs von Italien ein gemeinsamer Operationsplan oder wenigstens ein solcher zwischen Deutschland und Italien verabredet sei. Der Ring um Frankreich, in dessen Mittelpunkt Deutschland stand, schien fester gelegt.

Das war bloßer Schein. Weder war Frankreich wirklich eingekreist, noch auch trug die ganze Gruppierung in sich die Gewähr des Bestandes. Es fehlte an Harmonie der Interessen; es existierte kein gemeinsames Band, und jeder wollte in Wahrheit etwas anderes als die übrigen. Deutschland wollte Frankreich mattsetzen; aber da machte Rußland nicht mit und auch Italien nur so lange, als es sich von Frankreich bedroht fühlte. Für Österreich war das Dreikaiserbündnis nur ein Übergangsstadium, um Deutschland unter Abstoßung Rußlands allein für sich zu bekommen. Rußland wollte teils den deutschen Einfluß in Wien paralysieren, teils

Deutschland und Österreich in der Balkanfrage hinter sich herziehen; bald sollten der Zar und Gortschakow erkennen, daß das „Dreikaiserbündnis“ ein für die Erreichung dieses Ziels untaugliches Mittel, und daß es also, wie sie in der Folgezeit selbst sagten, eine Fiktion oder Illusion war. Mit Recht ist bemerkt worden: „Der Spott der Franzosen, das Dreikaiserverhältnis sei nur eine Maske, hinter der die Mächte die sie trennenden Gegensätze versteckten, war nicht ganz unbegründet.“ Immer deutlicher machten sich die Schatten bemerkbar, welche die nahende Balkankrisis vorauswarf. Was nützte es, wenn Bismarck 1874 mehrfach betonte, Deutschland habe in der Balkankrisis keine direkten Interessen, es müsse wohlwollend beiseite stehen und dafür Sorge tragen, daß seine beiden östlichen Nachbarn sich verständigten, und dann ihre Interessen unterstützen? Die Schwierigkeit bestand eben darin, daß sie sich verständigten, und da war es mehr als zweifelhaft, ob seine eifrigsten und aufrichtigsten Bemühungen in dieser Hinsicht irgendwelche Aussichten auf Erfolg hatten. Wenn Bismarck bei der Stiftung des Dreikaiserbundes von der Absicht geleitet worden ist, die Verhältnisse in Europa zu stabilisieren, indem der Ausbruch einer Orientkrisis verhütet und Frankreich durch Vereinzelung niedergehalten würde, so wurde weder das eine noch auch das andere erreicht, und bald konnte er sich auch nicht verhehlen, daß beide Momente untrennbar miteinander verquickt waren, und zwar (was das schlimmste war) in der Weise, daß eine Parteinahme Deutschlands in der Balkanfrage für Österreich Rußland entfremden und erst recht auf die Seite Frankreichs bringen konnte, daß er aber andererseits durch die Begünstigung der russischen Orient-Aspirationen keine Gewähr dafür zu erlangen vermochte, daß er unbedingt auf Rußland gegen Frankreich rechnen dürfte, indem man in St. Petersburg vielmehr den deutschen Beistand unbedingt als eine Dankesschuld für die früher geleisteten Dienste in Anspruch nahm. Daß dem so war, darüber sollte der Verlauf der Ereignisse im Frühjahr 1875 keinen Zweifel lassen; zum erstenmal öffnete sich jetzt die Kluft zwischen Rußland und Deutschland.

Drittes Kapitel.

Die Krisis im Frühjahr 1875.

Wenig befriedigend war die allgemeine politische Lage für Deutschland um die Jahreswende 1874/75. Selbst mit Österreich und Italien war man nicht ganz eins. Der Kulturkampf stand in Deutschland damals in voller Blüte, und die genannten beiden Mächte nahmen Anstand, Bismarck auf diesem Wege zu folgen. Schon in Anbetracht der in Frankreich zur Herrschaft gelangten politischen Richtung erfüllte das den Reichskanzler mit Unbehagen, und bald sollten sich Dinge ereignen, die seine Mißstimmung in diesem Punkte zu erhöhen geeignet waren. Aus Österreich verlautete zudem, daß die Stellung des Grafen Andrassy gegenüber den Intrigen der verschiedenen reaktionären Parteien nicht mehr so fest sei als früher; auf dieser aber beruhte vornehmlich die Bürgschaft für den Fortbestand der guten Beziehungen zwischen Berlin und Wien. Aus kirchenpolitischen Gründen war das Verhältnis mit Belgien getrübt. Der belgische Episkopat hatte in den letzten Jahren eine feindselige Agitation gegen das Deutsche Reich aus Anlaß des Kulturkampfes betrieben; es fand deshalb Anfang 1875 ein scharfer Notenwechsel zwischen Berlin und Brüssel statt, da man dort eine Änderung der belgischen Gesetzgebung verlangte, die es ermögliche, solche Umtriebe zu bestrafen. Das gab zu allerlei törichtem Gerede Anlaß, daß Deutschland damit umgehe, seine Hand auf den benachbarten Staat zu legen, — Verdächtigungen, die von der antideutschen Presse mit Eifer verbreitet wurden und hie und da Eindruck machten.

Ähnliche Differenzen wie mit Belgien bestanden mit Frankreich. Auch hier hatten sich schon im Laufe der Jahre 1873 und 1874 mehrere Bischöfe öffentlich zu deutschfeindlichen Agitationen hinreißen lassen; der Bischof von Nancy, dessen Sprengel in die Reichslande hinüberreichte, hatte einen Hirtenbrief erlassen, worin zu Gebeten für die Wiedervereinigung von Metz und Straßburg aufgefordert wurde, der auch in den jetzt reichsdeutschen Teilen der Diözese von den Kanzeln verlesen worden war, und Bismarck beschwerte sich darüber, daß die französische Regierung dagegen nicht mit der erforderlichen Energie einschreite. Mit überraschender Schnelligkeit hatte sich Frankreich von seiner Niederlage erholt. Vor der festgesetzten Zeit war die Fünf-Milliarden-Kontribution erlegt worden, und der erste Präsident der Republik Thiers bereits hatte eifrig für die Wiederherstellung der französischen Wehrhaftigkeit gesorgt: die allgemeine Wehrpflicht war eingeführt und eine Heeresreorganisation in Angriff genommen worden. Wie sehr Thiers auch von Beteuerungen seiner Friedensliebe überströmte, so hatte er doch schon 1872 in Wien und Petersburg anzuknüpfen versucht, allerdings ohne Er-

folg; der relativ ergebnislose Verlauf der Dreikaiserzusammenkunft von 1872 flößte ihm Mut ein. Trotzdem empfand Bismarck es mit Mißvergnügen, daß Thiers 1873 Mac Mahon weichen mußte. „Ich sehe," so äußerte er sich alsbald, „in dem Tausch Mac Mahons gegen Thiers die Eintauschung eines stärkeren, militärischen, ultramontanen, bündnisfähigeren Frankreichs gegen ein schwächeres, zivilistisches, antiklerikales, isoliertes. Thiers, durch die Oppositon der Parteien, deren vereintem Angriff er unterlegen ist, genötigt, sich auf andere Elemente zu stützen, konnte die Politik nicht befolgen, die zweifellos von einer kühlen Berechnung der französischen Interessen vorgeschrieben ist, Hand in Hand mit Rom und durch Rom mit unseren tätigsten und gefährlichsten inneren Gegnern zu gehen. Mac Mahon wird diesen Weg gehen können. Thiers, in inneren Kämpfen sich mit Schwierigkeit behauptend, würde kaum Bundesgenossen gefunden haben. Unter Mac Mahon ist Frankreich bündnisfähig geworden; unter einer Monarchie, zu der Mac Mahon den Übergang bilden soll, wird es das in noch höherem Grade der Fall sein." Das war es, was der Kanzler fürchtete: Frankreich werde durch Konsolidation seiner inneren Verhältnisse und durch Herstellung einer geordneten Monarchie mächtig und bündnisfähig werden. Fest war er davon überzeugt, daß Frankreich nur Ruhe halten würde, wenn es keine Alliierten finde, daß es Deutschland so lange nicht gefährlich sei, als es solche nicht habe, und daß die Republik auf monarchische Bundesgenossen nicht zählen dürfe, — eben daraus entsprang sein Konflikt mit Arnim, daß sich der Botschafter dieser Grundanschauung nicht fügen wollte. Man wußte in Berlin sehr wohl, daß man in Paris von der Angst erfüllt war, Deutschland werde die vollständige Wehrkraft Frankreichs nicht abwarten, und daher traute man der Versicherung Broglies nicht, auch er gehe davon aus, daß die gegenwärtige politische Verfassung Europas definitiv sei; man betrachtete die Lage unter dem Gesichtspunkt eines Waffenstillstandes. Der Kanzler verhehlte sich nicht, daß die wachsende Erstarkung Frankreichs von gewissen Elementen in Rußland und vielleicht auch in Österreich eben deshalb mit günstigen Blicken angesehen wurde, weil sie eine Schwächung Deutschlands bedeutete, weil sie insonderheit der „russischen Machtpolitik" Gortschakows Vorschub leiste. „Wir werden", so schrieb er im Februar 1874 bereits an den Fürsten Reuß nach Petersburg, „von den anerkennenden Äußerungen russischer Staatsmänner über die gegenwärtige französische Regierung abziehen müssen, was sich an Hoffnungen auf ein künftiges wirksames Gewicht Frankreichs gegen Deutschland an die Entwicklung Frankreichs knüpfen kann. Wer die Raublust der Franzosen durch ihre zweihundertjährige Geschichte verfolgt und ihrem Einfluß auf alle europäischen Händel und Kombinationen nachgeht, muß einräumen, daß es solchen Hoffnungen einer Politik unserer östlichen und südöstlichen Nachbarn nicht an Anhalt fehlt."

Die russische Sphinx war es vor allem, die dem Reichskanzler Beklemmungen verursachte. Was führte man in Petersburg gegen den Orient im Schilde? Noch hatte man in Berlin darüber keine authentischen und offiziellen Mitteilungen erhalten, und ohne Zweifel wollte Bismarck wenigstens wissen, wie er diese Dinge in seine politische Rechnung einzustellen habe. Auch darüber wollte er sich Klar=

heit verschaffen, inwieweit für alle Eventualitäten ein Verlaß auf Rußland sei. Diesem Zwecke sollte die Mission Radowitz (Februar und März 1875) dienen. Der damalige Botschafter in Petersburg, der Prinz Reuß, weilte aus Gesundheitsrücksichten schon seit Monaten im Urlaub; jetzt stand seine Rückkehr bevor, und eben darum wurde ihm der Geheime Legationsrat von Radowitz, der Sohn des Vertrauten Friedrich Wilhelms IV., ein junger Diplomat, auf den Bismarck große Stücke hielt, vorausgeschickt, gleichsam um für diesen hier das Terrain zu bereinigen. Er erhielt nämlich zunächst den Auftrag, den Russen „alle möglichen angesammelten, unangenehmen Sachen zu sagen, die dem ständig dort Fungierenden die Stellung verderben würden". Dazu gehörte es, wie Bismarck später selbst erzählte, daß der russische Kanzler, um an dem für ihn im Budget ausgesetzten Pauschquantum für amtliche Depeschen im Interesse der eigenen Tasche zu sparen, die deutsche Botschaft und den deutschen Militärbevollmächtigten, den General von Werder, mit allerlei indiskreten Fragen belästigte, die dann auf Kosten des preußischen Staates nach Berlin telegraphiert wurden, — um diesem Unfug ein Ende zu machen, sollte Radowitz dem deutschen Botschaftspersonal in Petersburg bedeuten, man habe Gortschakow in solchen Fällen fortan zur Übermittlung seiner Anliegen an die russische Botschaft in Berlin zu verweisen. Durch übelwollende Berichterstattung des Botschafters D'Oubril waren zwischen Rußland und Deutschland mancherlei Mißverständnisse, u. a. in den orientalischen und polnischen Angelegenheiten, entstanden; Radowitz sollte sie beseitigen und offenbar eben dadurch oder bei diesem Anlaß die russische Regierung über ihre Orientpolitik und über ihre Haltung im allgemeinen sondieren. Wenngleich die offiziellen Akten des Berliner Auswärtigen Amtes darüber nichts enthalten, so bieten uns doch andere Quellen darüber Nachrichten, die berücksichtigt werden müssen. Bismarck meinte, daß die Erörterung der erwähnten Punkte und Differenzen die Stellung der dort ständig wirkenden deutschen Vertreter, wenn sie ihnen selbst übertragen würde, unnötig und über Gebühr erschweren könnte; auch war er der Ansicht, daß diese zu sehr den Gortschakowschen „Ansprüchen auf Präpotenz" erlägen, und so wurde Radowitz gerade deshalb nach Petersburg geschickt, „um die Geschäftsführung auch äußerlich auf den Fuß der Gleichheit zu bringen". In der Tat hören wir, daß „die erste Ankündigung seiner Mission in Petersburg nicht günstig aufgenommen wurde". Radowitz sollte, so erfahren wir weiterhin aus Bismarcks Munde, „dem Zaren die Freude des Königs und mein Expressement ausdrücken, den Kaiser Alexander im Mai in Berlin begrüßen zu dürfen. Auch für den Fürsten Gortschakow führte Herr von Radowitz eine größere Sauce diplomatischer Schmeichelei bei sich", — es muß allerdings recht fraglich erscheinen, ob diese wirkte. Vor allem sollte er sowohl die Orientfrage als auch die russisch-französischen Beziehungen zur Sprache bringen; er sollte nach beiden Richtungen hin das Terrain in Petersburg sondieren; die Vermutung kam auf, daß er Rußland Unterstützung auf dem Balkan anbieten sollte, falls Deutschland an Rußland einen sicheren Rückhalt gegen Frankreich finden würde. Jedenfalls sollte er zum Ausdruck bringen, „daß es Bismarcks Wunsch sei, in allen Orientfragen in herzlichem Einvernehmen mit der russischen Regierung

zusammenzuwirken: Bismarck lege den größten Wert auf das Zusammengehen der drei Kaiserreiche, und der Zweck seiner Mission sei, die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu konsolidieren und zu festigen". Der springende Punkt, auf den dabei, auch unter dem Gesichtswinkel der Orientpolitik betrachtet, alles ankam, war immer wieder die Frage, wessen sich Deutschland im Konfliktsfalle mit Frankreich von Rußland zu versehen habe, und hier schien Gewißheit erforderlich. Daher sollte Radowitz „dahin wirken, daß die deutsch-russische Freundschaft in der europäischen Politik und auch Frankreich gegenüber wieder stärker betont würde"; er sollte „dem russischen Hofe in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise den Wunsch nahelegen, er möchte in Frankreich das Nebelbild zerreißen, daß die Freundschaft zwischen Rußland und Deutschland, diese verläßlichste Bürgschaft des europäischen Friedens, eine Störung erlitten hätte".

Noch reicht unsere Quellenkenntnis nicht aus, um den Schleier vollkommen zu lüften, der über der Mission Radowitz ausgebreitet liegt, und durch Vermutungen, Entstellungen, sowie lügenhafte Gerüchte ist sie von Anfang an noch mehr in ein mystisches Dunkel gehüllt worden. So wurde verbreitet, Deutschland habe Rußland freie Hand auf dem Balkan angeboten, um dafür in Petersburg freie Hand für einen Präventivkrieg gegen Frankreich zu bekommen. So viel ist sicher, daß Radowitz mit den Aufträgen, die er wirklich hatte, nicht zum Ziele gelangte. Über die russischen Orientpläne erhielt er keine zuverlässige Auskunft. Der Zar stellte entschieden in Abrede, daß er es irgendwie auf Konstantinopel abgesehen hätte, und Gortschakow wurde sowohl durch die Andeutungen, die Radowitz in dieser Hinsicht machte, als auch durch die wiederholten Sondierungen betreffend Frankreich recht unangenehm berührt. Weder persönlich noch auch sachlich hatte Radowitz irgendwelche Erfolge zu verzeichnen. Bismarck bezeugt ausdrücklich, daß sich Radowitz „durch entschlossene Emanzipation von Gortschakows präpotenter Beeinflussung" dessen Abneigung in hohem Grade zuzog, und wie wenig es ihm geglückt war, in Petersburg einem russisch-französischen Einvernehmen entgegenzuwirken, das beweist die Krisis, die unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Berlin im Anschluß an die sogenannten „Kriegs-in-Sicht-Artikel" ausbrach. Weder eine Entspannung noch auch eine Klärung der Situation wurde durch die Mission Radowitz herbeigeführt.

Seit einiger Zeit hatte es das Aussehen, als ob das Revanchefieber in Frankreich zu aktiver Betätigung treibe. Ende Februar erfuhr Bismarck, daß die französische Regierung den Auftrag erteilt habe, Pferde, 10 000 an Zahl, ohne Preisbeschränkung und ohne Verzug in Deutschland aufzukaufen; es lief auch die Nachricht ein, daß man in Paris einen Kriegsschatz durch Notenfabrikation bei gleichzeitiger Erhöhung der metallischen Vorräte ansammle. Der Botschafter Hohenlohe und der deutsche Militärattaché, Major von Bülow, sahen die Maßregel zwar nicht als eine für den Augenblick bedrohliche an und glaubten auch nicht, darin eine unmittelbare Kriegsabsicht erkennen zu sollen; aber Hohenlohe betonte doch, daß es sich um Rüstungen handle, die zur Vorsicht mahnten, und daß die Idee des Rachekrieges die ganze Nation belebe, daß man nur auf europäische Verwicklungen warte, wie etwa eine günstige Gruppierung der orientalischen Frage, besonders

jedoch einen Thronwechsel in Rußland. Die deutsche Regierung erließ darauf ein Pferdeausfuhrverbot. Um die Mitte des März beschloß die Kammer ein neues Cadregesetz, wodurch unter Verminderung der Kompagnien die Zahl der Bataillone bei den Infanterieregimentern von drei auf vier erhöht wurde, angeblich um das Avancement der Hauptleute günstiger zu gestalten. Auf deutscher Seite wurde es als auffällig bemerkt, daß die französische Presse eine recht friedliche Sprache führe, als ob die Parteien einen Waffenstillstand des absichtlichen Schweigens geschlossen hätten, um Deutschland einzuschläfern; man rechnete eine große Erhöhung der französischen Kriegsstärke heraus, etwa in der Höhe von 144 000 Mann. Bismarck zweifelte nicht, daß das Endziel dieser Bestrebungen „die möglichste Instandsetzung der Armee zu einem Feldzug gegen Deutschland" war. Der Große Generalstab und Moltke sahen die Sache auch vom rein militärischen Standpunkte als bedenklich an. Sie wurde in Deutschland nicht nur in den amtlichen Kreisen, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit, zumal in der Presse, vielfach erörtert, und bald darauf erhielt diese Stoff zu neuer Erregung. Vom 5. bis zum 7. April fand eine Zusammenkunft Franz Josefs mit Viktor Emmanuel in Venedig statt; beide Monarchen stellten daselbst ihre Abneigung fest, dem Vorgehen Bismarcks gegen die Kurie Gefolgschaft zu leisten. Dringend hatte der Kanzler die Teilnahme seines Kaisers bei der Begegnung gewünscht; er schien zu vermuten, daß in der Lagunenstadt ein österreichisch-italienisch-französisches Bündnis unter „ultramontanen Auspizien" eingeleitet oder sogar schon abgeschlossen worden sei. Jedenfalls waren Gerüchte im Umlauf, daß die Entrevue der beiden Monarchen der Ausgangspunkt einer österreichisch-italienischen Verständigung über gemeinsame katholische Interessen und eines größeren Wohlwollens gegen Frankreich werden könnte; das wurde namentlich von päpstlichen Organen, wie der „Voce della verità", mit großer Zuversicht behauptet. Ebenso hieß es, daß die Stellung Andrassys erschüttert sei; um die Verbreitung dieses Gerüchtes bemühte sich besonders der Graf Beust, der als Botschafter der Doppelmonarchie in London verweilte, und der am liebsten selber wieder der leitende Staatsmann in Wien geworden wäre.

So war die politische Atmosphäre gleichsam elektrisch geladen, und diese Spannung machte sich in der deutschen Presse Luft. Schon am 5. April erschien in der „Kölnischen Zeitung" ein Wiener Brief, betitelt „Neue Allianzen"; er sprach unter Hinweis auf die Rüstungen und die monarchischen Restaurationstendenzen in Frankreich die Besorgnis aus, daß sich ein französisch-österreichisch-italienisch-päpstliches Bündnis, d. h. eine „katholische Liga gegen Preußen-Deutschland", bilde, und daß der Revanchekrieg unmittelbar vorbereitet würde. In einem Immediatbericht an den Kaiser gab der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Bernhard von Bülow, der Möglichkeit Ausdruck, daß die Auslassungen der „Kölnischen Zeitung" mit Börsenmanövern zusammenhingen: nach Privatmitteilungen Hohenlohes scheine das Haus Rothschild in Paris „in der letzten Zeit starke Operationen im Interesse der Baisse gemacht zu haben, welche mit der mutmaßlichen Wirkung solcher Artikel in Verbindung gebracht werden könnten". Das Thema, das in der „Kölnischen Zeitung" also zuerst aufgenommen worden

war, wurde mit einigen Milderungen und Einschränkungen in einem Artikel der Berliner „Post“ vom 8. April, der die Überschrift trug: „Ist der Krieg in Sicht?“ weiter erörtert. „Er deutete die ultramontanen Intrigen an, welche sich an die Zusammenkunft in Venedig — zwischen dem Kaiser von Österreich und dem König von Italien — anknüpften, Andrassy zu stürzen, mit Rom Frieden zu machen und eine katholische Liga gegen Deutschland zu bilden. Er konstatierte die enormen, kostspieligen Rüstungen, welche Frankreich mache, welche einer Mobilisation ähnlicher sähen als wie Friedensrüstungen, und bejahte die Frage, daß der Friede bedroht sei.“ Allerdings wurde hinzugefügt, es sei nicht ausgeschlossen, daß die Wolke sich zerstreue; immerhin sei die Möglichkeit nicht abzuleugnen, daß der Gedanke eines Bündnisses gegen Deutschland in Österreich Wurzel schlage, und es sei daher nötig, die Lage zu würdigen und das eigene Benehmen danach jeden Tag einzurichten. Der Artikel wirbelte ungeheuren Staub auf, und allgemein hielt man dafür, daß Bismarck ihn veranlaßt habe. Dem war keineswegs so. Er war von dem offiziösen Publizisten Konstantin Rößler geschrieben, und dieser hat später selbst erklärt, er habe ihn ohne Wissen des Kanzlers, ohne eine Direktive des Auswärtigen Amtes, lediglich auf Grund seiner eigenen Kombinationen geschrieben. Immerhin dürfte er Stimmungen und Eindrücke wiedergeben, die indirekt auf Bismarcksche Auffassungen oder auch Äußerungen zurückgehen, die dem Autor bei seinen Beziehungen zum Auswärtigen Amte wohl zu Ohren kommen konnten.*) Dafür spricht auch der Umstand, daß der Kaiser Wilhelm, als er die Artikel zu Gesicht bekam, wegen ihrer Ähnlichkeit mit dem Depeschenaustausch der letzten Wochen in Schrecken geriet, an eine Indiskretion glaubte und daher das Auswärtige Amt um Aufschluß ersuchte.

Es verstand sich von selbst, daß die ominösen Pressestimmen sofort offiziell desavouiert wurden. Am 10. April brachte die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ beschwichtigende Erklärungen; es ward darin als die Ansicht der Regierung wiedergegeben, daß die Andeutungen über Österreich und Rußland grundlos seien, der Charakter der Rüstungen Frankreichs jedoch beunruhige. Standen nun auch Bismarck und das Auswärtige Amt keineswegs hinter dem Artikel Rößlers, so wurde dieser von ihnen doch „gern gesehen“, und der Kanzler bemerkte am 11. April: „Es ist mir lieb, daß er in einem unabhängigen Blatt — nichtoffiziösen — steht, und daß ich ihn nicht zu verantworten habe. Es ist ganz nützlich, wenn gelegentlich einmal ein recht helles Schlaglicht in die verwirrte Situation geworfen wird. Von Krieg ist keine Rede.“ Er hoffte, daß der Artikel vor allem in Österreich ernüchternd wirken und die Position Andrassys befestigen, auch auf die kirchenpolitische Lage einen günstigen Einfluß ausüben würde. Von irgendwelchen, auch nur den leisesten kriegerischen Anwandlungen war Bismarck so weit wie möglich entfernt; sein Ziel war die Erhaltung des Friedens, und

*) Darauf beziehen sich wohl die wiederholten Versicherungen Holsteins gegenüber Eckardstein, Bismarck habe den Artikeln in der „Kölnischen Zeitung“ und in der „Post“ „durchaus nicht fern gestanden“; doch seien sie für ihn nur „ein ballon d'essay“ gewesen. Von einer direkten Inspiration der offiziellen Stellen, mit Einschluß Bismarcks, kann jedenfalls nicht im geringsten die Rede sein.

wenn er einmal mit dem Säbel rasselte oder den erhitzten Gemütern der Franzosen einen kalten Wasserstrahl applizieren ließ, so war es dabei nicht seine Absicht, das Feuer zu schüren, vielmehr es zu dämpfen. Den Präventivkrieg hielt er für ein sehr bedenkliches Mittel; er verglich ihn mit dem Selbstmorde aus Furcht vor dem Tode, und er war darüber anderer Meinung wie die Militärkreise, die den Standpunkt vertraten, Frankreich müsse vor die Wahl einer Heeresverminderung oder eines Krieges gestellt werden; sie ergingen sich darüber in Äußerungen, die bekannt wurden und großes Aufsehen erregten. Bereits Ende März, als er in Berlin sich aufhielt, hörte Hohenlohe von hochgestellten Militärs, darunter vom Kriegsminister v. Kameke, die Auffassung vertreten, Frankreich müsse angegriffen werden, ehe es imstande wäre, gegen Deutschland loszubrechen, und wenn der Krieg doch nicht zu vermeiden sei, so wäre es besser, ihn im nächsten Jahre zu beginnen; auch Moltke sprach „akademisch von der Nützlichkeit eines rechtzeitigen Angriffs auf Frankreich". Dagegen verlangte der Kanzler sehr entschieden vom Herrscher, daß er dem Generalstab erkläre, er habe sich nicht in die Geschäfte des Auswärtigen Amtes, nicht in die auswärtige Politik zu mischen, und er erreichte das, wie er später selbst erzählte, wenn auch auf Umwegen und nach einigem Widerstreben seitens des Kaisers. Über die alarmierenden Zeitungsartikel war dieser im höchsten Grade ungehalten; wenn Bismarck sie noch nachträglich immerhin für nützlich erklärte, so verurteilte sie der Kaiser aufs schärfste. Er hielt es für sehr wahrscheinlich, daß hinter ihnen Börsenmanöver steckten; er begriff die Aufregung über die Cadrevermehrung nicht, da diese doch gar nicht plötzlich gekommen, sondern schon seit Monaten bekannt gewesen und lediglich erst jetzt von der Kammer angenommen worden wäre; er fand sogar, daß der Passus im offiziellen Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über Frankreich „nichts weniger als beruhigend" klinge. Er hielt es für „durchaus geraten und geboten", die Redaktionen der „Kölnischen Zeitung" und der „Post" darauf „aufmerksam zu machen, wohin dergleichen unsinnige, gänzlich aus der Luft gegriffene Räsonnements führen können, die ganz Europa in Alarm versetzt haben und das nach und nach erwachende Vertrauen auf Friedensdauer dermaßen erschüttert haben, daß es in allen Klassen der Bevölkerung, auf Handel und Industrie usw., den allernachteiligsten Einfluß geäußert hatte . . . Man muß jenen Redaktionen also das Gewissen schärfen und zeigen, was sie für Unheil angestiftet haben."

Am empfindlichsten wirkten die Artikel an der Stelle, an deren Adresse sie gerichtet waren, nämlich in Paris. Wir wissen nicht, wie sie in Wien und Rom aufgenommen wurden; hier mußten ja aber schon die unzweifelhaft die Auffassung des Auswärtigen Amtes widerspiegelnden Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" einen beruhigenden Eindruck hervorrufen, und es läßt sich denken, daß dieser durch einen Meinungsaustausch mindestens zwischen Wien und Berlin bestätigt und befestigt wurde. Um so größer war die Aufregung bei der dritten von den betroffenen Regierungen, nämlich in Paris. Schon ehe der Artikel in der „Post" erschienen war, herrschte im französischen Kabinett Bestürzung über die Haltung und die Sprache der öffentlichen Meinung und der Presse in Deutschland; noch mehr fühlte man sich in Paris über den Vorstoß der „Post"

beunruhigt. Der Herzog von Decazes, der Außenminister, schrieb darüber an den Botschafter in Rom, den Marquis von Noailles: „Es ist eine regelrechte Anklage: kräftig ausgeführt und geschickt vorbereitet, wird sie als Thema für immer mehr angreifende Entwicklungen und als Vorspiel für eine Handlungsweise dienen, deren Tragweite ich nicht im voraus zu berechnen vermag . . . Es war unvermeidlich, daß der Kanzler, mit aller Welt unzufrieden, sich an uns rächen würde . . . Uns wird er wählen für die schreckliche Lektion, die er Europa geben will, um es von seiner relativen Unabhängigkeit zu heilen. Von da ab wird die Knechtschaft der Alten Welt für lange Zeit vollkommen sein, und der deutsche Schrecken wird über sie herrschen . . . Hat Italien daran gedacht, und hat es sich darein ergeben?" Es waren fausttdicke Übertreibungen, dazu bestimmt, alle Welt in den Harnisch gegen das herrschsüchtige Deutschland zu bringen; immerhin entsprangen sie einer wirklichen Angst und dem Bewußtsein, einem Angriff Deutschlands nicht gewachsen zu sein. Wie man in Berlin die Franzosen im Verdacht hatte, zum Kriege zu rüsten, so traute man in Paris hinwiederum der deutschen Regierung Vorbereitungen und Absichten auf einen Präventivkrieg zu, sowohl wegen Bestellung von Geschützen und Munitionseinkäufen, die sich dadurch erklärten, daß man damals gerade ein neues Gewehr und neues Geschütz einführte, als auch wegen geheimer, aber falscher Nachrichten, daß Deutschland einen Überfall gegen Frankreich für die nächste Zeit, aber spätestens für den Herbst im Schilde führe. Zwar legte man diesen trüben Quellen, wenn sie auch von „zwei der höchststehenden Personen Europas" stammten, schwerlich viel Gewicht bei; aber die Lage erschien doch um so bedrohlicher, als die neue Organisation der Armee, zumal die großen Cadres, bisher erst nur auf dem Papier stand, und als diese, sowohl was die Disziplin als auch was die Qualität der Mannschaften anbelangte, noch viel zu wünschen übrig ließ. Unter diesen Umständen bereitete der Artikel der „Post", wie Hohenlohe berichtete, „den leitenden Kreisen einen heilsamen Schrecken"; auf der Börse rief er eine Panik hervor. Mac Mahon und der Herzog von Decazes beeilten sich, dem deutschen Botschafter die friedfertigsten Erklärungen abzugeben. Sie bedauerten die Ausschreitungen und die Taktlosigkeiten der französischen Presse, bestritten indes, daß Frankreich ungewöhnliche Rüstungen vornehme oder auf Krieg sinne. Decazes äußerte: er gebe zu, daß seine Landsleute sehr unbesonnen seien, ihm aber dürfe man doch Klugheit genug zutrauen, um beurteilen zu können, daß ein Krieg Frankreichs gegen Deutschland die größte Torheit sei; sein Ideal sei, Frankreich so weit zu konsolidieren, daß es nicht auf die Trennung der bestehenden guten Beziehungen der Großmächte zu spekulieren brauche, sondern ihnen entgegenkommen könne mit dem berechtigten Anspruch, es in ihr Bündnis aufzunehmen. Hohenlohe gab zu, daß in den Regierungskreisen mehr Bestürzung als kriegerischer Sinn zutage trete, und daß der Vorwurf der „Post" gegen Mac Mahon, er hege den Wunsch, den Revanchefeldzug zu erleben und zu leiten, ungerechtfertigt sei, daß der Marschall vielmehr nicht den Eindruck mache, als wenn ihm sehr daran gelegen sei, wieder gegen Deutschland Krieg zu führen. Im selben Sinne sprach sich der Botschafter Gontaut, der am 13. April aus Paris nach Berlin zurückkehrte, alsbald

vor dem Staatssekretär v. Bülow aus. Er suchte die Besorgnisse vor französischen Kriegsrüstungen zu zerstreuen, indem er darauf hinwies, daß die neue Organisation noch unfertig sei: die Armee Napoleons III., so fügte er hinzu, sei von Deutschland besiegt worden; wie könne man annehmen, daß Frankreich töricht genug sein werde, mit der jetzigen ungeübten Masse auf Abenteuer auszugehen? Der Botschafter täuschte sich freilich, wenn er es als das Ergebnis seiner Verhandlungen mit Bülow nach Paris meldete, es sei ihm gelungen, das Mißtrauen in Berlin gegen Frankreich zu beseitigen und die deutsche Staatsleitung von der Harmlosigkeit der militärischen Maßregeln Frankreichs zu überzeugen. Bülow hatte gerade im Gegenteil festgestellt, daß jene in dieser Hinsicht auf dem Standpunkte der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" stünde; aber er hatte dem Botschafter doch auch andererseits Zusicherungen über die Friedensliebe Deutschlands gegeben, die an Bestimmtheit nichts vermissen ließen: „Nirgends besteht eine Verwicklung . . . Möchte der Frieden hundert Jahre lang zwischen uns herrschen. Das ist alles, was ich wünsche." Hochoffiziell schrieb die Provinzialkorrespondenz demgemäß am 14. April: „Die Kriegsbefürchtungen fänden in der wirklichen Lage zurzeit keine Begründung und seien inzwischen durch Äußerungen von sicher unterrichteter Seite beschwichtigt worden." Selbst Kaiser Wilhelm war persönlich bemüht, durch autoritative Kundgabe seiner Willensmeinung die Angelegenheit aus der Welt zu schaffen. Auf einem Ball der Fürstin von Hatzfeldt am 15. April sagte er zum französischen Militärattaché, dem Prinzen von Polignac: „Man hat uns entzweien wollen. Jetzt ist alles erledigt, ganz und gar erledigt!" Ebenso äußerte er sich vor dem österreichischen Botschafter und dem österreichischen Militärbevollmächtigten Grafen Welsersheimb: „Man habe soeben eine schwere Krisis durchgemacht, die zu einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich hätte führen können, aber jetzt sei nicht mehr davon die Rede, und der Zwischenfall sei geschlossen." Wenn er bei diesen Anlässen die Zeitungen als die eigentlich Schuldigen bezeichnete (zu Polignac sagte er geradezu: „Das ist erzeugt durch den Nonsens zweier Zeitungen"), so erhellt daraus deutlich, wen er unter dem „man" verstand, von dem er meinte, daß die Drachensaat der Zwietracht ausgestreut worden sei — nicht den Fürsten Bismarck, wie später Decazes und andere durchblicken ließen.

Der Hoffnung des Kaisers zum Trotze zog die Angelegenheit jedoch noch weitere Kreise. Sowohl das Berliner wie auch das Pariser Kabinett wollten aus ihrem Verlaufe gegeneinander Kapital schlagen, um die übrigen Mächte auf ihre Seite zu bringen. Am 11. April erging vom Auswärtigen Amt an den Botschafter in London, den Grafen Münster, unter Beifügung eines Gutachtens des Großen Generalstabs über das neue französische Cadregesetz und dessen Tragweite, die Weisung, der Ansicht entgegenzutreten, als ob es gerade Deutschland sei, das den Kampf suche. „Diejenigen Höfe, denen es aufrichtig darum zu tun ist, zur Erhaltung des europäischen Friedens, den niemand mehr wünscht als wir, beizutragen, würden daher wohl tun, in solchem Sinne sich in Paris zu äußern und dort auf die Konsequenzen so augenscheinlicher Kriegsvorbereitungen aufmerksam zu machen. Ew. p. p. erhalten nicht den Auftrag, die Initiative zu einer

Äußerung in diesem Sinne zu ergreifen; Sie wollen diese Mitteilung jedoch als Vervollständigung des zu Ihrer politischen Information dienenden Materials betrachten und, soweit es Ihnen zweckmäßig scheint, verwerten.“ Das war der Versuch, durch Anrufung der Mächte einen diplomatischen Druck in Paris auszuüben, um Frankreich zu einer Beschränkung seiner Rüstungen zu veranlassen, nämlich auf weitere militärische Maßregeln zu verzichten, die als Kriegsvorbereitungen gedeutet werden könnten; es handelte sich dabei zunächst freilich nicht um einen förmlichen Auftrag, sondern um eine vorsichtige Anregung, der gemäß zu handeln dem Ermessen und Takt des Botschafters anheimgestellt ward, und zwar war man, wie aus dem Wortlaut der Instruktion hervorgeht, gewillt, nicht nur in London, sondern auch bei anderen Höfen in diesem Sinne anzuklopfen. Soviel wir wissen, sind solche Schritte tatsächlich einige Wochen später von der deutschen Diplomatie unternommen worden. Der General v. Werder, der dem Zaren als besonderer Vertrauensmann des deutschen Kaisers beigegeben war, hat Ende April in Petersburg Vorstellungen über die Bedeutung des französischen Cadregesetzes erhoben, und Anfang Mai informierte der britische Außenminister den Botschafter in Berlin, daß sich Graf Münster über die französischen Rüstungen vor einigen Tagen in London in genau derselben Weise geäußert habe, wie nach Russells eigenem und noch anderen Berichten die Vertreter Deutschlands in ganz Europa getan hätten. Die deutsche Aktion verpuffte wirkungslos; offenbar hatte keine Regierung Lust, sich ihr anzuschließen. Es war auch bereits eine Parallel- und Gegenaktion von Paris aus in Szene gesetzt worden, der größerer Erfolg beschieden war, und die eine für Deutschland höchst peinliche Verwicklung heraufbeschwören sollte. Ihr Ergebnis bestand darin, daß es vor aller Welt offenbar wurde, daß Frankreich bei den übrigen Kabinetten, zumal bei den wichtigsten, nämlich in London und Petersburg, größere Sympathien genoß als Deutschland.

In London hatte der Artikel der „Post“ zuerst großes Aufsehen erregt und war von der Presse, abgesehen von „Times“ und „Hour“, stark gegen Deutschland ausgebeutet worden. Der Botschafter Graf Münster fand den „sonst sehr ruhigen“ Außenminister Lord Derby „in etwas erregter Stimmung“. Dieser verlieh der Meinung Ausdruck, „es scheine fast, als ob die Befürchtungen in Paris vor einem deutschen Angriff nicht ganz unbegründet seien“; auf die Vorhaltungen Münsters wegen des bedrohlichen Charakters der französischen Rüstungen antwortete er mit dem Hinweis auf den schlechten und unfertigen Zustand der französischen Armee und mit Versicherungen der in Paris herrschenden Friedensliebe. Ebenso ließen sich vor Münster der gerade in London weilende britische Botschafter in Frankreich, Lord Lyons, aus, sogar in verstärktem Maße, sowie der Prinz von Wales, der soeben aus Paris „noch ganz unter französischen Eindrücken“ zurückgekehrt war. Russell schrieb von Berlin aus den deutschen Zeitungssturm auf das Konto der „Sensationspolitik“ Bismarcks und schürte den Brand durch falsche Berichte über dessen ehrgeizige Pläne zumal gegen Österreichs Bestand. Die Londoner Börse ließ die Kriegsgerüchte von Anfang an ganz unbeachtet vorübergehen, und so beruhigte sich zunächst die künstlich aufgeregte öffent-

liche Stimmung bald wieder; schnell sollte sie allerdings aufs neue entfacht werden, und zwar sowohl direkt von Paris aus als auch auf dem Umwege über Petersburg. Hier hatte man zuerst die deutsche Preßkampagne nicht weiter tragisch genommen. Der französische Botschafter in Rußland, der General Le Flô, hielt sich gerade in Paris auf und war im Begriffe, sich wieder auf seinen Posten zu begeben; sowohl der russische Botschafter in Paris, der Fürst Orlow, als auch von Petersburg aus der Fürst Gortschakow ersuchten ihn, seiner Regierung die Kriegsfurcht auszureden; der letztere ließ ihm mitteilen: „Ich wiederhole Ihnen, daß Sie nicht bedroht sind; aber auf jeden Fall haben Sie nur eins zu tun: sich stark zu machen, sehr stark." Am Tage seiner Abreise, am 7. April (der „Wiener Brief" in der „Kölnischen Zeitung" war also bereits erschienen), begab sich Le Flô zu Mac Mahon, um diesen von der beruhigenden Auffassung der russischen Diplomaten zu unterrichten; der Präsident zeigte ihm die „geheimen Dokumente", die da beweisen sollten, daß spätestens im Herbst der deutsche Angriff zu erwarten sei (s. o. S. 52). Unterwegs erfuhr er von dem Artikel der „Post"; schon am Morgen nach seiner Ankunft in Petersburg (10. April) hatte er den Besuch Gortschakows; einige Tage später wurde er vom Kaiser Alexander empfangen. Vor beiden gab er seinen und seiner Regierung Besorgnissen vor Deutschland lebhaften Ausdruck; sie suchten ihn zu beschwichtigen und sagten ihm dabei mancherlei, was ihm zu hören recht angenehm war und was ihm Mut zu machen vermochte. Der Minister versicherte ihn, daß ein Angriff Deutschlands gegen Frankreich allgemeine Entrüstung in ganz Europa hervorrufen würde; der Zar schob alles auf die „Ränke" Bismarcks, der seine Machtstellung befestigen wolle, und beteuerte auf Ehrenwort die Friedensliebe Kaiser Wilhelms, indem er sich in versteckten Drohungen für den Fall erging, daß Deutschland daran dächte, ohne Grund und unter nichtigen Vorwänden ins Feld zu ziehen; er versprach dem General, Frankreich rechtzeitig zu warnen, wenn es dazu, was er freilich nicht glaube, einmal kommen sollte. Eben damals stand ein Besuch Alexanders in Berlin bevor; daher sandte er den General von Werder dahin, um die dafür nötigen Abreden und Vorkehrungen zu treffen; Werder sollte die Gelegenheit benutzen, „um der Besorgnis Rußlands über die letzten Ziele der deutschen Politik vertraulich Ausdruck zu verleihen". Schon war ja die leidige Angelegenheit aus der Welt geschafft; Werder erhielt daher einen zufriedenstellenden Bescheid und wurde am Tage vor seiner Abreise noch durch Bismarck über alle schwebenden Fragen sehr gründlich orientiert, so daß er, am 21. nach Petersburg zurückgekehrt und schon am folgenden Tage vom Zaren in Audienz vorgelassen, diesem Rede und Antwort stehen konnte; Alexander zeigte sich von dem, was ihm der General sagte, „sehr befriedigt".

Eigentlich war somit alles in bester Ordnung — da faßte Decazes einen Plan, der die Sache in ein neues Stadium rückte. Er war gleichsam ein Gegenstück zu dem Versuche Bismarcks, durch die europäischen Kabinette Frankreich zur Beschränkung seiner Rüstungen zu bringen, und entsprang in ihm unter dem Eindruck der für Frankreich so wohlwollenden mündlichen Erklärungen, welche Alexander und Gortschakow abgegeben, und die Le Flô sofort telegraphisch nach Paris über-

mittelt hatte. Das Projekt lief auf nichts Geringeres hinaus, als Deutschland durch ganz Europa zur Ruhe verweisen zu lassen und so Garantien für Frankreich gegen einen deutschen Präventivkrieg zu erlangen; die Führung dabei sollte Rußland übernehmen. In einem Brief vom 14. April an Le Flô legte Decazes zum erstenmal, „allerdings noch in undeutlichen Umrissen", diesen Gedanken schriftlich nieder. Es sei die Frage, so setzte er darin auseinander, ob man in den deutschen Zeitungsartikeln die Ankündigung feindlicher Absichten und das Anzeichen eines bevorstehenden Angriffes zu erblicken habe; er gab zu, es falle ihm schwer, angesichts der friedlichen Versicherungen seit mehreren Monaten aus Petersburg, London und Berlin selbst das anzunehmen. „Ich betrachte seit langem den Kaiser von Rußland als den wirklichen Schiedsrichter des europäischen Friedens, und da ich in der Sprache seines Kanzlers den Ausdruck eines absoluten Zutrauens finde, so müßte ich mich für beruhigt halten. Ich habe daher die aufgeregten Eindrücke der Zeitungen nicht teilen können!" Indem er dann jedoch die Möglichkeit erwog, daß sich Bismarck entschließen könnte, die russische Regierung vor eine fertige Tatsache zu stellen und ihre energische Mißbilligung in dieser Hinsicht zu verachten, fuhr er fort: „Diese Eventualität könnte vermieden werden durch eine feste Sprache zur rechten Zeit und sozusagen vorbeugend, und die alarmierenden Anzeichen, von denen ich eben sprach, sind sicher dem Fürsten Gortschakow aufgefallen: ich könnte selbst hoffen, daß sie ihn dazu bewogen haben, in Berlin gute Ratschläge zu erteilen." In dieser Annahme irrte er sich nicht; das war ja der Zweck der Mission Werders gewesen. Nun war sie jedoch bereits erfolgt und hatte zu einem Ergebnis geführt, mit dem der Zar vollauf zufrieden war — es mußte daher schwer halten, ihn noch einmal in Bewegung zu setzen. Da ereignete sich zum Glück für die Absichten von Decazes in Berlin ein Zwischenfall, der ihm die Möglichkeit gewährte, den russischen Bären noch einmal vorzuschicken, und der war von selber schon willens genug, sich dazu gebrauchen zu lassen.

Am 21. April fand beim englischen Botschafter Russell ein Diner statt; im Anschluß daran entspann sich eine Unterhaltung zwischen dem Vicomte von Gontaut und dem Herrn v. Radowitz. Jener beklagte sich lebhaft darüber, daß die französische Regierung mit ihrer aufrichtigen Friedensliebe in Deutschland auf so geringes Verständnis stoße. Radowitz entgegnete, daß die Haltung des Präsidenten Mac Mahon und des Herzogs von Decazes in Berlin vollkommene Anerkennung finde, und als der Botschafter darauf den Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zur Sprache brachte, erklärte er seinerseits, dieser sei als offiziellen Ursprungs von den Auslassungen in der „Kölnischen Zeitung" und in der „Post" scharf zu trennen, die Tagespresse sei in Deutschland viel unabhängiger als man glaube und wisse, und gebe durchaus nicht die wirklichen Ansichten der Reichsleitung wieder: diese sei allerdings von der Art, wie das Cadregesetz entstanden sei, frappiert gewesen, und das sei in der „Norddeutschen" zum Ausdruck gebracht worden; aber es stünde darin kein Wort von immediater Kriegsbefürchtung, nur ein Hinweis auf die Konsequenzen der jetzt mit einer Hast, die nicht nur in Deutschland, sondern überall aufgefallen sei, betriebenen Armee-

reorganisation. Gontaut gab zu, daß er sich seit seiner Ankunft in Berlin und durch die Eröffnungen, die ihm von den amtlichen Stellen gemacht worden wären, viel mehr erleichtert fühle, und stellte dann lange Betrachtungen über die öffentliche Meinung in beiden Ländern an. Er warf die Frage auf, was geschehen könnte, um der Kriegsgefahr dauernd vorzubeugen, und kam zum Ergebnisse, alles könne wieder gut werden, wenn für Frankreich die Aussicht bestünde, wenigstens Lothringen wiederzubekommen. Als Radowitz in scherzendem Tone bemerkte, es werde sich schwerlich ein deutscher Minister finden, der solches vorschlüge, sagte Gontaut: „Mein Gott, das ist ein Traum; ich weiß, daß es nicht der Mühe wert ist, davon zu sprechen; Ihre Militärs würden das nie erlauben." Der Diskurs schloß, indem der Franzose die Versicherung abgab: „Ich bin sehr befriedigt; denn das, was Sie mir sagten, konnte nur die beruhigenden Eindrücke verstärken, die ich seit meiner Rückkehr erhalten habe; man muß hoffen, daß mit der Zeit und mit Mäßigung alles in Ordnung kommen wird." Radowitz schied von Gontaut mit der Empfindung, daß sich dieser „momentan mehr beruhigt fühlte, für die Zukunft aber selbst kein rechtes Vertrauen hatte und nach Kombinationen suchte". Aber sogar in der Annahme, daß Gontaut augenblicklich beschwichtigt sei, täuschte sich der deutsche Diplomat; gerade eben durch dieses Gespräch war der Vicomte aufs höchste erregt worden. Er meinte aus den Ausführungen, die Radowitz vor ihm gemacht hatte, entnehmen zu dürfen, daß dieser im Hinblick auf die Möglichkeit, daß Frankreich für seine doch unleugbar vorhandenen Revancheideen einmal Bundesgenossen erlange, den Präventivkrieg vom politischen, philosophischen, ja sogar christlichen Standpunkt aus verteidigt habe. Das war Radowitz weder für seine eigene Person noch auch für seine Regierung in den Sinn gekommen. Wenn er ähnliche Wendungen fallen ließ, so wohl deshalb, wie neuerdings mit Recht vermutet worden ist, um Gontaut „die Haltung der deutschen Presse verständlich zu machen", und Gontaut, der „kein heller Kopf" war, der zu Intrigen neigte, und dem die Angst vor Bismarck stets die kühle Überlegung trübte, faßte die Worte seines Partners ganz anders auf, als sie gemeint waren. Radowitz leugnete später, etwas Verfängliches gesagt zu haben; aber Bismarck selbst war der Ansicht, daß er sich nicht besonders geschickt benommen habe, und daß der damalige Kriegslärm durch jene „unvorsichtigen Äußerungen veranlaßt worden sei". Dem Fürsten von Hohenlohe gegenüber bemerkte er einige Wochen später, der Staatssekretär v. Bülow lasse sich durch Radowitz aufputschen: „Seien Sie versichert, daß diese beiden zusammen, wenn ich nicht das Sicherheitsventil wäre, in vier Wochen den Krieg herbeiführen würden." Die schwerste Schuld maß der Kanzler freilich Gontaut bei, der darüber sofort nach Paris Meldung erstattete.

Als Gontaut nach Hause kam, dachte er über das nach, was er gehört hatte. Alles das erschien ihm sehr ernsthaft, und er sandte noch am selben Abend, etwas verwirrt, den Bericht über diese Unterhaltung an den Herzog von Decazes, mit dem höchst subjektiven Hinzufügen: „Niemals ist mir die Auffassung des Reichskanzlers so klar und deutlich und mit solcher Autorität dargelegt worden," — wir wissen dagegen, daß Bismarck gerade (anders als die militärischen

Kreise) in voller Übereinstimmung mit seinem Monarchen den Präventivkrieg verabscheute. In einem Privatschreiben gab er zugleich seiner Besorgnis Ausdruck, daß Deutschland doch früher oder später, wofür er sich auch auf die Meinung des österreichischen Militärattachés berief, in Sachen des Cadregesetzes einen Druck auf Frankreich ausüben würde: die Krisis sei zwar vorüber, aber man bleibe in Berlin überzeugt, daß die militärische Neuordnung in Frankreich für Deutschland bedrohlich wäre; er werde gemahnt, auf der Hut zu sein, und wenn man auch nicht mehr an den Krieg im Frühjahr glaube, so fürchte man ihn doch für das Ende des Jahres; Herr von Bülow führe zwar eine vollständig beruhigende Sprache; aber im allgemeinen sei man nicht ohne Sorge. Er schloß mit der Frage: „Finden Sie nicht, Herr Herzog, daß es angebracht und vorteilhaft ist, die hauptsächlichen Kabinette Europas über die drohenden und ungerechten Vorurteile Deutschlands auf dem laufenden zu erhalten?" Das war Wasser auf die Mühle von Decazes. Er gab Thiers, der bisher die französischen Kriegsbesorgnisse als „Alfanzereien" betrachtet hatte, Einblick in die Meldungen Gontauts; der greise Staatsmann erklärte, „daß dies sehr schlimm sei", und sagte der Regierung seinen Beistand zu. Den französischen Vertretungen in Rußland, England, Österreich, Italien, Belgien und Holland wurde der Bericht Gontauts zugestellt; ganz Europa sollte aufgewiegelt werden. An den Botschafter in Wien schrieb Decazes: „Wird man nicht den Mut haben, sich zu fünfen zusammenzutun, um zu erklären, daß man Frieden haben will?"; er sprach „von einem Kongreß, einer Konferenz, einem europäischen Schiedsgericht, das berufen werden sollte, sich über Zwistigkeiten auszusprechen, die auftauchen könnten, und das eine Bürgschaft werden sollte gegen Übergriffe und jedes Übergewicht." Wahrscheinlich in Rücksicht auf die damals spielende diplomatische Aktion Deutschlands bei den Kabinetten ging Decazes von der Annahme aus, daß Bismarck ohne Zweifel bedauere, daß er in die Klauseln des Frankfurter Friedens keine Rüstungsbeschränkungen aufgenommen habe, und daß er jetzt danach trachte, bei den Mächten solche durchzusetzen: „Ich sehe", so ließ er sich vor Gontaut aus, „beim deutschen Kanzler den Wunsch, wenigstens einigen Vorteil aus dem Streite zu gewinnen, den er angeregt hat, und daß es weniger seine Absicht ist, uns zu bekriegen, als aus der Furcht den Nutzen zu ziehen, den er schon lange im Sinne trägt." Die Forderung Bismarcks auf Abrüstung wollte er parieren, ihm eine diplomatische Niederlage zufügen, Deutschland isolieren und dadurch den Keim zu einer großen antideutschen Gruppierung der Mächte legen. An ihre Spitze sollte Rußland treten; zum Petersburger Kabinett hatte der Herzog starkes Vertrauen, daß es sich gegen Deutschland vorschieben lasse, wie es sich ja auch tatsächlich bereits dazu geneigt gezeigt hatte; auch spekulierte er wohl auf Gortschakows Eitelkeit und seine latente Rivalität mit Bismarck. Am 29. April sandte er an Le Flô ein Schreiben, das diesem als Instruktion zu dienen bestimmt war: der General sollte darauf drängen, daß der Zar sein Friedenswerk fortsetze und kröne und demgemäß — angesichts der gewissenlosen Doktrin von Radowitz — auf seiner demnächstigen Durchreise in Berlin eine energische Sprache führe, die den Weltfrieden auf lange Zeit zu sichern geeignet wäre; ja er sollte sogar vor Kaiser Alexander die Hoffnung kundgeben,

daß dieser diejenigen, die sich auf seinen Beistand verließen, mit dem Schwerte im Notfalle decken würde. Le Flô gegenüber gestand er selber ein, daß er „vielleicht in etwas übertriebener Weise“ spreche; aber er rechtfertigte das mit der Notwendigkeit, auf diesem Wege auch Österreich und England zu reizen, damit sie aus ihrer Passivität herausgingen.

Daß Bismarcks Absichten keineswegs so feindselig waren, wie er sie in Petersburg malte, wußte Decazes ganz genau, — sagte er doch selber geradezu heraus: „Bismarck will uns glauben machen, daß er den Krieg will, mehr, als es in Wirklichkeit der Fall ist.“ Und gerade jetzt gab ihm die deutsche Politik einen unzweifelhaften Beweis ihrer Friedensliebe und ihrer Bereitschaft zu freundlichem Entgegenkommen. Am 25. April hatte Decazes eine Besprechung mit Hohenlohe. Heuchlerisch zeigte er sich sehr beunruhigt darüber, daß aus Berlin immer wieder neue kriegerische Gerüchte kämen; er strömte über von Beteuerungen des französischen Ruhebedürfnisses, das sich schon aus dem schlechten Zustande der Armee erkläre; er schob die Schuld an der jetzigen Situation auf Thiers: dieser habe aus Eitelkeit und militärischer Liebhaberei Frankreich in diese schlimme Lage gebracht, statt sich auf die einfache Wiederherstellung der Finanzen zu beschränken; nun habe man „ein Werkzeug, das rasselt, wenn man es berührt, und dadurch Europa in Atem hält“. Und dieser Taktik entsprach es, wenn er sich weiterhin so stellte, als ob er zu positivem Zusammenwirken mit Deutschland bereit sei. Zwar lehnte er es ab, sich an Schritten gegen die Kurie zu beteiligen, da das für Frankreich den Bürgerkrieg bedeuten würde; aber er betonte, daß er sich freuen würde, eine gemeinsame Tätigkeit mit Deutschland und damit die Grundlage zu dauernder Verständigung zu finden; mehrmals kam er auf den Gedanken gemeinsamer Aktion zurück und sagte: „Wenn ich nur wüßte, was wir zusammen tun könnten.“ Am 28. April, am Tage, ehe er seinen alarmierend-pathetischen Brief nach Petersburg abgehen ließ, hatte er eine neue Unterhaltung mit Hohenlohe. Wiederum floß er über von Sprüchen über Frankreichs Friedfertigkeit, über seinen Mangel an Kriegsbereitschaft: falls die Deutschen einrückten, würde man ihnen ruhig Paris überlassen und über die Loire, ja sogar über die Garonne zurückgehen. „Macht, was Ihr wollt; nehmt Luxemburg, Belgien, Holland; das ist uns gleichgültig; aber wir werden uns nicht schlagen.“ Wenn er abermals hervorhob, daß die letzten militärischen Maßregeln keinen für das Ausland bedrohlichen Charakter trügen, so mußte es in diesem Zusammenhang etwas merkwürdig berühren, wenn er meinte, nichts könne einen beruhigenderen Eindruck machen als die Aufhebung des deutschen Pferdeausfuhrverbotes, und den Botschafter bat, sie in Berlin zu befürworten — aber das paßte ganz und gar in sein System, das darin gipfelte, Deutschland durch Vorspiegelung der eigenen Schwäche und schmeichlerische Phrasen zu kirren, daneben freilich das letzte Ziel unverrückt im Auge zu behalten und Europa gegen Deutschland mobil zu machen. Dabei redete er einer allgemeinen Abrüstung das Wort: „Aus uns, den Gegnern und Besiegten von gestern, müssen Sie Ihre Freunde von morgen machen, so den Frieden sichern und unsere Völker von dieser Bürde der Steuern befreien, die sie erdrücken, von den Rüstungen, die sie demoralisieren; Sie werden

vielleicht eines Tages daran denken, und an dem Tage werden Sie mich bereit finden, Sie anzuhören . . .“ Wie unwahrhaftig diese Auslassungen waren, erkennt ein französischer Geschichtsschreiber an, indem er sie mit dem folgenden Kommentar wiedergibt: „Es lag etwas Unvorsichtigkeit in den letzten Worten, da sie die Frage der Abrüstung anschnitten, von der der Herzog Decazes sich andererseits so erschreckt zeigte. Wenn Deutschland die Einladung angenommen hätte — die allerdings erst in allgemeinen Worten gemacht war — hätte die Unterredung verfänglich werden können.“

Immerhin, die Sprache, welche Decazes führte, klang versöhnlich, und in der Wilhelmstraße nahm man den Ball auf, der vom Quai d'Orsay zugeworfen wurde. Sollte eine Politik der Entente zwischen Deutschland und Frankreich so ganz unmöglich sein? In der Tat erging eine darauf hinzielende Instruktion des Auswärtigen Amtes an Hohenlohe. Anknüpfend an die Äußerung von Decazes am 24. April über eine gemeinsame politische Tätigkeit beider Mächte als Grundlage für eine dauernde Verständigung ward darin anerkannt, „daß die auf irgendeinem Terrain ostensibel hervortretende Gemeinsamkeit deutscher und französischer Politik ein Mittel zur Beruhigung der Kriegsbefürchtungen sein würde“. Darauf wurden die einzelnen schwebenden Fragen durchgegangen, für die eine solche möglich wäre; es wurden als solche erörtert und bezeichnet die Verhältnisse in Afrika und der Levante, das Verhalten zu Italien, Spanien und Belgien, nach dessen Besitze zu trachten entschieden in Abrede gestellt, und wo lediglich eine gesetzliche Stärkung der Regierungsautorität im Interesse sowohl Deutschlands wie auch Frankreichs als wünschenswert erklärt wurde, endlich ein Abkommen über Garantien der Stellung des Papstes und über die ihm zustehende Machtsphäre, für den Fall, daß „man sich einem friedfertigen Papste gegenüber befände, der überhaupt für den modus vivendi mit der übrigen Welt zugänglich wäre“. Am 4. Mai verhandelte Hohenlohe auf dieser Basis mit Decazes. Er ging davon aus, daß man in Deutschland der Harmlosigkeit der französischen Rüstungen noch nicht traue; aber er fügte hinzu, daß er nicht den Auftrag habe, diese Mitteilung zu machen, daß sie ihm nur zu seiner persönlichen Information gesandt worden sei. Es lag ihm fern, die Rüstungsfrage noch einmal zur Diskussion zu stellen oder gar darin einen Druck ausüben zu wollen, — Decazes hat später selbst dem Botschafter bezeugt, daß in ihren damaligen Gesprächen nie von einer Entwaffnung Frankreichs oder von einer Aufforderung, seine Armee zu verringern oder deren Reorganisation Einhalt zu tun, irgendwie die Rede war. Dann ging der Botschafter zu seinem eigentlichen Thema über, inwieweit zwischen Deutschland und Frankreich eine Politik der Entente nach den Intentionen Bismarcks möglich sei. Die einzelnen weltpolitischen Probleme, wie sie der Kanzler berührt hatte, wurden erörtert, und der französische Minister gab sein Einverständnis mit den Gesichtspunkten zu erkennen, die ihm Hohenlohe in Bismarcks Auftrage darlegte; nur in der römischen Frage vermied er vorsichtig ein näheres Eingehen. Im selben Geiste sprach sich einige Tage später (am 7. Mai) Bülow in Berlin vor Gontaut aus. Indem er sich darauf bezog, daß Frankreich und Deutschland schon in Spanien zusammengewirkt hätten, betonte er besonders die Möglichkeit eines Ein-

verständnisses in der orientalischen Frage, — Gontaut war nun freilich der letzte, der für so subtile Transaktionen geeignet war. Unverkennbar handelt es sich um einen Fühler, den Bismarck ausstreckte, um zu sehen, ob Frankreich über das Vergangene den Schleier zu decken willens war. Wurde Gortschakow bei seiner franzosenfreundlichen Haltung durch die Rücksicht auf die russischen Balkanpläne geleitet, so wollte Bismarck andererseits einer russisch-französischen Entente gerade dadurch den Boden entziehen, daß er Frankreich beim französisch-russischen Interessengegensatz im Orient packte und dafür hier eine deutsch-französische Kooperation in die Wege leitete, die ihre Spitze gegen Rußland kehrte: so wollte er zwischen den beiden Nachbarmächten Deutschlands im Osten und im Westen eine Scheidewand bauen, die sie hinderte, sich die Hände über Deutschland hinweg zu reichen. Tatsächlich hat auch Frankreich später, als die Orientkrise ausbrach, eine Politik getrieben, welche den russischen Aspirationen nichts weniger als Vorschub leistete, und Gortschakow sah sich in der Hoffnung getäuscht, sein outriertes Eintreten für Frankreich in der Krisis des Frühjahrs 1875 werde Früchte für die russischen Balkanpläne tragen. Aber so lagen die Sachen doch nicht, daß sich Frankreich und Deutschland auf so schmaler Basis jetzt oder später finden konnten, und Bismarck hatte sich das schwerlich verhehlt. Immerhin handelte es sich dabei um nichts mehr und nichts weniger als um den ersten Versuch, die kontinentale Spannung zwischen Deutschland und Frankreich durch ein Zusammenwirken auf dem Gebiet der Weltpolitik im engeren Sinne zu mindern und zu beseitigen; es sollten sich unter Bismarck und Wilhelm II. noch verschiedene andere Versuche daran reihen, alle mit dem gleichen Fehlschlage. Frankreich strich immer die Vorteile ein, welche ihm die deutschen Annäherungsbestrebungen für den Augenblick brachten, ohne deshalb auf die Revanche als sein letztes Ziel für die Zukunft zu verzichten.

Die Anregungen Bismarcks konnten keine Folge haben, — ganz abgesehen davon, daß es Frankreich am nötigen guten Willen gebrach, schon deshalb, weil die Intrige, die Decazes bei den Mächten angezettelt hatte, bereits zu weit gediehen war. Sowohl in London wie auch in Petersburg flogen die Minen auf, die er so kunstvoll angelegt hatte. Nicht umsonst hatte er auf Gortschakow spekuliert. Im Petersburger Außenministerium bestand, wie der deutsche Botschafter am 2. Mai nach Berlin meldete, „vom Fürsten Gortschakow nicht bekämpft und von außen her genährt", bereits die Ansicht, die Unruhe, die zuweilen in die Gemüter käme, ginge von Berlin aus; diese Auffassung wurde auch dem Zaren künstlich suggeriert, wofür der Prinz Reuß einen „neuen" Beweis in gewissen Äußerungen erblickte, die in einer Audienz des österreichischen Botschafters beim Kaiser fielen. Am 3. Mai unterbreitete Le Flô Gortschakow den Bericht Gontauts über seine Unterhaltung mit Radowitz und das Schreiben des Herzogs von Decazes vom 29. April. Gortschakow war sofort Feuer und Flamme; nur die Zumutung, der Zar solle für Frankreich den Degen ziehen, fand er „ein bißchen stark". Im übrigen tat er, was er konnte; er gab die Depeschen von Decazes an den Kaiser weiter; der entrüstete sich über „die sonderbaren Theorien des Herrn von Radowitz" und wiederholte sein schon Mitte April gegebenes Versprechen,

den Frieden zu erhalten. Wie Decazes souffliert hatte, sollte das durch eine internationale Aktion und durch persönliche Vorstellungen in Berlin aus Anlaß der Durchreise daselbst erzielt werden; Gortschakow wollte dahin mitgehen, um die Sache richtig zu dirigieren. Damit aber die Stimme Rußlands vom Echo ganz Europas begleitet würde, war es nötig, sich zunächst der Mitwirkung mindestens Englands zu versichern. Schon hatte sich der russische Kanzler damals entschlossen, in Rücksicht auf sein Balkanunternehmen, mit dem Vorgehen in Mittelasien (s. o. S. 19 f.) abzubauen, in der freilich nichtigen Hoffnung, dadurch England zu bestimmen, sich mit den neuen Expansionstendenzen Rußlands im näheren Orient abzufinden; eben spielten Verhandlungen zwischen London und St. Petersburg über Zentralasien. Peter Schuwalow, der Botschafter in London, befand sich gerade in Petersburg und war im Begriff, auf seinen Posten zurückzukehren. Er erhielt nun den doppelten Auftrag, nach Großbritannien das Zugeständnis zu überbringen, daß Rußland den Vormarsch seiner Truppen von Transkaspien gegen die auf dem Wege nach Afghanistan gelegene Oase Merw unterbrechen wolle, zugleich aber auch England zur Teilnahme an der von Frankreich begehrten antideutschen kollektiven Friedensaktion zu bestimmen. Es schmeichelte Gortschakows Selbstbewußtsein, im Mittelpunkte einer so umfassenden Kombination zu stehen, vor der sich Deutschland dann demütig beugen mußte. Sicherlich wollte er auch dadurch Frankreich stärken und für die Zukunft an Rußland ketten; daneben wollte er auch wohl seine augenblicklich etwas unsichere Stellung beim Zaren festigen und im eigenen Lande, nämlich bei den mächtigen, Deutschland abgeneigten, panslawistisch gesinnten Elementen einen guten Eindruck machen.

Es war vorauszusehen, daß Schuwalow in London unschwer Gehör finden würde — schon war von Paris her hier gut vorgearbeitet worden, sowohl bei der Regierung als auch bei der Presse. Auch in England hatte Decazes die angeblichen Äußerungen von Radowitz weidlich ausgeschlachtet und die hierselbst bereits vollzogene Beschwichtigung der Gemüter wieder gestört. Lord Derby glaubte auf Grund der Klagen, die ihm von Paris zukamen, wirklich, daß Deutschland willens sei, Frankreich anzugreifen; in dieser Annahme wurde er bestärkt durch andere Nachrichten, die bei ihm von den verschiedensten Seiten zusammenflossen. In diesem Sinne hatte der Botschafter Russell an ihn Mitteilungen gelangen lassen, zumal auf Grund einer Bemerkung Moltkes, der sich vor ihm und vor dem belgischen Gesandten Nothomb für den Präventivkrieg ausgesprochen hatte; auch von anderen „hochstehenden" Personen wurde ähnliches erzählt; das genügte Derby bereits, um Frankreich die förmliche Zusicherung des Beistandes Englands gegen die deutschen Umtriebe zu geben. Vor allem aber wurde die öffentliche Meinung in England durch einen sensationellen Artikel der „Times" vom 6. Mai aufgepeitscht. Er trug die Überschrift „Panik in Frankreich" und war verfaßt von dem aus Blowitz in Böhmen stammenden Pariser Korrespondenten dieser Zeitung, Opper, der sich nach seinem Geburtsort „Chevalier de Blowitz" nannte. Das Thema des Präventivkrieges von seiten Deutschlands ward darin variiert; er war in Wahrheit von Decazes inspiriert. Auf die An-

kündigung hin, daß er in den „Times“ über die bestehende politische Lage schreiben wolle, und zwar im Interesse des Friedens, hatte Blowitz von Hohenlohe mancherlei Winke empfangen, indessen auch die Mahnung, sich falscher Vorwürfe gegen Deutschland zu enthalten; das hatte lediglich die Wirkung, daß Decazes hinterher verbreitete, Blowitz habe sein Elaborat auf die Eingebung Hohenlohes hin geschrieben, der dadurch den Kriegstreibereien der deutschen Militärpartei habe entgegentreten wollen. Die Erdichtungen von Blowitz machten ein ungeheures Aufsehen, zumal bei der Börse; in England entstand eine allgemeine Aufregung, der sich auch das Kabinett, ohnehin schon von tiefstem Mißtrauen gegen die deutschen Absichten erfüllt, nicht zu entziehen vermochte. Damit verbanden sich die Bemühungen Rußlands, das britische Kabinett mit sich fortzureißen; sie fielen auf einen um so fruchtbareren Boden, als Derby schon vorher von selber den Gedanken der Zweckmäßigkeit einer russischen Intervention in Berlin für die Erhaltung des Friedens bei sich erwogen hatte. Telegramme wurden zwischen Derby und Lord Loftus, dem britischen Botschafter in St. Petersburg, gewechselt; Loftus berichtete, Gortschakow wolle in Berlin für den Frieden eintreten, und bat, dem Fürsten versichern zu dürfen, daß ihn England dabei unterstützen wolle. Später, nachdem die Sache beigelegt war, wollten sich weder Rußland noch auch England zur Initiative bekennen, und der Vertreter Gortschakows, der Baron Jomini, erzählte dem Botschafter Prinzen Reuß, Loftus sei damals sehr nervös gewesen, habe Gortschakow überlaufen, und dieser „sei dann vielleicht auch etwas von dieser Nervosität, die auch von Frankreich aus geschürt worden, angesteckt worden“. Prinz Reuß kommentierte diesen Versuch, die Schuld Großbritannien zuzuschreiben, mit den Worten: „Auffallend war es, daß mir Gortschakow damals mit keiner Silbe weder von den Kriegsbefürchtungen noch von seinen Unterhaltungen mit Lord Loftus gesprochen hat. Es war ihm offenbar nicht darum zu tun, aufgeklärt zu werden.“ Treffend fällte er das Urteil: „Jedenfalls hätte er sich gar zu gern den Schein gegeben, eine wohlfeile Friedensvermittlerrolle zu spielen.“ Unter diesen Umständen war von vornherein nicht daran zu zweifeln, daß Schuwalow mit seinen Anträgen eine gute Aufnahme in London finden werde.

Nicht leicht war die Lage, in der sich Bismarck damals befand. Er merkte sehr wohl, daß die Sympathien Europas nicht auf der Seite Deutschlands, sondern Frankreichs standen, und eben damals begann er vom cauchemar des alliances gequält zu werden, dem Alpdrucke der Angst vor künftigen antideutschen Koalitionen, den er in der Folgezeit niemals mehr los wurde, und von dem seine Nachfolger leider nur allzuwenig angekränkelt sein sollten. Er konnte sich des Argwohns nicht erwehren, daß in der russischen Politik ein Systemwechsel insofern bevorstehe oder auch schon eingetreten sei, als sich eine russisch-französische Entente anbahne, von der das nunmehrige demonstrative Wohlwollen Rußlands für Frankreich gegen die angeblichen Kriegsgelüste Deutschlands ein erstes sinnfälliges Anzeichen war. Schon Ende März hatte er, als er im Gespräch mit Hohenlohe die Möglichkeit der Bündnisse erörterte, die gegen Deutschland geschlossen werden könnten, ein solches zwischen Frankreich und Rußland als „bedenklicher“ bezeich-

net, als etwa eine Kombination Österreich-Italien-Frankreich. Die Nachrichten, die der Prinz Reuß in den ersten Tagen des Mai aus Petersburg schickte, lauteten nichts weniger als günstig; sie ließen darauf schließen, daß der Erfolg der Mission Werder der Nachhaltigkeit entbehrte. In jenen Tagen trug sich der Kanzler mit Rücktrittsgedanken. Am 4. Mai schrieb er sein Entlassungsgesuch nieder; er begründete es mit seinem schlechten Gesundheitszustande, behielt es jedoch noch im Pulte. Wenn er darin bemerkte, daß „die günstige Lage der inneren Verhältnisse und der auswärtigen Beziehungen Deutschlands" gerade jetzt sein Ausscheiden aus dem Dienste gestatte, so wird man sich hüten müssen, daraus den Schluß zu ziehen, daß er die internationale Lage in diesem Augenblick wirklich als befriedigend ansah. Er drückte sich ja ebenso, wie für die auswärtige, auch für die innere Politik aus, und doch wissen wir, daß er wegen innerpolitischer Schwierigkeiten, nämlich wegen Differenzen mit seinem Ministerkollegen Grafen Eulenburg, mit seiner Demission drohte, — schon wegen des augenblicklichen Standes des Kulturkampfes konnte man die innere Lage damals nicht wohl als besonders „günstig" kennzeichnen. Nicht anders war es mit den auswärtigen Angelegenheiten bestellt. Sie befanden sich — abgesehen von allem andern spielten gerade die Verhandlungen mit Frankreich über die Entspannung — in einem Stadium, daß sich Bismarck eben jetzt unentbehrlicher als je zuvor betrachten durfte. Und nun mußte er sich überzeugen, daß in Petersburg tatsächlich eine Aktion gegen Deutschland betrieben wurde. Am 5. und 6. hielt sich Schuwalow auf der Durchreise nach London in Berlin auf. Wie man versicherte, hatte er „den speziellen Auftrag, den Kaiser Wilhelm über die Ansichten Rußlands aufzuklären". Wie wichtig man sein Kommen erachtete, erhellt daraus, daß Wilhelm I. eigens von Wiesbaden nach Berlin zurückkehrte, um ihn in Audienz zu empfangen; auch mit Bismarck konferierte er an beiden Tagen längere Zeit. Durch ihn erfuhr man, was in Petersburg gebraut wurde; da man daran zweifelte, soll er gesagt haben: „Bald kommt einer, der mehr autorisiert ist, als ich, und dann werden Sie sich wohl überzeugen müssen." Zwar gewann Schuwalow aus seinen Unterredungen mit dem Kaiser und Bismarck für seine Person den festen Eindruck, daß man in Berlin nichts weniger als Krieg wolle; gleichwohl mußte er sich seiner Instruktionen für das britische Kabinett entledigen.

In London angelangt, machte Schuwalow aus seiner Überzeugung, daß man von deutscher Seite keinerlei Störung des Friedens zu befürchten hätte, keinen Hehl; er sprach sich in diesem Sinne ganz bestimmt sowohl vor dem französischen Geschäftsträger Gavard als auch vor Lord Derby aus, von dem er bereits mit großer Ungeduld erwartet und alsbald nach seiner Ankunft empfangen wurde. Er fand den Minister in großer Besorgnis und suchte ihn mit dem Hinweise auf das, was er in Berlin gehört hatte, nach Möglichkeit zu beschwichtigen; Lord Derby wollte jedoch diesen Versicherungen keinen Glauben schenken. Am Nachmittag des 8. Mai faßte auf seinen Antrag hin das britische Kabinett den Entschluß, dem russischen Ansinnen zu willfahren; auch auf Rom und Wien sollte in diesem Sinne eingewirkt werden. An Russell wurde noch an demselben Tage die Weisung erteilt, der deutschen Regierung umgehend offiziell

zu eröffnen: Mit großem Bedauern nehme das britische Kabinett wahr, wie eine dumpfe Unruhe wachsend durch Europa gehe; sie werde auf Rüstungen in Frankreich zurückgeführt, in denen die deutschen Militärs eine große Kriegsgefahr erblickten; England glaube nicht an französische Kriegsabsichten und werde glücklich sein, wenn es zur Beschwichtigung der Unruhe und zur Wiederherstellung des gestörten Vertrauens beitragen könne. Russell erhielt den Auftrag, sich zu diesem Zwecke der deutschen Reichsleitung zur Verfügung zu stellen; es wurde ihm weiterhin anbefohlen, sich der bevorstehenden Friedensdemarche des Zaren in Berlin anzuschließen. Nach seiner eigenen späteren Aussage hat sich Derby zu diesem Schritt vornehmlich unter dem Gesichtspunkte verstanden, daß Deutschland, wenn sich hier die Besorgnis verstärkte, Frankreich wolle den Krieg, eine direkte Anfrage nach Paris richten, und daß daraus Mißverständnisse entstehen könnten, die zu einer feindlichen Explosion zu führen vermöchten. Nicht das war es nun freilich, was man ihm in Berlin so übel nahm, sondern daß er sich zugleich an die übrigen europäischen Kabinette wandte und gewissermaßen eine, wenn auch für den Augenblick friedliche Koalition gegen Deutschland dadurch ins Leben rufen zu wollen schien, daß er Deutschland als Störenfried von Europa denunzierte und für den Fall, daß es doch einmal zu einem deutsch-französischen Zusammenstoß kommen sollte, auf die Seite Frankreichs zusammen mit den übrigen Großmächten treten zu wollen gleichsam drohte. Sichtlich unterschätzte Derby die Tragweite seiner Handlungsweise, — wie Schuwalow im Scherze von ihm sagte, „80 000 Livres Sterling jährliche Einkünfte machen noch keine großen Staatsmänner". Die alarmierenden Gerüchte von den Reden der deutschen Militärs und anderer „hochstehender Personen" über den Präventivkrieg, auch des Botschafters Grafen Münster, dem solche fälschlich zugeschoben wurden, hatten auf ihn Eindruck gemacht; auch stand er unter dem Einfluß Beusts, den er für einen klugen Staatsmann und feinen Diplomaten hielt, und von dem er glaubte, daß er wieder an die Spitze des österreichischen Ministeriums gelangen würde. Nach dem, was Graf Münster in Erfahrung brachte, hatte der ehemalige österreichische Reichskanzler, der jetzt Botschafter in London war, seine Hand ganz besonders im Spiele; er suchte Derby davon zu überzeugen, daß Bismarck auch Österreich anzugreifen plane, und Münster war davon überzeugt, „daß er [d. h. Beust] bei Lord Derby zuerst die Idee eines gemeinsamen Vorgehens der neutralen Kabinette, wie er angab, im Interesse des Friedens, angeregt und dringend geraten hat, in Wien und St. Petersburg in diesem Sinne die ersten Schritte zu tun".

Kann man Derbys Verhalten auch aus seiner persönlichen Eigenart heraus begreifen, so mag es doch verwunderlich erscheinen, wie es ihm gelingen konnte, seine Kollegen, auch den Premier Disraeli, zu einer für Deutschland so wenig freundlichen Politik mit sich fortzureißen. In der Folgezeit hat sich Bismarck dahin geäußert, daß gerade Disraeli „die gute Gelegenheit benutzen wollte, um das Dreikaiserbündnis zu sprengen und Deutschland zu isolieren". So verhielt es sich in der Tat. England stand damals in Europa allein und war recht schwach. Vor etwa zwei Jahren an Stelle Gladstones ans Ruder gelangt und seit den Wahlen zu Beginn von 1874 einer tragfähigen Mehrheit im Unterhause sicher,

war Disraeli gewillt, eine kräftigere Außenpolitik zu treiben, um die britische Geltung zu erhöhen: dafür konnte es kaum ein besseres Mittel geben, als daß er das im Dreikaiserbündnis zum sichtbaren Ausdruck gelangende russisch-deutsche Einvernehmen schwächen half, durch das Großbritannien weltpolitisch eingeengt wurde. Zwar war Englands eigentlicher Gegner in dieser Hinsicht Rußland, und noch bis vor kurzem hatte, wie Wilhelm I. Ende März dem Fürsten Hohenlohe mitgeteilt hatte, zwischen beiden Mächten eine Verstimmung bestanden, die sich offenbar auf Zentralasien bezog. Ihr wurde durch die Zugeständnisse, die Schuwalow mitbrachte, ein Ende bereitet, ohne daß sich England dafür zu Gegenleistungen auf einem andern Gebiete seiner weltpolitischen Rivalität mit Rußland zu verpflichten brauchte, — solch aktuell günstige Anerbietungen konnte man sich in London schon gefallen lassen, zumal da man auf diese Weise momentan Luft bekam. Die Hauptsache war, daß zunächst ein Keil zwischen Deutschland und Rußland getrieben wurde: wurde das Verhältnis dieser beiden Staaten dadurch empfindlich und auf die Dauer getrübt, so beraubte sich Rußland selbst eines Faktors, an dem es in der Zukunft vielleicht einmal einen Rückhalt gegen Großbritannien hätte finden können. Noch andere Beweggründe mochten im Spiele sei. Die Spannung, die damals zwischen Belgien und Deutschland wegen kirchenpolitischer Differenzen vorhanden war, hatte ja zu allerlei törichtem Gerede Anlaß gegeben, daß Deutschland nach dem Erwerb von Belgien trachte; es hat das Aussehen, als ob Einflüsterungen dieser Art auch in London vorgebracht wurden und hier zum Entschluß mitwirkten, Deutschland einen Denkzettel zu geben, damit es nicht gar zu übermütig werde. Disraeli hat sich in jenen Tagen dahin geäußert, Bismarck sei eine Art Bonaparte redivivus und müsse in Schranken gehalten werden; seine frühere Hinneigung zu Frankreich wurde wieder wach; dazu strebte er damals nach einer Annäherung an Rußland wegen der mittelasiatischen Verhältnisse. Die Königin selbst war alarmiert; schon am 5. Mai hatte sie sich dahin ausgesprochen, daß alle Mittel angewandt werden müßten, um eine so ungeheuerliche Ungerechtigkeit wie einen Krieg zu verhindern; an demselben Tage empfing sie Disraeli in einer Audienz, auf Grund deren der Premier bereits den Gedanken der gemeinsamen Intervention unter Zuziehung von Österreich und Italien erwog. Die Königin ging so weit, daß sie, um den Vorstellungen größeren Nachdruck zu geben, mit denen Russell offiziell betraut war, Handschreiben in gleichem Sinne an den Zaren und Kaiser Wilhelm richtete, die den beiden Monarchen bei ihrer Zusammenkunft in Berlin überreicht werden sollten.

So war denn die große gemeinsame Aktion „zur Erhaltung des Friedens" gegen Deutschland unter der Ägide Rußlands und unter Vorantritt Englands inszeniert; ob sie zu vollkommener Entfaltung gelangen würde, hing davon ab, ob sich Österreich und Italien ihr anschließen würden. Sofort nach Empfang seiner Instruktion stellte sich Russell am Morgen des 9. Mai auf dem Auswärtigen Amte ein, um diese Bülow mitzuteilen und ihn zu bitten, sie zur Kenntnis Bismarcks zu bringen. Bismarck war durch das Vermittlungsbedürfnis Lord Derbys ebenso, wie schon vorher durch den Ton, den die „Times" in ihren Pariser Korre-

spondenzen und Leitartikeln gegen Deutschland anschlugen, unangenehm überrascht; er empfand es als ein beunruhigendes Symptom für das unbegründete Vertrauen, das man in London französischen Insinuationen schenkte. Münster erhielt sofort telegraphisch den Befehl, Derby für seine (in Wahrheit freilich recht unerwünschten) Bemühungen zu danken und die Erklärung abzugeben, daß die Beunruhigungen durch die Presse, namentlich durch die „Times", veranlaßt worden seien; es folgte ein längerer Erlaß im gleichen Sinne, worin England darum ersucht wurde, Frankreich zu beschwichtigen. Am folgenden Tage, am 10. Mai, trafen der Zar und Gortschakow in Berlin ein, um ihre „Demarche" vorzunehmen; Russell hatte den amtlichen Auftrag, sie „mit dem ganzen Gewicht des englischen Einflusses zu unterstützen". Als ihm Gortschakow davon „mit einer gewissen Heiterkeit" Mitteilung machte, fiel es Bismarck schwer, dieser Erzählung Glauben beizumessen; er war geneigt, ihre Autentizität zu bezweifeln und anzunehmen, daß der russische Kanzler damit die Absicht verbinde, Deutschland gegen England zu verstimmen. Aber der Zar bestätigte ihm persönlich, daß es sich tatsächlich so verhielt, und zwar „mit dem Ausdruck der Befriedigung darüber, daß die Sorge des Kabinetts von St. James überflüssig sei". Schon daraus erhellt, daß die unmittelbare Aussprache zwischen den beiden Kaisern und ihren Ministern genügte, um alle Wolken zu zerstreuen. Zwischen den beiden Monarchen ward sofort das alte herzliche Einvernehmen hergestellt; es ergab sich zwischen ihnen alsbald eine vollkommene Übereinstimmung der Ansichten. Der Kaiser bekannte sich vor dem Zaren als entschiedener Gegner des Präventivkrieges; er setzte dem Neffen auseinander: dem Angreifer müsse, wenn seine Sache einen glücklichen Ausgang haben solle, die Sympathie aller edel gesinnten Länder und Menschen zur Seite stehen. Das sei das Geheimnis des Enthusiasmus in Deutschland 1870 gewesen; aber wer ungerecht den Kampf vom Zaun breche, der werde die öffentliche Meinung gegen sich haben, keinen Alliierten finden, „keine neutres bienveillants, ja überhaupt wohl keine Neutralen, wohl aber Gegner". Der Zar erfaßte darauf seine Hände und drückte seine „volle Übereinstimmung" aus; er versprach, daß er, wie er es schon in den letzten vier Wochen getan hätte, die deutsche Friedensliebe nach allen Seiten hin proklamieren wolle, wie Wilhelm I. hinzufügte, „um so hoffentlich dem ewigen Zeitungsgeschwätz ein Ende zu machen, da unsere Zeitungen unverbesserlich sind". Verkannt kann freilich nicht werden, daß die Haltung Alexanders in den letzten vier Wochen keineswegs so fest und konsequent deutschfreundlich gewesen war, wie er jetzt dem Oheim vorspiegelte.

Noch am Abend des 10. Mai hatten die beiden Staatsmänner eine lange Unterredung. Gortschakow fand Bismarck „ein wenig erregt, ein wenig nervös" — kein Wunder, wie Gortschakow selbst anerkannte; „denn er hatte jeden Tag in der Zeitung lesen müssen, daß der Kaiser Alexander der Schiedsrichter über den Frieden sei, daß er nach Berlin käme, um den Frieden zu erzwingen usw.". In scherzhaft-sarkastischem Ton machte der deutsche Kanzler dem russischen Kollegen lebhafte Vorwürfe wegen des wenig freundschaftlichen Verhaltens, das dieser gegen ihn eingeschlagen hätte; er betonte, wie sehr dergleichen Vorgänge zwischen ihnen ihren Monarchen und Staaten zum Schaden gereichen müßten. Wieder-

holt versicherte er, daß zwischen Frankreich und Deutschland kein Zwischenfall und keine Differenz bestehe, daß die gegenseitigen Beziehungen vielmehr recht gute wären; auch er bekannte sich als Gegner der Doktrin vom Präventivkrieg und bemerkte von Moltke, der sich ja dafür ausgesprochen hatte: „Er ist ein guter Soldat, aber er hat nicht die geringste Idee von Politik." Gortschakow hatte vor, Bismarck kategorisch vor die Alternative zu stellen, „entweder der friedlichen Richtung treu zu bleiben oder es in den Kauf zu nehmen, daß Rußland sich die Freiheit seines Urteils und seiner Handlungsweise wahre"; zwar gab der deutsche Kanzler die friedlichsten Erklärungen ab; er weigerte sich jedoch, sie schriftlich festzulegen, „da dies doch das Geständnis in sich schlösse, als hätte Deutschland bis jetzt nicht eine derartige Politik verfolgt oder gar den Krieg gewünscht". Gortschakow entgegnete darauf: „Ich verlange nichts Schriftliches, ich vertraue Ihrem Worte." Ein wohl berechneter Zug war es, wenn Bismarck dem Gesprächspartner das Abschiedsgesuch zu lesen gab, das er vor einigen Tagen aufgesetzt, aber noch nicht eingereicht hatte, — das hatte sichtlich den Zweck, der russischen Politik die Verantwortlichkeit für seinen Abschied zuzuschieben. Denn es konnte ja keinem Zweifel unterliegen, daß alle Welt seine Entlassung in diesem Augenblick als die Folge der russischen Intervention angesehen hätte; dazu kam die Rücksicht auf das hohe Alter Wilhelms I.: wenn der Kronprinz in der nächsten Zeit zur Regierung gelangte und Bismarck nicht mehr im Amte war, war mit der Gefahr zu rechnen, daß Deutschland in das Fahrwasser der britischen Politik geriet. Die Wirkung, die er von diesem Trick erwartete, traf ein, sowohl bei Gortschakow, den die Aussicht, daß Bismarck, und zumal unter diesen Umständen, abgehen könnte, doch wohl stutzig machte (so sehr wollte er den Konflikt nicht auf die Spitze treiben), als auch ganz besonders beim Zaren. Dieser ließ sich, auch durch seine Verhandlungen mit Bismarck, ganz und gar von der Unwahrheit der gegen Deutschland ausgesprengten Gerüchte überzeugen und bat den Kanzler, im Amte zu bleiben. Noch zum Beginn des folgenden Jahres erklärte er in Petersburg dem Prinzen Reuß: die Erklärungen Bismarcks im Mai des Vorjahres hätten ihn sehr befriedigt, und er hege immer noch den Wunsch, daß dieser auf seinem Posten verharre; es wäre ein Unglück für die leider noch schlecht gekittete deutsche Einheit, wenn sich der Kanzler zurückziehen wollte; der sei vielmehr, wenn in Deutschland ein Regierungswechsel eintreten sollte, noch viel nötiger; sein Vertrauen zu ihm stehe fest. Im vorigen Jahre habe er sich mit seiner Ansicht, daß Bismarck gar nicht daran gedacht habe, den Krieg zu wollen, sehr isoliert befunden, und allen denen, die ihm nachträglich dafür gedankt hätten, was er für die Erhaltung des Friedens getan, habe er sehr entschieden geantwortet, er habe gar nichts tun können, weil der deutsche Kanzler ebenso friedliebend gewesen wäre, als er selber. Selbst wenn Gortschakow noch weiter hätte gehen wollen, unter diesen Umständen hätte er nicht umhingekonnt, den Rückzug anzutreten. So versicherte er denn am nächsten Tage (11. Mai) Gontaut, Bismarck sei vollkommen friedfertig, und Frankreich könne durchaus beruhigt sein, da von seiner Seite kein Krieg zu befürchten sei. Entsprechend der Tatsache, daß Bismarck von Rüstungseinschränkungen für Frankreich nichts hatte verlauten lassen (dafür war jetzt gerade, da er sich in der Defen-

sive gegen Rußland und England zugleich befand, die Gelegenheit so ungünstig, wie nur irgend möglich), fügte er hinzu: „Was Ihre Heeresorganisation betrifft, so haben Sie das Recht, sie zu machen, wie Sie es wünschen; niemand hat das Recht, Ihnen dreinzureden.“ Sogar einen deutlichen Tadel flocht er ein: „Übrigens glaube ich, daß Sie sich in Frankreich, allgemein gesprochen, etwas vor Ihren übertriebenen Besorgnissen in acht nehmen sollten;“ auch mahnte er zur Vorsicht im Punkte des Ultramontanismus, da Bismarck darin empfindlich sei. Auch bei England wurde abgewiegelt. Gortschakow hatte mit Russell am selben Tage im Reichskanzlerpalais eine Unterredung, worin er sich höchst befriedigt über seine Verhandlung mit Bismarck aussprach. Dabei hielt er die Fiktion aufrecht, als sei dieses günstige Ergebnis der gemeinsamen „Friedensaktion“ zuzuschreiben; immerhin gab er Russell zu verstehen, die Dinge stünden jetzt so gut, daß es sich empfehle, die Sache nicht weiter zu verfolgen.

So schien die Eintracht zwischen Rußland und Deutschland wiederhergestellt, und sie war es auch gewißlich, was die beiden Monarchen anbetraf. Aber in dem Verhältnis zwischen den beiden leitenden Staatsmännern blieb doch ein Stachel zurück. Die Verhandlungen in Berlin hatten keineswegs den Verlauf genommen, wie ihn Gortschakow sich vorher gedacht hatte; der Zar und er hatten hier nichts zu pazifizieren vorgefunden; ihre „Friedensaktion“ entpuppte sich als ein Stoß ins Leere. „Mit Befriedigung“ konnte man in Berlin amtlich konstatieren, „daß Kaiser Alexander sowie Fürst Gortschakow in vollständiger Übereinstimmung mit unserer eigenen Anschauung eine Gefährdung des europäischen Friedens nirgends wahrzunehmen in der Lage gewesen sind und von der Friedfertigkeit unserer Intentionen gegen Frankreich durch die in Berlin empfangenen Eindrücke sich aufs neue überzeugt haben“. Aber hatte Bismarck auch das Kaudinische Joch glücklich abgewehrt, unter das ihn Gortschakow ursprünglich schicken wollte, so hatte dieser ihn doch in eine unangenehme Situation verwickelt; er hatte ihn gleichsam einem peinlichen Verhör unterworfen und ihn zur Rede gestellt wie einen Schuldigen. Der Kanzler betrachtete das als eine persönliche Demütigung, als eine Einbuße seines politischen Prestiges, und auch anderwärts hatte man den Eindruck, als habe ihm Gortschakow eine Niederlage zugefügt. Nicht ohne eine gewisse Schadenfreude kennzeichnete Andrassy vor Kaiser Franz Josef die Berliner Vorgänge mit den Worten: „Das Resultat scheint mir für uns befriedigender als für Bismarck. Wir haben den Frieden, die Deutschen eine Lektion erhalten.“ Ganz ebenso sah Bismarck die Sache an, nicht minder Gortschakow, der zu Russell äußerte, „man dürfe seinen Triumph nicht allzusehr fühlen lassen“. Er selber verstieß jedoch am schwersten gegen diesen seinen Grundsatz. Indem er seinen Sieg vergrößerte, fühlte er das Bedürfnis, ihn in alle Welt hinauszuposaunen, offenbar um sich einen effektvollen Abgang zu verschaffen. Bei seiner und des Zaren Abreise von Berlin erließ er (am 13. Mai) ein Zirkulartelegramm, das, zur Kenntnisnahme für die einzelnen Regierungen innerhalb und außerhalb Europas bestimmt, den Wortlaut hatte: „Der Kaiser verläßt Berlin, vollkommen von den friedfertigen Gesinnungen überzeugt, die daselbst herrschen, und welche die Erhaltung des Friedens sichern.“

Ursprünglich begann es mit den Worten: „Jetzt ist der Frieden gesichert,“ wodurch der Anschein geweckt werden mußte, als ob es tatsächlich den russischen Bemühungen geglückt wäre, den Frieden zu sichern. Auf die mündliche Beschwerde Bismarcks erhielt es die harmlosere Fassung; dieser selbst hat freilich später die schärfere Form in die Öffentlichkeit gebracht. Ohnehin schon durch Gortschakows bisheriges Verhalten und die russische Intervention verstimmt, war er über diesen ungeschickten, zwecklosen, lediglich von der Eitelkeit diktierten Theatercoup Gortschakows höchst aufgebracht. Als er sich beim Zaren über Gortschakows „unehrliches Verfahren“ beschwerte, gab dieser den ganzen Tatbestand zu und beschränkte sich rauchend und lachend darauf, zu sagen, Bismarck möchte diese „greisenhafte Eitelkeit“ nicht ernsthaft nehmen. Es währte nicht lange, und in Gortschakow selber stiegen Zweifel darüber auf, ob seine Politik und sein persönliches Benehmen im Frühjahr 1875 richtig gewesen seien. Im März 1876 brachte er das Gespräch mit dem Botschafter in Petersburg, dem General v. Schweinitz, auf seinen Besuch in Berlin und sein Telegramm; augenscheinlich wünschte er sein damaliges Verfahren zu erklären und zu rechtfertigen. Er schilderte die Aufregung, in der sich damals die Vertreter der fremden Staaten in Berlin befunden hatten: keinen andern Zweck habe er verfolgt, als ihre Befürchtungen zu zerstreuen, die er nicht einen Augenblick geteilt habe; „aber,“ fügte er hinzu, „es ist natürlich, daß ein Riese gefürchtet wird“. Darauf erging er sich in Versicherungen seiner Hochachtung und Bewunderung für Bismarck: dieser habe sich einmal seinen Schüler genannt; das sei ein Scherz, der nur gelten könne in dem Sinne, wie Raffael des Perugino Schüler war. Schweinitz machte ihn darauf aufmerksam, daß der Zwischenfall nicht spurlos vorübergegangen sei, daß es aber hoffentlich Gortschakow gelingen werde, diese Spuren wieder zu verwischen; das entlockte diesem den Ausruf: „Wenn wir zusammen sind, verstehen wir uns immer.“ Bismarck vergaß aber nicht so leicht erlittene Kränkungen. Der Versuch des russischen Kanzlers, unter Benutzung zufälliger und vielleicht auch selbst „ad hoc“ zurechtgelegter Umstände, sich auf Kosten und zum Nachteil eines altbewährten Freundes Rußlands einen vorübergehenden äußerlichen Erfolg zu verschaffen, war ihm eine unangenehme Überraschung. Er billigte die Andeutung von Schweinitz, daß diese Erfahrung nicht ganz ohne Wirkung vorübergegangen sei, beteuerte jedoch, daß seine traditionellen Überzeugungen betreffend die russische Politik Deutschlands sich nicht verändert hätten, daß aber sein altes und sicheres Vertrauen auf Gortschakow nicht unberührt geblieben sei, und stellte Schweinitz anheim, „den Herrn Reichskanzler gelegentlich und vertraulich merken zu lassen, daß ich ein gewisses Gefühl von Mißtrauen und Unsicherheit, welches mir früher Rußland und dem Fürsten Gortschakow gegenüber fremd war, seitdem nicht völlig überwinden kann“. Noch jahrelang nachher (bei der Zusammenkunft in Alexandrowo im Herbst 1879) hat Alexander II. dem Kaiser Wilhelm gesagt, er habe seinem Minister dereinst von diesem „dummen Erlaß“ abgeraten; er sprach zugleich sein Bedauern darüber aus, daß Bismarck Gortschakow jenen Streich noch immer nicht vergessen habe. Der persönliche Riß, der sich nunmehr zwischen den beiden Staatsmännern aufgetan hatte, trug jedenfalls nicht

gerade dazu bei, eine günstige Wirkung auf das Verhältnis zwischen ihren Ländern auszuüben.

Wurde der von England unterstützten Demarche des Zaren und Gortschakows auf diese Weise die Spitze abgebrochen, so kam die englische Sonderaktion in Rom und Wien überhaupt nicht erst in Gang. Die italienische Regierung, die den Lärm ganz richtig auf Machinationen von Decazes zurückführte, antwortete auf die Einladung Derbys zur Teilnahme, sie wisse, daß man in Berlin den Frieden wolle, und sehe daher keinen genügenden Grund für Vorstellungen daselbst; immerhin erhielt der Botschafter, Graf Launay, den Auftrag, auszusprechen, wie sehr sie „den allen Mächten gemeinsamen Wunsch nach Bewahrung des Friedens teile". Noch schroffer wurde Derby in Wien abgewiesen. Im diplomatischen Korps daselbst hatte bereits in der ersten Woche des Mai die Aufregung einen hohen Grad erreicht, und zwar infolge von Insinuationen Beusts, daß es sich gar nicht um einen Krieg mit Frankreich handle, sondern daß das Ganze nur die Einleitung zum Kriege Deutschlands gegen Österreich sei; Andrassy wurden Vorstellungen wegen seiner Sorglosigkeit gemacht. Zuerst teilte Graf Beust den britischen Vorschlag der Kollektivaktion mit; dann stellte der Botschafter Sir Andrew Buchanan einen entsprechenden Antrag in aller Form. Er empfing einen kategorisch ablehnenden Bescheid. Andrassy antwortete, Bismarck hätte ihm sowohl selbst als auch durch den österreichischen Botschafter in Berlin und den deutschen in Wien erklärt, daß er den Frieden wolle, es liege somit für Österreich kein Anlaß vor, eine durch nichts motivierte Mahnung in Berlin auszusprechen, die nur verletzen könnte. Andrassy stellte sich nicht demonstrativ auf die Seite Deutschlands; er verhielt sich neutral und stellte es dem Botschafter in Berlin sogar anheim, den Russen zum Erfolg ihrer Friedensbemühungen daselbst zu gratulieren, jedoch ohne dabei auf deutscher Seite anzustoßen. Seine vornehmste Besorgnis galt der Eventualität einer deutsch-russischen Allianz, und diese Gefahr war jetzt ferner gerückt, als je zuvor. Mit scharfem Instinkte erkannte Andrassy, welche Vorteile die Politik Gortschakows für Österreich-Ungarn brachte, indem sie die Option Deutschlands für Österreich anstatt für Rußland beförderte. Als ihm im April bereits ein offizielles Zeitungstelegramm aus Petersburg vorgelegt wurde, wonach Gortschakow dem französischen Botschafter gesagt haben sollte, Rußland würde Deutschland daran hindern, Frankreich anzugreifen, wollte er dieser Mitteilung keinen Glauben schenken; er kennzeichnete sie als „Unsinn, zu dumm, Blowitzsches Gewäsch, blödsinnige Erfindung"! Als er aber über ihren amtlichen russischen Ursprung keinen Zweifel mehr haben konnte, überließ er sich einem grenzenlosen Ausbruch des Entzückens. Er sprang von seinem Stuhl auf, schwang sich auf den Schreibtisch, warf dreimal hintereinander, wie übermütige Kinder es zu tun pflegen, die Beine in die Luft und rief frohlockend: „Das wird ihm Bismarck nie verzeihen." Er sah darin, die Folgezeit gab ihm Recht, den Beginn der endgültigen Abwendung Deutschlands von Rußland zu Österreich. In der Tat machte die Zurückhaltung Österreichs von der Intervention auf Bismarck den besten Eindruck; sie stärkte sein Vertrauen zu Andrassy. Schon damals kam es

zwischen beiden, durch die Vermittlung des österreichischen Botschafters in Berlin, des Grafen Karolyi, (im Mai 1875) zu einem vertraulichen Meinungsaustausch, in welchem der Reichskanzler Gedanken entwickelte, welche bereits die Keime zum Programm des späteren österreichisch-deutschen Zweibundes in sich bargen: es scheine ihm, so führte Bismarck aus, „bei der Gleichartigkeit der allgemeinen Interessen innerhalb des Bereiches der Eventualitäten und sogar der Probabilitäten gelegen, daß sich zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ein, natürlich auf völkerrechtlicher Grundlage beruhendes, Verhältnis einer gegenseitigen Assekuranz entwickele. Auch sei es notwendig, daß ein solches Verhältnis von selbst heranreife, daher seiner natürlichen Entwicklung überlassen und nicht voreilig und nicht zu schnell angebahnt werde". Triumphierend konnte Andrassy seinem Monarchen berichten, der Bündnisantrag Bismarcks, den er vor Franz Josef bereits als möglich bezeichnet hatte, erscheine jetzt schon in der Ferne.

Am schlechtesten bei der ganzen Sache hatte unzweifelhaft England abgeschnitten. Die Unterstützung der russischen Aktion in Berlin, mit der Russell betraut worden war, war nicht nötig geworden, da sich der Zar und Gortschakow sofort mit Kaiser Wilhelm und Bismarck verständigt hatten; man hatte zum Schaden sogar noch den „Spott", da ja Gortschakow selbst vor Bismarck von der Assistentenrolle Derbys „mit einer gewissen Heiterkeit" sprach. Überhaupt benahmen sich die Russen ziemlich perfide gegen England, — suchten sie sich doch nachher vor Deutschland weißzuwaschen, indem sie sich als durch England verführt hinstellen und diesem die Initiative zuzuschreiben suchten, während sie es ganz gerne sahen, daß ihnen in Paris das Verdienst der Rettung zugeschrieben wurde, und die Franzosen in solchem Glauben bestärkten. Ganz und gar trauten diese freilich ihren Helfern keineswegs: Le Flô suchte zu erkunden, unter welchen Bedingungen Deutschland dem Zaren die Erhaltung des Friedens zugestanden, ob Rußland nämlich dafür in Berlin versprochen hätte, eine Verminderung der Rüstungen in Paris zu fordern. Derby hatte sich durch französische Einflüsterungen unter Mitwirkung von Beust vortreiben lassen; er hatte sich in Rom und noch mehr in Wien einen Korb geholt, und aus Berlin regnete es jetzt von Vorwürfen und Protesten gegen seine unfreundliche Haltung, gegen sein Unterfangen, wenigstens eine Art von moralischer Koalition gegen Deutschland zustande zu bringen. Er selber sah die Sache freilich zuerst noch anders an, ebenso sein Komplize Disraeli. Zunächst hatte ja (s. o. S. 71) Bismarck formell seinen Dank für die britischen Friedensbemühungen ausgedrückt, sowie seine Freude, daß sich England wieder für die kontinentalen Angelegenheiten interessiere. Dem englischen Premier stieg sein Erfolg (als einen solchen faßte er den Gang der Dinge noch auf) etwas zu Kopfe; er quittierte die problematischen Komplimente des Kanzlers mit dem Bemerken: „Seit Palmerston sind wir, glaube ich, nicht mehr so energisch aufgetreten, und in Jahresfrist soll das noch ganz anders werden." Er gratulierte Derby zu seiner Politik, die ihm ebenso populär wie auch glücklich erschien; auch der Außenminister war überzeugt, daß er einen Erfolg errungen hatte, und nahm gern die — allerdings, wie wir soeben sahen — gleichfalls insofern nicht ganz des Hintergedankens entbehrenden Danksagungen aus Paris

entgegen, als man hier doch Rußland das Hauptverdienst zuschrieb. Wie wenig den ersten ostentativen Beteuerungen seiner Erkenntlichkeit durch Bismarck zu trauen war, das erfuhr man in London bald durch indiskrete Mitteilungen der Kronprinzessin Viktoria an ihre Mutter, die diese hinwiederum an Disraeli weitergab, als auch durch die sich jetzt mehrenden Rekriminationen des Kanzlers selbst.

Seinen Ungeschicklichkeiten setzt Derby die Krone durch eine Rede auf, die er am 31. Mai über die verflossene Krisis im Oberhause hielt. Er machte darin irrige Angaben und suchte die Schuld vornehmlich bei Deutschland, nämlich in Äußerungen von Personen „von höchster Autorität und Stellung" über die Zweckmäßigkeit des Präventivkrieges; nach dem Berichte des Reuterschen Bureaus hatte er den Grafen Münster dabei namentlich erwähnt. Sofort legte das deutsche Auswärtige Amt Beschwerde in London ein, indem es die Darstellung, die der britische Minister von den jüngsten Vorgängen gegeben hatte, weder als zutreffend noch auch als ausreichend anerkannte; Hohenlohe ließ sich in Paris von Decazes bezeugen, daß er zu ihm niemals, wie der Lord behauptet hatte, von einer Entwaffnung Frankreichs gesprochen oder eine amtliche Aufforderung an Frankreich zu einer Verminderung oder Einstellung der Rüstungen überbracht habe. Es folgten mehrere Auseinandersetzungen zwischen Derby und Münster; jener stellte entschieden in Abrede, daß er die Worte gebraucht habe, die ihm Reuter in den Mund gelegt hatte, und gab Erklärungen über die englische Aktion ab, die so viel wie einen nachträglichen Rückzug bedeuteten. Er beteuerte, daß er aufrichtig ein gutes Einvernehmen mit Deutschland wünsche, wurde gegen seine Natur ganz lebhaft und versicherte: „England habe nur das Interesse, in Europa Frieden zu erhalten, und dafür gebe es keine bessere Garantie, als ein starkes Deutschland. Mit Deutschland habe England keine divergierenden Interessen, mit Frankreich sei das anders, und kein ruhiger und verständiger Engländer könne sich der Überzeugung verschließen, daß ein zu mächtiges Frankreich naturgemäß für England gefährlicher sein müsse, als ein kräftiges Deutschland." Indem er die momentane Verstimmung lebhaft bedauerte, sprach er die Hoffnung aus, daß die guten Beziehungen, das beste Einvernehmen und Vertrauen zwischen beiden Ländern sich bald wiederfinden und sich immer mehr befestigen würden. Münster hatte den Eindruck, daß diese Sprache wirklich ganz aufrichtig gemeint sei, und daß Derby seine letzte diplomatische Kampagne selbst nicht für eine glückliche halte.

So war denn die Streitaxt nicht nur mit Rußland, sondern auch mit England begraben; es blieb freilich die Spannung mit Frankreich. Bismarck zweifelte nicht daran, daß jene beiden von Paris aus in Bewegung gesetzt worden waren, und es war klar, daß Decazes hinwiederum die Mittel für die Anzettelung seiner Intrige durch die falsche und tendenziöse Auffassung der deutschen Verhältnisse seitens der französischen Botschaft in Berlin und ihre Berichterstattung zur Hand bekommen hatte. Bismarck machte dafür Gontaut verantwortlich, der dabei unter dem Einfluß des Militärattachés Polignac stünde. Er sprach Gontaut überhaupt die politische und diplomatische Vorbildung und Fähigkeit ab, um sich ein richtiges Bild fremder Vorgänge zu machen, und drang auf dessen Abberufung; aber

solange Decazes noch im Amte war, wurde der Vicomte gehalten. Noch höher reichte des Kanzlers Argwohn. Indem er darauf hinwies, daß sowohl die Prinzessin Polignac als auch die Töchter Gontauts in besonderer Intimität am Hofe der Kaiserin Augusta verkehrten, hegte er den Verdacht, daß durch deren Vermittlung Gerüchte und Verdächtigungen mancherlei Art hin und her ihren Weg gefunden hätten. Es wurde ihm angedeutet, und er hielt es nicht für unwahrscheinlich, daß durch die Privatkorrespondenz der Kaiserin mit der Königin Viktoria „eine Beeinflussung der Stimmung und der Ansichten von Lord Derby hervorgerufen sei". Er hielt es für durchaus erklärlich, wenn der britische Minister Mitteilungen aus solcher Quelle als glaubwürdig betrachtet hätte, da man es in England schwerlich für möglich erachten würde, daß in irgendeinem andern Lande von so hoher Stelle Partei gegen die Politik des Monarchen und seiner Regierung zum Nachteile der verantwortlichen Minister ergriffen werden könnte. Er hätte gern darüber Näheres in Erfahrung gebracht; aber naturgemäß war es da schwierig, Sicheres zu ermitteln. Ob des Kanzlers Mißtrauen gegen die Kaiserin berechtigt war, läßt sich nicht mehr feststellen; aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß höfische Indiskretionen von Berlin aus nach London statthatten. Am 6. Juni berichtete die Kronprinzessin an ihre Mutter über eine Unterredung, die ihr Gemahl mit Bismarck am Tage zuvor gehabt hatte. Der Kanzler hatte sich dabei bitter über die unfreundliche Haltung der Presse und Regierung Englands gegen Deutschland, zumal über die Oberhausrede Derbys, beschwert; er hatte u. a. die Exkaiserin Eugenie bezichtigt, gegen Deutschland zu intrigieren und davon „phantasiert", man hege in London Besorgnisse wegen Indiens und wolle sich daher mit Rußland auf Kosten Deutschlands gut stellen. Solche Auslassungen kennzeichnete die hohe Frau als „närrisch" und „recht absurd": solange Bismarck der alleinige und allmächtige Herr der Geschicke Deutschlands bleibe, werde dieses der Gegenstand allgemeinen Mißtrauens und Argwohns sein: „Sein Wille ist hier allein Gesetz, und von seiner guten oder schlechten Laune hängen unsere Aussichten für Sicherheit und Frieden ab." Sie fällte das Urteil, Bismarck habe die Krisis vom Frühjahr zwar angestiftet, aber der Lärm sei schließlich größer geworden, als er beabsichtigte, und nun sei er höchst ärgerlich wegen der Konsequenzen, — da mußte man freilich in London meinen, man habe ganz richtig gehandelt, indem man sich gegen Deutschland in Positur setzte.

Das Zwischenspiel vom Frühjahr 1875, das in den geheimen Missionen Radowitz und Werder, sowie im Berliner Zarenbesuche gipfelte, war scheinbar nur eine Episode; aber es war doch in Wirklichkeit viel mehr: es war der Auftakt zum Ausbruch der Orientkrisis, welche von nun an die weltpolitische Entwicklung bis zum Beginn des Weltkrieges vorwiegend beherrschen und bestimmen sollte, der erste Vorbote der bevorstehenden Sprengung des Dreikaiserbundes, woraus sich für Deutschland die schmerzliche Notwendigkeit der Option zwischen den beiden Balkanrivalen Österreich und Rußland ergeben sollte. Und diese drohende Aussicht kombinierte sich mit der für Deutschland nicht minder verhängnisvollen Möglichkeit einer russisch-französischen Verständigung, die Frankreich

eine Befriedigung seiner Revanchegelüste gewährte, indem sie Rußland freie Hand im Orient ließ. Um diese Gefahr abzuwenden, wäre Bismarck, wie schwer ihm das auch immer ankam, trotzdem bereit gewesen, den Russen seinerseits den Orient auszuliefern, d. h. Österreich fallen zu lassen, wenn er bezüglich Elsaß-Lothringens auf Rußland gegen Frankreich mit Sicherheit rechnen durfte, — das war ja der eigentliche Zweck der Mission Radowitz. Daß er diese Garantie nicht erreichen konnte, daß er sehen mußte, wie sich Rußland und Frankreich immer näher rückten und Rußland die französischen Geschäfte besorgen zu wollen schien, das hatte ihn derart erschreckt, daß er den leisen Versuch machte, sich seinerseits mit Frankreich zu stellen; aber er fand nicht das mindeste Entgegenkommen; die Stimme der Leidenschaft und der Durst nach Rache übertönten in Paris alle anderen Erwägungen. Wenn die russisch-französische Entente nicht schon jetzt zur Tatsache geworden war, so lag das daran, daß die russische Politik, vor allem der Kaiser, aber auch selbst Gortschakow, vorderhand noch so sehr unter den Nachwirkungen der russisch-preußischen Freundschaft von dreiviertel Jahrhunderten und unter dem, wenngleich im Schwinden begriffenen, Einflusse des Dreikaiserbündnisses standen, daß sie den radikalen Frontwechsel eben von diesem zu Frankreich hinüber noch nicht vollziehen konnten. Für die nächste Zeit war eine französisch-russische Entente übrigens schon deshalb noch unmöglich, weil Frankreich nicht mit Rußland im Orient zusammengehen wollte. Zwischen England und Rußland war zwar eine Entspannung eingetreten, da dieses momentan in Mittelasien nachgab, — wer konnte sagen, auf wie lange? Der konstanteste Faktor in diesem Stadium der Entwicklung, in welchem alles noch gärte und brodelte, alle möglichen Kombinationen für die Folgezeit auftauchten und ein festes Ergebnis der Gruppierung für die Mächte noch nicht mit voller Bestimmtheit abzusehen war, war die Politik Andrassys. Unverwandt, aber vorsichtig, so daß sogar Gortschakow ihn als Figur in seinem Spiele brauchen zu können vermeinte, hielt er das eine Ziel im Auge, den Zerfall der unnatürlichen Konstellation des Dreikaiserbundes, so daß davon Österreich und Deutschland als die alleinigen Genossen übrig blieben.

Eine wichtige symptomatische Bedeutung kam den soeben geschilderten Vorgängen des Frühjahrs 1875, um das zuletzt zu erwähnen, schließlich noch zu. Im Grunde hatten alle die alten Mächte, Rußland, England, Frankreich, natürlich auch Österreich, der Bildung der nationalen Einheit des Volkes in der Mitte Europas feindlich im Wege gestanden. Das hatte ja bereits die populäre Bewegung, als sie es im Sturmjahre 1848 unternahm, das Neue Reich zu bauen, zu ihrem Unheile verspüren müssen; schon im August 1848, im Waffenstillstande von Malmö, war sie in der schleswig-holsteinischen Frage, die damals ihre Kraftprobe nach außen wurde, dem vereinigten Europa gegenüber auf dem toten Punkte angelangt. Mit unendlicher Kunst hatte dann Bismarck in den sechziger Jahren die internationalen Schwierigkeiten und Hindernisse beseitigt, welche der deutschen Einheit im Wege standen, indem er die neidischen Mächte teils im Schach zu halten, teils vorübergehend auszuschalten, teils dauernd zu gewinnen, wie Rußland, teils zeitweise hinter sich herzuziehen, dann aber nieder-

zuschlagen, wie Österreich und Frankreich, jedenfalls jedoch immer nicht allein unschädlich, vielmehr seinen Zwecken dienstbar zu machen wußte. Österreich hatte sich nunmehr mit dem Neuen Deutschland aufrichtig abgefunden und suchte (letztlich im Gefühl seiner eigenen Hilfsbedürftigkeit) Deutschlands Freundschaft; die anderen aber fühlten sich durch die Neue Macht im Herzen des Festlandes überrumpelt und bedrückt, während Frankreich direkt nach Vergeltung trachtete. Da zeigte sich im Frühjahr zuerst die Möglichkeit der Konstellation, welche vier Jahrzehnte später sich gegen Deutschland verschwören sollte, und zwar im Zusammenhang mit den beiden Momenten, welche auch dann den Hauptanteil am Zustandekommen dieser Gruppierung haben sollten, der Balkan- und der Revanchefrage: Frankreich, Rußland und England, die sich Italien als Vierten im Bunde zuzugesellen trachteten. Eine feste und dauernde Vereinigung konnte damals freilich durchaus noch nicht hervorgehen, — dazu bedurfte es noch zahlreicher Bindemittel, welche erst die gesamte folgende Entwicklung liefern mußte. Aber es malte sich doch schon spukhaft an die Wand der Schattenriß von dem, was dereinst Leben und Gestalt erhalten, und dessen tödlicher Umklammerung Deutschland erliegen sollte: der cauchemar des alliances, von dem Bismarck in schlaflosen Nächten gequält wurde, das Schreckgespenst, das sich damals zuerst zeigte, es sollte zur grauenvollen Wirklichkeit werden. Und ein unmittelbarer Erfolg ward den Franzosen damals bereits zuteil: von einem Einspruche Deutschlands gegen die Vermehrung ihrer Rüstungen konnte weiterhin nicht mehr die Rede sein; er scheiterte an dem Widerstreben Europas.

Viertes Kapitel.

Die Balkanfrage und der russisch-österreichische Balkangegensatz.

Die Balkanfrage war das Ferment, das die Entente der Dreikaisermächte mit Zersetzung bedrohte. Noch war sie latent, da übte sie schon auf die Große Politik in Europa einen mächtigen Einfluß aus; jetzt nahm sie einen akuten Charakter an, und sofort beherrschte sie die ganze Situation. Kaum hatten sich die Wellen geglättet, welche durch die Krieg-in-Sicht-Artikel und die Ereignisse, die sich daran im Frühjahr 1875 knüpften, erregt worden waren, da brach im Sommer des Jahres der Sturm los, der durch den Aufstand in der Herzegowina und in Bosnien entfesselt wurde. Mit voller Bestimmtheit ließ es sich freilich noch nicht vorhersehen, wie sich unter seiner Einwirkung die Gruppierung der Mächte gestalten würde. Nur so viel war zu erkennen, daß sich voraussichtlich ein Gegensatz der Interessen zwischen Rußland auf der einen, Österreich und England auf der andern Seite entfalten würde; aber damit war doch noch keineswegs gesagt, daß sich etwa notwendig gegen die russischen Balkanpläne eine österreichisch-britische Koalition zum Schutze der Pforte bilden würde. Ja, es war sogar noch keineswegs ausgemacht, daß Rußland und Österreich miteinander in Konflikt geraten müßten, — das hing davon ab, in welchem Umfang Rußland mit seinem Programm, dessen Grundzüge sich allerdings um eben diese Zeit mehr und mehr verdichteten, alsbald in die Öffentlichkeit hervortreten würde. Auch war die Möglichkeit an sich nicht ausgeschlossen, daß Rußland durch Entgegenkommen gegen die gleichfalls vorhandenen Aspirationen Österreichs dieses zu Duldung seiner eigenen Absichten und vielleicht auch zu gemeinsamem Vorgehen mit sich fortzureißen imstande wäre, — in der Tat ist der Versuch dazu gemacht worden, und zwar scheinbar zunächst mit Erfolg; nur unter diesem Gesichtspunkte sind die Entstehung und der Verlauf des Russisch-Türkischen Krieges von 1877/78 zu begreifen. Vorderhand hatte es das Aussehen, als würde Rußland in viel höherem Grade als auf den Widerstand Österreichs vielmehr auf den Großbritanniens stoßen. Und ganz ungeklärt war es noch, welche Stellung die übrigen Mächte, zumal Frankreich und Deutschland, nehmen würden. Dazu kam noch eines: augenblicklich walteten zwischen Rußland und der Pforte besonders gute Beziehungen ob, so daß sich diese faktisch bereits in einer Art von freiwilliger Klientel oder Vasallenschaft Rußland gegenüber befand. Eben daran

aber nahm vornehmlich England Anstoß, und so erhielt die Lage in Konstantinopel unmittelbar vor dem Ausbruche des bosnischen Aufstandes ihre Signatur durch eine heftige russisch-britische Rivalität, die schon seit einigen Jahren diese beiden Mächte und auch die Pforte in Atem hielt.

Vornehmlich war es Englands Werk, daß Bosporus und Hellespont noch für die russische Flotte gesperrt blieben. Die Pforte hatte sich in der Pontusfrage einer den russischen Wünschen günstigen Haltung beflissen, und zunächst war das gute Einvernehmen zwischen Petersburg und Konstantinopel in stetigem Wachstum begriffen. Das war dem Wirken des russischen Botschafters, des Generals Ignatiew, zuzuschreiben. Er und der britische Vertreter Sir Elliot machten sich das Terrain am Goldenen Horn streitig; der Russe stützte sich insonderheit auf den Großwesir Mahmud Nedim, der den Sultan Abd ul Asis leitete. Sein Augenmerk war darauf gerichtet, die Interessen der christlichen Balkanvölker wahrzunehmen. Er brachte es zuwege, daß die bulgarische Kirche vom griechischen Patriarchat in Konstantinopel losgelöst wurde und einen eigenen Exarchen erhielt; überhaupt erblickte er in Griechenland einen unbequemen Nebenbuhler Rußlands für den Besitz von Konstantinopel. 1872 mußte Mahmud Nedim den Angriffen Elliots weichen; aber sein Nachfolger im Wesirat konnte sich schließlich gegen die Intrigen Ignatiews nicht behaupten, und Ende August 1875 kehrte Mahmud Nedim auf seinen alten Posten zurück. Gekreuzt und getragen waren diese russisch-englischen Rivalitätsstreitigkeiten in Konstantinopel durch die unter den Türken selbst herrschenden Parteiungen, nämlich durch den Gegensatz zwischen Alttürken und Jungtürken.

In ihrer großen Mehrheit waren die maßgebenden osmanischen Kreise alttürkisch gesinnt; d. h. sie wollten den alten Charakter ihres Staatswesens in voller Reinheit gewahrt wissen. Ihnen standen die Jungtürken gegenüber, gering an Zahl, in der Hauptsache auf Beamtentum und Offizierkorps beschränkt. Von westeuropäischen Ideen durchtränkt, verlangten die letzteren Reformen und zumal eine konstitutionell-parlamentarische Verfassung, die auch den christlichen Untertanen zugute kommen sollte. Das lief den Grundanschauungen der Alttürken zuwider, denen der Gedanke unfaßbar war, der nichtislamitischen Bevölkerung irgendwelche staatlichen Rechte einzuräumen. Auch bei den Jungtürken war freilich der Hintergedanke heimlich im Spiele, daß in dem künftigen Parlamente die türkischen Elemente doch das Übergewicht haben, und daß daher das osmanische Volkstum und Staatswesen ihre alte Stellung im wesentlichen auch im modernen Gewande behaupten würden. Auch sie waren letzten Grundes osmanisch-nationalistisch gerichtet; nur glaubten sie, die liberalen Formen würden in Europa einen guten Eindruck machen, indem das neue Kleid, das die Türkei so anlegen würde, ihren wahren Charakter zu verhüllen geeignet wäre, nicht minder auch einen guten Eindruck bei den Unterworfenen, auf welche, wie sie hofften, die Aussicht auf Reformen und auf formelle Gleichberechtigung im Sinne eines stärkeren staatlichen Zusammenhaltes, eines alle einigenden festen Bandes wirken würde. Diese Rechnung war freilich falsch: die liberalen Ideen mußten natürlich auch den nationalen Tendenzen Vorschub leisten und daher letzten Grundes und auf die

Dauer den alten Staatsverband zersetzen und sprengen. Die nichtosmanischen Völkerschaften (und das galt nicht nur von den christlichen Balkanstämmen in Europa, sondern auch in großem Umfange von den Mohammedanern in Asien, wenngleich das hier erst später zutage treten sollte) waren mit Reformen und politischen Rechten nicht zufrieden, wenn diese nicht von nationaler Selbständigkeit begleitet waren. Sie wollten nicht nur eine doch noch immer recht zweifelhafte Freiheit haben, sondern sie wollten auch für sich sein; nach Lage der Dinge konnten sie aber von der türkischen Herrschaft, wenn je, so immer nur mit Hilfe anderer Mächte, und zwar europäischer, loskommen, und dann war es wieder auch gar nicht anders möglich, als daß sie, unter welchen Formen und Namen auch immer, in Wahrheit jedenfalls in die Einfluß- und Herrschaftssphäre ihrer Helfer gerieten, — man braucht sich nur an die Entwicklung in Armenien, in Arabien, Mesopotamien, Syrièn, zumal zuletzt während des Weltkrieges, zu erinnern; das osmanische Staatswesen wird sich zwar in der Zukunft als ein nationales Gebilde darstellen, aber gegen bisher in sehr beschränktem Umfange, und auch keineswegs wirklich international unabhängig, während seine bisherigen asiatischen Provinzen voraussichtlich von ihm abgetrennte Domänen der Ententestaaten sein werden. Und damit steht ein anderes wichtiges Moment in Zusammenhang: der Islam, das religiöse Element, als staatenbildender, universaler Faktor ist überwunden; er hält das Türkische Reich nicht mehr zusammen. Die grüne Fahne des Propheten, im Herbst 1914 zum letztenmal mit mangelhaftem Erfolge entrollt, der Kalifat, haben ihre mystisch-völkerbeherrschende Kraft verloren; auch im Bannkreise des Islams hat sich das nationalistische Prinzip als das stärkere erwiesen; es dürfte aber dadurch nur die Fremdherrschaft über den näheren Orient vollendet und besiegelt werden.

Damals stand freilich diese Entwicklung noch in ihren ersten Anfängen, ließen sich ihre ganzen Konsequenzen noch nicht übersehen. Alttürken und Jungtürken wollten beide den islamitisch-osmanischen Grundcharakter ihres Staatswesens aufrecht erhalten wissen, die letzteren allerdings unter Konzessionen an die politischen Ideen und Postulate Westeuropas. Eben deshalb neigten sie sich, was ihre Haltung in dem russisch-englischen Rivalitätskampfe um den Einfluß auf die Pforte anbelangte, zu England hin, während die ersteren bei ihrer absolutistisch-patriarchalen Staatsauffassung eine Stütze an Rußland suchten. Dasselbe war der Fall beim Großherrn, der von seiner althergebrachten monarchischen Vollgewalt nichts missen wollte, und der von Rußland bestochene, jetzt wieder eingesetzte Großwesir Mahmud Nedim bestärkte ihn in seiner russenfreundlichen Richtung. Für den Augenblick war der russische Einfluß in Konstantinopel allerdings verhängnisvoll. Denn England meinte es damals jedenfalls mit dem Bestande der Türkei besser als Rußland; es lag auch den Briten ernstlich daran, die Russen von den Meeresengen fernzuhalten, während sich Alexander II. mit einer Erneuerung der Balkanpläne seines Vaters Nikolaus I. trug. Insofern trieben Mahmud Nedim und unter seiner Führung Abd ul Asis eine dem Interesse ihres Staates zuwiderlaufende selbstmörderische Politik, und die Jungtürken, die mit England in Verbindung standen, hatten offenbar guten Grund, wenn sie in Oppo-

sition gegen ihre Regierung traten. Dazu kam deren üble Finanzwirtschaft. Vieles trug dazu bei: die Hofhaltung verschlang enorme Summen, ebenso das Bemühen, Heer und Flotte nach europäischem Muster auszurüsten und fortzubilden. Das Verkehrswesen wurde durch die Anlage von Eisenbahn- und Telegraphenlinien verbessert, wobei die westeuropäischen Kapitalisten den türkischen Staat auf unerhörte Weise übervorteilten und ausbeuteten. 1875 war die osmanische Staatsschuld unter diesen Umständen auf mehr als 5 Milliarden Franken gestiegen, die zu außerordentlich hohen Sätzen bis 10% und noch darüber verzinst werden mußten. Schließlich war der Staatsbankerott nicht mehr zu vermeiden. Durch Edikt vom 6. Oktober 1875 wurden die Zinsen der Staatsschuld um die Hälfte herabgesetzt; für die andere Hälfte sollten fünfprozentige Obligationen ausgestellt werden, deren Einlösung für später in Aussicht gestellt wurde. Es war vornehmlich das englische und französische Kapital, das darunter zu leiden hatte. Die Gehaltszahlung an die Beamten stockte gleichfalls, — kurz es war ein trostloses Bild finanzieller Mißwirtschaft, Verwirrung und allgemeiner Verarmung.

In dieser bereits so hoch gespannten Situation brachen Unruhen der Rajah aus, die das osmanische Reich auf das stärkste erschütterten. Sie wurden der Ausgangspunkt der weiteren weltpolitischen Entwicklung.

Mit der wachsenden Finanznot der Pforte verstärkte sich der Steuerdruck, der durch sie auf die unterworfenen Balkanvölker ausgeübt wurde; das herrschende System der Steuerverpachtung machte ihn doppelt fühlbar. So entstand im Juli 1875 in der Herzegowina ein Aufstand, der nach Bosnien hinübergriff; wirtschaftliche und religiöse Motive waren mit dabei tätig. Die Regierung legte zuerst der Bewegung keine besondere Bedeutung bei; sie hatte auch nur geringe Streitkräfte in den aufrührerischen Provinzen stehen. Unter dem Drucke der Mächte versprach der Sultan Reformen in weitgehendem Maße. Aber die Insurgenten, durch die Erfahrung belehrt, wie wenig solchen Verheißungen zu trauen war, auch im geheimen durch russisch-panslawistische Agitationen bearbeitet, erklärten, sich nicht beruhigen zu wollen, bis nicht die türkischen Truppen zurückgezogen und bis ihnen nicht agrarische Reformen gewährt wären, indem nämlich ein Drittel des in muselmännischem Besitze befindlichen Bodens an die einheimische christliche Bevölkerung abgetreten würde. Sie suchten Hilfe in dem benachbarten Serbien und Montenegro, die in den aufständischen Gebieten von Anfang an bereits ihre Minen gelegt hatten. Wie sollte sich die offizielle russische Politik zu den Ereignissen verhalten? Ihre Beziehungen zur Pforte waren gerade die denkbar besten; eben um dieselbe Zeit (Ende August) wurde durch Ignatiews Machenschaften Mahmud Nedim wieder an das Ruder gebracht. Sie konnte somit öffentlich die Rebellen nicht wohl unterstützen, dafür sorgten freilich die panslawistischen Umtriebe; andererseits konnte sie ebensowenig offen gegen die Balkanchristen Stellung nehmen, da das ihren Kredit bei diesen untergraben hätte. Sollte sie fernerhin eine gemeinsame Vermittlungsaktion mit den übrigen Mächten unternehmen oder, augenblicklich im Genusse des ausschließlichen Einflusses auf die Pforte, die anderen zur Seite

zu schieben suchen? Sollte sie endlich die Gelegenheit benutzen, um einen entschiedenen Frontwechsel gegen die Türkei zu vollziehen, rückhaltslos sich der unterdrückten Stammes- und Glaubensbrüder annehmen, auf die Vernichtung der Pforte hinarbeiten und ungescheut mit ihren letzten Balkanzielen hervortreten? Noch waren die russischen Staatsmänner selbst in allen diesen Stücken geteilter Meinung. Wohl gab es Stimmen, die sich für eine Lösung aussprachen, welche das Orientproblem für immer aus der Welt geschafft hätte: Ägypten für England, Syrien für Frankreich, Aufteilung der Balkanhalbinsel durch Vergrößerung von Griechenland, Serbien und Montenegro, sowie durch Schaffung eines neuen Bulgariens oder eines Bulgariens und Mazedoniens und eines Freistaates Konstantinopel unter russischem Protektorate. So weit wollten nun freilich weder Gortschakow noch auch Ignatiew gehen; während jedoch dieser die Vermittlungsaktion bei der Pforte durch Rußland allein in Angriff nehmen wollte, dachte jener an ein Zusammengehen mit den Mächten, und das war auch die Meinung des Zaren. Augenscheinlich war Gortschakow der Ansicht, daß man die Mächte, indem man mit ihnen die Gemeinschaft halte, leichter am Leitseile hinter sich herzuziehen, gegeneinander auszuspielen und die Dinge so allmählich zu einem für Rußland erwünschten Zielpunkte zu treiben vermöchte. Insonderheit war sein Trachten zunächst vornehmlich darauf gerichtet, außer mit Frankreich auch zu einer Verständigung mit Österreich zu gelangen, um England auszuschalten, dessen Widerstand wohl noch mehr zu befürchten stand.

Das gerade indes war es, was Andrassy nicht wollte. Er besorgte, daß Österreich, wenn es sich allzu eng mit Rußland einließe, in das Hintertreffen und seinerseits in Vereinzelung geraten könnte. Grundsätzlich war er für die Erhaltung der Integrität des Ottomanischen Reiches; aber es war damit zu rechnen, daß sie im Drange der Ereignisse nicht durchführbar wurde, zumal da jetzt der Aufstand in Bosnien und der Herzegowina losgebrochen war; er wußte, daß sich bereits Fäden zwischen diesen beiden Ländern und Serbien sowie Montenegro spannen, und daß jene bei diesen Hilfe suchten; die serbische Skupschtina zeigte sich dazu nicht abgeneigt. Und wenn er auch selber an und für sich nicht allzusehr mit dem Gedanken sich befreunden konnte, Bosnien und die Herzegowina für Österreich-Ungarn zu gewinnen, so meinte er doch, wie wir wissen, daß diese niemals an Serbien fallen, daß nie ein Großserbien entstehen dürfte, das dann nicht nur an das Meer zu kommen, d. h. das dalmatisch-illyrische Küstengebiet an sich zu reißen trachten, sondern auch seine begehrlichen Fangarme nach den Südslawen der Doppelmonarchie ausstrecken würde. Da hielt er es für notwendig, die beiden Provinzen vielmehr dem eigenen Reiche anzugliedern; darauf arbeitete ja eine mächtige Partei bereits lange hin, und sie hatte auch schon Einfluß auf den Kaiser gewonnen. Eben damals, im Sommer 1875, unternahm Franz Josef eine Reise nach Dalmatien, die den Eindruck erweckte, als sei sie die Einleitung einer Aktion zur Erwerbung von Bosnien und der Herzegowina. Aber schon im Vorjahre, als man in Petersburg Witterung von den Balkanwünschen Österreich-Ungarns erhielt, hatte Gortschakow in Wien wissen lassen, Rußland würde es als einen casus belli ansehen, wenn Österreich seine Hand auf

diese Länder legen oder ihnen auch nur bei einer Erhebung gegen die Pforte Beistand leisten würde. Als diese nun wirklich erfolgte, konnte sich Andrassy nicht verhehlen, daß die Gefahr eines Konfliktes mit Rußland und dessen Schutzstaaten auf dem Balkan in hohem Grade gegeben war: wie konnte er sich da auf eine Politik einlassen, die Österreich von Rußland abhängig machte und mit Vereinzelung bedrohte? Er setzte vielmehr alsbald seine Hoffnung darauf, für den Fall, daß es zum Äußersten kommen sollte, an Deutschland einen wirksamen Rückhalt gegen Rußland zu finden. Vorderhand wünschte er allerdings noch, den Frieden zu erhalten, und er war bereit, auch in Gemeinschaft mit Rußland an der Dämpfung des Aufruhrs dadurch zu arbeiten, daß die Pforte zur Gewähr von Reformen bewogen wurde. Er setzte es bei Franz Josef durch, der von sich aus mehr für Zugreifen war, daß zunächst dieser Weg vorsichtiger Mäßigung und Abwartens beschritten wurde.

Mit Bangen sah Bismarck das Gewitter heranziehen, das sich im Südosten Europas zusammenballte, und schon mochte er daran zweifeln, ob er imstande wäre, es zu beschwören oder auch nur zu verhindern, daß Deutschland davon in Mitleidenschaft gezogen würde. Zwar hatte dieses auf dem Balkan kein Interesse, und es suchte auch keines daselbst; aber als Großmacht wurde es in etwaige orientalische Verwicklungen hineingezerrt, und wenn es zwischen Rußland und Österreich zur Kollision kam, dann mußte Deutschland wählen. Welche Rolle die Balkanfrage für die russische Politik im allgemeinen und insonderheit für ihr Verhältnis zu Frankreich spielte, das hatte ja die Krisis des Frühjahrs bereits zur Genüge gezeigt. Bei einem Besuche, den der württembergische Justiz- und Außenminister Mittnacht Ende August 1875 bei ihm in Varzin machte, sprach Bismarck sich über die durch die letzten Begebenheiten geschaffene Lage noch ziemlich optimistisch aus; doch hörte man schon deutlich daraus den Unterton, daß immerhin auch mit schlimmeren Eventualitäten zu rechnen sei: „Man habe," so führte er aus, „nicht zu befürchten, daß Kaiser Alexander von der Freundschaft für Deutschland abgebracht werden könnte. Rußland und Deutschland haben keine widerstreitenden Interessen, ersteres wolle kein deutsches, letzteres kein russisches Land, und Rußland brauche einen soliden und mächtigen Bundesgenossen wie Deutschland. Gortschakow denke vielleicht anders, auf seine Meinungen aber habe der Kaiser großen Einfluß." Von Österreich sprach er auf das freundlichste, er gab sein vollstes Vertrauen zu Andrassy kund: „Ungarn," so fuhr er fort, „braucht stets Anlehnung an Deutschland. Bei der türkischen Verwickelung seien Deutschlands Interessen nicht unmittelbar engagiert, es habe nur das Einvernehmen zwischen Österreich und Rußland zu fördern. Vereinigen sich die beiden, so sei Deutschland ohne weiteres dabei; verständigen sie sich nicht, so könne Deutschland nicht majorisieren; bei dreien gebe es keine Majorisierung, sondern gelte das liberum veto." Deutlich erkannte er allerdings die Schwierigkeit einer russisch-österreichischen Balkanentente: „Über allgemeine Redensarten kommen die beiden freilich nicht hinaus, sie vereinigen sich über das Nichtstun, handle es sich um etwas Positives, so kollidieren die Interessen." Und er verhehlte sich nicht, daß Deutschland in eine solche Kollision und dann in eine äußerst mißliche

Situation hineingeraten könnte: „Im Falle eines Zerwürfnisses zwischen beiden wäre es ihm außerordentlich schwer zu optieren; denn neutral zu bleiben, sei in solchen Fällen immer bedenklich... Träte man zu Österreich, so bekäme man in Rußland einen unversöhnlichen Gegner und Alliierten Frankreichs, im andern Falle würde Rußland bedenklich mächtig." Sehr richtig war die Bemerkung, daß sich weder Rußland noch Österreich durch der Türkei abgenommene neue Provinzen kräftigen würden; zum Schluß äußerte er die vertrauensvolle Erwartung: „Gortschakow werde rücksichtsvoll gegen Österreich sein, und derzeit liege kein Grund vor, sich zu beunruhigen." In dieser ruhigen und vertrauensvollen Beurteilung der Lage konnte er bestärkt werden durch die Erklärungen, welche Gortschakow Anfang Dezember, als er Berlin passierte, hier ihm gegenüber abgab. Man kam auf die brennende Frage des Tages, den Aufstand in der Herzegowina, zu sprechen. Der russische Kanzler zeigte sich dabei geneigt, in ihr „die Gemeinsamkeit der Auffassung und Behandlung möglichst zu fördern, etwa in Petersburg bestehende kleine Verstimmungen zu beseitigen und das Dreikaiserbündnis und damit den Frieden aufrechtzuerhalten in demselben Sinne, welcher den Verabredungen der Monarchen im Jahre 1872 zugrunde lag und bisher maßgebend gewesen ist". Bismarck sagte darauf Gortschakow den Beitritt Deutschlands zu den Entschließungen und Schritten zu, welche die beiden Genossen untereinander vereinbaren würden; aber er ließ bereits durchblicken, daß er sich nicht dazu hergeben würde, unter russischer Ägide Österreich zu majorisieren: wenn die beiden andern keine Übereinstimmung untereinander herstellen könnten, vermöge Deutschland nicht für eine gemeinsame Aktion im Sinne des einen und gegen die Neigung des andern tätig zu sein. Eine Trübung des „Dreikaiserbündnisses" war damals allerdings nach Bismarcks Ansicht nicht nur möglich im Hinblick auf einen österreichisch-russischen Balkankonflikt, sondern auch — wenigstens vorübergehend — unter dem Gesichtspunkte eines Ausgleiches zwischen den beiden Kaiserreichen des Ostens auf dem Balkan. Er glaubte nämlich damit rechnen zu müssen, daß daraus eine intime Annäherung der beiden Mächte erwachsen, und daß diese weiter zu einer Art Tripleentente zwischen Rußland, Österreich und Frankreich führen könnte, durch die Deutschland auf dem Kontinente isoliert worden wäre. Gortschakow machte damals unverkennbar Miene, gestützt auf Frankreich und Österreich, die bosnische Frage behandeln zu wollen; er ließ dem Wiener Kabinett dabei sogar den Vortritt, und zwar aus einem ganz besonderen Grunde: Rußland hielt sich besser bei einer Aktion gegen die Pforte, die doch nötig war, zurück, um nicht bei dieser die Stellung Ignatiews zu kompromittieren, der bei seinem Einflusse auf den Großwesir noch der geheime spiritus rector der türkischen Politik war. In den ersten Tagen des Jahres 1876 äußerte Bismarck Befürchtungen, daß die alte zentralistisch-katholische Partei in Wien gegen Andrassy Oberwasser bekommen könnte; daran knüpfte sich die weitere Aussicht auf eine österreichisch-russische Balkanentente im Sinne derjenigen, wie sie dereinst im 18. Jahrhundert zwischen Josef II. und Katharina bestanden hatte, und durch die Friedrich der Große so eingeengt worden war, sowie eben auf eine umfassende russisch-österreichisch-französische

Kombination, da ja Frankreich ganz gewißlich für eine Verbindung zu haben war, die ihm Hoffnung auf Revanche erweckte; mit ganz besonderer Besorgnis erfüllte es ihn, daß Rußland Miene zu machen schien, in der Balkanfrage zu einem Einverständnis mit Frankreich zu gelangen.

Weder was Frankreich, noch auch was Österreich anbelangte, traute Bismarck den Intentionen Gortschakows; die Gefahr einer Einkreisung Deutschlands auf dem Festlande stand als Schreckgespenst vor seinem Geiste. In dieser bänglichen Situation faßte er ein Projekt von genialer Kühnheit der Konzeption und unübertreffbar an Größe, würdig eines weitschauenden Staatsmannes: er war bereit, das Steuer mit einem Ruck auf die andere Seite herumzureißen, die alte Freundschaft mit Rußland über Bord zu werfen und ein Bündnis mit England zu schließen, das naturgemäß seine Spitze gegen Rußland und eine eventuelle russisch-französische Kombination richten mußte. Nach Mitteilungen, die sowohl Münster als auch Herbert Bismarck später verschiedentlich machten, ist anzunehmen, daß die Demütigung, welche Gortschakow im Frühjahr dem deutschen Kanzler zugefügt hatte, auf diesen Wechsel nicht ohne Einfluß gewesen ist. Eben dazu bestimmte ihn noch eine andere Erwägung: die Aufteilung des näheren Orients, wie sie sich unverkennbar vorbereitete, versprach für die anderen Mächte eine starke Steigerung ihrer weltpolitischen Expansion, — sollte da Deutschland wieder mit leeren Händen beiseite stehen und gelassen dem Wachstum der andern zusehen? Sollte es nicht diese Gelegenheit benutzen, eine Weltwirtschafts- und Kolonialpolitik in großem Stile zu inaugurieren? Wie war dies jedoch sicherer und erfolgreicher zu bewerkstelligen, als im Einvernehmen mit der größten See- und Kolonialmacht der Welt, mit Großbritannien? Nichts mehr und minder hatte er im Sinne als eine koloniale und wirtschaftliche Ausbreitungspolitik für Deutschland „in großzügiger und planmäßiger Form zu treiben, ohne doch dabei die Sicherheit des Reiches zu gefährden". So sandte er denn gegen Mitte Dezember 1875 seinen intimsten Gehilfen Lothar Bucher in streng vertraulicher Mission nach London. Dieser sollte hier sondieren, wie es mit der Möglichkeit einer deutsch-englischen Defensivallianz zur Erhaltung des Weltfriedens bestellt sei, deren Bestimmung es nämlich sein sollte, England gegen die russischen Bosporuspläne zu sichern, sowie Deutschland den Besitz von Elsaß-Lothringen zu garantieren. Nach wiederholter Aussage des Grafen Paul Hatzfeldt, der später Münsters Nachfolger in London wurde, verband der Kanzler mit der Sendung Buchers noch einen andern großen Zweck: mit Hilfe Englands ein großes Kolonialprogramm aufzustellen und in Angriff zu nehmen. Nur widerwillig ist der Schöpfer von Kaiser und Reich an die Kolonialpolitik herangegangen, weil er in einer solchen ohne die Rückendeckung Großbritanniens eine Gefahr für das Neue Reich erblickte; daher glaubte er, dazu der englischen Genehmigung zu bedürfen, da er zu den kontinentalen Bedrängnissen Deutschlands nicht auch noch die Feindschaft Albions zur See riskieren wollte. So hatte denn Bucher weiterhin den Auftrag, das britische Kabinett über die für Deutschland in Zukunft notwendige koloniale und wirtschaftliche Ausbreitung aufzuklären und zu versuchen, „einen Modus der Zusammenarbeit mit England in dieser Richtung

zu finden". Wir wissen nicht, welches Feld der kolonialen Betätigung Bismarck zu jener Frist für Deutschland in Aussicht nahm. Man könnte an die Südsee und die noch unaufgeteilten Gebiete Afrikas denken, für England an den näheren Orient, nämlich an das für den Weg nach Ostindien wichtige Ägypten, das eben jetzt in der Bismarckschen Ideenwelt als Objekt für Großbritannien auftauchte, sowie an Mittelasien, wo bereits der Konflikt mit Rußland lauerte.

Es war eine Politik, wie bereits gesagt wurde, von hohem Schwunge und kräftiger Initiative. Wäre sie in London auf Verständnis und Entgegenkommen gestoßen, so wäre der Gang der Weltgeschichte ein anderer geworden: Rußland wäre das Vordringen im näheren Orient und in Zentralasien verwehrt worden, Deutschland hätte sich an Stelle Frankreichs, dessen neue überseeische Expansion damals noch nicht eingesetzt hatte, zur zweiten Kolonialmacht Europas emporgeschwungen, und es hätte sich im Besitze von Elsaß-Lothringen behauptet; einer deutsch-britischen Koalition war eine französisch-russische Gegengruppe, auch wenn sich eine solche gebildet hätte, schlechterdings nicht gewachsen, zumal da Österreich-Ungarn voraussichtlich wegen seines Balkangegensatzes zu Rußland, wenn beide auch im Augenblicke zusammengingen, auf die Dauer ein Annex nicht der zweiten, sondern der ersten von diesen beiden Kombinationen geworden wäre. In England angelangt, nahm Bucher mit dem deutschen Botschafter hierselbst, dem Grafen Münster, Rücksprache über seine Aufträge; dieser warnte ihn dringend, weil er wußte, daß England noch nicht bündnisfähig war. Trotzdem brachte Bucher (wahrscheinlich hatte er vom Kanzler allzu bestimmte Weisungen) seine Werbung vor; er holte sich jedoch einen ordentlichen Korb. Noch zog England eine Politik der freien Hand vor; es wollte sich nicht auf dem Festlande binden und genau umschriebene Verpflichtungen auf sich nehmen. Man hielt es in London für ratsamer, die kontinentalen Mächte sich aneinander reiben zu lassen, auch wohl, je nach dem Bedürfnis des Augenblicks, wie erst kürzlich in der Angelegenheit der Kriegs-in-Sicht-Artikel, gegeneinander auszuspielen und so aus der jeweiligen Situation Vorteile für sich mit leichter Mühe herauszuholen. Der kleinlich engherzige, mißtrauische Lord Derby war auch der letzte, der imstande gewesen wäre, das britische Staatsschiff in einen ganz veränderten Kurs hineinzusteuern. So sah sich Bismarck genötigt, es auch weiterhin zu versuchen, mit Rußland so gut zu paktieren, wie es ging, und den Plan einer zielbewußten und planmäßigen Expansionspolitik mußte er fallen lassen; er mußte vielmehr einsehen, daß ein gütliches Einverständnis mit England in diesem Punkte nicht zu haben war. Als er ihn ein Jahrzehnt später wieder aufnahm, mußte er die Genehmigung Großbritanniens dazu durch den Druck der internationalen Lage erzwingen. Beides, was er damals vergeblich anstrebte, wurde Deutschland etwa ein Vierteljahrhundert später durch England freiwillig angeboten; aber die damalige Reichsleitung schlug es aus, — sicherlich nicht im Geiste richtig verstandener Intentionen Bismarckscher Politik.

Gemeinsam mit Österreich wollte, wie wir wissen, Gortschakow in der bosnischen Angelegenheit jetzt vorgehen, und zwar unter Vorantritt Österreichs. Um die Jahreswende, kurz nach dem Scheitern des ersten englischen Bündnisprojektes

Bismarcks, setzte die Aktion ein. Andrassy arbeitete ein umfangreiches Schriftstück aus, worin die Pforte zur unverzüglichen Einführung von Reformen zur Pazifikation der aufständischen Provinzen aufgefordert wurde: Proklamation vollkommener religiöser Freiheit für die christliche Bevölkerung, ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung mit den Bekennern des Islams, Abschaffung der Steuerpacht, sowie der grundherrlichen Frohnden und Zehnten, und eine gründliche Reorganisation der Verwaltung. Obwohl man sich in Rußland nichts davon versprach, stimmte das Petersburger Kabinett den Vorschlägen Andrassys bei; sie wurden, nachdem sie durch Franz Josef genehmigt worden waren, in einer Zirkulardepesche niedergelegt und zusammengefaßt, welche Andrassy am 30. Dezember 1875 an die Mächte ausgehen ließ, indem er diese um ihren Beitritt ersuchte. Sie erklärten sämtlich ihre Bereitschaaft dazu, England zaudernd und nach einiger Zurückhaltung. Auch Bismarck machte höchst ungern mit; mißtrauisch betrachtete er ja die momentane österreichisch-russische Balkanentente, wegen ihrer relativen Ausschaltung Deutschlands und wegen der Konsequenzen, die sich daran für die Gruppierung der kontinentalen Mächte knüpfen konnten. Am liebsten hätte er die Aktion Andrassys noch jetzt zu Fall gebracht. In den ersten Tagen des Januar 1876 ließ er sich vor dem russischen Botschafter in Berlin, d'Oubril, dahin vernehmen, daß er nicht an die Verwirklichung der Reformvorschläge Andrassys glaube; er suchte Zweifel gegen Andrassy zu erwecken, indem er d'Oubril fragte, ob Rußland Andrassys sicher sei, ob seine Absichten ernst zu nehmen wären, ob er selber Zutrauen zu seinem Werke hege und sich stark genug fühle, um es durchzusetzen. Er ging so weit, es sonderbar zu finden, daß dieser für gewöhnlich faule Minister soviel Eifer und Tätigkeit für eine Arbeit, wie sein Reformprojekt, entwickelt habe, auf die Gefahr eines so dürftigen Ergebnisses hin; eben daher, so ließ er durchblicken, müsse Andrassy wohl dabei seine Hintergedanken haben. Deutschland habe, so verbreitete er sich weiterhin, in diesen Dingen, durch die es direkt nicht berührt werde, keinerlei Wünsche; es könne jede Kombination annehmen, über die Rußland und Österreich übereinkämen. Zwei Punkte jedoch wären dabei für Deutschland von Wichtigkeit: die Stellung Andrassys, auf deren Gefährdung durch die katholisch-zentralistische Partei in der Donaumonarchie er dabei hinwies, und die Beziehungen zu England. Und nun rückte er mit einem eigenen Projekt heraus, durch welches er das Andrassys zu kreuzen oder wenigstens ihm eine andere Wendung zu geben vorhatte: Andrassys Stellung würde befestigt werden, wenn Österreich Vergrößerungen in Bosnien bekomme, wofür Rußland in Beßarabien zu entschädigen sei; wenn Rußland darauf eingehe, so würde Deutschland keine Schwierigkeiten machen und, wie er annehme, auch England nicht; dieses würde, so glaube er, sich mit solchen Bagatellen abfinden, wenn es dafür Sicherheiten für seine Transaktionen bezüglich des Suezkanals erhalte, und das hieß, wenn Ägypten seiner Interessensphäre zugewiesen würde. Der Kanzler schloß mit den Worten: „Ich verlange nur eines, nämlich damit betraut zu werden, das englische Kabinett vorzubereiten und dessen Genehmigung für eine Kombination solcher Art zu erwirken."

Daß es ihm mit seinem Vermittlungsangebot ernst war, daran ist nicht zu

zweifeln; schon hatte er Schritte unternommen, um England dafür geneigt zu stimmen. Vermutlich wäre es ihm lieber gewesen, wenn er der Mediation zwischen England und Rußland überhoben und zu einer Verständigung mit der ersten auf Kosten der zweiten Macht gelangt wäre. Zu beidem war er bereit, und er nahm unverzüglich eine neue Sondierung vor, die sich nach beiden Seiten hin erstreckte und beiden Lösungen des Problems Raum gewährte. In diesem Sinne klopfte er bei Großbritannien an. Am 3. Januar 1876 hatte er eine Unterredung mit Russell. Er beteuerte darin die Uneigennützigkeit Deutschlands in der Orientfrage, das lediglich darauf ausgehe, seinen Freunden zu ihrer friedlichen Schlichtung seinen Einfluß zur Verfügung zu stellen; er sprach seine Verwunderung darüber aus, daß England, das doch an ihr in so hohem Maße interessiert sei, von Deutschlands Bereitschaft keinen Gebrauch machen wolle und sich in ein undurchdringliches Schweigen hülle. Er regte einen beiderseitigen Meinungsaustausch an; was die Note Andrassys anbetraf, so drückte er Zweifel daran aus, daß sie zu einem praktischen Ergebnis führen würde. Der Botschafter verhielt sich gegen diese Eröffnungen zuerst ziemlich reserviert. Leise deutete er an, daß die englische Zurückhaltung gegen Deutschland vielleicht mit der Wirkung der Verlegenheit zusammenhänge, die in London von dem hier im letzten Frühjahr gemachten faux pas, d. h. von der Krieg-in-Sicht-Affäre, übrig geblieben sei, und er erklärte: Im Grunde habe England auf seine traditionelle Balkanpolitik verzichtet; es werde nur noch wenige Parlamentsmitglieder geben, welche jetzt noch ein Abenteuer gleich dem Krimkriege gutheißen möchten; ein Lebensinteresse habe Großbritannien lediglich noch an der Sicherheit seiner Verbindung mit Indien. Im Verlaufe des Gespräches kam nun auch die Rede auf Bismarcks Plan bezüglich der Veränderungen im status quo des Orients. Eine Okkupation oder Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich wurde vom Botschafter als die „England vielleicht am wenigsten unerwünschte" Lösung bezeichnet: an den türkisch-slawischen Provinzen sei England weder kommerziell noch auch politisch sonderlich viel gelegen; es habe Interessen solcher Art erst jenseits des Balkans, d. h. an den Meeresengen. Dabei wurde auch, offenbar durch den Kanzler, „beiläufig erwähnt", daß sich dann, wenn Österreich, trotz des bisherigen Widerstrebens der Ungarn, auf den Weg der bosnischen Annexion getrieben würde, die russische Regierung nach Kompensationen umsehen, daß nämlich Fürst Gortschakow, „um seinen Ruhm als Wiederhersteller des im Pariser Frieden Eingebüßten vollständig zu machen, daran denken könnte, das damals abgetretene Stück von Beßarabien zurückzugewinnen, und daß dadurch Rumänien die Donaumündungen verlieren würde: ein Verlust, der für Deutschland fast bedenklicher sei als für England, da unser Handel dort bedeutend ist". Mit lebhaftem Dank begrüßte Russell schließlich den Annäherungsversuch Bismarcks; dieser ging dabei von der Überzeugung aus, „daß die Engländer, sua bona si norint, kein größeres politisches Interesse auf dem Kontinent hätten, als die Existenz eines mächtigen und friedlichen Deutschlands und ihre guten Beziehungen zu denselben", — das war der gleiche Ton, wie ihn im Vorjahre schließlich auch Derby angeschlagen hatte. Auch Englands Stellung zu Ägypten wurde erörtert; Bismarck kritisierte dabei Lord

Derbys „jetzige eigentümliche Haltung". Russell stimmte ihm bei und äußerte, „Disraeli werde wohl im Parlament wieder mehr Entschiedenheit hineinbringen und die eigene Leistung mutiger beurteilen und vertreten".

So weit der offizielle Bericht, den der Kanzler über seine Unterhaltung mit Russell an den Grafen Münster zur Information schicken ließ. Er gab diesem nicht etwa den Auftrag, darüber in London zu verhandeln; er erwartete vielmehr augenscheinlich, daß das britische Kabinett Russell zu weiterer Aussprache mit ihm selbst in Berlin über die also angeregten Punkte ermächtigen würde. Aus eben diesem Umstande erklärt es sich, daß er Münster nicht in die ganze Tragweite seines Vorhabens einzuweihen brauchte. Soeben erst hatte die geheime Mission Buchers mit einem Fiasko geendigt; jetzt streckte der Kanzler schon wieder die Fühler aus, um zu sondieren, ob auf der Grundlage der Orientfrage, nämlich eines auf sie bezüglichen „freien und rückhaltslosen Meinungsaustausches", eine deutsch-britische Entente herstellbar wäre. Aus Bismarcks Mitteilungen allein an Münster wäre an sich noch nicht mit völliger Gewißheit zu schließen, daß es sich um einen förmlichen Bündnisvorschlag handelte, wohl aber daraus, daß man die Sache in London auf Grund der begleitenden Erläuterungen Münsters so auffaßte, und daß es sich tatsächlich so verhielt, das wird auch durch spätere Vorgänge bewiesen. Bei Gelegenheit einer Negoziation, die in gleicher Tendenz drei Jahre später (im Herbst 1879) statthatte, erinnerte Münster im Auftrage Bismarcks den nunmehrigen Lord Beaconsfield daran, wie der Kanzler bereits Anfang 1876 durch Russell eine Allianz proponiert habe: Derby habe das jedoch nicht allein abgelehnt, sondern auch seinen Kollegen mit der Erklärung zur Kenntnis gebracht, daß man sich zurzeit nicht darauf einlassen könne. Das Kabinett unterbreitete „den Wunsch des Fürsten Bismarck nach einem freien und vorbehaltslosen Meinungsaustausch über die orientalische Frage" (natürlich mit allen Konsequenzen, die sich daran knüpfen konnten) der Königin Viktoria; diese sprach sich insofern dafür aus, als der Beistand des Kanzlers, wenn es gelte, die britischen Ziele in der orientalischen Frage zu befördern, unter gewissen Umständen von unschätzbarem Werte sein möchte. Derby riet darauf, die Eröffnungen des Fürsten in demselben Geist herzlicher Freundschaft zwischen den beiden Regierungen aufzunehmen, in welchem sie gemacht zu sein schienen. Daß ihm aber das, worauf es dem Kanzler letzten Grundes ankam, keineswegs entging, erhellt daraus, daß er hinzufügte: er müsse gleichwohl fürchten, daß der Kanzler damit mehr beabsichtigt habe, als zunächst in die Augen springe; wenn er an die Ereignisse des letzten Frühjahrs denke, so könne er kein volles Vertrauen in des Kanzlers Friedensliebe setzen, und er wolle doch noch erst klarer zusehen, was Bismarck als Gegenleistung von England für das verlange, wozu er bereit sei. M. a. W., er besorgte, daß Bismarck für den Beistand, den er England auf dem Balkan bringen wollte, ein Bündnis mit Bedingungen fordern werde, auf Grund deren es in einen Kampf mit Frankreich verstrickt werden könnte. Andererseits wollte er Bismarck nicht durch einfache Ablehnung vor den Kopf stoßen; so ließ er sich denn dahin hören, daß diese seine notwendigen Vorbehalte nicht störend auf die deutschen Vorschläge einzuwirken brauchten, und zu dem Grafen Münster sagte

er: seitdem er Minister der Auswärtigen Angelegenheiten sei, habe er noch keine Nachricht empfangen, die ihm angenehmer gewesen sei, und über die er größere Befriedigung empfunden habe; er hege für Bismarck eine aufrichtige Bewunderung, und er halte das Zusammengehen Englands mit Deutschland für die allein richtige Politik, es seien die einzigen Staaten, bei denen er wirklich divergierende Interessen nicht finden könne.

Das waren „schöne Worte“, und sie wurden in der nächsten Zeit noch öfters wiederholt; aber an solchen war dem Kanzler nichts gelegen. Mancherlei wurde zwischen Disraeli und Derby erwogen und erörtert, ob und inwieweit sie Bismarck vertrauen und entgegenkommen könnten; Mitte Februar resolvierte sich der Premierminister dahin: wenn eine gemeinsame politische Aktion zwischen England und Deutschland zustande käme, wie Bismarck sie andeute, die den britischen Absichten und zugleich den Gefühlen und Überzeugungen beider Länder entspreche, so würde die große Gefahr eines allgemeinen oder weiter um sich greifenden Krieges unendlich vermindert werden. Aber bei dieser theoretischen Erkenntnis blieb es auch, und der Bescheid, der schließlich von London nach Berlin erging, lautete nicht derart, daß der Kanzler seinerseits zur britischen Politik Vertrauen zu fassen vermochte. Da warf er das Steuerruder herum; er schloß sich der durch die Reformnote Andrassys festgelegten Politik der beiden östlichen Kaiserreiche an, — wie Münster im Herbst 1879 Beaconsfield auseinandersetzte: wäre Bismarcks Bündnisangebot von 1876 akzeptiert worden, so wäre der türkische Krieg von 1877 vermieden worden, nicht minder alle die Verwicklungen, die Deutschland nunmehr bedrängten, nämlich die Reibungen vornehmlich mit Rußland, denen eben damals (1879) der deutsch-österreichische Zweibund entsprang: „zurückgewiesen auf sich selbst, mußte Fürst Bismarck sich auf Rußland stützen, und durch die Intervention des Dreikaiserbündnisses, die noch nicht realisiert war, sowie durch die wechselseitige Rücksicht auf die beiden Kaiser von Deutschland und Rußland machte der Fürst es möglich, die Dinge vorübergehend in leidliche Ordnung zu bringen“. Die Wendung, welche die deutsche Politik damals in der orientalischen Frage infolge der Ablehnung Englands nahm, spiegelt sich wider in den Berichten Schuwalows aus London nach Petersburg. Bei seiner Intimität mit Schuwalow hielt nämlich Derby so wenig über die Anträge Bismarcks dicht, daß jener zu melden vermochte: der Leiter der deutschen Politik habe bei Derby ein Schutz- und Trutzbündnis gegen Frankreich betrieben, der Minister sei jedoch nicht darauf eingegangen, und zwar unter dem Vorwande, daß die öffentliche Meinung in Großbritannien dagegen sei; darauf habe der Kanzler brüsk seine Sprache geändert, indem er zu verstehen gab, Kaiser Wilhelm und er würden nunmehr den Zaren davon zu überzeugen trachten, daß seine Ehre es erfordere, den Krieg gegen die Türkei zu erklären, und sie würden Alexander wissen lassen, daß er unter zwei Bedingungen auf die moralische Unterstützung Deutschlands zählen dürfe, einmal wenn der Krieg kurz sei und sodann, wenn sich Rußland von Frankreich trenne. Das waren arge Entstellungen und Übertreibungen; aber es steckte ein Körnchen Wahrheit dahinter.

Wie ernst es Bismarck mit seinen englischen Bündnisplänen um jene Zeit

war, läßt sich schon daraus ersehen, daß er sich durch das Scheitern der Mission Buchers nicht abschrecken ließ, bereits wenige Wochen darauf seine Bemühungen in dieser Richtung zu wiederholen, allerdings nicht mit besserem Erfolge. Wohl oder übel, da er mit Großbritannien zu einer Allianz und zu deren nächster Voraussetzung, einer vorwiegenden englisch-deutschen Kooperation in der Balkanfrage, nicht zu gelangen vermochte, durfte er in der deutschen Orientpolitik die Fühlung mit Rußland und Österreich-Ungarn nicht verlieren. Nun wissen wir, daß die neuerliche Annäherung Bismarcks an Großbritannien von vornherein auch im Sinne einer russisch-englischen Vermittlungsaktion gemeint war; aber selbst als solche verpuffte sie wirkungslos, nicht nur, weil man ihm in London, sondern auch in Petersburg nicht zur Genüge traute. Sein türkisches Teilungsprojekt, auf dem sein Mediationsversuch beruhte, befriedigte die russischen Gelüste keineswegs: war das jetzt in rumänischem Besitze befindliche Beßarabien ein hinlängliches Kompensationsobjekt für die der Donaumonarchie zugedachte Vergrößerung in Bosnien? Gortschakow hatte es jetzt doch eben gerade darauf abgesehen, sowohl im „Dreikaiserbunde" wie in der europäischen Gesamtpolitik Deutschland bis zu einem gewissen Grade kaltzustellen: da sollte er jetzt gerade Bismarck die oberste Leitung der Dinge zugestehen, gegen den seine Seele von Eifersucht und Argwohn erfüllt war? Schon d'Oubril nahm die Eröffnungen, die ihm der Kanzler Anfang Januar 1876 gemacht hatte, mit kühler Skepsis auf. Bismarck war dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß England sich vielleicht auf seinen Vorschlag einlassen würde, froh darüber, so leichten Kaufes der Sorge wegen aller der Komplikationen enthoben zu werden, denen die orientalische Frage durch weitere Aspirationen Rußlands zumal in der Richtung nach Konstantinopel und dem Bosporus ausgesetzt werden könnte. Darin lag jedoch gerade die Schwierigkeit: würden solche Abmachungen tatsächlich den Erfolg haben, England in dieser Hinsicht zu beruhigen, und würden sie andererseits Rußland irgendwie verpflichten, Schritte zu unterlassen, aus denen solche Verwicklungen hervorgehen könnten? D'Oubril vermißte es, daß Bismarck über diesen Gegenstand sich nicht weiter äußerte. Standhaft betonte er mit Nachdruck die Loyalität Andrassys und die lauteren, uneigennützigen Ziele der Kabinette von Wien und Petersburg. Die Beziehungen Rußlands zu England, so fügte er hinzu, seien ausgezeichnet; er sehe also keinen Grund, weshalb sich Deutschland mit England Rußlands halber überwerfen könnte, wiewohl Bismarck das am meisten zu fürchten vorgab. „Aber," diese Frage stellte der Botschafter jetzt ganz unumwunden an den Kanzler, „wenn sich England jetzt mit uns überwürfe, würden Sie ihm auf diesem Boden folgen?" Mit fester Stimme verneinte Bismarck. Man gewahrt daraus, in welch schwierige Lage er durch seine nach beiden Seiten lavierende, gewissermaßen doppelpolige Politik zu geraten drohte. Noch weniger Glück hatte Bismarck mit seinen Erbietungen bei Gortschakow. Er werde, so erwiderte dieser, auf den Bericht d'Oubrils, dadurch erinnert „an den großen Versucher auf dem Berge und auch ein wenig an die Gespräche Bismarcks mit Napoleon III. in Biarritz"; er fand es befremdlich, daß sich der deutsche Kanzler fortwährend als Vermittler aufdränge, und beteuerte, daß sich der Zar hüten würde, in die beiden

Fallen zu gehen, die ihm Bismarck stellen wolle: weder werde er sich durch die Aussicht auf die Eroberung Konstantinopels und des Bosporus verlocken lassen (wobei zu bemerken ist, daß ja d'Oubril es gerade vermißte, daß der Kanzler davon nicht gesprochen hatte), noch auch begehre er dessen Vermittlung bei den Engländern. Trotzdem trachtete Bismarck, solange er damit zu rechnen hatte, daß der Draht von Petersburg nach Wien fester sei, als der von dort nach Berlin, nach seiner Zurückweisung in London, auch weiterhin danach, Österreich bei Rußland den Rang streitig zu machen. Wie er vor d'Oubril erklärt hatte, Deutschland werde im Falle eines englisch-russischen Konfliktes nicht England folgen, so versicherte er, wie wir aus der Korrespondenz Gortschakows mit d'Oubril aus dem April des Jahres erfahren, dem Grafen Schuwalow: wenn es in der Orientfrage zu einem Bruche zwischen Österreich und Rußland kommen sollte, so könne dieses bedingungslos auf ihn zählen: „Preußen," so sagte er, „ist Rußlands Schuldner für seinen Beistand 1866 und 1870; die Bezahlung dieser Schuld ist eine Ehrenpflicht für Deutschland." Er erklärte daher, Preußen würde für die russischen Ansprüche eine deutsche Armee zur Verfügung stellen; er gebe, so setzte er freilich vorsichtig hinzu, diese Erklärung als Edelmann ab, nicht als Reichskanzler: „denn in seinen politischen Beziehungen behielt er sich einen gewissen Spielraum in dem Ausdruck seines Gedankens vor." D'Oubril fand nun allerdings den Wert dieser Äußerungen gegenüber Schuwalow allzu „platonisch" für den Augenblick und meinte, sie bedürften der offiziellen Entwicklung, um als Grundlage für eine ernsthafte Verständigung dienen zu können, wenn Rußland je das Bedürfnis haben sollte, sie sich nutzbar zu machen; im übrigen hatte auch ihm Bismarck „immer" gesagt, daß seine Wahl zwischen Österreich und Rußland getroffen sei, und daß er diesem letzteren den Vorzug gebe. Die gelinden Zweifel d'Oubrils waren nur allzu berechtigt; auch in Wien hatte man den Eindruck, daß man im Konfliktsfalle auf Deutschland zählen dürfe.

Wie Bismarck vorausgesehen hatte, die Note Andrassys erwies sich als ein Schlag ins Wasser. Ende Januar wurde sie in Konstantinopel überreicht, nachdem ihr alle Mächte zugestimmt hatten, nicht in der Form eines Kollektivschrittes, sondern von Einzelvorstellungen der Beteiligten, zunächst der drei Kaiserreiche; ihnen folgten Italien, Frankreich und England; Disraeli war aus seiner anfänglichen Zurückhaltung schließlich deshalb herausgegangen, weil die Pforte selbst den Beitritt Englands zur Aktion der Dreikaisermächte in der Erwägung wünschte, daß sie dann dabei einen Rückhalt an Großbritannien haben würde, und weil er, wie er sagte, nicht türkischer sein wollte, als der Sultan selbst. Am 6. Februar bekundete die Pforte die Annahme der Noten; die Rebellen jedoch erklärten die für sie darin geforderten Zugeständnisse für ungenügend, und Ende März endigten die Verhandlungen mit ihnen ohne Ergebnis; sie ließen sich offen dahin vernehmen, daß sie ihr Heil von Rußland erwarteten. Zu dem Aufstande in Bosnien und der Herzegowina gesellte sich im Frühjahr noch ein zweiter, nämlich in Bulgarien, auch wegen des hier ausgeübten Steuerdruckes. Aus Mangel an Soldaten ließ die Pforte gegen die Bulgaren irreguläre Truppen los, besonders

Tscherkessen, die seit der Vertreibung aus ihrer Heimat durch die russische Eroberung hierhin ausgewandert waren; unter furchtbaren Greueln schlugen diese die Erhebung nieder. In wilden Ausbrüchen entlud sich jetzt der mohammedanische Fanatismus. Am 6. Mai wurden der deutsche und der französische Konsul in Saloniki ermordet; vier Tage später brach eine Revolte der Theologiestudenten, der Softas, in Konstantinopel aus; sie bewirkte den Sturz des Großwesirs Mahmud Nedim, dem die türkischen Nationalisten nicht mit Unrecht zur Last legten, daß er, unter dem russischen Einflusse stehend, den Krieg in Bosnien und in der Herzegowina nicht mit dem nötigen Nachdruck geführt habe.

Das war der Wendepunkt, der die verworrene Sachlage klärte. Die Bluttaten der Türken hatten allenthalben einen solchen Abscheu erweckt, daß es scheinen konnte, als sei die einzige Sühne, die sich dafür gebühre, ihre Vertreibung aus Europa und die völlige Befreiung der Balkanchristen, — diese hätte freilich, wie die Dinge damals lagen, die russische Vorherrschaft auf der Halbinsel bedeutet. Und warum sollte Rußland jetzt nicht dieses Ziel sich für seine offizielle Politik setzen? Mit dem Fall Mahmud Nedims war ja der moskowitische Einfluß in Konstantinopel doch gebrochen; Rußland hatte also keinen Grund mehr, die Pforte zu schonen. Aber noch hemmte die Rücksicht auf Österreich und England, — es kam darauf an, wenigstens Österreich mit fortzureißen, und dazu bot das „Dreikaiserbündnis" zunächst das Mittel. Der Zar stattete eben einen Besuch in Berlin ab; das gab den Anlaß zu einer Zusammenkunft der leitenden Minister der Dreikaisermächte daselbst (11. bis 13. Mai 1876). Gortschakow forderte angesichts der letzten Ereignisse strenge Maßregeln gegen die Türkei; zumal der Mord in Saloniki fiel ja dafür in die Wagschale. Er regte einen Europäischen Kongreß an, — wie Bismarck etwas später sarkastisch bemerkte: „Gortschakow will nicht sterben, ohne einem Europäischen Kongreß präsidiert zu haben; darum nach Bern zu gehen, habe ich keine Lust." Seine wahren Motive enthüllte der Kanzler alsbald durch die Worte: „Dann würden Derby und Decazes auch erscheinen." In der Unterredung mit Russell Anfang Januar hatte er noch eine gewisse Annäherung Englands an Frankreich in der orientalischen Frage unter dem Gesichtspunkte empfohlen, daß bei dem friedlichen Charakter der englischen Politik dadurch auch Frankreich gebunden und somit eine Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens gewonnen werden könnte; es schwebte ihm also damals noch eine Art von Tripleentente zwischen Deutschland, Frankreich und England in der orientalischen Verwicklung vor. Derby hatte die Hand, die er ihm damals entgegengestreckt hatte, nicht mit dem Eifer ergriffen, der den Kanzler hoffen lassen konnte, daß ein wirksames britisch-deutsches Zusammengehen zustandekommen würde, und so besorgte er jetzt, daß auf einem Europäischen Kongreß England und Frankreich eine Haltung einnehmen möchten, die Deutschland vielmehr unangenehm sein würde. Da er sich von England nichts mehr versprach, da auch Rußland von seiner Mediation nichts wissen wollte, entschloß er sich, auf jede Initiative von seiner Seite zu verzichten, den Dingen ihren Lauf zu lassen und sich darauf zu beschränken, den Dreikaiserbund so lange als möglich zu erhalten.

Danach bestimmte sich der Standpunkt, den er bei den Konferenzen mit Gortschakow und Andrassy in Berlin einnahm; sein Bestreben war darauf gerichtet, ein Einvernehmen zu dreien zustande zu bringen. Andrassy gingen die russischen Vorschläge gegen die Pforte zu weit; so wurde denn eine mittlere Linie gefunden, das sog. „Berliner Memorandum" vom 13. Mai 1876. Es verlangte einen sofortigen Waffenstillstand auf zwei Monate und Verhandlungen zwischen der Pforte und den Insurgenten auf der folgenden Grundlage: Wiederaufbau der zerstörten Häuser und Kirchen durch die Pforte, Leistung von Schadenersatz unter Zuziehung einer gemischten christlich-mohammedanischen Kommission, Konzentration der türkischen Truppen in bestimmten Plätzen, um weitere Zusammenstöße zu vermeiden, Überwachung der Reformen in den aufständischen Provinzen durch die Konsuln oder Delegierte der Mächte. Ausdrücklich wurde festgesetzt, daß während des Waffenstillstandes sowohl die Christen wie auch die Mohammedaner unter den Waffen bleiben sollten. War schon diese Bestimmung für die Türkei ungünstig, indem die Aufständischen dadurch bis zu einem gewissen Grade als kriegführende Macht anerkannt wurden, so war der Schluß des Memorandums für sie noch viel bedrohlicher; denn es ward darin gesagt, daß die Mächte, wenn der Stillstand ablaufen sollte, ohne daß die Pazifikation gelänge, ihrem diplomatischen Vorgehen durch wirksamere Maßregeln Nachdruck geben würden. Wenigstens Bismarck und Andrassy dürften dadurch wohl in erster Linie eine Pression auf die Pforte auszuüben gewillt gewesen sein; auch sonst wurde nicht mit grimmigen Worten gespart. Den türkischen Botschafter Ethem Pascha schreckte Bismarck durch die Erklärung, der Gouverneur von Saloniki, Rifaat Pascha, verdiene den Tod, — tatsächlich wurde dieser schließlich zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Erst nachdem sich die drei Staatsmänner auf dieses Kompromiß geeinigt hatten, wurden auch die Botschafter von England, Frankreich und Italien zu einer letzten Konferenz herangezogen.

Es leuchtet ein, daß das Berliner Memorandum vom 13. Mai 1876 bei dieser Art und Weise seiner Entstehung von den letztgenannten, nicht an seinem Zustandekommen beteiligten drei Mächten einigermaßen als eine Art von Diktat empfunden werden konnte. Frankreich und auch Italien stimmten zwar zunächst bei, nicht aber auch England. Hatte es schon bei der Andrassynote widerwillig und zaudernd, nur auf Wunsch der Pforte selbst, mitgemacht, so wollte es sich jetzt, da die Situation inzwischen eine ganz andere geworden war, nicht einfach als quantité négligeable behandeln lassen. Sollte es gerade jetzt, nachdem der von ihm so lange und so zäh bekämpfte russische Einfluß in Konstantinopel glücklich gebrochen war, da sich in Rußland offensichtlich eine entschiedene Schwenkung der Politik gegen die Pforte, die Wiederaufnahme der traditionellen Balkanpolitik vorbereitete, an einer Aktion gegen das Ottomanische Reich teilnehmen, dessen Integrität, zumal was den Verschluß der Meeresengen anbetraf, von jeher das eigene Ziel gewesen war? Sollte es die Geschäfte des Dreikaiserbündnisses besorgen, in dem jetzt augenscheinlich Rußland den Ton angab, das Großbritannien einengte, und nach dessen Auflösung es, je eher, um so besser, trach-

tete. Disraeli wußte, was er zu tun hatte. Aufs schärfste kritisierte er die Berliner Vorschläge; er erklärte sie für unpraktisch, undurchführbar: sie würden der Anarchie Vorschub leisten und zu nichts anderem führen, als daß doch schließlich, wie es zum Ende der Note hieß, zu wirksameren Mitteln gegriffen werden müßte, — da fand er es auch im britischen Interesse für besser, wenn die Türkei Bosnien und die Herzegowina gänzlich aufgab, wie seinerzeit Österreich es mit Italien getan hatte. Er mißbilligte es, daß Russell es als seine persönliche Ansicht in Berlin ausgesprochen hatte, seine Regierung werde das Memorandum annehmen, und er schenkte dessen Warnungen, daß eine Weigerung ernste Folgen haben dürfte, kein Gehör. Noch hatten ja bisher die Verhandlungen mit Bismarck gespielt; jetzt hatte sich dieser offenbar wieder Rußland zugewandt. Schon am 6. Mai hatte sich Disraeli dahin geäußert, wenn die Verständigung mit Deutschland doch nur eine Fata Morgana wäre, dann sei es, je eher, um so besser, darüber Gewißheit zu erlangen; nunmehr glaubte er sie zu haben, und er zögerte nicht, die Note dem Einflusse Bismarcks zuzuschreiben. Für ihn war die Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit des Ottomanischen Reiches ein Axiom; daher war er bereit, mit Zustimmung der Pforte einen Waffenstillstand und die Einberufung einer Konferenz zu beantragen, welche auf der Erhaltung des status quo im Orient basierte, — freilich erst, wenn es an der Zeit wäre, wie er der Königin vorstellte, die zuerst über die Ablehnung des Memorandums verstimmt war. Selbst einer Entsendung von Schiffen nach Konstantinopel, die im Hinblick auf die Bluttat von Saloniki unter dem Vorwand des Schutzes der Christen daselbst angeregt worden war, zeigte er sich abgeneigt. Offenbar wollte er den Russen dadurch keinen Vorwand geben, auch ihrerseits dahin zu gehen; er meinte damit rechnen zu müssen, daß Ignatiew den Sultan durch Einschüchterung dazu bringe, eine russische Garnison aufzunehmen und seine Flotte unter russische Obhut zu stellen. Die Haltung, die England jetzt einnahm, war Disraelis persönliches Werk; er war die Triebfeder und mußte nicht nur die Königin erst mit sich fortreißen, sondern auch auf Derby einen Druck ausüben; die Angriffe der Opposition unter Gladstone, die die Verwerfung der Berliner Note als verhängnisvoll bezeichneten, störten ihn nicht. Einstimmig beschloß das Kabinett, diese abzulehnen und Einspruch dagegen bei den andern Mächten zu erheben; die Entsendung der Flotte wurde zwar genehmigt, aber nicht nach Stambul selbst; sie sollte in der Besikabai am Eingang der Dardanellen vor Anker gehen. Durch das Beispiel Großbritanniens ermutigt, zogen jetzt Italien und Frankreich die Zustimmung zurück, zu der sie sich zuerst hatten überrumpeln lassen; damit war das europäische Konzert zerstört.

Aber das war nicht der einzige Erfolg der klugen Politik Disraelis; sie wurde durch den Gang der Dinge in Konstantinopel selbst begünstigt. Das Bewußtsein, auf England zählen zu dürfen, konnte die türkischen Nationalisten nur zu entschiedenerem Auftreten ermutigen. Am selben Tage (30. Mai), als das Berliner Memorandum in Stambul überreicht werden sollte, brach hier ein Aufstand der englandfreundlichen Jungtürken unter ihrem Führer Midhat Pascha aus. Abd ul Asis wurde entthront, und an seiner Stelle wurde sein Neffe Mu-

rad V. als Herrscher ausgerufen; wenige Tage später (am 4. Juni) wurde der Exsultan ermordet. Die Pforte war jetzt natürlich noch viel weniger als bisher zu Nachgiebigkeit bereit, zumal im Vertrauen auf England. Von dem Memorandum war nicht mehr die Rede; die Mächte konnten nicht umhin, den neuen Großherrn anzuerkennen und ihm Zeit zu gewähren, mit den Insurgenten zu verhandeln. Um so vollkommener war der Triumph Disraelis, als es schien, daß das Dreikaiserbündnis, nachdem es sich noch einmal im Berliner Memorandum bewährt hatte, nunmehr endgültig auseinanderfallen könnte. Mochte dieses darin noch einmal zusammengeleimt worden sein, und zwar durch die Kunst Bismarcks, man erhielt in London zuverlässige Kunde, daß man sich in Berlin keineswegs besonders wohl dabei befand. In der letzten Woche des Mai und in den ersten Wochen des Juni liefen bei der Königin Viktoria Vorstellungen seitens des Kaisers und des kronprinzlichen Paares des Inhalts ein: man habe in Berlin kein besonderes Interesse am Orient und gehe mit Petersburg und Wien lediglich nach Laut der Vereinbarungen von 1872 zusammen, die da besagten, daß alle wichtigen Fragen wenn möglich durch Meinungsaustausch zu dreien erörtert werden sollten; Bismarck trachte sehnsüchtig nach der Kooperation Englands, und wenn dieses voranschreiten würde, wolle Deutschland ihm gern folgen. Viktoria bat Disraeli um sein Gutachten; er erwiderte (18. Juni), das Kabinett sei bereit und willens, mit Bismarck zu verhandeln; er fügte hinzu, freilich nur als Bemerkung, nicht als Vorwurf, wie er sagte, warum der Kanzler, wenn er so eifrig nach gemeinsamem Vorgehen mit London strebe, dann sich erst der Berliner Note unter Beiseiteschiebung Englands angeschlossen habe. Sein Ziel blieb unverrückt, der Kongreß auf der Basis des status quo, und zwar in der Weise, daß dort zwar die Entstehung neuer Vasallenstaaten zugelassen, aber eine Gebietserweiterung der schon bestehenden Vasallenstaaten ausgeschlossen sein sollte: „wenn Bismarck damit einverstanden ist, dann ist die Angelegenheit erledigt für eine Generation." Er hoffte auf die Isolierung Rußlands, auf die Sprengung des Dreikaiserbundes und nicht nur auf die Erhaltung des Friedens, sondern auch darauf, daß England dabei seinen „gebührenden und natürlichen Einfluß in der Regierung der Welt" wieder erreiche. Wenn Bismarck jetzt wieder so eifrig um England warb, so ist der Grund dafür leicht zu erkennen, — es war seine Befürchtung, daß Deutschland in seiner Tripleentente durch eine russisch-österreichische Intimität an die Wand gedrückt würde. Aber wenn er sich von den bisherigen Genossen abwenden wollte, so mußte er genau wissen, was er sich von England zu versehen hatte, — eben deshalb wollte er, daß England voranschreite, indem Deutschland dann nachfolgen werde. Aber jenes war zu einer entschlossenen Initiative nicht geneigt. In seinem Gutachten für die Königin, dessen Inhalt zur Mitteilung für den deutschen Kronprinzen bestimmt war, sprach Disraeli zwar seine Geneigtheit zu Verhandlungen mit Bismarck aus; er fuhr jedoch fort, im gegenwärtigen Augenblick habe das Kabinett „nichts auf dem Wege friedlicher Maßregeln vorzuschlagen", da man jetzt erst, worin alle Mächte einig seien, dem neuen Sultan Zeit lassen müsse: er sehe nicht, welcherlei Vermittlung möglich sei; man könne unter diesen Umständen lediglich darauf acht geben, daß

ein ehrliches Spiel getrieben werde. Das hieß, die Dinge auf die lange Bank schieben, und damit kam man beim deutschen Kanzler nicht vorwärts.

So ließ sich die Brücke der Verständigung zwischen den beiden leitenden Staatsmännern Englands und Deutschlands auch jetzt noch nicht schlagen, und das um so weniger, als Disraeli keineswegs die öffentliche Meinung in seinem Lande ganz und ungeteilt hinter sich hatte. Schon im Kabinett walteten Meinungsverschiedenheiten ob; Lord Derby trieb eine Politik ängstlich vorsichtigen Zauderns. Eigentlich traute er niemandem, und zu selbständigem und tatkräftigem Handeln vermochte er sich nicht aufzuraffen. Er meinte, England müsse sich davor hüten, als Helfer der Türken gegen die Balkanchristen zu erscheinen, — auf vertraulichem Wege wurden der Königin die Beschwerden des Zaren und Gortschakows darüber zugetragen, daß England, das sich doch sonst immer durch seine philanthropische Gesinnung auszeichne, so geringe Sympathie für die unterdrückten Christen aufweise. Er glaubte nicht, daß Kaiser Alexander und seine verantwortlichen Ratgeber zurzeit gegen die Pforte loszubrechen gedächten, und beteuerte, daß England nicht in Gegensatz zu Rußland zu geraten wünsche, daß er so eifrig danach trachte, wie irgendwer, mit den Russen auf gutem Fuße zu bleiben. Aber er konnte sich nicht verhehlen, daß zwischen der Sprache in Petersburg und der Haltung der russischen Balkanagenten ein vollkommener Gegensatz bestand, und er zweifelte nur, ob dahinter ein doppeltes Spiel stecke oder große Schwäche der Regierung; immerhin neigte er sich mehr zur letzteren Annahme. Von Frankreich war er jetzt überzeugt, daß es tun würde, was Rußland nur immer wolle. Über Andrassy klagte er, daß er sich in Stillschweigen hülle; Bismarcks Annäherungsversuchen gegenüber verharrte er bei seinem alten Urteil, dieser sei nicht wirklich der Mann, auf den man sich unbedingt verlassen dürfe. Entbehrte also schon das Kabinett einer völlig geschlossenen Einmütigkeit, so erst recht die britische Nation, — nicht umsonst spekulierten der Zar und Gortschakow auf den Eindruck ihrer vorhin erwähnten Vorstellungen bei der Königin. Die „bulgarischen Greuel“ hatten die zivilisierte Welt in große Empörung versetzt; diese war vornehmlich das Werk englischer und amerikanischer Berichterstatter, die freilich stark unter dem Einfluß von Vertrauensleuten der russischen Botschaft in Konstantinopel standen; immerhin übten ihre Schilderungen auch in England einen großen Eindruck aus. Protestversammlungen wurden abgehalten, die eine feindselige Stimmung gegen die Türken erzeugten und verbreiteten; Gladstone, der die Politik Disraelis mißbilligte, begehrte die volle Emanzipation der Christen im Orient und erklärte sich mit dem russischen Eingreifen in die Balkanwirren einverstanden. In einer Schrift „Bulgarian horrors“, die im September 1876 erschien, machte er Europa gegen die Osmanen mobil; er ließ ihr 1877 die Broschüre „lessons in massacre“ folgen, die sich mit demselben Gegenstand beschäftigte. Zwar fand er, abgesehen vom radikalen Flügel, bei seiner eigenen Partei keine Gefolgschaft für seine parlamentarische Opposition gegen die Orientpolitik der Regierung; immerhin ward diese in kräftigen Entschlüssen zugunsten der Pforte unter diesen Umständen behindert, und es war sehr fraglich, ob sie im Falle eines russisch-türkischen Krieges imstande sein würde, sich daran

aktiv im Bündnisse mit der Türkei zu beteiligen: wenn Disraeli das gewollt hätte, so hätte er dafür kaum alle Mitglieder seines Kabinetts, insonderheit Derby, zu gewinnen vermocht.

Wurde so die Entschlußkraft Großbritanniens aus inneren Gründen gelähmt, so wuchs jetzt in Rußland der Wille zum Losbrechen auf dem Balkan. Vor allem war es Ignatiew, welcher der Aggressive die Wege ebnete. Unter seinem Einflusse erklärte Serbien am 30. Juni der Pforte den Krieg; am 1. Juli folgte Montenegro. Umsonst hatte Disraeli bis zuletzt zu bremsen versucht. Er war fest davon überzeugt, daß schon die bisherigen Insurrektionen nicht das Werk der Eingeborenen der aufständischen Provinzen, sondern angezettelt von revolutionären Banden waren, die von Serbien und Montenegro her unterstützt wurden, und die von fremden Agenten und Komitees aufgestachelt waren; er hatte sich bemüht, bei den Mächten einen Druck auf Serbien zustande zu bringen, damit es Ruhe halte, indem er nicht daran zweifelte, daß die Serben nicht wagen würden, loszubrechen, wenn sie nicht glaubten, auf Rußlands Beistand rechnen zu dürfen, um den Folgen einer Niederlage zu entrinnen; er war dafür, daß Rußland bedeutet würde, ein Versuch, sich dann ins Mittel zu schlagen, würde in England als höchst ernst betrachtet werden. Auch als der Krieg bereits begonnen hatte, schmeichelte er sich noch damit, daß die Serben bald die Strafe für ihr frevelhaftes Unternehmen treffen, und daß die großen Mächte, mit Einschluß Rußlands, sich der britischen Politik absoluter Nichteinmischung und Neutralität anschließen würden. Das war nun freilich, wie er selbst sagte, eine „sanguinische" Erwartung. Tatsächlich zählten Serbien und Montenegro auf die Hilfe Rußlands, und durch das Moskowitische Reich strömte eine gewaltige Welle panslawistischer Begeisterung, die nicht im Einklang mit den offiziellen Versicherungen der russischen Regierung stand. Massenhaft strömten Freiwillige, darunter zahlreiche Offiziere, aus Rußland nach Serbien, um hier in das Heer einzutreten; der russische General Tschernajew wurde zu dessen Oberbefehlshaber ernannt. Es erschien nur noch als eine Frage der Zeit und der internationalen Konstellation, ob und wann auch Rußland den Krieg gegen die Türkei aufnehmen würde. Jedenfalls reiften die russischen Balkanpläne zur vollen und systematischen Ausgestaltung des Programms, dessen Grundzüge bereits früher skizziert worden sind. Noch jetzt entbehrte allerdings die russische Politik der einheitlichen Direktive: während Ignatiew mit voller Entschlossenheit zum Kriege trieb, wollten der Zar und Gortschakow wenigstens nicht sofort in Widerspruch mit ganz Europa geraten, und hatten sie noch im Memorandum vom 13. Mai die Mächte mit Ausnahme Englands mit sich fortgerissen, so wollten sie nicht darauf verzichten, sich dieses Konzertes auch für ihre weitere Aktion zu bedienen. Sie hielten es zum mindesten für besonders wertvoll, daß die österreichisch-russische Entente, unter deren Zeichen die russische Balkanpolitik in ihrem letzten Stadium gestanden hatte, so lange als möglich, gewahrt bleibe. Es wäre ja auch sicher unratsam gewesen und hätte einen illoyalen Eindruck gemacht, wenn man, nachdem man so lange mit Österreich gegangen war, in ein neues Fahrwasser im Orient eingelenkt wäre, ohne auch nur (wozu ja schon der in Zusammenhang mit dem Drei-

kaiserbündnisse geschlossene österreichisch-russische Vertrag verpflichtete) den Versuch einer Verständigung oder Auseinandersetzung mit Österreich gemacht zu haben; es konnte sich allerdings dabei ereignen, daß der grundsätzliche Gegensatz der beiderseitigen Interessen bei dieser Gelegenheit in seiner ganzen Tragweite und seiner Unversöhnbarkeit zutage trat.

Nach seinem Besuche in Berlin im Mai hatte sich Kaiser Alexander II. nach Ems begeben; auf der Rückreise war eine Begegnung mit Franz Josef in Böhmen zu einer politischen Aussprache im Beisein von Gortschakow und Andrassy geplant. Nicht leicht fiel Andrassy der Entschluß dazu. „Sollte doch die Erbschaftsteilung des Türkischen Reiches beschlossen werden und Österreich-Ungarn seine Sanktion zu einer russischen Intervention geben, ohne seine eigenen Interessen zu gefährden. Andrassy mußte Rußland widersprechen, ohne es aber zu reizen. Das war wenig nach seinem Geschmack. ‚Wenn ich schon bellen muß, so beiße ich fast lieber,‘ sagte er knapp vor der Zusammenkunft.“ In viel höherem Grade, als jetzt wieder mit Rußland neue Vereinbarungen zu treffen, von denen man nicht vorhersehen konnte, ob und inwieweit dadurch Österreich die Hände gebunden würden, durch die es vielleicht sogar in eine Bahn gedrängt würde, die ihm mehr Schaden als Nutzen brächte, hätte man es in Wien für ratsam erachten dürfen, sich mit England zu verständigen, das ja gleichfalls Rußlands natürlicher oder mindestens herkömmlicher Widersacher in der Balkanfrage war. Aber dazu war der Weg augenblicklich verbaut, durch die Zugehörigkeit Österreichs zum „Dreikaiserbunde“ und noch mehr durch die in dessen Boden wurzelnde österreichisch-russische Balkanentente der letzten Zeit; sie mußten England vorderhand daran hindern (ganz abgesehen davon, daß auch hier die Verhältnisse noch nicht geklärt waren und ein einheitlicher Wille noch nicht bestand), Fühlung mit Österreich gegen Rußland zu suchen; vielmehr spielten damals gerade russisch-britische Verhandlungen. In Bodenbach trafen sich Franz Josef und Andrassy mit Alexander II. und Gortschakow; von da fuhren sie gemeinsam nach dem nordböhmischen Schlosse Reichstadt, das dereinst Napoleons I. Sohne gehört hatte. Dabei fanden Besprechungen statt, die allerdings nicht in einem förmlichen Vertrag mündeten; auch war ein solcher gar nicht beabsichtigt. Immerhin wurde eine Art von Protokoll, ein sogenanntes „Résumé des pourparlers de Reichstadt du 8. juillet 1876“ vereinbart, worin die einzelnen Punkte aufgezählt wurden, über die scheinbar ein Einverständnis erzielt worden war. Es ward dabei von der Annahme ausgegangen, daß es Rußland und Österreich trotz ernstesten Bemühens, dessen sie sich befleißigen wollten, den Balkanereignissen gegenüber sich neutral zu erhalten, solches auf die Dauer nicht gelingen und ein russisch-türkischer Krieg unvermeidlich werden würde, — zwei Möglichkeiten waren dann vorhanden: entweder siegten die Russen, oder sie unterlagen. Im zweiten Falle sollte Österreich zu ihren Gunsten eingreifen, um zu verhindern, daß die Balkanchristen ganz und gar der Rache und dem Vernichtungswillen der Osmanen preisgegeben würden; es sollte dann auf die Reformnote vom 30. Dezember 1875 und das Memorandum vom Mai 1876 zurückgegriffen werden und den Serben ihr Staatsgebiet unversehrt erhalten bleiben. Wenn jedoch die Türkei geschlagen würde,

sollte sie nach Andrassys Vorschlag folgendermaßen aufgeteilt werden: Bulgarien, Rumelien und Albanien werden autonome Staaten; Thessalien und Kreta kommen an Griechenland; Serbien erhält Vergrößerungen in Bosnien, Montenegro und der Herzegowina; der Rest dieser beiden Provinzen fällt an Österreich. Rußland bekommt in Europa seine Grenzen von 1856, d. h. das damals abgetretene Stück von Beßarabien, zurück und darf sich (als Kompensation für die Österreich zugestandene Gebietserweiterung) nach dem Schwarzen Meere und der Asiatischen Türkei entsprechend ausdehnen, wobei Batum zwar nicht ausdrücklich genannt, aber gemeint war; Konstantinopel soll mit dem unmittelbar benachbarten Landgebiete Freistaat werden; ein großer slawischer Staat darf auf der Halbinsel nicht entstehen, durch den nämlich das Gleichgewicht hierselbst gestört werden könnte. So geheim wurde diese Abrede gehalten, daß selbst Bismarck nichts davon erfuhr; d. h. das von Gortschakow bisher geübte System, ihn von der russisch-österreichischen Balkanentente auszuschalten, wurde zunächst fortgesetzt. Wiewohl Andrassy verlangte, daß das Abkommen nach Berlin mitgeteilt würde, wiewohl er versicherte, der deutsche Kanzler würde nichts dawider haben, und wiewohl der Zar das gleiche bezüglich Kaiser Wilhelms erklärte, sprach sich Gortschakow dagegen unter dem Vorwande aus, daß alsdann sogleich die englische Regierung davon unterrichtet werden würde. So wurde denn die Reichsregierung zunächst lediglich dahin informiert, daß Rußland und Österreich in Reichstadt übereingekommen seien, „an dem Prinzip der Nichtintervention in die orientalischen Händel festhalten zu wollen"; aus gelegentlichen Äußerungen Andrassys war der Botschafter, Graf zu Stolberg, jedoch allmählich in die Lage versetzt, sich ein Bild vom Inhalte der Reichstädter Abmachungen zu kombinieren, das auf den richtigen Sachverhalt hinauslief, worüber er sofort zu mehreren Malen nach Berlin berichtete. Während Gortschakow noch in der Folgezeit geflissentlich Bismarck über die Reichstädter Vorgänge zu täuschen versuchte, hatte Andrassy „ein böses Gewissen" seines zwar gegen seinen Willen, immerhin jedoch geübten Stillschweigens halber; am 13. September gab er dem Grafen Stolberg volle Aufklärung im Zusammenhange; etwas wesentlich Neues, was sie nicht schon wußten oder doch wenigstens ahnten, erfuhren dieser und durch seine Vermittlung der Kanzler durch dieses Geständnis freilich nicht.

Die große Bedeutung der Reichstädter Punktationen liegt darin, daß durch sie die Festsetzung Österreichs auf dem Boden der Balkanhalbinsel grundsätzlich statuiert und vom russischen Rivalen anerkannt wurde; das war, wenn man sich an den scharfen Widerspruch erinnert, den Rußland noch 1874 (s. o. S. 81 f.) gegen die österreichischen Absichten auf Bosnien und auf die Herzegowina erhoben hatte, ein enormer Triumph der Staatskunst Andrassys; er begründete für Österreich einen moralischen Anspruch, der dann später auch vertragsmäßig in bindender Form festgelegt wurde. Es war freilich nicht zu verkennen, daß bei dieser „Verständigung" dem Donaureich der Löwenanteil zufiel. Rußland blieb es überlassen, die Pforte zu besiegen; dann sollte Österreich, ohne auch nur das Schwert gezogen zu haben, einen ansehnlichen Landgewinn einstreichen, und während anstatt des in Aussicht genommenen Großbulgariens die Macht- und Größen-

verhältnisse der Balkanstaaten so gestaltet wurden, daß sie im Gleichgewicht und einander sich im Schach zu halten geeignet blieben, trat Österreich mit dem Anspruch auf eine Vorherrschaft im Westen der Halbinsel auf, durch die sogar die Kriegführung für Rußland beengt werden sollte. Nicht nur Bosnien und die Herzegowina sollten im bevorstehenden Kriege nicht von der militärischen Aktion Rußlands berührt werden, sondern auch Serbien und Montenegro; kein russischer Soldat sollte den serbischen Boden betreten dürfen. Das erhellt schon daraus, daß in Reichstadt nur von der Eventualität eines Einmarsches der russischen Truppen in Asien, nicht auch in Bulgarien (geschweige denn weiter im Westen) die Rede gewesen war. Eine Kooperation Rußlands mit Serbien und Montenegro, so erklärte Andrassy nach Petersburg, indem er die letzten Motive seiner Politik offen darlegte, mache aus der europäischen Aktion eine slawische Bewegung, aus der christlich humanen eine einseitig orthodoxe Tendenz und aus dem Kriege eine Revolution; die slawischen Elemente würden sich dann sagen können, was Rußland jetzt für ihre Stammesbrüder in der Türkei tue, könne es leicht einmal auch für die in Österreich-Ungarn leisten: „Nimmt die russische Aktion alle bisher isolierten slawischen Bestrebungen in sich auf und gewinnt dieselbe so den Charakter einer alle orthodoxen Slawen umfassenden Propaganda, so sieht die öffentliche Meinung der mächtigsten Elemente unserer Bevölkerung, der Deutschen und der Ungarn, durch das Vorgehen Rußlands die Existenz der Monarchie bedroht und gestattet keiner Regierung, demselben untätig zuzusehen.“

Die Abmachungen von Reichstadt bedeuteten, wie bereits betont wurde, keineswegs endgültige, beide Teile dauernd bindende Vereinbarungen, sondern Gesichtspunkte für ein eventuelles Zusammengehen in der Zukunft für den Fall eines russisch-türkischen Krieges, das aber durchaus noch nicht als eine feste und sichere Tatsache gelten konnte. Nur ein Ergebnis hatten sie mit voller Gewißheit gezeitigt: man kannte jetzt in St. Petersburg authentisch die Bedingungen, unter denen man in Wien den Losbruch Rußlands gegen die Pforte zu gestatten gedachte, und ohne Zweifel fand man an der Newa den Preis viel zu hoch, den man an der Donau für diese Erlaubnis verlangte. Die Reichstädter Zweikaiser-Entrevue, äußerlich der Höhepunkt der russisch-österreichischen Balkanentente unter Ausschaltung Deutschlands, war in Wahrheit ihr Grab. Man war in Reichstadt davon ausgegangen, daß man den Balkanereignissen so lange als möglich neutral zusehen wollte; aber das wurde jetzt für Rußland beim Verlaufe, den der Krieg zwischen den Türken auf der einen, den Serben und den Montenegrinern auf der anderen Seite nahm, recht schwierig. Zwar die Montenegriner errangen eine Reihe von Siegen, bei Vrbitza (28. Juli), Podogritza (18. August) und Piperi (6. September); aber um so unglücklicher fochten die Serben gegen die an Zahl weit überlegenen Osmanen. Tschernajew versuchte, sich den Einmarsch in Bosnien zu erzwingen, um hier die Insurrektion zu unterstützen und zu verbreiten; aber er wurde von den Türken zurückgedrängt, und schon Ende Juli war die Lage auf dem Kriegsschauplatz derart, daß die serbische Sache für so gut wie verloren gelten mußte. Von Bulgarien aus rückte eine Armee unter Abd ul Kerim ein; sie nahm am 5. August das am Timok gelegene Städtchen Kujaschewatz, stieß allerdings, als

sie von da noch weiter nach Westen in der Richtung nach Alexinatz vorging, auf Widerstand. In Konstantinopel fand um diese Zeit ein Wechsel in der Herrschaft statt; Murad V. wurde (31. August) für geisteskrank und regierungsunfähig erklärt und durch seinen Bruder Abd ul Hamid ersetzt. An der Politik der Pforte wurde dadurch nichts geändert; der neue Sultan stand ganz und gar unter dem Einfluß der Jungtürken, zumal des Midhat Pascha. Unter glücklichen Auspizien vollzog sich die Thronbesteigung Abd ul Hamids. Am Tage darauf (1. September) schlug Abd ul Kerim, der die Offensive wieder aufgenommen hatte, abermals bei Alexinatz an der Morawa im Herzen ihres Landes die Serben; diese gingen nach Norden in der Richtung auf Deligrad zurück; es schien, als könnten sich die Türken den Weg weiter die Morawa hinab nach der Donau und bis auf Belgrad bahnen. Hilfe schien für die Serben nur noch möglich, wenn ihr alter mächtiger Gönner, der Moskowiter, sich ihrer tatkräftig annahm; sonst waren sie rettungslos verloren.

Fünftes Kapitel.

Deutschland vor dem Scheidewege.

Bisher waren Bismarck und Deutschland in der Behandlung der Balkanfrage beiseite gedrängt worden. Es war der oberste Grundsatz der Gortschakowschen Politik, sich innerhalb des Dreikaiserbündnisses möglichst mit Andrassy über Bismarcks Kopf hinweg zu verständigen; noch hatte ja dieser von dem letzten großen Ereignisse in der Entwicklung der Balkanfrage, den Abmachungen von Reichstadt, keine offizielle und authentische Kunde erhalten. Jetzt aber trat eine Wendung der Dinge ein, welche sowohl Österreich als auch Rußland nötigte, da sich nämlich der bisher zwischen ihnen vorhandene latente Gegensatz öffnete, im Wettstreit miteinander Deutschland zu umwerben, und zumal Rußland tat das in so stürmischer und selbst gebieterischer Weise, daß sich der Kanzler in die Zwangslage einer Option zwischen den Genossen des Dreikaiserbundes versetzt sah. Und er entschied sich nach langem und schwerem Ringen schließlich nicht für den alten Freund, sondern für den ehemaligen Gegner und Nebenbuhler im Kampfe um die deutsche Vorherrschaft.

Angesichts des serbischen Zusammenbruches konnte Rußland nicht länger in seiner Neutralität verharren. Die panslawistische Agitation schwoll an und begehrte dringend die Rettung der südslawischen Brüder. Aber wenn man sich in Petersburg zum Eingreifen in den Krieg entschloß, dann traten die Reichstädter Abmachungen in Kraft; oder man wußte wenigstens, daß Österreich den Wechsel präsentieren würde, den man ihm daselbst ausgestellt hatte, und wenn man ihn nicht einlöste, so konnte das den Krieg nicht nur gegen die Pforte, sondern auch gegen die Donaumonarchie nach sich ziehen. Noch glaubte Gortschakow damals diese unangenehme Alternative durch ein gemeinsames Vorgehen der Mächte zur Pazifikation des Balkans vermeiden zu können, und zwar durch das Mittel einer Europäischen Konferenz der leitenden Minister. In dieser Kongreßidee berührte er sich ja mit Disraeli, und es schwebten gerade zwischen Petersburg und London Negoziationen, die sich auch darauf bezogen. Gortschakow, der sich (schwerlich mit Grund) rühmte, daß England Sonderverhandlungen mit ihm, unter Ausschluß der übrigen Mächte, anstrebe, glaubte, daß sich Lord Derby bei der jetzt in Großbritannien herrschenden Stimmung nicht nur dem Projekte geneigt zeigen, sondern auch bereit sein würde, sich auf dem Kongresse den Ansichten der Dreikaisermächte anzuschließen. Es kam nur darauf an, Deutschland und Österreich auf den Plan zu bringen. Andrassy hatte freilich wenig Lust dazu. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß eine Konferenz nur dann einen Zweck habe, wenn es sich darum handle, auf Grund bereits vorliegender Ergebnisse eines Krieges dauernde

Zustände zu schaffen. Ähnlich ging es Bismarck. Wie schon früher, so führte er auch jetzt Gortschakows Drängen auf den Kongreß auf dessen Wunsch zurück, „der Geschichte ein lebendes Bild einzuverleiben, in welchem er die hervorragende Pose hat". Im Gegensatz zu seinen russischen Kollegen glaubte er nicht, daß die Veranstaltung eine Einigung der Mächte, sondern erst recht ihren Zerfall bewirken würde: es würde sich, so meinte er, eine englisch-österreichische und eine russisch-französische Gruppe bilden; an Deutschland würde täglich der Anspruch herantreten, zwischen beiden das Schiedsrichteramt zu übernehmen, das Undankbarste, was ihm widerfahren könnte; denn es würde damit endigen, daß seine bisherigen Freunde, Rußland, England und Österreich, sich beschweren würden, nicht nach Wunsch unterstützt worden zu sein, — dadurch würde das Dreikaiserbündnis gefährdet, das ihm über alles gehe. Er wollte auch einen persönlichen Kontakt zwischen Gortschakow und Disraeli vermieden sehen; denn er besorgte von ihrer Eitelkeit (die des letzteren hielt er für noch schlimmer als die des ersteren, weil sich mit ihr Mangel an politischer Erfahrung und Urteilsfähigkeit verbinde) eine weitere Gefahr für den Frieden. Unter diesen Umständen empfahl er (Mitte August) vorsichtige Ablehnung, wenigstens die — von Rußland gewünschte — Initiative in der Angelegenheit zu ergreifen, mit dem Hinzufügen, daß Deutschland, wenn die Anregung von anderer Seite ausgehe, und wenn die Aussichten auf einen erfolgreichen Ausgang besser wären, „gern und vorzugsweise den Wünschen Rußlands Rechnung tragen würde". Der Kaiser pflichtete diesen Erwägungen bei, und es erfolgte darauf (am 18. August) ein entsprechender Erlaß an die Botschaft in Petersburg.

Es ließ sich voraussehen, und so geschah es auch tatsächlich, daß die deutsche Zurückweisung, wie sehr sie auch immer verbrämt war, in Rußland Verstimmung erzeugen würde. Es lag ja Bismarck gar nichts daran, Rußland zu brüskieren; er wollte vielmehr gerade in Petersburg den Eindruck vermeiden, als ob Rußland von Deutschland kühl behandelt würde. Er traute England nicht, das die kräftige Initiative nicht ergriff, der er gerne Folge leisten wollte, auch Andrassy nicht recht, da er von dem, was in Reichstadt verhandelt worden war, wenigstens noch keine sichere Kunde hatte. Daher meinte er, die Schnur nach St. Petersburg nicht abreißen lassen zu dürfen. Er hatte schon vorher seinen Kaiser, an dem seine Gemahlin Augusta und die Königin Viktoria „bohrten", gewarnt, sich durch England bestimmen zu lassen, etwas zu tun, was das Dreikaiserbündnis lockern könnte. An sich war er freilich der Ansicht, wenn ein dauerndes Bündnis zwischen Rußland und England denkbar wäre, so wäre eine Teilnahme Deutschlands daran, wenn man die Verhältnisse „im großen und für lange Zeit" auffasse, vielleicht noch natürlicher, als die bisherige Beziehung zu Rußland-Österreich. Aber er hielt doch die Verwirklichung und noch mehr die Dauer einer russisch-englischen Freundschaft für sehr unwahrscheinlich; immerhin meinte er, daß man den Russen wohlwollende Versicherungen auch für diese Eventualität ohne Schaden machen könne, und daß man den Versuch machen solle, den Zaren darüber vorsichtig so zu sondieren, daß Gortschakow gegenüber, falls dieser damit Mißbrauch treiben wollte, jede Deutung und Abschwächung möglich wäre. Aus

Anlaß der russischen Manöver verweilte Alexander II. damals gerade in der Nähe Deutschlands, in Warschau; Bismarck schlug daher seinem Monarchen vor, den Feldmarschall Edwin von Manteuffel dahin zur Begrüßung des Zaren in besonderer Mission zu entsenden, mit dem Auftrage, an diesen „persönlich jede politische Sonde zu legen, zu der sich uns eine schickliche Gelegenheit bietet, wie es diese Warschauer meines Erachtens ist", und ihm dabei persönlich erneut zu beteuern, daß sich Deutschland „unter keinen Umständen zu feindlichen, auch nur zu diplomatischen Manövers" gegen Rußland hergeben werde. Er hatte den Eindruck, daß es nicht überflüssig sei, den Zaren in dieser Beziehung zu beruhigen; keineswegs war es seine Absicht, diesen, falls er aus eigenen Stücken oder aus Rücksicht auf die Stimmung am Hofe und im Innern des Reiches kriegerische Tendenzen verfolgte, zu einer friedlichen Politik zu überreden oder gar zu nötigen; aber er hielt es für geraten, ihm die Überzeugung einzuflößen, daß ihm Deutschland, welche Entscheidung in Rußland auch immer fallen möchte, dieselbe freundschaftliche Gesinnung bewähren würde, die er Preußen 1864, 1866 und 1870 tatsächlich bezeugt hätte. „Daß wir aus Gefälligkeit für Rußland," so fügte er hinzu, „einen Krieg führen, den unser eigenes Interesse nicht gebietet, wird er nicht verlangen, und hat er auch uns nicht geleistet. Darauf aber, daß wir ihm jedenfalls wohlwollende und neutrale Nachbarn bleiben, wie er uns gewesen ist, sollte er meines Erachtens rechnen können; und ich fürchte, er rechnete bisher nicht mit voller Sicherheit darauf. Ein Irrtum in dieser Beziehung aber kann ihn zu fehlerhaften und für beide Reiche sehr nachteiligen Entschließungen und Verbindungen veranlassen."

Wie man sieht, lag es Bismarck daran, durch persönliche Einwirkung den Zaren von Schritten und Allianzen (als solche kam in erster Reihe eine solche mit Frankreich in Betracht) abzuhalten, die ihre Spitze gegen Deutschland richten, und die dem irrigen Glauben entspringen könnten, Deutschland sei willens, einer moskowitischen Balkanaktion irgendwie hindernd in den Weg zu treten. Alexander darüber zu beruhigen, war der Zweck der Mission Manteuffels; es war dem General für seine Verhandlung mit dem Zaren ein weiter Spielraum gelassen, — sollte er doch, wie wir vernahmen, an diesen „persönlich jede politische Sonde" legen dürfen. Nur in den allgemeinen Umrissen, wie wir sie hier soeben nach den Weisungen skizzierten, die Bismarck aus Varzin dem Auswärtigen Amt übermittelte, kennen wir die Aufgabe, die Manteuffel gestellt wurde; wir wissen nicht, welche Instruktionen er im besonderen erhielt; nur so viel steht fest, daß er der Träger eines kaiserlichen Handschreibens war, dem er mündliche Erläuterungen hinzuzufügen hatte, welche dem Zaren die Möglichkeit gewähren sollten, an Wilhelm I. hinwiederum „intimere mündliche Eröffnungen gelangen zu lassen", die schriftlich zu formulieren ihm vielleicht nicht genehm sein würde. Der österreichische Militärattaché in Berlin erfuhr Mitte September bereits „aus bester Quelle", Manteuffel habe dem Zaren mitteilen sollen, Rußland könne unter allen Umständen auf die Unterstützung Deutschlands zählen. Das ist jedenfalls unrichtig; die Sendung sollte ja eben den Zaren darüber belehren, daß auf eine Teilnahme Deutschlands im Kriegsfalle nicht zu zählen sei, sondern nur auf eine wohl-

wollende Neutralität; d. h. Deutschland wollte den Russen freie Hand für ihre Orientpolitik einräumen. Aber es ist die Frage, ob nicht auch Deutschland für diese Konzession seinerseits irgendwelche Wünsche zu präsentieren hatte, und tatsächlich wird gesagt, Manteuffel habe damals „in vorsichtiger Weise, wohl zum Zwecke der Orientierung, beim Zaren den Antrag vorgebracht, mit Deutschland ein Schutz- und Trutzbündnis zu schließen". Ob die Nachricht in dieser Form glaubwürdig ist, steht dahin; es ist jedoch nicht ganz von der Hand zu weisen, daß Manteuffel Dinge beim russischen Kaiser zur Sprache brachte, die auf ein näheres Einvernehmen zwischen Deutschland und Rußland hinausliefen, dessen Spitze sich etwa gegen Frankreichs Revanchepläne kehrte; jedenfalls hören wir, daß sich Bismarck bald nach der Rückkehr des Feldmarschalls aus Polen durch das Auswärtige Amt beim Botschafter d'Oubril darüber beschwerte, daß das Petersburger Kabinett ganz und gar nicht den Zweck der Mission Manteuffel zu würdigen gewußt und ohne Erwähnung gelassen habe.

Durch den ihm attachierten deutschen Militärbevollmächtigten, den General von Werder, befragt, ob er Manteuffel empfangen wolle, erteilte Alexander II. am 1. September seine „freudige Zustimmung". Wilhelm I. gab ihm ein Handschreiben mit, das Radowitz aufgesetzt hatte: er sende ihm Manteuffel als berufenen Dolmetscher seiner Gedanken, die mehr, als je zuvor, angesichts der ernsten Zeitläufe ihm, dem Zaren, zugewandt wären; er erklärte feierlich, daß die Erinnerung an dessen Haltung im Zeitraum von 1864 bis 1870/71 seine Politik gegen Rußland bestimmen würde, komme immer, was da wolle. Am 6. September berichtete der Feldmarschall aus Warschau dem Kaiser in einem längeren Schreiben, das er vorher bis auf einen kurzen Schlußpassus dem Zaren vorlas, über seine Verhandlungen mit diesem und Gortschakow. Danach kam es den Russen vor allem darauf an, daß Deutschland die Initiative zur Einberufung der Konferenz und zu einer gemeinsamen diplomatischen Aktion Europas gegen die Pforte ergreife. Gortschakow ließ es nicht an Schmeicheleien fehlen, die auf Bismarck gemünzt waren: die Stellung des deutschen Kanzlers sei so bedeutend, „daß er sich bei dieser Frage, die die ganze Christenheit, die Humanität und die Zivilisation betreffe, gar nicht effezieren könne, und daß sein persönliches Hervortreten von dem besten und größten Einfluß sein müsse"; die Abschaffung der Greuel im Orient und der Schutz der Christen gegen deren Wiederholung gehe die ganze zivilisierte Welt an, und es werde hier Pflicht, daß der ganze europäische Areopag spräche. Im Hinweis auf die „von ihm sehr anerkannte außergewöhnliche Begabung des Fürsten Bismarck" bat Gortschakow den General, diesem zu sagen, er sei davon durchdrungen, es seien die Menschen, welche die Dinge machen, und daß er ein Genie, wie das, womit Gott den Fürsten Bismarck begabt habe, anrufe, ihm einen andern Weg, wie den der Konferenz, zu weisen, um das Ziel zu erreichen, wonach er trachte, — den Schutz der Christen auf friedlichem Wege; er gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß sich die Mächte auf dem Kongreß leicht einigen, und daß sich Derby daselbst bei der jetzt in England herrschenden Stimmung den Ansichten der Dreikaisermächte anschließen würde. Auf die Reichstädter Verhandlungen kam er

zwar zu sprechen; aber er behauptete, daß dort nichts verhandelt worden wäre, was Kaiser Wilhelm nicht schon bekannt wäre. Zwar deutete er an, es hätten dabei auch Besprechungen darüber stattgehabt, was geschehen könne, „wenn der Kampf zwischen Türkei und Serbien unentschieden bleibe, was geschehen könne, wenn die Christen siegten und die Türkei zugrunde ginge"; er gab „über letzteres" auch noch Details, hob jedoch hervor, daß darüber nichts Schriftliches aufgesetzt oder irgendein vertragsmäßiges Abkommen geschlossen worden sei, es seien eben nur „Causerien" gewesen, — das war eine offenbare Verdunkelung der Wahrheit. Wie sehr nun freilich die Reichstädter Abmachungen ihn bedrückten, das ließ er durchblicken, indem er ausführte: Rußland habe den festen Vorsatz, das Dreikaiserbündnis aufrechtzuerhalten, habe aber bei allen bisherigen Verhandlungen Österreich Konzessionen gemacht, wodurch die Sache nicht gefördert worden sei; wenn jedoch Deutschland die Ansichten Rußlands in irgendeiner bestimmten Form unterstütze, werde sich ihm Österreich vollständig anschließen. Jedenfalls erweckten die Mitteilungen Manteuffels in Berlin den Eindruck, daß im Gegensatze zum Zaren, der „sein festes Halten am Dreikaiserbündnis lebhaft betonte", bei Gortschakow „eine Verstimmung gegen Österreich deutlich hervortrat". Man erkennt, wohinaus der russische Kanzler wollte: hatte er früher Deutschland in der Tripleentente beiseitezuschieben versucht, so gedachte er jetzt hinwiederum durch Deutschland auf Österreich zu drücken, und der Kongreß sollte ihm als Mittel dienen, bei der voraussichtlichen Starrköpfigkeit der Pforte einen gerecht scheinenden Vorwand zum Kriege zu gewinnen. Darüber ließ er Manteuffel nicht im Zweifel, daß er mit der Eventualität eines solchen rechnete: wenn die Ehre Rußlands es gebiete, wenn alle friedlichen Mittel, d. h. eben die Konferenz, versagten, so sei es nicht anders möglich, als daß jedes Räsonnement aufhöre, und der Krieg sei dann unvermeidlich; er erinnerte dabei daran, daß der Zar 1870 Österreich gedroht habe, falls es sich mit Napoleon verbünde, 300 000 Mann an der Grenze Galiziens aufmarschieren zu lassen.

Ob und inwieweit diese Relation Manteuffels vollständig ist, muß dahingestellt bleiben; nach seiner Rückkehr aus Warschau erstattete er dem Kaiser am 8. September in Merseburg, unmittelbar darauf dem Reichskanzler in Varzin noch mündlich Bericht; dabei mag er noch manches gesagt haben, was er in dem Schriftstück vom 6., das ja zur Kenntnisnahme für den Zaren bestimmt war, nicht erwähnt hat. Inwieweit er sonst an den Zaren „jede politische Sonde" gelegt hat, ob ihm dieser besondere „intimere mündliche Eröffnungen" gemacht hat, und welcher Art diese dann waren, das wissen wir nicht. Es haben sich späterhin über das, was ihm der Zar mitteilte, Differenzen erhoben, auf die wir noch zurückkommen werden; sie erklären sich vielleicht dadurch, daß der Zar Anspielungen machte, die Manteuffel in ihrer ganzen Tragweite nicht überschaute, oder daß dieser Erklärungen abgab, deren Sinn auf der russischen Seite mißdeutet wurde. Falls Bismarck wirklich Wünsche in der Richtung einer Allianz oder irgendwelcher fixierten Abmachungen mit Rußland gehabt haben sollte, so war derartiges nicht erreicht worden; das wahrscheinlichste dürfte dann sein, daß der Zar Anspielungen darauf geflissentlich überhörte, oder daß der Feldmarschall

schon bei seinen ersten Sondierungen dieser Art den Eindruck gewann, daß es besser sei, nicht erst fester anzuklopfen. Es lag ja auch den Russen nichts daran, sich zu binden; vielmehr wollten sie Bismarck zur Initiative betreffend den Kongreß bestimmen, durch Deutschland auf Österreich wirken und jenes so weit hinter sich ziehen, daß es ihnen einen Rückhalt für den Kriegsfall gewähre, etwa in der Weise (das erhellt aus der Berufung auf die Vorgänge des Jahres 1870), daß Deutschland, wenn die Gefahr eines Bruches zwischen ihnen und Österreich drohte, Österreich gegenüber ebenso verfahre, wie 1870 der Zar in Wien beim Beginn des Deutsch-Französischen Krieges; die bloße wohlwollende Neutralität, die ihnen Bismarck anbot, und für die er vielleicht nicht einmal frei von eigenen Wünschen war, genügte ihnen bei weitem nicht. Auf beiden Seiten war man in Warschau nicht recht mit der Sprache voreinander herausgekommen; man hatte sich gleichsam vorsichtig betastet, mit den letzten Intentionen zurückgehalten und die halbverbindlichen Erklärungen des andern durch weitere Verhandlung ergänzen und festlegen zu können gehofft.

In diesem Geiste war die eigenhändige Antwort des Zaren vom 7. September geschrieben, die der Feldmarschall an Wilhelm I. mitnahm: „Niemand kann weniger als ich den Vorgängen im Orient gleichgültig gegenüberstehen. Trotz meines Begehrens, die Eintracht der Mächte, auf welcher der Frieden beruht, zu behaupten, kann ich gezwungen werden, eine eigene und abgesonderte Stellung einzunehmen (une position particulière et séparée). In diesem Falle würde der mächtige Beistand [concours] Deutschlands mir helfen können, meiner Würde und dem russischen Nationalgefühl Befriedigung zu gewähren, ohne daß der Frieden gestört würde. Mit Freude zähle ich auf Sie, wie Sie immer auf mich zählen dürfen.“ Dem Kanzler entging nicht diese dehnbar-unbestimmte Ausdrucksweise; er bemerkte dazu: „Fragt sich nur, w i e w e i t, welches die ‚position particulière‘ sein wird, und worin unser concours bestehen soll.“ Unverkennbar deutete der Zar eben dadurch die Erwartung an, Deutschland werde jetzt Österreich gegenüber eine entsprechende Haltung einnehmen, wie er selbst nach dem Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges. Das lag jedoch ganz und gar nicht in der Absicht Bismarcks. Er war durchaus nicht gewillt, wenigstens nicht ohne weiteres, für Rußland zu optieren, wenn dieses in Konflikt mit Österreich geriet. Das Ergebnis der Mission Manteuffel fand nicht seine Billigung. Von den Reichstädter Abmachungen wußte er ohne Zweifel schon so viel, daß er die Hinterhältigkeit dessen erkannte, was Gortschakow in Warschau Manteuffel darüber mitgeteilt hatte, und gerade jetzt gab Andrassy ihm ein Zeichen seines unbedingten Vertrauens, indem er am 13. September (s. o. S. 99) rückhaltlos dem deutschen Botschafter in Wien das Geheimnis jener Besprechungen enthüllte. Der Kanzler faßte diese Offenheit als einen Beweis dafür auf, daß sich Österreich dem Deutschen Reich „als Freund aufrichtig genähert habe“; daraus sei, so hat er später selbst erzählt, „1879 das Bündnis hervorgegangen“. Offenbar waren die Enthüllungen Andrassys ein Gegenzug gegen die Mission Manteuffels. Man hatte ihr in Wien die ernsteste Aufmerksamkeit zugewandt und war bestrebt, ihre Bedeutung zu erforschen. Beängstigende Gerüchte waren hier darüber

im Umlauf; zwar hieß es, der deutsche Botschafter in Wien sei beauftragt, Andrassy darüber aufzuklären; aber das scheint nicht geschehen zu sein, und das Auswärtige Amt in Berlin (Bismarck weilte ja in Varzin) ging vor dem österreichischen Geschäftsträger nicht aus dem Stillschweigen heraus. Unter diesen Umständen dürfte Andrassy gemeint haben, sein bisheriges Spiel mit Rußland aufdecken zu sollen, und er erzielte damit den Erfolg, den er erreichen wollte.

Die Reise Manteuffels an das Hoflager des Zaren in Warschau war weit davon entfernt, das deutsch-russische Verhältnis zu klären, geschweige denn etwa durch ein gegenseitiges Übereinkommen zu befestigen; sie wurde vielmehr der Quell und der Ausgangspunkt neuer und noch ärgerlicherer Verwicklungen und Zwistigkeiten. Zwar meldete der russische Botschafter d'Oubril, der übrigens Bismarcks Zutrauen durchaus nicht genoß, nach der Rückkehr des Feldmarschalls, Kaiser Wilhelm und die deutsche Regierung seien Rußland wohl gesinnt; immerhin fügte er hinzu, die letztere habe Furcht, sich zu kompromittieren und durch offene Parteinahme für Rußland den eigenen Interessen Deutschlands zu schaden. Er erklärte das mit der Abwesenheit Bismarcks von Berlin und versicherte, dieser stehe ganz gewiß auf der Seite Rußlands, — das schloß er, freilich übereilt, aus dem Umstande, daß der Kanzler die Sendung Manteuffels veranlaßt hatte. Im übrigen teilte d'Oubril mit, man glaube in Berlin, daß der Krieg zwischen Rußland und der Pforte demnächst ausbrechen würde; er hielt es nicht für überflüssig, noch einmal, Mitte September, Gortschakow davor zu warnen: „Ich gestehe, daß ich nicht daran glaube, und daß ich ihn aus meinen Berechnungen ausschalte. Ich erinnere mich, daß Sie mir oft die Absicht bekundet haben, daß wir die realen Interessen Rußlands nicht mehr oder minder ephemeren Zielen, slawischen oder anderen, opfern dürfen. Ich halte mich also daran. Dieser Krieg könnte in der Tat das Gedeihen des Landes, die Reformen, mit denen es der Kaiser begabt hat, seinen Wohlstand und seine Entwicklung beeinträchtigen. All dies würde von neuem für lange Jahre ins Stocken geraten." Der Zar, dem der Bericht vorgelegt wurde, bemerkte bei dieser Stelle am Rande: „Auch mir flößt der Krieg diese Besorgnis ein." Eben in den Verhandlungen, die Mitte September zwischen Bülow und d'Oubril gepflogen wurden, kam die Bombe zum Platzen. Manteuffel hatte diesem gesagt, der Bericht, den er dem Kaiser und Bismarck über seinen Aufenthalt in Warschau soeben erstattet habe, habe einen guten Eindruck gemacht; der Botschafter hatte das an das kaiserliche Hoflager in Livadia gemeldet und von dort durch Gortschakow mit dem Ausdruck großer Freude die Antwort erhalten, „ob er [d. h. Gortschakow] wohl einer weiteren amtlichen Mitteilung von hier [d h. von Berlin] über diesen Eindruck entgegensehen könne, namentlich über die zwei dem Feldmarschall gegenüber angeregten und von diesem hier zweifelsohne vorgetragenen Fragen": 1. Wie sich Deutschland verhalten würde, wenn Rußland sich in Rücksicht auf seine Würde genötigt sehe, eine isolierte Aktion vorzunehmen, und 2. welche diplomatische Aktion Bismarck vorschlagen würde, wenn er Bedenken trüge, sich auf das russische Kongreßprojekt einzulassen? Oubril fügte hinzu, es handle sich dabei nicht um eine direkte Anfrage, er habe jedoch den Auftrag, sich zu informieren.

Schon Kaiser Wilhelm, an den Bülow zuerst die Angelegenheit leitete, gab einen kühlen Bescheid; er beschränkte sich darauf, zum ersten Punkte „wohlwollende Neutralität", zum zweiten nicht minder lakonisch: „Wenn kein Kongreß oder Konferenz, Notenwechsel ad infinitum!" zu bemerken. Noch viel schlimmer war der Eindruck auf Bismarck. Während er sich durch Bülow bei d'Oubril darüber beschwerte, daß das Kabinett von St. Petersburg den Zweck der Sendung Manteuffels nicht würdige und ohne Erwähnung lasse, wurden von Rußland solche Zumutungen an Deutschland gestellt! Er zweifelte daran, ob d'Oubrils Fragen, zumal die zweite, wirklich von der russischen Reichsleitung herrührten, oder nicht etwa auf des Botschafters eigenes Konto zu setzen seien, der damit Unkraut säen wolle. Höchstens nahm er an, daß dahinter Gortschakow stecke, nicht aber der Zar selbst, jener dann aber nicht von guten Absichten getragen; er berief sich darauf, daß Manteuffel, den er doch als einen sehr gewissenhaften Berichterstatter kenne, weder ihm noch auch, wie es ihm scheine, dem Kaiser auch nur mit einer Silbe angedeutet habe, daß er mit Aufträgen in dieser Richtung betraut worden sei. Nun ist es uns ja unbekannt, was der Feldmarschall mündlich dem Kaiser und dem Kanzler hinterbracht hat; aber nach seiner Relation, die er dem Zaren vorlas, ehe er sie von Warschau abschickte, hatte Gortschakow (s. o. S. 106) ihm angedeutet (und das stand ja auch in dem Handschreiben des Zaren vom 7. September zu lesen), daß sich Rußland in Rücksicht auf seine Ehre zum Kriege genötigt sehen könnte, womit der Hinweis auf Alexanders Haltung beim Ausbruch des Krieges von 1870/71 verknüpft war; auch hatte der russische Kanzler an das Genie des deutschen Kollegen appelliert, damit ihm dieser einen andern Weg, als den der Konferenz weise, um den Schutz der Balkanchristen auf friedlichem Wege zu bewirken. Es liegt auf der Hand, daß das Fragen nicht nur rhetorischer Natur waren; wenn Manteuffel das nicht merkte und in seinen mündlichen Mitteilungen an den Kaiser und den Reichskanzler das unter den Tisch fallen ließ, so wäre er doch eben nicht der so zuverlässige Berichterstatter gewesen, für den ihn Bismarck erachtete. Im übrigen vernehmen wir von russischer Seite, Manteuffel habe, durch Gortschakow darüber interpelliert, welche Haltung Deutschland einnehmen würde, falls Rußland für sich und selbständig handeln müßte, ohne Zögern erwidert, Deutschland würde Rußland nicht im Stiche lassen, und Gortschakow habe sich in der Folgezeit eben darüber beklagt, daß er von Bismarck nicht eine ebenso kategorische Antwort bekommen hätte; auch der Zar faßte die Sache so auf. Wie dem nun aber auch immer sei, Bismarck stellte sich auf den Standpunkt: das Verfahren d'Oubrils sei diplomatisch unkorrekt; es solle ihm keine Antwort erteilt werden, bevor er nicht erweise, daß er einen entsprechenden Auftrag erhalten habe, zumal da er selbige doch nicht ehrlich bestellen werde, weil er im Herzen dem Papste diene, — eine Anspielung auf die katholische Konfession des Botschafters. Auch die Möglichkeit zog der Kanzler in Betracht, daß Gortschakow darauf ausgehe, eine unfreundliche Erwiderung von Deutschland zu empfangen, um diese dann beim Kaiser Alexander zu irgendwelchem Zwecke auszunützen, und für alle Fälle erblickte er in den d'Oubrilschen Anforderungen „etwas Apokryphes, höchstens bis

zum Fürsten Gortschakow Reichendes". Zunächst habe es sich, so betonte er, bei der Mission Manteuffels nur um einen Gedankenaustausch der Monarchen gehandelt; wenn sich daran eine ministerielle Korrespondenz knüpfen solle, so sei es an Gortschakow, die Initiative zu weiterem zu ergreifen; wenn dieser umgekehrt handele, so sei das eine Umkehr der Rollen, ein anmaßlicher Mangel an Takt, ein schlechter Dank für das Entgegenkommen, das Wilhelm I. mit der Sendung Manteuffels bewiesen habe. Deutlich hörte man aus diesen heftigen Erörterungen einen bestimmten Unterton herausklingen, nämlich die Verstimmung darüber, daß der eigentliche Zweck der Mission, und das hieß, zunächst eine persönliche Verständigung der beiden Monarchen, die dann einer größeren Konsistenz und Tragweite fähig gewesen wäre, durch Gortschakows Dazwischentreten vereitelt worden war. Nicht durch die Vermittlung d'Oubrils sollte die Antwort Deutschlands nach Petersburg auf das erfolgen, was dieser im Auftrage Gortschakows eröffnet hatte, sondern durch die deutsche Botschaft daselbst. Bismarck entwickelte die Grundzüge, die für den Inhalt dieser Entgegnung maßgebend sein müßten: Deutschland hat bisher noch keine Vorschläge Rußlands abgewiesen, weder das Projekt des Kongresses, noch auch das Programm, das Rußland dafür vorschlagen will, und das ja Deutschland noch gar nicht kennt; bereitwillig sieht es vielmehr den russischen Darlegungen entgegen. Eigene Vorschläge zu machen, ist Deutschland jetzt freilich nicht in der Lage; sollte es später einmal dazu Anlaß haben, so werden sie durch den deutschen Botschafter in Petersburg (d'Oubril gedachte der deutsche Kanzler nach Möglichkeit auszuschalten) dem Fürsten Gortschakow unterbreitet werden. Wenn Rußland die Türkei angreift, so kann es darauf zählen, daß Deutschland wohlwollende Neutralität halten, bei seinen Freunden eben darauf hinzuwirken und sie zu überzeugen trachten wird, daß der Zar ohne eigennützige Hintergedanken den Schutz der Christen gegen die türkische Barbarei erstrebt; sollte Österreich im Falle eines isolierten Vorgehens Rußlands gegen die Türkei auch seinerseits in Bosnien einrücken, etwa um dieses in Pfandbesitz zu nehmen, so könnte Deutschland freilich dem nicht widersprechen. Kaiser Wilhelm billigte diese Gesichtspunkte seines obersten Ratgebers; er erklärte sich (18. September) bereit, sie dem Großfürsten Nikolaus, der demnächst Berlin passieren sollte, zur Weitergabe an den Zaren mitzuteilen. D'Oubril wurde in Berlin eröffnet, eine Frage nach der von ihm behaupteten Formulierung, „welches die Haltung Deutschlands sein würde, falls Rußlands Würde letzteres nötigen würde, auf eigene Hand vorzugehen", sei durch Manteuffel hierher überhaupt nicht übermittelt worden; jedenfalls habe sie aber eine erschöpfende und befriedigende Antwort in dem persönlichen Briefwechsel gefunden, der aus Anlaß der Sendung des Feldmarschalls zwischen beiden Souveränen geführt worden sei. Graf Berchem, der Stellvertreter des Botschafters von Schweinitz, wurde beauftragt, sich in Petersburg in demselben Sinne auszusprechen; er leistete dieser Weisung am 22. September Folge.

Nachdrücklich hatte Bismarck in seinem Gutachten für Kaiser Wilhelm betont, daß die Zusicherungen, die Deutschland also, obwohl in der Balkanaffäre gänzlich uninteressiert und über das schließliche Programm Rußlands vollstän-

dig im dunkeln, dem Zaren zu geben willens sei, sehr weit gingen, „vielleicht weiter, als eine Großmacht lediglich zur Betätigung ihrer Freundschaft und Dankbarkeit gegen die Person des Souveräns einer andern [Großmacht] in den letzten Dezennien jemals gegangen ist“. Wenn er hinzufügte: „Wir haben eine ähnliche Zusage von einer andern Macht niemals erhalten,“ so wollte er damit doch wohl andeuten, daß der Kaiser Alexander gleichwertige Verheißungen Deutschland gegenüber Frankreich bisher nicht gemacht hatte. Aber der Zar war damit nicht zufrieden; er wollte Deutschland noch weiter bringen, und dazu bestimmte ihn der Stand der Dinge auf dem Kriegsschauplatz. Hier hatte sich gerade in den ersten Tagen des September (s. o. S. 101) die Situation beträchtlich zu Ungunsten der Serben verschlechtert; zusammen mit den Montenegrinern riefen sie neben der russischen jetzt auch die Hilfe Großbritanniens an; diesem durfte doch der moskowitische Protektor dabei nicht den Vortritt lassen. So drang denn Rußland auf Verhandlungen der Mächte über einen Waffenstillstand auf der Balkanhalbinsel. Bereits am 2. September forderte es, daß die Türkei dazu gebracht werden müßte, einen längeren Waffenstillstand zu bewilligen; bei seinem Aufenthalt in Warschau gewann Manteuffel den Eindruck, es sei der Wunsch Rußlands, daß ein solcher so schnell wie möglich geschlossen würde, daß dieser Abschluß aber isoliert von den Friedensverhandlungen erfolge, und daß selbige daher nicht in Konstantinopel, d. h. eben auf dem geplanten großen Kongreß der Mächte, stattfänden. Am 12. September beantragte Rußland in Wien die Waffenruhe in Verbindung mit einer Europäischen Konferenz. Ob ein Waffenstillstand bei der Pforte durchzusetzen war, das erschien nun allerdings zweifelhaft. Der neue Sultan Abd ul Hamid, der ja erst seit wenigen Tagen regierte, fürchtete, daß ihm ein solcher seinen jungen Thron kosten könne; dagegen erklärte er sich bereit, Frieden zu schließen und Reformen einzuführen, aber nicht nur für die aufständischen Provinzen, sondern binnen drei Monaten für das Reich in seinem ganzen Umfange. Es war klar, worauf das hinauslief: es sollte dadurch die Lockerung des Ottomanischen Reiches verhindert werden; die angekündigte „Reform“ sollte nicht den Charakter einer Autonomie für die einzelnen Bestandteile und Stämme des europäischen Herrschaftsgebietes der Pforte tragen, die lediglich ein Stadium des Überganges zu ihrer Selbständigkeit und Losreißung bedeutet hätte, sondern eines zentralistischen Zusammenschlusses der gesamten Monarchie. Am 14. September teilte die türkische Regierung ihre Friedensbedingungen mit. Sie waren von großer Härte, nicht sowohl für Montenegro, dessen territorialer Bestand unversehrt bleiben sollte, wie vielmehr für Serbien: Milan sollte dem Sultan von neuem in Konstantinopel huldigen, sein Tribut erhöht werden; das stehende Heer sollte auf 10 000 Mann reduziert, die Einrichtung der Milizen aufgehoben, die Pforte Besatzungsrecht in den serbischen Festungen bekommen.

Darin stimmten die Mächte, mit Einschluß von England, überein, daß diese Forderungen unannehmbar seien; aber sonst stand ihre Einigung untereinander und gar erst mit der Pforte noch in weiter Ferne. Von einer Einstimmigkeit Europas hinsichtlich der einzelnen Punkte, die dabei in Betracht kamen, Kongreß, Waffenstillstand, Autonomie und Reformen, war noch keine Rede; näherte man

sich in diesem oder jenem, so tauchten sofort wieder neue Differenzen auf. Am ehesten hatte es noch das Aussehen, als ob eine Verständigung zwischen Rußland und England anzubahnen sei. Das britische Kabinett, das nur die Ruhe im Orient wiederhergestellt wissen wollte, wurde von der Opposition im Innern wegen der „bulgarischen Greuel" heftig angegriffen und war sich über die kriegerischen Absichten Rußlands noch nicht zur Genüge im klaren, indem Derby Anstand nahm, den Zaren für so hinterhältig anzusehen, daß er mehr erstrebte, als den Bedrückungen der Balkanchristen durch die Türken ein Ende zu bereiten. So ließ man sich denn in London durch Rußland vorübergehend ins Schlepptau nehmen. Auch in London war man für Waffenstillstand und Kongreß; insofern berührte man sich mit Rußland, und beide konnten so eine Strecke Weges zusammengehen, — war das der Fall, so war Bismarck bereit, sich ihnen anzuschließen. Die britischen Friedensziele richteten sich auf Erhaltung des status quo für Serbien und Montenegro, Autonomie für Bosnien und die Herzegowina, für Bulgarien entweder auch eine solche oder wenigstens Garantien gegen Mißbräuche in der Verwaltung. Für die bosnische Autonomie war freilich Andrassy nicht zu haben, da er darin den Ausgangspunkt einer Entwicklung befürchtete, die zur Entstehung eines größeren südslawischen Staatswesens führen könnte, wodurch die Existenz und Sicherheit des Donaureiches gefährdet würde. Unverkennbar schmeichelte man sich damals in Petersburg einigermaßen mit der Aussicht, Großbritannien auch noch weiter mit sich fortreißen zu können; man rechnete auf die schwächliche Haltung Lord Derbys und überschätzte den Einfluß, den die Agitation Gladstones, der sich sogar dafür aussprach, daß die bulgarischen Greuel einen Krieg Rußlands gegen die Türkei rechtfertigen würden, auf die offizielle Regierungspolitik auszuüben vermöchte.

Wenigstens in der Frage der Waffenruhe schien schließlich eine geschlossene Aktion zustande zu kommen; nachdem Ende September bereits der Zar die gemeinsame Entsendung von Kriegsschiffen nach dem Bosporus angeregt hatte, um den Widerstand der Türkei in dieser Angelegenheit zu brechen, einigten sich Anfang Oktober die Mächte auf britische Anregung darauf, den Kriegführenden einen Stillstand für die Dauer von sechs Wochen vorzuschlagen. England drückte mit aller Macht auf die Pforte, daß sie sich dem füge. Aber diese erklärte am 12. Oktober, sie lasse sich auf einen solchen nur dann ein, wenn er auf fünf bis sechs Monate festgesetzt würde. Beaconsfield hatte dagegen keine Bedenken; er fand den türkischen Vorschlag sogar „weise und gescheit", und zwar auch aus Rücksicht auf die innere Lage in England: „Das wird uns Zeit geben, Atem zu schöpfen. Ich denke nicht, daß eine Macht es wagen wird, den Frieden Europas zu stören, solange der Waffenstillstand besteht. Mittlerweile wird das englische Volk seinen gesunden Verstand völlig wiederbekommen, und Gladstone wird der Mund gestopft sein." Er fühlte sich beträchtlich erleichtert und erklärte sich mit dem Antrage der Pforte einverstanden, — offenbar durchschaute er nicht den geheimen Hintergedanken der Pforte, der darin gipfelte, Zeit für die allgemeine Reichsreform zu gewinnen, um dadurch dem Verlangen nach lokalen Reformen die Spitze abzubrechen. Gemäß dem Wunsche der Osmanen stellte er den

Antrag bei den Mächten, die Dauer der Waffenruhe bis zum 15. März 1877 zu erstrecken; Österreich und Frankreich nahmen sofort an. Damit war das Europäische Konzert bereits gesprengt, ehe es noch begonnen hatte. Mit Recht bezeichnete Bismarck die türkische Note vom 12. Oktober als „eine ganz heterogene, in der Hauptsache unter dem Scheine formaler Zustimmung ausweichende Antwort der Pforte" auf den Kollektivschritt der sechs Mächte, als einen ganz neuen Vorschlag, dem keine Macht einseitig zustimmen dürfte, sondern der zunächst eine neue gemeinsame Beratung erfordert hätte. Tatsächlich lag die Sache so, wie er sie ansah: der Vorschlag, auf den sich Europa geeinigt hatte, war nicht nur auf die türkische Erwiderung hin fallen gelassen worden; sondern es hatte ein Teil der Mächte den türkischen Propositionen, die eine ganz andere Tragweite hatten, sofort beigepflichtet, ohne sich erst mit den übrigen ins Einvernehmen zu setzen. Das britische Kabinett hatte sein eigenes Werk zu Fall gebracht. Rußland weigerte sich, von der sechswöchigen Frist abzugehen; es wandte ein, daß Serbien seine Armee nicht so lange Zeit auf dem Kriegsfuße halten könne, ohne seine Kräfte zu erschöpfen. Zwar hatte es ja ursprünglich selbst eine mehrmonatige Waffenruhe gefordert; aber das Argument, das die russische Diplomatie jetzt vorbrachte, war an sich begründet, und man hat sich in Rußland schwerlich über die Tragweite des Vorschlages der Pforte und ihre tatsächlichen Beweggründe getäuscht. Bismarck fand die Weigerung Rußlands ungeschickt, zumal da es doch zum Losschlagen noch nicht bereit, auch durch einen serbisch-türkischen Waffenstillstand für sich selbst nicht gebunden wäre und die Zwischenzeit, bis es hervorbrechen würde, wofür es einen Anlaß immer leicht zu finden vermöchte, zu Rüstungen benützen könnte. Gleichwohl riet er, um die Stimmung in Rußland gegen Deutschland nicht unnötig zu verschärfen und die Verlegenheiten nicht zu vermehren, in denen sich jenes befand, in diesem Falle abzuwarten, welche Entschließungen der Zar treffen würde, und nicht ohne weiteres der Mächtegruppe um England beizutreten, die sich bei den türkischen Propositionen beruhigt hatte.

Im Zusammenhange mit den Vorgängen und Eindrücken aus Anlaß der Waffenstillstandsfrage befestigte sich in Rußland die Überzeugung, daß der Krieg zunächst mit der Pforte unvermeidbar sei. Die populäre Sympathie für die leidenden Stammes- und Glaubensbrüder, geschürt durch die panslawistische Agitation und begünstigt durch hochgestellte Elemente, selbst die Kaiserin, nahm einen leidenschaftlichen Charakter an. Je schlimmer es den Serben ging, um so mehr Freiwillige strömten ihnen aus Rußland zu; selbst Lord Derby, der doch recht gutgläubig war, konnte sich nicht mehr verhehlen, daß das ohne die stillschweigende oder für vorhanden betrachtete Genehmigung des Zaren nicht möglich wäre. Heiß hatte dieser bisher in seinem Innern gerungen; von der allgemeinen Stimmung überwältigt, faßte er jetzt endlich für seine Person definitiv den Krieg ernstlich ins Auge, zunächst gegen die Türkei. Aber da erhob sich die Frage, wie sich Österreich dazu stellen würde. Ihn allein, ohne Österreich, zu führen, fiel dem Zaren in Rücksicht auf die Reichstädter Abmachungen schwer, da er ja dann zugleich dessen Geschäfte besorgte, ohne daß

dieses seine eigenen Kräfte irgendwie anzustrengen brauchte; er bedurfte auch der österreichischen Mitwirkung, um nicht allein die Verantwortung für den Bruch mit der Pforte vor Europa, zumal vor England, tragen zu müssen. Aber wenn sich Andrassy ihm versagte? So viel war vorauszusehen, daß dieser an sich die Russen nicht daran hindern würde, über die Osmanen herzufallen, daß er aber mit Energie darauf dringen würde, daß durch einen förmlichen und bindenden Vertrag vorher die Entente von Reichstädt sicher unter Dach und Fach gebracht würde. Und wenn sich Rußland dazu nicht verstand, dann hatte es den Kampf nicht nur mit der Pforte, sondern auch mit Österreich zu gewärtigen; dafür mußte man aber der unbedingten Neutralität Deutschlands sicher sein. Welchen von den beiden Wegen sollte man wählen, die sich auf diese Weise boten? Sollte man in Wien anklopfen, um zu versuchen, ob man hier Gegenliebe für den gemeinsamen Krieg mit der Pforte finde, oder in Berlin, um den dünnen Faden weiterzuspinnen, der aus Anlaß der Mission Manteuffels in Warschau geknüpft worden war, d. h. um mit Hilfe Deutschlands den Konsequenzen der Reichstädter Abmachungen zu entschlüpfen? Für beides sprachen gewichtige Gründe. Sollte man schon jetzt mit Österreich brechen, ohne sich noch einmal authentisch vergewissert zu haben, ob man sich nicht doch mit ihm schließlich zu finden vermöchte? Das widersprach der persönlichen Politik Gortschakows, der an der Idee des Zusammenwirkens mit Österreich zäh festhielt, und auf dessen persönlichem Anteil die übereilten und unglücklichen Reichstädter Stipulationen vorwiegend beruhten; gerade deshalb wollte sich ja Gortschakow von dieser seiner bisherigen obersten Maxime nicht trennen, weil er innerhalb des Dreikaiserbündnisses ein engeres Zusammengehen zwischen Petersburg und Wien wünschte, um Bismarck gleichsam kaltzustellen. Es gab freilich einflußreiche Elemente am russischen Hofe, die die Dinge unter einem anderen Gesichtspunkte betrachteten. Schließlich hatte doch die österreichisch-russische Balkanentente Rußland nicht nur nicht die geringsten Vorteile bisher gebracht; sie legte vielmehr jetzt seinem Vorgehen gegen die Pforte nur Fesseln an. Und wenn anderseits Deutschland der russischen Balkanpolitik, einem isolierten Vorgehen Rußlands ohne Teilnahme Österreichs und sogar ohne Rücksicht auf Österreich, seine Sanktion erteilte, dann hatte Rußland freie Hand und konnte tun und lassen, was es wollte. Der Zustimmung Frankreichs glaubte man sicher sein zu dürfen; England war gespalten und zwieträchtig, indem hier eine mächtige Strömung in der öffentlichen Meinung sogar in Rußland, wenn es zum Schlage gegen die Türkei ausholte, den Vorkämpfer der Humanität und Zivilisation zu erblicken geneigt war; von Italien war es bekannt, daß es bei seinen irredentistischen Wünschen leicht gegen die Donaumonarchie zu haben war. Im russischen Publikum wäre ein Krieg gegen Österreich-Ungarn nicht minder populär gewesen, als gegen die Pforte. So kam alles auf Deutschland an, und schon im August hatten ja der Zar und Gortschakow Manteuffel sondiert, ob das Deutsche Reich sich Rußland versagen würde, wenn dieses allein losschlüge. Zwar hatte sich der deutsche General in Warschau, wie man auf russischer Seite behauptete, befriedigend erklärt; aber noch stand die offizielle Bestätigung seiner Zusagen aus. Der Zar war darüber höchlichst verstimmt; jetzt wollte

er nicht mehr länger warten, sondern wissen, wessen er sich von Bismarck zu versehen hätte. Konnte er auf Deutschlands Wohlwollen rechnen, so war der habsburgische Kaiserstaat an die Wand gedrückt.

So entsprang denn in Rußland der Gedanke einer diplomatischen Doppelaktion: einerseits ging man daran, Österreich zu einem gemeinsamen Balkanunternehmen zu bestimmen; andererseits sollte Bismarck die vermeintlichen Verheißungen Manteuffels sicherstellen, — tat er das, so war man in Rußland gedeckt, wenn Wien sich weigerte, mit in den Krieg gegen die Pforte zu treten; dann konnte man vielmehr im Notfalle die Waffen gegen die Donaumonarchie wenden. Am 23. September entsandte Alexander II. seinen Flügeladjutanten, den Grafen Sumarokow-Elston, mit einem Handschreiben an den Kaiser Franz Josef; es wurde darin der Vorschlag gemacht, daß Österreich und Rußland, falls der Sultan keine Reformen auf dem Balkan gewähre, zusammen mit Gewalt vorgingen: während die vereinigten Geschwader Europas, wie ja bei den übrigen Mächten beantragt wurde (s. o. S. 112), in den Bosporus einliefen, sollten die Österreicher in Bosnien, die Russen in Bulgarien einrücken. Am 27. übergab Sumarokow den Brief seines Kaisers in Wien. Dem diplomatischen Gebrauche zuwider machte Gortschakow von dessen Inhalt sofort allen Mächten telegraphische Mitteilung. Zur gleichen Zeit setzte die ergänzende Aktion in Berlin ein. Am 25. September schickte der General von Werder aus Livadia ein unchiffriertes Telegramm des nachstehenden Wortlautes: „Der Kaiser scheint sehr eine Antwort in bezug auf die Sendung nach Warschau zu wünschen; bitte um Benachrichtigung, ob solche zu erwarten ist.“ Kaum war der erste Versuch der russischen Reichsleitung, die Mission Manteuffel und die dadurch bewirkte persönliche Berührung der beiden Monarchen für ihre momentanen Zwecke auszunützen, durch die Eröffnungen abgewehrt, die der Staatssekretär Bülow dem Herrn d'Oubril in Berlin und vor wenigen Tagen der Graf Berchem in St. Petersburg gemacht hatte, so setzte auch schon wieder ein neuer Vorstoß ein, und jetzt mit viel schwererem Geschütz, in der Form einer direkten mündlichen Anfrage des Zaren bei dem seiner Person unmittelbar attachierten deutschen Militärbevollmächtigten, — das hieß Deutschland in einer geradezu brüsken Art und Weise zu stellen und nötigen, Farbe zu bekennen. Hatte Bismarck, als er vor vier Wochen die Sendung Manteuffels nach Warschau anregte, sich der Hoffnung hingegeben, über Gortschakow hinweg vielleicht an den Zaren heranzukommen und wenigstens zunächst eine Verständigung von Monarchen zu Monarchen einleiten zu können, so widerfuhr ihm jetzt die Enttäuschung, daß sich nicht nur der Zar mit Gortschakow identifizierte, sondern auch in dessen Kerbe mit Vehemenz einschlug und dessen Bemühungen trotz ihres bereits erfolgten Scheiterns mit dem ganzen Gewichte seiner Autorität, unter Benutzung Werders und Umgehung der offiziellen Organe des auswärtigen Dienstes Deutschlands in Rußland, nochmals mit beinahe gewaltsamer Initiative aufnahm. Der Kanzler machte seiner Entrüstung über die unerhörte Zumutung durch die Worte Luft: „Wie kann auf eine solche allgemeine und unklare Phrase eine Antwort erwartet werden! General von Werder wird zur Aufklärung über die Motive dieses auf-

fälligen Schrittes zu veranlassen sein, und zur Erklärung darüber, auf welche Punkte in bezug auf die Warschauer Sendung der Kaiser eigentlich Antwort erhalte [d. h. Antwort erhalten wolle]." Bülow erwiderte Werder aus Berlin am 30. September: Zweck und Motive des Telegramms seien daselbst nicht recht verständlich gewesen; Kaiser Wilhelm habe daher befohlen, nicht darauf zu antworten; man wisse überhaupt nicht, auf welche Fragen „in bezug auf Sendung nach Warschau" der Zar noch „Antwort" erwarten könnte; der Reichskanzler bitte um Mitteilung, warum der General das Telegramm vom 25. nicht in Chiffre geschickt habe und was ihm über die Motive Alexanders bekannt sei. Unverzüglich (am 1. Oktober) replizierte Werder diesmal in chiffrierter Depesche: er habe die Ausdrucksweise in seinem ersten Telegramm für ganz unverfänglich gehalten; der Zar habe sowohl in seinem Handschreiben vom 7. September (wozu Bülow bemerkte: „Nicht richtig!"), als auch Manteuffel mündlich gesagt, er hoffe, daß, wenn es zum Kriege mit Österreich kommen sollte, Kaiser Wilhelm gerade so handeln würde, wie er selbst es 1870 getan habe; fast täglich spreche Alexander davon zu ihm und wünsche dringend eine Bestätigung; er drücke dabei seine höchste Befriedigung über die Nachrichten aus Berlin und die deutschen Instruktionen für Konstantinopel aus, nämlich hinsichtlich des Druckes auf die Pforte in der Waffenstillstandsfrage.

Jetzt also endlich rückte der Zar mit der Sprache heraus; er präzisierte das, was er in seinen Unterhandlungen mit Manteuffel und im Briefe vom 7. September noch so dunkel und versteckt angedeutet hatte, daß Bismarck es entweder noch nicht daraus gelesen hatte oder auch noch nicht daraus hatte lesen wollen. Aufs schärfste tadelte der Reichskanzler Werders Verhalten: daß sich dieser als Werkzeug Rußlands dazu hergebe, solche Pressionen auf Deutschland auszuüben, sei es nun bewußt oder unbewußt, das sei bezeichnend genug für den Ideenkreis, in dem er sich in Livadia bewege, und ein Beweis dafür, daß er sich in der Gewalt Gortschakows befinde, der die Person des Zaren mit Geschick gegen die deutsche Politik ausspiele und auch dieser durch den Kanal Werder unter der Maske der Bonhomie unverantwortliche und so unverschämte Ansinnen stelle, wie sie im amtlichen diplomatischen Wege ausgeschlossen seien. Bisher habe man sich in Rußland noch immer so gestellt, als wolle man beim Dreikaiserbündnis verbleiben; wenn der Zar von der „eigenen und gesonderten Stellung" gesprochen habe, die Rußland eventuell in Rücksicht auf seine Würde einnehmen müsse, so habe man daraus nur auf seine Absicht eines Krieges gegen die Pforte schließen können; von einem Kriege gegen Österreich sei jetzt zum erstenmal die Rede. Zunächst war Bismarck geneigt, allerdings zu Unrecht, in der Frage, wie sich Deutschland zu einem russisch-österreichischen Kriege stellen würde, eine bloße Gortschakowsche Falle zu erblicken: „Antworten wir ‚Nein!', so hetzt er bei Kaiser Alexander, antworten wir ‚Ja!', so benutzt er das in Wien." Daher beschloß er, solange sie nicht durch amtliche russische Organe an Deutschland gestellt würde, sie mit Schweigen zu übergehen, aber selbst dann, wenn das geschehe, einer Erwiderung auszuweichen, indem man etwa die „mißtrauische Gegenfrage" aufwerfe, welchen Zweck Gortschakow mit seiner Frage verfolge, so-

lange Rußland weder von Österreich bedroht sei, noch auch der Zar die Absicht kundgegeben habe, Österreich anzugreifen: Noch habe ja Österreich den Russen keinen Grund zu gerechter Beschwerde gegeben, und Rußland habe seinerseits noch keinerlei Drohungen gegen Österreich ausgestoßen; vielmehr böten die russisch-österreichischen Beziehungen noch heute denselben vertrauensvollen Charakter wie in Reichstadt. Daß dem wirklich so war, hat freilich Bismarck selbst schwerlich geglaubt; immerhin konnte er darauf hinweisen, daß im Augenblick wieder einmal Verhandlungen zwischen den beiden Ostmächten spielten, die auf ihr „engeres Bündnis und ihre Kooperation" auf dem Balkan hinzielten (es war dies die Mission Sumarokow), — ein Versuch, der, wie er hinzufügte, bisher alle Aussicht auf Erfolg habe: sollte Rußland von Österreich einmal ungerechtfertigt angegriffen werden, so würden die guten Dienste Deutschlands — das könnte Rußland versichert werden, wenn die durch Werder übermittelte Anfrage amtlich wiederholt würde, — vielleicht über die vom Zaren gewünschte Reziprozität hinaus die Freundschaft beider Monarchen betätigen; zu einer solchen Eventualität liege jedoch bisher keine Wahrscheinlichkeit vor, und Rußland könne daher nicht verlangen, daß Deutschland sich schon jetzt für den Fall eines russisch-österreichischen Krieges festlege; er könne vielmehr als seine Aufgabe nach wie vor nur die Erhaltung des Dreikaiserbundes, nicht eine Erleichterung des Bruches und eine Beteiligung an den Vorbereitungen dazu ansehen.

Um so eher konnte Bismarck die Erledigung der „ebenso dreisten wie unzeitigen Frage" hinausschieben, als es ja geraten war, erst den Erfolg der Verhandlungen Sumarokows in Wien abzuwarten. Er stand den Vorschlägen, die dieser dahin überbrachte, nicht unsympathisch gegenüber; er wünschte ihre Annahme. Die Türken, so meinte er, würden am Ende doch nachgeben, und dann sei der russische Vorschlag ein Schlag ins Wasser; Deutschland könne die Sachen gehen lassen und zusehen, wenn Rußland die Türkei angreife. „Was wir tun, wenn Rußland und Österreich in Krieg geraten, darüber brauchen wir uns noch nicht schlüssig zu machen. Rußland gegenüber handeln wir, wie uns gegenüber Rußland (1870) gehandelt hat." Man sieht, daß Bismarck damals noch nicht im Innern für Österreich und gegen Rußland optiert hatte; aber er verhehlte sich doch nicht, daß ein Krieg zwischen den beiden Ostmächten Deutschland in eine üble Lage versetzen würde. Ein russisch-englischer Konflikt könnte, so führte er in jenen Tagen (29. September) vor Hohenlohe in Varzin aus, uns gleichgültig sein, nicht aber ein solcher zwischen Rußland und Österreich: sollten wir uns neutral verhalten, so würde uns das der Geschlagene nie verzeihen; mit Österreich könnten wir Rußland im Schach halten; wenn jenes aber ganz vernichtet würde, so würde uns Rußland gefährlich, und wenn wir dann auch die Deutschen Österreichs annektieren könnten, so würden wir doch nicht wissen, was wir mit den Slawen und Ungarn machen sollten, — das sind doch schon die Argumente, die ihn später zur Option für Österreich bestimmten. Im großen und ganzen sah er die Situation noch nicht als unmittelbar bedrohlich an. Als Hohenlohe ihn fragte, ob es nötig sei, daß er sofort auf seinen Posten nach Paris zurückkehre, verneinte er: „es komme nicht darauf an, die französische Regierung

zu bestimmen oder abzuhalten, da die Franzosen jetzt doch nichts tun wollten". M. a. W.: er wußte, daß Frankreich den Russen in der Balkanfrage keine aktive Unterstützung leihen wollte, oder wenigstens, daß im Moment in Paris keine Entscheidung für den Frieden Europas getroffen werden würde. Der cauchemar des alliances, die Besorgnis vor einer russisch-französisch-österreichischen Kombination, war von ihm gewichen, und auch dessen konnte er sich bewußt sein, daß die Anstrengungen mißglückt waren, die Gortschakow den ganzen Sommer gemacht hatte, Deutschland „mit Österreich zu brouillieren und Deutschland einen wenn auch nur diplomatischen échec beizubringen". Er fühlte sich wieder am längeren Hebelarm, und auch die Gefahr eines russisch-österreichischen Bruches schien geschwunden. Denn am 3. Oktober schickte Werder aus Livadia ein Telegramm, demzufolge Österreich alle Propositionen Sumarokows angenommen hatte.

Wenn diese Nachricht Werders, woran wohl nicht zu zweifeln ist, vom Zaren stammte, so ging sie auf falsche Berichte Sumarokows und des Botschafters Nowikow zurück; zu früh hatten diese geglaubt, das Wiener Kabinett für die gemeinsame Aktion gewonnen zu haben; sie sollten bitter enttäuscht werden. Beide gaben sich alle Mühe bei Andrassy, aber umsonst. Nowikow, der sich noch im Vorjahre gegen einen österreichischen Einmarsch in Bosnien ausgesprochen hatte, weil dadurch das österreichische Prestige bei den Balkanchristen allzusehr steigen würde, schrieb jetzt (2. Oktober) an Gortschakow: „Es scheint mir, daß es uns, unter dem politischen Gesichtspunkte betrachtet, ziemlich gleichgültig sein kann, ob einige Hunderttausende Bosniaken, größtenteils Katholiken und Muselmänner, dem Gesetze der natürlichen Anziehung an die benachbarte Monarchie gehorchen. Rein menschlich angesehen, können wir nur zufrieden sein, wenn unsere Glaubensgenossen in Bosnien, der erniedrigenden Herrschaft der Paschas entzogen, im Schoße eines christlichen und zivilisierten Staates eine wirksame Erleichterung ihrer Leiden finden." Aber warum sollte sich Österreich (auf diesen Standpunkt stellte sich Andrassy) an einem Krieg Rußlands gegen die Türkei beteiligen? Siegte Rußland, so war Österreich nach den Eventualabmachungen von Reichstadt immer eine Vergrößerung in Bosnien und der Herzegowina sicher, und mochten sich die Ereignisse gestalten, wie sie wollten, seine bosnische Hypothek konnte Österreich immer noch rechtzeitig genug anmelden; das Odium des Krieges gegen die Pforte konnte Rußland sich allein aufladen. Andrassy nutzte die Gunst der augenblicklichen politischen Lage gegen Rußland auf das unbarmherzigste aus; Gortschakow wurde für seinen Größenwahn, Bismarck ausschalten und, indem er Österreich nach sich ziehe, in Gemeinschaft mit dem Donaureiche Europa den Willen Rußlands diktieren zu können, auf das furchtbarste bestraft, zumal da Frankreich sich ihm gänzlich versagte und einer vollkommenen Passivität befliß, ja sogar eher gegen Rußland Stellung nahm. Mit einem fast diabolischen Hohne wurde die Sendung Sumarokow-Elstons in Wien aufgenommen. Schon die Mitteilung an die übrigen Kabinette wurde gerügt; der Botschafter Nowikow mußte sich sagen lassen: „Unser Geheimnis ist das des Polichinell." Andrassy stellte sich von der Absicht eines russischen Einmarsches in Bulgarien höchlichst über-

raſcht, da in Reichſtadt nur die Rede von einem ſolchen in Aſien geweſen ſei. Er wollte nicht glauben, daß die Ruſſen keine Abſichten auf Bulgarien hätten, und wiederholte mehrfach, daß ſie, erſt einmal dort befindlich, ſogar wenn ſie es wollten, nicht mehr herausgehen könnten, da das heißen würde, die Chriſten daſelbſt der türkiſchen Rache preiszugeben. Aus dem gleichen Grunde weigerte er ſich, die öſterreichiſchen Truppen in Bosnien einrücken zu laſſen: es würde ſchwierig ſein, ſie wieder herauszubringen, und ſo könnte durch die Macht der Dinge daraus die dauernde Annexion Bosniens und der Herzegowina von ſelbſt ſich entwickeln; dabei verfehlte er nicht, alle die Nachteile aufzuzählen, welche dieſe Annexion für die Donaumonarchie zeitigen könnte, wie er auch auf die tatſächlich dagegen vorhandene Abneigung der deutſchen und ungariſchen Bevölkerungselemente in der Doppelmonarchie hinwies: ſchon deshalb, daran hielt er auch ſpäterhin feſt, könne ſich Öſterreich an einem Kriege gegen die Pforte nicht beteiligen, weil man dahinter in den Parlamenten Eroberungsabſichten wittern und ſich ſolchen widerſetzen würde. Das hinderte ihn freilich nicht, im weiteren Verlaufe der Verhandlungen durchblicken zu laſſen, daß man in Wien es gnädigſt geſtatten wollte, wenn Rußland für ſich gegen die Türkei losbreche, nur daß dann vertragsmäßig ergiebig dafür Sorge getragen werden müßte, daß die öſterreichiſchen Intereſſen auf dem Balkan nicht verletzt würden, und daß Öſterreich aus eben demſelben Grunde es ſich dann vorbehalte, in Bosnien einzumarſchieren, natürlich auf die Ausſicht hin, daß man ſich darauf hier dauernd feſtſetze, — das hieß eben, Rußland zuzumuten, für Öſterreich die Kaſtanien aus dem Feuer zu holen.

Mehrere Tage ließ ſich Andraſſy Zeit, die Antwort ſeines Herrſchers auf das Handſchreiben des Zaren zu entwerfen; ſie war ebenſo ausführlich wie kategoriſch ablehnend: niemals könne Öſterreich die Pforte zwingen, für Bosnien und die Herzegowina eine gleiche Autonomie zu bewilligen, wie ſie für Serbien und Rumänien beſtehe; denn niemals könne es zwiſchen Dalmatien, Kroatien und Slawonien autonome ſlawiſche Staaten entſtehen laſſen, weil dadurch in dieſe Gebietsteile des habsburgiſchen Reiches ſelbſt die Anarchie hineingetragen und in ihnen verewigt werden würde. Der Gedanke eines gemeinſamen Einſchreitens gegen die Pforte wurde abgewieſen, auch der eines Einmarſches der beiderſeitigen Truppen in Bulgarien und Bosnien. Selbſt eine iſolierte Intervention Rußlands wurde gemißbilligt und Rußland darauf aufmerkſam gemacht, daß ſeine Feſtſetzung in Bulgarien auf den Widerſtand ſowohl der öffentlichen Meinung im Donaureiche als auch Europas ſtoßen würde. Als das einzige Zwangsmittel, um heilſam auf die Türkei einzuwirken, wurde — auch das freilich mit gewiſſen Vorbehalten — eine allgemeine Flottendemonſtration bezeichnet. Als eine blutige Ironie mußte es unter dieſen Umſtänden Gortſchakow empfinden, wenn Andraſſy in einem Begleitſchreiben an ihn die Miſſion Sumarokows als „ein des ruſſiſchen Kanzlers würdiges Werk“ pries, geeignet, „den traditionellen Irrtum vom kraſſen Gegenſatz der Intereſſen Rußlands und Öſterreichs auszumerzen“, und wenn das Handſchreiben Franz Joſefs damit ſchloß: der Monarch ſchmeichle ſich mit der Hoffnung, es werde gelingen, daß Öſterreich-Ungarn

und Rußland gemeinsam und verbunden miteinander vorgingen; sollte dies aber doch nicht möglich sein, so tröste er sich mit der Aussicht, der gegenseitige Austausch der Ideen verbürge wenigstens das eine, daß Österreich und Rußland nicht in entgegengesetzter Richtung marschieren würden. Durch den Brief Franz Josefs oder, richtiger gesagt, Andrassys vom 3. Oktober 1876 an den Zaren wurde der Keim zu jenem Kampfe zwischen den beiden Kaiserreichen des Ostens gelegt, dessen letztes Ergebnis im Sturze der beiden Herrscherhäuser und in der totalen Vernichtung des einen der beiden Staatswesen bestehen sollte, während das andere seiner Besitz- und Machtstellung, die das Werk von Jahrhunderten gewesen war, zum großen Teil verlustig gehen und in die schwersten inneren Krisen und Verwicklungen gestürzt werden sollte. Es gibt keine Handlung des Monarchen, der über zwei Menschenalter an der Spitze des alten stolzen Habsburgerstaates stand und so große Wandlungen des ihm von seinen Ahnen überkommenen Gemeinwesens erleben mußte, an die sich Folgen von so erschütternder universaler Bedeutung und Tragweite geknüpft haben, wie das Handschreiben, das er damals nach dem Entwurfe seines leitenden Ministers nach Livadia durch den Grafen Sumarokow abgehen ließ; es ist der Ausgangspunkt einer Entwicklung, die zum Weltkriege führte, und um die sich alle weltpolitischen Vorgänge in diesem Zeitraum bis 1914 schließlich gruppierten. Das Dreikaiserbündnis wurde jetzt innerlich gesprengt, und in den sich nunmehr erhebenden Konflikt zwischen den beiden Genossen, den Kaiserreichen des Ostens Europas, wurde bald auch der dritte, das Reich der Mitte des Erdteils, hineingezogen, um dereinst auch schließlich in die Katastrophe der beiden anderen verflochten zu werden.

Was sollte Rußland jetzt tun? Es war durch die Politik Gortschakows, der da gemeint hatte, Deutschland ausschalten, Österreich vor seinen Wagen spannen zu können, in eine Sackgasse geraten. Österreich weigerte sich, an einer militärischen Aktion teilzunehmen, gab auch deutlich sein Mißbehagen über ein isoliertes Vorgehen der Russen in Bulgarien kund, indem es für diesen Fall seinerseits die Besetzung von Bosnien, aber nicht etwa in kriegerischem Zusammenwirken mit Rußland gegen die Pforte, in Aussicht stellte, und konnte sich nur für den Plan der Flottendemonstration einigermaßen erwärmen. Diese aber wurde von England alsbald abgelehnt unter dem Vorwande, daß sie den Verträgen zuwiderlaufe und zum Kriege führen könne, in Wahrheit, weil Beaconsfield nicht die Russen an Konstantinopel herankommen lassen wollte. Immer dringender forderte die öffentliche Meinung in Rußland die bewaffnete Intervention zugunsten Serbiens, und Gortschakow war der Ansicht, niemals, soviele Kriege auch bereits zwischen Rußland und der Türkei geführt worden seien, habe sich eine so günstige Situation für die Eröffnung des Kampfes geboten: man könne die Türken zwischen zwei Feuer nehmen, indem die Russen eben in Bulgarien einrückten, während die Serben und Montenegriner im Westen weiterfochten und eine zweite russische Armee die Armenier und Kurden revoltierte. Niemals, so meinte er, habe man bisher die Möglichkeit gehabt, so schnell und mit verhältnismäßig so geringen Kosten entscheidende Ergebnisse zu erzielen. Aber wenn man jetzt, während die Verhandlungen noch liefen, losging, war das nicht eine direkte

Provokation Europas, und was konnte man vorschützen, um diesen Bruch zu beschönigen? Rastlos spielte der Telegraph nach Deutschland, um hier die gewünschte Aufklärung zu bekommen; aber Bismarck hüllte sich in ein eisiges Schweigen. In seiner Ratlosigkeit, wie er einen Ausweg aus seiner verfahrenen Lage finden könnte, kam Gortschakow zum verzweifelten Entschluß, noch einmal bei Österreich anzuklopfen. Sollte dieses denn wirklich so egoistisch-rücksichtslos sein, auf dem Schein von Reichstadt so hartnäckig zu bestehen, daß es imstande war, Rußland allein die ganze Arbeit zu überlassen und die Gelegenheit zu benützen, um Bosnien, ohne einen Schwertstreich zu riskieren, unter dem Vorwande von Vorsichtsmaßregeln zur Sicherung seiner Grenzen in die Tasche zu stecken? So viel ging doch aus allem hervor, daß man in Wien mit dem Zerfall des Osmanischen Reiches rechnete und den Erwerb Bosniens anstrebte, — sollte sich Österreich da nicht doch noch zum Zusammenwirken mit Rußland bereit finden lassen? Und wieder erwachte in Gortschakow der Wunsch nach Ausschaltung Deutschlands, — der hatte sich bei ihm zu einer krankhaft fixen Idee gesteigert: „Wenn Österreich mit Rußland einig ist," so erklärte er immer noch, „so kann sich Bismarck nicht an die Spitze einer aktiven Koalition gegen Rußland stellen!" Er versuchte es denn in Gottes Namen noch einmal in Wien. Durch ein Schreiben vom 10. Oktober regte er für das nächste Frühjahr einen gemeinsamen russisch-österreichischen Krieg gegen die Pforte an, indem er den sofortigen Abschluß eines Vertrages zur Regelung aller Einzelfragen vorschlug, die dabei in Betracht kamen. Ob man sich im kaiserlichen Hoflager in Livadia von diesem Schritte angesichts des Briefes Franz Josefs vom 3. Oktober einen Erfolg wirklich versprach oder wenigstens versprechen durfte? Vielleicht faßte man die österreichische Antwort noch so auf, daß sich Österreich zunächst nur sperre, um für den förmlichen Vertrag, der ja der von Rußland gewünschten gemeinsamen Unternehmung gegen die Pforte vorausgehen mußte, möglichst vorteilhafte Bedingungen herauszuschlagen, und jedenfalls mußte man die Sache so lange hinziehen, bis man aus Deutschland einen klaren und sicheren Bescheid auf die durch Werder an Bismarck übermittelte Anfrage erhalten hatte.

Diese Antwort ließ allerdings recht lange auf sich warten; schon seit Wochen wurde sie mit heißer Sehnsucht in Livadia begehrt. Je spröder sich Andrassy verhielt, um so brennender erwachte in Rußland der Wunsch, sich wider Österreich wenden zu dürfen; schon war man hier so weit, als den wahren Feind nicht mehr sowohl die Pforte, wie vielmehr Österreich zu betrachten. Der Weg nach Konstantinopel führte nunmehr über Wien; erst mußte mit Österreich-Ungarn, wenn es auf dem Reichstädter Schein bestand, aufgeräumt werden; dann fiel Rußland der Balkan als reife Frucht in den Schoß. Dazu aber brauchte man hinwiederum die Erlaubnis Deutschlands, und zwar nicht nur zum Angriff, sondern auch zur gänzlichen Niederwerfung. Und eine solche war tatsächlich beabsichtigt. Etwa drei Jahre später hat Bismarck dem damaligen französischen Botschafter in Berlin, dem Grafen von St. Vallier, erzählt: Ursprünglich habe ihm Rußland die vollständige Preisgabe Österreich-Ungarns zugemutet und ihn für den Gedanken einer Teilung des habsburgischen Reiches zu gewinnen versucht.

„Ich schwieg auf die ersten Eröffnungen; man erneute sie und trieb mich in die Enge; ich erklärte, daß wir die Erhaltung Österreichs als eine notwendige Sicherung unserer Sicherheit betrachteten, und daß wir keinen Plan zulassen könnten, der auf seine Zerstörung abzielte." Jedenfalls hatte auch das Begehren des bloßen Neutralitätsversprechens (da es sinnlos gewesen wäre, dieses lediglich auf den Beginn des Krieges zu beschränken) schon dieselbe Konsequenz, wie die soeben erwähnte weitergehende Forderung Rußlands mit dem Anerbieten der Aufteilung Österreich-Ungarns zwischen Rußland und Deutschland. Zuerst argwöhnte Bismarck, wie wir hörten, daß das Ganze nur eine Falle Gortschakows sei; gleichfalls drei Jahre später suchte er den Urheber der Intrige in dem russischen Kriegsminister Miljutin. „Er war es," so ließ er sich am 29. August 1879 vor Kaiser Wilhelm aus, „der vor zwei Jahren (muß heißen: drei) die Anfrage aus Livadia durch General Werder veranlaßte, ob Deutschland in einem russisch-österreichisch-ungarischen Kriege neutral bleiben werde, um dann, nach Überwindung der österreichisch-ungarischen Monarchie, im Bunde mit Frankreich und vielleicht auch mit dem geschwächten Österreich-Ungarn über das Deutsche Reich herzufallen." Es läßt sich kaum denken, daß Gortschakow von den Schritten des Zaren bei Werder kein Wissen getragen, und daß sie nicht mit seinem wenigstens formellen Einverständnis erfolgt sein sollten; immerhin ist es möglich, daß die Anregung von Miljutin ausging, und daß Gortschakow, der damals noch die Aufrechterhaltung der österreichisch-russischen Balkanentente verfocht und betrieb, doch die Aktion Miljutins daneben für alle Fälle laufen ließ, sei es auch nur, um dem Zaren seinen Willen zu erfüllen, sei es, um diesem tatsächlich, wie Bismarck argwöhnte, den Beweis zu liefern, daß Bismarcks Sympathie für Rußland unaufrichtig oder doch nur platonisch sei, und um dadurch Alexanders Vertrauen zum deutschen Kanzler zu erschüttern. So viel dürfte freilich als sicher zu betrachten sein, daß, mochte auch Gortschakow für seine Person die Aussicht, Bismarck vor den Wagen der russischen Politik einspannen zu können, recht skeptisch beurteilen, eben darauf in Livadia zurzeit mit aller Energie hingearbeitet und nichts sehnlicher gewünscht wurde, als von Berlin aus die Zusicherung eines Rückhaltes im Fall eines Bruches mit Österreich zu erreichen, und so erwartete man denn hier mit Schmerzen, welchen Bescheid man auf die Telegramme Werders vom 25. September und 1. Oktober empfangen werde. Je länger er ausblieb, um so dringender wurde der Zar; immer wieder neue Anfragen mußte Werder nach Deutschland übermitteln.

Zunächst betonte Bismarck die formelle Inkorrektheit des Weges, den der Zar eingeschlagen hatte, — freilich hatte die Tätigkeit des Militärbevollmächtigten schon öfters in das Gebiet der diplomatischen Verhandlungen hinübergegriffen. Er versuchte es mit dilatorischen Rückäußerungen, indem er es für unmöglich erklärte, sich ohne höhere Ermächtigung hierin zu äußern; er empfahl auf wiederholtes Drängen, sich amtlich, wenn auch vertraulich, durch den russischen Botschafter an das Auswärtige Amt zu wenden; indessen schnitten wiederholte Reklamationen durch neue Telegramme Werders solche Versuche des Ausweichens ab. An die vier Wochen währte dieses aufregende Spiel von Herüber und Hinüber.

Aufs höchste war der Kanzler darüber erzürnt, daß sich Werder zum Träger der russischen Aktion hergab. Am liebsten wäre es ihm gewesen, wenn der General, „der in Livadia diplomatisch gemißbraucht werde, ohne sich dessen erwehren zu können“, sofort von dort abberufen würde; zum mindesten verlangte er, daß Werder angewiesen würde, die Politik, von der er weniger zu verstehen scheine, als in seiner Stellung wünschenswert sei, mehr als bisher von sich abzulehnen, auf die kompetenten Bahnen zu verweisen und keine politischen Aufträge mehr zu übernehmen, „die dem russischen, aber nicht dem deutschen Dienste angehören“. Eben damals hatte Rußland, um einen Druck auf die Pforte zugunsten des Waffenstillstandes (s. o. S. 112) auszuüben, bei den Mächten die gemeinsame Entsendung von Kriegsschiffen nach dem Bosporus angeregt; auch diesen Wunsch hatte der Zar persönlich durch Werder telegraphisch (am 26. September) nach Berlin mitteilen lassen mit dem Hinzufügen seiner „festen Zuversicht“, daß sich die deutsche Flotte daran beteiligen würde. Bismarck beanstandete die Form dieses Vorgehens, da dabei für Deutschland die Gleichheit und die Möglichkeit verloren gehe, die russischen Forderungen zu diskutieren, sie ausreichend zu beantworten oder Gegenbedingungen daran zu knüpfen; er lehnte das russische Verlangen auch sachlich ab, falls es nicht auch von England gutgeheißen und unterstützt würde, indem er darauf hinwies, daß eine Demonstration dieser Art ohne die Teilnahme Englands unwirksam sein würde, und daß, falls dieses sich dem Plan widersetze, Deutschland in eine peinliche Lage geraten, ja sogar in Feindseligkeiten mit Großbritannien verwickelt werden könnte. Er witterte dahinter abermals eine Intrige Gortschakows, zum Zwecke, entweder Deutschland hinter sich herzuziehen oder es beim Zaren anzuschwärzen. In allem, was von russischer Seite kam, erblickte er Gortschakowschen Lug und Trug. Von Livadia war ja, wiederum durch Werder, am 3. Oktober telegraphisch mitgeteilt worden, Österreich habe alle Vorschläge Sumarokows angenommen; schon am Tage nachher wußte Bismarck, daß diese Meldung „zweifellos unrichtig“ war, und er gewahrte in ihr ebenfalls nur den erneuten Beweis, „in welcher Weise die Person des Kaisers Alexander vom Fürsten Gortschakow geschäftlich verwertet wird, um bei uns Eindrücke zu erzeugen, welche der Sachlage nicht ganz entsprechen“.

Nicht daß sich Kaiser Wilhelm auf die Dauer den Gesichtspunkten Bismarcks hätte widersetzen wollen, aber das alte Spiel, wie es sich etwa schon in Gastein und in Baden-Baden vor dem Frankfurter Kongreß abgespielt hatte, wiederholte sich jetzt einigermaßen. Soeben verweilte der Monarch in Baden-Baden zusammen mit seiner Gemahlin. Die Kaiserin Augusta war entschieden antirussisch gestimmt; sie sprach mit auffallender Bitterkeit vom Fürsten Gortschakow, der die bessere Einsicht des Zaren trübe und seinem Ansehen schade; sie drückte eine gewisse Geringschätzung gegen die angeblichen christlichen Interessen aus, in deren Namen Rußland und neuerdings auch England gegen die Türkei sich wendeten, — es war der Standpunkt, den Disraeli gegen Gladstone vertrat. Im Zusammenhange damit, daß das christliche Interesse in Rußland jetzt doch nur vom sozialistischen und nihilistischen Element vorgeschoben würde, hatte sie kein Interesse für einen Krieg gegen die Pforte und hoffte, daß Deutsch-

land davon ganz unberührt bleiben würde. Anders der Kaiser. Ihm wurde es in der letzten Zeit immer schwerer, in den orientalischen Wirren seine und die Haltung Deutschlands als eine passive aufzufassen. Er glaubte sich als mächtigster christlicher Souverän zu tätigerem Eingreifen gegen die Türkei verpflichtet. Die direkten Interpellationen von Livadia durch Werder machten auf ihn Eindruck und riefen in ihm den lebhaften Wunsch hervor, für den Zaren mehr als bisher eintreten zu können. Der Geheimrat Otto von Bülow, der als Vertrauensmann des Auswärtigen Amtes sich in seiner unmittelbaren Umgebung befand, gab sich alle Mühe, bei ihm den Intentionen Bismarcks Geltung zu verschaffen; aber das hielt sehr schwer. Zwar erklärte sich der Kaiser mit den sachlichen Erwägungen des Kanzlers, daß man nämlich in Berlin sich nicht unbedingt Rußland in die Arme werfen und die vom Zaren gewünschten Erklärungen abgeben dürfe, grundsätzlich einverstanden; er bezeichnete auch die geschäftliche Verwendung des Generals von Werder für so schwerwiegende Fragen als „prinzipiell unerwünscht und bedenklich". Aber er meinte doch, daß es einen schlechten Eindruck auf den Zaren machen würde, wenn man diesem den Weg vertraulichen Meinungsaustausches durch die Zwischeninstanz Werders versperren würde; nur sollte in Rußland zunächst bedeutet werden, daß die Antworten auf so wichtige Fragen erst auf dem Geschäftswege erfolgen könnten. Er hielt es sogar für wünschenswert, daß Werder beauftragt würde, dem russischen Kaiser direkt auch sachlich beruhigende Erklärungen abzugeben, nämlich daß die Anfrage bezüglich eines etwaigen österreichisch-russischen Bruches dadurch gegenstandslos geworden sei, daß ja nach Alexanders II. Mitteilung an Werder die Sumarokowschen Vorschläge in Wien angenommen worden seien. Schon damit war Bismarck nicht einverstanden; er wollte jeglichen Anschein vermeiden, als ob man in Berlin überhaupt jemals einen russisch-österreichischen Krieg als „indiziert und wenigstens nicht überraschend angesehen hätte". Mehr konnte Otto von Bülow beim Kaiser nicht erreichen; aber bald kamen durch Werder neue Zumutungen. Am 8. Oktober, als gerade die Verhandlungen über den türkisch-serbischen Waffenstillstand in ein besonders kritisches Stadium getreten waren, schickte Werder einen Bericht, der in Deutschland nicht anders als alarmierend wirken konnte. Der Zar, so hieß es darin, sei entschlossen, im Falle fortgesetzter Hartnäckigkeit der Türkei und ergebnislosen Verlaufes der geplanten Konferenzen den Krieg zu erklären, in der Hoffnung, daß der Krieg lokalisiert und daß (darin lag der bedenkliche Schwerpunkt) keine Macht gegen Rußland in die Schranken treten werde. Daran schloß sich weiter an Kaiser Wilhelm der bewegliche Appell: „Daß Eure Majestät, der Sie die Absichten und Gedanken des Kaisers Alexander besser als irgend jemand kennen, alle Schritte desselben billigen und auf das nachdrücklichste unterstützen werden, daran kann der Kaiser [Alexander] keinen Augenblick zweifeln." Indem der Zar vor Werder seinen Zweifel darüber aussprach, ob sich England im Fall des Kriegsausbruches ruhig verhalten würde, ließ er seinen Oheim durch dessen General zum Schluß wissen: „Der Kaiser [Alexander II.] hofft, daß Eure Majestät in dem Falle Ihren ganzen Einfluß geltend machen werden, um dasselbe abzuhalten, feindlich gegen Rußland aufzutreten.

Es würde dem Kaiser sehr lieb sein, wenn Eure Majestät dies auf irgendeine Weise bestätigen wollten.“ Ein russisch-britischer Konflikt drohte aufzutauchen, und das um so mehr, als gerade in den nächsten Tagen Rußland und England bezüglich der Dauer des Waffenstillstandes insofern auseinandergingen, als sich Beaconsfield (s. o. S. 112) damals durch die Pforte überrumpeln ließ, dessen Geltungsfrist zu erstrecken und damit das nach großen Schwierigkeiten glücklich zustande gekommene Einvernehmen der Mächte sofort wieder zu sprengen.

Die neue Komplikation bewirkte eine vorübergehende Meinungsverschiedenheit zwischen Kaiser und Kanzler. Dieser verurteilte es sehr entschieden, daß sich England so leichtfertig durch die Pforte umstimmen ließ und die mühsam gewonnene Einheit der Mächte preisgab, und als das britische Kabinett, wie an die übrigen Mächte, so auch an Deutschland das Ansinnen richtete, die jüngsten türkischen Vorschläge, nämlich die sechsmonatige Dauer der Waffenruhe, unabhängig von Rußlands Beistimmung zu befürworten, riet er seinem Herrscher, zwar nicht strikte abzulehnen, immerhin jedoch nach London zu erwidern, Deutschland wünsche zwar, daß Rußland beipflichten möge, könne sich aber nicht eher erklären, als es sich nicht mit Rußland selber verständigt habe. Er wollte nicht, daß sich Deutschland zum Werkzeuge Englands hergebe, um einen Druck auf die Entschlüsse Rußlands auszuüben, der nur auf Kosten der Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen geschehen könne. Was er empfahl, das war also die äußerste Vorsicht und Zurückhaltung; anderer Ansicht war Wilhelm I. Als er in Baden-Baden die Nachricht vom Auseinandergehen in der Waffenstillstandsfrage (am 15. Oktober) empfing, geriet er in eine lebhafte Aufregung. Zwar wollte er erst das Gutachten Bismarcks abwarten; aber seine Neigung zu aktivem Eingreifen wuchs. Vielleicht unter dem Einfluß seiner Gemahlin mißbilligte er es offenbar, daß sich Rußland hinsichtlich der Dauer des Waffenstillstandes von den übrigen Mächten trennte; er meinte, daß Deutschland nunmehr die Initiative zur Vermittlung ergreifen und sich sofort äußern müsse. Auch von der Notwendigkeit einer Pression auf Rußland sprach er, und er dachte daran, privatim und als Verwandter an den Zaren zu schreiben, daß durch die Fortdauer der jetzigen Politik Rußlands Europa zum Kriege treibe. Otto von Bülow hatte alle Mühe, ihn zum Abwarten zu bestimmen; er stellte ihm vor, daß er einen Schritt von solcher Tragweite nicht ohne das Einverständnis des Kanzlers unternehmen dürfe. Noch eine andere Differenz bestand zwischen dem Kaiser und seinem Minister. Wenngleich jener sachlich gegen Rußland weiter gehen wollte, als dieser, so meinte der Kaiser doch dem Zaren in der Form entgegenkommen zu müssen. Mit größter Energie hatte der Kaiser bis zuletzt darauf bestanden, daß dem Zaren auf seine Anfrage gleichfalls durch Werder mündlich erwidert werde; Bismarck hatte darauf am 14. Oktober erklärt, er könne dazu nicht raten und die vielleicht unerwünschten Folgen, die aus der Benutzung dieses Weges des diplomatischen Verkehrs formell und sachlich hervorgehen könnten, nicht vertreten. Noch schärfer wurde sein Einspruch, als er davon vernahm, daß der Herrscher an seinen Neffen persönlich zu schreiben gedenke; am 16. Oktober gab er

Otto von Bülow die Vollmacht, dem Kaiſer, im Falle der Not, mitzuteilen, daß er ſofort ſein Amt niederlegen würde, wenn ihn dieſer in die Lage verſetzen ſollte, Schritte zu decken, die ſeines (Bismarcks) Erachtens die Zukunft des Landes gefährdeten, ohne notwendig zu ſein. Wir wiſſen nicht, ob Otto von Bülow erſt Bismarcks Demiſſionsandrohung vorbringen mußte, um den Kaiſer gefügig zu machen; jedenfalls gab dieſer vollkommen nach: die Waffenſtillſtandsfrage wurde den Bismarckſchen Intentionen gemäß geregelt; die perſönliche Aktion des Monarchen beim Zaren konnte als abgetan gelten, und auch die mündliche Antwort an dieſen durch Werder verſchwand in der Verſenkung. Sachlich hatte ſich Bismarck freilich auf die Seite Rußlands geſtellt; von einer Preſſion auf Rußland in der Waffenſtillſtandsangelegenheit war nicht mehr die Rede.

Wenngleich Beaconsfield es ſchmerzlich empfand, daß es ihm nicht gelang, in der Frage der Waffenruhe Rußland zur Nachgiebigkeit zu nötigen, wenngleich er ſogar wußte, daß das im weſentlichen das Werk Bismarcks war, der ſich, obzwar mit dem Ausdruck des Bedauerns über die Ablehnung der türkiſch-britiſchen Vorſchläge durch Rußland, dieſen gleichfalls verſagt hatte, ſo erblickte der engliſche Premier doch keine andere Möglichkeit eines Ausweges aus der für ihn total verfahrenen Situation, wie lediglich ein enges Zuſammengehen mit Deutſchland. Er traute jetzt Rußland ganz und gar nicht mehr; aus der Verwerfung des ſechsmonatigen Stillſtandes gewann er den Eindruck, daß Rußland an der Seite Serbiens in den Krieg einzutreten gewillt ſei und nach Bulgarien zu gelangen trachte. Der von Rußland vorgeſchlagenen Flottendemonſtration am Bosporus widerſtrebte er, wie bereits früher, aus dem Grunde, weil Rußland dieſe Gelegenheit benützen könne, um ſich in den Beſitz Konſtantinopels zu ſetzen; in den letzten Tagen des September ſprach er ſich vielmehr vor Derby dafür aus, daß ſich England zwar nicht in einen ruſſiſch-türkiſchen Krieg einmiſchen, jedoch ſelber, und zwar im Einvernehmen mit der Pforte, Konſtantinopel als „eine wichtige Garantie“ beſetzen ſolle. Jetzt war er davon überzeugt, daß eine klare Verſtändigung mit Bismarck und ein Vertrag mit Deutſchland auf der Baſis des status quo das beſte Mittel ſei, um den Frieden in Europa zu wahren. Er ſchrieb in dieſem Sinne an die Königin, an Derby und Salisbury und fand bei ihnen freundliche Aufnahme. Nicht eine Offenſiv- und Defenſivallianz ſollte es ſein, wie er am 17. Oktober Derby auseinanderſetzte, ſondern ein Vertrag mit Deutſchland „im allgemeinen den augenblicklichen status quo aufrechtzuerhalten.... Das würde uns bezüglich Konſtantinopels beruhigen und Bismarck von ſeinem Popanz befreien, einer eventuellen britiſch-franzöſiſchen Allianz und des Verluſtes ſeiner beiden eroberten Provinzen. Wir wünſchen nicht, daß Frankreich ſchwächer wird, als es iſt; aber wenn es ſtärker wird, würde es uns viel Sorge bereiten“. Ein Hindernis zur Erreichung dieſes Zieles ſei, ſo fügte er hinzu, der alte Kaiſer, den er daher freundlicherweiſe in dieſelbe Höhle verwünſchte, wie Friedrich Rotbart. Am 20. Oktober frug Ruſſell beim Auswärtigen Amt in Berlin an, ob Bismarck nicht, da ihm ein Kongreß oder eine Konferenz wenig erwünſcht ſcheine, eine andere Löſung im Intereſſe des Friedens vorſchlagen könne und wolle, — das war ein erſter Fühler in der Richtung, auf welche Beaconsfield jetzt loszu-

steuern gedachte; er lief auf dasselbe hinaus, was Gortschakow schon lange verlangt hatte, daß Deutschland irgendwie die Initiative ergreife.

Das lag nicht in Bismarcks Sinn. Hatte er sich bisher vor Gortschakow dagegen gesträubt, so wollte er sich jetzt dazu auch nicht durch Beaconsfield treiben lassen. Wenn Deutschland Vorschläge mache, so erwog er, würde das stets bedeuten, daß eine oder mehrere der interessierten Mächte den anderen Konzessionen machen sollten; möchte diese Pression auch in den freundschaftlichsten Formen erfolgen, sie würde doch immer die Beziehungen Deutschlands zu der Macht, gegen die sie angewandt würde, dauernd trüben; selbst wenn eine unbeteiligte Macht, wie eben Deutschland, einen neuen Versuch unternehmen würde, noch einmal eine Verständigung unter den Mächten herbeizuführen, und selbst wenn diese gelänge, so sei zu befürchten, wie ja der bisherige Verlauf der Waffenstillstandsangelegenheit beweise, daß sie an dem ersten Widerspruch der Pforte oder an der Abneigung dortiger diplomatischer Agenten scheitern würde. Trotz dieser grundsätzlichen Reserve, in der er sich zunächst hielt, legte er (am 20. Oktober) zum erstenmal schriftlich ein ausführliches Projekt nieder, das eine radikale Lösung des orientalischen Problems enthielt, allerdings auf Kosten der Pforte, also in geradem Widerspruche mit Beaconfields Bestreben auf Wahrung des status quo. Die ganze Türkei mit Einrechnung der verschiedenen Stämme ihrer Bewohner, davon ging er aus, ist als politische Institution nicht so viel wert, daß sich die zivilisierten europäischen Völker um ihretwillen in großen Kriegen gegenseitig zugrunde richten sollten. Es fällt Andrassy nicht leicht, Bosnien und die Herzegowina zu nehmen; aber das ist notwendig, um Österreichs Existenz zu sichern für den Fall eines russisch-türkischen Krieges und der Wirkungen, die dieser haben kann; indem es der Donaumonarchie dadurch möglich wird, neutral zu bleiben, ist solches doch immer noch bei weitem das geringere Übel im Vergleich mit einem russisch-österreichischen Kriege großen Stils. Und nun deutet Bismarck sein Balkanrezept an: Einigung der Mächte auf Kosten der Pforte, — der Westen des Balkans für Österreich, der Osten unter die Vormundschaft Rußlands (mit Ausnahme Konstantinopels), Ägypten für England: „Wenn ich die englische Politik zu beraten hätte, so würde ich ihr vorschlagen, analog [wie Andrassy hinsichtlich Bosniens] zu verfahren in der wunden Stelle für England, nämlich des Suezkanals bzw. Ägyptens, und in bezug auf Konstantinopel ein Abkommen mit Rußland auf Grund der Fortdauer der türkischen Herrschaft dort und in Adrianopel mit dem entsprechenden, wie ich glaube, meist von Türken bewohnten Gebiete zu treffen. Wenn Kleinasien mit Konstantinopel und Zubehör dem Sultan verbleibt, so sind sie immer noch stärker als das byzantinische Kaiserreich in seinen letzten Jahrhunderten, und die Dardanellen bleiben in neutralen Händen. Rußland hat nach seinen bisherigen Äußerungen [man beachte den etwas gewundenen und verklausulierten Wortlaut!] keine Pläne, sich in Bulgarien festzusetzen, höchstens autonome Einrichtungen daselbst und Rückerwerb des vor zwanzig Jahren abgetretenen Teiles von Beßarabien im Sinn. Doch das sind spätere Sorgen. Für jetzt meine ich nur, daß, wenn ein so friedfertiger Monarch wie der Kaiser Alexander durch innere Schwierigkeiten

zum Beistande der Christen in der Türkei getrieben wird, England dafür nicht Rußland den Krieg erklären, sondern Suez und Ägypten besetzen sollte und damit den Frieden Europas erhalten, wenn auch auf Kosten der Türkei.“ Bismarck rechnete zwar damit, daß England dabei auf den Widerstand Frankreichs stoßen, daß sich dieser aber dadurch aus der Welt schaffen lassen könnte, daß sich beide Mächte zunächst über einen gemeinschaftlichen Wirkungskreis in Syrien und Ägypten verständigten. Er brachte dafür das französische Prestigebedürfnis in Anschlag und wies darauf hin, daß bei einer derartigen gemeinschaftlichen überseeischen Unternehmung die Präponderanz auf die Dauer doch der stärkeren Seemacht zufallen würde, zumal da England dem Suezkanal an beiden Seiten Streitkräfte zuführen könne und in der Behandlung orientalischer Völkerstämme geschickter sei als Frankreich. Unter diesem Gesichtspunkte hielt er eine englisch-französische Annäherung für die deutschen Interessen und das europäische Gleichgewicht keineswegs für nachteilig, — die Gründe dafür sind unschwer zu erkennen: Frankreich wurde auf diese Weise zunächst vom Kontinent abgelenkt, und es ward durch die gemeinschaftliche Tätigkeit im näheren Orient der Keim zu künftigen Verwicklungen zwischen den beiden Westmächten gelegt, die Frankreich für die Folgezeit erst recht unschädlich für Deutschland machen mußten.

Das ist das orientalische Programm, an dem Bismarck späterhin unverrückt festgehalten hat, das er immer vorzuschieben trachtete, aber immer wieder ohne Erfolg: der Westen der Balkanhalbinsel wird österreichische, der Osten russische Einflußsphäre; England nimmt Ägypten. Damals, Ende Oktober 1876, hat er es in seinen Grundzügen zuerst klar herausgearbeitet und formuliert. Er machte sich keine Illusionen darüber, daß die Verwirklichung mehr als schwierig sein würde; er sagte: „Es ist dies eben ein Phantasiegebilde; aber wenn ich eine leitende Stimme in der Sache hätte, so würde ich doch versuchen, ob der so wertvolle Friede zwischen den europäischen Mächten nicht dadurch erhalten werden kann, daß die ohnehin unhaltbare Einrichtung der heutigen Türkei die Kosten dafür hergibt.“ Er würde kaum wagen, so bemerkte er, solche Gedanken in der jetzigen Krisis und in der Form eines „Rates“ bis an die Instanz von Lord Derby gelangen zu lassen; er entwickelte sie in Varzin lediglich für den Staatssekretär von Bülow „in vertraulicher Form“. Wir wissen nicht, ob dieser in seinen Besprechungen mit Russell davon irgendwelchen, wenn auch nur beschränkten Gebrauch gemacht hat; aber allzusehr liefen sie den Intentionen nicht bloß Derbys, sondern auch Disraelis zuwider, als daß sie auch nur die leiseste Aussicht auf Annahme in London gehabt hätten. Unverändert beharrte Beaconsfield auf seinem alten Axiom von der Unabhängigkeit und Integrität der Pforte; Waffenstillstand und Europäischer Kongreß waren nach wie vor die Mittel, durch welche er dieses Ziel erreichen wollte. Von einer Okkupation Ägyptens wollte er nichts wissen: Es gebe in England Leute, so führte er in den letzten Tagen des Oktober aus, die geneigt seien, Konstantinopel den Russen zu überlassen, wenn dafür England zur Sicherung seines Weges nach Indien Ägypten bekäme: aber wenn die Russen erst Konstantinopel hätten, so könnten sie jederzeit ihre Truppen durch Syrien an die Nilmündung werfen, und was nütze England dann der Be-

sitz von Ägypten? Nicht einmal die Seeherrschaft könne unter solchen Umständen etwas helfen. Wer so spreche, sei ein geographischer Ignorant über alle Maßen; Englands Kraft liege auf dem Meere. „Konstantinopel ist der Kai Indiens, nicht Ägypten und der Suezkanal.“ Die Russen lögen wie immer, wenn sie sagten, daß sie es auf Konstantinopel nicht abgesehen hätten. Beaconsfield befürchtete damals, die Pforte könnte sich durch die Russen so weit einschüchtern lassen, daß sie ihnen die Meeresstraßen öffne und die volle Kontrolle über das asiatische Ufer gewähre; das war für ihn unannehmbar: „Es ist Unsinn, wenn man England als Kompensation dafür Ägypten und Kreta zuweisen wollte; sie würden, wenn Konstantinopel russisch ist, lediglich eine kostspielige Last für England sein.“ Damals glaubte er noch, für den Fall eines russisch-britischen Zerwürfnisses auf Bismarck rechnen zu dürfen. Einer seiner politischen Freunde hatte am Abend des 23. Oktober mit ihm eine Unterredung, deren Quintessenz jener noch am selben Tage dahin zusammenfaßte: in dem großen politischen Duell zwischen Gortschakow und Beaconsfield, das jetzt schon seit Monaten spiele, sei es des letzteren großes Ziel, daß England diplomatisch und, falls es nötig sein sollte, im Kriege als Sieger bestünde; das gäbe einen glänzenden Abschluß seiner wunderbaren Laufbahn; er scheine nicht daran zu zweifeln, daß, wie es augenblicklich das Aussehen habe, Deutschland schließlich gegen Rußland gehen werde. So weit, wie der britische Premier glaubte, war nun freilich die Harmonie zwischen ihm und dem deutschen Kanzler noch keineswegs gediehen. Dieser wollte den Frieden Europas auf Kosten der Pforte gewahrt wissen, jener deren Integrität; die Absichten Rußlands betreffend Bulgarien waren für Beaconsfield ganz und gar nicht lediglich ein Gegenstand „späterer Sorgen“, und daran war durchaus nicht zu denken, daß er sich in Verwicklungen mit Frankreich von unübersehbarer Tragweite würde hineindrängen lassen.

Daß England, um Ägypten zu gewinnen, den Russen freie Hand gegen die Türken lassen würde, war somit noch mehr als zweifelhaft, und auch das war noch sehr fraglich, ob sich Rußland und Österreich auf dem Balkan auf der mittleren Linie treffen würden, die in Bismarcks Sinn und Wunsch lag. Der Westen der Halbinsel für Österreich, der Osten, womöglich mit vorläufigen Restriktionen hinsichtlich Konstantinopels und Adrianopels, für Rußland, — wie einfach auch immer diese Formel zu lauten schien, sie barg doch in sich Schwierigkeiten in Hülle und Fülle. Wie und wo war die Grenzlinie zu ziehen, die beide Teile befriedigte? Konnte und wollte sich Österreich restlos mit dem Erwerb des Hinterlandes seines Litorales, d. h. mit Bosnien und der Herzegowina, begnügen? Oder würde es darüber hinaus vorwärts drängen, noch weiter nach Südosten, nach Mazedonien und Saloniki, auf das Ägäische Meer zu? Mußte es nicht auch Serbien unter seine Herrschaft zu bringen und auf diese Weise unschädlich zu machen trachten, damit nicht die südslawische Idee, dort gepflegt und genährt, hinüberspringe, nicht nur auf den neuen Besitz auf der Halbinsel selbst, sondern auch sogar auf den alten Boden der Donaumonarchie? Würden sich andererseits die Serben für immer willig unter den Dominat der Hofburg ducken und dauernd auf jede großserbische Propaganda verzichten wollen? Standen sie

nicht durch alte Bande der Dankbarkeit, der Kultur-, der Stammes- und Religionsgemeinschaft, durch vielfache und fest geknüpfte Beziehungen persönlicher und sachlicher Art von allen Balkanslawen den Herzen der Russen am nächsten? Konnten sich ihnen diese im Falle eines austroserbischen Konfliktes versagen? Es war im letzten Grunde das Schreckgespenst des größeren südslawischen Balkanstaates, das Andrassy, wie bereits zum Vorhaben der bosnischen Okkupation, so auch weiter gegen eine Lösung der Balkanfrage im Bismarckschen Geiste (zeichnete sich doch hinter einem möglichen Großserbien der Zukunft auch bereits, wenngleich noch in schattenhaften Umrissen, ein Großbulgarien als zweiter russischer Schutzstaat ab) trieb und sie tatsächlich in der Folgezeit so sehr unmöglich machte, daß sie eigentlich niemals in ein Stadium getreten ist, das einen ernsthaften Versuch zu ihrer Durchführung bedeutet hätte. Eben deshalb war Andrassy schließlich überhaupt gegen jede Festsetzung der Russen und des russischen Einflusses auf der Balkanhalbinsel, weil da im Hintergrunde das größere slawische Staatswesen unter russischem Protektorate lauerte. Dazu kamen dann noch die schwerwiegenden Probleme der Donaumündungen und der Meeresengen, an denen ja damals noch England beteiligt war; dadurch erfuhr der Widerstand Österreichs eine weitere Stütze und Stärkung. Allerdings recht gern hätte man sich in Wien Bosnien und die Herzegowina durch die Russen erobern lassen, — sollten sich diese indes dazu ohne Befriedigung eigener Balkanaspirationen bereit finden? Mit unwiderstehlicher Gewalt drängte die öffentliche Meinung im moskowitischen Reiche zum heiligen Kriege zur Befreiung der Brüder auf dem Balkan, — aber sollte man den führen, ohne Aussicht auf eigenen Vorteil, lediglich um zwei slawische Provinzen der Donaumonarchie einzuverleiben?

Aber das alles waren, um mit Bismarck zu reden, „spätere Sorgen“. Für den Augenblick hatte die Politik Gortschakows eine vollkommene Niederlage erlitten. So hatte dieser das Dreikaiserbündnis zu gestalten gedacht, daß Österreich und Rußland dessen festen Kern bildeten (wobei er, obwohl er jenem höflich den Vortritt ließ, doch die Direktive in der Hand zu behalten vorhatte), während sich Deutschland den beiden andern Genossen als relativ willenloser Trabant zu folgen genötigt sehen sollte; Frankreichs gewiß, hatte er einige Zeit sogar England an sich ziehen zu können gehofft, so daß Deutschlands Isolierung eine vollendete Tatsache gewesen wäre. Alle diese Träume waren jetzt verflogen, und das rauhe Antlitz der Wirklichkeit starrte ihm entgegen. Nicht einmal Frankreichs konnte er unbedingt sicher sein, und mit England drohte offene Zwietracht. Es stellte sich heraus, daß sich Andrassy keineswegs damit zu bescheiden geneigt war, die erste Stimme singen zu dürfen, während Gortschakow den Takt dazu schlug, und daß er daher lieber mit Bismarck ging; ja die Sache lag sogar so, daß er mit der Scheinrolle, die ihm Gortschakow zuweisen wollte, so wenig zufrieden war, daß er für den Notfall den Bruch mit Rußland vorzog, und daß er daher froh sein mußte, wenn er für diesen Fall Anlehnung an Deutschland fand. Anstatt in der bisherigen Tripleentente und durch sie in Europa ausgeschaltet zu werden, wurde Bismarck, indem sie durch Gortschakows überfeines Spiel gesprengt wurde, plötzlich der Meister des Schicksals der beiden bisherigen Ge-

fährten, die jetzt zu grimmigen Gegnern wurden, und er wurde von beiden umworben, — vom einen, daß er gegen den andern losgehen dürfe, vom andern nicht nur, daß ihm dagegen Schutz gewährt würde, sondern auch, daß er an den ersten Zumutungen stellen dürfe, die dieser als unerträglich schimpflich, als schwerste Demütigung empfand. Nicht minder schielte Beaconsfield nach ihm; doch gingen die Intentionen hier so auseinander, daß eine Einigung von vornherein für mehr als unwahrscheinlich erachtet werden mußte. Immerhin das war unbestreitbar: von Deutschland hing es ab, ob Rußland sich würde rühren dürfen. Es bedurfte der Erlaubnis Österreichs, um seine Waffen gegen die Pforte zu wenden, und wurde ihm diese in Wien versagt, und sollte sie daher daselbst mit Gewalt erzwungen werden, so brauchte es hinwiederum zu einem Kriege mit Österreich die Genehmigung Deutschlands. Das war ja auch der Sinn der Frage, die der Zar durch Schweinitz in Berlin hatte stellen lassen, ob er auf die gleichen Dienste jetzt gegen Österreich von deutscher Seite rechnen dürfe, wie er sie nach dem Ausbruch des Krieges von 1870 Preußen geleistet hatte, also eventuell Eintritt in den Kampf mit einer starken Armee. Das ging an sich über den Rahmen einer bloßen wohlwollenden Neutralität sogar weit hinaus; aber es war notwendig, weil Rußland allein den Fehdegang mit der gegen die Balkanslawen bisher vollkommen siegreichen Pforte und Österreich-Ungarn zugleich nicht aufnehmen konnte, zumal da auch der Anschluß Großbritanniens an diese beiden letztgenannten Mächte zu befürchten war. Mit wachsender Ungeduld harrte man in Livadia der deutschen Antwort; denn ehe man sie nicht hatte, sah man überhaupt nicht klar und konnte man keinerlei Entschließungen, nach welcher Richtung auch immer, treffen.

Lange genug hatte sich Bismarck „der Beantwortung der indiskreten Frage“ entzogen; schließlich verlangte der Zar von ihm auf Grund ihrer beiderseitigen persönlichen Beziehungen die Aussprache seiner eigenen Meinung unter Beteiligung der russischen Botschaft in Berlin. Jetzt konnte der Kanzler nicht länger ausweichen. Soeben verlebte der Botschafter von Schweinitz seinen Urlaub in Deutschland, und er war gerade im Begriffe, auf seinen Posten zurückzukehren. Bismarck lud ihn zu sich nach Varzin ein; er verweilte hier vom 11. bis zum 13. Oktober und bekam dabei, wie wir aus Bismarcks Memoiren erfahren, den Auftrag, sich sobald als möglich über Petersburg an das Hoflager des Kaisers nach Livadia zu begeben, um dort zu erklären: „Unser erstes Bedürfnis sei, die Freundschaft zwischen den großen Monarchien zu erhalten, welche der Revolution gegenüber mehr zu verlieren, als im Kampfe untereinander zu gewinnen hätten. Wenn dies zu unserem Schmerze zwischen Rußland und Österreich nicht möglich sei, so könnten wir zwar ertragen, daß unsere Freunde gegeneinander Schlachten verlieren oder gewinnen, aber nicht, daß einer von beiden so schwer verwundet oder geschädigt werde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde.“ Auf einen ähnlichen Ton war die offizielle Instruktion gestimmt, die Schweinitz am 23. Oktober vom Auswärtigen Amte erteilt wurde. Er sollte die Gründe auseinandersetzen, weshalb sich die Entgegnung auf die durch Werder übermittelten Fragen des Zaren so lange ver-

schoben hatte, die von solcher Tragweite seien, daß sie nur auf dem amtlichen Weg korrekt erledigt werden könnten. Die Eröffnungen des Zaren vor Manteuffel habe man in Deutschland, so wurde betont, nur auf einen Krieg Rußlands gegen die Türkei, nicht gegen Österreich bezogen: sollte es zu einem solchen kommen, so liege für Deutschland kein Grund vor, aus seiner Neutralität herauszutreten, höchstens wenn der Krieg einen europäischen Charakter annähme und die eigenen Interessen es geböten. „Unseren Interessen kann es nicht entsprechen, durch eine Koalition des gesamten übrigen Europa, wenn das Glück den russischen Waffen ungünstig wäre, die Machtstellung Rußlands wesentlich und dauernd geschädigt zu sehen; ebenso tief aber würde es die Interessen Deutschlands berühren, wenn die österreichische Monarchie in ihrem Bestande als europäische Macht oder in ihrer Unabhängigkeit derart gefährdet würde, daß einer der Faktoren, mit denen wir im europäischen Gleichgewicht zu rechnen haben, für die Zukunft auszufallen drohte.“ Zwar wurde für den Fall eines russisch-österreichischen Bruches dasselbe freundschaftlich-nachbarliche Verhalten in Aussicht gestellt, wie es der Zar früher Deutschland bewiesen habe; aber es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Deutschland damals eine bindende Zusicherung darüber niemals erhalten oder auch nur verlangt habe; demgemäß wurde auch jetzt eine feste vertragsmäßige Bindung auf die Dauer abgelehnt. Ebenso entschieden wurde der Gedanke einer Teilnahme Deutschlands an einem russisch-britischen Kriege rundweg zurückgewiesen; es wurde selbst darüber kein Zweifel gelassen, daß man in Berlin das russische Verlangen auf Eintritt Österreichs an der Seite Rußlands in die Feindseligkeiten gegen die Osmanen nicht billige, und daß man hier der Meinung sei, Rußland könne wohl zufrieden sein, wenn Österreichs Neutralität um den Preis der Besetzung Bosniens zu erkaufen sei, — das hieß so viel, wie daß sich Bismarck mit der Balkanpolitik Andrassys einverstanden und es auch seinerseits für angemessen erklärte, daß die Russen den Wechsel von Reichstadt einlösten. Ganz vorsichtig ward endlich zum Schlusse zur persönlichen Direktive des Herrn von Schweinitz mit dem Bemerken, daß man deutscherseits auf dieser Basis zu vermitteln geneigt sei, der orientalische Teilungsplan Bismarcks angedeutet: Bosnien für Österreich, Ägypten für England; was Rußlands Anteil an der Beute anbelangte, so ließ man mit einiger Zurückhaltung durchblicken, daß Konstantinopel dafür aus Rücksicht auf Großbritannien kaum in Betracht kommen könne. „Wenn russisch-englische Verhandlungen entständen, welche eine Zirkumskription derjenigen Sphäre zum Gegenstande hätten, innerhalb deren sich die russische Aktion zu beschränken hätte, und welche sie in der Richtung nach Konstantinopel nicht überschreiten dürfte, so würden wir uns einer Einmischung in eine so schwierige Frage zu enthalten haben.“ Welchen Bescheid er nach Livadia zu bringen hatte, gab Schweinitz noch vor seiner Abreise dahin unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Varzin (14. Oktober) in Berlin dem Botschafter d'Oubril zu wissen: die Briefe, welche die beiden Kaiser anläßlich der Mission Manteuffel auswechselten, enthielten nichts, was die Haltung Deutschlands im Falle einer isolierten Aktion Rußlands berühre; Kaiser Wilhelm sei in seinem Schreiben an den Zaren so weit gegangen, wie er als konstitutioneller Souverän

hätte gehen dürfen: „Wenn man mich in Petersburg über unsere Haltung gegenüber einer isolierten Aktion Rußlands befragt, so werde ich erwidern, daß sie sich auf mancherlei Art und Weise und in verschiedenen Richtungen darstellen kann. Die Angelegenheit bedarf der Klarstellung. Eine dritte Macht (d. h. Österreich) könnte davon in Mitleidenschaft gezogen werden." Das hieß, wenngleich in etwas verblümtem und orakelhaftem Tone vorgetragen: wenn Rußland eine isolierte Aktion vornimmt und Österreich dagegen Einspruch erhebt, so darf Rußland nicht darauf zählen, daß es gegen Österreich einen Rückhalt an Deutschland findet.

Die Antwort, die Bismarck also auf die Gortschakowsche „Doktorfrage" erteilte, wie sich Deutschland in einem russisch-österreichischen Kriege verhalten, und ob es sich darin auf die russische Seite stellen würde, schien demnach auf ein glattes „Nein" hinauszulaufen, und nach den Eröffnungen, die Schweinitz in Berlin d'Oubril machte, und die dieser unverzüglich an seine Regierung weitergab, konnte der Bescheid, den Schweinitz nach Livadia überbringen sollte, für den Zaren und Gortschakow eigentlich keine Überraschungen mehr enthalten. Und doch war dem so. Tatsächlich hatte Bismarck die Option zwischen Rußland und Österreich noch nicht so vollzogen, wie es nach den Mitteilungen in seinen Memoiren und der Instruktion des Auswärtigen Amtes für Schweinitz den Anschein haben könnte. Der Bescheid, den Schweinitz von Varzin mitnahm, war nämlich keineswegs ein kategorischer, sondern nur ein bedingter; er hatte nur Geltung für den Fall, daß Rußland einen Vorschlag ablehnte, den Schweinitz Gortschakow unterbreiten sollte. Als jener in Varzin weilte, empfing er nämlich von Bismarck die mündliche Weisung, mit dem russischen Kanzler die Idee eines gegenseitigen Bündnis- und Garantievertrages zu erörtern: war Rußland bereit, einen Garantievertrag mit Deutschland über Elsaß-Lothringen abzuschließen, so war Deutschland zu einer „wirksameren Unterstützung" der orientalischen Politik Rußlands bereit, d. h. Rußland freie Hand im Orient zu gewähren und ihm also auch gegen einen Einspruch Österreichs im Sinne der Wünsche des Zaren und dessen Haltung gegenüber Deutschland im Herbst 1870 beizustehen. Wenn Gortschakow auf diesen „Versuch einer Sondierung" einging, dann hatte der Pforte ihre Schicksalsstunde geschlagen, dann waren die habsburgischen Balkanträume in Nichts zerronnen.

Sechstes Kapitel.

Die Option Deutschlands für Österreich.

Daß Rußland auf den Krieg seit geraumer Zeit lossteuerte, das war eine Tatsache, vor der niemand in Europa die Augen zu verschließen vermochte; aber noch war es Mitte und Ende Oktober 1876 nicht entschieden, wem die Rüstungen galten, die Rußland damals traf, — ob der Pforte oder Österreich. In den Kreisen der britischen und der italienischen Diplomatie rechnete man um die Mitte des Monats ernsthaft mit der Möglichkeit eines russisch-österreichischen Krieges. Der Bruder des Zaren, der Großfürst Nikolaus, der das Kommando im kommenden Feldzug führen sollte, wußte noch nicht recht, gegen wen er zu kämpfen haben würde, und wir dürfen hinzufügen, daß es damals der Zar noch nicht mit Gewißheit hätte sagen können, gegen wen seine Truppen schließlich losschlagen würden. Als Ende Oktober Nikolaus zu den letzten Beratungen vor der Entscheidung von Petersburg nach Livadia berufen wurde, da „glaubten noch die meisten, daß der Krieg hauptsächlich gegen Österreich geführt werden, und daß man sich in diesem Falle gegenüber der Türkei auf eine militärische Demonstration beschränken würde".

Wir wissen, daß zwei diplomatische Aktionen von Livadia aus parallel nebeneinander liefen, die eine in Österreich, um dieses zum Anschluß an den Kampf gegen die Türken zu bestimmen, die andere in Deutschland, um für den Fall, daß jene fehlschlüge, und daß das Wiener Kabinett etwa sogar Rußland am isolierten Vorgehen hindere oder für die Erlaubnis dazu den zu Reichstadt ausbedungenen Preis begehre, Österreich zwingen und niederwerfen zu können. Die erste war gescheitert, indem Sumarokow schon Anfang Oktober unverrichteter Dinge aus Wien zurückgekehrt war, und dasselbe mußte man seit Mitte Oktober bereits eigentlich auch von der zweiten annehmen, nach den Eröffnungen, die Schweinitz in Berlin vor d'Oubril gemacht hatte, — vielleicht freilich schmeichelte man sich am russischen Hoflager noch mit der Hoffnung, daß Schweinitz, dessen Ankunft hierhin angemeldet war, noch einen besseren Bescheid mitbringen könnte: tatsächlich war dem ja auch so, allerdings unter Bedingungen, von denen es dahin stand, ob sie für Rußland annehmbar waren. Immerhin übermäßig günstig war die Aussicht für die russische Politik keineswegs, daß die Rücksicht auf Deutschland sie nicht hindern würde, an Wien vorüberzugehen, wenn sie gegen die Pforte losbrechen wollte; um so weniger durfte sie den Faden mit Wien fallen lassen. Da er ja der Donaumonarchie gegenüber erst sein wahres Gesicht enthüllen durfte, wenn er Deutschlands sicher war, hatte der Zar trotz des Scheiterns der Mission Sumarokow, wie wir hörten (s. o. S. 121), noch

einmal mit Franz Josef angeknüpft. Brieflich hatte er ihn am 10. Oktober zu gemeinsamem Eintreten in die Feindseligkeiten mit den Osmanen und zur Regelung aller dafür in Betracht kommenden Einzelfragen aufgefordert, und noch war darauf kein Bescheid eingelaufen. Der neue Antrag Rußlands hatte, ob das nun in der Absicht Alexanders lag oder nicht, eine doppelte Bedeutung. Man konnte, wie schon gesagt wurde, mit Wien nicht gut eher brechen, als bis Bismarck auf die Werdersche Interpellation hin gesprochen hatte: ging nun der deutsche Kanzler auf das Ansinnen einer russisch-deutschen Kooperation gegen Österreich ein, so war der abermalige Vorschlag des Zaren bei Franz Josef eine Art von Ultimatum. Österreich mußte jetzt Farbe bekennen, und wenn es wiederum ablehnte und Bedingungen stellte, die auf eine praktische Durchführung der Abreden von Reichstadt hinausliefen, so durfte Rußland mit Österreich brechen; es durfte fortan eine Politik der freien Hand im Orient treiben, selbst auf die Gefahr hin eines Krieges mit der Donaumonarchie. Versagte sich freilich Bismarck der zaristischen Werbung, dann bot der letzte Brief Alexanders an Franz Josef die Brücke zu weiteren Verhandlungen mit Wien, nunmehr im Sinne eines geheimen Abkommens über die Modalitäten, unter denen Rußland in einen Krieg mit der Pforte eintreten durfte. Nach den Schweinitzschen Erklärungen vor d'Oubril mußte man sich in Livadia darauf gefaßt machen, daß das zweite Glied der Alternative in Geltung trat. Ungewöhnlich lange Zeit brauchte Franz Josef, um Alexander zu antworten, und es ist verständlich, daß dieser nicht drängte, — mußte er doch selbst erst aus Varzin Bescheid bekommen. Am 23. Oktober schrieb Franz Josef an Alexander: Es liege nicht in seiner Absicht, eine militärische Aktion gegen die Türkei zu unternehmen, auch nicht deren Auflösung zu beschleunigen; aber, so fügte er hinzu, er wolle das Einvernehmen zwischen den beiden Kaiserreichen aufrechterhalten, und er sei daher einem Geheimvertrage nicht abgeneigt.

Die Lage, in der sich der Zar und Gortschakow befanden, war nichts weniger als beneidenswert. Von England hatten sie sich nichts Gutes zu versprechen, und mit Österreich waren die Rollen vertauscht. War auch Schweinitz noch nicht mit Bismarcks endgültiger Entscheidung angelangt, so war doch schon vorauszusehen, daß sie nicht so lauten würde, daß sie ihnen unbedingt freie Hand gegen Österreich gewähren würde. Und auf dem Kriegsschauplatze standen die Dinge schlimmer denn je zuvor. Gerade Ende Oktober war es, da errangen die Türken gegen die durch die russischen Freiwilligen verstärkten Serben neue Vorteile bei Alexinatz und Deligrad im Morawatal. Der Weg nach der Donau und Belgrad stand ihnen jetzt offen; es bedurfte anscheinend dazu nur noch einer mäßigen Kraftanstrengung. Fürst Milan ließ verzweifelte Hilferufe nach Rußland erschallen; sie erweckten hier ein leidenschaftliches Echo, und der Zar durfte sich ihnen nicht versagen. Wenn er nur den Arm rühren durfte, hoffte er leicht mit den Osmanen fertig zu werden. Man stellte sich in Livadia den Krieg gegen sie als eine Art militärischen Spazierganges vor. Mit vier Armeekorps dachte man, im Verein mit Serbien und Montenegro den Sieg erringen und bis Konstantinopel vordringen zu können. Der zum Oberbefehl bestimmte Großfürst Nikolaus,

der nunmehr in Livadia anlangte, war allerdings der Ansicht, daß ein Erfolg mit so geringen Streitkräften höchstens dann zu erreichen wäre, wenn man unverzüglich die Feindseligkeiten eröffne, bevor noch Serbien vollständig niedergeworfen wäre. Schon in Rücksicht auf die Stimmung im eigenen Lande durfte der Zar das nicht so weit kommen lassen: so erging denn am 30. Oktober an die Pforte das Ultimatum, bei Vermeidung sofortigen Angriffes binnen 48 Stunden den Serben und Montenegrinern einen Waffenstillstand für sechs bis acht Wochen zu bewilligen. Schwer genug fiel es den Türken, ihren Siegeslauf zu unterbrechen; aber selbst England, das den Frieden so lange als möglich zu erhalten wünschte, und wo Beaconsfield bei seinem alten Plane, Waffenstillstand und Kongreß behufs Wahrung der ottomanischen Integrität, beharrte, setzte sich für eine vorläufige Kampfespause in Konstantinopel mit aller Energie ein; es ließ hier durchblicken, daß man sonst auf eigene Rechnung und Gefahr handeln würde. Ehe noch Ignatiew das russische Ultimatum übergeben hatte, genehmigte der Sultan für Serbien und Montenegro eine Waffenruhe von zwei Monaten. Die Diplomaten konnten nun wieder einmal an die Arbeit gehen, um ein allgemeines Einverständnis in der orientalischen Frage zu schaffen. Ob ihnen dies gelingen würde, ob, selbst wenn das möglich sein würde, die Türken zur Unterwerfung darunter bereit wären, das lag noch durchaus im ungewissen, und die Hauptfrage im Falle des Scheiterns der Friedensverhandlungen, ob Europa, und das hieß England und vornehmlich Österreich, den Russen die Erlaubnis zum Kriege gegen die Türkei erteilen würden, und wenn, dann unter welchen Bedingungen, war fürs erste lediglich vertagt.

So war die Lage beschaffen, da traf Schweinitz (am 31. Oktober) in Livadia ein. Noch am selben Tage hatte er die erste Besprechung mit Gortschakow; sie war von entscheidender Bedeutung. Der Botschafter entledigte sich vor dem Fürsten seiner Instruktion, die er von Bismarck und dem Auswärtigen Amte empfangen hatte; wir wissen, es war die verbrämte Ablehnung der Anfrage Werders. Gortschakow war „durchaus unbefriedigt"; er rief aus: „Wir erwarteten große Dinge von Ihnen, und Sie bringen nichts, was wir nicht längst schon wußten." Es entspann sich ein Gespräch, das von der Seite des russischen Reichskanzlers mit wachsender Erregtheit geführt wurde, über das, was Deutschland für Rußland schon getan hätte, und was es noch tun müßte, um den Dienst Rußlands für Preußen vom Jahre 1870 entsprechend zu belohnen. Gortschakow verlangte: Bismarck müsse sprechen, er müsse laut erklären, daß Rußland ein Recht habe, „als Mandatar Europas" den unerträglichen Zuständen auf der Balkanhalbinsel ein Ende zu machen; Deutschland müsse seine Stimme erheben, Monako könne schweigen. „Wir verlangen von Ihnen keine materielle Hilfe," so sagte er mehrere Male, „aber Sie wissen, was ich dem Kaiser 1870 gesagt habe, als er mich aus der Schweiz zurückrief, nachdem er erklärt hatte, daß er 300000 Mann aufstellen werde, sobald Österreich Sie angriffe? Ich habe gesagt: ‚Sire, Sie hätten einen Vertrag schließen müssen, der Preußen eintretendenfalls zur Gegenleistung verpflichtete.'" Schweinitz antwortete im Sinne Bismarcks, selbst wenn von damals her ein solcher Traktat bestünde,

so würde dadurch nichts geändert werden: denn ein casus foederis liege nicht vor; damals habe Frankreich Deutschland überfallen, Österreich habe jetzt keine derartigen Absichten. Gortschakow bemerkte darauf ausweichend, von Österreich habe er gar nichts zu befürchten, aber es wäre sehr gut, wenn sich Deutschland und Rußland durch eine vertragsmäßige Verpflichtung bänden: „Was verlangen Sie von uns, was fordern Sie, wenn die Türkei zusammenbricht?“ Der Botschafter meinte, jetzt sei die Gelegenheit gekommen, dem mündlichen Auftrage Bismarcks gemäß zu sondieren, ob Gortschakow für einen gegenseitigen Bündnis- und Garantievertrag zu haben sei, der Deutschland Sicherheit für Elsaß-Lothringen gewährte. Er entgegnete, er sehe von der Eventualität einer Teilung der Türkei vorläufig ab, Deutschland hätte alles, was es brauchte, und würde höchstens eine traktatmäßige Garantie für Teile davon gern sehen. Die Erwiderung, welche erfolgte, zeigte ihm, daß es zwecklos war, den Gegenstand weiter zu verfolgen; sie lautete: „Dies würde Ihnen wenig nützen, in unserer Zeit haben Traktate einen sehr geringen Wert.“ Schweinitz beschränkte sich darauf, den Fürsten auf den Widerspruch aufmerksam zu machen, in den er sich dadurch verwickelte: „Und doch haben Ew. Durchlaucht eben bedauert, daß uns kein solcher Traktat Ihnen gegenüber bände.“ So verlief denn die Fortsetzung des Gespräches ohne Ergebnis, wie Schweinitz berichtete: „Ich bat ihn wiederholt, nur Praktisches, Erreichbares von meiner Regierung zu fordern, aber keine idealistische Sprache; der Fürst blieb bei seinem Gleichnis von der Sphinx, worauf wir uns unter den freundschaftlichsten Formen trennten.“

An den folgenden beiden Tagen wurde der Botschafter vom Zaren in Audienz empfangen; auch diesem gab er Kenntnis von seiner Instruktion. Die Verhandlung verlief ruhig. Alexander sprach sehr gnädig und freimütig; er las Schweinitz das Schreiben Franz Josefs vom 23. Oktober vor und erklärte es als „im ganzen befriedigend, wenn auch in manchen Punkten dunkel“. Indem er ihm mitteilte, daß er der österreichischen Anregung eines Geheimvertrages Folge geben würde, versprach er, denselben, wenn er perfekt sein würde, Kaiser Wilhelm zur Kenntnis zu überschicken; dabei drückte er sein Bedauern darüber aus, daß eine russisch-österreichische Kooperation nicht zustandekomme, kündigte jedoch zugleich seinen Entschluß an, „dasjenige, was ganz Europa als berechtigt anerkannt hatte“, nämlich den Schutz der Balkanchristen, durch das Mittel der Waffen, „tätlich auszuführen.“ Durch Österreich darin gestört zu werden, fürchtete er nicht mehr; wohl aber war er von englischer Seite auf extreme Maßregeln, Einfahrt der Flotte, Besetzung von Konstantinopel und dauernde Okkupation der Meerengen, gefaßt. Im Zusammenhang damit versicherte er mit Wärme, daß ihm jede Absicht auf Konstantinopel, wie sie ihm von britischer Seite untergeschoben würde, durchaus fern liege. Der Wert dieser Versicherung ward freilich dadurch etwas herabgemindert, daß er es für gut befand, dabei zu betonen, daß er darin mit seinem Vater Nikolaus völlig übereinstimme. Bei aller Huld und ostentativen Offenheit, die ihm erwiesen wurden, konnte sich Schweinitz doch nicht verhehlen, daß der Zar „etwas vermisse“; es ist zu begreifen, daß dieser, von ihm darüber befragt, nicht mit der Sprache herausrückte.

Schon aus den Eröffnungen, die Kaiser Alexander dem deutschen Botschafter machte, erhellt mit voller Deutlichkeit, nach welcher Richtung sich die russische Politik unter dem Eindruck des Bescheides Bismarcks, den Schweinitz überbracht hatte, in den Tagen vom 31. Oktober bis zum 2. November einstellte. Es war dem Zaren und Gortschakow jetzt vollkommen klar, daß sie bei einem Konflikt mit Österreich nicht darauf zählen durften, Deutschland hinter sich zu haben oder hinter sich ziehen zu können. Der Krieg mit Österreich war unmöglich; so entschlossen sie sich denn zum Kriege gegen die Türkei, und sie betraten zu diesem Zweck die Brücke, die ihnen der Brief Franz Josefs vom 23. Oktober gebaut hatte, nämlich durch einen Geheimvertrag dazu die Erlaubnis Österreichs einzuholen. Mit Recht hat Bismarck in seinen Erinnerungen über die Botschaft geäußert, die Schweinitz in Livadia übermittelte: „Diese unsere Erklärung, welche von uns in zweifelsfreier Deutlichkeit zu erzwingen, Gortschakow seinen Herrn bewogen hatte, um ihm den platonischen Charakter unserer Liebe zu beweisen, hatte zur Folge, daß das russische Gewitter von Ostgalizien sich nach dem Balkan hin verzog." Zwar hätte Gortschakow (mit dem Zaren hat Schweinitz darüber gar nicht erst verhandelt) „eine wirksamere Unterstützung" der russischen Balkanwünsche durch Bismarck erkaufen können; aber er wollte den Preis nicht zahlen, den dieser dafür forderte, die vertragsmäßige Bindung Rußlands auf die deutsche Herrschaft über Elsaß-Lothringen. Da zog er es doch vor, noch einmal eine gütliche Auseinandersetzung mit Österreich zu versuchen; dann hatte er bei dem Kriege gegen die Pforte, den die öffentliche Meinung unbedingt verlangte, höchstens noch die Gegnerschaft Englands zu befürchten, und da bestand die Hoffnung, daß sich dieses für sich allein, zumal bei den die Regierungspolitik kreuzenden und bekämpfenden Unterströmungen, doch besinnen würde, bis zum äußersten zu schreiten. Er gab sich alle Mühe, das britische Mißtrauen zu verscheuchen. Am 2. November hatte er eine Unterredung mit dem Botschafter Lord Loftus, die er selbst nachher vor Schweinitz als „sehr befriedigend" bezeichnete. Zwar gab er Loftus zu verstehen, wohl könnte er sich gezwungen sehen, „allein zu handeln": aber zu einem Bruche mit England sei nicht der geringste Grund vorhanden, wenn nur die Engländer die drei Gespenster bannen könnten, von denen sie verfolgt würden, nämlich das sogenannte Testament Peters des Großen, die Eroberung Indiens und die russischen Pläne auf Konstantinopel. Man müßte ein Narr sein, so sagte er, um an einen Marsch durch solche Gebirgsketten nach Indien zu denken; er gab dem Lord sein feierliches Ehrenwort, daß er nicht im geringsten den Wunsch oder die Absicht habe, Konstantinopel zu erwerben, und daß eine Besetzung Bulgariens, wenn sie notwendig werden sollte, nur vorübergehend sein würde.

Wie er sich also vor Großbritannien ducken mußte, so nicht minder vor Österreich. Bei dem Geheimabkommen, zu dem er sich jetzt auf den Vorschlag Franz Josefs entschließen mußte, konnte es sich nicht mehr um die Festsetzung eines Siegespreises auf der Grundlage eines gemeinsamen Unternehmens handeln, bei dem beide Partner Kosten und Gefahren in gleichmäßiger Einlage und Verantwortlichkeit trugen. Einen Vertrag, der Österreich formell und bindend Bosnien und die Herzegowina garantierte, wollte Andrassy wohl von Rußland neh-

men; aber Rußland sollte sie für Österreich erobern, diesen gleichsam als Tribut und Geschenk zu Füßen legen. Da er, angesichts der Lage auf dem serbischen Kriegsschauplatze und der Stimmung in seinem Lande, das Schwert nicht in der Scheide stecken lassen zu dürfen glaubte, beugte der Zar den Nacken unter das Kaudinische Joch, — es läßt sich denken, mit welchen Gefühlen. Zähneknirschend mag er sich entschlossen haben, die Verhandlungen einzuleiten, deren Ergebnis dann zum Beginn des nächsten Jahres die Verträge waren, durch welche die Reichstädter Stipulationen aus eventuellen zu definitiven Abmachungen wurden. Vielleicht hat ihn auch schon damals die Hoffnung umschmeichelt, daß ihn ein glücklicher Ausgang des Krieges gegen die Pforte in eine Position bringen würde, die ihm gestatte, sich über die Verpflichtungen hinwegzusetzen, die er jetzt eingehen mußte. Aber das ruhte im Schoße der Zukunft. Zunächst hatte Österreich einen glänzenden Sieg über Rußland davongetragen, rein diplomatisch, unblutig. Er war wohl Andrassys überlegener Staatskunst zu verdanken, in der Hauptsache freilich dem Umstande, daß Gortschakow Bismarcks Bündnissondierung brüsk zurückgewiesen hatte. Es war freilich ein Sieg, der Verwicklungen erzeugte, durch die sich dereinst das alte Habsburger Reich verbluten und seinen Untergang finden sollte. Und indem Gortschakow das Bündnisangebot Bismarcks zurückwies, indem dadurch die Option Deutschlands für Österreich in Kraft trat, schieden sich die Wege Deutschlands und Rußlands, und das bedeutete erst recht den Zerfall der Dreikaiserentente. Es war der Wendepunkt der Politik, wie sie Bismarck seit seinem Amtsantritt mit unerschütterlicher Festigkeit und Zähigkeit verfolgt hatte, nämlich das Festhalten an der traditionellen Freundschaft zwischen den Häusern Hohenzollern und Romanow und ihren Reichen. Es entstand jetzt zwischen ihnen ein Zerwürfnis, keineswegs freilich bereits ostentativ und förmlich. Aber es war doch ein Keim der Entzweiung gelegt, dessen Entfaltung und Wachstum kaum noch zu hemmen war. Das Dreikaiserbündnis war zusammengebrochen, und unter seinen Trümmern wurde auch das alte Verhältnis zwischen Rußland und Preußen-Deutschland begraben. Innerlich war die Entscheidung gefallen; immerhin konnte es noch geraume Zeit währen, bis sie ihre Folgen nach außen zeigte und in sichtbare Erscheinung trat.

Ungesäumt schlug man in Livadia den Weg ein, den man zu gehen sich entschlossen hatte; d. h. von der diplomatischen Doppelaktion, die man vor etwa vier bis fünf Wochen unternommen hatte, blieb jetzt nur noch die in Wien übrig; der Faden hierhin wurde weitergesponnen, während der nach Berlin abgerissen war. Vom 2. November war die Instruktion datiert, die Nowikow für die Fortsetzung der Verhandlungen mit Andrassy empfing. Sie ging in Anknüpfung an das Schreiben Franz Josefs vom 23. Oktober davon aus, daß sich dieser zu einem gemeinsamen russisch-österreichischen Vorgehen gegen die Türkei erst dann verstehen könnte, wenn deren Auflösung von selber einträte, daß er sich aber andererseits damit einverstanden erklärt hätte, wenn Rußland schon vor diesem Zeitpunkt unmittelbar handeln zu müssen glaubte, nur daß er sich dann im Einklang mit dem gemeinsamen Ziel und den Erfordernissen der parlamentarischen Lage Österreich-Ungarns halten müsse. Es wurde also gleichsam supponiert, daß einer

einseitigen Wendung Rußlands gegen die Pforte doch der Gedanke der Kooperation, gewissermaßen eine stille Teilhaberschaft Österreichs, zugrunde liege. Demgemäß wurde es für unerläßlich bezeichnet, daß sich die beiden Regierungen durch fest umschriebene Verpflichtungen förmlich bänden, um eine vollkommene Solidarität hinsichtlich des gemeinsamen Zieles herzustellen, und eben deshalb wurde von Österreich eine unbedingte wohlwollende Neutralität gegenüber der isolierten Aktion Rußlands verlangt, um dadurch eventuellen Versuchen der übrigen Mächte hinsichtlich einer Intervention oder Kollektivvermittlung vorzubeugen. Es wurde weiterhin betont, daß, falls Österreich zur Sicherung seiner Grenzen in Bosnien einmarschieren zu müssen meinen sollte, dabei jeder Anschein einer feindseligen Maßregel gegen Rußland zu vermeiden sei, und daß es notwendig sei, gemäß den Abmachungen von Reichstadt die beiderseitigen Interessensphären auf der Balkanhalbinsel genau abzugrenzen. In einem Handschreiben vom nächsten Tage (3. November) an den Kaiser Franz Josef fügte Alexander II. hinzu: Zwar sei ihm anläßlich der Sendung Sumarokows in Wien nahegelegt worden, den Zerfall der Türkei abzuwarten; aber er könne sein Ohr vor den Hilferufen der Balkanchristen nicht mehr verschließen. Aus den Beratungen zu sechs entsprieße doch nichts Gedeihliches; man gelange dabei niemals zu Einstimmigkeit, und das bedeute für die Pforte Straflosigkeit. Daher sei er entschlossen, ein Ende zu machen und das zu vollbringen, was die öffentliche Meinung grundsätzlich als billig, menschlich und notwendig anerkannt habe. Er bedauere es, daß Franz Josef nicht öffentlich mit ihm gemeinsam handeln wolle, zähle aber auf dessen indirekte Hilfe, um zu dem Ziele zu gelangen, über das sie sich verständigt hätten, und um überhaupt die Nachteile eines gesonderten Vorgehens zu beseitigen, das die Ereignisse in ein anderes Fahrwasser lenken könnte, entgegengesetzt den Intentionen, von denen sie beide erfüllt wären.

Man sieht: Rußland betrat tatsächlich die Brücke, die ihm Andrassy gebaut hatte: einseitiges Vorgehen gegen die Pforte unter Durchführung der Zugeständnisse, die es Österreich in Reichstadt in Aussicht gestellt hatte. Es gab sich sogar den Anschein, als ob es sich dabei noch um „ein gemeinsames Ziel" handle, das dieses nur in Rücksicht auf seine parlamentarischen Verhältnisse nicht offen proklamieren dürfe; wir werden noch hören, daß Andrassy sogar an dieser Fiktion Anstoß nahm und den Ausdruck „gemeinsames Ziel" als „allzu unbedingt" zurückwies. Die russische Diplomatie stellte sich weiterhin so, als sei das kordiale Einvernehmen im Dreikaiserbündnis niemals irgendwie getrübt worden, weder durch den Versuch Gortschakows, Deutschland durch eine nähere russisch-österreichische Fühlung an die Wand zu drücken, noch auch nachher durch die Bemühungen des Zaren und des Fürsten, für den Fall eines russisch-österreichischen Konfliktes sich der Gefolgschaft Deutschlands zu versichern. Ausdrücklich betonte Alexander jetzt vielmehr wieder vor Franz Josef das Festhalten am Dreikaiserbündnis, und er wahrte sich förmlich das Recht, den Geheimvertrag, zu dessen Abschluß er sich bereit erklärte, dem deutschen Kaiser mitzuteilen, „dessen diplomatische Unterstützung", wie er hinzufügte, „uns von großem Nutzen sein wird". Der Grund dafür liegt auf der Hand: Die Dreikaiserentente hatte für

die Russen jetzt wieder insofern Wert, als sie ihnen behilflich sein konnte, durch Bismarck auf Andrassy einen Druck dahin auszuüben, daß er ihren jetzigen Wünschen und Vorschlägen sich füge, und daß sie dafür vielleicht noch möglichst günstige Bedingungen herausschlügen. Daher spielten der Zar und Gortschakow nunmehr demonstrativ Deutschland gegenüber mit offenen Karten. Sie versprachen nicht nur die Mitteilung des künftigen Geheimvertrages mit Österreich; Alexander las auch, wie wir hörten, Schweinitz den Brief Franz Josefs vom 23. Oktober vor und gab ihm Kenntnis von seiner Antwort darauf. Durch ein eigenhändiges Schreiben (vom 2. November) weihte er Wilhelm I. in den Stand der russisch-österreichischen Verhandlungen ein: Es sei ihm unmöglich, die unfruchtbare Arbeit der Diplomatie fortzusetzen, die seit einem Jahre die Würde der Kabinette schädige, lediglich Aufregung hervorrufe, nichts hindere und nichts bessere; er habe genug Beweise seiner friedlichen Gesinnungen gegeben; aber da sich Europa nicht entschließen könne, das zu tun, was es als gerecht und notwendig anerkenne, so habe er sich entschlossen, allein demgemäß zu handeln. Er habe sich mit Franz Josef über ihrer beider gegenseitige Haltung verständigt und habe mit diesem strengste Diskretion darüber vereinbart; gemäß den Grundsätzen der Dreikaiserentente solle jedoch, das habe er Franz Josef wissen lassen, Deutschland als Dritter in das Geheimnis mit einbezogen werden. „Ich würde eine weniger radikale Lösung vorgezogen haben, mittels ernsthafter Autonomien und Garantien, welche die Existenz des Ottomanischen Reiches unter erträglichen Bedingungen verlängert haben würde. Ich glaube auch jetzt noch, daß man dazu ohne Krieg durch die einstimmige und energische Aktion der Kabinette hätte gelangen können. Aber ich will nicht den Gesichtspunkten Österreichs entgegenarbeiten. Ich werde somit bis zum äußersten gehen, damit unser Einverständnis zu Dreien unversehrt aufrecht erhalten bleibt. Ich zähle auf Ihren freundschaftlichen Beistand. . . . Ich habe das Recht, erwarten zu dürfen, daß man mich allein handeln läßt, wenn man nicht mit mir zusammenwirken will.“ Dunkel, gewunden und orakelhaft waren diese Ausführungen, — so empfand sie auch Bismarck, wie die zahlreichen Randbemerkungen beweisen, mit denen er sie glossierte. Immerhin eines war daraus zu entnehmen: der Entschluß zu isolierter Aktion gegen die Pforte, falls diese hartnäckig bleibe, und zwar bis zu ihrer Vernichtung. Aber was bedeutete die Versicherung der Rücksichtnahme auf Österreich und der Erhaltung der Tripleentente und unmittelbar darauf der Appell an Deutschlands freundschaftlichen Beistand? Bismarck notierte dazu: „Worin?“ Der Zar schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, die Stimme des Kaisers Wilhelm werde sich zugleich mit seiner eigenen in dem Ziel, dem er selbst zustrebe, „mit einer Festigkeit vernehmen lassen, die Ihrer Macht, Ihrem Zutrauen zu mir und Ihrem Wohlwollen für Rußland entspricht, auf daß der allgemeine Frieden gewahrt bleibt und den Traditionen, die uns verbinden, ein neues Blatt hinzugefügt wird.“ In einer Nachschrift ward angezeigt, daß die Pforte soeben dem russischen Ultimatum gemäß den zweimonatigen Waffenstillstand akzeptiert habe: „Ich sehe darin einen Beweis mehr, daß sie nur der Drohung weicht, wenn sie ihr ernst gemeint vorkommt. Mögen sich die andern davon überzeugen, wenn

es sich um die Friedenskonferenzen handeln wird, die hoffentlich bald in Konstantinopel eröffnet werden.“ In einem beweglichen, von zweideutigen Phrasen und öligen persönlichen Schmeicheleien triefenden Handschreiben an Bismarck begleitete Gortschakow die Ergüsse seines Herrn. Er erinnerte abermals an die russischen Dienste von 1866 und 1870 und sprach seine Gewißheit aus, daß Deutschland jetzt zusammen mit den Russen in ihrer schlimmen Krisis in vollkommenem Einvernehmen handeln würde: nicht eine materielle Hilfe komme in Betracht, sondern eine moralische Zustimmung, die öffentlich und ohne Umschweife ausgedrückt werde, — das tat Bismarck mit dem Ausrufe „Redensart“ ab. Die Bemerkung, daß Rußland jetzt in gutem Einvernehmen mit Österreich stünde, entlockte ihm die sarkastische Interjektion: „Um so besser!“

Wenngleich sich Rußland zu Sonderverhandlungen mit Österreich entschlossen hatte, zum Teil auch deshalb, wie der Zar vor den Herrschern Österreichs und Deutschlands ausgeführt hatte, weil aus den Beratungen zu sechs, nämlich im Europäischen Konzert, bisher noch nichts herausgekommen und auch für die Zukunft nichts Ersprießliches zu erwarten war, so war jedoch die orientalische Frage keineswegs lediglich eine Angelegenheit, die nur die beiden östlichen Kaiserreiche anging, eventuell auch Deutschland, insofern dieses (weniger direkt und freiwillig als vielmehr mittelbar und durch den Drang der Notwendigkeit) mit hineinverwickelt war; sondern sie war eine allgemein europäische Sache, und Andrassy wollte sie auch dieses Charakters gar nicht entkleidet wissen: das bot ihm ja ein Pressionsmittel gegen Rußland, das er nicht missen wollte. Es verstand sich von selbst, daß neben den geheimen österreichisch-russischen Sonderverhandlungen die große öffentliche internationale diplomatische Aktion fortlief, — um den Mächten die Vermittlung des Friedens zu ermöglichen, war ja eben die serbisch-türkische Waffenruhe geschlossen worden, und insbesondere England drängte nach einer allgemeinen Konferenz; in seiner Nachschrift zum Briefe an Wilhelm I. hatte der Zar selbst die Hoffnung ausgesprochen, daß eine solche in Konstantinopel unverzüglich zusammentreten möchte. Es war von der größten Wichtigkeit, welche Haltung die einzelnen Mächte auf ihr voraussichtlich beobachten würden. Von Italien stand nicht zu erwarten, daß es eine besondere Rolle dabei spielen oder spielen zu wollen beabsichtigen würde. Für den europäischen Frieden war es natürlich wichtig, inwieweit Rußland auf Frankreich rechnen durfte. Als die Balkanwirren ausbrachen, im Jahre 1875, regten sich in Frankreich Erwartungen, daß man durch Teilnahme an ihrer Regelung wieder eine Erhöhung seines Einflusses und seiner Machtstellung gewinnen könne, und zwar durch engen Anschluß an Rußland. Insonderheit äußerte sich in diesem Sinne Thiers, der im Sommer des Jahres mit Gortschakow in der Schweiz zusammengetroffen war; dieser hatte wohl auf den greisen französischen Staatsmann in diesem Sinne Einfluß geübt. Aber im Fortgang der Balkankrisis trat ein Umschwung in Paris ein. Frankreich wollte seine Interessen im Orient nicht durch Rußland geschädigt sehen; es fühlte sich auch für einen Krieg auf russischer Seite, bei dem im schlimmsten Fall eine britisch-deutsch-österreichische Gegenkoalition in Aktion treten konnte, viel zu schwach. Alle Parteien, auch die der Opposition,

Thiers und Gambetta, waren darin einig, wie Thiers dem Fürsten Hohenlohe versicherte, und nach Thiers war Frankreich in den drei Personen Mac Mahons, Gambettas und seiner eigenen „konzentriert". Decazes, der Außenminister, beschwor Hohenlohe, Deutschland und Frankreich müßten auf den bevorstehenden Konferenzen zusammenhalten, um den Frieden zu bewahren; zum Spezialdelegierten daselbst wurde ein gerade dafür geeignet erscheinender Diplomat, der Graf Chaudordy, ausgesucht. Thiers erklärte es für lächerlich, wenn Rußland beteure, es wolle nicht nach Konstantinopel gehen; mit Recht bemerkte er: „Wer könne dafür stehen, wohin es im Laufe eines siegreichen Krieges geführt werde!" Er sah voraus, daß sich England genötigt sehen würde, dem Zaren entgegenzutreten; er hielt Hohenlohe vor, daß Deutschland ein Interesse habe, Österreich nicht zugrunde gehen zu lassen, daß es ihm doch nicht gleichgültig sein könnte, wenn Rußland die europäische Türkei besitze, und daß es zumal für Süddeutschland nicht ohne Bedeutung wäre, in wessen Händen sich die Donaumündungen befänden. Das konnten ja Sirenenklänge sein, um Deutschland und Rußland auseinanderzubringen; aber es war doch eine Tatsache, daß Frankreich damals den Krieg nicht wollte, schon deshalb, weil es ihn in diesem Augenblicke und bei dieser Konstellation nicht brauchen konnte. Gortschakow hatte sich gröblich geirrt, wenn er gemeint hatte, durch alle die Liebesdienste, die er Frankreich bisher, auch gegen Deutschland, geleistet hatte, jenes zu aktivem Eintreten für die russischen Balkanaspirationen gewinnen zu können.

Versagte sich den Russen Frankreich, so hatten sie von England den heftigsten Widerstand zu erwarten. Zwar bestanden hier Unterströmungen, auf die in Rußland gebaut wurde; aber diese Rechnung war doch trügerisch. Sie wurden durch Beaconsfield energisch niedergezwungen, der mit nicht minder fester Hand sein Kabinett zusammenhielt und seiner Fahne zu folgen nötigte. Lord Derby und seine Kollegen waren von den Erklärungen befriedigt, die der Zar am 2. November in Livadia Lord Loftus gemacht hatte; anderer Ansicht war der Premierminister. Ihn beunruhigte die Fortdauer der russischen Kriegsvorbereitungen; es machte auf ihn auch einen üblen Eindruck, daß Gortschakow in anmaßlichem Tone zu Lord Loftus geäußert hatte, falls die Pforte die Autonomievorschläge nicht annähme, die ihr unterbreitet werden würden, so würde Ignatiew aus Konstantinopel abberufen werden. Er glaubte, daß die augenblickliche Zurückhaltung Rußlands nicht lange währen, sondern daß dieses bald auf seine gewohnten Schikanen zurückgreifen werde. Einem etwaigen Kriege sah er mit ziemlicher Ruhe entgegen; in Verbindung mit der Tatsache der britischen Seeherrschaft hielt er die militärische Lage für die Pforte günstig und aussichtsvoll, falls sie es mit Rußland allein zu tun hätte. Von weiteren Zugeständnissen und abermaliger Nachgiebigkeit gegen Rußland versprach er sich nichts mehr; am meisten besorgte er, daß dieses die Pforte heimlich ermutigen und verführen möchte, die Konferenz abzulehnen, um sich mit ihr gesondert zu verständigen, — schon glaubte er, einer Intrige in dieser Richtung auf der Spur zu sein, und Ignatiew erachtete er eines solchen Spiels für fähig. Zweckmäßig dünkte es ihn, möglichst bald mit den anderen Mächten Fühlung zu nehmen, sowohl über eine geeignete Basis der Konferenz,

als auch für den Fall, daß diese ergebnislos verlaufen sollte; das war auch nötig, um den Frieden tunlichst lange zu sichern. Seine Hoffnung, mit Deutschland zu einem befriedigenden Abkommen zu gelangen, war zwar inzwischen etwas herabgestimmt; aber es machte doch Eindruck auf ihn, daß Russell den Wunsch hegte, in diesem Sinne mit Bismarck zu verhandeln. Wenn man sich in London über Andrassy beklagte, so erwog er, daß man sich umgekehrt in Wien darüber beschwerte, daß England nichts tun wolle; er fragte bei Derby an, ob man Eröffnungen an Andrassy über eine gemeinsame Aktion gemacht habe, indem er bezeichnenderweise den Wunsch aussprach, daß man dafür den Weg über Buchanan, den britischen Botschafter in Wien, nicht den über Beust in London benütze: mindestens gebe das Österreich, wenn dieses Begehr danach trüge, eine Gelegenheit, sein Herz zu erleichtern und sich auszusprechen. Jedenfalls erklärte er es nicht nur für das Recht, sondern auch für die Pflicht Englands, sowohl in Österreich als auch in Frankreich, wenngleich sich dieses zurzeit schwerlich auf eine Aktion einzulassen Neigung haben werde, anzufragen, an welche Maßnahmen man hier im Falle des Scheiterns der Konferenzen denke; das würde in Paris angenehm berühren, und es würde auf beide, Österreich und Frankreich, einen günstigen Einfluß bezüglich ihrer Haltung auf dem Kongreß ausüben. Offen sagte er heraus, daß ein zweifelsfreier Vertrag zwischen England und Österreich zu gemeinsamem Vorgehen geschlossen, und daß durch beide zugleich, wofern der Kongreß fehlschlüge und Rußland sich anmaßend und drohend gebärde, diesem mitgeteilt werden müßte, die Integrität der türkischen Besitzungen dürfe nicht verletzt werden.

Die Koalitionspläne, mit denen sich Beaconsfield also trug, schwebten in der Luft. Was Frankreich betraf, so meinte er ja selbst mit vollem Recht, daß dieses im Moment einer Aktion aus dem Wege gehen wolle, und seine Hoffnung, daß Frankreich trotzdem, wenn die Wirren überhandnehmen würden, seine Reserve nicht werde bewahren können, war recht vager Natur. Bei den Geheimverhandlungen, die zwischen Rußland und Österreich schwebten, und die wieder einmal, falls sie zum Ziele führten, eine wenigstens äußerliche und vorübergehende Festigung des Dreikaiserbundes bewirken mußten, von denen Beaconsfield freilich nichts wußte, lag ein Abkommen Großbritanniens mit Österreich und auch mit Deutschland zurzeit außerhalb des Bereiches der Möglichkeit. Aber ohne abzuwarten, ob Anknüpfungen mit den anderen Mächten irgendwelche Aussicht beschieden sei, ergriff England auf die Anregung Beaconsfields hin die Initiative. Am 4. November fand eine Kabinettssitzung statt; sie beschloß, die Mächte zu einer Konferenz nach Konstantinopel einzuladen, die dadurch eine besondere Bedeutung erhalten sollte, daß sie nicht nur durch ihre Botschafter bei der Pforte, sondern auch noch je durch einen außerordentlichen Bevollmächtigten vertreten sein sollten. Beaconsfield hatte große Lust, selbst hinzugehen; das verbot sich freilich schon dadurch, daß dann auch die übrigen leitenden Minister in Stambul hätten erscheinen müssen. So fiel denn seine Wahl auf den „fähigsten seiner Kollegen", den Lord Salisbury, den Minister für Indien; nicht gerade sehr gern, dem freundschaftlichen Druck des Premiers nachgebend, nahm Salisbury die heikle Mission an. Und Beaconsfield wollte ihr vor aller Welt das erforderliche Relief

geben, nämlich aus Anlaß der Rede, die er auf dem Bankett des Lord-Mayors von London am 9. November daselbst zu halten hatte, dem fatalen Tage, wie er sagte, der ihn immer krank mache, wenn er eine Rede von äußerster Kürze zu halten habe, welche die Kritik von ganz Europa über sich ergehen lassen müsse: da wolle er jetzt einmal die Keile des Blitzes auf den alten Hanswurst in Livadia und den Fuchs in Varzin herabsausen lassen. Er müsse sprechen, so schrieb er am Morgen des 9. an die Königin, über die große Frage, und jedes Wort, das er vorbringe, werde in Europa kritisiert; gleichwohl, es bedeute etwas, daß er eine Aussicht auf Frieden eröffnen könne. Eine Friedensrede wollte er halten; aber sie wirkte wie eine Kriegsdrohung. Indem er das überstürzte und gewaltsame Vorgehen Rußlands gegen die Pforte in Sachen des Ultimatums berührte, sprach er seine Befriedigung darüber aus, daß die Einladung zur Konferenz von den Mächten angenommen sei; er kündigte die Sendung Salisburys an, indem er diesen mit Lobsprüchen reichlich bedachte. Keine Macht, so fuhr er fort, sei so am Frieden interessiert, wie England; der Friede sei die Signatur der englischen Politik:

„England ist keine aggressive Macht; es wünscht nichts; es begehrt nicht Städte, nicht Provinzen," — merkwürdig genug klangen solche Worte aus dem Munde des praktischen Begründers des neueren britischen Imperialismus. „England will nichts weiter, als zu wahren und zu besitzen das unvergleichliche Reich, das es aufgebaut hat, und welches beruht (es ist sein Stolz, dessen eingedenk zu sein) ebenso auf Sympathie wie auf Macht. Aber obwohl die englische Politik Frieden ist, so ist doch kein Land so gut auf den Krieg vorbereitet, wie unser eigenes. Wenn es in einer gerechten Sache (und ich will nicht glauben, daß England in den Krieg geht, es sei denn für eine gerechte Sache) in Konflikte gerät, wenn es geht um Freiheit, Unabhängigkeit und Reich, sind seine Hilfsquellen unerschöpflich. Wenn es in einen Feldzug eintritt, braucht es sich nicht zu fragen, ob es einen zweiten oder dritten Feldzug aushalten kann. Wenn es in einen Feldzug eintritt, wird es ihn nicht beendigen, bis dem Recht Genüge geschehen ist."

Auch wenn das gar nicht Beaconsfields Absicht war, seine Rede wirkte wie eine Art von Kriegserklärung, zumal in Rußland, an dessen Adresse sie gerichtet war. Schon am Tage darauf hielt Alexander II., auf der Rückreise von Livadia nach Petersburg befindlich, in Moskau eine Ansprache an den Adel und die Stadtgemeinde daselbst, die hinwiederum in England höchst aufreizend wirkte. Zwar erklärte der Zar darin sein Einverständnis mit den Konferenzen in Konstantinopel; aber er fügte hinzu, daß er dann, wenn er nicht von der Pforte sichere Garantien für die Erfüllung der Forderungen bekommen könnte, welche die Mächte an sie stellen würden, allein und selbständig zu handeln gedenke, und daß er davon überzeugt sei, Rußland würde dann seinem Aufgebote folgen. Man faßte diese Rede allgemein als eine Antwort auf die Beaconsfields vom Tage zuvor in Guildhall auf; tatsächlich hatte Alexander davon noch keine Kenntnis; er verkündete nur vor aller Welt, was Gortschakow bereits Lord Loftus mitgeteilt hatte. Die militärischen Vorbereitungen nahmen jetzt erst recht ihren Fortgang.

Die schon seit einiger Zeit eingeleitete Mobilmachung wurde am 13. November öffentlich verkündigt; sechs Armeekorps wurden bereitgestellt, und mit Rumänien wurden Verhandlungen über den Durchmarsch der russischen Truppen eröffnet.

Zusehends fühlte sich der Zar mehr und mehr in die Enge getrieben und eingekeilt. England drohte mit Krieg; Frankreich nahm eine unsichere Haltung ein; Italien zählte ja kaum mit, — und Österreich? Alles Liebeswerben, mindestens um wirksame diplomatische Unterstützung, begegnete tauben Ohren; ruhig lief die internationale Verhandlung zu sechs, von der Alexander sich so gar nichts versprach, die er auf das dringendste beendigt sehen wollte, zunächst weiter, und auch die europäische Kollektivvermittlung, die abzuwenden er Franz Josef so beweglich gebeten hatte, war in der Gestalt der Diplomatenkonferenz in Konstantinopel zu einer Tatsache geworden, die er in seiner Moskauer Rede vom 10. November anzuerkennen sich genötigt erblickte. Jetzt saß Rußland erst recht in der Zwickmühle, und Andrassy nützte die Situation weidlich zu seinen Gunsten aus. Mitte November äußerte er sich auf die Vorstellungen und Anträge, die zum Beginn des Monats durch das Handschreiben des Zaren und die Instruktion Nowikows nach Wien gebracht worden waren, und die Eröffnungen, die er jetzt vor Nowikow machte, bewiesen nichts weniger als Wohlwollen und Entgegenkommen. Bestimmt lehnte er es ab, daß von einem „gemeinsamen Ziele" oder einer „gemeinsamen Aktion" der beiden Kaisermächte gesprochen werden dürfte: „Alles, was wir für Euch tun könnten, besteht darin, Eure Unternehmung nicht zu belästigen und Euch gegen jeden Anschein einer Koalitionsbildung zu schützen. Wenn Ihr den türkischen Boden betretet und wenn England in Übereinstimmung damit den Bosporus besetzt [dadurch wurden so ganz nebenbei und beiläufig die russischen Absichten auf Konstantinopel verbaut], dann würden wir uns gegen jeden parlamentarischen Angriff in Position setzen, indem wir einen Bruch mit allen verhindern, der ja unmöglich ist, aber ohne auch weiterhin dabei ein Programm der Kooperation zugrundelegen zu lassen. Sollte für uns der Zeitpunkt zur Okkupation Bosniens kommen, so würden wir dann dazu unter Anrufung der Notwendigkeit schreiten, unsere eigenen Interessen zu wahren." Nowikow wandte dagegen gemäß seiner Instruktion ein, das bedeute so viel, daß Österreich auf Rußland die Lasten und Gefahren des Krieges abschieben, sich selbst aber leichte Erfolge sichern wolle; es mußte ihn und das Petersburger Kabinett wieder wie purer Hohn anmuten, wenn Andrassy darauf sich bemühte, ihn davon zu überzeugen, daß Österreich gar keinen Appetit auf Bosnien und die Herzegowina verspüre und es als das schlimmste für sich betrachte, diese Länder nehmen zu müssen. Mit Eifer bestritt es der österreichische Minister, daß diese künftigen Erwerbungen für Österreich-Ungarn großen Wert hätten; er stellte fest, daß die Wiener Politik, anstatt für sich eine günstige Lage zu schaffen, Rußland Vorschub leiste. Schon war es auch offenbar, daß Österreich nicht nur auf der unverkürzten Erfüllung der Reichstädter Versprechungen bestand, sondern sogar darüber hinauszugehen drohte. War in Reichstadt noch die Rede davon gewesen, daß Serbien und Montenegro Vergrößerungen in Bosnien und der Herzegowina

erhalten und nur der Rest davon an Österreich fallen sollte, so nahm dieses jetzt beide Provinzen insgesamt für sich in Anspruch.

Man kann es verstehen, wenn Alexander II. immer noch am liebsten sein Schwert anstatt oder ganz allein gegen die Pforte, vielmehr nicht minder gegen die Donaumonarchie gezückt hätte. Noch war, obwohl die Unterhandlungen zur förmlichen und vertragsmäßig bindenden Festlegung der Reichstädter Pourparlers ihren Fortgang nahmen, die Möglichkeit eines russisch-österreichischen Krieges nicht ganz von der Hand zu weisen. Die russische Mobilisation konnte ebensogut Österreich wie die Türkei zum Ziele haben, — so schien es noch zu Anfang des nächsten Jahres. Aber da war diese Gefahr in Wahrheit bereits vorüber, dank der konsequenten Haltung Bismarcks. Seine Festigkeit machte die Hoffnungen zu Schanden, die der Zar und Gortschakow noch etwa hegten, Deutschland gegen Österreich ausspielen zu können. So ganz dürften sie damals noch nicht darauf verzichtet haben. Im Frühjahr 1878 erzählte Bismarck einmal, vor zwei Jahren habe Alexander II. ein Handschreiben an Wilhelm I. gerichtet, um auf seine Entlassung zu dringen, — als er, Andrassy stützend, einen österreichisch-russischen Krieg verhütet habe; dem inneren Zusammenhange nach müßte ein Versuch dieser Art, sich des Reichskanzlers zu entledigen, als des eigentlichen Hindernisses, Deutschland gegen Österreich mobil zu machen, in den Zeitraum nach der ausgesprochenen Zurückweisung der Werderschen Anfrage fallen, als der Zar nicht umhin konnte, die harten Bedingungen Andrassys hinunterzuschlucken. Hatte er Deutschland hinter sich, so konnte Alexander damals ganz anders gegen Österreich auftreten; so aber waren ihm die Arme verschränkt. Mit Recht äußerte Thiers damals vor Hohenlohe, es wäre Wahnsinn von Rußland, wenn es den Krieg auch nur gegen die Türkei anfange, ohne der deutschen Neutralität ganz sicher zu sein. Jetzt war es ein fruchtloses Bemühen, auf die Uneinigkeit zwischen Kaiser und Kanzler zu spekulieren; die Meinungsverschiedenheiten vom September waren ausgeglichen, und dieser hatte wieder die unbedingte und unangefochtene Leitung. Ganz nach seinen Intentionen war die Antwort abgefaßt, die Wilhelm I. dem Zaren auf sein Handschreiben aus Livadia erteilte. Sowohl dieses, als auch der Brief Gortschakows an ihn selbst, sowie die Berichte von Schweinitz über seine Gespräche mit Alexander und Gortschakow versetzten Bismarck in die aufgeregteste Stimmung; er versah sie mit beißenden Randnoten. Die Bemerkung Gortschakows, als ihn Schweinitz bezüglich des Allianz- und Garantievertrages sondierte, Traktate hätten jetzt einen sehr geringen Wert, entlockte ihm ein bedeutungsvolles „sic!“ Dieser Punkt war damit für ihn erledigt; er schlug vor, die zwischen Schweinitz und Gortschakow bei jener Gelegenheit „ausgetauschten Redensarten“ ganz zu ignorieren: „es kommt auf ein Wortgefecht hinaus, welches man nicht fortsetzen muß.“ Sowohl in den mündlichen wie auch in den schriftlichen Äußerungen des Zaren und seines Ministers vermißte er klare und bestimmte Vorschläge; er kennzeichnete sie als bloße Redensarten und Allgemeinheiten, auf die man auch allgemein antworten müsse. Besonderen Anstoß nahm er daran, daß die Russen, um ihre egoistischen Zwecke zu verbergen, immer von „Europa“ und dessen Interessen redeten: „Ich habe

das Wort ‚Europa‘ immer im Munde derjenigen Politiker gefunden, die von anderen Mächten etwas verlangten, was sie im eigenen Namen nicht zu fordern wagten; so die Westmächte im Krimkriege und in der polnischen Frage von 1863, so Thiers im Herbst 1870 und Graf Beust, als er das Mißlingen seiner Koalitionsversuche gegen uns mit dem Worte ausdrückte: „Je ne vois plus l'Europe.“ Während er sonst sich ebenso phrasenhaft allgemein auszudrücken empfahl, war er doch dafür, hier einen scharfen Widerspruch anzumelden.

In diesem Sinne waren denn auch die von ihm inspirierte Erwiderung des Kaisers an den Zaren und seine eigene an Gortschakow, beide vom 14. November, gehalten: schöne und hochklingende Versicherungen der Freundschaft und des Wohlwollens, des Vertrauens auf die reine und selbstlose Gesinnung des Zaren, der Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens, sowie Erbieten zu diplomatischer Unterstützung bei den anderen Mächten zu diesem Zwecke, dankbare Erinnerung an die früheren Dienste Rußlands für Preußen und Bereitschaft zu Gegendiensten, Befriedigung über den Entschluß, die Tripleentente wiederherzustellen, u. ä. m., aber keinerlei positive Erklärungen. Seinem russischen Kollegen zahlte der Reichskanzler in dessen eigener Münze: zwar habe er den Kaiser seit Monaten nicht mehr gesehen, und er wisse nicht, ob ihm seine Gesundheit gestatten würde, seine amtlichen Funktionen wieder definitiv auszuüben; aber er kenne seinen Souverän zur Genüge, um zu wissen, daß dieser, von den traditionellen Gefühlen für Rußland erfüllt und des engen Bandes sich bewußt, das ihn mit dessen Herrscher verbinde, stets bereit sein werde, in treuem Gedenken an 1870 gleiches mit gleichem zu vergelten. Aber dann folgten einige Sätze mit starken Spitzen: „Es ist unnötig, in dieser Hinsicht die Verpflichtungen anzurufen, die uns unsere Zugehörigkeit zu Europa auferlegen könnte; sie sind nicht so viel wert, wie wir dem Kaiser von Rußland schuldig sind. Europa hat sich seit Jahrhunderten niemals die Mühe gegeben, uns zu verpflichten, und 1870, als wir gerade in der Mitte Europas vor dem ungerechtesten Kriege standen, hat sich die Stimme dieses Europas nicht vernehmen lassen. Gute Politik ist es meines Erachtens, der Freund seiner Freunde zu sein, und unter den Ihrigen bin ich einer der ältesten und beständigsten, unerschütterlich auch in den seltenen Augenblicken, in denen mir die Reziprozität unserer Gefühle als zweifelhaft erschienen ist,“ — das war die Quittung für das Frühjahr 1875. Man kann sich vorstellen, wie solche Sprache in Petersburg wirken mußte; aber man mußte hier gute Miene zum bösen Spiele machen. Man stellte sich von den Antworten des Kaisers und Bismarcks befriedigt, und Gortschakow konstatierte sogar darin „Zutrauen in die russische Uneigennützigkeit und den Entschluß, ein intimes Einverständnis aufrechtzuerhalten“. Bismarck wird gewußt haben, was er davon zu halten hatte; aber er nahm die Miene an, als sei die Eintracht zwischen Berlin und Petersburg wieder völlig hergestellt. Einige Tage darauf schüttete er vor d'Oubril sein Herz über die Versuche aus, den Kaiser den Intentionen der britischen Politik gefügig zu machen: die Kaiserin Augusta und die englischen Verwandten gäben sich Mühe, den Monarchen zu bewegen, sich beim Zaren „für den Frieden und die Zivilisation“ ins Mittel zu legen. Er habe jedoch, so fügte er hinzu, dagegen energisch Stel-

lung genommen und seine Demission für den Fall angeboten, daß der Herrscher solchen Einflüssen seiner Familie nachgebe. Ebenso wurde Schweinitz beauftragt, bei passender Gelegenheit vor dem Zaren zu erwähnen, daß Kaiser Wilhelm „englischen Einflüssen gegenüber fest geblieben sei“.

Absolute Passivität und Zurückhaltung Deutschlands, das waren die Gesichtspunkte, deren Notwendigkeit er damals aufs stärkste betonte und bei seinem alten Herrn befürwortete. Deutschland, an der Balkanfrage durchaus uninteressiert, darf sich weder durch Rußland noch auch durch England mißbrauchen lassen. Man muß jetzt die russisch-österreichische Verhandlung ruhig laufen lassen, von der sich ja der Zar und Gortschakow nach ihren eigenen Mitteilungen ein gutes Ergebnis versprachen; die Frage, was Deutschland zu tun hat, wenn dieses nicht eintritt, ist bis jetzt nicht gestellt und braucht daher auch nicht beantwortet zu werden. Gerade im Interesse des allgemeinen Friedens soll Rußland seinen Krieg gegen die Türken führen. Ob des Zaren Versicherungen betreffend seine Uneigennützigkeit in London geglaubt werden, steht dahin; aber Deutschland soll in England den Eindruck erregen, als ob es selber sie für wahr halte; so wird es dem allgemeinen Frieden am meisten nützen. Es kann nichts Ungeschickteres tun, als wenn es jetzt durch seinen Einfluß einen russisch-türkischen Krieg verhindert; dadurch würde es lediglich die russische Feindschaft von der Pforte auf sich abwälzen. Mögen sich Rußland und England selbst die Kastanien aus dem Feuer holen; Deutschland darf nicht die Sorgen der anderen auf sich nehmen. Noch immer ist Bismarck die Besorgnis nicht ganz los, daß Gortschakow nur Österreich von Deutschland trennen will und auf die Koalition des Siebenjährigen Krieges hinarbeitet, daß Rußland eine antipreußische Gruppierung erstrebt, in der es die führende Rolle hat, indem es sich Österreich und Frankreich, vielleicht auch Italien beigesellt. Zunächst will Gortschakow, das hält Bismarck nicht für ausgeschlossen, den Zaren zu diesem Ziele hinleiten, indem er diesem Beweise dafür liefert, daß auf Deutschland nicht zu rechnen ist; daher die unbestimmte Allgemeinheit der Eröffnungen Rußlands nach Deutschland seit der Mission Manteuffel. Die diplomatische Korrespondenz mit Petersburg ist daher bei aller Freundlichkeit des Tones und allem Erbieten zu guten Diensten in Wien und in London doch so einzurichten, daß sie nicht in Wien und auch nicht in London gemißbraucht werden kann, fernerhin so, daß Gortschakow sie nicht verwenden kann, um beim Zaren und der russischen Nation die Verantwortung für seine eigenen Fehler abzuwälzen. Wenn die deutsche Politik diese Direktive nicht befolgt, wenn sie aus ihrer Passivität heraustritt, so würde sie so verderblich wirken, daß er „mit Ehren“ nicht länger im Amte zu bleiben vermöchte. Ohne Zweifel hat England mehr Grund zur Initiative, als Deutschland: „Übrigens ist es mir nicht zweifelhaft, daß England ebensogut wie wir den Frieden sicherstellen kann, wenn es Rußland für den Fall des Angriffs mit seiner Kriegserklärung bedroht, und England hat dazu nach seinen Interessen vielleicht Anlaß, jedenfalls die natürliche Legitimation; wir aber keines von beiden.“

Eben jetzt hatte es den Anschein, als wolle England die Initiative ergreifen, um Rußland ein Haltegebot gegenüber der Pforte zuzurufen. Wie bisher immer,

so auch war jetzt Beaconsfield zu aktivem Widerstand gegen die russischen Balkanpläne entschlossen. Schon beschäftigte er sich mit ernsthaften Erwägungen über militärische Vorbereitungen und zukünftige Operationen im näheren Orient gegen Rußland. Noch war er sich nicht ganz klar darüber, ob dieses wirklich den Krieg im Schilde führte. Es war ja nicht unmöglich, daß Rußland einen Kampf vermeiden wollte, dem es sich in Rücksicht auf seine finanzielle Lage, auf seine unvollkommenen Rüstungen und seinen Mangel an Seegeltung jetzt noch nicht gewachsen glaubte; aber andererseits neigte sich der britische Premier doch zur Ansicht, daß ein großer europäischer Konflikt unvermeidlich sei. Seiner Meinung nach ähnelte die Situation derjenigen, in der sich Europa vor der Teilung Polens befand: wieder protestiere Österreich, schicke sich jedoch trotzdem an, seinen Anteil an der Beute, diesesmal auf der Balkanhalbinsel, zu erhaschen. Aber er ging noch weiter mit seinem Argwohn. Offenbar betrübt darüber, daß sich Deutschland und Frankreich damals nicht durch ihn vorschicken ließen, meinte er, daß dieses Belgien, jenes Holland als Kompensation für die russische und österreichische Festsetzung auf dem Balkan verlangen würden. Eben daher wollte er die Integrität der Pforte erhalten wissen, da er fürchtete, daß sich an ihre Verletzung weitere Verschiebungen der Besitz- und Machtverhältnisse auf dem Kontinent anknüpfen könnten; die Unabhängigkeit und Unversehrtheit des ottomanischen Staatsgebietes in Verbindung mit der Gewähr lokaler Autonomie für Bosnien und die Herzegowina und dem status quo für Serbien und Montenegro waren deshalb weiterhin die Hauptpunkte des britischen Programms für die kommenden Konferenzen in Konstantinopel: ein Frieden, der keine fremden Okkupationen auf der Balkanhalbinsel brächte, erschien ihm als ein Triumph für Großbritannien. Auf keinen Fall durften sich die Russen hier einnisten, und wenn der Zar, um die Lauterkeit seiner Absichten zu demonstrieren, darauf hinwies, daß er ja selbst das Erscheinen der Flotten, also auch der britischen, vor Stambul angeregt habe, so wurde dadurch Beaconsfields Mißtrauen nicht beschwichtigt; denn er erwog ja bei sich, wie wir schon hörten, daß Konstantinopel von der Landseite aus durch die Russen sehr wohl einnehmbar sei. Er hatte nichts gegen maritime Operationen jenseits der Dardanellen, aber dann nicht auf Verlangen oder im Interesse der Mächte oder Rußlands, sondern über Konstantinopel hinaus, um England an das Schwarze Meer zu bringen: um dieses unter die britische Herrschaft zu stellen, wollte er an seiner Südküste ein Malta oder Gibraltar erwerben und begründen; er dachte dafür an Batum oder Sinope. Wenn Bismarck seine Aufmerksamkeit auf Ägypten abzulenken versuchte, so hatte er damit bei Beaconsfield kein Glück: „Wenn wir Ägypten okkupieren, erzürnen wir Frankreich, und ich sehe auch nicht, was wir dadurch überhaupt gewinnen würden, wenn Rußland Konstantinopel besitzt. Ich wollte lieber, wir hätten Kleinasien, als Ägypten.“ Bei solcher Grundanschauung war eine Verständigung der interessierten Mächte auf Kosten der Pforte zur Erhaltung des allgemeinen Friedens im Sinne des Bismarckschen Teilungsplanes von vornherein ausgeschlossen.

Am 20. November reiste Salisbury von London ab, um sich nach Konstantinopel zu begeben. Er nahm den Weg über Paris, Berlin, Wien und Rom; er

sollte die Kabinette daselbst sondieren, auch für die Intentionen der englischen Politik geneigt stimmen und, wenn irgend möglich, einen eisernen Ring um Rußland zu legen versuchen. Die Aussichten dafür waren nicht besonders günstig. Um von Italien zu schweigen, auf das es fast gar nicht ankam, Österreich stand soeben mit Rußland in Verhandlungen, deren Ergebnis erst noch abzuwarten war. Frankreich nahm zwar in der orientalischen Frage damals Stellung gegen Rußland, und Bismarck hielt es für gut, nach Petersburg wissen zu lassen, daß der französische Botschafter Gontaut seine „direkten oder indirekten Abouтissancen zu allerhöchsten Personen", nämlich zur Kaiserin Augusta, dazu benutze, um gegen die deutsche Intimität mit Rußland zu arbeiten, d. h. Deutschland in der Balkansache vom russischen auf den britischen Standpunkt hinüberzuziehen. Dabei ist freilich nicht zu vergessen, daß es für Bismarck auf der einen Seite so sehr galt, Frankreich beim Zaren zu diskreditieren, wie auch auf der andern Seite die deutsche Russenfreundlichkeit trotz der Lockungen der Gegenpartei und trotz aller Schwierigkeiten tunlichst herauszustreichen. Im wesentlichen war es für Salisburys Mission entscheidend, welche Aufnahme er in Berlin finden würde. Am 23. November fand eine große Aussprache zwischen ihm und Bismarck statt. Beaconsfield hatte es vermieden, Salisbury mit Instruktionen zu bepacken; dieser wußte ja über die Ansichten und Absichten seines Premiers durchaus Bescheid, und er vertrat sie auch ganz sinngemäß vor dem Reichskanzler. Bismarck begann mit den üblichen Versicherungen des Mangels an eigenem Interesse an der Orientfrage für Deutschland: dieses habe nur den einen Wunsch, Europa den Frieden und sich mit seinen alten Freunden, Rußland, Österreich und England, die Eintracht zu bewahren; es würde die Freundschaft einer dieser drei Mächte von sich aus nur dann aufgeben, wenn selbige verlange, daß die Deutschen ihr zu Liebe, ohne zwingendes eigenes Interesse, Feinde der anderen werden, gewissermaßen die Rolle von Mietssoldaten übernehmen sollten. Salisbury zeigte für diese Darlegung des allgemeinen deutschen Standpunktes „volles Verständnis" und erklärte sich damit „ganz einverstanden". Um so rückhaltloser konnte ihm Bismarck daher von vornherein jede Aussicht auf deutsche Unterstützung der englischen Politik Rußland gegenüber in der Art der persönlichen Bestrebungen der Königin Viktoria und der Wünsche in der englischen Tagespresse benehmen; er sagte, „wir unterstützen Rußland nicht auf Unkosten von England, um so unbilliger würde das Verlangen sein, England gegen Rußland zu unterstützen". Im Fortgange der Verhandlung bemühte sich Bismarck, seinen Partner vor einem übereilten Kriege Englands gegen Rußland zu warnen; er zählte drei Etappen auf, die noch durchzulaufen seien, ehe man zu dieser äußersten und schwersten Eventualität zu gelangen brauche:

1. Erhaltung des Friedens zwischen Rußland und der Pforte durch die Bemühungen der Konferenz, — auf die Frage Salisburys, ob er an deren Erfolg glaube, mußte Bismarck freilich erwidern: er zweifle daran sehr und halte es für nützlicher, sich dies nicht zu verhehlen, um nicht die Meinung zu erwecken, daß im Falle des Mißlingens „gleich alles verloren sei".

2. Eben im Falle des Scheiterns der Konferenz Einrücken russischer Truppen

in der Türkei und Ausbruch eines russisch-türkischen Krieges: selbst dann braucht der europäische Frieden noch nicht gestört zu werden; denn dieser Krieg kann noch lokalisiert werden. Man dürfe, so gab der Kanzler gemäß seinem schon früher gefaßten Vorsatze dem Lord zu bedenken, des Zaren Ehrenwort vertrauen; auch sei es vom Pruth bis zum Bosporus ohne Flotte ein langer Weg. Salisbury wandte dagegen ein: wenn die Russen über dem Balkan wären, seien sie auch in Konstantinopel, und einmal darin, würden sie nicht mehr herausgehen. Bismarck hob dagegen hervor, so schnell würde der Vormarsch der Russen nicht vor sich gehen, daß nicht England mit seinem eigenen Einschreiten sich Zeit nehmen könnte: analog dem russischen Erfolge könne es dann noch immer „auch seinerseits türkische Objekte gewissermaßen pfandweise in Besitz nehmen", ohne daß es den Russen den Krieg zu erklären brauche; ein ähnliches Verfahren wolle Österreich in Bosnien einschlagen. Als ein für England geeignetes Objekt bezeichnete Bismarck, der jetzt mit seinen letzten Plänen herausrückte, Ägypten. Salisbury verhielt sich gemäß den Beaconsfieldschen Weisungen dagegen ablehnend; er erwiderte, Ägypten wäre schwer zu nehmen und decke nicht Konstantinopel. Darauf riet ihm Bismarck, nach der türkischen Hauptstadt selbst zu greifen, so daß die Engländer schließlich hier, die Österreicher in Bosnien und die Russen in Bulgarien stehen würden: „in diesem Falle sei die Widerstandskraft der Türkei gebrochen und sehr wahrscheinlich, daß die drei Mächte sich untereinander verständigten".

3. Ausbruch eines russisch-türkischen Krieges, der jedoch für die Türken insofern glücklich verläuft, als sie den Russen kräftigen Widerstand entgegensetzen: sollte das der Fall sein, so fragt es sich sehr, ob England nicht, anstatt Rußland feindlich gegenüberzutreten, ihm freundliche und versöhnliche Vorschläge macht.

Auf diese letzten Ausführungen antwortete Salisbury „nur mit Schweigen". Eine Fortsetzung der Erörterung hatte wenig Zweck. Hätte sie sich im Anschluß an die dritte Möglichkeit entsponnen, die Bismarck soeben erläutert hatte, so wäre sie wieder in sein türkisches Teilungsprojekt eingemündet, und das war für den Engländer ein undiskutierbarer Gegenstand. Die Aussprache schloß damit, daß der Kanzler sich bemühte, Salisbury sein Mißtrauen gegen Rußland und den Zaren auszureden; er bemerkte dabei: „Man glaube in England zu sehr an einen vollständig fertigen, Schritt für Schritt kaltblütig und unbeirrt verfolgten Plan Rußlands; diese Annahme halte er für irrig." Es ist nicht wahrscheinlich, daß solche Versuche der Beschwichtigung auf Salisbury sehr beruhigend wirkten; so viel mußte dieser freilich erkennen, daß er in Berlin keine Unterstützung für eine kräftige antirussische Politik Beaconsfields finden würde. Am liebsten hätte es England damals wie auch später gesehen, wenn die Mittelmächte, voran Deutschland, die Initiative gegen die russische Expansion im Orient ergriffen hätten: so würden sie die Geschäfte Englands besorgt haben, ohne daß sich dieses selbst zu exponieren brauchte. Aber das war es gerade, was Bismarck vermeiden wollte. Er wollte nicht dort, wo Deutschland keine Interessen hatte, der Schrittmacher Englands sein, und andererseits war er auch durchaus nicht frei von der Besorgnis, daß sich Rußland, falls sich die Deutschen in den Vordergrund stellen würden,

unter vorläufigem Verzicht auf seine Balkanpläne mit England vertrüge, „um vorerst gegen seine nächsten Nachbarn, d. h. Deutschland und Österreich, eine Koalition mit Frankreich und Italien einzugehen“. Es scheint, daß die Mahnungen Bismarcks einen gewissen Eindruck auf Salisbury machten; auch die Erfahrungen, die er sonst auf seiner Rundreise machte, dürften ihn nicht zu besonderem Eifer angespornt haben. In Berlin gewann er auch, aus Gesprächen mit Wilhelm I. und dem kronprinzlichen Paare, die Überzeugung, daß es Bismarck wirklich um den Frieden zu tun sei, daß dieser keinen Bruch zwischen Rußland und England wünsche, schon deshalb, weil er das letztere nicht gern geschwächt sehen möchte. In Wien stellte er eine weitgehende Übereinstimmung zwischen Andrassy und dem deutschen Kanzler fest, in Rom weitgehende Sympathien für Rußland, zwar nicht beim Ministerium, aber beim Hofe sogar Geneigtheit zum Kriege. In Konstantinopel angelangt, hütete er sich, voreilige Schritte zu tun, welche die Lage verschärfen konnten. Er befleißigte sich gegen Rußland einer konniventen Haltung, wirkte für den Ausgleich der Gegensätze und unterstützte die russischen Bemühungen, insoweit sie auf die Gewähr befriedigender Reformen für die Balkanvölker und entsprechender Garantien dafür seitens der Pforte gerichtet waren; er verständigte sich darüber mit Ignatiew. Wollte Bismarck sich nicht durch England gegen Rußland vorschieben lassen, so wollte Salisbury nicht, daß Bismarck zum Herrn der Situation würde; deshalb war er dann auf der Konferenz für ein Zusammengehen Englands mit Österreich und Frankreich unter gleichzeitiger Wendung zu Rußland.

Wie sehr sich Bismarck dafür auch immer ins Zeug legte, einen englisch-russischen Krieg zu verhüten, noch viel mehr lag ihm daran, einen solchen zwischen Rußland und Österreich zu verhindern, zumal wenn dieses überrannt würde. „Dadurch würde“, so schrieb der Staatssekretär von Bülow am 27. November an den Grafen Münster, indem er diesem über die Verhandlungen zwischen Bismarck und Salisbury zur Weitergabe an Lord Derby referierte, „ein Zusammensturz herbeigeführt werden, den der Krieg zwischen Rußland und England an sich nicht zur Folge zu haben braucht: diese beiden Mächte können einander nicht lebensgefährlich verwunden; sie können sich von bestimmten Plänen abhalten und die Ausführung gewisser Absichten gegenseitig vereiteln, nicht aber sich tödlich treffen. Aus diesem Gesichtspunkte ist die Verhinderung eines solchen [nämlich russisch-englischen] Krieges für uns keine Notwendigkeit, während wir, weil der Krieg zwischen Rußland und Österreich für uns eine Gefahr enthält, diesen in erster Linie auf die eine oder die andere Art soweit möglich zu verhindern suchen müssen.“ Allerdings gerade, was die Gefahr eines russisch-österreichischen Konfliktes anbelangte, war Bismarck in jenen Tagen offenbar stark beunruhigt. Durch Schweinitz ließ er (am 29. November) einen Bericht über seine Negoziation mit Salisbury auch nach Petersburg gelangen; der war natürlich darauf berechnet, das Wohlwollen Deutschlands für Rußland ins hellste Licht zu stellen. Immerhin mündete er doch in eine Anfrage über den Stand der russisch-österreichischen Sonderverhandlungen. Sie war sehr diskret, sehr vorsichtig gehalten; sie berief sich darauf, daß der Zar bei seinen Gesprächen mit

Schweinitz in den ersten Tagen des November Eröffnungen darüber in Aussicht gestellt, und daß Schweinitz trotzdem noch nichts Näheres darüber gemeldet hatte. Gewißlich wußte er von den Bedingungen, die Andrassy gestellt hatte, und die so hart waren, daß Rußland es schwer fallen mußte, sie zu akzeptieren. Einen Druck auf das Petersburger Kabinett zur Annahme auszuüben, war offenbar Bismarcks Absicht, wenn Schweinitz in Petersburg mitteilen sollte: in Wien zirkulierten Gerüchte über geheime Arrangements, die Deutschland mit Rußland zum Nachteil Österreichs getroffen habe. „Solche Nachrichten erregen dort Besorgnisse, und wir sind infolgedessen genötigt, gegen die österreichische Regierung uns offener über unsere Beziehungen zu Rußland auszusprechen, als wir es sonst wohl getan haben würden.“ Es ward hinzugefügt: wenn das russische Kabinett Bedenken tragen sollte, Deutschland jetzt schon eingehendere Informationen zu erteilen, so würde man sich in Berlin darüber nicht aufregen, da man voraussehe, daß es sich dabei nicht „um Enormitäten“ handeln könne, die zu verheimlichen wären: „Wir sind, nach wie vor, mit allen Abmachungen unserer Freunde über die orientalischen Angelegenheiten im voraus einverstanden und werden gegen übereinstimmende Entschlüsse derselben in betreff der Türkei unsererseits schwerlich etwas einzuwenden haben.“

Das klang recht konnivent, war doch aber ein recht ernster Wink. Vier Wochen schon waren vergangen, seitdem die Negoziation über den russisch-österreichischen Geheimvertrag einen akuten Charakter angenommen hatte, und noch immer war nichts zustande gekommen. Da glaubte Bismarck, doch schon in Petersburg etwas deutlicher werden zu müssen; denn das war es ja, was seines Erachtens unter allen Umständen verhütet werden mußte, — ein Krieg zwischen Österreich und Rußland. Der wäre nur Wasser auf die Mühlen Englands gewesen; dann war es für England ein leichtes, auch seinerseits gegen Rußland loszubrechen. Aber wollte Bismarck schon den Krieg, wenn er doch unvermeidlich wäre, auf Rußland und die Türkei isoliert wissen, erachtete er, wenn weitere Kreise gezogen würden, einen englisch-russischen Zusammenstoß immer noch für Deutschland für erträglich, so mußte doch ein österreichisch-russischer Konflikt als eine Gefahr für Deutschland auf jeden Fall im Keime bereits erstickt werden. Daß die russisch-österreichische Verhandlung nicht vom Fleck kam, war ihm peinlich; dazu kam die britische Aktion, die seine Zirkel insofern stören konnte, als sie, wenn nicht auf Deutschland, so doch wenigstens auf Österreich rechnete und das Dreikaiserbündnis zu sprengen drohte, — da mußte Rußland vorwärts getrieben werden, um mit der Erfüllung der Reichstädter Erbietungen Ernst zu machen. Als er über seine Gespräche mit Salisbury Mitteilung nach Wien gab, wies er, ganz gewißlich, um auch hier den Wert des Dreikaiserbündnisses fühlen zu lassen, auf die bedrohliche Aussicht einer russisch-französisch-italienischen Koalition hin; er ließ aber bereits keinen Zweifel darüber bestehen, daß Österreich im Ernstfalle, wie er schon dem Grafen Münster eröffnet hatte, auf Deutschlands Beistand zählen dürfe. Zwar unterrichtete er Andrassy dahin, „daß er es noch nicht für ersprießlich halte, schon jetzt Rußland gegenüber bezüglich des möglichen Zerwürfnisses mit Österreich-Ungarn eine bestimmtere Sprache zu gebrauchen“;

aber er sagte ihm doch auch schon rund heraus, daß Deutschland dem russischen Kabinett bisher keine bindenden Versicherungen gegeben habe und auch nicht geben werde. Noch brauchte es, so fügte er hinzu, zu einem Bruche zwischen Österreich und Rußland nicht zu kommen, und er würde alles daran setzen, ihn zu verhindern: Deutschland verfolge (das war ja sein Leitmotiv) sein Interesse, und das bestehe darin, mit beiden Nachbarn im Osten auf gutem Fuße zu bleiben und dadurch den Frieden zu sichern; ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland gereiche auch Österreich zum Vorteile. Ebenso sprach er sich (am 28. November) gegen den österreichischen Botschafter, den Grafen Karolyi, aus. Er suchte diesen über die Absichten Rußlands gegenüber Österreich zu beruhigen; er erklärte es für ausgeschlossen, daß der Zar, der vor dem Kriege mit der Pforte stünde, auch noch mit Österreich und England anbinden sollte: wäre dem aber doch so, sollte Rußland feindselige Maßnahmen gegen das Donaureich im Schilde führen, „dann würde sich freilich daraus eine neue Situation ergeben, in deren Erörterung er gar nicht eingehen wollte, da er sie für vollkommen ausgeschlossen halte". Man war sich in Wien übrigens dessen durchaus bewußt, daß Bismarcks Politik durch eine weitgehende Rücksichtnahme auf Rußland bestimmt war, insofern als er zwar „keinen Angriff auf Österreich dulden werde, durch eine prononcierte Haltung aber auch diese Macht [Rußland] nicht in die Arme Frankreichs treiben wolle".

Soeben noch, nämlich in den letzten Tagen des November, hatte Bismarck das Wiener Kabinett davon verständigt, daß es noch nicht an der Zeit sei, resolutere Töne gegen Rußland anzuschlagen, und daß er eine Verschärfung der Situation, die ihn dazu nötigen könnte, für „vollkommen ausgeschlossen" erachtete. Da änderte er mit überraschender Plötzlichkeit den Sinn. Er nahm die „Erörterung", die er gerade erst als überflüssig bezeichnet und abgelehnt hatte, nunmehr doch vor, und zwar vor der breitesten Öffentlichkeit und in einer Sprache, die an Deutlichkeit, mindestens Rußland selbst gegenüber, nichts zu wünschen übrig ließ. Auf einem parlamentarischen Diner, das am 1. Dezember stattfand, hielt er eine halbstündige Rede, worin er die augenblickliche internationale Lage erörterte. Er ging, wie immer, so auch diesesmal wieder, in ähnlichen Wendungen, wie acht Tage vorher vor Salisbury, davon aus, daß Deutschland keinerlei eigenes Interesse am Balkan besitze, und daß die Konferenz in Konstantinopel geringen Erfolg verspreche. Dann, so setzte er auseinander, sei als erstes Stadium in der weiteren Entwicklung der Orientfrage ein russisch-türkischer Krieg zu erwarten, da Rußland nun einmal mit seinen Rüstungen so weit gediehen sei, daß es, wohl oder übel, nicht mehr zurück könne. Als zweites Stadium sei dann ein Eingreifen Englands möglich; dieses brauche aber noch nicht den Charakter einer militärischen Aktion zu tragen, sondern könne sich auf die Besetzung gewisser türkischer Gebiete beschränken, womit sicherlich Ägypten und eventuell Konstantinopel gemeint waren; auch dadurch werde Deutschland noch nicht in Mitleidenschaft gezogen. Dies aber würde der Fall sein, wenn als drittes und letztes Stadium Österreich-Ungarn zum Einschreiten auf dem Balkan sich genötigt sehen sollte. Beim guten Stande der Beziehungen zwischen den drei Kaisermächten sei das zwar nicht gerade zu

befürchten; aber man müsse diese Möglichkeit doch auch ins Auge fassen. Und nun folgte eine Erklärung, auf welcher der Schwerpunkt seiner Worte beruhte: „Wenn die Integrität Österreich-Ungarns gefährdet würde, ergebe sich für Deutschland die Zwangslage, für die Donaumonarchie einzutreten, deren lebensgefährliche Verwundung es nicht dulden könnte. Die Integrität und der Bestand Österreich-Ungarns sei eine Notwendigkeit nicht bloß vom Gesichtspunkte des europäischen Gleichgewichtes aus, sondern sie entspreche auch den Sympathien und historischen Traditionen der deutschen Nation."

An ein noch allgemeineres Forum wandte sich Bismarck am 5. Dezember. Der fortschrittliche Abgeordnete Eugen Richter hatte im Deutschen Reichstag eine Interpellation über die russischen Eingangszölle eingebracht; abweichend von der früheren Praxis erhob nämlich Rußland damals die Forderung, daß diese nicht mehr in Papier, sondern in Goldrubel bezahlt würden, was wegen des Agios zwischen Papier und Gold faktisch wie eine erhebliche Zollerhöhung wirkte. Unverkennbar hatte die Anfrage Richters eine Spitze gegen Rußland, die russische Orientpolitik und die angeblich allzu russenfreundlich orientierte Politik des Deutschen Reiches; der Interpellant äußerte sich in seiner Rede in eben diesem Sinn, indem er u. a. auf die Eventualität des Scheiterns der Konferenz zu Konstantinopel und einer daraus erwachsenden Kriegsgefahr infolge der russischen Balkanpolitik hinwies. Man darf annehmen, daß Bismarck diese Anregung gar nicht unerwünscht war; denn sie gab ihm die gewiß nicht ganz unwillkommene Gelegenheit, das Wort zu einer ostentativ russenfreundlichen Gegenrede zu ergreifen, in die er doch eine an der Newa nicht mißzuverstehende Mahnung einzumischen vermochte. Er überschüttete Richter mit Vorwürfen darüber, daß er die Diskussion auf das reinpolitische Gebiet hinübergespielt hätte: gerade in dem Augenblick, da er sich nach Kräften um die Erhaltung des Friedens bemühe, werde ihm das erschwert und vielleicht der Keim zu einer künftigen Verstimmung gelegt, — denn darauf laufe es hinaus, wenn im Hause die jetzige Politik Deutschlands wegen ihres erkennbaren Wohlwollens für Rußland als allzu friedfertig gelte, wenn ihm gewissermaßen vorgehalten würde, daß die Regierung die große Macht, die in ihrer Hand beruhe, nicht benutze, um Rußland zu einer günstigeren Zollpolitik zu nötigen. Wie könne er auf ein Land, das dem Reiche stets ein wohlwollender und freundlicher Nachbar gewesen sei, jetzt eine Pression dieser Art ausüben? Wenn Richter andeute, daß Rußland auf Eroberungen ausgehe und daher die neue Zollgrenze später einmal auch noch auf bislang nicht russische Gebiete ausgedehnt werden könnte, so sei dem die feierliche Versicherung des Zaren entgegenzuhalten, daß er an keinen Ländererwerb denke. „Man ist bei uns vielfach antirussisch, teilweise aus Gewohnheit, der Erbschaft alter Erinnerungen, teilweise aus inneren Interessen, weil die russische Regierung" [eine Anspielung auf das Zentrum] „auf konfessionellem Gebiet nicht den Interessen nachgeht, denen man es wünschte. Aber solange die jetzige Regierung in Deutschland feststeht, wird es nie diesen Leuten gelingen, unsere guten Beziehungen mit Rußland zu alterieren, um einen Riß in die beiderseitig erprobte Freundschaft zu machen." Mit Bestimmtheit erklärte er, daß das Dreikaiserbündnis noch „in vollstem Maße"

existiere; unmittelbar darauf fuhr er fort: „Man wird aber sehr irren, wenn man darauf ausgehen und Schlüsse ziehen wollte, daß sich England an die Spitze gegen die dritte, hauptsächlich an der orientalischen Frage beteiligte Macht stellen wollte; wir haben mit England nicht minder als mit Rußland die Tradition einer in jeder Hinsicht und unter allen Umständen guten Beziehung.“ Indem er hinwiederum hervorhob, daß (im Gegensatz zu den andern Mächten) in der Balkanfrage für Deutschland kein Interesse auf dem Spiele stehe, welches auch nur die gesunden Knochen eines pommerschen Musketiers wert wäre, gab er der Ansicht Ausdruck, daß die Lage im Orient „nach den jetzigen Konjekturen“ keine Kriegsgefahr enthalte, wobei er den Mächten zugleich eine vorsichtige Politik, die ihre Interessen nicht verletze, „wohlwollend und friedliebend“ zu empfehlen nicht umhin konnte. Seine eigene Politik kennzeichnete er dahin: „Mein Bestreben und meine mir von Sr. Majestät dem Kaiser gestellte Aufgabe ist: dahin in dem diplomatischen Verkehr zu wirken, daß womöglich die guten Beziehungen, in denen wir zu den drei nächstbeteiligten Mächten sind, ungetrübt oder doch wenig getrübt aus dieser Krisis hervorgehen mögen, daß wir sie pflegen sollen, wie wir sie können. Es könnte uns nur dadurch,“ und in diesem an die russische Adresse gerichteten Satze gipfelte die ganze große Rede, „diese Aufgabe verdorben und gestört werden, wenn irgendeiner unserer Freunde von uns verlangte, unsere stärkere Freundschaft zu ihm dadurch zu betätigen, daß wir den andern Freund, der uns ebenfalls nichts getan hat, der im Gegenteil unser Freund bleiben will, feindlich behandeln und unsere stärkere Liebe beweisen sollen durch Haß gegen den andern. Es liegt das nicht außerhalb der Möglichkeit.“ Wenn er gleichsam zum Beweise dafür auf das Beispiel des Krimkrieges verwies, in dessen Verlauf ja Preußen zum Anschluß an die antirussische Gruppierung der Mächte gedrängt wurde, so lag darin eine Warnung an Rußland, nicht etwas, was dereinst zu Rußlands Gunsten verweigert worden war, nunmehr selbst zu seinen eigenen Gunsten zu verlangen.

Oberflächlich beurteilt, konnte die Rede Bismarcks vom 5. Dezember 1876 den Eindruck erwecken, als habe er sich darin zum „Advokaten Rußlands“ gemacht. Aber das lag nur in der äußerlichen Aufmachung, in der rhetorischen Zuspitzung gegen Eugen Richter, dessen Ausführungen an sich nicht wert waren, daß der Kanzler gegen sie so schweres Geschütz auffuhr. Im Zusammenhang mit den Äußerungen, die er vier Tage zuvor in seinem Hause getan hatte, war an dem wahren Sinn seiner Worte nicht zu zweifeln: mag Rußland über die Pforte herfallen, aber der Krieg muß lokalisiert werden; wird Österreich in ihn hinein verwickelt, so gibt es eine Grenze, bis zu der Deutschland dem zuzuschauen sich gestatten darf, nur so lange nämlich, bis Österreich etwa derart am Boden liegt, daß seine Existenz und Großmachtstellung gefährdet sind, — dann muß und wird Deutschland eingreifen. Nicht umsonst trug er in jenen Tagen ein gesteigertes Machtgefühl zur Schau; er sprach zu Karolyi davon, daß sich Deutschland selbst vor einem vereinten Angriff Rußlands und Frankreichs nicht zu fürchten brauche: es könne, so sagte er, zwei Millionen ins Feld stellen, sofort eine halbe Million sowohl gegen Osten wie auch gegen Westen. Im übrigen war es

ja klar: wenn sich die Ereignisse programmäßig so abspielten, wie er ihre Entwicklung vorzeichnete, indem nämlich Deutschland erst dann in die Aktion trat, wenn Rußland mit der Türkei und Österreich-Ungarn den Strauß ausgefochten hatte, dann war Rußland jedenfalls bereits so geschwächt, daß es selbst im Bunde mit Frankreich mit der Niederlage ernstlich bedroht war. Was Bismarck noch vor wenigen Tagen abgelehnt hatte, sowohl gegenüber Karolyi als auch Andrassy, das hatte er somit nunmehr doch getan: er hatte gegen Rußland eine sehr bestimmte Sprache geführt; er hatte ein Problem vor aller Welt erörtert, von dem er gesagt hatte, daß das unnötig sei, da er die ihm zugrunde liegende Situation für vollkommen ausgeschlossen halte. Allerdings hatte er das in einer hypothetischen Form getan, indem er den Fall so behandelte, als ob er in weiter, kaum denkbarer Ferne liege, als ob es sich nur um letztes Stadium handle, das man mehr theoretisch einmal von dieser oder jener Seite betrachte, um sich darüber Klarheit zu verschaffen, ohne daß man doch im Ernste damit rechne, daß es praktisch werden könnte. Aber ein Mann, wie Bismarck, malte doch den Teufel nicht leichtfertig an die Wand, und ausdrücklich hatte er am 5. Dezember die Wendung gebraucht: „Es liegt das nicht außerhalb der Möglichkeit.“ Worin ist das Motiv zu so plötzlichem Hervortreten in die Öffentlichkeit zu suchen? Wir erinnern uns, daß er in St. Petersburg sein Befremden darüber ausdrücken ließ, daß er noch nichts über den weiteren Verlauf der österreichisch-russischen Geheimverhandlungen gehört hätte, — das war, da sie tatsächlich in ein schleppendes Tempo geraten waren, ein deutlicher Wink, sie zu beschleunigen, nicht minder die versteckte Drohung, daß sich die deutsche Regierung bei den in Wien zirkulierenden Gerüchten über deutsch-russische Arrangements zu Ungunsten Österreichs genötigt sehen könnte, sich in Wien offener über die Natur der deutsch-russischen Beziehungen auszusprechen, als sie das wohl sonst getan haben würde. Der Kanzler stand offenbar unter dem Eindruck, daß es erforderlich sei, im Hinblick auf alle Möglichkeiten, die sich ergeben könnten, zumal bei den Konferenzen in Konstantinopel, dem Zaudern Gortschakows „ein Ende zu machen“, damit zunächst einmal Rußland und Österreich endgültig abschlössen, und damit die Dreikaiserentente als fester Kern für die Gruppierung der Mächte auf dem bevorstehenden Kongreß gerettet werde. Vielleicht besorgte er, daß Großbritannien, vom Argwohn befangen, daß sich Deutschland schließlich doch noch auf die Seite Rußlands schlagen könnte, seinerseits Deutschland bei Rußland den Rang ablaufen wollte. Ebensogut war es natürlich möglich, daß sich Österreich, wenn sich hier die Vorstellung festsetzte, daß Rußland und Deutschland unter einer Decke stecken, wovon ja tatsächlich gesprochen wurde, durch England gewinnen und vorschieben ließ, — dann war der allgemeine Krieg in Europa erst recht unvermeidlich. Aber die Hauptsache war doch wohl: sowohl Österreich wie auch Rußland mußten endlich klipp und klar wissen, wes sie sich von Deutschland im äußersten Ernstfalle zu versehen hatten, — dieses, inwieweit es sich mit der Doppelmonarchie vertragen mußte, jenes, inwieweit es auf Deutschland zählen durfte. Meinte er, daß Rußland nur dann sich den Forderungen Andrassys beugen, d. h. den russisch-türkischen Krieg zu lokalisieren bereit sein würde, wenn es darüber vor aller

Welt nicht im Zweifel gelassen würde, daß es im Falle eines siegreichen Konfliktes mit Österreich einen neuen Gegner finden würde? Glaubte er, daß die diplomatischen Erklärungen, die er darüber bereits nach St. Petersburg hatte gelangen lassen, hier in den Wind geschlagen werden und die erhoffte Wirkung nicht erzielen würden, so daß es gelte, vor ganz Europa feierlich dafür Zeugnis abzulegen?

Das verfügbare Material läßt für diese Fragen vorderhand noch keine bestimmte Antwort zu. Nur das Ergebnis als solches tritt klar und deutlich in die Erscheinung: der offene Vollzug der Option Deutschlands zwischen Rußland und Österreich in der Balkanfrage. Sie war die Konsequenz der ganzen weltpolitischen Entwicklung seit dem Frankfurter Frieden. Wäre Bismarck Rußlands gegen Frankreich vollkommen sicher gewesen, so hätte er sich für Rußland gegen Österreich entschieden. Da er aber dessen nicht gewiß war, so konnte er Österreich nicht den Russen preisgeben; denn wenn es kein leistungsfähiges Österreich mehr gab, so hätte Deutschland bei einem Angriff durch Frankreich in der Folgezeit keine wirksame Allianz mehr in Europa gefunden. Schon deshalb mußte Österreich für Deutschland und in dessen Interesse als europäische Großmacht erhalten bleiben. Bismarck sah die Folgen voraus, die ein russisch-österreichischer Krieg, wenn Rußland siegte, für Österreich-Ungarn bei dem großen Umfang seiner slawischen Bevölkerung haben konnte, — die Auflösung der Donaumonarchie wenigstens als Großmacht und die Verstärkung Rußlands direkt oder indirekt, nämlich durch die Einverleibung bisher zu ihr gehöriger slawischer Gebiete in Rußland oder in schon bestehende südslawische Staaten oder durch die Stiftung neuer slawischer Staatsgebilde, die dann in Wahrheit alle russische Vasallenstaaten wurden. Dann war das europäische Gleichgewicht für immer gestört, dann erlangte Rußland eine enorme Übermacht, und Deutschland befand sich zwischen Rußland und Frankreich auf dem Festlande in furchtbarer Pressung. Österreich war erledigt, und an Rußland hatte Deutschland keinen sicheren Rückhalt gegen ein rachelüsternes Frankreich. Eben darum mußte die habsburgische Monarchie nach Bismarcks Erachten erhalten bleiben, und zwar als europäische Großmacht; in diesem Sinne sprach er das bekannte Wort, wenn es kein Österreich gebe, so müßte es erfunden werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist denn auch seine Erklärung aufzufassen, daß Rußland in einem Kriege mit Österreich nicht einmal auf die unbedingte Neutralität Deutschlands, geschweige denn auf aktiven Beistand rechnen dürfe. Und wenn er sie in eine scheinbar unparteiisch-paritätische Formel kleidete (indem er sich nämlich eben dahin äußerte, Deutschland könne zwar ertragen, daß seine Freunde, Österreich und Rußland, Schlachten gegeneinander gewinnen, aber nicht, daß eines von beiden so schwer verwundet oder geschädigt würde, daß seine Stellung als unabhängige oder in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde), so ließ man sich doch in Petersburg nicht darüber täuschen, daß diese ostentative Gleichsetzung der beiden östlichen Kaiserreiche in Wahrheit auf eine Parteinahme für die Donaumonarchie hinauslief: denn die Wahrscheinlichkeit, daß diese letztere je von sich aus allein das Zarentum auf die Knie zu zwingen imstande sein würde, war ja von vornherein sehr gering. Bismarck

selbst, als er so für Österreich und gegen Rußland optierte, war sich dessen sehr wohl bewußt, daß dieses die größere Macht sei; aber sogar das vermochte ihn in seinem Entschluß nicht zu erschüttern, drängte ihn vielmehr geradezu, da er ja Rußlands gegen Frankreich nicht sicher war, auf die Seite Österreichs. „Alles weist," so erwog er bei sich, „auf Österreich hin, nationale Gründe und andere. Dort sind 9 oder 10 Millionen Deutsche, und die Ungarn sind ebenfalls entschieden für uns; selbst die Tschechen wollen wenigstens nicht russisch werden, höchstens das Dutzend Intransigenten, die nichts bedeuten . . . Und selbst wenn Österreich ganz slawisch wäre, Rußland ist für sich stark, und wir können ihm nicht viel nützen. Österreich ist der Schwächere von beiden, — obwohl immerhin ein guter Bundesgenosse, und wir können ihm viel nützen. Es kann uns auch eine Stütze sein bei unserer Friedenspolitik."

Der Satz ist wichtig. Es spiegelt sich in ihm das entscheidende Motiv wider, um dessentwillen Bismarck für Österreich optierte. Er hoffte, Rußland vom Angriff auf Österreich abzuhalten, indem Deutschland auf dessen Seite schützend trat: wenn also der Frieden in Europa gewahrt wurde, wurde weiterhin, wie er meinte, Frankreich gehindert, seine Absichten auf einen Revanchekrieg gegen Deutschland zu verwirklichen. Gewiß, die Erhaltung des Friedens und des Gleichgewichts in Europa war das höchste Ziel, das Bismarck dabei vorschwebte, und das hat er damals auch tatsächlich erreicht, indem er den russisch-türkischen Krieg lokalisierte. Das war aber nur dadurch möglich, daß er, von Zweifel erfüllt, ob er Rußland in der Folgezeit in Rücksicht auf Frankreich trauen dürfe, aus seiner bisherigen Reserve herausging und vor aller Welt sowohl dem Wiener als auch dem Petersburger Kabinett zu verstehen gab, daß die Politik, wie sie der Zar im September durch die Sendung Sumarokows zu eröffnen versucht hatte, durch Deutschland keine Deckung finden würde. Das hieß: Rußland mußte nicht nur auf eine gemeinsame Balkanaktion mit Österreich verzichten, es mußte auch die provisorischen Stipulationen von Reichstadt erfüllen, nämlich Österreich für seine bloße Neutralität Bosnien und die Herzegowina einräumen. So auch wurden seine Reden sowohl an der Newa wie auch an der Donau aufgefaßt. Franz Josef und Andrassy waren „hocherfreut"; sie wußten, daß sie jetzt in der Stunde der Gefahr auf Deutschland zählen durften. Zwar wurden in der Donaumonarchie Stimmen laut, es sei für sie „geradezu beschämend und demütigend, sich in dieser Weise, wie es Bismarck getan, von ihm in Schutz genommen zu sehen"; aber Andrassy desavouierte sofort solche „taktlosen Urteile" und übermittelte nach Berlin den Ausdruck seines Dankes und seiner Übereinstimmung mit allen wesentlichen Punkten der Erklärungen des Kanzlers „ohne Vorbehalt"; in der offiziösen Presse wurde festgestellt, daß die öffentliche Meinung darin die sicherste Bürgschaft für die Wohlfahrt beider Reiche und für die friedliche Entwicklung Europas erblicke, ohne daß dadurch dem Selbstgefühle der Völker Österreich-Ungarns etwas vergeben würde. Und in Petersburg wußte man, daß jetzt die Partie mit Österreich endgültig verloren war. Wie Hohn mußte es anmuten, wenn Bismarck im Reichstag die Existenz des Dreikaiserbündnisses beteuerte, — was lag Rußland an dessen Fortdauer, wenn es selbst jetzt abseits der beiden andern

Genossen stand, wenn es sich zu solchen Zugeständnissen an die Doppelmonarchie genötigt sah? Was nützte die scheinbar russophile Tendenz der Rede vom 5. Dezember, was die Versicherungen des Kanzlers, er werde sich durch die russophoben Elemente in Deutschland nicht von der alten russenfreundlichen Tendenz der preußisch-deutschen Politik abdrängen lassen? Nur mit gemischten Empfindungen konnte man es aufnehmen, wenn er den Zaren und dessen Regierung gegen den Vorwurf der Eroberungssucht in Schutz nahm. Hatte doch Bismarck alle diese Äußerungen, die er von der Tribüne am 5. Dezember abgab, von vornherein dadurch entwertet, daß er vier Tage zuvor bereits vor den Parlamentariern zwar seine Absicht, demnächst im Reichstag über die auswärtige Politik sprechen zu wollen, angekündigt, dabei indes hinzugefügt hatte, er könne „in Rücksicht auf die fremden Mächte dies nicht in der unumwundenen Weise tun als in seinem Hause beim weißen Tische". Und ganz und gar nicht mißzuverstehen war ja der Passus der Rede, Deutschland werde sich nicht von einem seiner bisherigen Freunde zwingen lassen, ihn stärker zu lieben und den andern zu hassen.

Im letzten Grunde war es die Stellungnahme Deutschlands, wie sie Bismarck Anfang Dezember 1876 öffentlich also angezeigt hatte, die über Ausbruch, Verlauf und Ausgang des russisch-türkischen Krieges von 1877 entschied. Einer Koalition der Pforte mit Österreich und etwa auch gar noch mit England nicht gewachsen, konnte Rußland jetzt an Österreich nicht mehr vorbei. Es mußte jetzt, wohl oder übel, die Erlaubnis zum Angriff auf die Türkei in Wien einholen, und es mußte sie teuer bezahlen, indem der zu Reichstadt in Aussicht genommene Kaufpreis unerbittlich eingefordert und sogar eher noch gesteigert wurde. Der Zar mußte den Krieg gegen die Osmanen unter den Bedingungen und Beschränkungen führen, die ihm Franz Josef jetzt diktierte. Zwar wurden nunmehr die Verhandlungen in Konstantinopel eröffnet; aber es war, wie ja schon Bismarck seiner Überzeugung Ausdruck gegeben hatte, von Anfang an mehr als fraglich, ob sie zum Ziele führen würden; das Schwergewicht lag auf den österreichisch-russischen Sonderverhandlungen in der Wendung und Bedeutung, die ihnen Andrassy seit etwa einem Monat gegeben hatte.

Zweites Buch

Der russisch-türkische Krieg und der deutsch-österreichische Zweibund

Siebtes Kapitel.

Ausbruch und Verlauf des russisch-türkischen Krieges bis zum Waffenstillstand von Adrianopel.

Durch die öffentlichen Erklärungen Bismarcks vom 1. und vom 5. Dezember 1876, durch die Bekundung seines Entschlusses, Österreich-Ungarn nicht durch Rußland niederringen lassen zu wollen, war die Gefahr eines russisch-österreichischen Krieges mit allen daraus entspringenden unübersehbaren Komplikationen und Konsequenzen für den Frieden Europas abgewandt worden. Aber noch drohte der Krieg zwischen Rußland und der Pforte. Am 13. November hatte der Zar den förmlichen Befehl zur Mobilisation von sechs Armeekorps erteilt; sie erforderte einen monatlichen Kostenaufwand von 13 Millionen Rubeln und war daher auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten. Entweder mußte abgerüstet, oder es mußte losgeschlagen werden.

Ob der Ausbruch der Feindseligkeiten zu vermeiden war, das mußte der Verlauf der Botschafterkonferenzen ergeben, die im Dezember in Konstantinopel stattfinden sollten; führten sie zu keinem befriedigenden Ergebnis, so mußte sich Rußland mit Österreich darüber verständigen, unter welchen Bedingungen jenes in den Kampf eintreten durfte, — Verhandlungen darüber waren ja bereits eingeleitet (s. o. S. 139) und nahmen während der Beratungen der Vertreter der Mächte in der türkischen Hauptstadt ihren Fortgang zwischen Wien und St. Petersburg. An diesen beiden Höfen glaubte man kaum daran, daß die Konferenz zu einem glücklichen Ende kommen könnte. Zunächst wollte Gortschakow die Pforte von ihr ausgeschlossen sehen; ihre Beschlüsse sollten der Türkei einfach als Ultimatum Europas vorgelegt werden. Andrassy war damit nicht einverstanden; man einigte sich schließlich auf den Ausweg einer Vorkonferenz der sechs Großmächte ohne Teilnahme der Pforte. Sie tagte vom 10. bis zum 20. Dezember unter dem Vorsitz Ignatiews und stand scheinbar unter dem Zeichen einer weitgehenden Übereinstimmung Englands und Rußlands. Man hatte den Eindruck, daß sich Salisbury von Ignatiew in das Schlepptau nehmen lasse, daß er sich vor diesem „effaziere". Offenbar strebte der Russe danach, England so weit an sich heranzuziehen, daß die Forderungen, die sie der Pforte gemeinsam diktieren würden, für diese unannehmbar wurden: dann war die Türkei ins Unrecht gesetzt, so daß sie von England ihrem Schicksal preisgegeben, d. h. den Russen gegen sie freie Hand gewährt werden mußte. Die Vorkonferenz einigte sich denn auch unter der britisch-russischen Ägide auf ein Reformprogramm, das der Pforte harte Zumutungen auferlegte. Sie sollte Frieden mit Serbien und Montenegro nicht nur auf Grund des status quo, sondern auch mit Vergrößerung Serbiens

an der Drina, Montenegros in Albanien und der Herzegowina schließen. Bosnien, Herzegowina und Bulgarien sollten administrative Autonomie unter christlichen Gouverneuren erhalten, die von der Pforte auf mehrere Jahre zu ernennen und von den Mächten zu bestätigen seien. Am meisten Schwierigkeiten bereitete die Regelung der bulgarischen Verhältnisse. Die Russen wünschten die Schaffung eines Großbulgariens mit Einschluß von Ostrumelien und der bulgarischen Teile Mazedoniens, das im Südwesten bis zum Ochridasee, im Südosten bis zu Kirk-Kilisse und Mustafa—Pascha—Köprülü nördlich von Adrianopel, also nicht bis zum Ägäischen Meere, reichen, im Nordwesten jedoch noch Nisch umschließen sollte. Ignatiew wollte daraus eine einzige Provinz bilden; dagegen war Salisbury, und so wurde das Land durch eine Scheidelinie in nordsüdlicher Richtung in zwei Wilajets, Ost- und Westbulgarien, mit Tirnowa und Sofia als Hauptstädten zerlegt; auch Österreich erklärte sich dafür. Eine internationale Kommission zur Überwachung dieser Reformen wurde verlangt, das Begehren Rußlands, um diese zu sichern, einen militärischen Druck auf die Pforte auszuüben, durch England zurückgewiesen, das gegen die Besetzung türkischer Gebiete durch die Truppen einer Großmacht, nämlich Rußlands, war.

Die Osmanen waren nicht gewillt, sich diesem Gebot der Mächte zu beugen. Im Gefühle seiner Siege über die Serben versagte sich der Sultan solchem Ansinnen. Unter dem Einfluß der jungtürkischen Partei zeigte er sich zu Reformen bereit, aber unter Wahrung der Integrität seines Reiches, in dessen ganzem Umfange, unter Gleichstellung aller Rassen und Bekenntnisse. Midhat Pascha, der Führer der Jungtürken, bisher Präsident des Staatsrates, wurde zum Großwesir ernannt, und eine von ihm bereits ausgearbeitete Verfassung wurde vom Großherrn genehmigt. Sie statuierte die Einheit und Unteilbarkeit des Osmanischen Reiches, desgleichen, obwohl der Islam zur Staatsreligion erklärt wurde, die staatsbürgerliche Gleichheit aller „Ottomanen", gleichviel welchen Bekenntnisses, nebst völliger Religions-, Presse-, Vereins- und Petitionsfreiheit, Zweikammersystem mit einem vom Sultan ernannten Senat und einer durch alle männlichen Untertanen auf vier Jahre gewählten Zweiten Kammer mit öffentlicher Verhandlung, Teilnahme an der Gesetzgebung und Budgetrecht, Ministerverantwortlichkeit, Unabsetzbarkeit der Richter, Einrichtung einer verfassungsmäßigen Finanzkontrolle, Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz, sogar die allgemeine Schulpflicht. Tatsächlich war die neue Konstitution nichts weiter als eine Spiegelfechterei der Pforte, um dem Verlangen der Mächte betreffend die Gewähr der Autonomie für die aufständischen Provinzen auszuweichen, und dazu war die Pforte durchaus entschlossen. Da nun aber Rußland und England in diesem Punkte jetzt einig schienen, so mußte sich doch wohl der weitere Verlauf der Konferenz so abspielen, wie ihn Ignatiew sich vorgestellt hatte: England mußte, verstimmt über die Weigerung der Osmanen, seine Hand von ihnen abziehen. Das aber geschah nicht, und zwar deshalb, weil das britisch-russische Einvernehmen sich schließlich lediglich als ein rein persönliches Übereinkommen zwischen Ignatiew und Salisbury herausstellte. Zwar genehmigte das britische Kabinett die Vorschläge Salisburys am 18. Dezember grundsätzlich;

aber hinter dessen Rücken reizte Beaconsfield die Pforte zum Widerstand gegen die Forderungen der Konferenz an, und man meinte in London, daß Salisbury doch zu scharf auf die Türkei drücke. Am 22. Dezember beschloß das Londoner Kabinett, zwar auf diese eine — freilich bloß moralische — Pression zur Annahme des Konferenzprogramms auszuüben, ihr auch im Falle eines Krieges keinen Beistand angedeihen zu lassen, immerhin jedoch an keinerlei Zwangsmaßregeln gegen sie sich zu beteiligen. Die osmanische Regierung wurde sofort davon unterrichtet, und das konnte sie nur in ihrem Widerstande bestärken; sie glaubte sogar, wie Salisbury erfuhr, darin am Londoner Ministerium eine Stütze zu besitzen. Beaconsfield betrachtete Salisburys Auftreten mit steigendem Mißtrauen und Mißfallen; er meinte, dieser lasse sich von Ignatiew zum Narren halten und sei russischer als selbst Ignatiew: „plus Arabe que l'Arabie!"

Am 23. Dezember wurde die eigentliche Botschafterkonferenz unter dem Vorsitz von Safvet Pascha, dem türkischen Außenminister, eröffnet. Nachdem er die Beschlüsse der Vorkonferenz entgegengenommen hatte, erdröhnten Kanonenschüsse; Safvet Pascha teilte den überraschten Diplomaten mit, was das zu bedeuten hatte, nämlich die Verkündigung der neuen Verfassung. Das war nichts mehr und weniger als eben die Ablehnung des Programms der Mächte, — denn die Reform für das ganze Reich sollte ja in Verbindung mit der Gewähr der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung für die christlichen Untertanen die besonderen Reformen für die aufständischen Provinzen überflüssig machen. Die Übereinstimmung, zu der die Mächte auf der Vorkonferenz gelangt waren, hielt nicht stand; sie beharrten nicht auf ihren ursprünglichen Forderungen. Alle mißtrauten sie einander. Österreich unterstützte zwar, schon in Rücksicht auf die schwebenden Sonderverhandlungen mit Rußland, dessen Anträge; aber Andrassy war von ihrer Undurchführbarkeit und ebenso vom Mißerfolge der Konferenz überzeugt. In England hatten die antirussischen Tendenzen die Oberhand gewonnen; zugleich argwöhnte man, daß bereits ein geheimes russisch-österreichisches Abkommen für den Krieg bestünde, und alle Dementis Andrassys in dieser Hinsicht blieben nutzlos. Wohl berechnet war die Haltung der Franzosen. Wir wissen, daß sie einen russisch-türkischen Krieg nicht wollten und in diesem Sinne im November bereits mit der deutschen Politik Fühlung genommen hatten. Frankreich neige, so kennzeichnete Thiers auch noch später die französische Balkanpolitik, eher zu England, weil England den status quo im Orient aufrecht erhalten wolle, und weil Frankreichs Interesse ihm dasselbe Ziel vorschreibe. Die russische Politik sei um so unglücklicher, als ein russisch-türkischer Krieg kein anderes Resultat haben werde, als die Dardanellen in die Hände Englands zu bringen. Wie aufrichtig und ehrlich das auch immer klang, so war die französische Politik doch nicht frei von ganz bestimmten Hintergedanken. Erfüllt von ihren Revanchegelüsten und von der Hoffnung, in Rußland dereinst einen nützlichen Bundesgenossen zu finden, gaben sich die Franzosen alle Mühe, jetzt einen Konflikt zu hintertreiben, in welchem, ohne daß ihnen daraus ein Vorteil erwuchs, Kräfte und Hilfsquellen vergeudet wurden, die sie besser für eine andere Zeit, wenn sie selbst zum Kampfe bereit wären, aufgespart wissen wollten. Ihr Vertreter, der Graf Chaudordy,

zettelte zugleich eine Intrige an, um die russische Allianzpolitik in andere Bahnen zu leiten, nämlich „dem Dreikaiserbunde eine andere Staatengruppierung zu substituieren, deren Hauptbestandteile Rußland und Frankreich, und deren Endziele durch Zusammenziehung der beiderseitigen Sonderinteressen im voraus berechenbar gewesen wären“. Nach Bismarck scheiterte der Plan an der Festigkeit des Zaren; Thiers, später darüber zur Rede gestellt, sprach von „ungeschickten Äußerungen untergeordneter Organe, zu denen er Chaudordy rechnete“, mit dem er übrigens zerfallen war. Auf der Konferenz nahm Chaudordy Stellung gegen Österreich, und zwar aus einem doppelten Grunde: einmal gedachte er eben dadurch das Dreikaiserbündnis zu lockern, und sodann wollte er Rußland demonstrativ das Wohlwollen Frankreichs bezeugen. Andrassy vergalt ihm seine Haltung dadurch, daß er Nachrichten über die französischen Intrigen in Petersburg nach Berlin übermittelte; das erregte natürlich bei Bismarck Besorgnisse und schien „sein ohnehin bereits gedämpftes Interesse für das Zarenreich im Orient noch mehr abzukühlen“, — so hatte Deutschland „keinen Anlaß, eine für Rußland allzu freundliche und eine der Türkei allzu feindliche Gesinnung an den Tag zu legen“.

Solche Unstimmigkeiten unter den Mächten blieben der Pforte nicht verborgen und konnten ihr nur den Nacken steifen. Umsonst stiegen die Mächte mit ihren Forderungen immer tiefer hinab. Sie gaben nach in der Frage der Gebietsabtretungen an Serbien und an Montenegro; die Gouverneure sollten nur für die nächsten fünf Jahre der Genehmigung der Mächte bedürfen und sollten für Bulgarien nicht notwendig Christen sein; die internationale Kommission sollte den bescheidenen Namen einer Kontrollkommission führen, und bei der Ernennung ihrer Mitglieder sollte sich auch die Pforte beteiligen dürfen. Am 15. Januar 1877 wurde dieses also bei weitem reduzierte Reformprojekt den Türken in der Form eines Ultimatums vorgelegt, indem die Mächte für den Fall der Nichtannahme ihre diplomatischen Vertreter abzuberufen drohten. Die ottomanische Regierung schmeichelte sich mit der Ansicht, daß auch diese ermäßigten Forderungen im wesentlichen das Werk der Russen wären, denen England und Österreich nur äußerlich sekundierten; sie beanstandete die beiden Punkte betreffend die Gouverneure und die Kontrollkommission und versammelte am 18. Januar 1877 einen großen Rat von mehr als 200 Notablen, die sich einstimmig für den Protest ihrer Regierung aussprachen. Am 20. Januar machte Safvet Pascha der Konferenz davon Mitteilung, indem er zugleich die Bereitwilligkeit zu weiteren Verhandlungen unter Ausmerzung der beiden als unannehmbar bezeichneten Forderungen erklärte. Die Bevollmächtigten machten aber jetzt wahr, was sie ihm angekündigt hatten. Sie lösten die Konferenz auf und verließen Konstantinopel, — ein Vorgehen, worüber die Pforte hinwiederum ihre Indignation äußerte. Das mit so großem Pomp angekündigte Friedensunternehmen war also gescheitert, wie es die leitenden Staatsmänner von Österreich und Deutschland vorausgesehen, und die Rußlands auch gewünscht hatten. Midhat Pascha gab sich nun Mühe, ein Eingreifen der Mächte, wie im Innern durch den Erlaß seiner Verfassung, so auch in den noch schwebenden Balkankrieg unnötig zu machen. Am 28. De-

zember 1876 war der Waffenstillstand mit Serbien und Montenegro durch die Vermittlung der Konferenz auf zwei weitere Monate verlängert worden; auf seine Initiative hin wurden jetzt direkte Friedensverhandlungen mit Serbien und Montenegro angeknüpft. Die von ihm bewirkte Überleitung der Türkei zum konstitutionellen System war im Osmanischen Reiche mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Die Alttürken waren darüber erbittert, daß den Christen völlige Duldung und Gleichberechtigung zugestanden worden war; die Christen andererseits erklärten solche Konzessionen für ein Scheinmanöver, da ja die Mohammedaner doch im künftigen Parlament die Mehrheit haben würden, und hielten sich von den Wahlen fern. Wie wenig es der Pforte mit ihren liberalen Reformen ernst war, erhellt schon daraus, daß Midhat Pascha, ihr Urheber, bereits am 5. Februar 1877 durch eine Palastintrige gestürzt und verbannt wurde; an seine Stelle trat der Alttürke Ehdem Pascha. Die Friedensverhandlungen gingen gleichwohl weiter. Sie führten am 1. März 1877 zu einem Frieden mit Serbien auf Grund des status quo. Mit Montenegro kam jedoch kein Abschluß zustande, da dieses Gebietsabtretungen, insonderheit den Hafen von Spizza, begehrte; es wurde in seinem Trotze durch Rußland bestärkt, dem ja daran lag, daß zunächst die Ruhe auf dem Balkan noch nicht wiederhergestellt wurde.

Jetzt hatte es das Ansehen, als habe Ignatiew sein Ziel erreicht. Hatte nicht die Pforte die Mächte in einer Weise behandelt, die exemplarische Züchtigung geradezu herausforderte? Und wer konnte mehr als Rußland dazu berufen erscheinen, sie als Mandatar Europas zu vollstrecken? Das war es auch, warum sich Gortschakow jetzt bemühte. Am 31. Januar richtete er eine Zirkularnote an die Mächte mit der Frage, was sie jetzt zu tun gedächten; die Antwort, die er wünschte, lag auf der Hand, Rußland eben ein bewaffnetes Mandat gegen die Türkei zu erteilen, um die Pforte zum Gehorsam zu zwingen. Skeptischer dachte über den Erfolg, den man mit dieser Anregung erzielen könnte, der Graf Schuwalow, der Botschafter in England, der ja dabei das wichtigste Wort zu sprechen hatte. Die Kabinette, so meinte er, würden sich bemühen, Rußland zu beweisen, daß die Würde der Mächte keineswegs auf dem Spiel stehe, daß die Pforte, wenn sie sich auch in der Form sträube, in der Sache nachgebe, und daß man ihr nur Zeit und die Möglichkeit gewähren müsse, ihre guten Absichten zu verwirklichen. Die Ansicht, der er also Ausdruck gab, spiegelte naturgemäß die Stimmung wider, wie sie in den Londoner Regierungskreisen bestand, wo Salisbury nach dem Scheitern seiner Politik auf der Konferenz von Konstantinopel im britischen Kabinett isoliert und kaltgestellt war. Im übrigen herrschte in England, was die orientalische Frage anbelangte, eine arge Zerfahrenheit der Ansichten. Die Opposition gegen die Regierungspolitik, die ihre hauptsächlichen Impulse durch Beaconsfield empfing, war im Lande ziemlich weit verbreitet und fand zumal bei den kirchlichen Elementen starken Anklang. Die aktive Tendenz des Premiers entsprach nicht einmal den Intentionen seiner Kollegen vollkommen, und er hatte alle Mühe, sein Kabinett zusammenzuhalten; insonderheit begannen auch schon Differenzen mit Derby aufzutauchen. Die Königin allerdings stand fest zu Beaconsfield; sie war dagegen, daß auf die Türken wegen ihrer Hart-

näckigkeit und Halsstarrigkeit Zwang ausgeübt würde, und davon wollte sie nichts hören, daß die Russen nach Konstantinopel kommen dürften. Aber der leitende Staatsmann selbst näherte sich in diesem Stadium der Angelegenheit noch einmal Rußland. Er knüpfte an die russische Zirkularnote vom 31. Januar an. Zwar vertrat er im Gegensatz zu den Russen den Standpunkt: die Ablehnung der Konferenzvorschläge durch die Pforte sei nicht als eine „Verletzung der Würde Europas" zu betrachten, da die Mächte dabei nur als Vermittler mitgewirkt hätten; er hielt auch die Pforte für ernsthaften Widerstand zu schwach. Immerhin meinte er, daß der Krieg doch wohl noch vermeidbar wäre, daß in Rußland jetzt die Friedensstimmung wieder gestiegen sei, und daß man hier mit völliger Klarheit jetzt die Intrigen Bismarcks durchschaue, deren Zweck es sei, Rußland in einen Kampf zu stürzen, der diesem, wie der Ausgang auch immer sein möge, nur Unheil bringen könnte. Daher erklärte er es für unbedingt nötig, daß man den Russen goldene Brücken baue, da man nach der Moskauer Rede des Zaren und der Aufstellung des Heeres am Pruth darum nicht mehr herumkomme, sei es durch eine entsprechende Antwort eben auf die russische Note vom 31. Januar, sei es durch Verhandlungen mit Schuwalow. Ganz bestimmte Punkte faßte er ins Auge, Festlegung der Amtsdauer der Gouverneure unter Garantie gegen willkürliche Abberufung durch die Pforte, Anteil der Provinzen an den direkten Steuern, angemessene Vertretung der christlichen Bevölkerung in Polizei und Milizen: wenn die Türkei darin Zugeständnisse machte, so hoffte er, daß sich auch Rußland damit schließlich zufrieden geben würde. Übermäßig groß war allerdings von vornherein die Aussicht keineswegs, daß sich die leidenschaftlich aufgeregte Volksstimmung in Rußland durch einen so mageren Vergleich würde beschwichtigen lassen. Was die Türkei anbelangte, so war er der Ansicht, daß der Sturz von Midhat Pascha seinem Projekt günstig sei; was dieser nicht könnte und wollte, das würde der Sultan können und wollen.

So war die Situation auch jetzt, nach dem Scheitern der Konferenz, nicht völlig geklärt. Noch schien es nicht unbedingt ausgeschlossen, den Krieg zu verhüten, zumal da ja die Friedensverhandlungen auf dem Balkan selbst noch spielten, und, was das Verhältnis zwischen der Pforte und Serbien anbelangte, zum Ziele führten. Selbst in Rußland schwankte man im letzten Augenblick wieder; man meinte, daß man doch noch mehrere Möglichkeiten zur Verfügung hätte: Krieg mit Erlaubnis Österreichs; aber auch vielleicht, indem man noch einmal bei den anderen Mächten anklopfte, auf Grund eines europäischen Mandates, oder etwa sogar jetzt noch Vermeidung des Krieges, der in seinem Ausgang nicht so ganz sicher war und so große Zugeständnisse an Österreich kostete. Von London aus gab Schuwalow den guten Rat, nicht dagegen Widerspruch zu erheben, daß es der Pforte erst noch einmal vergönnt werde, die von ihr so feierlich verkündigte Reform in Frieden durchzuführen und, um davon einen Beweis vor aller Welt zu geben, die Mobilisation der eigenen Armee zum Teil rückgängig zu machen. Angeblich um über die Bedingungen zu verhandeln, unter denen zu dieser Demobilisation geschritten werden könnte, wurde Ignatiew in Spezialmission nach Wien, Berlin, Paris und London geschickt. Der eigentliche Zweck seiner Sendung

dürfte tiefer gelegen haben, nämlich die Lage endgültig zu entwirren, an den genannten Orten betreffend die soeben aufgezählten Eventualitäten und besonders dahin zu sondieren, ob ein europäisches Mandat zu erwirken sei; dann stand man ja Österreich-Ungarn gegenüber in besserer Position da, indem man sich darauf berufen konnte, der Exekutor des Gesamtwillens Europas zu sein, den Krieg nicht aus der eigenen Initiative allein zu führen. Dazu wollte nun freilich Andrassy die Hand nicht bieten, — warum sollte Österreich freiwillig auf seine Trümpfe verzichten? Auch bei Bismarck hatte Ignatiew wenig Glück. Am 5. März verweilte Ignatiew auf der Reise von Wien nach dem Westen in Berlin; er hatte eine lange Unterredung mit Bismarck, von der wir nur erfahren, daß sie „ihn nicht völlig befriedigt hatte". Die Umgebung des Kanzlers hatte den Eindruck, „daß Ignatiew Zusicherungen wünschte, welche Bismarck ihm nicht machen wollte". Einige Wochen später äußerte sich dieser selber dahin: „Ignatiew hat den Fehler, andere für dümmer zu halten, als sie sind. Seine Reisen waren ein Mißerfolg. . . Gortschakow und Schuwalow sind seine entschiedenen Gegner. Der Krieg wird nun wohl ausbrechen." Nicht viel mehr bewirkte Ignatiew, als daß man allenthalben gewahr wurde, daß die russische Politik keine einheitliche Linie verfolgte. In den politischen Kreisen Berlins, die Bismarck nahestanden, bestand die Auffassung: Rußland möge, lediglich auf eigene Kraft angewiesen, den Krieg nicht wagen; es begnüge sich nicht mit der Zusicherung wohlwollender Neutralität, sondern es wolle mehr aktive Unterstützung, sei es gegen die Österreicher oder gegen die Westmächte. „Es würde sich auch," so wurde hinzugefügt, „mit einem diplomatischen Erfolge begnügen, da es sich des kriegerischen Erfolges nicht unbedingt sicher glaubt. Der entnervte Kaiser Alexander II. und der achtzigjährige Gortschakow seien unentschieden und eher für den Frieden." Mehr als die Zusicherung wohlwollender Neutralität für einen Türkenkrieg dürfte Ignatiew in Berlin kaum herausgeschlagen haben; es verstand sich auch von selbst, daß für den Fall eines glücklichen Ausganges des Kampfes Bismarck diejenigen territorialen Zugeständnisse anzuerkennen bereit war, die Österreich den Russen in Europa bewilligen, und zu welchen diese weiterhin den Türken in Kleinasien zu zwingen imstande sein würden. Bei den Mittelmächten hatte somit Ignatiew wenig Glück entwickelt; nicht viel anders ging es ihm bei den Westmächten. In Paris ließ er sich als Retter vor der deutschen Gefahr laut preisen, was Bismarcks Argwohn erregte; aber bei der gesamten Politik, die Frankreich damals trieb, bekam er kaum viel mehr als gute Worte. Der Schwerpunkt seiner Mission lag in London; für diesen Ort war er nun freilich bei seiner ganzen politischen Vergangenheit die am wenigsten geeignete Persönlichkeit. Die Königin Viktoria war über sein Kommen geradezu entrüstet, und der russische Botschafter Schuwalow war sein politischer Antipode. Bei Salisbury, mit dem er auf der Konferenz zusammengewirkt und Beziehungen angeknüpft hatte, wurde er freundlich aufgenommen; er dankte, indem er gegen ihn im eigenen Hause Intrigen spann. Mit gemischten Gefühlen sah ihn Beaconsfield. „Ignatiews Ankunft," so schrieb er am 16. März, „ist wie ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel; nichts kann ungelegener kommen." Andererseits glaubte er den Bis-

marckschen „Intrigen“ entgegenwirken zu müssen, um Rußland beim Frieden zu erhalten, und deshalb war ihm eine Verständigung mit Rußland zurzeit durchaus erwünscht, nur daß er es vorzog, sie anstatt durch Ignatiew vielmehr durch Schuwalow anzubahnen. Daß Ignatiews Mission in England kein besserer Erfolg beschieden sein würde als auf dem Festlande, war vorauszusehen; damit aber war die Möglichkeit weiterer russisch-englischer Verhandlungen und Abmachungen noch nicht abgeschnitten.

Um dieselbe Zeit, als Ignatiew auf britischem Boden verweilte, gelangte die diplomatische Aktion zu ihrem endgültigen Abschluß, deren Ausgangspunkt die Reichstädter Besprechungen waren, und die dann nach dem Scheitern der Wiener Mission Sumarokows in ein Stadium getreten war, das die Unterwerfung Rußlands unter die Forderungen Andrassys einleitete. Wenn auch die Aussicht noch nicht gänzlich geschwunden war, daß durch die internationalen Negoziationen, wie sie an das russische Zirkular vom 31. Januar und an die Rundreise Ignatiews sich knüpften, zumal durch eine russisch-britische Verständigung in letzter Stunde, der Friede zwischen Rußland und der Türkei gewahrt bleiben könnte, so war sie doch sehr gering, und jedenfalls war es für den Zaren und Gortschakow, wie schwer ihnen auch immer die Entscheidung schließlich werden mochte, geboten, sich für alle Fälle zu sichern, auch für den, daß der Krieg gegen die Pforte nicht zu vermeiden wäre, — wohl oder übel, sie mußten dafür die Erlaubnis Österreichs haben. Leicht wurde es ihnen nicht, alle die Bedingungen anzunehmen, von denen es Andrassy für sie abhängig machte, ob sie sich für sich allein auf die Osmanen stürzen dürften, so daß auf ihren Schultern alle Mühe, Gefahr und Verantwortung lastete, während Österreich, ohne den Finger zu rühren, die reichste Beute als die Frucht des russischen Sieges einheimsen sollte. Offenbar gerade deshalb hatten die Verhandlungen, die zwischen Wien und Petersburg bisher den ganzen Winter über bereits spielten, einen so langsamen Verlauf genommen; aber nunmehr ließ sich die Sache nicht weiter verschleppen. Zum Ende des November 1876 war Nowikow, der russische Botschafter in Wien, damit betraut worden, einen Vertragsentwurf in zwei gesonderten Akten auszuarbeiten, von denen die eine die Verpflichtungen wohlwollender Neutralität festsetzte, die Rußland von Österreich begehrte, während die andere dazu diente, die territorialen Veränderungen zu statuieren, welche die Folge des Krieges sein mußten. Noch währte es Wochen und Monate, bis beide perfekt vorlagen, zunächst die erste und dann wiederum nach geraumer Zwischenzeit die zweite, die wohl noch viel größere Schwierigkeiten bot, — sollte sie doch im Gegensatz zu jener nicht nur aktuelle Fragen regeln, sondern dauernde Verhältnisse schaffen. Man könnte die Frage aufwerfen, ob nicht Österreich besser daran getan hätte, damals unter Verzicht auf eigene Gebietserweiterungen einer einfachen Emanzipation der Balkanvölker das Wort zu reden und schlechthin für ihre Unabhängigkeit und Freiheit einzutreten. Aber es hatte nun einmal seine Augen auf das Hinterland des Litorale geworfen, und selbst wenn es auch eine Politik des Desinteressements auf der Halbinsel hätte treiben wollen, so war das bei der Unreife der Balkanslawen und bei ihren traditionellen Beziehungen zu Rußland nicht an-

gängig. Denn sie wären, der osmanischen Herrschaft entzogen, unzweifelhaft der russischen Einflußsphäre verfallen, und es war dann das Eindringen der panslawistischen Agitation unter die Südslawen des Donaureiches zu besorgen; es hätten sich auch in den doch nur nominell selbständigen neuen Balkanstaaten Herde der Anarchie und Auflösung aller Ordnung entwickeln können, die auf die benachbarten slawischen Gebietsteile der Doppelmonarchie ansteckend wirken mußten. Während die Konferenzen in Konstantinopel ihren unfruchtbaren Verlauf nahmen, bemühte man sich in Wien und Petersburg, die Grundlage für eine gegenseitige Verständigung im Sinne des Reichstädter Protokolls zu finden. Von beiden Orten aus wurde um die Jahreswende davon nach Berlin Mitteilung gemacht, und Bismarck erhielt Kenntnis von den Einzelheiten des Vertrages, der also zustande kam. Am 15. Januar 1877 wurde zu Pest eine militärische Konvention zwischen den beiden Ostmächten unterzeichnet, derzufolge Serbien, Montenegro und der zwischen diesen beiden Ländern gelegene Sandschak Nowibasar im Falle eines russisch-türkischen Krieges als neutrale Zone statuiert wurden. Darauf hatte Andrassy mit aller Energie bestanden. „Die Kooperation Rußlands mit Serbien und Montenegro,“ so ließ er sich mit aller Deutlichkeit vernehmen, „macht aus der europäischen Aktion eine slawische Bewegung, aus der christlichhumanen Tendenz eine einseitig orthodoxe und aus dem Kriege eine Revolution.“ Immerhin wurde so viel den Russen zugestanden, daß Serbien und Montenegro, obgleich diese Staaten nicht von ihnen betreten werden sollten, zu ihnen ihre Truppen stoßen lassen, und daß diese mit ihnen außerhalb der beiden genannten Länder kämpfen durften.

Machte es schon Schwierigkeiten, sich über diese Modalitäten der Kriegführung zu einigen, so bedurfte es noch eines längeren Marktens und Feilschens, bis auch die territorialen Probleme geregelt waren. Mit Nachdruck bestand Andrassy darauf, daß zwar die Russen aus Bulgarien, wenn sie daselbst einrücken sollten, nach Erfüllung ihrer Mission wieder herausgehen müßten, da dieses Land alle Bedingungen zu einer selbständigen Existenz besitze; aber er erklärte andererseits: sollte Österreich erst überhaupt zu einer Besetzung von Bosnien und der Herzegowina schreiten, so könne es sich dabei nur um eine dauernde Einverleibung handeln. Denn diese beiden Provinzen, so begründete er seinen Standpunkt, entbehrten der Mittel und der Möglichkeit für ein selbständiges und besonderes staatliches Leben; sich selbst überlassen, würden sie ein ewiger Herd revolutionärer Intrigen, sowie ein Objekt der Begehrlichkeit und der Rivalität zum Zwecke der Bildung eines großen südslawischen Reiches werden. Am 18. März kam endlich die sog. convention additionelle von Wien zustande; sie wurde jedoch bereits vom Tage der ersten Konvention datiert, deren Ergänzung sie sein sollte, also vom 15. Januar. Nach Deutschland wurde davon noch keine Kenntnis gegeben, erst im Laufe des Mai. Für den Fall einer Niederlage der Türken und sich daran knüpfender Gebietsveränderungen auf der Balkanhalbinsel sollten, so ward darin gesagt, Bosnien und die Herzegowina an Österreich fallen, während Rußland Beßarabien in den Grenzen von 1856 wiederbekommen sollte; die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung über eventuelle Annexio-

nen Rußlands in Kleinasien hatte Gortschakow abgelehnt, da Österreich daselbst keine direkten Interessen habe. Auf seinen besonderen Wunsch verpflichteten sich die beiden Kontrahenten dagegen, „sich gegenseitig auf diplomatischem Gebiete zu unterstützen für den Fall, daß die territorialen Änderungen, als Ergebnisse eines die Teilung oder die Auflösung des Ottomanischen Reiches bewirkenden Krieges, Anlaß zu einer Kollektivberatung der Mächte geben sollten", — das stärkte dann freilich später, als die Mächte nach dem Sieg der Russen über die Türken die Orientfrage vor ihr Forum zogen, die österreichische Position. Bestätigt wurde schließlich die zu Reichstadt getroffene Abmachung, daß im Falle einer Teilung der Türkei oder territorialer Verschiebungen daselbst kein slawischer oder sonstiger Großstaat auf der Halbinsel geschaffen werden dürfte. Österreich stand am Ziele seiner Wünsche, und so kann man es verstehen, wenn Franz Josef hocherfreut dem Zaren schrieb, nicht nur sie selbst, sondern auch ihre Kinder dürften sich zu einem Erfolge Glück wünschen, der so sehr den Gefühlen der Freundschaft entspreche, die sie miteinander verbinde. Alexander II. dürfte schwerlich von solchen Empfindungen durchdrungen worden sein, vielmehr von dem Hintergedanken, daß ein für Rußland günstiger Ausgang des Krieges Österreich vor eine vollendete Tatsache stellen und ihn selbst in die Lage versetzen würde, als Sieger den Frieden diktieren zu können. Andrassy dachte allerdings auch daran, daß die Russen, wenn die Pforte unterliege, ihren eigenen Willen durchzusetzen versuchen könnten, und er äußerte dazu: „Wenn sie den Vertrag nicht halten und uns zum bewaffneten Widerstand zwingen, so befinden sie sich im Falle eines Feldzuges mit uns in der denkbar schlimmsten militärischen Lage. Dann steht Rußland mit dem Kern seiner geschwächten Armee auf dem Balkan; durch unseren Einmarsch in Rumänien können wir sie von der Basis ihrer Operationen abschneiden, während England ihr mit seiner Flotte bei Konstantinopel Halt gebietet." Er war nicht gewillt, Österreich von den Reichstädter, jetzt aufs neue bekräftigten Verschreibungen auch nur ein Tüpfelchen rauben zu lassen, und die ganze Situation, sowohl die international politische, als auch die militärische, mußte jeden Versuch, den Rußland in dieser Richtung zu machen gedachte, von vornherein als ein aussichtsloses Unterfangen erscheinen lassen.

An und für sich war es auch jetzt noch nicht gesagt, daß der Krieg und die für ihn festgesetzten russisch-österreichischen Stipulationen unter allen Umständen zur Wirklichkeit werden müßten. Als Franz Josef den Zaren von der Vollziehung der convention additionelle in Kenntnis setzte, gab er noch dem Wunsche Ausdruck, „daß dieser Vertrag nie praktische Anwendung finden, und daß es ihren gegenseitigen Bemühungen gelingen möge, den Frieden zu erhalten". Ob und inwieweit das möglich war, das hing freilich zunächst davon ab, ob nicht trotz der Erfolglosigkeit der Mission Ignatiews doch noch durch die Tätigkeit und Geschicklichkeit Schuwalows ein englisch-russisches Abkommen möglich werden und ob es von der Pforte akzeptiert werden würde. Wurde noch eine internationale Verständigung erzielt, so wurden die beiden österreichisch-russischen Sonderkonventionen überflüssig. So wurden denn in London Beratungen zunächst zwischen Derby und Schuwalow, dann auch unter Heranziehung der Vertreter der übrigen

Mächte über eine neue gemeinsame diplomatische Aktion in Konstantinopel gepflogen, um die Türkei zur Vernunft zu bringen; ein „Protokoll" sollte der Pforte als gemeinsames Diktat der Mächte vorgelegt werden. Das war freilich nicht so leicht, angesichts der nicht nur zwischen den Mächten, sondern selbst innerhalb der leitenden Kreise der beiden Hauptbeteiligten, Englands und Rußlands, bestehenden Gegensätze. Beaconsfield mußte alle Energie aufbieten, um in seinem Kabinett äußerlich die Einigkeit zu wahren; Ende März gab er der Hoffnung Ausdruck, daß jetzt wenigstens die Sympathien für die Gladstonesche Bewegung darin zum Schweigen gebracht seien, und er setzte durch, daß es den russischen Vorschlag abwies, die Pforte solle zur Abrüstung aufgefordert werden, während der Zar seine Truppen mobilisiert an der Grenze stehen lassen dürfe. Noch viel stärker waren die Unstimmigkeiten in Petersburg. Gortschakow zwar war mit den Absichten und Ratschlägen Schuwalows einverstanden, der soeben mit Derby nach einer befriedigenden Formel für das gemeinsame „Protokoll" suchte. Mehr als je zuvor suchte der russische Kanzler jetzt noch einmal den Krieg mit der Pforte zu vermeiden, und wenn sich ihm dazu das Mittel auf der Grundlage eines allgemeinen europäischen Einvernehmens geboten hätte, so hätte er gerne danach gegriffen; aber er hatte gegen die Kriegspartei einen harten Stand, und der Zar unterlag den wechselnden Einflüssen, denen er täglich ausgesetzt war. Noch Ende März war Andrassy davon überzeugt, „daß man in Petersburg, wenn eine goldene Brücke zu einem nicht demütigenden Rückzuge gebaut werde, gern das Schwert in der Scheide lassen möchte". Bismarck war bereit, dem Protokoll beizutreten, aber „mehr zur Beruhigung seines Gewissens", als weil er etwa an dessen Erfolg glaubte und diesen auch wünschte. Er hielt den Ausbruch des russisch-türkischen Krieges für notwendig, damit, wie er sagte, das eiternde Gift des Panslawismus nach der Türkei abflösse, anstatt auf Österreich-Ungarn übertragen zu werden, wodurch ja Deutschland in Mitleidenschaft gezogen werden mußte; auch hoffte er, daß dadurch die Russen verhindert werden würden, späterhin ihre Waffen gegen Deutschland zu kehren, indem er der Ansicht war, „ein orientalischer Krieg müßte notwendigerweise Rußland für lange Zeit von einer französischen Allianz ablenken". All das, so äußerte er sich allerdings, lasse sich nicht öffentlich aussprechen; immerhin erkennt man daraus, wie sehr er sich damals innerlich, eben in Rücksicht auf Frankreich, von Rußland abgekehrt hatte.

Nach langen und schwierigen Verhandlungen einigten sich Derby und Schuwalow schließlich auf eine gemeinsame Formel; so kam das Londoner Protokoll vom 31. März 1877 zustande. Die Mächte nahmen darin mit Befriedigung davon Kenntnis, daß der Frieden zwischen der Pforte und Serbien wiederhergestellt war; jene wurde ermahnt, dasselbe mit Montenegro zu tun, und zwar auf der Basis der Konferenzbeschlüsse von Konstantinopel, d. h. unter Gebietsabtretungen, ihre Armee auf den Friedensfuß zu bringen und sofort an die für ihre christlichen Untertanen verheißenen Reformen zu gehen. Wenn die ottomanische Regierung diesem Verlangen sich unterwürfe, sofort mit der Ausführung beginne und einen Spezialgesandten nach Petersburg zu Verhandlungen über die Demobilisation schicke, so werde auch der Zar — Schuwalow war ermächtigt, das zu

erklären — abrüsten. Die Mächte würden, so ward weiterhin gesagt, durch ihre Botschafter und lokalen Agenten über die Ausführung der Versprechen wachen, welche die Pforte erteilt habe. Für den Fall freilich, daß sie sich in diesen Hoffnungen enttäuscht sehen sollten, kündigten sie an, „daß ein solcher Stand der Dinge unvereinbar mit ihren und den Interessen Europas im allgemeinen sein würde"; sie behielten sich dann vor, gemeinschaftlich die Mittel zu erwägen, „die sie für die tauglichsten erachten möchten, um das Wohlsein der christlichen Einwohner des Balkans und den allgemeinen Frieden zu sichern". Vermochten solch unbestimmte, schon so oft unnütz gebrauchte Phrasen eine Garantie dagegen zu bieten, daß die Pforte nicht wieder die alten Winkelzüge des Wartens und Hinausschiebens zur Anwendung brachte? Weder Derby noch Schuwalow unterzeichneten vorbehaltslos. Dieser forderte, daß die Pforte, wie bereits erwähnt wurde, zuerst einen besonderen Bevollmächtigten zur Verhandlung über die Demobilisation nach Petersburg schickte; er fügte hinzu, Rußland werde eine solche alsdann auch für sich vornehmen, sie jedoch alsbald wieder einstellen, wenn sich die Christenmassakres auf dem Balkan wiederholen sollten. Derby gab eine pathetische Erklärung als Vorbehalt seiner Regierung dem Protokoll bei: sie habe dieses lediglich im Interesse des europäischen Friedens unterzeichnet; daher solle es als null und nichtig betrachtet werden, wenn weder die gegenseitige Entwaffnung noch auch der Frieden erreicht würden.

Schon die Vorgänge bei der Unterzeichnung ließen erkennen, daß auch dieser letzte Versuch der Friedensvermittlung durch die Mächte scheitern würde. Der Zar war höchlichst über das Begehren Englands entrüstet, daß auch Rußland abrüsten müsse; empört rief er aus: „Man behandelt uns ja in London wie die Türken!" Auf der andern Seite hinwiederum sagte Beaconsfield: alle Welt schreibe ihm vom Triumph Englands und der Demütigung Rußlands; er jedoch könne aus der Sache ganz und gar nicht klug werden. Schlecht genug war es somit bereits mit der Eintracht zwischen den Mächten, zumal England und Rußland, und daher mit den Aussichten ihrer Aktion bestellt; da scheiterte sie am Widerspruch der Pforte. Am 10. April wies diese das Londoner Protokoll „mit seinem die Hoheit des Türkischen Staates beleidigenden Inhalt" zurück; sie setzte ihre Hoffnungen noch weiter auf die zutage liegende Unstimmigkeit der Mächte. Zur gleichen Zeit lehnte die neue türkische Kammer die von den Montenegrinern verlangten Abtretungen ab; der Waffenstillstand mit ihnen wurde nicht weiter verlängert. In Petersburg plädierte Schuwalow noch einmal dafür, daß der Pforte eine letzte Frist von einem Jahre zur Durchführung der Reformen gewährt würde, und auch Gortschakow war noch nicht zum Kriege entschlossen. Aber es drang doch die Anschauung durch, daß man weder abrüsten noch auch die Mobilisierung ein ganzes Jahr aufrechterhalten könne, daß man daher endlich einmal Schluß machen müsse. Ignatiew war es vornehmlich, der auf den Krieg hinarbeitete, und auch dem Zaren riß am Ende die Geduld. Die türkische Zirkulardepesche vom 10. April war lediglich das Tröpfchen, das die Schale des Zornes und des Kriegseifers in Petersburg zum Überlaufen brachte. Am 13. April fand hier ein großer Kriegsrat statt; er faßte den Beschluß, die gesamte Armee auf

den Kriegsfuß zu bringen und alle für die Eröffnung der Feindseligkeiten erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Zwar rief die Pforte jetzt noch einmal die Vermittlung der Mächte an; aber nunmehr war es zu spät; am 24. April erließ Alexander II. in Kischenew in Beßarabien ein Kriegsmanifest gegen die Pforte.

Das Wetter, das schon seit Jahren an dem politischen Horizont Europas geschwebt hatte, es ging jetzt nieder. Weder der Zar noch auch Gortschakow hatten auf dieses Ziel von vornherein etwa mit klarem Bewußtsein und unbeugsamem Willen losgearbeitet; aber die jahrhundertealten Strebungen der russischen Politik waren doch eine Macht, der sie sich bei allem inneren Zagen und Widerstreben nicht entziehen konnten, und die sie im Augenblicke der Entscheidung mit unwiderstehlichem Zwang vorwärts trieb, so daß ihnen alles Zaudern nichts half. Und so fielen jetzt die Würfel nicht nur über das nächste Schicksal des näheren Orientes, sondern auch über das Los Europas und insonderheit Deutschlands in damals noch unabsehbarer Ferne. Eine Saat wurde ausgestreut, die Jahrzehnte später ihre furchtbaren Früchte tragen sollte. Es war der bestimmende Wendepunkt der weltpolitischen Entwicklung Europas; sie verlief seitdem in einer Linie, die wohl zeitweise abgelenkt werden konnte, immer wieder jedoch in dieselbe Richtung zurückzukehren die Tendenz aufwies.

So viel war durch die Politik vornehmlich Bismarcks erreicht worden, daß der Krieg zunächst isoliert war, daß sich nur Rußland und die Türkei mit den Waffen in der Hand maßen, daß Europa vom allgemeinen Brande verschont blieb. Die Mächte waren neutral, und zwar eigentlich alle wohlwollend für Rußland; nur England glich einer Sphinx, die ihr Antlitz noch nicht enthüllte; so viel war indes bereits zu erkennen, daß Konstantinopel der wunde Punkt war, der eine Kollision zwischen Rußland und Großbritannien heraufbeschwören konnte. Noch immer war man in England geteilten Sinnes. Die Partei Gladstones betrachtete den Krieg, in den Rußland jetzt gegen die Türkei eintrat, als einen rechtmäßigen und selbstlosen Kreuzzug, und sie hätte es am liebsten gesehen, wenn England mitmarschiert wäre. Lord Derby hielt den Krieg für unvermeidlich, seitdem die Pforte das Londoner Protokoll abgelehnt hatte; trotzdem jedoch erachteten weder er noch auch sonst die leitenden Personen das russische Vorgehen für billig. Unter dem Einfluß Beaconsfields war die Königin Viktoria für eine Politik der Initiative und der Aktivität; sie schrieb an das Kabinett einen Brief: wenn England den Russen die Füße küssen wolle, so wolle sie an dieser Selbsterniedrigung Britanniens nicht teilnehmen; eher werde sie die Krone niederlegen; es handle sich darum, ob Großbritannien seine Stellung unter den Großmächten behaupten wolle: „Nicht die Erhaltung der Türkei steht in Frage, sondern ob Rußland oder England die Weltherrschaft haben soll". Der alte Gegensatz Rußland-England war wieder erwacht, zunächst im näheren Orient; die britische und die russische Expansion stießen hier aufeinander, und man kann nicht einmal sagen, daß England lediglich sich dabei in der Abwehr befand, — sahen wir doch, wie sich Beaconsfields Absichten bis nach dem Schwarzen Meere erstreckten, bis Sinope oder Batum, auf welch letzteres wenigstens auch Rußland es abgesehen hatte. Das üble Verhalten der Pforte, die Tatsache, daß sie sich die öffent-

lichen Sympathien in England durch ihre Hartnäckigkeit verscherzt hatte, machten es Beaconsfield zu seinem Leidwesen unmöglich, ihr so, wie dereinst im Krimkriege, bewaffnete Hilfe zu leisten; aber er faßte eine „wachsame und bedingte Neutralität" in Aussicht, und er nahm sich von vornherein vor, von Rußland eine Bürgschaft dafür zu erwirken, daß die britischen Interessen in der Türkei, nämlich in Konstantinopel, Ägypten und am Suezkanal, respektiert würden. Daneben dachte er daran, Rüstungen zu veranstalten, um diesen Ansprüchen im Falle eines russischen Sieges über die Türkei Nachdruck verleihen zu können, sowie eine Vermittlung im gegebenen Momente herbeizuführen, ehe die russischen Streitkräfte diese Englands vitale Interessen berührenden Punkte erreicht hätten. Bis so weit folgte das Kabinett dem Premier; in einer Sitzung, die am 1. Mai stattfand, wurden entsprechende Beschlüsse gefaßt, und Derby richtete am 6. Mai nach St. Petersburg eine Note, worin England zwar Neutralität versprach, insoweit sich der Kampf lediglich zwischen Rußland und der Türkei abspiele, der Suezkanal, der Persische Golf und Konstantinopel jedoch als die Reibungsflächen namhaft gemacht wurden, an denen sich russisch-britische Streitigkeiten entzünden könnten. Nach seiner Art steckte denn auch Gortschakow ein Loch zurück: die Besitznahme der türkischen Hauptstadt liege ganz und gar nicht in den Intentionen Rußlands; dieses erkenne an, daß die Zukunft Konstantinopels in jedem Falle eine Frage des gemeinsamen Interesses aller Mächte sei, die nicht anders als durch eine allgemeine Vereinbarung erledigt werden, und daß keine von den Mächten Europas Stambul in ihre Gewalt bringen dürfe. Demgemäß waren denn Schuwalow und auch Gortschakow, zuerst nicht minder der Zar dafür, daß der Kriegsschauplatz auf das bulgarische Gebiet nördlich vom Balkan beschränkt bleibe. Damit war jedoch die russische Heeresleitung nicht einverstanden. Sie ging vom strategischen Grundgedanken aus, man müsse in das Zentrum der türkischen Macht treffen und daher Konstantinopel nehmen, um von dort aus den Frieden zu diktieren. Der Zar ließ sich umstimmen; in London wurden Erklärungen abgegeben, die das zum Ausdruck brachten; die Folge davon war wieder wachsendes Mißtrauen Englands in die Endziele Rußlands.

Auf zwei Kriegsschauplätzen stand Rußland zum Angriffe gegen die Pforte gerüstet, in Europa und in Asien. Hier, in Asien, befanden sich 120 000 Russen unter dem Kommando des Generals Loris Melikow, eines geborenen Armeniers, zum Einrücken bereit; die ihnen gegenüberstehende Streitmacht der Osmanen war geringer an Zahl. Das Gros der zaristischen Armee, an die 300 000 Mann stark, unter dem Oberbefehl des Großfürsten Nikolaus, war an der rumänischen Grenze aufgestellt. Um zur europäischen Türkei zu gelangen, mußte es Rumänien passieren, das sich ja zur Pforte noch in einem vasallitischen Verhältnisse befand. Man wußte in Bukarest sehr wohl, daß der mächtige Nachbar im Norden den 1856 abgetretenen Teil Beßarabiens wiederzugewinnen wünschte; aber andererseits war man zu schwach, um ihm das Eindringen mit Gewalt zu verwehren, und man wollte auch gern die Gelegenheit benutzen, um die ottomanische Oberherrschaft abzuwerfen. So kam eine Konvention zustande, derzufolge Rumänien den russischen Durchzug gestattete, dafür aber von Rußland das freilich, wie die Dinge

lagen, recht problematische Versprechen erhielt, daß seine territoriale Integrität garantiert und respektiert werden sollte. Ende April wurde sie von den rumänischen Kammern genehmigt; darauf eröffnete die Pforte Feindseligkeiten gegen Rumänien, die die Wirkung hatten, daß in Rumänien das Streben nach Unabhängigkeit und aktiver Teilnahme am Kriege gegen die Türken sich steigerte. Das war für die Russen, obwohl sie prahlten, sie bedürften einer Mitwirkung der rumänischen Armee gar nicht, doch keineswegs unwichtig, da diese 50 000 Mann umfaßte, die leicht auf das Doppelte erhöht werden konnten. Von vornherein war der Stand für die Pforte ohnehin schon insofern ein ungleicher, als das türkische Heer viel schwächer als das russische war. An der Donau standen im Festungsviereck Warna—Schumla—Silistria—Rustschuk an die 100 000 Mann, in Widdin weiter westlich an der Donau 35 000 Mann unter Osman Pascha; dazu kamen Abteilungen gegen Serbien und Montenegro, sowie zur Niederhaltung der einheimischen Bevölkerung in den europäischen Provinzen.

Zunächst entbrannten die Feindseligkeiten in Armenien. Loris Melikow nahm am 17. Mai die kleine Festung Ardahan im oberen Kurtal; Kars wurde eingeschlossen, und die Hauptstadt Erzerum erschien gefährdet. In Rumänien rückten die Russen langsam vor. Im Laufe des Mai trat der Fürst Karl von Rumänien offen an der Seite der Russen in den Krieg ein, indem er dem Sultan den Gehorsam aufsagte; seine Truppen hielten sich vorderhand auf dem nördlichen Donauufer. Ende Juni überschritten die Russen die Donau bei Simnitza; sie revolutionierten Bulgarien und besetzten am 19. Juli unter Gurko den Schipkapaß; schon zeigten sich ihre Vortruppen bei Adrianopel. Aber ihr Vormarsch war voreilig und schlecht gesichert. Ihre rechte Flanke in Bulgarien war durch Osman Pascha bedroht, der sich von Widdin nach der Festung Plewna warf, ihre linke Flanke durch die türkische Hauptarmee im Festungsviereck. Das Kommando über diese übernahm eben damals (18. Juli) Mehemed Ali Pascha, ein geborener Deutscher aus Magdeburg, ursprünglich Karl Detroit mit Namen, aus einer Hugenottenfamilie, der Sohn eines Hoboisten; er war im Alter von sechzehn Jahren als Schiffsjunge nach Konstantinopel gekommen. Vergeblich bemühten sich die Russen, Plewna zu nehmen; Angriffe, die sie Ende Juli gegen die Festung unternahmen, wurden blutig abgeschlagen. Ebenso drängte sie Mehemed Ali Ende August und Anfang September im Osten hinter den bei Rustschuk in die Donau mündenden schwarzen Lom zurück, während Suleiman Pascha die Russen an der Front zum Rückzug bis zum Schipkapaß zwang, so daß diese jetzt von drei Seiten dicht eingekeilt waren. Ihre Lage konnte jetzt sehr übel werden, wenn Suleiman Pascha auf einem der in türkischem Besitz befindlichen Pässe den Balkan überschritten hätte; so aber bemühte er sich umsonst (Ende August), den Schipkapaß gegen Gurko zu forcieren. In seiner Not übertrug der Zar nunmehr Karl von Rumänien das Kommando einer neugebildeten Armee, die aus 35 000 Rumänen und 25 000 Russen bestand; doch gelang es ihr bei aller Tapferkeit, welche die Rumänen entfalteten, nicht, Plewna (10. und 12. September) durch Sturm zu nehmen. Auch in Armenien, wo Anfang Juni der Oberbefehl an den Großfürsten Michael überging, war den Russen der Erfolg versagt. Am 26. Juni

wurden sie durch Muktar Pascha bei Dewin geschlagen; Anfang Juli mußten sie die Belagerung von Kars aufgeben; sie wurden an die Grenze zurückgedrängt. Bei den Abchasen, einem kaukasischen Bergstamme im Lande westlich und südwestlich vom Kamme des Kaukasus bis zum Schwarzen Meere, erhob sich ein Aufstand, und das Kubangebiet schien gefährdet.

Die Hoffnungen auf einen leichten Sieg, mit denen die Russen in das Feld gezogen waren, hatten sich nicht erfüllt. Ihre Verwaltung und Kriegführung erwiesen sich als unzulänglich; ihr Vorgehen brach sich an der alttürkischen Tapferkeit, und wenn nicht auch auf der feindlichen Seite zahlreiche Mißstände sich bemerkbar gemacht hätten, willkürliches Eingreifen des von Intrigen und Launen beherrschten Sultans, Reibungen zwischen den Generälen usw., so wäre den Russen der Endsieg, der ihnen schließlich doch noch zuteil werden sollte, zum mindesten viel teurer zu stehen gekommen. Und so schlecht und gefährlich wie mit der militärischen war es auch mit der politischen Lage der Russen bestellt. Als sie die Donau überschritten, erschienen in der Besika-Bai am Eingang der Dardanellen auf der asiatischen Seite britische Kriegsschiffe, unter dem Vorwande des Schutzes der Engländer in Konstantinopel, falls dort Unruhen entstehen sollten. Wenn es nach der Königin und nach Beaconsfield gegangen wäre, so hätte England jetzt kräftiger in den Krieg eingegriffen, nämlich durch die Landung einer ansehnlichen Truppenzahl, etwa von 20000 Mann, auf der Halbinsel Gallipoli, zum Schutze von Konstantinopel: die Pforte sollte der Form nach darum ersuchen; dann hoffte Beaconsfield einen entsprechenden Beschluß beim Kabinett durchzusetzen. Aber die Pforte traute dem britischen Protektor nicht recht, und je länger, um so mehr wuchsen die Meinungsverschiedenheiten im britischen Ministerium; zumal Derby und Salisbury zeigten sich so störrisch, daß die Königin es am liebsten gesehen hätte, wenn beide ausgeschieden wären. Wenn er der österreichischen Mitwirkung sicher gewesen wäre, dann hätte Lord Derby größere Tatkraft entfaltet; in der Tat spielten im Laufe des Mai und Juni Verhandlungen über eine britisch-österreichische Allianz. Das Londoner Kabinett hatte nach Wien die Anfrage gerichtet, wie man sich hier zu einem Vormarsch der Russen auf Konstantinopel verhalten würde; man schlug dagegen eine gemeinsame Aktion vor, bestehend aus der Absendung einer britischen Flotte nach der Halbinsel Gallipoli und dem Einrücken der Österreicher in Rumänien nebst eventueller Besetzung von Serbien. Unter Hinweis auf das Versprechen des Zaren, Konstantinopel auch nicht zeitweise besetzen zu wollen, lehnte Andrassy ab. Seine Hände waren ja durch die geheimen Abmachungen, die er mit Rußland zu Reichstadt und nachher getroffen hatte, insoweit gebunden, daß er sich nicht an einem solchen Vorgehen gegen Rußland beteiligen zu dürfen glaubte. Immerhin gab er zu verstehen, daß Österreich-Ungarns Interessen mit denen Englands solidarisch seien, und daß man im Falle ihrer Schädigung bereit wäre, sie mit den Waffen zu verteidigen.

Die Annahme dürfte durchaus nicht unberechtigt sein, daß Bismarck ganz und gar nichts dagegen eingewandt hätte, wenn Andrassy die Londoner Anregungen keineswegs so kurzweg zurückgewiesen haben würde; das wird aus den folgenden Ausführungen sogleich erhellen. Auf des Kanzlers Haltung wirkten verschiedene,

vielfach sich kreuzende Rücksichten und Erwägungen ein. Wilhelm I. empfand die russischen Niederlagen als Ohrfeigen, die allen christlichen Völkern erteilt würden, und geriet in Aufwallung über das Unglück der tapferen und befreundeten Truppen, sowie über die gewohnte Barbarei, mit der die Türken den Krieg führten. Der Kanzler mußte solche Gefühle seines Herrschers schonen und sprach vor ihm die Erwartung aus, daß der Dreikaiserbund unter des Kaisers Führung auch ferner imstande sein würde, „dem Kaiser Alexander freie Bahn und dem übrigen Europa den Frieden zu erhalten". Für sich selbst und die Politik, die er trieb, sah er die Dinge freilich nicht so gefühlsmäßig an. Gerade damals meinte er wieder einmal — wenngleich nur vorübergehend — Grund zur Besorgnis zu haben, daß in Wien klerikale und antideutsche Umtriebe eine Kursänderung hervorrufen könnten; es fehlte nicht an Anzeichen, die das nicht als ausgeschlossen erscheinen ließen. Anfang Juli hatte er eine Unterredung mit dem russischen Botschafter d'Oubril; er sprach darin den Wunsch nach einer Verständigung zwischen Rußland und England aus, natürlich auf Kosten der Pforte. „Das ist die Allianz," so sagte er, „die uns am meisten passen würde. Unser Einvernehmen mit dem polnischen und päpstlichen Österreich war immer schwierig. Nichts spricht gegen eine Intimität zwischen uns, Ihnen und England." Es war ihm damit vollkommen ernst; in einer Aufzeichnung, die er nicht lange vorher (am 15. Juni) seinem Sohne Herbert in die Feder diktiert hatte, findet sich der Passus: „Ich halte es in unserem Interesse und für unsere Zukunft eine nützliche Gestaltung, einen Ausgleich zwischen England und Rußland zu fördern, der ähnlich gute Beziehungen zwischen beiden, wie im Beginn dieses Jahrhunderts, und demnächst Freundschaft beider mit uns in Aussicht stellt. Ein solches Ziel bleibt vielleicht unerreicht, aber wissen kann man das auch nicht. Wenn England und Rußland auf der Basis, daß ersteres Ägypten, letzteres das Schwarze Meer hat, einig würden, so wären beide in der Lage, auf lange Zeit mit Erhaltung des status quo zufrieden zu sein, und doch wieder in ihren größten Interessen auf eine Rivalität angewiesen, die sie zur Teilnahme an Koalitionen gegen uns, abgesehen von den inneren Schwierigkeiten Englands für dergleichen, kaum fähig machte." Ein Ausgleich des englisch-russischen Gegensatzes auf Kosten der Pforte (ebenso wie desjenigen zwischen Rußland und Österreich) ist dem Kanzler stets als die erwünschteste Lösung der orientalischen Frage erschienen; aber eine solche war (mit Recht schlug er ihre Chancen von vornherein für recht gering an) unmöglich, damals schon wegen der weiterreichenden Absichten Beaconsfields auf das Schwarze Meer und wegen der britischen Besorgnisse, bezüglich Konstantinopels gegen die Russen infolge der leichteren Möglichkeit, die Dardanellenbefestigungen vom Lande aus zu nehmen, ins Hintertreffen zu geraten, — damit entfiel auch alle Aussicht auf eine künftige deutsch-britisch-russische Tripleallianz. Nur zwischen England und Rußland hätte Bismarck vermittelt, nicht auch zwischen Rußland und der Pforte; für den russisch-türkischen Krieg war seine Losung strengste Neutralität und Passivität. Von einer Intervention beim Sultan wollte er nichts wissen; er besorgte, daß die Russen, wenn sie im Frieden nicht all das erreichten, was ihnen vorschwebte, die Schuld daran Deutschland zuteilen würden:

„Jetzt von Vermittlung sprechen," so äußerte er im Anfang des Juli, „heiße soviel als auf eine fliegende Kanone schießen wollen." Natürlich noch unendlich mehr mißbilligte er jedes aktive Eingreifen Deutschlands in die Verwicklungen. Es gab in Berlin 1877 eine sogenannte Kriegspartei, zu der hohe Militärs gehörten; sie wurden nicht müde, den Präventivkrieg gegen Rußland zu predigen, und klagten die auswärtige Politik des Reiches „geradezu der Furchtsamkeit, der Marklosigkeit" an. Dafür war Bismarck, der ein Gegner des Präventivkrieges überhaupt war, keinesfalls zu haben: warum sollte sich Deutschland wegen der Balkanfrage, in der es gar nicht interessiert war, mit Rußland überwerfen? Dann würde England, davon war er vollkommen überzeugt, behaglich stillsitzen und für sich die Deutschen die Kastanien aus dem Feuer holen lassen. Vielleicht schätzte er damit den aktiven Charakter, den Beaconsfields Orientpolitik zurzeit trug, allzu gering ein; aber es ist richtig, daß Deutschland dann nicht für die eigenen Interessen gefochten hätte, da es solche unmittelbar schlechterdings nicht besaß.

Wollte sich Bismarck aber auch eben aus diesem Grunde wegen der Balkanfrage nicht selbst mit Rußland überwerfen, so gab es doch andere Mächte, die solche Interessen besaßen, und da es gar nicht schien, als wollten sie seinen Rat befolgen, nämlich deren Ausgleich auf Kosten der Pforte vorzunehmen, warum soll er da nicht auch einmal die Möglichkeit erwogen, ja sogar vielleicht im innersten Winkel des Herzens den Wunsch gehegt haben, es möchte zwischen ihnen zu einer Kollision mit dem Erfolge kommen, daß diejenige von ihnen, die Deutschland am gefährlichsten war, allerdings ohne dessen Teilnahme, auf längere Zeit unschädlich gemacht werde? Schwerlich wäre ihm ein festeres Auftreten Österreichs und Englands gerade in diesem Moment unerwünscht gewesen. Es wird berichtet, er habe im Sommer 1877 Andrassy den Rat erteilt, „entweder mit Rußland in die Türkei einzurücken oder die günstige Gelegenheit zu benützen, um Rußlands tief am Balkan stehende Armee im Rücken anzugreifen"; Österreich hätte damals, so fügte er hinzu, zwei gute Verbündete an England und der Türkei unter Beaconsfields Leitung gehabt. Wie Holstein etwa ein Jahrzehnt später damit übereinstimmend mitteilte, hätte Bismarck es 1877 gern gesehen, wenn sich Rußland und Österreich damals gütlich verständigt hätten; er riet Andrassy dazu, aber mit dem Vorbehalt, wenn das nicht möglich wäre, so sei die Lage Rußlands derart, daß Österreich-Ungarn der russischen Armee leicht in den Rücken fallen und die Differenz durch einen Krieg erledigen könnte. „Andrassy hatte aber," so hören wir weiter, „damals erklärt, es widerstrebe seinem Gefühl, Rußland in einem Augenblick anzugreifen, wo dieses gewissermaßen widerstandsunfähig sei, eine Anschauung, die vom positiven Gesichtspunkt aus schwer zu billigen war." Die Rücksicht auf Serbien, dessen Feindschaft gegen Österreich und andrerseits dessen Wert für die Doppelmonarchie, spielte bei diesem so deutlichen Winke Bismarcks eine bedeutende Rolle. Am 23. Februar 1878 mahnte er den österreichischen Botschafter, den Grafen Karolyi, die Spannung mit Rußland in der Balkanfrage auszugleichen und zu bedenken, daß für die habsburgische Monarchie Serbien viel wichtiger sei als Bulgarien:

„Sie haben keine bulgarische Nationalität [d. h. in Österreich-Ungarn wohnen keine Bulgaren], und dies Land ist frei von Ihrer Grenze. Ganz anders und viel näher liegt die Sache für Sie in betreff des unabhängigen Serbiens, nachdem Sie in Ungarn eine so zahlreiche serbische Grenzbevölkerung haben. Ich wäre überhaupt nicht erstaunt gewesen [Bismarck gab zu verstehen, daß er es fast erwartet hätte], wenn Sie im Verlauf des Krieges zur Wahrung Ihrer Interessen sich eines Faustpfandes durch die Besetzung Serbiens versichert hätten. Durch Mobilmachung eines Armeekorps und durch solch eine strategische Stellung hätten Sie, ohne gerade Rußland zu bedrohen, ein Argument zu ihren Gunsten geschaffen, welchem Fürst Gortschakow, ein zweideutiger Asiat, sich jedenfalls zugänglicher gezeigt hätte, als Ihren diplomatischen Vorstellungen."

Eine aktive Politik von solcher Kühnheit des Zugreifens, die eben auf das hinauslief, was England in Wien angeregt hatte, lag nicht in den Intentionen Andrassys. Er fühlte sich durch seine Abmachungen mit Rußland innerlich gebunden und lehnte daher sowohl die Winke Bismarcks als auch die durch England gewünschte gemeinsame Aktion ab. Einigermaßen schien sich die Situation freilich zu verändern, als die Russen (Mitte Juli) den Balkan überschritten. Das Wiener Kabinett wandte sich jetzt wiederholt nach Berlin, um die Notwendigkeit einer Friedensintervention zu betonen, natürlich um die Russen von Konstantinopel fernzuhalten. Unter dem Eindruck der russischen Erfolge gewann auch die britische Politik an Einigkeit und Festigkeit. Die Negoziation mit Wien wurde wieder aufgenommen, die Opposition im Kabinett schien sich zu legen. Derby äußerte, er habe jetzt keinen Einwand gegen eine Allianz mit der Pforte mehr, wenn sie im englischen Interesse liege; Salisbury sagte, von ihm aus könne die britische Flotte vor Konstantinopel gehen, falls durch eine derartige Bewegung dessen russische Invasion verhindert werden könnte. Am 21. Juli verhandelte das britische Kabinett über die Frage: was man zu tun hätte, wenn die Russen Konstantinopel besetzten; alle antworteten einstimmig, niemand fester und entschiedener als Salisbury, daß dann an Rußland der Krieg erklärt werden müsse. Beaconsfield erörterte bereits vor der Königin die Art und Weise der militärischen Operationen: Rußland müsse dann von Indien aus angegriffen, Truppen müßten an den Persischen Golf gesandt, Zentralasien von den Moskowitern gereinigt und diese in das Kaspische Meer geworfen werden; natürlich müßten außerdem die Flotte und ein Heer von 60—80000 Mann gegen Konstantinopel dirigiert werden. Leidenschaftlich drängte die Königin zu scharfen Entschlüssen, namentlich zur Besetzung von Gallipoli und zum Einlaufen der Flotte in das Marmarameer zum Schutze der Christen in der türkischen Hauptstadt. Aber so schnell ließ sich Derby nicht in Bewegung setzen; er antwortete der Herrscherin, zur Aktion für Gallipoli sei es jetzt schon zu spät, — Viktoria war darüber, nachdem diese bisher seines Widerstandes halber unterblieben war, nicht wenig empört. Die Spannung zwischen der Königin und dem Kabinett war groß. Sie legte sich erst, als die Russen auf dem Kriegsschauplatze zum Stillstand kamen; jetzt, da er sich von der Landseite aus nicht mehr bedroht sah, ward freilich der Sultan wieder von Mißtrauen gegen England ergriffen, und er sah die britischen Kriegsschiffe lieber

außerhalb der Dardanellen. Auch in Wien beruhigte man sich einigermaßen: war man hier für den Fall weiteren siegreichen Vorrückens der Russen zum Einrücken in Bosnien bereit gewesen, so glaubte man jetzt, erst noch abwarten zu dürfen, — nicht anders, wie es sich mit der Einfahrt der britischen Flotte in das Marmarameer verhielt.

War auch die Gefahr, daß die Türken im ersten Anlauf überrannt werden möchten, zunächst beseitigt, so war doch mit der Wiederkehr einer ähnlichen Situation zu rechnen, und England und Österreich glaubten sich dagegen sichern zu müssen: Dieses wollte sozusagen eine Rückversicherung gegen Rußland gewinnen, wenn der Zar etwa den Versuch machen sollte, die Reichstädter und die ergänzenden Abmachungen zu brechen; jenes wollte einen sicheren Bundesgenossen bekommen, der die britischen Geschäfte gegen Rußland auf dem Kontinent besorgte. So weit wollte sich zwar Andrassy nicht treiben lassen, zumal da er ja an Rußland gebunden war, solange als dieses keine Miene machte, seinen Versprechungen untreu zu werden; er wollte sich nicht, wie er sich ausdrückte, als Vogelscheuche gegen Rußland gebrauchen lassen. Immerhin kam er den Briten insoweit entgegen, daß er ihnen den Vorschlag machte, sie sollten beide miteinander Erklärungen austauschen, denen zufolge „eine gleichmäßige, jedoch gesonderte diplomatische Aktion, eventuell eine später zu vereinbarende kriegerische Aktion“ in Aussicht genommen wurde. Im Laufe des August wurden diese „Deklarationen“ ausgetauscht; als Grundlage dienten sieben Punkte, die Andrassy aufgestellt hatte: 1. keine Macht darf ein ausschließliches Protektorat über die Balkanchristen an sich bringen; 2. kein Staat hat das Recht, eine definitive Regelung der Folgen des Krieges ohne Mitwirkung der Garantiemächte des Pariser Friedens von 1856 für sich allein in Anspruch zu nehmen; 3. Rußland darf keine Gebietserweiterungen südlich von der Donau fordern, auch sich Rumänien weder einverleiben, noch auch seiner Oberhoheit unterwerfen; 4. weder eine russische noch auch eine österreichische Sekundogenitur ist auf dem Balkan zulässig; 5. Konstantinopel darf nicht von Rußland in Besitz genommen werden; 6. die Bildung eines großslawischen Staates daselbst ist verboten; 7. die Sperre der Meeresengen bleibt bestehen; eine Änderung in dieser Hinsicht bedarf der Zustimmung der Garantiemächte. Damit war den alten Zielen der russischen Balkanpolitik ein Riegel vorgeschoben, und Österreich hatte den Versuch gemacht, sich für alle Fälle gegen Rußland zu decken, falls dieses seinen Verpflichtungen von Reichstadt untreu zu werden unternähme.

Hätte Beaconsfield die Allianz Österreichs gehabt, so wäre er gewißlich Rußland mit einem imperativen Haltgebote entgegengetreten; aber auch so ließ er es an Energie der Sprache und an angestrengten Bemühungen nicht fehlen, sein Kabinett trotz dessen Sträubens zu kräftigen Beschlüssen mit sich fortzuziehen. Am 14. August fand ein Ministerrat statt; nachdem darin die Antwort auf den Andrassyschen Vorschlag des Austausches der soeben mitgeteilten „Deklarationen“ festgesetzt worden war, wurde die Frage beraten, was zu tun sei, wenn die Russen abermals Konstantinopel bedrohen sollten. Als darüber diskutiert wurde, ob mit oder ohne Einverständnis mit dem Sultan, und weiterhin im Zu-

sammenhange damit auch darüber, ob eine Allianz mit der Türkei geschlossen werden sollte, betonte Beaconsfield, daß es sich zunächst lediglich darum handle, ob man die Russen, wenn sie noch während des laufenden Jahres Konstantinopel wiederum zu nehmen Miene machen sollten, daran zu hindern gedenke: was man sonst dabei jetzt zur Sprache bringe, das beziehe sich auf die Mittel, und darüber könne erst verhandelt werden, wenn es so weit wäre, daß sie zur Anwendung gelangen müßten. Durch diese geschickte Unterscheidung zwischen Hauptsächlichem und Nebensächlichem ward zunächst einmal bewirkt, daß sich das Kabinett mit einer einzigen Ausnahme auf den Standpunkt stellte, es müßte den Russen verwehrt werden, noch im laufenden Jahre nach Stambul zu greifen. Beaconsfield stellte nunmehr ein zweites Problem zur Erörterung: wenn die Russen der Türkei nicht in einem Feldzuge Herr werden können, soll ihnen dann ein zweiter gestattet werden? Denn ein solcher würde offen und wirklich ein Vernichtungskrieg werden, den weder England noch Europa dulden könnten. Als Derby darauf hinwies, daß England keine Verbündeten hätte, erwiderte der leitende Minister, dafür sei keine andere Allianz nötig, als mit der Pforte: es komme nicht darauf an, Bulgarien den Russen abzunehmen; England habe die Seeherrschaft, könne seine Truppen nach Batum senden, ohne Schwierigkeiten durch Armenien marschieren und die russischen Besitzungen in Asien bedrohen. Das waren Gesichtspunkte, die eine günstige Aufnahme fanden. Eben damals bot sich gerade eine recht gute Gelegenheit, ihnen entsprechende Eröffnungen ohne Benutzung des offiziellen Weges über das Auswärtige Amt nach der maßgebenden Stelle in Rußland gelangen zu lassen. Soeben kam der britische Militärattaché, der Oberst Wellesley, aus dem russischen Hauptquartier mit Versicherungen an, die dem Zaren der schlechte Stand der Dinge auf dem Kriegsschauplatz abgepreßt hatte: sein einziges Ziel wäre die Erleichterung des Loses der Balkanchristen; er wollte keine Annexionen außer in Beßarabien und etwa noch in Kleinasien; eine vorübergehende Besetzung Bulgariens würde unvermeidlich sein; aber in Konstantinopel würde er nur einrücken, wenn es der Gang der Ereignisse nötig mache, und in keinerlei Weise wolle er die britischen Interessen gefährden, sei es in Ägypten, am Suezkanal oder in Indien. Da sich Wellesley dieser Botschaft vor der Königin und Beaconsfield entledigte, gaben diese beiden durch ihn dem Zaren Bescheid, unter Umgehung Derbys: beide wünschten sie aufrichtig den Frieden, noch vor Ablauf des Jahres, zur Ehre und Befriedigung Rußlands; wenn der Krieg jedoch nicht bald aufhörte, würde England seine Neutralität nicht aufrechterhalten können; bei einem neuen Feldzuge würde es in die Reihen der Kriegführenden eintreten. Er sollte dem Zaren zu Gemüte führen, daß zwischen der Königin und ihrem Premierminister vollste Übereinstimmung bestünde, daß auch diese Politik der Regierung vom vollsten Vertrauen der Nation getragen sei, daß sie keine Feindschaft gegen Rußland bedeute: wer sei wohl der bessere Freund Rußlands, — Bismarck, der dieses in einen so unheilvollen Krieg hineindrängte, oder Beaaconsfield, der es davor zu behüten trachtete? Noch Mitte August reiste Wellesley zurück; die Erklärungen, die er überbrachte, trugen nicht wenig dazu bei, daß der Zar die Fortsetzung des Kampfes mit allem Nachdruck

betrieb; denn er wußte jetzt, daß ein Feldzug im folgenden Jahre ihn in noch ärgere Gefahren stürzen würde.

Schwerlich war eine solche Art des Vorgehens, Drohungen nämlich, einen neuen Feldzug nicht zu erlauben, sehr zweckmäßig, da sie ja doch gleichsam für eine bestimmte Frist den Schützling dem russischen Vernichtungswillen preisgab und diesen daher zunächst einmal zu äußerster Kraftanstrengung anspornte; eben daraus ist jedoch zu ersehen, wie sehr der Zar ein eventuelles Eingreifen Englands in den Kampf fürchtete, und daß Großbritannien bei festerem Auftreten schon jetzt den Zaren noch mehr einzuschüchtern, etwa zur Annahme einer Intervention zu bestimmen vermocht hätte. Nun war es ja nicht Beaconsfields persönliche Schuld, daß England keine größere Energie entfaltete; das lag an der Opposition, auf die er im Lande, im Parlament und selbst im Kabinett stieß. Aber anstatt die Ursachen der unangenehmen und schwachen Position Großbritanniens da zu suchen, wo sie tatsächlich zu finden waren, schob er sie auf Bismarck. Diesem warf er doch, wie wir aus seinen Weisungen an Wellesley wissen, vor, Rußland in den Krieg hineingedrängt zu haben, und Schuwalow gab sich demgemäß Mühe, den Zorn Beaconsfields von Rußland auf den deutschen Kanzler als den Erfinder des Dreikaiserbündnisses abzulenken: der sei darin der Herr, der Rußland und Österreich wie Schachfiguren bewege. Der russische Botschafter streute die Verleumdung aus, Bismarcks letztes Ziel sei der Krieg zwischen Rußland und England (u. a. deshalb, weil dann dieses das Schwarze Meer und die Ostsee blockieren würde, so daß jenes seinen ganzen Handel über die deutschen Eisenbahnen zu leiten sich gezwungen sehen würde); Andrassy sei lediglich Bismarcks „Vizekönig"; wenn durch ihn Beaconsfield jetzt (10. Oktober) zum erstenmal von dem österreichisch-russischen Geheimvertrage in diesem Zusammenhange erfuhr, so konnte das auf ihn den Eindruck machen, als stecke auch hier wieder Bismarcks vielgeschäftige und allmächtige Hand dahinter. Für die britische Diplomatie war der Kanzler ein Schreckgespenst und zugleich der Schöpfer alles Bösen, — darin stimmten der Premier und die beiden Botschafter Lord Lyons in Paris und Lord Russell in Berlin, die Mitte Oktober in England weilten, auf den langen Konferenzen überein, die sie damals untereinander abhielten. Lyons gab der Furcht Ausdruck, Bismarck kokettiere mit Gambetta und verspreche Frankreich zum Ersatz für Elsaß-Lothringen Ägypten, — die Erinnerung an Napoleon I. tauchte auf. Russell erklärte ihn für einen Autokraten und behauptete, in Petersburg und Wien würde nichts entschieden, ohne daß man vorher seinen Rat einhole. Immerhin gab er zu, daß der Kanzler (im Gegensatz zum Wunsche des Kaisers Wilhelm) aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Deutschland und die hier herrschende Abneigung gegen das Wachstum der Ausgaben für Militärzwecke nicht daran denke, deutsche Truppen nach der Türkei zu schicken, daß er auch für den Frieden zu haben wäre, vorausgesetzt, daß Rußland einen augenfälligen Erfolg dabei erränge, da es sein Wunsch sei, daß es nicht allzu stark gedemütigt würde. Das war in der Tat so ungefähr der Sehwinkel, unter dem Bismarck die Dinge betrachtete. Keineswegs war es ja richtig, daß er, wie Beaconsfield meinte, Rußland in den Krieg mit der Türkei hineingedrängt hatte; aber daß der Krieg

eben auf diese beiden Staaten beschränkt worden war, das war sein Werk, und jetzt war er, nach wie vor, der Ansicht, daß man ihm, in eben diesem Umfange, freien Lauf lassen müsse. Er betonte immer wieder aufs neue, England und Rußland müßten sich auf Kosten der Türken aussöhnen, und weder England noch auch Österreich dürften sich in den Kampf einmischen; es genügte ihm, wenn Frankreich bei allen Manipulationen der hohen Politik außer Betracht und jede Annäherung der andern Mächte an Frankreich vermieden blieb. Mitte September hatte er eine persönliche Aussprache mit Andrassy zu Salzburg. Der Ungar hatte den Eindruck, daß Bismarck nichts unangenehmer wäre, als wenn Rußland im Verlauf des Krieges seine Großmachtstellung einbüßen sollte, da sich Deutschland dann ganz allein auf die Donaumonarchie angewiesen sehen würde. Er ließ dann auch den Wunsch durchblicken, ob es nicht möglich sei, dem Zaren irgendwie zu Hilfe zu kommen. Andrassy überhörte geflissentlich diese Andeutung; aber er hielt es doch für notwendig, dem Partner die Überzeugung beizubringen, „daß er unter allen Umständen auf Österreich-Ungarn rechnen könne und nie die Schwächung des russischen Nachbars zu bereuen haben werde". Daher gab Andrassy ihm Kenntnis von den „Deklarationen" mit England. Bismarck nahm das mit großem Wohlgefallen auf und versprach von selbst unaufgefordert strengste Diskretion, auch gegen den Kaiser Wilhelm: „Denn das ist," so sagte er, „der indiskreteste Mensch von der Welt." Das persönliche Zutrauen Bismarcks zu Andrassy ward dadurch erheblich gesteigert; auch gewann er bei seiner Anwesenheit in Österreich selber den Eindruck, daß die Position Andrassys hier zur Genüge befestigt sei, so daß mit einem Systemwechsel auf absehbare Zeit nicht gerechnet zu werden brauchte, — das konnte ihn nur ermuntern, auf seiner bisherigen Bahn einer österreichfreundlichen Politik auszuharren.

Wie schwierig auch immer die außenpolitische Situation war, in der sich Rußland befand; noch weit dringender und schmerzlicher wurde die militärische Lage empfunden. Schon wurde der Gedanke erwogen, über die Donau zurückzugehen und im Norden von ihr den Winter zu verbringen; das hieß, den Feldzug, wenigstens für dieses Mal, verloren geben. Der Zar wollte es vermeiden, mit einem so offenbaren Mißerfolg abzuschließen, zumal in Rücksicht auf die Drohungen Beaconsfields für diesen Fall; dann aber mußte erst Plewna genommen werden, und daher wurde jetzt Totleben, der Verteidiger von Sewastopol, ein geborener Balte, der Chef des Geniekorps, mit der Belagerung der Festung betraut. Nach dem Kaukasusschauplatz wurden Verstärkungen geschickt, und hier erfolgte zuerst eine Wendung zum Bessern. Am 15. Oktober brachte der Großfürst Michael beim Berge Aladscha-Dagh den Türken unter Mukhtar Pascha eine schwere Niederlage bei; daran schloß sich am 17. November der Fall von Kars. Die aufrührerischen Kaukasusvölker wurden allmählich unterworfen; Erzerum hielt sich bis zum Ende des Krieges und ging erst durch den Frieden von San Stefano in die Gewalt der Russen über. Ebenso gewannen die Russen auf dem bulgarischen Schauplatze nunmehr die Oberhand. In Plewna stieg die Not aufs höchste. Entsatzversuche der türkischen Hauptarmee wurden vereitelt; Osman Pascha, durch Hunger bedroht, wagte einen Ausfall in westlicher Richtung; er wurde jedoch von

den um das Doppelte überlegenen Feinden wieder auf die Festung zurückgeworfen und mußte hier (am 10. Dezember) mit über 50000 Mann kapitulieren. Die Serben traten jetzt (am 14. Dezember) von neuem in den Krieg ein; sie nahmen Pirot und Nisch, während die Montenegriner Antivari und Dulcigno an der Küste an sich brachten und Skutari einschlossen. Die Türken gingen über den Balkan zurück; die Russen folgten ihnen über das Gebirge; dabei gelang es ihnen, am Schipkapaß an die 30000 Feinde abzuschneiden (9. Januar 1878). Am 16. Januar erschienen sie bereits bei Philippopel, vier Tage später in Adrianopel. Hinter der Tschataldscha-Linie sammelten die Türken ihre letzten verfügbaren Streitkräfte zum Schutze von Konstantinopel, während die russischen Vortruppen bis an das Marmarameer gelangten.

Die Osmanen gaben nunmehr das Spiel verloren. Militärisch waren sie fertig, und gab es irgendeine Macht, von der sie auf Hilfe hoffen durften? Von Deutschland war nichts zu erwarten, auch vorderhand nicht von Österreich-Ungarn. Denn dieses war durch seine Geheimverträge an Rußland gebunden und konnte oder wollte sich davon erst dann losreißen, wenn es etwa offenbar wurde, daß sich Rußland über sie hinwegzusetzen Miene machen würde. So blieb denn allein England übrig. Wenn es hier lediglich auf die Königin und den leitenden Minister angekommen wäre, so wäre der russische Siegeslauf schon längst auf Hindernisse gestoßen. Vor dem Falle Plewnas waren sie fest entschlossen gewesen, Rußland einen neuen Feldzug nur unter der geheimen Verpflichtung zu gestatten, unter keinen Umständen Konstantinopel und die Meeresengen zu besetzen. Aber unter seinen Kollegen stand Beaconsfield damit noch ziemlich allein; es waren innerhalb des Kabinetts abermals die verschiedensten Ansichten vertreten. Am extremsten nach der andern Seite neigten der Kolonialminister Lord Carnarvon und der Außenminister Derby. Jener hatte nichts dagegen, Konstantinopel den Russen zu überlassen und die Meeresengen freizugeben; dieser war für Frieden um jeden Preis, hüllte sich in den Mantel einer vollkommenen Passivität ein und erachtete die drohende Besetzung Konstantinopels nicht für einen Kriegsfall. Ungefähr in der Mitte stand Salisbury; er war für den Krieg erst dann, wenn nach Unterzeichnung des Friedens die Russen nicht aus Konstantinopel herausgehen würden; d. h. er wollte sie zunächst hineingelangen lassen, war also nicht für eine britische Intervention. Zum Anfang des Monats Dezember brachte Beaconsfield einen Kompromißbeschluß des Kabinetts zustande: Rußland sollte gewarnt werden, Konstantinopel und die Dardanellen zu bedrohen, und England sollte zugleich seine Mediation anbieten. Eine entsprechende Note ging nach Petersburg ab; sie konnte die Russen nur anspornen, durch erhöhte Anspannung der Kräfte den Krieg zu verkürzen. Im übrigen war Schuwalow von allem dem, was die britischen Minister beschlossen und (was beinahe noch wichtiger war) auch nicht beschlossen, genau unterrichtet, und das trug nicht gerade dazu bei, den Respekt der Petersburger Diplomatie vor der britischen Politik zu erhöhen. Nach der Übergabe Plewnas suchte Beaconsfield mehr Nachdruck in die britische Aktion hineinzubringen: England sollte mit seiner Mediation hervortreten, das Parlament zusammenberufen und um einen Rüstungskredit ersucht werden. Derby wider-

setzte sich diesen Vorschlägen; er wollte erst die Antwort der Russen auf die letzte Note vom Beginn des Monats abwarten und betonte, daß für ihn eben eine russische Okkupation Konstantinopels keinen casus belli bedeute. Die Sitzung des Kabinetts, in der darüber (am 14. Dezember) beratschlagt wurde, mußte vertagt werden; schon drohte Beaconsfield mit seiner Demission, von der freilich die Königin nichts hören wollte, welche vielmehr die opponierenden Mitglieder am liebsten entlassen hätte, Derby, Carnarvon und Salisbury. Indem Derby und Salisbury nachgaben, kam am 18. Dezember ein Kompromiß zustande, demzufolge die Vorschläge Beaconsfields angenommen und demgemäß das Parlament (später, als der Premier ursprünglich es wollte, nämlich erst auf den 17. Januar) einberufen wurde. Bis dahin konnte sich freilich noch viel ereignen und auf dem Balkan eine militärische Lage geschaffen werden, auf Grund deren die Türken völlig niedergerungen wurden und für sie das Eintreten Englands in den Kampf zu spät kam.

Bereits nach dem Fall von Plewna hatte sich der Sultan um eine Kollektivvermittlung der Mächte bemüht; da Deutschland und Österreich nichts davon wissen wollten, rief er (Ende Dezember) die Mediation Englands an. Seine Bitte wurde gewährt, — aber was nützte das, da Beaconsfield noch immer nicht seines Ministeriums sicher war? Derby und Carnarvon beharrten bei ihrer Opposition; dieser ging so weit, öffentlich zu äußern: wenn Rußland die englischen Eröffnungen und Vermittlung betreffend den Frieden ablehne, so würde das keineswegs für England einen Affront oder eine Beleidigung bedeuten; er hoffe, man werde sich nicht in eine nervöse Angst für sogenannte britische Ehre oder britische Interessen hineindrängen lassen. Nur bei Salisbury hatte sich ein innerer Wandel der Gesinnung vollzogen; er war vor allem hervorgerufen durch seine Entrüstung über die vom Kabinett ausgehenden Indiskretionen, durch welche den Russen der Nacken gesteift wurde. Am 10. Januar 1878 bat der Sultan in der höchsten Not die Königin persönlich telegraphisch um ihre Vermittlung, damit ein Waffenstillstand geschlossen und die Friedenspräliminarien eingeleitet würden. Zwei Tage später fand eine neue Kabinettssitzung statt, die drei Stunden dauerte und einen recht stürmischen Verlauf nahm. Beaconsfield stellte den Antrag, falls es die Pforte erlaube, die Flotte in die Dardanellen einlaufen und Truppen in Bulaïr auf der Halbinsel Gallipoli landen zu lassen. Derby widersprach aufs heftigste; schließlich schlug Salisbury vor, den Sultan zu fragen, ob die Flotte in den Meeresstraßen ankern dürfe, und von Gortschakow Sicherheiten gegen eine russische Besetzung Gallipolis zu begehren. Auch dagegen stemmte sich Derby, und aufgefordert, Gegenvorschläge zu machen, war er dazu, wie gewöhnlich, nicht imstande; es war das alte Spiel: er konnte nur opponieren, nicht proponieren. Er erklärte, ehe er solchen Projekten zustimmen könne, müsse er seine Entlassung nehmen; Beaconsfield hielt ihm darauf entgegen, daß es damit für ihn und diejenigen, die sich jetzt auf seine Seite stellen würden, drei Wochen früher, als der Beschluß betreffend die Einberufung des Parlaments gefaßt worden war, an der Zeit gewesen wäre. Zu guter Letzt fügte sich Derby; nur Carnarvon beharrte bei seinem Protest. Am 14. Januar übermittelte die

Königin die Bitte des Sultans um Waffenstillstand telegraphisch dem Zaren, mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß dieser bei seiner aufrichtigen Friedensliebe die Verhandlungen beschleunigen würde. Die Antwort, die Alexander am nächsten Tage erteilte, wurde von Viktoria und Beaconsfield als „unbefriedigend", „grob" und sogar „gemein" empfunden; sie lautete: „Eure Majestät werden mir gerecht, wenn Sie sagen, daß ich Frieden begehre; aber das muß ernst und dauernd sein. Die Oberbefehlshaber meiner Armeen in Europa und Asien kennen die Bedingungen, unter denen eine Einstellung der Feindseligkeiten bewilligt werden kann."

Das war in Wahrheit eine Ablehnung der britischen Vermittlung. Anfang Januar bereits hatte das englische Kabinett, indem es sich zu einer solchen grundsätzlich bereit erklärte, ausdrücklich hervorgehoben, daß ein Waffenstillstand nicht die Sache der Oberbefehlshaber, sondern der Regierungen sein müsse. Diese Forderung ward jetzt durch Rußland aufs schärfste zurückgewiesen, und es war deutlich gesagt worden, daß die Türken einfach das Diktat Rußlands hinzunehmen hätten, wie es ihnen für den europäischen Kriegsschauplatz der Großfürst Nikolaus vorlegen würde. Die englische Politik hatte den Augenblick verpaßt, da sie noch auf den Gang der Kriegshandlungen, ja sogar auf die Modalitäten ihres Abschlusses entscheidend einwirken konnte, und auch jetzt noch war im Londoner Kabinett keine Einmütigkeit zu erzielen. Derby, der unpäßlich war, erhob vom Krankenbette her Einspruch gegen die Einfahrt der Flotte, die Beaconsfield eifrig betrieb; wegen Einwendungen des Sultans wurde die Ordre, die dafür beschlossen war, tatsächlich noch zurückbehalten. Die Verhandlungen mit Österreich über die gemeinsame Aktion wurden eifrig weitergeführt; zwar verhehlte man sich nicht, daß Wien nur eine schwache Stütze sein würde; aber indem man sich jetzt hier darüber keinen Illusionen mehr hingeben durfte, daß die Russen keinen Anstand nehmen würden, ihre Verpflichtungen zu brechen, schien man jetzt zum Zusammengehen mit England gegen Rußland bereit. Der französische Botschafter teilte mit, daß auch seine Regierung sich in Bewegung setzen und nach Rußland kundgeben wolle, daß die Donau und die Meeresengen europäische Fragen seien. Die Eröffnung des Parlaments stand unmittelbar bevor; eine Thronrede wurde entworfen, in der Beaconsfield über seine Orientpolitik Rechenschaft gab; ein Kredit von sechs Millionen Pfund zu Rüstungszwecken sollte verlangt werden. Rußland ließ darüber keine Zweifel bestehen, daß es eine Intervention anderer Mächte, auch Englands, in seinem Streite mit der Pforte nicht wünschte, vielmehr entschlossen war, diesen, unter rücksichtsloser Ausnützung seiner militärischen Überlegenheit, zu dem Ende zu bringen, das ihm als letztes Ziel vorschwebte. Es forderte von den Osmanen direkte Verhandlungen im russischen Hauptquartier; der Großherr, der die Einnahme seiner Hauptstadt besorgte und für diesen Fall bereits an Abdankung und Flucht nach England dachte, fügte sich: am 19. Januar trafen die türkischen Bevollmächtigten beim Großfürsten Nikolaus ein.

Was England jetzt noch tat, das kam eben viel zu spät, war durch Uneinigkeit gehemmt und noch dazu durch Mißgeschick und Mißverständnisse gekreuzt und zunichte gemacht. In einer Sitzung des Kabinetts stellte Beaconsfield am

21. Januar den Antrag, der Donaumonarchie ein Bündnis, ſowie, wenn ſie an ihrer Grenze eine genügende Streitmacht aufſtellen und an Rußland zuſammen mit England eine identiſche Note richten wolle, eine entſprechende finanzielle Unterſtützung anzubieten; auch ſollte mit der Entſendung der Flotte nach Konſtantinopel, die ſchon ſo oft angedroht worden war, nunmehr endlich Ernſt gemacht werden. Auch das konnte freilich noch einige Zeit in Anſpruch nehmen, da erſt noch Truppen aus Malta herbeigeholt werden mußten; ohne weiteres konnte ſich der Großfürſt Nikolaus jetzt Konſtantinopels bemächtigen. Wieder entbrannte eine leidenſchaftliche Debatte; während Salisbury jetzt dem Premier eifrig ſekundierte, widerſprachen Derby und Carnarvon, dieſer ſchwächer, jener ſchärfer. Mit der identiſchen Note erklärte ſich Derby einverſtanden; es wurde ein Entwurf aufgeſetzt und telegraphiſch nach Wien überſchickt. Zwar trug die Antwort, die von hier einlief, einen unentſchiedenen Charakter; immerhin wurden einige kriegeriſche Entſchlüſſe getroffen: der Kriegskredit ſollte an das Unterhaus gebracht werden, und die Flotte erhielt den Befehl, unverzüglich ſich vor Konſtantinopel zu legen. Alle Miniſter waren damit einverſtanden, mit Ausnahme Derbys und Carnarvons. Derby gab ſeine Entlaſſung, indem er erklärte, die Abſendung der Flotte nicht vertreten zu können; Carnarvon ſchloß ſich ihm an. Die Königin war hocherfreut, die beiden läſtigen Mitläufer los zu ſein, welche die freie Bewegung der britiſchen Politik verſchränkten; aber ihr Jubel war verfrüht. Am 24. lief eine Depeſche des Botſchafters Layard aus Konſtantinopel in London ein; ſie teilte die ruſſiſchen Friedensbedingungen mit und beſagte u. a., daß die Meeresengenfrage „zwiſchen dem Kongreß und dem Kaiſer von Rußland“ geordnet werden ſolle. Man faßte das in London als ein Zugeſtändnis des Zaren auf, nämlich in dem Sinne, daß die Angelegenheit auf einem Europäiſchen Kongreß geregelt werden ſolle; in Wahrheit war das Telegramm verſtümmelt worden und hatte dahin gelautet, daß der Zar ihre Löſung einfach dem Sultan diktieren wolle. Die falſche Nachricht wirkte auf die britiſchen Miniſter „wie ein Sprenggeſchoß“. Das Argument, auf das ſie die Durchfahrt durch die Dardanellen begründen wollten, gipfelte in dem Hinweis auf die Gefahr, daß die Ruſſen die Pforte zu einem Sonderabkommen in der berührten Frage zwingen möchten unter Ausſchluß und zum Schaden anderer Mächte, und nun erbot ſich der Zar, ſie einem Kongreſſe zu unterbreiten. Unter dieſen Umſtänden glaubte ſelbſt Beaconsfield, daß der Kabinettsbeſchluß vom vorigen Tage nicht haltbar ſei, und es wurde der Flotte Gegenbefehl erteilt. Lediglich deshalb, weil Derby gegen die Aktion der Marine war, hatte er ſeinen Abſchied eingereicht: wenn dieſe nun doch unterblieb, kam der Grund für ſeinen Austritt in Wegfall. Im übrigen hatte es in den Reihen der Konſervativen ſelbſt böſes Blut gemacht, daß Derby ausgeſchifft werden ſollte; man beſorgte, daß das unangenehmen Einfluß auf die Bewilligung der für die nächſte Zeit notwendigen Militärkredite haben könnte. Unter dieſen Umſtänden neigte ſich auch Beaconsfield der Meinung zu, es ſei beſſer, die Demiſſion Derbys nicht perfekt werden zu laſſen, und ſo blieb dieſer im Kabinett. Aber er beſtand darauf, wieder das Portefeuille des Auswärtigen zu bekommen, — freilich mit welcher Abſicht, das ſprach er ſelber mit den

Worten aus: „Ich bleibe, aber in der Hoffnung, so lange, als ich kann, Unheil zu verhüten, nicht etwa aus Sympathien für die Ziele meiner Kollegen.“ Salisbury, der gerade nicht in London verweilte, mißbilligte den Erlaß der Kontreorder an die Flotte als ein Zeichen des Wankelmutes, das die Russen ermutigen müßte, und beschränkte sich ziemlich darauf, ziemlich kühl seiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß Derbys Rücktritt unnötig geworden war.

Das waren Wirren, die im Moment für England einer festen und konsequenten Aktion im Wege standen. So hätten die Russen, ohne sofort mit Großbritannien in direkten Zusammenstoß zu geraten, die Hand auf die türkische Hauptstadt zu legen vermocht, und sowohl der Zar wie auch der Großfürst Nikolaus wünschten das beide; die Sache war nur die, daß dieser schließlich ohne ausdrücklichen Befehl des Bruders nicht handeln wollte, jener dagegen es gern gesehen hätte, wenn Nikolaus aus eigener Initiative vorgegangen wäre und ihm selber somit die Verantwortung abgenommen hätte. Schwierigkeiten des telegraphischen Verkehrs spielten auch dabei eine Rolle, und inzwischen kamen die Verhandlungen im russischen Hauptquartier zum Abschluß, da sich die türkischen Delegierten dem russischen Machtgebot beugten. Es ist gesagt worden, die Russen würden sich in einer besseren Position befunden haben, wenn sie, anstatt mit den Türken übereilt und einseitig abzuschließen, in Konstantinopel eingerückt wären und von dort aus die Mächte zu einer Konferenz eingeladen hätten. Aber die Voraussetzung für die Richtigkeit dieses Urteils besteht doch eben darin, daß die Mächte sich mit diesem fait accompli abgefunden hätten. Das muß nun freilich nach dem energischeren und einheitlichen Willen, der jetzt in London, wie wir alsbald hören werden, doch schließlich die Oberhand gewann, bei den österreichisch-britischen Deklarationen vom August des Vorjahres, mochten sie zuerst auch noch einen recht „platonischen“ Charakter getragen haben, als ziemlich zweifelhaft erscheinen. Nahmen die Mächte doch auch die vollendete Tatsache keineswegs ruhig hin, vor die sie Rußland durch seine einseitige Verständigung mit der Pforte zu stellen sich unterfing. Eher möchte man meinen, daß die Okkupation Konstantinopels durch die Russen zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den Mächten hätte führen können. Die Möglichkeit einer britischen Landung in Konstantinopel, während die Russen dann auch ihre Truppen daselbst hätten einziehen lassen, sowie eines daraus entspringenden russisch-britischen Zusammenstoßes war übrigens auch noch im Februar nicht beseitigt.

Am 31. Januar 1878 wurde der Waffenstillstand von Adrianopel zwischen Rußland und der Pforte unterzeichnet. Er statuierte die Unabhängigkeit von Rumänien, Serbien und Montenegro, sowie ihre territoriale Vergrößerung, die Schaffung eines Großbulgariens, das im Norden bis zur Donau und zur Dobrudscha, die den Rumänen gegen ihren bisherigen Anteil an Beßarabien zugedacht war, im Süden bis Lüle Burgas und vor die Tore Adrianopels, sodann an das Ägäische Meer, bis zur Halbinsel Chalkidike und bis zur albanischen Grenze noch jenseits des Ochridasees reichen sollte; es umfaßte noch große Teile von Rumelien und Mazedonien und sollte ein der Pforte zwar tributpflichtiges, aber selbständiges Staatswesen werden. Die europäische Türkei ward dadurch in drei

ganz getrennt voneinander liegende Bestandteile zerstückt: das Land um Konstantinopel und Adrianopel; Chalkidike, Südmazedonien, Thessalien, Epirus und Albanien; endlich jenseits der Grenzen von Serbien und Montenegro Bosnien mit der Herzegowina, denen, wie auch den übrigen ihm noch verbleibenden christlichen Provinzen, der Sultan Autonomie gewähren sollte. Eine entsprechende Kriegsentschädigung war für Rußland vorgesehen, sowie eine Verständigung zwischen Zar und Sultan, „um die Rechte und Interessen Rußlands in den Engen des Bosporus und der Dardanellen zu sichern".

Der Waffenstillstand von Adrianopel mit seinen für Rußland so günstigen Festsetzungen war das Ergebnis des bisher glücklich lokalisierten russisch-türkischen Krieges; aber es war doch die Frage, ob er sich in einen Frieden verwandeln ließ, ohne daß die Russen das, was sie bei der Pforte erreicht hatten, erst noch mit dem Schwerte gegen die übrigen Mächte verteidigen mußten.

Achtes Kapitel.

Der Vorfrieden von San Stefano und die Kongreßverhandlungen bis zum April 1878.

Durch das Reichstädter Protokoll und die ergänzenden Konventionen vom Anfang des Jahres 1877 hatte sich Rußland nicht nur verpflichtet, im Falle seines Sieges über die Türkei Österreich-Ungarn bei der Gestaltung der territorialen Verhältnisse auf dem Balkan mitreden zu lassen, sondern ihm auch erhebliche Gebietserweiterungen daselbst in Aussicht gestellt; durch die Deklarationen vom August des Jahres hatten sich Österreich, das diesen Verheißungen nie gänzlich traute, und England, das die Russen von Konstantinopel und den Meeresengen fernhalten wollte, dahin verständigt, Rußland weder direkt noch indirekt die Festsetzung auf der Halbinsel oder die Bildung eines slawischen Großstaates daselbst zu gestatten und jede definitive Regelung der Kriegsfolgen, auch der Meeresengenfrage, von der Zustimmung der Signatarmächte von 1856 abhängig zu machen. Mit Unbehagen hatte man nicht nur in London, sondern auch in Wien bereits die letzte Phase des Krieges verfolgt. Solange die Kriegslage für ihn ungünstig war, hatte der Zar wiederholt beteuert, daß er an den Reichstädter Abmachungen nicht rütteln werde, und besser hätte Österreich jedenfalls getan, den Rat zu befolgen, den ihm Bismarck bereits im Sommer erteilt hatte, sich Bosniens und der Herzegowina durch sofortige Besitznahme zu versichern. Wenn sich Andrassy dazu nicht verstehen konnte, so lag das daran, daß der Gedanke einer Erwerbung dieser Provinzen auf starken Widerspruch im Donaureiche selbst stieß, sowohl bei den Deutschen Zisleithaniens als auch ganz besonders jenseits der Leitha bei den Magyaren. Ihre Sympathien standen im Kriege ganz und gar auf der Seite der Türken, und Andrassy scheute sich vor Maßregeln, die, wie ein Einmarsch in Bosnien, im Lichte einer Beteiligung an den russischen Feindseligkeiten gegen die Pforte erscheinen und jedenfalls deren Bedrängnis im Augenblick steigern mußten.

Sobald sich nun freilich die militärische Lage änderte, indem sich das Glück an die russischen Fahnen heftete, empfand der Zar die Verbindlichkeiten, die er Österreich-Ungarn gegenüber eingegangen war, mit wachsendem Unbehagen. Als es den Russen noch schlecht ging, schienen sich sowohl Gortschakow wie auch Ignatiew nicht der kaiserlichen Gnade zu erfreuen; Gortschakow saß in Bukarest in erniedrigender Position; niemand schrieb an ihn, niemand nahm von ihm Notiz;

er sagte selbst: „Ich bin kaltgestellt.“ Als es besser wurde, gewann zwar Ignatiew wieder an Einfluß, aber der Gortschakows besserte sich nicht. Ein Entwurf der Friedensbedingungen wurde im Hauptquartier ausgearbeitet, ohne daß Gortschakow daran beteiligt wurde. Am 9. Dezember 1877 richtete Alexander II. ein Schreiben an Franz Josef, worin er eben auf Grund dieses Entwurfes, der dann auch den Türken in den Verhandlungen über die Waffenruhe zur Annahme vorgelegt und von ihnen akzeptiert wurde, seine Intentionen über die künftige Gestaltung der Balkanverhältnisse kundgab: Unabhängigkeit Rumäniens von der Pforte, ebenso Serbiens und Montenegros, Schaffung eines Großbulgariens, das noch zwei Jahre lang von den Russen besetzt bleiben solle, Ausstattung Serbiens und Montenegros mit bosnisch-herzegowinischem Gebiet ohne Berücksichtigung der Aspirationen Österreich-Ungarns. Zwar bezeichnete der Zar diese Gedanken als keineswegs schon „definitive“, sondern lediglich als „eventuelle“; aber merkwürdig mußte es in Wien berühren, wenn er in dem Briefe versicherte, er bleibe auf diese Weise den mit Österreich vor dem Kriege getroffenen Abmachungen „treu“. Das war nicht eine bewußte Unwahrheit. In seltsamer Verkennung der Tatsachen sah er die Dinge wirklich so an; er war felsenfest davon überzeugt, daß der Dreikaiserbund für Rußland in dieser Angelegenheit nicht versagen könne; daher sandte er an Wilhelm I. ein Schreiben des gleichen Inhaltes. Bismarck bemerkte dazu, Deutschland wolle sich schon damit zufrieden geben, wenn Österreich ein Gleiches tue. Eben daran zweifelte er freilich, und er gab auch Österreich zu verstehen, daß es für diesen Fall auf Deutschlands aufrichtige Freundschaft zählen dürfe. Natürlich lehnte Österreich (8. Januar 1878) die Errichtung eines Großbulgariens mit zweijähriger russischer Okkupation ab; es erinnerte an die früheren Vereinbarungen betreffend Bosnien und die Herzegowina und verlangte für sich die Teilnahme an den russisch-türkischen Friedensverhandlungen.

So präsentierte Österreich den Wechsel, den Rußland zehn Monate vorher in Wien ausgestellt hatte, und unerbittlich bestand es auf der Einlösung. Es konnte dafür auf Rückhalt bei Deutschland und England rechnen und war fest entschlossen, der Mahnung nötigenfalls durch Waffengewalt Nachdruck zu geben. Am 28. Januar sandte Andrassy telegraphisch eine Note nach Petersburg; er führte darin heftige Beschwerde über die Bedingungen, die Rußland der Pforte aufgenötigt hatte, zumal hinsichtlich der Ausdehnung Bulgariens und der Proklamation der Unabhängigkeit Rumäniens und Serbiens einseitig durch Rußland und die Pforte, anstatt auf Grund eines allgemeinen Einvernehmens der Mächte; er beklagte sich darüber, daß Rußland mit der Pforte ohne die österreichische Zustimmung verhandelt und diese unter Androhung noch schwererer Bedingungen gezwungen hatte, über die bisherigen Negoziationen strengstes Stillschweigen zu bewahren: nach diesem Vorgehen Rußlands, so fügte er hinzu, bleibe ihm nur der Rücktritt übrig, falls nicht durch das Mittel einer Europäischen Konferenz seiner Monarchie der Rang in der Dreikaiserentente gesichert würde, der ihr infolge ihrer geographischen Lage und ihrer Interessen gebühre. Nach Berlin wurde eine Kopie dieser Depesche mitgeteilt, mit dem Bemerken, daß es für Österreich jetzt nur noch die Alternative zwischen der Konferenz oder einem Konflikt mit Rußland

gebe; als Ort für jene wurde Berlin oder Wien bezeichnet, Wien jedoch dafür insofern als in höherem Grade geeignet, als hier Deutschland weniger in den Vordergrund zu treten brauche, und als hier die Gefahr einer russisch-französischen oder französisch-englischen Gruppierung weniger bestünde, als in Berlin. Bismarck war mit der Politik Andrassys nichts weniger als einverstanden. Er fand den Konferenzvorschlag „ungeschickt und unpraktisch", falls die Konferenz nicht etwa für Österreich als eine Brücke dienen sollte, sich England zu nähern und in das englische Lager ganz hinüberzuschwenken: Ultimatum und Rüstungen wären wirksamer als ein Kongreß, der den Russen nur Zeitgewinn und die Möglichkeit der Verschleppung gewähre. Am liebsten wäre es ihm gewesen, wenn sich die österreichisch-russischen Differenzen „zu dreien", d. h. im Schoße des Dreikaiserbündnisses, hätten austragen lassen. Die Bedingungen des Friedens waren ihm an sich ganz gleichgültig, sowohl die Forderungen Rußlands wie auch die Österreichs: „schädlich ist uns nur der Bruch beider und untunlich die Bedrängung eines von beiden durch uns".

Im Hochgefühl seines Sieges und nur darauf bedacht, schnell die reiche Ernte einzuheimsen, die ihm der glückliche Ausgang des Krieges gespendet zu haben schien, brachte Alexander II. am 31. Januar 1878 den Waffenstillstand mit den für Österreich unannehmbaren Bedingungen zustande, trotz des Protestes, den Andrassy noch in letzter Stunde erhoben hatte. Das Motiv seiner Eile brachte d'Oubril in jenen Tagen zum Ausdruck, indem er zu Bülow sagte: „Die Friedensbedingungen seien so vage, so rücksichtsvoll, so natürlich, daß niemand etwas einwenden könne. Unerläßlich sei aber gewesen, sie zuvor mit den Türken festzumachen: wenn dies geschehen, werde niemand Krieg machen, um sie wieder umzuwerfen." Das war nun freilich sehr die Frage, ob sich die Petersburger Politik da nicht allzu optimistischen Hoffnungen hingab, sowohl was Österreich als auch was England anbelangte. In Wien wurde der Waffenstillstand nicht etwa nur als ein Glied in der Kette militärischer Begebenheiten, sondern „als ein politisches Programm von definitivem Charakter empfunden". Andrassy dachte gar nicht daran, vor der vollendeten Tatsache zurückzuweichen; sondern er beharrte auf dem Wege, den er durch seine Note vom 28. Januar eingeschlagen hatte. Am 3. Februar ließ Andrassy die offizielle Einladung an die Mächte zur Konferenz ergehen, und zwar nach Wien. Schon vorher hatte Gortschakow prinzipiell den Vorschlag angenommen, — das war ja nicht zu umgehen; aber von vornherein lehnte er Wien ab, ebenso London; er war für Berlin. Das hatte seinen ganz bestimmten Grund. Was Andrassy vermeiden wollte, das lag eben in der Absicht Gortschakows, nämlich Deutschland in den Vordergrund zu schieben; denn er rechnete auf den Beistand Bismarcks sowohl bei Österreich, wie bei den Mächten überhaupt. Dazu kamen noch andere Erwägungen. Man war in Petersburg der Meinung, daß der Botschafter in Wien, Nowikow, allzusehr unter dem Einfluß Andrassys stehe, und wollte auch diesen nicht als Vorsitzenden, ebensowenig den britischen Botschafter in Wien, Sir Henry Elliot, als Vertreter Englands. Am liebsten hätte Gortschakow eine Stadt in einem kleinen Staate, etwa Dresden oder Baden-Baden, gesehen; auch Berlin war ihm an sich nicht besonders er-

wünscht, und wenn er es trotzdem nannte, so erhellte daraus, wie stark seine Abneigung gegen Wien war. Bismarck erkannte sehr wohl, daß Rußland durch die Wahl Berlins die Haltung Deutschlands moralisch festlegen wollte; er sah die Unzuträglichkeiten und Gefahren voraus, die daraus entspringen mußten. Daher wollte er an Wien festgehalten wissen; die Tagung in einer kleineren deutschen Residenz oder Ortschaft lehnte er ganz entschieden wegen der Präsidialfrage ab, weil er nicht den partikularistischen Aspirationen der kleineren Bundesfürsten Vorschub leisten wollte, — so blieb denn schließlich, da Gortschakow bezüglich Wiens fest blieb, voraussichtlich doch nur Berlin übrig.

Noch größer als in Wien war die Aufregung in London. Sowohl in der öffentlichen Meinung wie auch im Parlament wuchs der Wunsch nach größerer Festigkeit im Auftreten der Regierung; wie in Österreich, so auch wurde hier jede Veränderung im status quo auf dem Balkan ohne Einwilligung der Signatarmächte für unzulässig erklärt; bereitwilligst wurde der Konferenzvorschlag Andrassys akzeptiert. Mehr und mehr nahm Beaconsfield, indem er sich privatim mit Salisbury beriet, die Leitung der Auswärtigen Angelegenheiten selbst in die Hand; Derbys Wirksamkeit ward dadurch zurückgedrängt, und die britische Politik gewann dadurch an Initiative und Tatkraft. Die Situation bei Konstantinopel gestaltete sich höchst kritisch. Jetzt endlich tat das britische Kabinett, indem Derby seinen Widerspruch dagegen fallen ließ, den entscheidenden Schritt; es ließ die Flotte (am 13. Februar) in das Marmarameer einlaufen. Die Genehmigung des Sultans war dazu nicht erfolgt; er legte dagegen Protest ein und richtete an den Kaiser Alexander noch an demselben Tage ein Telegramm, worin er darum bat, daß diese Maßnahme nicht von russischer Seite durch die Besetzung Konstantinopels erwidert würde. Der Zar antwortete, daß er diesem Ansinnen nicht Folge leisten könnte: er setze voraus, daß der Sultan zu sehr das Gefühl der eigenen Würde habe, um nicht die bei diesem Entschluß für Rußland maßgebenden Gründe zu würdigen. Bei dem offenbaren Verstoß, den England somit gegen den Pariser Vertrag beging, glaubte nunmehr auch der Zar, die letzten Rücksichten fallen lassen zu dürfen. Er gab den Befehl, Konstantinopel zu nehmen; aber der Großfürst Nikolaus trug Bedenken, ihn auszuführen. Der allgemeine Stand der Dinge sowohl in politischer wie auch in militärischer Hinsicht schien dafür nicht gerade besonders günstig. Da sich die Türken von ihrem ersten Schrecken einigermaßen erholt hatten, war ein Einmarsch in ihre Hauptstadt jetzt viel schwieriger, als zum Ende des Januar. Sie hatten Zeit gehabt, Truppen in und um Konstantinopel anzusammeln, sowie ihre Stellungen daselbst zu befestigen; der englische und der österreichische Botschafter steiften ihnen den Nacken, indem sie ihnen die trostreiche Aussicht eröffneten, daß alle die Friedensbedingungen, die ihnen Rußland diktiert hatte, noch einer Revision durch Europa unterworfen werden würden. Immerhin schob Nikolaus die russischen Stellungen weiter vor; er verlegte sein Hauptquartier nach dem kaum zwei Meilen von Stambul entfernten Hafenorte San Stefano am Marmarameer. Verhandlungen wurden geführt, die sowohl die Stellungen der russischen Truppen an der Küste, wie auch die britische Marmaraexpedition anbetrafen; keiner traute dem andern.

Bei der Gemeinsamkeit des österreichischen und britischen Interesses schien nichts natürlicher als eine bündnismäßige Kooperation Englands und der habsburgischen Doppelmonarchie. In der Tat glaubte Beaconsfield eben damals (Mitte Februar), unmittelbar vor dem Abschluß eines derartigen Abkommens zu stehen: Österreich sollte 300 000 Mann an der Grenze aufstellen und zusammen mit England eine identische Note nach Petersburg richten: sie könnten beide nicht in den Kongreß einwilligen, wenn sich nicht Rußland von Konstantinopel hinweg zurückziehe oder Gallipoli und die Dardanellenfestungen der Hut Englands oder neutraler Mächte anvertraue. So weit war Andrassy jedoch noch keineswegs; er versteifte sich auf seine Konferenzidee, anstatt, dem britischen Vorgange folgend, mit Nachdruck die österreichischen Forderungen in Petersburg geltend zu machen. „Ich bin überzeugt,“ so äußerte Bismarck, „daß Andrassy mit Gortschakow besser befreundet bleiben würde, wenn er nach dem Beispiele Englands sich mehr auf die Machtmittel Österreichs als auf schriftliche Argumentationen und Vertrauen auf ehrliche Gesinnungen stützte. Aber wir können ihm keinen Rat derart erteilen, wenn er ihm nicht von selber einfällt.“ Als die Zeitungen die Nachricht brachten, daß die Türken mit der Räumung der Donaufestungen begännen, erblickte Bismarck darin eine ungleich größere Schädigung der Balkanstellung Österreichs, als durch den russischen Vormarsch auf Konstantinopel: „Ich würde dann um so mehr glauben, daß Österreich den richtigen Moment des Eingreifens durch Besetzung von Bosnien, Serbien und etwa der kleinen Walachei versäumt hat.“ Langsam zogen sich, wie er es vorausgesehen hatte, die Verhandlungen über die Konferenz hin; nicht nur der Ort machte Schwierigkeiten, sondern auch das Problem, worüber durch die Vertreter der Mächte beraten werden sollte. In dieser Hinsicht hielt er dafür, daß eine Konferenz überhaupt nicht möglich sei, ehe nicht das Material für sie vorliege, und daß dazu die amtliche Mitteilung der neuesten russisch-türkischen Abmachungen in erster Linie unentbehrlich sei, sei es durch Rußland, sei es durch die Pforte, am besten durch beide, da nur dadurch die Grundlage für einen allgemeinen Kongreß gegeben sei; er wies darauf hin, daß die russisch-türkischen Vereinbarungen so beschaffen sein könnten, daß England und Österreich auf ihrer Basis nicht konferieren wollten, oder daß, wenn sie erst nach der Eröffnung bekannt würden, die Versammlung sich vielleicht sofort wieder trenne.

Aber das war es gerade, was die russische Regierung immer noch ängstlich als Geheimnis hütete, und worüber sie auch den Osmanen keinerlei Indiskretionen gestattete. Erst sollte der Frieden zwischen Rußland und der Pforte fertig vorliegen; dann erst sollte die Welt von seinem Inhalt erfahren, damit nicht schon vorher die widerstrebenden Mächte Einspruch erhöben und die Arbeit der russischen Diplomatie bereits in der Verhandlung mit der Türkei zu erschweren in der Lage wären. So waren die Negoziationen über die Konferenz für Rußland zunächst nur gleichsam ein Schutzschild, hinter dem es um so ungenierter darauf ausgehen könnte, der Pforte seinen Willen zu diktieren. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Gortschakow letzten Grundes die Anrufung des Europäischen Areopags durch Andrassy, wenn er sich ihr auch nicht zu entziehen vermochte, höchst

unangenehm war, und daß er nicht nur danach strebte, auf der künftigen Konferenz sich des Beistandes Deutschlands zu versichern, sondern auch deren Ergebnisse schon dadurch von vornherein festzulegen, daß er mit deutscher Hilfe Österreich mit den russischen Absichten sich zufriedenzustellen bestimmte, um dadurch, wenn sie denn doch nicht zu vermeiden war, auf ihr ein Zusammengehen Österreichs und Englands zu verhindern. Indem Gortschakow zwar Wien als Kongreßort endgültig ablehnte, erklärte er zugleich seine Geneigtheit, in Wien vertrauliche Vorbesprechungen zu dreien, also mit Hinzuziehung von Deutschland, zu pflegen; das wurde nach Berlin mit dem Bemerken kundgegeben, „daß man russischerseits voraussetze, bei Deutschland die vollste Unterstützung des dortigen [d. h. russischen] Standpunktes bei dieser Vorberatung zu finden". Das war ja ganz im Sinne Bismarcks, der von jeher und erst jetzt wieder, als Andrassy das Kongreßprojekt angeregt hatte, Besprechungen zu dreien, im Geiste der Dreikaiserentente, wünschte. Daher war er bereit, sich dem russischen Vorschlage zu fügen; freilich machte er das davon abhängig, daß Österreich damit einverstanden sei, und er fügte einschränkend hinzu, es sei nicht Deutschlands Aufgabe, „andere Mittel als die Hervorhebung der wohlerwogenen Interessen Österreichs zur Überredung anzuwenden: Österreich selbst kann allein beurteilen, ob ein Bruch mit Rußland seinen Interessen weniger schädlich ist, als die Konzessionen, die Rußland verlangt, und ob die Aussicht auf einen solchen Bruch Rußland bestimmt, seine Forderungen zu mindern". M. a. W.: Bismarck weigerte sich, die ihm zugemutete „vollste Unterstützung" den Russen bei den Vorberatungen zu dreien angedeihen zu lassen. Andrassy verwarf (Mitte Februar) die Anregung Gortschakows. Er ließ Bismarck wissen, daß er darauf nur eingehen könne, wenn er in der bulgarischen Frage des uneingeschränktesten Beistandes Deutschlands sicher sei; wenn er darauf nicht zählen durfte, zog er die Konferenz vor, weil Deutschland auf einer solchen sich in der Reserve halten und Österreich hier mit anderen Mächten, zumal England, gegen Rußland zusammengehen konnte, ohne daß es mit Deutschland in Gegensatz zu geraten brauchte.

Es war vorauszusehen, daß man um keinen Schritt weiter kommen würde, wenn Gortschakow nicht einigermaßen mit den Friedensbedingungen herausrückte, die er den Türken aufzuerlegen gewillt war; das mußte er auch dann tun, wenn er zunächst mit Österreich und Deutschland zu einer Verständigung vor der Konferenz gelangen wollte. Obwohl Andrassy dafür nicht besonders eingenommen war, konnte er doch nicht umhin, einen Versuch in dieser Richtung zu machen, da Gortschakow seinem Vorschlag alsbald die praktische Ausführung folgen ließ. Mitte Februar stellte er Nowikow eine Instruktion zu, welche die Punkte näher bezeichnete, die den Gegenstand der Vorberatungen zu dreien bilden sollten, und in denen die russischen Friedensbedingungen augenscheinlich gipfelten: ein ungeteiltes, autonomes und tributäres Großbulgarien, das sich etwa bis Saloniki erstreckte und auf unbestimmte Zeit von den Russen besetzt bleiben sollte; Rückgabe Beßarabiens an Rußland, eine mäßige Kriegsentschädigung. Da durch das Einlaufen der britischen Flotte in das Marmarameer die Auflösung des Osmanischen Reiches näher gerückt sei, so ward in Rücksicht auf die Reichstädter Ab-

machungen ausgesprochen, daß Rußland nichts dagegen haben würde, wenn Österreich Bosnien und die Herzegowina nähme. War für denselben Fall in Reichstadt in Aussicht genommen worden, Konstantinopel zur Freien Stadt zu machen, so wurde das jetzt nicht mehr als praktisch erklärt: „Es werde dann ein Vereinigungspunkt aller Abenteurer, ein Zankapfel eifersüchtiger Großmächte und innerer Zerwürfnisse werden, sich unter den Kanonen der das asiatische Meer beherrschenden Türkei finden. Besser scheine es daher, nur [d. h. allein von ihren bisherigen europäischen Besitzungen] die Stadt Konstantinopel dem Sultan zu lassen.“ Eine Abschrift der Instruktionen Nowikows wurde nach Berlin übermittelt; Gortschakow wiederholte dabei, „daß er die Aufrechterhaltung des Dreikaiserbündnisses als Voraussetzung und Grundlage des Friedens betrachte und auf Deutschlands Mitwirkung bei dieser Aufgabe hoffe“; er dankte zugleich Deutschland für seine bisherige Haltung.

Die Bombe war damit geplatzt; jetzt wußte man in Europa wenigstens einigermaßen, welchen Bedingungen die Pforte unterworfen werden sollte. Das Motiv, welches Gortschakow bestimmte, den Schleier des Geheimnisses gerade vor Österreich und daher auch vor Deutschland zu lüften, ist leicht zu durchschauen: indem er Bosnien und die Herzegowina jetzt, wie schwer ihn das auch immer ankommen mochte, den Österreichern überließ, hoffte er sie von England trennen, gegen England ausspielen zu können. Denn wenn der Frieden nach den Gesichtspunkten geschlossen wurde, wie sie also statuiert waren, dann war von den Mächten Europas Großbritannien der Leidtragende: Konstantinopel, förmlich im Besitze des Sultans, mit einem Bulgarien, das bis vor die Tore der türkischen Hauptstadt reichte, das unter russischem Protektorat stand und von russischen Truppen besetzt war, befand sich faktisch in der Gewalt der Russen: die Meeresengen waren nach Süden für Rußland frei, für England nach Norden verschlossen, und was wurde aus Beaconsfields Plänen betreffend Kleinasien, das Schwarze Meer, Batum und Sinope? Wenn es gelang, unter Deutschlands Vermittlung und Druck, durch den bosnischen Köder Österreich-Ungarn zur Annahme dieses Friedensprogramms zu bewegen, dann hatte Rußland sein letztes und eigentliches Kriegsziel in einem Umfange erreicht, der immer noch als ein erfolgreicher Abschluß des Balkanunternehmens gelten konnte. Zwar kam der Zar nicht darum herum, Franz Josef den Preis von Reichstadt zu zahlen; er hatte also tatsächlich auch für Österreich gefochten, und er mußte darauf verzichten, Serbien und Montenegro im Westen der Balkanhalbinsel so auf Kosten der Pforte zu vergrößern, wie er es den beiden wohl gegönnt hätte, — aber wenn er hier der Hofburg so große Zugeständnisse machte, warum sollte ihm diese nicht zum Dank dafür auf der östlichen Hälfte gefällig sein? Das entsprach ja auch durchaus dem türkischen Teilungsplane Bismarcks; der hätte sicherlich an sich nichts dagegen einzuwenden gehabt. Österreich von England abzusprengen, das war es, worauf Gortschakow mit seiner Verständigung „zu dreien“, unter der Maske der Erhaltung des Dreikaiserbündnisses hinauswollte: sie und natürlich der Sonderfrieden mit der Türkei mußten vor der Europäischen Konferenz daher perfekt werden.

Ob Gortschakow mit seinem Manöver glücklich durchkommen würde, das hing natürlich davon ab, wie Österreich und England darauf reagieren würden. In London war man auf das Äußerste gefaßt, — das bewies ja die eben damals erfolgte Einfahrt in das Marmarameer. Man hatte über die russischen Forderungen Nachrichten, „welche über jedes erwartete Maß hinausgingen". Mochte auch die Angabe, daß Bulgarien bis nach Janina ausgedehnt werden sollte, als übertrieben keinen Glauben finden, so war man doch fest davon überzeugt, daß Bulgarien weit über den Rahmen desjenigen, was auf der Konferenz von Konstantinopel statuiert worden war, hinsichtlich Umfang und Selbständigkeit ausgestattet werden sollte, daß die Auslieferung der türkischen Flotte und die sofortige Unterzeichnung der russischen Friedensbedingungen verlangt würde. Alarmierende Telegramme des Botschafters Layard meldeten, die Russen seien im Begriff, mit 30 000 Mann in Konstantinopel einzurücken, alle Türken, selbst Greise und Kinder, sollten aus Bulgarien ausgewiesen werden. Schon glaubte man unter dem Eindruck dieser Gerüchte in England kaum noch an die geplante Konferenz; schon war man Mitte Februar, wie Russell am 16. dieses Monats Bismarck zu verstehen gab, in England davon überzeugt, daß der Krieg unvermeidlich sei, und bald darauf liefen aus London und Wien in Berlin Telegramme ein, auf Beschleunigung der Konferenz zu wirken, von England mit dem Zusatze, daß ihr möglichst schneller Zusammentritt die einzige Aussicht biete, den Frieden zu erhalten. Bismarck gab diese Warnungen an Gortschakow weiter, indem er hinzufügte, daß die in Petersburg bestehende Absicht, den Kongreß zu verschieben, somit von großer Tragweite sein könnte. Noch gab der Russe das Spiel nicht verloren. Er ließ am 21. Februar in Berlin mitteilen, eine Eröffnung der Konferenz in der zweiten Märzwoche bereits sei unmöglich: „Der Termin sei zu kurz, um die Bevollmächtigten kommen zu lassen und gehörig zu instruieren ... Der Termin sei auch darum zu kurz bemessen, weil es wünschenswert sei, klarer über das Verhältnis zu England zu sehen. Es sei dies in den letzten Tagen etwas besser geworden, indessen bedürfe doch die ganze Lage noch der Klärung. Die Zwischenzeit würde nützlich für die Verständigung en trois in Wien zu verwenden sein."

Gortschakow täuschte sich, wenn er glaubte, das Verhältnis zu England habe sich in den letzten Tagen etwas gebessert. Die Entsendung der Flotte ins Mittelmeer war nur der erste Schritt zu einer energischeren Aktion Londons. Gleichfalls am 21. Februar übergab Lord Derby dem Grafen Schuwalow ein Memorandum, worin er, auf Grund dessen, was er über die russischen Friedensbedingungen, namentlich durch Layard, gehört hatte, Erklärungen über das russische Vorgehen am Bosporus und gegen Konstantinopel begehrte, und für den Fall, daß diese ungenügend lauteten, sowie daß die Russen ohne Zustimmung des Sultans Konstantinopel besetzten, mit der Abberufung des britischen Botschafters in Petersburg drohte. „Auf Befehl" des Zaren drahtete darauf Gortschakow an Schuwalow: „Seit dem 20. sei die telegraphische Verbindung mit Adrianopel unterbrochen, das Petersburger Kabinett daher ohne Nachrichten ... Im übrigen erscheine das englische Vorgehen unlogisch. Rußland wie England hätten die

gleiche Absicht: durch eventuelle Besetzung von Konstantinopel ihre Angehörigen zu schützen. England habe gegen den Willen des Sultans zu diesem Zweck Schiffe in den Bosporus einlaufen lassen und wolle nun Rußland verbieten, seinerseits ohne Zustimmung des Sultans das gleiche zu tun. Der Kaiser werde tun, was notwendig sei (oder so ungefähr). „L'Angleterre fera ce qu'elle voudra.“ Das klang ja sehr schroff; aber schon d'Oubril bemerkte zu Bülow, als er ihm Kenntnis von dieser Depesche gab, Schuwalow werde sie schwerlich Derby so vorlesen. Um so mehr gab sich Gortschakow Mühe, neben den Negoziationen mit der Pforte das Einvernehmen „zu dreien“ zustande zu bringen. Am 25. Februar begannen darauf abzielende Besprechungen Andrassys mit den Botschaftern Nowikow und Graf Stolberg in Wien; von vornherein boten sie geringe Aussicht auf Gelingen. Nowikow legte die Instruktionen vor, die er dafür durch Gortschakow (s. o. S. 199) bekommen hatte; Andrassy zweifelte jedoch, daß diese vollständig wären, und glaubte, daß Nowikow daneben noch geheime Weisungen habe. Was die Hauptfrage, nämlich die bulgarische, anbelangte, so ging Andrassy zum Teil über das russische Programm hinaus; zum Teil blieb er freilich dahinter zurück: er wollte nicht ein tributäres, sondern ein unabhängiges Bulgarien; zwar sollte es über den Balkan nach Süden hinausreichen, aber nicht so weit, „daß dadurch die übrigen christlichen Völkerschaften ausgeschlossen würden“, sondern derart, „daß aus dem südlichen Teil ein griechisches Land gebildet werde“. Im Verlauf der Besprechungen baute der österreichische Minister diese Position gleichsam noch weiter aus. Er sprach sich gegen die Tributpflicht Bulgariens und für volle Selbständigkeit aus und wollte neben Bulgarien im Süden ein besonderes Rumelien hergestellt sehen, indem er das von Rußland geplante Großbulgarien als einen Verstoß gegen die convention additionelle verwarf. In seinem Proteste ließ er sich auch dadurch nicht beirren, daß Nowikow die Meinung vertrat, Bulgarien in dem durch den Zaren gewünschten Umfang sei nicht als „großer slawischer Staat“ zu betrachten, es liege daher kein Bruch der Abmachungen vor dem Ausbruche des Krieges vor. Ebensowenig war er mit einer russischen Okkupation Bulgariens einverstanden: „Gerade, wenn man ein Land frei und selbständig machen wolle, müsse man, wie seinerzeit in Griechenland, Rumänien und Serbien, dies ihm selbst überlassen; sonst entständen künstliche, aber nicht natürliche Zustände; wenn russische Truppen dort für eine gewisse Zeit belassen würden, so könne nach Ablauf des Termins behauptet werden, daß eine Prolongation durchaus notwendig sei; darin liege die Gefahr einer dauernden Beunruhigung, aber nicht die erstrebte Garantie geordneter Zustände und längeren Friedens; für Bulgarien brauche man keine fremde Armee, sondern eine gute Polizei.“ Man sieht, wie gut sich Andrassy auf die russischen Ränke und Schliche verstand; das höchste, was er dulden wollte, war eine Frist von drei bis sechs Monaten, wenn andere Mächte die Garantie rechtzeitiger Räumung übernähmen, und wenn die Verbindung der Okkupationstruppen durch Rumänien hindurch ausgeschlossen würde, weil durch eine solche dessen Unabhängigkeit gefährdet wäre. Der deutsche Botschafter verhielt sich bei diesen Konferenzen im wesentlichen als stummer Zuhörer, indem er sich darauf beschränkte, „die häufig stockende Unterhaltung immer wieder

in Gang zu bringen". Andrassy bezeichnete ihm gegenüber die Instruktion Nowikows als eine „orthodox-slawische Predigt, mit der in ihrer gegenwärtigen Gestalt nichts anzufangen sei"; immerhin glaubte er, daß es ihm gelingen würde, die russische Regierung noch zu einem andern Standpunkte drängen zu können. Nowikow war zuerst sehr ratlos, indem er versicherte, andere Weisungen nicht zu besitzen; später jedoch zeigte er sich recht optimistisch, so daß Stolberg in den ersten Tagen des März den Eindruck gewann, daß das dennoch der Fall und daß eine Verständigung im Zuge sei. Sowohl seine als auch Andrassys Erwartungen sollten sich freilich eben nunmehr als trügerisch erweisen. Gerade jetzt gelang es den Russen, ihre Sonderabmachungen mit der Pforte zum Abschluß zu bringen; damit brachen die Verhandlungen in Wien ab.

War Rußland mit Österreich und Deutschland soweit noch nicht ins reine gekommen, so doch wenigstens mit der Türkei. Am 3. März 1878 wurde der Präliminarfrieden der beiden Mächte durch Ignatiew und Nelidow auf der einen, Safvet Pascha und Sadullah Bey, Botschafter in Berlin, auf der anderen Seite zu San Stefano unterzeichnet. Die Russen wollten sich durch ihn für den weiteren Hergang der Dinge von vornherein eine gute Position, sowie möglichst vollendete Tatsachen schaffen. Vor allem kam es ihnen darauf an, sich vor einem Abfall der Türkei im Zusammenhang mit den bevorstehenden Konferenzen der Mächte zu sichern, — hatte doch Safvet Pascha bereits im Verlauf der Verhandlungen seinem russischen Partner Ignatiew zu verstehen gegeben, daß sich ja diese eigentlich gar nicht der Mühe lohnten, da doch alles durch die Konferenzen revidiert und verbessert werden würde. Um die Pforte festzulegen und zu verpflichten, nötigten sie diese daher, in San Stefano die Abmachungen von Adrianopel zu bestätigen und zu ergänzen. Serbien und Montenegro erhielten Gebietserweiterungen, dieses Antivari und den benachbarten Landstrich an der Küste, jenes Nisch und Sjnica. Rumänien bekam zwar die Dobrudscha, mußte aber dafür den 1856 ihm zugesprochenen Teil Beßarabiens an Rußland zurückerstatten. Das war ein schlechter Tausch, und man war in Bukarest darüber um so mehr empört, als man ja hier genau wußte, wie wertvolle Dienste man dem Zaren geleistet hatte. Auch in Asien sorgte Rußland für seinen Vorteil. Es nahm hier die Gebiete von Ardahan, Kars, Batum, Bajasid und alles Land östlich des Soghanlü-Dagh, während das nach dem Waffenstillstand von Adrianopel besetzte Erzerum geräumt wurde. Der geplante großbulgarische Staat, der als Vorposten Rußlands auf der Halbinsel gedacht war, der für dieses das Instrument seiner Herrschaft hierselbst werden sollte, das Werk Ignatiews, wurde abermals statuiert; er sollte zwar unter türkischer Oberhoheit, aber unter einem christlichen Fürsten stehen; bis zu seiner definitiven Gestaltung sollte er einem russischen Oberkommissar unterstellt und durch 50000 Mann russischer Truppen besetzt werden. Das Wenige, was von der Balkanhalbinsel jetzt noch den Osmanen verblieb, wurde, wie schon bei dem Waffenstillstande von Adrianopel, in drei gesonderte Komplexe, im Osten, im Süden und im äußersten Nordwesten, zerrissen und mußte für sie als ein Besitz höchst fragwürdiger Art erscheinen; denn durch die den christlichen Stämmen zugestandene Autonomie mußte die Regierungsgewalt der Pforte verblassen. Es war

ja übrigens bekannt, daß Griechenland nur durch britischen Druck verhindert worden war, sich während des Krieges auch seinerseits auf die Türkei zu stürzen; es trachtete nach dem Erwerb der anstoßenden ottomanischen Provinzen, Thessalien, Südmazedonien, Epirus und Albanien, und auf dieses letzte begannen auch schon die Italiener lüstern zu schielen, um den Eingang vom Jonischen in das Adriatische Meer von beiden Landseiten her in ihre Gewalt zu bringen. Wie also der südliche Gebietsblock der Pforte, so auch war der im Nordwesten aufs stärkste gefährdet. Auf die Dauer waren Bosnien und die Herzegowina, durch Bulgarien, Serbien und Montenegro von den übrigen Bestandteilen der europäischen Türkei getrennt und weit von der Hauptstadt entfernt, nicht zu halten; wenngleich der österreichischen Ansprüche auf sie in dem neuen Vertrage nicht gedacht war, so mußte es doch bald offenbar werden, daß sie für die Pforte auf jeden Fall verloren waren. Diese verpflichtete sich endlich zur Zahlung einer Kriegsentschädigung, die durch weitere Gebietsverluste ersetzt werden konnte, — das bot für Rußland eine bequeme Handhabe, sie in Asien noch mehr empfindlich zu schröpfen.

Wäre der Präliminarfrieden von San Stefano so, wie er war, in einen definitiven Frieden umgewandelt worden, so wäre Rußland mit einem ungeheuren Gewinn in Asien und Europa aus dem Krieg hervorgegangen; die Balkanhalbinsel wäre mit Einschluß von Konstantinopel zur russischen Domäne herabgedrückt worden. Das Schwierigste war nun freilich noch zu überwinden, nämlich die Mächte zu bestimmen, daß sie sich damit zufrieden gaben, und das hieß vornehmlich, Österreich und England zu gewinnen; bekam man Österreich, so hatte man auch Deutschland. Bei dem unbefriedigenden Verlauf, den die Negoziation zu dreien in Wien bisher genommen hatte, war die Aussicht dafür nicht gerade groß. Andrassy war auf der Hut, und was Deutschland anbelangte, so sagte um diese Zeit sogar Kaiser Wilhelm, der doch noch viel mehr, als Bismarck, zu Rußland neigte, dem österreichischen Botschafter, Rußland sei in den Präliminarien zu weit gegangen und habe insonderheit die Österreich-Ungarn gemachten Zusagen, wonach es der Bildung eines großslawischen Staatswesens keinen Vorschub leisten wolle, nicht innegehalten. Immerhin gaben der Zar und Gortschakow nicht die Hoffnung auf, mit Deutschland und durch Deutschland mit der Wiener Hofburg zu einem guten Ende zu gelangen. Daß sie um den Kongreß dabei nicht herumkommen würden, das erkannten beide sehr wohl; der sollte ihnen nunmehr das Mittel sein, um zum Ziele zu kommen. An eben demselben Tage (3. März), als der Friede von San Stefano zustande kam, liefen in Berlin und Wien vertrauliche Anfragen aus Petersburg ein, ob man hier damit einverstanden sei, wenn als Ort für die Konferenz endgültig Berlin festgesetzt würde. Andrassy ging darauf „sehr gern" ein; er erklärte sich bereit, den Mächten diesen Vorschlag zu machen und deren Zustimmung einzuholen; aber er glaubte, daß die formelle Einladung nach der Hauptstadt eines Landes nur von dessen Regierung ausgehen könnte. Bismarck hegte dagegen ernstlich Bedenken. Er verhehlte sich nicht, daß Deutschland dadurch trotz aller Reserve doch sachlich mehr engagiert würde und eine gewisse politische Verantwortung übernähme, die besser vermieden würde und auch anderwärts leichter vermieden werden könnte. Trotzdem hielt er es nicht

für zulässig, das Begehren Gortschakows abzuschlagen, um Deutschland nicht dem Vorwurf auszusetzen, absichtlich etwas unterlassen zu haben, was der Sache des Friedens und der Verständigung der Mächte nützlich sein könnte. So gab er denn einen zusagenden Bescheid, aber unter Hinzufügung, daß sich Deutschland jeder eigenen Initiative in dieser Hinsicht enthalten müsse und formell erst einladen könne, wenn die Zustimmung der Einzuladenden durch Österreich festgestellt wäre. In Petersburg zeigte man darüber große Befriedigung. Der Zar und Gortschakow dankten dafür in den wärmsten und verbindlichsten Ausdrücken. Alexander ließ mitteilen, er „setze sein volles Vertrauen in die équité und die freundschaftliche Vermittlung Deutschlands bei den bevorstehenden Verhandlungen, deren glücklicher Abschluß für Deutschland nicht minder ruhmreich sein würde, als dessen glänzende militärische Taten". Gortschakow gab zu wissen, man erwarte nur noch die Ankunft von Ignatiew, der das Friedensinstrument von San Stefano überbringe; dann werde er sich bald über den Termin seiner Abreise zum Kongreß schlüssig machen. Er drückte seine besondere persönliche Befriedigung über die bevorstehende Begegnung mit Bismarck aus: er sei stolz darauf, seine alten Beziehungen zu diesem, die schönsten Erinnerungen seines Lebens, erneuern zu können, und zwar aus einem Anlaß, der des Genies des deutschen Staatsmannes würdig sei.

So konnte es den Anschein haben, als ob Österreich und Deutschland mit sich reden lassen würden; auch Frankreich und Italien würden, das war anzunehmen, kaum Schwierigkeiten machen, in Berlin sich einzustellen; die Entscheidung stand bei England. Hier gingen die Wogen der Erregung hoch. Unter dem russischen Druck hatte der Sultan in den letzten Tagen des Februar darum gebeten und gefleht, daß die britische Flotte aus dem Marmarameer zurückgezogen würde. Die Minister konnten darauf schon wegen der allgemeinen Stimmung nicht eingehen: „täten sie es," so berichtete der deutsche Botschafter aus London, „sie würden vor Tätlichkeiten auf der Straße nicht sicher sein, und dann wäre es auch im Unterhause mit der Majorität vorbei". Ein bedeutender Teil der Konservativen äußerte schon ganz offen: „Lieber ein liberales Ministerium, als dieses; dann wissen wir doch, wie wir daran sind." Im Hydepark fanden große Versammlungen der Anhänger des Friedens und des Krieges statt; wie es hieß, über 70000 Menschen im ganzen, die ersteren wurden von den letzteren verdrängt; dann zog man vor das Haus Gladstones, dem man die Fenster einwarf, während Beaconsfield eine Ovation dargebracht wurde. Wenngleich Derby sich nicht dem Eindruck der öffentlichen Meinung entziehen konnte, so war doch das Kabinett immer noch nichts weniger als einheitlich geschlossen; er hatte alles Vertrauen im eigenen Lande und bei seinen Kollegen verloren. Offenbar hatte man in London Wind von den Wiener Verhandlungen zu dreien bekommen; von Kooperation oder Bündnis mit Österreich ward nicht mehr gesprochen; dafür tauchte das Projekt einer Mittelmeerliga auf, für die man zwar im Augenblick nicht sowohl auf Frankreich und Österreich wie vielmehr auf Italien und Griechenland zählte. Griechenland setzte seine Hoffnungen auf Vergrößerungen auf England und gab sich Mühe, durch dessen Vermittlung zu den europäischen Beratungen hinzugezogen zu werden, stieß aber anderwärts dabei auf geringe Gegenliebe, da es nicht zu

den Signatarmächten von 1856 gehörte. In Italien war es der damalige Minister des Innern Francesco Crispi, welcher der Ansicht war, daß die slawische Rasse auf der Balkanhalbinsel nicht zu einer herrschenden Stellung gelangen dürfe; er wandelte also auf ähnlichen Pfaden wie Österreich und England. Eben in jenen Tagen wurde er freilich durch eine Anklage wegen Bigamie aus dem Amte gedrängt, und Beaconsfield, der ihn für eine Kreatur Bismarcks erachtete, hielt seinen Sturz für nützlich; obwohl ihr Erwerbungen in Afrika in Aussicht gestellt wurden, war die römische Regierung zu einem festen Entschlusse nicht zu bestimmen. Auch auf Frankreich war nicht zu rechnen. Der Minister des Auswärtigen Waddington mißtraute den britischen Absichten auf Ägypten; als er die Einladung nach Berlin annahm, verlangte er die Zusicherung, daß keine Fragen zur Diskussion gestellt werden dürften, die sich nicht unmittelbar aus den Friedensbedingungen herleiteten, wie St. Vallier, der Botschafter in Berlin, bemerkte, etwa „dänische, holländische und polnische Wünsche"; d. h. es sollte nicht über „Ägypten, Syrien, das hl. Grab und Tunis" geredet werden, wobei es ihm natürlich um Ägypten zu tun war, — das ging nun allerdings gegen Bismarcks türkischen Teilungsplan, der ja eben dieses Land Großbritannien zuschieben wollte. Unter dem Eindruck dieser Sachlage mit ihrem fast täglich sich vollziehenden Wechsel änderte sich auch die Stimmung in England beständig: bald fühlte man sich vereinzelt und war der Überzeugung, daß es zu einer isolierten Aktion zu spät sei; bald brauste man auf und gebärdete sich voller Kampfeslust. Zu diesem beständigen Schwanken trugen nun freilich auch die verschiedenen Direktiven bei, die sich im Kabinett geltend machten, zumal der Gegensatz zwischen Beaconsfield und Derby.

Immerhin in der Kongreßfrage gewährten beide Minister das Schauspiel einer größeren Einmütigkeit; beide standen ihr ziemlich ablehnend gegenüber. Schon Ende Februar hatte sich Derby in diesem Sinne vor Schuwalow geäußert; der hatte ihm freilich erwidert, daß man in Rußland dadurch nicht besonders berührt würde, da man die Konferenzen hier unter dem Gesichtspunkte einer Konzession an Europa betrachte. Als nun Anfang März das Projekt an Derby herantrat, den Kongreß in Berlin zu versammeln, war er von Argwohn erfüllt, schon weil es von Rußland ausging. Man fürchtete in England, daß der Kongreß in Berlin eine russische Färbung annehmen, daß Bismarck aus Courteoisie und wegen seiner Geschäfte Gortschakow das Präsidium überlassen würde, und daß hinter dem russischen Vorschlage bereits geheime Abmachungen zwischen den drei Kaiserreichen zum Nachteil Englands steckten. Derby äußerte zu Münster, wenn er auch diese Besorgnisse nicht teile, so wisse er doch, daß sie beständen, und er müsse ihnen Rechnung tragen. Drei längere Kabinettssitzungen waren erforderlich, um diese Bedenken zu überwinden. Schon war in der zweiten Sitzung vom 7. März vorläufig die Ablehnung beschlossen worden; in der letzten vom Tage darauf wurde jedoch geltend gemacht, es sei besser, sich nicht ganz so abweisend, wie dereinst beim Berliner Memorandum von 1876 (s. o. S. 93) zu verhalten, sondern zwar anzunehmen, zugleich aber (und das war das Werk Beaconsfields) Sicherungen zu suchen. Solche wurden nun darin gefunden, daß die Forderung

an Rußland gerichtet würde, es müßten für den Kongreß erst die Grundlagen der Verhandlung festgestellt und auf ihm alle Bedingungen und Abmachungen, die in San Stefano vereinbart worden seien, vorgelegt werden, worauf er zu bestimmen habe, welche davon der Ratifikation der Mächte bedürften. Man verband damit einen doppelten Zweck: man wollte sich dadurch so weit als möglich vor geheimen Verträgen zwischen Rußland und der Türkei schützen und bestimmt konstatieren, daß man sich, was solche geheime Bestimmungen des russisch-türkischen Friedensvertrages angehe, die man auf dem Kongresse nicht mit sanktioniere, für die Zukunft freie Hand vorbehalte. Im August des Vorjahres hatten sich ja England und Österreich, wie wir wissen, daraufhin geeinigt, daß der ganze Komplex der Balkanfragen von den Beschlüssen der Pariser Signatarmächte von 1856 (bzw. 1871 bei Gelegenheit der Pontuskonferenz) abhängig gemacht werden, daß an deren Mitwirkung die endgültige Regelung der Folgen des Krieges, vor allem des Problems der Meeresengen, gebunden werden sollte. Demgemäß trat das britische Kabinett, voran Lord Derby, jetzt mit dem Verlangen auf, daß die Berliner Konferenz sozusagen als Revisionsinstanz für den Frieden von San Stefano fungiere, und daß Rußland die Verpflichtung auf sich nehme, von vornherein die Beschlüsse zu akzeptieren, die auf dem Kongreß durch die andern Mächte gefaßt werden würden. Am 9. März wurde dem Grafen Beust (Österreich war es ja, das die Zustimmung der Mächte einholte, ehe von Berlin die formelle Einladung ausgehen konnte) eine offizielle Note übergeben, die zwar die Zustimmung zur Wahl Berlins als Kongreßort ausdrückte, aber unter der Voraussetzung, „daß alle Fragen, die mit dem russisch-türkischen Friedensvertrage zu tun hätten, auf dem Kongreß erörtert, und daß keine Veränderung des bestehenden Zustandes, wie er vorläufig vertragsmäßig festgestellt sei, als gültig anerkannt werden solle, bis sie die Genehmigung der Mächte erfahren habe“. Man gab sich in London selbst keinen Täuschungen darüber hin, daß es nicht leicht sein würde, die Russen diesem Begehren gefügig zu machen; zum Teil wünschte man es sogar, daß sie das nicht täten, da man den Kongreß am liebsten vermieden hätte, — so Beaconsfield selber. Er ließ keinen Zweifel darüber bestehen, daß er auf der Vorlegung aller russisch-türkischen Bedingungen und Stipulationen fest bestehen würde, führte eine sehr kriegerische Sprache, war auch bei der Königin in diesem Sinne tätig und versicherte, daß die militärischen Vorbereitungen nach wie vor mit größter Energie betrieben würden. Der Kabinettsbeschluß, der sich zwar für den Berliner Kongreß, aber unter der mitgeteilten Beschränkung aussprach, war einmütig zustande gekommen, als eine Art von Kompromiß zwischen denjenigen Mitgliedern, die ihn verwerfen wollten, und den anderen, die ihm an sich geneigt waren; Derby hielt an ihm ebenso fest, wie Beaconsfield, und vertrat ihn gegen Rußland mit einer an ihm sonst ungewohnten Energie und Zähigkeit. Eine Differenz bestand zwischen ihnen im Augenblick nur in der Auffassung der Aussichten. Beaconsfield äußerte sich gegen den Grafen Münster recht skeptisch, der Kongreß in Berlin komme ihm noch wie ein Traum vor, und Träume gingen selten in Erfüllung; hoffnungsvoller blickte Derby in die Zukunft, indem er meinte, die Schwierigkeiten würden sich über-

winden lassen. Die erste und zurzeit wichtigste davon war eben die bezüglich der Verhandlungsbasis.

Von jeher hatte das russische Kabinett an dem Standpunkt festgehalten und auch dem eigenen Volke verkündet, daß es nur diejenigen Punkte des Vorfriedens diskutieren lassen und Europa zur Sanktion vorlegen werde, die nach seiner eigenen Ansicht Abweichungen von den Verträgen von 1856 und 1871 enthielten, daß alles übrige aber Sache der kriegführenden Mächte sei. Demgemäß erklärte Gortschakow (allerdings in allzu weitgehender und daher ungeschickter Fassung) auf die britische Note vom 9.: Rußland sei ja bereit, den Mächten alle die Punkte zu unterbreiten, welche europäisches Interesse hätten; eine weitere Antwort lasse sich auf das englische Verlangen nach Mitteilung des ganzen Traktates nicht geben. Daß sich diese strikte Ablehnung würde durchführen lassen, stieß in den Kreisen der russischen Diplomatie selbst auf Bedenken. Der Herr d'Oubril bemerkte, „ganz erledigt sei die Frage damit wohl nicht, da über die Bedeutung und Ausdehnung des europäischen Interesses verschiedene Ansichten sein könnten, je nachdem man an Rechtsfragen oder an solche der Macht und des Gleichgewichtes denke"; er regte deshalb in Berlin an, Deutschland möge in den Einladungen Zweck und Aufgabe der Konferenz dahin fixieren, daß daselbst nur solche Fragen beraten werden sollten, die für die europäischen Mächte Interesse hätten. Ähnlich sah Schuwalow in London die Sache an. Als ihm Gortschakow einfach telegraphierte, Rußland gehe auf die englische Bedingung nicht ein, gab er diesen Bescheid an Derby nicht weiter, unter der Begründung, daß dessen Note ja nicht durch ihn, sondern auf dem Umwege über Wien nach St. Petersburg übermittelt worden wäre. Zugleich machte er (10. März) einen Vermittlungsvorschlag, der dahin lautete, Rußland werde zwar nicht die Bestimmungen des Vertrages in ihrer Gesamtheit vorlegen, doch könne der Kongreß einzelne Punkte des Friedens, der ja dann bekannt sein würde, in die Diskussionen ziehen; allerdings zweifelte er selbst daran, daß man sich sowohl in Petersburg als auch in London damit zufrieden geben würde. Immerhin schien Gortschakow bis zu einem gewissen Grade darauf eingehen zu wollen; er erwiderte darauf, jetzt auch auf dem Umwege über Wien: das russische Kabinett habe anerkannt, daß auf dem Kongreß alles das erörtert werden solle, was ein europäisches Interesse biete; weiter könne er nicht gehen, zumal da es doch dabei jeder Macht unbenommen sei, einzelne Bestimmungen des Friedens vor sein Forum zu ziehen und durch ihn bestimmen zu lassen, ob sie ein europäisches Interesse berührten. Zwar erblickte das britische Ministerium (11. März) darin ein gewisses Entgegenkommen, betonte jedoch, „es sei, um eben die Bedingungen vor das Forum des Kongresses ziehen zu können, vor allem nötig, daß man sie kenne, und daß daher alle Stipulationen vorgelegt werden müßten; so allein könne man sich auch vor geheimen Abmachungen nur sichern". Während somit England die Anerkennung der Kompetenz des Kongresses auf alle Artikel des Vorfriedens begehrte, wollte Gortschakow eine solche nicht aussprechen, und die Frage damit umgehen, daß er den Mächten die Kenntnisnahme zusicherte. Das englische Kabinett hatte sich aber gerade hierin dem eigenen Parlament gegenüber so weit engagiert, daß es von

der Forderung einer bestimmten Erklärung darüber nicht abgehen zu können glaubte. Demgemäß richtete Derby am 13. März, sowohl direkt durch Schuwalow, als auch indirekt, durch Beust und Andrassy, nach Petersburg eine zweite Note des Wortlautes: „Ihrer Majestät Regierung muß darüber Gewißheit haben, ehe sie dem Kongreß beitreten kann, daß jeder Artikel des russisch-türkischen Vertrages dem Kongreß vorgelegt wird, nicht um notwendigerweise angenommen zu werden, sondern damit darüber beraten werden kann, welche Artikel der Annahme oder Zustimmung einzelner Mächte bedürfen, und welche nicht.“ Schuwalow riet darauf zu entgegnen: „Wir gestatten die Diskussion von Artikeln, abgesehen von denjenigen, welche wir vor den Kongreß unter der Bedingung bringen werden, daß ihnen dieser einen europäischen Charakter zuspricht.“ Das war, wie Bismarck fand, „unklar“; es sollte ohne Zweifel damit gesagt werden: alle Artikel sollen erörtert werden dürfen, nicht nur diejenigen, die Rußland als von europäischem Interesse kennzeichnen würde. Vorderhand hüllte sich Gortschakow daraufhin in Schweigen.

Ausdrücklich hatte England hervorgehoben, daß es sich ohne die Vorlage aller Abmachungen zwischen der Pforte und Rußland von den Konferenzen fernhalten würde; wenn sein Verlangen nicht erfüllt wurde, trat die Frage näher an die Mächte heran, ob diese aufgegeben, ob das orientalische Problem durch direkte Verhandlungen ohne das Mittel eines Kongresses geregelt, oder ob ein solcher ohne Teilnahme Englands abgehalten werden sollte. Gegen diese letzte Eventualität nahm Bismarck ganz entschieden Stellung: „Zweck der Konferenz sei die Prüfung und Sanktionierung derjenigen Veränderungen in europäischen Verträgen, welche infolge des russisch-türkischen Krieges eingetreten, und zu einem solchen Zwecke sei die Mitwirkung von England selbstverständlich nicht zu entbehren. Wir könnten unter Umständen an engere Besprechungen zwischen den drei Kaisermächten denken, dies sei aber keine Konferenz und könne nicht als völkerrechtliche Sanktionierung neuer Zustände im Orient angesehen werden. Also entweder keine Konferenz, oder mit allen Mächten, die den Pariser Frieden unterzeichnet haben.“ Ein Eingehen auf die Anregung d'Oubrils, daß Deutschland in seinen Einladungen die Aufgabe der Beratungen im russischen Sinn fixiere, d. h. für solche Fragen, welche von europäischem Interesse seien, war für Berlin daher ausgeschlossen. Man erklärte hier auf das bestimmteste, man könne nicht einladen, ehe nicht die „Kompetenzfragen“ unter den Beteiligten erledigt wären, und weiterhin, daß die Kompetenz der Konferenz, „d. h. das Recht, bestimmte Dinge zu besprechen und darüber Beschlüsse zu fassen“, nur durch allgemeine, freiwillige Übereinstimmung unter den Mächten festgestellt, daß auch durch die Konferenz kein Zwang gegen Minoritäten ausgeübt werden dürfe, daß freilich die amtliche Vorlage des ganzen Vertrages als Basis für die Diskussion über die Veränderung der durch die Traktate von 1856 und 1871 geschaffenen Zustände unvermeidlich sei. Da aber durch das ewige Herüber und Hinüber sich kreuzender Noten und Vermittlungsvorschläge, zumal auf dem Umwege über Wien, die Angelegenheit nicht weiterzukommen drohte, empfahl Bismarck Mitte März eine Vorkonferenz, am besten durch die Botschafter der Mächte in Berlin, um die Kongreß-

beratung materiell und formell vorzubereiten. Es sollten dabei die Vorfragen besprochen und erledigt werden, so die Zuziehung Griechenlands, der Wunsch Frankreichs nach Beschränkung der Beratungen durch Ausschluß einzelner Fragen, wie Tunis, Syrien, des hl. Grabes, namentlich aber Ägyptens (wir wissen, welche Rolle dieses in den Plänen des Kanzlers spielte), insonderheit natürlich die Hauptdifferenz: „nimmt Rußland die englische Bedingung der Vorlage des ganzen Friedensvertrages an?" Auch darüber sollte dabei gesprochen werden, wer den Vorsitz führen sollte, falls ihn Bismarck nicht regelmäßig und dauernd ausüben könnte. Es war dabei die Intention Bismarcks, das stellvertretende Präsidium Gortschakow in Rücksicht auf dessen „bekannten, großen Wunsch" zuzuwenden; England gegenüber suchte er diesen Gedanken durch den Hinweis darauf schmackhaft zu machen, daß dadurch die Eitelkeit seines russischen Rivalen gestillt und dieser, in eine günstigere Stimmung versetzt, auch zu größerer Reserve sich genötigt sehen würde.

Nicht einmal der Ausweg, wie ihn Bismarck also vorschlug, brachte die Angelegenheit vorwärts. Die einzige Macht, die ihn (Italien hielt sich aus Anlaß seiner inneren Verhältnisse in der ganzen Angelegenheit zurück) rückhaltlos annahm und auch für den stellvertretenden Vorsitz Gortschakows zu stimmen bereit war, war Frankreich. Derby hielt den Vorschlag zwar zunächst für zweckmäßig, meinte indes, daß doch vorerst eine Übereinkunft zwischen Rußland und England betreffend die Vorlage aller Artikel erzielt werden müsse. Schon das war letzten Grundes eine Ablehnung; tatsächlich sprach sich das Kabinett bald nachher geradezu in diesem Sinne aus. In Rußland stand der Zar dem Projekt der Vorkonferenz einigermaßen sympathisch gegenüber, nicht aber auch Gortschakow, schon damit nicht dadurch, wie Schweinitz berichtete, „der Effekt seines Erscheinens in Berlin als Repräsentant der Großmut und Friedensliebe abgeschwächt würde", wozu Bismarck, charakteristisch genug, „cf. 75!" am Rande notierte. Eben damals war Ignatiew in Petersburg eingetroffen; die erste Unterredung, die er mit diesem und dem türkischen Vertreter Rëuf Pascha hatte, schien den russischen Kanzler ungemein zu befriedigen; er äußerte: „England will nicht gern nach Berlin, nun gut, dann gilt das ‚beati possidentes'; übrigens machen wir starke Rüstungen; England und Österreich zwingen uns dazu." Auch das Angebot des Vorsitzes machte auf ihn keinen Eindruck; dieser gebühre, wie er sagte, Bismarck oder Bülow. Er faßte die diplomatische Aktion Englands in Petersburg unter dem Gesichtspunkt auf, daß dieses in eine Sackgasse geraten sei und einen Ausgang daraus jetzt dadurch finden wolle, daß es Rußland eine Demütigung zuschiebe; derselben Ansicht war der Zar. Aus Rücksicht auf diesen war er schließlich bereit, die Vorkonferenz zu beschicken, und zwar durch Ignatiew, den er wählen müsse, weil er die unentbehrlichen Lokalkenntnisse besitze. Das war nun freilich diejenige Persönlichkeit, die in Berlin am wenigsten angenehm war, — schon vorher hatte die Nachricht, der General sei als Bevollmächtigter für den Kongreß in Aussicht genommen, den Kaiser Wilhelm Bismarck gegenüber zum Stoßseufzer veranlaßt: „Das ist ein Umstand, der mich komplett krank stimmt;" schließlich nahm Gortschakow in der Tat von seiner Absicht Abstand. Dem deutschen Bot-

schafter kündigte er am 17. März an, daß er in wenigen Tagen den Vertrag von San Stefano den Mächten zustellen werde: „Dann steht es jedem frei, über jeden einzelnen Punkt desselben und über alles, was er will, zu sprechen; ich beschränke die Diskussion nicht.“ Wie wenig er freilich noch darauf rechnete, mit England ins reine zu kommen, das erhellte daraus, daß er wieder den Plan der Verhandlungen zu dreien aus der Versenkung hervorholte: „Ich kann von Besprechungen zu sechs nichts erwarten; zu dreien hätten wir zu einer Verständigung kommen sollen; Graf Stolberg hatte unlängst noch immer keine Instruktionen, hoffentlich wird er sie jetzt bekommen haben.“ Offenbar glaubte man in Petersburg der Pforte sicher zu sein und zum mindesten bei genügendem Rückhalt beim Dreikaiserbund den Bruch mit Großbritannien nicht scheuen oder sich wenigstens durch allzu ängstliche Rücksichtnahme darauf in der Verhandlung nicht ohne weiteres einschüchtern lassen zu brauchen. Auch der Zar war, „wie immer, wenn die Lage ernst wird, ruhig und entschlossen“; Ignatiew strahlte vor Freude, und der Kriegsminister Miljutin sprach Schweinitz seine Überzeugung dahin aus, „daß England den Kongreß nicht wolle, da seine Absichten ‚inavouables‘ seien, und da es im Trüben zu fischen beabsichtige“.

Die Lage hatte sich somit so ernst, als nur möglich, gestaltet. Auf den ersten Blick schien es, als ob es nur formale Differenzen und Prestigewünsche wären, die einer englisch-russischen Verständigung im Wege stünden und das Zustandekommen des Kongresses bedrohten. In diesem Sinne berichtete Graf Münster von London nach Berlin: England habe ja anerkannt, daß der Kongreß keine bindenden Majoritätsbeschlüsse fassen könne, so daß die russische Freiheit des Entschlusses und Handelns auf dem Kongreß nicht angetastet würde: wenn dieser die orientalische Frage zum Abschluß bringen solle, so sei es doch notwendig, daß er die Bestimmungen von San Stefano darauf prüfe, ob sie den früheren Verträgen von 1856 und 1871 entsprächen, und mehr verlange England nicht; Gortschakows Forderung, daß nur die Punkte zur Diskussion gestellt würden, welche nach der russischen Auffassung die bisherigen Traktate abänderten, sei doch „eigentlich nicht haltbar“. Kaiser Wilhelm bedauerte, daß das russische und englische Kabinett „anscheinend aus Anlaß mehr formaler Differenzpunkte in der gegenseitigen Auffassung sich soweit voneinander entfernt haben, um das Scheitern der Konferenz, um damit die Gefahr eines neuen Konfliktes herbeizuführen“, — das wurde denn auch d'Oubril und Russell eröffnet. In Wahrheit lag der Gegensatz viel tiefer. Es war nicht nur pedantischer Formalismus und pedantische Buchstabenklauberei, die England und Rußland hinderten, sich zu verständigen; sondern hinter den Formeln, die Rußland und England einander gegenüberstellten, verbargen sich sachliche Differenzen von weltpolitischer Tragweite. Wenn Rußland verlangte, daß auf dem Kongreß nur solche Fragen erörtert würden, die von ihm selbst zugelassen würden, und zwar, wie immer wieder hervorgehoben wurde, solche von „europäischem Interesse“, so wollte es eben die auf Kleinasien bezüglichen Stipulationen von San Stefano von der Diskussion ausgeschlossen wissen, und wenn England hinwiederum die Vorlage aller türkisch-russischen Abmachungen begehrte, so bezog sich das nicht minder nicht nur auf die

eventuellen Abänderungen des status quo auf dem Balkan, sondern gleichfalls auf Asien. Und die Verträge boten Großbritannien dazu die Handhabe. Denn durch Artikel 30 des Pariser Friedens von 1856 war sowohl Rußland als auch der Pforte ihr beiderseitiger Gebietsstand in Asien garantiert worden; also unterlagen auch Besitzverschiebungen hierselbst der Zustimmung der Signatarmächte.

So waren denn alle Versuche, die jetzt noch spielten, ein Abkommen zwischen London und St. Petersburg zu erzielen, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Am 16. März verlangte Derby peremtorisch einen endlichen, und zwar schriftlichen Bescheid auf seine Noten vom 9. und 13. dieses Monats. Drei Tage später erhielt er durch Schuwalow eine ausweichende Antwort Gortschakows: der Vertrag von San Stefano, der einzige, den Rußland und die Pforte abgeschlossen hätten, da daneben keinerlei geheime Vereinbarungen bestünden, würde vor dem Kongreß nach London mitgeteilt werden; England und die andern Großmächte behielten sich volle Freiheit der Anerkennung und der Aktion auf dem Kongreß vor; Rußland mache sie ihnen nicht streitig, nehme sie aber auch für sich selbst in Anspruch; es würde heißen, sie für Rußland allein beschränken, wenn dieses vorher eine Verpflichtung eingehen würde. In England wurde das als eine Ablehnung empfunden; das Kabinett beschloß daraufhin, am Kongreß nicht teilzunehmen. Schuwalow bat, diese Entgegnung noch 48 Stunden zurückzuhalten; er machte inzwischen noch einen Versuch, den Kongreß zu retten, indem er Gortschakow (am 20. März) bat, zu veranlassen, daß Bismarck oder Andrassy vorschlügen: „Bei der jetzigen Lage und den Mißverständnissen, welche der den Mächten noch unbekannte Vertrag hervorrufe, würde es wünschenswert sein, die Lösung der Frage des Kongresses zu verschieben, bis der Text (des Vorfriedens) allen Mächten mitgeteilt worden ist. Die Kabinette werden den Vertrag dann prüfen, und die Ausstellungen und Bemerkungen der Mächte werden vom Kongreß dann beraten werden. Alle Mächte behalten volle Freiheit, die Beschlüsse des Kongresses anzunehmen oder sich durch dieselben nicht gebunden zu erklären.“ Derby willigte nicht nur ein, sondern er machte auch noch seinerseits einen letzten Versuch in derselben Richtung, wie Schuwalow, indem er am Abend des 21. an den russischen Botschafter schrieb: England könne nicht anerkennen, daß Rußland in der Freiheit seiner Entschließungen auf dem Kongresse durch die vorherige Verständigung, wie sie England wünsche, mehr als eine andere Macht beeinträchtigt würde, und frage daher, „ob die Mitteilung des ganzen Vertrages an die verschiedenen Mächte so angesehen und behandelt werden solle, als werde er vorgelegt, damit der ganze Vertrag rücksichtlich seiner Wirkung auf bestehende Verträge durch den Kongreß geprüft und durchberaten werden könne“.

Gerade das war es, was Gortschakow, eben im Hinblick auf Kleinasien, nicht zugeben wollte. Schon auf den Vorschlag Schuwalows hatte er sich am 21. ablehnend geäußert; er schien zum Bruche entschlossen. In denselben Tagen war nach London die falsche Nachricht gekommen, russische Truppen seien auf dem Schwarzen Meer eingeschifft worden, nämlich zum Heimtransport; Derby hatte Schuwalow darüber zur Rede gestellt, und dieser bekam, als er darüber in Peters-

burg um Instruktion bat, den Bescheid, „er möge die Engländer fragen, was ihre Flotte im Marmarameer zu tun habe“, — um keinen Konflikt heraufzubeschwören, hütete er sich, das auszurichten. In der gereizten Stimmung, in der er sich befand, wies der russische Kanzler auch den letzten Fühler zurück, den Derby noch ausgestreckt hatte. Schon am 23. erhielt Schuwalow die Nachricht davon; aber erst zwei Tage später gab er, da er die Instruktion von Petersburg hatte, nicht schriftlich zu antworten, vor Derby die mündliche Erklärung ab, daß sein Kabinett auf dem Standpunkt beharren müsse, den es nun einmal eingenommen habe. Der Minister bestand jedoch darauf, einen schriftlichen Bescheid zu bekommen; zum mindesten verlangte er, daß Schuwalow ihm schriftlich mitteile, er sei nicht in der Lage, den Brief vom 21. zu beantworten, der die jüngste Anfrage Englands in der Kongreßangelegenheit enthielt, indem er versprach, bis dahin die Verhandlungen noch nicht als abgebrochen ansehen zu wollen. Noch einmal erhob Schuwalow die dringendsten Vorstellungen in Petersburg; er beantragte die Redaktion einer entsprechenden Erwiderung auf Derbys Schreiben vom 21. und betonte sehr energisch, daß das Ausbleiben einer solchen den Bruch und die sofortige Abberufung der Botschafter bewirken müßte. Am Nachmittag des 26. erhielt er die telegraphische Weisung, an Derby eine Antwort aufzusetzen, die diesem noch am selben Abend zugestellt wurde; sie besagte, daß Rußland nicht umhin könne, für gewisse Teile des Vertrages sich ein Veto vorzubehalten, — ohne Zweifel waren damit die Artikel über Asien gemeint. Der Minister war jetzt der Ansicht, daß der Kongreß definitiv unmöglich sei, schon deshalb, weil auf ihm die Differenzen sehr leicht „einen mehr akuten und persönlichen Charakter“ annehmen könnten; doch verzweifelte er noch nicht daran, daß durch direkte Verhandlung eine Verständigung erzielt zu werden vermöchte, die ja dann immer noch durch eine Konferenz besiegelt werden könnte. Allerdings auch dafür war die Hoffnung anscheinend nicht sehr groß. Am 23. war der Vertrag von San Stefano bei Schuwalow eingetroffen und durch ihn dem Foreign Office übergeben worden. Hier erachtete man ihn für ganz unannehmbar. Derby bezeichnete vor Münster die Begrenzung Bulgariens als ganz unmöglich: sie könne kaum ernstlich gemeint sein, sie habe weder geographische, ethnographische noch auch historische Gründe für sich, schaffe für Österreich und England auf die Dauer unerträgliche Verhältnisse und unterdrücke auf die allerrücksichtsloseste Weise das griechische Element; England werde seine Stellung zu dieser Seite des Friedensinstrumentes von der Österreichs abhängig machen. Freilich besorgte man in London, daß die Russen es unternehmen würden, Österreich zu befriedigen und das griechische Element zu schädigen, indem sie der Hofburg nicht nur Bosnien und die Herzegowina, sondern auch die Erstreckung ihrer Herrschaft bis nach Albanien und Saloniki anbieten würden; es waltete in England auch gegen die Donaumonarchie im Augenblick eine große Mißstimmung ob. Schon tauchte auch die Idee auf, aus dem von Rußland jetzt projektierten Bulgarien zwei Staaten zu bilden, ein zis- und ein transbalkanisches Bulgarien, mit zwei möglichst unabhängigen Fürsten; dabei spekulierte man darauf, daß diese beiden permanente feindliche Brüder werden, daß daraus ein slawisches und ein griechisches

Bulgarien entstehen, und daß eine solche Lösung der bulgarischen Frage jedenfalls mehr im österreichisch-englischen, als im russischen Interesse sein würde.

Bis hierher waren die Wege Beaconsfields und Derbys zusammengegangen. Beide hatten die Teilnahme Englands an der Konferenz davon abhängig gemacht, daß Rußland alle Bedingungen des Vorfriedens zur Erörterung stelle, wobei es freilich diesem in höherem Grade, als jenem, am Herzen lag, den Kongreß zu retten. Auch jetzt noch glaubte der Außenminister an die Erhaltung des Friedens, wenngleich das Kongreßprojekt endgültig begraben schien; er wiederholte stets, daß er darin mit seinen Kollegen übereinstimme, und daß auch diese den Krieg nicht wollten. Das traf sogar auf Lord Beaconsfield zu, auch er glaubte, daß der Krieg noch zu vermeiden sei; aber die Politik, die er jetzt ins Auge faßte, wich von der Derbys so grundsätzlich ab, daß für beide zugleich nicht mehr Platz im Ministerium war. Nur aus Rücksicht auf seinen Einfluß in Lancashire und das Haus Stanley, dem er angehörte, war Derby in der letzten Kabinettskrisis im Januar noch gehalten worden; Beaconsfield hatte eine Zeitlang besorgt, es könne mit ihm die Mehrheit im Unterhause verloren gehen. In diesem Augenblick großer Erregung und momentaner Kriegsgefahr war das nicht mehr zu befürchten, und so glaubte er jetzt, sich von diesem ihm unbequemen Kollegen am besten und ohne Änderungen der Parteiverhältnisse trennen zu können. Die Position Derbys war ohnehin schon vollkommen unterhöhlt. Die Königin verabscheute ihn, ebenso die königliche Familie und alle, die mit dem Hofe zusammenhingen; die Kollegen wollten ihn loswerden; im Parlament war er das Ziel der verdeckten und offenen Angriffe seiner eigenen Parteigenossen, während er von der liberalen Opposition in Schutz genommen wurde. Nunmehr war die Gelegenheit und auch die Notwendigkeit vorhanden, sich seiner zu entledigen; Beaconsfield war jetzt zu einer Politik der Aktion entschlossen, von der vorauszusehen war, daß Derby ihm dabei keine Gefolgschaft leisten würde.

Während man in London auf die Antwort Rußlands auf Derbys Note vom 21. März wartete, traf Beaconsfield alle vorbereitenden Anstalten und Entschließungen, die für seine nächsten Ziele geraten und erforderlich waren. Er wußte, daß sie bereits bei Schuwalow eingetroffen war, daß dieser sie zurückhielt, und daß sie ablehnend lautete; er war trotz dieses bevorstehenden „Ultimatums" nicht gewillt, auch nur einen Zoll zurückzuweichen. Gleichwohl war er weit entfernt von jeder Aufregung; wenn England nur fest blieb und offen zeigte, daß es den Konflikt nicht scheue und dafür rüste, hielt er es für mehr als wahrscheinlich, daß Rußland es nicht zum Äußersten treiben, sondern sich zu Sonderverhandlungen verstehen würde; diese in dem Geiste zu führen, wie er ihm vorschwebte, dafür erschien ihm gerade Derby jedoch als durchaus ungeeignet. In seiner Überzeugung, daß Rußland, wenngleich es den Kongreß auf Grund der britischen Bedingungen verschmähte, dennoch zu separater Unterhandlung bereit wäre, wurde er durch höchst vertrauliche Informationen bestärkt, die er selbst vor den übrigen Ministern verschweigen mußte, und von denen er nur der Königin (am 24.) obenhin Kenntnis gab. Nachdem am 26. der endgültige Bescheid Rußlands hinsichtlich des Kongreßprojektes eingelaufen war, ging er ungesäumt ans

Werk. Am Morgen des 27. fand eine Kabinettssitzung statt; er hatte sich vorher mit den einflußreichsten Mitgliedern, dem Lordkanzler Earl Cairns, dem Schatzkanzler Northcote und Salisbury verständigt. Zuerst verlas Derby den Brief Schuwalows; dann folgte der große Schlag. Beaconsfield hielt eine längere Rede: jetzt sei der entscheidende Augenblick für die britische Politik gekommen; alles Streben nach Mäßigung und Neutralität hätten lediglich den Einfluß Englands geschädigt und den Eindruck hervorgerufen, daß es der Macht ermangele; in Wahrheit sei Rußland schwach, seine Finanzen ruiniert, seine Armeen in schlechtem Zustande. Der Zeitpunkt sei jetzt eingetreten, der Maßregeln erfordere, wie sie das Gesetz für den Fall „drohender Gefahr für die Nation oder großer Not" vorschreibe; das Gleichgewicht im Mittelmeer sei gestört. Daher beantragte er die Einberufung der Reserven, die Entsendung zweier Armeekorps, sowie einer militärischen Expedition von Indien her durch den Suezkanal, endlich die Besetzung der Insel Zypern und des Hafens von Alexandrette (an der Grenze zwischen Syrien und Kleinasien), zur Beherrschung des Persischen Golfes und der Gegend von Bagdad, sowie als Gegengewicht gegen die Eroberungen und den Einfluß der Russen in Armenien; er schlug vor, zu diesem Zwecke mit der Pforte zu verhandeln. Die übrigen Minister stimmten ihm bei, zumal diejenigen, mit denen er sich vorher ins Einvernehmen gesetzt hatte. Cairns unterstrich seine Ausführungen bezüglich Armeniens und erklärte die Stellung Englands in Indien für erschüttert, wenn nichts geschehe. Salisbury wies auf die Wichtigkeit Alexandrettes für die Wege von Armenien nach dem Suezkanal und dem Persischen Meere hin, sowie auf die Notwendigkeit, den Einfluß auf die Völker Asiens zu wahren, deren Stimmung sich ändern würde, wenn England keine wirksame Entfaltung seiner Macht daselbst vornehme, und die sonst ihre Blicke auf Rußland richten möchten. Er zweifle daran, so fügte er hinzu, ob man fürs erste die Einwilligung der Türkei erreichen würde; aber man führe gegen sie nichts Feindseliges im Schilde, und es sei durchaus angemessen, bei ihr um die Erlaubnis nachzusuchen; noch wichtiger als Zypern sei Alexandrette. Derby merkte, daß Cairns und Salisbury unter einer Decke mit Beaconsfield steckten; er beschränkte sich darauf, mit wenigen Worten seinen grundsätzlichen Dissens anzukündigen. Als er erklärte, daß sich die Wege hier trennten, ließ Salisbury sich hören, er sehe nicht, wie da ein Kompromiß noch möglich sei.

Danach war Derbys Verbleiben auf seinem Posten unmöglich; noch am selben Tage reichte er seine Entlassung ein, zur innigsten Befriedigung der Königin. Sie bewilligte ihm den Abschied in einem huldvollen Schreiben; der Hosenbandorden wurde ihm angeboten, aber von ihm abgelehnt. Auch seine Freundschaft mit Beaconsfield schien zunächst noch nicht gestört. Man glaubte, allen Grund zu haben, ihn vorsichtig behandeln zu müssen, schon wegen seines Anhanges in Lancashire; um den Einfluß seiner Familie im Kabinett und Parlament zu erhalten, wurde sein Bruder und mutmaßlicher Erbe Frederik Stanley zum Kriegsminister ernannt. Da es unmöglich war, den eigentlichen Grund seiner Demission allgemein bekanntzugeben, nämlich die Besetzung Zyperns und Alexandrettes, die ja doch erst noch vorgenommen werden sollte, wurde vereinbart, daß als solcher

nur die Einberufung der Reserven vor der Öffentlichkeit angegeben werden sollte. In diesem Sinne sprachen sich sowohl Beaconsfield wie auch Derby im Unterhause aus, wobei sie es an schmeichelhaften Komplimenten, der eine für den andern, nicht fehlen ließen, ebenso der letztere vor Münster. Er gestand diesem, er habe sehr ungern in diesem gefährlichen Augenblick sein Amt verlassen, habe aber nach seiner Überzeugung nicht anders zu handeln vermocht. Er deutete dabei allerdings an, daß es nicht die Mobilmachung, sondern andere und wichtigere Gründe gewesen seien, die seinen Entschluß bestimmt hätten, und die er in Rücksicht auf seine Kollegen nicht nennen dürfte, — der deutsche Botschafter bezog das auf die Kreditforderung, die beim Parlament gemacht werden sollte. Später hielt Derby sein Schweigen nicht, so daß die Königin und Beaconsfield ihn der Indiskretion beschuldigen zu müssen meinten; damit löste sich die jahrzehntealte Freundschaft der beiden Staatsmänner. Im Publikum wurde der Abgang Derbys in Verbindung mit den militärischen Vorbereitungen als ein Sturmzeichen empfunden; die Börse war in gedrückter Stimmung. Die Reserven wurden eingezogen, wobei es sich allerdings nur um etwa 38000 Mann handelte; mit der Einschiffung wurde begonnen. Im übrigen wurden, um das vorweg zu bemerken, die Beschlüsse vom 27. März in der Folgezeit gar nicht ausgeführt: das indische Expeditionskorps kam nach Malta, Alexandrette und Zypern wurden gar nicht besetzt, diese Insel bald darauf durch Vertrag mit der Pforte in vorläufigen Besitz gebracht. Es war Beaconsfields Absicht, ein Rundschreiben an die Mächte zu richten, um die leitenden Gesichtspunkte der britischen Orientpolitik darzulegen; infolge der Kabinettskrisis wurde aber vorderhand nicht einmal nach Petersburg die Mitteilung gemacht, daß an den Kongreß nicht mehr zu denken sei.

Immer wieder, wenn die Verhandlungen mit England eine unfruchtbare oder gar bedrohliche Wendung nahmen, machte Petersburg den Versuch, die „zu dreien" abermals aufzunehmen, so auch jetzt. An demselben Tage, als in London die Ministerialberatung stattfand, deren Ergebnis der Entschluß zur Aktion und zur Mobilmachung, sowie der Rücktritt Derbys war, übergab Ignatiew dem Kaiser Franz Josef in Spezialmission ein Schreiben des Zaren. Das war ein Appell von Souverän zu Souverän, und eine Zeitlang vorher wäre er vielleicht nicht ganz wirkungslos verhallt. Von Hofeinflüssen umstrickt, widerstrebte Franz Josef in hohem Grade der Eventualität eines Krieges, und es bestand daher zeitweise eine Spannung zwischen ihm und Andrassy, die diesen zum Ende des Februar bewogen hatte, um seine Entlassung zu bitten; der Kaiser hatte das Gesuch jedoch nicht angenommen, und Andrassys Stellung war seitdem gefestigt. Eine ungeeignetere Persönlichkeit, wie der Urheber der Abmachungen von Adrianopel und San Stefano, konnte gar nicht kommen; am liebsten hätte der ränkevolle Russe den ihm verhaßten Minister gestürzt, in dessen Person er das Haupthindernis für die Erfüllung der panslawistischen Balkanträume erblickte. Die hinterhältige, verschlagene und lügenhafte Art und Weise, wie Ignatiew die Verhandlungen führte, machte auf Andrassy den denkbar schlechtesten Eindruck. Man wußte in Petersburg, daß Ignatiew in Wien nichts weniger als beliebt war; trotzdem sandte man ihn unter dem Vorgeben, daß er den Vertrag, die in Betracht

kommenden Verhältnisse und die Intentionen des Zaren am genauesten kenne, sowie alle nötigen Erläuterungen zu geben am besten imstande sei. Wie pessimistisch man in Rußland die Lage ansah, erhellte aus den Zugeständnissen, deren Träger er war: er durfte nicht nur die österreichisch-russischen Vorkriegsabmachungen anerkennen, sondern auch Entgegenkommen in der beßarabischen Frage, sowie gegen die österreichischen Wünsche wegen einer Eisenbahn nach Saloniki und der Neutralisierung der Donau in Aussicht stellen. Wenn das Kongreßprojekt scheitere (und damit mußte ja in diesem Stadium der Angelegenheit auf das bestimmteste gerechnet werden), so halte der Zar, wie Ignatiew mitteilen sollte, die Verständigung im Dreikaiserbunde als die nächste und wichtigste Aufgabe zur Wahrung des allgemeinen Friedens, — in diesem Sinne sollte Ignatiew in Wien wirken, indem zugleich Deutschland ersucht wurde, daselbst seinen Einfluß dafür in die Wagschale zu werfen.

Drei Tage währten die neuen Besprechungen in Wien. Dem Vorwurf, daß Rußland gegen seine Zusage vor Beginn des Krieges, keinen großslawischen Staat schaffen zu wollen, verstoßen habe, suchte Ignatiew (von dem übrigens später behauptet wurde, er habe, als er den Frieden mit der Pforte schloß, von den österreichisch-russischen Verträgen vom Anfang des Jahres 1877 keine Kenntnis gehabt) damit zu begegnen, daß er mit den Türken auf Grund einer Karte betreffend die künftigen Gebietsveränderungen auf der Halbinsel verhandelt habe, die im Vorjahre in Wien genehmigt worden wäre. Er erklärte sich zu anderen Grenzfestsetzungen bereit; aber wie groß auch die Konzessionen waren, die er machen wollte und durfte, so ging Andrassy in seinen Forderungen doch darüber noch weit hinaus. Hartnäckig wurde darüber gestritten, ob und inwieweit Serbien und Montenegro auf Kosten Bosniens und der Herzegowina bereichert werden sollten. Auf keinen Fall wollte Andrassy, daß Montenegro und Serbien aneinanderstießen oder sich allzusehr mit ihren Grenzen näherten, indem er an die großserbischen Aspirationen des Fürsten Nikola dachte; er verlangte, daß die zwischen beiden Fürstentümern gelegenen Gebiete von Nowibasar und Mitrowitza, als angeblich früher zu Bosnien gehörig, zu Österreich geschlagen würden. Die in San Stefano den Montenegrinern nach Norden und Osten zugedachte Vergrößerung wurde dadurch beträchtlich geschmälert, und auch an die Küste sollten sie nicht gelangen; diese und Skutari beanspruchte gleichfalls Österreich, damit der Schmuggel nach Dalmatien verhindert, und damit nicht Spizza und Antivari russische Flottenstationen würden; wie Ignatiew vermutete, ging Österreich am liebsten darauf aus, die albanesischen Häfen für sich zu reservieren, da es „an jener Stelle italienische Einflüsse und Berührungen fürchtete“. Wäre Montenegro so durch Österreich von drei Seiten her umklammert worden, so nicht minder Serbien. Denn Nowibasar, das ja in San Stefano den Serben zugeteilt worden war, sogar das noch weiter nach Osten zu gelegene Mitrowitza wollte Österreich an sich nehmen, so daß auch ihre Südgrenze durch dieses flankiert worden wäre; dafür sollten sie im Südosten ihres bisherigen Gebietes entschädigt werden, etwa durch Nisch, Uranje und Tirnowatz im Morawatal. Was Bulgarien anbelangte, so kam Andrassy den Wünschen Rußlands so ziemlich entgegen. Er wollte es

zwar im Westen und Osten etwas beschneiden; hier sollte die Grenze östlich von Adrianopel laufen, so daß der nach Konstantinopel vorspringende Keil bulgarischen Stammesgebietes abgeschnitten wurde; dort sollte sie östlich von der projektierten Bahnlinie (Nowibasar-)Mitrowitza nach Saloniki laufen. Aber er hatte nichts dagegen, daß Bulgarien bis zum Ägäischen Meere reichte: das war ihm aus verschiedenen Gründen recht, weil die Bulgaren dann nicht allein auf das unter russischer Herrschaft stehende Schwarze Meer mehr angewiesen waren, und weil er meinte, daß das für die österreichischen Handelsinteressen nützlich sei. Schließlich präzisierte er das Verlangen, daß die bulgarische Westgrenze östlich des Schienenstranges Mitrowitza—Saloniki bleiben müßte, dahin, daß sie von der Mündung der Marica, vom Golf von Orfan oder Enos bis zum Morawatale bei Vranje gezogen würde, so daß Bulgarien nur noch eine ganz kurze Küstenstrecke am Golf von Saros gehabt hätte; die Distrikte, die westlich davon lagen, mit Saloniki, sollten unter dem Namen „Mazedonien" zusammengefaßt und, unabhängig vom Fürstentum Bulgarien, mit administrativer Autonomie ausgestattet werden. Jedenfalls strebte Andrassy danach, den ganzen Westen der Halbinsel und damit die ganze Küste der Adria, aber auch die des Ägäischen Meeres, da ja auch das autonome Mazedonien dem Einfluß Österreichs anheimgefallen wäre, für dessen Macht- und Interessensphäre zu gewinnen. Er bestand darauf, daß die Russen nur mit 20 000 Mann und höchstens sechs Monate lang in Bulgarien stehen dürften, daß die hier gelegenen Festungen geschleift werden müßten, und daß die Verbindung mit dem bulgarischen Okkupationskorps nur zur See, über Varna und Burgas, nicht durch Rumänien unterhalten werden dürfte. Bei Annahme dieser Bedingungen erklärte er sich mit dem Rückfall Beßarabiens an Rußland einverstanden; von Asien wurde nicht gesprochen, das hieß, daß er in dieser Hinsicht keinen Einspruch gegen die Bestimmungen des Vorfriedens einzulegen gedachte. Er versprach weiterhin, daß Österreich dafür der Dreikaiserentente treu bleiben, im Falle eines russisch-britischen Konfliktes sich nicht England anschließen, sondern Rußland eine wohlwollende Neutralität bewahren und, falls der Kongreß nicht zustande käme, auf der Basis der Dreikaiserentente sich bei England verwenden würde, damit die allgemeine Ruhe nicht gestört werde.

Die Forderungen Andrassys gingen weit über das hinaus, was Rußland früher Österreich verheißen hatte; er hielt eben den nunmehrigen Zeitpunkt, da Rußland angesichts der drohenden Haltung Englands ein dringendes Bedürfnis nach einer Verständigung mit Österreich-Ungarn fühlte, für günstig, dafür einen möglichst hohen Preis zu fordern. Ignatiew erhob zwar gegen sie „eigentlich erhebliche Bedenken" nicht, nur gegen die Einschränkung der Gebietsvergrößerung Montenegros; er motivierte das mit dem Interesse der Zarin für den Fürsten Nikola. Da die Vorschläge Andrassys betreffend Montenegro und Bulgarien alles weit hinter sich ließen, was seine Regierung in Erwägung gezogen habe, und zum Teil sogar das, was die Verträge vor dem Kriege besagt hätten, erklärte er, darüber in keine Erörterung eintreten zu können, sondern dem Zaren Bericht erstatten zu wollen, damit Nowikow sofort Instruktionen zu weiterer

Verhandlung bekomme. Mit einem Handschreiben Franz Josefs an den Zaren verließ er am 31. März Wien. In Petersburg angelangt, erzählte er dem dortigen deutschen Botschafter, seine Mission habe ihren Zweck erreicht, — es bedarf keiner weiteren Ausführungen, um zu erkennen, daß das gerade Gegenteil der Fall war. Er wollte eben den Faden zu den alten beiden Ententegenossen noch nicht abreißen lassen, ehe sich nicht das Verhältnis zu England geklärt hatte; man mußte zusehen, welche Schritte das britische Kabinett in seiner neuen Gestalt unternehmen würde.

Neuntes Kapitel.

Vorverhandlungen und Berliner Kongreß.

April bis Juli 1878.

Weder was den Kongreß, noch auch was die schwebenden sachlichen Differenzen in der Orientfrage anbelangte, war bisher ein Einvernehmen, sei es zwischen Petersburg und Wien, sei es zwischen Petersburg und London, erzielt worden. Nachdem die Verhandlungen zwischen Andrassy und Ignatiew zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt hatten, kam es darauf an, ob die Hoffnung Beaconsfields auf eine direkte Verständigung mit Rußland, nötigenfalls auch ohne das Mittel des Kongresses, durch Annahme einer drohenden Haltung sich erfüllen würde. Das geschah, und zwar durch das vermittelnde Eingreifen Bismarcks.

Die Nachfolge Derbys übertrug Beaconsfield demjenigen seiner Kollegen, der ihm, belehrt durch die schlechten Erfahrungen, die er vor länger als einem Jahre in Konstantinopel gemacht hatte, in der letzten Zeit am treuesten bei seiner antirussischen Politik Beistand geleistet hatte, dem bisherigen Staatssekretär für die Kolonien, dem Marquis von Salisbury. Mochte Ignatiew von damals her wähnen, daß dieser sein Freund sei, schnell genug sollte er bitter enttäuscht werden. Graf Münster kommentierte Salisburys Ernennung ganz richtig, wenn er bemerkte, dieser würde, soweit wie er ihn kenne, sein neues Amt in diesem gefährlichen Moment nicht übernommen haben, wenn er nicht zum Kriege entschlossen wäre. Das traf, wie gesagt, zu, freilich mit einer Einschränkung: im tiefsten Herzensgrunde waren sowohl Beaconsfield wie auch Salisbury davon überzeugt, daß es bei der schlimmen Verfassung, in der sich Rußland befand, doch nicht zu den Waffen kommen würde, daß sie aber die Miene annehmen müßten, als seien sie dazu entschlossen, da sich sonst Rußland nie ihren Forderungen beugen würde. Immerhin, sie konnten sich darin irren; denn es gab in Petersburg immer noch eine kleine Clique, voran Ignatiew, der aber auch der Großfürst-Thronfolger nicht fernzustehen schien, die zum Äußersten entschlossen war, und die Entschließungen des Zaren waren unberechenbar; aber wenn der Kampf unvermeidlich war, so glaubten sie ihn wagen zu dürfen, und jedenfalls waren sie gewillt, an Drohungen nicht zu sparen. Schon in der Sitzung vom 27. März hatte Beaconsfield beantragt, den britischen Standpunkt durch ein Rundschreiben an die Mächte festzulegen und zu verkündigen; das Werk Beaconsfields und Salisburys, wurde es am 1. April durch letzteren erlassen. Es ging davon aus,

daß durch den Frieden von San Stefano die Verträge von 1856 und 1871 verletzt worden seien, und es wurden gegen jenen ganz bestimmte Einwendungen erhoben: die Abtretungen in Armenien, die dehnbare Bestimmung über den Ersatz der Kriegskosten durch weitere territoriale Kompensationen, die Errichtung des neuen Großbulgariens und das Verlangen, es noch weiter nach dem Frieden besetzt halten zu dürfen: „Der Fürst dieses Reiches," so wurde hinzugefügt, „solle wohl auch ein Russe werden und russischer Einfluß sogar bis zum Epirus reichen; die Türkei sei hierdurch in unnatürlicher Weise in drei Teile zerrissen, und durch Bulgarien beherrsche Rußland das Schwarze und das Ägäische Meer." Kategorisch wurde gesagt: „Wir wollen, daß die Verträge gehalten werden." Schuwalow war davon überzeugt, daß es in Petersburg einen schlechten Eindruck machen und vielleicht als eine Einleitung zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen angesehen werden könnte. In England selbst wurde es als das Signal zur Eröffnung der Feindseligkeiten betrachtet. Diese pessimistische Auffassung wurde verstärkt durch eine große Rede Beaconfields am 8. April im Oberhause, des Inhalts, daß England eine gründliche Revision der russisch-türkischen Präliminarien auch ohne Alliierte auf dem Wege des Krieges erzwingen werde. Die militärischen Vorbereitungen nahmen mit größtem Eifer und ohne Rücksicht auf die Kosten ihren Fortgang; das indische Expeditionskorps stach in See. Die Regierung hatte die öffentliche Meinung hinter sich; die Einberufung der Reserven wurde im Oberhause einstimmig, bei den Gemeinen durch die enorme Mehrheit von 310 gegen 64 Stimmen genehmigt. Um diesen Vorgängen den nötigen Nachdruck zu geben, ließ Beaconsfield noch im Laufe des Monats dem Sultan, Andrassy und in Rumänien vertraulich ankündigen, England sei bereit, auch wenn es allein bleibe, am 3. Mai daran zu gehen, die Russen zum Rückzug aus Ostrumelien mit Gewalt zu zwingen. Der Sultan, zum Stillschweigen verpflichtet, teilte das Geheimnis seinem griechischen Leibarzte mit, Andrassy, in gleicher Weise gebunden, selbstverständlich, wie es beabsichtigt war, Bismarck und Rumänien ebenso selbstverständlich nach Petersburg.

Das war eine Entwicklung der Dinge, wie sie an sich ganz im Sinne Bismarcks hätte liegen müssen. Das hat er ja immer gewünscht: England auf dem Balkan voran als Rufer im Streite; da konnten Deutschland und auch das Donaureich sich selber in gemächlicher Ruhe und Reserve halten. Damals freilich hätte er vielleicht nichts dagegen gehabt, wenn sich Österreich den Briten zugesellt hätte; auch in den Karpathen und in Dalmatien wurde mobilisiert; ein Kriegskredit wurde beantragt. Lange Jahre später, im August 1889, hat sich Bismarck dahin geäußert: „Die Zeit für Österreich und England, vereint loszuschlagen, sei damals 1878 gewesen, vor dem Berliner Kongreß, damals sei Rußland geschwächt und England bereit gewesen. Österreich sei aber an Rußland gebunden gewesen durch die Reichstädter Abmachung, welche vor Deutschland geheim gehalten worden sei." Das trifft nun zwar nicht ganz zu. Deutschland wußte damals bereits längst von den Reichstädter und den daraus folgenden Vereinbarungen, und inwieweit sich dadurch Österreich in jenem Moment durch sie noch verpflichtet zu fühlen brauchte, das stand in seinem Ermessen, nachdem

Rußland sie zuerst zu brechen versucht hatte. Eben in den Tagen von San Stefano gab Bismarck Andrassy zu verstehen, daß Österreich, falls es gegen Rußland losbrechen wolle, auf Deutschlands Neutralität rechnen dürfe; er versicherte auch, daß es an Italien, wenn dieses etwa einen Krieg der beiden östlichen Kaiserreiche benutzen wolle, um Österreich in den Rücken zu fallen und ihm Trient und Triest zu rauben, „eine ernste Abmahnung" richten würde. Zwar lehnte er es ab, mit einem Teile, d. h. mit Österreich, einen engeren Vertrag zu schließen, da das unter den obwaltenden Umständen als ein Akt der Feindschaft gegen den andern Teil, nämlich Rußland, ausgelegt werden könnte; aber er redete doch den Österreichern zu, sofort Bosnien und die Herzegowina zu besetzen, indem er allerdings die etwas fadenscheinige Motivierung hinzufügte, das sei „der beste Schachzug für die Erhaltung des Friedens unter den Dreikaisermächten", — es leuchtet ein, daß noch andere Differenzen zwischen den beiden Ostmächten obwalteten, an denen sich der Krieg entzünden konnte. Wäre dieser damals ausgebrochen, so hätte Deutschland nicht daran teilzunehmen brauchen; denn Rußland war einer österreichisch-britisch-türkischen Koalition (auch die Pforte wäre ja dann sofort wieder auf den Schauplatz getreten) keineswegs gewachsen; ein russischer Endsieg, der Deutschland genötigt hätte, Österreich beizuspringen, war also vollkommen ausgeschlossen. Ein Krieg Rußlands mit Österreich und England hätte somit damals durchaus im Interesse Deutschlands gelegen; denn dieses wäre dadurch ohne eigenes Zutun vom Alpdrucke der russischen Gefahr befreit worden. Aber Bismarck war weit davon entfernt, ihm unter diesem Gesichtspunkt Vorschub zu leisten; er half sogar, ihn zu verhindern. Letzten Grundes traute er der britischen Entschlußkraft und aufrichtigen Konsequenz nicht besonders; er wurde den Argwohn nicht los, daß England schließlich doch immer darauf ausgehen würde, Österreich und das hieß eventuell auch Deutschland vorzuschicken, sich selber jedoch nach Möglichkeit zu schonen und im Hintergrunde zu halten. Er hatte von der britischen Politik eine schlechte Meinung: „England ist bisher Schritt für Schritt vor Rußland zurückgewichen. Wenn ich, Fürst Bismarck, solche Reden wie Lord Beaconsfield im Parlament gehalten hätte, so hätte ich schon längst losgeschlagen." Er ließ sich dahin vernehmen, „daß man sich nicht mit voller Sicherheit auf eine englische aktive Allianz verlassen könne, wiewohl englische Subsidien ein gewaltiges Kriegsmittel seien". Über die Möglichkeit solcher sondierte er den Prinzen von Wales, der ihn um jene Zeit besuchte; er erhielt die Antwort, „daß sich dies wohl würde finden lassen"; als ihn derselbe bei dieser Gelegenheit fragte, was er, der Kanzler, tun würde, wenn er jetzt britischer Premierminister würde, erwiderte er: „Ich würde die Flotte durch die Dardanellen zurückziehen und von Ägypten Besitz ergreifen." Das entsprach wohl seinem türkischen Teilungsplan als dem Allheilmittel der orientalischen Frage, nicht aber den Intentionen der britischen Politik. Auf dieser Grundlage war ein deutsch-englisches Einverständnis unmöglich. Und zu einer britisch-österreichischen Kooperation oder Allianz, wie diese in London gewünscht wurde, kam es nicht, weil es Andrassy ähnlich ging wie Bismarck. Er war davon durchdrungen, daß England den Kampf mit Rußland, „den Kampf zwischen Haifisch und Wolf", wie

er instinktiv durchschaute, ernstlich gar nicht wolle, daß auch die britischen Streitkräfte dazu nicht ausreichten, daß England die Russen nur durch Demonstrationen einschüchtern und „Österreich-Ungarn als Maurenbrecher für seine egoistischen Zwecke gebrauchen wolle, um es dann im Stiche zu lassen".

Ob die großen Gesten der britischen Politik bloße Demonstrationen bleiben oder in wirkliche Taten würden umgesetzt werden müssen, das hing davon ab, ob sich Rußland dadurch einschüchtern lassen würde; wenn es sich widersetzen wollte, mußte es freilich die nötige Widerstandskraft entfalten können, und daran eben gebrach es, wie der schlaue Beaconsfield richtig erkannte, — eben darum konnte er sich ja seine heroische Positur leisten. Was sollte Rußland tun? Man dachte daran, einen Druck auf Großbritannien durch Bedrohung seiner Stellung in Indien auszuüben; so wurde denn der Vorschlag des Generals Skobelew zu einem Vormarsch in der Richtung dahin über das Pamirplateau genehmigt, und er bekam Befehl zum Vorrücken. Aber der Weg dahin war weit und der Erfolg ungewiß. Inzwischen konnte der Krieg auf dem Balkan ausbrechen, und da mußte man im schlimmsten Falle mit einer englisch-österreichisch-türkischen Koalition rechnen, während Deutschland und Frankreich sich voraussichtlich neutral verhielten. Deutschland verharrte freilich, wie anzunehmen war, nur so lange in Neutralität wie Frankreich: hätte sich dieses in einem Kriege, der im Zeichen der soeben angedeuteten Koalition geführt wurde, auf die russische Seite gestellt, so hätte sich Deutschland ohne Zweifel in das andere Lager geschlagen. Ein französisches Bündnis hätte daher den Russen keine Erleichterung gebracht, da die Hilfe der Republik sofort durch Deutschland paralysiert worden wäre, und Frankreich hätte sich unnütz verblutet. Das wußte man in Paris ganz genau; eben deshalb widerstrebte ja Frankreich schon früher durchaus den kriegerischen Gelüsten Rußlands, weil es dessen Kräfte für eine ihm selber günstige Gelegenheit aufgespart wissen wollte. Die Interessen Frankreichs und Rußlands im Orient gingen zudem auseinander; von sich aus hätte jenes einen genügenden Grund zum militärischen Eingreifen nur gehabt, wenn England im Verlaufe des Krieges die Hand auf Ägypten gelegt hätte; davor hütete sich Beaconsfield, und selbst wenn er den Lockungen Bismarcks gefolgt wäre, so war es noch mehr als zweifelhaft, ob Frankreich daraufhin den Krieg mit England riskiert hätte, da nach Bismarcks Rezept noch Syrien und zumal Tunis Kompensationen bieten konnten. Die Hauptlast des Kampfes hätte jedenfalls immer auf den russischen Schultern geruht, und waren diese stark genug, um sie zu tragen? Davon konnte gar keine Rede sein. Die Lage der Russen auf dem Balkanschauplatze war eine so traurige, daß an eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gar nicht zu denken war. Im Hauptquartier herrschte eine arge Zerfahrenheit; vom Großfürsten Nikolaus angefangen bis zum letzten Mann hinunter wünschte niemand einen neuen Waffengang, sondern vor allem friedliche Heimkehr. Es fehlte an tüchtigen Kommandeuren; im Heere griffen Seuchen um sich. Gegen einen Angriff von Westen her, d. h. durch Österreich, war es kaum widerstandsfähig; im Norden war den über den Verlust Beßarabiens empörten Rumänen für alle Fälle nicht zu trauen. Im Marmarameer ankerte die englische Flotte vor den Prinzeninseln,

in der unmittelbaren Nähe von Stambul; einer Seemacht auf dem Schwarzen Meere ermangelte man so gut als gänzlich. Nun näherten sich auch noch die britischen Truppenschübe aus der Heimat und aus Indien dem Mittelmeer, — unter diesen Umständen sprach sich selbst der slawophile Kriegsminister Miljutin gegen eine Fortsetzung des Kampfes aus.

Ohne Zweifel war man in Rußland in eine Sackgasse geraten; man hatte den Vorfrieden von San Stefano übereilt und ohne eine sorgsame Erwägung der Kräfteverteilung in Europa abgeschlossen. Gortschakow war persönlich nie dafür, sondern von vornherein für eine Verständigung mit Europa gewesen; er saß ja, während Ignatiew, ohne damals bereits, wie nachher verlautete, die früheren russisch-österreichischen Vereinbarungen zu kennen, den Osmanen seine Bedingungen diktierte, unbeachtet und unbeteiligt in Rumänien; er beschwerte sich nunmehr darüber, daß man damals, wie auch bei anderen Gelegenheiten, nicht auf ihn gehört hätte; dadurch konnte er allerdings nicht verhindern, daß in der Folgezeit der Traktat von San Stefano als ein „vom Grafen Ignatiew begangener, vom Fürsten Gortschakow in sträflicher Schwäche zugelassener Fehler" selbst in Rußland vereinzelt verurteilt wurde. Wie dem indes auch immer war, nunmehr lag ihm die undankbare Aufgabe ob, Rußland aus seiner Verlegenheit zu befreien: aber wie war das möglich, nachdem soeben durch Derbys Sturz anscheinend der Faden mit London zerrissen und auch der Versuch Ignatiews, Österreich und damit den Dreikaiserbund gegen Großbritannien auszuspielen, in Wahrheit mißglückt war? Die Handhabe dazu bot das Zirkular Salisburys vom 1. April; wahrscheinlich schon früher hatte der schlaue Fuchs jedoch seine Minen in dieser Richtung gelegt. Wir erinnern uns, daß Beaconsfield schon einige Tage vor dem Ministerkonseil vom 27. März durch geheime Kanäle die Nachricht hatte, daß sich Rußland, zur Erneuerung des Kampfes unfähig, zur Sonderverhandlung bereit finden lassen würde, — stammte sie von Gortschakow oder sonst von leitender Stelle in Petersburg, so hatte man hier freilich bereits grundsätzlich die Trümpfe aus der Hand gegeben, und es war bereits entschieden, daß Rußland zurückwich, wenn nicht noch eine Gegenströmung hier plötzlich die Oberhand gewann. Scharf und bestimmt, wie die Ausführungen des britischen Rundschreibens lauteten, bezeichneten sie gewisse Punkte der Präliminarien als anstößig und der Revision bedürftig; daran knüpfte Gortschakow recht geschickt an. Am 9. April gab er eine Antwort auf das Zirkular; sie klang zwar recht geharnischt; immerhin warf er scheinbar ganz unbefangen die Bemerkung hin: „Salisbury sagt uns wohl, was er nicht will, aber nicht, was er will!" Indem er zugleich die britischen Einwände gegen den Vorfrieden im einzelnen bekämpfte, ward also wieder eine Brücke gebaut, auf der eine weitere diplomatische Erörterung zwischen den Kabinetten von St. Petersburg und London erfolgen konnte. Und keineswegs unwesentlich war es, daß Bismarck, der offenbar durchschaute, daß auf beiden Seiten, wie grimmig man sich auch immer gebärdete, der Wunsch existierte, aus dem vorliegenden Dilemma ohne Appell an die Gewalt der Waffen zu entschlüpfen, die Hand zur gegenseitigen Annäherung bot; bei der Negoziation, die sich jetzt entspann, liefen die Fäden in jedem Stadium durch seine Finger, und er verstand

es, sie so zu knüpfen, daß daraus ein Band wurde, das die beiden Rivalen so umschlang, daß ihre schließliche Vereinigung glücklich zustande kam.

Den Anlaß zur Bismarckschen Vermittlungsaktion gewährte die Lage auf dem Kriegsschauplatz vor Konstantinopel. Unmittelbar vor dem Eingang des Bosporus ankerte die britische Flotte, ebenso unmittelbar vor den Toren der türkischen Hauptstadt standen die russischen Vortruppen; dadurch war die dauernde Gefahr eines feindlichen Zusammenstoßes gegeben. Um diese permanente Gefahr zu entfernen, daß sich hier das Feuer, auch ohne den besonderen Willen der beiden Mächte, entzünde, schlug der deutsche Kanzler am 9. April ihnen vor, daß sowohl die englischen Schiffe das Marmarameer verließen, als auch daß die Russen weiter nach Westen zu vom Bosporus hinweg zurückgenommen würden. Unverzüglich ging man sowohl in London wie auch in St. Petersburg darauf ein; die Modalitäten bereiteten freilich große Schwierigkeiten und Differenzen. Denn die Engländer forderten Garantie dafür, daß die Russen nicht eher aus ihren neuen Stellungen an Konstantinopel herankommen könnten, bis sie selbst mit ihrer Flotte aus der Besikabai wieder am Bosporus wären; daher verlangten sie, daß jene möglichst weit zurückgezogen würden, bis in die Gegend von Adrianopel; auch eine mehrtägige Kündigungsfrist wurde in Aussicht genommen. Tatsächlich war auch in dieser Frage keine Einigung zu erzielen, und Briten und Russen verharrten vor Konstantinopel bis in den August des Jahres, bis nach Beendigung des Kongresses. Aber die Hauptsache war, daß sich daran ein neuer Meinungsaustausch allgemeiner Natur zwischen Rußland und England knüpfte; es waren noch nicht die Separatverhandlungen, welche Beaconsfield Ende März erwartete; aber sie entsprangen daraus. Mit Recht erkannte der englische Premier, daß Bismarck niemals seinen Vorschlag gemacht haben würde, wenn nicht der Zar zum Frieden entschlossen wäre: „Denn er kann kein anderes so großes und wichtiges Zugeständnis machen,“ — fast möchte man vermuten, daß dem deutschen Kanzler sein Antrag aus Petersburg souffliert worden war. In der Tat telegraphierte am 17. April Schweinitz aus Petersburg an Bismarck: Graf Schuwalow spreche in London telegraphisch sein Bedauern aus, daß die deutsche Regierung nicht gleichzeitig mit dem für Rußland ungünstigen Militärabkommen den Zusammentritt des Kongresses betreibe; Gortschakow schließe sich diesem Kongreßwunsche an. Nachdem das Konferenzprojekt bereits seit Wochen endgültig abgetan erschien, tauchte es somit, und zwar auf die russische Initiative hin, wieder auf der Bildfläche auf, und es sollte jetzt zu einem glücklichen Ende gelangen. Die Verhandlung über die Räumungsfrage war gewissermaßen das Vehikel für die allgemeine Verhandlung, und an ihr in allen ihren Stadien war Deutschland mitbeteiligt, indem es die Sache immer wieder vorwärts schob, mit Vorschlägen und gutem Rate förderte. Darüber ließ nun Salisbury allerdings von vornherein keinen Zweifel, daß England, wie er schon am 18. April dem Grafen Münster mitteilte, den Kongreß nur dann, in diesem Falle jedoch sofort, beschicken würde, wenn Rußland die britischen Bedingungen annehme und den ganzen Vertrag von San Stefano vorlege, — dabei blieb es nun freilich, wie Bismarck dazu bemerkte, noch im ungewissen, ob „zum Lesen oder zum Revi-

dieren". Daher erachtete es Salisbury für zweckmäßiger, vorderhand noch „keine neue Basis zu suchen", sondern erst vorher eine allgemeine Verständigung sachlicher Natur über die hauptsächlichsten Punkte zu erwirken. Er ließ in Berlin die Hoffnung aussprechen, „daß diese zwischen England und Rußland am besten durch vertrauliche Verhandlungen, wenn möglich mit Zuhilfenahme des freundschaftlichen Rates der Kaiserlichen Regierung, sich erzielen lasse". Er hatte den Eindruck, daß die Stimmung in Petersburg jetzt eine friedlichere sei; auch Beaconsfield war der Ansicht, daß ein für England sehr ehrenvolles Ergebnis möglich sei, falls Bismarck zu trauen wäre, — aber noch konnte er gegen diesen seinen alten Argwohn nicht überwinden, und er zweifelte daran, ob derselbe der Versuchung widerstehen könnte, Großbritannien und Rußland gegeneinander auszuspielen und zu erschöpfen.

Der Weg, den Beaconsfield Ende März ins Auge gefaßt hatte, war somit jetzt frei gemacht: direkte sachliche Negoziation zwischen London und St. Petersburg, allerdings unter Vermittlung und Teilnahme Berlins, vorläufige Zurückstellung und gerade dadurch endgültige Sicherstellung des Kongreßprojektes. An Salisbury lag es jetzt, wie Gortschakow sich ausdrückte, den Russen zu sagen, nicht nur, was er nicht wollte, sondern gerade, was er wollte. Wie für den Ministerpräsidenten, so auch stand für ihn nicht sowohl die europäische wie vielmehr die asiatische Seite des orientalischen Problems im Vordergrunde. Die Herrschaft der Osmanen hielt er in Europa nicht mehr für haltbar; er wollte aber das russische Übergewicht, welches für ihn mit der Suprematie des Slawentums gleichbedeutend war, soviel als möglich beschränken. Daher lehnte er die Neubildung eines slawischen Reiches von der Donau bis zum Marmara- und Ägäischen Meere ab, wollte jedoch zwei neutrale, der Pforte tributäre Staaten, ein slawisches Bulgarien bis zum Balkan und ein gemischtes, wie er hoffte, mehr griechisches Bulgarien, eher zugestehen. Es seien, so bemerkte er, noch andere und wichtige Punkte in der europäischen Türkei zu regeln; autonome christliche Staaten und ein vergrößertes Griechenland waren hier sein Programm, — darüber erachtete er eine Verständigung für leichter als über Asien. Hier glaubte er der Türkei noch eine gewisse Dauer, vielleicht sogar eine gewisse Zukunft beschieden, wenn Konstantinopel mit einem größeren Stadtgebiete, einer kleinen Provinz, in den Händen der Osmanen bleibe: lebensfähig, auch für verhältnismäßig kurze Frist, würde aber auch die asiatische Türkei nicht sein, wenn Rußland das armenische Plateau vollständig beherrschte. Deshalb schienen ihm die Besitzerweiterungen gefährlich, welche die Russen jetzt in Asien beanspruchten, und eher noch war er geneigt, ihnen den Hafen von Batum zu überlassen, als Kars und die Positionen, welche Armenien dominierten. Alter Traditionen halber, so betonte er, sei Kars ein Punkt, der in Indien eine große Rolle spiele; mit Kars und Bajasid auf der einen, sowie dem Kaspischen Meere auf der andern Seite würden die Russen Persien ganz ihrer Machtsphäre unterworfen sehen; von Armenien aus würden sie weiterhin einen überwiegenden Einfluß auf Kleinasien und Syrien auszuüben imstande sein: das wollte Salisbury auf jeden Fall verhindert wissen. Darin wich er nun freilich einigermaßen von Beaconsfield ab. Wenn Batum Freihafen würde,

wollte dieser Kars den Russen freigeben; sollte es jedoch russisch werden, so beharrte er auf seinem alten Standpunkt, daß England dann eine Insel oder einen Platz an der Küste Kleinasiens okkupieren müßte, um die Anwesenheit der Russen in Armenien zu paralysieren. Indem er auf den Erwerb von Alexandrette verzichtete, wandte er sein Augenmerk jetzt auf den „Schlüssel" Westasiens, auf Zypern; er schrieb darüber der Königin: „Wenn die Pforte Eurer Majestät Zypern abtritt, und wenn England gleichzeitig mit der Türkei ein Defensivbündnis schließt, durch das deren asiatisches Gebiet vor russischer Invasion gesichert wird, so wird die Machtstellung Englands im Mittelmeer vollkommen gestärkt und Eurer Majestät Indisches Reich unendlich gefestigt werden. . . . Ein Abkommen dieser Art würde die Türkei in Europa erheblich kräftigen, und es würde ganz und gar eine stärkere Barriere gegen Rußland bedeuten, als sie je vor dem Kriege bestanden hat."

Noch in einem andern Punkte schien zwischen den beiden britischen Staatsmännern eine Verschiedenheit der Ansichten obzuwalten: Salisbury stand dem Bismarckschen Vorschlage bezüglich Ägyptens sympathischer gegenüber als Beaconsfield. Indem er dem Grafen Münster seine Gedanken über Asien und Indien entwickelte (wobei er übrigens hervorhob, die Indische Expedition nach Europa habe einen mehr politischen als militärischen Charakter und solle in Indien großen Eindruck machen, auch würden außer der schon abgegangenen Brigade in der Stärke von 7000 Mann daselbst noch mehrere Divisionen zum Nachschube bereit gestellt), brachte er selbst die Rede auf Ägypten und auf das ihm „unvergeßliche, sehr interessante Gespräch", das er darüber mit dem Kanzler vor der Konferenz von Konstantinopel gehabt hatte. Seine Kollegen, so setzte er dem Botschafter auseinander, machten gegen die Aquisition des Nillandes insonderheit zwei Gründe geltend, die großen finanziellen Opfer, die sie erfordern würde, und die Befürchtung, daß daraus eine jahrelange Feindschaft mit Frankreich erwachsen würde. Münster suchte ihm diese Bedenken auszureden: Ägypten würde finanziell rentieren und könne gut und richtig nur durch Engländer oder unter englischer Kontrolle verwaltet werden; was Frankreich betreffe, so würde sich hier die Finanzwelt, die doch in Paris mitregiere, sehr bald beruhigen, und der finanzielle Nutzen würde schwerer wiegen, als alle historischen und napoleonischen Reminiszenzen. Was Frankreich in Afrika erstrebe und zur Konsolidation seiner Macht in Algier für notwendig erachte, das sei Tunis, und eine französische Okkupation hierselbst sei für England weniger bedenklich als für Italien. Jetzt würde Frankreich für Ägypten keinen Krieg führen, eher dann, wenn England später einmal danach greifen sollte, wenn sich nämlich die Revancheluft gegen Deutschland beruhigt habe und die französische Armee wieder tatendurstiger würde. Lord Salisbury zeigte sich solchen Ideen sehr zugänglich und sagte, käme es zum Kriege, so müsse England „nach jener Seite und in der Richtung vorgehen, ohne Krieg sei aber die Sache sehr schwer zu machen". Münster gewann den Eindruck, Salisbury selbst habe „ganz unbedingt Lust dazu".

Ende April kamen die direkten Verhandlungen zwischen Rußland und England über die sachlichen Schwierigkeiten in Fluß; zunächst wurden sie zwischen Salis-

bury und Schuwalow in London geführt. Dieser wurde nicht im Zweifel darüber belassen, daß England fest entschlossen war, ein Bulgarien bis an das Ägäische und Marmarameer nicht zuzugeben, und daß es auch in Beziehung auf Kars sehr fest stehen würde; er konnte sich der Überzeugung nicht verschließen, daß die Differenzen über Asien größer sein würden als über die Balkanhalbinsel. In Petersburg wirkten die Forderungen Salisburys im höchsten Grade verstimmend, wenn sie hier auch jetzt nur erst in schattenhaften Umrissen und allgemein gehaltenen Andeutungen bekannt wurden. Bitter beschwerte sich die russische Regierung noch Anfang Mai in Berlin darüber, daß England sie um die Frucht ihrer teuer erkauften Siege bringen wolle und zugleich Europas Ruhe und Gleichgewicht bedrohe, „und zwar um so mehr, als England sich bis jetzt nicht veranlaßt gefunden, die Verlangen, welche es stelle, die Punkte, wohin es ziele, positiv und deutlich anzugeben". Daher wurde an Bismarck die Bitte gerichtet, daß er, „anknüpfend an die zu bestem Danke übernommene Vermittlung, Lord Salisbury bewegen möge, dem Grafen Schuwalow offen und vollständig das englische Programm darzulegen: Rußland sei nicht in der Lage, die Verschleppung der Verhandlungen ohne die größten Nachteile zuzugeben; wenn man englischerseits nicht mit der Sprache heraus und nur Zeit gewinnen wolle, so müsse man auf anderem Wege die Entscheidung herbeiführen". Das klang ja recht tapfer und selbstbewußt; aber es steckte nicht gerade sehr viel dahinter, wie schon daraus hervorging, daß zugleich nach Berlin eine Denkschrift geschickt wurde, die das Maximum der Konzessionen enthielt, welche der Zar Österreich unter der Bedingung anbot, daß sich dieses auf dem Kongreß auf die russische Seite stelle. Bismarck wurde ersucht, diese Vorschläge bald und eindringlich in Wien zu unterstützen, damit man dort aus der jetzigen, ablehnenden Haltung zu der früheren Gemeinsamkeit zurückkehre: „In diesem Falle sei dann England auf dem Kongreß isoliert und der europäische Friede gesichert." Man sieht: nachdem nun auch der Versuch zu direkter Vereinbarung mit England bei der Höhe der britischen Ansprüche, zumal für Kleinasien, zu keinem guten Ende zu führen versprach, probierte man es wieder einmal mit Österreich, um dieses, mit dem man sich in den Balkanfragen doch noch verständigen zu können hoffte, und das hieß den Dreikaiserbund gegen Großbritannien auszuspielen. Auch das war allerdings wieder ein fruchtloses Bemühen: da man die neue Türe nicht passieren wollte, klopfte man abermals bei der alten an. Nichts konnte die peinliche Lage, in der sich Rußland tatsächlich befand, greller beleuchten, als dieses verzweifelte Hin- und Hertasten, wo wohl ein Anschluß in letzter Stunde noch zu finden sei.

Bei seiner Abreise von Wien nach Petersburg hatte Ignatiew Ende März die Forderungen Andrassys mit sich ebendahin genommen, indem er in Aussicht stellte, daß der Bescheid darauf durch den Botschafter Nowikow erfolgen würde. Der ließ aber lange auf sich warten, und inzwischen geriet auch Österreich in eine prekäre Situation. Man fand in London, daß es ihm an Eifer zu williger Kooperation im Sinne der britischen Wünsche und Interessen fehle, daß es noch immer allzusehr nach einem selbstsüchtig-günstigen Sonderabkommen mit Rußland und Rückkehr zur Dreikaiserbundspolitik trachte. So fühlte sich denn das

britische Kabinett Österreich gegenüber „sehr unsicher". Tatsächlich existierten zwischen den beiden Mächten, obwohl sie auf gleiche Gegnerschaft wider Rußland angewiesen zu sein schienen, mehrere und gewichtige Differenzpunkte. Was die Bildung eines slawischen Großstaates auf der Balkanhalbinsel anbelangte, so legte man in Wien mehr Wert darauf, einen solchen in deren Westen zu verhindern; vor allem sollten sich Serbien und Montenegro nicht, wie es Nikolas phantastischer Traum war, vereinigen dürfen; daher durften sich beide nicht mit ihren Grenzen nähern, geschweige denn berühren, und darum durfte Montenegro nicht an das Meer, damit das serbische Volkselement nicht das Litorale für Österreich gefährde. In London erachtete man diese Haltung Österreichs gegen Montenegro „weder billig noch auch staatsklug"; man war hier vielmehr der Ansicht, „daß man diesem kühnen Bergvolke die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung und des Handels geben müsse, wolle man das Land zivilisieren, und sollten die Räubereien aufhören". Ebensowenig war man sich einig betreffend Bulgarien. Andrassy hätte gegen ein Großbulgarien bis zum Ägäischen Meer nichts gehabt, da er meinte, daß daraus für Österreich kommerzielle Vorteile entspringen würden; England war entschieden dagegen, da es ja ein vorwiegend griechisches Südbulgarien zu schaffen gedachte. Im Zusammenhange damit warf es der Hofburg vor, daß diese jetzt Griechenland eine sehr feindliche Stimmung zeige: das erklärte sich nun freilich aus den österreichischen Absichten in der Richtung auf Saloniki. Die Hauptsache aber war Kleinasien. Dieses stand ja im Vordergrunde der Politik Beaconsfields und Salisburys; hier war jedoch Österreich ganz uninteressiert, und es hatte hier gegen eine russische Expansion nichts einzuwenden, — gerade das empfanden die britischen Staatsmänner recht bitter. Unter diesen Umständen mußte es als zweifelhaft gelten, ob und inwieweit England geneigt war, sich dem österreichischen Begehren nach Bosnien und der Herzegowina besonders willfährig zu erweisen, das jetzt gerade offiziell von Wien nach London übermittelt wurde. Am 21. April übersandte Andrassy ein langes Memorandum an den Grafen Beust, damit dieser es dem Foreign Office zustelle; es ward darin ausgeführt, das bosnisch-herzegowinische Problem sei sowohl unter dem österreich-ungarischen, wie auch unter dem türkischen und europäischen Gesichtspunkte nur durch den Anschluß der beiden Länder an die Donaumonarchie zu lösen; das Hauptargument gipfelte darin, daß diese und Europa sonst doch nie zur Ruhe gelangen, daß die Pazifikation dieser Gebiete nur durch ihre Annexion gesichert zu werden vermöchte, da die Erhaltung einer türkischen Scheinherrschaft in ihnen keinen Abschluß der Frage, sondern nur den Anstoß zu neuen Erschütterungen im Gefolge haben würde: nur wenn Österreich Bosnien und die Herzegowina bekomme, und zwar so, daß es sich zwischen Serbien und Montenegro schöbe, könnte verhindert werden, daß dieses letztere nach Albanien hinübergreife, und könnte der albanische Stamm, der seine nationale Eigenart zu bewahren bemüht sei, gegen eine panslawistische Absorption geschützt, eine weitere slawische Gruppierung unter russischer Ägide ausgeschlossen und der Prävalenz des russischen Einflusses auf dem Balkan ein friedliches Gegengewicht geboten werden. Die Denkschrift klang in die Versicherung aus: „Für unsere Monarchie selbst be-

deutet dieser Gebietszuwachs keinen Machtzuwachs, sondern einen Akt der Notwehr gegen drohende Gefahren, einen Akt, der gleichzeitig geeignet ist, den Frieden Europas vor nahen Erschütterungen sicherzustellen, ein Opfer, das Österreich-Ungarn auf sich nimmt, und dessen Früchte Europa zugute kommen."

Ob nun gerade diese Beteuerungen der Selbstlosigkeit und Aufopferung in London einen großen Eindruck machen würden, das stand dahin, und immerhin hatten die Russen noch eine gewisse Chance, durch eine Verständigung mit Österreich über dessen Forderungen betreffend die europäische Türkei Großbritannien zu isolieren. Über deren Umfang Ende April wenigstens einigermaßen in allgemeinen Umrissen unterrichtet, nahm der Staatsrat von Giers, der Gehilfe und Vertreter des durch Krankheit behinderten Fürsten von Gortschakow, den dünnen Faden wieder auf, der durch die Mission Ignatiews in Wien vor etwa einem Monat angesponnen worden war. Am 1. Mai 1878 ließ er an Nowikow eine Instruktion ergehen, die er als ein „Maximum der Konzessionen" bezeichnete, die Rußland der Donaumonarchie zu machen bereit sei, und die daher den Charakter einer Art von „Ultimatum" trug. Es ward darin die durch Andrassy verlangte Ausdehnung der Annexion des Litorales bis zur Bojana, dem Ausflusse des Sees von Skutari nach dem Adriatischen Meere, d. h. bis Albanien, und damit die Abschneidung Montenegros von der Küste abgelehnt; es wurde weiterhin darauf bestanden, daß Serbien und Montenegro so vergrößert würden, daß sie direkt aneinandergrenzten, so daß also die österreichische Absicht der Umklammerung Montenegros vereitelt wurde, indem der Wiener Regierung anheimgestellt wurde, mit beiden Fürstentümern Handels- und Zollverträge zu schließen, die zum Schutz der österreichischen Wirtschaftsinteressen geeignet wären. Dagegen verzichtete Rußland auf Großbulgarien: für Bulgarien wurde ein Projekt wieder aufgenommen, das auf dem Kongreß von Konstantinopel 1876/77 bereits erwogen worden war, nämlich einer Teilung in eine östliche und in eine westliche Hälfte; es wurde erläutert, welche Vorteile daraus für Österreich und welche Nachteile für Rußland erwachsen würden: Rußland würde von Ostbulgarien entfernt sein; ohne eine direkte Berührung, ohne Handels- und Eisenbahnverkehr würde es hier kein ausschließliches Übergewicht ausüben können. Noch viel weniger würde das der Fall bei Westbulgarien sein; hier würde Österreich bei der Nachbarschaft seiner Eisenbahnen ein finanzieller, kommerzieller und industrieller Einfluß zufallen, der die sicherste Grundlage eines solchen auch politischer Natur wäre. Im Zusammenhang damit wurde das Einverständnis mit dem Bau einer Eisenbahn von Mitrowitza bis Saloniki über serbisches Gebiet hinweg im Anschluß an diejenigen Strecken ausgesprochen, welche Österreich-Ungarn in Bosnien und der Herzegowina anlegen würde; jenseits dieser Linie sollte die westbulgarische Grenze laufen. Es war unvermeidlich, daß Serbien, Montenegro und Westbulgarien auf diese Weise zu wirtschaftlichen Hinterländern Österreich-Ungarns wurden, und Rußland war sogar bereit, sich damit abzufinden, indem es, wie schon bemerkt wurde, der Wiener Regierung anheimstellte, mit ihnen zweckdienliche Zoll- und Handelsverträge zu schließen. Auch in der Frage der militärischen Besetzung Bulgariens wurde Entgegenkommen bewiesen: die russischen Truppen

und Behörden sollten sofort zurückgezogen werden, sobald die neuen Organe der einheimischen Autonomie, sowie eine nationale Miliz und Polizei gebildet wären. Mit Nachdruck wurde Andrassy ermahnt, sich mit diesen Zugeständnissen zufriedenzustellen, auch wenn sie ihm noch nicht ganz genügen sollten: das Petersburger Kabinett sei bis zum Äußersten gegangen, was in Rücksicht auf die Stimmung in Volk und Heer Rußlands, sowie der Bulgaren selbst eben noch zulässig sei; es sei so weit gegangen lediglich, um die Beziehungen guter Nachbarschaft und Intimität aufrechtzuerhalten, die es an die Stelle des alten und verderblichen politischen Antagonismus setzen wolle, unter denen die beiden Reiche in der Vergangenheit gelitten hätten. Sollte ein Abkommen auf dieser Grundlage zustandekommen, so sollte sich Österreich schriftlich verpflichten, sich mit Rußland für die weitere diplomatische Verhandlung über die anderen Bestimmungen des Vertrages von San Stefano solidarisch zu erklären, sowie im Falle einer Erneuerung des Krieges, in welchem Umfang auch immer, d. h. zwischen Rußland und England, eine für jenes wohlwollende Neutralität zu bewahren. Die deutsche Reichsregierung wurde auf das dringendste ersucht, ihre ganze Autorität in Wien geltend zu machen, um hier die Annahme dieses „Ultimatums" zu befördern.

Wie wurde nun in Wien und Berlin dieser letzte Versuch Rußlands, dem britischen Diktate zu entgehen, aufgenommen? Unzweifelhaft bot er der Hofburg recht viel, viel mehr als in den Vorkriegsabmachungen ihr bereits zugestanden war und als sie auf deren Grunde beanspruchen durfte. Und doch war das alles Andrassy noch nicht genug; er erklärte die neuesten Vorschläge Rußlands als noch unannehmbarer als die früheren: die speziell österreichischen Interessen seien nicht berücksichtigt, es solle sogar die Landzunge zwischen Serbien und Montenegro unter diese beiden Länder verteilt werden. Erlaubnis zu Handels- und Eisenbahnverträgen bedeute nichts, da man sie auch ohne Rußlands Zustimmung besitze. Die Teilung Bulgariens sei nur eine Scheinkonzession, da an Stelle eines slawischen Staats eine slawische Konföderation trete, indem beide neuen Staaten nach russischer Absicht einen ausgesprochen bulgarischen Charakter haben sollten. Der Minister äußerte die Besorgnis, „daß es unmöglich sein werde, in gutem mit Rußland auszukommen, da er den jetzigen Vorschlag, welcher Österreich hermetisch gegen den Orient abschließen wolle, vor der öffentlichen Meinung nicht vertreten könne". Man darf über diese scharfe Kritik Andrassys einigermaßen erstaunen. Man wird es verstehen, wenn er sich mit der Gestaltung der westlichen Hälfte der Balkanhalbinsel, wie der Zar sie plante, zumal damit, „daß Serbien und Montenegro nunmehr landfest miteinander verbunden werden sollten", keineswegs befreunden konnte. Aber so ganz belanglos war es doch nicht, wenn Rußland ausdrücklich sein Einverständnis mit der wirtschaftlichen Expansion Österreichs auf dem Balkan durch die Strecke Mitrowitza—Saloniki und durch das Mittel von Zoll- und Handelsverträgen mit den Balkanstaaten kundgab, und die Zukunft mußte es erst zeigen, ob nicht Österreich in dem neuen zweigeteilten Bulgarien, zumal in dessen westlicher Hälfte, Einfluß zu gewinnen vermögen würde; wenn die österreichische Interessensphäre

endlich bis Saloniki erstreckt wurde, konnte doch füglich von einem „hermetischen Abschlusse" der Donaumonarchie gegen den Orient kaum die Rede sein.

Merkwürdigerweise trat man in Deutschland den Gesichtspunkten Andrassys in weitem Umfange bei. Zwar meinte der Staatssekretär von Bülow, daß die russischen Erbietungen betreffend Bulgarien, die Linie Mitrowitza—Saloniki und die beschränkte Dauer der russischen Besetzung Bulgariens nicht unbeträchtlich seien; aber auch er zog die Gefahr einer Vereinigung Serbiens mit Montenegro schon wegen der dynastischen Pläne des Fürsten Nikola in Betracht und sagte, „der große slawische Staat ginge demnach doch von Antivari bis Warna". Bismarck lehnte zwar die Annexion des ganzen Litorales bis Albanien durch Österreich und somit die Absperrung Montenegros vom Meer ab; dagegen war er gegen die unmittelbare Berührung Serbiens und Montenegros, und er bemerkte, daß das östliche Bulgarien immer noch groß genug sei. Als Andrassy den russischen Antrag (9. Mai) für nicht akzeptabel erklärte, billigte der Kanzler diesen Entschluß; er ließ schon am folgenden Tage nach Wien mitteilen, daß auch er diesen Versuch einer „hermetischen Abschließung" Österreichs unerwartet finde und in keiner Weise unterstützen wolle, daß er einer Teilung Bulgariens auch nur dann Bedeutung beilegen könne, wenn die westliche Hälfte mehr unter österreichischen Einfluß käme. Um so auffälliger ist diese Haltung Bismarcks, als sie sich als eine vorübergehende Abweichung von dem Satze darstellt, der sonst das Axiom seiner Balkanpolitik bildete: der Westen für Österreich, der Osten, d. h. eben Bulgarien, für Rußland! Nur wenn man in St. Petersburg die Rückendeckung eines schriftlichen Vertrages, wie ihn Giers zum Schlusse seiner Note in Wien verlangte, gehabt hätte, konnte Rußland das Risiko eines Krieges mit England wagen, — aber konnte Andrassy eine solche übernehmen? Argwöhnischen Blickes schaute man von der Themse her überhaupt bereits nach dem Donaustrande. Nach der Überreichung des österreichischen Memorandums vom 21. April erwartete man in London täglich die Nachricht vom Einrücken der kaiserlichen Truppen; schon meldeten auch die Londoner Zeitungen, allerdings fälschlich, daß Italien dagegen protestiert habe. Man war ungehalten darüber, daß sich Andrassy sowohl gegen den britischen Botschafter in Wien als auch gegen Beust in London in tiefes Schweigen hüllte, und noch Anfang Mai meldete Münster aus England: „Was die Beziehungen zu Österreich betrifft, so haben sie sich bis jetzt noch nicht gebessert, trotzdem daß rücksichtlich der europäischen Türkei die Interessen die beiden Kabinette zusammenführen könnten." Dazu kam es denn auch schließlich, indem Andrassy auf das russische „Ultimatum" vom 1. Mai nicht einging. Durch die Zurückhaltung, deren er sich eine Zeitlang gegen England befliß, lief er freilich Gefahr, sich zwischen zwei Stühle zu setzen, indem er einerseits die Hand zurückwies, die ihm Rußland entgegenstreckte, andererseits das Kabinett von Saint James mit Mißtrauen erfüllte. Denn indem sich Rußland jetzt gezwungen sah, sich endgültig mit England zu verständigen, war die Möglichkeit gegeben, daß das gewissermaßen auf Kosten Österreichs insofern geschah, als England dabei zwar für sich, aber nicht für die Donaumonarchie sorgte. Daß das trotzdem vermieden wurde, das war im wesentlichen, wie wir gewahren werden, das

Werk Bismarcks, der bei den englisch-russischen Schlußverhandlungen, die nunmehr einsetzten, darauf sah, daß Österreich-Ungarn nicht zu kurz kam.

Wohl oder übel, es blieb Rußland nichts übrig, als den Rücken unter das Kaudinische Joch zu beugen, das ihm Großbritannien auferlegte. Noch während man in Petersburg die Antwort Österreichs auf das letzte Angebot vom 1. Mai erwartete, war bereits durch Schuwalow in London die Grundlage für eine britisch-russische Verständigung gelegt worden. Sie erfolgte durch die Besprechungen, die er mit Salisbury hatte; seiner Initiative entsprungen, wurden sie am 2. Mai durch die russische Regierung auf die Vorstellungen des englischen Botschafters Lord Loftus hin sanktioniert, wie er auch nunmehr mit entsprechenden Instruktionen versehen wurde. Mit überraschender Schnelligkeit wurde eine Einigung in großen Zügen erzielt, insofern als Rußland zu Konzessionen in der bulgarischen Frage bereit war, England hinwiederum — wenigstens scheinbar — in Armenien nachgab und Beßarabien auslieferte. Um die Ermächtigung des Zaren dafür einzuholen, trat er am 7. Mai eine Reise nach St. Petersburg an, nachdem er mit Salisbury eine Art von diplomatischem Waffenstillstand für die Dauer seiner Abwesenheit von London vereinbart hatte; ausdrücklich schärfte ihm freilich Beaconsfield beim Abschiede ein, daß England inzwischen in seinen Kriegsvorbereitungen keinerlei Stillstand eintreten lassen könne. Für die Vermittlerrolle, die ihm jetzt zufiel, war gerade Schuwalow der geeignete Mann. Sein Aufenthalt in London hatte auf ihn so eingewirkt, daß er dem deutschen Botschafter Schweinitz in Petersburg „in manchen Dingen nicht russisch genug" dünkte; an den letzten Maßnahmen der russischen Politik übte er eine strenge Kritik, und gegen Ignatiew hegte er einen ausgesprochenen Widerwillen. So stark war diese Empfindung in ihm ausgebildet, daß er sogar die vom Wiener Kabinett eingenommene Haltung natürlich fand und entschuldigte, „nur um den Mißerfolg der Ignatiewschen Politik und dessen letzter Sendung um so greller hervortreten zu lassen"; vor seiner Abreise suchte er noch den Grafen Beust davon zu überzeugen, „daß er nicht nach einer einseitigen Verständigung Rußlands mit England strebe, sondern nach der Ermöglichung des Kongresses". Wie er über die Lage eben damals dachte, hat er einige Wochen später dargelegt, indem er äußerte: „Der Pakt von San Stefano war ein Unglück für uns, nicht für Österreich. Es war die größte Dummheit, die wir machen konnten. Das Ende vom Lied ist, daß wir gezwungen sind, ihn angesichts von ganz Europa zu zerreißen. Das Bulgarien, welches Ignatiew schaffen wollte, ist ein Unsinn. Europa ist nicht, wie Fürst Gortschakow meinte, zornentbrannt; es hat darüber gelacht. Ich habe dies rechtzeitig eingesehen und wußte, daß ich mit den Engländern zu nichts kommen würde, wenn ich nicht meiner Auffassung in Petersburg Geltung verschaffte; darum unternahm ich damals die Reise nach Petersburg." Auf dem Wege besuchte er Bismarck in Friedrichsruh (9. Mai), den es immerhin verwunderte, daß die Sache so schnell und glatt vonstatten ging; er bat ihn, sich in Petersburg gegenwärtig zu halten, daß die deutschen Interessen die Erreichung eines Einverständnisses Rußlands mit Österreich noch wünschenswerter erscheinen ließen, als eines solchen mit England; er gab freilich zu, dieses wäre für die Russen

in höherem Grade geboten, als jenes, da für sie die Gefahr eines Krieges mit England insofern eine größere sei, als es auch allein, d. h. ohne Österreich, zum Losschlagen bereit wäre, nicht aber auch Österreich ohne England. Die letzte Wiener Negoziation trat unter diesen Umständen in den Hintergrund; die gesamte Aufmerksamkeit konzentrierte sich jetzt auf die Aufnahme, die Schuwalow in Petersburg zuteil werden würde.

Nachdem Schuwalow noch am 10. in Berlin durch Wilhelm I. in Audienz empfangen worden war, traf er zwei Tage später in Petersburg ein. Hier herrschte eine arge Verwirrung. Gortschakow war seit Wochen bettlägerig, „reizbar nach schlaflosen Nächten, unfähig, mit den Geschäften im Zusammenhang zu bleiben, und doch geist- und willensstark genug, um sie nicht ganz aus der Hand zu geben“. Auch Ignatiew war krank; sein Einfluß auf den Zaren ward jetzt vollkommen ausgeschaltet. So hatte denn Schuwalow im Zusammenwirken mit Giers, der, obgleich ebenfalls unwohl, mit geringen Unterbrechungen seine Vorträge beim Zaren fortsetzte, verhältnismäßig leichtes Spiel. Zwar war die öffentliche Meinung stark aufgeregt und forderte den Krieg; eine leidenschaftliche Agitation wurde gegen England betrieben, der selbst der Thronfolger nicht fernstand. Aber die Unmöglichkeit eines neuen Krieges, selbst von Miljutin anerkannt, gab den Ausschlag. Auf Schuwalows Drängen wurde der Plan, Serbien und Montenegro aneinandergrenzen zu lassen, aufgegeben; ob Montenegro der Hafen von Antivari zuzusprechen sei, sollte auf dem Kongreß erörtert werden, dessen schleuniger Zusammentritt in Aussicht genommen wurde; es wurde dabei der Wert des Fortbestandes des Dreikaiserbundes gewürdigt. Bezüglich Bulgariens wurde festgestellt, daß es nicht bis zum Ägäischen Meer reichen dürfte, daß seine Westgrenze so gezogen würde, daß es keine nichtbulgarischen Volksteile einschlöße, und daß es von Westen nach Osten in zwei Teile zu zerlegen sei, von denen der nördliche ein türkischer Vasallenstaat unter einem Fürsten, der südliche mit einer weitgehenden Autonomie mit einem christlichen Gouverneur ausgestattet werden sollte, welcher unter Zustimmung der Mächte immer auf 5 bis 10 Jahre einzusetzen wäre. Bezüglich Kars und Batums blieben Alexander II. und Gortschakow allerdings fest; hier ließen sie nicht mit sich handeln. Am 18. konnte Schuwalow die Rückfahrt antreten; er war mit dem, was er erreicht hatte, vollauf zufrieden. Der Zar glaubte nicht, daß er so billig fortkommen würde; er sagte zu Schuwalow: „Man hat Sie hineingelegt; England wird uns niemals so große Konzessionen machen.“ Als Schuwalow in Zarskoje Selo Abschied nahm, um sich direkt nach Berlin zu begeben, rief ihm Miljutin, der zugegen war, noch an der Türe nach: „Retten Sie uns, bewilligen Sie alles, wir können keinen Krieg gegen Österreich und England führen!“

Nach einer neuen Audienz bei Kaiser Wilhelm und einer Unterredung mit Bülow am 20. Mai langte Schuwalow noch an demselben Tage wieder in Friedrichsruh an. Sowohl vor Bülow als auch vor Bismarck sprach er den Wunsch aus, daß Deutschland jetzt unverzüglich die Einladungen zum Kongresse verschicke; als maßgebender Gesichtspunkt war durch ihn bereits vorgeschlagen und durch Bismarck grundsätzlich angenommen worden, daß sie lauten sollten auf eine Kon-

ferenz „ohne bestimmt bezeichnetes Programm, mit völliger Freiheit der Diskussion, für welche Deutschland als Präsidialmacht Garantie leisten sollte". Demgemäß entwarf Bismarck nunmehr eine Formel, worin gesagt war: Im Einklange mit der von Österreich ergriffenen Initiative stelle Deutschland bei den Signatarmächten von 1856 und 1871 den Antrag auf Einberufung eines Kongresses in Berlin, um daselbst die Bestimmungen des russisch-türkischen Präliminarfriedens von San Stefano zu erörtern; es werde dabei, so ward hinzugefügt, vorausgesetzt, oder, wie später auf Wunsch Salisburys verbessert wurde, wohl verstanden, daß die beteiligten Staaten bereit seien, „die freie Diskussion des gesamten Inhalts des Vertrages von San Stefano zuzulassen und daran teilzunehmen". Schuwalow übernahm es, diesen Wortlaut Salisbury vorzulegen; er rechnete auf dessen Annahme, da ja dadurch alle Forderungen erfüllt wurden, die England in dieser Hinsicht von jeher gestellt hatte. Tatsächlich hatte also Großbritannien sein altes Machtgebot durchgesetzt: Der Kongreß war zur Revisionsinstanz des Vorfriedens von San Stefano in dessen ganzem Umfang, auch bezüglich seiner asiatischen Bestandteile, erhoben worden, indem zugleich schon eine vorherige sachliche Verständigung erzielt worden war, wobei Rußland in den asiatischen Fragen allerdings in der Hauptsache nicht nachgegeben hatte. Die Wege waren jetzt geebnet; nur noch um relativ untergeordnete Einzelheiten brauchte gestritten zu werden. Fast die größten Schwierigkeiten machte nunmehr die Abfindung Österreichs. Schon betrachtete man in Wien die neue Wendung Rußlands zu England als eine gegen Österreich gerichtete Aktion, und Andrassy, der jetzt zu einem förmlichen Abkommen mit England bereit gewesen wäre, bat Bismarck, Österreich vor einer Isolierung zu bewahren. Bismarck hatte bereits die günstigen Bedingungen, die auf seine Einwirkungen bei Schuwalow hin in Petersburg für Österreich bewilligt worden waren, Andrassy mitgeteilt; er ließ diesen wissen, daß sich in den Gefühlen Deutschlands für Österreich nichts geändert habe, und daß es nach wie vor auf Deutschland zählen dürfe; er empfahl auch jetzt in London aufs wärmste die angelegentliche Beachtung des österreichischen Standpunkts und ließ in London durch Münster vorbringen, „daß ein Arrangement, welches nur England und Rußland berücksichtige, ohne die österreichischen Interessen zu berühren, einen dauernden Frieden im Orient schwerlich herstellen könne". Auf der anderen Seite verfehlte er nicht, einen gelinden Druck auf die Hofburg auszuüben, damit sich diese mit den Schuwalowschen Vereinbarungen zufrieden gebe. Es scheine ihm, so bedeutete er Andrassy, die Verständigung Englands und Rußlands auf der Konferenz noch nicht so unbedingt gesichert, weil in Schuwalows Abwesenheit weniger friedfertige Elemente leicht die Oberhand in Petersburg gewinnen könnten: die jetzigen Bemühungen könnten entweder ganz mißlingen oder dahin führen, daß die Einigung zwischen England und Rußland in einem für Österreich noch weniger annehmbaren Sinne erfolge. In England bestehe, was den Nordwesten der Balkanhalbinsel, also gerade Österreichs Interessensphäre, anbelange, große Gleichgültigkeit, und man werde in London bereit sein, dem Frieden mit Rußland die österreichischen Belange zu opfern; ebenso wolle man in Petersburg, ohne Rücksicht auf

Österreich, lediglich mit England ins reine kommen, um den Krieg mit England zu vermeiden.

Am 22. Mai war Schuwalow wieder in England, und es setzten nun sofort neue Verhandlungen zwischen ihm und Salisbury, sowie solche im britischen Kabinett selbst ein. Was die europäische Türkei anbetraf, so waren Beaconsfield und Salisbury mit den Konzessionen einverstanden, die man in Petersburg gemacht hatte; das neue bulgarische Teilungsprojekt entsprach durchaus den eigenen Intentionen; dem deutschen Einfluß gelang es auch schließlich, die Bedenken zu überwinden, die man noch in London gegen die Gestaltung der Verhältnisse im Nordwesten der Halbinsel zugunsten der Donaumonarchie hegte. Tatsächlich war das Mißtrauen, das man jetzt hier gegen diese empfand, so groß, daß starke Neigung bestand, unbekümmert um sie mit Rußland zum Abschluß zu schreiten; Salisbury warf ihr insonderheit vor, daß sie nicht geneigt sei, die englischen Wünsche in Asien zu unterstützen. Aus prinzipiellen Gründen, namentlich rücksichtlich der Souveränität der Pforte, hatte England zunächst das Verlangen Österreichs, die Annexion von Bosnien zu unterstützen, abgelehnt und erklärt, daß es zwar gegen die Sache selbst keine besonderen Bedenken habe, aber keinen Teil daran nehmen wolle; da in den letzten Mitteilungen aus Wien aber nicht mehr von Annexion, sondern nur von Okkupation die Rede war, zeigte es sich schließlich bereit, eine solche bei der Pforte zu befürworten; Antivari wollte man freilich auch in London den Montenegrinern zuwenden. So durfte Österreich für die Erfüllung seines so lange und heiß gehegten Wunsches auf den Beistand der Mächte hoffen, und Andrassy war klug genug, den Warnungen Bismarcks Folge leistend, sich bei dem zu beruhigen, was der Zar bei der Anwesenheit Schuwalows in Petersburg bewilligt hatte. Um Armenien wurde am längsten gestritten; hier blieb Schuwalow fest, indem er auf Kars und Batum bestand; aber Beaconsfield hatte sich ja mit deren Zession an Rußland innerlich bereits abgefunden, indem er dafür Zypern in Aussicht nahm. Alsbald nach Schuwalows Rückkehr ging von London an den Botschafter Layard die telegraphische Instruktion ab, die Pforte zu ersuchen, England die Okkupation dieser Insel zu gestatten und ihr dafür einen Garantievertrag für ihre asiatischen Besitzungen anzubieten. Das Ergebnis davon würde, so schrieb er der Königin, darin bestehen, daß die Türkei dann immer noch eine unabhängige Macht bleibe, mit weiten Besitzungen und reichen Hilfsquellen: „sie wird so unabhängig und noch mächtiger sein als die skandinavischen Königreiche, und sie wird nunmehr, unter britischem Schutze, die wirksamste und in der Tat einzig mögliche Barriere gegen ein aggressives Rußland bilden". Er fügte hinzu, daß England, nachdem es mit Rußland und der Türkei entsprechende Verträge ausgetauscht hätte, ruhig mit diesen Dokumenten zum Kongresse gehen könnte, der dann nicht von langer Dauer sein werde.

Was blieb dem Sultan anderes übrig, als seine Einwilligung zu erteilen? So kamen denn, nachdem sie eingetroffen war, die beiden Traktate Englands mit Rußland (vom 30. Mai) und mit der Türkei (vom 4. Juni) zustande, von denen dieser insofern die Ergänzung zu jenem war, als der frühere nur durch

den späteren ermöglicht worden war. Der russisch-britische Vertrag, bekannt unter dem Namen des „Londoner Memorandums“, schuf, wie vereinbart worden war, ein Nord- und ein Südbulgarien, jenes als Fürstentum, dieses als türkische Provinz unter einem christlichen Gouverneur und mit einer weitgehenden administrativen Autonomie, für die als Vorbild die in den englischen Kolonien dienen sollte; indem es vom Ägäischen Meere abgeschnitten und Adrianopel der Türkei belassen wurde, wurde für diese eine Zerstückelung ihres europäischen Landgebietes verhindert. Es ward bestimmt, daß in Südbulgarien zunächst keine türkischen Truppen stehen dürften; doch sollte der Kongreß darüber entscheiden, in welchen Fällen es ihnen in der Folgezeit erlaubt sein dürfte, wieder daselbst einzurücken, nämlich bei einer drohenden oder schon vorhandenen Insurrektion; auch behielt Großbritannien es sich vor, auf dem Kongreß darauf zu dringen, daß der Sultan seine Truppen an der südbulgarischen Grenze einlagern dürfe. Für Griechenland ward dadurch gesorgt, daß, wie Rußland, so auch die übrigen Mächte und insonderheit England eine beratende Stimme bei der künftigen Organisation von Epirus und Thessalien, sowie der übrigen christlichen Provinzen haben sollten, die unter der osmanischen Herrschaft auch fernerhin stünden. Der Zar erklärte, er habe nie die Absicht gehabt, die der Pforte auferlegte Kriegsentschädigung in weitere territoriale Annexionen zu verwandeln, und gab eine entsprechende Zusicherung ab. Zwar sprach die englische Regierung ihr „tiefes Bedauern“ darüber aus, daß Rußland auf der Rückgabe Beßarabiens bestünde, verhieß indes, dagegen keinen Einspruch zu erheben, da auch die andern Signatarmächte von 1856 sich dem nicht mit der Gewalt der Waffen zu widersetzen gedächten, und da sie selbst daran nicht unmittelbar genug interessiert wäre. Auf das Tal Alaschkerd und die Stadt Bajasid verzichtete der Zar in Rücksicht auf ihre Bedeutung für den Verkehr mit Persien und den großen Wert, den sie daher für die Türken hätten; dagegen sollte er seine anderen Eroberungen in Armenien behalten und den Hafen von Batum erwerben dürfen. Das war ein großes Zugeständnis durch England, und es verfehlte nicht, ausdrücklich zu konstatieren, daß diese Ausdehnung der russischen Grenze die türkische Bevölkerung Asiens mit schwerer Gefahr bedrohe. Es ward betont, daß die britische Regierung es als ihre ganz besondere Pflicht betrachte, das Ottomanische Reich vor dieser Gefahr zu bewahren, und daß sie davon Kenntnis nehme, daß Rußland erkläre, seine Grenze nicht weiter gegen die asiatische Türkei vorschieben zu wollen. Es kostete Beaconsfield nicht geringe Überwindung, das armenische Hochland mit Batum den Russen zu lassen; denn diese beherrschten so nicht nur das Schwarze Meer, sondern sie hatten von hier auch die Möglichkeit, über Paläſtina nach Ägypten, sowie über Bagdad nach dem Persischen Golf hervorzustoßen und dadurch Indien zu bedrohen. Eben dagegen sollte der Zypernvertrag einen Schutzdamm bilden. Durch ihn verpflichtete sich Großbritannien, falls Rußland die Gegenden von Batum, Kars und Ardahan behalten sollte, die auf dem Kongreß festgesetzte türkisch-russische Grenze in Asien gegen einen neuen russischen Angriff mit bewaffneter Hand zu verteidigen; damit es in der Lage sei, diese Verbindlichkeit zu erfüllen, erlaubte der Sultan, indem ihm für den dadurch entstehenden Einnahmeausfall Entschädigung

zugebilligt wurde, England, die Insel Zypern „zu besetzen und zu verwalten“. Sie sollte, wie der Minister Northcote sagte, dienen „als ein Waffenplatz in der Levante, wo unsere Schiffe bei schlechtem Wetter liegen und Truppen sowie Magazine zum Losschlagen bereitgehalten werden können“. Sollten die Russen es wagen, aus Armenien hervorzubrechen, so sollte von Zypern aus eine britische Expedition nach Damiette geworfen werden, auf das vorher die Hand zu legen die Rücksicht auf Frankreichs syrische Aspirationen verbot. So hatte sich England für den Kongreß wohl vorbereitet, indem es sich mit Rußland und der Pforte vorher einigte; der Ring wurde nunmehr geschlossen, indem es auch mit Österreich seinen besonderen Pakt einging. Am 6. Juni wurde eine britisch-österreichische Konvention des Inhalts vereinbart: Bulgarien solle, vom Friedensschluß an gerechnet, innerhalb sechs, Rumelien innerhalb neun Monaten geräumt werden; England machte sich anheischig, jedem Vorschlag, den Österreich betreffend Bosnien auf dem Kongreß machte, seinen Beistand zu leisten.

Die drei Abkommen, die Großbritannien somit glücklich zustande gebracht hatte, waren denn auch die Basis, auf der sich die Verhandlungen auf dem Berliner Kongreß jetzt abspielten (13. Juni bis 13. Juli 1878). Ursprünglich sollte er bereits Anfang Juni eröffnet werden; aber der Zusammentritt verzögerte sich, weil die Vorverhandlungen nicht eher fertig wurden, und zuletzt, weil Beaconsfield, der in Person teilnehmen wollte, wegen hohen Alters und Kränklichkeit nur langsam reisen konnte. Indem er sich darauf berief, daß Bismarck den Wunsch ausgesprochen habe, die Konferenz solle die Kompetenz haben, unmittelbar beschließen zu dürfen, ohne daß die Teilnehmer erst nach Hause berichten müßten, ließ er alsbald nach Schuwalows Rückkehr bei der Königin den Wunsch durchblicken, selbst nach Berlin zu gehen. Er schrieb ihr, es müßten Minister dahin geschickt werden, die auf eigene Verantwortung zu handeln vermöchten; er fügte hinzu, Salisbury selbst dränge ihn dazu, da er die einzige Person sei, die mit Autorität die englische Politik vertreten und erklären könne, was sie fordern und was sie bewilligen wolle. Der Minister machte seinem Premier auch noch das Kompliment, die festländischen Staatsmänner würden vor ihm Angst haben. In der Tat hatte ihm Salisbury, sobald er merkte, daß Beaconsfield gern dabei sein wollte, dazu sehr geraten, allerdings in der Erwägung, daß die Zugeständnisse an Rußland, die ja auf dem Kongreß bekannt werden mußten, bei der eigenen Partei großen Anstoß erregen würden, und weil er dafür allein die Verantwortung nicht übernehmen wollte. Der „sehr eitle, dabei doch schon sehr altersschwache Mann“ wollte wohl Salisbury den Ruhm nicht allein überlassen, da er auf das Gelingen rechnete; Salisbury sprach selbst „mit einem gewissen Lächeln“ darüber und meinte, Beaconsfield würde dort nur nominell fungieren und nur kurze Zeit bleiben. Die Königin, die an ihn gewöhnt und um sein Befinden besorgt war, wollte sich zuerst nicht von ihm trennen; aber der Prinz von Wales setzte sich dafür bei der Mutter ein, indem er sie an das Fiasko erinnerte, das Salisbury in Konstantinopel gemacht hatte; dieser Vorstellung gab sie auch nach; so wurden denn von britischer Seite Beaconsfield, Salisbury und Russell beauftragt, indem der erste vor allem bei der Eröffnung

zugegen sein wollte, wovon er sich einen großen Eindruck versprach; dann gedachte er das Detail der Verhandlungen Salisbury zu überlassen. Als Gortschakow hörte, daß der englische Premierminister kommen würde, ließ es ihm trotz seiner Krankheit keine Ruhe; in letzter Stunde entschloß er sich auch zur Reise. „In einer Beziehung glaube ich," so sagte er zum deutschen Botschafter, „daß meine Gegenwart beim Kongreß nützlich sein könnte, nämlich wegen meiner Vergangenheit; man weiß, daß ich nie eine Unwahrheit gesagt habe; wir stehen jetzt an einem der wichtigsten historischen Momente." Schweinitz konnte sich nicht enthalten, des Fürsten Beteuerung seiner Aufrichtigkeit mit einem sarkastischen „sic" zu kommentieren und zu bemerken: „Bei seiner Natur ist es erklärlich, daß er wünscht, auf derselben Bühne wie Fürst Bismarck und Disraeli zu erscheinen und dann mit einem ‚nunc plaudite' abzutreten. Diejenigen, welche den Fürsten seit Jahren durch ihre Feder verherrlichen und jetzt, wo er hinfällig ist, mit ihrer Zunge verspotten, schieben ihm die Absicht unter, daß er mit einem patriotischen Effekt abschließen und gewisse unpopuläre Konzessionen verweigernd im letzten Augenblick resignieren wolle." Wie die Königin Viktoria den Wunsch Beaconsfields, so auch erfüllte der Zar den seines Reichskanzlers, und so wurde auch die russische Friedensdelegation aus drei Mitgliedern, Gortschakow, Schuwalow und d'Oubril, zusammengesetzt. Beim Beginn des Kongresses erklärte Schuwalow seinen beiden Kollegen offen, daß er nur unter der Bedingung an der Arbeit teilnehme, daß sie sich alle drei fest verpflichteten, nichts nach Petersburg zu schreiben und zu berichten, was nicht ein jeder vorher den beiden andern gezeigt habe. Gortschakow und d'Oubril gingen darauf ein; aber sie hielten sich nicht an die Abrede. Zwar nicht in der Form von Berichten, aber durch Privatbriefe, kritisierte Gortschakow, unterstützt durch d'Oubril, fortgesetzt die Verhandlungen beim Zaren; er erzeugte bei diesem dadurch eine Stimmung, welcher Alexander Ausdruck durch die bitteren Worte verlieh, die ganze Kongreßtätigkeit bedeute eine europäische Koalition gegen Rußland, unter Führung des Fürsten Bismarck, der Gewinn sei allein für Österreich, wie es von vornherein die Absicht der deutschen Politik gewesen wäre, und Schuwalow sei von Anfang an der Narr Bismarcks gewesen.

Nur aus Gefälligkeit für Rußland und namentlich auf Schuwalows russische Anregung hin habe er sich, so hat sich Bismarck nachmals geäußert, auf den Kongreß eingelassen; bei den Beratungen selbst spielte er eine Vermittlerrolle, durch die er sich Rußlands Dank zu erwerben und die Freundschaft der beiden Kaiser zu befestigen hoffte. Der Krieg, der die Atmosphäre vielleicht gründlich gereinigt hätte, war nicht entbrannt; so wollte der Kanzler denn als „ehrlicher Makler" fungieren, wenn möglich, es mit keiner Macht verderben, und daher nach Kräften zwischen ihnen versöhnend und ausgleichend wirken. Vor allem strebte er eben danach, bei Rußland einen guten Eindruck zu machen. Er ließ es nicht an ostentativen Bemühungen in dieser Richtung fehlen, und er hat sich auch später immer das Verdienst zugeschrieben, auf dem Kongreß Rußland die Stange gehalten zu haben. Aber groß war der Spielraum nicht, der hier für eine weitere Entwicklung der Dinge gegeben war; die Konventionen Englands mit

Rußland, Österreich und der Pforte bildeten ein dichtmaschiges Netz, aus dem kaum noch ein Entschlüpfen möglich war; dadurch ward auch für Bismarck die Möglichkeit beschränkt, für Rußland noch Wesentliches zu tun, wobei freilich nicht vergessen werden darf, daß er das Beste dabei getan hatte, um insonderheit Österreich zu bereichern. Dazu kam, daß sich in Berlin die Spannung legte, die bisher eine Zeitlang die österreichisch-englischen Beziehungen getrübt hatte; Beaconsfield und Andrassy traten sich persönlich und politisch näher. Dieser versicherte jenem, er sei fest entschlossen, zu England zu stehen, und hätten sie einander eher gekannt, so wären viele Mißverständnisse vermieden worden. Als er etwa vierzehn Tage bereits in der deutschen Hauptstadt verweilte, schrieb Beaconsfield der Königin: „Andrassy ist ein schöner Edelmann. Ich habe ihn ganz gewonnen, und er unterstützte mich in allen Stücken. Tatsächlich ist die nordische Allianz zu Ende.“ Rußland war nun einmal isoliert, und der Kongreß wurde jetzt, eben indem die verschiedenen Vorverträge Englands die Grundlage für seine Beratungen und Ergebnisse bildeten, zu einer Revisionsinstanz der Präliminarien von San Stefano. Dagegen hätte auch Bismarck beim besten Willen nichts ausrichten vermocht, abgesehen davon, daß er Österreich wohlwollte und sich auch damals wieder (wir werden das Nähere darüber noch hören) mit England zu stellen trachtete.

Im einzelnen hat Bismarck in Berlin den Russen mancherlei wertvolle Dienste geleistet. Kurz vor der Eröffnung des Kongresses brachte eine englische Zeitung, durch die Indiskretion eines Beamten dazu in den Stand gesetzt, das Memorandum vom 30. Mai zum Abdruck. Bei den englischen Konservativen erregten die Konzessionen, die darin den Russen in Kleinasien gemacht worden waren, helle Entrüstung, so daß Beaconsfield und Salisbury nicht mehr genau wußten, ob die Überlassung von Batum aufrechtzuerhalten sei; nur der persönlichen Intervention Bismarcks bei Lord Beaconsfield, seiner Drohung, vom Kongreß zurückzutreten, war es zu danken, daß es bei der im Memorandum getroffenen Abrede blieb. In zwei anderen, für die russischen Interessen maßgebenden Angelegenheiten war dasselbe der Fall. Die Engländer verlangten für die Türkei eine Zehnkilometerzone nördlich des Balkans als Sicherheitsstreifen; auch sollte der Sandschak von Sofia den Bulgaren vorenthalten werden. Auch hier gelang es erst den Bemühungen Bismarcks im letzten Moment, den britischen und österreichischen Widerstand zu beseitigen; jede dieser drei Fragen wäre sonst für Rußland zum Kriegsfall geworden. Die Protokolle jeder einzelnen Sitzung beweisen, wie Bismarck stets die für Rußland günstigeren Auffassungen zu vertreten trachtete, wiederholt allein gegen die Stimmen aller übrigen. Lediglich die direkte und nachdrückliche Einwirkung Bismarcks bewog Beaconsfield und Andrassy zu Entgegenkommen gegen die Anträge, die Rußland auf dem Kongreß stellte; der Kanzler hat nachmals dazu bemerkt: „Wollte Rußland noch mehr verlangen, auf die Gefahr eines Bruches hin, so hätte es uns dies mitteilen müssen, und wir würden vielleicht auch mehr unterstützt haben: unsererseits Forderungen für Rußland zu machen, die Rußland selbst nicht erhob, wird niemand verlangen. Wohl niemals hat in einem Kongreß eine große Macht ohne eigenes Interesse

sich einer andern so rückhaltlos zur Verfügung gestellt: Die Folge davon ist nicht etwa eine freundliche Anerkennung, sondern eine Haltung Rußlands gegen uns gewesen, welche uns zwingt, an die Zukunft zu denken.“ Gewiß waren die Russen in ihre üble Lage durch die eigene Politik hineingeraten, welche sie in den letzten Jahren teils unter der Ägide Gortschakows teils ohne und selbst gegen diesen getrieben hatten. Sie hätten sich selber die Schuld an ihrer Isoliertheit und dem daraus für sie entspringenden schlechten Erfolg des Kongresses zuschreiben müssen; sie konnten auch, im rechten Lichte besehen, nicht darüber klagen, daß es die mangelnde Hilfe Bismarcks war, wenn sie auf dem Kongreß so schlecht abschnitten: der Mißerfolg des Kongresses für sie war die unmittelbare Wirkung des Londoner Memorandums und das konsequente Schlußstück einer Entwicklungsreihe, die mit der Option Deutschlands für Österreich gegen Rußland in der Balkanfrage begann. Das war es denn auch, was die Russen im Auge hatten, wenn sie sich über Bismarcks „Undank“ und sein Versagen auf dem Kongreß beklagten. Sie machten es ihm in Wahrheit zum Vorwurf, daß er zwei Jahre zuvor nicht an ihrer Seite gegen Österreich in den Krieg hatte treten oder wenigstens die ostentative Bereitschaft dazu hatte zeigen wollen; wenn sie jetzt seine Haltung auf dem Kongreß so heftig tadelten und angriffen, so meinten sie damit seine Politik in den letzten Jahren überhaupt, und sie wollten damit zugleich die Aufmerksamkeit in ihrem eigenen Lande von den Fehlern und Mißgriffen ablenken, die sie selber begangen hatten.

Tatsächlich war der Vorfrieden von San Stefano schon revidiert, und der Berliner Kongreß war im wesentlichen nur noch die formelle Spruchinstanz, welche die bereits im geheimen vereinbarten und festgestellten Veränderungen öffentlich zu beschließen und zu verkündigen hatte. Das hinderte natürlich nicht, daß die einzelnen Positionen, zumal wenn es sich um die genaue Festlegung und Formulierung der gegenseitigen Zugeständnisse handelte, aufs heftigste noch umstritten wurden. Unerschütterlich bestand Beaconsfield, der übrigens gegen seine ursprüngliche Absicht bis zum Schlusse verweilte, darauf, daß der Balkan die Grenze der Türkei bliebe, damit der Zusammenhang ihres europäischen Besitzes gewahrt würde, und daß selbst das zu einer autonomen türkischen Provinz herabgedrückte Südbulgarien nicht bis zum Ägäischen Meere reiche, damit Rußland alle Aussicht abgeschnitten werde, an das Mittelmeer zu gelangen. Schon schien es, als drohe der Abbruch der Verhandlung; die englische Delegation traf bereits Vorbereitungen zur Abreise. Da kam, durch Bismarcks Vermittlung, am 22. Juni ein Ausgleich zustande, der in der Hauptsache den britischen Wünschen entsprach. Bulgarien wurde gegenüber den Bestimmungen von San Stefano etwa um die Hälfte verkleinert und vom Meere abgedrängt; die thrazischen und mazedonischen Gebietsteile, die Rußland ihm zugedacht hatte, wurden ihm aberkannt. Dadurch wurde das mazedonische Problem geschaffen, das ein Menschenalter später den Balkan wieder in Brand setzen sollte. Bulgarien sollte mit Sofia als Hauptstadt ein eigenes Fürstentum bilden und von den Russen noch neun Monate besetzt bleiben, — drei Monate legte also Andrassy noch über seine Abmachungen mit England hinaus großmütig zu. Der südliche Teil sollte, indem für ihn gleich-

falls eine neunmonatige Frist der Besetzung durch die Russen festgesetzt wurde, als autonome Provinz unter einem christlichen Gouverneur auch weiterhin einen Teil des Osmanischen Reiches bilden. Beaconsfield hielt es aber bereits für gefährlich, die Einwohner dadurch, daß man ihr etwa den Namen Südbulgarien gab, daran zu erinnern, daß sie bulgarischer Nationalität seien, und ihnen auf diese Weise Sehnsucht nach einer Wiedervereinigung mit den jetzt von ihnen getrennten und befreiten Stammesbrüdern einzuflößen; daher erfand er für die Provinz im Anklange an eine früher in Geltung gewesene Bezeichnung das Wort „Ostrumelien", — Gortschakow erklärte diesen Namenswechsel für die „ärgste Demütigung", die man gegen Rußland aushecken könnte. Niemals ist übrigens seit dem Zeitalter Napoleons I. und des Wiener Kongresses mit dem Nationalitätenprinzip willkürlicher umgesprungen worden, als auf dem Berliner Kongreß; es wurde damals eine Saat ausgestreut, die im Weltkrieg blutig aufgehen sollte. Andrassy vertrat von Berlin aus vor Franz Josef damals den Standpunkt, daß bei der Festsetzung der Grenzen weniger ethnographische als vielmehr geographische und strategische (wir dürfen sinngemäß ergänzend hinzufügen, vor allem politische) Erwägungen mitzusprechen hätten; der Kaiser war damit schon im Hinblick auf die ganze Struktur seines Reiches (er dachte dabei ganz besonders an das Trentino) vollkommen einverstanden. Wie sehr das egoistisch-politische Interesse die österreichische Reichsleitung bestimmte, wird daraus ersichtlich, daß Andrassy bei der Beratung über die Westgrenze Bulgariens dagegen Einspruch erhob, daß in sie das Wardartal mit seinen Zuflüssen einbezogen würde, und zwar damit die Neugestaltungen vom österreichisch-ungarischen Interessengebiete weiter entfernt würden. „Da der Wardar bei Saloniki mündet, so zeigt diese Forderung deutlich, worauf des Ministers Zukunftsgedanken abzielten," nämlich — was ja der Angelpunkt seiner Wünsche schon immer bisher gewesen war — das österreichische Interessengebiet von Bosnien und der Herzegowina aus nach Süden bis nach Saloniki und dem Ägäischen Meere vorzuschieben. Der Kanzler sagte zu dem britischen Delegierten, das Wohlsein „dieser Leute da unten" gehe ihn nichts an.

Bismarck hat später die Bedeutung des Berliner Kongresses so aufgefaßt, als ob durch ihn Bulgarien dem russischen Dominate unterstellt worden wäre, und als ob die Mitglieder des Kongresses sämtlich darüber derselben Meinung gewesen seien. Von einem direkten oder indirekten Einverständnis Andrassys in diesem Punkte ist jedoch nichts bekannt. Er war vielmehr gerade deshalb dafür, daß die Russen nicht allzu lange in Bulgarien und Ostrumelien verbleiben dürften, weil diese Länder daran gewöhnt werden müßten, auf eigenen Füßen zu stehen und ihr Leben nach ihren eigenen Existenzbedingungen selbst zu regeln. Auch Rumänien gegenüber, so betonte er, habe Europa die Verpflichtung, dessen Unabhängigkeit und freie Bewegung einer nicht allzu langen Besetzung Bulgariens durch fremde Truppen preiszugeben. Er erwog dabei den Fall, daß die Zustände in Bulgarien es notwendig machen könnten, nach dem Abzuge der Russen hier noch fremdes Militär zum Schutze zu unterhalten; er erklärte vor dem Kongreß, es sei dann an den Großmächten, „die europäische Fahne zu entfalten". Darunter verstand er die Entsendung einer europäischen Kommission mit einer inter-

nationalen Schutztruppe. Auch daraus erhellt, daß er die Forderung vertrat, daß der russische Einfluß in Bulgarien nach Ablauf der neunmonatigen Besetzungsfrist ganz und gar aufhören müßte, und er mochte damit die Erwartung verbinden, daß sowohl Rumänien als auch Bulgarien schließlich in die Kreise der österreichischen Politik geraten würden. Insofern schien sich auch Rußland selbst damals für die Folgezeit aus Bulgarien ausschalten zu wollen, als Schuwalow vor dem Kongreß versicherte, „daß Bulgarien niemals ein Annex Rußlands werden würde". Selbst wenn es ihm damit, was für damals zu glauben ist, ernst war, so war es doch mehr als fraglich, ob man sich in Petersburg daran für alle Folgezeit zu binden gedachte, und es kam natürlich für die künftige Haltung Bulgariens sehr viel darauf an, wer auf den Thron des neuen Fürstentums berufen werden würde. Es wurde vorgesehen, daß er keiner der regierenden Familien Europas angehören dürfe; das schloß natürlich auch die Kandidatur eines österreichischen Prinzen aus, hatte seine Hauptbedeutung jedoch offensichtlich darin, jedem Versuch des Zaren, Bulgarien zu einer russischen Sekundogenitur herabzudrücken, von vornherein einen Riegel vorzuschieben.

War schon eine solche Neugestaltung des Ostens der Balkanhalbinsel ein Triumph nicht nur Englands, sondern auch Österreichs, so wurde dieser für die Donaumonarchie noch erhöht durch den Gang, welchen die Beratungen über den Westen, nämlich über Bosnien und die Herzegowina, nahmen. Grundlegend wurden hier für die Entscheidung die Abmachungen Bismarcks und Schuwalows in Friedrichsruh und der englisch-österreichische Vertrag vom 6. Juni; es folgte daraus vor allem, daß eine Grenzberührung Serbiens mit Montenegro unterblieb. Die Schwierigkeit, die für Andrassy noch zu überwinden war, bestand darin, die Pforte zur Auslieferung der beiden Länder zu bestimmen. Schon zum Beginn des Frühjahrs hatte er dafür mit ihr Fühlung genommen. Er stellte dem Sultan vor: die türkische Regierung sei doch nicht fähig, die Ordnung in Bosnien und der Herzegowina auf die Dauer aufrechtzuerhalten; daraus erwachse die Gefahr, daß sich daselbst Serbien und Montenegro festsetzten; das könne man in Wien nicht dulden, da die beiden Länder dann ein Herd der Anarchie und der panslawistischen Agitation werden und dadurch die benachbarten Bestandteile des habsburgischen Reiches bedrohen würden. England hatte sich der österreichischen Aktion in Konstantinopel angeschlossen; die Pforte hatte weder den Mut abzulehnen, noch auch stimmte sie zu, — fast wichtiger als das erschien die Haltung der Mächte. Von Frankreich erhielt man wohlwollende Versicherungen; merkwürdiger war es, daß Italien bei seiner Adriapolitik und seinen schon damals vorhandenen und auch von Österreich gefürchteten Gelüsten auf Albanien keinerlei Einspruch erhob; vielleicht hatte die Intimität darauf Einfluß, deren der italienische Delegierte Graf Corti mit Bismarck sich erfreute. So war das Geschäft eigentlich schon perfekt; es fehlte nur noch die Einwilligung des Leidtragenden selbst, nämlich der Türkei, und wie war diese am besten zu beschaffen? Andrassy glaubte am ehesten zum Ziele zu kommen, wenn Österreich nicht von sich selbst aus mit seinem Ansinnen ebermals an die Pforte herantrete, sondern sich von den Mächten ein Mandat im Namen Europas für Bosnien und die Herzegowina übertragen lasse.

Aber da erhoben sich zwei weitere Fragen: wer sollte das Mandat beantragen, und wie sollte sein Inhalt formuliert werden? Was den ersten Punkt anbelangte, kamen England und Deutschland als die nächst befreundeten Staaten in Betracht; Andrassy gab England den Vorzug, weil er den Anschein vermeiden wollte, als bedeute der Erwerb der beiden Provinzen „ein Geschenk aus der Hand des mächtigen Nachbarreiches“. Auch die Fassung des Mandates erweckte Bedenken; sollte es auf Annexion oder Okkupation lauten? Andrassy zog den zweiten Ausdruck vor, um der Pforte die Zustimmung leichter zu machen, — war doch dem Sultan durch religiöse Vorschriften jede Landabtretung außer nach verlorenem Kriege verboten, und auch England hatte ja, wie wir hörten, Bedenken gegen die Annexion. So wählte er denn die Formel eines europäischen Mandates an Österreich zur Besitznahme und Verwaltung der beiden Provinzen, doch so, daß sowohl eine Zeitbeschränkung als auch eine Einmischung Europas ausgeschlossen wurde.

Am 28. Juni erfolgte die entscheidende Sitzung; sie glich einem Spiele mit verteilten Rollen. Salisbury stellte den Antrag, Österreich ein derartiges Mandat für Bosnien und die Herzegowina zu übertragen, da die Türken unfähig wären, hier die Ordnung aufrechtzuerhalten; er riet ihnen daher, in weiser Selbsterkenntnis sich beider Länder freiwillig zu entäußern. Es war für die Türken sehr schmerzlich, daß gerade England, das sie doch soeben erst mit Zypern auf ihre Seite gebracht hatten, ihnen solches zumutete, und auch die Russen empfanden es höchst unangenehm, daß sich gerade die Briten zu Schrittmachern für die habsburgischen Bestrebungen hergaben. Bismarck unterstützte diese mit großer Wärme; er führte aus, daß es sich bei der Zuweisung von Bosnien an die Doppelmonarchie nicht um ein spezifisch österreichisch-ungarisches, sondern um ein allgemein europäisches Interesse handele, — noch jahrelang später (1886) hat Andrassy anerkannt, daß sich Bismarck damals in der Orientpolitik „unserer Leitung willig überließ und jede Definition unserer Interessen im Orient sich anzueignen geneigt war“. Frankreich und Italien stimmten zu, und so hielten auch die Russen weiteres Sträuben für unnütz. Nur die osmanischen Delegierten erhoben trotz energischer Warnungen Bismarcks Widerspruch und beharrten auf ihrem Widerstande mit der größten Zähigkeit; es bedurfte ernster Drohungen durch Beaconsfield, um sie zu einigem Entgegenkommen zu treiben. Noch am letzten Kongreßtage (13. Juli) verlangten sie, daß Andrassy einen geheimen Revers unterzeichne, daß die Souveränitätsrechte des Sultans auf Bosnien und die Herzegowina unberührt bleiben und die Okkupation nur eine provisorische sein solle, — das mußten sie tun, um sich vor dem Zorn des Großherrn zu schützen, und Andrassy gab nach, um nicht noch in letzter Stunde das ganze Kongreßwerk zu gefährden. Noch an demselben Tage kam eine zweite geheime Vereinbarung zustande, und zwar zwischen Rußland und Österreich. Außer Bosnien und der Herzegowina sprach der Kongreß Österreich-Ungarn zur Sicherung seiner Verkehrswege auch das Garnisonsrecht im Sandschak Nowibasar zu, der in türkischer Verwaltung bleiben sollte. Auch diese Provinz hätte Österreich gern an sich gebracht; so grenzenlos fühlten sich nun die Russen nach dem ganzen Hergange der Tagungen in Berlin vereinzelt, offenbar auch unter dem Eindrucke des weitgehenden Ein-

tretens der Briten für Österreich, daß sie es für ratsam hielten, wenigstens im stillen die Front wiederum zu wechseln und den Boden für eine abermalige österreichisch-russische Annäherung zu ebnen. Eben daher verpflichteten sie sich in der erwähnten Konvention, keinen Einspruch dagegen zu erheben, wenn sich Österreich-Ungarn infolge der Mißstände, die sich etwa aus der Aufrechterhaltung der ottomanischen Administration im Sandschak Nowibasar ergeben könnten, in der Folgezeit gezwungen sehen sollte, auch dieses Gebiet endgültig zu okkupieren.

Wie schon aus diesem letzten enormen Zugeständnis hervorgeht, die russische Politik hatte auf dem Berliner Kongreß eine vollständige Niederlage erlitten; sein Ergebnis bedeutete, was ihre Balkanpläne anbelangte, einen jähen Sturz von der stolzen Höhe, die sie in San Stefano erreicht zu haben gewähnt hatte. Aus dem Osten der Balkanhalbinsel mußte sich Rußland bei strenger Durchführung der Bestimmungen über die Räumung Bulgariens, bei der Betonung der Unabhängigkeit, die Rumänien und Bulgarien gebühre, für die spätere Zeit verdrängt sehen. Es war nicht nur durch die Vermittlung eines abhängigen Großbulgariens nicht an das Ägäische Meer herangekommen; auf die Veranlassung Englands hin blieben für die russischen Kriegsschiffe Bosporus und Hellespont auch weiterhin gesperrt, — gerade das mochte die zaristische Diplomatie mit bestimmen, sich für späterhin ein Hintertürchen zur Wiederanknüpfung mit Österreich offen zu lassen. Dieses hatte alles bekommen, was es von Anfang an gewollt hatte; der Weg, den Andrassy in Reichstadt eingeschlagen hatte, hatte durchaus zum Ziel geführt. Das Hinterland des Litorale, das man schon so lange begehrt hatte, war ohne Schwertstreich erobert, — die Vorbehalte, die man der Pforte noch hatte gewähren müssen, waren zwar lästig, aber hatten bei deren Ohnmacht nur formellen Wert und beschränkten keineswegs die Verfügungsgewalt über die neue Erwerbung. Serbien und Montenegro konnten der Donaumonarchie jetzt nicht so gefährlich werden, wie wenn sie sich auf Kosten von Bosnien und der Herzegowina bereichert hätten, wie das in Rußlands Wünschen gelegen hatte. Immerhin wurde Montenegro ungefähr um das Doppelte, sowohl nach Norden wie auch (darin mußte Andrassy nachgeben) nach Süden dem Meere zu, vergrößert, so daß es dahin den Zugang gewann, indem es Antivari erhielt, wozu dann später (1880) durch Austausch mit der Pforte gegen das nordalbanische Gurusje auch noch Dulcigno an der Küste kam, während der Hafenort Spizza, bisher auch zum türkischen Wilajet Skutari gehörig, zu Dalmatien geschlagen wurde, dessen südöstlichste Spitze er jetzt wurde. Serbien wurde ein Landstreifen an seiner Südostgrenze zugesprochen, der Orte und Bezirke enthielt, die früher Bulgarien zugedacht worden waren, darunter Pirot, Vranje und Nisch, die es schließlich der Fürsprache Andrassys verdankte. Auf Nowibasar und andere altserbische Gebiete, wie Prizren und die Hochebene des schlachtenberühmten Amselfeldes mußte es freilich verzichten, und der Übergang von Bosnien und der Herzegowina an Österreich-Ungarn verrammelte Serbien den Weg nach der Adria und den allserbischen Tendenzen die Aussicht auf ein großserbisches Staatswesen fürs erste auf dem Boden der Balkanhalbinsel. Nachdem Serbien und Montenegro so zunächst einmal für Österreich unschädlich gemacht worden, vielmehr von dessen

Machtsphäre erst recht umklammert waren, konnte sich Andrassy damit einverstanden erklären, daß sie zu souveränen, von der Pforte unabhängigen Staaten erhoben wurden. In seiner damaligen Lage konnte Rußland für seine beiden bisherigen Freunde nichts tun; die russischen Bevollmächtigten konnten diesen keinen anderen Rat geben, als sich mit Österreich sowohl im gegenwärtigen Moment, um soviel wie möglich zu retten, als auch für späterhin auf einen guten Fuß zu stellen, wozu vor allem jeder Verzicht auf die nationale Propaganda bei den Südslawen der Donaumonarchie gehörte. Schien somit Serbien der russischen Einflußsphäre entzogen und dafür der habsburgischen überwiesen, so mußte dasselbe erst recht der Fall mit Rumänien sein. Denn dadurch, daß auch dieses von der schattenhaften Suzeränität der Pforte befreit wurde und die Dobrudscha erhielt, konnte es nicht darüber getröstet werden, daß es seinen Anteil an Beßarabien an Rußland zurückstellen mußte, — länger als ein Menschenalter hat der Schmerz darüber nachgewirkt, und die Folge davon war die Abwendung von Rußland und der Übergang in das österreichische Lager auf so lange, bis das Verlangen, die rumänischen Bestandteile der Donaumonarchie an sich heranzuziehen, stärker wurde, als die Enttäuschung über den Undank Rußlands für die 1877 geleisteten wertvollen Dienste. Ebensowenig wie Rumänien kam Griechenland auf dem Kongreß auf seine Kosten. Durch englische Drohungen von der Teilnahme am Kriege gegen die Türkei abgehalten, meldete es jetzt im Glauben, daß es sich um deren Aufteilung handelte, seine Forderungen in Berlin an: Epirus, Thessalien und Kreta. England konnte solches nicht bewilligen, da es ja die europäische Türkei nach Möglichkeit erhalten wissen wollte; so wurden denn die Griechen mit der Aussicht auf Vergrößerungen in Epirus und Thessalien abgespeist.

Einen wirklichen Erfolg hatte somit Rußland in Europa nur in Beßarabien zu verzeichnen, und das war mager im Verhältnis zu dem, was es im ganzen hier angestrebt und schon errungen zu haben geglaubt hatte. Einigen Trost dafür vermochte es zu gewähren, daß man in Asien besser abschnitt; die Beratungen über Asien waren der letzte Gegenstand, mit dem sich der Kongreß beschäftigte. Die Fassung der bezüglichen Stellen des Londoner Memorandums, „England willige in den Wunsch des Zaren, den Hafen von Batum zu okkupieren und seine Eroberungen in Armenien zu behalten", war nichts weniger als eindeutig und gab Anlaß zu heftigen Disputen, zumal zwischen Gortschakow und Beaconsfield, so daß Bismarck die Schlußverhandlung darüber Schuwalow und Salisbury unter Mitwirkung des Fürsten Hohenlohe übertrug, der neben ihm selbst und Bülow als dritter Bevollmächtigter Deutschlands funktionierte. Der Hauptkampf drehte sich um Batum; es wurde geltend gemacht, daß der Ausdruck „Okkupation" nicht notwendig eine vollkommene Inkorporation oder Unterordnung unter die russische Souveränität in sich schließe. Durch die Bemühungen des deutschen Kanzlers wurde, wie bereits erwähnt worden ist, auch hier der Bruch verhütet. Batum, wichtig durch seine Petroleumproduktion, wurde zwar russisch; aber es wurde (damit drang Beaconsfield durch) als hauptsächlich für den Handel bestimmter Freihafen erklärt. Das Tal von Alaschkerd und Bajasid mußte an die Pforte zurückgestellt werden, und die russisch-türkische Grenze wurde in Armenien,

indem zwar Kars und Ardahan an Rußland fielen, immerhin doch noch so gezogen, daß sie nach Beaconsfields Ansicht gegen spätere Angriffe seitens der Russen eine gute Aussicht auf Verteidigung bot, — wenn er auch nicht alles bekam, was er gehofft hatte, so doch mehr, als Schuwalow ursprünglich zu bewilligen geneigt war. Salisbury ging so weit, Schuwalow, als dieser seine Zweifel darüber äußerte, ob die Pforte Batum herausgeben würde, die mündliche Zusage zu gewähren, daß England gegebenenfalls die Türkei durch seine Flotte dazu zwingen werde. Jetzt, nachdem die asiatischen Fragen erledigt waren (8./9. Juli), rückte Beaconsfield mit seiner großen Überraschung heraus: der Zypernvertrag wurde bekanntgegeben. Schon einige Tage zuvor hatte Beaconsfield davon Bismarck Mitteilung gemacht; der hatte ihm alsbald seine fast enthusiastische Zustimmung ausgesprochen. Zwar murrten Frankreich und Italien; aber für jenes gab es ein Mittel der Beschwichtigung, nämlich Tunis. In der Tat erzielte Salisbury, indem er (am 7. Juli) die Kunde von Zypern und zugleich die Aussicht auf Tunis eröffnete, bei der französischen Regierung ein durchaus befriedigendes Resultat. Schon seit Jahren war Bismarck der Ansicht, daß es für Deutschland keineswegs nachteilig sei, wenn sich die Republik daselbst „engagierte"; solange nun freilich der Herzog von Decazes, unter dem mit der Möglichkeit eines französisch-russischen Bündnisses zu rechnen war, das Auswärtige leitete, hatte der Kanzler keinen Grund, der Republik irgendwelche Geschenke zuzuwenden. Zum Ende des Jahres 1877 aber wurde Decazes durch Waddington ersetzt; es erfolgte in Frankreich damals, indem ein Versuch des Marschalls Mac Mahon, in klerikal-reaktionärem Sinne zu regieren, durch den Ausfall der Kammerwahlen im Herbst dieses Jahres scheiterte, ein Umschwung sowohl in der inneren wie in der auswärtigen Politik. Gambetta, der eigentliche Machthaber in Frankreich, bemühte sich um ein besseres Verhältnis zu Bismarck; der diesem verhaßte Botschafter Gontaut-Biron wurde abberufen; sein Nachfolger wurde der Graf von St. Vallier. Die herrschenden Republikaner zeigten eine deutliche Abneigung gegen das zaristische Rußland, so daß ein weiteres Liebäugeln Frankreichs mit Rußland zunächst nicht zu besorgen war. Daher konnte es Bismarck jetzt ganz recht sein, wenn Tunis nunmehr als Mittel benutzt wurde, um die Franzosen mit der Überlassung von Zypern an Großbritannien auszusöhnen; er sagte auf dem Kongreß zu Waddington, Tunis gehöre in die natürliche Einflußsphäre Frankreichs. Nun hatte freilich auch Italien sein Auge auf das gegenüberliegende Tunis geworfen, wo es zudem große Interessen besaß; aber wie an der Ostküste der Adria, so auch versäumte es hier, für die Nordküste Afrikas, damals fest zuzugreifen und bestimmte Forderungen zu stellen. Noch kurz vor der Eröffnung des Kongresses hatte man in Paris und London die Möglichkeit von Tripolis als Kompensationsobjekt für Italien berührt; aber selbst das wurde nicht nötig; nach dem Ausscheiden Crispis ermangelte das römische Kabinett jeder Aktion und Energie. Immerhin sprach sich Bismarck noch in den ersten Tagen des folgenden Jahres vor St. Vallier für die Überlassung von Tripolis an Italien aus, und dieser äußerte sich dazu zustimmend.

So konnte denn John Bull Zypern in seine weiten Taschen stecken; die

Kunde von der Zession Zyperns machte im britischen Publikum, das zum Teil durch die Veröffentlichung des Londoner Memorandums und die darin enthaltenen Konzessionen Englands in Armenien stark erregt war, einen guten Eindruck und verhalf Beaconsfield und Salisbury bei ihrer Rückkehr nach London zu einem begeisterten Empfang, — die Hauptsache war es ja doch, daß durch die britisch-türkischen Abmachungen weiteren Absichten Rußlands auf Kleinasien ein Riegel vorgeschoben ward. Der Wert Zyperns, auch rein militärisch betrachtet, war ja schwerlich so groß, wie ihn Beaconsfield, dessen Phantasie nicht ganz der romantischen Schwingen entbehrte, einzuschätzen geneigt war; die Insel wurde für die Briten überflüssig, als es ihnen gelang, die Hand auf Ägypten zu legen. Das war aus Rücksicht auf Frankreich im Jahre 1878 Beaconsfield noch nicht möglich, und so schien der Besitz Zyperns damals in der Tat einen gewissen Ersatz dafür zu bieten. Aber nicht darin, daß von Zypern aus etwa ein russischer Vormarsch vom armenischen Hochplateau nach Ägypten und dem Persischen Golf verhindert werden konnte, gipfelte für die Russen der Mißerfolg, den ihnen der Berliner Kongreß als endgültiger Abschluß ihres Krieges mit der Türkei brachte: das schlimmste war es für das Moskowiterreich, daß die Sperre der Meeresengen bestehen blieb, und doch würde ihm schon allein das Recht der Durchfahrt daselbst für seine Kriegsschiffe „alle Opfer eines langen und kostspieligen Krieges gelohnt haben“. Salisbury hatte sich dafür eingesetzt, daß die Meeresstraßen als „frei, wie der Sund“ erklärt würden, damit die britische Flotte den Zugang zum Schwarzen Meere bekäme; aber die Mehrheit seiner Kollegen entschied sich dafür, daß England mehr damit gedient wäre, daß sie nicht für Rußland geöffnet würden.

Ein belangreiches Ergebnis hatte der Berliner Kongreß, zunächst was das persönliche Verhältnis zwischen Bismarck und Beaconsfield anbelangte; es ermangelte jedoch nicht der Tragweite für die Gestaltung der deutsch-britischen Beziehungen. Aus den laufenden Berichten, die dieser der Königin Viktoria sandte, erhellt, daß sich die beiden Staatsmänner damals nähertraten. Bismarck behandelte Beaconsfield mit großer Auszeichnung als die Hauptperson des Kongresses; das blieb auf diesen nicht ohne Eindruck. Hatten beide sich und ihre beiderseitige Politik bisher mit großem Argwohn betrachtet, so wich diese Stimmung unter dem Einfluß ihrer persönlichen Berührung mehr einem Gefühle des Respektes und des Zutrauens. In mehrfachen längeren Unterhandlungen in Bismarcks Hause nach dem Essen, behaglich rauchend beieinander sitzend, gelangten sie zu einer gewissen Herzlichkeit des Tones, und es bahnte sich zwischen ihnen ein freier und ungezwungener Austausch der Meinungen an. Als sich bald nach dem Schlusse des Kongresses Differenzen über die Ausführung seiner Beschlüsse erhoben, schrieb Beaconsfield, kaum nach London zurückgekehrt, an Bismarck: „Ich wünschte, wir wären, eine Pfeife rauchend, beisammen und könnten über die griechischen Angelegenheiten reden.“ Jedenfalls gewann der Engländer auf dem Kongreß die Überzeugung, daß — seinem bisherigen Widerwillen zum Trotz — zurzeit ein gutes Einvernehmen mit Bismarck und Deutschland die beste Richtschnur für die britische Politik sei. Darüber machte er sich freilich kein

Hehl, daß der alte Spruch „divide et impera“ die unverbrüchliche Maxime der Staatskunst des deutschen Kanzlers war; eben daher ließ er sich nicht durch diesen verlocken, nach Ägypten zu greifen; denn er erkannte, was ja auch tatsächlich der Fall war, daß dieser Rat dahin abzielte, ein ewiges Zerwürfnis zwischen England und Frankreich zu stiften. Den Gedanken einer englisch-französischen Allianz mußte er nunmehr aufgeben, aber er wollte doch die französischen Gefühle nicht verletzen, indem er in Regionen aggressiv vorging, wo französische Interessen auf dem Spiele standen, wie eben in Ägypten. Auf die Eingebung, Frankreich freie Hand in Tunis zu gewähren, ließ er sich nur zögernd ein; er war scharfblickend genug, um zu erkennen, daß der Hauptzweck dabei war, Feindschaft zwischen Frankreich und Italien zu stiften. Aber er war bereit, den französischen Expansionswünschen Vorschub zu leisten, und er war darin mit Bismarck einverstanden, daß das am besten außerhalb Europas geschehe. Demgemäß ließ Salisbury den französischen Außenminister wissen, daß England einer französischen Festsetzung in Tunis keinen Widerstand entgegensetzen werde. Eine Überzeugung nahm jedenfalls Beaconsfield aus Berlin mit, und er hat sie später als das wichtigste Ergebnis des Kongresses erklärt: „Neben der Gründung einer erträglichen Existenz für die Pforte war unser großes Ziel, das Dreikaiserbündnis zu zerstören und für immer zu verhindern, und ich behaupte, niemals ist ein allgemeines diplomatisches Resultat vollständiger erreicht worden. Natürlich, das steht nicht in den Protokollen; das wurde erzielt lediglich durch persönlichen Einfluß, sowohl bei Andrassy, als auch bei Bismarck.“

Und wenn die Dreikaiserentente nun einmal zerbrochen war, warum sollte nicht eine ganz andere Gruppierung der Mächte sich durchsetzen? Ein Bündnis zwischen Österreich und Großbritannien hatte schon lange gleichsam in der Luft gelegen. Beaconsfield konnte sich jetzt der Notwendigkeit eines britisch-deutschen Einverständnisses nicht mehr verschließen; Bismarck durfte sich nicht verhehlen, daß alle die Dienste, die er auf dem Kongresse den Russen leistete, sie doch ihre Enttäuschung darüber nicht würden verschmerzen lassen, daß sich Deutschland in der Orientfrage als Ganzem nicht unbedingt bis zur Eventualität des Kriegsfalles ihnen gegen Österreich zur Verfügung gestellt hatte. Nach den Mitteilungen des Intimus Beaconsfields, seines Privatsekretärs Montague Corry, die später „in großen Zügen“ durch Herbert Bismarck und den Baron von Holstein, den einflußreichen Mitarbeiter des Kanzlers im deutschen Außenministerium, bestätigt worden sein sollen, unternahm der Kanzler bei Gelegenheit des Kongresses einen neuen Vorstoß, um eine Annäherung zwischen England und Deutschland herbeizuführen: In einem Augenblick, da sich Rußland auf dem Kongreß sehr herausfordernd gegen England benahm, habe er dem Lord Beaconsfield „nach einem Diner im Reichskanzlerpalais ganz unerwartet den Vorschlag eines deutsch-englischen Bündnisses gemacht. Letzterer sei anfangs über diese Proposition ganz konsterniert gewesen und habe Bismarck geantwortet, er müsse sich diesen Fall erst genau überlegen, bevor er sich darüber äußern könne“. Diese Angaben finden eine gewisse Bestätigung oder wenigstens einen Rückhalt in einer Notiz Beaconsfields in einem Briefe vom 17. Juni an die Königin Victoria. An diesem Tage

gab Bismarck ein großes Diner; er hatte dabei eine Unterhaltung mit Beaconsfield, die allmählich einen hochpolitischen Charakter annahm. Er warnte seine britischen Kollegen, Fürsten oder Höflingen zu trauen: seine Krankheit wäre nicht, wie man im Publikum glaube, durch den Französischen Krieg hervorgerufen, sondern durch das schreckliche Verhalten seines Souveräns; in seinen Familienarchiven lägen die Dokumente, die Briefe des Königs, worin ihm nach allen seinen Diensten der Vorwurf des Verrates gemacht würde. Hand und Fuß, so sagte er im Fortgange des Gespräches, sei er an Österreich gegen Rußland gebunden, gleichgültig, wer von beiden im Recht sei; beständig fügte er hinzu: „Ich bot mich selbst England an; aber Lord Derby nahm von meinem Gesuche sechs Wochen lang keine Notiz, und dann wies er es zurück.“ Wenn Bismarck in dieser Weise auf seinen Fühler von 1876 bei Derby zurückkam, so sicherlich nicht ohne die Absicht, ihn zu erneuern, — daß sich Beaconsfield darüber zunächst vor der Königin nicht weiter aussprach, kann nicht wundernehmen, auch nicht über die weiteren Verhandlungen, die er nach Rowtons Berichte über diese Angelegenheit pflog. Noch am selben Abend, so erzählte Rowton später, habe Beaconsfield mit ihm den Vorschlag Bismarcks eingehend erörtert und sei schließlich zu dem Entschlusse gelangt, dem Bismarckschen Gedanken näherzutreten. In einer geheimen Zusammenkunft am folgenden Tage habe er das Bismarck eröffnet, mit dem Bemerken, daß er die großen Vorteile würdige, welche ein solches Bündnis für beide Teile, sowie für die Erhaltung des Weltfriedens habe, daß er sich aber zur Durchführung des Gedankens eine Spanne Zeit ausbitten müsse, um das Parlament und die öffentliche Meinung in England ganz allmählich dafür zu gewinnen. Es fanden noch weitere geheime Besprechungen statt, zu denen auf Wunsch Bismarcks Andrassy hinzugezogen wurde; Beaconsfield gewann dabei den Eindruck, „daß zwischen Bismarck und Andrassy bereits die Zweckmäßigkeit eines deutsch-österreichischen Bündnisses erwogen worden sei, und daß der Gedanke, England an einem solchen Bündnis zu beteiligen, ursprünglich von Andrassy ausgegangen sei“, — wir dürfen dabei nicht vergessen, daß der Kanzler schon zweimal mit dieser Anregung an das britische Kabinett von selbst herangetreten war. Wie behutsam Beaconsfield vorgehen zu müssen glaubte, erhellt daraus, daß er Bismarck und Andrassy ersuchte, zu seinem Mitdelegierten Salisbury vorderhand von dem Bündnisprojekt nicht zu reden; um so mehr ist es zu verstehen, daß er sich über diese Dinge auch vor der Königin noch ausschwieg.

Wenn diese Anknüpfungen zu einem erfolgreichen Ende führten, dann war vorauszusehen, daß die Trias England-Deutschland-Österreich Europa und damit die ganze Welt beherrschte; ein französisch-russischer Zweibund hätte ihr kein Gegengewicht zu bieten vermocht. Aber auch ohne daß es so weit kam, war Rußlands Lage schon traurig genug. Der Ausgang des Kongresses entzündete hier ein brennendes Gefühl der Schmach und der Erniedrigung. Der serbische Außenminister und Bevollmächtigte Ristic berichtet, ein hoher russischer Diplomat habe ihm damals bereits gesagt, die österreichische Okkupation in Bosnien werde höchstens fünfzehn Jahre dauern, danach werde Rußland mit Österreich-Ungarn abrechnen. In ähnlichem Sinne soll sich sogar Schuwalow geäußert haben. Das

kann auffallend erscheinen. Denn nach dem Zeugnisse der deutschen Kronprinzessin reiste Schuwalow (im Gegensatz zu Gortschakow, der tief enttäuscht und niedergeschlagen war) sehr befriedigt von den Ergebnissen des Kongresses ab. In Petersburg angelangt, gab er sich noch alle Mühe, sowohl diese wie auch die Haltung Bismarcks vor dem Zaren zu rechtfertigen. Er verstieg sich dazu (anders kann man es nicht bezeichnen), dem Herrscher vorzustellen, es gebe zwischen den Verträgen von San Stefano und Berlin nur einen wesentlichen Unterschied, nämlich die Beschränkung Bulgariens: „er frage aber, ob sich die Unterhändler von San Stefano darüber hätten im Zweifel befinden können, daß mit dem von ihnen stipulierten Groß-Bulgarien die Existenz des Sultans in Konstantinopel überhaupt nicht mehr möglich gewesen wäre? Und da (was auch jetzt wieder der Kaiser bestätigte) es nicht die Absicht der russischen Politik gewesen, der Herrschaft des Sultans in Konstantinopel jetzt ein Ende zu machen, so könne man auch nicht mehr davor zurückschrecken, ihm die Existenzbedingungen zuzugestehen, deren er absolut bedürfe." Es mutet seltsam an, daß selbst ein Mann wie Schuwalow die letzten Intentionen des Zaren so verkannt oder wenigstens seine ziemlich zweideutigen Versicherungen betreffend Konstantinopel für bare Münze genommen haben sollte; es ist dabei zu erwägen, daß es sich um Mitteilungen handelte, die er Radowitz zur Weitergabe an Bismarck machte. Wenn er dabei erzählte, er habe die Überzeugung, daß durch seine Darlegungen die Auffassungen Alexanders II. namentlich über die Rolle Deutschlands auf dem Kongreß erheblich geändert worden seien, so war er entweder selbst durch den Zaren getäuscht worden, oder er versuchte Radowitz zu täuschen. So viel ist jedenfalls sicher, daß Schuwalow „sehr unzufrieden und wenig erbaut" Petersburg wieder verließ, und daß es ihm „nur unvollkommen" gelang, auf den Zaren so einzuwirken, daß sich dieser mit dem Kongreß und Bismarcks Verhalten innerlich abfand. Als er in den Beratungen, die damals in der russischen Hauptstadt unter dem Vorsitze des Kaisers über die Richtlinien der Politik stattfanden, welche in Zukunft einzuschlagen sei, auf das lebhafteste die Pflege des Dreikaiserbündnisses befürwortete, wurde ihm entgegnet, dieses habe für Rußland schlechte Früchte getragen. Schuwalow bekämpfte diese Ansicht; er suchte zu beweisen, daß es für Rußland notwendig sei, daß Rußland in Ermangelung seiner bereits den letzten Krieg nicht hätte führen können, ohne sich mit ganz Europa zu entzweien, und daß man sich weder von Deutschland noch auch von Österreich trennen dürfe, weil es sehr zweifelhaft wäre, ob im Falle eines russisch-österreichischen Bruches Deutschland für Rußland optieren würde. Der Zar pflichtete dieser Meinung bei; in Wahrheit faßte er wohl die Dinge unter dem Gesichtspunkte auf, daß Bismarck seine Wahl bereits vollzogen habe, und daß es eben die bitteren Früchte dieser Entscheidung seien, unter denen Rußland jetzt zu leiden hatte. In seiner grenzenlosen Isoliertheit mochte Alexander noch schwanken und gerade vor Schuwalow mit seinen wirklichen Intentionen zurückhalten. Eben in jenen Tagen, als es Schuwalow glückte, den Kongreß endlich zustande zu bringen, war die Rede davon gewesen, daß er an Stelle des kranken, alten und seiner Aufgabe nicht mehr gewachsenen Gortschakow mit der Leitung des Auswärtigen

betraut werden sollte, — Salisbury äußerte damals, nur deshalb hätte er Rußland im Memorandum so große Zugeständnisse gemacht, weil er hoffte, dadurch zu ermöglichen, daß Schuwalow statt Gortschakow in Rußland ans Ruder komme. Wenn der Zar je einmal dazu ernstlich geneigt gewesen sein sollte, so jetzt ganz sicherlich nicht mehr. Als Schuwalow Berlin auf der Rückreise nach London passierte, sagte er zu Radowitz: Gortschakow klammere sich mit greisenhafter Hast an sein Amt, der Kaiser wolle ihn nicht wegschicken, wisse aber nicht, was er machen solle; denn er sehe vollkommen ein, daß dem Fürsten die Fähigkeiten zur Fortführung der Geschäfte immer mehr fehlten: „c'est une vraie calamité publique, mais je ne vois pas, comment cela finira." Das lag jedenfalls auf der Hand, daß Alexander weit davon entfernt war, die Politik Schuwalows vor und auf dem Kongreß nachträglich dadurch zu autorisieren, daß er ihn zur Nachfolge Gortschakows berief; der Graf wurde zunächst nach England zurückgeschickt und zum Ende des folgenden Jahres ganz kaltgestellt. Letzten Grundes war es vielleicht schon damals Schuwalow bei der Politik nicht recht geheuer, die er zur Zeit vertrat; daraufhin deuten seine vorhin erwähnte Äußerung betreffend die Erwerbung Bosniens durch Österreich und noch später zu erwähnende Momente. Jedenfalls stand er mit seinem optimistischen Urteil über den Kongreß in seinem Vaterlande ganz allein da. Presse und Publikum hallten in Rußland wider von den Hetzereien der Panslawisten, gegen den Kongreß und gegen Deutschland, ohne daß die Regierung irgendwelche Zügel diesen Treibereien anlegte, und als Gegenstück zum dereinstigen französischen Schlagwort „Revanche pour Sadowa" ertönte jetzt in Rußland der Ruf: „Revanche pour San Stephano". Es galt nicht nur Österreich, sondern auch und sogar in erster Reihe dem Deutschen Reiche.

Zehntes Kapitel.

Die Vorgeschichte des deutsch-österreichischen Bündnisses.

Sommer 1879.

Es bedurfte einiger Zeit, bis die auf dem Berliner Kongresse beschlossenen Veränderungen in Kraft traten, bis auch seine Wirkungen festere Gestalt annahmen und sich einigermaßen übersehen ließen.

Zunächst schritt man an die Durchführung der Verschiebungen im territorialen status quo, die zu Berlin festgesetzt waren; zum Teil zog sie sich recht lange hin. Österreich machte sich in Bosnien und der Herzegowina an die Vollziehung seines europäischen „Mandates". Es kostete schwere Kämpfe, die den Sommer und den Herbst des Jahres 1878 erfüllten, bis sich die beiden Länder unterwarfen. Die Proklamierung der allgemeinen Wehrpflicht (24. Oktober 1881) entzündete in ihnen übrigens später einen gefährlichen Aufstand, der gleichfalls mit Gewalt gebrochen werden mußte. Die Verhandlungen zwischen Griechenland und der Pforte zogen sich mehrere Jahre fruchtlos hin; erst unter dem Druck der Mächte verstand sich diese schließlich 1881 zur Abtretung des größten Teiles von Thessalien und des Südostens von Epirus; dem deutschen Botschafter in Konstantinopel, Grafen Hatzfeldt, gebührte vornehmlich das Verdienst, diese Lösung zustande gebracht zu haben. Rumänien und Serbien, in denen der Krieg eine starke Verstimmung hinterließ, da er die Wünsche und Hoffnungen nicht erfüllte, die man hier ursprünglich gehegt hatte, zogen aus der völkerrechtlichen Unabhängigkeit, die sie nunmehr immerhin gegenüber der Pforte errungen hatten, die entsprechende Konsequenz, indem die Fürsten (beiläufig hier schon bemerkt) 1881 und 1882 den Königstitel annahmen. In Rumänien war der Zorn wegen der Abtretung Beßarabiens groß; trotzdem hatte es zunächst das Aussehen, als wolle es sich wieder Rußland nähern. Schon wurde wegen der Einrichtung permanenter russischer Etappenstraßen durch Rumänien und befestigter Punkte im Herbst 1878 verhandelt; aber das rief das Mißtrauen Englands hervor, und die Entrüstung der Rumänen über den Verlust Beßarabiens war doch allzu stark. So überwog schließlich die Hinneigung zu Österreich; dasselbe war der Fall bei den Serben, denen ja die russischen Diplomaten selbst den Rat erteilt hatten, sich an die Donaumonarchie zu halten, da sie auf Österreichs Wohlwollen angewiesen wären. Zum Anfange der achtziger Jahre begaben sich beide Staaten ganz und gar in das habsburgische Schlepptau, indem sie förmliche Verträge mit dem Kaiserstaate schlossen.

In Asien erfolgten die zu Berlin festgesetzten Gebietsabtretungen der Pforte an Rußland; aber man wußte hier, seitdem der türkisch-englische Vertrag über Zypern bekannt geworden war, daß man vorderhand an weitere Fortschritte in Kleinasien nicht denken dürfe. Im November 1878 nahm England die Insel Zypern in seine Verwaltung, d. h. in seinen faktischen Besitz. Das war für Frankreich und Italien an sich recht schmerzlich. Aber Frankreich war glücklich abgefunden, — hatte doch auch dieses, wenngleich nicht offiziell, in Berlin die Anwartschaft auf einen Anteil an der Erbschaft des kranken Mannes am Bosporus empfangen. Nominell unterstand Tunis noch der osmanischen Oberhoheit; Deutschland und England hatten jetzt jedoch den Franzosen ihre Zusicherung erteilt, daß sie ihren Absichten auf Tunis nicht hindernd in den Weg treten wollten, und schon warf man in Paris das Auge nicht nur auf Tunis, sondern noch weiter in das Innere Afrikas, nach dem Niger- und Kongogebiet, ja sogar bereits nach dem Sudan; es hub eine neue Ära kolonialpolitischer Expansion in Frankreich an. Für England bedeutete die Genehmigung der französischen Hypothek auf Tunis einen wichtigen Wendepunkt in seiner weltpolitischen Tradition. Bisher hatte es der französischen Kolonialpolitik, besonders einer Ausdehnung Frankreichs am Mittelmeere, Widerstand entgegengestellt; wenn Beaconsfield nunmehr davon abging, so war für ihn offenbar die Sorge bestimmend, daß sich Rußland in seiner damaligen Vereinzelung den Franzosen nähern könnte. Bismarck war damit einverstanden. Es lag ja ganz und gar in seinem System, die koloniale Expansion Frankreichs unter dem Gesichtspunkte zu begünstigen, daß es dadurch von Europa und dem Revanchegedanken abgelenkt werden sollte. Der wahre Leidtragende bei der Zuweisung von Tunis an Frankreich war Italien. Es hatte es eben, wie schon bemerkt wurde, aus Schwäche und im Zusammenhange mit seinen inneren Parteikämpfen versäumt, seine Forderungen für die Liquidation des Osmanischen Reiches in Afrika rechtzeitig anzumelden. So mußte es denn nach einiger Zeit das bittere Erlebnis über sich ergehen lassen, daß, während England die Hand auf Ägypten legte, Tunis der französischen Republik in den Rachen fuhr; zwar blieben nun zwischen diesen beiden Ländern noch Tripolis und die Zyrenaika übrig, und es war ja tatsächlich (s. o. S. 247) unter den Diplomaten davon die Rede gewesen, Italien damit zu bedenken. Aber es hatte keine Garantien dafür verlangt und erreicht, und so schwebte diese Expektanz, wenn eine solche überhaupt vorhanden war, noch in recht unbestimmter Ferne.

Das Schmerzenskind des Berliner Kongresses war Bulgarien. Eine ungeheure Erbitterung, ja Verzweiflung erfaßte die Bulgaren, als ihnen die furchtbare Gewißheit wurde, daß leider aus dem geträumten und schon sicher geglaubten nationalen Einheitsstaat nichts werden durfte, daß Ostrumelien abgetrennt und die Stammesbrüder in Thrazien und Mazedonien weiterhin unmittelbare Untertanen der Pforte bleiben sollten. Bis zur Wahl des Fürsten wurde eine russische Verwaltung in Bulgarien eingesetzt; ihr Haupt war der russische Fürst Dondukow-Korsakow, der selbst am liebsten den neuen Thron bestiegen hätte; er schürte die im Lande herrschende Stimmung und reizte die Ostrumelioten zum Widerstande auf. Im November 1878 erschien eine internationale Kom-

mission an Ort und Stelle, um die Abgrenzung Bulgariens von Ostrumelien vorzunehmen. Sie war in sich uneins und gespalten. Die Bevölkerung zeigte sich so feindselig gegen sie, daß sie zeitweise ihre Tätigkeit einstellen mußte. Am 23. Februar 1879 eröffnete Dondukow-Korsakow eine konstituierende Nationalversammlung zu Tirnowa; er hatte dazu auch die Abgeordneten aus Ostrumelien eingeladen, die dann jedoch ausscheiden mußten; sie beschloß eine radikale Verfassung, durch welche die Stellung des künftigen Herrschers stark eingeschränkt wurde. Darauf wurde für Ende April die erste regelrechte Sobranje zur Wahl des Fürsten einberufen, und es fragte sich nun, auf wen diese fallen würde. Schon lange vorher (im Februar 1878) hatte Rußland bei Karl von Rumänien sondiert, ob er bereit sei, auch die bulgarische Krone anzunehmen, und später wenigstens war der Hohenzoller nicht abgeneigt, darauf einzugehen; aber schon als Angehöriger eines Regentenhauses einer der europäischen Großmächte wurde er beanstandet. Als der genehmste Kandidat erschien dem Zaren der Prinz Alexander von Battenberg, der sich aus mancherlei Gründen empfahl. Sein Vater war der hessische Prinz Alexander, ein Bruder der Zarin, der in morganatischer Ehe mit der polnischen Gräfin Julie von Haucke vermählt war und als General in österreichischen Diensten gestanden hatte. Deutscher Prinz, Lieblingsneffe des Zaren, mit Beziehungen zu Österreich und auch (bei der Verwandtschaft zwischen dem hessischen Hause und der Königin Viktoria) zu England war der Prinz gleichsam eine internationale Persönlichkeit und konnte schon deshalb auf das Wohlwollen der verschiedenen Höfe rechnen; Offizier im Berliner Gardedukorpsregiment, hatte er den Russisch-Türkischen Krieg als Freiwilliger mitgemacht; auch das sprach für ihn. Der Zar präsentierte ihn neben dem Prinzen Waldemar von Dänemark und dem Prinzen Reuß als denjenigen, dessen Wahl er vornehmlich wünschte, und so entschied sich denn die Sobranje am 29. April 1879 für ihn. Zwar hatte der Prinz Bedenken; er machte den Zaren darauf aufmerksam, daß er als Deutscher in Rußland Anstoß erregen, und daß die allzu radikale Verfassung, die sich die Bulgaren soeben gegeben hätten, seine Regierung erschweren würde; der Zar bestand jedoch auf seiner Annahme. Am 9. Juli leistete der neue Fürst den Eid auf die Verfassung; am 13. desselben Monats hielt er seinen Einzug in Sofia, das zur Hauptstadt des Landes bestimmt war. Bald sollten sich die Befürchtungen, die er vor seinem Oheim geäußert hatte, bewahrheiten. Die Sobranje war von radikalen Tendenzen erfüllt, und die großbulgarische Agitation in Ostrumelien und Mazedonien gefährdete den Frieden. Die russischen Truppen waren zwar dem Berliner Vertrage gemäß abgerückt; aber beim Mangel an geeigneten Elementen im Lande selbst waren zahlreiche russische Offiziere zurückgeblieben, die den Fürsten als geborenen Nichtrussen mit einer Abneigung betrachteten, die um so lebhafter wurde, je mehr er sich ihren Einflüssen und auch später denen der Petersburger Politik nicht immer unbedingt und willenlos zu beugen gewillt war.

Das waren Keime für künftige weltpolitische Verwicklungen, die dereinst schwere Konflikte zwischen Deutschland und Rußland zur Konsequenz haben sollten; aber an solchen fehlte es auch jetzt bereits in unmittelbarer Folgewirkung

des Berliner Kongresses keineswegs. Rußland hatte hier eine enorme Niederlage erlitten, die es zum guten Teil auf das eigene Konto buchen konnte, da sie nur der Schlußakt und die Krönung seiner unklaren, widerspruchsvollen, ebenso energielosen wie auch andererseits prätentiösen Politik in den letzten Jahren war. Von deren vielfachen Schwankungen und Ungeschicklichkeiten, von den moralischen und rechtlichen Verpflichtungen, die sie durch die Festsetzungen von Reichstadt und die ergänzenden Konventionen Österreich gegenüber auf sich genommen hatte, besaß man jedoch in den breiteren Kreisen Rußlands keine oder nur eine sehr ungenügende Kenntnis, und so suchte man einen Sündenbock. Zunächst war es ja die englisch-österreichische Entente, die Rußlands diplomatischen Fehlschlag in Berlin verschuldet hatte, und Bismarck hatte sich im einzelnen mancherlei um Rußland bemüht und auch verdient gemacht; er erhob sogar, wie wir wissen, den Anspruch darauf, dabei als „ehrlicher Makler" auch das Interesse Rußlands wahrgenommen zu haben: er habe, so äußerte er später einmal, auf dem Kongresse gleichsam als dritter Bevollmächtigter Rußlands (neben Schuwalow und Gortschakow) gearbeitet. Hier aber war man durchaus nicht dieser Ansicht. Man faßte in St. Petersburg, und zwar dem Hergange der Dinge gemäß, die Sache nicht anders auf, als daß Deutschland in der Rivalität der beiden östlichen Kaisermächte bezüglich des Balkans für die Donaumonarchie optiert habe. Und in der Tat war ja die deutsche „Neutralität" für Österreich sicherlich schon an und für sich viel günstiger als für die Russen, und Bismarck hatte diese ja auch zum Überflusse darüber gar nicht im Dunklen gelassen, daß Deutschland ihren Krieg und Sieg gegen Österreich nur bis zu einem gewissen Grade dulden würde: eben das hatte die Politik Österreichs und seine Entente mit England gegenüber Rußland gedeckt. Es ist gesagt worden, Rußland habe das, was es in Berlin erreichte, Bismarcks Eintreten zu verdanken. Nun hat es aber von seinen besonderen Forderungen daselbst damals gar nichts erreicht. Die Erwerbung von Beßarabien war ihm bereits durch die Reichstädter Abmachungen und darauf im Maiabkommen durch England gesichert: in allem, was die Russen in Europa mehr wollten, waren sie somit zurückgewiesen worden, — was hatten sie ihm also hier zu verdanken? Richtig ist es, daß ihnen seine Fürsprache Batum gerettet hatte, als Beaconsfield dieses Zugeständnis des Schuwalowschen Geheimvertrages wieder zurückziehen wollte; aber auch diese Freude war ihnen einigermaßen getrübt worden, da sie daran gehindert wurden, Batum so als maritimen Stützpunkt für das Schwarze Meer auszubauen, wie sie im Sinne hatten, da es als Freihafen erklärt wurde. Richtig ist freilich, daß sie ohne Bismarcks Beistand auf dem Kongreß noch schlechter gefahren wären, — insofern waren sie ihm doch Dank schuldig.

So ergossen sich denn jetzt alle Schalen des russischen Zornes über den falschen Freund, der die Zweiteilung Bulgariens, die Räumung desselben durch die Russen und die österreichische Besetzung Bosniens unterstützt habe. Man warf Deutschland, das doch nur durch die Konnivenz Rußlands zu seiner Einigung gelangt sei, krasse Undankbarkeit vor. Man meinte eben, Deutschland hätte mit Rußland durch dick und dünn gehen müssen, und es wäre Bismarck ein leichtes

gewesen, in Berlin für Rußland die Bedingungen von San Stefano durchzudrücken, wenn er nur gewollt hätte. Sogar Schuwalow soll erzählt haben, Bismarck sei der eigentliche Urheber der österreichischen Okkupation Bosniens gewesen, indem er Andrassy bewogen habe, seinen ursprünglichen Widerstand gegen die darauf zielenden Wünsche Franz Josefs und der militärischen Kreise aufzugeben. Um so stärker war der Groll, den man in St. Petersburg gegen Deutschland hegte, als Bismarck während des Kongresses und auch nachher einseitige Liebeswerbungen Rußlands spröde abgewiesen hatte. Gerade damals in Berlin hatte Graf Schuwalow dem Kanzler direkt die Frage nach einem deutsch-russischen Schutz- und Trutzbündnis gestellt. Das war ja das, was Bismarck selbst vor Ausbruch des Balkankrieges von Rußland begehrt hatte; jetzt wurde ihm dasselbe Angebot von russischer Seite gemacht. Aber inzwischen hatte sich die Situation geändert. Deutschland hatte damals, als seine entsprechenden Anträge abgelehnt worden waren, grundsätzlich und innerlich für Österreich bereits optiert, und so konnte Bismarck jetzt das Steuer um so weniger herumwerfen, als sich ja Rußland selbst damals im Maivertrage von 1878 England gegenüber mit der Preisgabe der wichtigsten Bestimmungen von San Stefano einverstanden erklärt hatte; es ging nicht an, ihm jetzt die Hand dazu zu bieten, auf dem Kongreß nachträglich diese Konzessionen zurückzunehmen. Denn wenn er jetzt die Allianz mit Rußland einging, so hätte er die moralische Verpflichtung auf sich genommen, darauf hinzielende Bemühungen der russischen Bevollmächtigten zu unterstützen; das wäre bei dem damaligen Stande der Dinge gegen England und Österreich durchaus unzulässig gewesen und hätte ihm deren Feindschaft eingetragen. Er antwortete daher ausweichend: wenn sich Deutschland unter Ausschluß aller anderen Staaten lediglich mit Rußland verbündete, würde es diesem gegenüber in eine ungleiche Stellung und selbst in Abhängigkeit geraten; die in Rußland herrschende Stimmung gebe auch keine Garantien für die Festigkeit einer solchen Allianz, zumal da die deutsch-russischen Beziehungen im wesentlichen auf dem persönlichen Verhältnis der beiden Monarchen beruhten. Es war begreiflich, daß er die deutsche Politik nicht für den Verlauf der Berliner Beratungen durch die Annahme des Schuwalowschen Antrages binden wollte; auch traute er wohl den aus äußerster Not entsprungenen russischen Anerbietungen nicht; sie konnten ja eine Falle sein, um Deutschland zu hindern, bessere Allianzen zu schließen, — verhandelte er doch damals gerade mit Beaconsfield über eine solche mit Großbritannien. Aber auch, als ihm Rußland nach dem Berliner Frieden nochmals ein Offensiv- und Defensivbündnis anbot, lehnte er ab. Ein Bund mit Rußland allein schien ihm, das war für ihn das Entscheidende, für Deutschland nicht genug Schutz und Nutzen zu gewähren, dagegen der Bildung einer Koalition der anderen Mächte Vorschub zu leisten, deren Bekämpfung lediglich im russischen Interesse gelegen hätte, so daß Deutschland darin in der Hauptsache der gebende, nicht der empfangende Teil gewesen und Rußland gegenüber in eine Art von dienendem Verhältnis geraten wäre: Deutschland wäre dadurch bei den übrigen Mächten in Mißkredit und zu ihnen in einen schweren Gegensatz gelangt; es wäre dann ganz und gar auf das russische Wohlwollen angewiesen

worden, indem es keine Garantie dagegen gehabt hätte, daß nicht Rußland, wenn ihm eine bessere Konstellation winkte, Deutschland einfach fallen ließ.

Es waren nicht nur der Berliner Kongreß und der ungünstige Ausgang des Türkenkrieges, sondern auch die doppelte Absage, die man sich bei Bismarck geholt hatte, die man in Petersburg aufs bitterste empfand. Unter dem Einfluß dieser Vorgänge kam die Entwicklung zur Reife, die sich seit 1875 vorbereitet hatte: zwischen Rußland und Deutschland tat sich ein Riß auf, der in der Folgezeit wohl noch mitunter notdürftig verklebt, aber nicht mehr geheilt werden konnte, und Deutschland mußte, zumal da es von den nur durch die augenblickliche Not und Verlegenheit diktierten, keine Gewähr der Dauer und der Aufrichtigkeit in sich tragenden Bündnisanträgen der Russen nichts wissen wollte, nach anderen Allianzen Umschau halten. Immer mehr wurde Deutschland (und das war ja das, worauf Andrassy seit 1871 zäh und unverdrossen hingearbeitet hatte) auf die Seite Österreichs gedrängt; die seit geraumer Frist bereits faktisch erfolgte Option Deutschlands für Österreich gegen Rußland verlangte nach der festen Form eines ausdrücklichen Bündnisvertrages. Schon in Berlin hatte Beaconsfield den Eindruck gehabt, daß Bismarck und Andrassy die Zweckmäßigkeit eines solchen unter Teilnahme Englands erwögen, — so konnte man denn zunächst gewissermaßen als Etappe bis zu dem Momente, da Beaconsfield die in England diesem letzten Endergebnisse noch im Wege stehenden Hindernisse hinweggeräumt hätte, den österreichisch-deutschen Zweibund unter Dach und Fach bringen. Ein Symptom des nunmehr endgültig in die Wege geleiteten Zusammengehens Deutschlands mit Österreich war bereits der zwischen den beiden Mächten am 11. Oktober 1878 geschlossene Vertrag, durch den der fünfte Artikel des Prager Friedens von 1866 aufgehoben wurde. Österreich hatte damals sein durch den Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 erworbenes Recht auf die Herzogtümer Schleswig-Holstein an Preußen übertragen, aber mit der Bestimmung, daß die nördlichen Distrikte von Schleswig an Dänemark zurückgegeben werden sollten, falls die daselbst angesessene Bevölkerung durch freie Abstimmung den Wunsch danach äußern sollte, — diese Verpflichtung Preußens gegen Österreich wurde jetzt eben beseitigt.

Immer dringender und unerbittlicher machten sich die Konsequenzen der Option geltend, die Bismarck faktisch seit etwa zwei Jahren in der Balkanfrage zwischen Österreich und Rußland bereits getroffen hatte; sie führten jetzt endgültig zu dem förmlichen Bündnis zwischen Deutschland und dem Donaureiche, das freilich dieses letzten Endes nicht retten, jenes aber in die Katastrophe mit verwickeln sollte. Zur Ausführung der einzelnen Bestimmungen des Berliner Friedens auf der Balkanhalbinsel waren internationale Kommissionen dahin entsandt, innerhalb deren Differenzen entstanden. Die russischen Kommissare handelten, wie ja bereits bei den Arbeiten für die Begrenzung Bulgariens bemerkt wurde, zum Teil auf eigene Faust, indem sie sich unter dem Druck der panslawistischen Treibereien an die Instruktionen nicht hielten, die ihnen von ihrem Ministerium erteilt worden waren, die Sache in die Länge zogen, die einheimische Bevölkerung aufreizten und den Berliner Festsetzungen zuwiderhandelten, um sie

hintenherum unmöglich zu machen. Dem widersetzten sich die österreichischen, britischen und türkischen Bevollmächtigten; sie hatten die Mehrheit, und die deutschen hatten die Instruktion, in Meinungsverschiedenheiten sich der Mehrheit anzuschließen. Nach dem Willen ihrer Regierung sollten auch die Frankreichs bei der offiziellen Politik, die jene damals trieb, nach den englischen Intentionen sich richten; so standen denn die russischen in der Regel isoliert und fanden einen Rückhalt höchstens bei den Italienern. Bei den Divergenzen, die also auftauchten, erwartete und verlangte Rußland, daß sich Deutschland generell auf die Seite Rußlands stelle, und daß es einen Einfluß auf Österreich in Punkten ausübe, wo dessen Recht nicht ohne weiteres angreifbar war. „Dieser Streit über Instruktionen,“ so erzählt Bismarck, „die wir an unsere Bevollmächtigten im Süden gegeben hatten oder nicht gegeben hatten, steigerte sich bis zu Drohungen, bis zu vollständigen Kriegsdrohungen von der kompetentesten Seite.“ Die russische Presse, der zu diesem Zwecke die Zügel offensichtlich gelockert wurden, hallte wider von heftigen und hetzerischen Anklagen gegen Deutschland; die Stimmung der leitenden politischen Kreise im moskowitischen Reiche war unzweifelhaft auf den Krieg eingestellt. An der Westgrenze wurden große Rüstungen vorgenommen, die nur gegen Deutschland und Österreich trotz aller offizieller Ableugnungen aus St. Petersburg bestimmt sein konnten. Die Verhältnisse innerhalb der russischen Reichsleitung waren damals derartige, daß man sich auf alles gefaßt machen mußte. Sie lag in den Händen des alten, eitlen und schwatzhaften Gortschakow nur noch dem Namen nach; in Wahrheit war dieser nur noch eine Dekorationsfigur und weilte sehr viel auf Reisen im Auslande. Der Zar konnte und wollte sich von ihm nicht trennen, teils aus traditioneller Anhänglichkeit, teils weil man ihm eingeredet hatte, und weil er es schließlich selber glaubte, daß er ein großer Staatsmann sei, der die höchste Direktive selber am besten in den Händen behalte. In Vertretung Gortschakows führte die auswärtigen Geschäfte der Ministergehilfe Nikolai v. Giers, ein wohlwollender und verständiger Diplomat, der aber nicht die nötige Autorität besaß, und dessen Politik und Anordnungen durch die höfischen und panslawistischen Kreise nicht beachtet oder geradezu gekreuzt wurden. Alexander II., körperlich und geistig zerrüttet, durch Nihilistenfurcht nervös überreizt, trotz der Überzeugung von seiner Selbständigkeit und Überlegenheit unter dem Einfluß seiner Gattin, seiner Geliebten, der Prinzessin Dolgorucki, und seiner sonstigen näheren, panslawistisch gerichteten Umgebung, zumal des Kriegsministers Miljutin, eines eingefleischten Deutschenhassers, schwankte zwischen den Extremen. Bald war er ängstlich-friedliebend, bald erging er sich in leidenschaftlichen Ergüssen und Ausfällen gegen Deutschland, worunter besonders der Botschafter von Schweinitz zu leiden hatte; in der letzten Zeit jedoch befestigte sich offensichtlich in ihm die zweite dieser beiden Tendenzen.

Unter diesen Umständen ward Bismarck mehr und mehr in der Absicht bestärkt, daß sich Rußland auf einen Krieg in Europa einrichte. Hätte der Zar im Vorjahre Schuwalow zum Nachfolger Gortschakows ernannt und damit den Berliner Kongreß gutgeheißen, so hätte sich Bismarck beruhigter gefühlt; so aber

hatte der Berliner Frieden die Gefahr der Balkanwirren für den europäischen Frieden keineswegs beseitigt. Und noch mehr. Im Laufe des Jahres 1879 gewann Bismarck den Eindruck, daß Rußland Anschluß an andere Mächte gegen Deutschland suche, zunächst an Frankreich. Vor aller Öffentlichkeit hatte Gortschakow in einem Interview, das er im Juni 1879 in Baden-Baden einem französischen Journalisten gewährte, die Aussicht auf eine französisch-russische Allianz eröffnet, indem er äußerte, eben dadurch habe er die Gegnerschaft Bismarcks auf sich geladen, daß er die Ansicht vertrete, daß Frankreich sich stark machen und wieder die ihm gebührende Stellung unter den europäischen Mächten einnehmen müsse. In der Tat klopfte Rußland damals bei Frankreich an, ebenso, weil man noch einen Dritten im Bunde haben zu müssen glaubte, bei Italien. Wie Andrassy in Erfahrung brachte, hatte die russische Regierung schon im Frühjahr in Rom angefragt, ob sie bei einem Angriff auf Österreich auf die Mitwirkung Italiens rechnen dürfte, und im August ließ der italienische Ministerpräsident Cairoli bei Beaconsfield sondieren, wie England es aufnehmen würde, falls sich Italien mit Rußland verbünde; er erhielt umgehend die Antwort, man würde das in London als einen casus belli betrachten. Auch Frankreich, zudem jetzt wegen seiner geplanten Tunispolitik auf England angewiesen, verhielt sich spröde. Der wahre Grund für diese Abweisung war freilich das Bewußtsein der Schwäche; man fühlte sich in Paris zurzeit weder aktions- noch auch bündnisfähig. Im Sommer verweilte der Fürst Orlow, der russische Botschafter für Frankreich, in Petersburg; er mußte melden, „daß Frankreich gegenwärtig überhaupt den Frieden brauche und sich zum Angriff gegen Deutschland nicht stark genug fühle, wenn sich nicht außer Rußland noch eine dritte Macht zu Frankreich geselle". Bismarck hatte davon Kenntnis, ebenso davon, daß die russische Sondierung in Rom einen Zustand der Schwäche ergeben hatte, „welcher verbietet, auf militärische Leistungen Italiens zu rechnen". Die Möglichkeit eines russisch-italienischen Bündnisses schreckte ihn übrigens nicht; er war damals der Meinung, Italien strebe steuerlos der Republik entgegen und sei für niemanden „eine potente Allianz". Wie wenig man damals in Paris gewillt war, auf die russischen Werbungen einzugehen, erhellt daraus, daß man daselbst gar kein Bedenken trug, der deutschen Regierung davon Mitteilung zu machen. Am 10. September ließ sich Waddington vor Hohenlohe dahin aus: „er halte es im Interesse Frankreichs geboten, mit England und Deutschland zu gehen, und er werde alle Zumutungen, die ihm von Rußland und von den russisch gesinnten französischen Blättern gemacht würden, zurückweisen". Eben damals war an Bismarck von Andrassy die Nachricht gelangt, daß sich das Petersburger Kabinett in Rom und Paris um eine Allianz bemühe; daher forderte der Kanzler gleichfalls am 10. September Hohenlohe auf, Genaueres festzustellen; dieser antwortete noch am selben Tage; direkte Vorschläge oder Anerbietungen bezüglich einer russisch-französischen Koalition seien in Paris noch nicht gemacht worden, wohl aber Anspielungen in Privatunterredungen zwischen dem Außenminister Waddington und russischen Diplomaten, und da jener dem Gedanken unzugänglich bleibe, arbeite Rußland in der ihm ergebenen Presse gegen ihn. Das bestätigte Bismarck nur das, was er bereits wußte. Welches die wahren

Gründe Waddingtons zu seiner abweisenden Haltung waren, darüber äußerte er sich zum Ende des Jahres 1879 zu seinem Nachfolger Charles de Freycinet, als er ihm sein Portefeuille übergab: „Ich glaube, daß Rußland einer Annäherung geneigt ist; aber Fürst Bismarck belauert uns. Wenn ein Vertrag zwischen Rußland und Frankreich droht, könnte er sich zur Eröffnung der Feindseligkeiten entschließen.“ Bismarck selbst war es schon Ende September bekannt, daß Waddington die „russischen Offerten“ dahin beschieden hatte, „auch mit Rußland zusammen sei Frankreich nicht stark genug gegen Deutschland, wenn man nicht zugleich Österreichs sicher sei“.

Das eben war es, was Bismarck mit Besorgnis erfüllte und antrieb, seinerseits die Allianz mit Österreich zu suchen, — nicht sowohl die Gefahr einer französisch-russischen oder auch einer französisch-russisch-italienischen Allianz, deren geringe Aussichten er sehr wohl durchschaute, — vielmehr das Schreckgespenst eines Anschlusses Österreichs an Rußland und Frankreich. Das Spiel der Russen in Paris und Rom war ihm ein Symptom ihrer feindseligen Stimmung gegen Deutschland; natürlich bestimmte es ihn, dagegen eine Rückendeckung zu suchen. In erster Reihe aber bedachte er, daß Österreich gegenüber der Bedrohung durch Rußland nicht allein bleiben könne und sich daher entweder mit England oder mit Frankreich oder sogar mit Rußland selbst zu stellen trachten werde: bei den momentanen Beziehungen Frankreichs sowohl mit Rußland als auch mit England konnte sich daraus sowohl eine österreichisch-französisch-britische als auch eine österreichisch-französisch-russische Kombination entwickeln. Beide meinte er verhindern zu müssen; noch mehr als die erste fürchtete er die zweite, da sie Deutschland der Isolierung auf dem Festlande aussetzte und die Situation des Siebenjährigen Krieges wieder heraufbeschwor. Dagegen schien es nur eine Garantie zu geben, schleunige Errichtung eines Bündnisses zwischen Österreich und Deutschland, solange noch Andrassy dort am Ruder war, den er kannte, und dem er traute. Aus Gründen, die den innerpolitischen Schwierigkeiten Österreichs, seinem Gesundheitszustande, sowie seinem Bedürfnis nach Ruhe entsprangen, ging Andrassy damals mit der festen und unerschütterlichen Absicht um, sich in das Privatleben zurückzuziehen; seine Stellung bei Kaiser Franz Josef war nicht im geringsten erschüttert, seine tunlichst alsbaldige Wiederverwendung vielmehr in Aussicht genommen. Ob sein Nachfolger ebenso geneigt sein würde, wie er, mit Deutschland zusammenzugehen, stand dahin; wenn daher eine Fixierung des momentanen deutsch-österreichischen Einvernehmens wünschenswert erschien, so empfahl es sich, diese möglichst bald vorzunehmen, damit die Donaumonarchie auch nach Andrassys Ausscheiden an Deutschland noch sicher gebunden blieb. Das waren die Erwägungen, die Bismarck jetzt bewogen, die Bündnisfrage energisch in Angriff zu nehmen; wir hören darüber: „Er nahm den Gedanken eines Verteidigungsbündnisses zwischen Deutschland und Österreich um so energischer auf, als der nahe bevorstehende Rücktritt Andrassys zur Eile mahnte, da das diesem gewidmete Vertrauen sich nicht ohne weiteres auf den Nachfolger übertragen konnte. Für einen besonders sicheren Bundesgenossen hielt er allerdings Österreich nach seiner ganzen Zusammensetzung und seinen katholischen Traditionen keineswegs, aber für

den erreichbarsten und willigsten". Schon hielt er es auch für geraten, den Russen einen Wink zu geben, um ihnen zu bedeuten, wie nötig es sei, daß sie ihren Treibereien einen Dämpfer aufsetzten. Kurz ehe er von Kissingen nach Gastein abreiste (19. August), besuchte ihn daselbst der russische Diplomat Saburow, der bereits als Botschafter für Konstantinopel designiert war; unter Hinweis auf den Mangel an Dank für die deutsche Unterstützung auf dem Kongreß, die fortgesetzten Unfreundlichkeiten und die Truppenanhäufungen an der Grenze, erklärte er ihm rundheraus: „Die Rücksicht auf unsere eigene Sicherheit zwingt uns, zu rechter Zeit andere Anlehnungen zu suchen und unsere Freundschaft mit anderen Mächten sorgfältiger als bisher zu kultivieren."

So war die Entwicklung von selbst zu dem Ziele gelangt, von dem Bismarck (s. o. S. 72) gesagt hatte, es müsse langsam heranreifen, und wenn Andrassy diesen Worten damals seine „volle und unbedingte Zustimmung" erteilt hatte, indem er erklärte, „sie bezeichnen die Idee, an der wir festhalten müssen, und die unzweifelhaft ihre Früchte reifen wird", so war er jetzt gewillt, daraus die praktischen Konsequenzen zu ziehen. Ein unvorsichtiger persönlicher Vorstoß des Zaren selbst war es, der nunmehr die Dinge in Fluß brachte. Am 6. August richtete der russische Geschäftsträger in Berlin, von Arapow, an das Auswärtige Amt die Bitte, „daß Deutschland die wohlwollende Vermittlerrolle, die es auf dem Berliner Kongreß gespielt habe, auf die weiteren Kommissionsverhandlungen ausdehnen möge". Alexander II. glaubte, diese diplomatische Aktion durch eigene Vorstellungen beim deutschen Botschafter von Schweinitz unterstützen zu sollen. Indem er diesem vorhielt, daß die deutschen Kommissäre überall die Partei Österreichs gegen Rußland nähmen, fügte er hinzu: „Wenn Sie wollen, daß die Freundschaft, welche hundert Jahre lang uns verbunden hat, fortdauere, dann sollten Sie dies ändern. Es ist ganz natürlich, daß hier ein Gegenstoß erfolgt; Sie sehen die Sprache, welche die Zeitungen führen; das wird ein sehr ernstes Ende nehmen. Ich werde dem Kaiser darüber schreiben." Schon der Antrag Arapows fand bei Bismarck eine kühle Aufnahme. Er war für äußerste Zurückhaltung; er erwog, daß alle Vermittlerdienste Deutschlands auf dem Kongreß mit Undank belohnt worden waren, und war dafür, daß es nichts tue, wodurch es die Möglichkeit einer Anlehnung an andere Mächte verliere, damit nicht etwa seine Isolierung in der Folgezeit von Rußlands Gnade abhängig würde. Noch stutziger machte ihn die Sprache, die Alexander II. vor Schweinitz führte. Zwar hatte dieser darüber berichtet, der Ton der Apostrophe des Zaren sei „mild, nichts weniger als drohend gewesen", und das sei wesentlich für ihre Schätzung; aber der Kanzler las daraus „ziemlich unverblümte Drohungen" heraus; er wurde sofort von Gastein aus, wo er sich seit dem 21. August befand, in diesem Sinne bei seinem Kaiser vorstellig, indem er mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit hinwies, daß sich Deutschland auf Grund seiner Erfahrungen seit 1875 nicht so weit für Rußland engagieren dürfe, daß es in Europa vollkommen vereinzelt dastünde und sich dem russischen Wohl- oder Übelwollen schutzlos preisgegeben sähe. Und der Zar ging noch weiter; wie er Schweinitz angekündigt hatte, wandte er sich direkt an seinen Oheim. Unter dem Eindruck der

zur Zeit auf dem Balkan spielenden Differenzen und unter dem Einfluß Miljutins setzte er sich, wie erzählt wird (wenngleich nicht kontrollierbar, so doch charakteristisch genug für seine damalige Stimmung) „nach einer seiner schlaflosen Nächte hin und schrieb zwei eigenhändige Briefe, den einen an seinen Onkel Kaiser Wilhelm, den andern an Kaiser Franz Josef; zwei aufgeregte Briefe, eine Art von Ultimatum, in denen er Bedingungen stellte und im Falle ihrer Nichterfüllung den Krieg ansagte. Der arme Giers fiel auf den Rücken, als er sie ihm zur Abschriftnahme gab; er flehte ihn auf Knien an, von der Absendung abzusehen. Aber der ängstliche Minister konnte keinen Einfluß auf einen Menschen haben, der gewöhnt war, als unfehlbarer Papst betrachtet zu werden, und die Briefe gingen ab". Das Schreiben an Wilhelm I., datiert aus Zarskoje Selo vom 3./15. August 1879, ist in der Geschichte bekannt unter dem Namen der „Briefohrfeige". Alexander II. beschwerte sich darin über die feindliche Haltung der deutschen Vertreter unter den zur Regelung der Balkanverhältnisse eingesetzten Kommissarien, indem er behauptete, daß die Italiens und Frankreichs immer mit denen Rußlands gingen; er führte das auf den persönlichen Groll des Fürsten Bismarck gegen Gortschakow zurück; er warnte vor den „verhängnisvollen Konsequenzen, die aus den zur Zeit bestehenden Irrungen zwischen den beiden Staaten entspringen könnten, die sich auch bereits in der Sprache der Presse bemerkbar machten"; er erinnerte den Kaiser daran, daß dieser selbst die russischen Dienste von 1870 als „unvergeßlich" anerkannt habe, kurz, rückhaltlos schüttete er den seit Jahren in seinem Herzen aufgespeicherten Ingrimm über Bismarck und Deutschland vor dem Oheim aus.

Der Brief des Zaren widersprach allzusehr allen traditionellen Formen und dem schuldigen Respekte, als daß er den greisen Monarchen nicht bitter berühren mußte. Sein erster Gedanke war, ihn vorläufig mit einem aufschiebenden bedauernden Telegramm zu beantworten, — eine Absicht, die Bismarck zwar billigte, die zu dessen Leidwesen der Kaiser aber bald wieder aufgab. Er bat vielmehr jetzt den Kanzler, eine Antwort zu entwerfen, wofür er ihm die Direktive gab, es müßten darin einige Fälle berührt werden, wo die deutschen Bevollmächtigten nicht anders gekonnt hätten, als gegen die russischen zu votieren: „sonst aber muß dem Kaiser kein Zweifel an unserer alten Gesinnung gelassen werden". Ganz anders war die Aufnahme bei Bismarck. Er unterwarf das Schreiben des Zaren von Gastein aus einer heftigen Kritik; es war für ihn das letzte Tröpfchen, das den Kelch zum Überlaufen brachte. Die Bemerkung Alexanders II. von der Übereinstimmung der französischen mit den russischen Kommissaren machte auf ihn keinen Eindruck, da ihm das Gegenteil als wahr bekannt war; er glaubte nicht an eine wirkliche Annäherung zwischen Frankreich und Rußland; wohl aber befürchtete er eine heimliche russisch-österreichische Verständigung, auf Grund deren allein der Zar sich hätte erkühnen können, ein solches Ultimatum an Deutschland zu stellen. Er beschloß sofort mit Andrassy persönlich Fühlung zu nehmen, um sich darüber Gewißheit zu verschaffen; inzwischen meinte er, die Erwiderung in einem Tone halten zu müssen, der nicht alle Brücken zu Rußland abbreche. So kleidete er denn diese in eine „sehr vornehm abweisende Form", trotz der

Beschuldigungen und Beleidigungen, die Alexander gegen ihn selbst ausgesprochen hatte, — war doch z. B. die Wendung gebraucht worden, es sei „eines wahren Staatsmannes nicht würdig“, persönliche Zwistigkeiten, nämlich mit Gortschakow, in das Verhältnis zweier großer Staaten hineinzuzerren. Es ward in der Entgegnung auf die vielfachen Dienste aufmerksam gemacht, welche Preußen den Russen im Laufe des Jahrhunderts erwiesen hatte, und in Abrede gestellt, daß die Instruktionen für die deutschen Balkankommissare in russenfeindlichem Geiste gehalten wären. So gemäßigt war die Antwort, daß sie der Kaiser mit dem Bemerken unterzeichnete, er würde selbst energischere, schroffere Ausdrücke gerechtfertigt gefunden haben. Immerhin entsprach die milde Fassung des Bismarckschen Entwurfes ganz und gar den Gesinnungen des Monarchen; den dringenden Vorstellungen des Kanzlers zum Trotze hielt jener noch immer die Anlehnung an Rußland für gesicherter als die an Österreich, und als ihn Bismarck um die Erlaubnis bat, auf der Rückreise zu weiteren Verhandlungen über Wien fahren zu dürfen, schrieb er ganz erschrocken: „In keinem Fall, weil Rußland dies sofort als Rupture mit sich ansehen muß und mein Brief daher an den Kaiser Alexander überflüssig wäre.“ Am 28. August schrieb Wilhelm I. die Antwort an den Zaren nach der Bismarckschen Vorlage ab. Alexander, dem der erschrockene Giers Vorhaltungen gemacht hatte, fühlte, schwankend, wie er war, bereits einige Reue über sein schroffes Vorgehen gegen den Oheim; um den peinlichen Eindruck, den es ausüben mußte, einigermaßen zu verwischen, hatte er nach Berlin eine Einladung zu den Manövern geschickt, die jetzt soeben in Russisch-Polen stattfanden. Der Feldmarschall von Manteuffel wurde daher zu seiner Begrüßung nach Warschau abgeordnet; er nahm das kaiserliche Handschreiben mit sich, um es Alexander einzuhändigen. Bismarck war mit dieser Sendung nicht einverstanden, da sie ihm nach der Kränkung, die der Zar dem Kaiser angetan hatte, im Range zu hoch gegriffen erschien; als rein militärischen Akt konnte er sie jedoch nicht ändern. Aber keineswegs war er gewillt, erst abzuwarten, welche Ergebnisse sich an den weiteren Meinungsaustausch der beiden Monarchen knüpfen könnten. Gequält vom Argwohn, den er „aus dem frech drohenden Tone Rußlands“ schöpfte, „dieses hätte bereits eine feste Allianz mit Österreich geschlossen“, bat er, schon um hierüber Klarheit zu gewinnen, Andrassy, ihn möglichst bald in Gastein zu besuchen.

Man hat die Frage aufgeworfen, ob Bismarck damals wirklich an eine unmittelbare Kriegsgefahr von Rußland her glaubte. So viel ist sicher, daß er bei der ganzen Lage der Dinge, bei den zerfahrenen, zu gewaltsamer Explosion jederzeit geeigneten Verhältnissen in Rußland, bei den russischen Bündnistreibereien in Europa, bei der Möglichkeit, Deutschland plötzlich isoliert zu sehen, und das hieß im Augenblicke, eines sofortigen Angriffes gewärtig sein zu müssen, Vorkehrungen gegen einen Krieg nicht entraten zu dürfen meinte, mochte dieser nun früher oder später ausbrechen. Jedenfalls hielt er es für unbedingt erforderlich, einer Koalition vorzubeugen, die Rußland, Frankreich und noch dazu etwa Österreich umfasse. Gerade in diesen Tagen (am 25. August) liefen neue alarmierende Berichte des Botschafters von Schweinitz ein, der vom Inhalt des

zaristischen Schreibens noch keine Kenntnis hatte: „Kaiser Alexander sei nicht mehr das, was er für uns seit 1862 gewesen, und würde bei sich bietender Gelegenheit bereit sein, trotz seiner Freundschaft für die Person unseres Kaiserlichen Herrn in Gegensatz zu allerhöchster Politik zu treten.“ Im übrigen sprechen die großen Zugeständnisse, die der Kanzler bei den nunmehr einsetzenden Verhandlungen Andrassy machte, vollauf dafür, daß es ihm mit seinen Besorgnissen vor Rußland durchaus ernst war. Und indem er mit Österreich abschloß, verhinderte er nicht nur einen Krieg Rußlands mit Deutschland, womöglich gar auf der Grundlage eines österreichisch-russischen Zusammenwirkens; er hielt dadurch auch Frankreich im Zaume und machte auf England, das sowieso schon mit Österreich in einer Art von Entente stand, einen günstigen Eindruck. Endlich, was war denn eine deutsch-österreichische Allianz letzten Grundes weiter als eine unabwendbare Konsequenz der Option, die er nun doch einmal bereits für Österreich gegen Rußland vorgenommen hatte? Kam es einmal, aus welchem Anlasse auch immer, zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Österreich und Rußland, so mußte Deutschland, wenn jenes dabei in eine kritische Situation geriet, doch immer, wie der Kanzler meinte, dem habsburgischen Reiche hilfreich beispringen, damit es nicht vom Erdboden verschwinde: war es da nicht besser, einen Schritt zu vollziehen, der, wie die Dinge nun einmal standen, einen russisch-österreichischen Krieg eher zu verhindern als hervorzurufen geeignet war?

Alle diese Gründe, die bei der damaligen politischen Situation Deutschland auf ein österreichisches Bündnis hinwiesen, erschienen Bismarck so zwingender Natur, daß er nach einem solchen auch gegen den Widerstand der öffentlichen Meinung in Deutschland gestrebt haben würde, — davon konnte freilich so wenig die Rede sein, daß er vielmehr dadurch gerade der mächtigsten Oppositionspartei, dem Zentrum, zu Gefallen handelte. Indem er den ersten Schritt tat, indem er sich Andrassy näherte, wurde dieser von vornherein in eine günstige Position für die Verhandlung gesetzt, die nunmehr am 27. und 28. August in Gastein geführt wurde. Bismarck ging davon aus, daß Deutschland durch Rußland gedrängt würde, in den schwebenden Fragen im Orient nicht mit, sondern gegen Österreich zu stimmen, und daß es daher Gefahr laufe, sich wegen der „schönen Augen Österreichs“ mit Rußland zu überwerfen; er frug den Partner, ob eine Verständigung zwischen Rußland und Österreich unmöglich sei. Andrassy bezeichnete eine solche für schwierig, wegen der anmaßenden Haltung Rußlands, wegen des Wankelmutes des Zaren: wenn er Rußland entgegenkäme, würde er Mißtrauen in England erregen, und das sei untunlich, da sich Österreich die westmächtlichen Sympathien warm halten müsse, solange es keine Gewißheit habe, ob es gegen ungerechte russische Zumutungen auf Deutschlands Beistand rechnen dürfe. Damit war der Übergang zur Erörterung der Allianzfrage gegeben. Zuerst schlug Bismarck ein Bündnis mit gegenseitiger Territorialgarantie bedingungslos mit oder ohne bestimmte Zeitdauer vor, wobei Rußland nicht ausdrücklich als der angreifende Teil genannt würde, am liebsten unbefristet, gewissermaßen als Ersatz für den früheren Deutschen Bund. „Es liege,“ so setzte er dem Grafen auseinander, „eine der Schwächen unserer heutigen Beziehungen, im Ver-

gleich mit der Zeit des Deutschen Bundes, darin, daß ein Angriff auf eine der beiden deutschen Großmächte den vertragsmäßigen Beistand der anderen nicht notwendig und ohne eine neue Entschließung zur Folge habe. Der alte Deutsche Bund sei eine Art von gegenseitiger Assekuranzgesellschaft für den Frieden gewesen." Zum Deutschen Bunde, so fügte er hinzu, könne man nicht zurückkehren; aber er halte „eine analoge Friedensliga zwischen den beiden mitteleuropäischen Kaiserreichen für eine nützliche Institution", — ob sie nicht ihren beiderseitigen Herrschern eine derartige Allianz vorschlagen sollten? War auch Andrassy der Bündnisplan an sich sympathisch, so lehnte er ihn doch in dieser allgemeinen Fassung ab, da dadurch auch Frankreich getroffen würde, schon aus Rücksicht auf das augenblickliche Verhältnis Österreichs zu England, das damit nicht einverstanden sein würde: „England bedürfe," so bemerkte er, „gegenwärtig Frankreichs, solange es nicht wisse, was es von Deutschlands zukünftiger Politik zu erwarten habe;" Deutschland sei stark genug, einem einseitigen Angriff Frankreichs zu widerstehen. Daher wünschte er ein rein defensives Abkommen mit einer ausgesprochenen Spitze gegen Rußland; doch erklärte er sich bereit, falls Rußland in einem deutsch-französischen Kriege den Franzosen beispringen würde, mit oder ohne England, Österreich vertragsmäßig an Deutschland gegen Rußland und Frankreich zugleich zu binden. Es fiel Bismarck schwer, auf einen rein antirussischen Traktat einzugehen; er wußte, daß sein Monarch dagegen sein würde.

Die Verhandlung endigte damit, daß ihre Fortsetzung in Wien verabredet wurde, das Bismarck auf der Rückreise berühren wollte; als ihr vorläufiges Ergebnis konnte Andrassy sofort aus Gastein an Franz Josef telegraphieren: „Vorschlag eines Defensivabkommens gegen Rußland, worin ungefähr gesagt würde: Nachdem Rußland auch nach dem Kriege seinen Kriegsstand vermehrt und eine komminatorische Sprache gegen seine Alliierten führt, vereinigen sich die beiden Kaiser zur Sicherung des Friedens und des geschaffenen Zustandes dahin, jeden Angriff auf eines der beiden Reiche mit ganzer Macht gemeinsam abzuweisen. Der casus foederis würde auch eintreten, wenn eines der beiden Reiche von einer dritten Macht angegriffen und Rußland hierzu kooperieren würde. England wäre von diesem Abkommen zu unterrichten und, wenn möglich, was Bismarck hofft, auch beizuziehen." Man gewahrt, daß diese Formel das Resultat eines Kompromisses zwischen den beiden Staatsmännern war: Rußland war zwar ausdrücklich genannt, aber nicht als die einzige Macht, bei deren Angriff der casus foederis gegeben wäre. Von besonderer Wichtigkeit ist die Wendung betreffend England; man erkennt daraus, daß Bismarck damals noch auf Beaconsfield Hoffnungen setzte. Triumphierend fügte Andrassy in der Depesche an seinen Herrscher hinzu: „Dieser ganze Vorgang ist die Frucht Ew. Majestät langjähriger Politik, die Krönung des Werkes, an dem ich mitzuwirken das Glück hatte, der Lohn sorgfältiger Arbeit und richtigen Kalkuls; er gibt der Monarchie die richtige Stellung in Europa, Ew. Majestät starke und freie Hand im Orient. Trotzdem habe ich mich inkompetent erklärt und nur die Befürwortung bei Ew. Majestät zugesagt." Unverzüglich (am folgenden Tag, 29. August) erwiderte Franz Josef: „Ihr Telegramm gestern in Prag

erhalten, ich gratuliere zu den in Gastein angebahnten Resultaten, denen ich aus vollster Überzeugung beistimme.“ Interessant ist der Schluß der Depesche Andrassys insonderheit insofern, als sie ein volles Schlaglicht auf die letzten Motive seiner Bündnispolitik wirft; es war ihr Zweck, „starke und freie Hand im Orient“ zu bekommen. Bosnien und die Herzegowina waren nun doch bereits im Besitze Österreichs, — wofür brauchte dieses denn noch weiter die „starke und freie Hand“? Die Antwort auf die Frage ist nicht schwer: Fernhaltung Rußlands vom Balkan, auch von dessen östlicher Hälfte und damit Begründung eines ausschließlich österreichischen Dominates auf der Halbinsel; damit mochten sich Absichten auf ein weiteres Vorschieben der eigenen Positionen in der Richtung nach dem Ägäischen Meere verbinden. Es mußte nun freilich als zweifelhaft erscheinen, ob Bismarck Lust verspüren konnte, Deutschland als Vorspann für einen solchen Balkanimperialismus des habsburgischen Reiches gebrauchen zu lassen.

Ohne weiteres erteilte Franz Josef seinem Minister die Erlaubnis zu weiteren Verhandlungen und festen Abmachungen zu Wien auf der Basis des Einverständnisses, das in Gastein erzielt worden war. Am 31. August hatte Andrassy Audienz bei seinem Herrscher in Bruck; er konnte nach Gastein als deren Ergebnis melden, der Kaiser sei „von der Nützlichkeit, ja Notwendigkeit einer solchen Abmachung so durchdrungen, daß jede weitere Motivierung sich als überflüssig herausstellte“, und werde sich freuen, Bismarck in Wien zu sehen. Er erklärte seine Bereitschaft, so lange im Amte zu bleiben, bis die Sache erledigt sei, indem er mitteilte, daß sein Nachfolger bereits eingeweiht und vollkommen einverstanden sei. Aufs lebhafteste beteuerte er seinen Eifer, dieses große Werk noch mitschaffen zu wollen: „Ich muß gestehen, solange ich die Fackel nicht ausgelöscht sehe, die Kaiser Alexander halb unbewußt auf dem europäischen Pulverfaß herumschwingt, solange ich den Frieden Europas in den Händen eines Miljutin, eines Jomini, nächstens wohl eines Ignatiew weiß, kann ich keine Beruhigung finden.“ Wenn Rußland schon nach einem Kriege, zu dessen Urheberschaft sich heute, so fuhr Andrassy fort, niemand mehr bekennen wolle, und durch den es finanziell und militärisch so sehr geschwächt worden sei, Deutschland und Österreich bedrohe, und zwar wegen so geringfügiger Nebendinge auf dem Balkan, was stehe dann erst zu erwarten, wenn seine Wunden wieder geheilt wären, die momentan zurückgedrängte nihilistische Bewegung aber wieder so erstarkt wäre, daß eine Diversion nach außen als das einzige Mittel erscheine, um den inneren Schwierigkeiten zu begegnen? Jeder Staat (der österreichische freilich weniger, als jeder andere, so fügte er, die wahre Sachlage durchaus verkennend, hinzu) habe heute damit zu tun, „um die Autorität gegen die subversiven Mächte im Innern zu schützen“; das aber würde auf die Dauer unmöglich, wenn mit der stetigen Kriegsgefahr von der russischen Seite zu rechnen sei. Er hege keinen Zweifel über die persönlichen Absichten des Kaisers Alexander; er sei überzeugt, daß dieser den Krieg nicht wolle; aber ebenso gewiß sei es, daß der Zar den letzten Krieg zwar nicht gewollt habe, daß dieser jedoch trotzdem infolge der Treibereien seiner Umgebung gekommen sei, denen er nicht Widerstand zu leisten vermocht und sogar nicht versucht habe. So schlug Andrassy alle Töne an, von denen er annehmen

konnte, daß sie nicht nur auf Bismarck, sondern auch auf dessen Monarchen Eindruck machen würden.

Aber ein so leichtes Spiel, wie Andrassy bei Franz Josef, hatte Bismarck nicht bei Wilhelm I. Von der alten Tradition und seinen Sympathien für den Neffen bestimmt, schlug der deutsche Kaiser einen ganz andern Weg ein, als sein Kanzler. Die gemäßigte und zurückhaltende Sprache, die Bismarck im Entwurfe zur Antwort auf die russische „Briefohrfeige" geführt hatte, lediglich aus taktischen Gründen, solange er noch nicht Gewißheit über den wahren Stand der russisch-österreichischen Beziehungen hatte, und die dem Monarchen selbst ursprünglich allzu zahm gedünkt hatte, entsprach den wahren Regungen des Herzens des Kaisers: dieser wurde schließlich, wie Bismarck sich ausdrückte, „von unserer eigenen Stilistik mehr impressioniert, als mir nützlich scheint". Die leidenschaftlichen Ergüsse, in denen der Kanzler von Gastein aus seinem Zorn über die russischen Anmaßungen Ausdruck gab, seine dringenden Vorstellungen von der Notwendigkeit eines deutsch-österreichischen Bündnisses mit der Spitze gegen Rußland, fanden in der Brust des Kaisers keinen Widerhall; er stand ihnen durchaus verständnislos und kühl ablehnend gegenüber. Am 31. August ließ Bismarck eine lange Denkschrift an seinen Herrscher abgehen, in welcher er unter großen historischen Gesichtspunkten die augenblickliche Lage aufs schärfste beleuchtete, die Unzuverlässigkeit Rußlands und alle Gründe darlegte, die seines Erachtens eine schnelle vertragsmäßige Verständigung mit Österreich erforderten, zugleich mit einem recht vorsichtig gehaltenen Berichte über seine Besprechungen mit Andrassy, — die Stimmung Wilhelms I. war nicht derart, daß sie ihn zu überzeugen vermochte. Und was es Bismarck noch schwerer machte, den Kaiser mit sich auf dem Wege fortzuziehen, den er nunmehr zu betreten entschlossen war, das war der Umstand, daß der Zar jetzt wieder einzulenken bemüht war. Alexander hatte inzwischen selbst, wie schon erwähnt wurde, eingesehen, daß er den Bogen allzu straff gespannt hatte. Aus seiner Unterredung in Kissingen mit Bismarck kurz vor dessen Abreise nach Gastein hatte Saburow den Eindruck gewonnen, daß die deutsch-russischen Beziehungen einer Neuorientierung bedürften: die Dankesschuld von 1870 habe Bismarck im Russisch-Türkischen Kriege beglichen, indem er keine Bewegung Österreichs in der russischen Flanke zuließ. „Seit dem Frieden von San Stefano sei die Basis seiner Hilfsbereitschaft der Grundsatz: do ut des. Wenn nicht bald etwas geschehe, so würde Deutschland auf der Suche nach neuen Verbündeten Rußland zuvorkommen. Die preußische Freundschaft habe Rußland fast ein Jahrhundert den unschätzbaren Dienst erwiesen, die wichtigste seiner Grenzen zu sichern. Durch die wachsende Intimität zwischen Berlin und Wien infolge der russisch-deutschen Reibungen werde das in Frage gestellt. Bismarcks Haltung lasse keinen Zweifel, daß er an eine Allianz mit Österreich denke und möglicherweise sogar an eine Aussöhnung mit Frankreich auf der Basis territorialer Wiederherstellung" (d. h. durch eine Restitution der 1871 Frankreich abgenommenen Gebiete in irgendwelcher Ausdehnung). Von Kissingen nach Petersburg zurückgekehrt, hielt Saburow dem Zaren einen mündlichen Vortrag in diesem Sinne.

Schon das genügte, um den Zaren zu Einkehr und Umkehr zu bewegen.

Giers äußerte alsbald, hätte Saburow seinen Bericht nur einige Tage früher erstattet, so wäre das „verhängnisvolle“ Schreiben vom 15. August unterblieben, — das war nun freilich insofern eine chronologische Unmöglichkeit, als dieses schon abgegangen war, ehe noch Saburow mit Bismarck in Kissingen gesprochen hatte. Sofort erging eine Verwarnung an die russische Presse; plötzlich hüllte sich diese in Schweigen, woraus ihre Abhängigkeit von der Regierung erhellte. Jetzt langte auch Manteuffel mit der Antwort Wilhelms I. in Warschau an. Es stand darin zu lesen, — Bismarck selbst hatte die Phrase eingefügt: „Sie werden ihn [Manteuffel] als einen loyalen und überzeugten Dolmetscher meiner Freundschaft für Sie finden. Ich bitte Sie, mein lieber Neffe, zu glauben, daß ich in dieser Freundschaft sehe und stets sehen werde ein geheiligtes Vermächtnis, das unsere Väter (erhabenen Angedenkens, wie der Kaiser hier einschaltete) uns unversehrt hinterlassen haben, und für dessen Verwendung uns Gott eines Tages zur Rechenschaft ziehen wird.“ Auf des Zaren sentimentales Gemüt machte diese Wendung einen tiefen Eindruck; Manteuffel wird das Seinige getan haben, um diesen zu verstärken. Seine und Saburows Vorstellungen erweckten in Alexander jetzt den Wunsch, Österreich bei Deutschland den Rang abzulaufen. Zwar konnte der Feldmarschall von Warschau aus nur bestätigen, daß Rußland in Paris und Wien bereits hinsichtlich eines Bündnisses sondiert, und daß der Selbstherrscher aller Reußen bereits „seine Aversion gegen die französische Republik überwunden“ hatte, — eben die Erfolglosigkeit dieser Bemühungen, sowie die Angst vor einer österreichisch-deutschen Allianz waren es ganz sicherlich, die Alexander jetzt bewogen, das Steuer umzuwerfen, so daß Manteuffel melden konnte, daß er jetzt zum Bündnis mit Deutschland geneigt sein werde; das Motiv dafür war freilich nichts anderes, als „die ausgesprochene Hinneigung Deutschlands zu England und Österreich-Ungarn, wodurch die Macht Rußlands im Orient geschwächt würde“. So sehr ernst war es dem Zaren jetzt mit seiner Sinnesänderung, daß er den Oheim zu einer persönlichen Zusammenkunft für den 3. September in der Grenzstadt Alexandrowo einlud, um durch eine persönliche Aussprache mit ihm alle Schatten zu zerstreuen; anknüpfend an die von Bismarck im Antwortschreiben des Oheims herstammende Phrase erklärte er, er verspreche sich davon „die besten Ergebnisse, um unsere alte Freundschaft und die guten Beziehungen zwischen unsern Ländern zu befestigen, wie unsere Väter glorreichen Angedenkens sie uns vermacht haben, und wie wir sie alle beide wünschen“.

Auf des Kaisers empfängliches Gemüt blieb das nicht ohne Wirkung; mit einigem Unbehagen sah Bismarck, was er mit der Redewendung vom „heiligen Vermächtnis“ angerichtet hatte, die ihm nur eine diplomatische Formel gewesen war, um den Zaren „günstig zu impressionieren“, solange er noch nicht klar über das russisch-österreichische Verhältnis sah. Die russische Bündnisbereitschaft kam ihm jetzt zu spät, gerade um drei Jahre: „Sie würde uns,“ so telegraphierte er sofort nach Berlin, „nur Österreich entfremden und uns dann mit Rußlands Liebe allein lassen. Unsere volle Isolierung, unter Mißtrauen aller, wäre dann in Rußlands Belieben gestellt. Das könnten wir nicht wagen, selbst wenn Kaiser Alexander den Glauben an die Zuverlässigkeit seiner persönlichen Freundschaft

noch nicht zerstört hätte. Wir dürfen nicht von dem Wohlwollen und der Ehrlichkeit einer mißgestimmten Macht abhängig werden, die so undankbar ist, daß sie nach den großen Diensten, die wir ihr leisteten, ihr fanatisches Volk gegen uns verhetzt, eine Invasionsarmee an unserer Grenze bereit hält, im Frieden maßlos rüstet und dann unter Kriegsdrohung Lehnsfolge von uns fordert. Österreich ist sicherer, weil das Volk für uns ist, dabei ungefährlich für uns, bringt England mit und verfällt feindlichen Einflüssen, wenn es den Halt an uns nicht findet." Er wollte deshalb keineswegs etwa einen Bruch mit Rußland. Er bezeichnete es für nützlich, auch wenn Deutschland „die österreichische Assekuranz unter Dach haben würde, mit dem russischen Kaiser auf so gutem Fuß zu bleiben, als unser Interesse und unser Ehrgefühl es zulassen"; aber keinesfalls durfte Deutschland mit Rußland allein bleiben. Daß Manteuffel eben in dieser Situation, als er mit Andrassy über die gegenseitige Assekuranz zu verhandeln begonnen hatte, den Kaiser zu einer Begegnung mit dem Zaren und namentlich auf russischem Gebiete veranlaßte, kam ihm „unerwartet und unerwünscht". Telegraphisch protestierte er (am 31. August) gegen die Zusammenkunft; er hielt Kaiser Wilhelm vor, nach dem Briefe des Zaren dürfe er, ehe dieser nicht in Preußen gewesen sei, nicht russisches Gebiet betreten. Es wurde ihm der Bescheid zuteil: der Zar könne Rußland nicht ohne Gefahr für seine persönliche Sicherheit verlassen; es sei aber jetzt zu spät, diesseits der Grenze noch die nötigen Maßregeln zu treffen. So nahm Wilhelm (am 1. September) die Einladung Alexanders an; immerhin erklärte er dem Staatssekretär von Bülow ausdrücklich: er sehe diesen kurzen Besuch nur als eine persönliche Angelegenheit an, werde auf keine politische Erörterung, geschweige Zusagen eingehen; nur insoweit wolle er mit dem Zaren von Politik reden, um klarzustellen, wie dieser zu dem unbegreiflichen Brief gekommen sei, und um die Anklagen gegen Bismarck und die deutsche Politik zurückzuweisen. Er fühlte selbst, daß er durch seine Reise Österreich Grund zu Argwohn gebe, und sagte „in gleichsam entschuldigendem Tone" zum Fürsten von Liechtenstein, daß er sich nur schwer zu diesem entgegenkommenden Schritte entschlossen habe. Der Kanzler war außer sich; er charakterisierte die Fahrt seines Herrn als ein zweites Olmütz, „mit welchem wieder der Name Manteuffel verknüpft sei". Er habe nicht, so ließ er sich aus, das Recht der Souveräne, seinen persönlichen Gefühlen der Verehrung und Verwandtschaft zu folgen, wo Staatsinteressen auf dem Spiele ständen, und einige Monate später hat er sich in ähnlicher Weise dahin geäußert: „Gegen meinen Rat ist Kaiser Wilhelm nach Alexandrowo gefahren; damals bin ich dem Einbringen meiner vollen und definitiven Demission am nächsten gestanden. Mit Gefühlen läßt sich keine Politik treiben, diese kann nur auf reellem Nutzen und greifbaren Vorteilen begründet sein."

Der Konflikt zwischen Kaiser und Kanzler war ausgebrochen und bereits in vollstem Gange. Er war um so schwerer, als es sich ja nicht nur um die Reise nach Alexandrowo an und für sich handelte, sondern um die tiefsten außenpolitischen Gegensätze. Versprach der Monarch zwar, keine bindenden Abmachungen daselbst mit Kaiser Alexander zu treffen, d. h. sich auf ein deutsch-russisches

Bündnis nicht einzulassen, so widerstrebte er doch auch dem deutsch-österreichischen Koalitionsprojekt; er sah darin den Versuch, ihn zu einer Allianz mit Frankreich und England gegen Rußland zu nötigen, ähnlich der Situation Preußens beim Ausbruche des Krimkrieges, wobei er damals freilich, anders wie Bismarck, den Anschluß an die Westmächte vertreten hatte. „Faktum sei,“ so ließ sich Bismarck in jener kritischen Zeit vernehmen, „daß Se. Majestät vor Rußland eine große Angst habe.“ Das Dreikaiserbündnis wollte Wilhelm wieder eingehen, aber nicht ein Bündnis mit Österreich allein, dem er von 1866 und 1870 her noch immer nicht ganz traute, und noch dazu mit einer Spitze gegen Rußland, — es lag auf der Hand, daß jenes beim gespannten Verhältnis zwischen Österreich und Rußland im Augenblicke ganz unmöglich war. Eben jetzt traf Bismarcks große Gasteiner Denkschrift vom 31. August mit dem Bericht über die Verhandlungen mit Andrassy in Berlin ein. Am 2. September las Bülow sie, einzelne Sätze erläuternd, dem Kaiser vor. Dieser folgte mit großer Aufmerksamkeit, offenbar ergriffen durch Ton und Inhalt, zumal bei einigen Stellen, wie Österreichs Verhältnis zu Frankreich, Möglichkeit neuer Gruppen, Erinnerungen an den Deutschen Bund. Er sagte, sie sei an und für sich vortrefflich, und wiederholte das auch vor dem Kronprinzen, den er in alles einzuweihen befahl, und der sofort Partei für den Kanzler ergriff. Aber er beauftragte doch Bülow, nach Gastein mitzuteilen, daß er sie als nicht angelangt betrachte, bis er den Zaren gesprochen hätte. Erst müsse er, dabei verharrte er, selbst sehen und prüfen, ob die Dinge schon so weit seien, und wie sich Kaiser Alexander stelle; es könne ja der Moment für diese Politik kommen; solche Allianzen seien gegen seine Grundsätze. Von neuem beteuerte er, daß er in Alexandrowo keine Zusagen machen, vielmehr Erklärungen fordern würde; immerhin gestattete er, daß der Kanzler in Wien weiter verhandeln dürfte, soweit nichts ohne seine eigene Genehmigung abgemacht werde. Bismarck machte davon am folgenden Tage (3. September) Anzeige an Andrassy, wobei er die Hoffnung aussprach, seinen Souverän noch für die Allianz zu gewinnen; er fügte freilich hinzu, daß ihm bei der örtlichen Entfernung die Möglichkeit einer persönlichen Einwirkung auf seinen Herrn fehle, und daß es diesem außerordentlich schwer werde, zwischen den beiden Nachbarreichen optieren zu sollen. Jetzt galt es zunächst, den Verlauf der Zusammenkunft der beiden Kaiser abzuwarten. Mit Spannung betrachteten sowohl Bismarck in Gastein, als auch Franz Josef und Andrassy die Vorgänge, die sich jetzt in Alexandrowo abspielten, natürlich nicht ohne Mißtrauen und Besorgnis bei des Kaisers bekannter Vorliebe für Rußland und seinen Neffen.

Allzusehr waren diese Gefühle berechtigt. Am 3. September trafen sich Wilhelm I. und Alexander II. in Alexandrowo bei Thorn; dieser bot alle Liebenswürdigkeit auf, um den Oheim zu umstricken. Er sprach ihm sein Bedauern über den Brief vom 15. August aus und erkannte selbst offen an, das Schreiben sei eine „Dummheit“ gewesen. Aber dann klagte er über die deutsche Presse und über die deutschen Kommissäre in der Türkei, durch deren Haltung die Pforte in ihrer Hartnäckigkeit gesteift würde. Er behauptete, Bismarck habe, durch den „dummen Streich“ Gortschakows von 1875 erzürnt, die deutsche Politik in anti-

russische Bahnen gelenkt. Dem widersprach der Kaiser mit dem Bemerken, daß Bismarck, gerade in dankbarem Andenken an die Haltung Rußlands im Jahre 1870, eine Koalition Österreichs mit den Westmächten 1876/77 verhindert habe. Über Gortschakow äußerte sich Alexander bei dieser Gelegenheit höchst wegwerfend; er nannte ihn einen „überlebten Mann", den er überhaupt nicht mehr konsultiere. Mit Zumutungen zu Abmachungen irgendwelcher Art trat er übrigens an den Oheim auch nicht nur andeutungsweise heran; aber er kam mit großer Wärme auf die Bismarcksche Phrase des „geheiligten Vermächtnisses unserer Väter" zurück und gab dem Wunsche lebhaften Ausdruck, daß nach Beseitigung des Mißverständnisses, für das er ja alle Schuld auf sich selber nahm, „die alte Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland zum beiderseitigen Nutzen unverändert bleiben möge", — Bismarck glossierte das mit den Worten: „Und die Rüstungen? Und die Truppenstellung an unserer Grenze? Eine Änderung darin wäre bessere Bürgschaft als die üblichen Phrasen von Freundschaft, die heute vielleicht aufrichtig sind, aber wie lange?" Sogar zum Dreikaiserbunde bekannte sich der Zar wiederum. Zwar beschwerte er sich über Österreichs „verdächtige" Haltung im letzten Kriege, und daß es zwei türkische Provinzen besetzt habe, ohne einen Schuß getan zu haben, natürlich um sie nie wieder herauszugeben, gerade so, wie die Engländer Zypern nie wieder fahren lassen dürften, und als ihn der deutsche Kaiser dagegen auf die Abreden von Reichstadt aufmerksam machte, behauptete er, dafür sei die Voraussetzung gewesen, daß es sich irgendwie am Kampfe hätte beteiligen sollen; aber er betonte doch, das Zusammenhalten zu dreien sei und bleibe die Hauptsache, was Wilhelm I. als seine „feste Überzeugung nur bejahen" konnte. Offenbar kam es Alexander vorderhand mehr darauf an, den Oheim gegen die Bismarckschen Bündnispläne zu stimmen, von denen er ja durch Saburow wußte, da der Kanzler diesem daraus gar kein Hehl gemacht hatte; an den Vorschlag eines deutsch-russischen Sondervertrages wollte oder traute er sich noch nicht heran, weshalb er sich auf allgemeine Redensarten von Freundschaft und Verhältnis von dreien beschränkte. Auch mit den Männern in der nächsten Umgebung des Zaren, dem Minister des Kaiserlichen Hauses, General Graf Adlerberg, Giers und dem Kriegsminister Miljutin, pflog Wilhelm eine eingehende Aussprache. Adlerberg und Giers stimmten in die Freude ihres Herrn darüber ein, daß die Mißverständnisse beseitigt seien, und traten warm dafür ein, daß alles beim alten bleibe; der Kaiser berichtete Bismarck darüber mit dem Bemerken: „Ich habe keinen Grund, an der Aufrichtigkeit dieser Gesinnungen zu zweifeln." Bedeutungsvoller war seine Unterredung mit Miljutin. Dieser begründete die russischen Rüstungen damit, daß der Berliner Vertrag nicht von langer Dauer sein werde, da sich im Orient etwas gegen Rußland vorbereite: England sei nicht mit Zypern zufrieden, sondern wolle die Hand auch auf Kleinasien legen und den Russen dort den Weg versperren; auf Ägypten hätten England und Frankreich die Augen geworfen, eine Triplealliance zwischen England, Frankreich und Österreich sei in der Vorbereitung: „Wir haben Kriegstheater gegen China, gegen die indischen Grenzländer, gegen Persien, gegen die Türkei." Wilhelm I. widersprach der Besorgnis, daß ein neuer orientalischer Konflikt bevorstehe: die Türkei brauche

vor allem Frieden, und wenn erst die Berliner Kongreßbeschlüsse vollständig durchgeführt wären, so sei daselbst so leicht kein neuer Krieg zu erwarten. Im übrigen machten nicht nur die Beteuerungen von Adlerberg und Giers, sondern auch die Miljutins Eindruck auf den Kaiser. Er meinte, wenn dem so wäre, wie Miljutin sage, würde doch Rußland nicht so selbstmörderisch sein, auch noch mit Deutschland anbinden zu wollen; eher fürchtete er fast, daß Rußland schon „Wind“ von den Gasteiner Besprechungen habe. Bismarck glaubte Miljutin nicht ein einziges Wort: „Nur ein der europäischen Politik so fremder Minister, wie Miljutin, kann sich mit dem Gedanken schmeicheln, daß man ihm das glauben werde.“ Alle die Argumente, welche der russische Kriegsminister angeführt hatte, vermochten ja nicht zu erklären, warum Rußland seine Truppen gerade an seiner Westgrenze konzentrierte, und der Kanzler vermißte es, daß gerade dieser Umstand in Alexandrowo nicht erörtert und aufgeklärt worden war.

So war denn das Ergebnis der Entrevue der beiden Kaiser für die Bismarckschen Bündnispläne ein höchst ungünstiges. Zwar hatte Wilhelm I. die Versprechungen, die er vor seiner Abreise gegeben hatte, insofern gehalten, als er (wozu auch die Anregung gar nicht an ihn gelangt war) keine Abmachungen mit Rußland getroffen hatte, wie er selber sagte, er habe „dem Fürsten Reichskanzler das Terrain offengehalten“; aber das war keineswegs so zu verstehen, als ob er diesem jetzt freie Hand für Wien zu lassen gedachte. Er fühlte sich ganz und gar in eine „russische Stimmung“ versetzt; nicht nur seine Freundschaft für den Neffen, sondern auch für Rußland war auf das entschiedenste befestigt; er war überzeugt, daß er über die Gesinnung Alexanders und seiner nächsten Vertrauenspersonen vollkommene Klarheit gewonnen habe, daß niemand von ihnen daran denke, Deutschland mit Krieg überziehen zu wollen. Mit Tränen im Auge hatte ihn ja sein Neffe versichert, „er bleibe der Alte“; dazu gab Bismarck freilich den sarkastischen Kommentar: „Dasselbe würde er tun, wenn er als Sieger auf dem Kreuzberg stünde; die Russen lügen mit einer ungewöhnlichen Frechheit.“ Sehr bewegt schieden die beiden Herrscher voneinander; Alexander II. war vollkommen befriedigt und kehrte, wie wir hören, „von den besten Absichten zur Erhaltung des Friedens beseelt“, nach seiner Sommerresidenz in Livadia zurück. Man könnte es schon verstehen, wenn er inzwischen erkannt hätte, daß die Zeitumstände für ein kriegerisches Losbrechen in Europa ungeeigneter waren, als je zuvor, und so richtete sich all sein Sinnen und Trachten zuvörderst darauf, Deutschland von einer Kombination abzuhalten, die Rußland noch mehr einengen mußte, als das bisher der Fall gewesen war. Und schon winkte ihm dafür der Erfolg. Denn Kaiser Wilhelm verließ Alexandrowo, versöhnt mit dem Neffen und beruhigt. Er war der Überzeugung, daß Bismarck die Absichten Rußlands allzu schwarz beurteile, und meinte, er könne, „nachdem er sich soeben mit seinem persönlichen Freunde, nächsten Verwandten und Bundesgenossen freundschaftlich ausgesprochen habe, zu Bismarcks Bündnisprojekte nicht mehr die Hand bieten“. Von Königsberg aus, wohin er sich zunächst zu den Manövern in der Provinz Ostpreußen begab, meldete (7. September) der ihm zur Beratung beigegebene Rat des Auswärtigen Amtes Otto von Bülow, es sei nicht darauf zu rechnen, daß der

Herrscher die Vorschläge der Bismarckschen Denkschrift vom 31. August annehme, innerlich sei die ablehnende Entscheidung bereits getroffen, und alle Gegenvorstellungen prallten an seiner Festigkeit ab. Er habe, so erklärte er, die Überzeugung gewonnen, daß Rußland nach wie vor zu Deutschland halten wolle, und daß es daran auch ein großes Interesse habe; sein Gewissen verbiete ihm, auf den Vorschlag des Reichskanzlers einzugehen. „Meine Lage," so sagte er weiterhin wörtlich, sehr bestimmt und ruhig, ohne jeden Anflug von Animosität, „ist eine überaus schwierige und peinliche; ich befinde mich in einem schauderhaften Dilemma; aber lieber will ich vom Schauplatze abtreten und die Regierung meinem Sohne übergeben, als daß ich wider meine Überzeugung handele und eine Perfidie gegen Rußland begehe." Allerdings war seine Haltung nicht ganz konsequent und widerspruchslos. Zwar bezeichnete er es im Hinblick auf das russische Mißtrauen als unerwünscht, daß Bismarck nach Wien gehe; im Fortgange des Gesprächs mit Otto von Bülow jedoch äußerte er: „Ich habe, wie schon erwähnt, dem Fürsten das Terrain offengehalten; will er mit dem Grafen Andrassy in eine Besprechung über gewisse Zukunftseventualitäten eintreten, so mag es sein; aber eine Allianz — nein, da gehe ich nicht mit. Dieselbe würde doch immer ihre Spitze gegen Rußland kehren und wäre in ihren Folgen unberechenbar." Immerhin lag eine gewisse Konzession in der wenngleich noch so verschränkten Erlaubnis zum Besuche in Wien, und dieses Schwanken machte sich auch in seinen direkten Eröffnungen an Bismarck nach Gastein geltend: zwar wiederholte er die Genehmigung zum „Umwege" über Wien, aber auch seine Abneigung gegen den Abschluß eines definitiven Abkommens. Er berief sich darauf, daß der Kanzler früher selbst dagegen war, daß man sich die Hände durch Allianzen binde, und daß er Österreich als unzuverlässig hingestellt habe; er gab zu, daß die Gefahren, auf die dieser hinwies, dereinst eintreten könnten, namentlich bei einem Thronwechsel in Petersburg, bestritt indes ihre unmittelbare Nähe. Aus Stettin schrieb er am 12. September nach Gastein: „Einer möglichen Eventualität halber mir die Hände binden, ist gegen meine Überzeugung und mein Gewissen. Indessen will und darf ich Sie nicht in Ihren bereits getanen Schritten gegen Andrassy und seinen Herrn desavouieren. Sie mögen also in Wien, wohin zu gehen bereits alle Zeitungen erzählen, die Eventualitäten einer sich bis zum möglichen Bruche mit Rußland steigernden Disharmonie und dann gefahrdrohend, vorstellen, und in Pourparlers über die dann gemeinschaftlich mit Österreich zu treffenden Maßnahmen eintreten. Aber zu irgendeinem Abschluß einer Konvention oder gar Alliance autorisiere ich Sie, meinem Gewissen nach, nicht. Somit, hoffe ich, begegnen sich unsere Ansichten wieder. . . . Ich kann Ihnen nicht sagen, wie schmerzlich mir diese Episode gewesen ist, wo es mir schien, daß wir uns zum erstenmal seit 17 Jahren nicht verstanden. Ihrer Antwort auf obige bedingte Autorisation sehe ich mit Ungeduld entgegen und bin überzeugt, daß ein Verständnis zwischen uns eintreten wird! Das walte Gott! Ihr treu ergebener Wilhelm."

Das ersehnte Verständnis trat ein, aber nicht so, wie es dem Kaiser vorschwebte, sondern wie es Bismarck wollte. Eine Denkschrift nach der andern ging

von Gastein ab, alle die Argumente in wuchtiger und eindrucksvoller Sprache zusammenfassend und wiederholend, die den sofortigen Abschluß des Vertrages mit Österreich als unbedingt erforderlich erscheinen ließen. Die ganze Kraft seines mächtigen Geistes setzte er daran, alle Künste der Überredung ließ er spielen, um den Herrscher von dem Banne zu befreien, in den ihn der Zar verstrickt hatte; ein heißes und zähes Ringen war es, das sich zwischen Kaiser und Kanzler entspann, und Schritt für Schritt mußte jener dem Ziele näher geführt werden, welchem dieser zustrebte. Die persönliche Unzuverlässigkeit und Charakterschwäche des russischen Kaisers, seine Launenhaftigkeit und seine Abhängigkeit von den Einflüssen seiner Umgebung wurden ins Treffen gebracht, die für die Zukunft wenig Gutes versprechende Haltung des Großfürsten-Thronfolgers, dem schon das Bewußtsein der deutschen Abstammung seiner Dynastie Angst vor dem Panslawismus und dessen Umtrieben einflöße, während dessen Mut und Expansionsbedürfnis nach außen durch den Krieg krankhaft gesteigert sei, man könnte sagen, zum slawischen Napoleonismus. Die friedfertige Politik des Kabinetts Waddington, so stellte Bismarck seinem Herrn vor, hat bis jetzt den Zusammenschluß Rußlands und Frankreichs verhütet, und daher schlägt man jetzt in Rußland eine sanftere Tonart an; sobald in Frankreich ein Umschwung erfolgt, werden sich die russischen Drohungen erneuern; nur so lange will man in Petersburg die Allianz mit Deutschland, als sie die einzige ist, die man haben kann. Weitere Verhandlungen in Wien sind zwecklos, wenn nicht der Kaiser grundsätzlich das Defensivbündnis billigt, und wenn Andrassy sich nicht mehr im Amte befindet, aussichtslos; daher muß unverzüglich zugegriffen werden. Es handelt sich darum, einer russisch-österreichisch-französischen Koalition, der für Deutschland gefährlichsten, den Boden zu entziehen. Um so unbedenklicher ist das deutsch-österreichische Bündnis auch in Rücksicht auf Rußland, als man in Wien von Rußland nichts will und gegen Rußland keinerlei feindliche Absichten hat, wohl aber umgekehrt. Der Dreikaiserbund kommt für die habsburgische Monarchie nur so lange in Betracht, als er ihm Sicherheit gegen Rußland bietet; wenn das nicht der Fall ist, wie in den Jahren 1876/77, und wenn sich auch Deutschland für sich allein den Österreichern versagt, müssen sie Anlehnung an die Westmächte suchen. Gegen die Gefahr eines russischen Friedensbruches ist gerade ein deutsch-österreichisches Defensivbündnis das beste Schutzmittel; dann aber kann sich Deutschland unbesorgt der Pflege seiner Freundschaft mit Rußland wieder widmen. Diese Allianz wäre nur dann zu entbehren, wenn die Eventualität eines russischen Friedensbruches ganz ausgeschlossen wäre; dem ist jedoch keineswegs so; der Panslawismus, der Tatendurst des russischen Heeres, die anspruchsvolle Selbstüberschätzung der Russen, der Chauvinismus des slawischen Cäsarentums sind ins ungeheuerliche gewachsen, wie die enorme Vermehrung der Armee und ihre Aufstellung beweisen. Dagegen hilft nur entschlossener Wille zur Abwehr, d. h. das Schutzbündnis mit Österreich, für das auch „die geschichtliche Tatsache“ spricht, „daß das ‚deutsche Vaterland‘ nach tausendjähriger Tradition sich auch an der Donau, in Steiermark und Tirol noch wiederfindet, in Moskau und Petersburg aber nicht. Diese Tatsache bleibt für die Haltbarkeit und für die Popularität unserer auswärtigen

Beziehungen im Parlamente und im Volke von wesentlicher Bedeutung". Im Zusammenhang dieser Vorstellungen, die Bismarck damals beim Kaiser machte, um ihn dem Zweibundsgedanken geneigt zu stimmen, ist zum erstenmal, aber bereits mit voller Klarheit und Bestimmtheit entwickelt, die Idee des Rückversicherungsvertrages aufgetaucht. Eben um den Monarchen mit dem österreichischen Bündnis oder der „Defensivassekuranz", wie er sich ausdrückte, zu befreunden, hielt er ihm vor, diese widerspreche dem Dreikaiserbunde so wenig, daß sie sogar das beste Mittel zu dessen Wiederbelebung sei, daß sie bei ihrem wesentlich abwehrenden Charakter im Rahmen der Entente zu dreien zwischen zwei ihrer einzelnen Mitglieder Bestand habe, ohne daß das Ganze dadurch gesprengt würde. „Wie wenig eine solche Defensivassekuranz," so schreibt er am 15. September, „bedrohlich für Rußland wäre, geht schon daraus hervor, daß unter den drei befreundeten Mächten je zwei miteinander, also Rußland auch mit Österreich und wir mit Rußland dasselbe Bündnis schließen könnten, ohne daß die friedliche Verbindung à trois gelöst würde; sie würde nur fester verbürgt, wenn je zwei der Kontrahenten zusagen, gegen den dritten, falls er sie bräche, zusammenzuhalten. Leider hat die russische Politik in Österreich seit zwei Jahren den Glauben an ihre Versprechungen verloren, sonst wäre eine solche dreifache Rückversicherung innerhalb des Dreikaiserbundes vielleicht möglich." Um seinem Monarchen eine Brücke zur Verständigung zu bauen, hatte er ihm in einem seiner damaligen Memoires (vom 7. September) den formellen Antrag unterbreitet, dem Grafen Andrassy vor seiner Ankunft in Wien die prinzipielle Ermächtigung zu einem Abkommen mitteilen zu dürfen, „vermöge dessen beide Mächte sich gegenseitig versprechen, auch ferner für die Erhaltung des Friedens und namentlich für die Pflege ihrer friedlichen Beziehungen mit Rußland einzutreten, in dem Falle aber, daß demungeachtet eine von ihnen von Rußland allein oder im Bunde mit anderen angegriffen werden sollte, diesen Angriff gemeinsam abzuwehren".

In zwei Bestandteile zerfiel dieser Antrag vom 7. September, und um den zweiten der beiden, die verlangte grundsätzliche Ermächtigung zu einem Abkommen über gemeinsame Abwehr russischer Angriffe drehte sich der Kampf zwischen Kaiser und Kanzler in seinem Fortgange in der Hauptsache. War jener in seinem Widerstande schon schwankend und nicht frei von Widerspruch, so verfolgte dieser mit unbeugsamer Energie sein Ziel; drohte jener mit seiner Abdankung, so dieser mit seiner Demission. Das Auswärtige Amt hielt zu Bismarck um so fester, als es vom Fürsten nicht darüber in Zweifel gelassen wurde, daß er bei Ablehnung des Schutzbündnisses durch den Kaiser die Verantwortlichkeit für die Reichspolitik nicht länger tragen könnte. Auch Moltke, der Miljutin nicht traute und die russischen Truppenansammlungen an der Grenze für höchst bedenklich erachtete, war rückhaltlos mit dem Kanzler einverstanden, ebenso der Kronprinz. Er machte (9. September) einen vermittelnden Vorschlag, der dahin lautete, die Erlaubnis zu den Besprechungen mit Andrassy „als Faden für die Zukunft zu benutzen: vielleicht sei der wirkliche Abschluß einer Allianz noch nicht dringlich, und könnten die Besprechungen einstweilen zu einem Arrangement ohne Unterschrift führen". Otto von Bülow fügte hinzu, wenn dieser Weg möglich sei, so würde ein späterer

persönlicher Vortrag des Fürsten beim Monarchen das einzige Mittel sein, zu einem guten Ende zu gelangen. Bismarck lehnte das entschieden ab. Er wies darauf hin, daß Andrassy nur so lange im Amte zu bleiben gedachte, bis er in Wien Gewißheit darüber erreicht habe, ob der Allianzvertrag zustandekommen würde, sowie auf seinen eigenen Gesundheitszustand, der durch die ungeheuren Anstrengungen und Aufregungen der letzten beiden Jahre sowohl in der Führung der äußeren wie der inneren Politik aufs schwerste erschüttert sei und ihm ein weiteres Verbleiben im Amte nur gestatte, wenn in den entscheidenden Fragen Übereinstimmung zwischen ihm und dem Monarchen bestünde. „Sobald diese Voraussetzung fehlt, kann ich die dadurch entstehende Friktion in den Geschäften nur mit einer Anstrengung in der Arbeit und, bei meinem persönlichen Verhältnis zu Seiner Majestät, mit einer Aufregung in den Nerven überwinden, der meine völlig erschöpften Kräfte nicht mehr gewachsen sind. Ich habe die Folgen ähnlicher Friktionen, welche in Nikolsburg und Versailles stattfanden, noch heute in meiner Gesundheit nicht überwunden; heute aber sind meine Kräfte so geschwunden, daß ich an den Versuch, die Geschäfte unter ähnlichen Bedingungen weiterzuführen, gar nicht denken kann. Am 19. des Monats werden es siebzehn Jahre, daß ich ohne Unterbrechung in diesen und ähnlichen Kämpfen stehe. Ich glaube damit meine Dienstpflicht Seiner Majestät und dem Lande gegenüber erfüllt zu haben. Ultra posse nemo obligatur. Ich bin zu verbraucht, um den Rat Seiner Kaiserlichen Hoheit, auch wenn ich es versuchen wollte, noch zur Ausführung zu bringen. Es werden sich ja wohl jüngere Kräfte dazu bereit finden lassen.“

Wenngleich der Kanzler damit drohte, daß er, wenn die Situation bis dahin unverändert bleibe, in acht bis zehn Tagen sein Abschiedsgesuch einreichen würde, so blieb er doch keineswegs untätig, indem er etwa erst eine vollkommene Klärung der Entschlüsse des Kaisers abwartete; er wußte, daß er diesen Zoll für Zoll dem Ziele näherbringen mußte, und er hatte ja bereits Andrassy gegenüber seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, daß ihm das schließlich doch gelingen würde. So führte er denn teils durch direkten Schriftwechsel mit Andrassy, teils durch die Vermittlung des Botschafters in Wien, des Prinzen Reuß, vorbereitende Verhandlungen für die bevorstehende mündliche Aussprache in Wien, wie er auch beim Herrscher auf genügende Vollmacht im Sinne des zweiten Bestandteiles seines Schlußantrages vom 7. September drang. Auf die Bitte Ottos von Bülow gestattete er, daß dieser, wenn der Kaiser daran Anstoß nähme, daß Rußland namentlich darin als eventueller Angreifer bezeichnet würde, dafür ganz allgemein von einer oder mehreren fremden Mächten spreche; er war ohnehin gewillt, Andrassy gegenüber den Gedanken einer generellen Defensivallianz gegen jeden Angreifer wieder zu vertreten, verhehlte sich aber nicht, daß sich jener aus Rücksicht auf England, dem diese Fassung Frankreichs halber unerwünscht gewesen wäre, schwerlich damit einverstanden erklären würde, — es kam ihm zunächst darauf an, erst einmal den Monarchen wieder einen Schritt weiter zu haben. Am 14. September hielt Otto von Bülow in Stettin Vortrag über den Schlußantrag Bismarcks vom 7.; der erste Teil war dem Kaiser sympathisch, der zweite wurde zuerst wegen der Erwähnung Rußlands verboten, dann aber auch in der allgemeinen

Fassung genehmigt. Jetzt aber äußerte der Monarch: wenn die eventuelle Abrede mit Österreich so wenig antirussisch laute, wie nach dem modifizierten Schlußantrag, so könnte man sie loyal dem Zaren mitteilen, damit er sehe, daß man nichts wider ihn im Schilde führe, ja sogar seinen Beitritt wünsche; hauptsächlich werde es eben auf die Fassung ankommen; daher wünsche er, daß ihm der Reichskanzler den Entwurf, wie er ihn sich denke, vor der Wiener Verhandlung vorlege. Das war denn Bismarck doch zuviel; er fürchtete, daß der hohe Herr bei der Fortdauer der Abneigung gegen die Sache selbst „die unerschöpfliche Redaktionsfrage" benutzen werde, um auszuweichen und die Entschließung zu vertagen; gegen die Mitteilung an den Zaren hatte er kein Bedenken. Dringend bat er, da der Staatssekretär von Bülow inzwischen schwer erkrankt war, den Vizepräsidenten des Preußischen Staatsministeriums, Grafen zu Stolberg, dem Kaiser einen Entwurf im Sinne seines eigenen Antrages (vom 7.) zur Annahme persönlich vorzulegen; er schloß mit erneuter Demissionsandrohung: „Meine Arbeitskraft ist in den letzten drei Wochen hier aufgebraucht. Ich leide an Neuralgie, und die Arbeit mit Seiner Majestät wird nur durch jüngere und geschontere Kräfte geleistet werden können." In ähnlicher Tendenz telegraphierte er (am 16.) an den Monarchen: eine Koalition gegen Rußland liege in einem Defensivabkommen ebensowenig, wie in dem früheren deutschen Bundesverhältnis zwischen Österreich und Preußen; ob Österreich auf eine allgemeine gegenseitige Defensivzusicherung ohne Nennung von Rußland eingehen wolle, darüber werde er von Wien aus berichten; er habe nichts versprochen und könne nichts versprechen ohne des Kaisers Genehmigung: „Auf die Berechtigung, das Terrain zu sondieren, um zu erfahren, was überhaupt erreichbar ist, kann ich, solange mich Eure Majestät meines Amtes nicht enthoben haben, als Minister nicht verzichten. Sollten Eure Majestät inzwischen dem Auswärtigen Amt weitere Befehle zu geben haben, so bitte ich ehrfurchtsvoll, die mich vertretenden Minister von Bülow und Graf zu Stolberg mit der Ausführung beauftragen zu wollen, da meine Arbeitskraft erschöpft ist. Ich verlasse Gastein, sobald meine Kräfte mir zu reisen gestatten." Das war ein deutlicher Wink, ihn mit weiteren Zumutungen zu verschonen und ihm freien Spielraum in Wien zu gewähren. Und noch am selben Tage depeschierte er überdies nach Berlin: würde er für die von ihm eventuell nicht nur konzedierte, sondern sogar — aus Rücksicht auf England und Frankreich — vorgezogene Änderung von österreichischer Seite Zustimmung nicht finden, so halte er seinen ursprünglichen Schlußantrag vom 7. d. M., der in der praktischen Wirkung dieselbe Tragweite habe, für unabweislich. Demgemäß stellte Graf Stolberg in dem Immediatvortrag, den er am 17. zu Berlin hielt, den Antrag: der Kaiser möge eine Verabredung zwischen Bismarck und Andrassy gestatten, „vermöge deren beide Mächte sich gegenseitig versprechen, auch ferner für die Erhaltung des Friedens und namentlich für die Pflege ihrer friedlichen Beziehungen mit Rußland einzutreten, in dem Falle aber, daß eine von ihnen von einer oder mehreren Mächten angegriffen werden, diesen Angriff gemeinsam abzuwehren. Der Inhalt der in Wien getroffenen Verabredung wird der allerhöchsten Genehmigung zu unterbreiten sein; die demnächstige Mitteilung derselben an Kaiser Alexander

ist ausdrücklich vorbehalten". Jetzt gab Wilhelm I. nach; er machte lediglich den Zusatz, der jenseits der bisher vorhandenen Meinungsverschiedenheit lag, es solle ausdrücklich betont werden, „daß, wenn eine der beiden Mächte einen Angriffskrieg unternimmt, die andere Macht zu einer Hilfe nicht verpflichtet ist". Das hatte ja Bismarck stets hervorgehoben, daß er kein Trutzbündnis, sondern nur ein Schutzbündnis wolle, — insofern hatte er also seinen Willen durchgesetzt. Er war guter Hoffnung, daß es gelingen werde, entweder „das mehr gemütliche als politische Widerstreben des Kaisers gegen die Nennung Rußlands" zu überwinden, oder in Wien eine Wendung zu finden, welche Andrassy annehmbar und seinem Souverän weniger unangenehm wäre. Falls gar nichts zustande käme, so hielt er sein Ausscheiden aus dem Amte allerdings für unvermeidlich, und er wußte, daß die Minister Bülow und Stolberg das gleiche tun würden: „Eine natürliche konstitutionelle Entwicklung würde sein, daß Herr von Manteuffel, der durch Herbeiführung von Alexandrowo meinen Rücktritt veranlaßt hätte, mein Nachfolger würde."

Wie wenig Bismarck freilich im Ernst mit einem solchen Gange der Dinge rechnete, beweist der Umstand, daß er eben in jenen Tagen wieder einen Anlauf machte, mit England anzuknüpfen. So wenig schreckte ihn der Kampf, den er mit dem Kaiser wegen des österreichischen Bündnisses führen mußte, daß er an ein neues Unternehmen ging, das dessen Widerspruch, sobald er davon erfuhr, erst recht hervorrufen mußte. Den unmittelbaren Anstoß dazu gab die internationale Lage, nämlich neu eintreffende Nachrichten über die russischen Bündnisbestrebungen in Frankreich. Bismarck benutzte sie nicht nur als ein willkommenes weiteres Druckmittel auf den Monarchen; sondern sie waren auch für ihn der Ausgangspunkt für eine diplomatische Aktion in England, deren Zweckmäßigkeit ja bereits zwischen ihm und Andrassy in Gastein erörtert worden war.

Elftes Kapitel.

Der Bündnisfühler nach England und der deutsch-österreichische Zweibund.

Herbst 1879.

Keineswegs war es Bismarck unbekannt geblieben, daß sich Rußland bereits in den letzten Monaten, wenngleich offizielle Anträge noch nicht gestellt worden waren, um ein Bündnis mit Frankreich vertraulich bemüht hatte; das wurde ihm jetzt bestätigt. Zwar hatte der Zar dem Oheim in Alexandrowo versichert, er habe keine Schritte bei Frankreich getan, — Hohenlohe, der das mitteilt, bemerkte dazu: „Es wird schwer sein, dem Kaiser begreiflich zu machen, daß der kaiserliche Neffe von den Schritten, die von der russischen Diplomatie unter der Hand getan werden, gar nichts zu wissen braucht.“ Am 3. September erzählte nun Andrassy dem Prinzen Reuß, er habe sichere Anzeichen dafür, daß sich das Petersburger Kabinett in jeder Weise Alliierte zu verschaffen suche; in Paris und Rom würden diese Anstrengungen immer bemerkbarer, wenn auch die Symptome noch wenig markiert erschienen. Eben daraufhin wurde Hohenlohe zwei Tage später, wie schon oben (S. 260) erwähnt wurde, beauftragt, Erkundigungen in Paris einzuziehen, und sie lauteten dahin, daß, wenn auch noch nichts Offizielles in dieser Richtung erfolgt sei, Bestrebungen solcher Art doch in der Tat spielten. Das war Wasser auf Bismarcks Mühlen; Hohenlohe selber berichtet: „Mein Telegramm (vom 10. September) über die russischen Sondierungen in Paris ist dem Kanzler sehr gelegen gekommen.“ Nicht nur daß Bismarck in seinen Memoires diese Nachricht vor dem Kaiser verwertete, um diesen vorwärtszutreiben; er rief auch die Hilfe der Botschafter an und bat Hohenlohe und Münster, beim Monarchen ihre Vorstellungen mit den seinigen zu vereinigen. Jener war gerade in Bismarcks Nähe, in Aussee, angekommen; durch ein Telegramm wurde er am 14. nach Gastein entboten, wo ihn der Kanzler und der Legationsrat von Holstein, der bei diesem weilte, in das Vorhaben der Defensivallianz mit Österreich einweihten und ihn baten, nach Straßburg zu fahren, wohin der Kaiser zu den Manövern zu reisen im Begriffe stand, um diesen zu überreden. Hohenlohe war zunächst mit dem Projekt nicht einverstanden; er traute Österreich nicht und hielt Rußland nicht für ernstlich feindlich; auch glaubte er, daß ein deutsches Bündnis mit Österreich ein solches zwischen Rußland und Frankreich und damit gerade erst recht den Krieg zur Folge haben würde. Auf Grund der Akten und einer längeren Unter-

redung mit Bismarck ließ er sich indes umstimmen; überzeugt davon, daß ein Ausgang des Konfliktes zwischen Kaiser und Kanzler, demzufolge einer von den beiden sich zurückziehe, auf jeden Fall vermieden werden müsse, erklärte er sich zu mündlicher Vermittlung beim Monarchen bereit. An den Grafen Münster, der sich auf seinem Schlosse Derneburg in Hannover aufhielt und vor der Rückkehr nach England stand, ging über Berlin die gleiche Weisung ab, beim Herrscher persönlich vorstellig zu werden, zugleich aber auch, wenn er wieder in London sein würde, „nach Möglichkeit bei Lord Beaconsfield zu ermitteln, welches die Politik Englands sein würde, wenn wir fortfahren, uns den russischen Zumutungen zu versagen, und darüber mit Rußland in Zerwürfnis geraten sollten. Ein eigenes deutsches Interesse würde nicht verletzt, wenn wir den russischen Wünschen nachgeben. Nur Rücksicht auf unsere Freundschaft zu Österreich und England hält uns davon ab; deshalb müssen wir wissen, was England tun würde, wenn wir darüber in Händel gerieten". Erst unterwegs, bereits auf der Rückreise nach London befindlich, erhielt Münster diese Instruktion; er mußte also zunächst den Auftrag bei Beaconsfield ausrichten. Mag man darin ein „Bündnisangebot" oder einen bloßen „Bündnisfühler" erblicken, jedenfalls lag darin ein Versuch Bismarcks, England in das Schutzsystem hineinzuziehen, das er damals gegen die von ihm befürchteten kriegerischen Absichten Rußlands zu errichten plante, und diese Annäherung an Großbritannien lag ja durchaus in der Linie der Erörterungen, die er mit Beaconsfield und Andrassy auf dem Berliner Kongreß sowie mit diesem allein soeben in den Besprechungen zu Gastein verfolgt hatte. Tatsächlich hat Beaconsfield darin einen Bündnisantrag gesehen, und Münster hat mit ihm und Salisbury nachher in diesem Sinne verhandelt. Die „Ermittlungen" in England hätten ja keinen Zweck gehabt, wenn der Kanzler nicht gehofft hätte, daß sie zu einem festen und ihn befriedigenden Abkommen führen könnten; daß seine Ansprüche an ein solches nicht gering waren, das bewies freilich die starke Hervorhebung, daß ein eigenes deutsches Interesse nicht verletzt werden würde, wenn Deutschland den russischen Wünschen nachgebe: da mußte Beaconsfield schon etwas für Deutschland Erhebliches bieten, — das konnte nicht nur eine Übereinkunft hinsichtlich gemeinschaftlichen Zusammenwirkens im Falle kriegerischer Verwicklungen im Orient sein, wo ja Deutschland keine Interessen hatte, sondern dort, wo es sich am meisten gefährdet fühlte, nämlich in Elsaß-Lothringen. M. a. W.: Bismarcks Wünsche richteten sich in erster Reihe auf einen Vertrag, der ihm die Sicherheit gegen Frankreich bot, die ihm Rußland vor drei Jahren verweigert hatte.

Welche Ergebnisse die neue Anknüpfung in London zeitigen würde, das stand dahin; inzwischen lief der politische Meinungsaustausch zwischen Gastein und Wien weiter und näherte sich seinem provisorischen Abschlusse. Auf russischer Seite hatte man Wind bekommen von dem, was sich also vorbereitete. Gortschakow ersuchte Bismarck um eine Zusammenkunft. Das schien Andrassy darauf hinzudeuten, daß die russischen Hoffnungen, Frankreich zu gewinnen, vorläufig gescheitert seien; Salisbury wußte freilich noch um die Mitte des Oktober, daß Rußland „noch ganz neuerdings" Versuche gemacht habe, eine Verständigung mit

Frankreich anzubahnen. Andrassy meinte, Gortschakow werde gewiß wieder viel vom Dreikaiserbund reden, er habe jedoch keine Lust, „weiter von dieser Speise zu kosten“; die Mitteilungen Miljutins über eine österreichisch-englisch-französische Allianz gegen Rußland erfüllten ihn „wegen ihrer unverschämten Lügenhaftigkeit und Dreistigkeit mit Entrüstung“. Um dem Zaren die bevorstehende Anwesenheit Bismarcks in Wien plausibel zu machen, wurde der Gedanke erwogen, „neben dem geheimen Abkommen etwas Ostensibles zu machen“ und ein dafür geeignetes Memorandum aufzusetzen. Bismarck deutete an, man könne sagen, die Handels- und Zollverhältnisse erforderten eine Besprechung, und danach verbreiten, daß man die ersten Grundlagen zu einem Handelsvertrage dabei gelegt habe, — das machte auf Andrassy „den angenehmsten Eindruck“. Vom 21. bis zum 24. September dauerten die Verhandlungen in Wien. Um das Resultat vorwegzunehmen: Andrassy bestand auf allen seinen alten Forderungen, und er drückte sie durch. Bismarck erklärte sich gemäß dem Spielraume, der ihm durch die Entscheidung nach dem Vortrage Stolbergs am 17. freigestellt worden war, dazu ermächtigt, über ein generelles Defensivbündnis „mit gewisser Aussicht“ auf Genehmigung seines Herrschers zu unterhandeln, vorausgesetzt, daß der Text der zu treffenden Verabredung „jede offensive und bedrohliche Tendenz, namentlich Rußland gegenüber, ausschließe“. Franz Josef und Andrassy, denen Haymerle, als des letzteren designierter Nachfolger, assistierte, erwiderten, daß das unmöglich sei: ein Abkommen von so allgemeiner Art würde den Eindruck machen, daß es einen antifranzösischen Charakter trage, Frankreich in die Arme Rußlands treiben und die wachsende Intimität Österreichs mit England gefährden; nur gegen ein mit Rußland verbündetes Kabinett könne sich Österreich zum Beistande verpflichten, schon um dem jetzigen friedliebenden Kabinett Waddington seine Stellung nicht zu erschweren. Andrassy legte einen Gegenentwurf vor, der den Grundgedanken eines ebenfalls rein defensiven Übereinkommens in anderer Fassung präzisierte. Das Schwergewicht lag darin auf dem ersten Artikel, der den casus foederis allein und ausdrücklich für den Fall eines Angriffes auf eine der beiden Mächte durch Rußland statuierte; falls die Aggressive nicht von Rußland, sondern von einer anderen Macht, so ward weiterhin festgesetzt, ausgehen sollte, so ward wohlwollende Neutralität stipuliert, abgesehen davon, wenn Rußland sich dem Angreifer anschließe, — dann sollte sofort der erste Artikel in Kraft treten. Die Dauer des Vertrages wurde auf Antrag Bismarcks auf fünf Jahre begrenzt; wenn nach Ablauf des ersten Monats des fünften Geltungsjahres keiner der beiden Kontrahenten eine Verhandlung über seine Abänderung begehren sollte, sollte der Traktat automatisch für neue drei Jahre weiterlaufen. In einem letzten Artikel, der das Werk Andrassys war, wurde gesagt: man gebe sich nach den Gesinnungen, die der Zar zu Alexandrowo ausgesprochen habe, der Hoffnung hin, daß die gegenwärtigen russischen Rüstungen keinen bedrohlichen Charakter trügen, und habe daher jetzt keinen Grund zu einer Mitteilung des Traktates nach Rußland; sollte man sich jedoch in dieser Annahme täuschen, so würden die beiden Kontrahenten es als eine Pflicht der Loyalität ansehen, den Kaiser Alexander mindestens vertraulich davon zu verständigen, daß sie einen Angriff auf

einen von ihnen als gegen sie beide gerichtet betrachten würden. Um den Wünschen Kaiser Wilhelms nach einer alsbaldigen Eröffnung an den Zaren entgegenzukommen, wurde, wie es ja schon in Aussicht genommen war, zugleich ein „Memorandum" aufgesetzt: Deutschland und Österreich hielten fest an dem Gedanken, daß der Hauptzweck ihrer Politik die Erhaltung und Konsolidation des europäischen Friedens sein müsse; den glaubten sie am besten dadurch zu erreichen, daß sie bei den Stipulationen des Berliner Kongresses verharrten, und in der Annahme, daß Rußland vom gleichen Bestreben beseelt sei, erklärten sie, daß sie die Divergenzen, die noch bezüglich des Berliner Vertrages schwebten, nicht zum Anlasse nehmen wollten, um ihrerseits oder in Verbindung mit anderen Mächten das Russische Reich anzugreifen oder zu bedrohen; sie wollten zugleich zur Bestätigung ihrer gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen ihre nachbarlichen Verkehrsverhältnisse durch den Abschluß neuer Handelsverträge pflegen, wofür sofort Verhandlungen zu eröffnen seien.

Damit war Bismarck über seine Vollmacht vom 17. hinausgegangen. Zu einem Abkommen auf der Basis der Andrassyschen Formel war er, wie er zugab, nicht befugt; aber er versprach, dafür bei seinem Herrscher zu wirken. Noch am 24., nachdem er mit Andrassy eins geworden war, fertigte er an Kaiser Wilhelm einen ausführlichen Bericht ab. Noch einmal faßte er darin alle Gründe zusammen, die für die Defensivallianz mit der Nennung Rußlands sprachen; er stellte dem Kaiser vor, daß das ja der einzige Punkt sei, worin der von ihm angenommene und rückhaltslos gebilligte österreichische Entwurf von seiner Instruktion vom 17. abweiche. Wilhelm I. bemerkte dazu freilich: „Das ist ja gerade das, was ich nicht wollte." Es erschien mehr als zweifelhaft, ob er über diesen Stein des Anstoßes hinwegkommen würde. Während Bismarck in Wien verhandelte, bearbeitete Hohenlohe gemäß dem Auftrage, den ihm Bismarck erteilt hatte, in Straßburg den Monarchen; dieser fragte ihn, als er gehört hatte, daß Hohenlohe in Gastein Bismarck gesehen hätte: „Er ist wohl sehr gereizt?", worauf er die Antwort erhielt: „Nein, aber beunruhigt!" Hohenlohe hielt ihm vor: wenn das Bündnis mit Österreich nicht geschlossen würde, solange noch Andrassy am Ruder sei, würde sich die konservative Partei daselbst mit Rußland verständigen, und Frankreich werde dann auch nicht zurückbleiben, zumal da der friedliebende Waddington nicht fest genug im Sattel sitze. Das schien dem Kaiser einzuleuchten; aber ein positives Resultat hatte der Botschafter nicht erreicht, als er am 23. September Straßburg verließ. Einige Tage später langte der Bericht Bismarcks über seine Wiener Negoziation im Hoflager an; der Kanzler hatte ihm einen Brief an Otto von Bülow beigelegt, worin er seinen festen Entschluß aussprach, im Falle der Ablehnung zurückzutreten: „Es würde mich sehr glücklich machen, wenn ich nicht in die Notwendigkeit käme, diesen Schritt zu tun; ich bin aber in der Unmöglichkeit, ihn zu unterlassen, wenn die obenerwähnte Eventualität eintritt. Tritt sie nicht ein, so bitte ich, diesen Brief als ungeschrieben zu betrachten." Am 26. legte Otto von Bülow dem Monarchen den Bericht des Kanzlers vor; er telegraphierte diesem, der inzwischen nach Berlin zurückgekehrt war, über den Erfolg: sein Vortrag wäre im wesentlichen resultatlos ge-

wesen; des Kaisers Abneigung gegen die Nennung Rußlands im österreichischen Vertragsentwurf sei „entschieden groß“, ob unüberwindlich, entziehe sich noch der Beurteilung; da das noch nicht feststehe, habe er zunächst von dem vertraulichen Erlaß betreffend die eventuelle Demission noch keinen Gebrauch gemacht. Er sprach abermals, wie schon in Königsberg, seine Überzeugung dahin aus, daß ein günstiges Ergebnis nur durch einen persönlichen Vortrag Bismarcks zu erreichen sei. Dazu hatte dieser keine Lust; er ließ Bülow erwidern: „Ich bin nicht reisefähig und würde meinen schriftlichen Motiven auch mündlich nichts hinzufügen können. Meine Kräfte sind erschöpft. Ich sehe keinen Grund, die Benutzung des vertraulichen Erlasses zu verschieben; ich bedarf der Gewißheit, der Mangel derselben reibt mich auf.“

Mußte Bismarck so zweifeln, ob es ihm gelingen würde, beim Kaiser durchzudringen, so fehlte es auch nicht an Lockungen von russischer Seite, um ihn von der Verbindung mit Österreich abspenstig zu machen. Von Livadia aus hatte der Zar den Herrn von Saburow, der schon in Kissingen mit dem Kanzler konferiert und sodann bei seinem Herrn für einen mehr deutschfreundlichen Kurs eingetreten war, nach Berlin geschickt, um auch Bismarck über den Brief vom 15. August zu beschwichtigen und um Vorverhandlungen über einen Sondervertrag zwischen Rußland und Deutschland einzuleiten, womit man in Warschau vor Manteuffel nur erst recht schüchtern, in Alexandrowo gar nicht herausgerückt war; mindestens wollte man der Bismarck-Andrassyschen Aktion den Wind aus den Segeln nehmen, indem man wieder die Fata Morgana der Entente zu dreien vorspiegelte. Mit Saburow verbanden die russischen Botschafter in Berlin, d'Oubril, und in Paris, der Fürst Orlow, der sich gerade in der deutschen Reichshauptstadt aufhielt, ihre Bemühungen, um den Kanzler zu bearbeiten. Natürlich führte Bismarck gegen Saburow eine Sprache, die geeignet war, die bevorstehenden österreichisch-deutschen Abmachungen in einem harmlosen Lichte erscheinen zu lassen; anscheinend „freimütig“ erzählte er von seinem Besuche in Wien: hier scheine man eine Bündnispolitik in zwei Richtungen in Erwägung zu ziehen, entweder mit Deutschland oder mit den Westmächten. Furchtsam und argwöhnisch von Natur, sei man geneigt, sich diesen letzteren in die Arme zu werfen; geschehe dies, so werde Deutschland zu Neutralität verurteilt, und was Neutralität anbetreffe, so bleibe er nicht gern neutral, weil man sich in der Regel dadurch zwei Feinde zuziehe. Auf die Frage Saburows, was Deutschland im Falle eines Krieges zwischen Österreich und Rußland tun würde, antwortete er mit den Worten seiner großen Reichstagsrede vom Dezember 1876: Viel hinge davon ab, wer der Angreifer wäre; aber Deutschland hätte jedenfalls ein Interesse daran, daß keiner der beiden Kämpfer tödlich verwundet würde; Österreich als der schwächere, der am meisten riskieren würde, habe sich bei dieser Erklärung beruhigt. Indem Bismarck auf diese Weise zu verstehen gab, daß es bei der grundsätzlichen Option Deutschlands für Österreich sein Bewenden habe, worin indirekt die Ablehnung eines deutsch-russischen Sonderbündnisses wenigstens zurzeit lag, suchte er den Russen mit der Aussicht zu beschwichtigen, daß ein deutsch-österreichisches Einvernehmen nicht notwendig das Verhältnis zu dreien zu stören brauche, daß es

vielmehr den Zweck habe, Österreich von der Verbindung mit den Westmächten abzuhalten, zwischen diese und Österreich „eine tiefe Kluft zu legen". Er habe sich dessen versichert, so führte er in bezug auf seine Wiener Verhandlungen aus, daß Österreich den Gedanken jetzt aufgebe, westliche Allianzen zur Verteidigung seiner östlichen Interessen zu schließen: „Es wird die Freiheit haben, mit Euch diese oder jene Frage für zehn Jahre zu erörtern; aber es verzichtet künftig auf alle anderen Mittel außer diplomatischer Aktion. Es ist mir auf diese Weise gelungen, auszuführen, was ich die erste Etappe meiner Sicherungspolitik nennen möchte, zwischen Österreich und den Westmächten eine Schranke aufzurichten. Trotz der Sommerwolken, die sich meines Erachtens verziehen, verzweifle ich nicht, die zweite Etappe zu erreichen, das heißt, die Wiederherstellung des Dreikaiserbundes, des einzigen Systems, das meiner Meinung nach eine Maximaldauer des europäischen Friedens garantiert." „Beweisen Sie uns," so warf Saburow ein, „daß diese Entente uns Nutzen bringen wird, daß wir darin die Bürgschaft für den Frieden im Osten finden werden, und ich denke nicht, daß der Kaiser sich dann einer Entente à trois auf einer praktischen Grundlage widersetzen wird." Bismarck erwiderte mit einer Andeutung auf das Memorandum, das er und Andrassy in Wien unterzeichnet hatten. Zwar stand ja darin nur, daß Österreich und Deutschland nicht wegen strittiger Punkte des Berliner Vertrags Rußland ihrerseits oder in Verbindung mit anderen Mächten angreifen wollten; der Kanzler ging aber darüber weit hinaus, indem er Saburow mitteilte, Österreich hätte in diesem Schriftstück darauf verzichtet, „sich mit einer andern Macht als Deutschland politisch zu binden, also keine Allianz mit den Westmächten und keinen Sonderbund mit Rußland zu schließen". Er fügte hinzu: „Zugleich läßt das Memorandum ausdrücklich die Türe offen für den Fall, daß Rußland geneigt wäre, sich dieser Entente anzuschließen. Die Idee des Dreikaiserbundes, zeitlebens mein Leitmotiv, ist lange vor meiner Zeit erdacht worden. Der Urheber war Nikolaus I. Es läßt sich kein politisches System ersinnen, daß für den Schutz aller konservativen Elemente der modernen Welt größere Garantien darböte." Man darf die Konnivenz, die Bismarck also demonstrativ den Russen bezeugte, nicht allzu hoch einschätzen; denn er traute ihnen nicht. Er fühlte sich, wie er am 1. Oktober seinem Herrscher berichtete, „zum Zweifel an der Aufrichtigkeit Saburows noch durch dessen weitere Erörterungen angeregt. In drei, sechs Stunden lang währenden Unterredungen hatte der Russe das Thema von Deutschlands Neutralität in künftigen Kriegen mit England, von Bündnissen, Teilung der Türkei und Eroberung Konstantinopels erörtert", — lauter Dinge, die Bismarck mit Recht „auf weitergehende russische Pläne schließen ließen". A corsaire corsaire et demi, — das war ja sein Wahlspruch.

Jedenfalls war die Musik Saburows nicht imstande, ihn von dem Pfade abirren zu lassen, den er in Gastein und Wien einzuschlagen begonnen hatte. Und jetzt drängte er auf eine machtvolle Aktion, um den Widerstand des Kaisers zu brechen, — länger hielten ja auch seine Nerven dieses qualvoll ungewisse Spiel nicht aus; ein Abschluß mußte erzielt werden, so oder so. Das Staatsministerium und alle maßgebenden Persönlichkeiten standen auf seiner Seite, Moltke und der

Kronprinz, sogar seine alte politische Widersacherin, die Kaiserin Augusta. Alle Mittel des Druckes war er jetzt anzuwenden entschlossen, um seinen Souverän gefügig zu machen. Am Nachmittage des 28. September hielt er einen Ministerrat ab, in welchem er einen „meisterhaften Vortrag" über die allgemeine politische Lage hielt. Er skizzierte darin die Entwicklung des Verhältnisses zu Österreich seit 1866, schilderte die seit 1870 in stetigem Wachstum begriffene Feindseligkeit Rußlands und erwog die Frage, mit welchem von den beiden Staaten Deutschland sich besser stellen solle: eine Allianz mit einem Autokraten, einer halb barbarischen dummen Nation, verhetzt durch den Panslawismus, sei an sich riskant, während die mit einem schwächeren Staat, wie Österreich, viele Vorzüge habe. Lebhaft verteidigte er seine Konnivenz gegen die Forderungen Andrassys bezüglich der Fassung des geplanten Vertrages, — man darf annehmen, ungefähr mit den gleichen Argumenten, die ihm selbst in Wien entgegengehalten worden waren. Gegen die allgemeine Form, wie er sie selbst im Auftrage des Kaisers zuerst vertreten hatte, sprach, wie er nunmehr selbst darlegte, die Erwägung, daß dadurch einerseits Deutschland in die österreichisch-italienischen Irredentaspannung verwickelt und also genötigt werden könnte, gegen Italien zu Felde zu ziehen, während man andererseits den Österreichern nicht zumuten könnte, dafür zu fechten, daß Elsaß-Lothringen bei Deutschland bleibe. Sicherlich bedachte er auch, daß ohne den Rückhalt an Rußland Frankreich es niemals wagen würde, über Deutschland herzufallen, daß also ein neuer deutsch-französischer Krieg nur als Folgeerscheinung eines solchen zwischen Rußland und Österreich zu besorgen sei, und er sagte sich wohl auch, daß, wenn das deutsch-österreichische Bündnis eine Spitze nicht nur gegen Rußland, sondern gegen Rußland und Frankreich zugleich erhalte, eben diese beiden Mächte sich um so eher angetrieben fühlen könnten, darauf mit einer Allianz ihrerseits zu antworten. Gerade weil Rußland damals Frankreich umwarb, gab er sich alle mögliche Mühe, dieses durch gute Behandlung und zumal durch Expektanzen auf außereuropäische Macht- und Gebietserweiterungen günstig zu stimmen; daß er darüber hinaus versucht haben sollte, Frankreich in das deutsche Bündnissystem hineinzuziehen, war ein Verdacht, den sein Monarch auf ihn warf, jedoch zu unrecht. Er empfahl das Bündnis mit Österreich auch unter dem Gesichtspunkte, daß sich sonst die Koalition des Siebenjährigen Krieges wiederholen könnte, als Rußland, Frankreich und Österreich vereint gegen Preußen fochten, und daß die österreichisch-deutsche Allianz auch England sich schließlich anzugliedern geeignet sei. Denn der Beitritt Englands erschien ihm, wie er damals betonte, als ein notwendiges „Supplement", und schon deshalb befreundete er sich mit dem Andrassyschen Vertragsentwurfe, um nicht in London den Eindruck zu erwecken, als kehre sich der österreichisch-deutsche Zweibund gegen Frankreich, — das hätte dort die Bereitschaft zum Anschluß rauben müssen. Er machte Mitteilung davon, daß er seine Demission eingereicht habe; er fügte hinzu, daß er selbst nicht nach Baden-Baden zu fahren gedenke, da es doch nichts nützen und nur zu ähnlichen Szenen wie in Nikolsburg führen würde; dagegen schlug er vor, daß der Graf von Stolberg, sein Stellvertreter im Reichskanzleramt und Vizepräsident des Staatsministe-

riums, sich dahin begebe und dem Kaiser „die Brücke eines Ministerconseils“, nämlich unter seinem eigenen Vorsitze, proponiere. Das Ministerium billigte einmütig die Politik Bismarcks, und Stolberg war bereit, Bismarcks Wunsche gemäß sich sofort auf den Weg zu machen.

Selbst als Stolberg bereits in Baden-Baden eingetroffen war, war es für ihn und Otto von Bülow immer noch ein schweres Stück, den Kaiser zu Nachgiebigkeit zu bestimmen. Die Eröffnungen Saburows machten auf ihn einen ganz anderen Eindruck als auf Bismarck; sie befestigten ihn in seiner Überzeugung von der Friedensliebe des Neffen, und in der Meinung, daß nunmehr gerade der Moment gekommen sei, das Dreikaiserbündnis, das, wie er sagte, „bisher nur ein mündliches war und höchstens durch die Petersburg-Wiener Abkommen von 1873 etwas Schriftliches aufzuweisen hatte, in einem wirklichen schriftlichen Vertrag zu befestigen“; er erklärte den projektierten österreichisch-deutschen Traktat als eine „Illoyalität“, wenn man nicht vorher in Petersburg Anzeige mache. Um ihm zu Gefallen zu sein, unternahm Bismarck, wiewohl von vornherein von der Aussichtslosigkeit überzeugt, einen Versuch in Wien, um die Erlaubnis dazu hierselbst zu erreichen. Andrassy antwortete: weder Inhalt noch auch Text dürften in Petersburg bekanntgegeben werden, höchstens das „Memorandum“, eventuell mit der Erläuterung, daß, wenn Rußland, von den darin niedergelegten Grundsätzen abweichend, gegen Österreich und Deutschland einen Angriff wage, beide diesen gemeinsam abwehren würden; aber auch das dürfe erst geschehen, wenn der Vertrag unterzeichnet sei; „eine Mitteilung an Rußland vor der Unterzeichnung könne er nicht verantworten, und würde er dann lieber ganz von dem Geschäft zurücktreten“. Für Bismarck ging aus dem Schlußsatz hervor, daß Rußland in Wien direkt unterhandle, um Österreich „wegzufischen“, und schon annehmbare Bedingungen gemacht habe. Um so stärker drang er (am 3. Oktober) nach Baden-Baden, der Verschleppung ein schleuniges Ende zu machen, da der Kaiser ohne Not das Reich der Situation des Siebenjährigen Krieges aussetze; er wies Stolberg an, bei weiterem Zögern dem Kaiser die bestimmte Alternative vorzulegen, noch am selben Tage „zuzustimmen oder morgen keinen Minister mehr zu haben“. Tatsächlich gelang es Stolberg, noch am späten Abend des 3. die Genehmigung zum Abschluß durchzudrücken, unter den von Andrassy gestellten Bedingungen der Mitteilung nur des Memorandums, sowie der gemeinsamen Abwehr eventueller russischer Angriffe; der Kaiser machte dazu die Bedingung: der engere Anschluß Deutschlands und Österreichs erfolge, so solle nach Petersburg erläuternd hinzugefügt werden, „um ähnlich wie in dem früheren Deutschen Bunde durch festes Zusammenhalten für die Sicherung des europäischen Friedens und für das Wohl der eigenen Reiche zu wirken“. Andrassy fiel ein Stein vom Herzen; bis zuletzt hatte er gefürchtet, daß die Saburowschen Machenschaften das Schreckgespenst des Dreikaiserbündnisses wieder heraufbeschwören würde, und darauf wollte er sich keinesfalls einlassen. Hocherfreut, so weit zu sein, erklärte er am 4. Oktober sein Einverständnis mit dem Zusatze Kaiser Wilhelms; er bat, dem Botschafter Prinzen Reuß die Vollmacht zum Unterzeichnen zu erteilen und eine Frist für die Ratifikation anzugeben.

Allerdings auch jetzt war man noch nicht über den Berg hinweg. Denn der Kaiser faßte seine soeben erteilte Genehmigung nur als eine bedingte auf, und er erhob neue Anstände, als es sich darum handelte, die von Andrassy gewünschte Vollmacht auszusprechen. Nervös überreizt, verbrachte er schlaflose Nächte; an den kranken Minister von Bülow schrieb er damals: „Seit vier Wochen kämpfe ich gegen eine Stipulierung in Wien, die meinem Ehrgefühl und meiner Pflicht widerstrebt, und welchen Kampf ich nur unter der Bedingung endlich nach Erschöpfung aller Gegenvorstellung gestern nacht nachgegeben habe, daß Rußland die Motive zu dem Schritt im Memorandum mitgeteilt würden. Meine ganze moralische Kraft ist gebrochen! Ich weiß nicht, was aus mir werden soll! Denn der Kaiser Alexander muß mich für wortbrüchig halten, nachdem ich ihm schrieb und sagte auf Diktat des Fürsten Bismarck — de maintenir le legs centenaire de nos pères." Die neuen Ausflüchte, die er machte, riefen bei Bismarck die schärfsten Gegenmaßregeln hervor; er hielt am Nachmittage des 5. einen neuen Ministerrat ab, in dem alle Staatsminister förmlich beschlossen, im Falle seines Rücktrittes in corpore ihre Demission zu geben. Es wurde jedoch nicht nötig, dem Kaiser diese Drohung erst vorzulegen; am Abend desselben Tages vollzog er die Vollmacht für den Prinzen Reuß, indem er sich allerdings noch eine vierzehntägige Ratifikationsfrist vorbehielt. Das Dokument wurde sofort nach Wien geschickt, und es wurde nunmehr am 7. Oktober der Bismarck-Andrassysche Entwurf durch den Prinzen Reuß und Andrassy in Gegenwart von Haymerle unterzeichnet, — es war Andrassys letzte Amtshandlung. Aber sogar jetzt noch machte Wilhelm Vorbehalte und Versuche zu Einschränkungen, und am liebsten hätte er wieder den Rückzug angetreten. Er war „kreuzunglücklich" und hörte nicht auf zu klagen, „er habe sich durch seine Entscheidung entehrt und sei treulos seinem Freunde, dem Zaren gegenüber, geworden". Bismarck war froh, daß er seinen Herrn so weit hatte, und ließ sich durch dessen nachträgliches Schwanken nicht beirren; er „gab deutlich zu verstehen, daß er Se. Majestät bei der ersten Entscheidung festhalten werde". Abermals drohte er mit seinem und des gesamten Ministeriums Abschiede; er machte den Kronprinzen und Moltke mobil, um auf den Kaiser einzuwirken; der Feldmarschall stellte (am 12.) diesem vor, daß eine österreichisch-deutsche Allianz mit Anwendung auf einen Angriff Frankreichs allein gegen Deutschland militärisch nicht nötig sei, fand freilich damit keinen Anklang. Noch am 13. Oktober lehnte er die Ratifikation ab, weil ihm nicht gleichzeitig der Entwurf zu einer Mitteilung nach Petersburg vorgelegt worden sei. Aber schließlich erlahmte seine Widerstandskraft; immer wieder erinnerte ihn Otto von Bülow daran, daß demnächst die Ratifikationsfrist ablaufe, und er geriet zuletzt in eine „weiche, gütige und resignierte Stimmung". Im Gefühle, daß er doch nicht mehr anders könne, daß, wie Bismarck ihm vorhielt, das Versagen der Bestätigung eines schon zum Abschluß gebrachten Vertrages ein unerhörter Vorgang sei und für das Verhältnis zu Österreich unübersehbar schädliche Folgen haben müsse, vollzog er ohne weiteren Kampf am Vormittage des 16. Oktober die Ratifikation.

So kam das deutsch-österreichische Bündnis von 1879 zustande, die Frucht

einer langen Entwicklung, zuletzt nicht ohne heißes Ringen zwischen Kaiser und Kanzler. Wie Bismarck am 5. Oktober erzählte, hatte ihm der Herrscher „inzwischen allerlei Beruhigendes geschrieben: sie hätten doch nie eine erhebliche Differenz in den siebzehn Jahren gemeinsamer Arbeit und Zusammenwirkens gehabt"; er „lachte herzlich dabei über dieses bequeme Gedächtnis". Der Kanzler war sich der weltgeschichtlichen Bedeutung des Ereignisses vollauf bewußt. Es war ursprünglich sein Wunsch gewesen, daß es den Charakter des Ewigen, Unauflöslichen erhalte. Daher wollte er, daß das Bündnis nicht nur von den Regierungen geschlossen, sondern auch von den drei zuständigen Parlamenten, dem deutschen, dem österreichischen und dem ungarischen Reichstage, sanktioniert würde, — das schien ihm eine Rückkehr zu dem Zustande zu sein, wie er bis 1866, bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, bestanden hatte, und dadurch wäre in der Tat die 1848er Idee des engeren im weiteren Bunde verwirklicht worden. Dieser Gedanke war nun freilich schon dadurch unausführbar geworden, daß der deutsche Vorschlag eines allgemeinen Schutzbündnisses dem österreichischen einer nur antirussischen Defensivallianz weichen mußte; auch wollte man in Österreich-Ungarn (schon aus Rücksichten auf die nationale Zusammensetzung des Reiches) nicht die auswärtige Politik in die parlamentarische Machtsphäre gerückt wissen, — wer konnte dafür garantieren, daß sich nicht einmal im Wiener Reichsrate eine Mehrheit fände, die vom Bündnisse mit Deutschland loszukommen streben würde? Immerhin wurde dem Bündnisse trotz seiner zeitlichen Befristung ein höherer Grad von Festigkeit und Bestand durch die darin enthaltene Bestimmung verliehen, daß sein Erlöschen einer besonderen Kündigung bedürfe, und daß es ohne eine solche auf weitere drei Jahre automatisch fortdauern solle. Es gab Österreich Deckung gegen eine russische Offensivpolitik, auch auf dem Balkan; für Deutschland lag sein Hauptwert in dem Schutze, den es gewährte, wenn einmal eine künftige frankorussische Allianz so weit gehen sollte, einen Angriffskrieg gegen das Neue Reich anzuzetteln. Soviel zu leisten, war es gewißlich imstande; damit war freilich nicht gesagt, daß man ihm noch viel mehr aufbürden und zumuten konnte. Daß Bismarck selbst an und für sich der Ansicht war, daß es für sich allein nicht genüge, beweist ja der Umstand, daß er es ursprünglich als des „Supplements" durch einen österreichisch-deutschen Vertrag mit Großbritannien für bedürftig erklärte.

Der Versuch dazu war tatsächlich in der Zwischenzeit, da der Zweibund perfekt wurde, gemacht worden. Mitte September hatte ja, wie bereits erzählt wurde, Bismarck noch von Gastein aus die Weisung erteilt, den Grafen Münster in die soeben spielenden deutsch-österreichischen Bündnisverhandlungen vollkommen einzuweihen, damit dieser hinwiederum mit Lord Beaconsfield Fühlung nehme, um zu ermitteln, was von ihm zu erwarten wäre, wenn Deutschland aus Rücksicht für Österreich-Ungarn und England mit Rußland in Händel geraten sollte. Wir haben auch erwähnt, daß darin ohne Zweifel weiterhin der Versuch lag, Gewißheit darüber zu erlangen, ob und inwiefern Großbritannien in Bismarcks antirussisches Defensivsystem einzubeziehen wäre, und daß der Preis, den er sich für eine Allianz von England zahlen zu lassen gedachte, voraussichtlich kein geringer

war. Wollte Österreich keine Garantie gegen einen Angriff Frankreichs allein gegen Deutschland übernehmen, so sollte ihm offenbar das englische Bündnis eine solche gewähren; wenn er nicht dieses Zugeständnis vorlegen konnte, so war Wilhelm I. für einen Vertrag mit England, bei seiner Angst, dadurch in eine österreichisch-westmächtliche Gruppierung gegen Rußland verwickelt zu werden, noch weniger zu haben, wie für den mit Österreich, und andererseits, wenn er diese Konzession erwirkte, so war für den Kaiser gerade das zuwege gebracht, was dieser am Abkommen mit Andrassy so schmerzlich vermißte.

Der Verlauf, den die Verhandlungen Münsters mit Beaconsfield nahmen, ließ die Aussicht auf Erfolg alsbald als kaum vorhanden erscheinen. Sie fanden statt in den Tagen der Hochspannung zwischen Kaiser und Kanzler, als dieser gerade von Wien nach Berlin zurückgekehrt war. Münster zweifelte nicht daran, daß Beaconsfield, soweit er dessen Ansichten und die Lage Englands kenne, die neue Wendung der deutschen Politik mit Eifer begrüßen würde; aber er mahnte zu Vorsicht angesichts der unbestimmten parlamentarischen Verhältnisse, derzufolge die Opposition in ein bis zwei Stunden ans Ruder kommen könnte, welche an Versprechungen des bisherigen Kabinetts dann nicht gebunden wäre. Am 26. September begab er sich nach Hughenden Manor, dem Landsitze des Lord Beaconsfield, der ihn nicht eher hatte empfangen können; an diesem und am folgenden Morgen fand der Meinungsaustausch der beiden Staatsmänner statt, der über das Schicksal Europas in den folgenden Jahrzehnten entschied. Der Botschafter eröffnete das Gespräch: er komme hierher auf Befehl des Fürsten Bismarck, um einen Vorschlag ernstester Art zu machen, und zwar in strengstem Vertrauen; es handle sich um eine private und freundschaftliche Mitteilung Bismarcks, noch nicht um eine solche offizieller Natur; doch hoffe er, daß sie noch einen solchen Charakter annehmen würde. Der Minister antwortete, es wäre ihm unmöglich, vor der Königin und seinem Kollegen vom Auswärtigen Geheimnisse in dieser Hinsicht zu haben; Münster entgegnete: Bismarck dringe darauf, daß die Angelegenheit zunächst vertraulich bleibe; denn er habe darüber sich noch nicht mit dem Kaiser verständigt, und wenn dieser von anderer Seite, z. B. durch Korrespondenz in der königlichen Familie, davon erfahre, ehe er selbst zu ihm davon gesprochen habe, so wäre ein schlechter Ausgang zu befürchten. Beaconsfield replizierte, Salisbury und er wären eins, und für die Diskretion der Königin könne er aus langer Erfahrung einstehen. Nach einigem Bedenken, wie Beaconsfield erzählt, rückte der Botschafter mit der Sprache heraus. Die deutsch-russischen Beziehungen sind, so setzte er auseinander, von Natur wesentlich unbefriedigend, und sind es seit Deutschlands Einigung noch mehr geworden. Die Russen hassen die Deutschen und haben daher die baltischen Deutschen in den letzten Jahren beständig aus ihrem Staatsdienst verdrängt, obwohl doch diese in Wahrheit das Russische Reich gemacht haben. Der Panslawismus hat die Oberhand gewonnen, und Schuwalow, obgleich Russe, ist kaltgestellt worden, weil er in den Fußstapfen der großen russisch-deutschen Staatsmänner vor ihm wandelte. Dieser chronische Zustand bestimmt den Kanzler, einen Versuch zu machen, Deutschland endgültig von der russischen Knechtschaft zu befreien, unter der es so lange geseufzt hat; daher hat

er schon früher, während Beaconsfield an der Spitze des Kabinetts stand, Lord Russell eine Allianz mit Großbritannien in Anregung gebracht; Lord Derby hat das aber nicht allein zurückgewiesen, sondern auch seinen Kollegen mit der Bemerkung zur Kenntnis gebracht, daß man sich zurzeit nicht darauf einlassen könne. Wäre England darauf eingegangen, so wäre der Russisch-Türkische Krieg verhütet worden, nicht minder alle die gegenwärtigen Verwicklungen; eben daher hätte sich Deutschland auf Rußland stützen und durch das Mittel des Dreikaiserbundes die Dinge leidlich in Ordnung bringen müssen. Jetzt ist der alte Zwist wieder ausgebrochen; der Panslawismus triumphiert, und der Zar hat sich ihm gänzlich hingegeben. Die Begegnung zu Alexandrowo war ein Fehlschlag; der deutsche Kaiser hat sich über ihren Erfolg in Illusionen gewiegt, die seine Freunde bedauern, und von deren Haltlosigkeit er jetzt selbst überzeugt ist. Rußland rüstet zum Angriffe auf Österreich; es würde ein Krieg werden, der nicht lokalisiert werden kann; Deutschland braucht den Frieden, und kein Land wünscht und fordert ihn mehr.

Es kommt durchaus nicht darauf an, von welcher Seite im Verlaufe der Unterredung zuerst das Wort „Bündnis“ fiel; auch sonst weisen die beiden Berichte, die wir darüber besitzen, der Bericht Beaconsfields an die Königin Viktoria und der Münsters an Bismarck, Unstimmigkeiten auf, so wenn jener behauptet, er habe sich die Freiheit der Mitteilung an seine Souveränin und Salisbury vorbehalten, während dieser sagt, es sei ihm „vollste Diskretion und Verschwiegenheit“ zugesichert worden, — für die Richtigkeit der Angabe Münsters spricht der Umstand, daß Beaconsfield selbst zugibt, zum Schluß habe er dem Botschafter gesagt, die Frage könne nur im Einverständnis mit Salisbury zu einem befriedigenden Abschlusse gebracht werden, er habe daher Münster empfohlen, Bismarck um die Erlaubnis zu bitten, mit Salisbury reden zu dürfen. Beide wußten jedenfalls, worauf sie letzten Grundes hinaus wollten. Erst wollte Bismarck, ehe er weitere Schritte tat, wissen, wie sich Beaconsfield für seine Person zu einer deutsch-britischen Annäherung verhielt, und dieser gab gegen Münster in dieser Hinsicht anscheinend durchaus befriedigende Versicherungen ab. Er bedauerte, daß die frühere Anknüpfung Bismarcks mit Derby so früh und plötzlich ins Stocken geraten sei. England wolle und müsse Alliierte haben, um mit eingreifen zu können in die Geschicke Europas. Die Politik der Nichtintervention, d. h. gegenüber den europäischen Begebenheiten, sei unpraktisch und für ein Land, das sich seiner Macht bewußt sei, auf die Länge unmöglich; sie rühre von Cobden und seinen Anhängern her, und diese hätten auf politischem Felde mit ihrer unbedingten Nichtintervention ebensoviel Schaden angerichtet, wie mit ihrem Freihandel ohne Gegenseitigkeit. Die natürlichsten Alliierten für England seien Deutschland und Österreich; er würde mit Freuden eine Allianz mit Deutschland eingehen. Die Hauptbedenken, die Münster hegte, nämlich wegen der zukünftigen Stellung der Opposition und der Krone, beschwichtigte er, was diese letztere anbelangte, dahin, die Königin kenne nur einen Feind, das sei Rußland, und wünsche nichts sehnlicher als eine Verständigung mit Deutschland; der Prinz von Wales, so fügte er auf eine Zwischenfrage des Botschafters hinzu, habe

gewisse Sympathien für Frankreich, mehr aber noch für Französinnen, gegen Rußland jedoch eine tiefe Abneigung und selbst Haß; bei einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland allein würde er vielleicht zu jenem neigen, bei einem solchen gegen Rußland und Frankreich zugleich sicher auf deutscher Seite stehen. Auch bezüglich der parlamentarischen Verhältnisse beruhigte er den Grafen: er rechne sicher damit, daß die Konservativen noch fünf bis sechs Jahre am Ruder bleiben würden; sollten die Wahlen jedoch für sie unglücklich ausfallen, so glaube er nicht daran, daß die Liberalen der reinen Manchesterrichtung (Freihändler und Nichtinterventionisten), wie sie unter Gladstone regiert hätten, jemals in England wieder festen Fuß fassen würden; es würde dann kein radikales, sondern eine Art Koalitionsministerium mit den alten Wighs an die Spitze treten, die am Gange der äußeren Politik nichts ändern würden. „In der Masse des Volkes sei eine Allianz mit Deutschland die populärste, und die freihändlerischen Friedensideen der Bright-Cobden-Schule würden immer mehr als unpraktisch verworfen.“

In diesen Ausführungen des britischen Premiers war ohne Zweifel bereits ein Punkt vorhanden, der den Reichskanzler unangenehm berührte, als er den Münsterschen Bericht las; das war die Mitteilung, daß bei einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich allein der Prinz von Wales zu Frankreich hinneigen würde und nur in einem russisch-französischen Koalitionskriege gegen Deutschland als zuverlässiger Bundesgenosse in der Folgezeit zu erachten sei. Das konnte ihm nicht übermäßiges Vertrauen einflößen. Gegen Rußland war er gedeckt durch das Bündnis mit Österreich, und dieses wollte zwar Kaiser Wilhelm, nicht aber Andrassy auch auf Frankreich allein erstreckt wissen; weil er das bei Andrassy nicht durchsetzen konnte, so suchte er ja eben dafür jetzt einen Ersatz bei England zu finden. Aus dem gesamten Verlaufe der Unterhaltung ging hervor, daß die Rücksicht Englands auf Frankreich die Hauptschwierigkeit war, die einem vertragsmäßigen deutsch-britischen Einvernehmen im Wege stand. Beaconsfield ließ sich nach Münsters Relation darüber aus: „Die Kernfrage dabei sei Frankreich und die Möglichkeit einer russisch-französischen Allianz. Aber gerade in diesem Punkte könne er mir die allerfestesten Versicherungen geben. Frankreich werde Deutschland niemals angreifen, sowie es sehe, daß England diesen Angriff als casus belli betrachten würde, und daß Deutschland, welches Frankreich gegenüber alles habe, was es zur Sicherung seiner Grenzen bedürfe, niemals aggressiv gegen Frankreich vorgehen werde, sei eigentlich selbstverständlich.“ Gewiß, das war „selbstverständlich“; aber zum Meinungsaustausch über so selbstverständliche Dinge hatte Bismarck nicht Münster zu Beaconsfield geschickt, und platonische „Versicherungen“, Frankreich würde es nicht wagen, Deutschland anzugreifen, sowie es wisse, daß England das als Kriegsfall auffassen würde, genügten ihm nicht. Er wollte reelle Zusicherungen in der Form vertragsmäßig fest umschriebener Garantien dagegen haben, und konnte es nach dem Berichte Münsters fast scheinen, als sei Beaconsfield dazu bereit, so widersprach dem das, was der Premier über diesen Teil der Verhandlung seiner Königin mitteilte, daß er nämlich Münster gesagt habe: für seine Person und jederzeit sei er einem deutsch-britischen Einverständnis geneigt; er dürfe aber nicht verhehlen, daß Schritte Englands,

die Frankreich feindlich erschienen, beim englischen Publikum verdächtig und mißliebig aufgenommen werden würden, da zwischen den beiden Ländern die innigsten kommerziellen, gesellschaftlichen und bis zu einem gewissen Grade politischen Beziehungen bestünden. Bismarck hatte es vorausgesehen, daß Beaconsfield solches geltend machen würde, und den Botschafter dahin instruiert, diesen über solche Bedenken hinaus vorwärts zu treiben: die Allianz, die er beabsichtige, sei nicht unvereinbar mit herzlichen Beziehungen mit Frankreich; Fürst Bismarck habe Grund zu glauben, daß weder das gegenwärtige französische Kabinett noch auch Gambetta und seine Freunde einen Angriffskrieg gegen Deutschland anzetteln wollten, daß eine solche Gefahr lediglich von der alten klerikal-monarchischen Partei drohe, und daß Frankreich unter keinen Umständen über eine britisch-deutsche Verbindung sich aufregen würde; die beiden leitenden Gesichtspunkte eines solchen Zusammenwirkens würden natürlich darin bestehen, Deutschland vor einem französischen Angriff zu bewahren, sowie die Politik und die Interessen Großbritanniens in der Levante und im Osten überhaupt zu fördern. Als Münster am Morgen des 27. September von ihm Abschied nahm, sagte ihm Beaconsfield: „Schreiben Sie dem Fürsten, daß, wenn wir uns verständigen, ich den Frieden in Europa als gesichert ansehe auf lange Zeit. Will uns der Fürst im Orient helfen, und dort gehen Englands Interessen Hand in Hand mit denen Österreichs, so stehen wir, falls diese Politik Deutschland mit Rußland in Händel verwickeln würde, dafür, daß Frankreich sich nicht rühren darf. Wir werden in diesem Falle Frankreich in Ruhe halten; Sie können sich auf uns verlassen." Bismarck begnügte sich, bei diesem Satze ein lakonisches „sonst nichts?" an den Rand zu notieren.

Er wußte wohl, warum er das tat. Wie der Prinz von Wales Deutschland nur gegen Frankreich und Rußland zusammen, nicht gegen Frankreich allein unterstützt sehen wollte, so ging aus des britischen Premiers letzter Bemerkung mit Gewißheit hervor, daß auch dieser zu Einschreiten für Deutschland gegen Frankreich, wenn sich dieses allein rührte, nicht zu haben war, sondern nur dann, wenn Deutschland durch Unterstützung der britischen und österreichischen Orientpolitik mit Rußland in Konflikt kam, und wenn Frankreich Miene machte, Deutschland gegenüber dann Rußland entlasten zu wollen. Dieser Pakt war das genaue Gegenstück zu Andrassys Allianzformel; er war für Deutschland eine leoninische Gemeinschaft und ging weit über die rein defensiven Zwecke hinaus, die Bismarck verfolgte. Ausdrücklich hatte dieser vor Beaconsfield betonen lassen, daß Deutschland im Orient gar keine Interessen habe; der Engländer hatte diese Mahnung entweder geflissentlich überhört, oder er war so einseitig im britischen Interesse orientiert und besaß ein so geringes Verständnis für die politischen Notwendigkeiten Deutschlands, daß ihm der wahre Sinn der Worte Bismarcks entging, — dann war von der weiteren Verhandlung nicht viel Gutes zu erwarten. Während die britischen Staatsmänner gespannt auf weitere Eröffnungen von Berlin warteten, schwieg sich der Kanzler zunächst gründlich aus. Ob er sich nun Münster gegenüber zur Diskretion verpflichtet hatte oder nicht, jedenfalls machte Beaconsfield sowohl der Königin Viktoria als auch Salisbury Mitteilung von der großen Sensation. Jene konnte sich nicht übermäßig für die

Angelegenheit erwärmen. Bismarck dürfe, so ließ sie sich hören, nicht gänzlich entmutigt werden; aber England dürfe sich nicht Frankreich entfremden; wenn es sich mit Deutschland und Österreich verbünde, so könnte sich Frankreich mit Rußland und Italien zusammenschließen, was eine recht bedenkliche Sache sein würde. Beaconsfield fühlte selbst hinterher, daß er der Werbung Bismarcks doch nicht bestimmt und rückhaltlos genug entgegengekommen sei, und er war sich auch des wunden Punktes durchaus bewußt, nämlich der Rücksicht auf Frankreich. Vor Salisbury äußerte er sich dahin: Er glaube wohl, daß eine Allianz im Hinblick auf die russische Gefahr sehr wohl ins Auge zu fassen sei und im Lande eine gute Aufnahme finden würde; die Schwierigkeit bestehe nur darin, wie diese Wendung der britischen Politik bekanntzugeben sei. Peinlich habe er in seinen Gesprächen mit Münster das Wort „Vertrag" vermieden; ein Auskunftsmittel wäre zu erwägen, nämlich einen Vertrag zwischen den drei Mächten zustande zu bringen, der sich nicht der Form nach und eingestandenermaßen auf das eigentliche „große Objekt", sondern auf einen praktischen Zweck beziehe, der damit zusammenhinge: Frankreich könne sich billigerweise nicht widersetzen, wenn England Österreich gegen einen Angriff Rußlands Beistand leiste.

Alle diese Erwägungen waren überflüssig. Inzwischen hatte Wilhelm I. seine wenngleich bedingte Genehmigung zur Unterzeichnung des Zweibundtraktates gegeben, und dieser war (7. Oktober) in Wien vollzogen worden. Am Tage darauf ging ein Erlaß Bismarcks an Münster ab; der Kanzler stellte sich darin auf den Standpunkt, daß nach Beaconsfields Erklärungen Deutschland nicht einmal, wenn es sich, ohne daß es doch eigene zwingende Interessen im Orient besitze, hier aus Rücksicht auf England und Österreich den russischen Forderungen versage und darüber mit Rußland zusammenstoße, bestimmt auf Englands aktiven und bewaffneten Beistand rechnen dürfe, daß es daher vermehrten Anlaß habe, jedem Konflikt mit Rußland wegen orientalischer Angelegenheiten aus dem Wege zu gehen. Es liegt auf der Hand, daß es sich bei diesem Argument mehr um eine Ausrede oder einen Vorwand als um das wahre Motiv handelt, dessentwegen Bismarck den Rückzug antrat. Das Bedenken, daß Deutschland nicht „bestimmt" auf Englands aktiven und bewaffneten Beistand zählen dürfe, hätte sich durch einen weiteren Meinungsaustausch, zumal nach dem, was kurz vorher Salisbury dem Grafen Münster vortrug, mit Leichtigkeit beseitigen lassen, wenn Bismarck nur ernstlich das Bündnis noch gesucht hätte. Er sah, daß Beaconsfield es so auffaßte, daß Deutschland den britischen und österreichischen Orientplänen „helfen" sollte, ohne daß er dafür mit entsprechenden Konzessionen im speziell deutschen Interesse zahlen wollte, — das beweist ja seine Randglosse zu dem Erbieten des englischen Ministers, dann, aber auch nur dann, wenn Deutschland des Orients halber mit Rußland Händel bekomme, dafür zu sorgen, daß sich Frankreich nicht rühren dürfe. Das war es vornehmlich, wodurch er sich in seinen Erwartungen auf Beaconsfields Antwort nicht „in vollem Maße" befriedigt fühlte; daher ließ er durch Münster jetzt nach London wissen: „Will sich England, wie es Lord Beaconsfield Ihnen gesagt hat, darauf beschränken, bei einem eventuellen Kriege zwischen Rußland und uns Frankreich zu überwachen, so ist dies an

sich allerdings eine sehr dankenswerte Hilfe, aber doch nicht groß genug, um uns die Aussicht auf einen russischen Krieg erträglich zu machen.“ M. a. W.: Deutschland kann sich nicht dazu hergeben, England und Österreich Vorspanndienste im Orient zu leisten, wenn dabei für Deutschland selber nichts anderes als eine magere und in Umfang und Wirksamkeit ganz in Englands Belieben gestellte britische Kontrolle über Frankreichs Haltung gegen Deutschland herausspringt, falls dieses für England und Österreich zum Kampfe mit Rußland kommt. Daher wies er Münster an, Beaconsfield nicht unter dem Eindruck zu lassen, als ob er durch seine Antwort wirkliche Anerbietungen gemacht habe, auf Grund deren Deutschland daran denken könnte, die Konsequenzen eines Bruches mit Rußland auf sich zu nehmen, — mochte doch dieser sich nun überlegen, um welchen Preis allein er Deutschlands Hilfe für den Orient zu gewinnen vermöchte. Aber daß sich England zu dem Zugeständnisse bequemen würde, welches ihm vorgeschwebt hatte, darauf glaubte der Kanzler schon jetzt so wenig mehr bauen zu dürfen, daß er Münster bat, bei Beaconsfield auf die Angelegenheit vorläufig nicht mehr zurückzukommen, „um jeden Anschein zu vermeiden, als bedürften wir einer günstigeren Haltung des englischen Kabinetts oder suchten die englische Politik zu größerem Entgegenkommen zu drängen“.

Bei diesem Stande der Dinge war auf ein positives Ergebnis der Verhandlung nicht zu hoffen. Zwar wuchs bei den britischen Staatsmännern der Eifer, die Allianz zustande zu bringen; aber das war vergebene Liebesmüh, da sie sich, was Frankreich anbelangte, nicht zu dem verstanden, was Bismarck verlangte. Münster berichtete auf den Erlaß vom 8. Oktober nach Berlin zurück, nach seiner Überzeugung habe Beaconsfield die Absicht gehabt, „die allerbefriedigendste Antwort und Erklärung zu geben“, dieser sehe (das habe er zu mehreren Malen betont) die aktive Beteiligung Englands an einem neuen Kriege in der europäischen Türkei als „notwendig und unvermeidlich an, und es sei gar nicht daran zu zweifeln, daß er Österreich und Deutschland beispringen würde, wenn sie in Fragen, die Österreichs und Englands Interessen in gleicher Weise berührten, mit Rußland zusammenstießen“. Aber daran war Bismarck gar nichts gelegen, und hinsichtlich der Eventualität einer Bedrohung Deutschlands durch Frankreich konnte Münster lediglich wiederholen, Beaconsfield glaube, es komme Bismarck vor allem darauf an, „vor einem französisch-russischen Bündnisse gesichert zu sein und in dem Falle auf Englands Unterstützung rechnen zu können“, wobei der Botschafter seine Eindrücke über die britische Stimmung dahin zusammenfaßte: „Ein Krieg gegen Rußland würde hier stets populär und ungefährlich für England sein, wogegen die Möglichkeit eines Krieges mit Frankreich als eine viel ernstere Sache angesehen und viel mehr Widerstreben in der Nation finden würde.“ Bismarck wollte ein Bündnis haben, das Deutschland gegen Frankreich deckte, und es war mehr als fraglich, ob es zu erreichen war, und ob es Sicherheit bot, wenn in England der Widerstand gegen jedweden Konflikt mit Frankreich so stark eingewurzelt war; keinesfalls jedoch strebte er nach einer Allianz, die deren beiden Genossen Rückhalt für ihre Orientpläne, und zwar England sogar in Asien, gewährt hätte, — um so mehr trachtete man in London jetzt eben danach. Mitte

Oktober stand Münster im Begriffe, zum hannoverschen Provinziallandtage zu reisen; dringend bat ihn, ehe er nach Deutschland aufbrach, Salisbury, ihn auf seinem Landsitze in Hatfield zu besuchen. Die Anregung dazu ging von Beaconsfield aus; der stellte sich jetzt auf den Standpunkt, daß man aus der bisherigen Reserve heraustreten müsse; er gab dem Kollegen sogar die Erlaubnis, von seinem eigenen Namen insofern Gebrauch zu machen, als er ihn wegen seiner Ungeschicklichkeit mit einigem Tadel bedenken dürfte. Am 15. Oktober weilte Münster in Hatfield; Salisbury ersuchte ihn, Bismarck zu sagen, wie sehr er ein festes Zusammengehen Deutschlands mit Österreich und eine Allianz Englands mit den beiden Mächten wünsche; er suchte ihn dafür zu gewinnen, indem er ihm mitteilte, daß Rußland noch ganz neuerdings sich bemüht habe, eine Verständigung mit Frankreich anzubahnen, wie auch die russischen Anknüpfungen mit Italien zum gleichen Zwecke nur daran gescheitert seien, daß Frankreich nicht mitmachen wollte und England sein Veto in Rom eingelegt hätte. Er nehme an, so fügte er hinzu, Deutschlands Begehren laufe darauf hinaus, daß England Frankreich und Italien bestimme, neutral zu bleiben. Münster erwiderte: Süddeutschland sei vor einem französischen Angriffe durch Metz und Straßburg geschützt; man wolle jedoch in Deutschland darüber Sicherheit haben, daß England keinen Vorstoß Frankreichs durch Belgien hindurch dulde. Salisbury erklärte sich dazu bereit und drückte seine zuversichtliche Hoffnung aus, daß es England gelingen würde, Frankreich von einer Verbindung mit Rußland gegen Deutschland zurückzuhalten; er schloß mit der Beteuerung, man könne sich in Berlin auf Englands „guten Willen und Beistand im Falle eines Angriffs auf Österreich und Deutschland verlassen". Obgleich, oder richtiger gesagt, weil sein Gespräch mit Münster durchaus im Sinne und Tone der früheren Unterredung des Grafen mit Beaconsfield verlaufen war, empfing er den Eindruck, daß sich inzwischen bei seinem Partner ein „leichter Wechsel der Gesinnung" vollzogen habe, und daß Bismarck nicht mehr so erpicht auf die Sache sei, wie zuerst.

Er hatte mit seiner Vermutung ganz recht. Bismarck lehnte es ab, Münster bei dessen Anwesenheit in Deutschland zu sehen; er erachtete dessen Bericht über seine Verhandlung mit Salisbury nicht einmal einer Rückäußerung für wert; die Mitteilung des Botschafters, Beaconsfield lege auf eine deutsche Allianz „den allergrößten Wert", kommentierte er mit einem skeptischen „wirklich!". Was England ihm geben wollte, war ihm zu wenig, und so ließ er den Faden stillschweigend fallen. Daß er damals schon ernstlich entschlossen war, den neuen deutsch-österreichischen Bund wieder zur alten Dreikaiserentente auszugestalten, ist aus dem Umstande, daß er schon seit Wochen, als er doch noch vom tiefsten Argwohn und vom hellsten Zorn gegen Rußlands Perfidie und Arroganz erfüllt war, seinen Monarchen durch die Vorspiegelung dieser Aussicht zur Genehmigung seiner Negoziation mit Andrassy zu bestimmen versuchte, kaum zu entnehmen. Wohl aber ist es möglich, daß die leidenschaftliche Stimmung, aus der heraus er die Defensivassekuranz betrieb, und die durch den Kampf mit dem Kaiser aufs stärkste gesteigert war, jetzt, nachdem er sein Ziel erreicht hatte, seitdem der Traktat perfekt war, im Abflauen begriffen war, und daß er bei Beaconsfields

mangelhaftem Eifer und Verständnis, auf seine eigentlichen Intentionen einzugehen, nicht alle Brücken mit Rußland für die Zukunft abbrechen wollte. Die Hauptsache war freilich immer, er wollte nicht ohne gleichwertige Gegendienste Englands für dieses Verpflichtungen übernehmen, sich das Leitseil um den Hals für ehrgeizige Absichten Österreichs und Englands im Orient legen lassen, wo deutsche Interessen nicht auf dem Spiele standen. Wenn England ihm keine Garantien gegen Frankreich geben wollte, so konnte er es ja zunächst einmal selber mit Frankreich versuchen, inwieweit er dieses durch Unterstützung seiner neuen kolonialen Pläne im Zaume zu halten vermochte. In London nahm man ihm seinen Rückzug nicht einmal übel, obgleich sich dieser so plötzlich und so brüsk vollzog, daß er auf die letzten Erbietungen und Aufträge, die Salisbury dem Grafen Münster anvertraut hatte, nicht einmal antwortete. Beaconsfield zerbrach sich den Kopf, wie die Sache zusammenhängen könnte, ob Bismarck es übel aufgefaßt hätte, daß er selbst zuerst ein zu geringes Entgegenkommen gezeigt und auf unmittelbarer Mitteilung an die Königin und Salisbury bestanden, oder ob Münster eigenmächtig gehandelt habe, oder ob endlich inzwischen in Berlin ein Umschwung eingetreten sei. Die plausibelste Erklärung war es immer noch, daß es dem Kanzler schon Mühe genug gemacht habe, den Kaiser zum Bündnis mit Österreich zu bringen, und daß er sich daher scheue, bei diesem auch noch wegen Englands anzuklopfen. Man fühlte sich sogar in England zunächst erleichtert. Die Königin hatte von vornherein eine Entfremdung von Frankreich besorgt, insofern als Bismarcks Vorschlag darauf abziele, „Frankreich soviel wie möglich gegenüber Rußland zu lähmen und England in eine Falle zu locken“. Auch Beaconsfield hielt dafür, daß Bismarcks veränderte Haltung, wie befremdlich an sich auch immer, gleichwohl durchaus kein Unglück sei; es wäre schwierig, ja sogar gefährlich gewesen, sein Allianzangebot zurückzuweisen; Frankreich hätte keineswegs notwendig deshalb von England abzurücken gebraucht, aber die gegenseitigen Gefühle hätten sich doch abkühlen können, und man habe jetzt völlig freie Hand. Die Königin erwiderte: „Wir sind gut aus der Sache herausgekommen.“

War man doch noch jetzt in den leitenden Kreisen Englands nicht vom Argwohn frei, Bismarcks Ehrgeiz könne nach Rotterdam oder Kopenhagen trachten, — das war kein günstiger Nährboden für die Idee einer deutsch-britischen Allianz.

Für das britische Kabinett war es im Moment viel wichtiger, daß sich Deutschland und Österreich zusammen in Positur gegen Rußland setzten. An demselben Tage, an dem Wilhelm I. den Vertrag ratifizierte, am 16. Oktober, hielt Salisbury eine große Rede in Manchester, worin er auf die Nachrichten der Presse über das Zustandekommen eines deutsch-österreichischen Schutzbündnisses hinwies. Er bemerkte, er wisse nicht, ob sie zuträfen, und wolle darüber keine Ansicht äußern. „Aber ich will Ihnen und allen, die den europäischen Frieden und die Unabhängigkeit der Nationen hochhalten, zurufen, ohne damit eine Profanation zu begehen: Großes Heil ist uns widerfahren.“ Für England war das Ereignis von größter Bedeutung; denn es gab dem Dreikaiserbündnis, wie es das Aussehen hatte, den Gnadenstoß und dadurch der britischen Weltpolitik im nahen Orient und in Mittelasien Ellenbogenfreiheit gegenüber dem russischen Rivalen. Am 27. Ok-

tober machte der österreichische Botschafter Graf Karolyi dem englischen Außenminister, indem er strengstes Stillschweigen forderte und versicherte, daß nur England in das Geheimnis eingeweiht würde, offizielle Anzeige vom Traktat; einige Tage später folgte Münster mit einer identischen Mitteilung. Karolyi gab dabei die Erklärung ab: der Zweck der Allianz sei lediglich die Erhaltung des Friedens und des status quo; Österreich sei im Besitze von Bosnien saturiert und weit entfernt von Begehrlichkeit; wäre die Auflösung der Türkei in der Folgezeit unvermeidlich, so wolle es sich nicht an deren Erbschaft bereichern, würde aber auch Rußland solches nicht gestatten, sondern werde dann die „kleinen Staaten" und die einheimische Bevölkerung in ihrem ganzen Umfange in ihrem Widerstande gegen jede Fremdherrschaft stützen. Salisbury antwortete, indem er den Dank und die Befriedigung seiner Regierung, sowie die Hoffnung aussprach, daß sich England und der Zweibund, wenn die Pforte einmal zu Fall käme, miteinander verständigen würden; er stellte die Frage. ob der Vertrag schriftlich niedergelegt worden sei. Karolyi antwortete darauf ausweichend, es sei den Mittelmächten sehr ernst mit ihrer Verpflichtung, und das werde sich, sollte es nötig werden, in Taten offenbaren. Daß von einem Anschluß Englands an das Bündnis ganz und gar nicht die Rede war, das war Beaconsfield doch auch nicht recht im Hinblick auf die Möglichkeit russisch-britischer Verwicklungen in Asien; solange Österreich und Deutschland allein blieben, war ja noch immer Raum zur Wiederherstellung des Dreikaiserbundes vorhanden. Offenbar handelte Andrassys Nachfolger, der Baron Haymerle, unter dem Eindruck von Winken, die ihm in dieser Richtung von London zuteil wurden, wenn er bald darauf nach Berlin vorstellen ließ, Lord Salisbury sei sehr mißtrauisch, und es dürfte sich daher vielleicht empfehlen, England nicht nur ausgiebiger von den Absichten der beiden Verbündeten zu überzeugen, sondern auch eine Unterstützung seiner Politik im Orient „in etwas deutlicherer Weise" in Aussicht zu stellen, „um sich eventuell seiner Kooperation noch mehr zu versichern".

Es läßt sich denken, daß diese ziemlich ungeschickte Anregung bei Bismarck auf nichts weniger als auf fruchtbaren Boden fiel. Eben damals spielten englische Machenschaften in Kleinasien, die nicht nur in Petersburg, sondern auch in Konstantinopel Unruhe erweckten; da war äußerste Vorsicht geboten. Indem er die Frage Salisburys, ob ein geschriebenes Engagement bestünde, als eine grobe Taktlosigkeit kennzeichnete, lehnte er es ganz entschieden ab, sich auf eine Bahn drängen zu lassen, die zu einem Kriege mit Rußland um der „schönen Augen" Englands willen führen könnte; er weigerte sich ganz entschieden, einen Blankowechsel für Englands Orientpolitik zu unterschreiben und zu deren Gunsten den defensiven Zweibund den Charakter einer aggressiven Koalition zu dreien annehmen zu lassen. Ausdrücklich wies er auch auf den unvollkommenen Erfolg der Sondierung Münsters bei Beaconsfield im September für den Fall eines Krieges mit Rußland hin: „Die Antwort war nicht so unumwunden zusichernd, daß ich daraufhin etwas hätte wagen mögen, wenn die Gefahr nähergerückt wäre; die englischen Äußerungen hatten mehr die Natur einer Versicherung, daß Frankreich uns in solchem Fall nicht angreifen werde." Dieses Argument, das ihn

damals bestimmt hatte, die von ihm selbst angeknüpfte Bündnisnegoziation wieder fallen zu lassen, behielt seine Geltung sowohl jetzt als auch noch später, als in den ersten Monaten des Jahres 1880 Haymerle seinen ersten Versuch noch zweimal wiederholte. Zuletzt motivierte dieser seine erneute Anregung mit dem Hinweis auf die Nützlichkeit eines Zusammenwirkens mit England gegen Italien, insofern als sich jenes anheischig mache, „durch seinen Einfluß, seinen direkten Druck und im Notfalle durch eine Flottendemonstration im Falle eines Konfliktes mit Rußland oder einer indirekten Kollision mit demselben, die unsere Stellung im Orient bedrohen könnte, uns Italien vom Leibe zu halten und das Adriatische Meer zu sichern". Bismarck bezeichnete eine Koalition der Mittelmächte zu diesem Zwecke für überflüssig: England werde jedenfalls bei einem Konflikt zwischen Rußland und den Mittelmächten Italien im Schach halten; weitere Sicherheiten den Briten zu geben, scheine ihm nicht angezeigt; ein britisch-österreichisch-deutscher Dreibund würde Rußland nur noch mehr beunruhigen und die Bemühungen jener russischen Staatsmänner vereiteln, die den Frieden mit den Mittelmächten wünschten. Im Gegensatze zur Zurückhaltung, die Deutschland also jetzt übte, wuchs Beaconsfields Anlehnungsbedürfnis. Kurz bevor die am 30. März 1880 beginnenden Neuwahlen zum Unterhause wider Erwarten sein Kabinett zu Fall brachten, arbeitete er einen Vertragsentwurf aus, ein langes, mit vielen Erläuterungen versehenes Dokument, mit dem sein Privatsekretär Montague Corry, später Lord Rowton, gegebenenfalls im geheimen nach Berlin fahren sollte; sein Sturz verhinderte ihn an der Ausführung seiner Absicht. Rowton blieb im Besitze des Schriftstückes; es war ein mit allerhand Klauseln versehenes Defensivbündnis. Leider wissen wir nicht, ob seine Vorschläge hinsichtlich Frankreichs jetzt so lauteten, daß nunmehr eine begründete Aussicht auf Annahme durch den Kanzler bestand. Jedenfalls setzte der Rücktritt Beaconsfields der Möglichkeit einer deutsch-englischen Allianz zunächst ein Ziel; von seinem Nachfolger Gladstone, unter dem Lord Granville das Auswärtige übernahm, war eher zu erwarten, daß er bei seinem Türkenhasse und bei seiner grundsätzlichen Abneigung gegen jede imperialistische Expansion eine Verständigung mit Rußland anstreben würde.

Das brachte in Bismarck eine Wendung zum Abschlusse, deren Anfänge in die Tage seines Kampfes mit dem Kaiser über den Vertrag mit Österreich zurückreichen. Von vornherein hatte er ja diesen vor seinem Monarchen als ein Übergangsstadium zur Erneuerung der Dreikaiserentente empfohlen; es muß freilich bei seiner damaligen Erbitterung gegen Rußland mehr als fraglich erscheinen, ob es ihm damit wirklich ernst war, oder ob er nicht vielmehr damit lediglich den Herrscher bei dessen alter Hinneigung zu Rußland beschwichtigen und zu Nachgiebigkeit bestimmen wollte. Ende September hatte er sich in gleichem Sinne zu Saburow geäußert; auch da ist es recht zweifelhaft, ob er das nicht nur deshalb tat, weil er gleichzeitige Intrigen der Russen in Wien befürchtete, um das deutsch-österreichische Bündnis noch in letzter Stunde zu hintertreiben. Er strömte damals im Vertrautenkreise über von bitteren und zornigen Ergüssen gegen die Russen; wie wenig er ihnen traute, zeigte er, indem er gelegentlich der Anwesenheit Saburows, d'Oubrils und Orlows zum Minister Lucius sagte: „Rußland sieht

sich ganz isoliert, nachdem es den einzigen Freund mit Fußtritten fortgestoßen hat. Drei russische Botschafter dinieren heute bei mir, um alles wieder zu applanieren, mit ihrer slawischen Verlogenheit und Beweglichkeit fließen sie über von freundschaftlichen Versicherungen. Wenn Se. Majestät das wüßte, würde er sagen: ‚Da sehen Sie ja, alles ist wieder an der Reihe.'" Am 7. Oktober war der Vertrag in Wien unterzeichnet worden; zwei Tage darauf begab sich Bismarck von Berlin nach Varzin. Unmittelbar vor seiner Abreise besuchte ihn Saburow noch einmal, also um dieselbe Zeit, da Bismarck an Münster nach London seine Gegenorder gab. In dringlicher Weise brachte Saburow die deutsch-russische Entente zur Sprache; der Kanzler erwiderte: „Mein Verlangen nach einem Bündnis bleibt das gleiche. Ich muß Sie aber davon in Kenntnis setzen, daß die Lage sich geändert hat. 1877 [muß heißen: 1876] war ich bereit, mit euch ein Offensiv- und Defensivbündnis zu schließen. Augenblicklich kann ich das nicht mehr. Wenn ein Bündnis zustande käme, könnte es nur ein Defensivbund sein." Danach zeigte er dem Russen von weitem die Zweibundurkunde und lud ihn ein, eine schriftliche Skizze der deutsch-russischen Entente zu entwerfen; als dieser zögerte, nahm er selbst den Bleistift in die Hand mit den Worten: „Nun wohl, diktieren Sie mir die drei Punkte, ich will Ihr Sekretär sein." Wenn Saburow daraus „die Möglichkeit einer russisch-deutschen Entente" entnahm, so ist es doch andererseits nicht ausgeschlossen, daß Bismarck dieses demonstrative Entgegenkommen bewies, um aus dem Partner weiteres herauszulocken, wohl wissend, daß daraus wenigstens zunächst doch nichts folgen würde. In der Tat hören wir nichts davon, daß Saburow der Aufforderung Folge leistete; es handelte sich also wohl bei Bismarck mehr um eine rhetorische Floskel, um den Botschafter in Verlegenheit zu setzen und zum Schweigen zu bringen.

Darin hatte Bismarck recht: Rußland war jetzt vollkommen isoliert. Nicht einmal auf Frankreich durfte es rechnen. Das Kabinett Waddington widersetzte sich nicht nur beharrlich den Petersburger Werbungen, sondern gab davon auch Kenntnis nach Wien und London, obwohl es doch nicht darüber in Zweifel sein konnte, daß diese Kunde von hier nach Berlin dringen würde. Deutschland und Österreich hinwiederum waren bestrebt, in Frankreich keinerlei Spur eines Argwohns aufkommen zu lassen, als ob sich ihre Abmachungen gegen Frankreich kehrten. Eben deshalb hatte sich ja Bismarck dem Einspruch Andrassys gegen eine allgemeine Fassung des Bündnisses gefügt und bei seinem Monarchen durchgesetzt, daß von jeder Spitze gegen Frankreich Abstand genommen wurde; schon während der Verhandlungen und nachher wurden sowohl aus Wien als auch aus Berlin nach Paris beruhigende Erklärungen erteilt, daß das Bündnis jeder antifranzösischen Tendenz entbehre. Die Richtung, welche die französische Politik damals verfolgte, die zeitweilige Abwendung vom Kontinent und das Einlenken in einen großen außereuropäischen Imperialismus, zumal in Afrika, bewirkte, daß auch nach dem Abgang Waddingtons (Ende 1879) die russisch-französischen Beziehungen über das Niveau rein platonischen Liebäugelns sich nicht erhoben; eben dazu bestimmte auch die Rücksicht auf England, welche den Franzosen ihr neuer weltpolitischer Kurs auferlegte. Es versteht sich von selbst, daß Bismarck, schon

in Rücksicht auf die persönlichen Gefühle des Kaisers für den Zaren, den Russen die bittere Pille, die der Zweibund für sie bedeutete, nach Möglichkeit zu versüßen trachtete. Gerade aus diesem Grunde war er nicht damit einverstanden, daß, wie der Herrscher es wünschte, der ganze Traktat nach Petersburg mitgeteilt würde, da daraus „Miljutin und die revolutionäre Partei publizistisches Kapital schlagen" würden; er wollte die schriftliche Kundgabe auf das Memorandum beschränkt wissen und fand es besser, falls das dem Kaiser nicht genüge, daß eine weitere schriftliche Mitteilung nicht auf dem amtlich-geschäftlichen Wege, sondern durch einen persönlichen Brief von Monarch zu Monarch erfolge. Dieser Ausweg wurde denn auch eingeschlagen. Am 4. November richtete Wilhelm I. an Alexander II. ein Handschreiben. Es trug den Charakter einer Erläuterung des Memorandums, das gleichzeitig als das Ergebnis der Besprechungen zwischen Bismarck und Andrassy in Gastein und Wien nach Petersburg übermittelt wurde. Es ward in dem Briefe des Kaisers lediglich gesagt, in diesem Memorandum sei „eine neue Entente" zwischen Österreich und Preußen formuliert, die als Ersatz für den alten Deutschen Bund zu dienen bestimmt sei, der ein halbes Jahrhundert lang die Allianz Österreichs, Preußens und der deutschen Fürsten dargestellt habe, — eine Allianz, die von der öffentlichen Meinung in Deutschland getragen werde. Der bevorstehende Rücktritt Andrassys, so ward hinzugefügt, habe den Anstoß zu dieser Vereinbarung gegeben; er sei zwar immer in den Bahnen des Einklangs zwischen beiden Reichen gewandelt; aber wer auch immer sein Nachfolger sein möge, das Vertrauen lasse sich nicht ohne weiteres vererben. Der Herrscher drückte die Hoffnung aus, daß sein Neffe die im Memorandum niedergelegten Grundsätze billigen und ihnen als einer Befestigung der Dreikaiserentente beipflichten werde, die seit 1873 Europa so hervorragende Dienste geleistet habe. Nun folgte eine behutsame Andeutung des Charakters der neuen Abmachungen als eines Defensivbündnisses mit der Spitze gegen Rußland: wenngleich vereinzelt, sei in der russischen Presse wieder, ohne daß die Zensur dagegen einschreite, die Rede von einem panslawistischen Kriege gegen Deutschland; es sei zu fürchten, daß die Nihilisten und Panslawisten gegen die benachbarten Länder eine feindselige Sprache führten, um schlimme Konflikte heraufzubeschwören, die ihren umstürzlerischen Plänen Wasser auf die Mühlen lieferten: „wenn diese revolutionären Pläne durch ihren Druck dazu gelangen, die Regierung mit sich fortzureißen oder in ihren politischen Beziehungen zu schädigen, so würde sie, das kann ich Ihnen, teurer Neffe, nicht verhehlen, in den benachbarten Ländern auf gemeinsamen Widerstand stoßen".

Das war ein Wink, zumal da auch wieder auf die russischen Rüstungen hingewiesen wurde, dessen Ernst nicht durch das persönliche Bedauern gemildert wurde, das der Monarch insofern äußerte, als er beteuerte, wie leid es ihm tue, daß die so freundschaftliche Zusammenkunft von Alexandrowo zeitlich gerade mit den Schritten zusammenfalle, „die durch die unvorhergesehene Demission des Grafen Andrassy und die aktuellen Umstände beschleunigt worden seien". So ungefähr hatte ja Wilhelm I. dem Neffen den Hauptinhalt des Vertrages mitgeteilt, mit Ausnahme des geheimen dritten Artikels, der die Fristbegrenzung

enthielt, — offenbar aus dem Grunde, weil sich diese mit der Kennzeichnung des Vertrags als einer Erneuerung des alten Deutschen Bundes als einer „beständigen" Einrichtung nicht recht vertrug; er wurde noch 1888 unterdrückt, als der Traktat im Zusammenhang mit den bulgarischen Wirren veröffentlicht wurde. Wenn man die Antwort des Zaren aus Livadia vom 14. November las, konnte man freilich glauben, daß in den russisch-deutschen Beziehungen kein einziges Wässerchen getrübt worden sei: zwar sei die öffentliche Meinung durch die Wiener Reise Bismarcks aufgeregt worden, und man habe sie als einen Gegenzug gegen die Begegnung von Alexandrowo angesehen; er für seine Person aber habe in seinem Vertrauen nie geschwankt und sei glücklich, jetzt feststellen zu können, daß sie zu seinen eigenen Wünschen nicht im geringsten Widerspruch stehe. Es sei ihr Ziel, die Macht des großen Deutschlands zu stärken, dessen Einigung er mit Beifall begrüßt habe, und die Bestimmungen des Berliner Vertrages zu friedlicher Durchführung zu bringen, dessen treue Erfüllung stets die Grundlage seiner Politik gewesen sei. Vollkommen pflichte er den Grundsätzen des Memorandums bei; er erblicke darin die Rückkehr zu jenem vollkommenen Einverständnis zwischen den drei Kaisern, das Europa die größten Dienste erwiesen habe. Er bedauerte die falsche Auffassung, die der Oheim von den letzten militärischen Maßregeln in Rußland hege, sowie die auf einer Überschätzung vereinzelter Pressestimmen beruhende Ansicht, daß die panslawistischen Tendenzen auf die Regierung Einfluß zu gewinnen vermöchten, und versicherte, daß er den nihilistischen Umtrieben mit aller Festigkeit entgegenzutreten gewillt sei, und daß das bereits nicht ohne Erfolg geblieben sei. Um einen Beweis dafür zu geben, wie sehr ihm das Gedeihen der Dreikaiserentente und die Herstellung eines vollkommenen Einvernehmens mit Deutschland am Herzen liege, kündigte er die Abberufung d'Oubrils aus Berlin und die Ernennung Saburows zu dessen Nachfolger an.

Wenn Bismarck einige Wochen zuvor im Hinblick auf die „freundschaftlichen Versicherungen Saburows, d'Oubrils und Orlows" sich dahin resolviert hatte, die Russen lögen mit einer ungewöhnlichen Frechheit, so darf man hinzufügen, daß der Zar darin seinen Diplomaten den Rang noch bei weitem ablief. Nur das Gefühl trostlosester Einsamkeit und hilflosesten Anlehnungsbedürfnisses konnte ihm solch verlogene Phrasen diktieren. Wie man in Rußland, und zwar in Kreisen, die dem Panslawismus ganz fremd waren, wirklich dachte, das beweist das Beispiel Schuwalows. Nach dem Berliner Kongresse, wie wir wissen, in Ungnade gefallen, da man dessen Ergebnis als ein Scheitern seiner relativ deutsch- und englandfreundlichen Politik ansah, wurde er zum Ende des Jahres von seinem Posten in London abberufen und darauf bis zu seinem Tode (1889) von den Geschäften ferngehalten. In seinen Gesinnungen hatte sich unter dem Eindruck der letzten Ereignisse ein vollkommener Umschwung vollzogen. Als ihn vor seinem Abschiede aus England jemand fragte, ob er nunmehr als Botschafter nach Berlin gehen würde, entgegnete er: „Wenn ich das tun würde, so würde ich jedermann das Recht geben, mir ins Gesicht zu speien." Über die Aufnahme, die er auf der Rückreise in Berlin fand, äußerte er zum englischen Botschafter Russell: „Kaiser Wilhelm und Bismarck haben mich sehr freundlich empfangen

und mir auf das bestimmteste versichert, daß sich in ihren freundschaftlichen Gesinnungen für Rußland nichts geändert habe. Ja, der Kaiser hat mir sogar sein Wort als Edelmann gegeben, daß er dem Kaiser Alexander in Livadia [d. h. in seinem Schreiben vom 4. November, worin er freilich, wie er später selbst dem Minister Lucius ein Jahr darauf erzählte, „doch nicht alles, nicht den geheimen (dritten) Artikel" mitgeteilt hatte] nichts verheimlicht habe. Ich glaube dies dem Kaiser aufs Wort; aber hat ihm auch Bismarck alles gesagt, was er in Wien getan hat? Aber was sich dabei auch abgespielt haben möge, diese Zusammenkunft [in Wien] hat auf jeden Fall die letzten Überbleibsel des Dreikaisereinverständnisses gründlich zerstört. So, wie das erstemal, war diese Allianz für uns nichts anderes, als eine Enttäuschung. Wenn ich unter den jetzigen Bedingungen in Rußland am Ruder wäre, so würde ich trachten, Rußland abgesondert zu halten, ohne eine Verbindung mit Österreich-Ungarn noch mit Deutschland zu suchen. Wenn in Rußland die innere Ordnung besser gewahrt werden würde, so wäre es mächtig genug, sich selbst zu genügen." Wenn schon Schuwalow eine derartige Sprache gegenüber dem Briten führte, so kann man sich leicht vorstellen, wie man in Petersburg über die österreichisch-deutsche Allianz als eine Etappe zur Wiederherstellung des Dreikaiserbundes in Wahrheit gedacht und geredet haben mag. Aber Schuwalows Ansicht, daß Rußland in stolzer Isoliertheit zu verharren fähig sei, wurde hier schwerlich geteilt; man fühlte sich vielmehr schmerzlich vereinsamt und machte sogar gute Miene zum bösen Spiele, indem man sich stellte, als ob man tatsächlich eine Erneuerung des alten herzlichen Verhältnisses der drei Mächte erhoffe. Der Baron Jomini, Vortragender Rat im russischen Außenministerium, äußerte zum Anfang des Jahres 1880 zum neuen österreichischen Gesandten, dem Grafen Kalnoky: „er glaube, daß, wenn Graf Andrassy und Fürst Bismarck der Allianz Deutschlands mit Österreich-Ungarn einen russenfeindlichen Charakter geben wollten, dies dank den Gefühlen der Freundschaft zwischen den drei Souveränen vereitelt worden sei und scheinbar alles die Wiederherstellung der Entente zu dreien erwarten lasse". Als dem Kaiser Franz Josef der Bericht Kalnokys vorgelegt wurde, schrieb er an den Rand dieses Passus ein „Oho!", — ein untrüglicher Beweis dafür, wie er über diese Aussicht urteilte. Tatsächlich wurde allerdings, unter dem Zwange der Lage, auf Anregung Rußlands, schon im folgenden Jahre (1881) die Dreikaiserentente erneuert.

Man kann es unter diesen Umständen begreifen, wenn die Auffassung ausgedrückt worden ist, daß das Bündnis von 1879 in der allgemeinen Richtung der Bismarckschen Politik keine Änderung, sondern nur eine Fortsetzung derselben Politik mit anderen Mitteln bedeutete, daß der Kanzler damit keine dauernde oder gar endgültige Scheidung von Rußland, keine Sprengung der Dreikaiserentente, sondern nur die Begründung eines engeren Verhältnisses der beiden Mittelmächte innerhalb ihrer beabsichtigte. Die Frage ist nur die, ob man mit solchen Formulierungen einmal die Intentionen richtig wiedergibt, die Bismarck eine Zeitlang erfüllten, und sodann den Kern des historischen Problems trifft, das uns der Zweibund von 1879 bietet. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß Bis-

marck, indem er es abschloß, keineswegs durchaus den Draht nach Petersburg für immer zerschneiden wollte. Schon seinem Herrn gegenüber mußte er den Standpunkt vertreten, daß sich diese Folge daraus nicht mit Notwendigkeit ergebe, mußte er die Fiktion aufrechterhalten, als sei der Zweibund mit der Dreikaiserentente sehr wohl vereinbar und sogar ein Mittel zu deren Wiederbelebung. In diesem Sinne schrieb er vor der Schlußverhandlung (am 10. September 1879) von Gastein aus an König Ludwig, im Besitze der gegenseitigen Assekuranz, welche ein Bündnis zwischen Deutschland und Österreich diesen beiden Mächten gewähre, könnten sie sich nach wie vor der erneuten Befestigung des Dreikaiserbundes widmen, und auch Hohenlohe ließ er zunächst wissen, daß er die Defensivallianz mit Österreich „innerhalb des Dreikaiserbündnisses" abschließen wolle. Wie wenig ernst es ihm damit war, beweist der Umstand, daß er kurz nachher den Bündnisfühler nach England ausstreckte, der, wenn ihn Beaconsfield so aufnahm, wie der Kanzler hoffte, Deutschland für immer in das antirussische Lager getrieben hätte. Sicher ist es auch, daß er keineswegs gewillt war, sich auf Grund der Allianz zum Vorspann der österreichischen Balkanaspirationen herzugeben, worauf Andrassys geheimste Hintergedanken schließlich hinausliefen, wie aus seinem Gasteiner Telegramm an Franz Josef vom 28. August erhellt. Für Franz Josef und Andrassy sollte das Bündnis das Grab der Dreikaiserentente werden und Deutschland der österreichischen Balkanpolitik dienstbar machen; dieses Leitseil wollte sich Bismarck aber schon damals nicht um den Hals legen lassen. Aber die Illusion der englischen Allianz verflog sehr bald, und so mußte er denn immer wieder betonen, daß er mit Rußland so lange in guten Beziehungen stehen wolle, als ihm das eben von Petersburg her ermöglicht würde. Wenn Kalnoky Anfang 1880 in persönlicher Auseinandersetzung mit ihm den Eindruck gewann, daß er „in der Orientfrage dem russischen Standpunkte näher stand als dem österreichischen", so stimmte das durchaus mit der großen Richtlinie seiner Haltung überein, die er in der Orientfrage von jeher und stets in der Folgezeit im Auge hatte, daß Deutschland dabei kein eigenes Interesse besitze, daher auch keinen Anlaß habe, bereits in ihr, abgesehen von ihren weiterhin möglichen Konsequenzen, für Österreich oder Rußland zu entscheiden. Was er also für Österreich ablehnte, das tat er auch in Hinsicht auf Rußland, und das war es eben, was man ihm in Petersburg so übel nahm. In diesem Sinne hat er nach seiner Entlassung einmal erklären lassen: „Der Fürst ist niemals der Ansicht gewesen, daß die Unterstützung der russischen Pläne Aufgabe der deutschen Diplomaten sein müsse, sondern er hat die Ansicht vertreten, daß es nicht Sache Deutschlands sei, Rußland an der Ausführung seiner Pläne zu hindern. Das ist ein großer Unterschied. Rußlands Vordringen zu hindern, fällt naturgemäß jenen Mächten zu, deren Interessen durch ein russisches Vordringen direkt verletzt werden würden," d. h. Österreich und England. Aber er wollte in der Reserve stehen, wenn Österreich bei seinem Widerstande gegen das russische Vordringen so weit niedergeworfen werden sollte, daß seine Großmachtstellung und Existenz dadurch gefährdet wurde.

Gerade das war es allerdings, was man ihm in Petersburg nicht verzeihen konnte: die Deckung, die Deutschland der Doppelmonarchie gegenüber für alle

Fälle auf sich nahm. Man betrachtete hier die Option Deutschlands für Österreich tatsächlich schon als vollzogen. Was hatten dagegen alle Redensarten von Dreikaiserbündnis und dessen Festigung und Wiederbelebung zu besagen? Ganz objektiv betrachtet, hieß das wirklich, eine Tripleentente erneuern und stärken, wenn zwei der Genossen ein Devensivbündnis gegen den dritten schlossen? Das war doch gewiß ein höchst merkwürdiges Mittel für einen derartigen Zweck. Und glaubte Bismarck selbst daran, waren seine Gesinnungen, als er sich zum Zweibund entschloß, letzten Grundes wohlwollender Natur für Rußland? Das kann nicht bestritten werden, daß er damals Deutschland durch Rußland aufs schwerste gefährdet glaubte, und wenn er, zumal vor dem Kaiser, die Sache so hinstellte, als handle es sich bei dem angeblichen Bündnis mit Österreich lediglich um eine engere Gruppierung innerhalb der Dreikaiserentente, ja sogar um deren neue Festigung, so kann es keineswegs als durchaus ausgemacht erscheinen, daß das seine wahre Überzeugung war. Bereits im Mai 1879 hatte er Wilhelm I. von einer Begegnung mit Alexander II. abgeraten, „um nicht den Anschein aufkommen zu lassen, als sollte der in Österreich-Ungarn unpopuläre Versuch einer Wiederbelebung der Dreikaiserentente unternommen werden". Ende September, während des Höhepunktes der Krisis, wurde (doch sicherlich mit Wissen und Willen Bismarcks) dem Kaiser vorgestellt, „ein Dreikaiserbündnis führe möglicherweise zu einem Krieg mit Italien und England". In einem Gespräch, das er Mitte Dezember 1879 mit dem Minister Lucius zu Varzin hatte, erging er sich in einen heftigen Ausfall gegen den Kaiser wegen dessen Verhaltens in der Bündnisangelegenheit, zumal insonderheit wegen der Reise nach Alexandrowo; sein Vertrauter bemerkt dabei: „Er vergißt das hohe Alter Sr. Majestät und die von Jugend auf gewohnte brüderliche Zuneigung zu Rußland und der russischen Kaiserfamilie. Er übersieht die langjährige russische Freundschaft und die Dankbarkeit für die Haltung Rußlands während des französischen Krieges. Bei ihm selbst hat sich der Übergang von Freundschaft zu Feindschaft auch erst in einem jahrelangen Prozeß vollzogen durch die gemachten üblen Erfahrungen, während dem Kaiser wohl zu plötzlich und unvermittelt das fertige Resultat der Wiener Verhandlungen mitgeteilt wurde." Danach dürfte nicht daran zu zweifeln sein, daß sich Bismarck damals tatsächlich in einer erbitterten Stimmung gegen Rußland befand. Seit Jahren bereits in stetiger stärkster Spannung zu Rußland stehend, von den Nadelstichen und Intrigen der Gortschakow-Politik gereizt, explodierte jetzt sein leidenschaftliches Naturell; jetzt lief das Gefäß seines Grolles über. Er folgte den Impulsen, die sich aus der momentanen Konstellation ergaben, welche ihm einen radikalen Entschluß zu fordern schien; dabei zog er aber nur die letzte Konsequenz aus einer Politik, für die er sich bereits vor dem Türkisch-Russischen Kriege entschieden hatte; das Bündnis mit Österreich war nur die letzte Wirkung der Option für Österreich, die er schon damals vollzogen hatte. Dadurch, daß er den Krieg mit Rußland natürlich keineswegs wollte, daß er diesen vielmehr durch das Bündnis mit Österreich im Zusammenhange mit der vollkommenen Isolierung Rußlands verhindern wollte, indem er dadurch vielleicht die Friedenspartei daselbst gegen die Panslawisten zu stärken hoffte, wird die Bedeutung

seiner Option und des daraus entsprungenen Bündnisses mit Österreich keineswegs gemindert. Wenn er diesen seinen Zweck damit erreichte, wenn Rußland nicht anders konnte, als klein beizugeben, der Stachel blieb doch zurück. Zwar wurde der Riß zwischen Rußland und Deutschland bald darauf noch einmal notdürftig verkleistert; aber das innere Band zwischen ihnen war und blieb nun einmal zerschnitten. Und wenn man ein Urteil darüber fällen will, ob das Bündnis von 1879 eine Änderung in der allgemeinen Richtung der Bismarckschen Politik bedeutete, so darf man es nicht losgelöst von dem ganzen Gange der weltpolitischen Entwicklung seit 1875 betrachten, so muß man erwägen, daß es nicht an Bismarck lag, daß es die von ihm so sehr ersehnte und immer wieder betriebene Ergänzung durch die Allianz mit England nicht so fand, wie er sie wollte und allein für Deutschland nützlich hielt.

Die Option Bismarcks in der Balkankrisis der siebziger Jahre und das daraus hervorgegangene deutsch-österreichische Bündnis von 1879 bedeuteten, in den universalgeschichtlichen Zusammenhang gerückt, grundsätzlich das Ende der russisch-preußischen Freundschaft, wie sie bis dahin länger als zwei Menschenalter seit dem Anfange des 19. Jahrhunderts bestanden hatte. Die deutsche Politik hatte damit einen Weg betreten, der, wenngleich mit manchen Windungen, Seitenbiegungen, sogar anscheinend mitunter rückläufigen Kurven, doch mit eherner Konsequenz zu dem Ziele hinführte, als welches sich dem Auge des rückwärts gewandten Beschauers der Ausbruch des Weltkrieges im Sommer 1914 darstellt. Bismarck selbst ist von ihm, obwohl er ihn später mehrfach ostentativ zu verlassen sich den Anschein gab, obwohl er ihn in seiner praktischen Politik und seinen offiziellen Kundgebungen, sowie in seinen historisch-politischen Deduktionen und Rechenschaftsberichten immer wieder teils zu verdecken, teils offen in Abrede zu stellen versuchte, im entscheidenden Augenblicke niemals mehr abgewichen. Immer wieder hat Deutschland, wenn es darauf ankam, schützend seine Hand über Österreich-Ungarn gehalten und die Balkanpolitik seines Alliierten gedeckt, die Rußlands dagegen gehemmt, gekreuzt und zu Fall gebracht. Das ist die wahre Wurzel des Weltkrieges, insonderheit was den unmittelbaren Anlaß zu seinem Ausbruche anbelangt. Ist jede Wirkung gleichzusetzen mit dem Komplex der Bedingungen, aus denen sie resultiert, und darf man denjenigen Teilfaktor, an den sich das neue Ereignis, als welches sich eben die Wirkung darstellt, augenscheinlich und hauptsächlich knüpft, als die eigentliche und unmittelbare Ursache bezeichnen, so ist die Balkanpolitik Deutschlands, wie sie um die Mitte der siebziger Jahre durch Bismarck inauguriert wurde, als die causa remota et efficiens der großen Katastrophe anzusehen, die im Sommer 1914 über Europa hereinbrach. Damit soll selbstverständlich — gemäß der Eigenart psychischer Kausalität überhaupt — nicht gesagt sein, daß es so kommen mußte. Die Dinge hätten sich auch anders gestalten lassen können, wenn man auf dem Pfade weiterging, den Bismarck damals einschlug; es soll lediglich der faktische Hergang und der Zusammenhang der Geschehnisse festgestellt werden. Niemals wäre Bismarck (das beweist seine Haltung in der englischen Bündnisfrage) in der Unterstützung der österreichischen Balkanpolitik so weit gegangen, wie das von deutscher Seite

nachher geschah; unter ihm hatte auch Deutschland noch keine eigenen Interessen im näheren Orient. Und zum Schlusse müssen wir die Fragen aufwerfen: Wer beurteilte im Spätsommer und Herbst 1879 die Situation kühler und ruhiger, der Kaiser oder sein Kanzler? Drohte die Gefahr eines russischen Angriffes auf Deutschland so unmittelbar, wie dieser fürchtete? Gewiß klopfte Rußland bei anderen Mächten an; aber der mangelhafte Erfolg war so evident, daß die Maßregel, wie Bismarck sie dawider treffen zu müssen meinte, vielleicht ein Gegenschlag war, der über das Ziel hinausschoß. Hätte die Aussprache der beiden Monarchen zu Alexandrowo nicht doch genügt, um den nervös krankhaft überreizten Zaren wieder in das richtige Geleise zu bringen? Als der Kanzler in Gastein seine ersten Bündnisvorschläge machte, glaubte Andrassy zuerst, es sei nicht ernst gemeint; als er aber sah, daß dem doch so sei, „sprang er an die Decke, weil Österreich nicht alleinstehen könne und sich nach Allianzen umsehen müsse"; nachher wußte er den Umstand, daß Bismarck sozusagen der Bittsteller war, weidlich auszunützen. Haben den Kanzler nicht die Kränkungen und Zurückweisungen, die er seit 1875 durch Gortschakow und Rußland erfuhr, zumal in dem körperlichen Zustande, in der nervösen Hochspannung, worin auch er sich damals befand, die Lage in einem kritischeren Lichte erscheinen lassen, als sie es in Wirklichkeit war? Haben nicht daneben persönliche Motive mindestens mitgewirkt, nämlich die Vorwürfe, die die „Briefohrfeige" des Zaren auch gegen ihn enthielt? Die Mäßigung der Sprache, deren er sich im Entwurfe zum Antwortschreiben befleißigte, würde dagegen kein zwingender Gegenbeweis sein. Hatte der Kaiser nicht also doch instinktiv Recht, wenn er seinem Drängen hartnäckig widerstrebte?

Es sind Fragen, die der Historiker wohl stellen, aber nie erschöpfend beantworten kann. Er hat nur die Vorgänge zu schildern und die Motive zu beschreiben, insoweit ihm die Quellen und das, was er aus ihnen mit Sicherheit zu ermitteln vermag, das gestatten. Das Letzte und Tiefste, was sich in der Seele abspielt, bleibt ihm vielfach ein Rätsel; es ist sogar oft ein Geheimnis für den Handelnden selbst, der unter Antrieben steht, die sich im Untergrunde seines Bewußtseins regen und wirksam sind. Die Leidenschaft, das Subjektive ist ein Faktor, der, an sich unergründlich, bei den großen Personen der Weltgeschichte den Ausschlag gibt, das Irrationale des menschlichen Geistes, wurzelnd in seiner ursprünglichen Anlage. Und die grundlegenden objektiven Verhältnisse und Tendenzen drängen so, wie er sie danach in sich aufnimmt, den einzelnen zu den Taten, wie sie schließlich den Gang der großen Ereignisse bestimmen. So hat Bismarck durch den Abschluß des Zweibundes eine Entwicklung zum Abschlusse gebracht und eine Situation geschaffen, die zu meistern, solange er selbst die Schicksale des Deutschen Reiches leitete, wenngleich mühsam, ihm noch gelang, und die, aus der wirklichen oder vorgestellten Not der Zeitumstände entsprungen, für eine lange Spanne als eine glückliche Lösung eines weltbewegenden politischen Problems empfunden wurde, deren letzte Auswirkungen jedoch beim Wechsel der Personen und der Dinge die schwerste Katastrophe über die beteiligten Staaten heraufbeschwören und ganz Europa, ja sogar die gesamte Welt ergreifen und in Mitleidenschaft ziehen sollten.

Drittes Buch

Der überseeische Imperialismus in Europa und die Begründung der deutschen Kolonialherrschaft (1879—1885)

Zwölftes Kapitel.

Die britische Expansion in Zentralasien und Afrika

zum Ende der siebziger und im Anfange der achtziger Jahre.

Die weltpolitische Entwicklung der siebziger Jahre gipfelt in dem Gange, den die Orientfrage nahm, und in den Einwirkungen, die davon auf das wechselseitige Verhältnis der großen Mächte Europas ausstrahlten. Nicht nur in dem Jahrzehnt, das wir eben kennenlernten, sondern in dem gesamten Zeitraume vom Deutsch-Französischen bis zum Weltkriege beruht sie auf zwei Faktoren, einem konstanten und einem variablen. Als ersterer stellen sich die Verhältnisse dar, wie sie auf dem Festlande selbst als abschließendes Ergebnis der Ereignisse festgelegt wurden, welche den Inhalt der europäischen Geschichte von den französischen Revolutionskriegen bis zur Herstellung der nationalen Einheit Deutschlands und Italiens in der Art und Weise bilden, wie selbige zustande kam; sie liefern für das weltpolitische Geschehen eine Reihe von Motiven, die sich bald stärker, bald schwächer, je nach der allgemeinen Lage der Dinge äußern, die aber doch gleichsam als relativ feststehende Posten in die Rechnung eingesetzt werden können. Mit diesen bleibenden Tendenzen, die in der Struktur des Kontinents wurzeln, kombinieren sich nun die, je nach der Nation, die zur Zeit ihr Träger ist, und je nach dem Schauplatze, auf dem sie sich abspielen, wechselnden großen weltpolitischen Expansionsaktionen, die sich mit jenen gegenseitig beeinflussen, und zwar gibt es da die verschiedenartigsten Möglichkeiten. Die ersten können hemmend oder fördernd auf die zweiten wirken, wenn z. B. Bismarck die Franzosen auf kolonialpolitische Bahnen ablenkte, um für Elsaß-Lothringen Ruhe zu gewinnen; oder wenn umgekehrt Frankreich in einem gegebenen Moment ein imperialistisches Unternehmen plötzlich und, wie es sogar scheinen möchte, verständnislos abbricht, — in Wahrheit deshalb, weil die ganze Konstellation der Machtverhältnisse jetzt eine Aussicht auf die Befriedigung festländischer Nachegelüste bietet. Andererseits werden die kontinentale Entwicklung und ihre einzelnen, zur Zeit schwebenden Probleme durch den Verlauf, den die weltpolitischen Begebenheiten im engeren Sinne nehmen, ständig bestimmt. Wir haben ja im ersten Buche die Abwandlungen kennengelernt, welche das Verhältnis der großen Mächte im Zusammenhange mit den verschiedenen Phasen der Orientfrage erfuhr; einen ganz besonders auffälligen Beleg dafür, wie weit sich dieser Einfluß bis auf ganz konkrete Sonderfragen erstrecken kann, bietet die Regelung der nordschleswigschen Frage durch die Aufhebung von Artikel V des Prager Friedens (s. o. S. 258), die eine beiläufige Folge der Option Deutschlands für Österreich in der Balkanpolitik war.

Die festländischen Zustände und Fragen bilden soweit einen relativ feststehenden Hintergrund, auf dem sich die großen Aktionen der eigentlich weltpolitischen Expansion abspielen, und je nachdem, welche von diesen gerade zu einem gewissen Zeitpunkte im Vordergrunde stehen und daher dem laufenden Zeitabschnitte die Signatur aufprägen, lassen sich in der weltpolitischen Entwicklung von 1871 bis 1914 bestimmte Perioden erkennen und unterscheiden. Das ist nun freilich nicht so zu verstehen, als ob sich eine feste und starre Grenze zwischen ihnen ziehen ließe. Selbst wenn eine Epoche ein ganz bestimmtes Gesicht trägt, so ragen in sie noch Nachwirkungen ihrer Vorgängerin hinein, bereiten sich in ihr hinwiederum Bewegungen vor, die in der Folgezeit dieses Antlitz verändern. So ist die Scheidelinie immer unsicher und flüssig, und eine ganz und gar zweifelsfreie chronologische Fixierung auf dieses oder jenes Jahr, geschweige denn etwa gar auf ein besonders markantes Einzelereignis, wird in der Regel kaum möglich sein. Man darf und muß wohl sagen: der variable Faktor, der dem weltpolitischen Geschehen der siebziger Jahre sein charakteristisches Aussehen verlieh, das waren unzweifelhaft die Ereignisse des näheren Orients; gleichwohl herrschte keineswegs auf den übrigen Gebieten der imperialistischen Expansion der Völker Europas absoluter Stillstand; immerhin als ein Ganzes und in ihren Rückwirkungen auf das unmittelbare Verhältnis der Mächte zueinander betrachtet, steht eben diese Periode im Zeichen der Balkanfrage. Eben deshalb, weil diese zwar zur einen Hälfte ein asiatisches, zur anderen aber ein europäisches Problem ist, gewinnt die weltpolitische Entwicklung der siebziger Jahre auf den ersten Anblick das Aussehen, als trage sie einen vorwiegend europäisch-festländischen Charakter; man darf jedoch dabei keineswegs vergessen, was wir ja schon mehrfach betonten, daß gerade dieses das östliche Europa noch in Mitleidenschaft ziehende Gebiet weltpolitischer Betätigung sowohl das älteste, als auch das wichtigste für die Mächte Europas ist, und daß auf ihm der letzte und entscheidende Anstoß zum Ausbruche des Weltkrieges gegeben ward. Aus dem, was wir über die Schwierigkeit einer chronologisch haarscharfen Trennung der Perioden sagten, ergibt sich für die Darstellung eine wichtige Folge. Sie wird danach bestrebt sein müssen, denjenigen Begebenheitenkomplex, der einen bestimmten Zeitabschnitt vornehmlich erfüllt und ihm seinen Typus aufprägt, geschlossen in sich mit seinen universalhistorischen Wirkungen und Begleiterscheinungen zu erörtern und darzulegen, vielleicht auch einen vorläufigen Abschluß in der folgenden Periode noch in Kürze anzudeuten, dagegen diejenigen Ereignisse, die zu ihrer Vollendung erst in fernerer Zukunft gelangen, im Hinblick auf diese also vorerst nur vorbereitender oder sekundärer Natur sind, erst dann zu behandeln, wenn sie in den Mittelpunkt der Entwicklung rücken.

Die erste große Periode weltpolitischer Geschehnisse nach dem Frankfurter Frieden, die im Zeichen der Balkanfrage stand, erlebte ihren Höhepunkt im Russisch-Türkischen Balkankriege von 1877 und im Berliner Kongreß von 1878; sie fand ihren vorläufigen Abschluß durch das deutsch-österreichische Schutzbündnis von 1879. Das Problem des näheren Orients war dadurch zunächst zu einem gewissen Stillstande gebracht worden; es verlor seinen akuten

Charakter; Tendenzen und Aktionen anderer Art schoben sich auf den Vordergrund der weltpolitischen Bühne und spielten sich auf anderen und wechselnden Schauplätzen ab. Insonderheit kam dafür in Betracht Mittelasien, sowie Afrika in seiner ganzen Ausdehnung; doch griff die Handlung auch schon nach dem fernen Osten hinüber. In den Balkanwirren der siebziger Jahre war die Zahl der unmittelbar beteiligten Mächte eine recht geringe: Rußland hatte die aktive Rolle; England war hauptsächlich Gegenpart, indem es zwar der moskowitischen Expansion zu wehren wünschte, aber einen eigenen territorialen Vorteil zunächst dabei nicht erstrebte; eine mittlere Stellung nahm Österreich-Ungarn ein, indem es nicht nur dem russischen Vordringen sich entgegenstellte, sondern auch die Gelegenheit zu eigenem Erwerbe zu benutzen gedachte. Für die übrigen Mächte, vor allem Deutschland, kam die Angelegenheit im wesentlichen nur unter dem Gesichtspunkte des europäischen Gleichgewichts, sowie ihrer Rückwirkungen auf dieses und auf die gegenseitigen eigenen Beziehungen in Betracht. Jetzt aber, wie gesagt, um die Wende vom achten zum neunten Jahrzehnt, erweiterte sich nicht nur der Schauplatz der imperialistischen Aktion, indem das zunächst gelegene, halb und halb noch zu Europa gehörige Konfliktsgebiet des näheren Orients an Bedeutung zurücktrat, vielmehr weiter gelegene Gegenden zumeist der alten Erdteile zum Gegenstand der europäischen Ausdehnungsbestrebungen wurden, indem es sich dabei insonderheit um die endgültige Aufteilung Afrikas handelte; jetzt traten vielmehr alle Mächte Europas aktiv als Wettbewerber und Nebenbuhler auf, alle nach neuem außereuropäischem Besitze trachtend. Dadurch war die Möglichkeit einer noch stärkeren und innigeren Verschmelzung der weltpolitischen Verhältnisse im weiteren Sinne, die wir als den relativ konstanten Faktor in der Entwicklung erkannten, mit den weltpolitischen Tendenzen im engeren Sinne, d. h. denen der außereuropäischen Betätigung, gegeben und damit auch die einer noch leichteren Entladung der weltpolitischen Atmosphäre. Denn es mehrte sich die Zahl derjenigen Mächte, die in feindliche Berührung nicht nur wegen der alten festländischen Differenzen, sondern auch wegen ihrer überseeischen Aspirationen geraten konnten; es mehrte sich die Zahl der Objekte und der Veranlassungen, die ihren feindseligen Zusammenstoß herbeizuführen geeignet waren. Vom Ende der siebziger bis in die Mitte der achtziger Jahre dauert diese zweite Periode der weltgeschichtlichen Entwicklung der allerneuesten Geschichte, welche gekennzeichnet wird durch eine ungeheure Verbreiterung des Schauplatzes und durch das verstärkte Eintreten aller Großmächte Europas ohne Ausnahme in die kolonial-imperialistische Bewegung. Eben diese und ihren Einfluß auf die Gestaltung des politischen Systems in Europa in den Jahren nach dem Berliner Kongreß wollen wir jetzt kennenlernen, wobei wir (gemäß dem, was wir über die für unsere Darstellung maßgebenden Grundsätze sagten, die sich aus der Natur und Beschaffenheit unserer Periodeneinteilung ergeben) nicht umhin können, gelegentlich auf Früheres zurückzugreifen und Späteres kurz andeutend vorwegzunehmen. Wir geben zunächst eine kurze Übersicht über die koloniale Entwicklung derjenigen beiden Mächte, welche in dem Zeitraum, den wir nunmehr behandeln, in Europa die Hauptträger imperialistischer Expansion waren, Englands und

Frankreichs; in den äußeren Rahmen dieser Begebenheiten zeichnen wir nachher die große Politik Deutschlands und im Zusammenhange damit die Begründung seines Kolonialreiches während dieser Jahre in ihren einzelnen Phasen und Wendungen ein.

Unmittelbar an die Entwicklung der Orientfrage und ihren Höhepunkt, den Berliner Kongreß, knüpft sich der Anfang der größeren Expansion an, welche der Periode ihre Signatur aufdrückt, zu der wir nunmehr gelangt sind. Wir haben gehört, daß damals (s. o. S. 223) Rußland, um einen Druck auf England auszuüben, einen Vorstoß nach Mittelasien in Szene zu setzen unternahm, und daß im Zusammenhange mit dem Berliner Kongreß die Fragen des Mittelmeeres und Nordafrikas in Fluß gerieten, von denen sich schließlich das afrikanische Problem in seiner Gesamtheit nicht trennen ließ. Sowohl Mittelasien, wenngleich hier der erste Anstoß von Rußland ausgegangen war, wie auch Afrika waren damals das besondere Ziel der Bestrebungen Englands zu einer Erweiterung seiner Macht- und Besitzsphäre; diese bilden somit den Auftakt zu den Geschehnissen, deren Schilderung die Aufgabe desjenigen Buches ist, bei dessen Anfange wir nunmehr stehen.

Wie schon bemerkt wurde, knüpften die britisch-russischen Verwicklungen in Zentralasien an den Balkankrieg an, d. h. an die Rivalität dieser beiden Mächte im näheren Orient. Nachdem Rußland mit seinen Plänen hier am Widerstande Englands gescheitert war, schien es den Gegensatz weiter nach Osten verpflanzen und die britische Kolonialherrschaft eben dort bedrohen zu wollen, wo ihr Zentrum und zugleich ihre empfindlichste Stelle war, nämlich in Ostindien. Schon der bloße Versuch dazu rief die britische Vorsicht und Abwehr auf den Posten. Die Herrschaftssphären der beiden Nebenbuhler waren in Zentralasien im wesentlichen nur noch durch Afghanistan getrennt; geriet dieses Land in die Gewalt der Russen, so standen sie an den Grenzen Ostindiens; daher schien es den Briten geboten, sich Afghanistans zu versichern, und so wurde dieses jetzt der Zankapfel der beiden Widersacher. Zunächst spielte sich der Kampf in der Form eines Ringens um den prävalierenden Einfluß am Hofe des regierenden Emirs Schir Ali ab. Schon 1876 hatten die Engländer das Afghanistan vom Persischen Golf scheidende Land Beludschistan unter ihre Schutzherrschaft gestellt, sowie im Februar 1877 das zu Beludschistan gehörige, an der afghanischen Grenze gegenüber Kandahar gelegene Gebiet von Quetta besetzt; jetzt richteten sie an den Emir das Ansinnen, ihre Agenten in seinen Hauptorten aufzunehmen. Durch solche Maßregeln beunruhigt, neigte sich Schir Ali den Russen zu. Im Juli 1878 erschien bei ihm in seiner Hauptstadt Kabul eine russische Gesandtschaft unter der Führung des Generals Stoltjekow mit militärischem Gefolge; sie wurde mit großer Auszeichnung aufgenommen.

Um dem russischen Einfluß in Kabul ein Gegengewicht zu bieten und Afghanistan vom Anschlusse an Rußland abzuhalten, kündigte der englische Vizekönig in Ostindien, Lord Lytton, die Ankunft auch einer bewaffneten britischen Mission in Kabul an. Es wurde ihm darauf kein Bescheid; trotzdem schickte er sie ab; an der Grenze, im Chaibarpasse, wurde ihr jedoch in verletzender Form der

Eintritt verweigert. Lord Lytton ließ nun (Dezember 1878) 40000 Mann einmarschieren. Schir Ali floh aus Kabul und starb bald nachher; sein Sohn und Nachfolger Jakub unterwarf sich durch den Vertrag von Gandamak im Mai 1879. Er trat den Briten einige Grenzdistrikte mit den nach Indien führenden Pässen ab und erkannte die englische Schutzherrschaft an, indem er sich verpflichtete, keine selbständigen Beziehungen zu auswärtigen Mächten mehr zu unterhalten und einen ständigen britischen Residenten in Kabul in der Person des Majors Cavagnari zu dulden; dafür nahm der Vizekönig seine Truppen aus dem Lande zurück. Am 24. Juli 1879 hielt Cavagnari, im besten Einvernehmen, wie es schien, mit dem neuen Emir, seinen Einzug in Kabul. Um dieselbe Zeit machten nun aber die Russen einen neuen Vorstoß in Zentralasien, nämlich gegen die bisher unabhängigen Tekke-Turkmenen im transkaspischen Gebiete; sie suchten deren Hauptstadt Gök Tepe, nahe der persischen Grenze, zu Falle zu bringen. Unter dem Eindrucke dieser Annäherung der Russen von Nordwesten her brachen in Afghanistan neue Unruhen aus. Afghanische Regimenter aus Berat, dem nordwestlichen Grenzdistrikte Afghanistans, erregten in Kabul einen Volksaufstand, der durch die einheimischen Priester geschürt wurde; das britische Gesandtschaftsgebäude wurde gestürmt, Cavagnari und sein Personal nach tapferer Gegenwehr niedergemetzelt (3. September). Sofort rückten die Engländer unter dem General Roberts abermals im Lande ein. Der Rückhalt, den die Erhebung an den Russen haben konnte, ging verloren, indem deren Angriff auf Gök Tepe abgeschlagen wurde; sie mußten bis zum Kaspischen Meere zurückweichen. Obwohl Jakub seine Teilnahme an der Empörung und den Bluttaten in Abrede stellte, wurde er nach Indien gebracht. Am 12. Oktober zog Roberts in Kabul ein, woselbst er ein furchtbares Strafgericht abhielt. Der Krieg ging noch eine geraume Zeit mit wechselndem Erfolge weiter; Thronprätendenten traten auf, Abder Rahman, ein Vetter, und Eljub Chan, ein Bruder Jakubs; jener wurde von England anerkannt. Man sieht, die britische Politik in Mittelasien war getragen von einem starken Geiste der Initiative und Offensive. Schon die Kosten, die diese Kämpfe erforderten, hatten jedoch in England in weiten Kreisen eine heftige Opposition gegen Beaconsfield erzeugt; man zieh ihn in der afghanischen Frage eines übertriebenen Imperialismus, und so waren die Tage seiner Regierung bereits gezählt.

Das zweite Hauptfeld von Beaconsfields aktiver Kolonialpolitik war Afrika, und zwar gab es hier zwei Stellen, auf die sich ihre Einwirkung bereits seit geraumer Frist erstreckte, Ägypten und Südafrika. Südafrika war schon seit längerer Zeit das Objekt der britischen Expansionsbestrebungen; als ihr Vertreter waltete seit 1877 als Generalgouverneur der Kapkolonie Sir Bartle Frere; unter ihm war in diesem Jahre (s. o. S. 18) gegen den Willen der Buren die Annexion Transvaals erklärt worden. Noch weiter gingen seine Absichten. Er wollte die südafrikanischen Kolonien zu einer Konföderation nach dem Vorbilde Kanadas ausgestalten und den britischen Besitzstand erweitern. 1878 nahm er die Walfischbai, die dann später vom Gebiete von Deutsch-Südwestafrika umschlossen war, in Besitz. Er ließ sich auch in demselben Jahre, freilich zunächst mit unzulänglichen

Streitkräften, in einen Krieg mit den Zulukaffern nördlich von Natal ein; doch erlitten die britischen Truppen durch den Häuptling Cettiwayo am 22. Januar 1879 eine vernichtende Niederlage. In den Kämpfen, die hier in der Folgezeit stattfanden, kam am 1. Juni der Prinz Napoleon, der Sohn Napoleons III., bei einem Überfalle um das Leben. Am 4. Juli wurde Cettiwayo bei seinem Kral Mundi besiegt und bald darauf sein Land unter eine Anzahl kleinerer Häuptlinge verteilt. Da diese, um die weiteren Schicksale eben dieses Distriktes hier vorwegzunehmen, in beständiger Feindschaft lebten, wurde Cettiwayo 1883 restituiert, aber von den ihm abgeneigten Stammesgenossen nach wenigen Wochen bereits wieder vertrieben. Nach mancherlei Wechselfällen, in deren Verlaufe sein Gebiet teilweise an die Buren gelangte, wurde es später (1887) mit Natal vereinigt. Unter den Transvaalburen verbreitete sich im geheimen gegen die von Sir Bartle Frere künstlich in Szene gesetzte Annexion eine Bewegung; an ihrer Spitze standen Krüger, Pretorius und Joubert; sie zeitigte erst ihre vollen Erfolge, als Beaconsfield bereits Gladstone Platz gemacht hatte.

Langer Jahre und großer Mühen sollte es noch bedürfen, bis den britischen Anschlägen auf Südafrika Erfüllung winkte; schneller haftete sich das Glück an ihre Fersen in Ägypten. An die finanzielle Mißwirtschaft, in die Ägypten unter dem Khediven Ismail geraten war, und die schon vorher (s. o. S. 17) den Briten Anlaß zum Eingreifen gegeben hatte, schloß sich der Fortgang der Dinge an, der zur Mediatisierung dieses Landes durch England führen sollte. Sie war nicht ausschließlich die Folge der Verschwendungssucht Ismails. Die Gelder, die er aufgenommen hatte, waren auch für Zwecke politischer Art gebraucht worden, und nicht zum geringsten Teile waren die finanziellen Nöte Ägyptens auch durch die unsauberen Manöver der europäischen Finanzwelt veranlaßt worden. Von den 68 Millionen Pfund, die der Khedive aufgenommen hatte, waren nur 44 in die ägyptische Staatskasse geflossen, der Rest war in den Taschen der europäischen haute finance stecken geblieben, dieser „politischen Ägyptiologen", wie Bismarck sie nannte. Alle die Mittel, die seit der Mitte der siebziger Jahre ergriffen wurden, um der ägyptischen Finanznot zu steuern, entbehrten der Wirkung. Die Hauptgläubiger Ägyptens saßen in England und Frankreich; demgemäß wurde der Khedive gezwungen (18. November 1876), einen Engländer und einen Franzosen zu Generalkontrolleuren zu ernennen. Sie waren dem Namen nach ägyptische Beamte; in Wahrheit hatten sie für die Zahlung der Zinsen der Staatsschuld zu sorgen, und das Land wurde durch sie furchtbar ausgesogen. Es war die Begründung eines französisch-englischen Kondominiums in Ägypten, die dadurch in die Wege geleitet wurde, und es war die Frage, ob ein solches auf die Dauer durchführbar war. Bismarck zweifelte daran, er hielt es für das Gegebene, daß England Ägypten an sich ziehe; schon 1876 gab er, wie wir hörten, den Briten diesen Rat, als Lord Salisbury zum Ende des Jahres bei ihm in Berlin verweilte. Für Frankreich dachte er an eine Entschädigung weiter im Westen der Nordküste Afrikas; das hielt er auch insofern für im Interesse Deutschlands liegend, als dadurch die französische Unternehmungslust von Deutschland über das Meer abgelenkt werden würde. An sich war Frankreich in Ägyp-

ten stark interessiert; zwar hatte eben damals (25. November 1876) England die Suez-Aktien des Khediven erworben; aber es wohnten immer noch ungleich mehr Franzosen als Engländer im Lande (14000 gegen nur 3000). Bismarck war der Meinung, daß England Ägypten als Etappe auf dem Wege nach Ostindien keinesfalls entbehren oder einem anderen überlassen könne, sondern schließlich doch selbst würde nehmen müssen; auf Kolonialerwerb für Deutschland in Afrika, geschweige denn was Ägypten anbelangte, ging der Kanzler noch nicht aus.

Beaconsfield nahm Anstand, bei Frankreich Anstoß zu erregen, auch legte er (s. o. S. 150) auf Ägypten persönlich geringeren Wert. Die öffentliche Meinung in England hatte sich mit dem Gedanken einer Annexion Ägyptens noch nicht genügend vertraut gemacht, und zumal die Liberalen waren ganz entschieden dagegen. Immer wieder versuchte Bismarck in der Folgezeit Englands Blicke auf Ägypten hinzulenken; allzu groß indes war die Rücksicht, die man in London auf Paris nehmen zu müssen glaubte, — empfand man doch hier schon das Zugreifen Englands auf Zypern derart, daß man in London bereits für diese im Grunde ziemlich belanglose Insel dem Nachbarn auf der andern Seite des Ärmelmeeres Tunis als Gegengabe zusagte. Die Ansprüche Frankreichs auf die Beteiligung an der Aufsicht über die ägyptischen Finanzen waren auch so evident, daß die Einrichtung der Doppelkontrolle gerechtfertigt und unvermeidlich erscheinen konnte. Der Khedive geriet in eine weitgehende Abhängigkeit; er wurde gezwungen, seine Krondomänen für die Schuldentilgung zur Verfügung zu stellen; es wurde (August 1878) ein Kabinett gebildet, an dessen Spitze der christliche Armenier Nubar Pascha stand; unter Beseitigung der beiden Finanzkontrolleure wurden darin die Finanzen einem Engländer, die öffentlichen Arbeiten einem Franzosen übertragen. Tatsächlich wurde der Khedive dadurch von der Regierung ausgeschaltet; durch einen Gewaltstreich versuchte er, diesem Zustande ein Ende zu machen, der für ihn unerträglich war. Auf sein Anstiften hin brach eine Revolte entlassener Offiziere aus (Februar 1879), die gegen das neue Ministerium gerichtet war; Nubar nahm zwar seine Entlassung; aber der französische und der englische Minister erhielten von ihren Mächten die Weisung, ihren Posten nicht zu verlassen. Ismail erklärte sie trotzdem (April 1879) für abgesetzt; er sistierte die Tilgung der Staatsschuld und die Zinszahlung. Jetzt war die Geduld der Mächte erschöpft; es frug sich nur, welche Form des Vorgehens zu wählen war. Bismarck hätte immer noch am liebsten gesehen, wenn England selbständig eingeschritten wäre; die Erteilung eines Mandates an beide Westmächte oder Kollektivschritte der Mächte waren nicht nach seinem Sinne; man einigte sich schließlich unter seinem Einflusse dahin, in Konstantinopel die Absetzung Ismails zu beantragen. Tatsächlich erklärte der Sultan den Khediven als dessen nomineller Oberherr (am 25. Juni 1879) seiner Würde für verlustig, indem er dessen Sohn, den schwachen Mehmed Tewfik Pascha, zum Nachfolger ernannte. Ismail ging zunächst nach Neapel, später nach Konstantinopel, um seine Restitution zu betreiben; hier wurde er dann bis zu seinem Ableben (1895) festgehalten. Im Gegensatze zu Beaconsfield bekundete Lord Salisbury (s. o. S. 227) schon eher Neigung, den Winken und Anregungen Bismarcks betreffend Ägypten Folge

zu leisten; aber noch hielt ihn die Erwägung zurück, daß das kaum ohne Krieg mit Frankreich möglich sei.

So war auf allen den drei Gebieten, auf denen sich die britische Expansion zur Zeit betätigte, die Tendenz unverkennbar, vorwärts zu kommen und eventuelle Widerstände zu beseitigen. Aber sie hatte doch keineswegs bereits die Mehrheit der Nation hinter sich. Die afghanischen Kämpfe erforderten große Kosten, bezüglich der Wirren in Südafrika war noch kein Ende abzusehen; unter diesen Umständen verstärkte sich die Opposition gegen Beaconsfields Kolonialpolitik. Dazu kam der Widerspruch gegen seine innere Politik, zumal in der irischen Frage. Die Angriffe im Parlament wurden gegen ihn so heftig, daß er im März 1880 das Unterhaus in der Hoffnung auflöste, die Neuwahlen würden den Beweis erbringen, daß das Land hinter ihm stünde. Wenn er eben damals (s. o. S. 295) sich entschloß, nunmehr endlich die deutsch-britische Bündnisfrage endlich in Fluß zu bringen, so ist das ein Beweis dafür, daß er in den Bahnen einer energischen Außenpolitik nach der Wiederbefestigung seiner inneren Stellung fortzufahren gedachte. Aber Beaconsfield hatte sich in seinen Erwartungen auf den Ausfall der Neuwahlen gründlich getäuscht; sie verstärkten die liberale Opposition derart, daß er abdanken und einem Kabinett Gladstone weichen mußte. Beaconsfield war derjenige britische Staatsmann, der am ernstlichsten für die deutsch-englische Bündnisidee einzutreten und das ganze Gewicht seiner politischen Autorität dafür einzusetzen gewillt war. Von vornherein bestand kaum die Aussicht, daß das, was bei einem konservativen Kabinett unter Beaconsfield vielleicht noch möglich gewesen war, bei einem liberalen Ministerium unter Gladstone zu erreichen wäre, — die englisch-deutsche Allianzmöglichkeit schien geschwunden. Ans Staatsruder ist Beaconsfield nicht mehr gelangt; er starb bereits ein Jahr nach seinem Ausscheiden aus der Regierung, im April 1881, nachdem er noch bis zuletzt die Kolonialpolitik seines alten Rivalen und nunmehrigen Nachfolgers scharf bekämpft hatte. Tatsächlich war auch mit Gladstone ein völliger Systemwechsel in der britischen Kolonialpolitik eingetreten, wenigstens der Intention zufolge, wenn auch keineswegs, was den Verlauf und das Schlußergebnis anbelangte. Die kolonialpolitische Erbschaft, die er von seinem Vorgänger übernahm, sowohl in Mittelasien, wie auch in Südafrika, war nicht leicht, und sein nächstes Streben und Mühen war darauf gerichtet, sie so glimpflich als möglich zu liquidieren, um weitere Opfer und Verluste für das britische Volk zu vermeiden. Es lag ihm vor allem daran, die hier schwebenden Schwierigkeiten zu einem einigermaßen befriedigenden Abschlusse zu bringen, obgleich ein solcher von vornherein mehr als eine vorläufige Vertagung, denn etwa als eine wirkliche und endgültige Erledigung gelten mußte.

So zunächst in Zentralasien. Nach der Absetzung des Emirs Jakub und dem Einzuge des Generals Roberts in Kabul (s. o. S. 315) ging der Kampf sowohl zwischen Briten und Afghanen, als auch unter den Afghanen selbst weiter, indem Jakubs Bruder Eljub Chan und sein Vetter Abder Rahman, dieser unter Anerkennung Englands, einander die Nachfolge streitig machten. Nach mannigfachen Wechselfällen wurde jener (Anfang September 1880) bei Kandahar be-

siegt; als er nochmals zurückkehrte, wurde er wiederum ebendaselbst ein Jahr später (22. September 1881) geschlagen; darauf entwich er nach Persien. Jetzt erst wurde Abder Rahman Herr von ganz Afghanistan, und es wurde nunmehr ein Vertrag mit ihm geschlossen, demzufolge die britischen Truppen das Land räumten, indem sie jedoch die Pässe in ihrem Besitze behielten. Was die innere Regierung anbelangte, so blieb der neue Emir im wesentlichen unabhängig; faktisch trat er in ein loses Schutz- und Freundschaftsverhältnis mit den Briten und bezog von ihnen ein beträchtliches Jahrgeld. An sich hätten diese die militärische Lage besser ausbeuten können; sie konnten ihre Truppen im Lande stehen lassen und dieses zu stärkerer Unterwerfung zwingen, wie denn auch die Okkupation von Kandahar erwogen worden war. Aber Gladstone zog es vor, sich mit weniger zu begnügen, und das wurde ihm von der jetzigen konservativen Opposition um so mehr verdacht, als die Russen zu gleicher Zeit in Zentralasien um so weiter um sich griffen. Im Winter 1880/81 erneuerten sie unter dem Oberbefehle von Skobelew ihren Angriff auf die Tekke-Turkmenen. Gök Tepe wurde jetzt erobert, und unverkennbar waren ihre Absichten noch weiter nach Osten gerichtet, nämlich gegen die Turkmenen der wichtigen Oase Merw, durch deren Gebiet sie nunmehr noch von Afghanistan getrennt waren. In der Tat unterwarfen sich auch diese einige Jahre später (am 31. Januar 1884): damit entstanden neue Verwicklungen zwischen England und Rußland in Zentralasien. Immerhin hatte der Rivalitätskampf beider Mächte sowohl in Mittel- als auch in Vorderasien für Großbritannien insofern einstweilen ein günstiges Ende gefunden, als auf diesen beiden großen Schauplätzen weltpolitischer Expansion dem russischen Machterweiterungstriebe ein vorläufiges Ziel gesetzt war. England hatte hier wie dort im großen und ganzen die Oberhand behalten, und es hätte in Zentralasien unzweifelhaft noch besser abgeschnitten, wenn es seine kriegerischen Erfolge in Afghanistan in höherem Grade ausgenutzt hätte. Aber es war eben in London an die Stelle des kecken Zugreifens unter Gladstone eine Politik der größeren Zurückhaltung getreten, und schließlich war es doch für die neuen Konflikte, die um die Mitte der achtziger Jahre mit Rußland auftauchten, höchst nützlich, daß man sich Afghanistans versichert hatte: es war sozusagen „ein englisches Glacis zum Schutze der ostindischen Festung“.

Ungleich schwächlicher noch, als in Asien, war Gladstones Auftreten in Südafrika. Nach dem Kabinettswechsel in London wurde der bisherige Generalgouverneur Sir Bartle Frere von seinem Posten abberufen, und mit seinem Ausscheiden kamen die imperialistischen Tendenzen in Südafrika zunächst zum Stillstande. Gladstone verfolgte auch hier eine Politik der Nachgiebigkeit und des Gehenlassens, und das hatte zur Folge, daß es den Burenrepubliken noch einmal glückte, sich der britischen Umstrickung bis zu einem gewissen Grade zu erwehren. Schon hatte sich ja, wie wir bereits berichteten, unter den Transvaalburen gegen die von Bartle Frere durch Überrumpelung bewirkte britische Annexion eine Bewegung im geheimen vorbereitet. Jetzt trat sie an die Öffentlichkeit und verlief siegreich. Am schwersten war die Niederlage, welche die Briten in der Schlacht am Majubaberge (27. Februar 1881) erlitten. Gemäß seinen kolonialpolitischen

Grundsätzen scheute Gladstone die Mühen und Kosten, die eine gewaltsame Unterwerfung der Buren forderte. Im Vertrage von Pretoria vom 3. August 1881 wurde den Buren gegen die Anerkennung der englischen Suzeränität und ihrer völkerrechtlichen Vertretung in den auswärtigen Angelegenheiten durch England Unabhängigkeit im Innern bewilligt. 1883 wurde Krüger zum Präsidenten gewählt; als solcher ging er nach London und schloß hier am 27. Februar 1884 einen neuen Vertrag, demzufolge die britische Suzeränität insofern eingeschränkt wurde, als die „Südafrikanische Republik" (welche Bezeichnung Transvaal von jetzt ab führte) für ihre Verträge mit anderen Staaten, ausgenommen die stammverwandte Oranje-Republik, der Zustimmung Großbritanniens bedürfen sollte. Nach englischer Auffassung bedeutete das freilich nicht viel anders als eine Kolonie mit Selfgovernment, und am liebsten hätte sich Krüger dieses Joches entledigt. Auf der Europareise, die er damals unternahm, kam er (Juli 1884) nach Deutschland, das sich um eben diese Zeit in Südafrika festsetzte. Gern hätte er sein Staatswesen unter deutschen Schutz gestellt; sein Begehren wurde jedoch abgelehnt, da dessen Erfüllung England auf das höchste gereizt hätte. Indem Krüger in Berlin ein äußerst wohlwollender Empfang bereitet wurde, benutzte Bismarck immerhin die Gelegenheit, um England, das damals die Anfänge einer selbständigen deutschen Kolonialpolitik mit scheelen Augen betrachtete, durch das Schreckgespenst einer deutsch-burischen Annäherung in Südafrika einigermaßen zu Vorsicht und zu Nachgiebigkeit gegen die deutsche Siedlung hierselbst zu nötigen. Ein Handelsvertrag, der 1883 zwischen Deutschland und der Südafrikanischen Republik zustande kam, wurde der englischen Regierung vorgelegt und von ihr genehmigt. Dadurch erkannte Deutschland die Abhängigkeit der Burenrepublik in ihren auswärtigen Beziehungen von England förmlich an.

Imperialistischer Expansion im Herzen abhold, zögernd und widerwillig, hatte Gladstone die kolonialpolitische Erbschaft Beaconsfields übernommen, und er hatte, wie wir sehen, gestoppt, insoweit er nur konnte. Aber die Ereignisse waren doch stärker als sein Wille. Immer wieder wurde er weiter getrieben, als er es eigentlich wünschte, und schließlich wurde doch sowohl in Südafrika als auch noch in viel höherem Grade in Zentralasien ein für das britische Interesse nicht ungünstiges Ergebnis erzielt, wenngleich die Probleme, um die es sich dabei handelte, wie bereits bemerkt wurde, nicht sowohl endgültig gelöst wie vielmehr lediglich vertagt wurden. Gleichwohl wurde nirgends etwas geradezu verdorben; die Möglichkeit eines dem britischen Interesse zweckdienlichen Schlußausganges wurde überall nicht nur offen gehalten, sondern sogar eher noch gefördert. In diesem Sinne ist das Verhältnis zu beurteilen, das sowohl mit Afghanistan als auch mit der Südafrikanischen Republik hergestellt wurde: war das Band auch scheinbar recht lose, das dadurch geknüpft wurde, so konnte es doch jederzeit fester angezogen werden. Die britische Expansion wurde dadurch keineswegs gestört oder auch nur gefährdet; es wurde ihr letztlich dadurch Vorschub geleistet. Nur die Tonart war eine andere geworden; das Ziel blieb, durch die Schwerkraft der Dinge gegeben, stets und unverrückt dasselbe, indem sich gleichsam von selbst in der Kette der imperialistischen Unternehmungen und Fortschritte Englands

immer wieder ein Glied mit innerer Notwendigkeit an das andere reihte. Was Beaconsfield mit gebieterischer Geste gefordert hatte, das sicherte Gladstone in behutsamem Vorrücken durch die Miene der Konnivenz; denn auch seine Politik lief schließlich darauf hinaus, daß eine neue Etappe in der Begründung der britischen Weltherrschaft erreicht wurde. Das zeigte sich am deutlichsten in seiner Behandlung der ägyptischen Frage. Gladstone war es beschieden, diese Klammer zwischen dem Mutterlande und dem großen Nebenreiche Ostindien in die englische Herrschaftssphäre einzufügen, und doch war er weit davon entfernt, darauf etwa von vornherein absichtlich und bewußt auszugehen.

Keineswegs kam Ägypten nach der Absetzung Ismail Paschas zur Ruhe. Tewfik war nicht imstande, eine selbständige Rolle zu spielen; im Lande setzte mit verstärkter Kraft eine Bewegung ein, deren Losung es war: „Ägypten den Ägyptern!" Schon früher hatte sie bestanden, gerichtet gegen die Türken; jetzt wandte sie sich gegen die europäische Fremdherrschaft. An die Spitze stellten sich einheimische Offiziere unter der Führung des Obersten Achmed Arabi, eines geborenen Fellachen von niederer Herkunft. Als er und noch zwei andere Obersten (Anfang 1881) verhaftet wurden, brach eine Militärrevolte aus. Der Khedive stand ihr machtlos gegenüber; die Pforte wollte ein Heer schicken, um sie zu unterdrücken. Auf die Kunde davon wurde (9. September 1881) ein neuer Putsch veranstaltet. Neben der Entlassung des Ministeriums wurde die Einberufung eines Parlaments und die Verstärkung des aus Sparsamkeitsgründen reduzierten Heeres auf 18000 Mann verlangt; durch die dafür erforderlichen Kosten wurde freilich die geregelte Schuldentilgung und dadurch hinwiederum das Interesse der europäischen Gläubiger bedroht. Ein ägyptisches „Parlament", d. h. in Wahrheit eine bloße Notablenversammlung, trat am 26. Dezember 1881 zusammen; aber nun legten sich England und Frankreich in das Mittel. Die Anregung dazu ging von Frankreich aus, nämlich von Gambetta, der kurz zuvor (im November) das Ministerpräsidium und die Auswärtigen Angelegenheiten übernommen hatte. Am 10. Januar 1882 reichten beide Mächte in Kairo eine Note ein, durch die sie sich offiziell bereit erklärten, den Khediven zu stützen. Das Parlament und die Militärpartei in Ägypten empfanden diese diplomatische Aktion als gegen sich gerichtet; auch die Türkei fühlte sich dadurch stark getroffen. Gambetta trieb damals eine große Politik, die auf ein Zusammengehen nicht nur in Ägypten mit England, sondern auch ganz allgemein zugleich mit Rußland gegen Deutschland hinzielte, — lag solches schon nicht im Sinne Englands, so traten auch in der ägyptischen Frage Differenzen zwischen Frankreich und Großbritannien zutage. Gambetta erachtete seine Stellung für unhaltbar und hielt es für geraten, aus Gründen der inneren Politik, nämlich einer Verfassungsreform mit Listenwahl (26. Januar 1882), seinen Abgang zu suchen; an seine Stelle trat als Lenker der auswärtigen Politik Frankreichs Freycinet.

Für Frankreich bedeutete der Fall Gambettas eine seinen Interessen ungünstige Wendung der Dinge in der ägyptischen Frage. Die nächste Wirkung der geschilderten Vorgänge bestand darin, daß die nationalistische Bewegung im Nillande gestärkt wurde. Arabi wurde Pascha und Kriegsminister mit der führen-

den Stellung im Kabinett; der Khedive nahm eine unsichere Haltung ein und schwankte zwischen den Parteien. England und Frankreich begehrten die Entlassung des Ministeriums sowie die Verbannung Arabi Paschas und seiner Anhänger. Um diesem Verlangen Nachdruck zu geben, erschien im Mai (1882) ein englisch-französisches Geschwader von je sechs Schiffen vor Alexandrien. Die Lage war aufs höchste gespannt, da brachte ein Straßentumult (am 11. Juni) die gewaltsame Entladung. Einige fünfzig Europäer wurden dabei getötet, außerdem fast die dreifache Anzahl von Ägyptern. Weder der Khedive noch auch Arabi Pascha hatten diesen Ausbruch der Volksleidenschaft veranlaßt; aber dieser sorgte jetzt für alle Fälle für den Ausbau der Küstenbefestigungen bei Alexandrien. Daraufhin und weil die Forderung nach Genugtuung für das Blutbad vom 11. Juni nicht erfüllt wurde, entschloß sich England zu gewaltsamem Vorgehen. Am 22. Juni machte es der französischen Regierung den Vorschlag zu gemeinsamer Besetzung des Suezkanals; Freycinet lehnte ab. Von jeher war er Gegner der Intervention Frankreichs in Ägypten gewesen; er befürchtete auch jetzt die Opposition der Kammer wider weitere Gewaltmaßregeln. Indem Frankreich nunmehr zurückwich, gab es freilich den Briten freie Hand in Ägypten und beging so einen Fehler, der, was dieses Land selbst und allein betraf, nie wieder gutzumachen war, für die französische Gesamtpolitik in der Folgezeit, wenngleich nicht der Absicht, so doch der Wirkung nach, nichts weniger als schädlich sich schließlich herausstellen sollte. Noch war ein letzter Versuch gemacht worden, eine allgemeine Einigung der Großmächte in der ägyptischen Frage zu erzielen; aber er mißglückte. Am 23. Juni 1882 wurde eine Botschafterkonferenz in Konstantinopel eröffnet; die Anregung dazu ging von Frankreich, die Einladung von England und Frankreich gemeinsam aus; Deutschland folgte ihr willig, wenn auch ohne Vertrauen in das Gelingen. Ursprünglich stellte sie sich auf den Standpunkt, den Bismarck schon früher vertreten hatte, die Intervention der Pforte zu überlassen; aber sie konnte nur dann ein Ergebnis haben, wenn die beiden Westmächte von vornherein mit einem bestimmten und insbesondere für den Sultan annehmbaren Plan den anderen Mächten gegenübergetreten wären. Das jedoch war nicht der Fall. Aus Besorgnis vor dem Erstarken des Islams in Afrika widerstrebte Frankreich jedem militärischen Eingreifen der Pforte, und andererseits wollte die Mehrzahl der Mächte England und Frankreich kein europäisches Mandat unter Ignorierung der Hoheitsrechte des Sultans erteilen. Deutschland hielt sich dabei zurück; es beteiligte sich nicht an den antienglischen Schachzügen der anderen, sondern überließ die Opposition den direkt interessierten Mächten. Da sich nun Frankreich auf den gleichzeitigen Vorschlag Englands zu gemeinsamer militärischer Aktion nicht einließ, ging dieses allein vor. Während sich die französische Flotte aus Mangel an entsprechenden Weisungen am 10. Juli zurückzog, bombardierte die der Briten unter Seymour vom 11. bis zum 13. Juli die Befestigungswerke von Alexandrien, wobei auch einige Schüsse auf die Stadt fielen. Arabi Pascha antwortete darauf, indem er die Volkswut abermals gegen die Europäer daselbst entfesselte: sie wurden niedergemetzelt, die Stadt in Brand gesteckt. Erst als sie Verstärkungen erhielten, waren die Engländer in der Lage,

am 18. Juli Truppen zu landen, um Alexandrien zu besetzen, — offenbar war die Beschießung allzu voreilig erfolgt.

Die Aktion war damit noch nicht beendigt. Arabi Pascha setzte die Hauptstadt Kairo in Verteidigungszustand; getragen durch die nationalistische Bewegung, nahm er jetzt in Ägypten eine geradezu beherrschende Stellung ein; er war zu einer solchen Macht geworden, daß England ihn keinesfalls länger dulden zu können vermeinte. Ein selbständiges Staatswesen schien sich in Ägypten ausbilden zu wollen, und es stand zu befürchten, daß es sich nicht nur aus dem osmanischen Reichsverbande loslösen, sondern auch selbst gegen England eine gegensätzliche Haltung, etwa in Anlehnung an Frankreich oder Rußland, einzunehmen versuchen würde. Jedenfalls war es für Großbritannien besser, wenn die Scheinherrschaft des Khediven bestehen blieb; dann mußte es aber die militärische Gewalt im Lande an sich selbst bringen, und das konnte nur durch dessen Besitznahme geschehen, — so wurde Gladstone, obwohl ihn nach kolonialpolitisch-imperialistischen Abenteuern keineswegs gelüstete, fast wider Willen, jedenfalls entgegen seinen Grundsätzen, durch die Wucht der Verhältnisse selbst, zur Okkupation Ägyptens gedrängt. Zwar erklärte das britische Kabinett, daß ihm alle weitergehenden Absichten fern lägen, und daß es seine Truppen lediglich zur Sicherung des Suezkanals und der Schiffahrt selbst landen wolle; aber was jetzt einmal geschah, das konnte doch sehr leicht zum dauernden Zustande werden. Umsonst versuchte Freycinet noch einmal die Situation zu retten, indem er nunmehr einen Kredit für das Eingreifen auch Frankreichs in Ägypten begehrte. Die Kammer lehnte (29. Juli) den Antrag ab; darauf nahm Freycinet seine Entlassung: obwohl es die größten materiellen Interessen im Lande hatte, bekundete Frankreich dadurch, daß es auf seine bisherige Stellung in Ägypten zugunsten Großbritanniens verzichtete. Da Italien mehrfache Aufforderungen Englands, sich an den Operationen in Ägypten zu beteiligen (die Einladung war übrigens von vornherein nicht mit besonderer Hoffnung auf Annahme ergangen), ablehnte, stand England mit seiner Aktion allein, wie es ja Bismarcks Wunsch von jeher gewesen war; so blieb den Briten der Boden in Ägypten ausschließlich überlassen, ohne daß sie gegen Frankreich auch nur im entferntesten illoyal gehandelt hätten. Aus Furcht vor den Engländern, deren Entschlossenheit zu bewaffneter Intervention jetzt auf der Hand lag, wollte der Khedive nunmehr Arabi Pascha entfernen. Dieser drehte jedoch den Spieß um; er zieh Tewfik des Verrates und warf sich selbst zum Vertreter des Sultans auf; der Sultan und der Khedive antworteten darauf, indem sie Arabi Pascha als Rebellen erklärten. Während Arabi Pascha den Angriff vom Meere her erwartete, rückten die Engländer unter Wolseley in der Stärke von 25000 Mann vom Suezkanal aus gegen Kairo vor; Arabi Pascha wurde am 23. September bei Teb el Kabir besiegt; zwei Tage später fiel Kairo. Arabi wurde gefangen, zum Tode verurteilt, aber begnadigt und nach Ceylon gebracht; später durfte er sogar wieder nach Ägypten zurückkehren. Der geschickten Politik Granvilles, des Staatssekretärs des Auswärtigen, sowie des Sir Edward Malet, des damaligen britischen Generalkonsuls in Ägypten, hatte England diesen großen Erfolg seiner Politik vornehmlich zu verdanken.

Ägypten war jetzt tatsächlich eine Herrschaftsdomäne Englands, und es ist eine solche auch in der Folgezeit bis heutigen Tages geblieben. Zwar erklärte Granville am 3. Januar 1883, daß die britischen Truppen aus dem Lande zurückgezogen werden sollten, „sobald es die Lage erlauben sollte", und unzählige Male ist diese Versicherung wiederholt worden. In Wahrheit dachte man jedoch gar nicht daran, und in nichts kam die Rivalität, die damals zwischen England und Frankreich auf kolonialpolitischem Gebiete herrschte, deutlicher zum Ausdruck, als daß nach der Erwerbung von Tunis durch Frankreich die Überzeugung in London durchdrang, man könne nicht Ägypten verlassen, solange wie Frankreich in Tunis bleibe, — das hieß natürlich die Räumung des Nillandes ad calendas graecas vertagen. Eine englische Truppe in der mäßigen Stärke von einigen tausend Mann blieb als Besatzungsarmee in Ägypten zurück. Sie wurde nicht in einzelne Garnisonen verteilt, sondern das Gros war in einem Lager bei Kairo konzentriert. Das eigentliche ägyptische Heer wurde durch englische Offiziere reorganisiert und zusammengehalten; es stand unter dem Oberbefehl eines englischen Sirdars (Sirdar so viel wie Seraskier, ein türkisches Wort für Oberbefehlshaber vom persischen seri asker, d. h. Haupt des Heeres); es war somit fest in der Hand der Briten. Der Schein des Herrschertums wurde für den Khediven gewahrt; auch Selbstverwaltung und sogar eine Art von Parlament bestanden, aber gleichfalls nur zum Schein. Englische Aufsichtsbeamte waren überall maßgebend. Die einheimischen Minister waren die Statisten der englischen Unterstaatssekretäre, die ihnen für ihre besonderen Ressorts beigegeben waren. Der eigentliche Herrscher war der englische Generalkonsul in Kairo, Sir Evelyn Baring, seit 1891 Lord Cromer, der bis 1907 in seinem Amte blieb, eine starke und zielbewußte Persönlichkeit. Frankreich wurde (wir werden auf diese Dinge in ihrer Verflechtung mit den kolonialpolitischen Anfängen Deutschlands noch näher zu sprechen kommen) trotz seines heftigen Widerspruches (Anfang 1883) der Teilnahme an der finanziellen Kontrolle beraubt, — England wollte allein Herr im Hause sein. In der Tat wurde eine dauernde Sanierung der Finanzen bewirkt, und wenn auch die Steuerbelastung der Landesbewohner nach wie vor hoch und drückend blieb, so geschah doch mancherlei für ihr Wohl und für die Hebung der Landeskultur. Zwar kennzeichneten Strenge und Härte das britische Regiment; aber es traten doch an die Stelle der Laune des Augenblicks und persönlicher Willkür jetzt unter der britischen Herrschaft feste und geordnete Zustände. Die bisher so schwer lastende Fronarbeit für die Regulierung der Bewässerungsarbeiten wurde im wesentlichen, nicht gerade aus Rücksichten der Humanität, vielmehr aus wirtschaftlichen Gründen abgeschafft. Auch die Förderung der Landwirtschaft ließ sich die englische Verwaltung angelegen sein, besonders den Ausbau der Bewässerungsanlagen. Insonderheit widmete sie der Baumwollenkultur ihre Aufmerksamkeit, allerdings einseitig im Interesse der britischen Baumwollenmanufaktur, zum Nachteile des Getreidebaus, so daß sich die dereinstige Kornkammer des Altertums nunmehr auf den Getreide-Import angewiesen sah. Wesentlich wurde die Lage der einheimischen Fellachen durch das englische Regime nicht verbessert; zumal für die Volksbildung hat die Cromersche Administration wenig getan, — der Haupt-

gesichtspunkt für die britische Wirksamkeit in Ägypten blieb jederzeit der eigene Vorteil.

Parallel mit dem Aufstande Arabi Paschas in Ägypten brach ein solcher auch im Sudan aus. An seiner Spitze stand Mohamed Achmed, ein Ägypter aus Dongola, in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts geboren, ein im übrigen ungebildeter Mann, der sich in der Jugend mit theologischen Studien beschäftigt hatte. Er gab sich für einen Nachkommen Mohameds und als Mahdi aus, d. h. als eine Art von Messias, berufen, das Werk des Propheten zu vollenden, den reinen Glauben des Islams wiederherzustellen, die Ungläubigen zu bekehren oder zu vernichten und die Gläubigen am Ende der Tage ins Paradies zu führen. Er lebte auf der oberhalb Khartum gelegenen Nilinsel Abba scheinbar heiliggemäß als Asket. Im Jahre 1881 trat er mit seiner angeblichen Sendung an die Öffentlichkeit und gewann zunächst in der Provinz Kordofan großen Anhang. Bis 1879 hatte der Engländer Gordon als Generalgouverneur im Sudan gewirkt (s. o. S. 17); unter ihm stand als Gouverneur der Äquatorialprovinz der unter dem Namen Emin Pascha bekannte deutsche Arzt Eduard Schnitzer, der hier eine musterhafte Verwaltung führte und eine eifrige und erfolgreiche Tätigkeit als Forscher entfaltete. Der Mahdi sammelte die mißvergnügten Elemente um sich. Das waren zunächst die mit der ägyptischen Herrschaft unzufriedenen Eingeborenen, die er zum Kampf gegen die „Türken", d. h. gegen die ägyptische Unterdrückung, aufrief, weiterhin die Sklavenhändler, die es schwer empfanden, daß ihnen, zumal durch Gordon Pascha, ihr Handwerk gelegt worden war. Eigentlich gingen ja die Interessen dieser beiden Gruppen auseinander; was ihren Gegensatz jedoch überbrückte, das war der islamitische Fanatismus, den der neue Prophet predigte. Die Bewegung nahm einen derartigen Umfang an, daß der Khedive, der seine Herrschaft über den Sudan bedroht sah, dagegen mit Gewalt einzuschreiten versuchte. Er wurde darin indes durch die eben damals infolge des Auftretens Arabi Paschas in Ägypten selbst herrschenden Unruhen behindert; es mangelte ihm daher an genügenden Truppen zur Abwehr der Mahdisten. Ein direkter Zusammenhang zwischen dem Aufstande in Ägypten und dem im Sudan hat allerdings nicht bestanden.

Erst nachdem in Ägypten die Ruhe wiederhergestellt worden war, konnte auch im Sudan mit größerem Nachdrucke vorgegangen werden. Ein ägyptisches Heer unter dem Engländer Hicks Pascha wurde gegen den Mahdi entsandt, nach anfänglichen Erfolgen jedoch im November 1883 bei Kaschgil-Kordofan völlig vernichtet; der General selbst fand dabei den Untergang. Obwohl er auf eigene Verantwortung in den ägyptischen Dienst getreten war, wurde seine Niederlage als eine solche der Engländer angesehen; dadurch wurde die Stellung des Mahdi gestärkt. Der General Baker, der ein neues Heer heranführte, wurde im Februar 1884 bei El Teb geschlagen; immer mehr wuchsen des Mahdis Ansehen, Anhang und Machtgebiet, bis an die Küste des Roten Meeres heran; auch die Hauptstadt Khartum war gefährdet. Gladstone, der schon auf das ägyptische Abenteuer nur ungern eingegangen war, wollte sich nicht auch noch in das im Sudan verwickeln lassen; auch die öffentliche Meinung in England war nicht recht dafür.

Wiewohl doch Ägypten und der Sudan auf das engste zusammenhingen, wollte man in England den letzteren räumen, und man setzte diesen Entschluß auch bei der ägyptischen Regierung durch. Gordon Pascha erhielt in London den Auftrag, Garnison und Zivilbevölkerung von Khartum zurückzuführen und in Sicherheit zu bringen. Vom Khediven wiederum zum Generalgouverneur ernannt, faßte Gordon jedoch, als er erst an Ort und Stelle angelangt war, seine Aufgabe ganz anders auf, nämlich im Sinne einer Unterdrückung der mahdistischen Bewegung. Vom britischen Ministerium wurde ihm indes nicht die genügende Unterstützung zuteil. Indem im Juni 1884 das nilabwärts gelegene Berber fiel, wurde er von Ägypten abgeschnitten und darauf in Khartum belagert. Zwar wurde endlich ein Heer unter Wolseley zu seinem Entsatze geschickt; aber es rückte so langsam vor, daß es zu spät zur Rettung kam. Am 26. Januar 1885 fiel Khartum; Gordon und die Besatzung wurden getötet. Zwei Tage später langte das britische Heer an, konnte jedoch die Mahdisten nicht mehr aus Khartum verdrängen. Gordons Schicksal erregte in London die größte Entrüstung; aber wie stark auch das Verlangen nach Rache war, so hielt man es doch in Rücksicht auf die mit Rußland gerade wegen der Lage in Zentralasien ausgebrochene kriegerische Spannung für geraten, die Sühne zu verschieben. Man beschränkte sich darauf, das Eindringen der Mahdisten in Ägypten zu verhindern; Wadi Halfa wurde jetzt der am weitesten nach Süden am Nil vorgeschobene ägyptische Posten. Lange sollte sich der Mahdi nicht seines Triumphes erfreuen; schon am 22. Juni 1885 starb er plötzlich am Typhus. Noch bei Lebzeiten hatte er seinen Nachfolger designiert, den „Chalifen" Abdullahi. Unter Abstreifung des geistlichen Charakters, wie er dem Regimente seines Vorgängers angehaftet hatte, schaltete und waltete der neue Gebieter des Sudans rein als orientalischer Despot. Emin Pascha wurde durch die mahdistische Bewegung gänzlich von Ägypten abgeschnitten. Jahrelang mußte er noch in seiner isolierten Lage ausharren. Erst im Frühjahr 1888 erreichte ihn eine angeblich zu seiner Rettung ausgesandte englische Mission unter Stanley, und nach einem an Strapazen und Gefahren reichen Marsche langte er 1889 in Bagamojo, der Hauptstadt des inzwischen gegründeten Deutsch-Ostafrikas an.

Noch weniger einheitlich und zielbewußt als in der ägyptischen Frage war die Politik Gladstones in der des Sudan. Man war hier schließlich zurückgewichen; immerhin brannte das Verlangen nach Rache für Gordons schmählichen Untergang. Man konnte sich auch der Einsicht nicht verschließen, daß sich Ägypten auf die Dauer nicht ohne den Sudan behaupten lasse, — das barg in sich Keime für neue Verwicklungen in der Zukunft. Die Sudanpolitik trug wesentlich (im Rahmen seiner gesamten Kolonialpolitik, zumal in Verbindung mit seiner Haltung gegenüber der Rivalität Rußlands in Zentralasien und gegenüber den Anfängen der überseeischen Expansion Deutschlands) zum Rücktritte des Kabinetts Gladstone bei; wir werden noch darüber in anderem Zusammenhange zu handeln haben. Letzten Grundes hatte Englands Weltpolitik unter Gladstone freilich doch noch einen namhaften Gewinn zu buchen, insofern, als die Hand für lange Zeit auf Ägypten gelegt ward. Immerhin bleibt es dabei, daß sich dieser Erfolg

halb und halb wider die Absicht und den Willen des leitenden Staatsmannes Gladstone vollzogen hat. Er stand auf dem doktrinär ethischen Standpunkte, den damals das Gros der britischen Liberalen einnahm, und der keineswegs auf die Okkupation Ägyptens und darauf hinausging, mit den Franzosen ein falsches Spiel zu treiben, sie mit List etwa aus dem Nillande zu entfernen; er fühlte sich auch ganz und gar nicht bei der Unterstützung wohl, die Bismarck zunächst England in der ägyptischen Frage bereitwilligst gewährte. Aber bei aller Zurückhaltung und bei allem inneren Widerstreben, der Zwang der Ereignisse war stärker als sein Wille, und sein Außenminister Granville war, wenn es auch ihm nicht an einer ähnlichen Reserve fehlte, doch Politiker zur Genüge, um das Unvermeidliche, wenn die Entscheidung nötig wurde, mit Anstand auf sich zu nehmen. Das Ergebnis war denn auch derart, daß Gladstone seinen eigenen Gesinnungs- und Parteigenossen im Lichte eines Imperialisten erschien. Es darf zudem nicht vergessen werden, daß das Resultat, welches schließlich erzielt wurde, letzten Grundes nur durch Frankreichs schwächliche Haltung in den entscheidenden Momenten des Jahres 1882 ermöglicht worden ist. Diese aber war hinwiederum (abgesehen von Unschlüssigkeit, Lauheit und Mangel an politischer Einsicht und Voraussicht, auch von inneren Friktionen, namentlich zwischen Gambetta und Freycinet) die Folge davon, daß Frankreich durch seine Revanchegelüste gegen Deutschland so sehr gelähmt war, daß man nicht auch noch mit England in Kollisionen geraten wollte. Auch traute man in Frankreich zunächst noch allzusehr den britischen Verheißungen, daß man Ägyptens Selbständigkeit und Integrität nicht auf die Dauer antasten, sondern aus dem Lande wieder herausgehen wolle, sobald es möglich sein würde. Selbst wenn man sie in London zuerst noch in gutem Glauben abgab, so hätte man sie doch nicht erfüllen können. Schon die Rücksicht auf die Lage im Sudan und die Gestaltung der Verhältnisse daselbst forderte geradezu die Aufrechterhaltung der Okkupation Ägyptens, und in der Folgezeit fühlte man sich dann hier so wohl, daß man gar nicht mehr daran dachte, die Herrschaft daselbst aufzugeben, sondern alles Sinnen und Trachten vielmehr darauf richtete, die französische Hypothek auf das Nilland möglichst abzubauen. Dazu kam endlich, daß Frankreich eben damals in andere weltpolitische Aktionen verwickelt war, welche Zeit und Kräfte stark in Anspruch nahmen. Es handelte sich dabei vornehmlich um den Erwerb von Tunis, um die weitere Ausbreitung in Afrika überhaupt und die Ausdehnung in Ostasien.

Dreizehntes Kapitel.

Die Begründung des neuen französischen Kolonialreiches.

Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre.

Wie sich der neue Aufschwung, den die englische Expansion seit dem Ende der siebziger Jahre nahm, an den Berliner Kongreß knüpfte, so auch die Kolonialpolitik Frankreichs, die zur Gründung des großen Kolonialreiches führen sollte, das jetzt Frankreich unter den europäischen Reichen als alleinigen und ungefähr ebenbürtigen Genossen Großbritanniens in der weltpolitischen Machtstellung erscheinen läßt. Mit überraschender Schnelligkeit vollzog sich diese Entwicklung; recht bescheiden war der überseeische Besitz, dessen sich Frankreich bis dahin erfreut hatte.

Napoleons I. einseitig gerichtete Kontinentalpolitik, die um so verfehlter gewesen war, als ja sein eigentlicher und größter Feind Großbritannien war, das er niemals zu Lande besiegen konnte, hatte Frankreich so ziemlich sein altes Kolonialreich gekostet. Nur wenige Trümmer ließ der Pariser Frieden von 1814 den zurückkehrenden Bourbonen übrig, in der Hauptsache Martinique und Guadeloupe in Westindien, einen kleinen Anteil an Guyana, einige Faktoreien an der Mündung des Senegal, die Insel Bourbon (später Réunion genannt), östlich von Madagaskar gelegen, in Ostindien einige Faktoreien, zumal Mahé auf der Ost-, Pondicherry auf der Westküste. So konnte Frankreich zunächst keinen Anspruch mehr darauf erheben, als Kolonialmacht mitzuzählen, und es mußte so gut wie von neuem mit seinen überseeischen Bestrebungen jetzt anfangen. Naturgemäß gingen diese zuerst darauf aus, die französische Position im Mittelmeer zu festigen und sich zu diesem Zwecke der gegenüberliegenden nordafrikanischen Küste zu versichern. Völkerrechtliche Zwistigkeiten gaben den Anlaß zu einer Expedition gegen Algier, die noch unter dem letzten Bourbon, kurz vor seiner Vertreibung (1830) begonnen wurde. Algier wurde erobert, der Besitzstand, den man in diesem Teile Nordafrikas damit begründete, behauptet und erweitert. Unter Louis Philipp kamen Erwerbungen in Westafrika, besonders Gabun, und in Ozeanien, Tahiti, die Marquesa-Inseln usw., hinzu, unter Napoleon III. Neukaledonien. Unter ihm begann auch die weitere Ausdehnung in Westafrika, am Senegal, sowie die Festsetzung in Hinterindien. Zwischen dem Reiche Anam hierselbst und Frankreich bestanden seit dem Ende des 18. Jahrhunderts gewisse Beziehungen; französische Missionäre waren hier tätig und unterhielten ein gutes Verhältnis mit den Eingeborenen. Mit der Zeit verschlechterte sich dieses, und Frankreich sah sich mehrfach veranlaßt, Schutz- und Strafmissionen dahin zu schicken. In

den Kämpfen, zu denen es dabei kam, faßten die Franzosen 1862 in Cochinchina, dem südlichsten Zipfel Anams, dem Mündungsgebiete des Mekong, festen Fuß; einige wichtige Häfen, weiter im Norden an der Küste Anams gelegen, das sich ja als ein schmaler Streifen am südchinesischen Meer von Cochinchina bis China hinzieht, wurden ihnen zugleich geöffnet. Zwischen Anam und Siam, im Westen von Cochinchina, aufwärts am Mekong, breitete sich das Reich Cambodja aus, den Reichen von Siam und Anam zugleich tributpflichtig; um dem Sultan von Siam zuvorzukommen, der nach dem Besitze von Cambodja trachtete, bewog Frankreich das Land, sich durch einen Vertrag (vom 11. August 1863) unter französisches Protektorat zu stellen; vor Napoleons Sturze war auch Anam schon bereit, Frankreichs Schutzherrschaft anzuerkennen. Nach Frankreichs Niederlage im Kriege gegen Deutschland glaubte man Hoffnung schöpfen zu dürfen, vom Druck der Fremdherrschaft wieder befreit zu werden; aber darin täuschte man sich nicht nur, sondern es kam gerade umgekehrt. Die Franzosen gingen nicht nur aus dem Lande nicht heraus, sondern sie trachteten danach, sich hier erst recht heimisch zu machen. Sie hatten sich in Chonchina festgesetzt und Cambodja in ihre Gewalt gebracht, um auf dem Mekong den Zugang in das Innere von Hinterindien zu gewinnen. In Tibet entspringend, durchfließt der Mekong die südchinesische Provinz Yünnan, welche die reichsten Bergwerkschätze des Reiches der Mitte in sich birgt; aber von seiner Mündung kann man nicht dahin gelangen, weil er in seinem Mittellaufe seiner Stromschnellen wegen für die Schiffahrt unbrauchbar ist. Ein näherer Weg führte nach Yünnan von dem im Norden von Anam gelegenen, unter dessen Herrschaft stehenden Lande Tongkin, das mit Yünnan durch den von hier kommenden Roten Fluß (Song-ka oder Song-koi) verbunden ist. So warfen denn die Franzosen ihre Blicke auf Tongking, zunächst auf die Stadt Hanoi, wo das Mündungsdelta des Roten Flusses sich gabelt. Sie erklärten den Strom als dem freien Handel aller Nationen zugänglich und besetzten zugleich (1873) Hanoi, wurden aber alsbald von dort durch die Piraten der Schwarzen Flagge verdrängt, chinesische Rebellen, die sich, aus der Heimat vertrieben, in Tongking niedergelassen und hier ein eigenes Staatswesen begründet hatten. Noch einmal wichen sie zurück. Am 15. März 1874 schlossen sie einen Vertrag mit dem Kaiser von Anam, wonach dieser im Besitze von Tongking blieb, ihnen jedoch dafür freien Handel auf dem Roten Flusse gewährte und das Versprechen leistete, sich in seiner auswärtigen Politik (unbeschadet seiner sonstigen Unabhängigkeit) den Intentionen Frankreichs anzupassen. Aber nur ungern hatte er diese Zugeständnisse bewilligt; er nahm die von alters her bestehende nominelle Oberhoheit Chinas über Anam zum Vorwand, um intime Beziehungen mit China anzuknüpfen, die gegen die Franzosen und deren Verbleiben in diesen Gegenden gerichtet waren. Chinesische Truppen besetzten 1878 Tongking, angeblich um die hier hausenden Schwarzflaggen zu unterwerfen; diese beherrschten das Delta des Song-ka, so daß der französische Handel im Lande völlig unterbunden und die hier lebende kaufmännische Bevölkerung französischer Herkunft in ihrer Sicherheit äußerst bedroht war. Schon 1878 wurde daher in Paris erwogen, ob man nicht militärisch die Hand auf Tongking legen solle.

Wie also in Hinterindien die Sachen derart standen, daß die französischen Interessen eine Erweiterung der Besitz- und Machtsphäre als dringend wünschenswert erscheinen ließen, so auch hatte Algier (zumal in Verbindung mit Senegambien und Gabun) die Bedeutung eines Vorpostens, der zu einer weiteren Durchdringung und Gewinnung des in seinem Innern noch fast ganz herrenlosen Afrikas, zumal seines Nordwestens, geradezu einlud. Und in der Tat wurden solche Pläne gesponnen. Wie man sich mit dem Gedanken trug, zunächst wenigstens Tongking fest in die Hand zu bekommen, natürlich auch darüber hinaus auf der hinterindischen Halbinsel zu raffen, was nur irgendwie möglich war, und also hier ein großes Kolonialreich zu gründen, das ein Gegenstück zu dem britischen in Ostindien bilden könnte, so auch schwebte weiterhin lockend das Ziel eines „größeren Frankreichs" jenseits des Mittelmeeres vor. Man brauchte nur konzentrisch vom Norden her durch die Sahara, vom Westen her vom Senegal, vom Süden her von Gabun, d. h. vom Norden des Kongogebietes aus, vorzustoßen. An der Nordküste des schwarzen Erdteiles war bereits Algerien in französischem Besitze; Marokko und Tunis, die zu beiden Seiten davon lagen, waren noch unabhängig. Auf diese beiden Länder heftete sich nun das Augenmerk der Franzosen, und es fehlte nicht an den üblichen Grenzstreitigkeiten, welche den Anlaß oder Vorwand zu einem Vorgehen gegen sie geben konnten. Allerdings hatten auch andere Mächte daselbst Interessen, so daß internationale Konflikte keineswegs dabei ausgeschlossen waren. In Tunis waren zahlreiche Italiener ansässig, etwa dreimal soviel wie Franzosen, zumal da es ja direkt der Apenninhalbinsel gegenüber lag; sie hatten hier eine umfassende und tiefreichende wirtschaftliche Stellung, und war es anzunehmen, daß die für das Mittelmeer hauptsächlich in Betracht kommenden Mächte, vor allem Italien und England, eine Gleichgewichtsverschiebung an dessen Südküste überhaupt nicht gern sehen würden, so war mit Sicherheit zu erwarten, daß sich Italien gegen alle Absichten Frankreichs, von Algier nach Tunis hinüberzugreifen, mit allen Mitteln zur Wehr setzen würde. Andererseits aber war gerade Tunis für Frankreich besonders wichtig, da von hier aus die besten Verkehrswege nach dem Innern von Nordwestafrika, dem Nigergebiete und Guinea, also nach dem Golf von Guinea, der Kongomündung und der Ostküste des Atlantischen Ozeans überhaupt hinführten. Tunis war unbedingt notwendig als ein Teil der Basis und als nordöstlicher Eckpfeiler des „größeren Frankreichs" im Nordwesten Afrikas, das man von Algier aus vom Mittelmeer bis zum Golf von Guinea schaffen zu können hoffte.

Schon seit Jahrzehnten schielten die Franzosen sehnsüchtig nach Tunis. Sie gaben sich alle erdenkliche Mühe, sowohl den Einfluß der Türken als auch der europäischen Mächte hier möglichst auszuschalten und den Bey sowohl politisch als auch finanziell von sich abhängig zu machen; dabei hatten sie allerdings vor allem die Gegenwirkungen Englands zu überwinden, welches dafür die Pforte vorschickte und unterstützte. Kurz vor dem Deutsch-Französischen Kriege war bereits Napoleon III., ähnlich wie in Anam, so auch in Tunis beinahe am Ziel seiner Wünsche. Da die tunesischen Finanzen in eine unheilbare Zerrüttung geraten waren, rief der Bey 1868 die Hilfe Frankreichs für die Wiederherstellung

der Ordnung an und war bereit, sich unter die finanzielle Vormundschaft Frankreichs zu stellen. England und Italien erhoben dagegen Widerspruch; Napoleon in der gesamten Unsicherheit der Stellung, in der er sich damals befand, trat den Rückzug an. Die Regierung leugnete in der Kammer „jede selbstsüchtige Absicht" auf Tunis und setzte zusammen mit England und Italien eine internationale Finanzkommission für Tunis ein. Durch den Verlauf des Krieges von 1870/71 wurde das Ansehen Frankreichs in Tunis aufs schwerste geschädigt; England und Italien traten jetzt hier in scharfem Wettkampfe in den Vordergrund, und dieses wurde nur durch jenes daran verhindert, das Land wegen Ersatzansprüchen an sich zu ziehen. England erhielt beträchtliche wirtschaftliche Konzessionen, die es jedoch auszunützen unterließ, und inzwischen erstarkte wieder der französische Einfluß; er wurde besonders durch den Bau einer Bahn von Algier nach Tunis unter französischer Zinsgarantie gefördert. Nachdem England nun schon einmal den Franzosen die Vorhand in Tunis gelassen hatte, entschloß es sich dazu, das Land ihnen als Kompensationsobjekt dafür, daß diese der Regelung der Balkanfrage auf dem Berliner Kongresse nach den britischen Wünschen, mit Einschluß des Erwerbs von Zypern, beistimmten, ganz und gar einzuräumen. Man gab von London nach Paris zu verstehen: England habe in Tunis keine besonderen Interessen und sehe dort ohne Furcht und Mißtrauen den wachsenden Einfluß Frankreichs; es werde diese seine Stellung auch dann nicht ändern, wenn Frankreich seine Hand auf das Land lege. Bismarck ermunterte gleichfalls Frankreich zum Eingreifen; auf Italien wurde keine weitere Rücksicht genommen.

Eine günstige politische Konjunktur brachte es also mit sich, daß Frankreich ganz plötzlich und unvermutet am Ziele seiner Wünsche stand; Tunis fiel ihm als die reife Frucht einer weltpolitischen Entwicklung, die sich ganz unabhängig von seiner direkten Einwirkung vollzogen hatte, von selbst in den Schoß. Und doch zögerte es noch, sie zu ergreifen. Man war sich in Paris darüber klar, daß man vor einem Scheidewege stand: wollte man in die Bahnen einer imperialistischen Expansion einlenken, so mußte man die Revanche für 1870/71 wenigstens für längere Zeit zurückstellen; das Allianzsystem, das man in dem einen Falle verfolgen mußte, war ein ganz anderes, wie wenn man den zweiten Weg wählte. Das ideale Bündnis für einen Rachekrieg gegen Deutschland war das Zusammengehen mit Rußland und noch einer dritten Macht, — aber welche kam für diese Rolle in Betracht? Österreich war gegen Deutschland nicht zu haben, Italien wohl eher; aber dann mußte man auf Tunis verzichten, und es war die Frage, ob man selbst dann gegen die Mittelmächte bereits stark genug war. Den größten Erfolg versprach eine französisch-russisch-britische Tripleentente; solange Beaconsfield noch am Ruder war, waren die Aussichten darauf freilich mehr als schlecht. Und wenn man mit den Briten in ein gegen Deutschland leistungsfähiges Verhältnis gelangen wollte, so mußte man sich hüten, ihre kolonialpolitischen Bahnen zu kreuzen: zwar Tunis hatten sie ja nunmehr freigegeben; aber da die französischen Expansionstendenzen, nicht nur in Hinterindien, sondern auch in Afrika selbst viel weiter gingen, so war die Möglichkeit

französisch-englischer Kolonialkonflikte auch sonst vorhanden. Man kam dann vielleicht sogar in die fatale Lage, anstatt an England einen Rückhalt gegen Deutschland zu finden, vielmehr einen solchen an Deutschland gegen England suchen zu müssen; jedenfalls mußte man unter die Revanchewünsche zunächst einen Strich machen. Das fiel natürlich denjenigen Politikern, für welche diese im Vordergrunde standen, außerordentlich schwer, und sie widersetzten sich einer Expansion, die, wie sie meinten, das Land von seinen eigentlichen, kontinentalen Zielen nur ablenke, die Stunde der Vergeltung verschiebe und den Kampf gegen Deutschland in den Hintergrund dränge, ja sogar in Vergessenheit bringe; andererseits fehlte es nicht an Kolonialfreunden, welche die schon überall geknüpften Fäden der Ausdehnung zu großen Netzen weiterspinnen wollten, die sich sowohl über Afrika wie auch über Hinterindien legen sollten. Es ward also die französische Politik von zwei entgegengesetzten und einander bekämpfenden Tendenzen erfüllt, einer solchen, die festländisch, und einer solchen, die überseeisch gerichtet war; damit verbanden sich persönliche und innerpolitische Friktionen; das hatte zur Folge, daß sie, zumal im Zusammenhange mit den veränderlichen Kammermehrheiten und den daraus entspringenden Ministerwechseln, während der nächsten Jahre einem starken Schwanken unterworfen ward und mehrfach ihr Antlitz änderte. Immerhin bildete sich jedoch wenigstens in der zweiten Hälfte des engeren Zeitraums, bei dem wir jetzt stehen, ein Zustand heraus, demzufolge sie ein wesentlich koloniales und daher verhältnismäßig deutschfreundliches und antibritisches Gepräge erhielt, — maßgebend dafür ward vor allem der Umstand, daß sich Frankreich für sich allein zur Befriedigung seiner Rachegelüste allzu schwach fühlte und genügend kräftige Allianzen nicht zu finden vermochte. Da trieb es denn inzwischen, bis sich bessere Gelegenheiten ergaben, zunächst Kolonialpolitik und verstärkte sich über See; mit einem mächtigen Kolonialreiche, das man sich inzwischen erworben hatte, war man dann, wenn der geeignete Augenblick sich einmal bot, ein um so begehrterer Bundesgenosse gegen Deutschland und um so eher imstande, gegen dieses den tödlichen Streich zu führen.

Vorderhand nun freilich trug die offizielle französische Politik einige Zeit ein recht wechselndes Aussehen, je nachdem die internationale Konjunktur eine größere oder geringere Aussicht auf wirksame Allianzen bot, und je nachdem die einen oder die andern Parteien sich am Ruder befanden. Um an das anzuknüpfen, was wir bereits im ersten Buche stellenweise zerstreut in dieser Hinsicht mitteilten, und um es zu einem gesamten Überblick kurz zusammenzufassen: schon um die Mitte der siebziger Jahre hatte der französische Minister des Auswärtigen im konservativen Kabinett, der Herzog von Decazes, eine russisch-französische Annäherung gegen Deutschland ins Auge gefaßt, die sich mit Großbritannien zu einer Kombination zu dreien hätte auswachsen können; aber das waren Träume, deren Erfüllung noch in weiter Ferne lag; noch war die Zeit für einen russisch-französischen Zweibund nicht reif, geschweige denn für eine Tripleentente mit England. Auf der einen Seite glühender Durst nach Rache, auf der andern nüchterne Erwägungen über die Unzulänglichkeit der eigenen Kraft und den Mangel an leistungsfähigen supplierenden Bündnissen, — das waren die Motive, die

von Anfang an die deutsche Politik Frankreichs bestimmten, indem sie sie bald nach der einen, bald nach der anderen Seite warfen; dazu kam jetzt als dritter Faktor die Aussicht auf ein direktes nützliches Zusammengehen mit Deutschland auf dem Gebiete der Weltpolitik. Bismarck machte es sich zur Regel, den Regungen, die sich in dieser Richtung in der Republik bemerkbar machten, nach Möglichkeit entgegenzukommen. Sie verdichteten sich späterhin bis zu einer Bereitschaft zu förmlicher Kooperation; es konnte sich jedoch dabei in Rücksicht auf die elsässisch-lothringische Frage immer nur darum handeln, eine Strecke Weges mit dem westlichen Nachbarn zu wandern, ohne daß daraus ein engeres und dauerndes Einvernehmen zu erwachsen vermochte. Aber, immerhin für eine gewisse Zeit war Frankreich doch wieder abgelenkt und anderwärts beschäftigt; die unmittelbare Gefahr ward hinausgeschoben, und konnte sich nicht doch vielleicht daraus, wenn man die Fäden der Diplomatie richtig fortspann und fest in der Hand behielt, eine Vertagung ad calendas graecas gestalten?

In den nächsten Jahren blieb die Entwicklung noch eine zufällige und unsichere; immerhin trotz gelegentlicher Rückschläge schien sie doch in der Linie einer zunehmenden Entspannung zu verlaufen. Die Wahlen, die im Herbst 1877 stattfanden, brachten in der französischen Deputiertenkammer eine republikanische Mehrheit. Offiziell stand zwar noch Mac Mahon als Präsident an der Spitze der Republik; aber der eigentliche Herr und Meister in Frankreich war jetzt, vorsichtig freilich noch hinter den Kulissen agierend, Gambetta, der Hauptvertreter des chauvinistischen und Revanchegedankens. Sein letztes Ideal war das von Decazes. „Die russische Allianz," so ließ er sich einmal hören, „ist für Frankreich ein Reservekapital. Gestützt auf London und Petersburg, werden wir unbesieglich sein." Er hätte recht gehabt, wenn er noch Washington genannt hätte. Aber Petersburg und London waren für ihn noch unerreichbar, und so mußte er, wie Decazes, Wasser in seinen Wein gießen. Im Innern galt sein Kampf den monarchisch gesinnten Klerikalen; angesichts des Umstandes, daß sich Deutschland damals noch im Zeichen des Kulturkampfes befand, schien der gemeinsame Gegensatz gegen den Vatikan als Basis für eine Annäherung zwischen den leitenden Staatsmännern der beiden Nachbarstaaten gegeben; auch hielt der Kanzler die Erhaltung der republikanischen Staatsform im Interesse des Friedens und daher des eigenen Reiches für geboten. In Paris war in diesem Sinne der deutsche Botschafter, Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, mit Geschick tätig, und es war ohne Zweifel ein Erfolg der deutschen Politik, daß sich (Ende 1877) Gambetta auf ihren Wunsch dazu verstand, im Personal des Auswärtigen Dienstes Frankreichs einen tief einschneidenden Wechsel vorzunehmen: an die Stelle von Decazes trat der Protestant Waddington, an die des, wie Decazes, klerikal gesinnten Botschafters Gontaut-Biron in Berlin der Graf von St. Vallier, welcher ausdrücklich von Hohenlohe „als eine Deutschland sympathische und genehme Persönlichkeit" bezeichnet worden war; Gambetta selbst erklärte diese Veränderungen vor dem Grafen Henckel von Donnersmarck „als Manifestationen des Verlangens Frankreichs, in gute Beziehungen mit Deutschland zu treten". Durch Vermittlung Henckels spielten um dieselbe Zeit und kurz

nachher Verhandlungen über einen Besuch Gambettas bei Bismarck in Deutschland. Sie führten zu keinem Ergebnisse. Eine für Frankreich befriedigende Aussprache über das elsässisch-lothringische Problem konnte auf einer Zusammenkunft der beiden Staatsmänner doch nicht erzielt werden; diese letztere konnte daher Gambetta schließlich nur in Frankreich kompromittieren. Das sah er selber ein, nicht minder auch Bismarck, der dann, wenn die Begegnung in dieser Hinsicht ihren Zweck verfehlte, davon nur wieder eine ihm zur Zeit unerwünschte Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen besorgen mußte. Indem sich eben damals Bismarck weiterhin zum Abbau des Kulturkampfes in Deutschland entschloß, kam ein Moment der Gemeinsamkeit in Wegfall, das einen starken Einklang auf dem Gebiete nicht nur der inneren, sondern auch der äußeren Politik begründen zu können schien.

Ungleich wichtiger und zwingender als Erwägungen irgendwelcher kirchenpolitischer Art wurden für die weitere Gestaltung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich solche weltpolitischer Natur. Die Aussicht auf eine neue kolonialpolitische Ära eröffnete sich im Sommer 1878 im Zusammenhange mit dem Berliner Kongreß, indem ja Frankreich von England und Deutschland die Zustimmung zum Erwerbe von Tunis erhielt. Bismarck gab damals dem französischen Protokollführer die Zusicherung: „Es wird nicht von mir abhängen, wenn hier je etwas geschieht, was Frankreich peinlich berühren könnte." Als im Januar 1879 die Ergänzungswahlen für den Senat auch in dieser Vertretungskörperschaft die bisherige monarchistisch-konservative Mehrheit durch eine republikanische ersetzten, nahm Mac Mahon seinen Abschied (30. Januar 1879); mit seinem Nachfolger Grévy gelangte der deutsche Botschafter Fürst Hohenlohe zu einem guten Einvernehmen. Im Laufe des Jahres 1879 verschlechterte sich das deutsch-russische Verhältnis so sehr, daß sich Bismarck zum österreichisch-deutschen Zweibunde gezwungen glaubte, daß andererseits damals Rußland Frankreich mit Allianzanträgen umwarb; wir haben gehört, daß Waddington ihnen (allerdings, wie der belgische Gesandte in Berlin einige Monate später hörte, im Gegensatze zu Gambetta) nicht nur taube Ohren entgegenstellte, sondern sogar indiskrete Winke nach Deutschland gab. Mögen bei diesem Bestreben, sich bei Deutschland gefällig zu erzeigen, auch Motive weltpolitischer Natur mitgespielt haben, in der Hauptsache war es doch die Erkenntnis, daß ohne die Teilnahme eines kräftigen Dritten, der schwer aufzutreiben war, ein russisch-französisches Zusammengehen gegen Deutschland ein gefährliches Unternehmen sei, sowie die daraus entspringende Furcht, daß Bismarck das Prävenire spielen könnte. In diesem Sinne (s. o. S. 261) äußerte sich Waddington, als er sein Amt niederlegte, zu Freycinet, der (am 29. Dezember 1879) zugleich mit dem Ministerpräsidium das Portefeuille des Auswärtigen übernahm. Ähnlich verhielt sich Freycinet den russischen Lockungen gegenüber; er beschied den russischen Botschafter, den Fürsten Orlow, dahin: „Mit Sorgfalt alle Gelegenheiten wahrnehmen, die die Sympathien zwischen beiden Regierungen fördern können; nichts davon laut werden lassen; denn man muß vorsichtig vorgehen, weil rings böser Wille lauert, der unsere Versuche zum Scheitern bringen kann."

Wenn Freycinet selbst angibt, daß das ein Programm gewesen sei, aus dem der Zweibund später hervorgegangen sei, so muß man sagen, daß es ein solches von recht langer Hand und recht reservierter Natur war. Die Russen wußten zunächst jedenfalls damit so wenig anzufangen, daß sie es vorzogen, wie wir im nächsten Kapitel hören werden, anstatt sich auf so ungewisse Expektanzen zu verlassen, sich lieber wieder mit Deutschland und Österreich zu vertragen, obwohl sie diese eigentlich als ihre Feinde anzusehen allen Grund hatten. Den autokratischen Zaren, sowohl Alexander II. als auch nachher seinem Sohne Alexander III., fiel der Schritt an die Seite der radikalen Republik doch recht schwer, und sie wurden in dieser ablehnenden Haltung durch gelegentliche störende Zwischenfälle bestärkt; dazu kam, daß ihnen die beständigen Ministerwechsel in Frankreich ein lebhaftes Mißtrauen gegen die Kontinuität und Konsequenz der französischen Politik einflößten. Und schon unter Freycinet bahnte sich eine weltpolitische Kooperation Deutschlands und Frankreichs an. „Unser Verständigungsgebiet mit Frankreich," so instruierte Bismarck im Frühjahr 1880 Hohenlohe, „erstreckt sich von Guinea bis nach Belgien hinan und deckt alle romanischen Lande"; er war bereit, die französische Afrika- und Saharapolitik zu unterstützen; er billigte auch den Anspruch Frankreichs als „einer zivilisatorischen Vormacht in der romanischen Welt sowohl wie außerhalb Europas" und erblickte in einer Anlehnung Italiens an Frankreich „nur den natürlichen Ausdruck der romanischen Stammesverwandtschaft". Im Sommer 1880 fand eine internationale Konferenz in Madrid zur Ordnung der Verhältnisse in Marokko statt; England und Frankreich waren hier die Hauptinteressenten und -konkurrenten; daneben kamen Spanien, Italien und Deutschland in Betracht. Als Spanien die Einladung dazu erließ, gab Bismarck die Weisung, aus allgemein politischen Gründen Hand in Hand mit Frankreich zu gehen, das hier wegen seiner Nachbarschaft in Algier berechtigterweise in erster Linie stehe; daher sollte sich der deutsche Vertreter im wesentlichen den Schritten seines französischen Kollegen anschließen, mit der Zurückhaltung, welche die im Verhältnisse zu anderen Staaten mindere Bedeutung der Frage für Deutschland angemessen mache. Das Ergebnis der Beratungen, die damals in Madrid stattfanden, war die Garantie der Integrität und Unabhängigkeit Marokkos; es wurde von Wichtigkeit für die spätere Entwicklung der marokkanischen Angelegenheit. Dankbar erkannte Freycinet schon während der Vorbereitungen zum Kongreß die wohlwollenden Bemühungen Deutschlands an, das ihm damals Deckung und Rückhalt in ausgedehntem Umfange gewährte. Wie vorsichtig er damals gegen Deutschland verfuhr, beweist die Geschichte seines Sturzes im Herbst desselben Jahres. Am 10. August hielt Gambetta eine heftige Revancherede. Grévy und Freycinet erachteten es für notwendig, sie als nicht offizieller Natur zu desavouieren und als persönliche Angelegenheit Gambettas hinzustellen; dieser gebrauchte dabei den Ausdruck „Abenteurerpolitik". Gambetta war darüber empört; er brachte aus Gründen innerpolitischer Art Ende September 1880 das Kabinett Freycinet zum Fall; daß sich sein Angriff nur gegen Freycinet richtete, ging daraus hervor, daß das neue Ministerium fast durchgängig aus Mitgliedern des alten gebildet wurde, und daß an seine Spitze der

bisherige Kultusminister Ferry trat; der Kabinettswechsel bedeutete also lediglich eine Ausschiffung Freycinets.

Ferrys Politik lief nunmehr ganz unzweifelhaft darauf hinaus, die Auseinandersetzung mit Deutschland zurückzustellen, mit dem östlichen Nachbarn vielmehr ein einigermaßen freundschaftliches Verhältnis zu pflegen, um erst Frankreichs überseeische Geltung voll entwickeln zu können. Frankreich ging jetzt daran, seine Expansion in vollem Umfange zu entfalten, die einzelnen Bestrebungen und Ansätze, die schon vorher gespielt hatten, in ein einheitlich abgeschlossenes System zu bringen. Die Hypothek, die man vor zwei Jahren auf Tunis erworben hatte, wurde jetzt einkassiert. Die Dienste, welche Deutschland den Franzosen dabei leistete, waren groß und wurden von dem derzeitigen Außenminister Barthélemy-St. Hilaire vollauf gewürdigt. Ende Mai 1881 versicherte er nach Berlin, „daß er sich durch keine Verdächtigungen und Angriffe abhalten lassen werde, seiner Anerkennung und Dankbarkeit für die ihm deutscherseits gewährte Unterstützung mündlich und schriftlich Ausdruck zu geben“; daß die Pforte den Widerstand plötzlich aufgab, den sie zuerst der Unternehmung gegen Tunis entgegengesetzt hatte, schrieb er dem „vollen Einsetzen des großen Einflusses“ zu, den der deutsche Botschafter in Konstantinopel besäße. Nicht genug wußte er die Umsicht der deutschen Politik zu rühmen; er konstatierte, die schlechte Stimmung Italiens für Frankreich hätte sehr fatal werden können, und nur die abweisende Haltung Deutschlands hätte es bewirkt, daß Italiens feindliche Stellung kein Echo in Europa fand. In England sprach die Presse im Sommer des Jahres bereits davon, daß ein französisch-deutsches Bündnis bestünde, und Bismarck beauftragte Hohenlohe damit, Barthélemy-St. Hilaire zu sagen, daß sich Frankreich, wenn ja das auch nicht der Fall wäre, trotzdem in seiner afrikanischen Politik auf Deutschlands freundliche und wohlwollende Nachbarschaft verlassen könne: Es gebe am Mittelmeer ein weites Feld, auf dem Deutschland den Franzosen ganz freie Hand lassen könne; es liege auch Grund zur Annahme vor, daß Rußland ganz ebendenselben Standpunkt einnehme; um England brauche sich Frankreich unter diesen Umständen gar nicht zu kümmern: „dasselbe sei ohne Bundesgenossen, werde als unberechenbar und revolutionär immer isoliert bleiben und an Macht und Ansehen deshalb stetige Einbuße erleiden“. Hohenlohe sollte sogar, so weit ging der Kanzler damals, dem Minister die Hoffnung aussprechen, „daß die französische Politik am Ende doch zur Einsicht gelange, wie ein befreundetes Deutsches Reich mit 45 Millionen Einwohnern nützlicher und ein stärkerer Posten unter den französischen Aktivis sein würde, als eine Million Elsaß-Lothringer“. Als sich Hohenlohe dieses Auftrages entledigte, verstand sich Barthélemy-St. Hilaire immerhin zu einem beifälligen Lächeln, wenngleich er es freilich nicht wagte, „seinen Gedanken Ausdruck zu geben“.

Zwar mußte Ferry noch einmal weichen (November 1881), mit ihm Barthélemy-St. Hilaire. Gambetta trat an die Spitze des neuen Kabinetts, worin er auch das Auswärtige übernahm. In Rücksicht auf die Rede Gambettas vom Vorjahre frug St. Vallier an, ob Deutschland daran Anstoß nehmen und dementsprechend ihm, dem Botschafter selber, mit vermindertem Vertrauen begegnen

werde. Bismarck antwortete verneinend. Er erklärte, daß ihm St. Vallier auch weiterhin genehm, und daß es sein Wunsch sei, gute Beziehungen mit Frankreich zu unterhalten. Mitte Dezember erschienen zwei türkische Würdenträger, Ali Nizamy Pascha und Reschid Bey, in Berlin, wie Bismarck „äußern Anlaß“ zu vermuten hatte, in der Absicht, um „sich der deutschen Mitwirkung für projektierte Feindseligkeiten gegen Frankreich zu versichern“. Die Pforte ging damit um, wie Bismarck argwöhnte, eine aufständische Bewegung in Nordafrika gegen Frankreich zu entfachen, und besorgte, daß dieses nunmehr auch nach Tripolis hinübergreifen möchte. Der Kanzler versuchte, den beiden Türken das auszureden. Er gab ihnen den Rat, ihre Regierung möge auf das, was sie aufgegeben habe, definitiv verzichten, um ihre Tätigkeit der Erhaltung des noch Vorhandenen zuzuwenden; er schärfte ihnen ein, für keine Unternehmung, welche den Frieden Europas zu stören geeignet wäre, auf deutsche Unterstützung zu rechnen, auch nicht Frankreich gegenüber: „Wir wüßten nicht, ob nicht die Zeit wiederkommen könnte, wo wir von Frankreich angegriffen werden; wir seien aber fest entschlossen, unsererseits keine, auch keine anscheinend günstige Gelegenheit zu benützen, um aggressiv gegen Frankreich aufzutreten, da wir über den gegenwärtigen Besitzstand hinaus von Frankreich nichts zu wünschen und zu erwarten hätten, als nur die Erhaltung des Friedens auf unserer Westgrenze.“ Dem loyalen Standpunkte Bismarcks entsprach nicht der Gambettas. Er wäre zu einer russisch-französischen Allianz bereit gewesen, für die es freilich jetzt auf der russischen Seite schon zu spät war. Auch England trachtete er näherzukommen, mit dem er eine gemeinschaftliche Aktion in Ägypten betrieb.

Die politischen Tendenzen, die Gambetta also zu entfesseln gedachte, wurden durch seinen Sturz (26. Januar 1882, s. o. S. 321) bereits in ihren ersten Keimen erstickt. Es folgte nunmehr ein Kabinett, in welchem Freycinet das Präsidium und das Auswärtige, Ferry den Unterricht innehatte. Allgemein wurde der Fall Gambettas als eine Friedensmanifestation aufgefaßt, als eine Absage an seine Revanchepläne. In der ägyptischen Frage trieb Freycinet eine Politik, welche darauf gerichtet war, die durch Gambetta angestrebte englisch-französische Entente durch eine allgemein-europäische Intervention zu ersetzen; sie war nicht zustande zu bringen, und so war die Wirkung davon lediglich die, daß England allein in Ägypten vorging und dieses für sich nehmen konnte. Über diese ägyptischen Differenzen stürzte nun wieder Freycinet (August 1882), und es wurde jetzt ein Ministerium Duclerc gebildet, das lediglich aus Statisten Gambettas bestand. Eben damals hatte es wieder das Aussehen (vgl. 14. Kapitel), als ob sich ein engeres Einvernehmen zwischen Deutschland und England anbahnen wolle. Der Umstand, daß jenes diesem in der ägyptischen Frage freie Hand ließ, flößte in Paris Besorgnis ein, die dadurch gesteigert wurde, daß der britische Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Sir Charles Dilke, im Parlament den guten Zustand der englisch-deutschen Beziehungen betonte. Hatte man im Vorjahre in London die Existenz eines deutsch-französischen Bündnisses gemutmaßt, so jetzt in Paris die eines geheimen deutsch-britischen Abkommens, und man machte, wohinter Gambetta steckte, den Versuch, England von Deutschland zu trennen

und auf die eigene Seite hinüberzuziehen. Auf inoffiziellem Wege wurde Dilke daraufhin gefragt, ob England eine Abmachung mit Deutschland habe, und ob ihm nichts an einem Handelsvertrage unter günstigen Bedingungen liege. In einer Unterredung, die Mitte September 1882 stattfand, gab Dilke selbst Herbert Bismarck davon Kenntnis, indem er lachend äußerte: die Franzosen hätten sich lange besonnen, was sie bieten könnten; aber es gebe nichts, womit sie England zu bestechen vermöchten. Er sei, so fügte er hinzu, in hohem Grade antifranzösisch; denn der divergierenden Interessen zwischen England und Frankreich wären allzuviele, so in Madagaskar, wo die Franzosen den Briten sehr unbequem seien, ohne daß man ihnen deshalb doch schon den Krieg erklären könne, am Niger, am Kongofluß (wozu der Kanzler charakteristisch genug bemerkte: „Laßt ihnen doch auch einen Winkel!") und im Stillen Ozean. Von den gegenwärtigen Ministern sagte er, sie wären wie Kinder, hätten keine Ahnung von Politik und tappten im Dunkeln: „Zwar sind es auch alle Dunkelmänner, aber trotzdem ist es ein Ministerium von Gambettisten." Dilke gab der Hoffnung Ausdruck, daß Gambetta nicht wieder Minister werde: „Gambetta ist zwar nicht selbst Chauvinist; er macht aber in Chauvinismus, weil dieser ihm sein Piedestal gibt. Kommt er zur Regierung, so muß er irgend etwas für den Chauvinismus tun, um sich zu halten, und da Deutschland zu stark für ihn ist, wird er sich an uns reiben." Dieser Besorgnis wurde man bald enthoben; Gambetta starb am 31. Dezember 1882. Duclerc machte einem andern Ministerium Platz, das auch sehr schnell wieder von der Bildfläche verschwand, und am 19. Februar kam ein Kabinett zustande, an dessen Spitze abermals Ferry stand; er übernahm darin von neuem den Unterricht, während für das Auswärtige Challemel-Lacour ernannt wurde. Indem Ferry nun wieder die Leitung des französischen Staatswesens innehatte, wurde eine gewisse Beständigkeit in der Außenpolitik erzielt. Ferry brachte jetzt seine vorwiegend überseeisch orientierten Absichten zur Geltung, und, während noch Bismarck auf dem Höhepunkt der ägyptischen Krisis England alle mögliche Unterstützung gewährt hatte, gingen in der Folgezeit Deutschland und Frankreich zusammen, indem sich jenes scheinbar von diesem lenken ließ, jedoch mit einer gewissen Frontstellung gegen England. Die Gründe, die für diese Wendung auf deutscher Seite maßgebend waren, hingen zusammen mit eigenen Bestrebungen auf kolonialpolitischem Gebiete, zu denen sich Deutschland inzwischen entschlossen hatte, und die es gegen England durchdrücken zu müssen sich gezwungen sah.

Mit der Wende vom achten zum neunten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, zumal seitdem Ferry zum erstenmal das Ministerpräsidium übernommen hatte, setzte in Frankreich die Tendenz zu überseeischer Expansion in denkbar größtem Umfange und mit fieberhafter Stärke und Intensität ein; damit verband sich, wie gesagt, ein vorübergehendes Nachlassen des Gegensatzes zu Deutschland. Sie schloß sich an Versuche und Unternehmungen an, die in die vorhergehenden Jahre zurückreichen; den unmittelbaren Anstoß gab die Erlaubnis in erster Linie Englands, Tunis nehmen zu dürfen, von der man jetzt endlich, nachdem sich die internationale Situation einigermaßen geklärt hatte, Gebrauch machte. Da man

nun einmal im Zuge war, griff man dabei freilich über die Sphäre der tunesischen Konzession erheblich hinaus und wurde dadurch sowohl in Afrika als auch im fernen Osten den Briten bald recht unbequem, zumal da man diesen den, obwohl zum größten Teile selbst verschuldeten Fehlschlag in Ägypten nicht verzeihen konnte; gerade dadurch wollte man sich für ihn einen Ersatz verschaffen, daß man an anderen Orten um so eifriger tätig war und das Gebiet der imperialistischen Ausdehnung nach Möglichkeit erweiterte.

Der Erwerb von Tunis war diejenige kolonialpolitische Aktion Frankreichs, die zunächst am auffälligsten in die Erscheinung trat; aber sie war keineswegs in Afrika selbst die einzige, vielmehr nur ein Glied, wenngleich das wichtigste, in der Reihe jener Bemühungen, deren Zweck es war, im Nordwesten Afrikas ein „größeres Frankreich" zu gründen. Wie wir schon bemerkten, Algier war der feste Punkt im Norden, Senegambien im Westen, Gabun im Süden, von denen man ausging; in konzentrischem Angriffe suchte man von hier nach der Mitte vorzudringen, um sich auf einer Strecke zu treffen, die etwa bezeichnet wird durch eine Linie von Timbuktu, der altberühmten großen Karawanenstadt und Heimstätte mohammedanischer Gelehrsamkeit unweit des Niger, nach Osten zu bis zum Tschadsee, dem größten See Nordafrikas; nördlich von ihr erstreckt sich das Hochland der Zentralsahara, das Land der Tuaregs. Bis in die Zeit Napoleons III. geht das Projekt zurück, von Algier aus durch das Gebiet der Tuaregs hindurch Timbuktu zu erreichen, und zwar durch Bau einer Bahnstrecke direkt durch die Sahara; man hoffte auf diese Weise, den Handelsverkehr mit Timbuktu und dem oberen Nigergebiete, der Marokko zum Ausgangspunkte hatte, von hier nach Algier herüberziehen zu können. Auch in der Republik ließ man diese Gedanken nicht fallen; mehrfach wurden Expeditionen nach dem Süden hin unternommen; neben dem Plane der Eisenbahn tauchten Vorschläge auf, die unter dem Meeresspiegel gelegenen sog. Schotts, Salzsümpfe, Reste eines ehemaligen größeren Binnensees, die im Norden der Sahara bis ganz nahe an die kleine Syrte reichen, durch eine Durchstechung der hier nur sehr schmalen Landenge von Gabes unter Wasser zu setzen. Es war zumal der Ingenieur Roudaire, der sich seit der Mitte der siebziger Jahre für die Herstellung eines Binnenmeeres in der algerischen Sahara bemühte; er drang nicht damit durch, da die Kosten in keinem Verhältnisse zu den Vorteilen zu stehen schienen, die davon zu erhoffen waren. Es war nur ein kleines Gebiet, um das es sich dabei handelte, und noch dazu umgekehrt durch eine Trockenlegung viel besser nutzbar, wie sie auch tatsächlich in größerem Umfange erfolgte. Für die Erschließung der Sahara durch einen Schienenweg trat vornehmlich der Oberstleutnant Flatters ein; 1879 berief Freycinet, damals noch Minister der öffentlichen Arbeiten, eine Sachverständigenkommission, um deren Gutachten über die Angelegenheit zu hören. Schon wurden Expeditionen ausgesandt, die die Örtlichkeiten daraufhin erforschen sollten, wie die Bahn am zweckmäßigsten zu führen sei. Flatters gelangte dabei etwa bis halbwegs von Timbuktu in das Land der Tuaregs; sein Bericht lautete so empfehlend, daß er von neuem ausgeschickt wurde; dabei legten ihm die Tuaregs einen Hinterhalt, dem er (Februar 1881) zum Opfer fiel. Die Absicht der nord-

südlichen Bahndurchquerung der Sahara geriet mit dem Tode von Flatters, der ihr vornehmster Träger gewesen war, in den Hintergrund, nicht so auch die Versuche, von Westen und Süden aus vorzustoßen.

Am Senegal waren die Zustände in den siebziger Jahren noch recht unruhig und unfertig. Als es geglückt war, die Eingeborenen an der Mündung des Flusses zu pazifizieren, trachtete man eifrig danach, seinem Laufe weiter aufwärts zu folgen und dann von ihm aus das obere Nigergebiet und Timbuktu zu erreichen. Man ging damit um, sich des gesamten Landes an der Küste bei der Mündung des Senegals und dessen Stromgebietes, insoweit es nicht bereits in anderweitigem, nämlich englischem und portugiesischem Besitze war, sowie fernerhin der Distrikte zu bemächtigen, welche zwischen dem Senegal und dem oberen Niger lagen und zu diesen Strömen gehörten. Durch die Anlage von Militär- und Handelsstationen sollte die französische Herrschaft immer weiter vom Atlantischen Ozean nach Osten bis ins Innere von Nordwestafrika vorgeschoben werden. 1878 reiste eine Forschungsexpedition in dieser Richtung; sie gelangte bis zum Niger und bis Segour, das noch etwa 600 km am Oberlaufe dieses Flusses von Timbuktu entfernt lag, und dessen Sultan Ahmadou ihr einen günstigen Empfang bereitete. Auch hier beschloß man, die Bahn zum Vordringen in das Hinterland und zu seiner Erschließung zu benützen. Bis Kayes ist der Senegal schiffbar; von hier aus sollte der Verkehr bis zu dem weiter stromaufwärts befindlichen Bafoulabé auf dem Schienenwege geleitet werden, um von da über Kita auf den Niger bei Bammakou zu stoßen. An allen diesen Orten sollten Forts errichtet werden; die Teilstrecke Kayes—Bafoulabé, in der Luftlinie etwa nur 100 km, wurde sofort in Angriff genommen. Aber die Schwierigkeiten erwiesen sich als beträchtlich größer, als man sie zuerst angeschlagen hatte. Die Bahn verursachte enorme Kosten, so daß ihr Bau nach einigen Jahren zunächst eingestellt wurde. Unter der Führung des Kapitäns Galieni und des Obersten Borgnis-Desbordes wurden nach und nach die festen Punkte und Gebiete, auf die man das Augenmerk geworfen hatte, besetzt, Bafoulabé, Kita, Koundou, endlich 1883/84 Bammakou und Koulikoro am Niger. Dabei hatte man schwere Kämpfe zu bestehen, sowohl mit Ahmadou von Segour, der seine Haltung gegen die Franzosen änderte, sowie er sah, daß sie sich hier häuslich niederzulassen und einzurichten suchten, als auch mit Samory, dem Herrscher von Wassulu, eines Mandingostaates im Quell- und oberen Flußgebiete des Niger; gegen ihn wurde das Fort Niagalossa, südlich von Bammakou, gebaut. Obwohl sie sich mehrfach scheinbar fügten und die französische Schutzherrschaft anerkannten, waren sie doch immer wieder zu Abfall und Losbrechen bereit; ihre vollkommene Unterwerfung gelang erst in einer späteren Zeit. Immerhin war man doch im Osten bis zum oberen Niger gelangt und hatte hier festen Fuß gefaßt; 1887 gelangte (der erste Franzose, der Timbuktu betreten hatte, war 1828 René Caillé gewesen) wieder einmal eine französische Expedition unter Caron dahin, nachdem inzwischen bereits 1880 der deutsche Geograph Oskar Lenz das alte Emporium besucht hatte. Auch am Atlantischen Ozean selbst wurde durch die Wirksamkeit vornehmlich Galienis die französische Herrschaft befestigt und ausgebreitet, das Land zwischen

Senegal und Gambia, sowie das zwischen Portugiesisch-Guinea und der Sierra Leone gelegene nach Westen zum Meere abfallende Gebirgsland Futa-Dschalon, das reiche Quellgebiet von Senegal, Gambia, Rio Grande und Dembia erworben. So war am Atlantischen Ozean und von hier aus nach dem oberen Senegambien zu die französische Expansion im Sinne des „Größeren Frankreichs" glücklich eingeleitet, und man stand vom Zentrum, dem man zustrebte, von Timbuktu, nicht mehr gar so weit entfernt.

Nicht minder aussichtsvoll, wie die Bemühungen, vom Westen aus, von Senegambien, waren die vom Süden her, von Gabun, und sie wiesen, wie wir noch hören werden, nicht nur nach Norden, nach der Sahara und dem Mittelmeer, sondern auch nach dem Osten, nach dem Indischen Ozean. Unbedeutend waren auch hier die Anfänge, die Niederlassungen eben in Gabun, am Ausflusse des Ogowe beim Cap Lopez; aber indem man auch diesen Strom als Pfad in das Innere Afrikas gebrauchte, schlug man den Weg ein, der zur Begründung von Französisch-Kongo führen sollte. Seit dem Anfange der siebziger Jahre unternahm die Forschung Vorstöße in dieser Richtung; besonders verdient machte sich durch seine Reisen und Expeditionen in das östliche Hinterland von Gabun der aus Italien stammende junge Graf Peter Savorgnan de Brazza, der zunächst als Marineleutnant in Westafrika gedient hatte; er widmete sich jetzt ganz und gar der Erkundung dieser Gebiete des dunklen Erdteils. Eine dreijährige Studienfahrt (1875 bis 1878) führte ihn bis in das Kongobecken. Von diesem gewann man in Europa damals zuerst eine bessere Kenntnis, insonderheit durch die Entdeckungen des Amerikaners Stanley, der vor allem die Zugehörigkeit des bisher unbekannten mittelafrikanischen Stromsystems mit dem Kongoflusse feststellte. Schon wandte sich die Begehrlichkeit der Mächte dieser terra incognita zu, und in Frankreich wurde die Tätigkeit Brazzas mit um so regerer Teilnahme verfolgt, als sie die Erwartung eröffnete, von Gabun aus einen Zugang in das Kongobecken zu gewinnen; insbesondere war es Ferry, der sich für Brazza interessierte. Im Auftrage der Pariser Regierung unternahm Brazza 1880/81 eine zweite Expedition; er legte dabei am Oberlauf des Ogowe Franceville, am Nordufer des Kongo die Station Brazzaville an, beide voneinander in der Luftlinie etwa 250 km entfernt. Ihm gegenüber ergriff Stanley vom Süduf er des Kongos für den Kongostaat Leopolds II. von Belgien Besitz; das Nord- bzw. Westufer des Kongo bis zur Mündung des Ubanghi, des großen nördlichen Zuflusses des Kongos, und dann weiterhin der Ubanghi selbst und dessen eigener nördlicher Nebenfluß, der Mbomu, sollten die Grenze zwischen Französisch-Kongo und dem Kongostaat werden. Solche Erfolge bewogen die Regierung und die Kammer in Paris zur Bewilligung beträchtlicher Mittel zur Sicherung und Erweiterung der französischen Herrschaft in diesen Gegenden. Anfang 1883 ging Brazza, zum Regierungskommissar für Westäquatorialafrika ernannt, mit den ausgedehntesten Vollmachten ausgestattet, zum drittenmal an den Kongo. Er schloß Verträge mit den Eingeborenen, legte Stationen an und entfaltete eine große organisatorische Wirksamkeit. Ein neues Kolonialreich war hier wie mit einem Zauberschlage entstanden, mit unbegrenzten Ausdehnungsmöglichkeiten nach Nor-

den und Osten, in jener Richtung nach dem Tschadsee und der Zentralsahara, nach dieser zum Niltale hin und zum Sudan, d. h. der britischen Interessensphäre: wohin die Engländer vom Norden den Nil stromaufwärts kommen konnten, eben dahin auch vom Westen die Franzosen, indem sie die Wasserscheide überschritten, welche das Stromgebiet des Ubanghi-Mbomu und des in den Tschadsee sich ergießenden Schari trennt, — dann schnitten sich die Linien der französischen und der englischen Expansion. Darin lag für die Briten eine Bedrohung, und diese wurde noch durch ein weiteres Moment gesteigert. Im Zusammenhange mit dem Bau des Suezkanals hatte schon Napoleon III. eine Festsetzung in Ostafrika in Aussicht genommen. Er wählte dafür das dem englischen Hafen von Aden gegenüber liegende Obock im Lande der Somal; hier erwarb er zum Anfange der sechziger Jahre ein kleines Gebiet, ließ es schließlich jedoch aus Rücksicht auf England ungenutzt liegen. Nunmehr, als die Franzosen durch die wachsende imperialistische Strömung ergriffen wurden, richteten sie sich hier häuslich ein; Obock wurde 1881 besetzt, der territoriale Besitz daselbst in den nächsten Jahren vergrößert: stießen sie von hier nach Westen, von ihrer Kongokolonie nach Osten vor, so trafen sie sich eben im oberen Niltale und riegelten eine britische Ausdehnung von Ägypten nach Süden, nach den Nilquellen ab. Daß die Engländer das Erscheinen der Franzosen im Golf von Aden unangenehm empfanden, beweist der Umstand, daß sie sich 1884 gleichfalls im Somallande in nächster Nachbarschaft am Golf von Tadjourah niederließen. Und das Somalland war nicht der einzige Punkt Ostafrikas, an dem Frankreich Englands Kreise kreuzte, oder wo sein Auftreten doch wenigstens unangenehm empfunden wurde. Dem Südosten Afrikas gegenüber gelagert ist Madagaskar, die fünftgrößte Insel der Welt. Schon Ludwig XIII. hatte sie als französisch erklärt, und von alters her hatte Frankreich hier einige Besitzungen; es strebte danach, seine Obmäßigkeit hier möglichst auszubreiten, während England, das ihm die reiche Beute nicht gönnte, die Unabhängigkeit des Eilandes aufrechterhalten zu sehen wünschte. Angriffe auf Leben und Eigentum französischer Ansiedler und auf andere Völkerschaften, die unter französischer Schutzherrschaft bereits standen, ausgegangen von den Howa, dem reichsten und angesehensten Stamme, der die Ostküste der Insel bewohnte, entzündeten 1881/82 Kämpfe; sie endigten einstweilen damit, daß die Eingeborenen 1885 das französische Protektorat und einen französischen Generalresidenten aufnahmen. Diese Unterwerfung war freilich zunächst noch eine sehr äußerliche, und England wollte sie nicht anerkennen; immerhin wurde in der Folgezeit vollendet, was jetzt angebahnt worden war.

Derjenige Schlag der französischen Afrikapolitik, der den zunächst greifbarsten und wirksamsten Erfolg brachte, war das Unternehmen in Tunis; es war ihr Ausgangspunkt und rückte zugleich in den Vordergrund des öffentlichen Interesses, während die bisher mitgeteilten Aktionen in ihrem systematischen Zusammenhange und vollem Werte kaum schon allgemein begriffen und gewürdigt wurden. Wir hatten schon erzählt, daß man in Frankreich nach dem Berliner Kongresse noch geraume Zeit zögerte, ehe man sich zum Zugreifen auf Tunis entschloß; gerade das Einverständnis mit Bismarck machte stutzig, indem man meinte, er

wolle Frankreich in koloniale Abenteuer verwickeln, um es für die Revanche untauglich zu machen. Aber der Umstand, daß Italien alles aufbot, nicht nur um den status quo in Tunis zu behaupten, sondern hier auch seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluß sowie den Konnex mit seinen hier lebenden zahlreichen Landsleuten zu stärken, spornte schließlich zum Handeln an. Ferry befreundete sich zusehends mit dem Gedanken der Annexion und ward der ausdrücklichen Zustimmung Bismarcks dazu versichert. Reibereien mit den an Algier grenzenden tunesischen Stämmen gaben den willkommenen Anlaß zum bewaffneten Einschreiten. Als der Bey Ruhe nicht schaffen konnte und wollte, auch dem Antrag Frankreichs, ihm dabei behilflich sein zu wollen, keine Folge leistete, ließ dieses Ende April 1881 einige 30000 Mann im Lande einmarschieren. Ferry erklärte in der Kammer, man werde nicht weiter gehen, als es die Sicherheit und die Zukunft von Algier erfordern würden; aber wenn man die Absicht einer dauernden Okkupation also noch offiziell in Abrede stellte, so geschah das in Rücksicht einmal darauf, daß ein Teil des Parlaments bei der Bewilligung der für die Expedition erforderlichen Mittel der Erwartung Ausdruck gegeben hatte, daß eine Eroberung nicht in Aussicht genommen sei, und hatte vor allem den Zweck, einer etwaigen Intervention der andern Mächte vorzubeugen. Ungehört verhallten die Proteste des Beys und der Pforte als der nominellen Oberherrin, nicht minder Italiens. Diesmal war man in Rom zu spät aufgestanden, und man sah sich auch bitter in der Hoffnung getäuscht, daß man an England eine Stütze beim Einspruch gegen das Vorgehen Frankreichs finden würde; das Ministerium Cairoli, das darauf allzu optimistisch gebaut hatte, wurde (Mai 1881) gestürzt. Der Bey sah sich nunmehr zum Bardovertrag vom 12. Mai 1881 genötigt (so genannt nach dem Bardo, seiner Residenz). Er übertrug darin Frankreich die Vertretung seines Staatswesens nach außen, sowie die Wahrung der Ruhe im Innern auf unbestimmte Zeit; dafür wurde ihm und seinen Nachkommen der Form nach die Herrschaft belassen. Im Hinblick auf die parlamentarische Opposition und den Einspruch von außen wollte Ferry zunächst mit möglichster Zurückhaltung auftreten, auch hinsichtlich der militärischen Machtentfaltung; daher verzichtete er auf die Besetzung der beiden vornehmsten Städte, der Hauptstadt Tunis und der südlich davon gelegenen „heiligen Stadt" Kairnan. Da wegen des Einmarsches in Tunis Algerien von Truppen entblößt worden war, brachen hier Aufstände aus, und da diese zunächst des Erfolges nicht entbehrten, erhob sich Südtunis gegen die neue Fremdherrschaft. Die tunesische Armee schloß sich der Bewegung an; mit ihrer Niederwerfung wurde der General Saussier betraut. Es bedurfte jedoch noch heftiger Kämpfe, die bis in den Spätherbst des Jahres hinein dauerten; das Kabinett Ferry stürzte (November 1881) über diese anfänglichen Schwierigkeiten, mit denen seine Tunispolitik sich auseinanderzusetzen hatte. Der Bardovertrag wurde jetzt ausgebaut, die Hauptstädte wurden mit französischen Garnisonen belegt. Nicht der Bey war jetzt mehr der eigentliche Herrscher, sondern die französischen Ministerresidenten Roustan, Cambon usw.; die einzelnen Zweige der Verwaltung wurden unter französische Leitung und Kontrolle gebracht. Durch den Marsavertrag vom 8. Juni 1883 wurde die Ab-

hängigkeit des Bey noch mehr verstärkt, so daß er von jetzt ab nur noch eine bloße Ehrenstellung innehatte; Frankreich zog insonderheit die Finanzen und die Steuerverwaltung ganz und gar an sich. Zuerst hatte es noch erklärt, die Verträge bestehen lassen zu wollen, die der Bey mit anderen Staaten geschlossen hatte; auch damit wurde jetzt abgebaut: Tunis wurde, wie man sagte, „tunisiert". Das Protektorat des Bardovertrages hatte sich zu einer regelrechten Annexion ausgewachsen; wie England in Ägypten, so blieb Frankreich in Tunis; die Briten waren scherzhaft genug, den Spieß umzukehren und zu erklären, daß sie nicht aus Ägypten hinausgehen würden, ehe nicht die Franzosen Tunis verlassen hätten.

Afrika und Ostasien waren die beiden Schauplätze der großen Expansion Frankreichs; wie jetzt Afrika systematisch in Angriff genommen worden war, so auch wurde nunmehr in Hinterindien die Ernte unter Dach und Fach gebracht, zu der hier die Saat seit zwei Jahrzehnten bereits ausgestreut worden war. Wir haben erzählt, wie Frankreich schon Cochinchina und Cambodja im Süden von Anam in seine Machtsphäre gezogen und Tongking im Norden dieses Kaiserreiches, bei dem es zunächst noch geblieben war, seinem Handel geöffnet hatte. Programmäßig, wie stets in solchen Fällen, gestaltete sich die weitere Entwicklung. Chinesische Seeräuber störten die französischen Kaufleute in Tongking; ein schneidiger Offizier, der Kommandant Rivière, wurde 1882 mit einer kleinen Truppe zu ihrem Schutze dahin geschickt und bemächtigte sich der Zitadelle von Hanoi, der Hauptstadt Tongkings. Zwar wurde er von seiner Regierung desavouiert und mußte wieder heraus. Aber die Anamiten aufs äußerste erregt, von Besorgnis vor einer Okkupation Tongkings erfüllt, suchten Anlehnung an China, und tatsächlich rückten im Herbst des Jahres chinesische Truppen in Tongking ein. Bei den Kämpfen, die sich hier entspannen, wurde Rivière (Mai 1883) überwältigt und getötet; darauf setzte Ferry bei der Kammer eine militärische Expedition gegen Tongking und ganz Anam durch. Französische Kriegsschiffe erschienen im August 1883 vor Huë, der Hauptstadt Anams; die Küstenforts, durch die sie geschützt war, wurden bombardiert und (am 20. August) mit stürmender Hand genommen. Damit war Huë in der Gewalt der Franzosen, und es kam bereits fünf Tage später (25. August) ein Vertrag zustande, demzufolge Anam mit Tongking das Protektorat Frankreichs annahm; der unmittelbare Besitz Frankreichs in Cochinchina wurde vergrößert, ein französischer Resident in Huë eingesetzt und die Zollverwaltung Anams Frankreich unterstellt. Aber hatte die anamitische Zentralregierung soweit nachgegeben, so hörte doch noch keineswegs der lokale Widerstand auf, nämlich in Tongking selbst. Die vereinigten anamitischen und chinesischen Truppen verteidigten die Provinz mit Zähigkeit und zuerst auch nicht ohne Glück. Monate verstrichen, ehe das Land allmählich unterworfen würde. Am 11. Mai 1884 bequemte sich endlich China zu einem Vertrage, durch den es auf die Oberherrschaft über Anam und Tongking verzichtete; aber auch er stellte sich sehr bald als ein bloßer Scheinerfolg heraus. Mit Anam kam es zu einem neuen Konflikt, da man hier die Einmischung der Franzosen bei Gelegenheit einer Thronvakanz zuerst nicht gestatten wollte. Den Herrscher von Cambodja wandelten Selbständigkeitsgelüste an, und er mußte

erst (17. Juni 1884) zu einem neuen Vertrage genötigt werden, der ihn endgültig unter die französische Herrschaft brachte: auch in seiner Hauptstadt Pnom Penh hielt ein französischer Oberresident seinen Einzug; ihm wurden die einheimischen Beamten unterstellt; die Finanzen und die öffentlichen Bauten wurden ganz von Frankreich abhängig. Und bei der Ausführung des Abkommens mit China erhoben sich Differenzen; die Feindseligkeiten liefen weiter, wobei am 23. Juni die Chinesen bei Bacle siegten. Nicht nur zu Lande, sondern auch zur See führten die Franzosen den Krieg gegen China. Sie operierten zuerst vornehmlich in den Gewässern bei der Straße von Formosa; sie blockierten Kilung auf der Nordspitze dieser Insel, fuhren am 23. August 1884 den gegenüber auf dem Festlande mündenden Min oder Ban hinauf, vernichteten dort die chinesische Flotte und schossen am folgenden Tage das Arsenal der an diesem Strome gelegenen Stadt Fu-tschou in Brand; später dehnten sie ihr Aktionsgebiet noch weiter nach Norden aus, indem sie die Mündung des Jang-tse-kiang und den Golf von Petschili blockierten. Am 8. März brachten sie Kilung zu Falle. Weniger glücklich waren sie zu Lande, da sie nicht genug Streitkräfte auf den Kriegsschauplatz warfen. Der kostspielige Krieg im fernen Osten war wenig populär; es gab ja auch eine Richtung, welche die Ferrysche Kolonialpolitik mit ihrer relativen Entspannung gegenüber Deutschland grundsätzlich mißbilligte; Ferry scheute sich daher, mit allzu hohen Forderungen vor die Deputiertenkammer zu treten. Das hatte hinwiederum zur Folge, daß der Krieg nicht mit dem nötigen Nachdruck geführt werden konnte, und wenn auch die Chinesen an der Grenze von Südchina und Tongking im Winter 1884/85 mehrfach geschlagen wurden, so bereitete ihr numerisches Übergewicht dem General Brière de l'Isle, der hier das Kommando innehatte, ernstliche Schwierigkeiten, bis er schließlich am 24. März 1885 bei Langson eine empfindliche Niederlage erlitt. Die Kunde davon brachte Ferry am 30. März 1885 ein Mißtrauensvotum; es galt weniger der augenscheinlichen nächsten Veranlassung, als vielmehr der großen Linie seiner Politik, da sich damals bereits in Europa im Zusammenhange mit der Balkanfrage Ereignisse vorbereiteten, welche Frankreich es nahelegten, unter Zurückstellung allzu aus- und weitschweifender Expansionspläne seine Aufmerksamkeit den kontinentalen Verhältnissen im Sinne seiner Revanchehoffnungen zuzuwenden. Unter diesen Umständen nahm Ferry seinen Abschied; auf den Abschluß des Krieges hatte sein Sturz keinen Einfluß. Denn die Friedensverhandlungen waren, da man auf beiden Seiten müde war, bereits nicht nur eingeleitet, sondern sogar schon so gut wie erledigt. Am 4. April wurde in Paris ein Präliminarvertrag, am 9. Juni 1885 der definitive Frieden in Tientsin unterzeichnet; China gestand darin Frankreich die Oberherrschaft über Anam und die Einverleibung von Tongking zu. Durch die Niederwerfung eines Aufstandes der Anamiten und der Piraten der Schwarzen Flagge wurde die Pazifikation bis zum Frühjahr 1886 vollendet; darauf wurden (1887) Cochinchina, Cambodja, Anam und Tongking zu einem einzigen großen Verwaltungsgebiete unter dem Namen „Französisch-Indochina" vereinigt. Von besonderem Werte war es, daß man sich durch den Erwerb von Tongking den Zugang nach Südchina, zumal nach der wichtigen Provinz

Yünnan, gesichert hatte. Weil nun freilich dahin seit einiger Zeit auch die Briten von Westen aus zu gelangen trachteten, so war jetzt die Möglichkeit eines kolonialen Interessenkonfliktes zwischen Frankreich und England nicht nur in Afrika, sondern auch im fernen Osten gegeben. Jedenfalls mit einem verhältnismäßig geringen Aufwande von Kosten und Mühen und binnen wenigen Jahren hatte somit Frankreich eine mächtige Ausbreitung seines Kolonialbesitzes erreicht; es hatte sich wieder zum Range einer großen Kolonialmacht emporgeschwungen.

Vierzehntes Kapitel.

Die Erneuerung des „Dreikaiserbündnisses".

1881.

Unter dem Einflusse der in den beiden vorigen Abschnitten geschilderten neuen Expansion Englands und Frankreichs und im Zusammenhange mit den innereuropäischen Problemen trieb Bismarck zum Beginn der achtziger Jahre eine Vertrags- und Bündnispolitik, welche den Gipfelpunkt seiner diplomatischen Triumphe bezeichnet und Deutschland auf eine Höhe der Macht erhob, auf der es alle anderen Mächte bei weitem überragte. Überall auf dem Erdball stießen diese mit ihren Ausbreitungstendenzen aufeinander; nur mit Deutschland hatten sich auf diesem Gebiete noch keine Reibungen eingestellt, da hier solche Bestrebungen noch nicht verfolgt wurden. Da die Weltpolitik vornehmlich im Zeichen des außereuropäischen Imperialismus stand, traten die kontinentalen Fragen zunächst in den Hintergrund, auch insoweit Deutschland daran beteiligt war, zumal da Frankreichs Aufmerksamkeit durch seine überseeische Politik vorübergehend von der Rheingrenze abgelenkt war. Eben deshalb, weil es noch eigener kolonialer Interessen ermangelte, brauchte Deutschland in diesen Jahren noch niemanden zu umwerben, brauchte auch noch niemandem etwas abzutrotzen; man bemühte sich vielmehr um seine Gunst, und wenn auch nicht direkt um seine Allianz, so doch ganz allgemein um sein Wohlwollen bei den diplomatischen Auseinandersetzungen, die durch die neue Expansion der übrigen heraufbeschworen wurden.

Zunächst war es Rußland, das sich (es läßt sich denken, mit welchen Gefühlen) Deutschland wieder näherte. Es hatte niemanden, mit dem es sich verbinden konnte; selbst Frankreich war ja, wie wir sahen, zunächst nicht zu haben. Auch war der innerpolitische Gegensatz, der zwischen der demokratischen Republik und dem autokratischen Zarenstaat bestand, doch noch so stark, daß er schwer überbrückbar erschien, wenngleich sich Alexander II. schon im Herbst 1879 damit einigermaßen abgefunden hatte. Anfang 1880 verlangte die russische von der französischen Regierung die Auslieferung eines Nihilisten Hartmann, der ein Attentat gegen den Zaren geplant und daher einen Eisenbahnzug in die Luft (1. Dezember 1879) gesprengt hatte; Alexander nahm es sehr übel, daß ihm das abgeschlagen wurde, und berief seinen Botschafter in Paris ab. Gerade damals war die Atmosphäre in Rußland aufs schwerste geladen; die Attentate häuften sich, und es bestanden Verbindungen zwischen den Nihilisten und den französischen Communards. Die Revolutionsangst des Zaren wuchs, und Bismarck tat sein Möglichstes, um sie zu schüren, indem er die französische Republik als den

Nährboden aller solcher Umtriebe erklärte. „Er ließ der russischen Regierung allerlei Nachrichten verschiedenen Ursprunges zugehen, wonach sich die nihilistische Auswanderung vorwiegend nach Paris zöge und sich in letzter Zeit plötzlich eine ungewöhnlich zahlreiche Immatrikulation slawischer und russischer Studenten an der Pariser Universität zeige. Es sei dies ein Beweis für die Verbindung zwischen den russischen Anarchisten und den französischen Sozialisten." Er gab nach Petersburg zu wissen, Gambetta mit seinem Anhange erstrebe nichts mehr und weniger als unter Sturz der Monarchie in Italien und Spanien eine demokratisch-republikanische Union der lateinischen Rasse, die dann in Gemeinschaft mit den revolutionären Elementen innerhalb des Slawentums dasselbe Ideal für die slawischen Völker verwirklichen wolle. Selbst Kaiser Wilhelm fand es damals begreiflich, daß die Russen eine Konstitution für sich wollten, nachdem der Kaiser den Bulgaren eine solche gegeben habe; er fügte freilich hinzu, sie würde für Rußland den Anfang des Zerfalls bedeuten. Wegen einer russisch-französischen Allianz oder Angriffsabsicht hatte Bismarck zum Anfange der achtziger Jahre nicht die geringsten Befürchtungen mehr. Als Hohenlohe in der zweiten Hälfte des Februar 1880 in Berlin verweilte, erschien in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" ein Artikel, der von einer aggressiven Stellung Rußlands und Frankreichs sprach; er erregte große Sensation und wurde mit Besorgnis kommentiert. Nachher teilte der Reichskanzler dem Botschafter mit, er habe den Artikel nur veranlaßt, um auf die Abgeordneten einzuwirken, damit sie für das Militärgesetz stimmten, und er lachte, als ihm Hohenlohe von der Wirkung dieser Auslassungen erzählte. Als dieser weiterhin die Befürchtungen erwähnte, die man vor Gambetta hegen müßte, legte er dem keinen großen Wert bei und meinte so leicht obenhin, „man könne es nicht ändern, wenn dem so wäre". Charakteristisch für die gesamte politische Situation war es auch, daß er damals noch von Kolonien für Deutschland nichts wissen wollte. Er erklärte, Deutschland habe keine genügende Flotte, um sie zu schützen, und seine Bureaukratie sei auch nicht gewandt genug, um ihre Verwaltung zu leiten. Während er so auf kolonialem Gebiete für Deutschland noch einer vollkommenen Abstinenzpolitik das Wort redete, wollte er Frankreich noch mehr über See beschäftigt wissen. Er meinte: „wir könnten uns nur freuen, wenn sich Frankreich Marokko aneigne; es habe dann viel zu tun, und wir könnten ihm die Vergrößerung des Gebietes in Afrika als Ersatz für Elsaß-Lothringen gönnen". Als ihn Hohenlohe fragte, ob er sich Freycinet gegenüber in diesem Sinne äußern dürfe, verneinte er freilich mit der Begründung, „das sei zuviel". Das wußte er ja, daß sich die Engländer der Annexion Marokkos durch Frankreich widersetzen würden, schon aus Rücksicht auf Gibraltar; jede Steigerung ihres Gegensatzes zu England brachte naturgemäß die Franzosen in wachsende Abhängigkeit von Deutschland. Dasselbe war der Fall, wenn ihr Verhältnis zu Rußland gespannter wurde. Der britische Botschafter in Paris glossierte die Vorgänge bei der Abberufung seines russischen Kollegen infolge der verweigerten Auslieferung des Nihilisten Hartmann mit den Worten, „die Franzosen schienen das Wohlwollen Bismarcks gegen das Mißfallen des Zaren einzusetzen". Die große Linie der Politik, die Bismarck eben jetzt, um die Wende des Jahrzehntes trieb,

ist jedenfalls klar, — Zurückstellen jedes eigenen Interesses und Expansionsanspruches, Benutzung der kolonialen und aller sonst etwa noch vorhandenen Differenzen zwischen den übrigen Mächten, um sich für diese unentbehrlich zu machen und so zur Rolle eines arbiter mundi zu gelangen. Das ist ihm auch für die nächsten Jahre geglückt; der Umschwung kam erst, als Frankreich durch des Kanzlers Konnivenz kolonialpolitisch saturiert, nunmehr wieder an die kontinentale Rechnung dachte, die es mit Deutschland immer noch auszugleichen hatte, und als dieses selbst in die Bahnen überseeischer Machtentwicklung einlenkte.

Einerseits fühlte sich Rußland so isoliert, und andererseits war bei den inneren Erschütterungen des Reiches das Bedürfnis nach Anlehnung an eine Macht mit starker konservativ-monarchischer Tradition so dringend, daß in Petersburg diejenige Tendenz wieder die Oberhand gewann, welche einem Einvernehmen mit Deutschland das Wort redete. Unter diesen Umständen war der Boden in St. Petersburg noch einmal für eine russisch-deutsche Verständigung bereitet. Gortschakow versah sein Amt nur noch dem Namen nach; zumeist lebte er in Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand in Baden-Baden, während die Geschäfte Giers führte, der friedlich gesinnt und den panslawistischen Treibereien abhold war. Miljutin fand am Hofe einen Gegner in Walujew, einem alten Widersacher der Panslawisten; im Januar 1880 drückte Kaiser Wilhelm dem Fürsten Hohenlohe seine Befriedigung darüber aus, daß es Walujew gelungen sei, den Einfluß Miljutins zu paralysieren. Eben um jene Zeit wurde Walujew Präsident des Ministerkomitees; schon im Herbst 1881 wurde er durch die nationalistische Partei wieder aus dieser Stellung verdrängt; aber damals war er in der Lage, das Seinige zu einem Kurswechsel beizutragen. Dazu kam noch ein wichtiges weltpolitisches Moment: 1878 hatte sich ja, wie wir wissen, Rußland, um England zu Nachgiebigkeit auf dem Berliner Kongreß zu bestimmen, zu einer Aktion in Mittelasien entschlossen. Das hatte zwar den gewünschten Erfolg nicht gehabt, da Rußland doch schließlich in Berlin schlecht abschnitt; aber an die russisch-britische Spannung im näheren Orient schloß sich jetzt unmittelbar eine neue, deren Schauplatz und Gegenstand Zentralasien war, und es war im Falle des Ausbruches von russisch-britischen Feindseligkeiten mit einem Angriff der englischen Flotte durch die Meeresengen hindurch im Schwarzen Meere und auf dessen Nordküste zu rechnen. Gegen eine solche Gefahr galt es, vertragsmäßige Sicherungen zu gewinnen, und nicht nur bei Deutschland, sondern auch bei Österreich-Ungarn, das dafür noch von größerem Belang war, als das Reich in der Mitte Europas. Schwer genug mußte es freilich dem Zaren innerlich fallen, den beiden einstigen Genossen wieder die Hand zu reichen, welchen er die Schuld daran beimaß, daß er sein Balkanziel nicht erreicht, sondern lediglich seinen Krieg gegen die Pforte dazu geführt hatte, um Österreich-Ungarn mit Bosnien und der Herzegowina zu beschenken, die auch soeben erst ein Bündnis ausdrücklich und namentlich gegen Rußland eingegangen waren. Allerdings hatten sich, wie wir schon hörten, die Russen sogar Österreich gegenüber bereits auf dem Berliner Kongreß in ihrer grenzenlosen Vereinsamung ein Hinterpförtchen zur Rückkehr in ein besseres

Verhältnis offen gelassen, als sie dem Balkanrivalen nicht nur das Garnisonsrecht im Sandschak Nowibasar, sondern auch die Befugnis zur Okkupation und Verwaltung daselbst zugestehen zu wollen sich bereit erklärt hatten: wenn man diese Konzession wiederholte, durfte man vielleicht in Petersburg darauf hoffen, an Österreich einen Rückhalt gegen die britische Angriffsmöglichkeit bezüglich des Schwarzen Meeres zu finden. Selbst das hielt man keineswegs für ausgeschlossen, daß man Österreich noch so weit bringen könnte, Konstantinopel preiszugeben. Im Herbst 1879 war zu Livadia ein Programm beschlossen worden, trotz des Mißerfolges im letzten Kriege unverrückbar das große Ziel, Konstantinopel und die Meeresengen im Auge zu behalten, und um es zu erreichen, wollte man drei Mittel und Wege in Anwendung bringen: 1. Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes durch jährliche Einziehung von 50 Millionen Rubelnoten, acht bis zehn Jahre lang, da im letzten Kriege mehr als 400 Millionen Rubelnoten ausgegeben worden waren, 2. Ausbau einer Schwarzmeerflotte, 3. Gewißheit der Neutralität der Nachbarn. Diese letzte konnte aber durch nichts anderes besser bewirkt werden, als durch vertragsmäßige Abmachungen mit den beiden wichtigsten Nachbarn, nämlich Deutschland und Österreich.

Viel vorteilhafter freilich noch war es für Rußland, wenn es zu einer Verständigung mit Deutschland allein gelangte; Österreich-Ungarn war immer ein unsicherer Faktor, und es war zu befürchten, daß es als Dritter im Bunde den letzten Absichten der moskowitischen Weltpolitik mehr hinderlich als förderlich sein würde. Wir wissen, daß bereits im Herbst 1879 Saburow diesen Standpunkt vor dem Zaren vertreten und in diesem Sinne mit Bismarck in Berlin wegen eines russisch-deutschen Schutz- und Trutzbündnisses angeklopft, daß ihn der Kanzler indes, da ein solches mit der soeben vereinbarten Defensivallianz mit Österreich unverträglich war, unter der Begründung abgewiesen hatte, daß ein solches, von ihm selber dereinst gewünscht und betrieben, nunmehr zu spät komme. Inzwischen war Saburow an Stelle d'Oubrils zum Botschafter in Deutschland ernannt worden; wie ein Neffe von Giers, als dessen Gegner er sich später entpuppte, später Herbert Bismarck mitteilte, hatte er den Zaren dazu durch die Vorspiegelung bewogen, der Kanzler selbst habe ihn als den einzigen erklärt, der in Berlin persona grata sein würde; derselbe Gewährsmann charakterisierte dabei Saburow, was mit dem Urteil übereinstimmte, das Fürst Bismarck stets gehabt hatte, als einen Intriganten, der rücksichtslos löge. Bismarck, der sich im Winter in Varzin aufgehalten hatte, kehrte Ende Januar 1880 nach der Reichshauptstadt zurück, und in den nächsten Tagen erneuerte Saburow seine Bemühungen vom Herbst des Vorjahres bezüglich einer russisch-deutschen Entente. Abermals lehnte der Kanzler ab. Eine einseitige Verpflichtung zwischen Rußland und Deutschland behufs Sicherung gegen Koalitionen schließe auf deutscher Seite das Versprechen ein, Österreich in gewissen Fällen anzugreifen: „Das hieße, ein recht gefährliches Geheimnis in der Tasche haben. Die geringste Indiskretion würde in Wien eine unberechenbare Wirkung hervorrufen und wieder Mißtrauen und Furcht erzeugen. Österreich würde sich instinktiv wieder nach westlichen Allianzen umsehen, und Deutschland hätte die Frucht seiner politischen Arbeit

verloren.“ Er stellte dem Partner vor, es liege durchaus nicht im Interesse Rußlands, zwischen Deutschland und Österreich Unfrieden zu stiften, sondern sich einer Kombination zu dreien zu gesellen, durch welche das unsichere Gleichgewicht von fünf Großmächten in ein festes System gebracht und die Teilnehmer Schutz gegen bedrohliche Koalitionen gewännen. Indem er so die Idee eines deutsch-russischen Schutz- und Trutzbündnisses verwarf, Saburow andererseits der Anregung einer deutsch-russischen Defensivallianz gegen Frankreich auswich, blieb nur die Möglichkeit eines Vertrages zu dreien, nämlich zwischen Deutschland, Rußland und Österreich, übrig. Bismarck suchte dem Partner den Gedanken dadurch schmackhafter zu machen, daß er ihm auseinandersetzte: infolge der russischen Truppenanhäufungen in Polen und der „russischen Anbandelungen mit Frankreich und Italien“ im vorigen Sommer (wobei sich Saburow „jeder Einrede“ enthielt) habe er die „Entente à deux“ zunächst „solider“ gestalten müssen, aber in der Absicht, „darnach zur Entente à trois zurückzukehren“, wenn Rußland dazu aufrichtig geneigt sei. Selber gab der Kanzler zu, daß dieser allerdings Schwierigkeiten auch insofern entgegenstünden, als sich Österreich bei Haymerles argwöhnischer Art russischen Annäherungsversuchen nicht besonders zugänglich zeigen würde. Im Laufe der Unterredung äußerte Saburow Besorgnisse davor, daß England plötzlich sich Konstantinopels bemächtigen könnte; er erwähnte, daß sich das Londoner Kabinett nur der Pforte gegenüber für verpflichtet halte, die Sperre der Meeresengen zu respektieren; das gab die Brücke für Saburow, dem „Thema der Tripleallianz“ doch näherzutreten. Er legte dem Kanzler noch am 6. Februar eine Skizze vor, welche die Grundzüge einer solchen unter dem Gesichtspunkte des Nutzens enthielt, der für die Teilnehmer daraus erwachsen könnte: nämlich für Rußland Sicherheit des Schwarzen Meeres gegenüber England, indem alle drei darüber gemeinsam wachen, daß die Pforte die Meeresengen schließe, und im Falle des Zuwiderhandelns dieser weitere Maßregeln ankündigen, etwa der dadurch gefährdeten Macht das Recht zuerkennen würden, sich als im Kriegszustande mit der Türkei befindlich betrachten zu dürfen; für Österreich Sicherung seiner neuen Stellung auf der Balkanhalbinsel für die Gegenwart und für die Zukunft Gewißheit, daß keine Veränderung im status quo daselbst sich gegen seinen Willen vollziehen könnte, da eine solche fortan nur kraft gemeinsamen Einvernehmens der drei Kaiserreiche erfolgen sollte; für Deutschland allgemeine Sicherung durch Statuierung eines dauerhaften Systems in Europa zur Erhaltung des Friedens; endlich für alle drei Mächte zugleich gegenseitige Garantie gegen die Gefahren von Koalitionen. Zu den letztgenannten beiden Zwecken sollten sich die drei Höfe wohlwollende Neutralität und Lokalisation des Konfliktes versprechen, wenn einer von ihnen in Krieg gerate; außerdem sollte, wenn speziell Deutschland einen Krieg zu führen hätte und dabei durch einen seiner beiden Alliierten eine wirksamere Hilfe erführe, für den anderen die verpflichtende Kraft dieser wohlwollenden Neutralität in keinerlei Weise gemindert werden. Saburow gab zu, daß er mit der letzten Bestimmung (zugunsten Deutschlands) selbst nicht zufrieden sei, und bat den Fürsten, ihm dabei behilflich zu sein, um eine Fassung zu finden, die den deutschen Wünschen besser entspreche. In der Tat wurde der

Vertrag, der schließlich zustande kam, im wesentlichen auf der Basis abgeschlossen, die der russische Botschafter damals in Vorschlag brachte.

Nachdem Saburow seinen Entwurf überreicht hatte, begab er sich nach Petersburg; als er im März wieder in Berlin war, brachte er die Einwilligung Alexanders II. zu einer Entente à trois mit, und alsbald schöpfte er aus Bismarcks Unbehagen über den Sieg der englischen Liberalen und den Sturz Beaconsfields die Hoffnung, daß die Verhandlungen zwischen den drei Kaiserhöfen nunmehr in Fluß kommen würden. Wir haben gehört, daß Beaconsfield kurz vor seinem Rücktritte noch einen Bündnisplan ausgearbeitet und nach Berlin zu übersenden im Begriffe gestanden hatte; wir wissen aber nicht, ob Bismarck von dieser Absicht Kenntnis gehabt hat, und wie er sich dazu verhalten, insonderheit ob er sich dadurch von dem Pfade hätte abdrängen lassen, den er nun einmal in den Besprechungen mit Saburow eingeschlagen hatte. Hätte er jetzt nach einem Bündnisse mit Großbritannien, vorausgesetzt, daß dessen Bedingungen seinen Ansprüchen genügten, noch gegriffen? Oder wäre er gegen Beaconsfield jetzt so verfahren, wie auch gegen die Russen, deren Schutz- und Trutzangebot ihm gerade drei Jahre zu spät kam? Früher hätte er (immer angenommen, daß das englische Projekt so beschaffen war, daß er damit zufrieden zu sein vermochte) es ohne Zweifel mit großer Freude begrüßt. Noch im Mai 1880 schrieb der britische Botschafter Russell in Berlin an Lord Granville, den neuen liberalen Außenminister in London, indem er seine Eindrücke zusammenfaßte, die er im Laufe vieler Jahre gewonnen hatte: „In der ganzen Zeit, die ich in Berlin gewesen bin, hat Bismarck den ernsten Wunsch nach einem Bündnisse mit England bekundet; aber seine Versuche, herzliche und intime Beziehungen zu der englischen Regierung herzustellen, fanden in England niemals eine entsprechende Aufnahme. Ich persönlich habe das bedauert, weil wir nach meiner Überzeugung tatsächliche und dauernde Vorteile aus einem intimen Einvernehmen gezogen haben würden. Wie dem auch sei, die Schwierigkeiten, mit denen ich bei den Versuchen, freundliche Beziehungen mit dem neuen Deutschen Reiche aufrechtzuerhalten, beständig zu kämpfen hatte, waren das Mißtrauen, das daheim gegen Bismarck bestand, und die große Enttäuschung, die Bismarck hier empfand, daß alle seine Versuche und Kunstgriffe, sich das Bündnis mit England zu sichern, zu keinem praktischen Ergebnis führten.“

Wie dem auch immer sei, ob Beaconsfield noch eine deutsch-englische Allianz zustande gebracht haben würde, oder ob nicht, — jetzt jedenfalls schien die Aussicht darauf geschwunden. Allerdings, wie wir noch erfahren werden, es schien mehr so, als es wirklich war. Der Gang der Ereignisse zwang auch das neue Kabinett in London mitunter, eine bestimmte Sprache zu führen, und nicht allzu lange nach seinem Amtsantritt sagte Granville einmal zum Grafen Münster: „Ich weiß, man hält uns hier und auch im Ausland ganz mit Unrecht für Friedensmänner um jeden Preis. Wir haben Lord Beaconsfield und seine Regierung besonders deshalb stark angegriffen, weil seine auswärtige Politik Bellen ohne Beißen war.“ Das war insofern nicht ganz unbegründet, als ja Beaconsfield, gerade wenn er sich recht grimmig gebärdete, oft eine billige Politik des Bluffens

und Drohens trieb, die er sich leistete, da er auf Grund der internationalen Lage der Ansicht war, daß es doch nicht zum Schlagen kommen werde. Aber Granville war, so schien es Münster noch viel später, von Gladstone „merkwürdig abhängig". Eben mit Gladstone hatte sich die Situation jedoch von Grund aus gewandelt. Beaconsfield war gleichsam die Verkörperung des russisch-britischen Gegensatzes; er stützte die Türkei und hielt die engste Fühlung mit Österreich, mit dessen Einbeziehung in eine deutsch-britische Allianz er grundsätzlich vollkommen einverstanden war. In all diesen Stücken war Gladstone sein gerades Widerspiel. In der Wahlkampagne vom März und April 1880 hatte der neue Premier dafür reichliche Beweise geliefert. Nicht nur, daß er dabei den Imperialismus seines Vorgängers auf das schärfste kritisiert, von unnützen Kriegen und nutzlosem Streben nach Erweiterung des Reiches gesprochen hatte, von jeher war er ja der Ansicht, daß England und Rußland friedlich und ruhig nebeneinander ihre Wege wandeln könnten, ohne in feindliche Berührung zu geraten; dafür war die Voraussetzung allerdings, daß Großbritannien nicht nur auf eine eigene Expansion verzichtete, sondern auch der russischen absolut freien Spielraum gönnte. Ebenso war er nach wie vor ein heftiger Widersacher der Türkei. Er leugnete ihre Existenzberechtigung und -fähigkeit; er machte es Beaconsfield zum Vorwurfe, daß dieser ihr nochmals zu einem künstlichen Scheindasein verholfen und abermals die christlichen Balkanvölker ihrer grausamen Gewaltherrschaft preisgegeben habe. Nicht viel besser und höher als von der Pforte dachte er von der habsburgischen Doppelmonarchie; als Anhänger des Nationalitätsprinzips hielt er sie für eine unnatürliche Schöpfung, der keine Dauer beschieden sein könne. In seinem Wahlmanifest vom 15. März hatte er seiner Meinung über sie freien Lauf gelassen: „Auf der ganzen Welt gibt es nicht einen Fleck Erde, auf den Ihr Euren Finger legen und sagen könntet: hier hat Österreich Gutes getan." Franzosenfreundlich orientiert und von tiefstem Mißtrauen gegen Bismarck erfüllt, bedeutete Gladstone bereits durch seinen Namen eine voraussichtliche Abkehr von allen deutsch-britischen Annäherungsversuchen, und bei seiner Abneigung gegen Österreich mußte schon das österreichisch-deutsche Bündnis den letzten Rest von Hoffnungen vernichten, die man auf einen Erfolg in dieser Hinsicht etwa noch hegen durfte. In Wien war man über die Sprache, die Gladstone gegen Österreich im Wahlfeldzuge angeschlagen hatte, empört, und Gladstone konnte tatsächlich nicht umhin, nachdem er den Vorsitz im neuen Kabinett übernommen hatte, sich aus Gründen internationaler diplomatischer Höflichkeit in Wien förmlich deswegen nachträglich zu entschuldigen. In Petersburg erweckte umgekehrt der Ministerwechsel in England mancherlei Erwartungen, und diese schienen um so mehr berechtigt zu sein, als selbst die Königin Viktoria nicht frei von der Sorge war, daß ihre neuen Ratgeber allzu weit nach Rußland hinüberneigen könnten, und es daher für geraten fand, sie zu warnen, sie möchten vor Rußland auf der Hut sein.

Nicht daß Bismarck die Tragweite dieses Wandels der Dinge verkannt hätte; aber er glaubte doch, daß man sie nicht überschätzen dürfte. Er teilte weder die pessimistische Auffassung, die in Wien bestand, noch auch hielt er den Opti-

mismus für angebracht, der in Petersburg herrschte. Er meinte, das Schwergewicht der britischen Interessen sei so zwingend, daß persönliche Tendenzen dagegen nicht aufzukommen vermöchten, und daß daher eine wesentliche Kursänderung in London nicht eintreten werde, — wir haben ja bereits im ersten Kapitel dieses Buches gelesen, wie sich Gladstone tatsächlich genötigt sah, im großen und ganzen in den Bahnen Beaconsfields zu beharren. Wenngleich der Kanzler also nicht an eine dauernde russisch-britische Interessenharmonie glaubte, so erachtete er es doch nicht für unmöglich, daß Gladstones Kokettieren mit Petersburg und seine Abneigung gegen die Pforte und Österreich ein vorübergehendes britisch-russisches Zusammenwirken im engeren Orient und dadurch schwere internationale Verwicklungen herbeizuführen imstande wären. Zwar habe Deutschland an und für sich, so meinte er, keinen Anlaß, einer solchen Entwicklung hindernd in den Weg zu treten; es würde sich in ihrem Verlaufe schließlich nur herausstellen, daß Rußland und England nicht für immer unter einen Hut zu bringen seien. Es schienen ihm auch schon Anzeichen dafür zu sprechen, daß sich die für den Frieden bedrohliche Gemeinsamkeit von England und Rußland von selbst wieder lösen würde, indem schließlich die englischen Politiker, obgleich sie weniger scharfsinnig als die russischen wären, trotzdem zur Einsicht gelangen würden, daß sie mit der Beschleunigung des Zerfalls der Türkei nur den Moskowitern die Wege ebneten, ohne Vorteil für das eigene Reich. Es wurden indes eben damals gegen die Pforte wegen ihrer Halsstarrigkeit in der Frage der Grenzregulierung mit Griechenland und Montenegro (in Thessalien und betreffend Dulcigno, s. o. S. 253) gemeinsame Schritte zwischen London und Petersburg erwogen, mit denen Österreich nicht einverstanden war, und Bismarck besorgte, es könnte sich daraus eine Lösung des orientalischen Problems ohne Rücksicht auf Österreich und daher die Gefahr eines österreichisch-englischen Bruches ergeben, zumal da er befürchtete, daß sich die ängstliche und leicht erregbare Wiener Politik zu übereilten Maßnahmen verleiten lassen möchte. Auch damit war zu rechnen, daß die Russen, in Überschätzung der Tragweite des britischen Kabinettwechsels unbesonnene Handlungen begingen, durch welche die Ruhe in Europa gestört würde. Daraus zog der Kanzler nun freilich lediglich den Schluß, daß es die Aufgabe Deutschlands und Österreichs sei, den Zaren „als Brennpunkt der friedliebenden Elemente in Rußland vorsichtig und freundlich zu behandeln". Insonderheit war er der Ansicht, es empfehle sich, den Umstand, daß das Kabinett Gladstone einige ausgesprochen radikale Mitglieder umfaßte, dazu in Petersburg zu benutzen, um hier die Notwendigkeit eines engen Zusammenschlusses der monarchischen Staaten vorzustellen, der für Rußland um so dringender sei, als es, „sich selbst überlassen, rettungslos der Revolution zum Opfer fiele".

Den größten Teil des Sommers 1880 war Bismarck von Berlin abwesend; am 25. Juli nur passierte er auf der Durchreise von Friedrichsruhe nach Kissingen die Reichshauptstadt und hatte hier eine Unterredung mit Saburow. Er soll diesem dabei gesagt haben, daß ein Beitritt Rußlands „zur deutsch-österreichischen Allianz keine Schwierigkeiten böte". Es kann bezweifelt werden, ob diese Fassung den Sinn des Gespräches ganz richtig wiedergibt; es handelte sich offenbar nur

wieder um das Projekt der Entente à trois, das damit keineswegs vollkommen identisch ist. Saburow scheint diese Gelegenheit ergriffen zu haben, um über den Inhalt des deutsch-österreichischen Zweibundes aus Bismarck Näheres herauszuholen. Als sich dieser über „Haymerles Ängstlichkeit, politische Unsicherheit und Verantwortungsscheu" ausließ, warf der Botschafter die Bemerkung hin, „Haymerle habe vielleicht an der Entente à trois weniger Interesse, weil Österreich durch den Zweibund hinreichend gedeckt sei". Es ist nicht mit Gewißheit festzustellen, welche Antwort der Kanzler darauf erteilte; wahrscheinlich lief sie darauf hinaus, daß der Vertrag von 1879 Österreich keine absolute Deckung gewähre, nämlich wenn es selbst der Angreifer wäre: „Ein Krieg zwischen Rußland und Österreich würde uns gewiß in eine sehr peinliche Lage versetzen; aber unsere Haltung in einem solchen Fall wird durch unsere Interessen bestimmt, und nicht durch Verpflichtungen, die nicht existieren. Unsere Interessen verlangen, daß weder Rußland noch Österreich tödlich verwundet wird. Sie sind uns als Großmächte beide gleich unentbehrlich. Das wird gegebenenfalls unser Verhalten bestimmen." Saburow schloß aus diesen Worten, „daß der Zweibund kein bedingungsloses Offensiv- und Defensivbündnis sei, daß er aber das Recht vorbehalte, nach der ersten Schlacht oder während der Friedensverhandlungen zu intervenieren". Auch später sprach sich Bismarck vor Saburow über Haymerles staatsmännische Fähigkeiten ziemlich abfällig aus; er befürwortete vor ihm das Einvernehmen zu dreien gerade unter dem Gesichtspunkte, daß es den Vorteil gewähre, Österreich besser am Gängelbande zu halten: „Dürfte Österreich, wenn es sich mit England gegen Rußland vereinigen wollte, so vorgehen, ohne uns zu fragen, ob wir neutral bleiben wollen? Unsere Antwort wäre durch die gegenwärtige Verständigung gegeben, und Österreich könnte nicht denken, sich zu rühren." Er bedauerte es, daß es den österreichischen Staatslenkern am nötigen Weitblick fehlte, die Balkanfrage nach seinem eigenen Rezepte dadurch aus der Welt zu schaffen, daß sie sich entschlössen, auf der Karte der Türkei eine Grenze der österreichischen und der russischen Einflußzone zu ziehen, und zwar zur Befriedigung beider Teile; von sich selbst aus gab er den Russen freie Hand gegen Konstantinopel: „Ich schmeichle mir, daß ich zuerst in Europa mit der alten, durch die Westmächte allen Kabinetten eingeimpften Tradition gebrochen habe, daß Konstantinopel in den Händen Rußlands eine Gefahr für Europa sein würde. Ich halte diesen Gedanken für irrig und sehe nicht ein, weshalb ein englisches Interesse ein europäisches werden sollte. Deutschlands Interessen werden durch diese Eventualität entschieden nicht berührt, und ich glaube im Gegenteil, daß die Russen sehr ernste Anhänger der Sache des Friedens werden, wenn ihr Ehrgeiz endlich sein Ziel erreicht hat, und daß sie, im Besitze Konstantinopels, sich von der Nichtigkeit aller irdischen Dinge überzeugen werden, wie ich es bin."

So viel dürfte von dem, was er also Saburow sagte, aufrichtig gemeint sein, daß er für sich Konstantinopel den Russen zu überlassen gewillt war oder mindestens auf dem Standpunkte stand, daß es nicht die Sache Deutschlands sei, sich hindernd dazwischen zu stellen. Das Schwierige war nur, auch die Österreicher mit diesem Gedanken auszusöhnen, oder sie für Abmachungen zu gewinnen,

welche Konzessionen an Rußland im Hinblick auf Konstantinopel und den Balkan bedeuteten. Wenn überhaupt, so war das nur möglich dadurch, daß ihnen erneute Garantien für den Bestand und Ausbau ihrer Stellung im Westen der Halbinsel geboten wurden, und dieser Weg war bereits gewiesen durch den Vertragsentwurf Saburows vom Februar (s. o. S. 351), für den er im März die grundsätzliche Genehmigung des Zaren nach Berlin mitgebracht hatte. Im Herbst des Jahres ging Bismarck daran, diesen Haymerle mundgerecht zu machen. In den ersten Tagen des September verweilte der österreichische Außenminister in Friedrichsruh zu einem allgemeinen Gedankenaustausch. Sowohl das Verhältnis der Donaumonarchie zu Italien kam dabei zur Sprache, worüber wir alsbald weiteres vernehmen werden, ganz besonders jedoch der Abschluß eines deutsch-österreichisch-russischen Vertrages auf der Basis der Saburowschen Punktationen. Es gelang dem Kanzler, bei Haymerle die prinzipielle Zustimmung zur Sperrung der Meeresengen gemäß den russischen Wünschen, also nach Norden und dem Schwarzen Meere, d. h. im wesentlichen gegen England, zu erreichen, nicht minder zu einer künftigen Union Bulgariens und Ostrumeliens, mit der Maßgabe, daß eine solche nicht beschleunigt werden dürfte, sondern sich durch die Gewalt der Ereignisse und nicht über die gegenwärtigen Grenzen der beiden Länder hinaus, d. h. vornehmlich nach Mazedonien hinüber, vollziehen solle. Dafür begehrte sein Gast, daß die früheren Zusagen Rußlands hinsichtlich Bosniens, der Herzegowina und Nowibasars aufrechterhalten würden; er formulierte noch andere Gegenforderungen, die sich auf den Einfluß der Donaumonarchie in Serbien, Rumänien usw. bezogen. So war der Verhandlung noch ein weiter Spielraum gegeben, und es mußte abgewartet werden, zu welchem Resultate sie schließlich führen würde. Nicht ohne inneres Widerstreben fügte sich Haymerle den Intentionen Bismarcks, und eben damals bot sich ihm die zunächst freilich noch recht unsichere Aussicht einer Annäherung Italiens an die Mittelmächte. Ging sie in Erfüllung, so konnte sich die Spannung lösen, die sich zwischen Österreich und Italien sowohl aus Gründen der irredentistischen Propaganda als auch aus Anlaß der Balkanfrage deshalb erhoben hatte, weil man in Rom dem habsburgischen Kaiserstaate die Ausdehnung auf der Balkanhalbinsel nicht gönnte, vielmehr seinerseits das Auge auf die gegenüberliegende Ostküste der Adria, zumal Albanien warf. Das schien ein unschätzbarer Vorteil, und vielleicht kam man dann, wenn sich Italien als dritter im Bunde einstellte, um die fatale Verständigung mit Rußland herum.

Von den Italienern hielt nun freilich Bismarck nicht eben sehr viel; er legte wenig Wert auf ihre Mitwirkung, wie er sie auch herzlich gering einschätzte. 1879 hatte er zwar in Gastein dem italienischen Ministerpräsidenten Cairoli angedeutet, daß Italien als dritter in dem sich gerade damals bildenden österreichisch-deutschen Verhältnisse willkommen sein würde; kurz darauf, nach Berlin zurückgekehrt, äußerte er sich aber, wie wir schon hörten, recht skeptisch über Italiens Bündnisfähigkeit: es treibe steuerlos der Republik entgegen und sei für niemand eine potente Allianz. Noch schien die Zeit für ein Bündnis mit Italien nichts weniger als gekommen. Irredenta und Balkanfrage trennten

es von Österreich; die Überwindung dieser Schwierigkeiten war die Voraussetzung für die Herstellung einer engeren Freundschaft, konnte allerdings auch deren segensreiche Folge werden. Noch regten sich auf der Apenninhalbinsel alte und tief eingewurzelte Sympathien für das stammverwandte Frankreich. Es herrschte weiterhin in Italien eine unverkennbare Neigung, einer russischen Kriegspolitik gegen Österreich-Ungarn beizutreten, wenn ihm dafür Landgewinn, zumal an der adriatischen Ostküste, geboten würde, — dafür sprachen die Beziehungen, die man zwischen der italienischen und der russischen Armee anzuknüpfen trachtete, die Verlegung der italienischen Streitkräfte nach dem Norden und das gesamte Verhalten Italiens, wie Bismarck sich einmal ausdrückte, „bei den Abstimmungen, welche die Großmächte untereinander vornahmen", d. h. in den Fragen der internationalen Politik, z. B. in den Balkankommissionen. Schon auf dem Berliner Kongreß war ja Italien noch Rußlands einziger, freilich dank dem Einflusse Bismarcks auf den italienischen Bevollmächtigten, den Grafen Corti, recht belangloser Parteigänger gewesen, und wir haben bereits von den nachher spielenden russisch-italienischen Bündnisverhandlungen gehört, die an Beaconsfields Veto scheiterten, — denn die maritime Abhängigkeit Italiens von Großbritannien im Mittelmeer ist für die italienische Politik bei all ihrem schwächlichen Schwanken, Winkelzügen und Kreuzwegen, wenn es darauf ankam, immer doch das entscheidende Motiv gewesen.

Jetzt allerdings bahnte sich in Italien ein Frontwechsel an. Das Liebäugeln mit Rußland führte zu keinem greifbaren Ergebnisse; mit Frankreich entstanden Unstimmigkeiten wegen Tunis, die schon ihre Schatten vorauswarfen. Insonderheit jedoch aus Gründen der inneren Politik, nämlich aus Besorgnis vor der beim Wachstum der antimonarchischen Bewegung in seinem Lande drohenden Revolution, erstrebte König Humbert damals eine möglichst enge Anlehnung an die konservativ-monarchischen Mittelmächte. Unter diesem Gesichtspunkte bat man schließlich geradezu in Rom um ein Bündnis mit Deutschland und Österreich-Ungarn. Man sah sich also in Berlin und Wien von zwei Seiten umworben, von Rußland und Italien. Da ist es denn in hohem Grade merkwürdig, wie sich die beiden dem doppelten Begehren gegenüber verhielten: Deutschland war für Rußland und zeigte Italien die kalte Schulter; Österreich, das doch von diesem unmittelbar am meisten beunruhigt war, stimmte für Zusammengehen mit Italien und widerstrebte der Wendung zu Rußland. Gerade im Hinblick auf die irredentistische Propaganda gab sich Bismarck alle mögliche Mühe, Österreich zu einem schärferen Auftreten gegen Italien, auch durch militärische Demonstrationen, anzuspornen. Haymerle, der neue Leiter der österreichischen Außenpolitik, lehnte das ab. Die Lage der Dinge in Italien, so ließ er Anfang 1880 dem deutschen Kanzler auseinandersetzen, sei weniger für Österreich als vielmehr für die Regierung in Rom bedrohlich; wenn Österreich jetzt die Irredentafrage in ein akutes Stadium geraten lasse, so würde es nur die Stellung des italienischen Kabinetts festigen und dessen Geschäfte besorgen; ein Krieg mit Italien habe für Österreich kein Ziel, das Anstrengungen und Kosten lohne; man wolle dort keine Eroberungen machen, Geldentschädigungen seien aus dem Lande nicht heraus-

zuholen, und zur Zerlegung in Provinzialrepubliken sei Italien noch nicht reif, — Österreich allerdings war das, was Haymerle nicht ahnte, in viel höherem Grade. Was der eigentliche Grund seiner Weigerung war, sich gegen Italien vorschieben zu lassen, das faßte er in den Worten zusammen: „Wir möchten überhaupt, so lange als möglich, einen Gegensatz mit Italien auch deshalb nicht auf die Tagesordnung kommen lassen, um unsere politischen Mittel nicht zu zersplittern und unser Augenmerk von dem Hauptziel, von der nachhaltigen Eindämmung Rußlands, nicht ablenken zu lassen."

Jedenfalls gingen die Ansichten der beiden Alliierten weit auseinander. Haymerle betrachtete Rußland als den Hauptfeind Österreichs und versprach sich auch von einem neuen Balkanvertrag keine dauernde Versöhnung der beiden östlichen Kaiserreiche, — die Zukunft hat ihm recht gegeben. Seine Politik lief darauf hinaus, Rußland zu vereinzeln oder, richtiger gesagt, aus seiner dermaligen Isoliertheit nicht herauskommen zu lassen. Während Bismarck Italiens Haltung als relativ gleichgültig betrachtete, fürchtete Haymerle, daß man Italien, wenn man sein Begehr nach Anschluß an die Mittelmächte nicht erfülle, in die Arme Frankreichs treiben würde. Er wünschte auch jetzt noch immer die Mitwirkung Englands, das damals Rußlands weltpolitischer Gegner war, freilich eben in jenem Augenblicke noch nicht auch Frankreichs, was Italien zu seinem Schmerze bald in Tunis empfinden sollte. Anders Bismarck; in seinen Kombinationen trat die Aussicht, Italien für den Anschluß an Deutschland und Österreich zu gewinnen, weit hinter der Möglichkeit zurück, die sich ihm nunmehr bot, diese beiden Mächte wieder in Einklang mit Rußland zu bringen. In diesem Sinne arbeitete er in Wien, wie er auch hier nicht genug der bittern und aufreizenden Worte gegen die Italiener zu finden vermochte. Er verglich sie aasfressenden Krähen auf dem Schlachtfelde, die andere für ihre Nahrung Sorge tragen lassen, oder Schakalen, die unstet und scheuen Blickes von der einen nach der andern Seite schwanken, unersättlich, instinktmäßig angezogen von Leichengeruch und Unheil, immer bereit, jemand von rücklings anzufallen und ein Stück Beute davonzutragen. Für ihre unablässigen Hetzereien und Konspirationen gönnte er ihnen einen tüchtigen Denkzettel, den zu erteilen leicht ein Anlaß für Österreich sich ergeben könnte, wie etwa die Irredenta oder Eintreten für die Souveränität des Papstes im Interesse der Unabhängigkeit der katholischen Kirche.

Im Herbst 1881 streckte die römische Politik zum erstenmal vorsichtig und unverbindlich ihre Fühler aus. Der hauptsächlichste Befürworter der Wendung zu den Mittelmächten war der Graf Maffei, der Generalsekretär des Ministerpräsidenten Cairoli. Ende August 1880 hatte Maffei mehrere Unterredungen mit dem Journalisten Goercke; dieser erstattete darüber dem Fürsten Bismarck Bericht: Cairoli und Maffei begehrten, „der erstere endlich, der letztere mehr wie je, den Anschluß Italiens an den Zweikaiserakkord", hätten jedoch Scheu, dazu die Initiative zu ergreifen; Graf Maffei habe sich dabei in heftigen Ausfällen gegen die italienfeindliche Politik Frankreichs, zumal in Tunis, ergangen und dabei auch des Trentinos als einer zur Zeit noch Italien und Österreich trennenden Frage gedacht, indem er den Wunsch nach einer friedlichen Lösung durchblicken

ließ. Die Relation Goerckes traf in Friedrichsruh ein, als gerade Haymerle hier verweilte; Bismarck las sie dem Gaste vor und übermittelte sie nach Wien mit dem Bemerken, daß es nicht sein Beruf sei, Anregungen und Sondierungen der italienischen Politik hier zu empfehlen. Haymerle verhehlte nicht sein Befremden darüber, daß Italien seine Annäherungsversuche mit Prätensionen auf das Trentino einleite; nach Wien zurückgekehrt, interpellierte er den italienischen Botschafter Grafen Robilant über die „Mission" Goerckes; diese wurde darauf durch Cairoli offiziell durchaus desavouiert. Trotzdem war Haymerle der Meinung, daß man sich in Rom mit Absichten in der von Goercke angedeuteten Richtung trage, und er stand ihnen keineswegs strikt ablehnend gegenüber. Mitte Oktober passierte der deutsche Botschafter in Rom v. Keudell die österreichische Reichshauptstadt; er gewann den Eindruck, daß Haymerle nicht abgeneigt sei, mit Italien einen Neutralitätsvertrag abzuschließen. In Rom bestätigte Maffei dem deutschen Botschafter, daß er Goercke tatsächlich Eröffnungen der erwähnten Art gemacht habe, und daß Cairoli, ehemals als Feind Österreichs bekannt, jetzt zu einem intimen Anschluß an Deutschland und Österreich zu gelangen trachte. Bismarck wollte von diesen Transaktionen nichts wissen; er hielt ja Italien für ganz unzuverlässig und von einem geradezu „kindlichen Egoismus" erfüllt; er warnte davor, Italien nachzulaufen, und wenn Haymerle sogar für einen Neutralitätsvertrag zur Zusage „tunlichster Berücksichtigung der italienischen Interessen im Mittelmeer" bereit war, so befürchtete er, daß dadurch Frankreich beunruhigt werden würde. Cairoli hatte es vor Keudell als einen leitenden Grundsatz der italienischen Politik hingestellt, zu möglichst langer Erhaltung des Türkischen Reiches beizutragen, und der Botschafter hatte daraus den Schluß gezogen, daß sich auf solcher Grundlage wohl ein vertraulicheres Verhältnis zwischen Italien und Österreich-Ungarn anbahnen lasse. Bismarck erklärte die Versicherungen Cairolis als „wechselnde Lügen, nach Bedarf", die als solche schon durch die Tatsache charakterisiert würden, daß sich Italien an Rußland hänge und zu jeder Heeresfolge gegen die Türkei gewillt sei, von welcher Seite immer das Aufgebot erfolge: „die italienischen Politiker sprechen nicht nach ihrer Überzeugung, sondern nach den wechselnden Bedürfnissen des Augenblickes; und daß sie sich nicht aufrichtig mit dem Gedanken eines zuverlässigen Anschlusses an Österreich-Ungarn tragen, braucht kaum gesagt zu werden."

Wie wenig auch Bismarck von Italien wissen wollte, in Wien bestand eine gewisse Neigung zu Entgegenkommen. Anfang 1881 überreichte Maffei daselbst den Entwurf eines Neutralitätsvertrags „als ersten Schrittes zu einem noch näheren freundschaftlichen Verhältnisse". Beide Mächte sicherten sich darin im Falle feindlichen Angriffs durch dritte Mächte vollkommene Neutralität zu, sowie Aufrechterhaltung des status quo im Orient nach Laut des Berliner Vertrages. Um Österreich zur Annahme eifriger zu stimmen, ließ man durchblicken, eine Lösung der tunesischen Frage sei derart nicht ausgeschlossen, daß zwar Tunis Frankreich, dafür jedoch Tripolis Italien als Entschädigung zugewiesen würde; es empfehle sich also für Österreich, zuzugreifen, damit ihm Frankreich nicht zuvorkomme. Die österreichische Regierung antwortete darauf, indem sie sich mit einer

beiderseitigen Neutralität und der Erhaltung des status quo auf dem Balkan einverstanden erklärte; zwar betonte sie, daß Bosnien und die Herzegowina für sie ein noli me tangere seien, war jedoch zu einem gegenseitigen Verzicht auf territorialen Erwerb in Albanien und in der Richtung nach Saloniki bereit, sowie zur Mithilfe bei einer Erweiterung der Machtsphäre Italiens im Mittelmeer, insonderheit bei einem Arrangement in der tunesischen Frage zugunsten Italiens, eventuell durch dessen Festsetzung in Tripolis, falls der status quo in der Adria bestehen bleibe und kein Versuch gemacht werde, sie zu einem italienischen Binnensee umzuwandeln. Größere Zugeständnisse konnte Österreich zur Zeit nach Lage der Dinge dem römischen Kabinett nicht wohl machen; dennoch ließ dieses den Faden fallen und nahm ihn vorderhand wenigstens nicht mehr auf. Trotz der ausdrücklichen Versicherung, die in Wien zugleich mit dem Neutralitätsvorschlage abgegeben worden war, daß das gesamte Ministerium, auch Cairoli, ihn gebilligt habe, schien der Eifer für die Sache doch nicht sehr groß zu sein, und es sah aus, als ob Bismarck mit seinen Warnungen und seiner Skepsis gegenüber Italien recht behalte. Wenn man von Rom aus die tunesische Angelegenheit in Wien in einer Beleuchtung gezeigt hatte, als ob man unmittelbar vor einem Einvernehmen mit Frankreich stünde, so strafte die tatsächliche Entwicklung diese Behauptung oder Auffassung Lügen: plötzlich schritt Frankreich im Frühjahr 1881 unter brutaler Brüskierung Italiens zur Annexion von Tunis. Von welchem Mißtrauen Bismarck damals noch gegen Italien beseelt war, beweist der Wunsch, den er hegte, als sich die französische Expedition nach Tunis in den letzten Stadien ihrer Vorbereitung befand: „Bezüglich Tunis solle die deutsche Presse die äußerste Zurückhaltung beobachten, um jedem Mißtrauen in Frankreich vorzubeugen. Italien habe man bei seiner Doppelzüngigkeit und Unzuverlässigkeit gar nicht zu berücksichtigen. Italien sei 1866 im Begriff gewesen, uns zu verraten, und 1870 nur durch die schnellen kriegerischen Erfolge abgehalten worden, uns anzufallen. Die einzigen uns Wohlgesinnten seien die Republikaner wie Mazzini und dergleichen gewesen." Im Frühjahr 1881 vertraute Graf Maffei dem Herrn v. Keudell an, das Hindernis der Verhandlungen sei der Minister des Innern Depretis, der mehrfach entschieden abgelehnt habe, weil er die Politik der „freien Hand" nicht aufgeben wollte: daher sei er, Maffei, mit seinen Bemühungen trotz Cairolis Beistand nicht durchgedrungen, und so sei der geeignete Zeitpunkt ungenützt vorübergegangen; solange die tunesische Verwicklung dauere, könne man auf den Vorschlag des Neutralitätsabkommens schicklicherweise vorderhand nicht mehr zurückgreifen.

Inzwischen hatte die diplomatische Aktion mit Rußland ihren Fortgang genommen, und sie stand nunmehr vor ihrem Abschlusse. Große Schwierigkeiten mußten allerdings erst überwunden werden; sie gingen nicht sowohl von St. Petersburg wie vielmehr von Wien aus. Das österreichische Kabinett hatte, durch die Tagungen der Delegationen der beiden Reichshälften in Anspruch genommen, sowie besorgt, dabei durch Fragen nach dem Verhältnisse zu Rußland in Verlegenheit gebracht zu werden, den Wunsch ausgesprochen, daß die Verhandlung mit Rußland vorderhand ruhe; Mitte Dezember 1880 erkundigte sich nun Haymerle beim deutschen Botschafter in Wien nach ihrem Stande. Reuß antwortete, Bis-

marck sei zu ihrer Wiederaufnahme bereit, wolle aber vorher wissen, welcher Ansicht jetzt Haymerle sei. Etwas peinlich durch diese Frage berührt, setzte dieser dem Botschafter auseinander: Österreich läge an einem guten Verhältnis zu Rußland, es habe aber kein übermäßiges Vertrauen in dessen Ehrlichkeit, und es sei große Vorsicht geboten, damit man nicht geprellt werde. Er sprach von den vielfachen Differenzen, die auf dem Balkan zwischen Österreich und Rußland bestünden, in den Fragen der bulgarischen Eisenbahnen, der Donauschiffahrt und des Handelsvertrages mit Serbien; er führte bittere Klagen darüber, daß er darin allüberall auf den offenen oder versteckten Widerstand Rußlands stoße. Insonderheit beschwerte er sich lebhaft über die mit den amtlichen Versicherungen des Petersburger Kabinetts unvereinbare amtliche Tätigkeit der russischen Vertreter in Bukarest, Galatz, Sofia, Belgrad usw. und verlangte als erste Vorbedingung, ehe er sich auf weitere Abmachungen mit Rußland über den Balkan einlassen könne, daß dieser Widerspruch beseitigt werde. Dabei entschlüpfte ihm eine Wendung, die als ein Einverständnis mit der Grundrichtung der Bismarckschen Balkanpolitik erscheinen konnte: „Wolle Rußland freie Hand in dem nordöstlichen Teil dieser Halbinsel haben, so solle es Österreich freie Hand auf der südwestlichen lassen, und außerdem, wenn eine Neugestaltung der Länder am Balkan sich vollziehen werde, nicht von vornherein erstreben, daß für Österreich durch diese neuen Länderschöpfungen Feinde erwachsen.“ In einer weiteren Besprechung, am 24. Dezember, äußerte Haymerle abermals seine Bedenken; aber er bezeichnete jetzt die Basis etwas genauer, auf der er geneigt sei, „unter gewissen Bedingungen in Pourparlers einzutreten: wenn sich Österreich einer späteren Union der beiden Bulgarien nicht widersetzen wolle, so setze es voraus, daß einer solchen keinerlei positive Förderung zuteil werde, auch nicht durch Ausübung einer Pression auf die Pforte“; sollte sie sich doch „durch die Macht der Tatsachen“ vollziehen, so dürfe sie sich nicht auf Mazedonien erstrecken; in dem Augenblicke, da solches geschehe, würde Österreich sein Einverständnis mit Rußland als hinfällig betrachten. Als Gegenkonzession für das Versprechen, eventuell ein Großbulgarien zu dulden, verlangte der Minister die russische Zustimmung zur definitiven Annexion Bosniens, der Herzegowina, „auch eventuell Nowibasars“, und wiederum bestand er mit allem Nachdruck darauf, daß die Haltung der diplomatischen Agenten Rußlands im Orient mit den guten Intentionen der Petersburger Regierung in Übereinstimmung gebracht werde.

Ein allzu „großes Expressement“ zeigte Haymerle somit, um seinen eigenen Ausdruck anzuwenden, für den Vertrag mit Rußland keineswegs; aber Bismarck war jetzt entschlossen, die Angelegenheit ins reine zu bringen. Im Einvernehmen mit Kaiser Wilhelm hielt er es für geraten, sich erst mit Saburow zu verständigen und die Ergebnisse dieser Negoziation dem Wiener Kabinett als Vorschläge allein von seiner Seite vorzulegen; denn er war mit Recht der Meinung, diese sähen, falls sie von Rußland und Deutschland zugleich ausgingen, einigermaßen einer Drohung gleich, Deutschland gegenüber könne sich Österreich nicht so sperren, wie gegenüber Rußland, und andererseits würde eine Weigerung Österreichs nicht dessen Verhältnis zu Rußland so berühren, wie wenn die Initiative bei Rußland

stünde. Er gab Saburow Kenntnis von den Berichten des Prinzen Reuß über die Bedenken Haymerles; der russische Botschafter frug ihn, ob eine russisch-deutsche Entente auch dann zustande kommen würde, wenn Österreich den Anschluß daran ablehne. Der Kanzler bejahte, indem er hinzufügte, er habe diesen Gedanken schon von selber gefaßt, als „eine neue Handhabe, einen Druck auf Österreich auszuüben und es durch die unangenehme Aussicht auf eine Sonderverständigung zwischen Deutschland und Rußland in eine Zwangslage zu versetzen". Die einzige von den drei beteiligten Mächten, so fügte er hinzu, die etwa Neigung hätte, sich zu drücken, sei Österreich, und gerade deshalb sei eine alliance à trois einer solchen à deux vorzuziehen, — diese Worte dünkten Saburow „die beredteste Leichenrede auf die vorjährigen Wiener Abmachungen". Im Fortgange ihrer Besprechungen hob Bismarck abermals die Notwendigkeit für Deutschland hervor, daß weder Rußland noch auch Österreich einander tödlich verwunden dürften; er gab zu, daß ihn die panslawistischen Tendenzen in Rußland 1879 „vielleicht ohne zureichenden Grund" mit einem französisch-russischen Bündnis im Hintergrunde so geängstigt hätten, daß er den Zweibund mit Andrassy in Angriff nahm. In den letzten Tagen des Jahres 1880 vereinbarte er mit Saburow einen Entwurf, der im wesentlichen bereits dem Hauptvertrage entsprach, wie er dann schließlich perfekt wurde. Saburow fuhr damit zum russischen Weihnachtsfeste nach Petersburg; in längeren geheimen Beratungen wurde er hier geprüft. Zwar gab es in Rußland eine Strömung, die für eine Politik vollständiger Zurückhaltung war; wir wissen (s. o. S. 302f.), daß Schuwalow für Abkehr von allen europäischen Koalitionen war, und auch Jomini hatte erst vor kurzem sich in demselben Sinne geäußert; aber Saburow vertrat den Standpunkt, „daß Rußland und Deutschland nur als Verbündete oder als Feinde nebeneinander leben könnten". Er drang mit seiner Ansicht durch. Nicht nur der Zar, sondern auch der Großfürst-Thronfolger, der als Panslawist galt, erklärten sich bereit, den Bismarck-Saburowschen Entwurf zu akzeptieren, wenn das gleiche auch auf der österreichischen Seite erfolge. Schon war Saburow wieder in Berlin, da empfing er Mitte Januar 1881 ein Schreiben von Giers, das ihm die endgültige Entscheidung Alexanders II. mit den schmeichelhaftesten Ausdrücken und Lobsprüchen über Bismarcks Bemühungen und gute Dienste mitteilte. Er beeilte sich, selbiges dem Kanzler zur Kenntnis zuzustellen, mit dem Ausdruck tiefster Befriedigung, es habe ihm nämlich ein wahrhaftiges „Halleluja" entlockt.

Jetzt galt es für Bismarck, das Eisen in Wien zu schmieden. Alle Minen ließ er hier sprengen. Er setzte ein Konzept für ein Handschreiben Wilhelms I. an Franz Josef auf, das vom 16. Januar datiert war. Der Kaiser erinnerte daran, daß er bei ihrem ersten Zusammentreffen nach dem Abschlusse des Zweibundes bereits gesagt habe, es sollten dadurch die Prinzipien des sog. Dreikaiserbündnisses nicht alteriert werden, und Rußland müsse mit den beiden andern Kaiserreichen wieder in irgendeiner Art bessergestellt werden: jetzt sei der Augenblick dafür gekommen; der Zar und der Großfürst-Thronfolger seien dafür gewonnen, und es fehle nur noch die Zustimmung Österreichs. Zumal unter dem Gesichtspunkte der monarchischen Solidarität führte er dem befreundeten Herrscher die Not-

wendigkeit des Abschlusses zu Gemüte. Nicht minder dringlich befürwortete diesen Bismarck bei Haymerle; er ließ ihm durch Reuß vorhalten, daß dadurch eine stärkere Bürgschaft für den Frieden geschaffen würde, als bisher existiere. „So groß auch das Mißtrauen Baron Haymerles gegen Rußland sein mag, so wird mein österreichischer Herr Kollege doch nicht bestreiten, daß ohne vertragsmäßige Versprechungen das Mißtrauen in die russische Politik immer noch berechtigter bleibt, als nach einer kaiserlichen Zusage, Frieden halten zu wollen.“ Wenn die russische Politik, so schärfte er ein, gegenwärtig bedenkliche Absichten hätte, so würde sie vermeiden, sich deren Verwirklichung durch die Herstellung der Barriere zu erschweren, welche durch ein kaiserliches, zwei benachbarten Monarchen gegebenes Wort neu errichtet werden solle; suche Rußland gegenwärtig Krieg oder Verwirrung, so würde es die Dinge im status quo lassen und die deutsch-österreichischen Annäherungsversuche in freundlicher Form dilatorisch behandeln; eben daraus, daß das in keiner Weise der Fall sei, gehe hervor, daß die friedliebenden und konservativen Elemente in Petersburg über die chauvinistischen gesiegt hätten. „Der jetzige Vorschlag eines Abkommens zu dreien“, auch darauf machte er aufmerksam, „geht nicht so weit, wie unser mit Österreich bestehendes Abkommen, es würde zu keiner aktiven Leistung verpflichten; es nimmt eine kriegerische Leistung für keinen Fall in Anspruch, sondern nur gegenseitige kaiserliche Versprechungen, Frieden untereinander halten und auf Beteiligung an kriegerischen Koalitionen gegeneinander verzichten zu wollen.“ Bismarck ließ durchblicken, daß er es am liebsten sehe, wenn das Wiener Kabinett den zwischen ihm und Saburow vereinbarten Text einfach annehme, versprach jedoch, für Amendierungen, welche der Tendenz nicht widersprächen, weitere Friedensbürgschaften festzulegen, die weitere Vermittlung gern zu übernehmen.

So schnell im Sturme, wie Bismarck wohl wünschte, waren Franz Josef und Haymerle noch nicht zu haben. Noch machte man in Wien gewisse Ausstellungen, so im Hinblick auf die rumänische Frage, und es wurde ein Gegenentwurf ausgearbeitet, den Bismarck bis auf einen Punkt für unbedenklich erachtete, der ihm als eine Erweiterung der Tragweite des österreichisch-deutschen Zweibundes erschien. Während darüber noch verhandelt wurde, fiel Alexander II. am 13. März 1881 einem nihilistischen Anschlage zum Opfer; sein Sohn und Nachfolger Alexander III. verharrte in der politischen Bahn, in der sein Vater zuletzt gewandelt war, „nicht nur als Vermächtnis, sondern als Ausdruck der eigenen Überzeugung“. Das war insofern sehr bemerkenswert, als der neue Zar, unter dem Eindruck des österreichischen „Undankes“ im Krimkriege aufgewachsen, der seinen Großvater „zum Tode gekränkt“ hatte, sowie der polenfreundlichen Politik Österreichs, im Sinne der panslawistischen Tendenzen, in der Neigung für das „rein Russische“ erzogen, von Jugend auf den traditionellen Haß in sich eingesogen hatte, der damals in Rußland gegen den habsburgischen Kaiserstaat herrschte. Der türkische Krieg, der Berliner Kongreß und deren Folgen in den südslawischen Ländern waren nicht geeignet, diese Gesinnungen zu ändern, und selbst Bismarck hielt den neuen Herrscher aller Reußen durch seine Thronfolgepolitik für gebunden. Aber der schreckliche Untergang des Vaters, der Kampf gegen den Nihilismus

drängten Alexander III. erst recht auf die Seite der konservativen Mittelmächte und steigerten seinen Argwohn gegen den Republikanismus und Radikalismus in Frankreich. Die konstitutionellen Pläne, mit denen sich sein Vater unter dem Einfluß des Grafen Loris-Melikow zuletzt getragen hatte, verschwanden sofort in der Versenkung als Zugeständnisse an die Revolution. Sogleich nach seiner Thronbesteigung sagte er zu Giers, er habe nicht die Absicht, eine deutschfeindliche Politik zu treiben, wolle vielmehr, entsprechend seiner vollsten inneren Überzeugung, freundschaftliche Beziehungen zu den beiden benachbarten Kaisermächten pflegen. An Wilhelm I. richtete er einen eigenhändigen sehr herzlichen Brief, worin er beteuerte, die durch drei Generationen bewährte Freundschaft mit Preußen als den besten Teil seines Erbes zu betrachten. In Wien faßte man übrigens den Regierungswechsel in Rußland durchaus nicht pessimistisch auf. Man glaubte, daß das Aufhören der persönlichen Intimität, wie sie zwischen Wilhelm I. und Alexander II. bestanden hatte, Österreich zugute kommen, daß der neue Zar weder eine so persönliche noch auch eine so expansive Politik treiben, sich mehr auf Rußland beschränken würde, wie sein Vater, daß er daher weniger Verwirrung in die Geschäfte tragen und für Österreich bequemer sein würde. Haymerle hatte einmal vor etwa zwei Jahren mit ihm eine halbe Stunde gesprochen und resolvierte sich dahin: „Alles, was er ihm gesagt habe, sei verständig gewesen. Dies und der durchaus honnette Charakter desselben seien doch eine große Garantie für die Zukunft.“

Durch die Thronveränderung in Rußland geriet die Negoziation einige Zeit ins Stocken; Ende April und im Laufe des Mai kam sie wieder in Fluß. Beinahe wäre sie allerdings „durch die wenig geschickte und noch weniger staatsmännische Behandlung der Sache“ durch Haymerle, wie Bismarck vor Kaiser Wilhelm sich ausdrückte, noch in letzter Stunde gescheitert; der Kanzler fühlte sich durch die Tonart der amtlichen Schriftstücke Haymerles verletzt, zumal durch seine Neigung, „jedes Zugeständnis oder jede Ablehnung mit einer unverbindlichen oder spitzen Äußerung zu begleiten, die den Vorwurf involvierte, daß wir im Dienste der österreichischen Politik nicht hinreichenden Eifer zeigten“. In der Hauptsache drehte sich der Konflikt zuletzt darum, daß man in Wien die Bedingung stellte, daß außer Bosnien und der Herzegowina auch noch der Sandschak von Nowibasar annektiert und unter die Garantie des neuen Vertrages gestellt werden dürfe; der Zar wollte das nicht bewilligen, weil es über das Maß der Zugeständnisse hinausging, die sein Vater durch das geheime Abkommen vom 13. Juli 1878 eingeräumt hatte, worin den Österreichern nur das Recht zuerkannt war, diesen Bezirk zu besetzen und in Verwaltung zu nehmen; wie Haymerle dem Prinzen Reuß mitteilte, war es Franz Josef selbst, der darauf bestand. Umsonst suchte Bismarck den russischen Widerspruch zu beseitigen, indem er Saburow vorstellte: „Wir machen einen Fehler, wenn wir Österreich abhalten, sich zu kompromittieren durch schriftliche Fixierung dieser Forderung, die es nur mit den Westmächten brouillieren und in jeder künftigen Ostkrisis zu unserm Mitschuldigen machen wird.“ Wie Saburow erzählt, überwand Bismarck den letzten Widerstand Haymerles durch eine Spezialmission seines Sohnes Herbert, der in Wien ausrichtete,

daß sein Vater der Sache müde sei, „und, wie es scheint, durch einen unmittelbaren Appell von dem eigensinnigen Minister an Kaiser Franz Josef“.

So kam am 18. Juni 1881 ein Vertrag zwischen Deutschland, Österreich und Rußland zustande, die sog. „Erneuerung des Dreikaiserbündnisses“ der siebziger Jahre, von Bismarck, Saburow und Sczechenyi unterzeichnet. Auf drei Jahre geschlossen, wurde er so geheim gehalten, daß er erst nach der Auflösung der Donaumonarchie bekannt geworden ist. Alle drei Mächte hatten wohl ein Interesse an dem vollkommenen Stillschweigen, das darüber bewahrt wurde, schon wegen der ihm anhaftenden antibritischen Tendenz. Rußland insonderheit lag daran, um nicht die panslawistischen Tendenzen tödlich zu beleidigen; schon die Existenz eines solchen Traktates, so kurz nach dem Berliner Kongreß, hätte das bewirkt, geschweige denn erst sein Inhalt, wenn er in die Öffentlichkeit gedrungen wäre, mit seinen Bestimmungen z. B. über den Sandschak von Nowibasar. Aber auch der Kaiser Franz Josef war für möglichste Diskretion, in Rücksicht auf die öffentliche Meinung vornehmlich in Ungarn, da bei den Magyaren eine engere Verbindung mit Rußland höchst unpopulär war. Der Traktat bedeutete tatsächlich eine Wiederherstellung des „Dreikaiserbündnisses“ der siebziger Jahre; ausdrücklich ward (in Artikel VI) gesagt, daß durch ihn die geheimen Konventionen ersetzt werden sollten, welche Rußland mit Österreich-Ungarn und Deutschland im Jahre 1873 (s. o. S. 41 f.) geschlossen hatte. Die drei Mächte verpflichteten sich, falls eine von ihnen durch eine vierte angegriffen würde, gegeneinander eine wohlwollende Neutralität zu beobachten und darauf hinzuwirken, daß der Konflikt lokalisiert würde. Dasselbe sollte statthaben, wenn eine von ihnen [d. h. dem Sinne zufolge Rußland] mit der Türkei in Krieg gerate, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß zwischen allen dreien vorher eine Übereinkunft über die Ergebnisse dieses Waffenganges geschlossen worden sei, also etwa ein neues Reichstädter Protokoll, aber diesmal unter Beteiligung Deutschlands. Durch die erste dieser beiden Bestimmungen erhielt Deutschland eine Rückendeckung durch Rußland gegen Frankreich, falls ein deutsch-französischer Krieg ausbrach, gleichgültig, wer der Angreifer war, ob Frankreich oder Deutschland, — insofern war also bereits der russisch-österreichisch-deutsche Vertrag von 1881 ein sog. „Rückversicherungsvertrag“ Deutschlands mit Rußland gegen Frankreich. Die zweite der erwähnten beiden Festsetzungen ließ (und das war wohl ihr wahrer Zweck) Österreich-Ungarn freie Hand für den Fall, daß es Rußland belieben sollte, gegen die Pforte loszubrechen, ohne sich erst darüber mit Österreich und Deutschland verständigt zu haben. Für Rußland war der Hauptvorteil, daß durch den neuen Traktat der Verschluß der türkischen Meerengen gemäß den Erklärungen Schuwalows auf dem Berliner Kongresse statuiert wurde, und zwar eben im Interesse Rußlands, da dieses dadurch gegen die Gefahr eines feindlichen, d. h. britischen Flottenangriffes vom Mittelmeer her geschützt wurde; sollte die Türkei dagegen verstoßen, so wollten ihr die drei Mächte erklären, daß sie sich gegen die verletzte Partei, d. h. Rußland, in Kriegszustand gesetzt habe, und daß sie daher der Garantien des Berliner Vertrages hinsichtlich ihres territorialen status quo verlustig gehe. Veränderungen im Territorialbestande der europäischen Türkei sollten

im Einvernehmen der drei Mächte vor sich gehen. In einem Zusatzprotokoll wurden alsbald einige Bestimmungen in dieser Hinsicht getroffen: Es wurde Österreich anheimgestellt, nach Ermessen die Okkupation von Bosnien und der Herzegowina in eine förmliche Annexion zu verwandeln; das Zugeständnis, welches Rußland bereits auf dem Berliner Kongreß der Wiener Hofburg gemacht hatte, den Sandschak von Nowibasar in eigene Verwaltung nehmen zu dürfen, wurde erneuert und bestätigt. Deutschland und Österreich hinwiederum verpflichteten sich, einer Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien, wie sie ja von jeher in den Wünschen Rußlands lag, keinen Widerstand zu leisten; dagegen sollten alle drei Mächte (und das hieß praktisch in diesem Falle lediglich Rußland) die Bulgaren von jedem Angriff gegen die benachbarten ottomanischen Provinzen, namentlich Mazedonien, abhalten und ihnen zu Gemüte führen, daß sie in solchem Falle auf eigene Rechnung und Gefahr handeln würden. Zum Schlusse einigten sich die kontrahierenden Mächte dahin, ihren Vertretern und Agenten im Orient gleichlautende Instruktionen zu freundschaftlichem Zusammenwirken und zur Vermeidung von Differenzen und störenden Reibungen zu erteilen.

Am günstigsten von den drei Paziszenten schnitt, was die Balkanfrage direkt und positiv anbelangte, Österreich-Ungarn ab; der Gewinn, der ihm auf dem Berliner Kongreß zuteil geworden war, und mit dem sich Rußland damals nur widerwillig, unter dem Drucke der Gesamtlage und des Europäischen Konzerts, abgefunden hatte, wurde ihm nunmehr durch Rußland aus freien Stücken, durch freundschaftlichen Vertrag anerkannt, gesichert und erweitert. Eine ausdrückliche Festlegung beiderseitiger Interessengebiete Österreichs und Rußlands auf der Balkanhalbinsel, etwa im Sinne einer Teilung durch eine nordsüdliche Linie enthielt das Instrument nicht, auch nicht die des russischen Einflusses in Bulgarien. Es war nun freilich klar, daß der auf eine eventuelle Wiedervereinigung Bulgariens mit Ostrumelien bezügliche Artikel eine Konzession war, die zumal durch Österreich den russischen Wünschen gegenüber gemacht wurde. Darin lag in gewissem Sinne die faktische Anerkennung eines besonderen Anteils Rußlands am ferneren Schicksal Bulgariens, aber keineswegs etwa eine förmliche Zuweisung dieses Landes in die russische Machtsphäre oder die Statuierung eines russischen Protektorates über das junge Fürstentum; es kann allerdings nicht geleugnet werden, daß die letzte politische Konsequenz dieser Bestimmung darauf hinauslief, daß gewissermaßen ein näheres Verhältnis Bulgariens zu Rußland implizite durch sie vorausgesetzt wurde, — waren doch erst ein halbes Jahr zuvor noch Haymerle Äußerungen dieser Art (s. o. S. 361) entschlüpft. Für Rußland war es ungemein wertvoll, daß es nicht nur Garantien vor einem Angriff zur See, von Süden her, durch die Meeresengen, erhielt, wie ihn der Krimkrieg gebracht hatte, sondern daß ihm auch ganz allgemein für den Fall des Ausbruches eines Krieges mit England, der ja wegen der mittelasiatischen Expansion keineswegs unmöglich war, der Rücken gegen Westen, d. h. Deutschland und Österreich, gedeckt ward. Mit andern Worten: damals am Balkan, im näheren Orient, weniger interessiert als in Zentralasien, machte Rußland den Österreichern dort Zugeständnisse, — es war, als sei all das Trennende, Bittere, Feindselige, das sich in den letzten Jahren zwischen den drei

Kaiserreichen erhoben hatte, spurlos wie mit einem nassen Schwamm hinweggelöscht, als herrsche wieder eitel Friede und Harmonie. Und war dieser Zustand nicht eigentlich schon gerade in den Tagen der schlimmsten Krisis angebahnt, ja sogar als das eigentliche Ziel hingestellt worden, dem man von vornherein auf beiden Seiten, sowohl in Deutschland, wie auch in Rußland, zugestrebt habe? Man hatte ja in Petersburg von jeher betont, man wünsche nichts sehnlicher, als der Dritte im Bunde zu sein, d. h. eben das alte Dreikaiserverhältnis wiederherzustellen, und auch in Berlin fehlte es nicht an Wendungen, als sei der österreichisch-deutsche Zweibund nichts weiter, als lediglich eine Etappe, um den Ring um die drei Kaiserstaaten, wie vordem, nur noch fester und haltbarer zu schmieden. So konnte es den Eindruck gewähren, als handle es sich bei dem Stadium, in welches nunmehr die russisch-deutsch-österreichischen Beziehungen traten, um die Vollendung und Krönung einer Entwicklung, die schon seit dem Herbst des Jahres 1879 im Gange war, und als ob der Zustand, der also geschaffen war, in sich die Gewähr sicherer und unverbrüchlicher Dauer tragen müsse.

Wie hat Bismarck über die Zukunft des erneuerten Dreikaiserbündnisses gedacht? Wir wissen ja, er hielt Rußland und Deutschland für sichere Partner; und von Österreich argwöhnte er, es wolle sich „drücken". Aber auch da war er guten Mutes; im April 1881 sagte er, als Österreich einen dreijährigen Bestand des Vertrages vorschlug: „Wenn Österreich dieses Wollhemd drei ganze Jahre auf dem Leibe getragen hat, so wird es nicht mehr imstande sein, es ohne das Risiko der Verkältung abzulegen." Die Voraussetzung für die Haltbarkeit des neuen Verhältnisses war, wie wir sahen, das relative Desinteressement Rußlands am Balkan, und es war die Frage, wie lange damit zu rechnen war. Schon in dem soeben geschlossenen Traktate waren die verschiedenen Balkaninteressen der beiden östlichen Kaisermächte wieder einmal recht dürftig ausgeglichen oder, richtiger gesagt, vertagt worden, und der Umstand, daß auch jetzt noch nicht eine förmliche und ausdrückliche Abgrenzung der beiderseitigen Machtsphären auf der Halbinsel möglich gewesen war, gab in der Folgezeit Anlaß zu neuen Konflikten: Rußland behauptete, Bulgarien sei durch den Berliner Kongreß und die daran anknüpfende Entwicklung, deren wesentlichstes Moment eben das Abkommen von 1881 war, der seinigen zugeteilt worden: Bismarck stimmte zu, während die Wiener Regierung das leugnete. Wir werden sehen, wie sich dieses Spiel eines vorübergehenden Desinteressements Rußlands am näheren Orient in der nachbismarckischen Ära noch einmal in viel größerem Umfange wiederholen sollte, und wie auch bei diesem neuen Versuche einer österreichisch-russischen Entspannung bezüglich des Balkans Deutschland abermals willig die Hand zur Vermittlung bot, in der auch jetzt wiederum illusorischen Hoffnung, den österreichisch-russischen Gegensatz dadurch dauernd aus der Welt schaffen zu können. Aber der Drang Rußlands nach Konstantinopel brach schließlich doch immer wieder durch, und konnte es dahin nur auf dem Umwege über Wien gelangen, so blieb es das Ergebnis der Option, wie sie Bismarck in der Balkanfrage zwischen Rußland und Österreich nun einmal um die Mitte der siebziger Jahre vollzogen hatte, daß dem der weitere Umweg

über Berlin hinzugefügt wurde. Daß darin ein für allemal nichts mehr zu ändern war, das kam auch insofern bei der Erneuerung des Dreikaiserbündnisses zum Ausdruck, als etwa vier Wochen später vor seinem Abschlusse zwischen den leitenden Staatsmännern Deutschlands und Österreichs, Bismarck und Haymerle, offizielle Deklarationen ausgetauscht worden waren, des Wortlauts:

„daß das in Aussicht genommene Abkommen zu drei ihrem Allianzvertrage vom 7. Oktober 1879 in keinem Falle derogieren kann; der letztere vielmehr, wie wenn das erstere nicht existierte, gemäß seinem Inhalte und den Intentionen der beiden vertragschließenden Mächte bindend bleibt und erfüllt werden wird;

„daß der Vertrag vom 7. Oktober 1879 daher maßgebend bleibt für das Verhalten beider Mächte, ohne durch den beabsichtigten neuen Vertrag mit Rußland in irgendeinem Punkte eine Einschränkung oder Änderung zu erleiden."

Nicht im geringsten wurde somit durch den Traktat vom 18. Juni 1881 in den österreichisch-deutschen Zweibund von 1879 irgendwelche Bresche gelegt; dieser blieb vielmehr als das feste und unverrückbare Resultat der deutschen Option für Österreich und gegen Rußland in voller Kraft. Denn diese wurde durch ihn keineswegs aufgehoben, sondern lediglich die Möglichkeit, daß sich ihre praktischen Konsequenzen, nämlich im Falle eines österreichisch-russischen Krieges, geltend machen könnten, auf unbestimmte Zeit weiter hinausgeschoben, nicht aber beseitigt. Zunächst verzichtete Rußland darauf, die Balkanfrage zu einem casus belli mit Österreich zu machen, aber keineswegs bleibend und unbedingt. Nur bis auf weiteres, nicht etwa für immer war eine Kriegsgefahr für Europa aus Anlaß der Balkanfrage vertagt. Das war gewiß eine momentane Erleichterung der Situation; wie lange sie anhalten würde, das mußte die Zukunft zeigen; es sollte nicht gar so lange sein. Die Bündnispflicht auf Grund des Vertrages von 1879 bei einem russischen Angriff auf Österreich blieb bestehen, nicht minder aber auch das aus der vorherigen Option entsprungene Bedürfnis Deutschlands, in einem österreichisch-russischen Kriege, aus welchem Anlasse er auch immer entbrenne, und wer der Friedensbrecher sein sollte, für Österreich einzuspringen, wenn es darin von Untergang bedroht werden würde, — wollte sich Deutschland dem dann etwa entziehen, so geriet es dadurch naturnotwendig eben in die Lage, die Bismarck durch seine Option hatte vermeiden wollen, allein zwischen zwei übermächtigen Nachbarn zu stehen, von denen der eine, Frankreich, ihm auf jeden Fall feindlich gesinnt war, so daß es ganz und gar von der Gnade und Laune des andern, d. h. Rußlands, abhing, dem auch nicht zu trauen war. Und die Sache stand auch keineswegs etwa so, daß Bismarck in jedem Falle fähig war, eine Krisis zu verhüten, in der Deutschland zu einer derartigen Stellungnahme sich genötigt sehen konnte. Er konnte wohl bis zu einem gewissen Grade auf Österreich retardierend einwirken, und das hat er in der Folgezeit mit größerer Kunst fertiggebracht, wie später seine Nachfolger in der Leitung des Deutschen Reiches, als das russische Desinteressement in der Balkanfrage definitiv aufhörte. Insofern war die Position Deutschlands Österreich-Ungarn gegenüber jetzt eine freiere und selbständigere, im Vergleiche zum Herbst 1879, als sich Bismarck, in Überschätzung der Deutschland aus dem Panslawismus drohenden Gefahren,

für die Einzelheiten der Allianz, damit diese nur überhaupt perfekt wurde, damals dem Diktate Andrassys hatte unterwerfen müssen. Es war ja auch klar, daß in der neuen Tripleentente der Kaiserreiche Deutschland jedem der beiden Genossen näher stand, als diese beiden einander; solange sie hielt, war Deutschland voraussichtlich ihr Kitt und, insoweit es möglich war, in ihr das führende Element; ausgeschlossen schien es auch, daß Rußland jetzt das frühere Spiel Gortschakows wiederholte, durch Zusammengehen mit Österreich Deutschland an die Wand zu drücken. Deshalb bleibt es doch nicht minder wahr, daß es ganz und gar nicht in Bismarcks Macht lag, Rußland zu hindern, seinem Balkandesinteressement ein Ende zu machen und dadurch die Krisis hervorzurufen, die Deutschland wieder vor die Notwendigkeit der Wahl zwischen den beiden Ententegenossen stellte, ja sogar nicht einmal, Österreich-Ungarn von Schritten und Maßnahmen abzuhalten, welche eine solche Krisis zu beschleunigen und zu verschärfen geeignet waren. Mit andern Worten: das erneuerte Dreikaiserbündnis vom Jahre 1881 war nicht minder fragwürdig und hatte keine bessere innere Gewähr des Bestandes und der Leistungsfähigkeit als sein Vorgänger im verflossenen Jahrzehnt; es hob die Folgen der Option Deutschlands für Rußland nicht nur keineswegs auf, sondern legte sie eher dauernd fest, indem es bei seiner mangelnden Solidität den Keim zum Zwange immer wieder neuer Wahl in sich barg. Die grundsätzliche Unvereinbarkeit der russischen und österreichischen Interessen auf dem Balkan drückte auch diesem Abkommen von vornherein den Stempel der Unhaltbarkeit auf; es vermochte schon dem ersten ernstlichen Sturme, dem es ausgesetzt wurde, nicht standzuhalten.

Sowohl der neue Zar Alexander III., als auch Giers, der einige Zeit später (9. April 1882) als Nachfolger Gortschakows offiziell das russische Außenministerium übernahm, betrachteten den Vertrag vom 18. Juni 1881 als einen großen Erfolg. Und sie hatten dazu alle Ursache. Denn Rußland war seiner peinlichen Isolierung enthoben, und es erhielt freien Rücken bei seinem Vorgehen in Mittelasien; auch entsprach er der inneren Politik des Zaren, der sich ja nach seiner Thronbesteigung dafür entschied, von den liberalen Reformen Abstand zu nehmen, mit denen sich sein Vater zuletzt getragen hatte. Besiegelt wurde das neue deutsch-russische Einverständnis auf einer Zusammenkunft in Danzig im September 1881, an der Wilhelm I. und Alexander III., Bismarck und Giers teilnahmen; man stellte dabei mit Befriedigung fest, daß es sich auf die schwebenden Fragen der auswärtigen und inneren Politik erstrecke. Der deutsche Kanzler gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß Frankreich, in Tunis vollauf beschäftigt, in Europa Ruhe halten werde, auch Gambetta, wenngleich er den Mund noch so voll nehme; er versicherte, daß Deutschland weder Frankreich angreifen noch sonst irgendwie den Krieg heraufbeschwören wolle: die Hauptsache sei jetzt, so fügte er hinzu, sowohl für Deutschland wie auch für Rußland die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, der Kampf gegen den sozialen Umsturz. Auf die panslawistische Agitation und die durch sie verhetzte öffentliche Meinung in Rußland konnten nun freilich die guten Beziehungen, wie sie zwischen den Regierungen damals bestanden, eine beschwichtigende Wirkung nicht ausüben, da der neue Traktat, wie seine beiden

Nachfolger, die im Laufe des Jahrzehntes, zuerst noch einmal in Gemeinschaft mit Österreich, dann ohne dieses geschlossen wurden, vom strengsten Geheimnisse umgeben waren. So konnten denn die aufreizenden Reden, welche Skobelew, der als der kommende Obergeneral in dem von seinen allrussischen Gesinnungsgenossen sehnlichst erhofften, deutsch-russischen Entscheidungskriege galt, in Paris hielt, und in denen er Slawen und Franzosen zum heiligen Kampfe gegen die Teutonen aufrief (worunter er auch die Engländer verstand), ihre vergiftende Wirkung ausüben und die Stimmung sowohl an der Seine wie auch an der Newa für politische Verbindungen vorbereiten, die ganz anderer Natur waren, als diejenigen, welche die Regierung nunmehr im stillen selber pflegte, und über denen sie ihre letzten eigentlichen Ziele nie vergaß. Mit Recht nahm man in Wien daran Anstoß, daß die Kriegstrompete Skobelews „in Rußland nicht den Dämpfer fand, der dieselbe vollkommen tonlos gemacht haben würde". Aber das gehörte zur Methode der russischen Politik, und darin brachte sie es schließlich zu einer virtuosenhaften Meisterschaft: während sie amtlich gemäßigten Direktiven folgte, Kräften freien Spielraum zu gewähren, die den ausschweifendsten Lockbildern nachjagten und den Boden für sie selbst zu ebnen bestimmt waren; wenn dann die Gelegenheit günstig war, so erntete sie gern die Drachensaat, die jene vordersten Plänkler ausgestreut hatten.

Fünfzehntes Kapitel.

Die Entstehung des Dreibundes und die ergänzenden Verträge mit Serbien und Rumänien.

1881 bis 1883.

In dem russisch-italienischen Wettlaufe um die Verständigung mit den Mittelmächten war somit Rußland zuerst am Ziele angelangt; Bismarck hatte das beim Wiener Kabinett durchgesetzt, welches sich dagegen sträubte. Im übrigen brauchten durch die Wiederherstellung des „Dreikaiserbündnisses" die Bemühungen um die Erweiterung des Zweibundes zu einem Dreibunde an sich keineswegs berührt, geschweige denn gestört zu werden. Ein gutes Verhältnis Deutschlands und Österreichs mit Rußland schloß ein solches mit Italien keineswegs aus, und hatte Italien den zunächst unternommenen Versuch der Annäherung an die Mittelmächte trotz des Entgegenkommens, das es in Wien unverkennbar gefunden hatte, schließlich fallen lassen, so konnten diese ruhig den Augenblick abwarten, an dem jenes sich genötigt sehen würde, ihn zu erneuern. Man wußte in Berlin und Wien ganz genau, daß die Italiener ihnen kommen mußten, und Bismarck wenigstens brannte auch jetzt noch auf nichts weniger als etwa darauf, Italien als Dritten im Bunde zu gewinnen. Cairoli hatte die Verhandlungen in Wien, die um die Jahreswende begonnen hatten, von Anfang an bereits mindestens nicht mit besonderem Eifer betrieben und sodann im Sande verlaufen lassen; die Okkupation von Tunis durch die Franzosen im Frühjahre zeigte jetzt den Italienern mit erschreckender Deutlichkeit, wie isoliert sie waren. Mit Frankreich waren sie völlig zerfallen; es bemächtigte sich ihrer gegen die lateinische Schwesternation eine gereizte Stimmung, die noch erhöht wurde durch wirtschaftspolitische Reibungen, nämlich durch einen Zollkrieg, der insonderheit dem italienischen Weinbau durch Beschränkung der Ausfuhr nach Frankreich Abbruch zufügte. Die gegenseitige Erbitterung entlud sich in spontanen Ausbrüchen; italienische Arbeiter erlitten im Sommer 1881 in Marseille schwere Mißhandlungen. Aber die Hauptsache war die Begründung des französischen Protektorates über Tunis; sie kam den Italienern ganz unerwartet und wurde von ihnen als ein harter Schlag empfunden. Cairoli, der allzu optimistisch auf den Beistand Englands gehofft hatte, mußte zurücktreten; das Auswärtige übernahm Pasquale Mancini, den Vorsitz im Kabinett Depretis. Mit Cairoli war auch insofern ein Hindernis einer engeren Verbindung zwischen

Österreich und Italien beseitigt, als er den irredentistischen Agitationen eine recht weitgehende Nachsicht erwiesen hatte. Nicht nur das alte Ministerium wurde in Italien für die üble Wendung in der Tunisaffäre verantwortlich gemacht, sondern auch der König; das gab der antimonarchischen Bewegung in Italien neue Nahrung; so ist es zu erklären, daß gerade König Humbert persönlich der Intimität mit den konservativen Mittelmächten zustrebte und in diesem Sinne auf Depretis und Mancini wirkte, welche ihrerseits nicht mit dem gleichen Eifer von sich selbst aus bei der Sache waren.

So waren denn doch noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Bismarck war noch immer nichts weniger als übermäßig freundlich für Italien gesinnt; auch später hat er den Anregungen des römischen Kabinetts, die Vermittlung in Wien zu übernehmen, ein mangelndes Entgegenkommen gezeigt, und noch zum Ende des Jahres 1881 fand der deutsche Botschafter in Rom, v. Keudell, daß der Kanzler das Gewicht unterschätze, das Italien in einer großen europäischen Komplikation in die Wagschale werfen könnte. Auch in Wien verhielt man sich zuerst reserviert; noch einige Wochen vor seinem Tode (10. Oktober 1881) gab Haymerle dem Grafen Robilant, dem italienischen Botschafter in Wien, zu erwägen, ob es nicht geraten sei, die Verhandlungen über ein italienisch-österreichisches Einverständnis aus Rücksicht auf Frankreich hinauszuschieben, um den Schein zu vermeiden, als sei es gegen die Republik gerichtet. Ende Oktober verweilte das italienische Königspaar zum Besuche in der Hofburg; Humbert und die ihn begleitenden Minister waren zum Abschlusse eines Garantievertrages bereit. Da jedoch von österreichischer Seite die Bündnisfrage nicht berührt wurde, hielten auch die Italiener zurück; immerhin wurde durch den Besuch eine freundschaftliche Atmosphäre geschaffen, welche zu guten Erwartungen berechtigte; ausdrücklich wurde erklärt, Italien wolle in allen auftauchenden wichtigen Fragen eine Verständigung mit Österreich anstreben. Vor allem war es der Baron Blanc, der Unterstaatssekretär im römischen Außenministerium, der für den Anschluß an die Mittelmächte eintrat, um „etwas für die Erhaltung und Rettung des sehr bedrohten Königtums zu tun“. Er klopfte in diesem Sinne bei den Botschaftern Deutschlands und Österreichs, dem Herrn von Keudell und dem Grafen von Wimpffen, an; es war freilich noch nicht zu erkennen, ob er einen Garantie- oder Neutralitätsvorschlag zu machen gedachte. Der italienische Botschafter in Wien, der Graf von Robilant, trug Bedenken, hier die von Blanc gewünschte Sondierung vorzunehmen, da er sich seines Kabinetts nicht sicher genug glaubte. Kalnoky, der jetzt die österreichische Politik leitete, war der Anregung nicht ungünstig gesinnt. Er besorgte, wenn Italien keinen Halt an den Mittelmächten finde, so könnte eine Gruppe lateinischer Republiken entstehen, der dann eine solche slawischer folgen würde, auch möchte der päpstliche Stuhl in den Sturz des italienischen Thrones verwickelt werden. Aber er konnte sich mit der Idee eines Garantievertrages nicht befreunden und hatte überhaupt wenig Vertrauen zu Italien, wie er sogar den Argwohn hegte, daß zwischen Italien und Rußland geheime Abmachungen mit der Spitze gegen die Mittelmächte existierten; keinesfalls wollte er etwas ohne Bismarck tun. Auch dieser wollte von einem Garantievertrage nichts

wissen; er machte darauf aufmerksam, daß ein solcher den Besitz des ehemaligen Kirchenstaates für Italien decken würde, und erachtete eine Parteinahme in dem darüber zwischen dem Papste und Italien schwebenden Streite für eine Macht mit katholischen Untertanen für untunlich. Immerhin war auch er der Ansicht, daß man Italien nicht entmutigen dürfe, und sprach sich dafür aus, die italienischen Annäherungsversuche zunächst mit dem Wunsche eines dem Papste annehmbaren modus vivendi in der römischen Frage zu beantworten. Dazu war Kalnoky ganz und gar nicht geneigt; er wandte dagegen ein, die italienische Regierung würde darin eine Einmischung in ihre inneren Verhältnisse erblicken, und gerade Österreich als katholische Macht könne solches nicht tun, ohne vorher mit der Kurie Fühlung zu nehmen, die dadurch zu hochgespannten Erwartungen und Ansprüchen angereizt werden würde.

Erst Mitte Januar 1882 rückte Robilant mit der Sprache heraus. In einer Unterredung mit Kalnoky entschuldigte er sich, daß er erst jetzt das Schweigen breche, da er sich zuvor des Einverständnisses mit den Ministern in Rom habe vergewissern wollen. Er bekannte rundheraus, der König, in diesem Wunsche von der Königin lebhaft unterstützt, habe den Entschluß gefaßt, sich den Mittelmächten zu nähern, und zwar in festen Formen: die Monarchie sei von Frankreich aus bedroht, die lateinische Rasse stehe vor der Gefahr, republikanisiert zu werden, und das könne doch den nordischen Kaisermächten nicht gleichgültig sein. Im übrigen beschränkte er sich „auf ein unverbindliches Gespräch"; er vermied es sorgfältig, von einem Garantie- oder Neutralitätsvertrage und von der Papstfrage zu reden. Sein Partner antwortete nicht minder unverbindlich. Er versicherte den Botschafter seiner Sympathie mit dem Plane einer Annäherung, bemerkte jedoch, zu „festen Formen" sei kein rechter Anlaß, zumal da es etwas Mißliches sei, geheime Verträge mit parlamentarisch regierten Staaten zu schließen: auch müsse man in Wien erst wissen, wie sich Berlin zu den italienischen Eröffnungen stelle. Wenn er auch die „Geneigtheit" Österreich-Ungarns betonte, die Dynastie in Italien zu stützen, so gab er doch seinem Mangel an Vertrauen hinsichtlich des gegenwärtigen Ministeriums Ausdruck; er erinnerte an die irredentistischen Agitationen der Partei Depretis, und Robilant konnte nicht umhin, obwohl er versicherte, Mancini und Depretis seien mit dem Monarchen einverstanden, seiner persönlichen Überzeugung „von der Unzuverlässigkeit dieser Republikaner" gleichfalls Luft zu machen. Ende Januar machte der Graf Launay analoge Eröffnungen vor Bismarck; auch dieser verhielt sich ziemlich kühl und reserviert. Zuerst sprach der Botschafter von einem eventuellen Übereinkommen Italiens mit den drei Kaisermächten insgesamt; Fürst Bismarck ging jedoch auf diese „neue Version" nicht ein; auch die Bitte Launays, von sich aus einen Bündnisvertrag der Mittelmächte mit Italien zu entwerfen, lehnte er ab, indem auch er, und noch schärfer, als Kalnoky, auf die Schwierigkeit hinwies, mit einem parlamentarisch regierten Staate Geheimverträge abzuschließen. Zwischen Deutschland und Italien, so fügte er hinzu, bestünden keine Reibungsflächen, wohl aber zwischen Österreich und Italien, auf dem Balkan, im Mittelmeer, an der Ostküste der Adria, sowie die Irredenta: daher müsse Italien zuerst mit Österreich

die Grundlage eines Abkommens vereinbaren; dann, aber auch erst dann, werde Deutschland seine Sanktion erteilen und sich nach Möglichkeit dem anschließen, was zwischen Rom und Wien vereinbart worden sei. Er resumierte sich dahin, „daß wir alles, was Italien für Österreich tun werde, als uns erwiesen betrachten würden, und daß der Schlüssel der Tür, die zu uns führe, für Italien in Wien zu finden sei". Kaiser Wilhelm billigte die Erklärungen des Kanzlers vollkommen und erkannte in Erinnerung an 1866 die Notwendigkeit an, Italien für Deutschland zum Freunde zu erhalten.

So wurde denn die Kaiserstadt an der Donau der Schauplatz der entscheidenden Unterhandlung. Am 19. Februar wurde diese durch Kalnoky und Robilant wieder aufgenommen. Jener ersuchte den Botschafter um nähere Vorschläge; als Robilant, vorsichtig abwartend, das Vorhandensein detaillierter Instruktionen in Abrede stellte, erklärte sich Kalnoky bereit, in akademischer Weise die noch unbekannte Form eines künftigen Abkommens „gemeinschaftlich zu suchen und zu besprechen". Von dem österreichischen Minister gestellt, rückte der Italiener schließlich mit der Idee des Garantievertrages heraus; er wäre um so wertvoller gewesen, als ja die habsburgische Macht sozusagen die althergebrachte Gönnerin Roms und des Kirchenstaates, damals noch die eigentliche und einzige katholische Großmacht war. In Übereinstimmung mit den Intentionen Bismarcks wies Kalnoky diesen Vorschlag zurück, und es kam nun die Sprache auf den eines Neutralitätsvertrages; der Minister ersuchte den Botschafter, „er möge, unter Mitteilung des heute akademisch Besprochenen, den Herrn Mancini auffordern, auch seinerseits zu reden und Vorschläge zu machen". Tatsächlich wollte man in Rom gerade den Garantievertrag; aber in diesem Punkte war man sowohl in Wien wie auch in Berlin fest, und Bismarck riet dem österreichischen Kabinett dringend, „auch ferner und solange wie möglich de faire la sourde oreille in allem, was den Papst berührt". Andererseits aber war er doch der Ansicht, daß den Italienern mit einem bloßen Neutralitätsvertrage nicht gedient sei, da sie dann im Falle eines Konfliktes mit Frankreich ihren Strauß allein auszufechten hätten; er befürchtete, daß sie sich in Rücksicht darauf versucht fühlen könnten, in eine aktive Bundesgenossenschaft mit Frankreich zu treten und sich dort für den Preis der Garantierung Roms anzubieten. In dieser Sorge bestärkte ihn die Erwägung, daß in dem damaligen Entwicklungsstadium der ägyptischen Frage eine europäische Krisis nicht ausgeschlossen schien, — machte doch Frankreich damals alle Anstrengungen, um das römische Kabinett wegen Tunis zu besänftigen und vom Anschlusse an die Mittelmächte abzuhalten. Daher verwandte er sich bei Kalnoky dafür, daß man Italien Beistand gegen unprovozierte Angriffe Frankreichs in Aussicht stelle, indem er hinzufügte: „Die Rücksicht auf das Selbstgefühl der Italiener sowohl als unser eigenes Interesse würde es mit sich bringen, daß das in der Form der Gegenseitigkeit geschähe, daß Italien uns ebenso seinen Beistand gegen einen Angriff Frankreichs zuzusagen hätte," — sehr hoch schlug er freilich die militärischen Leistungen Italiens für diesen Fall nicht an. Damit kam er den Wünschen der Italiener selbst entgegen; sie ließen es nicht an dringenden Vorhaltungen fehlen: „Italien habe nur einen, aber einen in

doppelter Hinsicht gefährlichen Nachbarn, nämlich Frankreich; gefährlich nicht nur als militärische Macht, sondern auch für die monarchischen Interessen und die soziale Ordnung Italiens. Indem Italien sich an die beiden konservativen Mittelmächte angeschlossen habe, hoffe es auch, bei denselben Schutz und Hilfe gegen die eventuell von Frankreich kommenden Gefahren zu finden."

Damit war die Basis gefunden, auf der nach langem Herüber und Hinüber, nach mannigfachen Differenzen über die Einzelheiten in den Bestimmungen und über die Formulierungen der Vertragstexte, schließlich ein Einvernehmen glücklich zustande kam. Es lohnt sich nicht, sie sämtlich im Detail zu verfolgen und zu beschreiben, um so weniger, als Bismarck selbst darauf nicht den geringsten Wert legte. Wiederholt warnte er davor, der Wahl der Ausdrücke im Traktat ein allzu großes Gewicht beizumessen: es komme im wesentlichen darauf an, sich der wohlwollenden Neutralität Italiens zu versichern, da mit einem eventuellen aktiven Eingreifen kaum zu rechnen sei: „fände es doch statt, so würde das erfreulich sein, aber wir würden auch ohne ein solches fertig werden." Das Hauptmotiv, von dem er sich dabei leiten ließ, faßte er unmittelbar nach dem Abschlusse in die Worte: „Ich kann dabei nicht umhin, die Bemerkung zu den Akten zu bringen, daß die diesseitige Diplomatie für die Redaktion der Aktenstücke nach Form und Inhalt keine Verantwortung trägt. Es kam für uns lediglich darauf an, dem uns verbündeten Österreich für den Kriegsfall die Sorge für die Deckung seiner italienischen Grenze nach Möglichkeit abzunehmen. Jede Redaktion, welche dieses Ziel deckte, konnte uns genügen, und ich habe mich gehütet, die zu überwindenden Schwierigkeiten durch schärfere Ansprüche an die Präzision der Fassung zu vermehren." Nur einige der Punkte, welche damals stark erörtert wurden, seien zur Charakteristik der Situation erwähnt. Franz Josef hatte den Eindruck, daß die von Bismarck vorgeschlagene Basis der Defensivallianz, „deren Spitze einzig und allein gegen Frankreich gerichtet wäre", für Österreich aus denselben Gründen unannehmbar sei, wie 1879 der Wunsch Bismarcks nach einer allgemeinen Defensivallianz, die auch Frankreich gemeint hätte; daher erschien es ihm erwünscht, „die Zusage gegenseitigen Beistandes nicht bloß für den Fall eines unprovozierten Angriffes von seiten Frankreichs zu geben, sondern dieselbe, auch ohne Rußland, beim Namen zu nennen, zu verallgemeinern". Wenngleich Kalnoky diese Bedenken seines Kaisers nicht teilte, so war es doch nicht leicht, die Formel zu finden, um sie zu zerstreuen. Italien war bemüht, in den Vertrag einige Bestimmungen hineinzubringen, die seinem eigenen Interesse in Ägypten und auf dem Balkan förderlich waren, in letzterer Hinsicht, um sich, falls es einmal zum Kriege zwischen Österreich und der Pforte käme, seine freundschaftliche Haltung oder Kooperation von Österreich vielleicht bezahlen zu lassen. Eben dank der Haltung Bismarcks wurden diese Schwierigkeiten beseitigt und ein von Kalnoky aufgestellter Entwurf mit Modifikationen des italienischen Kabinetts genehmigt, die Bismarck, wie gesagt, als unwesentlich von vornherein zu akzeptieren bereit war. Nur in dem einen Punkte blieben die Mittelmächte unerbittlich: alle Versuche der Italiener, durch Umwege und Hinterpförtchen die territoriale Garantie (nämlich mit Rücksicht auf die römische Frage) in das Dokument hineinzuschmuggeln, wurden be-

harrlich vereitelt. Im übrigen mahnte Bismarck das Wiener Kabinett ernstlich, die Italiener aufs sanfteste zu behandeln. Als Robilant selber, um endloses Hin- und Herschreiben und eventuelle Indiskretionen zu vermeiden und den Abschluß zu beschleunigen, Kalnoky bat, in Rom kategorisch zu erklären, die nun fertiggestellte Redaktion werde in Wien und Berlin nicht mehr abgeändert werden, und als der österreichische Minister diesem Ersuchen nachgeben wollte, resolvierte sich der Reichskanzler dahin: „Nur kein Druck auf Italien! Kein à prendre ou à laisser! . . . Wenn man den Italienern die Wien-Berliner Abmachungen als Diktat à prendre ou à laisser hingeben wollte und damit nicht reüssierte, sondern Italien zurückschreckte, so würde dessen Hinneigung zu Frankreich viel stärker sein als früher, und es würde alsdann besser gewesen sein, daß man überhaupt Verhandlungen gar nicht eingeleitet hätte."

Noch im letzten Stadium tauchte eine Schwierigkeit auf, die weniger von sachlicher als vielmehr von symptomatischer Wichtigkeit war, da sie die internationale Lage Italiens, dessen absolute Abhängigkeit von England und damit auch den Wert des in der Vorbereitung befindlichen Dreibundvertrages in Konfliktsfällen mit Großbritannien grell beleuchtete; praktische Bedeutung sollte sie freilich erst später bekommen. So viel hatte Italien nunmehr erreicht, daß nicht ein bloßer Neutralitätsvertrag, sondern eine Defensivallianz unter gewissen Voraussetzungen geschlossen werden sollte, deren Spitze sich gegen einen Angriff Frankreichs auf Italien richtete. Es ward dabei auch der Komplikationen gedacht, die sich für den Fall der Erweiterung eines Krieges, z. B. Deutschlands gegen Frankreich, durch den Eintritt einer dritten Macht ergeben könnten, etwa Englands. Man wünschte nun in Rom, daß die Bestimmungen über die Beistandspflicht Italiens für Deutschland so zu fassen seien, daß eine Verwicklung Italiens in einen Krieg mit England vermieden würde, indem man auf die Möglichkeit hinwies, daß sich nicht nur Frankreich, sondern auch Rußland mit Großbritannien verbünden könnten. „Man möchte," so berichtete der österreichische Botschafter Graf Wimpffen in Rom über den Standpunkt der italienischen Regierung, „jeden Anschein eines Mißtrauens gegen England vermeiden; denn man fühlt, daß letztere Macht eine kriegerische Aktion Italiens vollständig paralysieren könnte". Es war ja klar, daß Italien bei seiner langgestreckten Küste und den daran ungeschützt gelegenen großen Städten ganz auf das Wohlwollen Englands angewiesen war, das mit seiner Flotte das Mittelmeer beherrschte. Schon in einem Kriege allein mit Frankreich glaubte Italien des Schutzes Englands für seine Küste nicht entbehren zu können; noch viel weniger konnte es daran denken, eine Politik zu treiben, die es den Feindseligkeiten der britischen, geschweige denn gar der vereinigten britischen und französischen Flotte aussetzte, — dagegen konnte ihnen kein Bündnis mit den Mittelmächten Sicherheit gewähren. Selbst die zuletzt erwähnte Eventualität erschien im Augenblick nicht gänzlich ausgeschlossen, — hatte es doch damals das Aussehen, als wäre eine Kooperation Englands und Frankreichs in der ägyptischen Frage nicht so ganz unwahrscheinlich; da konnten überraschende Wendungen kommen, welche die verschiedenartigsten Kombinationen mit sich brachten. Auf keinen Fall durften es die Italiener mit Großbritannien verderben. Bei ihrem

momentanen Verhältnis zu Frankreich waren sie für ihre Mittelmeerstellung und für ihre kolonialen Expansionstendenzen, die sie nach dem tunesischen Fehlschlage nur um so leidenschaftlicher zu betreiben gewillt waren, von England um so mehr abhängig; sie brauchten den britischen Beistand zur Abwehr weiterer Eroberungsgelüste der Franzosen in Nordafrika, damit diese nicht nach Marokko oder gar nach Tripolis hinübergriffen, worauf sie schon selber ihr Auge geworfen hatten. Unter diesen Gesichtspunkten hielt Mancini die Einbeziehung Englands in das in der Entstehung begriffene mitteleuropäische System für höchst wünschenswert, zum mindesten um der britischen Regierung die Loyalität und Friedfertigkeit des künftigen Dreibundes zu beweisen. Daher stellte er den Antrag, dem Vertragsinstrument ein Zusatzprotokoll beizufügen, daß den drei kontrahierenden Mächten jedwede antienglische Gesinnung fernläge, daß sie den Beitritt Englands zu ihrem Traktate, welche Gestalt dieser auch immer schließlich erhalten sollte, ob nämlich schließlich eine Allianz zu dreien, oder ein bloßer Neutralitätsvertrag, zustande kommen würde, offen ließen, und daß sie es sich daher auf Grund gemeinsamen Einvernehmens vorbehielten, zu passendem Zeitpunkte darauf hinzielende Eröffnungen in London zu machen.

Durch einen Privatbrief Mancinis gelangte dieses Ansinnen nach Wien, allerdings als ein sehr dringendes; doch ward hinzugefügt, daß es ganz außerhalb des Vertragsabschlusses liege „und letzterem nicht präjudiziere". Schon Kalnoky war ihm abgeneigt; er meinte, bei der derzeitigen Komposition des britischen Kabinetts würde man den größten Indiskretionen ausgesetzt sein, Sir Charles Dilke (bekannt als Imperialist und Radikalist zugleich) würde, „wenn ihm das passen sollte, nichts Eiligeres zu tun haben, als seinen Freunden in Frankreich Kenntnis von der Existenz eines Defensivvertrages zu geben, welcher seine Spitze gegen Frankreich gerichtet habe". Bismarck pflichtete ihm vollkommen bei; neben Dilke nannte er auch Chamberlain und Gladstone selbst als Personen, auf deren loyale Verschwiegenheit nicht zu zählen sei; er äußerte sich dahin: „Die Idee, England den Krieg zu e r k l ä r e n, ist wohl jedem der Kontrahenten fremd, denn keiner könnte ihn mit Erfolg führen; erklärt ihn England, so ist keine Wahl." Lange genug hatte Bismarck um das britische Bündnis geworben, und wir wissen (s. o. S. 352), daß im Mai 1880 Russell vor Granville bedauerte, daß die Anträge des Reichskanzlers wegen des Mißtrauens, das gegen ihn herrschte, in England kein Entgegenkommen gefunden hätten; der Botschafter ließ dabei durchblicken, daß sich Bismarck eben deshalb bemühe, Rußland dazu zu bringen, daß es den Platz im deutsch-österreichischen Bündnis einnehme, den er ursprünglich England zugedacht hätte, und daß er Rußland nunmehr daher zur Wiederherstellung des Dreikaiserbündnisses zu bestimmen trachte. Zum Ende des Jahres 1881 war Russell vor Granville noch einmal auf denselben Gegenstand zurückgekommen, indem er nochmals Bismarcks beständige Bemühungen um eine wirksame Allianz mit England betonte, deren Gelingen das mangelnde Vertrauen in England im Wege gewesen wäre; er wies auf des Kanzlers Abneigung gegen das parlamentarische Regime hin, der für die Politik Beaconsfields mehr Sympathie und Vertrauen bezeuge, als für die der Liberalen Partei; aber er gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß das

Bismarck nicht an intimem Zusammenwirken mit der britischen Regierung „zur Beförderung des Friedens in Europa“ hindern würde, wenn an ihn eine Einladung dazu erginge. Auch an diesen Wink hatten sich weitere Folgewirkungen nicht geknüpft. Die Lage war nicht so, daß sich Bismarck einen Erfolg davon versprechen konnte, wenn England zum Eintritt in die Allianz aufgefordert wurde, und ein Versuch in dieser Richtung konnte höchstens auf das Verhältnis zu Rußland üblen Einfluß haben, da Bismarck ohnehin fürchtete, daß das Geheimnis solcher Verhandlungen in einem parlamentarischen Staatswesen schlecht gewahrt werden würde. Daher lehnte er die Zuziehung Englands ab, hatte aber nichts dagegen, daß in den Vertrag eine Bestimmung aufgenommen würde, durch welche der Mangel irgendwelcher antienglischer Tendenzen bei den kontrahierenden Mächten ausdrücklich festgestellt würde.

Das waren die allgemeinen Voraussetzungen, auf die hin die Verhandlungen zum Abschlusse kamen. Am 20. Mai 1882 wurde der erste Dreibundvertrag durch Kalnoky, Robilant und den Prinzen Reuß in Wien unterzeichnet; zehn Tage später erfolgte der Austausch der Ratifikationen. Im Eingange wurde den Erwägungen Ausdruck verliehen, welche die Entstehung des Traktates veranlaßt hatten, zumal auf italienischer Seite, nämlich dem Wunsche, „die Garantien des allgemeinen Friedens zu vermehren, das monarchische Prinzip zu befestigen und eben dadurch die unversehrte Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung in den verbündeten drei Reichen zu sichern“; mit aller Entschiedenheit wurde der konservative und defensive Charakter der neuen Vereinbarung statuiert. Die Kontrahenten versprachen sich gegenseitig Frieden und Freundschaft, sowie keine Allianz oder Verpflichtung einzugehen, die sich gegen einen von ihnen richten sollten. Recht unbestimmt und vieldeutig war es, wenn sie festsetzten, sie würden in einen Gedankenaustausch allgemeiner Art über die politischen und wirtschaftlichen Fragen eintreten, vor die sie gestellt werden könnten, und sich außerdem „ihren gegenseitigen Beistand in den Grenzen ihrer eigenen Interessen“ zusagten; Deutschland und Österreich wollten dadurch vermeiden, „sich für alle italienischen Ansprüche in Ägypten zu engagieren“. Falls Italien „ohne direkte Provokation von seiner Seite, aus welchem Grunde auch immer“, durch Frankreich angegriffen werden sollte, erklärten sich Deutschland und Österreich-Ungarn bereit, mit ihrer ganzen Streitmacht dem Bundesgenossen zu Hilfe zu kommen; dieselbe Verbindlichkeit nahm Italien Deutschland gegenüber bei einem Angriff durch Frankreich unter der gleichen Voraussetzung auf sich. Wenn eine oder zwei von ihnen, abermals unter derselben Voraussetzung, in einen Krieg mit zwei oder noch mehr Großmächten, die nicht den vorliegenden Vertrag unterzeichnet hätten, geraten sollten, so sollte der casus foederis für alle drei gegeben sein. Sollte eine außerhalb des Vertrages stehende Großmacht die Sicherheit eines der drei Verbündeten bedrohen, so daß für diesen der Krieg unvermeidlich würde, so verpflichteten sich die beiden anderen zu wohlwollender Neutralität, indem sie sich es zugleich vorbehielten, wenn sie es für angezeigt erachten sollten, mit ihrem Alliierten gemeinsame Sache zu machen. In allen diesen Fällen versprachen sie einander, sich rechtzeitig über militärische Maßregeln zu eventuellem

Zusammenwirken zu verständigen und nur in gemeinsamem Einvernehmen Waffenstillstand, Frieden oder sonstige Verträge zu schließen. Der Traktat, sowohl sein Bestehen, wie auch sein Inhalt, sollte geheim und fünf Jahre lang vom Austausch der Ratifikationen an in Kraft bleiben. Dem Wunsche des römischen Kabinetts entsprechend tauschten die drei Mächte in den folgenden Tagen (22. und 28. Mai) ministerielle Deklarationen aus, welche besagten, daß der soeben geschlossene Dreibundsvertrag keinesfalls als gegen England gerichtet angesehen werden dürfte.

Fast noch wichtiger, als in seinen positiven Bestimmungen, war der erste Dreibundvertrag in dem, was er nicht enthielt, und was man doch vielleicht in ihm erwartet hätte. Während die Österreicher bei einem unprovozierten Angriff Frankreichs auf Italien diesem Hilfe bringen mußten, waren die Italiener zu einer entsprechenden Gegenleistung nur Deutschland verbunden, wenn diesem ein gleiches, wie ihnen selbst, nämlich durch unprovozierten Angriff seitens Frankreichs, widerfuhr. Das war für Italien bei der damaligen Machtstellung Deutschlands kein großes Risiko, eröffnete ihnen vielmehr die ziemlich sichere Aussicht, dann an der Siegesbeute einen guten Anteil zu bekommen, sei es in Afrika, etwa Tunis, oder auch in Europa, vor allem Korsika. Gewiß hatte auch Deutschland davon einen gewissen Vorteil. Wenn es in einen Krieg, sei es mit Frankreich, oder mit Frankreich und Rußland zugleich, verwickelt wurde, fand es Italien nicht auf der Gegenseite; vor allem hatte im zweiten Falle Österreich dann den Rücken gegen Südwesten frei, und eventuell, je nach den Festsetzungen des Traktates, trat sogar die italienische Armee mit in den Kampf in Gemeinschaft entweder mit Deutschland allein oder auch mit den Mittelmächten zusammen ein. Aber allzu hoch schätzte man weder in Berlin noch auch in Wien den Wert der aktiven Hilfe Italiens ein. Bismarck sagte einmal, es genüge ihm, „daß ein italienischer Korporal mit der italienischen Flagge und einem Trommelschläger an der Seite die Front gegen Westen, d. h. gegen Frankreich, und nicht gegen Osten, d. h. gegen Österreich, nehme“, oder ein anderes Mal: „die Hauptsache ist, daß durch Italiens Freundlichkeit die ganze österreichische Armee für die Ostgrenze frei wird“, — jedenfalls der Hauptgewinn sprang dabei für Italien heraus. Noch ungünstiger als Deutschland schnitt Österreich gegenüber Italien ab; denn während doch die Donaumonarchie Italien zur Mitwirkung bei einem Abwehrkrieg gegen Frankreich verbunden war, fehlte es an einer analogen Verpflichtung Italiens gegenüber Österreich, vor allem für den Fall, daß Österreich feindlich durch Rußland überzogen wurde. Daß Kalnoky ein derartiges Ansinnen an das römische Kabinett gar nicht erst stellte, hatte seinen guten Grund. Zu einem österreichisch-russischen Krieg kam es voraussichtlich vornehmlich dann, wenn sich die beiden östlichen Kaisermächte wieder einmal über den Balkan entzweiten; dann aber war Deutschland dem Habsburgischen Reiche bereits im Defensivfalle durch die Allianz von 1879 Unterstützung schuldig; wenn dabei Italien auch nur neutral bleiben mußte, so war damit dem Wiener Kabinett vollkommen gedient. Hätte Italien in einen Balkankrieg eingreifen müssen, so war zu erwarten, daß es dann auch seine bekannten Balkanansprüche anmelden würde, und Kalnoky

wollte es, so lange als möglich, vermeiden, daß diese Eventualität praktisch würde.

Es war somit ein reines Defensivbündnis, das zwischen den drei Mächten abgeschlossen worden war, und auch als solches kein unbedingtes, sondern auf ganz bestimmte Voraussetzungen beschränkt: Österreich entbehrte des Beistandes Italiens, wenn es allein von Rußland angegriffen wurde, und ebenso verhielt es sich, kraft des Vertrages von 1879, zwischen Deutschland und Österreich im Falle eines deutsch-französischen Krieges. Den Löwenanteil hatte Italien, freilich deshalb, teils weil man seine aktive Mitwirkung nicht besonders hoch einschätzte, teils weil man sie gar nicht wünschte, nämlich Österreich gegenüber Rußland. Dazu kam, daß das Prestige Italiens durch die Bundesgemeinschaft mit den beiden großen Mittelmächten sichtlich gehoben war; es stand doch jetzt anders da, wie zur Zeit des Berliner Kongresses, da Frankreich, England und Deutschland über eine wesentliche Interessensphäre Italiens verfügt hatten, gleich als ob es überhaupt nicht existiere. Aber eben nur in der größten Not, unter dem Druck einer vollkommenen außenpolitischen Isoliertheit und der Gefahr inneren Umsturzes, hatte sich Italien unter starkem Widerstreben, zumal der leitenden Staatsmänner, zum Dreibunde entschlossen, und es blieb ein Stachel zurück, der aus dem dumpfen Bewußtsein der Zwangslage entsprang, der man sich hatte fügen müssen. Insonderheit wirkte der Schmerz darüber nach, daß man nicht einmal von den neuen Bundesgenossen die Garantie für den Besitz von Rom erreicht hatte. Wien wollte eben den Schein einer ausdrücklichen Billigung der Einverleibung Roms in Italien vermeiden, und das war eine schwärende Wunde, die auch in der Folgezeit dadurch offen gehalten wurde, daß der Kaiser Franz Josef allem Drängen der italienischen Regierung zum Trotze nicht dazu zu bewegen war, den Besuch König Humberts in dessen Hauptstadt zu erwidern. Und ebensowenig durfte man auf eine Förderung der so heiß gehegten imperialistischen Expansionstendenzen hoffen. Es war nicht geglückt, irgendwelche feste Aussichten auf dem Balkan zu gewinnen; bezüglich der Mittelmeer- und der überseeischen Kolonialpolitik war auf eine auch nur einigermaßen wirksame Unterstützung der Bundesgenossen nicht zu rechnen. Zwar hätte der allgemeine Rückhalt, den man doch jetzt an ihnen hatte, gerade in dieser Hinsicht einigermaßen ausgenützt werden können, z. B. durch festeres Auftreten gegen Frankreich; aber die Tradition der versäumten Gelegenheiten, die aus der Zeit Cairolis stammte, wurde auch weiterhin sorgsam gepflegt. Das schrieb man aber nicht in Rom der eigenen Fahrlässigkeit und Energielosigkeit zu, sondern man faßte die Sache so auf, als leiste der Dreibund nicht all das, was man füglich von ihm erwarten dürfe.

Ergänzt und vervollständigt wurde die weltpolitische Konstellation, wie sie durch den Dreibund von 1882 hergestellt worden war, durch Abkommen teils Österreichs allein, teils des ganzen Dreibundes mit Rumänien und Serbien. Durch welches Mittel konnte sich Österreich-Ungarn besser dagegen schützen, daß Rußland seine Balkanpläne wieder aufnahm, als dadurch, daß es sich mit den wichtigsten Balkanstaaten verständigte? War ja nun auch Bulgarien schon seiner Entstehung zufolge ein ausgesprochener Klientelstaat Rußlands, so kam

es doch schon sehr bald zu gewissen Unstimmigkeiten zwischen Gönner und Schützling, die diesen veranlaßten, sich nach anderweitigem Rückhalt umzusehen, und es läßt sich verstehen, daß man in der Hofburg nicht abgeneigt war, dem selbstbewußten jungen Bulgarenfürsten den Nacken in seinem Trotze gegen den allmächtigen Zaren etwas zu steifen. Aber das war eine Saat, die erst später voll aufgehen sollte. Bessere Anknüpfungspunkte waren von vornherein mit Serbien und Rumänien gegeben. Hier brannte der Groll wegen Beßarabien, und dort fühlte man sich durch die Vorgänge auf dem Berliner Kongreß durch Rußland selbst (s. o. S. 253) an Österreich ausgeliefert. Nun hatte sich Österreich tatsächlich auf dem Kongreß Serbiens angenommen, und ihm hatte man es in Belgrad zu verdanken, daß man nicht ganz mit leeren Händen damals ausgegangen war. Aber andererseits beanspruchte Österreich eine absolute politische und auch wirtschaftspolitische Hegemonie, der sich der leitende Minister Ristitsch nicht ohne weiteres beugen wollte. Man forderte in Wien, daß Serbien die auf sein Gebiet fallenden Teile der Bahnstrecken aus der Doppelmonarchie nach Konstantinopel und Saloniki binnen relativ kurzer Frist herstelle und einen Handelsvertrag bewillige, der Serbien zu einer ökonomischen Dependenz Österreichs machte. Ristitsch verzögerte den Bahnbau und kreuzte die wirtschaftspolitischen Ansprüche Österreichs, das einen Meistbegünstigungsvertrag verlangte, dadurch, daß er zunächst einen solchen mit England schloß. Ein österreichisch-serbischer Zollkrieg brach aus, aber zu ernstlichem Widerstande war das kleine Ländchen, das fast nirgendwo auf Protektion rechnen durfte, damals noch zu schwach. Das liberale Kabinett Ristitsch wurde durch ein solches der Fortschrittspartei unter der Leitung von Pirotschanatz ersetzt (Herbst 1880), und dieses unterwarf sich. Der neue Finanz- und Außenminister Mijatovitsch verhandelte in Wien persönlich mit Haymerle und dessen Sektionschef Benjamin von Kallay, mit dem er gut bekannt war, da dieser mehrere Jahre in Belgrad als Generalkonsul verweilt hatte. Das Ergebnis war ein Handelsvertrag, der die österreichischen Wünsche befriedigte, indem durch einen Kunstgriff die mit anderen Ländern bestehenden Meistbegünstigungsverträge dadurch unwirksam gemacht wurden, daß der gesamte österreichisch-serbische Verkehr unter der Abstempelung eines Grenzverkehrs mit besonderen Privilegien ausgestattet wurde. Darüber hinaus kam noch ein Bündnisvertrag zustande, der Serbien auch politisch ganz und gar in die Hände der Doppelmonarchie lieferte. Man zeigte sich in Wien bereit, den Wünschen Serbiens nach weiterer Ausdehnung nach Süden Vorschub zu leisten und bei gegebener Gelegenheit dafür bei den Mächten einzutreten; es ward dafür das Wilajet Kosovo in Aussicht genommen, auch Vergrößerungen in Mazedonien. Saloniki allerdings ward nicht darin einbegriffen; wenn auch zurückgestellt, zeitweise scheinbar aufgegeben und selbst ostentativ verleugnet, hörte Saloniki doch nicht auf, für alle Fälle immer wieder der Balkanexpansion Österreichs als letztes geheimes Endziel vorzuschweben. Jedenfalls wollte man verhindern, daß es bei einer weiteren Zerstückelung der Türkei anderen zur Beute würde, und sollten die Russen dereinst ihre Tatzen auf Konstantinopel legen, dann wollte man in Wien die eigene Balkanstellung bis Saloniki, bis zum Ägäischen Meere vorschieben.

Immerhin, man war in Wien bereit, Serbien bis zu einem gewissen Grade zu patronisieren, wenn es sich macht- und wirtschaftspolitisch unter die Fittiche des Doppeladlers duckte und nicht mehr nach dem mächtigen slawischen Bruder im Nordosten schielte. Und eben dafür gab der Vertrag, den Mijatovitsch am 28. Juni mit dem österreichischen Gesandten, dem Baron von Herbert, in Belgrad als reifste Frucht seiner Wiener Unterhandlung schloß, alle auch nur einigermaßen wünschenswerten Garantien. Beständiger Frieden und Freundschaft wurden, wie üblich, statuiert; beide Länder verpflichteten sich zu gegenseitiger freundschaftlicher Politik. Serbien versprach, keinerlei politische, religiöse oder andere Umtriebe zu dulden, die von seinem Staatsgebiete aus gegen die österreichisch-ungarische Monarchie, mit Einschluß von Bosnien, der Herzegowina und dem Sandschak von Nowibasar, angezettelt werden sollten. Österreich übernahm die gleiche Verbindlichkeit gegenüber Serbien und die serbische Dynastie, für deren Erhaltung und Festigung es seinen ganzen Einfluß einzusetzen versprach; es erklärte sich bereit, in die Erhebung Serbiens zum Königreiche einzuwilligen und sich für die Anerkennung bei den übrigen Mächten zu verwenden, ebenso bei diesen für die serbischen Interessen stets tätig zu sein. Das wichtigste aber war nun, daß Serbien dafür im vierten Artikel dieses Traktates ausdrücklich und förmlich sich verpflichtete, ohne vorhergehendes Einverständnis mit Österreich-Ungarn über einen politischen Vertrag mit irgendwelcher anderen Regierung weder zu verhandeln noch abzuschließen, auch auf seinem Gebiete keine fremde bewaffnete Streitmacht, reguläre oder irreguläre, auch nicht unter dem Titel von Freiwilligen, zuzulassen: dadurch begab sich Serbien jeglicher politischer Handlungsfähigkeit, indem es sich bedingungslos der österreichischen Hegemonie unterwarf. Beide Staaten sagten sich, falls die eine von ihnen in einen Krieg mit einer dritten oder mehreren anderen Mächten verwickelt würde, wohlwollende Neutralität zu (Österreich unter besonderer Hervorhebung von Bosnien, der Herzegowina und des Sandschaks von Nowibasar). Sie wollten sich dann „gemäß ihrer engen Freundschaft und dem Geiste dieses Vertrages" allen möglichen Vorschub leisten; im Falle eines gemeinsamen Krieges wollten sie alle Einzelheiten ihres Zusammenwirkens, insonderheit betreffend den Oberbefehl und einen eventuellen Durchmarsch durch das beiderseitige Gebiet, durch eine Militärkonvention regeln, — das hieß natürlich so viel, daß sich Serbien dann unter das österreichische Kommando stellen und den österreichisch-ungarischen Truppen den Durchmarsch gewähren wollte. Gegebenenfalls sollte Serbien seine Grenzen nach Süden (mit Ausnahme des Sandschaks von Nowibasar) erweitern dürfen; Österreich sollte sich dem nicht nur nicht widersetzen, sondern auch die übrigen Mächte dafür zu gewinnen bemüht sein. Der Vertrag sollte für zehn Jahre gelten, und ein halbes Jahr vor seinem Ablauf sollte man sich darüber verständigen, ob je nach den Umständen eine Verlängerung oder Abänderung am Platze und erwünscht sei; er sollte geheim gehalten und ohne vorheriges Einverständnis weder seine Existenz noch auch sein Inhalt einer anderen Macht mitgeteilt werden dürfen.

Eine vollkommene Unterwerfung Serbiens unter Österreich, einen unbedingten Verzicht auf jede Selbständigkeit bedeutete der Vertrag vom 28. Juni 1881,

und er war anscheinend, persönlich betrachtet, in der Hauptsache das Werk Mijatovitschs und des Fürsten Milan. Zwar wurde er sofort ratifiziert, von Milan am 4., von Franz Josef am 7. Juli; trotzdem wurde er in Serbien schwer empfunden, zumal der vierte Artikel, auf dem ja das Hauptgewicht lag. Es wurden Zweifel über Sinn und Tragweite gerade dieses Paragraphen laut, und der serbische Kabinettschef Pirotschanatz brachte sie in Wien persönlich zur Sprache, indem er auf eine Deklaration gerade dieser Bestimmung drang, durch welche die politische Selbständigkeit Serbiens sichergestellt würde. Milan, der ein erklärter Russenfeind war (auch später redeten er und seine spezielle Umgebung von den Russen immer nur als „von diesen Kanaillen") war damit nicht einverstanden. Am 2. Oktober 1881 richtete er an Haymerle ein Schreiben; er führte darin „eine Sprache, wie sie nur jemand haben kann, der es als eine Ehrensache betrachtet, die Beziehungen eines herzlichen Einverständnisses mit der benachbarten Monarchie zu entwickeln, welche vom festen und unerschütterlichen Willen getragen ist, systematisch diese Serbien heilsame Politik zu verfolgen". Indem er auf die Schwierigkeiten hinwies, von denen er bedrängt war, erklärte er, daß seine Verlegenheit um so größer sei, als es sich ja bei einer nachträglichen Revision des Vertrages um eine Angelegenheit handle, die schon eine feierliche Sanktion (eben durch den bereits erfolgten Austausch der Ratifikationen) erfahren habe, und die schon deshalb nicht der Gegenstand weiterer Erörterung sein könnte. Seine Gefühle einer tiefen Ehrfurcht und unveränderlichen Zuneigung hinsichtlich der Person des Kaisers Franz Josef, so erklärte er, gestatteten ihm nicht, auch nur einen Augenblick, sich darauf einzulassen, zumal da die Rücksicht auf seine eigene Würde ihm gebieterisch auferlege, festzustellen, daß Pirotschanatz durch ihn nicht mit einer offiziellen Mission beauftragt worden sei, und daß er, weit davon entfernt, dessen Skrupel zu billigen, sie vielmehr verurteile. Er machte daher dem Wiener Kabinett gewisse Vorschläge, die, wie er sagte, der österreichischen Regierung ein Opfer, nicht sowohl in der Sache wie vielmehr lediglich in der Form, zumuteten; sie liefen darauf hinaus, daß offiziell das Wiener Kabinett das Belgrader Ministerium durch eine Erklärung in dem von diesem gewünschten Sinne beschwichtige, während er sich für seine Person auch weiterhin und trotzdem durch den vierten Artikel als gebunden anerkennen wollte. Haymerle starb wenige Tage darauf (10. Oktober), und Kallay, der inzwischen vertretungsweise die auswärtigen Geschäfte in Wien leitete, antwortete am 17. Oktober, daß er das Erbieten Milans annehme. In einem Brief vom 24. Oktober sprach Milan Kallay seinen tiefsten Dank für diese Lösung aus, die ihn aus seinen Schwierigkeiten befreie:

„Sie erlaubt mir, die Männer am Ruder zu belassen, die ich daran erhalten sehen möchte, nicht allein wegen ihres innerpolitischen Programms, sondern überhaupt und vor allem, weil sie imstande und (ich bin davon überzeugt) auch willens sein werden, wertvolle Gehilfen für mich in der Politik zu sein, die ich peinlich gegenüber der benachbarten Monarchie zu verfolgen vorhabe, und die auch den feierlichen Verpflichtungen entspricht, die ich ihr gegenüber eingegangen bin. Da es mir lebhaft am Herzen liegt, schon bei den ersten Schritten, die ich auf dem Wege mache, den ich aus eigenen Stücken gewählt habe, zu beweisen, wie

sehr ich auf die treue Ausführung meiner Versprechungen halte, nehme ich durch dieses Schreiben die formelle Verpflichtung auf mich, bei meiner Ehre und in meiner Eigenschaft als serbischer Fürst, in keinerlei Verhandlung bezüglich irgendwelchen politischen Vertrages zwischen Serbien und einem dritten Staat ohne Mitteilung an Österreich-Ungarn und ohne dessen vorhergängige Zustimmung einzutreten. Ich bitte Euer Exzellenz, die vorliegende Verpflichtung unter dem Gesichtspunkt aufzufassen, daß sie einen durchaus offiziellen Charakter gegenüber der Regierung Eurer kaiserlichen und königlichen apostolischen Majestät trägt.“

Was Milan damals also gelobte, das hat er gehalten, solange er die Leitung des serbischen Staatswesens innehatte und darauf Einfluß ausübte. Auf sein geheimes, seiner Regierung unbekanntes Versprechen hin wurde, am 25. Oktober von Pirotschanatz in Belgrad, am 30. in Wien von Kallay unterzeichnet, eine gemeinsame österreichisch-serbische Deklaration über die Tragweite des vierten Artikels des Vertrages vom 28. Juni festgestellt: dieser könne das Recht Serbiens, Verträge, auch politischer Art, mit einer anderen Regierung zu verhandeln und abzuschließen, nicht beeinträchtigen; Serbien werde dadurch keine andere Verpflichtung auferlegt, als keinen politischen Vertrag zu verhandeln und abzuschließen, der dem Geiste und dem Wortlaute des vom 28. Juni zuwiderlaufe. Es war ein verschlagenes und doppelzüngiges Spiel, wie es Milan also trieb; er betrog unzweifelhaft sein Ministerium. Aber der nächste Zweck wurde erreicht. Noch fester vielleicht als durch einen Vertrag, mochte er noch so weit gehen, war Serbien durch die persönliche Ehre seines Herrschers fortan an Österreich gefesselt; es war zu erwarten, daß Milan jedem Kurswechsel der serbischen Politik in russischem Sinne den verzweifeltesten Widerstand entgegenstemmen würde; denn sonst waren sein Thron und vielleicht selbst seine Existenz gefährdet, — niemals hätte ihm seine Nation eine so sehr erniedrigende Kapitulation vor Österreich-Ungarn verziehen, wenn sie bekannt wurde. Sein nächster Lohn war die Erhebung zum König. Am 6. März 1882 nahm er den Königstitel an, Serbien wurde als Königreich proklamiert; der Preis für dieses scheinbare Emporsteigen war seine politische Unabhängigkeit. Wenige Wochen vor seiner Abdankung hat dann Milan am 9. Februar 1889 den Geheimvertrag von 1881 noch einmal förmlich erneuert, und zwar bis zum 1. Januar (a. St.) 1895. Es wurden dabei einige Änderungen getroffen bzw. erläuternde Zugeständnisse von österreichischer Seite gemacht: Österreich verpflichtete sich, das Haus Obrenowitsch gegen Umsturzversuche von Montenegro aus (nämlich im Interesse der rivalisierenden Familie Karageorgiewitsch) auch mit bewaffneter Hand zu schützen und bei der Pforte sich dafür zu verwenden, daß diese die gleiche Haltung einnehme, die Ausdehnung des serbischen Gebietes in der Richtung des Wardartales gegebenenfalls zu begünstigen und zur Konsolidation der serbischen Wirtschaft und Finanzen Verhandlungen über Konzessionen hinsichtlich der Zollbestimmungen des österreichisch-serbischen Handelsvertrags zu eröffnen. Am 6. März 1889 legte Milan die Krone nieder; die Regentschaft für seinen unmündigen Sohn Alexander, Ristitsch, Protitsch und Belimarkowitsch, erklärte darauf (19. März) in einer vertraulichen Zuschrift an den außerordentlichen Gesandten Österreichs in Belgrad, Ladislaus Henzelmüller

von Hengervar, sie habe Kenntnis von den Geheimverträgen vom Juni 1881 und vom Februar 1889 genommen und halte sich dadurch auch ihrerseits strengstens gebunden. Die persönliche Garantie, die Milan durch sein Schreiben vom 24. Oktober 1881 auf sich genommen hatte, kam jetzt natürlich in Fortfall. Zwar war in dem Instrument vom 9. Februar 1889 gesagt, daß eventuell drei Monate vor seinem Ablauf über sein Fortbestehen oder seine Abänderung verhandelt werden sollte; dieses aber geschah nicht, und so fand der Traktat am 1./13. Januar 1895 sein definitives Ende.

Durch den Vertrag von 1881 war Serbien politisch zunächst Österreich und dadurch auch indirekt, wenngleich nicht förmlich und ausdrücklich, dem mitteleuropäischen System angegliedert, wie es durch den österreichisch-deutschen Zweibund von 1879 begründet worden war und später durch den Dreibund von 1882 erweitert wurde. Ganz dasselbe fand statt mit Rumänien im Jahre 1883, nur daß der österreichisch-rumänische Vertrag, der eben damals geschlossen wurde, auch durch Deutschland und Italien akzeptiert und Rumänien dadurch unmittelbar der Alliierte der Dreibundmächte wurde. Während Serbien sein Verhältnis zu Österreich-Ungarn schon um die Mitte der neunziger Jahre nicht mehr erneuerte und dann später offen zu Rußland abschwenkte, um sich als grimmigster Feind der habsburgischen Doppelmonarchie zu entpuppen, blieben die Bande, welche Rumänien mit dem Dreibunde und insonderheit mit dessen Kern, den Mittelmächten, verknüpften, bis zum Ausbruch des Weltkrieges in offizieller Geltung; dann freilich erwiesen sich auch sie nicht mehr als haltbar.

Bei dem Groll, der sich in Bukarest Beßarabiens halber angehäuft hatte, sollte man meinen, daß der Boden für eine entschiedene Abkehr Rumäniens von Rußland und eine Annäherung an die Mittelmächte schon bald nach dem Berliner Frieden günstig gewesen wäre. In der Tat fühlte sich Rumänien als der vornehmste Leidtragende des Berliner Kongresses, nicht nur wegen Beßarabiens, sondern auch wegen des Verlangens, das die Mächte auf Betreiben Beaconsfields damals auf Emanzipation und Gleichstellung der Juden erhoben hatten. Im Sommer 1879 schrieb Fürst Karol: „Ich gehöre nicht zu denjenigen, die den Berliner Vertrag ins Herz geschlossen haben, leider sehe ich aber nun, daß er durchgeführt werden muß. Beßarabien und die Judenfrage bleiben tiefe Wunden, die mein Land und mein Herz gebrochen haben und die nicht so bald vernarben werden. Es sind dies die beiden Fragen, die Rumänien seit anderthalb Jahren nicht zur Ruhe kommen ließen und die Gemüter hier in einer entsetzlichen Art aufgereizt haben." Karol war besonders deshalb verärgert, weil die durch den Berliner Frieden festgesetzte Unabhängigkeit Rumäniens erst dann in Kraft treten sollte, wenn alle seine sonstigen Bestimmungen durchgeführt waren, wozu auch die Regelung der Judenfrage gehörte; Deutschland gestattete daher zunächst noch nicht das Tragen der von Karol verliehenen Orden. Das wurmte den Fürsten; er empfand sich von Bismarck schlecht behandelt: „Der deutsche Major Domus ist meinem Lande nicht sehr gewogen und mag nicht unzufrieden sein, ihm die kleine Lektion zu geben für die früher stark vorhandenen Sympathien für Frankreich und für die vollständig emanzipierte Stellung, die wir stets für ihn,

den Kanzler, eingenommen haben. Trotz der bedeutenden Abschwächungen unserer freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland," so fügte er hinzu, um das jetzt kühle Verhältnis zu dem nordischen Reiche zu kennzeichnen, „werden alle Höflichkeitsformen streng gewahrt."

So befand sich Rumänien in einer ziemlich peinlichen Isoliertheit; da bot sich ihm die Aussicht, aus ihr herauszukommen. Wenn ihm durch Bismarck etwas übel damals mitgespielt wurde, so lag dem wohl die Absicht zugrunde, daß es darauf aufmerksam gemacht werden sollte, wie sehr es für seine Existenz und sein Wohlergehen von Deutschland abhänge. Ganz um dieselbe Zeit (Sommer 1879) ließ Bismarck in Rumänien darauf hinweisen, wie sehr es doch durch die russische Macht umklammert sei: wie eine eiserne Barriere liege es zwischen Rußland selbst und Bulgarien, das doch nur eine russische Dependenz war, zwischen dem großen und dem kleinen Rußland, und daher sei zu befürchten, daß Rußland danach trachten werde, „diese Barriere niederzureißen". Wenn er im Anschluß daran den Rumänen den Rat erteilte, sich an Deutschland und Frankreich anzulehnen, da diese beiden Mächte kein Interesse hätten, das dem ihrigen entgegengesetzt sei, so wird Karol den wahren Sinn dieser Mahnung schon verstanden haben, — wußte er doch, daß Bismarck ihre französischen Sympathien nicht gerade billigte; auch war Frankreich in seiner damaligen Situation nicht so imstande, ihnen einen Rückhalt zumal gegen russische Unterdrückungsversuche zu bieten, wie Deutschland. Anfang 1880 sandte Fürst Karol den Minister Bratianu nach Berlin, um mit Bismarck und Kaiser Wilhelm anzuknüpfen; er betonte in seinem Schreiben an jenen ganz besonders den Umstand, daß Rumänien mit Deutschland durch die Donau und daher durch ein großes gemeinsames wirtschaftliches Interesse verbunden sei. Zu förmlichen Abmachungen kam es damals noch nicht; wie wir aus den Mitteilungen Bismarcks entnehmen, sprach dieser mit Bratianu „über unsere friedlichen und definitiven Interessen, welche Österreich dergestalt mit uns teilt, daß sie den Charakter der Gemeinsamkeit haben, ohne Rückhalt," und er glaubte, „bei ihm Verständnis und Befriedigung gefunden zu haben". Eine augenblickliche Aufnahme Rumäniens in den Zweibund wurde wohl in Berlin inopportun empfunden. Wir erinnern uns, daß damals Rußland wieder die Erneuerung der Dreikaiserentente in Anregung brachte; da mochte es sich nicht gerade empfehlen, den Zweibund durch Rumänien zu erweitern, und vielleicht war es nicht sowohl Bismarck wie vielmehr Kaiser Wilhelm, der diesen Gesichtspunkt vertrat und zur Geltung brachte. Noch im Frühjahr 1881 ließ der deutsche Kanzler, wozu er sich der Vermittlung Andrassys bediente, in Bukarest durchblicken, von welchen Motiven die deutsche Politik jetzt geleitet würde: im Herbst 1879 habe es keine Provokation bedeutet, wenn Österreich und Deutschland eine Konzentrierung auf dem Papier vorgenommen und bekanntgegeben hätten; heute, da die Gefahr nicht mehr bestehe, aus der der österreichisch-deutsche Defensivvertrag gegen Rußland entsprang, „würde eine Fortsetzung dieses Manövers durch die präventive Hinzuziehung eines dritten Staates als eine offensive Bedrohung Rußlands aufgefaßt werden können, die beiden Teilen fern liegt. Daher eine gewisse Zurückhaltung! Rückt aber die Möglichkeit einer solchen Gefahr wieder

näher, so naturgemäß auch die Fortsetzung des Begonnenen! Eine Militärkonvention käme dann von selbst". Wenn der Augenblick einmal gegeben sei, dann brauche Rumänien nur zu wollen, um im Bunde der Dritte zu sein. „Es hat nur in geeigneter Weise zu erklären, daß es entschlossen ist, für den Fall, daß es angegriffen würde, seine natürliche Anlehnung an die beiden Reiche zu vollziehen. Durch eine solche Erklärung würde Rumänien nur tun, was Österreich und Deutschland schon getan haben, — im vorhinein markieren, wo es im Falle eines Angriffes seine Stütze suchen würde. Eine solche, wenn auch nur einseitig ausgesprochene Erklärung würde die beiden anderen Staaten moralisch binden, den Fall ausgenommen, daß die letzteren dieselbe von vornherein zurückweisen sollten, was sie aber wohl schon als Garanten des Berliner Friedens weder tun würden noch könnten."

M. a. W.: schien es den Mittelmächten, nämlich Deutschland, zur Zeit noch nicht opportun, einen förmlichen und schriftlich fixierten Vertrag mit Rumänien im Hinblick auf die augenblickliche Lage zu schließen, so erklärten sie doch ihre grundsätzliche Bereitschaft zu eventueller gemeinschaftlicher Defensive mit Rumänien gegen Rußland, und sie stellten es Rumänien anheim, durch eine einseitige Deklaration seinen Anschlußwillen in solchem Falle kundzugeben, indem sie sich auch dadurch bereits als moralisch gebunden betrachten zu wollen versprachen. Das war wohl Fürst Karol doch zu wenig, und insonderheit zwischen Rumänien und Österreich fehlte es in der Folgezeit nicht an Unstimmigkeiten. Anlaß dazu bot vor allem die Donaufrage. Durch die Berliner Kongreßakte war die untere Donau vom Eisernen Tor bis Galatz einer internationalen Fluß- und Schiffahrtspolizei unterstellt worden, die möglichst auf dem gleichen Fuße wie diejenige organisiert werden sollte, die bereits für die Mündung von Galatz aus bestand; die für diese letzte Strecke eingesetzte Kommission sollte unter Teilnahme der Uferstaaten das dafür nötige Reglement entwerfen. In den Verhandlungen, die darüber geführt wurden, kam es zwar auf der österreichischen Seite mit Serbien und Bulgarien zu einer Verständigung, nicht aber mit Rumänien, das eine stärkere Berechtigung der Uferstaaten forderte und dagegen protestierte, daß in der gemischten Kommission, der die Aufsicht über den Lauf des Stromes zwischen dem Eisernen Tor und Galatz übertragen werden sollte, Österreich-Ungarn ohne weiteres, ohne besondere Wahl, dem Statut der Kommission gemäß, den Vorsitz führen sollte. Mit dem Donauproblem hing auch zusammen das der bulgarisch-rumänischen Grenzführung. Im Berliner Vertrage war sie nur ganz allgemein angedeutet worden; eine der internationalen Kommissionen, die damals im Gang waren, sollte die Angelegenheit jetzt zu endgültigem Abschluß bringen. In der Ecke, welche zwischen der Donau und der Dobrudscha liegt, die im Berliner Frieden zum Ersatze von Beßarabien den Rumänen zugesprochen war, befindet sich die Festung Silistria auf dem linken Donauufer; östlich davon erhob sich das Fort Arab Tabia (d. h. Araberschanze), und darüber entspann sich jetzt, eigentlich nicht einmal so sehr zwischen Rumänien und Bulgarien, wie vielmehr zwischen den Mächten, die hinter diesen beiden standen, ein Streit, zunächst wem von beiden Silistria und sodann, nachdem dieses den Bulgaren zuerkannt worden war,

wenigstens Arab Tabia gehören sollte. Hinter Bulgarien, dessen Fürst Alexander mehr aus Rücksicht auf seine Popularität und deren mögliche Beeinträchtigung durch panslawistische Umtriebe, wenn er eine allzu große Nachgiebigkeit zeige, als aus eigenen Stücken bei der Sache war, steckte Rußland, das darin durch Deutschland sekundiert wurde, hinter Rumänien England und Österreich. Das Fort war insofern nicht unwichtig, als es, 1853 durch die ägyptische Besetzung Silistrias erbaut und später verstärkt und vergrößert, eben diese Festung beherrschte; Rumänien hatte es 1878 als zum Dobrudschagebiet gehörig besetzt, mußte es aber 1879 auf Reklamation Rußlands räumen, das es für Bulgarien begehrte; schließlich wurde der strittige Platz durch die zur Schlichtung des Konfliktes eingesetzte Kommission wieder den Rumänen zugesprochen, und Rußland beruhigte sich dabei (Juli 1889). In diesem Falle, der sich freilich schließlich mehr zu einem Prestigestreite der Mächte entwickelt hatte, trat ja nun Österreich für Rumänien ein, und er bewies überhaupt, wie sehr dieses, um nicht zwischen dem „größeren" und „kleineren Rußland" erdrückt und zerrieben zu werden, auf den Schutz Österreichs angewiesen war. Aber andererseits ließ es sich doch auch nicht leugnen, daß zwischen Österreich und Rumänien erhebliche Interessengegensätze obwalteten. Das gelangte in der Donaufrage zum Ausdruck, und es lag jenem offensichtlich daran, daß dieses nicht allzusehr in die Höhe komme; denn es fürchtete davon eine Rückwirkung auf die in Transleithanien angesessene rumänische Bevölkerung im Sinne einer Steigerung der panrumänischen Tendenzen. Fürst Karol trug sich eben damals mit dem Projekte einer Erhebung seines Staatswesens zum Range eines Königreiches; nicht ohne Mißtrauen betrachtete man in Wien dieses „Königsfieber". Am 16. März 1881 beschloß das Parlament zu Bukarest die Proklamation Rumäniens als Königreich; das hatte zur Folge, daß Fürst Milan jetzt gleichfalls diesem Ziele mit erhöhtem Eifer zustrebte, und wir haben bereits gesehen, wie er sich dafür der Gunst Österreichs zu erfreuen hatte, dem er sich um eben diese Zeit bedingungslos in die Arme warf.

Aber diese Differenzen und Friktionen mit Österreich erschienen zur Zeit geringfügig gegenüber der Gefahr, mit der Rumänien durch die russische Umklammerung bedroht war, und die rumänische Irredenta fand damals noch keinen Rückhalt bei der Regierung in Bukarest. Karol wußte, auf welcher Seite er im Falle eines europäischen Krieges seine Aufstellung nehmen würde; er wußte auch, daß er der grundsätzlichen Geneigtheit Bismarcks zu einem bindenden schriftlichen Abkommen versichert sein durfte, — war ihm doch schon 1880 vertraulich, wie wir hörten, in Aussicht gestellt worden, daß Rumänien „in einem gegebenen Augenblicke" darauf rechnen dürfe, als Dritter im Bunde Deutschlands und Österreich-Ungarns aufgenommen zu werden. Eben diese Gelegenheit schien sich im Spätsommer 1883 zu bieten, allerdings ganz anderer Art, als man vor drei Jahren gedacht hatte, jedoch keineswegs von geringerem Ernste. Fürst Alexander von Bulgarien hatte sich nicht dem russischen Willen in dem Grade untergeordnet, wie man in Petersburg von ihm erwartete; nachdem sich immer wieder neue und schärfere Konflikte zwischen ihm und der russischen Regierung erhoben hatten, kam es jetzt zwischen ihnen zu vollkommenem Bruche. Man mußte deshalb ge-

wärtig sein, daß Rußland mit Gewalt in Bulgarien einschreiten würde; der russische General Sobolew, der seit dem Sommer 1882 das bulgarische Ministerium des Innern verwaltete, während sein Kamerad Alexander von Kaulbars das des Krieges innehatte, und sein Amt im Sinne eines Vormunds oder gar Gefängniswärters des jungen Bulgarenfürsten auffaßte und führte, gab Anfang September 1883 zu verstehen, der Wunsch Rußlands gehe darauf hinaus, daß die große Nationalversammlung ein zehnjähriges Protektorat Rußlands über Bulgarien verlange. Daß der Fürst Alexander sich zum Werkzeuge Rußlands, auch etwa gegen Rumänien, mache, das war also nicht mehr zu besorgen, vielmehr daß Alexander beseitigt und Bulgarien dadurch erst recht zur russischen Herrschaftsdomäne gemacht würde, direkt in die Hand des Zaren gerate. Dadurch wurde die Gefahr der Umschlingung Rumäniens durch Rußland nur noch vermehrt, und Rumänien mußte sich dagegen in Positur setzen. Es war vorauszusehen, daß auch Österreich sich dagegen wehren würde; zwischen dem Fürsten Alexander und Österreich hatte sich überdies ein Verhältnis entwickelt, welches das Mißtrauen und den Mißmut des Zaren gegen ihn steigerte. Schon nahmen die Russen wieder Rüstungen an ihrer Westgrenze vor, die gegen Österreich und daher auch gegen Deutschland gerichtet sein konnten; zur gleichen Zeit flutete wieder eine Revanchewelle über Frankreich und entzündete eine heftige französisch-deutsche Preßfehde. Bismarck, der sich zur Zeit in Gastein befand, sah schwarz in die Zukunft. Gegen Hohenlohe, der ihn dort besuchte, äußerte er über die Rüstungen der Russen: „Freilich machen sie immer die schönsten Worte, aber sie rüsten fort, und stehen kriegsbereit an der Grenze. Was helfen mir schöne Redensarten, wenn mir dabei die gespannte Pistole auf die Brust gesetzt wird. Das kann nicht so fortgehen. Nun sagen sie wohl, das gelte nur Österreich; aber wir können Österreich nicht zugrunde richten oder schwächen lassen. Stünden wir dabei, ohne zu helfen, so würde die Folge sein, daß nach dem Kriege eine Triplealliianz Rußland-Österreich-Frankreich gegen uns fertig wäre. Wer in Europa nicht ruhig sein kann, bedroht den Frieden, ist Friedensstörer.“ Scharf genug war die Sprache, die Bismarck also führte. Man sieht: das Spiel der siebziger Jahre schien sich zu wiederholen: wieder schob die Balkanfrage den trennenden Keil zwischen Rußland und Österreich, drohte das wiederhergestellte Dreikaiserbündnis zu sprengen, und abermals sah sich Bismarck vor die Notwendigkeit der Option gestellt, im Innern bereits entschlossen, wenn er nicht um sie herumkäme, sich für Österreich zu entscheiden. Hohenlohe resümierte den Eindruck, den ihm die Mitteilungen und Auslassungen des Kanzlers machten, dahin: „Es scheint mir, daß Bismarck die Allianzen jetzt immer weiter ausbauen will. Die Anwesenheit von Bratianu, den er nach Gastein zitiert hat, deutet auf ein Bündnis mit Rumänien hin. Besorgt sieht er auf Bulgarien, wo der Fürst sich jetzt gegen Rußland auf die Hinterbeine setzt. Er gibt ihm recht. Der Fürst von Montenegro will die Herzegowina haben und verpflichtet sich dann den Türken gegenüber, daß er ihnen Albanien in Ordnung halten will. Karageorgiewitsch will Fürst von Bulgarien werden, um Serbien zu bekommen. Das ist die russische Intrige auf der Balkanhalbinsel.“

Der Ausbruch des bulgarischen Gewitters sollte sich noch um einige Jahre

verziehen; für dieses Mal wurde Bismarck noch nicht vor die neue Option gestellt. Aber eine Frucht brachte die bulgarische Verwicklung von 1883 doch mit sich, — das war die förmliche Einbeziehung Rumäniens in das mitteleuropäische Bündnissystem. Hohenlohe deutete die Berufung Bratianus nach Gastein ganz richtig; durch sie wurden Verhandlungen über einen Vertrag zwischen den Mittelmächten und Rumänien in Gang gebracht, die der Initiative Bismarcks entsprangen und ursprünglich noch weiter reichend gedacht waren. In Rücksicht auf die soeben wieder gespannte Lage im Orient, wie wir sie vorhin schilderten, und in Anknüpfung an einen Besuch, den König Karol damals in Berlin und in Wien machte, hatte Bismarck am 19. August bereits vertraulich bei Kalnoky anfragen lassen, ob es nützlich und möglich erscheine, die deutsch-österreichische Friedensliga mit Italien auch nach Osten hin zu erweitern und dadurch die Politik der Rumänen, eventuell auch Serbiens und der Pforte, in feste Bahnen zu leiten; zur Motivierung fügte er hinzu: „Außer Rußland und Frankreich ist in ganz Europa kein Staat, der heutigen Tages nicht für Erhaltung des Friedens interessiert wäre.“ In Wien fiel diese Anregung auf fruchtbaren Boden, und es wurde alsbald ein Einverständnis hergestellt. Was Serbien anbelangte, so wies Kalnoky darauf hin, daß Österreich dieses Landes „bereits so gut wie sicher sei“, wobei er allerdings mit skeptischer Nuance bemerkte, „insofern man überhaupt von einer Sicherheit in allem, was die Balkanstaaten betreffe, sprechen könne“. Auch von der Türkei hielt er dafür, daß sie wohl schließlich zu haben sein würde, wenngleich mit dem Mißtrauen des Sultans zu rechnen sei und die Pforte augenblicklich unter russischem Einfluß stünde. Über Griechenland äußerte er sich dahin, daß es ohne weiteres zu gewinnen wäre; aber Bismarck legte darauf in Rücksicht auf die russische Herkunft der Königin, auf die hier herrschende „bestechliche Indiskretion“ und Sympathie für Frankreich keinen Wert. Von Bulgarien könne, so fand der österreichische Minister, nicht die Rede sein, solange es in den Händen Rußlands sei; er hoffte jedoch, daß durch eine Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien die Abhängigkeit des daraus erwachsenen neuen Staates von Rußland geschwächt werden würde, und betonte daher, daß er jetzt prinzipiell nicht mehr gegen die Union sei. Der Kanzler notierte dabei lakonisch: „Ich auch nicht.“ Wir hörten soeben, daß er damals auch vor Hohenlohe dem Fürsten Alexander recht gegen Rußland gegeben; lange sollte sich dieser solchen Wohlwollens freilich nicht erfreuen. So blieb denn noch Rumänien übrig, und lebhaft erklärte Kalnoky seine Geneigtheit, dieses in die mitteleuropäische Friedensliga einzubeziehen. Allerdings wies er darauf hin, daß zwischen Österreich und Rumänien in der letzten Zeit mehrfache Reibungen, namentlich in der Donaufrage, vorgefallen (woran der Kanzler einen Teil der Schuld dem Wiener Kabinett beimaß, dessen Ton und Behandlung im Verkehr mit dem kleinen Nachbarstaate allzu geringschätzig gewesen wären), daß die Rumänen, worin ihm Bismarck beipflichtete, wenig verläßlich seien: König Karol habe den ehrlichsten Willen, sei aber zu schwach, um sein Wort zu halten, der Außenminister Sturdza sei wohldenkend, habe jedoch keinen Einfluß auf das Volk, nur der Ministerpräsident Bratianu könne sich dessen rühmen; es gelte daher vor allem, ihn zu gewinnen.

Das setzte sich denn Bismarck auch zum Ziele. Er beschied Anfang September Bratianu zu sich nach Gastein und hatte hier mit ihm zwei lange Unterredungen, die freilich „wenig geschäftsmäßig und mehr deklamatorisch" verliefen. Wiederholt versicherte Bratianu, daß er unbedingt mit Deutschland und also, insoweit Deutschland das tue, auch mit Österreich gehen würde. Seine Abneigung gegen und seine Besorgnis vor Rußland kam fast stärker, als es dem Kanzler natürlich und glaubwürdig schien, zum Ausdruck, „und nicht ohne chauvinistische Beimischung im Hinblick auf die Nützlichkeit einer Dnjestr-Grenze". Sein Streben war offenbar mehr auf ein Schutz- und Trutzbündnis mit Gewinnanteil als auf eine reine Defensivallianz gerichtet. Bevor er von den rumänischen Luftschlössern sprach, behauptete er bezüglich Italiens, das sich ja Österreich-Ungarn gegenüber in einer ähnlichen Lage befand, wie Rumänien selbst, daß dessen Bündnis mit den Mittelmächten nicht von Dauer sein werde, wenn diese nicht den Italienern für den Fall eines siegreichen Krieges Vergrößerungen in Aussicht stellten. Bismarck nannte frageweise Nizza und Korsika; für Bratianu schienen dadurch die ehrgeizigen Pläne Italiens noch nicht erschöpft zu sein; als der Partner weiter in ihn drang, nannte er etwas zögernd Savoyen, dachte aber vielleicht an Trient. Er klagte über Agenten in russischem Solde, „welche die österreichischen Rumänen beunruhigten und die österreichischen Behörden absichtlich in den Irrtum brächten, daß sie rumänische Agenten wären, um Österreich gegen Rumänien mißtrauisch zu machen". Bismarck bemühte sich, da ihm die Tendenzen Bratianus zu weit gingen, dämpfend auf ihn einzuwirken; er sagte ihm, er müsse danach trachten, einen Bruch mit Rußland möglichst dadurch zu verhüten, daß er sich mit Petersburg verständige; als Bratianu darauf Angst bezeugte, daß Rumänien das Opfer einer solchen Verständigung werden könnte, beruhigte er ihn darüber mit der Versicherung, daß die Erhaltung des nichtslawischen Rumänentums im Interesse Österreichs und die des hohenzollerischen Königtums in dem Deutschlands liege; er sagte ihm, Deutschland werde jedes Abkommen gutheißen, das Rumänien mit Österreich schließe, um seine Zukunft sicherzustellen, gleichwohl könne es nicht darauf verzichten, auch mit Rußland dauernd im Frieden zu bleiben, und versprach ihm, in diesem Sinne beim Kaiser den Beitritt Deutschlands zu einem österreichisch-rumänischen Abkommen befürworten und falls nötig zwischen Bratianu und Kalnoky vermitteln zu wollen, damit ein solches zustande komme. Mehrfach wiederholte Bratianu, nur durch Anlehnung an Österreich und Deutschland könne Rumänien seine Unabhängigkeit für die Zukunft sichern, nur durch Rußland sei diese gefährdet — „eine Gefahr, die durch die russischen Übergriffe in Bulgarien besonders grell beleuchtet werde, da Rumänien danach bestimmt scheine, eine Enklave zwischen Rußland und seinen bulgarischen Provinzen zu werden". Jedenfalls gewann der Kanzler den Eindruck, daß Rumänien für seine Friedensliga gegen Rußland und sogar für ein noch wirksameres Bündnis als mit Italien zu haben sei; freilich war er noch nicht ganz frei von Bedenken gegen Bratianus Persönlichkeit, und er hielt es für wünschenswert, ehe mit Rumänien abgeschlossen würde, über die russischen Absichten ins klare zu kommen: ein Abkommen mit Rußland sei zur Erhaltung des Friedens doch noch wichtiger, als mit

Rumänien, und da ein solches bei der Art der Rumänen wohl nicht verschwiegen bleiben würde, könne es auf Rußland hemmend und verstimmend wirken.

So schnell war eine endgültige Klärung der Absichten Rußlands allerdings nicht zu bewirken, und der Stein war nun einmal ins Rollen gekommen. An Kalnoky verwiesen, verhandelte Bratianu mit diesem Ende September in Wien. Beide wurden über einen Text einig, der auf einen rein defensiven Freundschaftstraktat hinauslief. Bratianu fand das zuerst etwas allzu mager; er ließ den Wunsch nach den Donaumündungen und der Dnjestrgrenze durchblicken. Es wurde ihm entgegengehalten: der Vertrag müsse rein defensiv bleiben; komme es einmal zu einem siegreichen Kriege gegen Rußland, so könne man über dessen Früchte immer noch sprechen. In einigen Punkten machte Kalnoky Konzessionen; so verzichtete er auf einige Bestimmungen, die sich gegen die rumänische Irredenta richteten, und worin für den Fall des Krieges von einem „Oberkommando" die Rede war; Bratianu machte dagegen geltend, daß darin ein Mangel an gegenseitigem Vertrauen enthalten sei, und daß es den König verletzen könnte, wenn die Frage aufgeworfen würde, ob er seine Armee selbst kommandieren dürfe. Es wurde das strikteste Geheimnis verabredet; wenn auch erst nach einiger Überlegung sagte Bratianu zu, daß er es selbst gegenüber seinen Kammern wahren würde. Bratianu war vom Entgegenkommen Kalnokys angenehm berührt; dieser wieder gab jenem das Zeugnis, „sehr kulant gewesen zu sein", und so wurde „dieses Geschäft zur beiderseitigen Befriedigung sehr rasch beendet". Es handelte sich jetzt nur noch darum, die Zustimmung Deutschlands zum Entwurfe einzuholen, und darum, in welcher Form dieses seinen Beitritt vollziehen würde. Dabei erhoben sich einige Anstände. Bismarck wünschte einige Änderungen im Wortlaut des Textes, der ihm hie und da dem rumänischen Chauvinismus einen allzu großen Spielraum zu gewähren schien; in Rücksicht auf Kaiser Wilhelm, der sonst nicht zur Genehmigung zu bewegen war, verlangte er auch, daß jede namentliche Erwähnung Rußlands als möglichen Gegners in der Zukunft unterbleibe. Ohne eine Bedingung daraus zu machen, hatte Bratianu dem österreichischen Außenminister zu verstehen gegeben, „daß es für Rumänien eine große Ehre sein werde, wenn der Vertrag zu dreien unterzeichnet werden könnte". Bismarck jedoch wollte, daß selbiger nur durch Österreich und Rumänien geschlossen und unterschrieben würde, indem Deutschland lediglich seinen Beitritt in einem besonderen Dokument erkläre. Das schmerzte den König Karol tief; er wollte zuerst den Vertrag nur zu dreien akzeptieren; Kalnoky unterstützte ihn, indem er dem Kanzler vorstellte, daß Rumänien dadurch stärker gebunden, und daß es sich sonst etwa gar zurückziehen würde. Aber Kaiser Wilhelm ließ sich in diesen beiden Stücken nicht erweichen; kategorisch begehrte Deutschland die Streichung des Wortes „Rußland"; Bismarck schlug vor, die Wendung zu gebrauchen, der casus foederis solle eintreten, wenn Rumänien oder wenn Österreich-Ungarn an seiner Ostgrenze angegriffen würde; so geschah es denn auch. In Rumänien gingen die Wogen der Erregung hoch; der Rubel rollte; russische Agenten durchzogen das Land; Blätter wurden angekauft und neu gegründet, um die Regierung wegen ihrer Anlehnungstendenzen an die Mittelmächte zu verdächtigen und zu stürzen. Der fast unerträglichen

Situation mußte ein Ende gemacht werden. Am 22. Oktober zeigte der rumänische Gesandte in Berlin an, daß sich sein Kabinett den deutschen Wünschen beuge, und Kaiser Wilhelm verfügte nunmehr die Teilnahme Deutschlands in der Form einer Akzessionsakte.

Das Ergebnis der gesamten Negoziation war somit ein österreichisch-rumänischer Geheimvertrag, den die Außenminister Kalnoky und Sturdza am 30. Oktober 1883 in Wien unterzeichneten. Indem sich beide Mächte Frieden und Freundschaft versprachen, verpflichteten sie sich, jede Allianz oder Verbindlichkeit zu vermeiden, die sich gegen den anderen Kontrahenten richten würde, sowie eine freundschaftliche Politik zu verfolgen und (ähnlich wie es im Dreibundvertrage hieß) sich „in den Grenzen ihrer Interessen gegenseitigen Beistand zu leihen". Sollte Rumänien einen unprovozierten Angriff erleiden, so wollte ihm Österreich-Ungarn rechtzeitig zu Hilfe kommen; ebenso sollte für jenes der casus foederis gegeben sein, falls die Doppelmonarchie unter denselben Voraussetzungen in einem Teile seiner an Rumänien grenzenden Gebiete angefallen würde. Für diesen Fall wurde die Errichtung einer Militärkonvention in Aussicht genommen; der Friede sollte gemeinschaftlich verhandelt und geschlossen werden. Das Bündnis sollte für fünf Jahre gelten, und falls es nicht nach Ablauf von vier Jahren gekündigt, oder falls nicht seine Revision verlangt würde, sollte es weitere drei Jahre Bestand haben. Noch an demselben Tage erklärte Deutschland auf Einladung Österreichs und Rumäniens seinen Beitritt zu dieser Allianz; Italien wurde zunächst nicht daran beteiligt. Wir geben vorausgreifend einen kurzen Überblick über ihre weiteren Schicksale. Da sie 1887 nicht gekündigt wurde, lief sie weiter; aber offenbar wurde in Aussicht genommen, daß das nicht nur auf drei, sondern auf fünf Jahre geschehen sollte; denn am 15. Mai 1888 trat ihr nunmehr auch Italien bei, und zwar auf fünf Jahre, durch eine von österreichischer und italienischer Seite unterzeichnete Urkunde. In gleicher Weise ist die rumänisch-österreichich-deutsch-italienische Allianz oder, richtiger gesagt, der sie festlegende Traktatenkomplex, mit verschiedener Fristenstreckung seit 1892 immer wieder erneuert worden, zuletzt durch Vertragsinstrumente vom Februar und März 1913 bis zum 8. Juli 1920. Bei der Art und Weise, wie der Weltkrieg ausbrach, konnte ihre Wirkung nicht darin bestehen, Rumänien zur Teilnahme am Kampfe auf der Seite der Mittelmächte zu verpflichten; sie hat andererseits Rumänien nicht abgehalten, sich den Feinden der Mittelmächte anzuschließen. Für die Zeit ihrer Entstehung hatten die Verträge Österreichs mit Serbien und Rumänien die Bedeutung, Rußland von der Balkanhalbinsel auszuschließen, und das glückte zunächst um so vollständiger, als ja nunmehr Bulgarien mit Rußland in Konflikt geriet, und als auch mit Griechenland, das sich des entschiedenen Wohlwollens des Wiener Kabinetts unzweifelhaft damals zu erfreuen hatte, gute Beziehungen obwalteten.

Die Mitte des Festlandes war also durch ein großartiges System von Verträgen und Defensivallianzen gleichsam zu einer festen Bastion zur Erhaltung des Friedens in Europa ausgebaut, in deren Zentrum Deutschland mit Österreich stand, und die Stellung, die Deutschland also damals einnahm, war noch viel imposanter dadurch, daß es mit England, wenngleich die Bündnisbestrebungen

zu keinem förmlichen Vertragsverhältnis geführt hatten, doch wenigstens noch zur Zeit des ersten Dreibundvertrages eine Art von freundschaftlicher Entente unterhielt. In der ägyptischen Frage hatte Bismarck ein Druckmittel zur Verfügung, das er jederzeit wirken lassen konnte, wenn ihm von britischer Seite Schwierigkeiten gemacht wurden; er hat es in der Folgezeit, wie wir im nächsten Kapitel hören werden, in ausgiebigem Maße angewandt, um Deutschland den Eintritt in die Kolonialpolitik gegen Großbritanniens grundsätzliche Abneigung zu erzwingen. Zwischen England und Italien bestanden nahe Beziehungen, schon wegen des gemeinsamen weltpolitischen Gegensatzes gegen Frankreich; dadurch ward eine starke Harmonie der Interessen zwischen dem ganzen Dreibund und England um so mehr gegeben, als ja, wie gesagt, auch eine gewisse Entente zwischen England und Deutschland vorhanden war, als weiterhin zwischen England und Österreich-Ungarn schon auf dem Gebiete der Balkanpolitik nach einiger Zeit das Bedürfnis nach enger Kooperation sich geltend machte. Die Dinge lagen daher tatsächlich so, daß der kontinentale Dreibund einigermaßen bereits zur See durch das meeresgewaltige Albion flankiert war. Das war ja auch bereits in den ministeriellen Zusatzdeklarationen zum ersten Dreibundvertrage insofern zum Ausdruck gelangt, als darin ausdrücklich gesagt worden war, daß dieser in keinerlei Weise als gegen England gerichtet anzusehen sei. Unter dem richtigen Gesichtswinkel betrachtet, war das immerhin die negative Formulierung eines positiven Zustandes, nämlich eines im großen und ganzen obwaltenden politischen Einverständnisses zwischen dem Dreibunde und Großbritannien, und ermangelte dieses auch der ausdrücklichen schriftlichen und vertragsmäßigen Fixierung, so war doch die reale Interessengemeinschaft (trotz der jetzt auftauchenden deutsch-englischen Friktionen auf kolonialpolitischem Gebiete) eine so starke, daß, zumal als die Balkanfrage später wieder in den Vordergrund des weltpolitischen Geschehens rückte, die England zumal an Österreich-Ungarn und Italien fesselte, feste völkerrechtliche Abmachungen, wenngleich Bismarck es vorzog, sich davon aus Rücksicht auf Rußland fernzuhalten, doch wenigstens zwischen den beiden andern Dreibundgenossen und Großbritannien zustande kamen. Dadurch wurde der Zustand auch förmlich festgelegt, wie er schon seit der Entstehung des Dreibundes faktisch sich herausgebildet hatte, daß England eine Veränderung des status quo im Mittelmeere nicht dulden, also eventuell Italiens Besitzstand gegen Frankreich (denn das war die einzige Macht, die als seine Störerin in Betracht kommen konnte) zu verteidigen gesonnen war; d. h. die britische Seemacht war in das kontinentale System Bismarcks als maritimer Hilfsfaktor einbezogen.

Es war eine kunstvolle doppelte Kombination, die der deutsche Kanzler also zur Aufrechterhaltung des Friedens und zur Isolierung Frankreichs (das er andererseits durch Förderung seiner kolonialen Expansion für das Festland unschädlich zu machen trachtete) in Europa geschaffen hatte, — einmal das sog. mitteleuropäische System, Deutschland, Österreich, Italien, etwas loser angegliedert Rumänien und Serbien, sowie in ganz losem, rein politischem Nexus an der äußersten Peripherie Großbritannien; auf der andern Seite das erneute „Dreikaiserbündnis", Deutschland, Österreich, Rußland. Es waren gleichsam zwei Blöcke, die

durch ein Mittelstück, nämlich Deutschland, aneinandergefügt waren, und es war die doppelte Frage: Welche Garantie des inneren Zusammenhaltes bestand zwischen den einzelnen Gliedern jedes dieser beiden Gruppen, und hinwiederum zwischen diesen beiden selbst, wenn man sie als ein Ganzes betrachtete? Auf den ersten Anblick war es klar, daß innerhalb des mitteleuropäischen Systems, allein für sich angesehen, Elemente unter einen Hut gebracht waren, die sich grundsätzlich gar nicht oder nur schlecht vertrugen; man denke an das Verhältnis Österreichs zu Italien, Rumänien und Serbien, — wir kommen darauf noch des näheren zu sprechen. Ebenso verhielt es sich innerhalb des Dreikaiserbündnisses mit Rußland und Österreich. Und welche Gegensätze existierten weiterhin, wenn man das Verhältnis aller Glieder beider Gruppen in das Auge faßte, zwischen manchen von ihnen, wie z. B. Rußland und Rumänien, geschweige denn erst gar zwischen Rußland und Großbritannien? Deutschland und Österreich bildeten den Kern beider Kombinationen; diese waren eben dadurch entstanden, daß sich an diese beiden auf der einen Seite Rußland, auf der andern Seite Italien, Rumänien, Serbien und eben bis zu einem gewissen Grade auch England reihten. Das waren genug der inneren Unklarheiten und Widersprüche, und man durfte zweifeln, ob dieses komplizierte Gebilde auf die Dauer haltbar war. Das Bindeglied, das beide Flanken vereinigte und zusammenhielt, war jedenfalls nach beiden Richtungen hin Deutschland, und für Deutschland erfüllte es vorderhand seinen Zweck. Es brachte eine große Reihe von Staaten, und insonderheit die Großmächte, sei es von der einen, sei es von der andern Seite, an Deutschland heran, so daß Frankreich ganz isoliert in Europa dastand, und sich zur Zeit wenigstens für etwaige Revanchepläne gegen Deutschland, die freilich im Augenblick ohnehin für seine politischen Ziele zurücktraten, auf niemanden in Europa stützen konnte. Trotz seiner inneren Schwächen und Widersprüche erhielt sich dieses komplizierte gesamteuropäische System der politischen Isolierung Frankreichs zunächst, und zwar deshalb, weil nicht nur Deutschland, sondern auch alle seine Teilnehmer dabei fürs erste auf ihre Rechnung kamen, nicht zum geringsten Frankreich selber, dessen überseeische Expansion dabei gedieh und blühte, nicht minder die Russen, denen es eine solche Deckung für ihre Fortschritte in Mittelasien gewährte, daß sie eben deshalb, wie wir noch ausführlich vernehmen werden, zumal um die Wende 1883/84, obwohl es damals auf der Balkanhalbinsel schon wieder unruhig zu werden begann, die Erstreckung des Traktates vom 18. Juni 1881 betrieben, — das Bedürfnis nach Anlehnung an Deutschland war eben damals noch stärker als der Gegensatz zu Österreich auf dem Balkan. Am relativ unangenehmsten befand sich bei dieser Konstellation England; es wurde durch sie Rußland und Frankreich gegenüber eingeengt, und bald mußte es auch den Druck Deutschlands verspüren, als dieses in die Bahnen einer aktiven Kolonialpolitik einlenkte. Aber an sich, unter der Ägide Gladstones, imperialistischen Tendenzen damals abhold, wurde es doch durch den Zwang der Dinge selbst solche zu verfolgen genötigt, und es war dadurch nicht nur auf das Wohlwollen Deutschlands angewiesen, sondern auch über seinen Willen hinaus in Anspruch genommen, auch schließlich von solchen Erfolgen getragen, daß es weit davon entfernt war, die Lage, in der

es sich befand, als wirklich unhaltbar und einer gewaltsamen Remedur bedürftig, etwa durch eine entschieden feindselige Wendung gegen Deutschland, zu empfinden.

Von einer Voraussetzung war freilich der ungestörte Fortbestand dieser für Deutschland unerhört günstigen Situation abhängig, nämlich davon, daß auf dem Balkan nicht eine akute Krisis auftauchte. Dann war die nordöstliche Flanke des Bismarckschen Systems gesprengt, und es mußte dann weiterhin mit der Möglichkeit einer französisch-russischen Annäherung gerechnet werden. Es kam dann endlich alles darauf an, ob die andere Gruppe zusammenhalten würde, ob alle die Verträge, durch die sie verbunden war, sich bewährten, ob Großbritanniens Sympathien ihr verblieben. Für die nächste Zeit war das wirklich der Fall. Aber einem schärferen Auge konnten doch wohl schon damals die zahlreichen Risse und Spalten nicht ganz entgehen, die das kunstvolle Gebäude gerade infolge der Kompliziertheit seines Gefüges in sich barg. An den verschiedensten Punkten konnte die skeptische Kritik einsetzen. Die Verträge, durch welche Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien und Rumänien aneinander gefesselt waren, hatten, indem durch sie der Dreibund zu einem Vierbunde erweitert wurde, die Bedeutung von Defensivbündnissen, und zwar, wie in ihnen einschränkend hinzugefügt war, für den Fall eines unprovozierten Angriffes. Decken sich nun schon politische und militärische Offensive und Defensive keineswegs, so war nicht minder der problematische Begriff der Unprovoziertheit geeignet, in die Frage des jeweiligen casus foederis ein weiteres Moment der Unsicherheit hineinzuwerfen. Das war nun freilich ein Problem, das der deutschen Reichsleitung so wenig Kopfzerbrechen verursachte, daß sie es, als die Frage des Inkrafttretens der Traktate akut wurde, nicht einmal so weit kommen ließ, daß sich darüber, ob sie auf Grund unprovozierten Angriffs die Hilfe der Bundesgenossen begehren könnte, irgendwelche Zweifel erheben konnten; sie schritt ihrerseits vielmehr selber zum Angriff, so daß sie die nur nominellen Bundesgenossen vor allen moralischen Skrupeln ob eventuell verweigerter Bundeshilfe liebevoll bewahrte. Das hatte schon die Entstehungsgeschichte des ersten Dreibundvertrages gelehrt, und das wurde durch die vielfältigen und wiederholten Äußerungen der kompetenten Staatsmänner Italiens, sowie durch den ganzen Gang der Ereignisse in der Folgezeit stets von neuem bestätigt, daß auf Beistand von Italien in keinem Falle zu zählen war, wenn sich England auf der gegnerischen Seite befand. Denn alle die Gründe, welche die ministeriellen Zusatzdeklarationen von 1882 veranlaßt hatten, vor allem die Rücksicht auf den Küstenschutz, blieben späterhin ebenso ungeschwächt in Kraft und Geltung wie damals. Und es waren nun einmal durch den Dreibund und die ergänzenden Verträge mit Rumänien und Serbien Elemente unter einen Hut gebracht, die sich grundsätzlich nicht vertrugen. Am unbedingtesten war der Anschluß Serbiens an Österreich; aber er beruhte lediglich auf der persönlichen Haltung Milans und dem Umstande, daß sich Rußland eine Zeitlang gegenüber Serbien desinteressierte; sobald diese Voraussetzungen in Wegfall kamen, brachen die Gegensätze beider Staaten sowohl wirtschaftlicher wie auch politischer Natur nicht nur auf dem Balkan, sondern auch im Zusammenhange mit der allserbischen Propaganda in der Donaumonarchie mit elementarer Wucht hervor, und Serbien war das

erste Glied, das von dem mitteleuropäischen System absplitterte. Italien und Rumänien hielten ja anscheinend bis zuletzt an den Mittelmächten fest; aber nicht Deutschland war es, das ihnen solches von vornherein schwer machte, sondern Österreich-Ungarn. Italien gönnte Österreich weder weitere Fortschritte auf der Balkanhalbinsel, auf der es sich selber nur allzugern festgesetzt hätte, noch auch Trient und Triest. Der italienischen Irredenta in Zisleithanien entsprach hinwiederum eine solche Rumäniens in Transleithanien. Hier saß im Osten auf festgeschlossenem Gebiete eine rumänische Bevölkerung, die nach Millionen zählte, allerdings mit magyarischen und deutschen Enklaven, doch so, daß die magyarischen und deutschen Bevölkerungsteile in der Minderheit waren: mehr und mehr wuchsen auch hier irredentistische Tendenzen und Umtriebe, um die Stammesgenossen zum nationalen Staatswesen hinüberzuziehen. Das war eine schwere Belastungsprobe für den neuen Vierbund, was seinen Zusammenhalt im Ernstfalle anbelangte. Zunächst freilich wirkte in Italien noch die Tunisaffäre verstimmend gegen Frankreich, nicht minder in Rumänien der Verlust Beßarabiens; aber war es so unmöglich, im Laufe der Zeiten sowohl den französisch-italienischen als auch den russisch-rumänischen Gegensatz zu überbrücken? Einstweilen wurde allerdings durch den Vierbund die Donaumonarchie von dem Drucke dieser doppelten Irredenta entlastet, und es wurde ihr dadurch eine Garantie für ihren gegenwärtigen Besitzstand gewährt, — jedoch auf wie lange?

Der Kern des Drei- bzw. Vierbundes war der österreichisch-deutsche Zweibund, und seine bloße Existenz hatte hinwiederum eine merkwürdige Rückwirkung auf die Verhältnisse innerhalb der Doppelmonarchie. Das Bündnis mit Deutschland sollte (dieses Moment hatte bei seiner Gründung mitgespielt) den Deutschen in Zisleithanien nicht nur einen idealen Ersatz für die 1866 verlorene Zugehörigkeit zu Deutschland geben, sondern auch ihre Position in Österreich sichern und stärken, und gewiß, je größer der Einfluß der Deutschen in Österreich war, um so mehr mußte andererseits das österreichisch-deutsche Bündnis an Kraft und Tragfähigkeit gewinnen. Aber die Stellung der Deutschen in Österreich wurde in der Folgezeit nicht sowohl gestärkt wie vielmehr geschwächt. Mit Österreichs Anschluß an Deutschland nämlich begann in Zisleithanien eine Nationalitätenpolitik, welche die slawischen Elemente auf Kosten des deutschen begünstigte, und ihre Voraussetzung war eben dieses Bündnis selbst. Denn es enthob die österreichische Regierung der Mühe, auf die Deutschen in der Monarchie eine Rücksicht zu nehmen, die sie sich sonst im Hinblick auf die Gefahr hätte auferlegen müssen, daß diese einen Rückhalt bei dem stammverwandten Nachbarreiche suchen und finden könnten. Die Slawen aber verabscheuten das Bündnis mit Deutschland schon aus nationalen Gründen im allgemeinen, insonderheit jedoch wegen des Vorteils, der aus ihm ihren deutschen Mitbürgern für die Gestaltung der inneren Verhältnisse erwachsen k o n n t e, wie sie, zu Unrecht freilich, besorgten; indem sie nun, während die Deutschen in Wahrheit schlecht behandelt wurden, ihrerseits an Macht und Bedeutung zunahmen, wurde der Zweibund notwendigerweise einer neuen Belastung unterworfen. Tatsächlich hat der Verlauf der Dinge dazu geführt, daß das Bündnis schließlich nicht nur zum Ende des Weltkrieges versagte, sondern

daß auch das Donaureich auseinanderbarst. Da der Zweibund also seit seiner Entstehung darauf hinarbeitete, die Stellung der Deutschen in Zisleithanien zu untergraben, fiel den Magyaren, die in Transleithanien noch wirklich die Herrschaft innehatten, eben dadurch von selbst im Rahmen auch der Gesamtmonarchie der vorwiegende politische Einfluß zu. In ihrem Interesse lag es also, für die Erhaltung und Festigung des Zweibundes zu wirken; denn davon hing wieder ihre Autorität im Doppelreiche ab. In der Tat waren sie seine eifrigsten Träger und besten Stützen, bis sie im Krieg zusammenbrachen, — das bedeutete nun freilich nicht nur den Verlust ihrer Vorherrschaft in der eigenen Reichshälfte, sondern auch die Auflösung Transleithaniens.

So ermangelte das mitteleuropäische Allianzsystem als der eine Flügel der durch Bismarck geschaffenen weltpolitischen Kombination in Europa nicht der Risse und Brüche; doch sollten diese erst viel später in ihrem ganzen Umfange zutage treten, und es konnte noch recht lange dauern, bis es offenbar wurde, wie morsch der Untergrund war, auf welchem der dem ersten Ansehen zufolge so stolze und festgefügte Bau sich erhob. Aber jetzt hielt er noch, und ebenso noch die andere Flanke, die sich nach dem Nordosten Europas erstreckte, die Rußland mit umschloß. Imposant und mächtig war somit die weltpolitische Stellung Deutschlands in der ersten Hälfte der achtziger Jahre; es hatte das ganze Europa in irgendwelcher Form für sich gewonnen und für sein Interesse festgelegt. Tatsächlich war Bismarck damals der arbiter mundi, und damit war die weltpolitische Voraussetzung für die kolonialpolitischen Anfänge Deutschlands gegeben, die sich eben jetzt unter der Ägide des großen Kanzlers abspielten.

Sechzehntes Kapitel.

Afrika, die Anfänge der deutschen Kolonialpolitik und die Wendung Deutschlands zu Frankreich und Rußland.

Bis 1884.

Seit der Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren ergoß sich eine ungeheure Sturzwelle weltpolitischer Expansion über den Erdball und insonderheit über den schwarzen Erdteil. Bisher war Afrika ein im großen und ganzen herrenloses Land gewesen, in dessen unbekanntes Inneres vorwiegend wissenschaftliches Interesse kühne Forscher hineingelockt hatte. Die Europäer hatten sich in früheren Zeiten nur in den alten Kulturländern des mohammedanischen Völkerkreises festgesetzt, sowie in einigen für den Verkehr und für den Export gerade der spezifisch afrikanischen Kolonialprodukte, auch für den Sklavenhandel, wichtigen Küstenplätzen und an der für die Verbindung mit Indien und dem Stillen Ozean unentbehrlichen Südspitze: Frankreich war nunmehr der erste europäische Staat, der planmäßig auf die Errichtung eines großen Kolonialreiches im Innern lossteuerte, und England sah sich, freilich unter dem Regime Gladstones widerwillig, von dem annektierten Ägypten immer mehr nach dem oberen Niltale aufwärts getrieben. Das Beispiel der beiden Westmächte reizte zur Nachahmung. Italien, das sich der Aussicht auf Tunis beraubt sah und die auf Tripolis nicht so schnell verwirklichen konnte, suchte einen Ersatz im Osten, an der Küste des Roten Meeres. Anfangs der achtziger Jahre erwarb es hier die Stadt und Bai von Assab mit einem kleinen Küstenstrich; indem man von da aus in nördlicher Richtung vordrang, entstand die Kolonie Erythräa, zumal durch die Besetzung des Hafens von Bailul und des von Massauah (1885), der den Zugang vom Meere nach Abessinien vermittelte; sie erfolgte im Einverständnis mit England. Daraus entsprangen Streitigkeiten mit dem Negus Johannes von Abessinien, die den Italienern noch große Opfer an Gut und Blut kosten sollten. Wie sie sich also im Osten des dunklen Kontinents festzusetzen trachteten, so die Spanier im Nordwesten, indem sie ihre Augen auf die ihnen gegenüber liegende Küste von Marokko warfen, wo sie bereits einige feste Punkte innehatten.

Das wichtigste Gebiet kolonialer Aktion in Afrika war jedoch die Westküste vom Golf von Guinea nach Süden zu und das dahinterliegende Kongoland. Wir haben bereits erzählt (o. S. 341), wie hier Frankreich von Gabun aus am rechten Ufer des Kongos um sich griff; es fand einen Rivalen am linken Gestade dieses Stromes. Im Anschluß an Forschungsreisen, zumal Stanleys, war bereits 1876 in Brüssel die „Internationale Afrikanische Gesellschaft“ gegründet worden, deren Protektorat König Leopold II. von Belgien übernahm. Stanley, ein ge-

borener Amerikaner, hatte zuerst England für die koloniale Ausnutzung der von ihm entdeckten Gebiete zu interessieren versucht, war aber bei der damals dort noch herrschenden manchesterlichen Kolonialmüdigkeit auf geringes Verständnis gestoßen. Leopold II., der schon seit geraumer Zeit der Afrikakunde seine Aufmerksamkeit zugekehrt hatte, der auch, ein kluger Geschäftsmann, für das industriereiche, aber rohstoffarme Belgien eine überseeische Expansion für wünschenswert und notwendig erachtete, gewann 1878 Stanley zur Zusammenarbeit mit der „Internationalen Assoziation", und diese wurde jetzt aus einer Einrichtung, die mehr für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung und des zivilisatorischen Fortschrittes gegründet schien, eine Finanzgesellschaft, die sich die Bildung eines eigenen Kongostaates zum Ziele setzte, von dem aber zunächst noch nicht ausdrücklich gesagt wurde, daß er eine belgische Kolonie werden sollte. 1879 trat Stanley im Auftrag der Kongogesellschaft abermals eine Reise nach Innerafrika an, die mehrere Jahre dauerte. Er erwarb für sie durch Verträge mit Häuptlingen ausgedehnte Ländereien und legte daselbst Stationen an. Zur selben Zeit wirkte auf der andern Seite des Flusses Brazza für Frankreich; wir wissen, daß Kongo und Ubanghi schließlich die Grenze der beiderseitigen Besitzsphären wurden. Trat so dem jungen Kongostaate, hinter dem Leopold II. stand, vom Norden her ein Nebenbuhler in Frankreich entgegen, so erwuchs ihm auch ein solcher im Süden. Portugal behauptete nämlich, daß die Kongomündung zu seiner Kolonie Angola gehöre; es berief sich dabei auf Rechte, die aus dem Zeitalter der Entdeckungen auf Grund der Weltverteilung stammten, welche die Kurie damals vorgenommen hatte. Was dem Proteste Portugals Nachdruck verlieh, das war der Umstand, daß dahinter England steckte. Die afrikanische Westküste gewann jetzt für England eine erhöhte Bedeutung. Am 28. Juni 1882 schloß es mit Frankreich einen Vertrag ab, durch den beide ihren Besitzstand an der Sierra Leone regelten und sich auch sonst über ihre Interessen in Westafrika verständigten. Auf das Kongogebiet lenkten die Briten jetzt vornehmlich ihre Aufmerksamkeit; da Portugal finanziell und wirtschaftlich ganz und gar von ihnen abhängig war, so arbeiteten sie, indem sie die Prätentionen Portugals hierselbst unterstützten, letzten Grundes für sich selbst. Am 26. Februar 1884 schlossen sie mit Portugal, um dies hier bereits vorwegzunehmen, einen Vertrag über das untere Kongogebiet, der faktisch die Herrschaft über die Mündung des Stromes in ihre Hände spielte; dadurch wurden sowohl der Kongostaat als auch die französischen Besitzungen nördlich des Kongos vom Meere abgeschnitten. Leopold II. rief darauf die Intervention Deutschlands an, und dieses entbehrte nicht eigener Interessen in Westafrika. Schon die französisch-englische Konvention von 1882 war in Deutschland nicht unbemerkt geblieben; auch die Entwicklung der Verhältnisse an der Kongomündung verfolgte man hier mit gespannter Aufmerksamkeit. Das hing damit zusammen, daß das Deutsche Reich eben damals in die Reihe der Kolonialmächte einzutreten sich entschloß, und zwar sowohl in der Südsee als auch ganz besonders in Westafrika; daher erhoben sich nunmehr Kollisionen zwischen Großbritannien und Deutschland. Denn jenes machte Miene, sich den kolonialpolitischen Anfängen des Neuen Reiches hindernd in den Weg zu stellen, — wie sollte dieses, ohne

über eine auch nur einigermaßen erhebliche Seegeltung zu verfügen, solchem Widerstande wehren? Das war nur möglich, indem Bismarck, der nunmehr die neue weltpolitische Ära des Reiches inaugurierte, die große Stellung, welche dieses im Moment in Europa besaß, benutzte, um England zu Nachgiebigkeit zu nötigen. Das war freilich eine schwierige Aufgabe, da er es natürlich in Rücksicht auf die europäischen Verhältnisse zu einem Bruche mit Großbritannien nicht kommen lassen durfte; er mußte sich darauf beschränken, den weltpolitischen Gegensatz, in dem sich England sowohl zu Frankreich als auch zu Rußland befand, so für Deutschland fruchtbar zu machen, daß Großbritannien isoliert und dem Reiche also den für seine angestrebte überseeische Expansion erforderlichen Spielraum zu gewähren gezwungen wurde. Das hat er denn auch durch ein meisterhaftes diplomatisches Spiel zustande gebracht, durch das der Widerspruch Englands ausgeschaltet wurde, ohne daß es doch deshalb etwa zu offenem und feindseligem Konflikt kam.

Ehe wir uns anschicken, diese Entwicklung kennenzulernen, müssen wir in Kürze die Vorgeschichte des Eintritts Deutschlands in den Kreis der Kolonialmächte vorführen.

Die Entfernung Deutschlands vom Weltmeer, seine politische Ohnmacht, sein wirtschaftlicher Verfall und der in ihm herrschende Mangel an Initiative und Unternehmungsgeist nach dem Dreißigjährigen Kriege bewirkten, daß es bisher an den kolonialen Bestrebungen und Arbeiten Europas so gut wie gar keinen Anteil genommen hatte. Die Versuche des Großen Kurfürsten, dem Beispiel der Westmächte, wenngleich in geringem Umfange, durch Festsetzung an der Westküste Afrikas (im Zusammenhang mit der Gründung der Afrikanischen Handelskompagnie im Jahre 1682) nachzueifern, teilten das Schicksal seiner gleichzeitigen Flottenpläne; 1717 verkaufte sein Enkel, König Friedrich Wilhelm I., für ein Spottgeld, wie die Reste der brandenburgischen Marine, so auch die preußisch-afrikanischen Besitzungen an die Holländer. Im Laufe des 19. Jahrhunderts nahm die Industrie in Deutschland einen mächtigen Aufschwung, ebenso der Handel. Zumal der Handel der Hansestädte, Hamburgs und Bremens, begann bereits die ganze Welt zu umspannen; Deutschland wurde ein wertvolles Glied der weltwirtschaftlichen Betätigung. Aber für eine Kolonial- und Weltpolitik war hier damals noch kein Raum. Die Kräfte des einzigen wirklichen größeren Staates in Deutschland, nämlich Preußens, der allein an solche Aufgaben in Rücksicht auf seine Machtmittel hätte herangehen können, waren durch die Auseinandersetzung mit Österreich auf dem Gebiete der deutschen Frage und durch die Notwendigkeit, die nationale Einigung des deutschen Volkes gegen den versteckten und offenen Widerstand des übrigen Europas, insonderheit Frankreichs, durchzusetzen, zur Genüge in Anspruch genommen und gebunden. Die Kreuzersammlungen und die kümmerlichen Bemühungen im Sturmjahre 1848 zur Gründung einer Reichsflotte bedeuteten eine schnell vorübergehende Episode, die im Auslande eher die Spottlust anzureizen als ernstliche Befürchtungen zu erregen geeignet war, und doch zeigte der Verlauf des Krieges gegen Dänemark wegen der Elbherzogtümer mit erschreckender Deutlichkeit die Nachteile des Mangels an jeglicher Seerüstung.

So wurde denn seit den fünfziger Jahren mit dem Bau einer preußischen Marine begonnen, welche in Verbindung mit einer zweckmäßigen und reicheren Ausgestaltung des Konsulatswesens dem auswärtigen Handel einen gewissen Rückhalt zu geben bestimmt war. Im wesentlichen sah sich der deutsche Kaufmann bei seiner Wirksamkeit über See freilich der Willkür und der Schikane der europäischen Konkurrenzmächte nicht nur in deren Kolonialgebieten, sondern auch in solchen Ländern preisgegeben, die noch nicht unter jenen aufgeteilt waren.

Durch die Gründung des Neuen Reiches schien die Voraussetzung für eine Besserung dieser Verhältnisse gegeben; vor allem schien seine Machtentfaltung jetzt dem deutschen Volke die Möglichkeit eines Eintrittes in die kolonialpolitische Expansion der Nationen Europas zu gewähren. Zwar war der Erdball größtenteils schon anderweitig in Besitz genommen; nur Afrika und die Südsee boten noch Platz für überseeische Erwerbungen. Darauf drängte auch vornehmlich das große Wachstum der Einwohnerzahl, von der kaum noch die Hälfte von der Landwirtschaft lebte, während schon ein Drittel in der Industrie tätig war. Bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus war Deutschland ein „Agrarstaat", der seinen Bedarf an agrarischen Produkten nicht nur selbst deckte, sondern auch noch solche in beträchtlichen Mengen ausführen konnte. „Das 19. Jahrhundert sieht bis an die Zeit der Reichsgründung heran Deutschland als ganz überwiegenden Ackerbaustaat, der zwar der Beziehungen zum Auslande nicht enträt, mit seinen wirtschaftlichen Lebensinteressen aber noch ganz im Inlande fußt. Von den Überschüssen seiner Agrarwirtschaft gibt Deutschland dem Auslande und empfängt dafür in der Hauptsache Kolonialwaren. England ist der vornehmste Vermittler dieses nach einfachster Formel sich regelnden internationalen Austauschverkehrs." Der Außenhandel des deutschen Gebietes im Umfange vor dem Weltkrieg war von 1830 bis 1870 von 740 Millionen Mark (gleich 25 Mark auf den Kopf der Bevölkerung) bis auf 4¼ Milliarden Mark (gleich über 100 Mark auf den Kopf) gewachsen. Dazu kam noch ein anderes: bisher hatte sich die überschüssige Bevölkerung gezwungen gesehen, die Heimat zu verlassen; sie ging dadurch in großem Umfange dem deutschen Volkstum verloren; man schätzte für das 19. Jahrhundert diese Auswanderung an die 4 Millionen, und noch 1881 betrug sie 220 000 Seelen (gleich 5‰ der Bevölkerung). Durch die neue Zoll- und Wirtschaftspolitik, welche Bismarck seit dem Ende der siebziger Jahre inaugurierte, erhielten Handel und Industrie eine neue Förderung. Aus allen diesen Gründen, auch in Rücksicht auf den Schutz unserer blühenden Missionen, schien es notwendig, eigene Gebiete über See zu besitzen, in denen unser Volksüberschuß Aufnahme finden, aus denen weiterhin Rohprodukte eingeführt, in denen wir anderseits einen selbständigen Absatz gewinnen könnten, da wir ja eben auf fremdem Boden nur allzu häufig mißgünstiger Behandlung begegneten. Mit einem gewissen Widerstreben betrat Bismarck freilich die Bahn der kolonialen Expansion, mehr geschoben und gedrängt, als etwa aus eigenem freien Entschlusse. Seine ganze Politik war festländisch orientiert; wir sehen, wie er aus diesem Grunde Frankreichs koloniale Bestrebungen nach Kräften begünstigte, um es für den Kontinent tunlichst auszuschalten und unschädlich zu machen. Aber der Kanzler glaubte sich

doch auch der Pflicht nicht entziehen zu dürfen, finanziell, politisch und mit einer starken Flotte dem deutschen Handel von Reichs wegen den Rückhalt zu schaffen, den dieser brauchte, und er meinte, daß er noch darüber hinausgehen müsse, indem sich das Reich mit seiner ganzen Macht hinter die Niederlassungen zu stellen habe, welche die kolonialen Pioniere Deutschlands, zumal die Kaufleute der Hansestädte, jenseits der Weltmeere schufen. Allerdings war es dabei sein Grundsatz, daß die Initiative dafür nicht vom Reiche auszugehen, sondern daß dieses lediglich seine mächtige Hand über der privaten Unternehmung zu halten habe.

In der Südsee wurde damit in den siebziger Jahren der Anfang gemacht. Nachdem hier 1872 zwei Flottenstützpunkte auf den Tongainseln erworben worden waren, wurde mit deren Herrscher 1876 ein Freundschaftsvertrag geschlossen. Dann folgten die Samoa-Inseln. Auf sie hatten auch die Vereinigten Staaten Amerikas und die Engländer ihr Auge geworfen. Jene gingen 1878 mit Samoa einen Vertrag ein, der ihnen eine Flotten- und Kohlenstation einbrachte, ebenso (am 24. Januar 1879) Deutschland, wodurch es zu gleichem Zwecke den Hafen Saluafata auf Upolu erhielt; schließlich folgte bald darauf (8. August 1879) England. Vornehmlich war hier das hamburgische Handelshaus Godeffroy interessiert. Mit 32 Schiffen beherrschte dieses den Südseehandel; aber es geriet in finanzielle Schwierigkeiten und konnte nicht anders als durch die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft („Deutsche Handels- und Plantagengesellschaft der Südseeinseln zu Hamburg") gehalten werden. Die Reichsregierung wollte das Unternehmen durch die Übernahme einer Zinsgarantie subventionieren; der Reichstag lehnte jedoch unter der Führung Bambergers am 27. April 1880 eine entsprechende Vorlage ab. Der Beschluß erregte in weiten Kreisen Anstoß; eine eifrige kolonialpolitische Agitation setzte ein, für die besonders eine im Jahre 1879 erschienene Schrift des Theologen Fabri, des damaligen Leiters der Rheinischen Missionsgesellschaft in Barmen, („Bedarf Deutschland der Kolonien?") fruchtbare Anregungen bot. Ihren Mittelpunkt fanden diese Bestrebungen in dem deutschen Kolonialverein, der am 6. Dezember 1882 in Frankfurt a. M. gegründet wurde. Er setzte es sich zum Ziele, das Verständnis für die Bedeutung und Notwendigkeit einer energischen kolonialen Betätigung und Politik im deutschen Volke zu wecken und zu fördern.

Nunmehr schlug die Entwickelung ein schnelleres Tempo ein, zwar zunächst eben durch private Initiative, gefördert jedoch durch die Regierung, welche die internationale Machtlage ausnützte, um die Widerstände zu beseitigen, die England der kolonialpolitischen Aktion Deutschlands entgegenzusetzen versuchte. Denn deren Objekt wurde jetzt Afrika, welches die Briten auch da, wo von ihrer Seite noch keine Besitznahme stattgefunden hatte, wie ihre Domäne behandelten. Deutsche Kaufleute hatten hier an der Westküste, in Togo und Kamerun, beträchtliche Interessen; es wurden ihnen jedoch in deren Wahrnehmung und Verfolgung durch die Engländer, die vielfach gegen sie aus Konkurrenzneid die Eingeborenen aufhetzten, erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Der schon (S. 400) erwähnte Vertrag von 1882, durch den England und Frankreich einseitig, ohne die Teilnahme anderer Mächte, ihre Interessen an der Westküste Afrikas regelten, mahnte zu kräftigen

Maßregeln zum Schutze des deutschen Handels. Die deutschen Kaufleute, die in diesen Gegenden tätig waren und unter dem Drucke der ihnen mißgünstigen Konkurrenz, unter dem mangelnden Wohlwollen der fremden Behörden, zumal unter den gegen sie gerichteten Agitationen von britischer Seite bei den Eingeborenen viel zu leiden hatten, wandten sich an die Reichsregierung, und diese ließ sich von ihnen im Sommer 1883 Gutachten und Vorschläge erstatten. Von besonderer Wichtigkeit ist darunter eine Denkschrift der Hamburger Handelskammer vom 6. Juli 1883 über die deutschen Interessen in Westafrika. „Sie kann nicht nur unbedenklich für die bedeutendste Enquete über afrikanische Kolonialinteressen Deutschlands vor seinem Eintritt in die Kolonialpolitik erklärt werden; sie muß auch für den staatsmännisch weit- und umsichtigsten Bericht über koloniale Aussichten und kolonialpolitisches Vorgehen bei der Anlage von Handels- und Plantagekolonien gelten, die man in Hamburg offenbar allein für erstrebenswert hielt. Bismarck lernte aus ihr offensichtlich zuerst die Hauptprobleme kolonialpolitischer Tätigkeit (wie Auswanderung und Klima, Kosten der Verwaltung und Vorteile kaufmännischer Initiative, kriegerische Verwicklungen und deren Verhütung) kennen, die hier in weitblickender Form abgewogen und zugunsten der in Zukunft erhofften Vorteile für lösbar gehalten wurden." Indem betont wurde, daß es „nicht mehr der Stellung des Reiches entspreche, daß seine Angehörigen auf den guten Willen und die Geneigtheit fremder Mächte angewiesen seien", forderte sie nicht nur den Abschluß von Freundschafts-, Handels-, Schutz- bzw. Meistbegünstigungsverträgen mit den Eingeborenen, sowie mit Frankreich und England, sondern auch die Stationierung von Kriegsschiffen in den westafrikanischen Gewässern, Errichtung eines deutschen Konsulats an der englischen Goldküste und einer Flottenstation auf der spanischen Insel Ferdinand Po, eventuell auch (um analoge Absichten Englands zu durchkreuzen) sofortige Annexion des gegenüberliegenden Küstengebietes der Biafrabai (d. h. Kameruns) zur Anlage einer Handels- und Plantagenkolonie, desgleichen endlich „Neutralisierung der soeben erschlossenen, aber durch den britisch-französischen Vertrag [von 1882] bereits zugunsten der Seemächte vergewaltigten Kongomündung". In der Tat wurde im Winter 1883/84 die Korvette „Sophie" in den Golf von Guinea entsandt und die dauernde Stationierung deutscher Kriegsschiffe, sowie die Anknüpfung von Verhandlungen mit den Eingeborenen an der Küste Westafrikas in Aussicht genommen. So hatte es das Aussehen, als könnte ein deutsch-britischer Interessengegensatz am Golf von Guinea und an der Kongomündung in die Erscheinung treten, und seine politischen Konsequenzen konnten sich sehr bald recht ernsthaft geltend machen. Noch schärfer drohten sich die Verhältnisse an einem weiter südlich gelegenen Punkte der Westküste Afrikas zuzuspitzen. Im Frühjahr 1883 hatte der bremische Kaufmann Lüderitz durch Verträge mit den Eingeborenen die Bucht Angra Pequena mit ihrem Hinterlande erworben; er erbat sich dafür den Schutz des Reiches. Bismarck eröffnete Unterhandlungen mit der britischen Regierung, diese hinwiederum mit der Kapkolonie. In ihr wurden die Absichten Deutschlands auf eine Festsetzung in Südwestafrika mit großem Mißtrauen aufgenommen. Man argwöhnte, daß die Deutschen von der Westküste aus den Buren

die Hand zu reichen im Sinne hätten. Sowohl das Mutterland wie auch die Kapkolonie empfanden das Unternehmen als eine schwere Gefährdung der britischen Position in Südafrika.

Es kann darüber gar kein Zweifel bestehen, daß Bismarck seine Kolonialpolitik am liebsten im Einvernehmen mit England und unter Anlehnung an England inauguriert hätte. Es wird erzählt, daß schon bei seinen ersten Bündnisverhandlungen durch Bucher Ende 1875 eine Verständigung in kolonialpolitischer Hinsicht, also gleichsam die Einholung der Erlaubnis Großbritanniens zu überseeischer Ausdehnung, eine Rolle gespielt habe. Eigentlich hätte man nun glauben sollen, daß sich das liberale Ministerium Gladstone bei seiner relativen kolonialen Gleichgültigkeit, das sich zu weltpolitischen Aktionen nur in Weiterführung oder gleichsam Liquidation der konservativen Erbschaft und durch den Drang der Umstände treiben ließ, den überseeischen Wünschen Bismarcks und Deutschlands, insoweit nicht schon bestehende britische Interessen dadurch berührt wurden, neutral und passiv gewährenlassend zeigen würde. Aber das war nicht der Fall: wo immer das deutsche Volk auf der Erde noch verspätet ein stilles Plätzchen zu ergattern suchte, da sah der Brite mit schlecht verhehltem Konkurrenzneide zu, und sogleich nistete er sich wenigstens in der Nachbarschaft ein, um dem Deutschen Licht und Luft zu rauben. Bereitwillig hatte Bismarck bisher die Absichten der Engländer auf Ägypten gefördert, ja sogar sie zu bestimmen getrachtet, sich hier möglichst unter Ausschluß eines französisch-deutschen Kondominiums zur Alleinherrschaft emporzuschwingen. Dabei war er gewiß vom geheimen Streben getragen, einen Keil zwischen England und Frankreich zu schieben und England von sich selber abhängig zu machen, — nicht anders faßten die in London jetzt maßgebenden Liberalen die Sache auf, und sie mißtrauten den dämonischen Lockungen des listenreichen Lenkers der deutschen Politik nicht ohne Grund. Aber sie konnten sich dem Leitseile, das er ihnen also um den Hals warf, nicht ohne weiteres entziehen, da das eigene Bedürfnis sie in dieselbe Richtung trieb. Im übrigen war Bismarck weit davon entfernt, die Briten zu Schritten zu veranlassen, die als unvorsichtig oder gewalttätig empfunden werden konnten. Während der ägyptischen Wirren um die Jahreswende von 1881/82 gab er ihnen den Rat, sie sollten die Pazifikation und überhaupt den Vorantritt möglichst der Pforte überlassen: auf diese falle dann hauptsächlich das Odium in Ägypten, während sie sich selber ihre Verbindung mit Indien sicherstellten. Durchaus loyal gemeint war es nicht minder, wenn er sie vor dem fortgesetzten Drängen auf innere Reformen in der Türkei auf Grund der „an maßgebender Stelle [d. h. Gladstone] so beliebten humanitären Bestrebungen“ warnte, da dadurch die Pforte nur geschwächt und ihre Auflösung beschleunigt wurde; er machte sie darauf aufmerksam, daß sie in dieser Frage „zwischen ganz allgemeinen und dem eigenen Interesse des Landes“ zu wählen hätten. Granville konnte sich, als ihm dies Herbert Bismarck mündlich in den ersten Tagen des Jahres 1882 im Auftrage des Vaters vorhielt, dem Gewichte dieser Argumente nicht entziehen; aber er war in diesem Punkte zu sehr durch Gladstone und dessen Abneigung gegen die Osmanen gebunden. Er erwiderte: Er sei persönlich ganz mit dem Fürsten einverstanden; er könne

dies aber nicht amtlich sagen und sogar nicht einmal als „Privatansicht“ vor seinen Kollegen aussprechen, da er nicht wüßte, ob sie solchen Gründen, die er für sich anzuerkennen nicht umhin könne, überhaupt zugänglich wären; eine türkische Intervention sei deshalb bedenklich, weil sie Ägypten, das jetzt wieder aufzublühen beginne, mit neuem finanziellen und wirtschaftlichen Ruin bedrohe, und weil die osmanischen Truppen schwer wieder herauszubringen sein würden. Was die Reformen anbelangte, so verwies er auf Armenien: wenn England dort sich passiv verhalte, so würden die Russen die dort unter den Christen herrschende Unzufriedenheit für ihre Zwecke ausnützen. Ebensowenig, wie die Intervention der Pforte, wollte Granville eine solche der Mächte insgesamt; er fürchtete, daß dann die verschiedenartigen Interessen derselben zutage treten, zu Spaltungen innerhalb des Europäischen Konzertes führen, und daß England dabei leicht auf eine andere Seite als Frankreich gedrängt werden könnte.

Tatsächlich legte England damals noch so viel Wert auf das Zusammenwirken mit Frankreich, daß es sich (vgl. o. S. 321) unter der Ägide Gambettas zu gemeinsamen Schritten mit Frankreich in Ägypten herbeiließ; am 10. Januar 1882 erging eine englisch-französische Kollektivnote an die ägyptische Regierung. Dieses „dualistische Auftreten der Westmächte“ widersprach ganz und gar den Intentionen der Politik Bismarcks. Es befestigte ihn in der Überzeugung, daß England augenblicklich mit einem Mangel an Vorsicht regiert werde, wie er in der langen Geschichte dieses Landes kaum seinesgleichen habe, daß es ganz dem französischen Leitseile verfallen sei und nur noch auf französische Freundschaft rechne: wenngleich Deutschland nicht in erster Linie durch diese letzten Vorgänge berührt werde, so sei es doch für die allgemeine europäische Lage bedauerlich, das englische Kabinett von einem Abenteuer zum andern gleiten zu sehen. Bitter tadelte er die Schwäche Granvilles, der, anstatt seine eigene ministerielle Verantwortung durch Abwehr der Eingriffe Gladstones in die auswärtige Politik zu wahren, nur danach trachte, diesem die Verantwortung für die vorkommenden Fehler zuzuschreiben; er beklagte es, daß der gänzliche Mangel politischen Verständnisses, wie er sich jetzt wieder durch Gladstones Verhalten dokumentiere, beweise, daß England keine zuverlässige politische Anlehnung biete, und erblickte darin eine um so stärkere Aufforderung für die drei Kaisermächte, an der gemeinsamen Behandlung auftauchender Fragen festzuhalten. Immerhin sah er voraus, daß England durch sein isoliertes Vorgehen mit Frankreich nicht nur in Spannung mit den übrigen Mächten geraten, sondern sogar in eine noch größere mit Frankreich selbst, da bei der endgültigen Auseinandersetzung in Ägypten die Unvereinbarkeit der gegenseitigen Interessen die Einigkeit sprengen würde. Tatsächlich war ja das englisch-französische Einverständnis schon von vornherein höchst problematisch (s. o. S. 321 f.); es wurde eigentlich schon durch den Sturz Gambettas erschüttert; schließlich zog sich Frankreich zurück und gab England das Feld frei. Das konnte dem Kanzler nur willkommen sein; denn er ward nunmehr von der Sorge vor einer dauernden Harmonie der beiden Westmächte befreit, und da man in Paris das einseitige Eingreifen Großbritanniens, je mehr dieses dabei Erfolge erzielte und seine Stellung im Nillande befestigte, mit um so größerem Grolle verfolgte, so sah sich das

Londoner Kabinett immer mehr auf das Wohlwollen Deutschlands angewiesen. Unzweifelhaft hätte Gladstone im britischen Nutzen gehandelt, wenn er in klarer Erkenntnis dieser Notwendigkeit aus ihr die naheliegenden Konsequenzen gezogen, sich mit Bismarck auseinandergesetzt und sich dessen Unterstützung in Ägypten und sonst in der Welt gegen entsprechende Konzessionen versichert hätte. Und wo konnten diese wohl eher liegen, als auf kolonialem Gebiete? Gewiß hat Bismarck auch damit gerechnet, daß ihm solche zuteil werden würden, wenigstens insofern, als England der neuen deutschen Ausdehnung keinen Widerspruch entgegensetzen würde. Durfte er nicht auf einige Gegendienste rechnen, zumal da ja doch Großbritannien für Ägypten schließlich auf Deutschlands Wohlwollen und Gefälligkeit angewiesen war?

Die beste Deckung für das deutsche Umsichgreifen in der Welt wäre natürlich ein förmliches deutsch-englisches Bündnis mit daraufhin zielenden ausdrücklichen Bestimmungen gewesen. Wenn ein solches nicht zu erreichen war, so blieb noch das Mittel eines freundschaftlichen Einvernehmens übrig, wenngleich ohne feste Verträge, so doch im Bewußtsein gegenseitiger wohlwollenden Gesinnung und vielleicht mit halboffiziösen Zusicherungen von Kabinett zu Kabinett. Soviel sich ersehen läßt, war der britische Botschafter in Berlin, Odo Russell, jetzt Lord Amphtill, etwaigen Allianz- oder Ententeplänen Bismarcks keineswegs abgeneigt; wir haben ja (s. o. S. 352) gesehen, wie er alsbald nach dem Antritt des Kabinetts Gladstone-Granville vor diesem recht auffällig die Aufrichtigkeit und den Ernst der Bismarckschen Bündnisabsichten beteuerte und seine eigene Billigung dieser Bestrebungen zum Ausdruck brachte. Aber diese Winke wurden in London nicht beachtet. Der Gegensatz der innerpolitischen Grundanschauungen der beiden leitenden Staatsmänner in England und Deutschland war allzu groß, als daß sich zwischen ihnen die Brücke zu einer wirklichen Annäherung hätte schlagen lassen, nicht sowohl bei Bismarck, der zwar Gladstone für einen Doktrinär und „Dummkopf" hielt, wenngleich er ihm seine Rednereigenschaften nicht bestritt, trotzdem aber ihm die Hand bereitwillig gereicht hätte, wie vielmehr bei Gladstone, der von einem unbesiegbaren Mißtrauen gegen den deutschen Nebenbuhler erfüllt war. Dazu kamen Momente außenpolitischer Natur. Gladstone neigte zu Frankreich; er wollte sich nicht Bismarck gegen Frankreich verschreiben; ein Bündnis mit Deutschland lehnte er aus demselben Grunde ab, wie früher die Konservativen, nämlich aus Angst, dadurch eine Garantie für Deutschland hinsichtlich Elsaß-Lothringens übernehmen zu müssen. Er mißtraute außerdem den Absichten Österreichs und sogar Deutschlands hinsichtlich des Balkans. Noch im Herbst 1883, als bereits die bulgarische Krisis ausgebrochen war, war er der Meinung, Österreich trachte nach Machterweiterung auf dem Balkan, und Bismarck warte nur auf die Gelegenheit, um Österreich in diese Richtung hineinzuhetzen, indem er Kompensationen dafür in seiner eigenen Nachbarschaft suche. Es war ja durchaus richtig, wenn er erwog, daß Österreich schon Schwierigkeiten genug mit denjenigen Slawen habe, die jetzt unter dem habsburgischen Szepter stünden, und die doch nur im Punkte der Rasse von ihm verschieden seien, daß es aber ein sehr gefährliches Experiment sei, wenn es auch noch Slawen anderer Konfession an sich ziehen wolle,

außer wenn es, wie er hinzufügte, eine slawische Macht werden wolle. Das aber erklärte er für unmöglich, und so hielt er auch, gleichfalls nicht ohne Grund, die Chancen Rußlands auf dem Balkan für besser als die Österreichs, — nur in dem einen, entscheidenden Punkt irrte er, wenn er nämlich argwöhnte, Bismarck erachte es für angebracht, Österreich hier vorwärts zu treiben; tatsächlich war das gerade Gegenteil der Fall. Mit seiner Balkanpolitik stand Gladstone damals aber in England selbst ziemlich allein. Die Königin Viktoria mißbilligte seine Haltung in der bulgarischen Frage durchaus, und sein eigener Außenminister Granville bedeutete ihm: sie unterschieden sich beide dadurch, daß der Premier mehr Österreich, er selber mehr Rußland fürchte; Österreich habe wohl ehrgeizige Wünsche, indem es seinen Teil haben wolle, wenn die Türkei zerfalle; aber jetzt wolle es aufrichtig Ruhe, und es gebe in der Donaumonarchie keine Konzentration nationaler Kraft, wie in Rußland, durch die es auf der Balkanhalbinsel vorwärts gestoßen würde.

Bei allem Widerstreben Gladstones gegen einen engen Anschluß an die Mittelmächte lagen die Verhältnisse für die englische Politik im Spätsommer 1882 so, daß sie einen solchen, d. h. an Deutschland, bewirken zu müssen schienen. Rußland machte den Versuch, die vier Ostmächte zu vereinigen, um gegen das isolierte Vorgehen in Ägypten, zu dem sich England im Sommer entschlossen hatte, zu protestieren und einen Druck dagegen auszuüben. Bismarck wich dem aus; er meinte, daß alles, was sich in Ägypten ereignen möchte, für Deutschland nicht annähernd so nachteilig sein könne, wie die Folgen einer tiefgehenden und dauerhaften Kränkung des britischen Nationalgefühls, wie sie sich einstellen müsse, wenn man die schwierige Lage Englands benutze, um es an der Sicherung seiner vitalen Interessen zu hindern und ihm durch eine überlegene Koalition eine Demütigung zuzufügen. Als England in der zweiten Hälfte des August den Suezkanal besetzte, regte sich die öffentliche Meinung in allen Ländern in hohem Grade auf, und es traten von einigen Seiten Bestrebungen hervor, die britische Regierung „durch diplomatische Interpellationen über ihre Absichten gleichsam an die Wand zu drängen“. Der Kanzler stellte sich auf den Standpunkt, daß der Kanal für Deutschland kein politisches, sondern nur ein merkantiles Interesse habe, daß seine Existenz und freie Benützung jedoch für England merkantil und politisch eine Lebensfrage sei; er verharrte daher auch hier in seiner bisherigen Reserve und trug so dazu bei, daß dem Londoner Kabinett Verlegenheiten erspart blieben. Im Mittelpunkt aller dieser antienglischen Umtriebe stand Rußland, und nicht nur in Ägypten hatte Großbritannien damals den russischen Druck zu verspüren, sondern auch in Asien vom Kaukasus und vom Kaspischen Meere her. Trotz ihrer gegenteiligen Zusagen rückten die Russen wieder langsam immer weiter gegen Afghanistan vor; wenn man sich in London darüber beschwerte, so wurde es in Petersburg abgestritten. In Armenien sammelten sie Truppen, angeblich dort herrschender Unruhen halber; auch dadurch fühlte man sich in London bedroht. Bismarck konnte nicht umhin, die britischen Klagen über die doppelzüngige Politik Rußlands als berechtigt anzuerkennen; nur meinte er, der Zar handele so „nicht aus Falschheit, sondern aus Mangel an Verständnis und an Freiheit von seinen

Antezedenzien"; eben damals prägte er das Wort, Alexander III. sei „durch seine Thronfolgerpolitik an Abenteuer gebunden". Blinde Vertrauensseligkeit in die Friedensliebe und Zuverlässigkeit der russischen Politik war es somit, wie man erkennt, keineswegs, was ihn gehindert hätte, die Hand Englands zu ergreifen, wenn sich ihm diese entgegengestreckt hätte.

In der Tat schien es so, als ob England jetzt im Drange der obwaltenden Umstände dazu geneigt sei. Am 4. September (also in der Zeit unmittelbar nach der Besetzung des Suezkanals) richtete der Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck ein ganz vertrauliches und eigenhändiges Schreiben des Wortlautes:

„Nach der Auffassung meines Schwagers, des Prinzen von Wales, welche auch von anderen Seiten durchaus bestätigt wird, hegt man zurzeit in den politischen Kreisen Englands ohne Unterschied der Parteistellung den lebhaften Wunsch, ein engeres und vertrautes Verhältnis zu Deutschland zu finden.

Mehr und mehr hat die Überzeugung um sich gegriffen, daß ein fester Anschluß an Deutschland nicht nur dem englischen Interesse entspricht, sondern auch mehr als jede andere Kombination geeignet ist, den europäischen Frieden zu sichern.

Aus den mir zugegangenen Mitteilungen habe ich den Eindruck empfangen, daß man in England den Wert eines Bündnisses mit Deutschland und Österreich hoch genug schätzt, um demselben im Sinne gemeinsamen Zusammenstehens gegen jede Gefahr, welche dem Frieden droht, eine weitgehende Ausdehnung zu geben.

Ich halte mich verpflichtet, Ihnen diese Andeutungen zu machen, wie sie mir zugegangen sind. Ihr eigenes Urteil und die genauen wie zuverlässigen Informationen, auf welche es sich stützt, werden natürlich für Sie maßgebend sein müssen. Immerhin habe ich geglaubt, Ihnen die obigen Bemerkungen, wenn auch nur als einen Beitrag zur Kennzeichnung der Lage nicht vorenthalten zu sollen."

So tauchte das alte britisch-deutsche Bündnisprojekt wieder auf, das bereits unter Beaconsfield gespielt, und das damals zu keinem positiven Ergebnis geführt hatte, teils weil es von Derby glatt abgelehnt wurde, teils weil Beaconsfield dem deutschen Kanzler nicht das von ihm für erforderlich erachtete Entgegenkommen zeigte, teils weil das konservative Kabinett gestürzt wurde, ehe der englische Minister es Bismarck mitteilen konnte, um darüber mit ihm zum Abschlusse zu gelangen. Und gerade jetzt hatte es den Anschein, als ob man in England zu Propositionen bereit wäre, die allen Ansprüchen Deutschlands genügen dürften, nämlich zu „einer so weitgehenden Ausdehnung" des Bündnisses, die „ein gemeinsames Zusammenstehen gegen jede Gefahr" einschlösse, die den Frieden bedrohe, — also auch gegen die eines Revanchekrieges Frankreichs wegen Elsaß-Lothringens. Und dahinter stand der englische Thronfolger, der als franzosenfreundlich bisher bekannt war. Allerdings, es kam noch nicht vom Londoner Kabinett, — aber konnte eine so hochstehende Persönlichkeit, wie der Prinz von Wales, eine so bestimmte Sprache führen, ohne mit den Ministern Fühlung genommen zu haben? Offenbar handelte es sich um eine Sondierung, zwar nicht offizieller, aber so ernsthafter Natur, daß es nötig war, die Antwort so einzurichten, daß sie die maßgebenden Stellen in England darüber mit Sicherheit aufklärte, welche Aufnahme das Projekt in Deutschland finden würde. Das waren die Gesichtspunkte, die

für Bismarcks Erwiderung an den Kronprinzen (vom 7. September aus Varzin) maßgebend sein mußten; in der Tat gab sie dieser an den englischen Botschafter in Berlin weiter, darauf Lord Amphtill an Granville, der sie doch gewiß zu Gladstones Kenntnis gebracht hat. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Mitteilung an das englische Ministerium ohne Wissen und Willen des Kanzlers erfolgte; man darf vielmehr voraussetzen, daß das ihr eigentlicher Zweck war; wir hätten es also hier mit dem letzten Versuche Bismarcks einer Allianzverhandlung mit England zu tun. Das Schreiben an den deutschen Thronfolger ist eines der denkwürdigsten Dokumente der Bismarckschen Staatskunst; es steht auf einer Stufe mit des Kanzlers berühmtem Briefe vom November 1887 an Lord Salisbury, auf den wir im folgenden Buche zu sprechen kommen werden. Im Eingange gab der Kanzler seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Politik Deutschlands in der ägyptischen Frage, wie ihm der Kronprinz versichert hatte, in den politischen Kreisen Englands Würdigung zu finden beginne. Deutschland hat, so führte er darauf aus, keine direkten Interessen bei der künftigen Gestaltung der Dinge im Nillande, muß aber damit rechnen, daß unter gegebenen Umständen Frankreich sicher, Rußland wahrscheinlich seine Gegner werden. Daher hat er beim Kaiser die Notwendigkeit vertreten, unabhängig von der jeweiligen englischen Regierung und ihrer mitunter wunderlichen Politik jedem Konflikte mit der englischen Nation und der öffentlichen Meinung in England, der das Nationalgefühl daselbst gegen Deutschland in Harnisch bringen könnte, aus dem Wege zu gehen, solange als das nicht durch überwiegend deutsche Interessen unvermeidlich werden sollte. Selbst wenn der englische Ehrgeiz in Ägypten die Grenzen überschreitet, welche eine besonnene britische Politik seiner Ansicht nach innehalten sollte, so hätte Deutschland keinen Anlaß, sich deshalb andern Mächten zu Liebe mit England zu überwerfen; aber es kann positiven Beistand den englischen Wünschen nur bis zu einem gewissen Grade gewähren, wenn es sich nicht gegen Rußland feindlicher stellen will, als nötig ist, und wenn es nicht nur in Frankreich, sondern auch bei einem großen Teil des britischen Volkes dem übelwollenden Verdacht Vorschub leisten will, daß es danach strebt, die beiden großen Westmächte zu veruneinigen und in den Krieg gegeneinander zu hetzen. Nicht beim Kaiser ist er mit seinen Bemühungen, die deutsche Politik für England freundlich zu gestalten, auf Schwierigkeiten gestoßen; aber er hat in Wien anfänglich Widerspruch zu überwinden gehabt, teils wegen Gladstones früheren unbegründeten Drohungen gegen Österreich (s. o. S. 353), teils wegen der österreichischen Turkophilie, die nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Natur ist, wofür er auf die österreichischen Bahnprojekte auf der Balkanhalbinsel verweist, teils weil man in Österreich nicht gewohnt ist, die Zukunft politischer Fragen über die laufende Woche hinaus zu erwägen. Er mißbilligte den heftigen Gegensatz der deutschen Presse gegen England und führte ihn zurück auf die deutsche Neigung zum Tadel und Besserwissen, auf Einflüsse der Finanzwelt, auch auf Bestechung von Frankreich und Rußland her. Die größte Schwierigkeit jedoch, so hielt er anscheinend dem Kronprinzen, in Wahrheit dem britischen Kabinett selbst vor, „unserer Beziehung und Neigung zu England praktischen Ausdruck zu geben", besteht in der absoluten

Unmöglichkeit jeder vertraulichen Besprechung infolge der Indiskretionen der englischen Staatsmänner in den Mitteilungen, die sie an das Parlament gelangen lassen, und in der mangelhaften Sicherheit bei Allianzen, für welche daselbst nicht die Krone verantwortlich ist, sondern die flüchtigen Kabinette des Tages. Es ist daher schwierig, „mit England zuverlässige Verständigungen anders wie in voller Öffentlichkeit und angesichts von ganz Europa einzuleiten und sicherzustellen". Die Einleitung solcher öffentlichen Verhandlungen, noch dazu, wenn sie zu keinem endgültigen Ergebnis gelangen, würden nachteilig auf die meisten der übrigen europäischen Beziehungen Deutschlands wirken. Der Hauptnachdruck aber liegt auf dem Schlußsatze: „Diese Schwierigkeiten dürfen nicht hindern, daß wir die Befestigung unserer und der österreichischen Freundschaft mit England unwandelbar pflegen und jedes Entgegenkommen bereitwillig akzeptieren."

Soweit er es tun konnte, ohne sich England geradezu aufzudrängen, war Bismarck dadurch auf den englischen Fühler eingegangen. Unverkennbar war die Anspielung, daß Deutschland damit rechnen müsse, unter Umständen Frankreich sicher, Rußland wahrscheinlich als Gegner zu haben; zwischen den Zeilen sprach er seine Bereitschaft aus, mit der jeweiligen englischen Regierung, also auch mit einem liberalen Kabinett, zu paktieren; wenn er auf die Schwierigkeiten hinwies, die eine Bündnisverhandlung mit England bereite, so lag darin keine Ablehnung, sondern eine Mahnung zu Diskretion und die Erwartung eines geheimen Vertrages, — ganz ebenso hatten sich ja Deutschland und Österreich den Italienern gegenüber vor dem Abschlusse des Dreibundtraktates ausgesprochen. Der Schwerpunkt beruhte in der Beteuerung am Ende des Schriftstückes: allen Schwierigkeiten zum Trotze, an der Befestigung der Freundschaft zwischen den Mittelmächten und Großbritannien unwandelbar arbeiten und jedes Entgegenkommen bereitwillig akzeptieren zu wollen, — das bedeutete die Aufforderung, bestimmte Anträge oder Eröffnungen zu machen. Aber das geschah nicht. Zwar gelangte der Brief, wie wir wissen, in die Hände Granvilles; aber es ist uns unbekannt, welches seine weiteren Schicksale waren. War der Sondierungsversuch des britischen Thronfolgers ohne Vorwissen des gesamten Kabinetts oder wenigstens Gladstones ausgegangen? Waren des Prinzen Versicherungen von den Bündniswünschen Englands und der daselbst bestehenden Geneigtheit um jeden Preis („gegen jede Gefahr") übertrieben oder jedenfalls nicht von der leitenden Regierungsstelle geteilt? War Gladstones Abneigung gegen die Allianz mit den Mittelmächten unüberwindlich? War man in London schon zufrieden, daß sich Bismarck zu so energischer Unterstützung Englands in Ägypten bereit erklärte, und glaubte man deshalb, seiner so sicher zu sein, daß weitere Bindungen überflüssig seien? Hielt man vielleicht die Lage, wie sie durch die Besetzung des Suezkanals entstanden war, inzwischen bereits zur Genüge entspannt und glaubte man daher, des Kanzlers Erbietungen jetzt überhören zu dürfen?

Wir sind nicht in der Lage, diese Fragen zu beantworten, und dasselbe gilt von anderen, die man ganz ebenso aufwerfen könnte. Hat sich Bismarck je der Hoffnung hingegeben, daß diese von höchster Stelle gegebenen Anregungen zu praktischen Resultaten führen könnten? Hat er geglaubt, als nicht alsbald positive

Erbietungen von London aus nach Berlin ergingen, man dürfe die Sache nicht überstürzen, sondern den Boden, der für die Frucht jetzt reif sei, langsam und vorsichtig bearbeiten, um die letzten Widerstände hinwegzuräumen, die sich dem Gelingen noch feindlich in den Weg stellen könnten? Meinte er vielleicht, nur noch der Eigensinn Gladstones sei das Hindernis, und wenn er seine Politik der Konnivenz in der ägyptischen Frage, wie bisher weiter verfolge, so werde er bei der guten Disposition, die am Hofe unzweifelhaft vorhanden war, beim übrigen Kabinett einen so guten Eindruck hervorrufen, daß sich auch der Chefminister, wohl oder übel, fügen würde? Jedenfalls glaubte er den Weg stärkster Begünstigung der englischen Ägyptenpolitik nicht verlassen zu dürfen; dazu bewog ihn schon das Motiv, einen Keil zwischen Großbritannien und Frankreich treiben zu müssen, damit er der Gefahr einer Entente oder gar eines Bündnisses zwischen den beiden Westmächten überhoben würde. Es galt, das Eisen zu schmieden, solange es noch heiß war. Unmittelbar nachdem die durch den Kronprinzen vermittelte Anregung des Prinzen von Wales an ihn gelangt und durch ihn beantwortet war, sandte er seinen Sohn Herbert nach England; vorher der Botschaft selbst zugeteilt, war dieser im Juni des Jahres in die politische Abteilung des Auswärtigen Amtes einberufen worden; jetzt aber wurde er bereits wieder als Träger wichtiger Mitteilungen nach London abgeordnet. Sie waren im wesentlichen eine weitere Ausführung und Erläuterung desjenigen, was er schon selbst durch den Kronprinzen dahin in der ägyptischen Frage hatte andeuten lassen; sie sei für Deutschland an sich gleichgültig; aber wenn er englischer Minister wäre, so würde er nicht nach dem Besitz von Ägypten unter voller englischer Souveränität trachten, sondern es für das beste erachten, durch das Mittelglied der Pforte den vorwiegenden Einfluß daselbst zu erreichen; der Sultan sei der von jedermann anerkannte Souverän Ägyptens, und wenn England sich mit ihm in gutem Einvernehmen befinde, könne es in seinem Namen in Ägypten durchaus tun, was es wolle. Traditionell habe die englische Politik die intimsten Beziehungen mit dem Sultan unterhalten, und die Meeresengen könnten im britischen Interesse nicht besser aufgehoben sein, als bei der schwachen Türkei, deren Verbindung mit Ägypten stets unter vollkommener Kontrolle Englands als der stärksten Seemacht und des Meisters des Mittelmeeres stehen würde: das wäre dasselbe, wie im privaten Leben das Verhältnis zwischen Eigentümer und Pächter mit langem Vertrage. Man darf dabei nicht vergessen, daß das derselbe Bismarck sagt, der noch im Vorjahre mit Rußland einen Vertrag geschlossen hat, der die Meeresengen gegen England nach Norden unter Kautelen gegen eventuelle Zuwiderhandlungen der Pforte sperrte. Er geht aber noch weiter: Wenn England es vorzieht, Ägypten zu annektieren, so wird Deutschland nicht widersprechen; die feste und dauernde Freundschaft mit England ist für Deutschland viel wichtiger, als das Schicksal des Nillandes. Er will England keinen Rat geben; aber er sieht voraus, daß sich England selber durch eine Annexion starke Rivalitäten und Schwierigkeiten mit Frankreich, Rußland und der gesamten muselmännischen Welt schaffen wird; all das wird vermieden oder wenigstens erheblich vermindert, wenn England einfach unter türkischer Firma seine Herrschaft in Ägypten begründet und seinen Einfluß daselbst steigert.

Wenn England sein Übergewicht in Ägypten in einer Form statuiert, die den französischen Chauvinismus nicht erregt und die französische Presse nicht alarmiert, so wird auch Frankreich in Rücksicht auf seine Finanzwelt, die vor allem Ordnung und Sicherheit für ihre Kapitalanlagen wünscht, und deren Interesse jetzt in Frankreich im Vordergrund steht, sich mit den Maßregeln abfinden, die England für die Zukunft trifft. Auf keinen Fall wird Deutschland dem widerstehen, was England jetzt in Ägypten vornimmt; seine Politik entspricht nicht nur seinen eigenen Belangen und seinen freundschaftlichen Gefühlen für Großbritannien, sondern auch den Geboten der Billigkeit in Anbetracht der Wichtigkeit des Suezkanals für den Handel und die Schiffahrt Englands.

Am 11. September trug Herbert Bismarck diese Gesichtspunkte des Vaters Lord Granville auf seinem Landsitze Walmer Castle, zwei Tage später dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Sir Charles Dilke in London vor. Seine Erklärungen fanden, wenngleich der Gang der Ereignisse in Ägypten sich später so gestaltete, daß die Bismarckschen Ratschläge nicht befolgt wurden, bei beiden Staatsmännern die beste Aufnahme und lebhaften Dank. Granville versicherte, daß die Sympathien für Deutschland in letzter Zeit in England wesentlich gewachsen seien, nicht nur in der Presse und im Volke, sondern auch bei der Königin, man fange an, im Lande zu verstehen, daß die deutsche Politik England viel genutzt habe. Ähnlich sprach sich Dilke aus, indem er beteuerte, eine Antipathie gegen Deutschland habe in England eigentlich nie bestanden, nur gegen Rußland, und das habe auf Deutschland zurückgewirkt, weil man dieses im russischen Schlepptau befindlich geglaubt habe: das sei aber jetzt anders geworden, seitdem die russisch-deutschen Beziehungen erkaltet seien; über Frankreich ließ er sich dabei (s. o. S. 338) sehr wegwerfend aus, so daß danach die Möglichkeit eines französisch-britischen Einvernehmens mindestens für die nächste Zeit ausgeschlossen erscheinen mußte. Angesichts des deutschen Wohlwollens glaubte das britische Kabinett nunmehr in Ägypten feste Zustände zu seinen Gunsten anbahnen zu dürfen. Mitte Oktober faßte es eine Reihe von Beschlüssen in dieser Richtung. Die „in der Theorie immer noch bestehende" finanzielle Doppelkontrolle Englands und Frankreichs, die Grundlage des französisch-englischen „Kondominiums", sollte aufgehoben werden; Frankreich sollte dafür gewonnen werden, indem vorgegeben wurde, daß es sich bei der gewünschten Kontrolle Englands allein nur um eine vorübergehende Einrichtung handle. Der Kanal sollte internationalisiert, d. h. die freie Schiffahrt auf ihm für Kriegs- und Friedenszeiten für sämtliche seefahrenden Nationen unter eine internationale Garantie durch die Mächte gestellt, Ägypten selbst neutralisiert, d. h. von den europäischen Mächten als neutraler Staat nach dem Vorbilde Belgiens anerkannt werden.

Ehe er mit diesen Vorschlägen an die Mächte, zumal das hauptsächlich interessierte Frankreich, herantrat, gab (22. Oktober) Granville dem Grafen Herbert davon vertraulich Kenntnis. Ausführlich motivierte er es, warum Ägypten und der Suezkanal verschieden behandelt werden müßten: „Wir können nie einer Neutralität des Suezkanals zustimmen, welche uns diesen Seeweg im Kriegsfalle versperrt, und kein englischer Minister kann das. Wird Ägypten aber nicht neutral

erklärt, so fällt uns schließlich die Deckung dieses Landes mit allen ihren enormen Kosten zu. . . . Wir glauben, daß wir dadurch den Neid und die Eifersucht anderer Nationen entwaffnen.“ Unter der schützenden Hülle dieser wohlmeinenden Erklärung streckte er allerdings den Pferdefuß hervor: „Natürlich muß ein sicheres Truppenkorps, auf das der Khedive sich verlassen kann, erst organisiert werden, und die Sicherheit geschaffen sein, daß nicht wieder Anarchie in Ägypten entsteht. Bis dieser Zeitpunkt eingetreten sein wird, können wir unsere Truppen nicht zurückziehen, so gern wir das täten; die europäischen Mächte selbst werden von uns erwarten und verlangen, daß wir in Ägypten stehen bleiben. Glauben Sie nicht, daß der Reichskanzler das auch wünscht?“ Herbert begnügte sich zu erwidern: „Ich weiß, daß der Kanzler Ihnen in Ägypten freie Hand lassen wird, und daß er zu sagen pflegte, die englischen Minister verständen alle den Orient berührenden Fragen unendlich besser als er.“ Granville merkte wohl den sarkastischen Unterton, lächelte verlegen und fuhr fort: „Wir wünschen nicht, daß aktive englische Offiziere in die zu formierende ägyptische Armee eintreten, und werden das nicht zulassen. Wohl aber sind wir damit einverstanden, daß Offiziere der Reserve und solche, die auf Halbsold stehen, dort Dienste nehmen.“ Es gehörte kein besonderer Scharfsinn dazu, daraus deutlich zu entnehmen, daß Großbritannien die Hand auch weiterhin auf Ägypten zu legen gedachte. Im Fortgange des Gespräches äußerte sich Granville dahin, es solle zwar die Souveränität des Sultans über das neutrale Ägypten und auch der ihm schuldige Tribut bestehen bleiben, seine Obergewalt aber insofern beschränkt werden, als seine Firmans daselbst zu Akten des internationalen Rechtes erhoben würden, die ohne Zustimmung aller Mächte weder aufgehoben noch auch abgeändert werden dürften, und daß er auch ohne eine solche keine neuen mehr zu erlassen die Macht habe: „Es ist vorauszusehen, daß diese Lösung dem Sultan nicht sehr erwünscht sein wird. Wir werden ihm aber sagen, daß die öffentliche Meinung in England die volle Abschaffung seiner Schattensouveränität fordert, und daß wir ihm also schon eine für uns nicht leichte Konzession machen, wenn wir ihm dieselbe lassen.“ Graf Bismarck vertrat dagegen den alten Standpunkt seines Vaters: England möge sich den Sultan nicht entfremden und ihn nicht schwächen, damit er nicht der Vasall einer anderen Macht, d. h. Rußlands, würde, vielmehr schon in Rücksicht auf die Meeresengen und seine eigene Position im Mittelmeer den Großherrn zu *seinem* gutwilligen Vasallen machen und via Konstantinopel in Ägypten regieren; würde dieses eine Art afrikanisches Belgien, so würde es ein Spielball der Intrigen anderer Mächte werden. Nachdenklich wiegte Lord Granville hierauf sein Haupt und sagte nach kurzem Schweigen, er müsse gestehen, daß das die beste Lösung wäre, aber seine Kollegen würden ihm dabei nicht folgen, da der Sultan hier allzu unpopulär sei. Zum Schlusse gab er seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß England in der Sache so glücklich abgeschnitten habe: „Unser Spiel stand im Juli recht ungünstig; jetzt stehen wir aber so gut, als hätten wir 4 honneurs en main.“ Im Bewußtsein, was die Engländer dabei seinem Wohlverhalten zu verdanken hatten, machte Fürst Bismarck die Randglosse: „Deutschland, die honneurs sind unsere! gern geliehen.“ Nach wenigen Tagen bereits verzichtete

Granville auf die Neutralisation Ägyptens; doch hielt er an der alleinigen Finanzkontrolle Englands und an der Internationalisierung des Suezkanals fest. Bismarck gab darauf nach London zu wissen, daß er England bei der Neuordnung der ägyptischen Dinge keinerlei Opposition machen werde, daß er auch gern bereit sei, das Prinzip der freien Schiffahrt durch den Kanal zu akzeptieren, jedoch nicht in der Lage, es zu garantieren. Im übrigen befürwortete er es, daß die Aufhebung der Doppelkontrolle vom Khediven selbst dekretiert würde; so geschah es denn auch. Der eigentliche Gewalthaber in Ägypten war seitdem der englische Finance-Adviser; er konnte durch sein Veto alle Maßnahmen des einheimischen Ministeriums kreuzen. In Frankreich begehrte man freilich dagegen auf; denn das war die öffentliche und offizielle Bekundung des Verlustes seiner Stellung im Nillande.

Bismarck hatte ganz recht, wenn er sagte, England habe das ägyptische Spiel gewonnen, weil ihm Deutschland seine Trümpfe geliehen habe. Wenn dieses aber etwa geschehen war, in der Voraussetzung, daß sich an die Eröffnungen des Prinzen von Wales an den Kronprinzen Friedrich Wilhelm weitere Folgen knüpfen würden, so sah sich der Kanzler in dieser Hoffnung getäuscht. Gewiß war es nicht ohne Bedeutung, daß er die Verhandlungen damals in London durch seinen Sohn führen ließ, und daß dieser im November zum ersten Sekretär bei der deutschen Botschaft daselbst ernannt wurde; in der Tat hören wir, daß Graf Herbert damals „im Auftrage seines Vaters fortgesetzt unter der Hand die maßgebenden politischen Kreise Englands in der Bündnisfrage sondierte". So viel ist sicher, daß Bismarck von wachsendem Verdruß gegen die britischen Staatsmänner ergriffen wurde. Mitte Dezember 1882 erzählte der Prinz Wilhelm von einem Besuche, den er jüngst beim Fürsten gemacht hatte: „Er [der Prinz] habe sich über die England zu freundliche Haltung in der ägyptischen Frage gewundert und ihn [Bismarck] darüber um Aufklärung ersucht. Darauf hatte Bismarck sehr geringschätzig über Gladstone und sein Kabinett gesprochen, welche von auswärtigen Dingen so viel wie Quartaner verstünden. Es sei aber notwendig gewesen, um eine englisch-französische Allianz zu verhindern, womöglich diese beiden Mächte zu entzweien; das sei der Schlüssel zu der deutschen Politik." Daß er diesen negativen Zweck erreicht hatte, daß aber andrerseits auf eine deutsch-englische Allianz nicht zu zählen war, dafür erhielt der Kanzler bald sichere Belege. Mitte Januar 1883 hatte Herbert Bismarck eine Unterredung mit Granville. Dieser sprach dabei seinen Dank für die freundschaftliche Haltung aus, die Deutschland während der ganzen ägyptischen Krisis gegen England eingenommen habe; der Graf erwiderte, das Motiv dafür sei lediglich das Wohlwollen Deutschlands für England, und der Wunsch Deutschlands ging nach wie vor dahin, ein gutes Einvernehmen zwischen England und Frankreich erhalten zu sehen. Wie hoch der Wert dieser Versicherung einzuschätzen ist, erhellt aus der Äußerung, die Fürst Bismarck etwa vier Wochen zuvor dem Prinzen Wilhelm gegenüber getan hatte. Unter dem wiederholten Ausdruck seiner Erkenntlichkeit replizierte der britische Minister: er persönlich sei schon lange davon überzeugt gewesen, jetzt seien auch seine Kollegen ohne Ausnahme davon durchdrungen; ganz und gar teile er den Wunsch Deutschlands nach guten Beziehungen zwischen den beiden Westmächten: „Eines Bünd-

nisses mit einer europäischen Macht bedarf England nicht, und wir treiben überhaupt keine Allianzpolitik; auch unter ganz anderen Umständen würde es deshalb nie mein Ziel gewesen sein, eine westmächtliche Allianz herzustellen.“ Jetzt wußte der Kanzler, wenn das früher noch nicht der Fall war, ganz genau, wie er mit England daran war, und was nützten ihm die platonischen Dankesbezeugungen, mit denen ihn England so freigebig überschüttete? Nicht nur Granville strömte davon über, sondern auch der Minister des Innern, Sir Harcourt; er sagte eben damals zu Herbert: „Wir sind dem Fürsten Bismarck ungemein dankbar, denn er hat uns durch die freundliche Haltung der deutschen Politik im Sommer einen großen Dienst geleistet. Daß wir mit Ägypten allein gelassen wurden, haben wir lediglich dem Wohlwollen Deutschlands zu verdanken. Wir wissen alle sehr wohl, daß Fürst Bismarck in einem gewissen Augenblick den Wagen hätte umwerfen können, wenn er es gewollt hätte, und daß er das nicht getan hat, erkennen wir mit großem Dank.“ Kaiser Wilhelm, der freilich kaum vom letzten Bündnisfühler Kenntnis hatte, kommentierte das mit den Worten: „Aus Wohlwollen haben wir unsere Schiffe wohl nicht zurückgezogen, sondern um uns in keine kriegerische Aktion zu verwickeln und England allein die Folgen seiner falschen Politik tragen zu lassen.“ Was blieb Deutschland jedoch anderes übrig, als auch weiter bei der Fiktion zu verharren, daß es lediglich wegen der schönen blauen Augen John Bulls diesem in Ägypten beigestanden hätte? Auch in der Folgezeit setzte Bismarck die Miene auf, als billige er an sich die ägyptische Politik Englands. Bei Gelegenheit eines Besuches des Prinzen von Wales gab er nicht nur seinem Entzücken über Eduards Unterhaltung und bestechendes Wesen Ausdruck, sondern auch der ernsten Hoffnung, daß England nicht seine Truppen aus Ägypten zurückziehen würde, ehe Sicherheit und Dauerhaftigkeit daselbst durch England für Europa gewährleistet wären.

Aber Bismarck war nicht der Mann, der aus purer Nächstenliebe für andere die Kastanien aus dem Feuer holte. Auf greifbare Vorschläge von britischer Seite war nicht mehr zu hoffen, und auf kolonialpolitischem Gebiete machten sich die ersten Anzeichen bemerkbar, daß mit Schwierigkeiten von England her zu rechnen war. Warum sollte er da nicht auch einmal das Steuer nach der andern Seite hinüberwerfen? Und in Frankreich begann man allmählich mehr und mehr zu begreifen, wie wertvoll ein Einverständnis mit Deutschland wenigstens vorderhand in den großen Fragen der überseeischen Weltpolitik sein könne. Am 21. Februar 1883 übernahm Ferry wieder den Vorsitz im französischen Kabinett; er lenkte in die Bahn ein, die dieses Ziel verfolgte, und bald wurden in Frankreich Stimmen laut, die ihm darin mit Nachdruck sekundierten. Im April brachte der „Figaro“ einen Artikel, der dieser Tendenz das Wort redete, „zumal Frankreich von einer englischen Allianz nichts profitieren würde, sondern nur Schlimmes zu erwarten habe, während an ein Bündnis mit Italien seit der französischen Besetzung von Tunis nicht zu denken wäre.“ Und nunmehr wechselte Bismarck seine Haltung gegen England, auch in der ägyptischen Frage. Im Oktober 1883 erschien Mukhtar Pascha in Berlin, um im Namen der Pforte Bismarck zu bitten, er möge seinen Einfluß walten lassen, um die Türkei gegen die Übergriffe Groß-

britanniens zu schützen, sowohl in Bulgarien und Armenien, als auch in Ägypten. Der Kanzler lehnte jede solche Interzession ab und riet den Osmanen, sich wegen Ägyptens an Frankreich zu wenden; d. h. er rückte in der ägyptischen Frage von England ab und wandte sich Frankreich zu. Anfang November hatte der deutsche Botschafter Hohenlohe in Paris eine Unterredung mit dem Präsidenten Grévy; er sprach darin den Wunsch Deutschlands aus, nach wie vor gute Beziehungen mit Frankreich zu unterhalten. Grévy erwiderte, daß auch die französische Regierung solches wolle, und daß sie es wohl zu würdigen wisse, in welch wohlwollender Weise Deutschland ihr gegenüber seit dreizehn Jahren verfahren sei. Unverkennbar war die deutsch-französische Intimität im Wachstum begriffen. Im Dezember weilte der französische Botschafter, der Baron Alfons von Courcel, ein guter Kenner Deutschlands, der hier studiert und promoviert hatte, in Friedrichsruh bei Bismarck; die Annahme ist nicht abzuweisen, daß dabei die schwebenden kolonialpolitischen Fragen besprochen, und daß darüber, wenngleich noch nicht Abmachungen, so doch vielleicht gewisse Übereinstimmungen erzielt wurden. Dazu gehörte es jedenfalls, wenn Deutschland jetzt ostentativ die Stellung Frankreichs in Tunis anerkannte; es geschah dies dadurch, daß die deutsche Konsulargerichtsbarkeit daselbst (am 21. Januar 1884) für aufgehoben erklärt und die deutschen Reichsangehörigen und Schutzgenossen der Jurisdiktion der von Frankreich hier eingesetzten Gerichtshöfe unterworfen wurden. Als am 26. Februar 1884 der englisch-portugiesische Kongovertrag geschlossen wurde, von dem auch Frankreich betroffen wurde, und als sich Leopold von Belgien dagegen an Deutschland wandte (s. o. S. 400), kamen auch hierin Deutschland und Frankreich zu gemeinsamem Vorgehen überein. Nachdem als erste von allen Mächten die Vereinigten Staaten (am 23. April) die afrikanische Kongogesellschaft König Leopolds anerkannt hatten, protestierten am 12. Mai Deutschland und Frankreich gegen den britisch-portugiesischen Traktat. Der äußere Ausdruck der neu hergestellten deutsch-französischen Entente war es, wenn B.smarck im Juni 1884 im Deutschen Reichstag vor ganz Europa erklärte, „noch nie habe seit vielen Jahren Deutschland in so guten Beziehungen zu Frankreich gestanden".

Vor aller Öffentlichkeit nahmen nunmehr Frankreich und Deutschland weltpolitisch eine gemeinsame Stellung ein, deren Front sich gegen Großbritannien richtete. Aber Frankreich war nicht das einzige Eisen, das der Kanzler gegen das widerspenstige Albion im Feuer hatte; dazu kam noch Rußland. Es handelte sich dabei um die Verlängerung des Dreikaiserbündnisses; sie hatte allerdings eine ziemlich lange und wechselvolle Vorgeschichte.

Das erneuerte Dreikaiserbündnis von 1881 hatte bisher gehalten, weil es noch nicht auf eine ernstliche Probe gestellt worden war. Nicht einmal in dem Punkte war Remedur eingetreten, der seinerzeit besonders stark zu seiner Entstehung beigetragen hatte, und der in dem Vertrage daher ausdrücklich insofern geregelt worden war, als fortan die Agenten der drei Mächte im Orient, zumal Österreichs und Rußlands, durch ihre Regierungen in Schranken und in leidlichem Einvernehmen miteinander gehalten werden sollten. Die Teilnahme Österreichs war es, bei der sich Rußland keineswegs wohl befand; hier hätten die engen

Beziehungen zu Deutschland weniger Anstoß erregt, als vielmehr eben die bloße Tatsache eines näheren Einverständnisses mit dem habsburgischen Kaiserstaat; gerade daher hütete das Petersburger Kabinett ängstlich das Geheimnis, und dem Zaren selbst lag daran sehr viel, weil er sein Regiment noch nicht für genügend befestigt erachtete. Trotzdem wünschte Alexander III., wie in Berlin Anfang 1883 bekannt wurde, die Verlängerung, und zwar unter dem Einfluß Saburows. Dieser hatte dabei allerdings Hintergedanken; er wünschte nicht eine einfache Erneuerung, sondern wollte dem Zweck der Entente zu dreien eine andere Wendung geben. Wie sein Kollege Nelidow in Konstantinopel, rechnete er nämlich mit dem bevorstehenden Zusammenbruch der Pforte und wollte den Vertrag auf diese Eventualität zugespitzt und ausgedehnt wissen; darum hielt er es für gut, sich beizeiten zu verständigen, um nicht durch die Tatsachen überrascht zu werden, und eben deshalb eine Demarkationslinie zwischen dem Interessengebiete Rußlands und Österreichs zu ziehen. Er führte dafür an, daß das Einverständnis zwischen den drei Kaiserhöfen in Rußland dadurch sehr populär und somit der Frieden gesichert werden würde, wenn man nämlich hier von einem Abkommen höre, welches alle nationalen Lieblingsträume zu realisieren verspreche. Noch ein anderes Motiv brachte er ins Treffen. Er war der Meinung, Bismarck warte nur auf einen möglichst günstigen Moment, um über Frankreich herzufallen, und der würde kommen, wenn sich die Dinge in Frankreich einer Rückkehr zur Monarchie zuneigen sollten: eine solche könnte Deutschland nicht vertragen, und es würde dann gegen Frankreich losschlagen; in einem solchen Kriege, an dem Österreich-Ungarn teilnehmen müßte, würde sich für Rußland Gelegenheit bieten, seine Stellung in Europa wieder zu befestigen, indem es beim Friedensschlusse sein Wort mit in die Wagschale werfe. Nun enthielt der Traktat von 1881 in einem seiner Artikel einen Passus des Inhalts (s. o. S. 351 f.), falls eine der drei Mächte in einem Kriege von einem ihrer beiden Alliierten einen positiveren Beistand, als wohlwollende Neutralität erhalte, so bleibe diese doch für den Dritten in voller Geltung. Da Saburow fürchtete, daß Rußland durch diese Bestimmung in einem Kriege Deutschlands und Österreichs gegen Frankreich gehindert würde, in dem von ihm gewünschten Sinne mitzureden, betrachtete er ihren Fortfall für erforderlich. Seine Auffassung entbehrte insofern der Grundlage, als ja Österreich laut des Zweibundabkommens an einem Krieg Deutschlands nur gegen Frankreich gar nicht teilzunehmen brauchte; das war ihm aber nicht bekannt.

In Rußland waren die Ansichten geteilt. Auf den Zaren machte das zweite Argument Saburows Eindruck, und was das erste anbelangte, so war Giers, seit April 1882 Außenminister, gegen eine vorzeitige Liquidation der Pforte. Er wollte den status quo in der Türkei möglichst lange erhalten sehen, da die Völkerschaften daselbst noch zu unentwickelt und unreif seien, als daß sie auf eigenen Füßen stehen könnten, so daß durch einen baldigen Zerfall des Osmanischen Reiches der russischen Politik nur Schwierigkeiten erwachsen würden. Er wollte die orientalische Frage noch nicht ins Rollen kommen lassen; daher wollte er auch die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich, wozu dieses nach dem Vertrage von 1881 befugt war, noch möglichst lange hinausgeschoben wissen.

Denn er besorgte, daß man dann in Rußland auch auf die bulgarische Union und den Zaren überhaupt zu einer aktiven Balkanpolitik drängen würde, die er als unzeitgemäß verwarf. Zwar war auch er für eine Erneuerung des Dreikaiserbündnisses, jedoch im Gegensatze zu Saburow ohne sich auf lange ausschauende Ziele und weitreichende Eventualitäten hin zu verständigen. „Diese letzteren konjekturierend in Erwägung zu ziehen", hielt er für gefährlich: man würde im Auslande, so überlegte er, die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben könnten, für geheime Wünsche Rußlands ansehen, und dadurch würde Mißtrauen erregt, vielleicht sogar die Auflösung der Türkei beschleunigt werden. Er wollte am liebsten beim Zaren die Besprechung solcher „weitreichenden Eventualitäten" vermeiden, damit dieser nicht in das Netz der Saburow-Nelidowschen Pläne verstrickt würde. Davon hing nun der weitere Verlauf der Dinge ab, wer von beiden, ob Giers oder Saburow, den Kaiser gewinnen, und ob jener die nötige Festigkeit zu entfalten vermögen würde, auch wenn der Zar nach der andern Seite neigen sollte, sich nicht selbst mit dorthin fortreißen zu lassen. „Der Kaiser ist", so charakterisierte ihn Herbert Bismarck später einmal in einem Privatbriefe an seinen Vater, „wie ein bewegliches Rohr, dessen Haupt in ruhigem Wetter stets nach derselben Seite — ich meine nach uns — geneigt ist, der sich aber bei jedem Hauch, den ein sensationeller botschaftlicher Bericht hervorruft, momentan in der Richtung desselben neigt: diese Bewegung wird auf den schwachen Stab, als welchen ich Giers bezeichnen möchte, von dem schwankenden Rohr leicht mit übertragen."

Zuerst hatte es das Aussehen, als ob die leitenden Gedanken Saburows bei Alexander III. durchdringen könnten. Anfang Februar 1883 regte er „im direkten und dringlichen Auftrage" seines Souveräns in Berlin die Verlängerung des Geheimvertrages von 1881 an; er deutete dabei an, „daß die Tendenz gegenwärtig dahin gehe, l'ambition de la Russie im Orient zu befriedigen; nach seiner Ansicht würde eine derartige Ableitung bei etwa eintretenden Krisen nur günstige Folgen haben". Eine Sondierung, die Bismarck durch den Botschafter von Schweinitz sofort bei Giers vornehmen ließ, ergab, daß Saburow ein Terrain betreten hatte, auf das ihm der Minister „für jetzt" nicht folgen wollte. Erst um die Mitte des Jahres kam die Frage mehr in Fluß. Bei Gelegenheit der Krönung des Zaren (Ende Mai) fand in Moskau ein Kronrat statt, auf dem die Angelegenheit beraten wurde. Saburow sprach sich dahin aus, daß der Vertrag für Deutschland vorteilhafter sei als für Rußland: er gebe Deutschland im Westen volle Aktionsfreiheit, mache aber, da in einem Kriege zwischen der Türkei und einer der drei Kaisermächte Voraussetzung für eine wohlwollende Neutralität der beiden andern eine vorherige gemeinsame Verständigung über die Kriegsziele sei, Rußland im Osten von der Zustimmung Deutschlands und Österreichs abhängig; eine Erneuerung sei daher nur dann zu empfehlen, wenn Parität hergestellt sei und Rußland dadurch volle Aktionsfreiheit im Osten erhalte: „Im Falle der Auflösung der Türkei wäre die Besetzung der Meerengen für Rußland eine Lebensfrage. Volle Neutralität Deutschlands und Österreich-Ungarns sicherte Rußland gegen eine europäische Koalition und isolierte England, das Rußland die Meerengen niemals überlassen würde." Giers, Miljutin, Fürst Lobanow-Rostowski waren

der Ansicht, daß Bismarck diesen Vorschlägen nie zustimmen würde. Ende Juni regte darauf der Botschafter in Wien, Fürst Lobanow, bei Kalnoky die Verlängerung des Bündnisses an, ohne von einer Erweiterung desselben zu sprechen; ja er bemerkte sogar, indem er ankündigte, daß Saburow den gleichen Auftrag für Berlin habe, in seinen früheren Besprechungen daselbst habe dieser „vielleicht ein wenig auf seine eigene Hand Politik gemacht". Eben das tat Saburow nunmehr in noch viel höherem Grade. In den letzten Tagen des August erschien er in der Wilhelmstraße im Auswärtigen Amt, um auszuführen: bei seinem letzten Aufenthalt in Rußland sei zwischen dem Zaren, ihm selbst und andern Staatsmännern die Frage der Prolongation des Vertrages von 1881 erörtert worden, Giers allein habe dafür eventuell ohne Abänderungen plädiert; die Mehrzahl sei dagegen gewesen, auch der Kaiser, der an der jetzigen Fassung vornehmlich dreierlei auszusetzen habe: 1. Wesentliche Stipulationen seien bisher toter Buchstabe geblieben, namentlich die betreffend die bulgarische Union. 2. Die Aktionsfreiheit Rußlands gegen die Türkei sei mehr beschränkt, als die Deutschlands und Österreichs gegen Frankreich. 3. Man vermisse in Petersburg die genügende Kenntnis der Tragweite sowohl des Zweibundes zwischen Deutschland und Österreich, als auch des Einvernehmens dieser beiden mit Italien; auch hätten sich die Hoffnungen nicht erfüllt, die man in Rußland 1881 auf das im Traktate vorgesehene Zusammengehen der drei Kaiserhöfe setzte. Ohne auf eine Kritik dieser Punkte sich einlassen zu wollen, müsse er, so fügte der Botschafter hinzu, von diesen Bedenken seines Monarchen Mitteilung machen; er wolle auch keine positiven Vorschläge machen; doch schwebe ihm der Gedanke vor, ob man nicht auf die Reichstädter Abmachungen zurückgreifen könne, welche die Keime zu einer weitgehenden Verständigung der drei Kaiserreiche bezüglich der orientalischen Frage enthielten. Er meinte dabei die aus den Reichstädter Besprechungen erwachsenen Bestimmungen der convention aditionelle von Anfang 1877, wonach im Falle der Auflösung der Türkei Bulgarien, Albanien und der Rest von Rumelien unabhängige Staaten, Thessalien, ein Teil von Epirus und Kreta zu Griechenland geschlagen und Konstantinopel mit einer Bannmeile Freistadt werden sollten. Es war ein förmliches Teilungsprojekt, hinter dem nichts anderes stecken konnte, da auf Österreichs Teilnahme gerechnet wurde, als die Zerlegung des Balkans in ein russisches und österreichisches Interessengebiet. Wie er selbst zugab, handelte es sich dabei nicht um einen offiziellen Antrag seines Kabinetts, sondern lediglich um ein rein persönliches Projekt, das er erst auch seiner Regierung hätte mundgerecht machen müssen.

Schon das jedoch genügte, um in Wien und Berlin Bestürzung und Widerspruch hervorzurufen. Bismarck versah den Bericht, den ihm das Auswärtige Amt über die Eröffnungen Saburows zustellte, mit einem bitteren Kommentar. Zu seiner Klage, daß die bulgarische Fusion noch nicht stattgefunden hätte, bemerkte er: „Wir hindern sie nicht, Österreich auch nicht," zu denjenigen über den Mangel an Parität, insofern als Deutschland und Österreich freie Hand zum Vorgehen im Westen, Rußland aber nicht im Osten hätte: „Wir beabsichtigen gar nicht [nämlich im Westen] ‚vorzugehen', ich wüßte auch nicht, wohin. Unsere Ab-

sichten sind nur defensive.“ Die Anregung zu einer Wiederaufnahme der österreichisch-russischen Abmachungen von 1876/77 konnte ja dem Kanzler insofern ganz angenehm sein, als dadurch seine eigenen Teilungspläne bezüglich der Balkanhalbinsel wieder aufs Tapet kamen; aber er fand den Moment dafür keineswegs günstig: „Für uns liegt nichts Unmögliches in denselben; aber Verabredungen über Beerbung der Türkei sind kaum zeitgemäß.“ Keineswegs schien es ausgeschlossen, daß Rußland wieder wie im vorigen Jahrzehnt zum tödlichen Schlage gegen die Türkei ausholte, und daß es wie damals den Versuch machte, Deutschland und Österreich zu bewegen, dabei wohlwollend zuzusehen, d. h. durch Deutschland in diesem Sinne auf den habsburgischen Kaiserstaat einzuwirken, — man gewahrt, es war immer wieder das alte Spiel, welches sich sozusagen mit einer gewissen inneren Naturnotwendigkeit und programmäßig wiederholte. Was die Situation verschärfte, das war der Umstand, daß eben in diesem Augenblick der russisch-bulgarische Konflikt einen akuten Charakter annahm. Im Gewitterwinkel im Südosten Europas schienen die Elemente abermals in Aufruhr zu geraten; es war der Boden, dem jetzt die Frucht des Anschlusses Rumäniens an den Dreibund entsproß. Bismarck beantwortete die Mitteilungen Saburows vorläufig „in einer denselben nicht decouragierenden Weise, besonders in der Absicht, um den Fuchs aus dem Bau zu locken“. In Gastein gerade verweilend, traf er sich mit Kalnoky in Salzburg (30. August); hier und durch die darauf folgende Korrespondenz wurden die Grundzüge des weiteren Verhaltens der beiden Mittelmächte vereinbart. Der Kanzler sah die Lage relativ kühl an; er erblickte die nächste Aufgabe darin, trotzdem das Dreikaiserbündnis womöglich zu verlängern und die eventuell bevorstehende Aktion Rußlands im Orient zu mäßigen oder zu lokalisieren. Sollte das jetzt oder später nicht gelingen, so plädierte er dafür, denjenigen Faktoren die Repression der russischen Pläne zu überlassen, die noch näher oder ebenso nahe daran interessiert seien, und auf deren Mitwirkung vielleicht nicht zu rechnen war, wenn die Mittelmächte den Vorantritt nähmen; er warnte davor, sich die Rolle des europäischen Polizisten in der Beaufsichtigung und Festhaltung Rußlands anzueignen: „Die Schäden, welche die österreichisch-ungarischen Interessen außerhalb des Rayons von Bosnien-Serbien erleiden können, sind gewiß groß genug, um sie dauernd nicht zu akzeptieren, aber sie treffen doch in erster Linie die Pforte, Rumänien und England. Letzteres kann, trotz Gladstone, doch nimmer zugeben, daß Konstantinopel und der Verschluß des Bosporus in russische Hände fällt, und Kleinasien eine russische Enklave zwischen Armenien und den Dardanellen, letztere aber die Ausfallsstation auf den ägyptisch-indischen Seeweg würde. England kann das um so weniger, als es allein die Russen aus einer solchen Position weder delogieren, noch sich ein Äquivalent für diese Position sichern könnte. Letzteres aber würde Österreich schon an und für sich können, noch mehr aber im dauernden Bunde mit Deutschland.“ Die Anspielung auf Bismarcks Lieblingsidee, die russisch-österreichische Demarkationslinie auf dem Balkan, ist unverkennbar. Wenngleich es nun zwar fraglich war, ob Kalnoky gerade darauf einzugehen geneigt war, so pflichtete er doch den Intentionen des Kanzlers im wesentlichen bei; er erklärte seine Bereitschaft zu einer

unveränderten Erneuerung des Traktates von 1881, natürlich unter Verwerfung der von Saburow persönlich vorgelegten Präpositionen.

Immerhin, Saburow hatte sich auf den Zaren berufen, und wer konnte sagen, auf welche Seite sich dieser schließlich schlagen würde? Sicherer schien es jedenfalls, für eine weitere Befestigung des mitteleuropäischen Defensivsystems zu sorgen, und so wurde eben in diesen Monaten der Vertrag zwischen Rumänien und den Mittelmächten unter Dach und Fach gebracht. Und nunmehr erhielt man auch die Gewißheit, daß die Saburowschen Tendenzen inzwischen noch nicht die offiziell maßgebenden für die russische Politik geworden waren; dadurch wurde natürlich eine Entspannung und Beruhigung bewirkt. Diese ging aus von russischer Seite. Mitte November passierte Giers auf der Reise zu längerem Aufenthalte in Montreux am Genfer See Berlin; der Zar hatte ihm befohlen, bei Kaiser Wilhelm eine Audienz nachzusuchen und mit Bismarck zu sprechen, um den Zweifel darüber zu verscheuchen, daß Rußland den Frieden auf unbestimmte Zeit hin gewahrt sehen wolle, und alles Mißtrauen gegen die russische Politik zu zerstreuen. Am 13. November wurde er durch den Monarchen empfangen; am Nachmittag des folgenden Tages verweilte er in Friedrichsruh. Die Aussprache zwischen den beiden Männern verlief zu beiderseitiger Zufriedenheit. Nachdem Bismarck den Mangel jeglicher aggressiven Absichten Deutschlands gegen Rußland, schon in Rücksicht auf die polnische Frage, betont hatte, sowie die Unmöglichkeit für Deutschland, Österreich fallen zu lassen, da man dieses dann zum geborenen Feinde machen und die Gefahr einer Kaunitzschen Koalition, Rußland, Österreich, Frankreich, heraufbeschwören würde, sprach Giers von den deutschen Friedensbündnissen, namentlich dem mit Italien. Bismarck erwiderte, dessen Zweck beziehe sich weniger auf die auswärtige als vielmehr die innere Politik, nämlich auf die Befestigung der Monarchie gegen die von Frankreich her eindringende republikanische Propaganda; gerade unter dem Gesichtspunkte der monarchischen Solidarität redete er einem Zusammenstehen der Monarchen das Wort, „deren Interessen durch die Umsturzparteien aller Gattungen viel mehr bedroht wären, als durch ihre im Vergleich damit unbedeutenden Rivalitäten über Einfluß, Prestige und Vergrößerung“. Er war im Begriff, daran die Frage zu knüpfen, ob Rußland zur Fortsetzung des Vertrages von 1881 gewillt wäre; Giers kam ihm zuvor, indem er seinerseits die entsprechende Gegenfrage stellte. Bismarck bejahte, indem er hinzufügte, wenn nötig, wolle er das noch am selben Tage bei seinem Souverän befürworten; das befriedigte Giers so, daß Bismarck den Eindruck gewann, der Hauptgrund seines Besuches bestehe eben darin, diese Erklärung einzuholen. Der Minister war zu unveränderter Erneuerung bereit; die angeblichen Wünsche Rußlands, wie sie Saburow nach Analogie des Reichstädter Vertrages angedeutet hatte, verwies er in das Gebiet der unpraktischen Fabeln. Nur in einem Punkte hatten die Einflüsterungen des Botschafters offensichtlich beim Zaren einigen Erfolg gehabt. Giers bemerkte, sein Kaiser wünsche die Streichung desjenigen Passus, den Saburow als gegen das Interesse Rußlands in einem Kriege zwischen Frankreich und den Mittelmächten verstoßend (s. o. S. 351 f.) bezeichnet hatte; er machte jedoch daraus keine conditio sine qua non, sondern äußerte: „c'est

plutôt une question de convenance que d'intérêt politique." Bismarck konnte sich nicht enthalten, auch vor Giers auf seinen Lieblingsplan, die Teilung der Interessensphären auf dem Balkan, zurückzukommen; der Minister verhielt sich ablehnend, indem er hervorhob, die formale Abgrenzung sei sehr schwierig, z. B. könne Rußland weder Serbien noch auch Montenegro dem ausschließlichen Einflusse Wiens überlassen. Sogar für eine Offensiv- und Defensivallianz zwischen den drei Kaisermächten sprach sich der Kanzler zur großen Überraschung von Giers aus, — war das nur, um die Stimmung in Rußland zu erkunden, oder erstrebte er eine solche wirklich, etwa im Hinblick auf die derzeitige Haltung Englands? Es kam auch die Rede auf den britischen Einfluß in Berlin. Bismarck äußerte, er werde nach dem Ableben Wilhelms I. seinen Abschied nehmen, da der Kronprinz ein Bewunderer Gladstones sei, dessen Regierungssystem nicht nach Deutschland passe: alles werde dann in die Brüche gehen, und er wolle deshalb sein Werk so fest wie möglich machen; eine der Sicherungen für die Existenz des Deutschen Reiches sei die Freundschaft Rußlands. Darüber, daß bei einem Thronwechsel die deutsche Politik unter englischer Ägide aggressiv gegen Rußland vorgehen könnte, beruhigte er seinen Partner: Preußen und Deutschland seien zu große Mächte, als daß sie anders als vom eigenen Staatsinteresse geleitet werden könnten; daran vermöchten selbst persönliche Vorliebe und Abneigung des Monarchen nichts zu ändern. Charakteristisch war es übrigens, daß Giers jetzt, nachdem Fürst Alexander in offenen Gegensatz gegen Rußland getreten war, jeden Versuch der bulgarisch-ostrumelischen Fusion als verfrüht und wegen der Unabsehbarkeit der Folgen als bedenklich bezeichnete.

So standen sich die Politik von Giers und Saburows schroff gegenüber, und tatsächlich ist, während jener in Montreux verweilte, der Kampf der Parteien am russischen Hofe heftig weitergegangen. Auf der Rückreise hielt sich der Minister vom 19. bis zum 21. Januar 1884 in Wien auf; gerade jetzt erhielt er hier aus Petersburg Nachrichten, die ihn sehr beunruhigten: Saburow setze alle Hebel in Bewegung, um das Vertrauen zu untergraben, das er beim Zaren genieße; der Botschafter habe eine anderthalbstündige Audienz gehabt und dabei gegen die Politik von Giers Front gemacht. Dieser war dadurch ganz niedergedrückt, und wenn er auch vor Franz Josef und Kalnoky zu deren Zufriedenheit ganz denselben Standpunkt vertrat, wie zwei Monate vorher vor Bismarck, so zeigte er doch bei der eingehenden Beratung mit Kalnoky eine gewisse Nervosität, Unschlüssigkeit und Unsicherheit, die eben dadurch hervorgerufen wurden. Der Botschafter Lobanow gab sich alle Mühe, seinen Minister aufzurichten und ihn zu ermutigen, seine Meinung gegen Saburow beim Zaren durchzudrücken; er regte den Gedanken an, die weitere Verhandlung, um sie dem unmittelbaren Einfluß Saburows zu entziehen, nach der Newa zu verlegen. Kalnoky leuchtete das ein, und auch Bismarck hatte dagegen keine Bedenken: „wenn die Russen," so resolvierte er sich, „darin eine Satisfaktion finden, so sollten wir sie ihnen gönnen, wenn nur die S a ch e geschieht". Tatsächlich wurde auch in dieser Weise vorgegangen, und es glückte Giers, nicht nur die Gegenminen seines Rivalen unschädlich zu machen, sondern auch ihn auf seinem Berliner Botschafterposten durch

den Bismarck in höherem Grade genehmen Fürsten Orlow zu ersetzen. Offenbar in Rücksicht darauf, daß sich die weitere Negoziation in Petersburg abspielte, ließ Bismarck noch im Januar seinen Sohn Herbert von London nach der russischen Reichshauptstadt übersiedeln; auch dieser Wechsel war ein Symptom dafür, daß er sich von England nichts weiter versprach, und daß jetzt Rußland wieder in die vorderste Reihe seiner außenpolitischen Bestrebungen gerückt war. Die Atmosphäre wurde eine zusehends freundlichere; schon wirkte Herbert für den Gedanken einer Dreikaiserzusammenkunft im Laufe des Jahres. Innerpolitische Motive waren zweifellos von erheblichem Gewicht. Giers sagte zu Herbert Bismarck: „Diese panslawistischen Revolutionäre sind unsere Feinde so gut, wie Ihre: Wir wollen aber gegen die Revolutionäre stehen und deshalb Anlehnung an die stärkste Monarchie der Welt, an Deutschland, suchen. Wir können nur mit Monarchien rechnen; es wäre Selbstmord für uns, sich mit einer Bande wie Grévy, Clémenceau, Floquet et toutes ces canailles einzulassen.“ Und vom Zaren berichtete Herbert: „Die bête noire des Kaisers ist die radikale Republik in Frankreich; vor dieser sucht er instinktiv Anlehnung an uns.“ Die letzten Bedenken des Zaren wurden beschwichtigt, indem Bismarck entgegen den verleumderischen Ausstreuungen Saburows versicherte, er hege gegen Frankreich nicht die geringsten offensiven Absichten, auch nicht im Fall einer orleanistischen Restauration, vorausgesetzt, daß sie sich nicht auf das Programm eines Revanchekrieges aufbaue, und indem Kalnoky erklärte, Österreich-Ungarn wolle seinen Einfluß auf der Balkanhalbinsel nicht weiter ausdehnen und denke im Augenblick nicht daran, eine endgültige und förmliche Annexion Bosniens und der Herzegowina vorzunehmen.

Am 10. Februar ermächtigte der Zar den Minister v. Giers, in Wien und Berlin die Erneuerung des Traktates auf drei Jahre zu beantragen, wobei er nur zwei Abänderungen wünschte; die eine war ganz nebensächlicher Natur, lediglich im Wortlaut, die andere die Streichung des schon von Giers in Friedrichsruh beanstandeten Passus; da die Mittelmächte das schon zugesagt hatten, war die Angelegenheit als erledigt zu betrachten. Als Alexander III. das betreffende Schriftstück unterzeichnete, war er in der „rosigsten Laune“. Giers bekreuzigte sich dabei unwillkürlich; etwas erstaunt fragte ihn der Kaiser: „was machst du da?“, und als er die Antwort erhielt: „Majestät, ich danke Gott für diesen segensreichen Akt,“ reichte er ihm sehr freundlich die Hand. Auch dem Botschafter v. Schweinitz, den er am 9. März als an seinem Geburtstag empfing, drückte er seine hohe Befriedigung aus, aber nicht ohne eine Nuance gegen Österreich. Indem er anführte, daß zwischen diesem und Rußland „so viele divergierende Interessen“ beständen, bat er, das Geheimnis aufs strengste zu wahren: „Sie kennen Rußland zu genau, um nicht zu wissen, daß jede Abmachung mit Ihnen gern gesehen würde, daß aber das Bekanntwerden eines Abkommens mit Österreich große Unzufriedenheit zur Folge haben müßte.“ Das gab nun freilich einen recht trüben Ausblick in die Zukunft. Am 27. März wurde die Urkunde über die Erneuerung des Dreikaiserbündnisses in Berlin durch Bismarck, Szechenyi und den nunmehrigen russischen Botschafter Orlow unterzeichnet; damit war das alte Verhältnis noch einmal

wiederhergestellt worden, ehe es endgültig in die Brüche gehen sollte. Für dieses Mal bedeutete das Wiedererwachen der panslawistischen Expansionstendenzen auf dem Balkan im Zusammenhang mit den Machenschaften Saburows, Nelidows und ihrer Anhänger nur eine Episode von schnell vorübergehender Dauer; aber sie konnten sich in der Zukunft auch wieder stärker regen, und es konnten dann Motive in Wirkung treten, die ein so baldiges Abflauen verhinderten.

Vorderhand schien die Intimität, wenn auch nicht gerade zwischen allen drei Genossen der glücklich geflickten Entente zu dreien, so doch wenigstens zwischen Deutschland und Rußland zu wachsen, und dieses hatte den nächsten Vorteil davon. Wie es immer war, wenn ihre weltpolitischen Gelüste im näheren Orient ins Stocken gerieten, so auch wandten sich die Russen jetzt wieder nach anderer Richtung, zumal da ihnen die Verlängerung des Traktates mit den Mittelmächten wieder Mut und Deckung verlieh. Zum Anfange des Jahres 1884 besetzten sie die Oase Merw, die sich ihnen angeblich „freiwillig" unterwarf, während doch noch Gortschakow geleugnet hatte, daß sie nach deren Erwerb trachteten; sie bedrohten nunmehr die englisch-ostindische Herrschaftssphäre in Afghanistan, — schon lange hatte sich ja, wie wir wissen (s. o. S. 408) das Londoner Kabinett darüber beklagt, daß sie trotz aller heuchlerischen Beteuerungen nach diesem Lande planvoll vorrückten. Die günstige Haltung, die Bismarck ihnen gegenüber einnahm, trat so recht sichtbar in die Erscheinung, als im April des Jahres eine russische Anleihe an der Berliner Börse aufgelegt wurde; offiziös wurde sie derart empfohlen, daß sie um das Zehnfache überzeichnet wurde. Als besonders eifriger Träger der Abneigung gegen England und der Wendung zu Rußland betätigte sich (im Widerspruch zu seinen Eltern, dem kronprinzlichen Paare) in Deutschland der junge Prinz Wilhelm. Er machte aus seiner straff royalistischen Haltung, aus seiner Ablehnung des Parlamentarismus, aus seinem nicht minder heftigen Hasse gegen England, englisches Wesen und englische Einflüsse keinen Hehl, — ein kluger Beobachter bemerkte freilich dazu: „Trotzdem hat er meines Erachtens eine große Vorliebe für England, — unbewußt." Im Mai wurde der Prinz als Vertreter des Kaisers zur Großjährigkeitserklärung des Großfürsten-Thronfolgers nach Petersburg geschickt; er erhielt vom Großvater und vom Reichskanzler „Instruktionen, für die Einigung der drei Kaisermächte zu sprechen", und der greise Monarch stellte ihm das Zeugnis aus, er habe dies sehr gut ausgeführt, er habe einen sehr guten Einfluß auf den Kaiser von Rußland ausgeübt. Der österreichische Botschafter in Petersburg, Graf Wolkenstein-Trostburg, berichtete darüber nach Wien: „Der Prinz habe mit dem Zaren viel über Frieden geredet und sich auch in englandfeindlichem Sinne ausgesprochen. Überdies sei Alexander III. dabei mit großer Offenheit und Nachdruck vor England gewarnt worden, da der Prinz darauf hinwies, daß es ein stetes Bestreben der englischen Politik wäre, Zerwürfnisse zwischen Rußland und Deutschland heraufzubeschwören." Tatsächlich machte der Prinz in Petersburg den denkbar besten Eindruck. Der Zar war, wie Giers hinterher dem Grafen Herbert erzählte, von ihm durch und durch eingenommen; er gewann sein Vertrauen in hohem Maße und sprach über ihn mit einer Liebe und hohen Anerkennung in einer bei seinem sonst so wortkargen

Wesen unerhörten Breite und Überschwenglichkeit. Man habe in Rußland für Österreich, so fügte der Minister hinzu, nicht viel übrig, auch der Kaiser; es gebe zuviel der trennenden Momente, zumal was den Polonismus und Katholizismus betreffe; nur aus politischen Gründen vertrage man sich mit dem habsburgischen Staatswesen; gleichwohl habe ihm der Kaiser gesagt: „Prinz Wilhelm hat sich sehr gut ausgedrückt; wir bedürfen eines Freundschaftsbandes und eines Einvernehmens zu dreien, um die Fluten der Anarchie einzudämmen.“ Das erstemal, so fuhr er fort, hat der Kaiser die Wendung „zu dreien“ gebraucht; für gewöhnlich hört man immer nur von ihm „zu zweien“, und er betont immer nur „die Entente zu zweien. Das ist ein großer Triumph des Prinzen; er hat in zwei Tagen zustande gebracht, was unsere Diplomatie beim Kaiser binnen sechs Monaten nicht erreicht hat. . . . Wer auch immer die Idee gehabt hat, Prinz Wilhelm herzuschicken, der kann sich Glück wünschen, und wir können ihm nicht dankbar genug sein“. Tief befriedigt bemerkte der greise Großvater dazu: „Das ist ein Kompliment, das mir gilt!“ Das war bereits die Linie, die Wilhelm II., nachdem er zum Throne gelangt, nach anfänglichem Schwanken mit äußerster Konsequenz verfolgen sollte. Er war ein allzu gelehriger Schüler des Kanzlers in dessen damaliger Abwendung von England; die Tendenz, die dieser den wechselnden Bedürfnissen des Tages folgend, aus aktuellen Motiven gelegentlich ergriff, erhob er zum unwandelbaren Axiom. Mit nicht minder guten Eindrücken, als er sie in Petersburg hinterlassen hatte, kehrte der Prinz von dort nach Berlin zurück; er sprach sich sehr interessiert über das aus, was er daselbst gesehen hatte: „Alles mache den Eindruck des persönlichen Regimentes, und alles werde auf die epochemachenden Persönlichkeiten, wie Iwan der Grausame, Peter der Große und Katharina, zurückgeführt.“ Unzweifelhaft ist der Prinz durch diese „russische Tour“ in seinen absolutistischen Velleitäten bestärkt worden. Seine Wirksamkeit in Petersburg und seine Berichte darüber erregten Wilhelms I. Wohlgefallen um so mehr, als dieser argen Anstoß an den damals in England bestehenden radikalen Strömungen nahm; er fürchtete, daß die republikanische Bewegung dort die Oberhand gewinnen möchte: „Was daraus werden soll! Wir werden Mühe haben, uns zu halten.“ Daher erachtete er es für erforderlich, daß wenigstens die drei Kaisermächte „das monarchische Prinzip gemeinschaftlich verteidigten“.

Eben dieser Wunsch war denn auch die Basis, auf welcher die schon im Januar in Petersburg durch Herbert Bismarck besprochene persönliche Zusammenkunft der drei Herrscher zustande kam: der gemeinsame Kampf gegen die Revolution sollte die drei Kaiserreiche zusammenkitten und die vorhandenen weltpolitischen Gegensätze überbrücken. Sehr wohl fühlte Bismarck, daß davon, zumal bei dem Verlaufe, den die bulgarische Krisis nahm, der dauerhafte Bestand des Dreikaiserbündnisses abhing, und so kam er wieder auf sein altes Rezept der Demarkationslinie auf der Balkanhalbinsel zurück. Er machte alle Anstrengungen, Kalnoky dahin zu bringen. Bisher habe er geglaubt, so ließ er nach Wien wissen, daß Österreich in Bulgarien den russischen Einflüssen freien Spielraum zu gewähren beabsichtige: „es war dies, soviel ich mich erinnere, auch die Meinung auf dem Berliner Kongreß, und die Tatsache, daß Kaiser Alexander II. in dem Prinzen,

den er dort einsetzte, sich vergriffen hat, ändert darin nichts." Am liebsten wäre es dem Fürsten gewesen, wenn die bevorstehende Entrevue der Monarchen durch eine Festsetzung in diesem Sinne gekrönt worden wäre. Kalnoky äußerte sich dazu nicht ganz klar und widerspruchsfrei, aber im wesentlichen doch ablehnend. Zwar beteuerte er, Österreich wolle dem berechtigten russischen Einfluß in Bulgarien keine Konkurrenz machen und halte das auch gar nicht für möglich; aber er warf doch beiläufig ein, Österreich müsse ganz ebenso „seinen berechtigten Einfluß" daselbst wahren: er vermöge den Satz, von dem Bismarck ausgehe, das Einverständnis zu dreien beruhe darauf, daß Bosnien und Serbien zwar in die österreichische, Bulgarien dagegen in die russische Interessensphäre falle, „nicht so unbedingt zu unterschreiben". Er erinnerte den Kanzler daran, daß man in Wien einer eventuellen bulgarischen Fusion nicht in der Idee zugestimmt habe, dort eine russische Provinz zu gründen, vielmehr in der Hoffnung, daß dadurch das bulgarische Element gestärkt und gegen eine vollständige Beherrschung durch Rußland widerstandsfähiger gemacht werden würde; er wies auf die Schwierigkeiten der gewünschten Demarkationslinie schon im Hinblick auf Rumänien hin. Bismarck notierte betreffend Rumänien: „Darüber ist nichts vereinbart, wohl aber über Bosnien einer- und Bulgarien andererseits, wenigstens, wie ich glaube, tacito consensu." So sehr fühlte sich Kalnoky durch die Vorschläge Bismarcks in dieser Richtung beschwert, daß er besorgte, nicht nur das Verhältnis Rußlands zu Deutschland möchte sich intimer gestalten, als das zu Österreich, sondern es könnten auch zwischen den ersteren beiden schon geheime Verabredungen existieren, mit denen das letzte auf der demnächstigen Zusammenkunft überrascht werden würde. So gefährlich erschien ihm diese Aussicht, daß er sich im August zu einem viertägigen Besuche (15. bis 19.) nach Varzin begab. Vergeblich versuchte es der Kanzler, ihn durch persönliche Vorstellungen mit dem Gedanken der Demarkationslinie zu befreunden; wenn die Rede darauf kam, geriet der Minister in Unruhe, und er atmete erst erleichtert auf, als ihm der Kanzler versicherte, es gebe keine geheimen Vereinbarungen zwischen Deutschland und Rußland, und er dürfe überzeugt sein, daß der Kaiser Franz Josef auf keinen Fall dem Drucke unerwarteter russisch-deutscher Zumutungen ausgesetzt werden würde: die Entrevue diene nur dazu, die bereits bestehenden Verträge zu konsolidieren und die Konsequenzen klar zu stellen, die sich daraus ergäben. Nachdem er diese Aufklärung erlangt hatte, schien Kalnokys geschäftliches Bedürfnis befriedigt zu sein; aus eigener Initiative äußerte er keine Vorschläge oder Wünsche, nur daß er sich, als Bismarck von sich aus noch verschiedene Punkte mit ihm besprach, gegen die von Saburow früher angeregte Möglichkeit verwahrte, schon jetzt bestimmte Abreden und Verteilungen für den Fall der Eröffnung der türkischen Erbschaft zu treffen. Schließlich ging Bismarck die Rücksicht auf Österreich doch immer allzu nahe, als daß er es sich entfremdet hätte, um Rußland gefällig zu sein.

Fehlte es also nicht in Wien an Bedenken gegen die geplante Begegnung, so auch nicht in Petersburg. Hier wurde dagegen von französischer Seite intrigiert, und es war mit der Möglichkeit zu rechnen, daß man hier zwei gesonderte Zusammenkünfte des Zaren mit Wilhelm I. und Franz Josef allein vorziehen

würde. Demgegenüber hielt Bismarck im Interesse des Friedens und des dafür erforderlichen guten Verhältnisses zwischen Petersburg und Wien die gleichzeitige Entrevue zu dreien für zweckmäßiger; er befürchtete, daß die beiden anderen Kaiser, wenn sie allein wären, in dem gegenseitigen Mißtrauen und in dem Mangel an persönlicher Sympathie Hindernisse in der Aussprache und Annäherung finden würden, die durch die Gegenwart seines Monarchen zu überwinden wären. Als der Botschafter v. Schweinitz wegen der Begegnung zu dreien beim Zaren anklopfte, war die Aufnahme zuerst „etwas kühl"; es wurde verabredet, daß Alexander III. für Mitte September nach Skierniewice an der preußisch-polnischen Grenze seine beiden Mitsouveräne einladen solle. Hier trafen sie sich denn auch am bestimmten Zeitpunkt; Bismarck, Giers und Kalnoky waren zugegen; drei Tage lang (15. bis 17.) währten die Besprechungen. Etwas Schriftliches wurde dabei nicht ausgemacht; das war auch gar nicht von vornherein beabsichtigt. Die Hauptsache war, daß eine allgemeine Übereinstimmung der Grundsätze sowohl auf dem Gebiete der inneren wie auch der auswärtigen Politik festgestellt wurde, — gemeinschaftliches Vorgehen gegen Sozialisten und Anarchisten, Erhaltung des status quo auf dem Balkan. Äußerlich hatte es das Aussehen, als sei eine weitgehende Freundschaft und Einmütigkeit hergestellt worden. Franz Josef gewann vom Zaren einen günstigen Eindruck; er fand bei ihm weit mehr Verständnis für politische Fragen, als er erwartet hatte, und glaubte, bei ihm den aufrichtigen Wunsch zu entdecken, mit Österreich auf gutem Fuße zu stehen und dessen Interessen zu würdigen. Auch der Zar war bester Laune und äußerte sich nachher darüber recht befriedigt, „daß die Sache zustande gekommen, und er sich in direktem Kontakt mit seinen beiden hohen Verbündeten habe befinden können". Viel zu diesem erfreulichen Verlaufe trug, wie Franz Josef anerkannte, die Anwesenheit Wilhelms I. und Bismarcks bei; des Zaren Verehrung und Bewunderung für den Großoheim wurde noch gesteigert. Er hatte zwei Unterredungen mit dem deutschen Kanzler, die ihn vollkommen beruhigten und große Satisfaktion gewährten; in seinen Verhandlungen mit Alexander III. fand Kalnoky nachher deutliche Spuren von Gedanken, die nur von Bismarck herrühren konnten und auf den Selbstherrscher aller Reußen eine sichtliche Wirkung ausgeübt hatten. Überhaupt standen die deutschen Gäste im Vordergrunde, und auf russischer Seite mußte Lobanow, der auch zugegen war, mehrmals daran erinnern, daß man die Österreicher nicht vergesse; diese merkten aber nichts davon, sondern fühlten sich durch den ganzen Ton, den die Russen anschlugen, wohltuend berührt, allerdings mit dem Vorbehalt „pourvu que cela dure". Auf alle Anwesenden machte die Persönlichkeit Wilhelms I. den tiefsten Eindruck; seine Abreise gestaltete sich zu einem „wahrhaft feierlichen Akt". Ähnlich verhielt es sich mit Bismarck. Der Zar behandelte ihn mit großer Auszeichnung, und als Giers nachher der Zarin scherzweise sagte: „Sie sehen, das ist gekommen, was ich Eurer Majestät immer vorausgesagt habe; Sie sind vom Kanzler entzückt," antwortete sie: „Vor zehn Jahren hätte ich dies selbst nicht für möglich gehalten; damals lag der Dänisch-Deutsche Krieg mir noch zu nahe. Jetzt denke ich anders, nicht mehr als Dänin, sondern als Russin. Gott sei Dank, daß nun alles in Ordnung gekommen ist."

Rein persönlich betrachtet, konnten die Teilnehmer somit auf die Entrevue mit einer gewissen Genugtuung zurückblicken; es frug sich nur, wie das sachliche Ergebnis zu beurteilen war. Obwohl, wie schon gesagt wurde, unter den drei Ministern nichts Konkretes abgemacht wurde, so wurden doch nach Kalnokys Zeugnis „bei der gemeinsamen Besprechung viele Kapitel berührt und mit Nutzen beredet", so daß man hoffen durfte, „daß von nun ab auch wirklich eine größere Einmütigkeit zwischen den befreundeten Kabinetten herrschen werde". Sowohl die brennendsten allgemeinen als auch die speziellen Balkanfragen wurden in den Kreis der Erörterung gezogen. Es zeigte sich, daß der Zar eine monarchische Restauration in Frankreich wünschte, und daß er die deutsche Politik als deren Haupthindernis ansah; Bismarck, der nachträglich davon erfuhr, verwies auf die früheren Erklärungen, die er schon gegen die Ausstreuungen Saburows in dieser Hinsicht abgegeben hatte, daß er sich nämlich unter keinen Umständen in die inneren Verhältnisse Frankreichs einmischen werde, wenn dieses nur Deutschland in Ruhe lasse. Anders verhielt sich Alexander III. zur Lage in England. Er verhehlte nicht seine Besorgnis darüber, daß das Kabinett Gladstone zu Fall kommen könnte. Zwar tadelte er das unhöfliche Benehmen der britischen Bevollmächtigten auf der Konferenz, die im Sommer (s. u. S. 446 ff.) in London über Ägypten stattgefunden hatte, und Gladstones ägyptische Politik überhaupt; aber er gab zu verstehen, daß Rußland das Verhalten der liberalen Regierung nur zu rühmen vermöchte, und daß er es mit Bedauern sehen würde, wenn sie einem Tory-Ministerium Platz machen müßte. Auf den Einspruch Kalnokys war er allerdings genötigt, einzugestehen, daß die radikale Richtung, welche jetzt im Londoner Kabinett vorherrsche, eine Gefahr für das monarchische Prinzip in sich trage, — sei doch England schon fast nicht mehr zu den Monarchien zu rechnen, sondern „ein Wahlkönigreich". Offenbar fürchtete man in Rußland, daß ein konservatives Ministerium in London dem eigenen Vorgehen in Zentralasien stärkere Schwierigkeiten bereiten würde als das gegenwärtige; daher wollte man dieses geschont wissen. Eben damals schwebte zwischen England und Deutschland die Kolonialkrisis; Giers hatte vor der Zusammenkunft die Besorgnis, es würden ihm Vorschläge betreffs eines gemeinsamen Vorgehens gegen Großbritannien gemacht werden. Das geschah zu seiner großen Freude jedoch nicht; ebensowenig war bei der Diskussion der zentralasiatischen Verhältnisse andererseits davon die Rede, in Persien seitens der Mittelmächte Stellung für die russischen und gegen die englischen Wünsche zu nehmen. In der ägyptischen Angelegenheit trat Bismarck dafür ein, zwar am bisherigen gemeinsamen Vorgehen festzuhalten, aber jetzt besser keinerlei Schritte zu tun. Kalnoky wies darauf hin, daß hier die Verträge zugunsten der Pforte lauteten; aber Bismarck bemerkte, es würde weiser sein, den Sultan das nicht allzu deutlich merken zu lassen, weil dieser daraus den Schluß ziehen könnte, die drei Mächte würden für ihn und seine Rechte die Waffen ergreifen. Dabei warf Giers die Frage auf, was mit der Türkei geschehen solle; sie wurde nicht ausdrücklich beantwortet, — das hieß soviel, wie daß der Kanzler auf die Diskussion seines Teilungsprojektes verzichtete und daß das Balkanproblem vertagt wurde; damit war freilich der vornehmste Zweck ge-

scheitert, den Bismarck zuerst mit der Monarchenbegegnung verbunden wissen wollte. Nach seiner Abreise verhandelte Kalnoky noch allein mit den Russen über eben diesen Gegenstand. Als er seine Befriedigung über die Einstimmigkeit der Kabinette darin ausdrückte, daß der status quo aufrecht zu erhalten sei, beteuerte der Zar aufs neue, daß dies sein ernstlicher Wille wäre; der österreichische Minister war darüber hoch erfreut und fühlte sich veranlaßt, dabei anzuerkennen, daß Kaiser Alexander, seit er ihn nicht gesehen, sehr viel entwickelter geworden wäre und sich zu seinem Vorteil verändert habe. Auch mit Giers konferierte Kalnoky nach des Kanzlers Entfernung noch über den Balkan. Die Begrenzung der beiderseitigen Machtsphären kam dabei zwar nicht ausdrücklich zur Sprache, wurde aber mehrfach indirekt berührt. Wenngleich mit Schmerzen, gab Giers dabei doch zu, daß es in der Natur der Sache liege, wenn Serbien sich in der Hauptsache an Österreich-Ungarn anlehne; er erklärte, Rußland habe keine Sympathien für Milan, werde aber nie die Thronprätentionen der Familie Karageorgiewitsch unterstützen. Auch das betonte er (und Lobanow bestätigte das Kalnoky vertraulich auf das entschiedenste), daß an die Person des Fürsten Alexander nicht gerührt werden solle, daß Rußland endlich Bulgarien und Ostrumelien mehr sich selber überlassen und ihnen Zeit geben wolle, „sich in sich auszubilden". Das war eine Musik, die höchst angenehm in die Ohren Kalnokys drang, — es frug sich nur, inwieweit das alles ernst gemeint war; oder wenigstens wie lange man an der Newa in der Lage war, solche Versprechungen einzuhalten.

So klang denn die Dreikaiserentrevue zu Skierniewice scheinbar recht harmonisch aus. Wie Bismarck nachher aus Petersburg hörte, machte sie sogar auf die dortigen militärischen Kreise einen vortrefflichen Eindruck. Dasselbe war der Fall bei einer Reihe hervorragender Diplomaten. Jomini bezeichnete sie als ein außerordentlich glückliches Ereignis, durch welches die Periode der „kleinen Mißverständnisse" definitiv überwunden sei. Leise Untertöne ließen sich freilich nicht gänzlich unterdrücken. Sogar Giers faßte ihr Ergebnis dahin zusammen: Es sei nicht schwer, zwischen Deutschland und Rußland gute Beziehungen aufrechtzuerhalten, da zwischen ihnen keinerlei divergierende Interessen vorhanden wären; zwischen Rußland und Österreich existiere allerdings ein tiefgehender Antagonismus: „Darüber darf man sich keine Illusionen machen. Ich weiß darum Bescheid; ich habe zwanzig Jahre im Orient gelebt." Das hieß im letzten Grunde, es bleibt alles beim alten. Immerhin setzte er mildernd hinzu: „Seitdem sich jedoch die Kaiser von Österreich und Rußland persönlich ausgesprochen hätten, würde es leichter sein, etwa entstehende Differenzen durch freundliche Auseinandersetzung von Fall zu Fall beizulegen." So ganz unmöglich war das ja nicht: was ist die Politik anderes als ein System von Kompromissen als Behelfen zum Ausgleiche von Interessengegensätzen, wobei allerdings vorausgesetzt wird, daß sie nicht eines Tages, entweder objektiv, durch ihre vollkommene Unvereinbarkeit, oder subjektiv, indem die Parteien nicht mehr wollen, oder nicht anders zu können glauben, unüberwindlich werden? Sogar bis auf die slawophilen Zeitungen erstreckte sich die Abwiegelung der Gemüter. Zwar wurde die Dreikaiserzusammenkunft in den radikalen Kreisen Moskaus nicht willkommen geheißen, da ihre not-

wendige Konsequenz die Einstellung der Agitation an der Donau und auf der Balkanhalbinsel sein mußte, und Aksakow fürchtete, es seien in Skierniewice Österreich zu große Konzessionen gemacht worden. Er protestierte dagegen, daß Österreich sich Bosnien und die Herzegowina dauernd einverleibe, und daß überhaupt der Westen unter den vorwiegenden Einfluß der Donaumonarchie gerate. „Österreich wird,“ so schrieb er in seinem Journal „Russj“, „die Balkanhalbinsel mit Schienen umgürten, Montenegro mit Festungen umzingeln, die Bulgaren und Serben ökonomisch unterwerfen, Bulgarien, Serbien und Mazedonien mit jesuitischen Missionen überschwemmen, mit seinen Erziehungsanstalten, katholischer Propaganda, endlich deutschen Kolonisten, — und wo bleiben wir?“ Aber Giers verwarf ja selbst diese „Ideologen“ als Revolutionäre, und sogar das andere Haupt der Panslawisten, Herr Katkow, begrüßte in der „Moskauer Zeitung“ als eines der besten Resultate von Skierniewice die Herstellung aufrichtiger Beziehungen, wie sie schon mit Deutschland existierten, so auch jetzt allen Schwierigkeiten zum Trotze zwischen Rußland und Österreich; mit besonderer Wärme plädierte er dafür, daß Österreich mit Deutschland und Rußland gemeinsame Sache mache „in der Bekämpfung jener internationalen Banditen, die bereit sind, jeder dunklen Sache zu dienen und sich eines Asylrechtes erfreuen bei Regierungen, die entweder sinnlos oder gewissenlos sind“. In der offiziösen Presse war sogar zu lesen, Rußland werde sich daran gewöhnen, mit dem österreichischen Einfluß auf einem Teil der Balkanhalbinsel zu rechnen, geradeso wie der russische im Osten durch Österreich als berechtigt anerkannt werden würde. Das war Wasser auf Bismarcks Mühlen; wenn man sich in Rußland mit diesem seinem Lieblingsgedanken abfand, warum sollte er dann nicht auch seinen nächsten Alliierten, der von ihm abhängig war, Österreich, zu demselben Ziele hinführen? So pries er denn im Reichstag die Intimität und Dauerhaftigkeit des nunmehr zwischen Deutschland, Österreich und Rußland geschaffenen Verhältnisses: es bilde ein starkes Dach und Gewölbe, unter dem „jedes der drei Kaiserreiche schon manches aushalten könne, was von außen kommen könnte“.

Das war nun freilich die Frage, ob der innere Kitt, der gemeinsame Kampf gegen die „Revolution“, fest genug sein würde, um die Geschlossenheit des Dreikaiserbündnisses gegen die Sprengwirkungen von außen zu schützen. Bald sollte das künstliche Gebilde auseinanderkrachen, — als sich der bulgarische Konflikt von einem schleichenden chronischen Fieber zu einer akuten Krankheit entwickelte.

Siebzehntes Kapitel.

Die britisch-deutsche Kolonialkrisis vom Sommer 1884.

Um die Jahreswende 1883/84 war Bismarck so weit, daß er, des Rückhaltes an Frankreich und Rußland gewiß, in Ansehung der gesamten weltpolitischen Situation, die kolonialpolitischen Forderungen Deutschlands gegen Großbritannien mit Nachdruck vertreten konnte. Vor allem war es der weltpolitische Gegensatz zwischen England und Frankreich, den der Kanzler zunächst zu diesem Zwecke auszunutzen in der Lage war.

Im Vordergrunde der englisch-französischen Differenzen stand die ägyptische Frage; aber sie beschränkten sich nicht darauf, sondern sie erstreckten sich über den ganzen Erdball. In Madagaskar fühlten sich die Briten durch das Vorgehen der Franzosen beschwert; nicht anders war es auf dem afrikanischen Festlande. Was die Westküste anbelangte, so war die 1882 (s. o. S. 400) hergestellte Vereinbarung nicht von langem Bestande; es wurde bereits erwähnt, daß sich England hier der Hilfe seines Klientelstaates Portugal bediente, um eine Monopolstellung zu erringen. Eben jetzt (26. Februar 1884) kam der englisch-portugiesische Kongovertrag zustande; er gab den Anstoß zu Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland über die Kongofrage auf der Basis freien Handelsverkehrs und der Gleichberechtigung, gemeinsam protestierten die beiden Mächte gegen den Traktat, der sie einengte. An der Ostküste bereitete die Festsetzung der Franzosen in Obock gegenüber Aden und mit eventueller Vorstoßrichtung gegen Westen nach dem oberen Niltale den Briten Mißbehagen; sie hielten es für geraten, sich hier neben die Franzosen zu legen, um deren weitere Expansion in diesen Gegenden zu hindern; daher okkupierten sie im Herbst 1884 die wichtige Hafen- und Handelsstadt Berbera, wichtig, weil hier die Karawanenstraßen vom Westen und Süden mündeten, sowie durch seine berühmten jährlichen Messen, seit 1875 zu Ägypten gehörig, desgleichen das benachbarte Zeila; der Landstrich war von den Somal bewohnt, ebenso wie die Gegend von Obock; einige Jahre nachher (1887) wurde, um das vorauszunehmen, die Tadjourabai als Grenze zwischen Französisch- und Englisch-Somalland festgesetzt, während sich in dem östlich und südlich davon gelegenen Teil eben dieses Landes, das am Gestade des offenen Ozeans liegt, noch später die Italiener niederließen. Ein Abkommen, das damals wegen der nordamerikanischen Fischereifrage durch Lord Granville geschlossen wurde, und das an lokalem Widerstande scheiterte, der sich in Neufundland erhob, steigerte die Spannung.

In Birma und Siam kreuzten sich die beiderseitigen Interessen; die französische Expansion in Tongking und die sich daran knüpfenden Feindseligkeiten zwischen Frankreich und China schufen weitere Reibungsflächen zwischen den beiden Westmächten. Man fürchtete in England die Folgen, welche die Störung der Ruhe in China heraufbeschwören konnte; dazu kamen noch mehrere kleinere Differenzen, die mit der Blockade, den Kontrebande-Maßregeln, den unvermeidbaren Zwischenfällen des Seekrieges, zusammenhingen. Dadurch ward eine Atmosphäre des Mißtrauens und des Gegensatzes zwischen Frankreich und England erzeugt, die sich leicht zu Schlimmerem entzünden konnte.

All das trat jedoch an Bedeutung zurück gegen die Schwierigkeiten, welche der britischen Politik aus dem ägyptischen Problem erwuchsen. Wenn man dieses in seiner Totalität betrachtete, so sah man, daß es in eine Reihe von Einzelfragen zerfiel, die jede besonders ihrer Lösung harrten: zunächst die des Suezkanals und der Okkupation. Schon Ende 1882 waren sie, wie wir früher (s. o. S. 323 ff.) erzählten, aufgetaucht. Der Suezkanal sollte, so war in London damals erwogen worden, internationalisiert, d. h. die freie Schiffahrt auf ihm für alle seefahrenden Nationen sowohl in Kriegs- wie auch in Friedenszeiten statuiert und unter internationale Garantie gestellt worden; das lag in Englands eigenem Interesse, — er durfte nicht neutralisiert werden, weil er dadurch für die britische Marine im Kriegsfalle gesperrt worden wäre. Dagegen wollte man in London zuerst Ägypten neutralisieren, d. h. es sollte allgemein als neutraler Staat nach dem Vorbilde Belgiens anerkannt werden. Wenngleich das britische Kabinett davon sehr schnell zurückkam, so war doch dadurch die Sache als solche noch nicht erledigt; denn es war vorauszusehen, daß sich mindestens Frankreich noch keineswegs mit der britischen Okkupation zufrieden geben würde. Dazu kam neuerdings die Sanitätsfrage. Infolge der laxen Handhabung der Quarantäne war im Sommer 1883 die Cholera in Ägypten eingedrungen, und es bestand die Gefahr ihrer Verschleppung nach Europa. Die liberale Presse in England selbst schlug darüber Lärm, indem sie die Verantwortlichkeit dafür ihrer Regierung zuschob; es wurde auch darüber geklagt, daß die Praxis der Untersuchung für die englischen Schiffe eine mildere sei. Endlich gesellte sich dazu das Sudanproblem; es schuf Mißhelligkeiten zwischen England und Ägypten. Dieses war nicht fähig, aus eigenen Mitteln im Sudan Ordnung zu stiften, und verlangte, daß jenes solches tue. Gladstone in seiner Abneigung, sich auf weitere koloniale Abenteuer einzulassen, sprach den Wunsch aus, den Sudan sich selbst zu überlassen. Damit war der Khedive nicht einverstanden; er machte Miene, sich an den Sultan als an seinen Oberherrn zu wenden. Am dringendsten jedoch war die Frage der Finanzreform, die, zumal in Anbetracht der Entschädigungen, welche für die bei den Wirren von 1882 zugefügten Vermögensverluste zu leisten waren, mit Energie in Angriff genommen werden mußte. Nachdem 1883 die „in der Theorie noch immer" in Geltung befindliche finanzielle Doppelkontrolle Englands und Frankreichs beseitigt worden war, war es vornehmlich Frankreich, das auf eine Regelung der ägyptischen Finanzen hinwirkte. Das Londoner Kabinett hätte sie gern einseitig im englischen Sinne geregelt; aber dazu war die weltpolitische Situation nichts

weniger als günstig. Es mußte damit rechnen, daß es Rußland, das sich eben damals wieder in Zentralasien rührte, beim Ausbruch eines Konfliktes mit Frankreich auf dessen Seite finden würde. Und diese Regelung ließ sich nicht länger aufschieben; denn wenn sie noch länger hingehalten wurde, so stand der Bankerott Ägyptens vor der Türe. Schon ließ auch Rußland seine Stimme ertönen; am 28. Februar 1884 verlangte es internationale Verhandlungen über Ägypten.

Bereits seit 1882 hatte die englische Regierung der ägyptischen Finanzlage insofern ihre Aufmerksamkeit zugewandt, als sie selbige durch Sachverständige genau untersuchen und Vorschläge für die Sanierung ausarbeiten ließ. In der zweiten Hälfte des April 1884 lud sie nunmehr die Mächte zu einer Konferenz darüber ein. Daß die Angelegenheit nicht sehr glatt verlaufen würde, erhellte schon daraus, daß die Antworten nicht so eilig eingingen. Zuerst erklärte Deutschland seine Annahme; es redete auch Frankreich und der Türkei gut zu, die Schwierigkeiten erhoben, indem es beiden klarzumachen suchte, daß es ihr Interesse sei, daselbst zu erscheinen; es war vorläufig der letzte Dienst dieser Art, den Bismarck Großbritannien erwies. An sich war die Hebung der pekuniären Nöte, in denen Ägypten schwebte, kein so schwieriges Problem, und England hätte es leicht lösen können, wenn es allein hätte darangehen dürfen; aber es benötigte dafür die Genehmigung von nicht weniger als vierzehn europäischer Staaten, und es hätte eigentlich sie alle zur Teilnahme auffordern müssen, nicht nur, wie unter Beiseitesetzung der Rechte der Kleineren geschah, die Großmächte. Es handelte sich, um die Finanzen Ägyptens wieder in Ordnung zu bringen und es insonderheit in den Stand zu setzen, seine Verpflichtungen gegen seine Gläubiger zu erfüllen, da es von selber keine neuen Schulden machen durfte, in der Hauptsache darum, die Mächte zur Übernahme der Garantie einer Anleihe von 8 bis 9 Millionen Pfund Sterling zu vermögen. Es frug sich nun zunächst, ob die Mächte bereit waren, der britischen Einladung zu folgen, zumal, wie schon bemerkt wurde, Frankreich, das sich verletzt fühlte, weil das Londoner Kabinett bisher seit der Aufhebung der Doppelkontrolle einer Erörterung der ägyptischen Angelegenheit aus dem Wege gegangen war. Um das zu erreichen, verstand sich England zu weitgehenden Konzessionen. Es versprach, die Mächte an der Aufstellung des ägyptischen Budgets zu beteiligen und die Okkupation des Landes später wieder aufzuheben. Vor allem lag Granville daran, Frankreich nicht nur zum Erscheinen auf der Konferenz zu bewegen, sondern auch während dieser auf seiner Seite zu haben; eifrige Verhandlungen wurden zwischen London und Paris gepflogen, und es wurde tatsächlich eine provisorische Verständigung erzielt. Gerade die Aussicht auf die spätere Räumung Ägyptens war es, die Ferry bestimmte, die britische Einladung anzunehmen; er war der Ansicht, daß eine Ablehnung den endgültigen Ausschluß Frankreichs aus Ägypten zugunsten des englischen Rivalen bedeuten könnte. So sagte Frankreich nicht nur seine Teilnahme an dem Kongreß zu; es erklärte auch, auf die Wiederherstellung der Doppelkontrolle verzichten, sowie nach dem Aufhören der englischen Okkupation keine Truppen von sich aus nach Ägypten legen zu wollen; Großbritannien hinwiederum stimmte einer Erweiterung der Vollmachten der ägyptischen Schuldenkommission bei, in der nicht nur England vertreten war,

und stellte in Aussicht, nach Möglichkeit bis Anfang 1888 sein Militär aus dem Nillande zurückziehen zu wollen. Mitte Juni wurden diese Versicherungen ausgetauscht. So schien sich die Entwicklung für Großbritannien nicht ungünstig anschicken zu wollen; allerdings eine sichere Garantie besaß es nicht dafür, daß Frankreich wirklich Schulter an Schulter mit ihm auf der Konferenz marschieren würde, und es kam auch noch sehr darauf an, welche Haltung Deutschland bei den Beratungen einnehmen würde. Das aber hing davon ab, welcher Haltung sich nunmehr England gegen die deutschen Kolonialwünsche befleißigen würde; damit verband sich jetzt noch ein anderer Plan, der in Deutschland damals betrieben wurde, nämlich der einer Abtretung Helgolands durch England an Deutschland.

Es ist berichtet worden (vgl. oben S. 404), daß sich der bremische Kaufmann Lüderitz für seine südlich von der britischen Walfischbai gelegenen Erwerbungen an der Bucht von Angra Pequena den Schutz des Reiches erbeten, und daß sich daraufhin Deutschland in Beziehung mit England gesetzt hatte. Am 12. November 1883 wurde Graf Münster angewiesen, amtlich in London anzufragen, ob Großbritannien Ansprüche auf Angra Pequena erhebe, und falls dem so sei, worauf sie sich gründeten. Das englische Kabinett antwortete ausweichend; darauf wurde die deutsche Erkundigung durch eine Note vom 31. Dezember 1883 nachdrücklich wiederholt. Sechs Monate verflossen, bis daraufhin ein Bescheid erteilt wurde. Es wurden Verhandlungen von London aus mit der Regierung der Kapkolonie eröffnet; durch eine Ministerkrisis, die daselbst ausbrach, wurden sie angeblich in die Länge gezogen. In Wahrheit machte das britische Kolonialministerium, dessen Leiter Derby war, der frühere Staatssekretär des Auswärtigen, der sich nach seiner Entzweiung mit Beaconsfield den Liberalen angeschlossen hatte, Schwierigkeiten; es wirkte auf die Kapregierung dahin ein, daß diese die ganze Küste Westafrikas bis zur Walfischbai in Besitz nehme. Noch eine andere kolonialpolitische Differenz schwebte damals zwischen Berlin und London. Im Jahre 1874 waren die Fidschi-Inseln durch England annektiert worden; jetzt erklärte dieses, wie gesagt wurde, aus humanitären Rücksichten auf die Eingeborenen, daß die daselbst vor 1875 gemachten Landkäufe ungültig sein sollten. Dadurch wurden deutsche Firmen in Mitleidenschaft gezogen, und auch dagegen hatte Deutschland im Winter 1883/84 reklamiert. Bismarck wartete und wartete; aber Wochen und Monate verstrichen, ohne daß er bezüglich Angra Pequenas einer Erwiderung gewürdigt wurde; in der Fidschifrage erhielt er lediglich kurz ablehnende Antworten, indem Granville sich sogar weigerte, in eine unparteiische Untersuchung der wohl erworbenen Interessen der deutschen Untertanen einzutreten. Noch schlug der Kanzler nicht die stärksten Töne an; er hoffte wahrscheinlich, daß die bevorstehende Ägyptenkonferenz das britische Kabinett zu größerer Konnivenz bestimmen würde. Immerhin hielt er es nicht für unzweckmäßig, den Engländern das einigermaßen zum Bewußtsein zu bringen, daß sie international auf Deutschlands Gunst angewiesen seien. Als sich Lord Russell Anfang April beim Staatssekretär Grafen von Hatzfeldt für das Entgegenkommen bedankte, das seine Regierung bisher durch Deutschland betreffend Ägypten erfahren hatte, brachte dieser die Fidschi-Angelegenheit zur Sprache und führte dem Botschafter freundschaftlich zu Gemüte, daß im Verhältnisse der

beiden Staaten bisher nur England der empfangende Teil gewesen sei: noch niemals habe Deutschland die britische Unterstützung in einer der ägyptischen auch nur annähernd gleich wichtigen Sache nötig gehabt oder erstrebt; daraus dürfe man in London jedoch nicht schließen, daß Deutschland in einem Falle, wo das Recht zweifellos auf seiner Seite stehe, ohne eine ehrliche Prüfung Reichsangehörige im Stiche zu lassen gedenke, aus purem Wohlwollen gegen England; solches müsse vielmehr auf die politischen Beziehungen zurückwirken. Am 8. April erging darauf eine entsprechende Note an England; wiederum blieb die Entgegnung aus. Und in Westafrika griff Bismarck jetzt durch. Am 24. April erklärte er die Lüderitzschen Niederlassungen als unter dem Schutze des Deutschen Reiches befindlich; sowohl die Kapregierung als auch das Foreign Office erhielten davon die sofortige Mitteilung; allerdings auch darauf erfolgte keine Rückäußerung. Eben damals lud die englische Regierung zur ägyptischen Konferenz ein, und Bismarck machte (s. o. S. 434) einen letzten positiven Versuch, ihr zu beweisen, wie wertvoll ihr Deutschlands gute Dienste sein könnten, indem es sofort und zuerst seine Zusage erteilte. Wie gewöhnlich, floß Granville von Dankbarkeit über, und als Münster diese Gelegenheit benutzte, um ihm vorzuhalten, Bismarck sei der Meinung, daß England nicht immer Gleiches mit Gleichem vergelte, replizierte er, es sei ihm leider bekannt, daß der Kanzler diese Ansicht hege, es sei jedoch sein aufrichtigster Wunsch, „in Europa und namentlich auch in den Kolonien das beste Einverständnis unter den beiderseitigen Regierungen und Untertanen zu pflegen und zu fördern“.

Das hörte sich leidlich an, und Bismarck unternahm es sofort, Granville gleichsam darauf festzunageln. Am 5. Mai eröffnete er eine große Aktion in London. Indem er seiner Freude über die Anerkennung ausdrückte, die Deutschlands freundliche Haltung bei Granville finde, sprach er seine Bereitschaft aus, „dieselbe ferner zu verdienen, wenn auf englischer Seite sich ein ähnliches Entgegenkommen zeige“. In dieser Hinsicht bezeichnete er als wünschenswert das Eingehen auf seine früheren Beschwerden in der Fidschi-Angelegenheit und eine größere Schonung der deutschen Handelsinteressen in Afrika; indem er als damit unvereinbar den jüngsten Kongotraktat Englands und Portugals erklärte: in allen Gegenden, die nicht schon zweifellos und unter allgemeiner Zustimmung durch eine europäische Macht direkt annektiert seien, müsse der fremdländische Handel allen Nationen freistehen, und Deutschland könne die weitere Erstreckung kolonialer Hoheitssphären und neue Besitzergreifungen, wie sie gerade durch den erwähnten Vertrag beabsichtigt würden, fortan nur insofern gestatten, als „die Fortsetzung und Ausdehnung b e s t e h e n d e r Handelsverbindungen unbehelligt bleibe“. Im Zusammenhange damit brachte er als „ein ferneres Kriterium“ für die Absichten Englands, mit Deutschland dauernd gute Beziehungen zu pflegen, die Abtretung Helgolands aufs Tapet.

Keineswegs tauchte das Helgolandprojekt so plötzlich auf, wie es auf den ersten Anblick scheinen könnte; sowohl in Deutschland wie auch in England hatte man sich schon damit beschäftigt. Im Winter hatte Graf Münster ein Gespräch mit Lord Derby gehabt, wobei die Rede zufällig auf die Insel kam; der Minister kenn-

zeichnete sie wegwerfend als „die kleinste unserer Kolonien, einen ganz unnützen Felsen in der Nordsee". Der Botschafter riet darauf, entweder daselbst einen Sicherheitshafen anzulegen oder das Eiland an Deutschland mit der Verpflichtung zu überlassen, einen solchen zu bauen, — ein Vorschlag, der dem Lord sehr einleuchtete. Es ist daran gezweifelt worden, ob es dem Kanzler mit dem Wunsche nach Helgoland ganz ernst gewesen ist, zumal da er ihn mit überraschender Schnelligkeit wieder aufgab, — sollte er ihn nur geäußert haben, um möglichst viel von den Engländern zu begehren, um sich ihn dann gegen Konzessionen auf dem kolonialen Gebiet gleichsam abhandeln zu lassen? Dem widersprechen der Umstand, daß Bismarck ihn gar nicht als Tausch- oder Handelsobjekt benutzte, sondern alsbald selbst darauf, wie wir noch sehen werden, freiwillig verzichtete, sowie die Argumente, durch die er ihn in London vertreten ließ: In englischem Besitze sei diese urdeutsche Insel nichts weiter als ein Stützpunkt für Angriffe auf die deutsche Elbmündung und die holsteinische Westküste; letzten Grundes habe sie für Großbritannien doch selbst im Kriege nur einen sehr problematischen, im Frieden dagegen gar keinen Nutzen; ihre Zession an Deutschland, etwa mit der Bedingung, bei der Gefährlichkeit der benachbarten Fahrwasser, die auch der englischen Reederei jahrein, jahraus erhebliche Verluste an Eigentum und Menschenleben koste, daselbst einen Sicherheitshafen anzulegen, würde auf die seit dem Kriege von 1870/71 England nicht sehr günstige öffentliche Meinung in Deutschland einen recht guten Eindruck machen und der Reichsregierung ihr von Granville mit Recht gerühmtes Wohlwollen für die britische Politik in Zukunft sehr erleichtern. „Unsere Freundschaft *kann* der englischen Politik von hohem Nutzen sein. Es ist für dieselbe nicht gleichgültig, ob die Macht des Deutschen Reiches ihr wohlwollend und förderlich zur Seite steht oder sich kühl zurückhält." Daher wollte er, daß Münster die Angelegenheit mit Granville nicht sowohl im Sinne einer Forderung wie vielmehr, ebenso wie die Fidschifrage und die afrikanischen Handelsverhältnisse, eines Anerbietens Deutschlands vortrage. Daß es dem Kanzler beim Helgolandprojekt nicht nur um eine Art von Spiegelfechterei zu tun war, beweist endlich dessen Zusammenhang mit dem Plan eines Nordostseekanals. Kurz darauf, Mitte Mai, setzte er dafür beim preußischen Staatsministerium die prinzipielle Genehmigung durch. Die Militärs, Moltke und Kameke, waren dagegen. Der Kanal sei, so meinten sie, gleichbedeutend mit der Aufgabe des nördlich davon gelegenen Schleswig; ein bis zwei Armeekorps seien zu seiner Bewachung erforderlich, und trotzdem könne er mit den modernen Sprengmitteln leicht auf Wochen und Monate unpassierbar gemacht werden. Aber außer dem Kaiser war der General von Caprivi, der Chef der Admiralität, dafür; er verlangte Helgoland direkt für die Deckung und als Schlußstück des künftigen Kanals.

Als ein Anerbieten, wie bereits gesagt wurde, wollte Bismarck die diplomatische Aktion aufgefaßt wissen, die er also Anfang Mai in London einleitete; von der Annahme derselben machte er die weitere Unterstützung der englischen Politik, insonderheit in Ägypten, abhängig, und wie wichtig diese für das britische Kabinett war, das brachte er durch die Worte zum Ausdruck: „Die Wirkung, welche unser Beispiel bei der jüngsten Einladung auf die kontinentalen Mächte geübt

hat, die Wahrscheinlichkeit eines umgekehrten Effekts, wenn Deutschland in der ägyptischen Frage zunächst mit anderen Mächten Verständigung gesucht hätte, sind einleuchtend. England hat nach seiner geographischen Lage in Europa nur von Frankreich, in Asien nur von Rußland Gefahren von Erheblichkeit zu befürchten. Frankreich aber würde, wenn es bedrohlich gegen England auftreten wollte, der Gewißheit wenigstens der deutschen Neutralität bedürfen, und auch Rußland würde, wenn es gegen England, sei es in Indien, sei es in Konstantinopel, in Tätigkeit treten wollte, immer die Haltung Deutschlands einigermaßen berücksichtigen." Noch ging er mit der größten Vorsicht vor. Er zeigte Münster an, daß er seinen Sohn Herbert, der damals Gesandter im Haag war, demnächst nach England schicken wolle; er stellte ihm anheim, durch diesen die Verhandlung über die neue Wendung der deutschen Politik in London, wenn sie für den Botschafter, als den dauernden Vertreter des Reiches daselbst, zu peinlich wäre, führen zu lassen, äußerte allerdings seine Bedenken darüber, ob ein derartiger Verzug nicht schädlich wäre, und bat Münster, seine Meinung darüber zu äußern, ehe er sich mit Granville darüber in Verbindung setze. Mit Begeisterung nahm Münster die Anregung betreffend Helgoland auf, die stets zu seinen Lieblingsideen gehörte, und worüber er ja schon mit Derby gesprochen hatte. Daß er allerdings nichts weniger als ein Freund der neuen deutschen Kolonialpolitik und daher zu energischer Befürwortung derselben in London nicht besonders geeignet war, erhellte daraus, daß er das Urteil fällte, durch den Erwerb dieser Insel und durch den wirksamen Schutz, den Bismarck den deutschen Handelsinteressen in allen Weltteilen gewähren wolle, würde es leichter werden, „die öffentliche Meinung in Beziehung auf die überseeischen Verhältnisse zu richtigern Ansichten zu bringen, als sie gegenwärtig in Deutschland bestehen: Ich rechne dazu die sehr wohlgemeinten, aber, meiner unvorgreiflichen Meinung nach, ganz unpraktischen und unreifen Kolonisationsbestrebungen, welche zur Bildung von Kolonialgesellschaften geführt haben". Da er die Möglichkeit einer Verstimmung in England nicht besorgte, wenn er selbst, ohne die Ankunft des Grafen Herbert abzuwarten, unverzüglich die Sache in die Hand nehme, vielmehr eher fürchtete, daß dadurch vielleicht ein günstiger Moment verloren gehe, ermächtigte ihn der Kanzler (11. Mai) zu sofortiger Eröffnung der Negoziation. Dabei machte er ihn freilich nachdrücklich noch einmal darauf aufmerksam, daß er in deren Vordergrund das allgemeine Anerbieten des deutschen Beistandes für die britische Politik zu rücken haben, eben unter der Bedingung der Abtretung Helgolands, um die öffentliche Meinung in Deutschland für eine englandfreundliche Haltung der Regierung zu gewinnen, sowie des Entgegenkommens gegen die deutschen Beschwerden bezüglich der Südsee und Afrikas einschließlich des englisch-portugiesischen Vertrages, — eben damals (12. Mai) erhoben gegen diesen Deutschland und Frankreich gemeinsam förmlichen Protest. Gerade in Rücksicht auf Frankreich fügte er hinzu, das Anerbieten, das er jetzt in London mache, sei um so höher anzuschlagen, als es erhebliche Nachteile für Deutschland in seinen Beziehungen zum westlichen Nachbarn involviere: „Wenn, was nicht zu vermeiden sein würde, bei den Franzosen die Meinung entstände, daß nur Deutschland der Geltendmachung

ihrer Interessen England gegenüber im Wege stehe, so würde ihre Verstimmung gegen uns und damit die Gefährdung des Friedens wesentlich verschärft werden.“ Der Botschafter erhielt den ganz bestimmten Auftrag, vor Granville zu betonen, „daß wir solche Nachteile nicht übernehmen können, sondern daran festhalten müssen, daß eine Hand die andere wäscht“. Das war eine sehr deutliche Tonart, fast eine Art von Ultimatum, und der Kanzler handelte dabei in vollem Einverständnis mit dem Kaiser, dem er wiederholt und ausführlich über diese Dinge Vortrag gehalten hatte.

Die Aktion Bismarcks entbehrte in London jeglichen Erfolges. Trotz der Mahnungen in dessen letztem Erlaß legte Münster das Hauptgewicht bei den Besprechungen mit Granville auf Helgoland, das ihm als gebornen Hannoveraner offenbar besonders an das Herz gewachsen war. Er motivierte das Ansinnen der Abtretung vornehmlich mit dem Vorteile, der, wie der ganzen Welt, so ganz besonders England daraus erwachsen werde, welches zwar die am meisten seefahrende Nation sei, dennoch aber ein so großes Interesse nicht besitze, hier die Kosten für den Bau eines Hafens aufzuwenden, wie Deutschland, das die Benutzung von Hafen und Kanal jedermann freizugeben gewillt sei; wie zaghaft er vorging, erhellt daraus, daß er Granville bat, die Angelegenheit noch streng vertraulich, auch vor dem übrigen Kabinett, zu behandeln, indem er sich vorbehielt, bei passender Gelegenheit auf den Gegenstand zurückzukommen. Noch weniger trat er in den andern Punkten mit der nötigen Entschiedenheit auf; Bismarck hielt ihm einige Wochen später tadelnd vor: nach seinen bisherigen Berichten habe er sich mit seiner Sondierung auf Helgoland beschränkt, und es scheine, daß er seine Instruktionen nicht „in ihrem ganzen Umfange“ ausgeführt habe; er habe sich wohl „durch Befürchtung eines unerfreulichen Eindrucks davon abhalten lassen, den Lord Granville vor die Alternative zu stellen, sich durch eine mindestens gerechte, wenn auch vielleicht nicht wohlwollende Haltung gegenüber unsern überseeischen Interessen unsere politische Unterstützung zu sichern oder zu sehen, daß wir die Förderung unserer Interessen in dem Zusammengehen mit den anderen Mächten suchten“. Immerhin genügten die wenngleich wohl schwachen Andeutungen des Botschafters bereits, um in London Unruhe zu erwecken. Zum Ende des Mai sah sich der Kronprinz Friedrich Wilhelm, ohne Zweifel auf britische Anregung hin, veranlaßt, dem Staatssekretär Grafen Hatzfeldt mitzuteilen, Frankreich verlange von England, daß dieses einen Termin für die endgültige Räumung Ägyptens festsetze, und man habe in London den Eindruck, daß die Franzosen dazu durch Deutschland ermutigt seien. Das war nicht der Fall; aber es wurde dem Kronprinzen bedeutet, daß Bismarck einen Kurswechsel in der ägyptischen Frage für angezeigt erachten könnte, wenn sich England noch weiter in den handels- und kolonialpolitischen Fragen gegen Deutschlands berechtigte Ansprüche sperre, und daß es gar nichts schade, wenn sich die britische Regierung dessen bewußt würde, — worauf sich der fürstliche Herr augenscheinlich erleichtert, ohne zu widersprechen, mit dem Ausrufe begnügte: „Also Kolonialfragen, nur Kolonialfragen!“ Obgleich man in London also schon merkte, woher der Wind wehte, glaubte man sich doch noch in der Lage, die kolonialen Wünsche des Kanzlers nicht nur ignorieren,

sondern auch geradezu kreuzen zu dürfen. Das war in der Hauptsache das Werk des zähen Eigensinns Lord Derbys, und Lord Granville, dessen Gesundheitszustand nicht der beste war, und dem es an Energie gebrach, war zu indolent, ermangelte der Festigkeit und vielleicht auch des erforderlichen Willens, den Ressortpartikularismus seines Kollegen vom Kolonialamt einzudämmen. Am 16. Mai äußerte sich Derby vor einer Deputation südafrikanischer Kaufleute und drei Tage später auf eine Interpellation im Oberhause dahin, daß „England, wenn es auch nicht formell den Besitz Angra Pequenas beanspruche, doch das Recht zu haben glaube, andere Mächte von dem Besitz auszuschließen"; er bemerkte dabei, früher habe sich die Kapkolonie geweigert, das umstrittene Gebiet zu annektieren, jetzt aber sei sie von neuem dazu aufgefordert worden. In der Tat erklärte sich die Kapregierung nunmehr (Anfang Juni) dazu bereit, die ganze Küstenstrecke, mit Einschluß von Angra Pequena, zu übernehmen.

Die letzten Ausführungen Derbys, noch dazu vor voller Öffentlichkeit erfolgt, waren nicht geeignet, bei Bismarck die optimistische Erwartung zu erwecken, daß seine neue Aktion einen glatten Verlauf nehmen würde. Münster erhielt sofort (25. Mai) die Weisung, Helgoland nicht weiter zu erwähnen, da dadurch nur ein Vorwand geliefert werden würde, auf die berechtigten Ansprüche Deutschlands zu drücken. Damit verschwand die Helgolandfrage von der Bildfläche, zum Befremden der britischen Staatsmänner, die sich tatsächlich Hoffnungen in dieser Hinsicht gemacht hatten, indem sie etwa glaubten, Bismarck habe sie in der Hauptsache im Auge, und seine überseeischen Wünsche seien nur Hilfsoperationen, um jene desto sicherer durchzusetzen. Der Kanzler mußte auf den Erwerb der Insel verzichten, denn dafür entbehrte er des Rechtsbodens. Aber er war um so stärker entschlossen, seine berechtigten kolonialen Ziele zu verfolgen und für ihre Erreichung mit anderen seefahrenden Mächten, auch mit Frankreich, Fühlung zu nehmen, da die öffentliche Meinung auf die Dauer die britische Anmaßung und Exklusivität nicht mehr zu dulden vermöchte. Indem er Münster, wie schon erwähnt wurde, vorwarf, die Intentionen der Reichspolitik bisher nicht zur Genüge wahrgenommen zu haben, gab er ihm die Weisung, auf die Äußerungen Derbys vor Granville nicht nur eine Erwiderung, sondern eine Verwahrung der Rechte Deutschlands als einer Macht „von gleicher Unabhängigkeit und Freiheit des Handelns wie England" vorzutragen: warum solle Deutschland das Recht der Kolonisation versagt sein, welches England im weitesten Maße ausübe? England sollte, das war sein unbeugsamer Wille, die Überzeugung gewinnen, falls das nötig würde, durch öffentliche Verhandlung im Reichstag, daß es bei der Taktik weiteren Weigerns und Verschleppens mit einem Umschlage der deutschen Politik ernsthaft rechnen müsse. Als sich die Kapregierung auf Derbys Aufforderung zur Annexion der Westküste bis zur Walfischbai verstand, ließ Bismarck (am 4. Juni) Granville mitteilen, „wir seien nicht in der Lage, eine solche Besitzergreifung anzuerkennen, und bestritten das Recht dazu". Ein Druckmittel in dieser Hinsicht auf England war es augenscheinlich, wenn er der burischen Deputation, Krüger, Smith und Dutroit, welche vom 7. bis zum 9. Juni in Berlin verweilte, um für ihre Unabhängigkeit den Schutz Deutschlands zu erbitten (obgleich

er in Wahrheit weit davon entfernt war, sich auf ihre Wünsche einzulassen und Deutschland dadurch in unübersehbare weltpolitische Abenteuer zu stürzen), eine ostentativ günstige Aufnahme gewährte. Er wollte den Briten zu Gemüte führen, daß es in seiner Hand stehe, ihnen allenthalben ärgerliche Verlegenheiten zu bereiten, und daß es für sie geraten sei, durch Zugeständnisse an Deutschland dessen Wohlwollen für sich selber zu erhalten und zu sichern.

Wie schwer es auch immer Granville fallen mochte, er konnte sich der Einsicht nicht länger verschließen, daß es mit der bisherigen Politik des Ignorierens und Ausweichens nicht weiterging, daß er endlich Farbe bekennen mußte, und schon hielt er es für geraten, den Rückzug anzutreten. Am 7. Juni hatte er eine Unterredung mit dem Grafen Münster, der ihm den Protest seiner Regierung gegen die Besitzergreifung von Angra Pequena durch die Kapkolonie überbrachte; er wurde dadurch „in große Bestürzung und Besorgnis versetzt". Er fühlte das Bedürfnis, die dilatorische Behandlung zu entschuldigen, die er bisher der Angelegenheit hatte angedeihen lassen, nämlich infolge der autonomen Stellung der Kapkolonie und des daselbst stattgehabten Kabinettswechsels; auch suchte er sich damit auszureden, daß man die schon so lange, seit dem November des Vorjahres schwebende deutsche Anfrage falsch aufgefaßt habe, nämlich als eine Bitte um bloße Gewährung von Schutz durch England für die deutsche Ansiedlung in Angra Pequena. Bisher, so fügte er hinzu, habe er aus den Erklärungen der deutschen Staatsmänner nicht den Eindruck gewonnen, als wolle die deutsche Regierung Kolonialpolitik treiben; aber weder er noch seine Kollegen hätten die Absicht, deutschen Kolonialbestrebungen auch nur das geringste in den Weg zu legen. Er ersuchte den Botschafter, das dem Fürsten Bismarck ausdrücklich zu versichern: der Kanzler möge keinesfalls annehmen, daß sich England und Deutschland in Angra Pequena feindlich gegenüberstünden, und keinerlei weitere Aktion dort verfolgen, bevor eine beiderseitige Verständigung erzielt sei. Als Münster noch betonte, daß sich Deutschlands allgemeine Politik gegenüber England nach dessen Haltung in den überseeischen Fragen richten werde, erwiderte Granville: „Das weiß und habe ich längst gewußt. Wir haben ja nur den Wunsch, Ihnen entgegenzukommen und haben Ihnen das auch zu erkennen gegeben. Der einzige Vorwurf, den Sie uns machen können, ist der langsame Fortgang der Verhandlungen; der wird aber verursacht durch die unabhängige Stellung unserer Kolonien, über welche wir uns auch mit dem besten Willen nicht hinwegsetzen können."

Es versteht sich von selbst, daß Bismarck diese der Not abgepreßten Ausreden und Ausflüchte nach ihrem wahren Wert einschätzte; dafür zeugen die Fragezeichen und Vorwürfe der Unwahrheit, mit denen er sie kommentierte. Auch erzeugte es in ihm Mißtrauen und Mißstimmung, daß England damals über Ägypten allein mit Frankreich verhandelte, — er besorgte, daß dahinter der Versuch stecke, Deutschland auszuschalten. Aber der Anfang war nun doch einmal gemacht, und es galt, das Eisen zu schmieden, solange es noch warm war. Am 9. Juni hatte er eine lange Konferenz mit Russell, worin auch die ägyptische Frage insofern berührt wurde, als er diesem mitteilte, die finanziellen Interessen Deutschlands dabei seien doch recht beträchtlich, — sie bezifferten sich nach soeben

gemachten Erhebungen auf mehr als 100 Millionen Mark. Das Hauptergebnis der Unterredung war eine Note, die am folgenden Tage nach London abging. Es wurde darin von England die formelle Anerkennung gefordert, daß das Land an der Küste Westafrikas nördlich vom Oranjefluß bis zur Grenze von Portugiesisch-Angola mit Ausnahme der Walfischbai bei Swakopmund, welche die Briten 1878 in Besitz genommen hatten, und die zur Kapkolonie gehörte, herrenloses Gebiet seien; auch wurde dagegen protestiert, daß England für Afrika gegen die Nachbarschaft anderer Nationen eine Art von Monroedoktrin statuiere. Jetzt wollte er nicht länger warten; um die Mitte des Monats schickte er den Grafen Herbert nach London, um die Sache ins reine zu bringen. Zwar höflich, aber bestimmt trat dieser dort auf, und Granville setzte in den Gesprächen mit ihm den Rückzug fort, den er schon vor einer Woche im Meinungsaustausch mit Münster eingeleitet hatte. Die Grundzüge seiner Englandpolitik legte Bismarck kurz darauf (22. Juni) im preußischen Ministerrat dar, indem er daselbst ein sehr eingehendes Exposé über die ägyptischen Konferenzvorschläge und über seine Kolonialideen im Anschluß an die Angra-Pequena-Frage gab. Er äußerte sich dahin, daß ihm die Intimität zwischen England und Frankreich höchst verdächtig erscheine: überall gebe England den Franzosen nach (damit meinte er offenbar die Zugeständnisse bei den Vorverhandlungen für die Konferenz) und lasse ihnen freie Hand, während es für deutsche Wünsche und Interessen ein sehr taubes Ohr habe. Er machte auf Grund der bereits eingelaufenen Depeschen Herberts Mitteilung vom Stande der Verhandlungen in London; auch hier protestierte er dagegen, daß die Engländer jetzt eine Art von Monroedoktrin für Afrika entwickeln wollten, nachdem sie früher anerkannt hätten, daß Angra außerhalb ihrer Interessensphäre liege, — nämlich bei Gelegenheit einer früheren Anfrage, als es sich um den Schutz dort angesiedelter deutscher Missionäre handelte. Er ging so weit, zu erklären, daß er in Übereinstimmung mit Wien und Rom die bevorstehende ägyptische Konferenz nicht beschicken wolle, ehe nicht ihre Grundlagen im englischen Parlament festgestellt seien: er wolle nicht Beschlüsse einer europäischen Konferenz von nachträglich erfolgenden parlamentarischen Beschlüssen abhängig machen; sehr scharf betonte und variierte er den Satz: „Wir sind die Freunde unserer Freunde und die Feinde unserer Feinde." Offenbar war es seine Absicht, Gladstone einige Verlegenheiten zu bereiten. „Er will," so bemerkte ein Zuhörer, „der englischen Regierung endlich zu Gemüt führen, daß man nicht Dienste erwarten kann von einer Regierung, welche man seit Jahren so schlecht behandelt hat... Genug, er rechnete mit England jetzt scharf ab; er sprach ernst und weitblickend, wie immer, wenn es sich um europäische Fragen handelt."

Tatsächlich hatte England in diesem Moment bereits auf der ganzen Linie nachgegeben. Am 14. und 17. Juni fanden die entscheidenden Besprechungen zwischen Herbert Bismarck und Granville statt. Der Minister erklärte: die schwebenden kolonialen Differenzen lägen ihm ziemlich fern, er habe sie, überlastet mit den Geschäften seines eigenen Ressorts, nicht verfolgen können, würde sie aber jetzt studieren und mit seinen Kollegen Rücksprache nehmen; er sehe sie jetzt mit anderen Augen an. Als Graf Herbert von Englands Undank und dessen mög-

lichen Folgen angesichts der ägyptischen Konferenz sprach, gab er klein bei, sowie der Hoffnung Raum, daß wegen solch geringfügiger Dinge die vortrefflichen deutsch-britischen Beziehungen nicht getrübt werden würden. Bei aller Konnivenz klang aus seinen Ausführungen doch der Unterton heraus, daß die Entstehung einer deutschen Kolonialherrschaft in England unangenehm empfunden wurde; immerhin verwarf er die in der britischen Presse vertretene Monroedoktrin für Afrika sehr entschieden. Indem er eingestand, daß die Angelegenheit bisher in London falsch angefaßt worden sei, schob er alle Schuld auf das Kolonialamt und die Kapregierung, deren Schritte er desavouierte; er versprach, auf diese einwirken zu wollen, und hatte nichts mehr dagegen, daß Angra Pequena unter die deutsche Oberhoheit gestellt wurde, indem er nur darum bat, daselbst keine Verbrecherkolonie einzurichten. Am 19. Juni sagte er eine Prüfung der deutschen Fidschiansprüche zu, wiewohl das Kolonialamt bis zuletzt lebhaft für deren Ablehnung eintrat; eine gemischte deutsch-britische Kommission sollte für diesen Zweck eingesetzt werden. Zwei Tage später wurde eine Kabinettssitzung abgehalten. Granville stellte dabei, indem er ausführte, auf beiden Seiten seien Mißverständnisse vorgekommen, den Antrag, Deutschland sei befugt, das Protektorat über Angra Pequena zu erklären. Der Vorschlag wurde einstimmig und ohne Widerspruch angenommen; den meisten Ministern war die Frage ganz unbekannt. Am Tage darauf wurden Münster und Herbert Bismarck davon unterrichtet. Dem letzteren gegenüber eröffnete Granville dabei: England wünsche nur den Schutz der bestehenden und erworbenen Rechte seiner Untertanen daselbst, es werde eine Note in diesem Sinne nach Berlin senden; wenn diese beantwortet sei, würde unverzüglich die offizielle Anerkennung der Maßnahmen erfolgen, welche Deutschland dort treffe, „und dann könnten die betreffenden Akten geschlossen werden“; bis dahin bat er, die Sache, wenn sie auch tatsächlich bereits erledigt wäre, noch als vertraulich zu behandeln. Am 26. Juni verzichtete England auf den Kongovertrag mit Portugal; das war ein neuer Beweis des Entgegenkommens.

Überhaupt fand Herbert Bismarck in London eine gute Aufnahme; noch viel gefälliger als Granville sprachen sich gegen ihn der Minister des Innern, Harcourt, und der Handelsminister, Chamberlain, aus. Sie überboten sich in scharfen Urteilen über das Kolonialamt und in Lobsprüchen über Deutschlands freundliche Haltung in der ägyptischen Angelegenheit, sowie in den Ausdrücken des Wunsches, Deutschland möge nicht durch eine Änderung seines Kurses auf diesem Gebiete seiner Verstimmung über das Ungeschick Derbys Folge geben; es dünkte den Grafen, „daß die jüngeren englischen Radikalen weniger gallophil und als Objekte der Politik mehr bearbeitungsfähig seien, als die alte, jetzt durch Mr. Gladstone und Lord Granville im Kabinett vertretene Schule“. Diese Beobachtung war ohne Zweifel richtig; der Grund dafür war darin zu suchen, daß die neue Generation mehr von den imperialistischen Tendenzen erfüllt war und daher in Frankreich den Hauptrivalen Englands erblickte. Chamberlain, den Herbert als das einflußreichste Mitglied des Kabinetts charakterisierte, ließ diesen etwas tiefer in seine Gedankengänge hineinschauen. Als den wichtigsten Punkt der ägyptischen Frage bezeichnete er die Verpflichtung Frankreichs, das Nilland niemals zu be-

setzen: „Erlangen wir diese Garantie nicht, und kommen wir [auf der inzwischen eröffneten Konferenz] zu keiner Abmachung, so können wir Ägypten einstweilen noch nicht räumen. Was die Franzosen betrifft, so kann ich mir nicht denken, daß sie uns aus diesem Grunde den Krieg erklären werden; es würde doch geradezu grotesk sein, wenn sie uns angreifen wollten, weil wir es ablehnen, Renten für sie einzusammeln.“ Als Herbert einwarf, er könne nicht glauben, daß Frankreich, zumal bei seiner republikanischen Staatsform, aus so frivolen Gründen den Frieden brechen sollte, fühlte sich der Minister angenehm berührt; es schwoll ihm, sozusagen, der Kamm, er lehnte sich behaglich zurück und äußerte: „Wissen Sie, wir sind ja keine kriegerische Nation; aber wenn die Franzosen schließlich zu dreist und anmaßend werden, so haben wir keinen Grund, einem Kriege aus dem Wege zu gehen. Wir kommen Frankreich weit entgegen; wenn es uns aber unsere Situation in Ägypten unmöglich machen will, so werden wir uns nicht scheuen zu fechten.“ Dem Grafen zeugten diese Worte „von einer befremdlichen Abwesenheit politischen Urteils und einer überraschenden Unkenntnis der europäischen Machtverhältnisse und denkbaren Konstellationen“; es war ihm besonders interessant, „daß dieser eingefleischte Repräsentant des Kaufmannsstandes und Freihandels nach rein kosmopolitischen Gesichtspunkten einem Fremden gegenüber doch der Möglichkeit eines Krieges mit Frankreich Erwähnung tat“. Mochten nun auch die jüngeren Mitglieder des Ministeriums die Sachlage wesentlich anders ansehen, als ihre älteren Kollegen, — eben diesen dürfte die Nachgiebigkeit gegen Deutschland keine geringe Überwindung gekostet haben; sie konnten jedoch nicht anders im Hinblick auf die ägyptische Konferenz. Die Position des Kabinetts Gladstone war gerade damals recht unsicher, im Innern durch die Entwicklung der irischen Frage, in der Außenpolitik durch die ungünstige Wendung der Dinge im Sudan, durch die Verwicklungen mit Rußland und Frankreich, wozu jetzt noch die unverkennbare diplomatische Niederlage gegen Deutschland kam. Die Konservativen hielten das Vorgehen der Regierung, vornehmlich in Ägypten und im Sudan, für allzu schlapp und für eine Preisgabe der kolonialen Interessen der Nation; die Liberalen wieder waren geteilter Meinung. Denn die Ägyptenpolitik, zu der sich Gladstone trotz innerlicher Abneigung durch den Gang der Dinge und unter der Führung Granvilles gedrängt sah, trug einen so ausgesprochen imperialistischen Charakter, wie er ihrem alten doktrinären Programm aufs schärfste widersprach; die liberale Presse selbst erging sich in schweren Angriffen auf das Ministerium. Zumal Granville, der während seiner Verhandlungen mit Herbert Bismarck von schmerzhaften Gichtanfällen gepeinigt wurde und an Vergeßlichkeit litt, war wenig beliebt; bei allen Parteien bestand der lebhafte Wunsch, daß er zurücktrete. Wie gefährdet sich das Kabinett selber fühlte, ging daraus hervor, daß die Minister, mit denen Graf Bismarck sprach, inständig in ihn drangen, Deutschland möge die ungeschickte Art und Weise, wie die beiderseitigen Differenzen von ihnen selbst behandelt worden waren, und seinen eigenen diplomatischen Sieg mit Diskretion zudecken, damit ihnen nicht in ihrem Parlament allzu große Unannehmlichkeiten erwüchsen.

Zunächst schien das Schlachtbeil begraben; in Berlin schien man durchaus

befriedigt. Am 28. Juni schrieb Russell an Granville: „Fürst Bismarck ist Ihnen wahrhaft dankbar für Ihre endgültige Lösung der Frage; sie hat in Deutschland den ausgezeichnetsten Eindruck gemacht und hat unendlich viel Gutes gestiftet.“ Sie war dem Kanzler vor allem deshalb so wertvoll, weil er den Triumph, den er über das englische Kabinett davongetragen hatte, jetzt gegenüber der kolonialen Opposition im Reichstage, Richter und Bamberger, gehörig ausnützen konnte, um deren Kleinmut und verzagte Rücksichtnahme gegenüber dem britischen Widerstande gegen die deutsche Kolonialpolitik in das richtige Licht zu stellen; er versprach sich auch davon einen guten Eindruck für die bevorstehenden Reichstagswahlen. Die deutsche Presse war voll des Preises für die Redlichkeit, Gerechtigkeit und Freundlichkeit der Entscheidung Granvilles; Lord Russell wurde von allen Seiten versichert, daß daraus ein unermeßlicher Nutzen für das deutsch-englische Verhältnis entstehen würde. Er gab vor Granville der Überzeugung Ausdruck, daß das Unternehmen von Lüderitz in Angra Pequena den Deutschen eine Herzenssache sei; er berichtete, daß der Kronprinz, der diese Gefühle des deutschen Volkes geteilt, aber zugleich mit wachsender Besorgnis die Erbitterung der öffentlichen Meinung in Deutschland gegen England verfolgt habe, jetzt von der allgemeinen Freude über die glückliche Lösung des Konfliktes mit ergriffen sei und die Wiederherstellung des so wichtigen guten Einvernehmens zwischen den beiden Mächten begrüße, nicht minder die Kronprinzessin, die über alle Maßen von der allgemeinen Beruhigung und dem veränderten Tone der Presse beglückt sei. Es war ja bis zu einem gewissen Grade richtig, wenn der Botschafter Granville versicherte: „Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß Fürst Bismarck, im Gegensatz zu seinen Überzeugungen und seinem Willen, durch die öffentliche Meinung zum Einlenken in die Bahnen der Kolonialpolitik getrieben worden ist, die er bisher als schädlich für die Konzentration der deutschen Kraft und Macht bezeichnet hat.“ Für das Stadium, in dem sich die deutsche Kolonialpolitik im Augenblicke befand, paßte dieses Urteil jedoch nicht so ganz; oder jedenfalls es war falsch, daraus etwa die Konsequenz zu ziehen, daß Bismarck die westafrikanische Aktion nur widerwillig unternommen und sich mit ihr hätte begnügen wollen. Sie war vielmehr nur das erste Glied einer Reihe von Schritten, die ihm vorschwebten; er stand erst am Anfange einer viel weiter ausgreifenden und umfassenden überseeischen Expansion, die er gegen Großbritannien durchzusetzen entschlossen war, und in England täuschte man sich, wenn man wähnte, mit dieser einen Konzession Deutschlands Kolonialhunger gestillt und den Kanzler zu Entgegenkommen auf der Konferenz verpflichtet zu haben. Das war um so weniger der Fall, als es die englische Politik, durch ihre bisherigen Mißerfolge nicht belehrt, an neuen Ungeschicklichkeiten und zwecklosen Nadelstichen nicht fehlen ließ. Sie offenbarten lediglich, wie schwer ihr die Zugeständnisse gefallen waren, die sie soeben zu machen sich gezwungen gesehen hatte; sie versetzten Bismarck abermals in gereizte Stimmung und überhoben ihn der Verpflichtung, der Dankesschuld an England sofortigen und wirksamen Ausdruck zu verleihen.

Die Schuld daran trug wieder vornehmlich Derby. In der Kabinettssitzung, die sich mit der deutschen Schutzherrschaft über Angra Pequena einverstanden

erklärte, war auch der Beschluß gefaßt worden, die Kapregierung aufzufordern, „daß diese nun sagen möge, was sie an Gebiet notwendig zu brauchen glaube, damit die Sache endgültig erledigt würde“. Es wurde eine Instruktion dafür festgestellt, und Lord Derby brachte diese in der Weise zur Ausführung, daß er am 14. Juli hinterrücks an die Kapregierung, die sich früher geweigert hatte, Annexionen vorzunehmen, das Ansinnen richtete, dies jetzt zu tun. Darauf faßte das Kapparlament am 16. Juli den Beschluß, die Küstenstriche nördlich und südlich von Angra Pequena in Besitz zu nehmen. In Berlin empfand man dieses Verfahren „mindestens illoyal“; man legte dagegen Verwahrung in London ein und kam weiteren Schritten der Kapregierung „durch umfassende Flaggenhissungen an der südwestafrikanischen Küste zuvor, denen bald solche in Kamerun, Little Popo usw. folgten“. Aber das war nicht der einzige Streich, den die britische Mißgunst Deutschland zu spielen versuchte. Granville hatte, wie wir vernahmen, vor Herbert Bismarck die Bitte ausgesprochen, es möchte in Angra Pequena keine deutsche Strafkolonie angelegt, und es möchten die Rechte der britischen Ansiedler daselbst bestätigt und geschützt werden; was den zweiten Punkt anbelangte, so hatte er die Übersendung einer Note in diesem Sinne angekündigt. Diese wurde am 19. Juli durch Russell dem deutschen Auswärtigen Amt übergeben, und sie war so abgefaßt, daß die britische Regierung ihre Anerkennung bezüglich Angra Pequenas davon abhängig machte, daß sich Deutschland förmlich auf diese beiden Bedingungen hin verpflichtete. Bismarck, auch darüber entrüstet, lehnte diese Zumutung (24. Juli) rundweg ab. Aus einem Telegramm, das ihm Münster über die Aufnahme seines Protestes in London schickte, schloß der Kanzler irrtümlicherweise, daß das Foreign Office auf seinem Ansinnen bestünde; in Wahrheit trat Granville auch hier den Rückzug an; „er schränkte die Bedeutung der in der Note vom 19. Juli gebrauchten Ausdrücke erheblich ein und erklärte sich bereit, sie zwecks einer Umredigierung zurückzuziehen“.

Erst Anfang August, als die ägyptische Konferenz bereits beendigt war, ereignete sich dieses Nachspiel; aber die plumpen und verletzenden Manöver vom 16. und 19. Juli fielen in die Zeit, während sie tagte, und sie waren natürlich von Einfluß auf die Haltung, die Deutschland auf ihr einnahm. Denn Bismarck war jetzt wieder der Meister der Situation. Kurz nach dem Zusammentritt des Kongresses brachte das der russische Botschafter in London vor dem Grafen Herbert zum Ausdruck; er sagte ihm: „Fürst Bismarck kann jetzt wieder eine sehr große politische Rolle spielen . . . Er hat es jetzt ganz in der Hand, Ägyptens Schicksal, und was damit zusammenhängt, zu bestimmen, je nachdem er sich für England oder Frankreich entscheidet.“

Am 28. Juni 1884 wurde die ägyptische Konferenz in London eröffnet; ausdrücklich war festgesetzt worden, daß von den vielfachen Fragen, in welche das ägyptische Problem zerfiel, nur die der Finanzen erörtert werden sollte. Ein Budget für Ägypten als Basis für die Beratungen wurde durch England vorgelegt; es schlug zugleich zur Tilgung der Schuld eine Zinsreduktion für die europäischen Gläubiger vor. Sofort zeigte es sich, daß Frankreich sachlich keineswegs mit England zusammenging, sondern daß es vielmehr die Neigung hatte, sich

zu Deutschland zu halten; es verlangte die Aufnahme Deutschlands und auch Rußlands in die Schuldentilgungskommission. Die Gruppierung der Mächte war für Großbritannien wenig günstig. Unter dem Eindruck der wiederauftauchenden Kolonialhändel schlug sich Deutschland schließlich auf die Seite Frankreichs, und Österreich ging ganz mit Deutschland, ebenso Rußland. Nur auf Italien und die Pforte konnte England einigermaßen zählen, und auch das nur bedingt. Wie abhängig es auch sonst von Albion war, so hielt sich Italien doch hie und da zu den Genossen des Dreibundes, und die Pforte ließ sich immerhin von der Erwägung leiten, daß die britische Politik in Ägypten dazu führen könnte, ihr dieses Land zu entfremden. Die vorbereitenden Verhandlungen nahmen längere Zeit in Anspruch; erst Ende Juli kam es zum offenen Zusammenstoße. In der vierten Sitzung vom 28. Juli brachte der deutsche Vertreter, der Graf Münster, plötzlich das Sanitätsproblem zur Sprache, das damals gerade sehr viel erörtert wurde, auch in Deutschland. Die Laxheit der britischen Quarantänevorschriften war bereits in der britischen Presse selbst sehr scharf kritisiert worden. Die öffentliche Meinung in Frankreich und Deutschland stimmte damit überein; Männer, wie Koch und Virchow, beschuldigten die Engländer ganz offen, die Cholera in Frankreich eingeschleppt zu haben; die Nachricht, daß Münster die Frage in London angerührt habe, wurde dann auch in der deutschen Presse mit enthusiastischer Genugtuung begrüßt. Der Präsident, Granville, erhob dagegen lebhaften Einspruch: der von Münster herangezogene Gegenstand stehe nicht auf dem Programm, das sich auf die Finanzfragen beschränke; nur daraufhin habe England die Mächte versammelt, und sie hätten die britische Einladung in diesem Sinne und diesem Umfange angenommen; so auch habe er den Grafen Münster schon auf ein früheres Begehren in gleicher Richtung beschieden, und dieser habe damals seine Antwort gebilligt. Seine Vollmachten hinderten ihn daran, so setzte er auseinander, den Verhandlungskreis der Versammlung so weit zu erstrecken; in seiner Eigenschaft als britischer Außenminister sei er indes erbötig, mit dem deutschen Botschafter darüber und über alles zu verhandeln, was dieser auf Grund der Instruktion seiner Regierung ihm vortragen sollte. Italien schloß sich dem Vorgehen Deutschlands an; Rußland, Österreich und Frankreich drückten wenigstens ihre grundsätzliche Beistimmung aus, nahmen aber Kenntnis von dem Einspruch des Präsidenten. Trotzdem kam Münster in der sechsten Sitzung vom 31. Juli auf denselben Punkt zurück; er erklärte, daß dieser als administrativer Natur bis zu einem gewissen Grade mit dem ägyptischen Budget zusammenhänge, und daß er deshalb von seiner Regierung beauftragt sei, auszusprechen, daß sie den Protest des Vorsitzenden gegen die Erörterung der Sache nicht gelten lassen könne. Die Delegierten Österreichs, Italiens, Frankreichs und Rußlands stellten sich insofern auf den Standpunkt Deutschlands, als auch sie das Sanitätsproblem jetzt als zur Kompetenz der Konferenz gehörig anerkannten. Es entspann sich eine scharfe Erörterung zwischen Granville und Münster. Jener behauptete, die deutsche Argumentation würde die Türe zur Diskussion aller Fragen öffnen, welche sich auf Ägypten bezögen, sowohl administrativer als auch politischer Art; dieser replizierte, er habe nicht von politischen, sondern administrativen Angelegenheiten gesprochen. Darauf

bemerkte Granville hinwiederum, es gebe fast keine politische oder administrative Frage, die man nicht indirekt mit den Finanzen in Verbindung bringen könnte, und sofort ließ sich der türkische Bevollmächtigte, indem er sich im vorliegenden Falle dem Vorsitzenden anschloß, dahin vernehmen, daß es, wenn jetzt die Sanitätsfrage unter dem finanziellen Gesichtspunkte hier vorgenommen werden sollte, noch andere und wichtigere Dinge betreffend Ägypten gebe, die gleichfalls zur Sprache kommen müßten; das Schlußergebnis der Debatte bestand darin, daß Granville bei seinem Einspruche beharrte.

Es wäre gar nicht erst nötig gewesen, die Sanitätsfrage aufzuwerfen, um ein befriedigendes Ergebnis der Konferenz zu gefährden; das Finanzproblem allein bot genug der Schwierigkeiten, die einem solchen hinderlich im Wege standen, zunächst die Organisation der ägyptischen Schuldentilgungskommission. Um England einzuengen, wünschte Bismarck in sie die Aufnahme Deutschlands und Rußlands. Am 29. Juli wurde darüber beraten; aber Münster sprach die Forderung seiner Regierung nicht mit hinlänglicher Deutlichkeit aus, indem er sie an die russische Beteiligung knüpfte. Eine geradezu sprengende Wirkung jedoch übten jetzt die Differenzen aus, die sich in der Materie selbst zwischen England und Frankreich erhoben. Dieses bestritt die rechnerischen Unterlagen, die von britischer Seite geliefert wurden, zumal die Berechnung des ägyptischen Defizits, und war gegen eine Zinsreduktion zuungunsten der europäischen Gläubiger, die England als notwendig für die Sanierung verlangte; es betonte, daß deren Interessen nicht unter den Bedürfnissen der ägyptischen Verwaltung leiden dürften, und widerstrebte einer rein britischen Anleihegarantie, weil ja dadurch die Verbindung Ägyptens mit England nur noch mehr gefestigt werden mußte. Nachdem England seine Vorschläge gleichfalls in der Sitzung vom 29. Juli formuliert hatte, brachte Waddington in der siebten Session vom 2. August ein Gegenprojekt zur Kenntnis, das Granville als unannehmbar erklärte; er resolvierte sich dahin, daß nach den französischen Vorschlägen die aus den Vertretern der Mächte zusammengesetzte Schuldentilgungskommission Vollmachten erhalten würde, durch welche die Regierung und die Angelegenheiten Ägyptens von ihr in Abhängigkeit geraten würden: England könne sich damit nicht einverstanden erklären und müsse zu seinem großen Bedauern feststellen, daß es auf der Konferenz eine befriedigende Basis für die Regelung der ägyptischen Finanzen nicht gefunden habe. Der Graf Münster drückte darauf seinerseits sein (wahrscheinlich nicht allzu tiefgehendes) Bedauern aus, daß die Konferenz nicht zum gewünschten Erfolge geführt habe. Zwar beantragte Waddington eine Vertagung bis zum 20. Oktober; aber Granville ließ sich nicht darauf ein, — offenbar versprach er sich von weiteren Verhandlungen nichts mehr. Auf eine Anfrage Münsters kündigte Granville die Verschiebung der Konferenz auf unbestimmte Frist (sine die) an. Auch hier handelte Münster wieder den Intentionen Bismarcks zuwider. Ihnen zufolge hätte der französische Antrag von den Delegierten Deutschlands, Österreichs und Rußlands, die sich sonst ja zu Frankreich hielten, energischer unterstützt werden sollen; zumal Münster hätte das tun müssen, anstatt seine Zustimmung für Waddington „von der an sich selbstverständlichen, aber eben deshalb unnötigen Bedingung“

des allgemeinen Einverständnisses („si omnes“) abhängig zu machen, — es war dem Kanzler ebenso überraschend wie auch unangenehm, daß Granville so durch Überrumpelung und durch Münsters Ungeschick die unbegrenzte Vertagung, d. h. die Auflösung, durchgesetzt hatte. Denn diese lag in Englands Interesse. Es stand zwar jetzt so gut wie isoliert; aber es hatte doch vorderhand keine Bindungen auf sich genommen. Der Kern des Problems war damit freilich auf die Dauer nicht erledigt. Wie Bismarck die Sachlage auffaßte, war rechtlich nichts verändert; der status quo, wie er vor der Einladung zur Konferenz bestanden hatte, währte weiter, und jede Macht konnte nach wie vor, sei es einzeln für sich, oder im Zusammenwirken mit anderen, sogar wiederum durch das Mittel einer Konferenz, wenn man sich auf eine solche einigte, ihre Interessen wahrnehmen. Die Initiative dazu wollte er freilich den näher beteiligten Mächten, insonderheit Frankreich, zuschieben; aber insofern er dann hinter sie trat, war England auch jetzt einer Pression zugunsten der deutschen Kolonialpolitik ausgesetzt.

Allerdings im Augenblicke hatte Großbritannien den Kopf noch einmal aus der Schlinge ziehen können, und Bismarck empfand den Abschluß der Londoner Konferenz, wie er nun einmal vor sich gegangen war, als eine Art von versäumter oder nicht genügend ausgenützte Gelegenheit. Einen guten Teil der Schuld daran maß er Münster bei, dem er einen bitterbösen Brief schrieb, worin er ihm seine Unterlassungssünden auf der Konferenz in schärfstem Tone vorhielt: Er habe der britischen Empfindlichkeit eine Schonung angedeihen lassen, die nur den Erfolg haben könne, die englischen Ansprüche zu steigern und die Engländer in der irrigen Meinung zu bestärken, Deutschland werde sich auch fernerhin trotz ihrer geringschätzigen Rücksichtslosigkeit in Kolonialsachen politisch ausbeuten lassen; dieser gegenüber sei Schüchternheit nichts weniger als angebracht und kein Mittel, ein gutes Verhältnis zu sichern; es könne vielmehr dadurch der volle Bruch viel eher heraufbeschworen werden, wenn es dem Botschafter nicht gelinge, durch größere Energie seiner Sprache der englischen Regierung selbst diese Gefahr mehr als bisher anschaulich zu machen. Er sprach die Befürchtung aus, daß Münster den englischen Staatsmännern noch nicht klaren Wein darüber eingeschenkt habe, daß seine, wenngleich ungenügende Zurückhaltung auf dem Kongreß bereits eine Folge der neuen kolonialen Übergriffe Englands war, und bedauerte das vor allem unter dem Gesichtspunkte, daß in diesem Falle die deutsche Stellungnahme auf der Konferenz bei den Engländern den Eindruck willkürlichen Übelwollens erregt haben müßte: „wenn in dem Verfahren Englands gegen die deutsche Kolonialpolitik kein Wandel eintrete, so würde sich Deutschland genötigt sehen, seine Fühlung mit Frankreich zu befestigen; das sei eine Eventualität, die ohne Zweifel ihre bedenklichen Seiten habe, der aber nur durch Entschiedenheit und Schärfe der deutschen Tonart vorzubeugen sei. Er schloß damit: „Wenn die Konferenz nicht benutzt worden ist, um den englischen Ministern jenen Kausalzusammenhang und den Wert unseres Wohlwollens klarzumachen, so bin ich dadurch gegen meinen Wunsch genötigt, in antienglischen Anknüpfungen mit anderen Mächten weiter zu gehen, als früher meine Absicht war.“

Als er dies schrieb, hatte er den Weg in solcher Richtung bereits beschritten.

Seit dem englisch-portugiesischen Kongovertrage vom 26. Februar des Jahres war zwischen Deutschland und Frankreich ein Gedankenaustausch über eine gemeinsame Behandlung der Kongofrage auf der Grundlage des Prinzips freien Handelsverkehrs und der Gleichberechtigung gepflogen worden. Daran knüpfte der Kanzler nunmehr an; gerade die Situation nach dem Abbruch der Londoner Konferenz schien ihm dafür geeignet, an Frankreich mit dem Vorschlage heranzutreten, die Grundzüge eines Abkommens festzustellen, vermöge dessen die Freiheit des Handels mit den bisher unter keiner europäischen Jurisdiktion stehenden Küstenstrichen für die Teilnehmer an diesem künftigen Vertrage gewährleistet würde. Als solche faßte er außer Frankreich noch Holland, Spanien, sowie Portugal und Belgien (bzw. wenn die Interessen der beiden letzten, am Kongo, unvereinbar wären, den einen oder den andern von ihnen) ins Auge, auch England; doch hielt er dessen Beitritt für unwahrscheinlich, glaubte vielmehr, daß die exklusiven britischen Bestrebungen nach möglichster Alleinherrschaft in den außereuropäischen Wirren die andern handeltreibenden Nationen in die Notwendigkeit versetzen würden, „durch Assoziation untereinander ein Gegengewicht der englischen Kolonialsuprematie herzustellen". Jedenfalls hatte er es auf eine Einengung Englands abgesehen; er erinnerte daran, daß „das analoge Bedürfnis, sich englischer Übergriffe zur See zu erwehren", 1800 Rußland, Schweden, Dänemark und Preußen zur Nordischen Konvention der „bewaffneten Neutralität" veranlaßt hatte, „vermöge deren fast alle damaligen europäischen Staaten durch ihre Assoziation der englischen Suprematie zur See die Wage zu halten bemüht waren". In der Annahme, daß der Verlauf und die Art und Weise des Abschlusses der Konferenz in Ferry eine Stimmung hervorgerufen hätten, die ihn für einen derartigen Plan empfänglich machen könnten, erhielt Hohenlohe die Weisung, in vorsichtiger Weise darüber in Paris die Verhandlungen zu eröffnen. Um die Mitte des Monats entledigte sich der Botschafter seines Auftrages. Er gewann den Eindruck, daß Ferry der Frage eine große Tragweite beimesse, konnte aber noch keine bestimmte Antwort bekommen, schon deshalb, weil dieser bei allen Transaktionen mit Deutschland auf die Gambettisten Rücksicht zu nehmen oder wenigstens erst die nötigen Argumente zurechtzulegen pflegte, um deren Einwürfen zu begegnen. Der Ministerpräsident erklärte, er wolle die Sache nach allen Richtungen hin durchdenken und sich durch Courcel, da ihm dessen Berichte noch nicht genügten, zuerst persönlich Vortrag halten lassen.

Indem Hohenlohe mit Ferry in Paris zu verhandeln betraut wurde, begannen auch Besprechungen in Berlin zwischen dem Staatssekretär Grafen Hatzfeldt und dem Botschafter Courcel. Dieser zeigte sich den deutschen Wünschen nicht unzugänglich; aber er ließ durchblicken, daß es doch noch andere Dinge gebe, die für ein deutsch-französisches Zusammengehen mehr im französischen Interesse lägen, als die westafrikanischen Handelsangelegenheiten. Es war unschwer zu erraten, worauf er hinaus wollte, nämlich auf Ägypten. Ungünstig wirkte es auch, daß das Benehmen Münsters in London, zumal bei der Frage der Vertagung, in Frankreich Mißtrauen erweckt hatte, daß man hier den Verdacht hegte, Deutschland verfolge bei seinen Versuchen der Annäherung an Frankreich lediglich den

Zweck, der britischen Regierung „einen Schabernack zu spielen". Zwar wurden die verschiedenen Einzelfragen berührt, die Entschädigungen für die Verluste beim Bombardement von Alexandrien, die Verstärkung der Schuldentilgungskommission durch Deutschland und Rußland; Courcel betonte jedoch, man müsse nach französischer Auffassung die Lage von einem höheren Gesichtspunkte aus betrachten, nämlich von dem der ganzen Zukunft Ägyptens: „Wenn England sich dort ungehindert festsetzen dürfe, so werde es den Angehörigen der anderen Mächte natürlich erlauben, als Gäste Englands ebenso wie auch in London Handel zu treiben, der Löwenanteil in jeder Beziehung werde aber für England bleiben, und auf diese Frage komme es für Frankreich an." Indem er darauf hinwies, daß Frankreich isoliert nichts tun könnte, suchte er die Initiative Deutschland zuzuschreiben: „Wenn Sie und Ihre Verbündeten vorgehen wollten, so würden wir hinter Ihnen stehen." Daß sich Deutschland nicht voranstellen könnte, mußte er freilich zugestehen, und nun gab sich Hatzfeldt Mühe, Frankreich vorwärts zu drängen. Er sagte, wenn er an Ferrys Stelle wäre, so wüßte er, was er tun würde, und auf wiederholtes Drängen Courcels fügte er zur Erläuterung hinzu: „Um zu erfahren, wie die Mächte denken, hätte ich sie bei der Abreise von London nach Paris zu mir eingeladen, um das französische Programm in der ägyptischen Frage zu erörtern, da das englische in London nicht durchgedrungen ist." Jedenfalls erachtete es Hatzfeldt nicht für unmöglich, die Franzosen zu positiven Vorschlägen und auch zu weiterem Vorgehen zu bringen, wenn sie die Sicherheit gewännen, daß sie auf die Zustimmung Deutschlands und seiner Alliierten gegen England rechnen dürften, und dafür hinwiederum erschien es ihm als von entscheidender Bedeutung, daß Deutschland, Österreich und Rußland sich so weit verständigten, gemeinsam Frankreich dahin zu vergewissern, daß auch sie für den Fortbestand der Schuldenkommission seien und dafür in den demnächstigen Verhandlungen, sei es gegenüber England, sei es beim Khediven, eintreten würden. Bismarck war damit ganz einverstanden; er wollte damit anfangen, daß Deutschland sich in Wien und Petersburg dahin äußere, der status quo sei durch die Konferenz rechtlich nicht verändert, die Schuldenkommission sei nach wie vor, gleich allen anderen Verträgen bezüglich Ägyptens, in Geltung, und daß die Ansicht dieser beiden Kabinette darüber vertraulich eingeholt werde.

Die Negoziation war damit auf eine Bahn geleitet, die bei konsequenter Verfolgung zu einem deutsch-französischen Zusammenwirken führen mußte, das über die Zwecke eines bloßen Handelsabkommens bezüglich der Küste Westafrikas weit hinausging. Und Bismarck war entschlossen, sie zu wandeln. Am 15. August ließ er Courcel durch das Auswärtige Amt mitteilen: Das Mißtrauen Frankreichs, daß Deutschland es nur vorübergehend stützen und dann sitzen lassen könnte, sei erklärlich; denn die von ihm, dem Kanzler, seit Jahren gesuchte Annäherung werde allein durch das gegenseitige Mißtrauen erschwert. Es beruhe auf den geschichtlichen Reminiszenzen und sei auf der deutschen Seite noch mehr insofern begründet, als die Kontinuität der französischen Regierung eine geringere sei. Zwar genieße die jetzige sein volles Vertrauen; er müsse jedoch befürchten, daß im Falle ihres Wechsels, nachdem man gemeinsam bis zum Bruche mit England

oder nahe daran gelangt wäre, Frankreich plötzlich die Situation benütze, um sich auf die britische Seite zu stellen und Deutschland zu isolieren. „Aber,“ so fügte er mahnend hinzu, und darauf lag der Hauptakzent, „wenn wir beiderseits unser Mißtrauen nicht überwinden wollen, so müssen wir auch definitiv darauf verzichten, Interessen, die uns gemeinsam sind, gemeinsam geltend zu machen. Es widerstrebt uns, eine solche Zukunft unserer beiderseitigen Beziehungen zueinander anzunehmen, und wir können nicht glauben, daß Frankreich dauernd auf die Präponderanz der weitaus stärksten kontinentalen Seemacht verzichten will, während ihm die verhältnismäßige Kraft seiner Landmacht die Ausnützung seiner Stärke zur See in höherem Maße erlaubt, als dies bei England der Fall ist. Frankreich kann zu einer mächtigen, vielleicht dominierenden Stellung gelangen, wenn es der maritimen Suprematie Englands gegenüber die Führung der maritimen Politik der Mächte mit Marinen zweiten Ranges erstrebt.“ Als Bismarck diesen Lockruf an Courcel abgehen ließ, war ihm bereits aus Berlin gemeldet worden, daß dieser nach Paris fahren wolle, da er fürchte, Ferry sei zu sehr von den inneren Geschäften in Anspruch genommen, „um volles Verständnis für die Frage zu haben, wenn sie ihm nicht mündlich klargemacht werde“. Es ist anzunehmen, daß der Kanzler, als sein Sohn Wilhelm die erwähnten, für Courcel bestimmten Zeilen niederschrieb, von dieser Absicht des Botschafters bereits unterrichtet war, daß wir es hier also mit einem zur Übermittlung nach Paris im entscheidenden Augenblicke bestimmten politischen Programm von der denkbar größten Tragweite zu tun haben: Überwinden der trennenden geschichtlichen Reminiszenzen und des beiderseitigen Mißtrauens, gemeinsame Geltendmachung der gemeinsamen Interessen mit der Front gegen Großbritannien, Brechen der maritimen Suprematie Englands durch Assoziation der kontinentalen Marinen unter Führung Frankreichs als der weitaus stärksten festländischen Seemacht, das dadurch in Verbindung mit seiner Landmacht „vielleicht“ zur dominierenden Stellung in der Welt gelangen wird. War das nicht eine Fata Morgana, die dem Ehrgeiz und der Eitelkeit der grande nation schmeicheln, die sie den 1870/71 erlittenen Verlust ihres Prestiges verschmerzen lassen mußte? Sollten die Franzosen über der Aussicht, mit Hilfe eines befreundeten Reiches von 45 Millionen ein solch riesenhaftes Ziel zu erreichen, das an den napoleonischen Imperialismus erinnerte, nicht, wie ihnen Bismarck schon vor drei Jahren nahegelegt hatte, die eine Million Elsaß-Lothringer vergessen können? Sollten sie jetzt, als der Versucher wieder an sie herantrat und ihnen vom hohen Berge herab alle diese Herrlichkeiten zeigte, nicht etwas mehr als ein bloßes „beifälliges Lächeln“ haben?

Wie war die Stimmung des französischen Volkes, wie die der leitenden Staatsmänner, die dabei zuvörderst in Betracht kamen, nämlich Courcels und Ferrys? Vom 18. bis zum 23. August verweilte jener in Paris, um sich mit diesem zu beraten. Die Pariser Presse als der Barometer der öffentlichen Meinung in Frankreich nahm eine schwankende Haltung an; heute sprach sie von deutsch-französischer Allianz, morgen schlug sie wieder die Töne des schlimmsten Chauvinismus an, — schon das gebot den beiden Vorsicht. Und darin waren sie beide einig: sie konnten das, was Frankreich von Deutschland für immer und ewig

schied, zwar für den Augenblick zurückstellen, um korrekte und vorderhand friedliche Beziehungen zu unterhalten, um eine Strecke Weges gemeinsam zu marschieren, wichtige und gefährliche Provokationen zugunsten kühler Berechnung wechselseitiger momentaner Interessen unterdrücken; aber sie konnten nicht vergessen und verzeihen. Das war denn auch die Richtschnur für die Entschlüsse, die sie jetzt trafen, und die offenbar vorwiegend den Stempel des Ferryschen Geistes trugen. Denn das ägyptische Problem, das Courcel in den Unterredungen mit Hatzfeldt in den Vordergrund gestellt hatte, trat zurück, und der Nachdruck wurde wieder mehr auf die westafrikanischen Verhältnisse gelegt, von denen ja auch Bismarck zuerst ausgegangen war. Anfangs war Ferry von den Eröffnungen Courcels, wie dieser vor seiner Abreise aus Paris dem Fürsten Hohenlohe berichtete, „etwas betroffen"; aber er machte sich mit dem Gedanken einer Verständigung in den Punkten, die ihm der Botschafter vortrug, nach und nach vertraut und zeigte sich zu gemeinschaftlichem Handeln bereit. Das Abkommen in den westafrikanischen Dingen war ihm willkommen, und Courcel wurde zur weiteren Erörterung der darauf bezüglichen Einzelheiten ermächtigt. Auch für Ägypten war er zu gemeinschaftlichen Schritten geneigt, lehnte hierin jedoch, zumal in der Frage der Indemnitäten hinsichtlich des Bombardements von Alexandrien, die Initiative ab: es könne sich eben, so betonte er, „nur um ein rapprochement, um gemeinsame Schritte in bestimmten Angelegenheiten, nicht um eine förmliche Allianz handeln," — Hohenlohe und auch Bismarck mußten ihm darin recht geben. Was Westafrika anbelangte, so liefen Ferrys Vorschläge vornehmlich auf eine Regelung der Verhältnisse am Kongo im Sinne von Handelsfreiheit, sowie der Frage neuer Okkupationen und auf die Statuierung freier Schiffahrt auf dem Niger hinaus; für die ersten beiden dieser drei Punkte regte er den Zusammentritt einer Europäischen Konferenz unter Teilnahme der Vereinigten Staaten von Nordamerika an, — das war der Ursprung der Berliner Kongokonferenz vom Jahre 1884/85. Hinsichtlich Ägyptens hielt sich Ferry, wie schon gesagt wurde, in einiger Reserve: es gebe, so ließ er sich hören, einige Stücke, worin sich Frankreich einer Aktion Europas und namentlich Deutschlands anschließen würde; als solche bezeichnete er die Indemnitäten für Alexandrien, die Sanitätsfrage, die Schuldenkommission (bezüglich deren er sich zur Aufnahme eines deutschen, und wenn Deutschland das wünsche, auch eines russischen Mitgliedes, sowie zur Verhandlung nicht nur über den Fortbestand, sondern auch für die Ausdehnung ihrer Kompetenzen einverstanden erklärte) und die freie Benützung des Suezkanals. In dem allem war Ferry, insoweit er sich nicht dem Vorwurfe auszusetzen brauchte, eine große Aktion eingeleitet zu haben, gewillt, mit Deutschland und dessen „Alliierten", d. h. Österreich und Rußland, zusammenzuwirken, sobald er darüber Gewißheit hatte, bei ihnen Anlehnung zu finden.

Als Träger dieser Erbietungen kehrte Courcel am 24. August nach Berlin zurück; er verhandelte hier darüber in den nächsten Tagen mit Hatzfeldt und in Varzin mit Bismarck. Es war ja nicht ganz das, was dieser erwartet oder wenigstens von den Franzosen herauszuholen versucht hatte; aber er war auch damit bereits ganz zufrieden. Weder vor Hatzfeldt noch auch vor dem Kanzler

selbst ließ Courcel einen Zweifel darüber aufkommen, daß Elsaß-Lothringen zwischen Frankreich und Deutschland ein noli me tangere sei, über das zu reden zwecklos und verboten sei, da eine Einigung darüber ausgeschlossen wäre. Die Verhandlung mit Hatzfeldt leitete der Botschafter geradezu mit der Bemerkung ein, „Herr Ferry sei stets bemüht gewesen, die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich dadurch zu fördern, daß er nach Möglichkeit jede Erwähnung derjenigen Punkte zu vermeiden gesucht habe, auf denen sich beiderseits die nationale Empfindlichkeit konzentriere: Auch jetzt sei Herr Ferry der Ansicht, daß es für die Erreichung der wünschenswerten Annäherung der beiden Nationen sich empfehle, jene Punkte mit Stillschweigen zu übergehen, um so mehr, da man konkrete Interessen finden könne, hinsichtlich welcher eine für beide Teile vorteilhafte Vereinbarung sich erreichen lasse". Ferry, so fügte der Botschafter hinzu, sei stärker als je und beherrsche ganz und gar die Situation: „diese Stellung könne er aber nur dann sich erhalten, wenn er die nervöse Reizbarkeit der parlamentarischen Majorität schone, welche ihm in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung eine abwartende Haltung nach außen hin zur Pflicht mache. Er sei zwar deshalb keineswegs genötigt, sich von allem, was draußen vorgehe, auszuschließen, wohl aber müsse er suchen, keinen Anhalt für den Vorwurf zu geben, daß durch seine unüberlegte Initiative Frankreichs auswärtige Politik noch weiter engagiert worden sei". Deutlich klang aus diesen weitschweifigen Auseinandersetzungen das Grund- und Leitmotiv der Politik Ferrys heraus: kein Bruch mit England, da Frankreich sonst auf Deutschland angewiesen ist! Das hörte Bismarck auch aus dem heraus, was ihm Courcel über Ägypten sagte; er faßte seine Eindrücke darüber dahin zusammen: „Das französische Kabinett hat offenbar keine Neigung und kein hinreichendes Vertrauen zu den deutsch-französischen Beziehungen, um der Gefahr eines Bruches mit England durch antienglische Stellungnahme in der ägyptischen Frage näherzutreten. Es fürchtet, die Zahl seiner Gegner im Lande zu vermehren, wenn es eine Politik einschlägt, die den Frieden mit Deutschland zur unbedingten Voraussetzung hätte." Konnte somit auch das grundsätzliche Einvernehmen nicht erreicht werden, das die Voraussetzung für eine Allianz war, und welches der Kanzler sicherlich akzeptiert hätte, so wurde doch ein weitgehendes Einverständnis in den schwebenden kolonialen Angelegenheiten erzielt, und zwar durchaus nach den Vorschlägen Ferrys, zumal in der Kongofrage. Courcel teilte Bismarck mit, daß zwischen Brazza und Stanley eine vorläufige Einigung hergestellt sei, daß Frankreich den belgischen Kongounternehmungen wohlwollend gegenüberstehe, für diese „Mitgift" freilich volle Handelsfreiheit im ganzen Gebiete des künftigen Kongostaates und das Vorkaufsrecht verlange, zugleich allerdings bereit sei, sich mit Deutschland dahin zu verständigen, daß diesem ebenfalls jene Handelsfreiheit für immer, auch für den Fall des Vorkaufsrechtes, zugesichert werde. Die freie Schiffahrt auf dem Kongo und dem Niger sollte garantiert werden, neue Okkupationen an den afrikanischen und eventuell auch an anderen Küsten überhaupt mit dem Anspruch auf Anerkennung durch andere Mächte vorgenommen werden dürfen, aber nicht durch ein bloßes Dekret aus der Ferne oder durch einen vorübergehenden Akt der

Besitzergreifung ohne spätere Besiedlung. Wenn Frankreich und Deutschland über diese Grundsätze für sich selbst die entsprechenden Vereinbarungen getroffen hätten, so sollten die übrigen beteiligten Regierungen, namentlich Spanien, Portugal, England, Holland, Belgien, Österreich, Italien und die Vereinigten Staaten, zu einer Konferenz behufs Beitritts eingeladen werden. Als Ort dafür empfahl Bismarck Paris, Courcel dagegen Berlin; der Kanzler war, da er sah, daß es Courcel mit Berlin ernstlich meinte, bereit, dieses zu akzeptieren. Anfang September wurden Instruktionen an die Botschaft in Paris gegeben, um förmliche Festsetzungen in diesem Sinne mit der französischen Regierung zu treffen.

Immer mehr befestigte sich bei Bismarck in den nächsten Wochen die Überzeugung, daß es mit England nicht vorwärts gehen werde. Am 22. August erhielt der deutsche Geschäftsträger in London, der Freiherr von Plessen, den Auftrag, hier schriftliche Vorstellungen wegen der durch die englische Kolonialverwaltung inspirierten Beschlüsse des Kapparlaments zu überreichen. Falls dieser Protest kein Gehör finde, rechnete er mit „einem vollen Bruche", nicht so, daß es zum Kriege kommen werde, weil dafür das Objekt zu geringfügig sei, aber daß doch Deutschland dann Großbritannien auf allen Punkten diplomatische Schwierigkeiten machen müßte. Er wollte den Konflikt nicht beschleunigen; aber er war bereit, ihn hinzunehmen und daraus die natürliche Konsequenz zu ziehen, nämlich den Anschluß an Frankreich, den er freilich insofern für bedenklich erachtete, als er fürchtete, Frankreich könnte dafür eine Kompensation in Lothringen fordern. Immerhin hatte es noch einmal das Aussehen, als lasse sich mit Granville reden. Am 20. August richtete dieser im Hinblick auf die scharfe antibritische Stimmung, die in Deutschland damals herrschte, ein Schreiben an Herbert Bismarck, den er in Varzin glaubte; es war also mittelbar für den Vater bestimmt. Der Minister betonte darin, daß er seit vier Jahren das Beste getan habe, um die ausgezeichneten Beziehungen zwischen Deutschland und England aufrechtzuerhalten: die Ursachen zu Uneinigkeit zwischen beiden Staaten, die Streitpunkte betreffend Angra Pequena und die Fidschi-Angelegenheit, die noch schwebenden Differenzen bezüglich der Südseeinseln und des Kongo, seien leicht zu beseitigen. Er schloß damit, es sei lediglich seine Absicht, zu erfahren, ob es noch Mißverständnisse zwischen den beiden Regierungen gebe, da sich solche ohne Mühe würden klären lassen. Die Antwort des Grafen Herbert ließ an Deutlichkeit nichts vermissen. Sie lief auf eine bittere Beschwerde über die unfreundliche Haltung zwar nicht des britischen Außenministeriums, wohl aber des Londoner Kolonialamtes gegen die überseeischen Bestrebungen Deutschlands hinaus, nicht nur vor seinen Verhandlungen mit Granville im Juni, sondern auch eben erst ganz neuerdings, infolge der Zettelungen Lord Derbys mit der Kapregierung, und machte kein Hehl daraus, daß die weitere Gestaltung des deutsch-britischen Verhältnisses davon abhängen würde, ob das Londoner Kabinett auf dem kolonialpolitischen Gebiete einen völlig veränderten Kurs einzuschlagen bereit sei.

Augenscheinlich fühlte sich Granville durch die freimütige und energische Tonart, die Graf Bismarck also anschlug, wenig angenehm berührt. In einer Note vom 22. September ließ sich die englische Regierung zwar herbei, wie es ziemlich

gewunden hieß, „Deutschland an den Teilen der Küste zu begrüßen, die noch nicht innerhalb der Kapkolonie und überhaupt tatsächlich noch nicht im britischen Besitz sich befinden“; aber wie verstimmt Granville war, das ging schon daraus hervor, daß er den Grafen Herbert keiner Erwiderung würdigte, daß er vielmehr, wiewohl dieser seine demnächstige Ankunft in England angezeigt und seine Hoffnung auf eine beiderseitige Begegnung ausgedrückt hatte, den Brief mindestens nicht allen seinen Ministerkollegen und auch nicht der Königin mitteilte. Ende September verweilte Herbert Bismarck tatsächlich in England; er vermied es unter diesen Umständen, Granville aufzusuchen. Um so unumwundener sprach er sich vor andern britischen Staatsmännern, Chamberlain, Hartington und Dilke, sowie vor dem Prinzen von Wales aus; durch den Hofmarschall Sir Henry Posonby gab er auch der Königin Viktoria zu wissen, wie man in Deutschland die Haltung Granvilles und Derbys empfinde. Alle stimmten darin überein, daß sie eine überflüssige Herausforderung Deutschlands bedeute; sie erkannten den hohen Wert der deutschen Freundschaft an und mißbilligten das Schweigen Granvilles. Chamberlain äußerte sich über den Wert der Kapkolonie für England sehr abfällig: „Wir brauchen für uns nichts, als die Kapstadt und ihren Hafen für eine Kohlenstation: könnten wir den Rest los werden, so wäre das nur ein Gewinn.“ England könne es nur lieb sein, so beteuerte er, wenn sich die Deutschen in Afrika festsetzten: „Ihre Landsleute verstehen die Eingeborenen überall gut und geschickt zu behandeln, und wenn durch Ihre Arbeit neue Gebiete dem Welthandel erschlossen werden, so können wir davon auch Vorteil ziehen.“ Ganz ebenso, wie Chamberlain, urteilte Hartington über Südafrika; er gestand offen ein: „Deutschlands koloniale Unternehmungen seien ja verschwindend im Vergleich zu denen Englands, und letzteres könne doch nicht die gesamte noch unbesetzte Welt für sich in Anspruch nehmen.“ Graf Herbert machte ihnen kein Hehl daraus, daß die öffentliche Meinung in Deutschland, unter dem Eindrucke seiner Behandlung durch Granville und Derby, „jetzt ihr ganzes Interesse darauf richte, mit Frankreich zu einer guten Entente zu kommen, damit anderen Nationen die Möglichkeit genommen werde, den angeblich perennierenden Zwist zwischen Frankreich und Deutschland als eine Kette an unserem Fuß zu betrachten, an der sie beliebig ziehen und zerren könnten“; indem er Sir Charles Dilke das auseinandersetzte, fügte er jedoch beschwichtigend hinzu, eine deutsch-französische Intimität sei für England keineswegs eine Gefahr, vielmehr ein Vorteil, da Deutschland dann für England in Paris vermittelnd eintreten könne, nämlich in der ägyptischen Frage. Dilke berührte darauf die Möglichkeit, daß darüber der Krieg zwischen Frankreich und England ausbrechen könnte, wenn nämlich (man trug sich soeben in Paris, wie wir alsbald hören werden, mit Plänen in dieser Richtung) die bestehenden internationalen Tribunale auf Anrufung durch die Gläubiger Ägyptens Entscheidungen fällen sollten, durch deren Vollstreckung sich England gezwungen sähe, entweder Ägypten bankerott werden zu lassen oder diesem eine Blankoanweisung auf den britischen Staatsschatz zu geben. Nachdrücklich warnte der Graf vor einem Kriege aus solchem Anlasse; Dilke beharrte dabei, daß ein solcher dann eine unabwendbare Notwendigkeit sei. Mit großer Entschiedenheit ließ sich der

Prinz von Wales in seinen wiederholten und eingehenden Unterredungen hören. Als der Name Derby erwähnt wurde, stieß er einen Seufzer der Verzweiflung aus, und er sprach über ihn so abfällig wie möglich; er erklärte, daß er mit der auswärtigen Politik seines Vaterlandes schon lange unzufrieden sei, und erkannte den deutschen Standpunkt in den Kolonialfragen als vollkommen berechtigt an. Er ging so weit, zu sagen, „daß er eine wirkliche und dauernde Allianz mit Deutschland erstrebe, die allein Englands Heil fördern könne, und daß er die jetzigen englischen Torheiten mit Kummer sehe".

Welchen Wert hatten für den Reichskanzler die Verwünschungen, welche gegen Granville und Derby durch ihre eigenen Mitarbeiter ausgestoßen wurden, die Sorgen und die Bündnishoffnungen, von denen der britische Thronfolger noch immer getragen war? Wie wenig er damit durchzudringen imstande war, das hatte ja die Allianzaktion bewiesen, die er vor zwei Jahren auf eigene Faust beim deutschen Kronprinzen und durch dessen Vermittlung bei Bismarck unternommen hatte, die aber an der passiven Resistenz des Ministeriums gescheitert war, und auch jetzt noch lagen die Dinge nicht so, daß sich Granville und zumal Derby durch ihre andersgesinnten Kollegen hätten fortreißen oder sich ihnen hätten fügen wollen und müssen. Sogar Gladstone hatte sich in einer Rede in Edinburg (am 1. September) zur deutschen Kolonialpolitik sehr wohlwollend geäußert; aber in der Praxis war davon wenig Erfolg zu verspüren. Es war vielleicht nicht einmal so sehr der böse Wille Granvilles, wie vielmehr seine Nachlässigkeit, eine gewisse Geringschätzigkeit gegen Deutschland und sein Mangel an Energie in Verbindung mit dem engherzigen Ressortpartikularismus Derbys; auch war die Besorgnis vor den Selbständigkeitsgelüsten der Kolonien, insonderheit der Australier, mit im Spiele: zwar war man in London davon überzeugt, daß sich diese über kurz oder lang vom Mutterlande losreißen würden, wollte jedoch diese Entwicklung nicht noch dadurch beschleunigen, daß man ihren Protesten gegen die deutsche Festsetzung in ihrer Nachbarschaft starken Widerstand entgegenstellte. Offenbar vertrat überdies der deutsche Botschafter Graf Münster, wie ihm Bismarck jetzt und auch in den folgenden Monaten immer wieder mit heftigstem Tadel vorwarf, die deutschen Forderungen nicht mit dem nötigen Nachdruck; er führte in London nicht diejenige Schärfe der Sprache, die erforderlich war, um alle Zweifel darüber zu zerstreuen, daß Deutschlands allgemeine Politik, namentlich in der ägyptischen Frage, vom Grade der Geneigtheit Englands zu Entgegenkommen gegen die deutschen Kolonialwünsche abhänge. So wußte man in London nicht recht Bescheid, worauf Bismarck eigentlich lossteuerte. Man schmeichelte sich mit der Annahme, daß der Kanzler nur Lärm schlage, um die bevorstehenden Reichstagswahlen im Sinne der Regierung zu beeinflussen, daß es ihm mit der Kolonialpolitik gar nicht so ernst sei, daß er es letzten Grundes nur auf Helgoland abgesehen habe. Aber darin täuschte man sich gründlich. Bismarck war durchaus nicht gewillt, sich etwa auf Angra Pequena zu beschränken; der Appetit kam ihm im Essen. Und andererseits wuchs in Frankreich, je mehr sich die ägyptische Krisis zuspitzte, die Geneigtheit, sich Deutschlands zu versichern. Mitte September 1884 erörterte der französische Kriegsminister Campenon nach Beendigung der Manöver vor

dem General von Heuduck, dem Chef der deutschen Militärmission, zwar unter dem Einflusse eines guten Diners, „aber doch offenbar in beabsichtigter und vorbereiteter Weise“ die deutsch-französischen Beziehungen in einem Sinne, der an Konnivenz kaum noch übertroffen werden konnte. Er beklagte die schwierige Stellung seiner Regierung gegenüber den parlamentarischen Machinationen, namentlich bei der von ihr begehrten Annäherung an Deutschland. Ziemlich unverblümt deutete er an, wodurch die Hindernisse aus dem Wege geräumt werden könnten: was beide Staaten noch trenne, das seien die Ereignisse des letzten Krieges, und in Frankreich wisse man nicht, wie sich das begleichen lasse. Als Heuduck darauf entgegnete, daß sich eine deutsch-französische Allianz nur bei rückhaltloser Anerkennung des Frankfurter Friedens denken lasse, erwiderte Campenon lebhaft: „Das ist es, was ich alle Tage meinen Kollegen sage. Man soll sich nicht mehr schwächlich mit der Vergangenheit beschäftigen, man muß mit der Gegenwart rechnen. Wenn diese Allianz zustande käme, Frankreich würde mit einem Schlage seine frühere Stellung in der Welt wieder einnehmen. Frankreich und Deutschland vereint, würden die Welt beherrschen. Ich nähre diese Ansicht seit Jahren und habe sie auch dem Kaiser Napoleon mitgeteilt, aber er hat mich nicht hören wollen. Allerdings gehört aber Energie dazu, um das französische parlamentarische System zu überwinden, und man fürchtet sich hier.“

Immerhin, wenn selbst in den Kreisen der leitenden Militärs Frankreichs solche Stimmen sich so laut und ungescheut vor deutschen Kameraden erheben konnten, war da die Hoffnung so ganz unberechtigt, daß jenseits der Vogesen doch noch eine vollkommene Umstellung der Geister zu erfolgen vermöchte, welche den Boden für ein deutsch-französisches Bündnis zu bieten imstande wäre? Und jetzt eben tat die Pariser Regierung einen Schritt, der von größter Energie des Vorgehens gegen England zeugte und den Konflikt zwischen den beiden Westmächten heraufzubeschwören im höchsten Grade geeignet war; ob Deutschland sich daran beteiligen würde, das mußte die Probe darauf sein, ob es ihm wirklich Ernst mit der Wendung zu Frankreich war. Durch die Abmachungen von 1876 bei der damals stattgehabten Fundierung der ägyptischen Schuld war, wie wir wissen, eine „caisse de la dette publique“ geschaffen worden, in welcher Bevollmächtigte Englands, Frankreichs, Italiens und Österreichs saßen; dieser Kommission war damals die Befugnis beigelegt worden, die ägyptische Finanzverwaltung gerichtlich zu belangen, wenn die Rechte dieser Schuldentilgungskasse beeinträchtigt würden. Am 22. September (1884) erhielt nun Courcel einen Erlaß aus Paris: die französische Regierung wolle davon Gebrauch machen und habe sich zu diesem Zwecke bereits mit Italien und Österreich in Verbindung gesetzt, die ja gleichfalls in jener Institution vertreten waren; sie besorge indes, daß dieses Mittel nicht ausreichen werde, um Ägypten auf dem Wege aufzuhalten, welchen es auf den Rat Englands eingeschlagen habe, wenn nicht sämtliche Signatarmächte von 1876 das Auftreten der Kommission beim Khediven nach Kräften unterstützten; sie sondiere deshalb jetzt schon bei allen Signatarmächten mit Ausnahme von England, ob sie zu einer „Kollektivdemarche“ in Kairo bereit seien. Das war eine Maßnahme, die in London auf den erbittertsten Widerstand stoßen

mußte, und wir haben bereits (s. o. S. 456) gehört, daß man sich hier tatsächlich im Falle ungünstiger Urteile, wie vorauszusehen war, und des Versuches ihrer Vollstreckung sogar mit dem Gedanken des Krieges zu befreunden begann. Aus den vertraulichen Erläuterungen Courcels erhellte, daß man in Paris mit der Eventualität rechnete, daß von ägyptisch-englischer Seite der Ausführung der Urteile Hindernisse bereitet werden würden, daß man aber gewillt war, auf dem eingeschlagenen Wege weiterzugehen, wenn man sicher war, dafür bei Deutschland moralische und politische Anlehnung zu finden; ausdrücklich fügte der Botschafter hinzu, daß hier ein neues gesetzliches und bestimmt umschriebenes Feld eröffnet sei, auf dem sich zur Wahrung gemeinschaftlicher Interessen eine deutsch-französische Entente vollziehen könnte. Bismarck zögerte nicht einen Augenblick, zuzugreifen. Sogut wie vorbehaltlos machte er sich die Vorschläge Courcels zu eigen; dieser wußte denn dafür lebhaften Dank, er erblickte darin „einen Beweis freundschaftlichen Entgegenkommens und die Basis weiterer Entente". Schon damals war eine Weiterreise des Grafen Herbert, der sich zur Zeit in England aufhielt, nach Paris in Aussicht genommen; Courcel nahm an, daß dieser mit Ferry auf die ägyptischen Verhältnisse zu sprechen kommen würde, und zeigte seine Absicht an, nach Paris zu reisen, um bei dieser Unterredung bei ihrer Wichtigkeit zugegen zu sein.

In den ersten Tagen des Monats Oktober passierte Herbert auf der Rückreise von London nach seinem Gesandtschaftsposten im Haag die französische Hauptstadt. Eben damals wurde hier erzählt (ohne Zweifel ein Gegenzug wider die deutsch-französische Annäherung, die man in gewissen Kreisen als Folge dieser Zusammenkunft erwartete oder vielmehr befürchtete), Ferry sei im geheimen davon überzeugt, daß Bismarck den Wunsch hege, Frankreich durch einen Kampf mit England für eine Reihe von Jahren geschwächt zu sehen. Auf die Nachricht von diesem Gerüchte wies der Kanzler seinen Sohn telegraphisch an, in Paris (was dieser ja auch bereits aus eigenen Stücken in London getan hatte) kategorisch zu erklären: Deutschland habe das gleiche Interesse wie Frankreich, nämlich einen englisch-französischen Bruch oder gar Krieg zu verhüten, da ein solcher für Deutschland eine ähnliche Kalamität sein würde, wie ein russisch-österreichischer; es werde das möglich werden, ohne daß sie auf die Beobachtung der Verträge durch England (im Punkte der Kompetenzen der Schuldentilgungskommission und der internationalen Tribunale) und die Wahrnehmung der europäischen Interessen am Suezkanal zu verzichten brauchten. Als Graf Herbert das Ferry (6. Oktober) vortrug, versicherte dieser „mit großem Ernst", er habe den Ausstreuungen, als wolle der Kanzler einen französisch-englischen Krieg herbeiführen, niemals den geringsten Glauben geschenkt; er wisse von der Tunis-Affäre her, daß der Fürst Frankreich stets ehrlich und wohlwollend behandelt habe, und er setze auch jetzt volles Vertrauen in die deutsche Politik. Als ihm Graf Herbert von der Eventualität sprach, daß England die internationalen Tribunale für Ägypten mit Gewalt aufheben möchte, zeigte sich Ferry sichtlich beunruhigt; er atmete aber auf, als ihm sein Partner beteuerte, Deutschland würde in diesem Falle Fühlung mit Frankreich halten, alle Schritte mit diesem gemeinsam vereinbaren und Ruß-

land und Österreich in gleicher Richtung zu bewegen trachten. Eine Anregung, ob es nicht geraten sei, einen neuen Kongreß in der ägyptischen Frage einzuberufen, war ihm weniger sympathisch; er fand, daß ein solcher Frankreich nicht sowohl nutze, wie vielmehr schade, wenn sein unmittelbares Ergebnis nicht die Räumung des Nillandes durch die Engländer wäre. Sehr angenehm war es ihm, zu hören, als Herbert bemerkte, Rußland und Deutschland wären zwar gewillt, an der kontinentalen Entente teilzunehmen, dabei jedoch das Gladstonesche Kabinett zu konservieren, schon deshalb, weil es im dringenden Interesse aller Mächte außer Englands selbst liege, daß Gladstone im Amte bleibe; Ferry legte darauf seinerseits Wert, weil dieser der einzige britische Minister sei, der die englische Zusage der Räumung Ägyptens ernst nehme, und den man daher nur beim Wort zu nehmen brauche. Auch auf den damals spielenden Konflikt Frankreichs mit China kam die Rede; Herbert sprach die Bereitschaft Deutschlands aus, bei dessen Beilegung vermittelnd mitzuwirken. Vor seiner Abreise aus Paris führte er noch mancherlei Gespräche mit anderen einflußreichen Politikern und Publizisten; sie äußerten sich sämtlich sehr energisch für die frankodeutsche Entente und drückten ihre Befriedigung darüber aus, daß diese in den letzten anderthalb Jahren so heilsame Fortschritte gemacht hätte; Ausrufe fielen, wie etwa: „Endlich muß dieser Alpdruck für Deutschland und Frankreich aufhören," oder: „Erst muß sich die détente vollziehen, dann wird die Entente von selbst kommen." Die Verhandlungen über den Zusammentritt der Kongokonferenz in Berlin behufs Regelung der westafrikanischen Angelegenheiten kamen eben damals (Anfang Oktober) zum Abschlusse; die Einladungen ergingen auf Mitte November. Als sich zum Beginne dieses Monats Hohenlohe nach einem Besuche in Berlin von Bismarck verabschiedete, trug ihm dieser Grüße an Ferry auf, „den er hochhält". Der Botschafter sollte nochmals, wie schon Graf Herbert, dem französischen Ministerpräsidenten sagen, Deutschland wünsche kein Zerwürfnis zwischen England und Frankreich: „Gladstone solle nur bleiben," so fügte er hinzu, „er sei gut für uns, nicht für England."

Schwerlich dachte er ganz genau so, wie er sich auf diese Weise ausdrückte, und wie es ihm an Zweifeln an dem dauernden Bestande der deutsch-französischen Freundschaft schwerlich fehlte, so war Ferry gewißlich weit davon entfernt, über dem kolonialpolitischen Zusammengehen des Augenblicks das zu vergessen, was die beiden Mächte auf dem Festlande trennte. Aber es gab in Frankreich Elemente, welche die weit ausschauende Politik Ferrys nicht verstanden und leidenschaftlich bekämpften, die seine koloniale Aktion mißbilligten, ihm „Verrat" an Elsaß-Lothringen und Hörigkeit unter Deutschland vorwarfen. Das war eine Saat, die bald üppig ins Kraut schießen sollte, und es galt, die Frucht der flüchtigen Verbindung zu pflücken, ehe sich diese wieder auflöste.

Achtzehntes Kapitel.

Der Höhepunkt und das Ende der deutsch-englischen Kolonialkrisis.

1884—85.

Mit vollen Segeln steuerte jetzt das deutsche Staatsschiff auf den hohen Ozean der weltpolitischen Expansion hinaus. Gerade im Laufe des Jahres 1884 gewann die kolonialpolitische Tätigkeit Deutschlands an Umfang und Energie. Im März des Jahres gründeten der Graf Behr-Bandelin und Karl Peters die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation" in Berlin, die sich das Ziel setzte, praktische Arbeit in Ostafrika zu leisten; im Mai konstituierte sich die Neuguinea-Kompagnie. Drei Schauplätze waren es, welche die kolonialpolitische Aktion in Deutschland jetzt für sich in Aussicht nahm: Westafrika, sowohl der Golf von Guinea und sein Hinterland, wie auch die Gegend zwischen Oranjefluß und Portugiesisch-Angola; Ostafrika, nämlich das der Insel Sansibar gegenüberliegende Hinterland und die Luciabai, östlich von Transvaal und südlich von Portugiesisch-Mozambique, sowie endlich die Südsee mit ihren noch freien Inseln, zumal Neuguinea, der größten Insel der Erde. Zuerst wurde Westafrika in Angriff genommen. Die herrenlosen Landstrecken, welche durch hamburgische und bremische Kaufleute erworben worden waren, wurden jetzt in den Schutz des Reiches gestellt. Am 5. Juli 1884 hißte der im deutschen Konsulardienste stehende Afrikaforscher Gustav Nachtigal die deutsche Flagge in Togo; von hier begab er sich auf dem Kanonenboote Möwe nach Kamerun, wo er am 14. Juli den gleichen symbolischen Akt vollzog, — es war die höchste Zeit; denn fünf Tage später erschien zum gleichen Zwecke das britische Kanonenboot Flirt. Entsprechend den Abmachungen vom Ende des Juni zog der Kapitän Schering auf dem Schiff Elisabeth die deutsche Fahne über Angra Pequena auf; darauf wurde die ganze Küste zwischen dem 26.° südlicher Breite und der Grenze von Angola (mit Ausnahme der bereits britischen Walfischbai) als deutsches Gebiet erklärt. Im Herbst des Jahres begaben sich im Auftrage der Gesellschaft für deutsche Kolonisation Peters, Jühlke und der Graf Pfeil nach Ostafrika. Peters gelangte unerkannt durch die bei Sansibar liegende britische Flotte nach dem Festlande; er erwarb durch Verträge zunächst auf eigene Faust mit den einheimischen Häuptlingen die Distrikte Usagara, Nguru, Ukami und Usegua, Jühlke das Kilimandscharogebiet, die Gebrüder Deinhardt das Wituland (1884/85): damit begann die deutsche Festsetzung in Ostafrika. Für die in unmittelbarer Nachbarschaft der Burenrepubliken befindliche Luciabai mit einem 450 qkm großen Gebiete traf Einwald noch Ende 1884 im Namen von Lüderitz

ein ähnliches Abkommen. Für die Neuguinea-Kompagnie, hinter welcher der Bankier v. Hansemann und andere Finanzleute standen, bereiste 1884 der Forscher Finsch die Nordküste dieser Insel; er schloß im Auftrage dieser Gesellschaft mit den Eingeborenen Verträge über Landerwerbungen, und schon im August des Jahres versprach ihr Bismarck hierfür den Reichsschutz. Es war die höchste Zeit, hier zuzugreifen. Am 6. November 1884 erklärte England seine Herrschaft über den Südosten der Insel; darauf hißte Flinsch am 20. November die deutsche Flagge auf ihrer Nordküste, wie auch im benachbarten Bismarck-Archipel. Alle diese Erwerbungen erfolgten also, wie es in Bismarcks Programm lag, in der Weise, daß Gesellschaften entstanden, die ihre Verwaltung übernahmen, und die dann um den förmlichen Schutz des Reiches nachsuchten. Der politischen Aktion ging die kaufmännische Initiative voraus, und jene wurde lediglich durch diese ausgelöst.

Überall freilich, wo sich die Deutschen niederließen, stießen sie auf die Rivalität und selbst den offenen Widerspruch der Briten und der britischen Kolonien, und sorgsam war die englische Expansion darauf bedacht, sich neben die deutsche zu legen, um sie an allzu weiter Ausdehnung zu hindern und ihr nach Möglichkeit die natürlichen Zugänge in das Hinterland zu sperren. Die deutsche Festsetzung am Golf von Guinea, in Kamerun und Togo wurde gleichsam beantwortet durch die englische an den Mündungen des Niger und an dessen Nebenflusse, dem Benue, im Westen von Kamerun; der Unterlauf des Volta, der eine Strecke die Grenze zwischen Togo und der englischen Goldküste bildet, war in englischen Händen. Die Okkupation von Deutsch-Südwestafrika war ja nunmehr bereits glücklich durchgesetzt; immerhin blieben die in der Mitte davon, südlich von Swakopmund gelegene Walfischbai und die der Küste vorgelagerten Penguin-Inseln in britischem Besitz. Bis zuletzt hatte die Kapkolonie ihre Ansprüche auf das ganze Gebiet nördlich vom Oranje-River verfochten; auch als sie davon Abstand nehmen mußte, erloschen ihre Befürchtungen vor der deutschen Nachbarschaft noch nicht. Zumal das Vorgehen Einwalds an der Luciabai war den Engländern unbequem. Unter Berufung auf ältere Rechte, nämlich auf einen Vertrag mit einem King Panga vom Jahre 1843, erhoben sie dagegen Einspruch und hißten daselbst (18. Dezember) die eigene Flagge; sie wollten die Bai, die außer der portugiesischen Delagobai ungefähr als der beste Hafen jener Küste galt, nicht in den Besitz der Deutschen gelangen lassen und diesen keine unmittelbare Berührung mit den Buren gestatten. Aus eben demselben Grunde wurde zum Ende des Jahres 1884 eine starke Streitmacht unter Sir Charles Warren nach dem Lande der Betschuanen entsandt, um dieses der Kapkolonie zu unterwerfen; da es zwischen Deutsch-Südwestafrika und den Burenrepubliken gelegen war, besorgte man, daß entweder die Buren von hier oder die Deutschen von dort in dieses zur Zeit noch herrenlose Gebiet hinübergreifen könnten, um sich die Hände zu reichen. Nicht minder eifrig war, wie wir noch später im einzelnen kennenlernen werden, die Konkurrenz an der Ostküste nördlich von Mozambique. Im Einvernehmen mit der deutschen Regierung bemühte sich der Forschungsreisende Gerhard Rohlfs als Reichskommissar in Sansibar hier am Hofe des Sultans für die Begründung einer deutschen Vorherrschaft zu wirken; aber schon auf der Reise dahin beging er in Kapstadt

Indiskretionen, welche die Engländer auf seine Mission aufmerksam machten, und, an seinem Bestimmungsorte angelangt, Mißgriffe und Ungeschicklichkeiten, die Bismarck recht unangenehm waren; die Briten legten gegen ihn durch ihren Konsul Kirk wirksame Gegenminen. Und während Peters und seine Genossen auf dem Festlande gegenüber tätig waren, wurde Sir Johnston in die Gegenden nördlich davon entsandt; das schließliche Ergebnis seines Wirkens hierselbst war der Gewinn von Britisch-Ostafrika. Wie in Südafrika Deutschland dem Widerstande der Kapkolonie, so begegnete es in der Südsee dem der Australier. Sie vertraten den Standpunkt, daß die freien Gebiete von „Our Ocean“ lediglich „natürliche Annexe“ Australiens und daher ihre Domänen wären; sie drangen deshalb auch schon seit einiger Zeit, um anderweitigen Absichten, zumal Deutschlands, zuvorzukommen, auf die Annexion von Neuguinea, ohne freilich die liberale Londoner Regierung bei deren grundsätzlicher Haltung in kolonialen Fragen mit sich fortreißen zu können. Als man jedoch in England gewahrte, daß Deutschland auch hier zugreifen könnte, entfaltete man das britische Banner im Südosten der Insel, während Deutschland das gleiche auf der Nordküste tat.

So traten sich Deutschland und England an den verschiedensten Punkten des Erdballs gegenüber, indem dieses durch die deutsche Initiative mit fortgezogen wurde, und es entstand die Frage, ob sich Deutschland, jeder Seegewalt ermangelnd, daselbst neben dem meerbeherrschenden Albion behaupten können, zum mindesten aber, ob es ihm gelingen würde, eine einigermaßen günstige Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären zu erwirken. Zu diesen also nunmehr schwebenden direkten Gegensätzen gesellte sich die Kongofrage, an der ja Deutschland wenigstens insofern mittelbar beteiligt war, als es mit Frankreich gegen den britisch-portugiesischen Kongovertrag protestiert und England sich diesem Einspruche gefügt hatte; sie sollte auf einer internationalen Konferenz gelöst werden. Am liebsten hätte Bismarck den Kongostaat durch Kauf erworben; aber das war aussichtslos in Rücksicht auf die allgemeine Lage und insonderheit darauf, daß auch Frankreich mit ähnlichen Absichten sich trug. Jedenfalls mußte Deutschland in Rücksicht auf seinen Handel danach streben, daß dem Kongostaat sein internationaler Charakter gewahrt blieb, und daß er nicht zu einer englischen Domäne wurde. Nach dem Vorgange der Vereinigten Staaten erkannte er ihn daher an, ebenso die meisten andern europäischen Mächte, auch Frankreich, dem dafür die Kongogesellschaft vertragsmäßig für den Fall, daß sie die Kolonie einmal veräußern sollte, ein Vorkaufsrecht einräumte. Am 15. November 1884 wurde die Kongokonferenz in Berlin eröffnet; sie tagte länger als ein Vierteljahr und kam im Gegensatz zu ihrer letzten Vorgängerin, die sich in London mit der ägyptischen Affäre beschäftigt hatte, zu einem bindenden Abschlusse. Es waren auf ihr die europäischen Großmächte, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und eine Reihe weiterer Staaten, darunter auch Belgien, im ganzen vierzehn an Zahl, vertreten; sie stand unter dem Zeichen einer intimen deutsch-französischen Kooperation. Ihre Ergebnisse wurden in der sog. „Kongo-Akte“ vom 26. Februar 1885 zusammengefaßt. Sie statuierte unter Anerkennung des französischen Vorkaufsrechtes die Gründung eines als neutral erklärten „Unabhängigen Staates des Kongo“, dessen Souverän

König Leopold II. von Belgien sein, der also mit Belgien in einer Art von Personalunion stehen sollte. Seine Grenzen wurden unter weitgehender Rücksichtnahme auf die Forderungen Frankreichs und Portugals festgesetzt. Die Kongomündung kam an den Kongostaat. Dazu traten Bestimmungen über Handelsfreiheit, Abschaffung der Sklaverei, Unterdrückung des Sklavenhandels, humane Behandlung der Eingebornen, Schutz der christlichen Missionen, Freiheit von Handel und Verkehr, zumal der Schiffahrt u. a. m. „Alle festländischen Mächte stehen einig gegen England zusammen," — in diese Worte konnte man die Bedeutung der Kongokonferenz zusammenfassen, — das war ein Ideal, welches der obersten Leitung der deutschen Politik zwei Jahrzehnte später als verderbliche Illusion von neuem vorschweben sollte. Der Unterschied der Bismarckschen von der künftigen Wilhelminischen springt ohne weiteres in die Augen. Der erste Kanzler war sich bewußt, daß er Frankreich nie wirklich bekommen könne, und sein Ziel war es nicht, England durch eine an sich bereits unmögliche Koalition der Kontinentalmächte mit Einschluß der Vereinigten Staaten von Nordamerika und der kleineren Gefolgstaaten Europas grundsätzlich einzukreisen, vielmehr nur durch augenblicklichen Druck zu bestimmten aktuellen Konzessionen zu nötigen, die dem britischen Lebensinteresse keineswegs zuwiderliefen, und es am liebsten, falls das doch noch irgendwie möglich wäre, für Deutschland dauernd zu gewinnen.

In bescheidenem Umfange die überseeische Expansion des deutschen Volkes in die Wege zu leiten, das war es, worauf Bismarck mit seiner momentanen antienglischen Politik hinauswollte; deshalb ging er jetzt mit Frankreich zusammen, zuletzt auf der Kongokonferenz, und waren die übrigen Rivalen Großbritanniens diesem gegenüber jetzt zu ihrem Rechte gelangt, so schickte er sich zur gleichen Zeit zu starkem Vorstoße an, um auch Deutschland sein Plätzchen an der Sonne zu sichern. In den Vordergrund des Streites rückte Neuguinea. Im Westen der Insel saßen bereits die Holländer; die Osthälfte hätten die Australier und ein Teil des Londoner Kabinetts am liebsten möglichst ganz unter britisches Protektorat gestellt; Bismarck war bereit, den Briten den Süden zu gewähren, der dem australischen Kontinent gerade gegenüber lag; aber er wollte sie nicht nach dem Norden greifen lassen. Dazu kamen die Differenzen in Afrika, vornehmlich bezüglich der Luciabai; so war denn zum Ende des Jahres der Konflikt zwischen den beiden Mächten wieder in vollstem Gange. Aber wie scharf sich Bismarck auch gebärdete, so hütete er sich doch sehr wohl, den Bogen zu überspannen; vielmehr schwebte ihm die Verständigung mit Großbritannien (und gewiß, wenn möglich, mit einem konservativen Kabinette) stets als letztes Ziel vor den Augen. Die Druckmittel gegen England boten sich ihm in der ganzen weltpolitischen Situation in Hülle und Fülle; das nächste, was ihm zur Verfügung stand, war die infolge des Scheiterns der Londoner Konferenz immer noch unerledigte ägyptische Finanzfrage.

In irgendwelcher Weise drängte diese zu endlicher Erledigung, und so hatte England der ägyptischen Regierung schon Mitte September 1884 die vorläufige Suspension der Amortisation, die an die Staatsgläubiger zu entrichten war, und die Verwendung der Mittel, die dadurch verfügbar wurden, zugunsten der Be-

dürfnisse des Landes anempfohlen. Das war eine Vergewaltigung der Staatsgläubiger, „ein finanzieller Staatsstreich". Die Folgen wären von entscheidender Bedeutung gewesen: durch Erklärung des Staatsbankerottes und durch Übertragung der Schuldentilgung an England, das die ägyptische Anleihe garantieren sollte, wäre nicht nur das Ende des französischen Einflusses, sondern auch jeder internationalen Kontrolle bewirkt worden. Geschlossen protestierten die Mächte dagegen, und trotz britischer Befürwortung verharrte insonderheit Deutschland bei seiner Ablehnung. Bereits im September glaubte man sich in London eines neuen Angriffs Bismarcks versehen zu müssen; aus Wien empfing man die Nachricht, Graf Kalnoky, der Leiter der österreichischen Außenpolitik, habe geäußert, Großbritannien dürfe nicht länger auf Bismarcks freundlichen Beistand in Ägypten rechnen, und es verlautete in London, Bismarck erwäge als ultima ratio für die finanzielle Krisis im Nillande die Übertragung eines europäischen Mandates an Frankreich. Jedenfalls zweifelte Bismarck nicht daran, auf welche Seite er sich zu schlagen habe. Courcel kehrte im Herbst aus Paris nach Berlin mit dem Eindruck zurück, als sei er Deutschland weiter entgegengekommen, als es für seine Regierung tunlich wäre. Er befleißigte sich bezüglich Westafrikas einer größeren Reserve als bisher und ließ sich dahin vernehmen: man habe in Frankreich noch immer Anwandlungen von Mißtrauen; glatte Bahn könne nur dadurch hergestellt werden, daß Deutschland in Ägypten unbedingt für Frankreich eintrete und dabei mitwirke, daß die Finanzkontrolle daselbst eine allgemeineuropäische werde: das sei entscheidend für die Gestaltung des Verhältnisses beider Staaten in der Zukunft. Ende November unterbreitete das britische Ministerium den Großmächten ein Memorandum über die Ordnung der ägyptischen Finanzen, gipfelnd in einer Anleihe unter englischer Garantie. Diese hielten mit ihrer Zustimmung zurück; zumal Deutschland, durch seinen Pariser Botschafter davon unterrichtet, daß Ferry Gegenanträge vorbereite, verlegte sich zu Englands Schmerz aufs Warten. Trotzdem hatte man in Paris den Verdacht, Deutschland stecke hinter den britischen Vorschlägen; in Wahrheit waren sie von London aus nicht einmal vorher in Berlin angekündigt worden, und Bismarck sah sich (Mitte Dezember) veranlaßt, das falsche Gerücht in Paris zu desavouieren. Als Ferry in den ersten Tagen des Januar 1885 mit seinen eigenen Vorschlägen hervortrat, versicherte er sich zunächst der Mitwirkung Deutschlands, und diese wurde ihm ebenso bereitwillig wie auch kräftig geleistet. Auch sonst setzte Bismarck bezüglich Ägyptens damals den Briten zu. Mit aller Entschiedenheit verlangte und betrieb er die Erweiterung der Staatsschuldenkommission von 1876, die, wie wir hörten, bisher lediglich aus Vertretern Englands, Frankreichs, Österreichs und Italiens zusammengesetzt war, durch ein deutsches und ein russisches Mitglied. Zur Begründung seines Verlangens verwies er auf den Versuch, der im September gemacht worden war, die Rechte der Gläubiger zu verkürzen. In London ließ er geltend machen, daß die Erfüllung dieses Begehrens zur ausschließlichen Kompetenz des Khediven gehöre, wobei er sogleich hinzufügte: „Wenn derselbe aber keine Selbständigkeit in der Entscheidung ägyptischer innerer Fragen mehr hat, sondern in Abhängigkeit von den Entschließungen der englischen Regierung steht, so wird letztere die Verant-

wortung für das Verhalten des Vizekönigs ohne Zweifel übernehmen." Das war eine recht deutliche Drohung, die noch dadurch verstärkt wurde, daß ausdrücklich gesagt ward, Deutschland werde seine Stellung zu dem britischen Vorschlage vom 24. September davon abhängig machen, ob seinem Begehren bezüglich der Kommission gewillfahrt werde. Tatsächlich lehnte der Khedive zuerst ab; mit dem Beistande Frankreichs, dem Österreich und Italien sekundierten, drangen Deutschland und Rußland jedoch schließlich durch. Nachdem England (22. Januar 1885) seine Zustimmung gegeben hatte, fügte sich der Khedive dem Ansinnen der beiden Kaiserreiche.

Überall bereitete Deutschland, sei es allein, sei es im Verein mit Frankreich oder Rußland, England die unangenehmsten Schwierigkeiten und Verwicklungen, nicht nur in der Angelegenheit der ägyptischen Finanzen, auch auf der eben damals spielenden Kongokonferenz; in den kolonialen Differenzen, zumal was Neuguinea anbelangte, war noch keine Einigung zu erzielen. Was Wunder, wenn die Beziehungen immer gespannter, der Ton auf beiden Seiten, sowohl in der Presse, als auch im diplomatischen Dienst, immer schärfer wurde. Besonders das enge Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich war den Briten ein Dorn im Auge; wenn durch irgendwelche Indiskretionen in Paris ruchbar wurde, daß früher Bismarck eine ganz andere ägyptische Politik getrieben, England dazu gereizt habe, seine Hände auf das Nilland zu legen, so steckte dahinter augenscheinlich die Absicht, die junge französisch-deutsche Kolonialehe zu trennen; das gelang freilich zunächst um so weniger, als sie nicht auf Neigung, sondern auf Verstand beruhte. Am 1. Dezember 1884 beklagte sich Graf Münster im Auftrage Bismarcks bei Granville darüber, daß dieser vertrauliche Mitteilungen, die der Kanzler dem neuen britischen Botschafter Sir Edward Malet gegenüber gemacht hatte, an den französischen Botschafter Waddington in London in einer Form weitergegeben habe, die dazu bestimmt gewesen sei, Frankreich mit Mißtrauen gegen Deutschland, zumal in der ägyptischen Angelegenheit, zu erfüllen; der englische Minister bemühte sich, die Schuld auf die französischen Staatsminister abzuschieben, die Zwietracht zwischen England und Deutschland zu stiften bestrebt seien. Bismarck ließ sich (5. Dezember) dafür durch Münster bedanken, zugleich aber auch neue Beschwerden anbringen, über die englische Presse, zumal die Times und den „Böhmen" Blowitz, desgleichen über Derby: Agenten des englischen Kolonialamtes seien in Kamerun und Samoa gegen Deutschland am Werke; die Expedition Warrens in Betschuanaland scheine darauf auszugehen, Angra Pequena einzuschnüren; Deutschland könne nicht über seine Beziehungen mit England gleichsam zwei Konti führen: eines mit dem Foreign Office, auf dem Deutschland nur freundliche Worte als Kredit einzutragen habe, das andere mit dem Kolonialamte, auf dem es mit Schädigungen belastet werde. An solche Vorwürfe schloß sich die energische Drohung, daß Deutschland, falls ihnen keine Rechnung getragen würde, seine Gesamtpolitik mit Bezug auf England und insbesondere in der ägyptischen Frage einer erneuten Prüfung unterwerfen und zuvörderst eine abwartende Stellung einnehmen müsse.

So wenig freilich änderte sich die Haltung der britischen Kolonialverwaltung,

daß gerade jetzt der Konflikt neue Nahrung empfing; Bismarck gewann den Eindruck, daß es jener an jeglichem Verständnis und Entgegenkommen für seine Wünsche gebreche. Um die Mitte des Dezember 1884 pflog Robert Meade, früherer Privatsekretär Granvilles, nunmehr Unterstaatssekretär im Departement Derbys und britischer Bevollmächtigter auf der Kongokonferenz, vertrauliche Verhandlungen im Auftrag seiner Regierung in Berlin mit seinem Kollegen Busch vom Auswärtigen Amt Deutschlands. Er setzte seinem Partner auseinander, wie grundlos der Gedanke sei, daß das britische Kolonialamt gegen die deutsche Kolonialpolitik feindselig gestimmt sei: das gerade Gegenteil sei der Fall, und in den Kolonien, nicht nur in Australien, sondern auch sonst, herrsche das Gefühl, daß man in London dem deutschen Begehren eine unziemliche Nachgiebigkeit bezeuge. Er wußte die Konnivenz nicht genug zu rühmen, die England in Kamerun und am Golf von Guinea überhaupt den Deutschen erwiesen habe, — das Kolonialamt habe, so fügte er hinzu, wohl, um Busch etwas Angenehmes zu sagen und ihn günstig zu stimmen, dem Foreign Office mitgeteilt, daß es lieber Deutschland als Frankreich zum Nachbarn haben wolle. Besondere Beredsamkeit bot Meade auf, die britischen Absichten auf Neuguinea in Berlin zur Anerkennung zu bringen, auch auf die Nordküste, abgesehen von den schon vorhandenen deutschen Handelsniederlassungen. Schon glaubte er, die Berliner Regierung für sich gewonnen zu haben, da erhielten die britischen Unterhändler beim Kongreß am 19. Dezember die Nachricht, daß Deutschland die ganze Nordküste bis zum Huon-Golf und eine Reihe der benachbarten Inseln in Besitz genommen habe. „Die deutsche Regierung hat sich," so schrieb er umgehend an Granville, „gegen Sie recht schäbig benommen, und Dr. Busch gegen mich gleich übel." In einer Zirkularnote vom 23. Dezember teilte Bismarck den interessierten Mächten mit, daß die erwähnten Südseegebiete in den Schutz des Deutschen Reiches gestellt seien, obgleich er damit rechnen mußte, daß England sich nicht ohne weiteres damit einverstanden erklären würde, und schon am nächsten Tage zerstörte er alle Illusionen, die Sir Robert Meade etwa noch hegen konnte, indem er ihm persönlich bedeutete, zwei Jahre lang habe er England in Ägypten unterstützt, „ohne dafür in Kolonialfragen eine loyale Behandlung erfahren zu haben".

Der Drohung folgte die Tat auf dem Fuße. In den ersten Tagen des neuen Jahres (1885) verhandelte Courcel mit Bismarck persönlich über die Gegenvorschläge, die Frankreich dem britischen Memorandum vom November des Vorjahres entgegenzustellen gedachte. Wollte England die ägyptischen Finanzen zuungunsten der europäischen Gläubiger sanieren, indem diesen vor allem eine Zinsreduktion zugemutet wurde, so war Frankreich damit keineswegs einverstanden; es forderte zum mindesten zuerst eine Enquete über den Zustand der Hilfsquellen des Landes und die Herstellung eines Einvernehmens darüber, wie es mit den Kosten der englischen Okkupation zu halten sei. Man verlangte in Paris fernerhin, daß die projektierte Anleihe von neun Millionen Pfund für Ägypten nicht unter britische, sondern unter internationale Garantie (seitens sämtlicher Großmächte) gestellt würde. Nach Erledigung dieser beiden Differenzen wünschte Ferry den Zusammentritt einer Konferenz, die sich namentlich mit der Frage beschäftigen sollte, wie

die Freiheit und Sicherheit des Suezkanals in Kriegszeiten zu gewährleisten wäre, indem er als unverletzlich erklärt würde, vielleicht dadurch, daß man ihm die Rechte der offenen See gebe und seine Baulichkeiten gegen eine künftige Beschädigung durch Kriegführende vertragsmäßig schütze. Nachdem Bismarck seine vollkommene Zustimmung in allen diesen Stücken gegeben hatte, ließ die französische Regierung am 8. Januar eine Note in diesem Sinne an die Signatarmächte ergehen. Deutschland trat dafür sofort bei den befreundeten Höfen in Wien und St. Petersburg mit Wärme ein; auch Münster wurde (am 14. Januar) angewiesen, die Forderungen Frankreichs mit allem Nachdruck zu befürworten. Dieser energischen Sprache war es, wie Ferry selbst anerkannte, in der Hauptsache zu verdanken, wenn England jetzt in allen wichtigen Punkten nachgab. Am 21. Januar unterrichtete Lord Granville den französischen Botschafter Waddington davon, daß sich sein Kabinett darüber schlüssig geworden sei, der internationalen Anleihe von 9 Millionen £, wie sie von Paris aus beantragt worden war, seine Genehmigung zu erteilen. Das große und entscheidende Zugeständnis, das darin lag, war in eine merkwürdig harmlose Form gekleidet, die an die Fabel vom Fuchs und den sauren Trauben erinnerte: England habe an die Mächte nicht das Ansinnen stellen wollen, daß diese mit ihm zugleich die Verantwortlichkeit trügen, die eine solche Garantie mit sich bringe; wenn die Mächte selbst indes vor einer Verpflichtung dieser Art nicht zurückscheuten, so sei es damit einverstanden. Da mit der Übernahme der Garantie, zumal bei den Bestimmungen, die über die Modalitäten und die Sicherheit der Zinszahlung voraussichtlich getroffen werden würden, ein Risiko nicht verbunden war, so war unschwer zu erkennen, daß die Erklärung nichts weiter als einen schwächlichen Versuch zur Deckung des Rückzuges bedeutete. Ebenso war es zu verstehen, wenn die Gläubiger vorübergehend eine geringe Zinsreduktion über sich ergehen lassen sollten; die Fremden sollten außerdem zur Hebung der ägyptischen Einkünfte besteuert werden dürfen. Zum Schlusse ward gesagt, daß England, was die freie Durchfahrt durch den Suezkanal betreffe, auf ganz demselben Standpunkt wie Frankreich stehe, und durchaus damit einverstanden sei, daß sie vertragsmäßig festgelegt werde, — das lief auf eine Zustimmung zu der von Frankreich gewünschten Konferenz hinaus. Erinnern wir uns (s. o. S. 466), daß am folgenden Tage (22. Januar) England sein Einverständnis mit der Aufnahme eines deutschen und russischen Mitgliedes in die Schuldenkommission anzeigte, so darf man wohl von einer nahezu vollständigen Kapitulation Englands in den schwebenden Fragen des ägyptischen Problems vor den Mächten und insonderheit Frankreich sprechen; wogegen sie sich auf der Londoner Konferenz gesträubt hatten, dazu mußten sie sich nunmehr bequemen, — in der Hauptsache freilich blieb ihre Stellung in Ägypten, wenngleich vielfach der internationalen Kontrolle noch schärfer unterworfen, unerschüttert; sie standen im Lande und hielten dessen Regierung von sich in Abhängigkeit.

Der deutsche Druck war es, wie wir sahen, in erster Linie, der das britische Kabinett zum Rückzuge vor Frankreich gedrängt hatte; Bismarck hatte diesem gezeigt, wie sehr es auf Deutschlands Wohlwollen angewiesen war, — sollte es nicht daraus jetzt endlich die Lehre ziehen, daß es an der Zeit sei, Deutschland auf

dem kolonialen Gebiete zufriedenzustellen? An Winken über die Nordsee hinüber, wie Deutschland wieder zu gewinnen war, ließ er es keineswegs fehlen, und immer noch war er bemüht, die Brücke zu einem erträglichen und ehrenvollen Ausgleich zu bauen. In einer großen Rede, die er am 10. Januar 1885 im Reichstag hielt, legte er die maßgebenden Grundsätze seiner Kolonial- und Englandpolitik mit aller Offenheit dar; sie war natürlich in Wahrheit als Avis jenseits des Kanals bestimmt. Der Abgeordnete Windthorst hatte sich dahin ausgesprochen, Deutschland sei, seitdem es die kolonialpolitische Bahn betreten habe, ringsum von Feinden umgeben. Demgegenüber ging er die Beziehungen Deutschlands mit den einzelnen Mächten durch und stellte fest, daß das gerade Gegenteil der Fall war; betreffend Frankreich durfte er mit Recht damals noch beteuern, sie seien seit vielen Jahren, seit der Zeit von 1866, nicht so gut gewesen wie jetzt. Der Schwerpunkt seiner Ausführungen lag auf dem Passus, der sich mit England beschäftigte. Indem er auch hier im allgemeinen ein gutes Einvernehmen und ein althergebrachtes befreundetes Verhältnis als vorhanden betonte, gab er zu, daß ein Unterschied zwischen der Regierung und gewissen Kreisen der Bevölkerung bestünde: Das Bewußtsein der Seeherrschaft sei in diesen so stark ausgeprägt, daß ihnen die Anfänge einer überseeischen Betätigung der „Landratte von Vetter" Unbehagen verursache; das sei jedoch ein Gefühl, das von der Regierung nicht geteilt werde; sie habe freilich „eine gewisse Schwierigkeit, den Ausdruck des Befremdens bei allen ihren Untertanen rechtzeitig zu mäßigen". Das war eine Art von captatio benevolentiae, die allerdings ein Gegengewicht dadurch erhielt, daß er fortfuhr: „Wir würden, wenn die englische Regierung sich die Beurteilung mancher ihrer Untertanen in betreff unserer Kolonialpolitik vollständig aneignen sollte, in anderen Fragen, die England nahe interessieren, kaum imstande sein, ohne Mißbilligung von seiten der deutschen Bevölkerung die englische Politik zu unterstützen. Wir würden vielleicht genötigt sein, diejenigen, die, ohne es zu wollen, Gegner von England sind, zu unterstützen und irgendein ‚do ut des' herzustellen." Als Windthorst hernach davon sprach, daß die neue Kolonialpolitik bei der Haltung, die England dazu einnehme, zu einer Flottenvermehrung zwingen würde, ergriff der Kanzler nochmals das Wort. Er warnte davor, „selbst einer so befreundeten Macht gegenüber wie England" nicht leichtfertig von der Tribüne her den Frieden zu stören, indem man mit der Möglichkeit spiele, daß sich Deutschland und England je einmal in Waffen gegenüberstehen könnten: ganz und gar bestreite er diese Möglichkeit; alle momentanen Differenzen hätten nicht die Tragweite, um dahin zu führen, und andere hätte es weder je gegeben, noch könnten solche je in der Zukunft auftauchen. Er könne nach seinen Erfahrungen nicht absehen, wie es je zu einem Kriege zwischen England und Deutschland kommen sollte, — ausgenommen den ganz unwahrscheinlichen Fall, daß irgendein unberechenbares britisches Ministerium „uns in der ruchlosesten Weise angreifen und beschießen" würde; ein solches Ministerium jedoch sei weder vorhanden noch auch bei der erblichen politischen Weisheit der englischen Nation denkbar. „Unsere Meinungsverschiedenheiten gegenüber England werden in menschlich absehbarer Zeit niemals die Tragweiten haben, daß sie nicht durch ehrlichen guten Willen und geschickte vor-

sichtige Diplomatie, wie sie von unserer Seite sicherlich getrieben wird, erledigt werden könnten".

In dieser Hoffnung täuschte er sich nun freilich einigermaßen. Noch hatte er England lange nicht so weit, wie er es bringen wollte, und sowohl an ehrlichem gutem Willen wie auch an geschickter Vorsicht gebrach es Granville noch gar sehr. Mußte sich dieser auch nunmehr in der ägyptischen Frage Frankreich gegenüber fügen, so gedachte er doch noch die kolonialpolitische Position Englands gegen Deutschland zu behaupten. Um die Jahreswende erfuhren die deutsch-britischen Meinungsverschiedenheiten, indem Bismarck persönlich dabei in Mitleidenschaft gezogen wurde, eine schärfere Zuspitzung, zumal in der öffentlichen Diskussion. In den letzten Tagen des ablaufenden Jahres hatten die „Daily News" einen Artikel publiziert, der nicht nur darauf hinwies, daß der Reichskanzler das Londoner Kabinett zur Okkupation des Nillandes zu treiben versucht hätte, sondern der ihn auch bezichtigte, die ägyptische Angelegenheit mit Hilfe Frankreichs und Österreichs zum Sturze des Ministeriums, insonderheit Gladstones, ausnützen zu wollen. Aus dem deutschen Blätterwalde schallte es entsprechend zurück. Wenn derartige Beschuldigungen in England gegen Bismarck laut wurden, so war es offenbar ihr Zweck (wenngleich so viel zuzugeben ist, daß er den Sturz Gladstones schwerlich bedauert haben würde), die durch die Ereignisse tatsächlich schwierig gewordene Stellung des Kabinetts Gladstone zu festigen, indem der deutsche Kanzler als der Friedensstörer und als derjenige hingestellt wurde, der für die derzeitigen Verlegenheiten und Bedrängnisse Albions die Verantwortung trage. Das Kabinett selbst stand solchen Ansichten nicht fern; es drehte jetzt sogar den Spieß um, indem es die Dinge so darstellte, als sei sein Mangel an kolonialpolitischem Entgegenkommen gegen Deutschland nicht die Ursache, sondern die Wirkung der nunmehrigen Haltung Bismarcks bezüglich Ägyptens. An demselben Tage, an dem sich England dem durch Deutschland sekundierten Begehren Frankreichs beugte, meldete Graf Münster (21. Januar 1885) über eine Unterredung mit Granville: nach wie vor, so hätte ihn dieser versichert, gebe er sich alle Mühe, sich Bismarcks überseeischen Wünschen gefällig zu erzeigen; aber er könne nicht verhehlen, daß sowohl durch die Art und Weise, wie diese jetzt vor der Öffentlichkeit vertreten würden, so durch den Druck der darauf bezüglichen Dokumente, als auch durch des Kanzlers nunmehriges Vorgehen eben hinsichtlich Ägyptens seine und des gesamten britischen Ministeriums Stellung gegenüber der populären Stimmung im eigenen Lande sehr erschwert sei. Bismarck geriet daraufhin in starke Aufregung; zu mehreren Malen sprach er dem Botschafter den schärfsten Tadel aus: wenn Granville das Kausalverhältnis so ins Gegenteil verkehre, so könne nur Münster die Schuld daran tragen, da er augenscheinlich dem britischen Minister nicht mit der nötigen Deutlichkeit zu Gemüte geführt habe, daß Deutschland zu weiterer Unterstützung im Nillande nur noch gegen koloniale Zugeständnisse zu haben sei; lediglich deshalb, weil diese nicht erfolgt wären, habe Deutschland intimere Beziehungen mit Frankreich angesponnen: „Die Entfremdung zwischen uns und England, zu welcher wir auf diesem Wege gelangt sind, ist eine unerwünschte und nicht von mir erstrebte, und ich glaube nicht, daß sie eingetreten

wäre, wenn Ew. pp. Sprache Lord Granville gegenüber jederzeit diejenige gewesen wäre, auf welche ich meinerseits nach meinen Instruktionen rechnete". Indem er die Aufmerksamkeit, die der Botschafter der ägyptischen Frage zuwandte, und den objektiven Wert seiner Berichterstattung darüber anerkannte, ließ er doch bitterböse Bemerkungen einfließen: mehr als um die kolonialen Interessen Deutschlands scheine sich Münster um das Nilland zu kümmern; das aber sei als solches für Deutschland ganz gleichgültig und komme bloß als ein Mittel in Betracht, um den Widerstand Englands gegen die transozeanische Expansion Deutschlands zu überwinden. Er warf dem Grafen vor, daß er sich durch die phrasenhaften und wertlosen Beteuerungen Granvilles täuschen lasse, da doch die britische Regierung in Wirklichkeit dem Geschrei einiger australischer Jingos mehr Gewicht beilege, als der Freundschaft mit Deutschland: hätte der Botschafter größere Entschiedenheit entfaltet, so hätten sich die deutsch-britischen Beziehungen niemals in diesem Grade verschlechtert.

Tatsächlich war die Situation für Bismarck recht unbehaglich. Nach den Konzessionen, die England den Franzosen am 21. Januar gemacht hatte, näherte sich die ägyptische Angelegenheit ihrem Abschlusse; dann konnte er sie aber nicht mehr benutzen, um auf Großbritannien eine Pression zum deutschen Vorteile auszuüben, und war andererseits auf Frankreich ein auch nur einigermaßen sicherer Verlaß, daß es England gegenüber Deutschland Gleiches mit Gleichem vergelten werde? Am 24. Januar erinnerte er den Fürsten Hohenlohe daran, daß Courcel im verflossenen Herbst ihn versichert hatte, von Deutschlands loyaler Unterstützung für Ägypten werde die ganze Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen abhängen: es sei daher jetzt von der größten Bedeutung, zu ermitteln, ob die damals „vom französischen Botschafter für volles Vertrauen gestellte Bedingung nunmehr von seiner Regierung als erfüllt angesehen wird . . . Unser weiteres Verhalten wird wesentlich davon abhängen, auf welches Maß von Vertrauen und Sicherheit im Festhalten der heutigen Richtung der französischen Politik wir rechnen dürfen." Aber wie sollte sich Hohenlohe darüber in Paris authentische Gewißheit verschaffen? Er sondierte Ferry. Der strömte über von Ausdrücken des Dankes für Deutschlands bisherigen Beistand, der vor allem den Rückzug Englands in der Note vom 21. Januar bewirkt habe. Er gab auch zu, das Mißtrauen, das in Frankreich noch im Herbst des verflossenen Jahres geherrscht, und von dem Courcel damals in Berlin gesprochen habe, sei jetzt beschwichtigt und könne sich höchstens dann wieder regen, „wenn die deutsche Presse die Annäherung Frankreichs an Deutschland in einer Weise akzentuiere, aus der die französische Opposition und ihre Presse Angriffe gegen die Regierung herleiten könne"; er erklärte sogar bestimmt, „er sei nach wie vor entschlossen, die bisherige Politik zu verfolgen, und es werde ihm das durch die loyale, unausgesetzt freundschaftliche Haltung der kaiserlichen Regierung wesentlich erleichtert". Der deutsche Botschafter gewann den Eindruck, daß Ferry aufrichtig sei, weil er Einsicht genug besitze, daß zur Zeit diese Politik für Frankreich die allein praktische und vorteilhafte sei: „Sein Vertrauen in die Absichten Eurer Durchlaucht ist unerschüttert, und er ist weit entfernt von dem hier landläufigen Mißtrauen, das den Franzosen gewöhn-

lichen Schlages überall hinterlistige Pläne und Fallen der deutschen Politik wittern läßt; auch hat er Selbständigkeit und Entschlossenheit genug, sich durch die Angriffe der Oppositionspresse nicht beirren zu lassen." Das waren doch aber recht subjektive Wahrnehmungen, und wir wissen heute, daß die französischen Staatsmänner damals ihr letztes Ziel unverrückt im Auge behielten, daß ihnen die Entente mit Deutschland immer nur ein aktueller Notbehelf, ein Mittel zur Erreichung ihrer nächsten Zwecke blieb, wie sie sich aus dem Bedürfnis des Augenblicks vorübergehend ergaben. Vorderhand durften sie es freilich mit Deutschland nicht verderben, schon deshalb, weil sie, je schneller sie mit deutscher Hilfe mit England ins reine kamen, um so eher wieder freie Hand gegen Deutschland bekamen.

So empfahl es sich denn zuvörderst noch für Frankreich, mit dem Erbfeind eine Strecke Weges gemeinsam zusammen zu gehen. Courcel drang im Berliner Auswärtigen Amte darauf, die neuen englischen Erbietungen als Basis für die weitere Verhandlung zu akzeptieren, um einen Vergleich in den beiden wichtigsten Punkten herbeizuführen, der Kollektivgarantie hinsichtlich der Anleihe und der internationalen Reglementierung des Suezkanals; er versprach, daß die Pariser Regierung nur im Einvernehmen mit den übrigen Mächten weiteren Bescheid nach London erteilen werde. Bismarck war damit durchaus einverstanden und beauftragte den Grafen Münster, in London auch von deutscher Seite zu erklären, daß man die letzten Mitteilungen Granvilles an Waddington als genügende Basis für die Fortsetzung des Meinungsaustausches in der ägyptischen Finanzfrage betrachte und bereit sei, die übrigen Mächte in diesem Sinne zu beraten. Am Nachmittage des 29. Januar trug Münster solches Lord Granville vor; er fügte hinzu: Bismarck sei nicht der Ansicht, daß die ägyptischen Dinge für Deutschland ein besonderes Interesse hätten, insofern als nicht dabei das Prinzip der Aufrechterhaltung der Verträge über den Osten in Frage komme; das Verhalten der britischen Regierung in den kolonialpolitischen Angelegenheiten habe aber in Deutschland die Begierde gedämpft, England in Ägypten zu unterstützen. Der Minister sprach seinen Dank für Bismarcks Bereitwilligkeit aus und versicherte, daß auch England eine Änderung der Verträge über den Osten nur unter Mitwirkung der beteiligten Mächte wünsche; aber er wies die kolonialen Klagen des Kanzlers ziemlich kurz zurück, indem er bemerkte, sein Kabinett sei vielmehr im Gegenteil stets vom Bestreben erfüllt gewesen, den deutschen Forderungen in dieser Hinsicht entgegenzukommen, und verharre durchaus auf diesem Standpunkt. Er schloß damit, daß er sagte, bei einer anderen Gelegenheit könne man besprechen, wie man am besten zu einer Verständigung darüber zu gelangen vermöchte, d. h. er lehnte eine Verquickung beider Fragen in der Diskussion mit Deutschland ab. Die Negoziation über Ägypten nahm nunmehr einen normalen Fortgang; ihr schließliches Ergebnis war eine gemeinsame Deklaration (vom 17. März) Deutschlands, Österreichs, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Rußlands, wozu die Pforte als die Inhaberin der Oberhoheit über Ägypten trat; ihr folgte am nächsten Tage eine Konvention derselben Staaten. Sie regelte die ägyptischen Finanzen in der Hauptsache nach den französischen Intentionen und Vorschlägen; sie gewährte vor allem eine international garantierte Anleihe von 9 Millionen £,

wovon 4 zur Entschädigung der Verluste beim Bombardement von Alexandria verwandt werden sollten, sowie die Einberufung einer Kommission von Vertretern der genannten Mächte unter Zuziehung eines ägyptischen Bevollmächtigten mit beratender Stimme zur Redaktion einer Akte über die Neutralisierung des Suezkanals.

Wenn Granville so bestimmt die Verquickung der ägyptischen Frage mit den deutsch-britischen Kolonialdifferenzen ablehnte, so ging daraus so viel hervor, daß er dem Kanzler dessen schärfste Waffe zu entwinden gedachte, die ihn in den Stand setzen konnte, England zur Nachgiebigkeit gegen Deutschlands eigene überseeische Wünsche zu zwingen. Aber wenn diese auch jetzt stumpf zu werden drohte, so waren doch England und das englische Kabinett noch keineswegs in einer Lage, die ihnen gestattete, im Verhältnis zu Deutschland alle Rücksicht hintanzusetzen. Frankreich war nicht die einzige Macht, mit der man auf gespanntem Fuße stand, und auch wenn man Paris beschwichtigte, blieben noch genug der internationalen Schwierigkeiten und Gefahren in Kraft. Man befand sich nicht nur in peinlichster außenpolitischer Vereinzelung; man legte sich auch die Frage vor, ob man im Falle kriegerischer Verwicklungen stark genug zur Defensive sei, ob insonderheit die Flotte dafür ausreiche; sogar Gladstone glaubte sich nicht der Notwendigkeit einer Flottenvergrößerung entziehen zu dürfen. Ende Januar 1885 nahm der Mahdi (s. o. S. 326) Khartum, wobei Gordon ums Leben kam; seine Katastrophe machte in England einen unbeschreiblichen Eindruck, indem man sie allgemein der Zauderpolitik des Kabinetts in der Sudanfrage zur Last legte. Und ganz bedenklich spitzten sich eben jetzt die Dinge in Zentralasien zu; hier zog für England ein neues schweres Ungewitter herauf. Im Februar 1884 hatten die Russen Merw erobert; als ihr nächstes Ziel galt Herat, das seit 1863 zu Afghanistan gehörte. Um sich gegen ein weiteres Vordringen der Russen von Merw nach Süden hin zu schützen, verlangte Großbritannien, daß eine bestimmte Grenze zwischen dem jetzt russischen Gebiete und Afghanistan gezogen würde. In Petersburg ging man darauf ein, und es wurden zwei Kommissionen gebildet, die mit dieser Aufgabe betraut werden sollten, eine englische unter dem General Sir Peter Lumsden und eine russische unter dem General Zelenoi. Es handelte sich dabei darum, wie die Grenzlinie zu ziehen wäre; England wünschte, daß sie jenseits der Herat im Norden vorgelagerten Gebirge laufe, und daß insonderheit der wichtige, die Straße Herat—Merw beherrschende Sulfikarpaß (bei der Grenze gegen Persien) noch zu Afghanistan geschlagen werde. Zelenoi sollte auf dem Platze, wo die beiderseitigen Vermessungsarbeiten beginnen sollten, am 13. Oktober anlangen; aber er wurde krank, und es wurde mitgeteilt, er werde nicht eher, als im Februar, kommen können. Lumsden traf Mitte November mit einer stattlichen Eskorte von Offizieren und Soldaten an Ort und Stelle ein; ans Werk konnte er natürlich unter diesen Umständen nicht gehen. Häufige und dringende Mitteilungen wurden anläßlich des Verzuges Zelenois zwischen den beiden Regierungen gewechselt; aber eine befriedigende Antwort oder Erklärung wurde von russischer Seite nicht gewährt. Das Gerücht erklärte Zelenois Krankheit als diplomatischer Natur, und russische Truppen erschienen bereits in den Regionen, über deren Zuständigkeit

eben erst entschieden werden sollte, wie vor allem am Sulfikarpaß. Am 28. Januar 1885 nun schien die russische Regierung die Maske lüften zu wollen; sie schlug vor, die russisch-afghanische Grenze durch direkte Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett festzustellen, und zwar zog sie sie bereits so, daß sie sich Herat auf 110 Kilometer nähern und anderthalb deutsche Meilen südlich von Sulfikar laufen, den Paß also den Russen ausliefern sollte. Und zur selben Zeit, als in London der Fall Khartums und der Tod Gordons bekannt wurden, brachte (am 11. Februar 1885) der „Daily Telegraph" die Nachricht, daß die Russen auf Herat vorrückten. Zwar wurde sie in Petersburg in Abrede gestellt; aber die Meldungen Lumsdens ließen keinen Zweifel darüber, daß bereits Pul-i-Khisti (in der südlichsten Oase im Murghab, Pendjeh, etwa 200 Kilometer im Süden von Merw, zu Afghanistan gehörig) sowie der Sulfikarpaß von den Russen besetzt waren. Auf die Vorstellungen des britischen Kabinetts rechtfertigte sich die russische Regierung damit, daß die Afghanen feindliche Bewegungen machten; sie lehnte es am 24. Februar ab, den Sulfikarpaß wieder aufzugeben, erklärte sich aber bereit, ihre Offiziere anzuweisen, Konflikte mit den Afghanen zu vermeiden. Ebenso erhielt Lumsden von London aus den Befehl, die Afghanen zurückzuhalten, — es sollte sich freilich zeigen, daß es dadurch nicht möglich war, den bewaffneten Zusammenstoß zu verhindern. Wie gespannt die Situation war, erhellt daraus, daß die Königin Viktoria am 4. März persönlich ein Telegramm an Alexander III. richtete, um ihm die üblen Folgen vorzuhalten, die ein bewaffneter Konflikt zwischen Russen und Afghanen haben könnte.

Man sollte denken, daß unter diesen Umständen das englische Kabinett sich hüten würde, gerade in diesem Augenblick — trotz der bevorstehenden Entspannung mit Frankreich — den Kolonialkonflikt mit Deutschland zum Äußersten zu treiben, und doch hatte es das Ansehen, als sei Granville dazu entschlossen. Gerade jetzt war der Zwist wieder auf der ganzen Linie entbrannt, und er schien sich noch mehr verschärfen zu wollen. Am 20. Januar 1885 hatte Deutschland förmlich gegen eine britische Besitznahme des östlichen Teiles der Nordküste von Neuguinea protestiert; in Apia auf der Samoainsel Upolu waren Zwistigkeiten entbrannt, die ihren Ausgangspunkt in der Agitation der Neuseeländer für die englische Annexion der Samoainseln hatten. Was Afrika anbelangte, so ging der Zank um die Santa-Lucia-Bai weiter. Am 20. Januar übergab Rohlfs, der, wie wir hörten, zum deutschen Generalkonsul für die Ostküste von Afrika in Aussicht genommen und jetzt daselbst angelangt war, dem Sultan von Sansibar ein Schreiben Wilhelms I., worin der Wunsch nach einem Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag ausgedrückt war; die britische Regierung vertrat dagegen den Standpunkt, daß Sansibar seit langer Zeit unter ihrem Einflusse stehe, und daß hier das britische Handelsinteresse vorwalte. In Kamerun unterdrückte ein deutsches Geschwader unter dem Kontreadmiral Knorr aufständische Bewegungen der Einheimischen; Deutschland hatte sich bereits durch das Verhalten der englischen Beamten bei der Verkündigung des deutschen Protektorates daselbst beschwert gefühlt und erhob jetzt gegen die dort weilenden englischen Kaufleute und Missionäre den Vorwurf, daß sie die Neger aufhetzten. Proteste und Gegenproteste wurden über

alle diese Dinge ausgewechselt; immer wieder ergingen neue Noten von beiden Seiten; Weiß- und Blaubücher wurden publiziert, und in den Parlamenten ertönte der Widerhall der gegenseitigen Aufregung. Bei der außerordentlichen Mäßigung, die der Kolonialpolitik des Kanzlers als oberstes Ziel vorschwebte, konnte ein billiges Abkommen zwischen den beiden Mächten an sich nicht so sehr schwer fallen; man schickte sich auch schon zur eigentlichen Verhandlung über die Abgrenzung des Besitzstandes an; in London begannen kommissarische Beratungen über die Differenzen im Südsee-Archipel, in Neuguinea und auf den Fidschiinseln. Aber das britische Ministerium verteidigte seine Positionen mit größter Zähigkeit, und eben nunmehr ereignete sich ein Zwischenfall, der alles weit hinter sich ließ, was zwischen den beiden Konkurrenten bisher vorgefallen war.

Der Anstoß dazu ging vom britischen Kabinett aus. Es geriet plötzlich in eine so bedrängte Lage, daß es den Gleichmut verlor und einen Ausfall gegen Bismarck unternahm, der als durchaus unangebracht erscheinen mußte. Zwar zerstreuten sich damals bereits allmählich die Wolken zwischen England und Frankreich; aber eben jetzt, im Laufe des Februar, trafen die Hiobsposten aus dem Sudan ein, die zum Rückzuge daselbst nötigten, gewann die bisher latente afghanische Krisis einen akuten Charakter. Die Entrüstung über die schwächliche Politik Gladstones drohte das Ministerium hinwegzufegen; ein Tadelsvotum im Unterhause wurde mit nur 302 gegen 288 Stimmen abgelehnt, indem eine Anzahl Liberaler teils dafür votierte, sich teils der Abstimmung enthielt; im Oberhause ging es mit 189 gegen 68 Stimmen durch. Gladstone und Granville waren schon auf dem Punkte, zurücktreten zu wollen; aber schließlich ließ sich jener davon überzeugen, daß es ein Verbrechen wäre, jetzt den Tories Platz zu machen. Es läßt sich denken, daß Bismarck diese Vorgänge jenseits des Kanals mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgte. Wir wissen, daß Karl Peters Ende 1884 mit einer Anzahl ostafrikanischer Häuptlinge mehrere Abkommen abgeschlossen und dadurch „auf eigene Faust, ja gegen den Willen der Regierung" Deutsch-Ostafrika geschaffen hatte; als Graf Behr-Bandelin jetzt diese Verträge zur Bestätigung in der Reichskanzlei vorlegte, „konnte der erbetene Schutzbrief für die Gesellschaft für deutsche Kolonisation nicht schnell genug ausgefertigt und veröffentlicht werden (27. Februar 1885), weil sich der Fürst davon eine Vermehrung der Schwierigkeiten für das wankende Kabinett Gladstone-Granville versprach". In diesem kritischen Moment entspann sich ein gewaltiges Rededuell Granville-Bismarck, das durch die beiden sog. „Hödurreden" des Kanzlers berühmt geworden ist. In der Debatte über das Tadelsvotum im Oberhause, die am selben Tage (27. Februar) stattfand, hatte der Herzog von Richmond Äußerungen des Fürsten Bismarck angeführt, die eine Mißbilligung der ägyptischen Politik des gegenwärtigen Kabinetts in sich schlossen. Granville geriet darüber in Harnisch. Er war vollkommen überzeugt, daß Bismarcks dämonischer Einfluß hinter all den diplomatischen Ungelegenheiten und Mißhelligkeiten steckte, von denen Großbritannien eben damals bedrängt wurde, ja sogar davon, daß der Verzug der Mission des Generals Zelenoi das Ergebnis seiner stillschweigenden Billigung, wenn nicht gar seiner eigentlichen Anstiftung sein; seiner Ansicht nach war es gewiß, daß, solange die liberale

Regierung am Ruder wäre, der deutsche Kanzler in allen Gegenden der Welt eine Streitfrage nach der andern zum Schaden Englands aufrühre. Von solchem Argwohn gepackt, holte Granville zu einem Vorstoße aus, der sich als eine Fortsetzung und offizielle Besiegelung des Feldzuges der Indiskretionen darstellte, der bereits in der britischen Presse seit einiger Zeit gegen Bismarck auf dem Gebiete der ägyptischen Politik eröffnet worden war. Indem er dessen Größe, Verdienste um das Deutsche Reich und augenblicklich beherrschende weltpolitische Stellung pries, erhob er Einspruch dagegen, daß sein Urteil für die koloniale und auswärtige Politik Englands als autoritativ gelten dürfe, und fuhr fort: „Ich muß zugeben, daß ich nicht das leiseste Recht habe zur Beschwerde über Fürst Bismarcks unfreundliche Beurteilung unserer ägyptischen Politik aus dem einfachen Grunde, daß die Politik der Regierung niemals in Übereinstimmung mit dem Rate war, den er mit Bezug auf Ägypten der früheren Regierung und uns selbst gab, — nämlich es zu nehmen (to take it). Es war ein freundlicher Rat; aber wenn der edle Herr [der Herzog von Richmond] uns tadelt, diesem Rate nicht gefolgt zu sein, so frage ich ihn wiederum, warum er nicht von Lord Beaconsfield befolgt wurde, der, als der gleiche Rat ihm gegeben wurde, antwortete, daß er Ägypten nicht als Geschenk annehmen wolle."

Das war ein Treffer ins Schwarze, und seiner Wirkung konnte es keinen Eintrag tun, wenn Salisbury, der es freilich anders wußte (s. o. S. 152), kategorisch, und indem er „des edlen Lords Einbildungskraft" dem Gelächter des Hauses preisgab, trotz der wiederholten Beteuerung Granvilles erklärte, er habe „niemals von einer solchen Geschichte gehört". Der Zweck von Granvilles unerhörtem Vertrauensbruche war es natürlich, seinerseits Bismarck Widerwärtigkeiten zu bereiten und ihn namentlich vor Frankreich zu kompromittieren, mit dem er ja jetzt in Ägypten zusammenging. Das Mittel schoß weit über das Ziel hinaus, das der Minister damit erreichen wollte; es war zu mißbilligen, da es Geheimnisse preisgab, die zu behüten, der diplomatische Anstand jedenfalls und ganz besonders in diesem Falle gebot, wo es sich doch nur um eine vorübergehende Spannung handelte, bei der vitale Lebensinteressen nicht auf dem Spiele standen, und weil dadurch die Entwicklung vertrauensvoller Beziehungen zwischen beiden Staaten für die Zukunft gestört werden konnte; es war auch unklug und unnütz. Darüber konnte ja kein Zweifel obwalten, daß man in Paris von den früheren Phasen in Bismarcks Ägyptenpolitik bereits unterrichtet war; etwas Neues war hier höchstens die Nachricht, die Granville in seinem Ärger über die Angriffe der Konservativen ausgeplaudert hatte, daß Bismarck schon Beaconsfield zugeredet hatte, die Hand auf Ägypten zu legen, und gerade das stellte Salisbury, der damals Außenminister gewesen war, entschieden in Abrede. Im übrigen waren die Franzosen schwerlich so sentimental, daß sie nicht dem deutschen Kanzler zutrauten, früher auch einmal eine ihren Interessen abträgliche Haltung eingenommen zu haben; obwohl sie davon Wind erhalten hatten, waren sie doch noch mit ihm bei der Aktion, die sich zum Anfang des Jahres an ihre Gegenvorschläge in der ägyptischen Angelegenheit geknüpft hatte, einträchtlich zusammengegangen, und wenn sich jetzt ihre Entente mit Deutschland allmählich löste, so deshalb, weil sie ihnen das gebracht hatte, was sie

mit ihr erreichen wollten, und weil bald darauf Ereignisse eintraten, die ihrer großen Politik eine entgegengesetzte Direktive gaben, indem dadurch der Sturz Ferrys bewirkt wurde. Die Attacke, die Granville gegen Bismarck ritt, zeigte denn auch kein anderes Resultat, als daß er in eine Sackgasse geriet, aus der er sich nur mit Schwierigkeiten und unter Eingeständnis seiner Verirrung befreien konnte, — daß sich die Dinge so gestalteten, das war vor allem der klugen und geschickten Art und Weise zu danken, wie der Kanzler den Hieb Granvilles parierte.

Am 2. März wurde im Reichstage der Nachtragsetat für die Kolonien beraten; Fürst Bismarck ergriff diese Gelegenheit zu einer Auseinandersetzung mit der kolonialpolitischen Opposition im eigenen Parlament, aber auch mit England. Er wies darauf hin, daß die mangelhafte Unterstützung seiner Kolonialpolitik im Reichstag das Ausland ermutige, sich der so maßvollen überseeischen Expansion Deutschlands zu widersetzen; er rechnete aber noch mit dem englischen Widerstande dagegen aufs schärfste ab. Heftig kritisierte er die Gepflogenheiten der britischen Diplomatie der jüngsten Zeit, — statt des üblichen vertraulichen mündlichen Verkehrs ein weitschweifiger Austausch von Noten, Wiedergabe intimer Besprechungen in amtlichen Aktenstücken, die dann im Druck veröffentlicht würden, ebenso Veröffentlichung von Schriftstücken der amtlichen deutschen Korrespondenz, die in britische Hände irgendwie gefallen seien, in behördlichen englischen Sammlungen, womöglich noch bevor sie an ihre Adresse gelangt wären, endlich die Angriffe gegen seine eigene Person. Wenn Granville behaupte, so führte der Kanzler aus, die durch ihn, den Redner, vertretenen deutschen Ansprüche gingen darauf hinaus, England in der Freiheit seiner kolonialen Aktion vollkommen zu beschränken, so stehe die Tragweite dieser Redewendung ganz und gar nicht im Einklange mit dem bescheidenen Maße der deutschen Kolonialpolitik. Niemals habe er, das müsse er Granville gegenüber feststellen, die englische Politik betreffs Ägyptens getadelt, und am allerwenigsten deshalb, weil diese einen Rat nicht befolgt habe, den er ihr erteilt hätte: „Ich habe eben auch den Rat, der hier als von mir stammend angeführt ist, niemals gegeben. Lord Granville befindet sich im Irrtum, wenn er annimmt, daß mein Rat in bezug auf Ägypten dahin gelautet habe, ‚to take it‘, Ägypten zu nehmen. Das ist ein Irrtum.“ Kategorisch genug klang dieses Dementi, wenigstens was die Form oder den Wortlaut anbelangte, in die sein angeblicher Ratschlag von dereinst gekleidet war; aber er sah sich veranlaßt, offenbar eben deshalb, weil es allzu kategorisch war, ihm eingehende Erläuterungen hinzuzufügen, die dessen absolute Geltung einigermaßen herabminderten: Nie habe er der englischen Regierung als solcher einen Rat über die Behandlung Ägyptens gegeben; wohl sei er jedoch von seinem verstorbenen Freunde Russell und auf anderem Wege zu verschiedenen Malen gebeten worden, ihr „einen Rat oder Wink“ zukommen zu lassen, was sie augenblicklich tun sollten, und was die deutsche Billigung finden würde. Auch da habe er es abgelehnt, sich amtlich zu äußern; es sei jedoch in ihn gedrungen worden, seine persönliche Meinung zu äußern, und er habe darauf gesagt: „ich könnte mich in den Fall hineindenken, daß ich englischer Minister wäre; und als Dilettant in der englischen Politik und als ein Liebhaber, vielleicht auch Kenner der Sache, hätte ich meine Ansichten, und wenn ich eng-

lischer Minister wäre, so würde ich in diesem Augenblicke nicht dazu raten, Ägypten zu annektieren; wohl aber sähe ich ein, daß es für England ein Bedürfnis wäre, eine gewisse sichere Stellung in diesem Bindeglied ihres europäischen und ihres asiatischen Etablissements zu haben. Es könnte aber diese Stellung meines Erachtens, ohne mit den Verträgen in Kollision zu kommen, nur durch den Sultan gewinnen." Etwa in der Art, daß es also die Stellung eines Pächters (leaseholder) des Sultans in Ägypten erreiche: das sei vereinbar mit den Verträgen, werde daher bei den andern Nationen keinen Anstoß erregen, zumal da dadurch eine sichere, geschickte und geordnete Verwaltung im Nillande hergestellt werden würde, welche die Interessen der Staatsgläubiger wahrzunehmen geeignet wäre: „Damit würden, beispielsweise bei der Bedeutung, die die finanziellen Interessen in Frankreich hätten, wahrscheinlich keine französischen Rivalitäten und Unzufriedenheiten provoziert werden." Offenbar war es die Bestimmung dieser Stelle der Rede, in Frankreich einen guten Eindruck zu erregen und die Wirkungen der Granvilleschen Indiskretion abzuschwächen; daher verweilte er auf diesem Punkte mit besonderem Nachdrucke, indem er betonte, er habe es eben dadurch zu vermeiden versucht, daß Frankreich verstimmt und ein Bruch zwischen Frankreich und England heraufbeschworen würde, — so viel ging aus diesen gewundenen und ziemlich geschraubten Erörterungen, die fast wie Entschuldigungen anmuteten, freilich immer hervor, daß er die Engländer (und das hatte er ja tatsächlich gegenüber Granville getan) dazu ermuntert hatte, zwar nicht gerade Ägypten zu annektieren, so doch eine Monopol- und Herrschaftsstellung, wenngleich unter formeller Oberhoheit des Sultans, anzustreben: das ganze lief somit auf einen Streit um Worte hinaus, was nämlich unter dem Ausdruck to take it zu verstehen sei. Immerhin konnte er sich dabei durch das Dementi gedeckt fühlen, das Salisbury im Oberhause Granville entgegengestellt hatte, und er war jenem dafür gewiß im Innersten recht dankbar. Zum Schlusse seiner Rede fand der Kanzler große und kräftige Töne. Er bezeichnete den Angriff Granvilles als eine hoffentlich schnell vorübergehende Episode, die aus der Verstimmung hervorgehe, die augenblicklich in England herrsche, und deren Ursache er, wie er Granville mit treffender Ironie vorhielt, in der Erfahrung sehe, „daß man, wenn man überhaupt ähnlicher Laune sei, den Grund der Ereignisse, über die man verdrießlich ist, immer lieber bei anderen als bei sich selbst sucht". Er werde tun, was in seinen Kräften liege, um sine ira et studio die Sache wieder in das richtige Geleise zu leiten und die Eintracht der beiden Staaten zu erhalten, zwischen denen keine vitalen Gegensätze bestünden. „Denn ich kann es doch," so fügte er hinzu, „nur für einen Irrtum in der Schätzung halten, wenn England uns unsere bescheidenen Kolonialversuche mißgönnt"; er warnte davor, durch weiteren Widerstand dagegen das deutsche Volk in eine feindliche Stimmung zu versetzen. An die eigene Nation aber richtete er die Mahnung, nicht durch kleinliche Opposition im Auslande den Eindruck zu erwecken, als ob es dabei auf ihre Zwietracht rechnen dürfe:

„Bei den fremden Nationen machen die Vorgänge in Deutschland ja sehr leicht den Eindruck, daß bei uns zwar unter Umständen, wie 1870, wie 1813, die geharnischten Männer aus der Erde wachsen, wie aus der Saat der Drachen-

zähne in der griechischen Mythe in Kolchis, aber daß sich dann auch stets irgendein Zaubersteinchen der Medea findet, welches man zwischen sie werfen kann, worauf sie übereinander herfallen und sich so raufen, daß der fremde Jason ganz ruhig dabei stehen kann und zusehen, wie die deutschen gewappneten Recken sich untereinander bekämpfen. Es liegt eine eigentümliche prophetische Voraussicht in unserm alten nationalen Mythus, daß sich, so oft es den Deutschen gut geht, wenn ein deutscher Völkerfrühling wieder anbricht, daß dann auch stets der Loki nicht fehlt, der seinen Hödur findet, einen blöden dämlichen Menschen, den er mit Geschick veranlaßt, den deutschen Völkerfrühling zu zerschlagen bzw. niederzustimmen."

Das alte Märchen vom blinden Hödur sollte freilich seine unheilverkündende prophetische Wahrheit für das deutsche Volk noch lange nicht erschöpft haben.

Bismarcks Verfahren gegen Granville in den ersten Tagen des März 1885 wird stets als ein Beweis dafür gelten müssen, welcher Selbstbeherrschung Bismarck fähig war, wie sehr er persönliche Kränkungen den höheren sachlichen Zielen unterzuordnen vermochte. Der Überfall Granvilles hatte ihn in eine peinlich-unangenehme Lage versetzt, und er schien ihm vor allem ein weiteres Zusammenarbeiten mit dem englischen Außenminister zu erschweren, wenn nicht gar zu verbieten. Die Verhandlungen im Reichstage wurden natürlich durch Artikel in der offiziösen Presse sekundiert, die an Schärfe und Heftigkeit des Tones nichts zu wünschen übrig ließen. Noch am 4. April stand in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zu lesen, daß ein vertraulicher Verkehr zwischen den Staatsmännern beider Nationen durch Granvilles Verhalten zur Unmöglichkeit geworden sei, — in Wahrheit war bereits eine diplomatische Aktion intimsten Charakters eingeleitet. Am 2. März hatte Bismarck seine große Rede gehalten, in der er in Person mit dem Abbruche der vertraulichen Beziehungen drohte; am nächsten Morgen bereits begab sich sein Sohn Herbert, damals Gesandter im Haag, nach London, unter dem Deckmantel eines Besuches bei seinem Freunde, dem Earl von Rosebery, der, ein Schwiegersohn Rothschilds, damals als Siegelbewahrer Mitglied des Kabinetts Gladstone war. Die Aufgabe, die ihm der Vater zuerteilt hatte, war eben die Wiederanbahnung eines guten Verhältnisses mit den Leitern der englischen Politik und die Vereinbarung der Grundzüge eines Kolonialabkommens, um die englisch-deutschen Differenzen endlich aus der Welt zu schaffen. Die Motive des Kanzlers zu diesem anscheinend ganz auffälligen Schritte liegen auf der Hand. Er erkannte, daß sich Granville nicht sowohl, um mit Deutschland zu brechen, als vielmehr in der ersten blinden Anwandlung des Grolls zu weit vorgewagt hatte, daß er bei inzwischen wieder erlangter kühler Besinnung um so geneigter sein würde, den Rückzug anzutreten, wenn ihm dafür von der Gegenseite eine Brücke gebaut würde, und daß eben dadurch die psychische Voraussetzung für eine glimpfliche Verständigung mehr als je zuvor und voraussichtlich auch als später gegeben sei. Man darf weiterhin annehmen, daß er sehr wohl sah, daß — mit oder ohne die Granvilleschen Indiskretionen — die deutsch-französische Entente im Abbau begriffen, und daß es daher an der Zeit war, die Flur mit England zu bereinigen, ganz abgesehen davon, daß eine Fortdauer der Spannung mit Großbritannien an sich nichts weniger als wünschenswert war; das Warten auf einen System-

wechsel daselbst war doch eine allzu gewagte Spekulation. So warf er denn mit der ihm eigentümlichen Energie und unbefangenen Entschlußkraft das Steuer herum und machte die Ankündigung wahr, die er am Schlusse seiner Rede vom 2. März gegeben hatte, er werde tun, was in seinen Kräften stehe, „um sine ira et studio in der versöhnlichsten Weise die Sache wieder in das Geleise des ruhigen und freundschaftlichen Verkehrs zu bringen".

In England wirkte das Erscheinen Herbert Bismarcks so überraschend, daß manche es sich nicht anders als durch die törichte Vermutung zu erklären vermochten, daß er darauf ausgehe, Granville und den Kolonialminister Lord Derby zu stürzen. Selbst in preußischen Ministerkreisen gab man sich der Ansicht hin, daß nach der Rede des Vaters, die doch für Gladstone und Granville „sehr aggressiv und niederschmetternd" gewesen war, der Sohn „mit einer Art Ultimatum in der Tasche" nach London gereist sei. In Wahrheit war die Instruktion, deren Träger er war, nichts weniger als ein solches. Zunächst besprach er sich mit Lord Granville. Als die Hauptschwierigkeit erwies sich die Neuguineafrage. Sowohl Granville als auch der Kolonialminister Derby kamen hier über den üblen Eindruck nicht hinweg, den die Nachgiebigkeit des Kabinetts in Australien machen würde. Anfangs hatte es den Anschein, als würde die Verhandlung nicht besonders glatt verlaufen. Granville gefiel sich in einem zwar freundlichen Tone, der jedoch eines „strengen väterlichen Vorwurfs" nicht entbehrte; er gab sich dem Bedürfnis hin, sich in seinem Dialoge mit dem Grafen Herbert für die unerfreuliche Rolle schadlos zu halten, in die er durch die voraufgegangenen öffentlichen Auseinandersetzungen geraten war. Sein Partner blieb ihm nichts schuldig. Er bedeutete ihm: er müsse jetzt „zwischen der Zustimmung der Kolonialbevölkerung und der französischen Presse gewisser Färbung" auf der einen, sowie der deutschen Freundschaft auf der anderen Seite wählen; in Deutschland stünde man unter dem Eindruck, daß England das Reich mit Frankreich und womöglich auch mit Rußland verhetzen wolle, in der Annahme, daß es für Großbritannien das beste sei, wenn der Kontinent sich bekriege, während dieses selbst unterdessen in Ruhe seinem Handel nachgehe. Das rief bei Granville lebhafte Gebärden und mit Protesten verbundene Entrüstungsrufe hervor; schließlich legte sich seine Aufregung einigermaßen, und er entließ den Grafen, indem er ihn um Rückkehr am nächsten Morgen bat und den Wunsch äußerte, die Negoziation möchte nicht in die Brüche gehen. Die noch folgenden vier bis fünf Unterredungen nahmen denn tatsächlich einen zusehends angenehmeren Verlauf; zu guter Letzt erklärte Granville seine Bereitschaft zu Zugeständnissen: sowohl er als auch seine Kollegen seien besonders dadurch befriedigt, daß Graf Bismarck hierher gekommen sei; man betrachte seine Mission als eine hervorragend freundliche Haltung der deutschen Regierung, und man wolle aus diesem Grunde vieles tun, was sonst zu schwer gefallen wäre. Die anderen Minister, mit denen Herbert sprach, überboten sich in Beteuerungen ihrer Neigung zu Deutschland und ihres Wohlwollens, zumal Lord Hartington, der alle Schuld auf Derbys Halbheit und hinterhältiges Benehmen schob.

Daß sich die Atmosphäre so freundlich gestaltete, daran hatte das Hauptverdienst der leitende Minister, der greise Gladstone. Am Abend des 5., nach

einem Diner bei Rosebery, fand eine Unterredung statt, an der dieser, Gladstone, und dessen Freund Bright, der bekannte liberale Politiker, der früher dem Kabinett angehört hatte, teilnahmen. Sie dauerte nur etwa zwanzig Minuten, gab jedoch den Ausschlag. Herbert Bismarck brachte das Gespräch auf die deutsche Kolonialpolitik, wie Gladstone anerkannte, „in einer bescheidenen und durchaus freundlichen Weise“. Der Premier verharrte zuerst auf seinem und der britischen Regierung überhaupt ablehnenden Standpunkte; aber der Graf wußte ihn umzustimmen. Deutschland sei, so stellte er dem „alten großen Manne“ vor, die jüngste der Großmächte und hege den Wunsch, sich auf kolonialem Gebiete insoweit zu betätigen, als es einer Großmacht gebühre. Das solle aber in recht engen und mäßigen Grenzen geschehen, und indem Deutschland sich auf dieses Terrain wage, gebe es England den stärksten Beweis, ein wie festes Vertrauen es darauf setze, daß die Freundschaft zwischen beiden Ländern in der Zukunft erhalten bleibe. Denn es sei sich dessen bewußt, daß es sich, wenn es in seinem kleinen Kolonialbesitze durch eine Kontinentalmacht angegriffen würde, ihr gegenüber durch einen Einfall rächen könne, daß aber andererseits England die deutschen Kolonien mit Erfolg anzufallen vermöge; denn gegen England könne Deutschland keine Vergeltung üben, da jenes die Herrschaft zur See besitze. Es war ein diplomatischer Schachzug des Kanzlers von der höchsten Feinheit und Klugheit, daß er durch seinen Sohn die Einwilligung Englands zur überseeischen Expansion dadurch zu erreichen trachtete, daß Deutschland dann eben für seine Erwerbungen in den ferneren Weltteilen von England abhängig, auf Englands Wohlwollen angewiesen sein würde: in diesem Lichte betrachtet, mußte die Gewährung der deutschen Wünsche der britischen Politik als ein Unterpfand des dauernden Wohlverhaltens Deutschlands gegen England erscheinen. Und so hätten sich ja die Dinge auch in der Folgezeit tatsächlich gestalten sollen; es war nicht gut für Deutschland, daß seiner Leitung später diese Erkenntnis Bismarcks verloren ging. Ausdrücklich beteuerte Herbert, wenn es zu einer kolonialpolitischen Verständigung komme, gebe und könne es betreffend Ägypten zwischen den beiden Mächten keine Meinungsverschiedenheit mehr geben. Das waren Erwägungen, die ihren Eindruck auf Gladstone nicht verfehlten. Zwar setzte er dem Grafen Herbert auseinander, England müsse den Vorurteilen seiner kolonialen Bevölkerung Rechnung tragen, die bald in den australischen Gegenden die herrschende Macht werden würde, und es gewährte ihm gewiß keine geringe innere Genugtuung, daß sein Partner ihm darin verständnisvoll durchaus recht gab. Man kam dahin überein, das Vergangene auf sich beruhen zu lassen, und Gladstone schied mit dem Empfinden, daß die Unterredung ebenso vernünftig wie freundschaftlich verlaufen sei. Noch in der Nacht erstattete er darüber Granville Bericht; am folgenden Tage legte er ihm noch einmal dringend an das Herz, die Differenz bezüglich der Nordküste von Neuguinea, die als einzige übrig bleibe, aus der Welt zu schaffen. Eben damals standen ja die Verhandlungen über die ägyptische Finanzlage vor ihrem Abschlusse, der dann vierzehn Tage später (s. o. S. 472) erfolgte. Daher machte er denn Granville darauf aufmerksam, wie wichtig es sei, alles aus dem Wege zu räumen, was ihrer Beilegung hinderlich werden könnte, und er erklärte es für unbedingt nötig, diese

untergeordneten kolonialen Streitfragen abzuwickeln. Er war der Ansicht, daß England eine Wahl treffen müsse, und daß die fortgesetzte Feindschaft mit Deutschland eine größere Gefahr sei, als die Aufregung der australischen Kolonien über Neuguinea und die Inseln des Stillen Ozeans. Trotz seiner früheren Abneigung und seines Mißtrauens gegen Bismarck, die ihm durch dessen neuerliche Politik gerechtfertigt schienen, warf er das ganze Gewicht seines Einflusses in die Wagschale, indem er auf ein Kolonialabkommen unter Zugeständnissen für Deutschland drang. Ein solches wurde denn jetzt auch unter dem starken Drucke, den er auf das Kabinett ausübte, in der Tat in den Grundzügen vereinbart, und zwar durch Verhandlungen, die zwischen Granville und Herbert Bismarck in den nächsten Tagen stattfanden. Die Vermutung dürfte wohl gerechtfertigt sein, daß außer der Rücksicht auf die ägyptische Frage die augenblickliche ziemlich bedrängte Gesamtlage Großbritanniens auf die Nachgiebigkeit des Londoner Kabinetts nicht ohne Einfluß war.

Es war ein Kompromiß, das also zustande kam; aber es ließ sich nicht verkennen, daß seine hauptsächlichen Vorteile auf der deutschen Seite lagen. Zwar klagte nachher Bismarcks Vertrauter Lothar Bucher darüber, Graf Herbert habe, „in diesen Angelegenheiten, den Karten u. dgl. nicht genug informiert, Rosebery, der ein ‚geriebener Kerl‘ sei, zuviel zugestanden, so daß das Resultat für uns nachteilig ausgefallen sei“. Es läßt sich bezweifeln, ob auch sein Chef Bismarck die Sache so betrachtete; in Anbetracht der internationalen Situation und einer gesunden Konsolidation der kolonialpolitischen Ausdehnung Deutschlands war er sicherlich ganz anderer Ansicht. Nur in Afrika machte Deutschland Konzessionen. Es verzichtete auf die Luciabai und verpflichtete sich nachträglich vertragsmäßig, an der Küste zwischen Natal und der Delagoabai keine Niederlassungen zu gründen. In den deutschen Kolonialkreisen wurde das zunächst als ein Verlust geschätzt; Bismarck dachte nicht so. Auf die Frage, warum er sie aufgegeben hätte, antwortete er einige Monate später: „Ach, die war nicht so viel wert, als es anfangs schien. Leute, die dort Interessen eigner Art verfolgten, hatten sie wichtiger dargestellt, als sie in Wirklichkeit war. Dann wollten die Boers nichts Rechtes in der Sache tun. Sie hätte für uns nur Wert gehabt, wenn sie nicht so weit von Transvaal läge. Den Engländern erschien sie so wichtig, daß sie erklärten, nicht darauf verzichten zu können, und sie haben uns zuletzt viel zugestanden, in Neuguinea und Sansibar. Wir dürften nicht zuviel auf einmal in die Hand nehmen von kolonialen Punkten, und wir hatten deren schon genug für den Anfang. Wir mußten es jetzt mehr mit ihnen halten, mit den Engländern, während wir [sc. früher] mehr auf der Seite Frankreichs gestanden haben. Wie die Wahlen beweisen, hat hier [in Frankreich] aber jeder, der was bedeuten will, Feindschaft gegen uns an den Tag gelegt.“ Die letzten Sätze zeigten deutlich, daß es die in der Veränderung begriffene weltpolitische Gesamtkonstellation war, die Bismarck, da er die Abwandlung des Verhältnisses mit Frankreich durchschaute, zur Einigung mit England bestimmte. Gerade in Südafrika fühlte sich England, unter dem Antriebe der Kapkolonie, von Deutschland am meisten beunruhigt; auf keinen Fall glaubten die Briten erlauben zu dürfen, „daß ihre

Kapkolonie von zwei Seiten her umfaßt würde“; daher mußte sich Deutschland wie mit dem Anfall der Luciabai im Osten der Burenrepubliken, so auch mit der Expedition von Charles Warren in deren Westen, im Betschuanalande abfinden.

Wenn Bucher später darüber Beschwerde erhob, Herbert Bismarck sei nicht zur Genüge mit Karten versehen gewesen und daher in London übertölpelt worden, so bezog sich das auf Kamerun und insonderheit auf das Flußgebiet des Benuë. Die strittigen Grenzen wurden hier festgesetzt oder sachverständigen Kommissionen übertragen. Was Ostafrika anbelangte, so war der vom 27. Februar bewilligte Schutzbrief für die Gesellschaft für deutsche Kolonisation bereits am 3. März veröffentlicht worden; es war also hier bereits eine vollendete Tatsache geschaffen. Von englischer Seite wurde dabei Herbert Bismarck gegenüber lediglich der Wunsch ausgesprochen, Deutschland möge die Souveränität des Sultans von Sansibar über die Küste nicht in Frage stellen, im übrigen aber anerkannt, daß keine Absicht bestehe, das deutsche Kolonisationsunternehmen im Innern des Landes gegenüber von Sansibar zu beanstanden oder zu kreuzen. Das waren Verabredungen, die im Verein mit den Konzessionen Englands in Polynesien dem Kanzler als ein voller Erfolg vorkamen. Hier, nämlich in Neuguinea und den benachbarten Inseln, drangen die deutschen Ansprüche unverkürzt durch; die also erworbene Osthälfte der Nordküste erhielt den Namen „Kaiser-Wilhelm-Land“, während der ihr im Norden vorgelagerten Inselgruppe die Bezeichnung „Bismarck-Archipel“ beigelegt wurde, zu Ehren des Begründers der deutschen Kolonialpolitik, die freilich nur eine kurze Episode für die Geschichte des deutschen Volkes bedeuten sollte. Von Helgoland, das in den Verhandlungen des Frühjahrs 1884 eine Rolle gespielt hatte, war nicht mehr die Rede; die britischen Staatsmänner hatten sich, wie wir wissen, zuerst eine Zeitlang der Vorstellung hingegeben, daß die ganze kolonialpolitische Aktion Bismarcks eine Art Scheingefecht sein möchte, während seine eigentliche Absicht auf den Erwerb dieser Insel gerichtet sei; es tauchte auch später in der Öffentlichkeit Englands der Gedanke auf, ob man nicht gegen die Preisgabe Helgolands an Deutschland dieses zu Nachgiebigkeit in Neuguinea bewegen solle, — aber die deutsche Diplomatie kam auf den Gegenstand nicht mehr zurück, und eine Erörterung, die Ende März 1885 im Unterhause über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Abtretung des Eilands stattfand, vielleicht in der Meinung, dafür in England selbst einige Stimmung zu machen, konnte schon deshalb, weil von amtlicher deutscher Stelle Wünsche in dieser Hinsicht nicht mehr geäußert wurden, einen praktischen Wert nicht haben.

Die Streitaxt ward jetzt jedenfalls begraben, und es konnten von beiden Seiten offiziell beruhigende Erklärungen ausgetauscht werden. Am 6. März bereits erwiderte Granville auf Bismarcks Reichstagsrede, indem er einen völligen Rückzug antrat. Eine Stunde, ehe er in die Sitzung ging, las er die Rede, die er dort halten wollte, Herbert Bismarck vor, indem er ihn fragte, was er daran etwa geändert wissen wollte. Er führte aus: die Worte, die er früher vor den Lords gebraucht habe, und die zu seinem aufrichtigen Bedauern dem Fürsten Bismarck aus Mißverständnis ihrer Tragweite, wie er glaube, Verdruß bereitet hätten, seien ihm unter dem Drucke eines heftigen parlamentarischen Angriffes entfahren; es

habe sich für ihn damals nur darum gehandelt, den Vorwurf des Herzogs von Richmond zurückzuweisen, Englands Politik sei so schlecht, daß der deutsche Kanzler sie verurteilt habe. Statt von einem Rate hätte er vielleicht von der Ansicht Bismarcks sprechen sollen, und wenn er hinzugefügt hätte, der Herzog von Richmond solle nicht erwarten, daß England seine Aktionsfreiheit in auswärtigen und kolonialen Fragen aufgeben werde, so habe das eben dem Herzog, nicht dem Fürsten Bismarck gegolten. Wenn er seine Rede schriftlich aufgesetzt hätte, so würde er wahrscheinlich einen besseren Ausdruck gewählt haben, als die Redewendung, die ihm entschlüpft sei [to take it], die aber auch ihrerseits sicherlich weder auf eine Annexion oder ein Protektorat oder auch nur auf eine künftige Okkupation bezogen werden könne. Nichts habe ihm ferner gelegen als ein Vertrauensbruch; eine solche Handlung wäre für ihn selbst bei weitem peinlicher und nachteiliger, als für andere; er habe bei seinen Darlegungen keinerlei vertrauliche oder freundschaftliche Mitteilungen Bismarcks aus früherer Zeit im Auge gehabt, sondern lediglich spätere, nicht vertrauliche Erklärungen, die ihm anzudeuten schienen, daß es vor zwei Jahren der Wunsch und die Hoffnung der deutschen Regierung war, daß England die Vertretung der Interessen Europas in Ägypten in Zukunft übernähme, selbstverständlich in einer mit den bestehenden internationalen Abmachungen verträglichen Weise. Das war nicht nur eine Revokation, von der es freilich zweifelhaft war, inwieweit sie Glauben finden würde, sondern selbst eine Art von Deprekation, mit der Bismarck wohl zufrieden sein konnte. Hatte dieser am 2. März dem intensiven Wunsche zur Besserung des deutsch-britischen Verhältnisses schließlich Ausdruck gegeben, so endete auch Granville jetzt mit der Versicherung, er werde fortfahren, die versöhnliche Politik durchzuführen, von welcher Bismarck gesprochen hätte, zumal jetzt, da sich Deutschland und England fast in allen Erdteilen berührten und sich in herzlicher Kooperation dem großen gemeinsamen Werke des Handels und der Zivilisation widmeten. Die im Schlußpassus liegende Andeutung einer für die Folgezeit wohlwollenden Haltung Großbritanniens für die deutsche Kolonialpolitik wurde noch breiter variiert in einer Rede, die Gladstone sechs Tage später im Unterhause hielt. Er machte davon Anzeige, daß die Verhandlungen über die Abgrenzung der beiderseitigen Protektoratsgebiete in Neuguinea einen befriedigenden Anfang genommen hätten, und erging sich in allgemeinen Erörterungen über das Problem des Verhältnisses beider Staaten auf dem Gebiete kolonialer Wirksamkeit: Deutschland habe zu prüfen, bis zu welchem Grade es sein Interesse sei, eine kolonisierende Macht zu werden. Was England betreffe, so dürfe es Deutschland dabei nicht mit scheelen Augen ansehen. Man dürfe nicht die Besetzung des einen oder andern Punktes in krämerhaftem Geiste besprechen, um mit scheelem Auge das zu betrachten, was nicht England zufalle. Er sei der Ansicht, daß sowohl politisch als auch prinzipiell kein schwererer Fehler seitens Englands gemacht werden könne, als solche Laune vorherrschen zu lassen. Werde Deutschland eine kolonisierende Macht, so rufe er ihm Gottes Segen für seine Bestrebungen zu; es werde Englands Bundesfreund und Genosse sein zum Segen der Menschheit. „Ich begrüße seinen Eintritt in diese Tätigkeit und werde es erfreulich finden, daß es unser Genosse in der Verbreitung des Lichtes und der

Zivilisation in weniger zivilisierten Gegenden wird. Es wird bei diesem Werke unsere herzlichsten und besten Wünsche und jede Ermutigung finden, die in unserer Macht steht."

Der Eindruck der Reden Granvilles und Gladstones konnte in Deutschland nur der beste sein. In England selbst und in Frankreich wurde die erste vielfach abfällig beurteilt, zumal in diesem letzten Lande als eine Unterwerfung unter Bismarck verspottet. Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erklärte sie für korrekt. Den Abschluß des ganzen Zwischenspieles bildete die sog. zweite Hödurrede Bismarcks vom 13. März 1885. Hatte er in der ersten eine doppelte Frontstellung eingenommen, sowohl gegen England als auch gegen die einheimische Opposition, so legte er jetzt, indem er zugleich darauf hinwies, daß die Verständigung mit England im Werke wäre, das Schwergewicht des Gegensatzes auf das innerpolitische Moment. Vor Gott und der Geschichte klagte er den Parteigeist Loki an, den Urwähler Hödur, der die Tragweite der Dinge nicht beurteilen könne, zu verleiten, daß er das eigene Vaterland erschlage, so daß das ganze herrliche Werk von 1866 und 1870 wieder in Verfall gerate. Und als der Abgeordnete Eugen Richter im Verlaufe der Diskussion seine Befriedigung darüber aussprach, daß mit England das Einvernehmen über die Kolonialfragen eingeleitet sei, entgegnete er ihm, selbiges sei nicht nur schon eingeleitet, sondern auch bereits „angebahnt und wahrscheinlich"; er hielt ihm freilich auch vor, noch leichter wäre es zustande gekommen, wenn die Opposition nicht im Reichstage Auffassungen geäußert hätte, die in der Verhandlung mit England Deutschlands Stellung schwächten. Das war eine rhetorisch-polemische Wendung; tatsächlich hat die Rücksicht auf die parlamentarischen Verhältnisse im Reiche die deutsch-englische Negoziation niemals irgendwie bemerkbar beeinflußt.

Neunzehntes Kapitel.

Die Ausgestaltung des deutschen Kolonialreiches und die weltpolitische Entwicklung unter dem Einflusse der deutsch-englischen Entspannung.

1885—86.

Die deutsch-englische Entspannung war somit in der Hauptsache eine vollendete Tatsache. Unter ihrem Einflusse konnte sich jetzt die weitere Ausgestaltung des deutschen Kolonialreiches vollziehen; ihre Einwirkungen erstreckten sich aber noch weiter, indem durch sie der Gang der zwischen den anderen Mächten schwebenden weltpolitischen Differenzen in mannigfacher Hinsicht bestimmt wurde, und zwar in Verbindung mit zwei wichtigen Ereignissen, die sich bald darauf in Frankreich und England vollzogen, indem dort noch im Frühjahr 1885 das Kabinett Ferry, hier im Verlaufe des Sommers das Ministerium Gladstone zu Fall kamen.

Dank der überlegenen Staatskunst und der weisen Mäßigung des Reichskanzlers, sowie der verständnis- und taktvollen Ausführung seiner Intentionen durch seinen Sohn waren die Grundlagen für die kolonialpolitische Verständigung zwischen Deutschland und England geschaffen. Auf ihr baute sich eine ganze Reihe von Einzelabkommen auf, wie auch auf ihrer Grundlage die deutsche Expansion über See zu ihrem vorläufigen Abschlusse gelangte. In kurzer Übersicht verzeichnen wir die dazu gehörigen Ereignisse und Tatsachen. Mitte März wurde eine gemischte deutsch-englische Kommission zur Regelung der privatrechtlichen Verhältnisse der beiderseitigen Untertanen in den deutschen Gebieten Südwestafrikas zwischen dem Oranjefluß und dem Kap Frio, d. h. der Grenze von Portugiesisch-Angola, eingesetzt. Zur besseren Verbindung mit den neuen Kolonien und zur Förderung der kaufmännischen Interessen, zumal des industriellen Exportes, war die Regierung bereit, Subventionen für Postschnelldampfer nach den fremden Weltteilen zu zahlen. Der Reichstag bewilligte Ende März 1885 eine solche für die Linien des Norddeutschen Lloyds nach Ostasien und Australien, lehnte aber eine solche für Afrika damals noch ab. Später jedoch (1889) wurde, um das hier sogleich zu bemerken, auch eine solche durch Woermann begründet und gleichfalls mit einer Reichssubvention ausgestattet. Zum Ende des April kam eine Vereinbarung über die Grenze der Protektorate in Neuguinea zustande; darauf erteilte der Kaiser am 17. Mai der Neu-Guinea-Kompagnie einen förmlichen Schutzbrief: durch Vereinbarungen vom 29. April und vom 7. Mai wurden, indem Deutschland zugleich seine Verwahrung gegen das Hissen der britischen Flagge in Santa-Lucia-Bai zurückzog, die beiderseitigen Gebietssphären am Golf von Guinea abgegrenzt, und

es wurden Bestimmungen über die Gewährung gegenseitiger Handels- und Verkehrsfreiheit daselbst getroffen. Alle diese Abmachungen, Konsequenzen der Verhandlung Herbert Bismarcks im Anfange des Monats März, wurden noch durch Granville geschlossen; jetzt aber stürzte das Kabinett Gladstone, dem er angehörte. Durch seine schwache auswärtige und koloniale Politik, zumal durch sein Auftreten im Sudan, war seine Stellung schon längst unterhöhlt; dazu kamen Schwierigkeiten im Innern, verursacht insonderheit durch die irische Frage; unter ihrem Drucke nahm Gladstone, als er bei der Abstimmung über eine von ihm beantragte Getränkesteuer im Parlament (9. Juni) eine Niederlage erlitt, zwei Tage später seine Entlassung. Sein Nachfolger wurde Salisbury; aber dieser vermochte sich, da die Neuwahlen Ende des Jahres gegen ihn ausfielen, nur wenige Monate (bis zum 26. Januar 1886) zu halten; dann trat Gladstone noch einmal auf kurze Zeit an seine Stelle. Der wiederholte Kabinettswechsel hatte auf die Abwicklung der englisch-deutschen Kolonialdifferenzen keinen Einfluß; die friedliche Auseinandersetzung zwischen den beiden Mächten wurde dadurch im großen und ganzen, abgesehen von kleinen Zwischenfällen, nicht gestört; sie zog sich, namentlich was die sehr schwierigen Verhältnisse in Ostafrika anbelangte, über den Sturz Gladstones hinaus, wurde jedoch unter Salisbury in ganz demselben Geiste behandelt, wie unter dessen Vorgänger, und auch hier zu einem den deutschen Wünschen entsprechenden Ende gebracht.

Bereits vor der Londoner Reise Herbert Bismarcks hatte die deutsche der britischen Regierung davon Anzeige gemacht, daß sie den Generalkonsul Rohlfs nach Sansibar entsandt habe, um den Sultan zur Annahme der Bestimmungen der Kongoakte über die Handelsfreiheit zu bewegen. Danach war „die Erstreckung des konventionellen Kongobeckens" und der hier zu handhabenden Handelsfreiheit mit der Maßgabe vorgesehen, daß dafür die Zustimmung der unabhängigen Staaten an der Ostküste einzuholen sei, und die Mächte hatten sich verpflichtet, diese zu erwirken und auf jeden Fall für den Transit aller Nationen die günstigsten Bedingungen zu sichern. Großbritannien wurde nun ersucht, seinen Vertreter in Sansibar, Kirk, zu instruieren, in diesem Sinne gemeinsam mit Rohlfs am Hofe in Sansibar tätig zu sein. Ende März erging tatsächlich aus London eine entsprechende Weisung, zugleich mit dem Auftrage, freundschaftliche Beziehungen mit Rohlfs zu unterhalten und mit ihm überall da zusammenzugehen, wo gemeinschaftliche Gesichtspunkte und Interessen vorlägen. Aber weder glückte es Rohlfs, in ein gutes Verhältnis mit Kirk noch auch mit dem Sultan zu gelangen. Am 6. April wurde der englischen Regierung mitgeteilt, daß der Kaiser die Oberhoheit über die Ostafrikanische Gesellschaft übernommen hatte; indem jene den Empfang dieser Anzeige bestätigte, ohne eine Einwendung zu erheben, drückte sie indirekt ihre Anerkennung für das deutsche Vorgehen aus. Anders der Sultan von Sansibar. In einem Telegramm vom 27. April an Kaiser Wilhelm protestierte Seyyd Bargasch in unschicklich-brüskem Tone gegen die Erklärung des deutschen Protektorates über Usugara, Usugua, Nguru und Ukami; er behauptete, daß diese Landschaften von alters her zu Sansibar gehörten und unter seiner Souveränität stünden. Wie Rohlfs nach Berlin meldete, handelte er dabei unter dem Einfluß

von Kirk; auf eine Anfrage, die Bismarck darüber nach London richtete, wurde erwidert, daß Kirk dann gegen seine Instruktion verstoßen haben würde, und Kirk, darüber zum Berichte aufgefordert, erwiderte umgehend, daß der Sultan ganz selbständig und gegen seinen Rat seinen Einspruch erhoben habe. Auch in London und Paris legte Seyyd Bargasch Protest ein, freilich ohne hier Gehör zu finden. Von deutscher Seite wurde die Rechtmäßigkeit seiner Handlungsweise sofort bestritten. Es wurde geltend gemacht, daß sich unter seiner unbedingten Botmäßigkeit nur die größeren Inseln Sansibar, Pemba und Mefia befänden, daß er aber über die gegenüberliegende Küste keine geschlossene Herrschaft besitze, daß hier vielmehr nur eine Reihe sehr weit voneinanderliegender Punkte, im ganzen 25 bis 30, von seinen Agenten besetzt und mit Zollhäusern versehen seien, daß das dazwischen und weiter im Innern bis zu den großen Seen gelegene Land völlig unabhängig wäre, und daß sich selbst seine nominelle Oberherrlichkeit bestenfalls auf einen äußerst schmalen Küstenstreifen beschränke. Weit entfernt, diese Einwendungen zu beachten, schritt Seyyd Bargasch zu gewaltsamem Widerstande. Im Laufe des Mai ließ er Truppen in die strittigen Gebiete einrücken; ebenso entsandte er eine Expedition von 600 Mann mit einigen Geschützen gegen die Luciabai vor Witu, dessen Sultan sich kurz vorher unter den deutschen Schutz gestellt hat. Diesen militärischen Demonstrationen gegenüber ordnete Ende Mai das Reich die möglichst schleunige Zusammenziehung eines Geschwaders an der Ostküste von Sansibar an, indem zugleich England um eine gemeinsame diplomatische Aktion in Sansibar ersucht wurde, damit eine gewaltsame Lösung des Konflikts vermieden würde; es wurde dabei betont, daß es ganz und gar nicht in der Absicht liege, die Unabhängigkeit des Sultans anzutasten oder die Abtretung von Gebieten zu verlangen, die ihm unzweifelhaft gehörten, sondern daß Deutschland nur die Anerkennung des deutschen Protektorates über die genannten Landschaften fordere und daneben einen Handelsvertrag mit Sansibar wünsche, ohne jedoch einen solchen erzwingen zu wollen.

Das britische Kabinett, damals noch Gladstone-Granville, unterstützte das deutsche Vorgehen, indem es freilich zugleich die Gelegenheit benützte, sich in Deutschlands Nachbarschaft, gleichfalls zwischen den Seen und der Küste, im Norden der neuen deutschen Kolonie festzusetzen. Ende Mai erhielt der englische Botschafter in Berlin den Auftrag, Bismarck zu versichern, daß die britische Regierung nicht daran denke, die deutschen Kolonialpläne in Ostafrika zu kreuzen, daß sie diese vielmehr mit Wohlwollen verfolge, da ihre Verwirklichung in weiten Gebieten, die noch von europäischem Einflusse bisher nicht berührt worden seien, die Zivilisation heimisch machen werde. England werde, so sollte Malet weiter ausführen, mit Deutschland gern zur Unterdrückung der Sklavenjagden und des Sklavenhandels daselbst zusammenwirken, ebenso in der kommerziellen Erschließung und Entwicklung dieser Gegenden; es sei zu diesem Zwecke in England bereits ein Unternehmen im Gange, das geeignet sei, indirekt die deutschen Bemühungen zu fördern: hervorragende Kapitalisten hätten die Absicht, eine englische Niederlassung im Norden der Deutschen zu begründen und die Küste Ostafrikas mit dem Quellgebiete des Nils durch eine Eisenbahn zu verbinden. Die

britische Regierung stehe diesem Projekte günstig gegenüber; aber sie wolle alles vermeiden, was hier zu ähnlichen Differenzen führen könnte, wie früher am Golf von Guinea. Die deutsche Regierung nahm (es blieb ihr nichts anderes übrig) die Eröffnungen, die ihr Malet machte, mit Dank entgegen; eine Abgrenzung der deutschen und der britischen Interessensphäre wurde in Aussicht genommen, sobald das nötige Kartenmaterial vorhanden wäre, desgleichen eine solche zwischen dem prätendierten Küstenbesitze des Sultans und den von Deutschland beanspruchten Distrikten. Nachdem im Juli Rohlfs abberufen worden war, dessen Auftreten in Sansibar nicht die Billigung Bismarcks fand, traf Anfang August ein deutsches Geschwader vor Sansibar ein; es übermittelte dem Sultan die vorläufigen Forderungen Deutschlands mit der Erklärung, daß im Falle ihrer Nichtannahme die freundlichen Verhandlungen abgebrochen werden würden. Als 24 Stunden verstrichen waren, ohne daß eine Antwort erfolgte, nahmen die Schiffe eine Stellung vor dem Palaste ein, und unter dem Zwange dieser Drohung gab der Sultan nach. Bedingungslos erkannte er (am 13. August) die Schutzherrschaft des Reiches über alle von den Deutschen in Besitz genommenen Landschaften mit Einschluß von Witu an. Die weiteren Verhandlungen führte der Admiral Knorr, der einige Tage später mit der Korvette „Bismarck" eintraf. Jetzt konnte auch an die Durchdringung des festländischen Hinterlandes und die Ausgestaltung der Kolonisation hierselbst gegangen werden. Zur finanziellen Fundierung des Unternehmens errichtete das Direktorium der Gesellschaft für deutsche Kolonisation am 7. September 1885 die „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft" mit einem Kapital von 4 Millionen, das auf Anregung Bismarcks durch die deutsche Finanzwelt aufgebracht wurde. Stationen wurden angelegt; zusehends entfaltete sich der Handel; neue Verträge mit den einheimischen Machthabern wurden geschlossen und das Schutzgebiet dadurch erweitert. Am 26. Oktober räumte der Sultan den Hafen von Daressalam an der Festlandsküste der Gesellschaft zum freien Gebrauch unter Vorbehalt seiner Oberhoheit ein. Durch einen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag, den Knorr am 20. Dezember 1885 mit Seyyd Bargasch abschloß, erreichten die Verwicklungen ihren äußerlichen Abschluß; die endgültigen Festsetzungen über die Grenzen und die weitere Ausgestaltung der deutschen Herrschaft in Ostafrika vollzogen sich in den folgenden Jahren.

Eine Episode in der damaligen Phase der Bismarckschen Kolonialpolitik war der Karolinenstreit mit Spanien. Seit längerer Zeit bereits bestanden auf den Karolinen- und den diesen westlich benachbarten Palau-Inseln deutsche Handelsinteressen in großer Anzahl; die hier ansässigen Deutschen wandten sich an die Berliner Regierung mit der Bitte, beide Inselgruppen in die deutsche Schutzherrschaft aufzunehmen. Nachdem einige der dazu gehörigen Eilande schon im 16. Jahrhundert besucht worden waren, entdeckte 1686 der spanische Admiral Sazeano die Faraulep-Gruppe; er nannte sie zu Ehren Karls II. „Karolinen", — eine Bezeichnung, die dann auf den ganzen Archipel übertragen wurde. Im Anfange des 18. Jahrhunderts unternahm der Jesuit Cantova einen mißglückten Versuch, das Christentum hier einzuführen; er wurde ermordet, ohne daß die spanische Regierung das Verbrechen ahndete. Sie kümmerte sich nicht um diese Gegenden;

sie vollzog niemals hier einen Hoheitsakt, wie auch niemals eine spanische Behörde oder Garnison hier existierte. Erst zum Beginn des 19. Jahrhunderts wurden die Inseln genauer erforscht, durch russische, französische und deutsche Reisende, ohne daß Spanier sich daran beteiligten; trotzdem, und obwohl fast ausschließlich deutsche Interessen sich daselbst inzwischen entwickelt hatten, erhob der spanische Konsul in Hongkong im Jahre 1874 den Anspruch, auf Grund einer angeblichen Souveränität und Zollhoheit Spaniens über die Karolinen und Palauinseln Amtshandlungen vorzunehmen. Dagegen protestierten 1875 Deutschland und England; sie erklärten, die fraglichen Gebiete seien herrenloses Land, und sie könnten eine spanische Souveränität und Zollhoheit daselbst nicht anerkennen. Die Madrider Regierung ließ sich diese Verwahrung gefallen, ohne einen Widerspruch einzulegen. Indem man sich in Berlin dazu entschloß, das deutsche Protektorat über die Inseln zu statuieren, machte man davon in Madrid Anzeige (6. August 1885); jetzt jedoch wurde hier eine solche Absicht als eine Verletzung von alters her geltender Rechte Spaniens bezeichnet. Sofort gab Deutschland seine Bereitwilligkeit zu erkennen, die spanischen Ansprüche zu prüfen und eventuell die Vermittlung einer mit beiden Staaten befreundeten Macht anzurufen. Da bereits der Befehl erteilt worden, die deutsche Flagge zu hissen, und da inzwischen auch die spanische Regierung von den Philippinen aus nach den Karolinen zwei Schiffe entsandt hatte, welche Zivil- und Militärbehörden, sowie Missionäre und alles nötige Material an Bord hatten, um die Ausübung der spanischen Souveränität zu „vervollständigen", so wurde von Berlin aus den deutschen Kriegsschiffen der Befehl gegeben, jeden Zusammenstoß mit den spanischen Streitkräften zu vermeiden. Am 21. August trafen die beiden spanischen Schiffe vor der Insel Yab ein mit dem Auftrage, sie in Besitz zu nehmen, am Abend des 25. das deutsche Kanonenboot Iltis. Da seitens der Spanier noch kein Akt der Okkupation erfolgt war, wurde durch Aufziehen der Fahne sofort die deutsche Schutzherrschaft über die beiden Inselgruppen proklamiert.

An sich war die Angelegenheit bereits in Wege geleitet, die eine gütliche Beilegung vorbereiteten; da drohte sich der Konflikt zu verschärfen. Auf die Kunde von den Vorgängen auf der Insel Yab versammelten sich vor dem deutschen Gesandtschaftshause in Madrid Pöbelmassen; die Fenster wurden eingeworfen, das Wappen heruntergerissen, durch die Straßen als Trophäe geschleppt und schließlich verbrannt. Ähnliche Ausschreitungen fanden gegen das deutsche Konsulat in Valencia statt. Die deutsche Regierung hielt es für ratsam, Gegenmaßregeln zu treffen. Die unterwegs befindlichen Schiffe wurden angewiesen, die Häfen Spaniens und der spanischen Kolonien nicht anzulaufen; das Nordseeübungsgeschwader erhielt den Befehl, im nördlichen Teile des Atlantischen Ozeans zu kreuzen. In der amerikanischen Presse wurden bereits Stimmen laut, die gegenwärtige Aktion Deutschlands richte sich in Wahrheit gegen Kuba und daher gegen die Vereinigten Staaten, man wolle in Berlin die Gelegenheit benutzen, um sich in dem bevorstehenden deutsch-spanischen Kriege dieser Insel zu bemächtigen. Aber sowohl in Berlin wie auch in Madrid war man weit entfernt von kriegerischen Gedanken. Die spanische Regierung leistete korrekt Entschuldigung und

Genugtuung für die begangenen Exzesse, und Deutschland beharrte bei seinem Erbieten zu gütlicher Verhandlung, wiewohl auch England jetzt die spanische Souveränität über die Karolinen bestritt. Von Anfang an war Bismarck gewillt, den Zwist mit Spanien in versöhnlichem Geiste zu behandeln; er hielt den Anlaß für allzu unbedeutend, als daß er daraus einen Bruch und feindliche Verwickelungen emporwachsen lassen wollte; die Sache schien ihm sogar geeignet, eine gute innerpolitische Wirkung zu erzielen. Es handelte sich gerade für ihn darum, den Kulturkampf in Preußen endgültig zu beseitigen, und so war ihm denn der Karolinenstreit eine willkommene Gelegenheit, in Rom einen angenehmen Eindruck zu machen, indem er dem Papste anbot, die Vermittlung darin zu übernehmen. Selbst motivierte er die Zuschiebung des Schiedsrichteramts an Leo XIII. damit, daß es ihm dadurch möglich wurde, „diesem eine Aufmerksamkeit zu erweisen und zu manifestieren, wie gut man mit ihm persönlich stehe trotz des Zentrums". In der Tat zeigte sich die politische katholische Presse dem Projekte wenig geneigt; die „Germania" schrieb: „Zum Besten des Papsttums tut Fürst Bismarck sicher nichts." Eine Anfrage in Madrid, ob man damit einverstanden sei, wurde bejahend beantwortet, „und so war der Sturm im Glas Wasser in eleganteſter Weise beschwichtigt". Dem spanischen Gesandten gegenüber behandelte Bismarck die Frage in humoristischer Weise, so daß dieser sehr erleichtert davon ging. Der einzige vernünftige Mann in Spanien, so erzählte er, während der Krisis sei der König gewesen; die Spanier hätten sich als höchst töricht, ja unzurechnungsfähig erwiesen; die Franzosen hätten lebhaft dabei geschürt, und das sei der Lohn für die fünfzehnjährigen Liebesmühe, sie zu versöhnen.

So wurde denn der Konflikt mit leichter Mühe beigelegt. Tatsächlich fühlte sich der Papst „durch die ihm übertragene Vermittlung sehr gehoben"; er machte am 22. Oktober genau den Vorschlag, den ihm Bismarck suppeditiert und für Deutschland als akzeptabel bezeichnet hatte. Unter einer ausführlichen Begründung, die ja unter diesen Umständen Nebensache war, beantragte der Heilige Stuhl eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Spanien auf die folgenden Bedingungen hin: Anerkennung der Souveränität Spaniens über die Karolinen- und Palauinseln, daher Organisation einer dauernden spanischen Verwaltung daselbst, Freiheit für Deutschland betreffend Handel, Schiffahrt und Fischerei, Errichtung einer Schiff- und Kohlenstation, sowie von Plantagen und landwirtschaftlichen Unternehmungen in derselben Weise wie für spanische Untertanen. König Alfons, der von vornherein nach Kräften für Mäßigung und Ausgleich gewirkt hatte, nahm den Schiedsspruch des Papstes gern an; es wurde eine Verabredung getroffen, derzufolge auch der bestehende deutsch-spanische Handelsvertrag bis 1892 verlängert wurde. Zwar starb Alfons XII. plötzlich am 25. November 1885; aber seine Witwe Maria Christina, die ihrer Niederkunft entgegensah und die Regentschaft übernahm, versprach, die mit ihrem Gemahl getroffenen Vereinbarungen zu halten. Daraufhin wurde am 17. Dezember in Rom ein Protokoll durch die beiden Vertreter Deutschlands und Spaniens am Römischen Stuhle unterzeichnet, das auf der Grundlage des päpstlichen Mediationsvorschlages die Streitfrage endgültig beilegte. Die Befriedigung des Papstes über das ihm erwiesene

Vertrauen und den glücklichen Ausgang der Angelegenheit kam darin zum Ausdruck, daß er Bismarck durch ein höchst schmeichelhaftes Schreiben, dessen Veröffentlichung er selber wünschte, den Christusorden in Brillanten verlieh, „eine merkwürdige Huldigung für das Deutsche Reich und die Person des Fürsten".

Durch die große Aktion Bismarcks in den Jahren 1884/85 war somit das deutsche Kolonialreich, wie es seitdem bis zum Ausbruch des Weltkrieges bestand, fünfmal größer an Umfang als das Mutterland, im wesentlichen begründet worden. Mit England war eine Verständigung in dem Umfange, wie sie zur Zeit wünschenswert war, erzielt worden; mit Frankreich wurde am 24. Dezember 1885 ein Protokoll unterzeichnet, das die Grenzen und gegenseitigen Beziehungen hinsichtlich der beiderseitigen Besitzungen an der Westküste von Afrika und in der Südsee regelte. Glänzende Beweise seiner kolonisatorischen Fähigkeiten hat das deutsche Volk seitdem in seinen neuen Schutzgebieten abgelegt, unendlich viel für die Hebung der materiellen Kultur und der Zivilisation von Land und Leuten geleistet. Der Neid, die Raffgier und der Übermut der Sieger haben jetzt diese ganze Herrlichkeit in Rauch aufgehen lassen; zum Schaden fügten sie noch den Spott hinzu, indem sie ihren schnöden Raub damit beschönigten: ihre eigenen Kolonien, aus denen wir auch bisher schon immer unsern Bedarf gedeckt hätten, seien ja eben deshalb in Wahrheit die unsrigen, da wir auch künftighin darauf angewiesen wären; bloße Eitelkeit sei es, wenn wir auch dem Namen nach besondere Pflanzungen über See zu haben wünschten. Sie stritten dem deutschen Volke die Eignung zur Kolonisation ab, — dem deutschen Volke, das im Mittelalter die große Tat der Kolonisation und Germanisation des heutigen Ostdeutschlands vollbracht hat. Und daß ihm die Fähigkeit zu kolonisatorischer Wirksamkeit, zur Förderung von Kultur und Zivilisation doch noch nicht abgegangen war, das bewiesen der hohe Stand unserer Siedlungen, wo der Feind es jetzt nicht verschmäht, die Früchte unseres Schweißes zu ernten, sowie die rührende Treue und Zähigkeit, mit der die Eingeborenen beim Ausbruch und im Verlauf des Weltkrieges bis zuletzt an uns festhielten. Deutschland, jetzt verarmt und verstümmelt, von ungeheuren Lasten erdrückt, gegen früher für die Folgezeit auf das schwerste benachteiligt, sowohl was seinen Bedarf an Rohstoffen anbelangt, durch den Verlust großer Gebiete mit reichen Bodenschätzen und durch die Erschwerung der Einfuhr, schon im Zusammenhange mit der Valuta, als auch was die Ausfuhr und den Absatz seiner Produkte auf dem Weltmarkte betrifft, vermag die auf der Fläche, die ihm jetzt noch zur Verfügung steht, sitzenden Menschen nicht mehr zu ernähren; so wird sich denn der Mangel an eigenen überseeischen Besitzungen auch insofern fühlbar machen, als der überschüssige Nachwuchs aller möglichen Berufe dorthin keinen Abfluß mehr finden kann. So wird bei uns früher oder später eine Auswanderung größten Stils erfolgen müssen, und diejenigen, die also ihr Vaterland verlassen (keineswegs werden das etwa die schlechtesten und untüchtigsten Elemente unseres Volkes sein) werden froh sein müssen, wenn man sich in den anderen Weltteilen gegen sie nicht schon von vornherein feindlich abwehrend absperrt. Wo man ihnen aber in der Folgezeit noch den Eintritt gestatten sollte, da ist es mehr als zweifelhaft, ob man ihnen, selbst wenn sie von sich selbst aus dazu fähig und willens wären, ohne wei-

teres ihre Nationalität zu bewahren erlauben wird. Sie werden (darüber dürfen wir uns keine Illusion machen) in großem Umfange entdeutscht werden. Ihre Kraft wird dem Gesamtvolke entzogen werden, d. h. die Deutschen werden wieder Völkerdünger werden, wie dereinst in den Zeiten der Völkerwanderung, wie auch zum Teil bei ihrem Vordringen im Osten Europas im Mittelalter (gerade jetzt hat diese Entwicklung bei der nunmehrigen Gestaltung der Landkarte hierselbst auf Grund des „Friedens" von Versailles ihre letzte und furchtbarste Besiegelung und Vollendung erfahren), wie bei der Auswanderung nach Amerika im Laufe des 19. Jahrhunderts, — haben wir es doch erleben müssen, wie sich viele Kämpfer deutscher Herkunft im amerikanischen Heere befanden, das gegen uns über den Ozean herangebracht wurde. Das alles wird sich jetzt voraussichtlich steigern, vor allem der Verlust unserer Volkskraft. Auch auf dem Gebiete überseeischer Kolonisation haben wir das Erbteil verspielt, das uns Bismarcks weitschauende und zugleich besonnen-machtvolle Staatskunst angesammelt hatte, und gerade hier muß es mehr als fraglich erscheinen, ob es je möglich sein wird, diesen unermeßlichen Schaden wieder gutzumachen. Vae victis!

* *
*

Frankreich und Rußland, d. h. die ägyptische und die afghanische Frage, waren bisher die Druckmittel gewesen, deren sich Bismarck bedienen konnte, um England den deutschen Kolonialwünschen geneigt zu stimmen. Durch die Tätigkeit seines Sohnes Herbert in London war nunmehr der britisch-deutsche Kolonialkonflikt im großen und ganzen beseitigt. Zwar glaubte der Kanzler noch oft klagen zu müssen, zumal darüber, daß das britische Kabinett zwar alles verspreche, die lokalen Instanzen da draußen jedoch passive Resistenz zeigten, insonderheit in Sansibar; aber die überseeischen Differenzen zwischen beiden Mächten waren doch in der Hauptsache aus dem Wege geräumt, und es lag in der Natur der Dinge, daß Frankreich und Rußland jetzt nicht mehr so, wie früher, darauf rechnen durften, einen Rückhalt an Deutschland bei ihren weltpolitischen Zwistigkeiten mit England zu finden. Das zeigte der weitere Verlauf sowohl der ägyptischen als auch der afghanischen Angelegenheit im Fortgange des Jahres 1885.

Durch die Konvention der Mächte vom 17. März (s. o. S. 472) waren die ägyptischen Finanzen insoweit geregelt, daß Englands Stellung im Nillande nach dieser Seite als befestigt gelten durfte und eine sichere Grundlage für die Aufrechterhaltung der Okkupation geschaffen war. Zwar hörte die Kollektivaufsicht der Mächte über die ägyptischen Finanzen nicht auf; sie war sogar, wie wir sahen, erweitert worden, indem auch Deutschland und Rußland daran beteiligt wurden; aber es war doch jetzt möglich geworden, jene in einen mehr erträglichen Zustand zu bringen, und wenn Ägypten nur seine pekuniären Verpflichtungen prompt erfüllte, so brauchte England, das eben darüber seine Hand halten mußte, nicht zu fürchten, durch ein geschlossenes Vorgehen der Mächte in seiner ägyptischen Position bedroht zu werden, zumal da es sich auch jetzt in dieser Richtung nicht gebunden hatte und bei eigener loyaler Haltung gegen Deutschland auf dessen weiteres Wohlwollen dabei zu zählen vermochte. Neben dem Sudanproblem war es

jetzt vor allem die Frage des Suezkanals, die der Lösung harrte. Bei den Abmachungen vom März bezüglich der Finanzen hatte England darein gewilligt, daß eine Konferenz der Mächte zur endgültigen Regelung der Schiffahrtsfreiheit auf dem Kanal nach Paris berufen würde. Sie trat am 30. März zusammen und wurde durch Ferry eröffnet; aber noch an demselben Tage wurde dieser durch ein Mißtrauensvotum der französischen Kammer gestürzt. Den äußeren Anlaß dazu gab der Krieg in Tongking (s. o. S. 345). Da sich Ferry scheute, mit allzu hohen Forderungen für ihn an das Parlament heranzutreten, war er nicht mit dem nötigen Nachdruck geführt worden; die dadurch erlittenen Schlappen wurden durch die Opposition seit geraumer Zeit benutzt, um die öffentliche Meinung gegen Ferry einzunehmen; die Nachricht von der Niederlage bei Langson, welche die Chinesen soeben den Franzosen beigebracht hatten, wurde von der Rechten und den Radikalen unter der Führung Clémenceaus benutzt, um Ferry zu Fall zu bringen. In Wahrheit waren die letzten Ereignisse auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatze um so belangloser, als der Frieden mit China bereits gesichert war; Ferry hatte sich freilich den chinesischen Unterhändlern darüber zum Schweigen verpflichten müssen. Der Grund des Vorgehens der Opposition bestand vielmehr darin, daß diese die koloniale und allgemeine Politik des Kabinetts unter dem Gesichtspunkte mißbilligte, daß Frankreich dadurch von seiner eigentlichen Aufgabe, der Rache für Elsaß-Lothringen, abgezogen und mit England verfeindet würde. Es wurde sogar geradezu und offen ausgesprochen, daß das die letzte Intention der frankreichfreundlichen Politik Bismarcks sei, und daß das Ministerium entfernt werden müsse, damit man wieder freie Bahn für die chauvinistischen Tendenzen gewinne. Clémenceau erklärte rundheraus, Ferry sei unwürdig, „mit den französischen Volksvertretern weiterhin die großen Interessen des Vaterlandes zu diskutieren“; als Verräter und Preuße, als Schützling und Vasall Bismarcks wurde er vor der Nation gebrandmarkt. Sein Nachfolger als Ministerpräsident wurde Brisson; das Portefeuille des Auswärtigen übernahm Freycinet.

Nicht sogleich machten sich die Folgen des Kabinettswechsels in Paris bemerkbar und geltend, weder was das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland noch auch zu England anbelangte. Auch für Ferry war ja seine Kolonialpolitik letzten Grundes nur eine Etappe zur Stärkung im Hinblick auf weitere Machtziele, — erklärte er doch wenige Wochen nach seinem Sturze selbst in der Kammer, keine französische Regierung werde oder könne koloniale Erwerbungen als eine Kompensation für 1871 betrachten. Und wenn auch Freycinet als Träger der Idee der Revanche und der Annäherung an Rußland eine höhere Aktivität zu entfalten geneigt war, so waren ihm doch die Hände gebunden. Auch er sah sich noch auf die deutsche Hilfe damals angewiesen; selbst um den Krieg mit China schnell und ohne Einbuße an Prestige liquidieren zu können, benützte Frankreich eben damals die wohlwollenden Zwischendienste Deutschlands. Als noch viel notwendiger und fruchtbarer bewährten sich diese im Fortgange der Suezkanalkonferenz; wie schwer man auch immer in London die Politik Ferrys empfunden hatte, so bedeutete doch sein Rücktritt noch keineswegs etwa die Möglichkeit, hier zu einem Einvernehmen zu gelangen. Man war sich in England dessen zwar ganz genau bewußt, daß Ferry

die Hauptstütze der bisherigen antibritischen Politik Bismarcks gewesen war. „Der Feldzug, den Fürst Bismarck die letzten sechs Monate gegen das [Londoner] Auswärtige Amt geführt hatte, stützte sich für seinen Erfolg in hohem Grade auf die Existenz des Ministeriums Ferry in Frankreich, dessen selbstauferlegte Mission darin bestanden hatte, in allen Teilen der Welt Mißhelligkeiten gegen Großbritannien anzurühren und für Fürst Bismarck ein nützliches Werkzeug zu sein." So schrieb denn Gladstone an Granville, als das Kabinett Ferry unmittelbar vor seinem Fall stand: „Es scheint, daß Ferry vor uns sterben wird, und ich werde nach dem, was wir neuerdings erfahren haben, darüber keinen Schmerz empfinden." Granville antwortete, als sich das Ereignis vollzogen hatte: „Ferry ist kein Verlust für uns; er zog in den Quai d'Orsay als ein vollkommener Ignorant bezüglich der auswärtigen Angelegenheiten ein, und je mehr er davon lernte, um so mehr geriet er in Bismarcks Dienstbarkeit, und um so tückischer wurde er gegen uns." Zum Glück für Bismarck war damals die grundsätzliche kolonialpolitische Einigung zwischen England und Deutschland bereits zustande gebracht, und ebenso kam es ihm zu statten, daß der französisch-englische Interessengegensatz doch allzu groß war, als daß er so leicht zu überbrücken gewesen wäre. Das bewies eben der Verlauf der Suezkanalkonferenz; sowohl England wie auch Frankreich bewarben sich dabei um Deutschlands Gunst. Während dieses den Kanal unter eine internationale Aufsicht gestellt wissen wollte, trat England für eine bloße „Neutralisierung" ein: nicht Aufgabe einer internationalen Kommission, wie man in Paris verlangte, sollte es sein, die freie Schiffahrt im Kanal zu überwachen und zur Geltung zu bringen, sondern der ägyptischen Staatsgewalt, hinter der ja England selbst stand.

Von beiden Seiten wurden Anstrengungen gemacht, Deutschland zu gewinnen, und so stand Bismarck vor einer folgenschweren Entscheidung. Bei seiner Anwesenheit in London hatte Herbert Bismarck dem Prinzen von Wales zu erkennen gegeben, daß sich sein Vater gerne mit einem der britischen Minister persönlich aussprechen würde, am liebsten, wie er durchblicken ließ, mit Charles Dilke oder Rosebery. Dem britischen Kabinett lag damals gerade die afghanische Angelegenheit am meisten am Herzen, und so hatte es schon Anfang April die Entsendung Roseberys erwogen; er sollte damals dem Kanzler die Versicherung abgeben, daß man in dieser Frage aufrichtig friedlich gesinnt sei und lediglich eine unparteiische Justiz begehre, daß man jedoch einem wirklichen Angriffe der Russen, zumal auf Herat, entgegentreten müsse. Jetzt aber trat für England im Augenblick wieder Ägypten in den Vordergrund, und schon traute man (Mitte Mai) in England dem Kanzler den Versuch zu, die Suezkommission in eine politische Konferenz über die ganze ägyptische Frage zu verwandeln. So wurde denn jetzt Rosebery zwar nach Berlin geschickt, wo er vom 20. bis zum 26. Mai verweilte; über das, was Bismarck für die „Hauptsache" hielt, die afghanische Frage, sagte er nichts, so daß Bismarck erst die Rede darauf bringen mußte. Nach Mitteilungen, die dieser bald darauf nach Paris zu machen beliebte, wurden dagegen die ägyptischen Verhältnisse eingehend erörtert. Der Kanzler bezeichnete es dabei als eine Verleumdung, daß er Frankreich und England verhetzen wolle: seien die Briten gesonnen, im

Nillande zu bleiben, so sollten sie das den Franzosen offen anzeigen und ihnen einen Kaufpreis anbieten; wollten sie es verlassen, so sei es das beste, zur Verhütung der Anarchie türkische Truppen zu verwenden und dem Sultan dafür die Mittel zu gewähren; er käme daher „auf sein altes Rezept zurück, daß Frankreich und England sich verständigen, für das Ergebnis ihrer Verständigung die Zustimmung der drei Kaiserhöfe nachsuchen und demnächst gemeinsam unter finanzieller Erbietung dem Sultan ihre Vorschläge machen möchten, die alsdann alle Aussicht auf Annahme haben würden". Von englischer Seite erfahren wir über die Verhandlungen Bismarcks und Roseberys aus einem Briefe Granvilles an Gladstone: „Der Vater [Bismarck] leugnete nicht, daß er unsere Politik gekreuzt habe; aber schließlich, nachdem er Courcel nach seiner Rückkehr aus Paris gesehen hatte, war er in seiner Sprache versöhnlicher. . . . Rosebery scheint schweigsam und vorsichtig gewesen zu sein. Er sprach wie von sich selber die Idee einer Neutralisation des Kanals aus. Der Fürst sagte, er habe davon noch nie gehört und wolle es gern in Erwägung ziehen."

Courcel war eben damals von einem Besuche in Paris nach Berlin zurückgekehrt, und er hatte in den letzten Tagen, da Rosebery sich hier aufhielt, eine Unterredung mit Bismarck, die auf diesen, aber auch auf ihn selbst einen ungünstigen Eindruck machte. Danach schien es dem Fürsten, als ob er die Festigkeit der französischen Regierung gegenüber England nicht überschätzen dürfe, als ob sie auf ihren ursprünglichen Forderungen bezüglich des Kanals nicht bestehen würde. Daraus zog er den Schluß, daß sich Deutschland nicht mit England überwerfen dürfe, indem es sich französischer gebärde als Frankreich selbst; immerhin, weil er an einer dauerhaften Verständigung mit Paris zweifelte, hielt er doch eine solche von vorübergehender Natur noch nicht für ausgeschlossen, und weil er mit der Haltung Englands in den überseeischen Zwistigkeiten, zumal der lokalen Faktoren in den britischen Kolonien und der Agenten, noch immer nicht gänzlich zufrieden war, so glaubte er in der ägyptischen Frage noch keinen entschiedenen Frontwechsel vornehmen zu dürfen. So entschloß er sich denn für eine Politik der mittleren Linie: Deutschland darf sich weder mit England noch auch mit Frankreich entzweien; es darf ebensowenig zwischen ihnen eine nähere Intimität anbahnen helfen oder gar ihre gegenseitige Verstimmung bis zu einem Kriege fördern; daher muß es sich in der Suezkanalkommission der Zurückhaltung befleißigen, damit es nicht in den Verdacht friedensstörender Treibereien gerät, und eben deshalb den Dingen freien Lauf lassen, wenn Frankreich selbst vor England zurückweichen will. Er machte daraus keinen Hehl Courcel gegenüber, der Deutschland die Initiative zum aktiven Widerstand gegen Großbritannien zuschieben wollte, und der Botschafter zog daraus, daß Bismarck dazu nicht geneigt war, den Schluß, daß dieser „das Steuer seiner Politik vollständig herumzuwerfen" im Begriffe sei. So weit war der Kanzler jedoch noch keineswegs, und auch in Frankreich konnte man den Beistand Deutschlands noch so wenig entbehren, daß offiziell, sei es auch nur aus Opportunitätsgründen, beruhigende Versicherungen an Deutschland erteilt wurden. Barrère, der französische Gesandte in Ägypten, der seine Regierung auf der Konferenz vertrat, sprach sich dem deutschen Bevoll-

mächtigten gegenüber, dem Generalkonsul in Kairo, Herrn von Derenthall, Ende Mai dahin aus: Freycinet wolle die Politik Ferrys fortsetzen; nach seiner persönlichen Überzeugung werde der Frieden Europas am besten durch eine französisch-deutsche Annäherung verbürgt. Er war von der Besorgnis ergriffen, die er auch offen äußerte, daß sich England bemühe, Deutschland von Frankreich abzuziehen, und hielt es für angebracht, Deutschland davor zu warnen, sich durch die britischen Lockrufe verführen zu lassen, da Frankreich doch immer in der Lage sei, diesem in London den Rang abzulaufen: der Krieg zwischen Rußland und England wegen Afghanistans sei doch nur eine Zeitfrage, wenn ihn das britische Kabinett jetzt auch noch im Bewußtsein seiner völligen Isoliertheit und infolge der unsicheren Haltung Frankreichs zu vermeiden trachte; es werde jedoch aus seiner Isoliertheit herauszugehen streben und habe dann die Wahl zwischen Deutschland und Frankreich, werde jedoch unter Beilegung der ägyptischen Differenz diesem letzteren den Vorzug geben, weil ihm die französische Seemacht mehr Nutzen verspreche.

Solche Eröffnungen konnten die deutsche Reichsleitung nur in dem Entschlusse größter Vorsicht bestärken. Sie teilte die Ansicht Barrères, daß England im Falle eines Krieges mit Rußland mehr Wert auf ein Zusammengehen mit Frankreich als mit Deutschland legen würde, und glaubte, daß Frankreich dann unter Umständen den britischen Anerbietungen nicht werde widerstehen können, daß schon deshalb (abgesehen von allem andern) auf eine dauernde französisch-deutsche Entente nicht zu rechnen sei, daß dadurch jedoch eine solche von vorübergehender Art bis auf weiteres nicht ausgeschlossen werde, wiewohl man darauf freilich „keine politischen Häuser bauen könne". Wollte sich die französische Regierung also jetzt mit geringeren Kautelen für die Sicherheit des Kanalverkehrs begnügen, als sie anfänglich für nötig erachtete, um so besser für Deutschland, und in diesem Sinne erging an Derenthall die Instruktion, eventuellen Vorschlägen Freycinets im Plenum der Kommission zuzustimmen, wenn sie die Billigung der befreundeten Mächte fänden. Aber eben in denselben Zeiten ließ er die Franzosen doch schon andererseits wissen, „es wäre möglich, daß der zukünftige Kaiser seine [d. h. Bismarcks] Politik nicht fortsetzen wollte, und so möchten sie in Zukunft in Ägypten nur das verlangen und betreiben, was sie den Engländern gegenüber allein vertreten und durchsetzen zu können glaubten". In der Tat stand es damals „mit dem alten Herrn [Wilhelm I.] recht bedenklich", und falls der Kronprinz zum Throne gelangt wäre, hätte der Kanzler sicherlich zum mindestens große Schwierigkeiten gehabt, noch weiter die ägyptische Frage gegen England ausspielen zu können; aber es bedurfte schwerlich der Aussicht auf einen Regierungswechsel, um es ihm ratsam erscheinen zu lassen, sich für Frankreich fürderhin nicht mehr allzu stark zu engagieren. Die Konferenz setzte einen Vertragsentwurf auf, der, gemäß den französischen Wünschen, in der Bildung einer internationalen Überwachungskommission gipfelte. Von den Italienern unterstützt, verweigerten die Engländer die Genehmigung; so ging die Konferenz auseinander, indem der Ausgleich der also noch schwebenden Gegensätze Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett vorbehalten blieb. Bis zuletzt hatte auf ihr Deutschland zu Frankreich gestanden, und Freycinet ließ der deutschen Reichsleitung durch Courcel dafür (24. Juni) seinen Dank und seine Freude dar-

über aussprechen, „daß das Zusammengehen der drei Kaiserhöfe mit Frankreich sich durch alle Phasen der Verhandlungen bewährt und seine Früchte getragen habe“.

Wie groß auch immer die Schwierigkeiten und Bedrängnisse waren, welche der Stand der Dinge in Ägypten, zumal die Ereignisse im Sudan, der britischen Regierung schufen, so traten sie doch in den Hintergrund gegen die Gefahren, die eben jetzt, im Frühjahr und im Sommer 1885, der afghanische Konflikt heraufbeschwor; mehr als einmal brachte er Verwicklungen mit sich, die den Ausbruch eines Krieges zwischen Großbritannien und Rußland befürchten ließen.

Die Festlegung der Grenze Afghanistans gegen Norden und damit der britischen und der russischen Interessensphäre in Zentralasien war der vornehmste Streitpunkt, über den sich die beiden Mächte noch immer nicht zu einigen vermochten. Als Herbert Bismarck Anfang März in London verweilte, wurde er wiederholt über seine Ansicht bezüglich der afghanischen Grenzstreitigkeiten und darüber befragt, was man in Berlin über die russischen Absichten und Stimmungen erfahren habe; mit größter Zurückhaltung suchte er der Antwort auszuweichen. Rosebery vertraute ihm an, daß es England weniger um die Grenze an sich zu tun sei, als vielmehr um die Stimmung des Emirs: würde dieser den Eindruck gewinnen, daß ihn Großbritannien vor Gebietsverlusten nicht zu schützen imstande sei, so würde er sich den Russen in die Arme werfen und einfach auf ewig deren Trabant werden. Um die daraus folgende Bedrohung Indiens zu verhindern, so beteuerte er, würde England nicht vor einem Kriege zurückschrecken, der sich dann freilich nicht auf Afghanistan beschränken, sondern in alle zugänglichen Teile Rußlands getragen werden würde, für den man insonderheit auf die Hilfe des Sultans rechne; ohne Zweifel würde dieser gern die Gelegenheit ergreifen, seine verlorenen Gebiete in Kleinasien wieder zu erobern. Der Kanzler bemerkte dazu freilich skeptisch, „oder den Rest zu verlieren“. Ähnliche scharfe Töne wurden vor Herbert auf der russischen Botschaft angeschlagen: Rußland stehe in Mittelasien viel stärker da, als der Rivale, und brauche daher den Kampf nicht zu scheuen; es könne auch im Notfalle einige Prätendenten gegen den Emir loslassen und die Afghanen gegeneinander aufhetzen. Am 13. März lehnte England den russischen Vorschlag vom 28. Januar (s. o. S. 474) ab, demzufolge u. a. der Sulfikarpaß noch russisch werden sollte, und verlangte, daß die Grenze weiter im Norden gezogen würde. Zwar wurde am 16. März ein Abkommen getroffen, demzufolge sich die russischen Truppen jedes Vorrückens auf dem strittigen Gebiete enthalten sollten; aber in der Hauptsache kam man nicht weiter, und in einer Note vom 27. März bestand Rußland auf seiner bisherigen Forderung.

So erhielt die Angelegenheit ein ernsthaftes Aussehen. In England wurden die Reserven und die Miliz einberufen; die Zeitungen verkündigten, daß in Indien eine größere Armee von einheimischen Truppen mobilisiert werde, von der 50 000 Mann nach Pischin (zwischen Quita und Kandahar an der ostindisch-afghanischen Grenze) marschieren würden, sowie daß eine Panzerflotte zu Operationen in den nördlichen Meeren entsandt werden solle. Anfang April wurde aus Hongkong gemeldet, daß englische Schiffe die Insel Port Hamilton in der Koreastraße besetzt hätten. Die Regierungen von China, Japan und Korea wurden davon ver-

ständigt mit dem Bemerken, daß der Admiral den Befehl habe, die Flagge zu hissen, wenn die russische Flotte herannahe. In den russischen Zeitungen war nämlich der Gedanke erörtert worden, für den Fall eines Krieges Kaperschiffe in den sibirischen Häfen, von denen dafür Wladiwostok am japanischen Meere am meisten in Betracht kam, auszurüsten, um den englischen Handel in Ostasien zu vernichten, — Port Hamilton nun beherrschte und sperrte den Ausgang aus dem japanischen Meere nach Süden. In Rußland entstand eine große Aufregung; die Presse verlangte die Räumung der Insel, da der Krieg sonst unvermeidlich sei. Eine Begegnung zwischen dem britischen Vizekönig Lord Dufferin und dem Emir, die um dieselbe Zeit stattfand, schien anzuzeigen, daß England gewillt war, sich mit aller Energie hinter Afghanistan zu stellen. Am 4. April lehnte Granville die Fortsetzung der Verhandlungen über die Grenze auf Grund der russischen Vorschläge ab. Wie Rosebery dem Grafen Bismarck mitgeteilt hatte, man dachte in London an Operationen nicht nur in Afghanistan, sondern auch, wie die Besetzung von Port Hamilton bewies, in den ostasiatischen Gewässern, sowie in der Hoffnung auf die Mitwirkung der Pforte im Schwarzen Meere und in Armenien. Rekognoszierungen wurden angestellt über einen Vormarsch von Bagdad aus, bis wohin man den Tigris benutzen wollte, in der Richtung nach Erzerum und Tiflis, sowie von Trapezunt aus nach den gleichen Orten, womit eine Demonstration gegen Odessa verbunden werden sollte. Die Voraussetzung dafür war, daß der Sultan der englischen Flotte die Meeresengen öffnete; es war nicht daran zu zweifeln, daß man in London die Pforte dazu würde zu bestimmen trachten.

Die Situation war bereits aufs höchste gespannt, da traf am 7. April in Petersburg und London die Kunde ein, daß es am 30. März zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Russen und Afghanen gekommen sei. Schon waren ja die Russen seit einigen Wochen (s. o. S. 474) in die Oase Pendjeh eingedrungen und standen hier den Afghanen gegenüber; die Petersburger Regierung hatte sich allerdings durch die Konvention vom 16. März dazu bereit erklärt, ihnen feindliche Berührungen mit den Afghanen zu verbieten, und der britische Grenzkommissar, der General Lumsden, hatte gleichfalls aus London die Weisung erhalten, auch die Afghanen davon abzuhalten. Trotzdem entspann sich am 30. März bei der festen Brücke über den Kuschk, einen linken Nebenfluß des die Oase durchströmenden Murgab, 35 km oberhalb der Mündung, ein Gefecht zwischen dem General Komarow mit dem Gros der russischen Streitmacht und 5000 Afghanen unter Naib Salar; diese wurden geschlagen. Die Russen hatten angegriffen; es lag ihnen daran, eine militärisch vorteilhafte Stellung zu gewinnen, indem ihnen, wie sie behaupteten, ein Befehl, sich des Kampfes zu enthalten, aus Petersburg nicht zugegangen war. Bereits am folgenden Tage traf von hier in London ein Telegramm ein, das die Hoffnung ausdrückte, der unglückliche Zwischenfall möchte die Weiterführung der Verhandlungen nicht verhindern; aber die Berichte Komarows und Lumsdens darüber, wen die Schuld an dem Zusammenstoß treffe, widersprachen sich. Beide Regierungen traten für ihre Militärs ein, und der Konflikt zwischen ihnen spitzte sich bedrohlich zu. Die britische Presse führte eine sehr energische

Sprache; sie forderte die Abberufung Komarows und die Zurücknahme der russischen Truppen in ihre früheren Stellungen; mehrere Wochen lang bestand die Gefahr eines Kriegsausbruches, und man war in England selbst davon in weiten Kreisen überzeugt. In Konstantinopel wurde die Erlaubnis zum Passieren der Dardanellen und des Bosporus nachgesucht und dafür, wie man in Berlin wissen wollte, „die Besetzung Ägyptens angeboten"; es wurde in diesem Sinne bereits auf den türkischen Justizminister Hassan Fehmi Pascha eingewirkt, der sich gerade in London zu Verhandlungen über die osmanischen Souveränitätsrechte in Ägypten befand. Am 21. April brachte die Regierung beim Parlament eine Kreditforderung von 11 Millionen Pfund Sterling ein, von denen 4½ Millionen für den Sudan, der Rest für „spezielle Vorbereitungen außerhalb des Sudans", d. h. für eventuelle Verwicklungen mit Rußland, bestimmt waren; sie wurde Anfang Mai im Unterhause einstimmig nach einer großen Rede Gladstones bewilligt, in der er gegenüber dem Vorwurfe der Opposition, daß die beantragte Summe nicht ausreiche, ausführte, daß es sich zunächst nur um den Anfang von militärischen Vorbereitungen handele, daß auch der Fall des Krieges noch nicht vorliege: „Wir werden es uns zur Aufgabe machen, diesen diplomatischen Streit in einer Weise zu Ende zu führen, daß, wenn er unglücklicherweise mit einem Bruch oder in Unfrieden endigen sollte, wir wenigstens das Urteil der zivilisierten Welt zurückweisen können, daß wir nicht alles Mögliche getan hätten, um durch gerechte und ehrenhafte Bemühungen zu verhindern, daß sich die beiden Länder in einen Krieg stürzen."

Schon aus diesen Worten Gladstones war herauszulesen, daß das englische Kabinett weit davon entfernt war, bewußt und gewaltsam auf den Krieg hinzutreiben, daß man den Bruch mit Rußland vermieden und eine friedliche Lösung herbeigeführt wissen wollte. In der Tat hätte man in London am liebsten den Konflikt durch die Vermittlung Deutschlands aus der Welt geschafft, und dieses geriet dadurch in eine um so peinlichere Verlegenheit, als die Russen bereits den Versuch gemacht hatten, der englischen Durchfahrt durch die Dardanellen vorzubauen, indem sie sich dagegen auf den entsprechenden (dritten) Artikel des erneuerten Dreikaiserbündnisses beriefen, welcher sich auf die Pflicht des Sultans zur Sperrung der Meeresengen bezog. Bismarck erkannte sofort (am 9. April) an, daß deren Öffnung eine Verletzung der Neutralität bedeuten und die Pforte ohne weiteres in Kriegszustand mit Rußland setzen würde. Er sprach sich sofort in diesem Sinne sowohl in Wien als auch in Konstantinopel aus; er war der Ansicht, daß die Triple-Entente diese Probe bestehen müsse. Eine Anregung aus Petersburg, auch Frankreich zu veranlassen, auf die Pforte für strenge Neutralität einzuwirken, gab er nach Paris weiter, und es wurde ihr hier Folge geleistet. So widerrieten die großen Festlandsmächte der Türkei, den Wünschen Englands Gehör zu geben; nur Italien nahm eine Zeitlang eine abweichende Haltung ein. Beweglich klagte der britische Botschafter in Wien, Sir Augustus Paget, sekundiert von seinem italienischen Kollegen, Graf Robilant, darüber, daß England keinen Freund mehr auf dem Kontinent habe; wenn er es unerörtert lassen wollte, wem dies zuzuschreiben sei, so zielte er damit auf Bismarck ab. In Konstantinopel machte das

Auftreten der Mächte Eindruck, zumal auf den Großwesir, der allerdings zunächst noch nicht ganz sicher darüber war, ob es ihm gelingen würde, falls es sich darum handele, die Dardanellen mit Gewalt zu schließen, beim Sultan die dafür erforderlichen Befehle zu erwirken; auch dieser überzeugte sich sehr bald von der absoluten Notwendigkeit ihrer Sperrung, indem er freilich hoffte, daß die Briten auf den, wie er glaubte, von ihnen bereits geplanten Gewaltstreich in Rücksicht auf die andern Mächte in letzter Stunde Abstand nehmen würden. Verteidigungsfähig waren die Meeresstraßen, falls die englische Flotte sie hätte forcieren wollen. Seit 1880 weilte in der türkischen Hauptstadt eine deutsche Militärmission, von der Goltz u. a.; der zu ihr gehörige Major Ristow, zur Zeit Brigadegeneral in türkischen Diensten, hatte darüber keine Zweifel, und der Botschafter v. Radowitz empfahl daraufhin den deutschen Offizieren in Konstantinopel, „ihrerseits in der geeigneten Weise bei den türkischen Militärbehörden die Initiative zu nehmen, um auf die Notwendigkeit der schleunigen Ausführung geeigneter Verteidigungsmaßregeln für die Meeresengen, als durch das militärische Interesse der Türkei geboten, hinzuwirken". Das erschien dem Kanzler doch bedenklich; es wirft auf seine letzten Intentionen ein aufhellendes Licht, wenn er den Bericht, den Radowitz hierüber erstattete, mit den Marginalnoten kommentierte: „s'abstiner" und „geht über den Strich!"

So schwankte das Zünglein der Wage zwischen Krieg und Frieden. In Berlin glaubte man Mitte April nicht, daß es zu den Waffen kommen würde: Rußland denke vorläufig noch gar nicht daran, Herat, nicht einmal die letzte Gebirgslinie davor zu nehmen; England sei gar nicht imstande, sich auf militärische Operationen einzulassen, da es ihm an genügenden Streitkräften fehle, die Intendantur und daher die Ausrüstung der Truppen ganz ungenügend sei; die Soldaten, die man noch zu Hause habe, seien meist zu jung zur Verwendung in den Tropen; die Engländer würden vier Monate brauchen, um von Quettah nach Herat zu gelangen, die Russen könnten viel eher dort sein. „Kronprinzens sind," so erzählte Bismarcks Vertrauter, Lothar Bucher, „sehr verdrießlich und sehr ungehalten über den Kanzler, der in Petersburg nicht vermitteln und England aus der Verlegenheit helfen will, und der ihnen in Konstantinopel in den Weg tritt." Indem er von dem Versuche Englands sprach, hier die Passage durch die Meeresengen zu erwirken, fügte er hinzu: „Man hat dem Sultan aber von Berlin und Wien gesagt, daß man hier auch ein Wort zur Sache habe, und unsere Offiziere in Stambul sollen [?] sorgen, daß die Durchfahrt mit Torpedos gesperrt wird." Am 27. April äußerte sich Bismarck selbst dahin, „England wünsche jetzt lebhaft die Intervention einer dritten Macht, d. h. Deutschlands, er werde sich aber wohl hüten, Rußland zu konterkarieren", und von anderer Seite wird später über Bismarcks damalige Politik berichtet: „Auf seinen Antrieb hin geschah es, daß Österreich und Italien in Konstantinopel erklärten, sie würden die Einwilligung in eine Durchfahrt der englischen Flotte durch die Dardanellen als eine Verletzung der türkischen Neutralität ansehen. Sie schlossen so das Schwarze Meer, und das war der einzige Punkt, wo Rußland verwundbar war. Es wäre somit für ihn so leicht gewesen, seine eventuellen Gegner im Osten durch Kriege sich verbluten zu lassen, die er

nicht angestiftet hatte, die Deutschland nichts angingen, und für die man auf ihn in St. Petersburg nicht einmal irgendwelchen Groll hätte werfen können."

Man hat daraus den Schluß gezogen, Bismarck sei es gewesen, der damals den Ausbruch des Krieges zwischen England und Rußland verhindert habe, und man hat ihm daraus sogar einen Vorwurf gemacht. Holstein zählte später „die Verhinderung des Zusammenstoßes Englands und Rußlands in Afghanistan und die ganze trakassierende Politik gegenüber von Rußland" unter die Fehler der Außenpolitik Bismarcks. Es ist indes sehr die Frage, ob dem Vorgehen Bismarcks in der Frage der Meeresengen und seiner ganzen Politik in der afghanischen Krisis die Wirkung zugeschrieben werden kann, daß dadurch der Ausbruch des Krieges zwischen England und Rußland damals verhütet wurde. Wenn man auch in London den Gedanken einer Durchfahrt durch die Dardanellen und den Bosporus erwog, so hatte das doch nur die Bedeutung eines Projektes, an dessen Ausführung man erst dann ging, wenn der Krieg wirklich ausbrach, und damit hatte es bei den letzten Intentionen Gladstones, die auf eine friedliche Lösung des Konfliktes gerichtet waren, noch gute Wege. Und kam es so weit, so war erst abzuwarten, welche Haltung die Pforte einnehmen würde, ob sie sich dem englischen Ansinnen oder einem eventuellen Protest der Dreibundmächte fügen würde, die schwerlich über eine rein formale Verwahrung hinausgegangen wären. England hätte sich durch eine solche bei voller Entschlossenheit kaum einschüchtern lassen. Am 7. Mai wurde im Oberhause über die Verpflichtung beraten, die Schließung der Dardanellen zu respektieren; Salisbury vertrat dabei den Standpunkt, daß die Verbindlichkeiten Englands in dieser Hinsicht keineswegs allgemein europäischer oder internationaler Natur seien, sondern lediglich dem Sultan gegenüber bestünden, daß England daher, wenn der Sultan die Meeresstraßen nicht unabhängig, sondern unter dem Druck einer fremden Macht schließen wolle, keineswegs gebunden sei, sich der Durchfahrt zu enthalten. Der Gedanke, daß die deutschen Offiziere dafür sorgen sollten, daß die Passage durch Torpedos gesperrt würde, war kaum ernst zu nehmen und rührte wohl von Bucher her; wenigstens werden wir noch hören, daß Bismarck selbst später damit rechnete, daß der Sultan sie den Engländern erlauben würde. Im übrigen ist zu beachten, daß durch das erneuerte Dreikaiserbündnis von 1881/84 Deutschland und Österreich genötigt waren, gegen eine Öffnung der Meeresengen zu protestieren; sie erfüllten somit durch ihren gemeinsamen Schritt in Konstantinopel lediglich eine ihnen vertragsmäßig obliegende Pflicht. Noch viel weniger ist dadurch, daß sich Bismarck dem Wunsche Englands und des kronprinzlichen Paares versagte, den sogar Wilhelm I. teilte, die Vermittlung zwischen Petersburg und London zu übernehmen, etwa der Krieg verhindert worden. Die Weigerung des Kanzlers entsprang offenbar aus seinem Widerstande, in die Sache hineingezogen zu werden; er wollte keinen Schritt tun, der in Petersburg als eine Begünstigung des britischen Interesses aufgefaßt werden konnte. Er erinnerte sich des Mißtrauens und des Hasses, den seine Rolle „als ehrlicher Makler" während des Berliner Kongresses in Rußland erweckt hatten; eine gleiche Gefahr wollte er nicht wieder laufen. Seinen

ganzen Einfluß mußte er aufbieten, um seinen greisen Monarchen davon abzuhalten, auch nur in einem Privatschreiben dem Zaren eine friedliche Verständigung mit England anzuraten. Strengste Neutralität war für ihn der leitende Gesichtspunkt, — mochten die beiden doch selber sehen, wie sie miteinander fertig wurden. So weit war Bismarck davon entfernt, einem Konflikte zwischen ihnen in den Weg treten zu wollen, daß er ihn vielmehr, wie wir noch hören werden, für Deutschland für vorteilhaft ansah. Wenn der Krieg damals vermieden wurde, so sind die Ursachen dafür in ganz anderer Richtung zu suchen, als etwa in einer hemmenden Einwirkung Bismarcks. Als solche kommen vielmehr in Betracht die augenblickliche Schwäche der militärischen Position Englands, wovon schon die Rede war, die Friedensliebe Gladstones, der stets für Rußland etwas übrig und hier eine Partei hatte, die einer russisch-britischen Entente gar nicht abgeneigt schien, sowie endlich der Umstand, daß Alexander III. „ein durchaus friedfertiger Herrscher" war, — kein anderer, als Freycinet, erblickte als schlagenden Beweis für diese Eigenschaft des Zaren gerade seine Haltung in der afghanischen Krisis.

Zwar dauerte es noch geraume Zeit, bis sich die kriegerischen Wolken am politischen Horizont vollkommen zerstreuten; aber so, wie die Dinge in Wahrheit lagen, war doch schon eine gute Aussicht auf friedliche Beilegung des Streitfalls vorhanden. Die Initiative dazu ging von England aus. Bereits am 24. April, noch vor Gladstones großer Rede im Unterhause, hatte Granville den Vorschlag gemacht, den Schiedsspruch eines fremden Souveräns anzurufen, ob nämlich das Vorgehen der Russen in Pendjeh der Konvention vom 16. März zuwiderlaufe. Von vornherein erklärte freilich der russische Botschafter in London, daß der Zar und die öffentliche Meinung in Rußland dem militärischen Ehrenpunkte so großes Gewicht beimäßen, daß es sich nicht darum handeln könne, eine Untersuchung über das Verhalten der beteiligten russischen Heerführer zu eröffnen, und in der Tat machte man in Petersburg diesen Vorbehalt, als man (am 1. Mai) der Anregung Granvilles grundsätzlich nachgab. Noch schwankte das Friedensbarometer sowohl auf russischer wie auch auf britischer Seite von Tag zu Tag, und zwar ohne bestimmten Grund; Presse und Börse hatten dabei viel zu tun, der Prinz von Wales war sehr kriegerisch gesinnt. Zuerst dachte das englische Kabinett daran, die Vermittlerrolle dem deutschen Kaiser anzutragen; wie schon erwähnt wurde, war Bismarck nicht gewillt, sich darauf einzulassen, und weil man das in Rußland erfuhr, so lehnte man hier den Vorschlag ab, obgleich man grundsätzlich damit einverstanden gewesen war. Auch vom König von Dänemark war die Rede; der war zwar in St. Petersburg genehm, nicht aber auch den englichen Ministern, obgleich sie in Rücksicht auf den Prinzen von Wales, seinen Schwiegersohn, das nicht offen sagen wollten. Am liebsten hätten sie Wilhelm I. und, da das nicht möglich war, den belgischen König gesehen; weil man sich über die Person nicht einigen konnte, fiel der Plan des Schiedsgerichts schließlich unter den Tisch. Die vollkommene Isolierung in der Meeresengenfrage war es, die England zum diplomatischen Rückzug veranlaßte; ohne die Mitwirkung der Pforte glaubte es den Kampf nicht aufnehmen zu dürfen. Trotzdem kann man nicht sagen, daß Bismarck, indem er sich der Öffnung der Dardanellen widersetzte,

den Krieg verhindert hat. Denn die Pforte hatte ihre besonderen Gründe, sich auf den Boden der Neutralität zu stellen, und es ist zu beachten, daß Bismarck bei seinem Vorgehen schon in Rücksicht auf das Dreikaiserbündnis nicht anders zu handeln vermochte, daß England sich darum nicht zu kümmern brauchte, bei Forcierung der Dardanellen wirklichem Widerstande kaum begegnet wäre und jedenfalls deshalb, weil seine Flotte nicht ohne Erlaubnis der Pforte in das Schwarze Meer einzudringen wagte, nicht die klägliche Rolle zu spielen brauchte, die es jetzt durch seine Nachgiebigkeit auf sich nahm. Denn alle die grimmigen Allüren, die es zunächst noch im Parlament und der Presse zeigte, konnten nicht darüber täuschen, daß es nicht mehr gewillt war, die Dinge bis zum Äußersten kommen zu lassen. Schon am 2. Mai verkündigte Granville bei einem Festessen im Beisein des russischen Botschafters, Baron Staal, öffentlich, daß der Weltfrieden nicht gestört werden würde.

Die Opposition tobte und schäumte. Churchill hielt im Unterhause bei Gelegenheit der Kreditbewilligung eine Rede, die großen Eindruck machte, während die Erklärungen Gladstones und Granvilles in beiden Häusern mit Todesstille und eisiger Kälte aufgenommen wurden. Aber was nützte das alles? Am 4. Mai erklärte sich England trotz des russischen Vorbehaltes in der Frage des Schiedsgerichtes damit einverstanden, daß die Verhandlungen über die Grenzregulierung wieder aufgenommen würden. Im Grunde genommen wollte man den Krieg nicht; aber man meinte, man dürfe sich nicht der Friedensfreude hingeben, da den Russen nicht zu trauen sei. Und dieses Gefühl des Argwohns war nur allzu berechtigt, nicht minder das des Mangels an Festigkeit auf seiten der eigenen Regierung. Besonders peinlich wirkte die am gleichen Tage (4. Mai) verfügte Abberufung Lumsdens, von Gladstone im Parlament damit motiviert, daß ja die Regelung der Grenzfrage jetzt eben in London erfolgen solle. Abermals war die Opposition aufs tiefste entrüstet; der „Standard" schrieb: „Nicht General Komarow, sondern General Lumsden ist abberufen worden. Das ist das erstaunliche Paradoxon, mit dem uns die von der Regierung Herrn Gladstones geschaffenen Ereignisse überraschen. Es muß zugestanden werden, daß ohne ein solches Ende das Gemälde unserer Erniedrigung nicht vollständig gewesen wäre. Die Enthüllung der Natur des Schiedsgerichtsplans steckt den letzten Nagel an den Sarg unserer Ehre, und die Ankündigung von der Abberufung unseres Kommissärs treibt ihn hinein." Salisbury erging sich in den schärfsten Wendungen gegen das britische Kabinett und die russische Regierung, die er mit Gaunern oder Bankerottierern verglich; Äußerungen wurden laut, jenes sei ein Park von Memmen und Mördern der in Pendjeh Gefallenen. Lumsden beschwerte sich bitter über die Behandlung, die ihm zuteil geworden war, und er ließ seine Klagen erst recht erschallen, als er nach England zurückgekehrt war; alle Versuche Granvilles, ihn zu beschwichtigen, gossen nur Öl in das brennende Feuer. Er hatte damit um so mehr Recht, als der Zar dem General Komarow um dieselbe Zeit „für seine vorzüglichen Dispositionen bei Befehligung des Murghabdetachements und seine einsichtsvolle Entschlossenheit den Afghanen gegenüber gleichwie für die mannhafte Tapferkeit, die er bei dem Gefecht von Tasch-Kopri (d. h. bei der Brücke über

den Kuschk) bewiesen“, einen goldenen, mit Brillanten geschmückten Ehrensäbel verlieh.

Das Mißtrauen, das in England nicht nur gegen Rußland, sondern auch gegen die eigene Reichsleitung herrschte, war nur allzu berechtigt. Zwar kam jetzt in London ein Grenzabkommen zustande, das darin gipfelte, daß Pendjeh an Rußland fallen, der Sulfikarpaß den Afghanen verbleiben sollte, und Gladstone verkündigte voreilig (am 12. Mai) von der Tribüne, Granville und der indische Minister hätten nunmehr mit dem Botschafter von Staal eine Vereinbarung getroffen, mit der auch Lord Dufferin zufrieden sei, und deren Genehmigung in St. Petersburg von einem Tage zum andern erwartet werde. Sofort wurden in der Presse verschiedener Länder, auch Englands und Rußlands selbst, Stimmen laut, welche den Wunsch und die Erwartung aussprachen, daß die Beilegung des afghanischen Konfliktes zu einer Entente und zu einem Bündnis zwischen den beiden bisherigen Gegnern führen werde. In den „Times“ waren bereits Artikel erschienen, in welchen „mit einem gewissen Ungestüm an Deutschland die Zumutung gerichtet wurde, als Schiedsrichter aufzutreten; zugleich wurde darin und in französischen, namentlich orléanistischen Blättern behauptet, Deutschland sei an einem Bruche zwischen Russen und Engländern gelegen, und daher hätte hier die Aussicht auf die Erhaltung des Friedens Verstimmung erregt. Das waren Machenschaften, um eine Verbindung Englands mit Rußland und Frankreich in antideutschem Sinne anzubahnen, und Bismarcks Aufmerksamkeit wurde dadurch um so mehr in Anspruch genommen, als er zu bemerken glaubte, daß beim Abflauen des russisch-britischen Gegensatzes und Kampfeseifers sofort an der russischen Westgrenze die Artillerie verstärkt würde und ein energischerer Betrieb der Befestigungen hierselbst stattfände. Er erwog, daß der Gedanke eines englisch-russischen Bündnisses von jeher dem Programm der panslawistischen Partei als der eigentlichen Trägerin der Idee des Krieges gegen Österreich und eventuell gegen Deutschland, auch ganz ebenso „von Hause aus“ dem Gladstones angehörte: „Käme diese englisch-russische Allianz zustande mit ihrer angeblich christlichen und antitürkischen, in der Tat panslawistischen und radikalen Richtung, so wäre derselben die Möglichkeit gegeben, sich jederzeit nach Bedürfnis durch Frankreich zu verstärken, wenn die russisch-englische Politik bei Deutschland Widerstand fände; es wäre die Basis für eine Koalition gegeben, wie sie gefährlicher Deutschland nicht gegenübertreten kann.“ Er zog daraus den Schluß, den er auch vor seinem Kaiser mit aller Wärme und Energie als die Richtschnur seiner Politik in der ganzen Angelegenheit vertrat: Auf keinen Fall etwas tun, was den Krieg heraufbeschwören könnte, aber auch nichts, was den Briten die russische Feindschaft abnehmen und Deutschland aufladen würde, — das würde sicher der Fall sein, wenn es den leisesten direkten oder indirekten Druck, sei es auch nur in der Form einer freundschaftlichen Empfehlung, auf Rußland ausüben würde, Frieden zu halten; die Petersburger Politik würde dann sofort wieder ihre Spitze ausschließlich gegen Westen hervorkehren.

Noch waren die Befürchtungen vor einer russisch-englischen Allianz oder gar vor einem Dreibunde mit Einschluß Englands gegen Deutschland verfrüht, —

schon deshalb, weil das Londoner Grenzabkommen in St. Petersburg nicht genehmigt wurde; man hielt hier vielmehr unter wechselnden Vorwänden an der Forderung des Sulfikarpasses fest und verschleppte die Beilegung des Streitfalles nach Kräften. So hatte es den Anschein, als liege die Verständigung noch in recht weiter Ferne. Am 19. Mai äußerte sich der Kanzler: „Die Sache sehe wieder etwas krauser aus, und die Erhaltung des Friedens sei noch nicht völlig gesichert. Gladstone habe freilich geäußert, man müsse noch viel über sich ergehen lassen, um das Schlimmste zu vermeiden. Solche Äußerungen erführen natürlich die Russen auch, und sie würden danach handeln." Das gewährte den Eindruck, als ob er nichts dagegen hätte, „daß sich Rußland und England in Asien etwas verbeißen"; aber er wollte nichts tun, um das zu befördern, in der richtigen Überzeugung, daß sich, gerade dadurch bewogen, beide einander nähern und gegen Deutschland wenden, daß zum mindesten dieses dann schutzlos der russischen Feindschaft preisgegeben sein würde. Eben damals wurde Rosebery nach Berlin geschickt; seine Sendung war schon Anfang April in London beschlossen worden, und zwar gerade (s. o. S. 495 f.) im Hinblick auf die mittelasiatische Gefahr. Als er aber jetzt (20. bis 26. Mai) in der Reichshauptstadt verweilte, hatte er zwar den Auftrag, sich zu erkundigen, wie der Kanzler „über verschiedene Fragen denke"; über „die Hauptsache, die afghanische Frage", schwieg er sich jedoch aus. Vielleicht hoffte man in England damals doch noch, daß sich Rußland zur Genehmigung des Londoner Abkommens herbeilassen werde, und es stand auch damals die ägyptische Angelegenheit wieder im Stadium der Dringlichkeit. So mußte Bismarck selbst das Gespräch auf Zentralasien bringen. Wir wissen von der Verhandlung nur, daß Bismarck dem Engländer mitteilte, die Russen bedauerten, das Schiedsgericht akzeptiert zu haben, und strebten danach, wieder davon loszukommen. Jedenfalls hielt er auch nach Roseberys Besuche die Möglichkeit eines Zusammenstoßes in Afghanistan nach wie vor nicht für ausgeschlossen, und unmittelbar danach (27. Mai) empfahl er Wilhelm I. Verharren in strengster Neutralität. „Er höre," so berichtete er in einer Staatsministerialsitzung vom 1. Juni, „daß die russischen Truppen dort verstärkt und die Eisenbahnbauten in der Richtung beschleunigt würden. Die Verhandlungen russischerseits würden verschleppt, aber vielleicht wirke die Erkrankung des Kaisers [Wilhelms I.] dämpfend, weil man sich der freundlichen Gesinnung des Kronprinzen weniger sicher fühle." Bucher war der Ansicht, daß die Sache, obgleich sie für jetzt beigelegt würde, doch etwa in fünf Jahren, wenn sowohl die Russen ihre Eisenbahn vom Schwarzen Meere bis ins Innere zur afghanischen Grenze, als auch die Engländer ihren geplanten Schienenweg vom Indus über Pischin nach Kandahar fertig hätten, wieder zur Sprache kommen werde. Es wurden in England Stimmen laut, Herat müsse zu einer großen britischen Festung gegen Rußland ausgestattet werden; die Regierung lehnte das ab, weil eine solche Defensivstellung zu weit von der Basis Ostindien entfernt liege, und erklärte, sie müsse sich darauf beschränken, alles zu tun, was in ihren Kräften stünde, um die Stellung des Emirs in Herat zu stärken, — dazu gehörte es vor allem, ihm den Sulfikarpaß wieder zu verschaffen, und sie hatte ihm dafür bindende Versprechungen gemacht. Das Kabi-

nett Gladstone jedoch kam zu Fall, ehe es ihm glückte, die Russen dazu zu bewegen, und es war nun die Frage, ob Salisbury das zustande bringen würde, was sein Vorgänger nicht vermocht hatte.

Bei der scharfen Opposition, welche die Konservativen der vorsichtig zaghaften Politik Gladstones und Granvilles gemacht hatten, war der Annahme Raum gegeben, daß sie, nunmehr am Ruder, mit solcher Energie auftreten würden, daß ernsthafte Verwicklungen unvermeidlich wären. Bismarck war der Ansicht, die Tories müßten es eigentlich nach ihren Reden zum Kriege treiben; er fügte hinzu: „Der Krieg wäre kein Unglück für uns. Wir könnten nur dabei gewinnen, wenn Rußland Beschäftigung habe und dadurch von seinen Gedanken gegen Österreich abgezogen würde.“ Er glaubte nicht, daß die Türken den Engländern eine Armee zur Verfügung stellen, aber daß sie ihnen die Dardanellen öffnen würden. Sein Intimus Bucher kommentierte den britischen Kabinettswechsel dahin: Salisbury könne trotz seiner schroffen Manieren vorläufig Bismarck angenehmer sein, als Gladstone, weil dieser Annäherung an Rußland gesucht hätte, und weil dort eine Partei wäre, die dem geneigt scheine; Salisbury dagegen habe sich gegen Rußland zu stark ausgesprochen, als daß eine Entente der Tories mit Petersburg jetzt viel Aussicht hätte; was später in dieser Beziehung würde, wisse man freilich nicht, und die Entente mit Frankreich würden auch die neuen Minister in England suchen. Das Wiedererwachen der Balkanwirren und die Fortdauer der englisch-französischen Kolonialrivalität sorgten freilich in der Folgezeit dafür, daß sich diese Befürchtungen erst nach etwa zwei Jahrzehnten erfüllen konnten. Als Salisbury Anfang Juli die Verhandlungen mit Rußland wieder eröffnete, ließ er keinen Zweifel darüber bestehen, daß er in Rücksicht auf den Emir auf der Forderung des Sulfikarpasses, des einzigen noch strittigen Punktes der Grenzregulierung, unbedingt verharre, und als Rußland abermals ablehnte, verweigerte er die weitere Verhandlung bis zur Entscheidung der Sulfikarfrage. Er machte sich freilich keine Illusionen darüber, daß die Zeit zum Losschlagen noch nicht gekommen war; wie er Bismarck bald nach seinem Amtsantritt schrieb, war die Voraussetzung dafür der Bau der Eisenbahn nach Kandahar, der noch zwei Jahre brauchte, und er war der Ansicht, daß die Russen mit ihren Vorbereitungen in keiner besseren Lage seien. Mitte Juli hatte er eine Besprechung mit dem Botschafter von Staal; beide erklärten es dabei mit Emphase für unmöglich, daß ihre Mächte in der Lage wären, von ihrem Standpunkt zurückzutreten. Zum Äußersten kam es trotzdem nicht; denn jetzt wich Rußland zurück. Am 4. August stellte Giers einen neuen Vorschlag in Aussicht, der, davon ausgehend, daß der Sulfikarpaß in mehrere Teile zerfalle, zwei östlich gelegene Defileen beanspruchte, die Herrschaft über den eigentlichen Paß aber den Afghanen überließ. Am 20. August definitiv wiederholt, wurde das russische Erbieten am 4. September durch Salisbury angenommen; darauf unterzeichneten Salisbury und der russische Botschafter Staal sechs Tage später ein Protokoll, durch das die russisch-afghanische Grenze endlich festgelegt und die afghanische Frage somit aus der Welt geschafft wurde.

Nicht nur die mittelasiatische, sondern auch die ägyptische Frage kam nunmehr durch die Initiative Salisburys für Großbritannien zu einem leidlichen

Abschlusse; dazu trug nicht wenig der Umstand bei, daß das deutsch-englische Verhältnis sich jetzt, wie wir noch des näheren hören werden, wesentlich intimer gestaltete. Aus dem Programm, das der neue Premier am 6. Juli dem Oberhause vorlegte, klang der feste Wille heraus, die englische Position im Nillande zu behaupten: „Wir können unmöglich Ägypten in die Lage zurückversetzen, in der es sich vor der Landung unserer Truppen befand; England würde sich mit Schmach bedecken, wenn es Ägypten seinem Schicksal überließe und der Anarchie und dem Chaos, welches folgen würde, preisgäbe.“ Im August wurde der Diplomat Sir Henry Drummond Wolff als Spezialkommissar nach Konstantinopel entsandt, wie die Regierung im Unterhause erklärte, um England für Ägypten „das in der Vergangenheit etwas vernachlässigte Wohlwollen der Pforte zu sichern“. Das geschah in der Weise, daß am 24. Oktober Abmachungen zustande kamen, die eine vertragsmäßige Festlegung des britischen Regiments im Nillande bedeuteten. Aber nur widerwillig, unter dem Einflusse des Wiederauflebens der Balkanwirren im Zusammenhange mit der Wendung, welche die bulgarische Frage damals nahm, hatte sich die Pforte dazu verstanden, und auf den Einspruch Frankreichs und Rußlands verweigerte der Sultan schließlich die Ratifikation. Diese beiden hatten jetzt nicht mehr Bismarck auf ihrer Seite: indem sich die unter und durch Gladstone bewirkte deutsch-englische Kolonialverständigung unter Salisbury erhielt und zu einer wahren „Kolonialehe“ verstärkte, gewann das britische Provisorium im Nillande Bestand und Festigkeit; je weiter die Lösung des ganzen Problems und der in ihm beschlossenen Einzelfragen hinausgeschoben wurde, um so besser wurde die Situation für England. Als er in der Opposition stand, gab Gladstone zwar seiner Abneigung gegen die Festsetzung in Ägypten offenen Ausdruck; in seinem Wahlmanifest bezeichnete er die Politik, die er ja doch selbst getrieben hatte, als einen Irrtum, dem so schnell wie möglich ein Ende gesetzt werden müsse; als er jedoch nach dem für ihn günstigen Ausfall der Neuwahlen noch einmal (Anfang 1886) für kurze Zeit an das Ruder gelangte, da geschah nichts in dieser Richtung, — allzu mächtig wirkte der äußere und innere Zwang zum Beharren in der Bahn, die nun einmal seit Jahren eingeschlagen worden war; sie mußte bis zum Ende verfolgt werden, und so blieb auch der englisch-französische Kolonialgegensatz bestehen, außerhalb Ägyptens verstärkt durch Rivalitäten im übrigen Afrika, in Madagaskar und in Ostasien.

Die auswärtige Politik Salisburys machte nicht nur seinem eigenen Lande Luft, sondern auch bis zu einem gewissen Grade Deutschland. Vor einer britisch-russisch-französischen Tripleentente brauchte Bismarck jetzt keine Besorgnisse mehr zu hegen. Schon als er das diplomatische Korps zum erstenmal empfing, hatte Salisbury vor Graf Münster betont, es sei für die konservative Partei leitender Grundsatz, ein gutes Einverständnis mit Deutschland zu erhalten und zu pflegen; er bat den Botschafter, Bismarck zu bestellen, er hoffe, seine Vergangenheit bürge dafür, daß er tun werde, was er könne, um das deutsch-englische Verhältnis wieder so zu gestalten, wie es zur Zeit Lord Beaconfields war. Als ihm der Kanzler dafür seinen Dank aussprechen ließ, war der neue Premier hoch erfreut und beteuerte, er denke stets an dessen Ausspruch, daß der Frieden Europas gesichert

sei, wenn Deutschland, England und Österreich zusammenhielten. Diesem Austausch von Höflichkeiten, der doch einer tieferen Bedeutung nicht entbehrte, folgte Anfang Juli ein eigenhändiger, höchst freundschaftlich gehaltener Briefwechsel, der, von Salisbury eröffnet, sowohl die afghanische wie auch die ägyptische Frage berührte, in welch letzterer Bismarck jenem Deutschlands wohlwollende Förderung in Aussicht stellte, — das machte sich ja, wie wir soeben sahen, bereits im Herbst des Jahres in Konstantinopel geltend. Auf den ersten Blick erschien er in einem harmlosen Licht, und auch Bismarck selbst betrachtete ihn zunächst so. Aber wie der ostindische Minister Lord Churchill, der ihn inspiriert hatte, zum Ende des Jahres dem Botschafter Hatzfeldt anvertraute, sollte er ursprünglich einem Zweck von der größten politischen Tragweite dienen, nämlich der Einleitung einer deutsch-englischen Allianz; es knüpften sich jedoch zunächst keine weiteren Folgen in dieser Richtung daran, wohl schon deshalb, weil Bismarck aus dem Anschreiben Salisburys eine solche Absicht und Anregung tatsächlich nicht heraushörte. Mitte August hielt sich Graf Wilhelm Bismarck in London auf, und ihm gab Churchill Winke und Andeutungen in derselben Richtung. Er drückte ihm den Wunsch Englands aus, von deutscher Seite einen „appui“ gegen Rußland zu erhalten; Graf Wilhelm bezeichnete ihm das im Auftrage des Vaters, aber ohne das merken zu lassen, als untunlich: gern wolle der Kanzler England in allen Dingen behilflich sein, zumal bei seinen großen Sympathien für das Inselreich; aber er könne dafür nicht die guten Beziehungen Deutschlands zu Rußland opfern, schon deshalb nicht, weil der Bestand des gegenwärtigen Kabinetts so wenig gefestigt sei, daß es bei den demnächstigen Wahlen bereits wieder gestürzt werden könne: dann habe das Reich die russische Freundschaft verloren und die englische nicht gewonnen. Churchill suchte diese Besorgnisse zu beschwichtigen: Gefahren dieser Art seien bei allen parlamentarisch regierten Ländern im Spiele und müßten von einem Staatsmann riskiert werden: auch wenn die Konservativen bei der Neuwahl unterlägen, würde wohl ein liberales, aber kein radikales Kabinett folgen, und sie selbst würden so stark in der Opposition werden, daß dieses keine Politik zu treiben vermöchte, die der des jetzigen Ministeriums diametral entgegengesetzt wäre. Ziemlich durchsichtig war es, wenn er den Grafen Wilhelm darauf hinwies, daß in einem künftigen deutsch-französischen Kriege, der ebenso sicher kommen würde, wie ein solcher zwischen England und Frankreich, Deutschland an Großbritannien insofern eine Stütze haben könnte, als dieses die Russen von einem Angriffe auf das Reich abhalten und die deutschen Kolonien gegen die überlegene französische Flotte schützen würde, — das waren so ungefähr die Bedingungen für das von ihm erstrebte deutsch-britische Bündnis. Aber er ging noch weiter: er wies darin bereits Deutschland eine aktive Leistung zu. Nachdem beide Bezeugungen der Dankbarkeit, der eine für die britische Unterstützung in Sansibar, der andere für den deutschen „Support“ in Konstantinopel betreffend Ägypten ausgetauscht hatten, führte Churchill aus, die vornehmste Bedrohung für England gehe jetzt nicht vom Nillande aus, sondern von Asien, und zwar nicht nur in Afghanistan, sondern auch in Persien; ob nicht die Integrität Persiens von Deutschland und England zusammen garantiert werden, und „das ganze Settle-

ment in Persien, wie der Ausbau der Eisenbahnen usw. in deutsche Hände" gelegt werden könnte?

Es ist vom höchsten Interesse, festzustellen, daß die erste Anregung, Deutschland für das vorder- und mittelasiatische Gebiet zu interessieren, von englischer Seite erfolgte. Das kam dem jungen Bismarck so unerwartet, daß er nicht umhin konnte, sich der denkbar größten Zurückhaltung zu befleißigen. Er erwiderte, daß der Zar eine solche Abmachung als Spitze gegen Rußland ansehen würde, mit dem Deutschland doch jede Kollision vermeiden mußte, und als ihm Churchill weiterhin im Hinblick auf die damals noch schwebende Differenz wegen des Sulfikarpasses auseinandersetzte, er würde keinen Augenblick anstehen, Herats halber, das der Schlüssel Indiens sei, einen Krieg zu führen, in welchem die Russen total geschlagen werden würden, da sie den Engländern nichts anhaben, diese aber Wladiwostok und das Schwarze Meer (er zählte also jetzt wieder auf die Mitwirkung der Pforte) als Angriffsobjekte hätten, und die Turkmenen mit Leichtigkeit zu revoltieren wären, begnügte sich der Graf, ihm zu entgegnen, er hoffe, daß der englisch-russische Krieg ebenso zu vermeiden sei, wie Deutschland bisher schon fünfzehn Jahre lang den mit Frankreich umschifft habe, für Deutschland wäre er „eine Kalamität", da es der Freund von beiden Staaten bleiben wolle. Das war gewiß im Sinne seines Vaters gesprochen, der ja stets den Standpunkt eingenommen hatte, daß Deutschland keine direkten Interessen im Orient habe und haben dürfe. Andererseits ist anzunehmen, daß Churchill, bei aller Initiative, die er sonst persönlich entfaltete, ganz und gar nicht auf eigene Faust solche Ideen vor dem Grafen Bismarck entwickelte; eine Entente mit Deutschland lag damals auch in den Absichten Salisburys. Anfang Oktober sprach er Hatzfeld in warmen Worten seine Befriedigung über die nunmehrigen guten Beziehungen zwischen Deutschland und England aus, indem er betonte, daß er dem Kanzler „wirklich dankbar dafür sei"; er gab dabei der Zuversicht Ausdruck, „daß das gute Verhältnis zu Deutschland, wie es alle vernünftigen Menschen in England wünschten und im Interesse beider Nationen liege, und welches momentan durch die Fehler der früheren Regierungen etwas getrübt zu sein schien, sich immer mehr befestigen würde". Noch mehr wuchs das Bedürfnis nach engerer Anlehnung an Deutschland in London um jene Zeit durch die Wendung, welche die bulgarische Frage eben damals nahm; das konnte Bismarck freilich nur zu um so größerer Vorsicht insofern stimmen, als er besorgen mußte, daß England eben dafür die Mittelmächte, zumal Österreich, als Sturmbock gegen Rußland zu benutzen vorhatte.

Bei der wenig gefestigten Stellung, der sich das Kabinett im eigenen Lande erfreute, konnte es der auswärtigen Politik nicht die Aufmerksamkeit widmen, die es sonst wohl aufgewandt hätte, und aus demselben Grund glaubte Bismarck doppelte Ursache zu haben, nicht mit jenem Engagements einzugehen, die er an sich schon für bedenklich hielt. Das bewies er, als Anfang Dezember Churchill von neuem, und jetzt ganz offen und ohne Umschweife, bei Hatzfeldt auf die Allianz mit Deutschland hinsteuerte. Er erklärte dem deutschen Botschafter jetzt rundheraus: diese sei sein Ziel, und er bedaure lebhaft, daß sie nicht zustande gekommen sei; zu ihr zu gelangen, sei der Zweck der Korrespondenz gewesen, die Salisbury

bei seinem Amtsantritt mit Bismarck eröffnet und die er selber inspiriert habe. Ihren Nutzen für beide Länder schärfte er dem Botschafter nochmals ein: „Wir beide zusammen könnten die Welt regieren; aber Sie haben nicht gewollt.“ Wie Bismarck darüber dachte, ist aus seinen Randbemerkungen ersichtlich; zum ersten Teil des Satzes notierte er ein lakonisches „Reicht nicht“, indem er als dritte Macht dafür Österreich notwendig hielt, das sich seiner Ansicht zufolge Gladstone „in frivoler Weise entfremdet“ hatte, zum zweiten ein Fragezeichen, — das war ein Beweis dafür, wie wenig es an seinem schlechten Willen lag, daß sich Deutschland und England nicht fanden. Wie einige Monate vorher Wilhelm Bismarck, so auch machte Hatzfeldt jetzt wieder auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die sich für ein deutsch-englisches Bündnis aus der parlamentarischen Verfassung Großbritanniens in Rücksicht auf Rußland ergäben: „In welcher Lage wären wir, wenn der Reichskanzler damals, als jene Korrespondenz mit Salisbury stattfand, auf eine Allianz eingegangen wäre und jetzt bei den Wahlen Gladstone wieder an die Spitze der Regierung käme?“ Churchill ließ das nicht gelten. Die Allianz mit Deutschland, so setzte er auseinander, wäre ein ungeheurer Erfolg für die Konservativen gewesen, hätte deren Herrschaft auf Jahre hin befestigt und Gladstone unmöglich gemacht; eben dieser dauernde Erfolg der Tories wäre die beste Garantie des Bündnisses gewesen: heute stehe die Sache anders, — „statt des Erfolges, die Allianz mit uns [den Deutschen] zu begründen, habe die konservative Regierung zu verzeichnen, daß wir [Deutschland] England die Durchfahrt durch die Dardanellen verschlossen hätten, statt sie ihm zu öffnen, und dieser Mißerfolg habe der Regierung schaden müssen“. Auch die markantesten Stellen dieses Passus des Münsterschen Berichtes, die Erwähnung seines Briefwechsels mit Salisbury und der Möglichkeit einer Befestigung des konservativen Ministeriums durch die Errichtung der Allianz, versah der Kanzler mit Fragezeichen. Mit dem Hinweise darauf, daß Deutschland die Öffnung der Meeresengen durch die Pforte für England verhindert habe, hatte Churchill ins Schwarze getroffen. Er konnte freilich nicht wissen, daß Bismarck dazu durch das erneuerte Dreikaiserbündnis gezwungen war, und daß er in diesem Punkte den Briten keine Zugeständnisse zu machen vermochte, ohne den sofortigen und unheilbaren Bruch mit Rußland heraufzubeschwören.

Jetzt aber kam zu diesem Hindernis noch das Erwachen der bulgarischen Frage mit allen ihren Konsequenzen, die Bismarck davon besorgte, und wir haben bereits hervorgehoben, daß das seine Zurückhaltung noch steigern mußte. Zwar erklärte Churchill sich hierin mit seinem Premier insofern nicht für „ganz einverstanden, als letzterer sich nach seiner Meinung zu sehr en avant gesetzt habe“. Er hatte, gemäß seiner Stellung als Minister für Indien, lediglich dieses im Auge und ging davon aus, daß England noch zwei Jahre brauche, um dort unangreifbar zu sein. Er war daher der Meinung, England müsse jetzt jeden Konflikt mit Rußland auf dem Balkan vermeiden, und das sei um so leichter, als es dort durchaus kein wesentliches Interesse habe, dessen Wahrnehmung gegen Rußland vielmehr ganz ruhig Österreich überlassen könne: Letzteres m ü s s e diese Rolle schließlich übernehmen, es möge heute wollen oder nicht. Das war es, was den Kanzler

erst recht stutzig machte; aufs schärfste kritisierte er diese Ausführungen Churchills: „Die Zumutung, die Churchill . . . an Österreich stellt, ist doch wirklich naiv, und ich kann mir gar nicht denken, daß die englische Regierung tatsächlich annimmt, Österreich werde so töricht sein, sich für England zu ruinieren: gerade die Kurzsichtigkeit, die in dieser Sorte Politik liegt, daß man den durch Gleichheit der Interessen gegebenen Bundesgenossen erst verbrauchen will, ohne ihn zu unterstützen und ohne zu wissen, wie man nachher ohne ihn weiter operieren will, muß bei einer Anlehnung an England sehr vorsichtig machen; wenn England die österreichische Politik in der Richtung der eigenen englischen, also im Schutz von Konstantinopel gegen Rußland energisch und zuverlässig unterstützt hätte, so würde auch Österreich die Deckung seiner Interessen wahrscheinlich lieber im Bunde mit England wie mit Rußland gemacht haben. Bei der Neigung Englands, Österreich vorläufig zu verbrauchen und sich dann etwa nach Gladstoneschem Programm mit Ministerwechsel auf Kosten Österreichs mit Rußland zu verständigen, halte ich für eine ungeschickte Finesserie und kann ich deshalb nicht mitmachen. Wenn England klare und feste Ziele hätte und vor allem den Mut, sich öffentlich klar dazu zu bekennen, so würde es jedes Bündnis finden, welches es brauchen könnte; aber wenn zu den parlamentarischen Schwankungen noch Mangel an Entschlossenheit und Aufrichtigkeit kommt und die Neigung, den Bundesgenossen mit einer gewissen egoistischen Bauernfängerei zu verbrauchen, so sieht sich jeder vor.“ Er empfahl dem Botschafter, das auch den übrigen britischen Staatsmännern vorzuhalten und ihnen zu bedeuten, daß die Festlandsmächte jetzt mehr, als je zuvor, ihre Kräfte nicht ohne weiteres auch für andere Interessen als die der eigenen Nation einzusetzen vermöchten: „solange England für gemeinsame Interessen nicht fechten will, ohne erst den Bundesgenossen ins Feuer zu schicken, wird es Bündnisse schwerlich finden“. Im übrigen bestritt er, daß sich die Korrespondenz mit Salisbury im Sommer um eine Allianz gedreht hatte; er habe, so stellte er fest, ein solches Angebot nie ablehnen können, da es ihm nie gemacht worden sei: sie könnte auch nur dauernd leistungsfähig sein, wenn Österreich in sie mit einbezogen und wenn sie durch ein Gesetz statuiert würde, das schwerlich beim englischen Parlament Aussicht auf Annahme hätte; eine einfache Proklamation etwa in der Weise, „man wäre bereit, miteinander durch dick und dünn zu gehen“, genüge nicht ohne die Grundlage einer faktisch gemeinsamen Politik: sonst riskiere Deutschland den Bruch mit Rußland und Österreich, wobei dann die Feindschaft Frankreichs nicht fehlen würde, und es würde einer solchen Koalition gegenüber dann wohl dieselbe Rolle spielen, wie sie jetzt bereits Österreich auf dem Balkan zugedacht würde, nämlich die eines Sturmbockes für England. Münster sollte das alles Churchill zu verstehen geben, ihn auch daran erinnern, daß damals, als der Konflikt zwischen England und Rußland und daher die Dardanellenfrage akut war, noch das liberale Kabinett im Amte war, daß eine Unterstützung desselben in diesem Punkte zwar Deutschland mit Rußland entzweit, aber schwerlich auf die englische Wählerschaft Eindruck gemacht haben würde, wie er sich einen solchen vom Gange der auswärtigen Politik auch jetzt noch nicht verspreche. Zum Schluß kam er noch einmal auf Österreich zurück: „Österreich ist nicht stark genug, den

Schutz Konstantinopels gegen Rußland allein zu übernehmen, und wir haben kein Interesse an der Frage, solange Rußland sich eines Angriffes auf Österreich enthält; es bleibt den Österreichern also gar nichts anderes übrig als die Verständigung mit Rußland, solange sie nicht bei ihrem Widerstande auf Englands Bündnis von Hause aus rechnen können wie im Krimkriege: wenn Österreich für andere Zwecke als zu seiner Verteidigung fechten will, so würde es, wie ich ganz vertraulich bemerke, unseren Beistand nicht haben; auf den Englands hat es aber gerechten Anspruch, wenn es für Interessen kämpft, die gleichzeitig auch Englands sind."

Die Gesichtspunkte, die Bismarck also vorlegte, sie bedeuteten nicht sowohl eine Ablehnung wie vielmehr den Wunsch nach dem Zustandekommen einer deutsch-britisch-österreichischen Tripleallianz, wobei selbst die Spitze gegen Rußland nicht gescheut wurde, wofern nur vollkommene Gegenseitigkeit gewahrt blieb und dafür Sorge getragen ward, daß die Mittelmächte nicht lediglich als Vorspann für Großbritannien ausgenutzt wurden, ohne daß es Bürgschaften dafür gewährte, daß es für die gemeinsamen Interessen des Dreibundes gleichmäßig mitfocht, wenn die Waffen ergriffen werden mußten. Weitere Erörterungen in dieser Richtung wurden schon deshalb überflüssig, weil die alsbald erfolgenden Unterhauswahlen das Kabinett Gladstone wiederherstellten. Der mittelasiatische Konflikt versandete in der Folgezeit; dafür rückte die Balkanfrage gebieterisch in den Vordergrund; für die Politik, die Bismarck in ihr England gegenüber verfolgte, waren die Grundsätze, wie er sie jetzt vor Churchill und dessen Kollegen entwickeln ließ, die unverrückbaren Leitsterne.

Blieben somit die englischen Bündnisfühler in der zweiten Hälfte des Jahres 1885 ohne Ergebnis, so war doch das deutsch-britische Verhältnis, solange Salisbury am Ruder war, ein fast herzliches zu nennen, und Bismarck brauchte sich um so weniger angetrieben zu fühlen, eine ihm in ihren Grundlagen und Bedingungen nicht genehme Allianz mit England hinzunehmen oder gar zu suchen, als Deutschland auch mit Frankreich, wenngleich dieses bereits aus der bisherigen Entente mit dem Erbfeinde im Osten unverkennbar hinauszugelangen trachtete, offiziell noch ein leidliches Einvernehmen unterhielt. Da bei den Vorbereitungen für die Wahlen zur Deputiertenkammer eine starke Agitation im Geiste der Revanche getrieben wurde, ließ Bismarck in der offiziösen Presse in den ersten Tagen des August auf die erhitzten Gemüter jenseits der Vogesen einen kalten Wasserstrahl niedergehen; er teilte jedoch nach Paris mit, daß der Artikel nur ein Schachzug gegen die turbulenten Minoritäten à la Déroulède, nicht gegen die Regierung gerichtet sei. Und als aus Anlaß des deutsch-spanischen Karolinenstreites die französische Hetzpresse abermals scharfe Töne gegen Deutschland anschlug und der Kanzler dagegen ernste Vorhaltungen in Paris machte, beteuerte Freycinet, daß sich sein Kabinett in der Angelegenheit ganz korrekt benommen habe, daß der Lärm lediglich durch ultramontane und spanische Einflüsse aller Schattierungen entstanden sei, und daß jenes diesem Treiben mit großem Mißvergnügen zugesehen habe. Ausdrücklich bemerkte er, „daß Frankreich nichts mehr am Herzen läge, als die guten Beziehungen, wie sie im vorigen Sommer und

Herbst angebahnt wären, zu erhalten und zu pflegen". Er bat um Entschuldigung dafür, daß die vielen Schwierigkeiten, mit denen er bei seinem Amtsantritt im Frühjahr zu kämpfen gehabt hatte, die Veranlassung gewesen wären, in Deutschland Zweifel an seiner Haltung zu erwecken, und er gab Courcel den Auftrag, dem Kanzler zu sagen, „daß die damals bestehenden Unklarheiten in der französischen Politik jetzt beseitigt wären, und daß er entschlossen sei, die Politik im Sinne seines Vorgängers weiterzuführen". Daß das ganz und gar nicht seine Absicht war, lag auf der Hand; aber er hatte allen Grund, eine so gemäßigte Sprache zu führen, da auf eine endgültige Einigung mit England über Ägypten unter Salisbury noch viel weniger zu rechnen war, als unter Gladstone. Der deutsche Kanzler ließ sich auch durch solche Phrasen nicht blenden. Mitte November 1885 motivierte er vor Salisbury die Notwendigkeit für Deutschland, mit Rußland und Österreich in Frieden zu leben und den Bruch mit einer dieser beiden Mächte unter allen Umständen zu vermeiden, damit, daß „die Stimmung in Frankreich, wie von jeher, so auch jetzt von der Art wäre und bliebe, daß wir bei jeder ernsten Verwicklung, die uns im Osten drohen könnte, die Beteiligung Frankreichs gegen uns in Aussicht nehmen müßten, und das um so sicherer, je mehr die Aussichten einer monarchischen [nämlich orléanistischen] Restauration in Frankreich sich konsolidierten". Er fügte hinzu, daß Deutschland daher vor allem Bedacht darauf nehmen müßte, daß es keinen europäischen Koalitionen ausgesetzt würde; er erinnerte daran, daß „Gladstone den Versuch gemacht hätte, im Widerspruch mit allen englischen Traditionen die französisch-russische Anlehnung gegen Deutschland und Österreich zu erstreben, ohne jede Provokation von seiten der beiden letzteren". Solange die Konservativen am Ruder wären, fügte er hinzu, habe er Vertrauen; aber die Möglichkeit eines plötzlichen Wechsels in der englischen Frontstellung müsse ihn sehr vorsichtig machen.

Wie schon der Gang bewies, den jetzt der mittelasiatische Konflikt und die ägyptische Angelegenheit nahmen, — unter dem Kabinett Salisbury kam wieder ein kräftiger Zug in die britische Außen- und Kolonialpolitik; man knüpfte wieder an die Epoche Beaconfields an. Das entsprach dem Wunsche und der Stimmung der Mehrheit der Nation. Schon längst waren die Tage der mehr passiven, die staatliche Initiative nach Möglichkeit ablehnenden Welt-, Kolonial- und Wirtschaftspolitik Gladstones gezählt. Der „große alte Mann" stand noch auf dem Boden jenes politischen und ökonomischen Liberalismus, der, im Zeitalter nach den Kämpfen mit Napoleon um die See- und Kolonialgeltung und nach den Freiheitskriegen aufgekommen, die Einmischung des Staates in die wirtschaftlichen Angelegenheiten grundsätzlich ablehnte, fest beim System des Freihandels verharrte, sowie aus Gründen der Sparsamkeit, um die Ausgabe für Heer und Flotte niedrig zu gestalten, Zurückhaltung in der äußeren Machtentfaltung, auch in der Kolonialpolitik, anstrebte. Dagegen trat, wie wir sahen, um die Mitte der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine doppelte Reaktion auf, eine publizistische, als deren Wortführer Sir Charles Dilke (Greater Britain 1866) die angelsächsische Weltherrschaft predigte, und eine praktisch politische, indem das Kabinett Beaconsfield eine straffe aktive Weltpolitik trieb. So stark wirkten

die Notwendigkeiten der Lage, daß sich einer solchen auch sein Nachfolger Gladstone trotz allen inneren Widerstrebens nicht gänzlich versagen konnte; die mittlere Linie, die das Ergebnis dieses Zwiespaltes der Antriebe und Kräfte war, trug freilich den Stempel der Inkonsequenz und der Schwäche. Unter dem Eindruck der Mißerfolge, die dem Kabinett nacheinander gegen die Buren, im Sudan, in Mittelasien, beim Zusammengehen mit Portugal sowie bei der Begründung des deutschen Kolonialreiches begegneten, wurde in England der Ruf nach endgültiger Abkehr von der Politik einer relativen Zurückhaltung und nach Rückkehr zu rückhaltloser Expansion rege. Überall sah sich Großbritannien bis um die Mitte der achtziger Jahre in seiner Weltpolitik eingeengt und isoliert; die Überzeugung drang durch, daß stärkeres und festeres Zugreifen, und daß zugleich eine Erweckung und Konzentration aller Kräfte, die in dem Weltreich steckten, sowohl im Mutterlande, wie in den Kolonien, geboten seien. Die Tendenz machte sich geltend, alle Kolonien mit dem Mutterlande durch ein enges Band zu vereinigen, aber zu einem „größeren Britannien", das als ein zentralisiertes Ganzes, als ein Einheitsreich sein Gewicht in die weltpolitische Wagschale werfe, sowohl für die Zwecke der Reichsverteidigung, indem die Kolonien an den Kosten dafür teilnahmen, als auch durch Stiftung eines großbritischen Zollvereins als eines einheitlichen, nach außen hin möglichst abgeschlossenen Wirtschaftskörpers. Das ist das Wesen des „neubritischen Imperialismus", — ein Namen, der zuerst spottweise gegen die Bestrebungen Beaconsfields in den siebziger Jahren aufgekommen, um sie als eine Nachahmung der Macht- und Expansionspolitik Napoleons verächtlich zu machen, der aber jetzt der Kampfesruf der neuen Generation wurde, die von diesen Ideen erfüllt war.

Es fehlte nicht an Führern, an Männern, die in Wort, Schrift und vor allem durch die Tat für die junge Bewegung eintraten. Organisationen wurden geschaffen, die daran arbeiteten, sie populär zu machen; Politiker und Kulturpioniere erstanden, die ihnen im Mutterlande zum Siege zu verhelfen trachteten, und die sich in den fremden Weltteilen in ihren Dienst stellten. Ihr literarischer Niederschlag war das Buch des Historikers John Robert Seeley in Cambridge „The expansion of England" von 1883: der wahre Sinn der Geschichte Englands besteht in seiner Ausbreitung; der Imperialismus ist die althistorische Aufgabe Englands, und er ist die Konsequenz seiner bisherigen Entwicklung, zugleich sittliche Pflicht des britischen Volkes, — so wurde Seeley der Apostel der Reichsidee des „größeren Britanniens". Vereine wurden zum Anfang der achtziger Jahre ins Leben gerufen, die in derselben Richtung tätig waren, die National Fair Trade League (1881), die den Standpunkt des unbedingten Freihandels einer Revision unterzogen wissen wollte, und insonderheit (1884) die Imperial Federation League, die sich die Propaganda für einen engen politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß Englands mit seinen Kolonien zum Ziel setzte. Selbst angesehene Liberale, wie Forster, Chamberlain und Rosebery, nahmen daran teil; sie erfüllten sich mit den neuen Tendenzen und rückten von Gladstones Wirtschafts- und Kolonialpolitik ab, — ein Anzeichen dafür, daß dieser den Boden bei der eigenen Partei verlor. In der Tat bereitete sich damals in ihr eine Spaltung vor, gefördert durch innerpolitische Momente, nämlich durch Gladstones irische Politik. Zwei Männer

sind es vornehmlich, deren Namen unzertrennlich mit dem großbritischen Neo-Imperialismus verknüpft sind, Josef Chamberlain und Cecil Rhodes, jener als sein parlamentarisches und politisches Oberhaupt, dieser als sein kühnster und erfolgreichster Pionier über See. Chamberlain war geboren 1836 in London, zuerst Fabrikant daselbst und in Birmingham; 1874 trat er in die Politik ein und wurde im Unterhause, dem er seit 1876 angehörte, bald Führer der radikalen Partei; 1880 wurde er im Kabinett Gladstone Präsident des Handelsamtes. In der irischen Frage ging er zuerst mit Gladstone zusammen; als dieser aber später Home rule für Irland bewilligen wollte, trennte er sich von ihm; die irische Frage und der Imperialismus eben waren es ja, welche die Liberalen nunmehr mit Sprengung bedrohten. Bewegt und fast abenteuerlich schon in frühester Jugendzeit war der Entwicklungsgang von Cecil Rhodes. Geboren 1853 als Sohn eines Geistlichen, wanderte er aus Gesundheitsrücksichten nach Natal aus. Hier nahm er 1870 an dem ersten Zug nach den neu entdeckten Diamantenfeldern in Griqualand (zwischen Kapland und Betschuanaland, dicht an der Grenze des Oranjefreistaates) teil; er gründete Gesellschaften zu ihrer Ausbeutung und zur Ausbreitung der britischen Herrschaft in Süd- und in ganz Afrika. Nachdem er sich dabei ein großes Vermögen erworben hatte, kehrte er nach England zurück, wo er mehrere Jahre in Oxford studierte. Dann ging er wieder nach Südafrika und wurde hier die Triebfeder der weiteren Ausdehnung der britischen Macht. 1881 wurde er in das Parlament zu Kapstadt gewählt, 1884 Finanzminister der Kapkolonie. Eben damals setzten sich die Deutschen in Südwestafrika fest, daher betrieb er (1884) den Erwerb des Betschuanalandes, das zwischen der neuen deutschen Kolonie und den Burenrepubliken lag; am 30. September 1885 wurde es förmlich unter britische Oberhoheit gestellt. Von hier richtete er den Blick immer weiter nach Norden, — sein letzter Traum war ein großes britisches Kolonialreich vom Kap bis Kairo.

Schon in dem ersten, freilich recht kurzen Ministerium Salisburys entfaltete der neue Geist, der die englische Politik jetzt beseelte, seine Wirkungen, zunächst, wie wir sahen, in der Regelung des afghanischen Konfliktes, wie auch in der Behandlung der ägyptischen Frage, in der Sendung Drummond Wolffs nach Konstantinopel; hier allerdings trat ihm Frankreich, im Verein mit Rußland, hemmend entgegen. Das eben ist das Charakteristische für die Politik Salisburys, daß, während unter ihm der weltpolitische Gegensatz zwischen England und Deutschland zur Ruhe kam, wozu freilich die Zurückhaltung und Rücksichtnahme Bismarcks wesentlich beitrug, die britisch-französische Rivalität fortbestand. Sie zeigte sich nicht nur in Ägypten, sondern auch in Nordwestafrika und Ostasien. Im Herbst des Jahres wurde hier noch eine Aktion unternommen, die ihre Spitze gegen Frankreich richtete; es handelte sich dabei um die Annexion Birmas. Mit Unbehagen hatte man bereits in London die Erweiterung der Herrschaft Frankreichs in Hinterindien empfunden, und man entschloß sich jetzt, sie wenigstens nicht nach dem westlichen Teile dieser Halbinsel hinübergreifen zu lassen. Das erschien um so dringender notwendig, als der durch seine Grausamkeit berüchtigte König Thibau von Birma, mit England in handelspolitische Streitigkeiten ver-

wickelt, Anlehnung an Frankreich suchte; im Januar 1885 hatte er einen Vertrag mit Frankreich geschlossen. Ein birmanischer Gerichtshof hatte gegen die britisch-birmanische Handelsgesellschaft ein Urteil gefällt, gegen das die britische Regierung protestierte, indem sie unter Berufung auf ein zwischen Birma und England früher geschlossenes Abkommen die Verweisung des Prozesses an ein Schiedsgericht verlangte. Da dieses Begehren brüsk abgelehnt wurde, stellte die britische Regierung am 17. Oktober ein Ultimatum an Thibau, worin eine Untersuchung der Angelegenheit durch einen Abgeordneten des Oberkommissars für Britisch-Birma und die Aufnahme eines ständigen britischen Kommissars in der Hauptstadt Mandalay mit einer Schutzwache gefordert wurde. Als Thibau sich auch dagegen abweisend verhielt, rückten im November Truppen unter dem General Prendergast ein; dieser drang mit einer Flotte den Irawadi stromaufwärts; als er sich dem im Innern des Landes gelegenen Mandalay näherte, streckte Thibau (am 28. November) die Waffen. Er übergab sich und die Hauptstadt, wurde abgesetzt und nach Madras überführt. Birma wurde darauf in britische Verwaltung genommen und im März 1886 förmlich dem Indischen Reiche einverleibt; doch mußte erst noch im Laufe des Jahres 1886 ein Aufstand durch den General Roberts niedergeschlagen werden. Nach Süden hin durch Siam getrennt, stießen nun freilich das britische und das französische Herrschaftsgebiet in Hinterindien im Norden aneinander, und die von beiden Mächten gemachten Versuche, die benachbarte reiche chinesische Provinz Yünnan in die eigene Interessensphäre zu ziehen, sollten ihrer asiatischen Rivalität auch in der Folgezeit beständig Nahrung geben, indem zugleich das Ringen um das jetzt in Hinterindien noch allein als unabhängiger Pufferstaat (état tampon) übrig bleibende Königreich Siam einsetzte, — hier sollte jedoch später Frankreich besser abschneiden. Die Befürchtung, die Bucher hegte, daß die neuen Minister in England die Entente mit Frankreich suchen würden, war jedenfalls gegenstandslos, und noch mehr seine Skepsis, ob die Zukunft nicht auch eine solche zwischen England und Rußland zeitigen könnte, — dafür sorgte schon die nunmehr ausbrechende Balkankrisis.

Nicht allzu lang war die Lebensdauer, die dem ersten Kabinett Salisbury beschieden war. Bei den Neuwahlen Anfang 1886 vermochten die Konservativen nicht die Mehrheit zu erlangen, und so wurde, wie schon erwähnt worden ist, Gladstone abermals an die Spitze der Geschäfte berufen. Das war jedoch nur vorübergehend; auch übernahm unter ihm die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Rosebery, der zwar in der irischen Frage seinen Standpunkt teilte, aber den imperialistischen Ideen nahestand, so daß während des vorletzten Ministeriums Gladstone, das auch seinerseits nur etwa ein halbes Jahr (Januar bis Juli 1886) währte, im großen und ganzen, worauf gleichfalls bereits aufmerksam gemacht worden ist, die äußere Politik Großbritanniens nicht gerade einen schroff entgegengesetzten Kurs einschlug. Im Vordergrunde stand für den greisen Premier die innere Politik Großbritanniens, die irische Frage. Er wollte die Homerule für Irland durchsetzen; da versagte ihm ein Teil seiner Partei unter der Führung von Chamberlain und Lord Hartington (dem späteren Herzog von Devonshire) die Gefolgschaft. Es war freilich nicht nur das irische Problem, das die „Unionisten“

(so nannten sie sich, weil sie im Gegensatz zu den Bestrebungen behufs Loslösung Irlands aus dem Reichsverbande den Fortbestand der Reichseinheit auf ihre Fahne schrieben) vom Gros der Liberalen absprengte, sondern auch die imperialistische Tendenz. Neue Wahlen im Juli 1886 brachten eine imposante konservativ-unionistische Mehrheit und damit das Kabinett Salisbury zurück, — man darf somit, da das letzte Ministerium Gladstone lediglich eine Episode blieb und in der allgemeinen Direktion nichts Wesentliches änderte, den grundsätzlichen Umschwung in der britischen Außenpolitik im neuimperialistischen Sinne bereits vom Sommer 1885 datieren. Nichts beweist die Macht der imperialistischen Ideen, welche jetzt also in England zum endgültigen Siege gelangten, mehr als die Tatsache, daß auch die Liberalen, als sie, nach einem Intervall der neunziger Jahre (1892—1895), dann um die Mitte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts aus innerpolitischen Gründen wieder an das Ruder kamen, in ihrer Außen- und Kolonialpolitik in der Hauptsache in den Bahnen fortfahren mußten, die der englischen Politik vor zwei Jahrzehnten vorgezeichnet worden waren, im Geiste des „Größeren Britanniens", einer energischen Expansion: ein liberales Kabinett war es ja schließlich, unter dem England in den Weltkrieg eintrat.

Aber nicht die überseeischen Konflikte, wenngleich sie eine vollkommene britisch-französische Entspannung unmöglich machten, waren es, die seit 1885/86 für die nächsten Jahre der Weltpolitik ihren Stempel aufdrückten; sondern diese erhielt ihre Signatur durch das Wiederaufleben der Balkanfrage, und ihre wichtigste Folgewirkung war es, daß durch sie die Voraussetzung für eine russisch-französische Annäherung geschaffen wurde. So kam das Ergebnis endlich zustande, welches seit Gortschakows erstem Ränkespiel gegen Bismarck zum Anfange der siebziger Jahre gleichsam in der Luft gelegen hatte, dem man sowohl in Petersburg als auch Paris seitdem zugestrebt hatte, ohne daß man sich bisher hatte treffen können. Jetzt wurden die Hindernisse beseitigt, welche die Erreichung dieses Zieles bisher verhindert hatten. Noch viel länger sollte es freilich dauern, bis die damaligen Besorgnisse Buchers einer englisch-französischen und einer englisch-russischen Entente in Erfüllung gingen. Wie sich das vollziehen konnte, das ist ein viel späteres und vielleicht das traurigste Kapitel in der Geschichte Deutschlands und der Weltpolitik im Zeitraum von 1871 bis 1914; daß es so weit kam, das war jedenfalls keine Fortsetzung der Politik, wie sie Bismarck in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts je getrieben hat.

Viertes Buch

Wieder im Zeichen der Balkanfrage

Zwanzigstes Kapitel.

Der russisch-bulgarische Konflikt bis 1885.

Bulgarien war der Herd, auf dem sich die Flamme entzündete, welche von neuem die Balkanhalbinsel und ganz Europa in Brand zu stecken drohte.

Unhaltbar waren die Zustände, welche hier auf dem Berliner Kongreß und unter seinen Einwirkungen geschaffen worden waren. Nicht das bulgarische Interesse war es, das dafür maßgebend gewesen war, sondern die Rücksicht der Mächte auf ihren eigenen Vorteil und auf die Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes, und dieselben Gesichtspunkte blieben für die Folgezeit in Geltung. Das neue Staatswesen und seine Herrscher mußten das von Anfang an empfinden. Der bulgarischen Deputation, welche dem Prinzen Alexander von Battenberg die Nachricht von seiner Wahl im Mai 1879 an den russischen Hof nach Livadia überbrachte und daselbst die Erklärung seiner Annahme empfing, sagte der Zar: „Aus meinen Händen empfangt Euern Fürsten; liebt ihn, wie ich ihn liebe;“ der Führer der Abordnung, der Metropolit Simeon von Varna, gab der unbegrenzten Dankbarkeit seiner Nation für die beispiellose und unermeßliche Wohltat Ausdruck, welche ihr der Kaiser durch die Befreiung von schwerer und schmachvoller Knechtschaft erwiesen habe: „was gegenwärtig insbesondere das bulgarische Volk in Begeisterung versetze, das sei der Umstand, daß es den erwählten Fürsten aus den Händen Seiner Kaiserlichen Majestät empfängt, und daß er unter Leitung Seiner Russischen Majestät Weisheit, die das Glück der Bulgaren schuf, das Land regieren wird.“ Dem entsprach es, wenn Giers dem jungen Fürsten einschärfte, wie groß Rußlands Anteil an seiner Wahl gewesen sei. Ehe sich dieser nach Bulgarien begab, unternahm er noch erst eine Reise nach den Höfen von Wien, Berlin und London, um sich hier in seiner neuen Würde vorzustellen und zugleich, wie er der Deputation mitteilte, für die Brüder, die noch nicht zu einer unabhängigen Existenz gelangt seien, d. h. für die spätere Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien, zu wirken. In diesem Sinne sprach er sich ganz offen in Wien aus, indem er erklärte, er werde den Berliner Vertrag bis zu dem Augenblicke halten, da dies nicht mehr möglich sein werde, da der Sturm der nationalen Leidenschaften jeden Widerstand gegen die Herstellung der staatlichen Einheit des bulgarischen Volkes hinwegfegen würde. In Berlin legte ihm Bismarck die strengste Einhaltung des Berliner Vertrages ans Herz. In England wurde er von der Königin Viktoria wohlwollend aufgenommen und erhielt von Beaconsfield und Salisbury den gefährlichen Rat, „den Russen nicht allzusehr zu Willen zu sein und seinen eigenen Willen zum Wohle seines Volkes in den Vordergrund zu stellen“. Auch von

österreichischer Seite wurde ihm bald bedeutet, man habe „zwar Sympathien für Bulgarien und seinen Fürsten, jedoch natürlich nur für einen bulgarischen Fürsten und nicht den Regenten eines kleinen Rußlands". Er hat solche Mahnungen zu seinem Verderben nur allzusehr späterhin befolgt; es läßt sich freilich nicht leugnen, daß ihm das die Russen durch ihr Auftreten gegen ihn selbst und in seinem Lande recht leicht machten und ihn dazu sogar geradezu moralisch zwangen. Die Sache liegt auch keineswegs etwa so, daß er sich dabei in Widerspruch mit dem bulgarischen Volke setzte; im Gegenteil machte hier sein zuerst „immer wiederholtes Nachgeben" gegenüber den russischen Ansprüchen und Anmaßungen eher den Eindruck der „Charakterschwäche". Eine starke Persönlichkeit war er auch keineswegs. Erst 22 Jahre alt, ermangelte er der politischen Reife und Erfahrung, sowie höherer staatsmännischer Einsicht und Überlegenheit; er ließ sich von den Affekten und den Einflüssen des Augenblicks allzusehr hinreißen; er ermangelte der Vorsicht und auch oft des richtigen politischen und sogar persönlichen Taktes, wie zumal sein Verhalten gegen den Zaren zeigte. Keinesfalls war er den schwierigen Verhältnissen gewachsen, in die er sich nunmehr hineinversetzt sah, und in denen sich nur ein Mann behaupten konnte, in dem sich unerschütterliche Festigkeit mit zurückhaltender Klugheit und äußerer Anpassungsfähigkeit paarten.

Auch nach dem Abrücken der russischen Truppen nach Laut des Berliner Friedens waren die Russen die wahren Herren im Lande, sowohl in Bulgarien selbst als auch im benachbarten Ostrumelien, wo die türkische Herrschaft gleichfalls nur dem Namen nach fortbestand. Bei dem Mangel an geeigneten einheimischen Kräften waren die leitenden Stellen in Heer und Verwaltung mit Russen besetzt; diese hielten sich für ihre Wirksamkeit an die Winke und Weisungen, die sie von Petersburg empfingen, und standen vielfach unter der Herrschaft der panslawistischen Ideen. Für sie war Bulgarien eine russische Provinz, wo sie ähnlich schalten und walten zu können glaubten, wie wenn es sich um ein kürzlich erobertes asiatisches Gouvernement handele. Der neue Fürst erschien ihnen wie ein soeben unter russische Oberhoheit gestellter Satrap, über dessen Wohlverhalten sie zu wachen und bei dem sie darauf zu achten hätten, daß ihn keinerlei Gelüste der Unabhängigkeit anwandelten. Als einen Nichtrussen betrachteten sie ihn mit Abneigung und Argwohn; selbst gesellschaftlich und persönlich begegneten sie ihm mit Mißachtung, und er wie auch das ganze Land litten schwer unter ihrer Herrschsucht und ihrem Hochmut. Trotz des Verbotes des Zaren mischten sie sich in die innerpolitischen Verhältnisse Bulgariens ein; sie schürten die Parteigegensätze und knüpften mit denjenigen Elementen an, die sich in Opposition gegen den Fürsten stellten. Über seinen Kopf hinweg verhandelten sie mit den Parteiführern; sie berichteten über ihn und gegen ihn nach Petersburg, und die Verwirrung wurde noch dadurch größer, daß sie sich ihre Direktiven nicht nur von der dortigen Zentralstelle, sondern auch von der in Moskau sitzenden panslawistischen Leitung holten, deren Wege sich hinwiederum vielfach mit denen der Reichsregierung kreuzten. Wenn sich Alexander ihre willkürlichen Handlungen nicht gefallen ließ, oder wenn sie sonst im Lande Widerstand fanden, dann überschütteten sie ihn beim Zaren mit Klagen und Verleumdungen; wurde schließlich der eine oder andere von

ihnen auf sein Begehren abberufen, dann verstärkten sie, in die Heimat zurückgekehrt, den hier befindlichen Chor seiner Widersacher, schürten die Erbitterung und spannen gegen ihn Intrigen. Kaum war er ein halbes Jahr in Bulgarien, so mußte er schon seinem Vater melden, auf die Armee könne er nicht zählen, da der Kriegsminister Parenzow eine zweifelhafte und unehrliche Rolle spiele: dieser, wie auch alle anderen Russen, mit der einzigen Ausnahme des ihm persönlich ergebenen diplomatischen Agenten Davidow, hätten sich gegen ihn gemein benommen. Parenzow führte keinen seiner Befehle aus, ehe er sich nicht mit dem russischen Kriegsminister, dem streng panslawistisch gesinnten Miljutin, verständigt hatte; ja Parenzow erstattete sogar an diesen über ihn politische Geheimberichte. Als Alexander einmal in Rußland weilte, kam es darüber zwischen ihm und Miljutin in Gegenwart des Zaren zu einem heftigen Auftritt; schließlich setzte er die Abberufung Parenzows durch, und dessen Nachfolger wurde der General Ehrenroth, ein „ehrlicher und aufrichtiger Finne“; dieser und Davidow wurden ihm freilich später von Petersburg her zu seinem großen Schmerz genommen. Auf keinen einzigen der vielen russischen Offiziere und Beamten, die man ihm schickte, glaubte er, sich verlassen zu dürfen; denn vor die Wahl gestellt, ob sie ihm oder Miljutin und den Slawenkomitees dienen wollten, zogen sie das letztere vor, da sie dann mit Sicherheit auf Beförderung und andere Vorteile in Rußland rechnen durften. Er konnte einen ernstlichen Versuch, sich des „Gesindels“ zu erwehren oder es abzuschütteln, gar nicht wagen; denn dann wäre sofort durch die russischen Zeitungen ein flammender Schrei der Entrüstung gegen seinen Undank erschollen. Wenn er sich über deren maßlose Hetze beschwerte, erhielt er den Bescheid, man könne der „freien russischen Presse“ keine Zügel anlegen. Und „Gesindel“ war es tatsächlich, womit man die Bulgaren beglückte, schlechte Beamte, die sich zu bereichern strebten, Bestechungen zugänglich, auf niedrigem moralischen Niveau stehend. Die russischen Finanzkreise suchten Bulgarien finanziell auszubeuten; sie zogen die hier angestellten Landsleute in ihr Interesse; die Bulgaren merkten das und sträubten sich dagegen. Durch den Berliner Vertrag war Bulgarien verpflichtet worden, die auf seinem Gebiete laufende Strecke der Eisenbahnlinie Wien—Konstantinopel möglichst bald in Angriff zu nehmen; diese behagte aber den Russen aus militärischen Gründen nicht, indem sie eben deshalb vielmehr Bahnbauten in nordsüdlicher Richtung von der Donau über den Balkan den Vorzug gaben. Kaum war Alexander im Lande erschienen, so wurde er vom russischen Großkapital mit Wünschen nach Konzessionen bezüglich solcher Projekte bestürmt; daß er aus wirtschaftlichen Erwägungen der westöstlichen Strecke den Vorrang einräumte, wurde zwar in Österreich wohlgefällig, in Rußland jedoch übel vermerkt. Das war es überhaupt, wovon er zusehends immer mehr bedrückt wurde, die Zwickmühle Österreich-Rußland. Zunächst hielt er noch mehr zu Rußland, und es war vorderhand mehr der Gegensatz zu Miljutin und den Panslawisten, in Verbindung mit den Streitigkeiten mit den ihm beigegebenen russischen Agenten und Offizieren, der einen Keil in sein Verhältnis zu Rußland trieb. Noch neigte er anfangs entschieden zu Rußland; er meinte, daß sich Österreich unter dem Einflusse seines Bündnisses mit Deutschland im Orient „sehr breit“

mache, und daß das seine eigene Stellung erschwere: das ewige Lavieren zwischen Österreich und Rußland sei eigentlich ein Unding; es gebe für ihn nur ein Entweder-Oder, und der Moment werde kommen, da er Farbe bekennen müsse, „und, offen gestanden, finde ich einen ehrlichen Feind angenehmer als einen unehrlichen Freund, und doch ist letzteres unsere Rolle Rußland gegenüber". Als bereits seine Entzweiung mit Rußland ziemlich vorgeschritten war, hat er (1883) gesagt: „Wenn ein deutsch-russischer Krieg ausbräche, würde ich mich, wenn auch wider Willen, unbedenklich auf seiten Rußlands stellen; das halte ich unter allen Umständen für meine Pflicht." Man erkennt aus diesen Worten, daß es mit seiner deutschen Gesinnung nicht weit her war, und wie sehr es Phrase war, wenn man damals von dem deutschen Prinzen auf dem Balkanthron sprach. Bei solchen politischen Grundsätzen hätte er bei größerer Geschicklichkeit mit Rußland besser auskommen können und sollen; aber er überließ sich zu sehr seinen persönlichen Verstimmungen, und die österreichischen Gesandten in Sofia, der Graf von Khevenhüller und später der Freiherr von Biegelegen, entfalteten eine beträchtliche Kunst, durch passende Insinuationen die Kluft, die sich dadurch zwischen ihm und Rußland, zumal Alexander III., eröffnete, mit dem er von vornherein nicht besonders gut stand, noch weiter zu vertiefen. Eine Zeitlang war freilich von dieser Seite noch keine Störung des Friedens zu befürchten, da Österreich neuerdings Rußland gegenüber durch das Dreikaiserbündnis gebunden war, und um dieselbe Zeit, als dieses entstand, Beaconsfield seinem alten Gegner Gladstone weichen mußte, welcher, wie wir wissen, zu Rußland neigte, — so wurde denn auch von britischer Seite jetzt in Sofia angedeutet, „daß England sich kaum den internationalen Verpflichtungen des Berliner Vertrages entziehen dürfte". Das war eine Warnung zur Vorsicht, auch in der Frage der bulgarisch-ostrumelischen Vereinigung.

Von den innerpolitischen, namentlich den Verfassungsverhältnissen, nahm die fernere Entwicklung der bulgarischen Angelegenheit ihren Ausgang. Im Frühjahr 1879, noch vor der Wahl Alexanders, hatte die konstituierende Versammlung zu Tirnowa (s. o. S. 255) eine radikale Verfassung beschlossen, parlamentarische Regierung, allgemeines Wahlrecht, Einkammersystem. Der ursprüngliche Entwurf, der vom damaligen Gouverneur, dem Prinzen Dondukow-Korsakow, herrührte, welcher selbst zum Throne berufen zu werden hoffte, hatte dem künftigen Herrscher eine stärkere Stellung zugedacht und auch insofern eine konservativere Färbung getragen, als er die Schaffung eines Staatsrates als einer Art Erster Kammer vorsah; als Dondukow darauf merkte, daß seine eigenen Aussichten auf die Krone schwanden, wurden deren Befugnisse beschränkt und von der Errichtung des Staatsrates abgesehen. Daran knüpfte sich die Entstehung der beiden Parteien, die sich in der Folgezeit in Bulgarien gegenüberstanden; die Liberalen waren gegen, die Konservativen für die genannte Institution. Sogleich, als ihm selbst die Fürstenwürde angeboten wurde, hatte Alexander „gegen die lächerlich freisinnige" Konstitution protestiert; der Zar hatte jedoch seine Einwendungen beschwichtigt; nachdem er die Regierung erst angetreten hatte, meinte er, diese mit jener nicht führen zu können. „Es ist unmöglich," so äußerte er

sich, „mit der widersinnigen bulgarischen Verfassung zu regieren; denn es ist gleichgültig, ob die konservative oder die liberale Partei am Ruder ist; beide sind gleich demokratisch und unzuverlässig. Bei der Opposition handelt es sich immer nur darum, daß sie die Plätze der jeweiligen Regierung einnehme, um ihre Leute mit Ämtern zu versehen". Wilde Parteiwirtschaft und Parteigegensätze machten sich breit, durch persönliche Feindschaften verschärft. Von Petersburg her, zumal durch den unzufriedenen Dondukow und den panslawistischen Miljutin, wurden die Liberalen begünstigt, weil Dondukow mit ihnen seinerzeit zusammengegangen war, weil sie ihm zugetan und daher dem neuen Fürsten abgeneigt waren; auch glaubte man daselbst, dessen staatsrechtliche Position schon unter dem Gesichtspunkte nicht erhöhen zu sollen, daß er dadurch größere Selbständigkeit gewinnen, und daß darunter der russische Einfluß leiden könnte. So wurde Alexander denn (April 1880) ein liberales Ministerium unter dem Präsidium von Zankow aufgenötigt; bald brach zwischen beiden heftige Zwietracht aus. Der Fürst setzte nun seine Hoffnung auf einen Staatsstreich; für einen solchen mußte er freilich die Zustimmung des Zaren gewinnen. Dazu bot sich ihm im Frühjahr 1881 die Gelegenheit. Im April reiste er zur Beisetzung des ermordeten Alexander II. nach Petersburg; da gab ihm der russische General Ehrenroth den Rat, seinen Aufenthalt daselbst zu benützen, um dem neuen Zaren die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung vorzustellen. Denn so, wie es jetzt war, ging es schlechterdings nicht weiter, — hatten doch während zweier Jahre nicht weniger als sieben Kabinette und drei Kammern entlassen werden müssen. Alexander III. erklärte sich zwar nicht geradezu mit dem Vorhaben des Vetters einverstanden; aber er setzte ihm auch keinen Widerstand entgegen, sondern beschränkte sich darauf, ihm zu bedeuten, „er möge ausführen, was er für nötig halte, dürfe aber auf keine aktive Hilfe rechnen".

Alsbald nach seiner Rückkehr nach Sofia ging Alexander ans Werk; Ehrenroth stellte ihm vor, daß angesichts der tollen Wirtschaft der Liberalen (der ihnen angehörige Ministerpräsident Karawelow hatte die Mörder des Zaren als Märtyrer der Freiheit gefeiert) die Sache keinen Verzug mehr leide. Durch eine Proklamation vom 9. Mai 1881 wurde Ehrenroth mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut, zu dem die Konservativen hinzugezogen werden sollten; zugleich wurde die Große Sobranje einberufen, die, aus der doppelten Anzahl von Abgeordneten bestehend, für wichtige Verfassungsänderungen zuständig war. Es wurde ihr unter Androhung sofortiger Abdankung und Abreise des Fürsten die Forderung vorgelegt, in eine Suspension der Verfassung einzuwilligen und diesem für den Zeitraum von sieben Jahren außerordentliche Vollmachten, wie vor allem zur Errichtung eines Staatsrates, zu übertragen; sie stimmte, da die Wahlen günstig ausfielen, solchem Begehren bei. Die liberale Opposition tobte und schäumte gegen die neue Regierung und die Russen; ihr Führer Zankow wandte sich an die liberale Regierung in England, und diese gab ihr Mißfallen zu erkennen. Das genügte für den Zaren, dem der Fürst seinen Thron zur Verfügung stellte, ihn seinerseits zu halten, zumal da ihm Giers zu Gemüte führte, daß sich das autokratische Rußland nicht in diesem Falle für eine ultraradikale Verfassung ein-

setzen könnte; schließlich kam eine Kollektiverklärung der Mächte zustande, die das Vorgehen Alexanders billigte, und der auch England beitrat. Immerhin fand man in Petersburg, „daß der Fürst denn doch zu scharf ins Zeug gegangen war, und daß die allzu weite Ausdehnung der Vollmachten für Rußland möglicherweise von Schaden sein könne“; man legte die Schuld daran Ehrenroth bei und rief diesen nach der Heimat zurück. Alexander empfand diese Maßregelung sehr schwer, und sie hatte auch in der Tat für sein Verhältnis zu Rußland schlechte Folgen, da er sich mit den anderen Russen, die ihm als Beiräte beigegeben wurden, nicht zu vertragen vermochte. Das Kabinett, mit dem er jetzt regierte, war aus Russen und bulgarischen Konservativen gemischt; weder diese letzteren noch auch er selber zeigten immer die nötige politische Erfahrung und Umsicht, und so wurden mitunter Maßregeln getroffen, die wenig zweckmäßig waren und den Unfrieden steigerten, wie die Internierung Zankows (1882/83) in Wratza; dazu kamen Konflikte zwischen den russischen und bulgarischen Mitgliedern des Kabinetts. Der Staatsrat wurde gebildet und trat in Tätigkeit; auch die leidige Eisenbahnfrage wurde ihm vorgelegt, und darüber brach der Zwist von neuem in aller Schärfe aus. Der Fürst und das Land bevorzugten den Ausbau der Strecke Wien—Konstantinopel, die Russen, zumal Hitrovo, der jetzt als Vertreter Rußlands bei ihm verweilte, die nordsüdliche Richtung (Sistovo—Sofia); als Hitrovo damit nicht durchdrang, trat er in Verbindung mit den Liberalen und in heftigste Opposition gegen den Fürsten; offen agitierte er gegen diesen und suchte insonderheit, in Gemeinschaft mit einem Teile der russischen Offiziere, dessen Stellung im Heere zu untergraben. Alexander war empört über sein „perfides und niederträchtiges Auftreten“: Hitrovo sei, so ließ er sich vernehmen, „der Schlechteste der Schlechten; seine Wühlereien, seine Perfidien und Unverschämtheiten, sowie seine unerhörte Frechheit überstiegen jede Vorstellung“. Dringend verlangte er in Petersburg die Abberufung des verhaßten Agenten.

Unerträglich und unhaltbar waren diese Zustände. Auf den Vorschlag der Konservativen selbst versuchte er es noch einmal, russische Minister zu bekommen, mit denen er zu regieren vermöchte, und die geeignet wären, den Parteihader im Lande beizulegen. Er erholte sich im Frühjahre 1882 durch einen Vertrauten Rates hinsichtlich dafür passender Kandidaten bei den Panslawistenhäuptern Katkow und Aksakow in Moskau und reiste selbst, um die Sache zu befördern, nach Petersburg. Vom Zaren und von Giers nicht ungünstig aufgenommen, erreichte er zwar die Entfernung von Hitrovo; aber der positive Erfolg, den er erzielte, sollte sich alsbald als ein vollkommener Fehlschlag erweisen. „Nach langem Suchen“ wurden zwei Generäle für ihn auserwählt, Alexander Freiherr von Kaulbars für das Portefeuille des Krieges und Sobelew für das Innere; gerade diese beiden Männer entpuppten sich, als sie erst in Sofia angelangt waren, als seine grimmigsten Widersacher, und sie haben den Stein ins Rollen gebracht, seinen Bruch mit dem Zaren und Rußland herbeigeführt. Von vornherein versprach er sich nicht allzuviel von seinem Experiment; bald nach seiner Rückkehr nach Sofia äußerte er sich dahin: „das sei nun der unwiderruflich letzte Versuch, nach russischen Ideen zu herrschen, die letzte Verneigung vor dem Grundsatz

der russischen Oberherrlichkeit; wenn er aber mißlinge, so würde er jeden weiteren russischen Rat ablehnen und nur mehr nach bulgarischen Interessen handeln“. Und er mißlang tatsächlich. Zuerst schickten sich die Dinge mit Kaulbars und Sobelew, wie es schien, nicht schlecht an; als aber im Herbst die neue Kammer zusammentrat, die ganz überwiegend konservativ zusammengesetzt war, kam es abermals zu Zusammenstößen, weil auch sie die weströstliche Strecke der Linie Sistovo—Sofia voranstellte. Die Konflikte zwischen der Sobranje und den bulgarischen Ministern auf der einen, den russischen Kabinettsmitgliedern auf der andern Seite häuften sich, und diese richteten jetzt an den Fürsten das Ansinnen, daß er zwischen ihnen und ihren bulgarischen Kollegen wähle. Dieser konnte aus Rücksicht auf die Stimmung im Lande, von Österreich heimlich ermuntert, in dessen Interesse ja der schnelle Ausbau der Eisenbahn Wien—Konstantinopel lag, darauf nicht eingehen; da die beiden Russen hartnäckig auf ihrem Begehren bestanden, bat er den Zaren um ihre Abberufung, aber vergeblich. Das Verhältnis wurde völlig unleidlich, indem Kaulbars nunmehr nach Kräften beim Offizierkorps gegen den Fürsten intrigierte.

Noch verlor Alexander nicht den Mut; er unternahm einen neuen Versuch, sich der zwei verhaßten Männer zu entledigen; dadurch sollte er seine Lage allerdings nur verschlimmern. Im Einverständnis mit den maßgebenden politischen Persönlichkeiten entließ er nämlich jetzt seine bulgarischen Minister, indem er (Ende Februar 1883) ihre Posten interimistisch Sobelew übertrug, in der Absicht, in Moskau, wohin er sich zur bevorstehenden Krönung des Zaren zu begeben gedachte, die Entlassung der beiden zu erwirken. Da ihm unter diesen Verhältnissen und bei dem Auftreten von Kaulbars und Sobelew das weitere Verweilen in Sofia inzwischen nicht behagte, ging er auf Reisen. Die Stellvertretung führte Kaulbars, natürlich im russischen Sinne; er brachte es zustande, daß bei den gerade stattfindenden Gemeindewahlen in der Hauptstadt seine Kreaturen an das Ruder kamen, und diese beschlossen, von sich aus eine Deputation zur Krönung nach Moskau zu schicken, um auf sein Anstiften hin im Namen des bulgarischen Volkes darum nachzusuchen, daß an Stelle Alexanders der Prinz Waldemar von Dänemark den Thron besteige; Giers vermittelte ihr eine Audienz beim Zaren, und es nutzte nichts, daß der Fürst dagegen telegraphisch sein Veto einlegte. Daß er gleichfalls telegraphisch vom Ausland her seinen Willen dafür kundgab, es sollte zuvörderst die Strecke Wien—Konstantinopel in Angriff genommen werden, das schlug dem Faß erst recht den Boden aus. Jetzt war ja der Beweis dafür geliefert, daß er es nicht mit Rußland, sondern mit Österreich hielt, und zumal die für die Verbindung Sistovo—Sofia interessierten Finanzkreise Rußlands und ihre Hintermänner setzten alle Hebel wider ihn in Bewegung. Zweifellos war es ein großer Fehler des Battenbergers, daß er gerade in dieser kritischen Zeit Bulgarien verließ und ziemlich zwecklos in der Welt herumreiste; auch darf man wohl die Frage aufwerfen, ob er nicht in der Behandlung der Eisenbahnangelegenheit eine größere Gewandtheit entfalten konnte. Sein Benehmen bei der Krönung in Moskau (Ende Mai) setzte seinen bisherigen Ungeschicklichkeiten die Krone auf. Er verdarb es hier sowohl mit Katkow als auch mit Giers. Als ihn jener, der ihn bisher

noch bis zu einem gewissen Grade unterstützt hatte, über die Eisenbahnfrage und sein letztes Telegramm in dieser Angelegenheit interpellierte, lehnte er es ab, einem Journalisten Rechnung über seine Regierungshandlungen zu geben; mit dem Minister überwarf er sich wegen der Zulassung der hauptstädtischen Deputation. Der Zar erteilte ihm freilich, wie es schien, gnädige Zusicherungen. Er bewilligte zwar nicht die Entfernung von Kaulbars und Sobelew, versprach ihm jedoch, Ehrenroth ihm wieder beizuordnen, durch diesen die beiden andern zu Mäßigung anzuweisen und wieder ein konservatives Ministerium einsetzen zu lassen. Gehobenen Mutes reiste der Fürst von Moskau ab, auch jetzt wieder auf Umwegen über Wien und Berlin, wo er sich in neue Verlegenheiten stürzte und neue Verwicklungen heraufbeschwor, von denen wir noch hören werden; zuletzt ging er nach Ischl, wo er das österreichische Kaiserpaar besuchte. Hier erwarteten ihn bereits Anhänger aus seinem Fürstentum, die ihn um baldige Rückkehr baten, da es infolge der Art und Weise, wie Kaulbars seine Regentschaft ausnutze, im Lande darüber und darunter gehe und der Verlust der Herrschaft zu befürchten sei.

Aber das war noch nicht das Übelste; viel schlimmer war es für den Fürsten, daß sich inzwischen, während er sich in Berlin und Ischl „der Gastlichkeit und harmlosen Geselligkeit" erfreute, in Petersburg eine Wendung vollzogen hatte, die ihn unsanft aus den Illusionen erwachen ließ, mit denen er Moskau verlassen hatte. Allzu blindlings hatte er den glatten und gleißenden Worten des Zaren Zutrauen schenken zu dürfen gemeint; kaum hatte er diesem den Rücken gekehrt, da zeigten sich die unheilvollen Folgen seines persönlichen Zwistes und Bruches mit Giers und Katkow; dieser entzog ihm allen Rückhalt, den er ihm bisher in Presse und Öffentlichkeit gewährt hatte, und jener bewirkte beim Kaiser einen Umschwung der Haltung und Entscheidung. Übermäßige Sympathie hatte Alexander III. seinem Vetter niemals entgegengebracht. Beschränkten Geistes und eifersüchtig auf die Wahrung seiner Würde und Selbständigkeit bedacht, konnte er die offene und unvorsichtige Art des Battenbergers, der noch dazu unklug genug war, ihm gegenüber nicht die passende Distanz zu wahren, auch wohl eine gewisse geistige Überlegenheit fühlen zu lassen, schlechterdings nicht vertragen; man mußte ihn hinten herum nehmen, wenn man ihn haben wollte, und dazu war der Fürst nicht imstande. Den vereinten Einwirkungen von Giers und der Panslawisten gelang es, den Zaren davon zu überzeugen, daß es nötig sei, sich auf die Seite der Generäle zu stellen, nicht auf die des Fürsten, „der gegen alles Russentum sei". So erhielt dieser nunmehr durch den Kaiser und Giers den Bescheid, daß man darauf verzichten müsse, ihm Ehrenroth zur Verfügung zu stellen, da es unmöglich wäre, dessen Stellung den beiden andern Generalen gegenüber richtig zu regeln; statt dessen wurde an die Spitze der diplomatischen Vertretung Rußlands in Sofia Jonin gestellt, und es hieß zum Schaden den Spott hinzufügen, wenn der Minister zur Begründung dieses Wechsels sagte, Jonin verdiene des Fürsten Vertrauen und könne dank seiner Erfahrung diesem jene Dienste leisten, die er vom russischen Vertreter zu verlangen das Recht habe. Der Battenberger kam sich wie aus allen Himmeln gestürzt vor; empört schrieb er an den deutschen Kronprinzen, mit dem er durch die engsten verwandtschaftlichen

Bande eben damals bald verbunden zu werden hoffte: „Der Kaiser hatte mir einen Mann versprochen, der mir gegen die Generäle helfen sollte, und schickte mir statt dessen einen der berüchtigten russischen Diplomaten, um den Generalen gegen mich zu helfen.“ Und als er sich noch auf der Rückreise befand, erhielt er ein Telegramm des Zaren (vom 11. Juli): „Man habe gehört, daß bei der Rückkehr des Fürsten nach Sofia den russischen Generälen von der Nationalversammlung das Mißtrauen werde ausgesprochen werden. Der Kaiser könne das nicht einen Augenblick zugeben und ersuche den Fürsten dringend, die Nationalversammlung zu warnen und vor der Ankunft Jonins nichts zu unternehmen.“ Offenbar waren es auch gerade die Besuche, die der Fürst in Berlin und Wien machte, die dem Zaren Mißtrauen einflößten; er faßte sie so auf, als ob der Vetter in Europa Rückhalt gegen Rußland suche. Nach einigen Wochen langte Jonin in Sofia an; er brachte aus Petersburg ein Ultimatum mit, das an Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ; Kaulbars und Sobelew sollten noch zwei Jahre im Amte verbleiben, Alexander auf die außerordentlichen Vollmachten verzichten, die er vor zwei Jahren empfangen hatte, eine neue Verfassung unter der Ägide der beiden Generäle sollte ausgearbeitet werden, und bis zu ihrer Annahme sollte er keine Regierungshandlung vornehmen dürfen, ohne sich vorher mit Jonin ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Wenn jemand das Feld räumen müsse, das wurde ihm bedeutet, so seien das nicht Kaulbars und Sobelew, sondern er selber; insonderheit wurde er gewarnt, wieder den Versuch zu machen, Europa ins Spiel zu ziehen: „Sie würden damit nichts erreichen, als Ihre Angelegenheiten noch mehr zu verderben. Wir haben tausend Mittel, uns mit Europa zu vergleichen.“

Wie richtig diese letzte Bemerkung Jonins war, erfuhr der Fürst, als er die Vertreter der Großmächte zu sich berief, um sich deren Schutz zu sichern. Seine Bitten waren vergeblich; so entschloß er sich denn, sich selber zu helfen. Er verlangte von Kaulbars und Sobelew, sie sollten ihre Demission geben, da er sie sonst seinerseits entlassen würde; sie erwiderten, sie hätten Befehl vom Zaren, auf ihrem Posten zu verbleiben, selbst wenn ihnen Alexander den Abschied erteile. In seiner Not wandte er sich jetzt an Zankow, den er nach seiner Rückkehr begnadigt hatte, um im Lande eine Einheitsfront gegen die Russen herzustellen; der Chef der Opposition verlangte in einem Gespräch am 26. August unbedingte Wiederherstellung der Verfassung von Tirnowa. Schon bearbeitete Jonin die Armee, um die Absetzung Alexanders zu erzwingen; aber er hatte damit keinen Erfolg. Der Fürst erklärte ihm nunmehr, er lehne das Ultimatum ab, wolle aber die große Nationalversammlung zu einer Verfassungsrevision einberufen. In der gewöhnlichen Sobranje sollte Anfang September gerade über die Eisenbahnkonvention mit Österreich betreffend die Strecke Wien—Konstantinopel abgestimmt werden; die Spannung hatte ihren Höhepunkt erreicht, da teilte Sobelew im Vertrauen Zankow mit, „die russische Regierung wünsche, daß die große Nationalversammlung, statt eine neue Verfassung auszuarbeiten, ein zehnjähriges Protektorat Rußlands über Bulgarien verlangen sollte.“ Das war denn doch sogar Zankow zu viel. In aller Heimlichkeit kam eine Verständigung zwischen den Parteien und

dem Fürsten zustande: die alte Verfassung mit den von ihm gewünschten Änderungen wurde wiederhergestellt, ein neues Kabinett unter Zankow gebildet und die Entlassung der beiden Russen verfügt. In der Sobranje spielte sich eine stürmische Szene ab; Kaulbars und Sobelew, ganz überrascht durch die unvorhergesehene Wendung der Dinge, entluden ihre Wut in wüsten Schimpfereien; aber angesichts der in der Kammer und im Lande herrschenden Einmütigkeit blieb ihnen nichts übrig, als ihren Ranzen zu schnüren. Bulgarien war von ihnen befreit. Die Popularität Alexanders war groß; Österreich, dessen Gesandter Biegelegen dem Fürsten im geheimen den Nacken gesteift hatte, war zufrieden, da die Eisenbahnfrage zu seinen Gunsten entschieden war, und da es also in diesem Wettbewerb den Sieg davongetragen hatte. Aber in Rußland war die Empörung grenzenlos. Der Zar lehnte die Erklärungen und Rechtfertigungsversuche des Vetters rundweg ab; Giers wetterte gegen dessen „Büberei". Als ihm Jonin berichtete, dieser habe sich vor ihm dahin ausgelassen, daß er nur nach den Interessen seines Landes handeln, gegen jeden Zwang, der auf ihn ausgeübt würde, an die Mächte appellieren und den Skandal nicht scheuen würde, der daraus entstehen könnte, rief er aus: „Ist das wohl die Sprache eines Mannes, den wir fast ohne Schuhe aufgeklaubt haben, und der nichts wäre, wenn ihn der Kaiser nicht auf den Platz gestellt hätte, auf dem er heute steht? Er scheint ein neuer Alexander von Mazedonien werden zu wollen." Zwei russische Offiziere aus des Fürsten nächster Umgebung wurden binnen achtundvierzig Stunden abberufen, weil sie ihm zu sehr ergeben waren; im Einvernehmen mit dem Ministerrat entließ dieser darauf alle übrigen russischen Offiziere, die ihm persönlich beigeordnet waren. Gerade damals war Alexander eine kurze Zeit so gut gedeckt, wie niemals vorher und nachher. Selbst Bismarck gab ihm damals Recht, wenn er sich „gegen Rußland auf die Hinterbeine setzte". Der Kanzler war damals von Argwohn erfüllt, daß die Russen von neuem gegen den Balkan vorzugehen gedächten (s. o. S. 389); es war die Stimmung, aus welcher die Verträge Österreichs und Deutschlands mit Rumänien entsprangen. Für den jungen Fürsten ging sie allerdings allzu schnell vorüber.

Der Bruch war nun einmal vollzogen, und er ließ sich trotz aller Annäherungsversuche, die der ungetreue Vasall in der Folgezeit machte, nicht mehr heilen. Der Zar blieb unversöhnlich, der Vetter existierte fortan nicht mehr für ihn; zur Prinzessin von Wales sagte er in Fredensborg, „es amüsiere ihn nur, zu sehen, wie sich der Fürst im Kampfe gegen das Unvermeidliche abzappele". Dieser fühlte sich freilich zunächst erleichtert. „Seine innerste Überzeugung war, daß Rußland wohl ungeheuer mächtig sei, aber die Erfahrung ihn gelehrt habe, daß man die Zähne zeigen muß, wenn man von den Russen, sei es der erste oder letzte, geachtet sein will." Wenn er so dachte, so geschah das, wie versichert wird, nicht, ohne daß er aus gewissen Gründen auf Hilfe von außen spekulierte, und wir hörten soeben, worum es sich dabei handelte. Aber die Lage, auf die er rechnete, veränderte sich sehr bald zu seinen Ungunsten. Entscheidend war es, daß sich Bismarck über die russischen Balkanabsichten beruhigte und der Erneuerung des Dreikaiserbündnisses zustrebte. Damit erlosch das flüchtige Interesse, das er dem Bulgaren geschenkt

hatte; schon gemäß seiner Grundanschauung, daß der Osten der Balkanhalbinsel unter den russischen Einfluß falle, hielt er von jetzt an unverrückt an dem Standpunkt fest, der Zar habe seinen Satrapen ungeschickt gewählt, dieser könne nichts Besseres tun, als das, was ihm der Vater geschenkt habe, möglichst teuer an den Sohn zurückzuverkaufen. Der ahnte indes noch nicht, wie schwach seine Stellung bereits war; noch immer gab er sich der Illusion hin, auf Österreich, England und Deutschland rechnen zu dürfen. Irrte er sich darin, was Deutschland anbelangte, so überschätzte er auch sogar seinen Rückhalt an Österreich und England. Am sichersten für ihn erschien ihm Österreich, — war doch der vornehmste Grund zur Unzufriedenheit, die sich in Rußland gegen ihn gebildet hatte, seine Zuneigung zu Wien, zumal in der Eisenbahnfrage. Sobald jedoch hierin die Entscheidung im Sinne Österreichs gefallen war, wiegelte dieses ab; indem dann 1884 der russisch-deutsch-österreichische Vertrag von 1881 noch einmal verlängert wurde, mußte sich Österreich, auch was die Behandlung der bulgarischen Angelegenheit anbelangte, einer erhöhten Zurückhaltung befleißigen; in dieser Richtung wirkte in Wien auch der deutsche Einfluß. Die offizielle britische Politik trat keineswegs so unbedingt für Alexander ein, wie dieser es wohl wünschen durfte. Granville war zwar der Ansicht, daß das Auftreten von Kaulbars und Sobelew „einer Besitzergreifung von Bulgarien gleichkäme"; vorsichtig instruierte er jedoch den englischen Vertreter daselbst, als es zum Bruche zwischen dem Fürsten und den beiden Generälen kam, lediglich dahin: „Die Sachlage sei nicht klar genug, damit England dem Fürsten einen Rat geben könne; aber falls er sich an die Mächte wendete, so würde ihm England seine moralische Unterstützung angedeihen lassen". Damit war nicht viel anzufangen, und noch dazu um so weniger, als der Premier Gladstone Österreich im Verdachte von Machterweiterungstendenzen auf dem Balkan hatte, hinter denen als treibende Kraft Bismarck stände (s. o. S. 407 f.), und als er bemüht war, nach Möglichkeit sich mit Rußland zu stellen. Eben damals (Anfang Oktober 1883) traf er sich mit dem Zaren in Kopenhagen. In den Zeitungen wurde erklärt, er habe keine Kenntnis davon gehabt, daß sich Alexander III. gerade in der dänischen Hauptstadt befinde, und die Besorgnisse, die Bismarck an diese Begegnung anknüpfte, dürften schwerlich dadurch zerstreut worden sein, daß später der Prinz von Wales dem Grafen Herbert bei einer After-Dinner-Konversation zur Mitteilung an den Vater erklärte, diese Reise habe gar keine politische Bedeutung, sondern nur die einer Reklame für den Eigentümer des Schiffes, auf welchem der Minister gefahren sei.

Man kann es wohl verstehen, wenn der Battenberger Hoffnungen auf Großbritannien und die Donaumonarchie setzte, — wie aber kam er dazu, auf Deutschland zu rechnen? Er glaubte sich dazu durch ein persönlich-dynastisches Moment berechtigt, indem er einen Heiratsplan hegte. Er strebte nämlich eine eheliche Verbindung mit der deutschen Prinzessin Viktoria, der Tochter des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, der Enkelin Wilhelms I. und der Königin Viktoria von England, an; gerade dieses fein ausgeklügelte Projekt sollte freilich die Verwicklungen und Bedrängnisse, in denen er sich befand, nur noch vermehren, und schließlich sollte es jämmerlich zerschellen.

Oberflächlich angesehen, konnten die Aussichten auf einen glücklichen Ausgang des Vorhabens zunächst nicht gerade ungünstig erscheinen. Alexander stand in freundschaftlichem, ja sogar intimem Verhältnis zum deutschen Kronprinzenpaar, namentlich zur Kronprinzessin; Kaiser Wilhelm entbehrte nicht der Sympathien für ihn. Noch enger waren seine Beziehungen zum englischen Hofe. Eine gewisse verwandtschaftliche Verbindung mit diesem bestand bereits insofern, als sein Vetter, Ludwig IV. von Hessen, mit einer Tochter der Königin, Alice, vermählt war; sie wurde dadurch verstärkt, daß die Tochter des Großherzogs Viktoria sich eben um diese Zeit mit Alexanders Bruder Ludwig verlobte; dadurch wurde das Wohlwollen erhöht, das die alte Königin Alexander von jeher entgegengebracht hatte. Bei einem Besuche, den dieser 1882 in Berlin machte, hatte er die damals sechzehnjährige Prinzessin Viktoria von Preußen kennengelernt; als er im folgenden Jahr auf der Rückreise von der Krönungsfeier in Moskau abermals die deutsche Reichshauptstadt berührte, verlobte er sich heimlich mit ihr. In Rücksicht auf die Jugend der Braut und auf seine mißliche politische Lage hielt er noch nicht offen um ihre Hand an. Wenngleich an der Echtheit der beiderseitigen Zuneigung nicht zu zweifeln ist, dürfte doch bei ihm die Erwägung nicht außer Spiel gewesen sein, daß er seine Situation eben durch diese Heirat verbessern könnte. Die Mutter, deren Lieblingskind die Prinzessin war, setzte sich für deren Herzenswunsch mit leidenschaftlichem Eifer ein; später hat sie wohl die Sache von sich aus betrieben, als die Liebesglut des jungen Paares schon einigermaßen abgekühlt war, — das Motiv dafür ist u. a. auch darin zu erblicken, daß sich inzwischen (1885) die jüngste Tochter der Königin Viktoria, Beatrice, mit Heinrich von Battenberg vermählt hatte, und daß sie dieser Heirat ihrer Schwester mit einem Prinzen aus nichtebenbürtiger Ehe durch die ihrer eigenen Tochter mit dem Bruder Heinrichs „eine bessere Folie" geben wollte. Damals freilich erblickte die junge Prinzessin Viktoria in der Ehe mit dem bulgarischen Herrscher noch ihr Lebensglück; sie besorgte, daß er ihr eine andere vorziehen könne, und ließ ihm, als er wieder in seinem Lande war, sagen, sie würde niemanden außer ihm „ansehen". Die Kronprinzessin korrespondierte beständig mit der Königin Viktoria und dem Fürsten selbst, um alle Hindernisse zu beseitigen, die der Verbindung im Wege stehen konnten. Als dieser die Absicht äußerte, „eine Kanossareise" nach Petersburg zu unternehmen, um die Schwierigkeiten hinwegzuräumen, die sich dort fänden, billigte sie dieses Vorhaben, indem sie ihm schrieb, „dann wäre der Zeitpunkt gekommen, den Kampf mit dem Kronprinzen und dem Kaiser aufzunehmen und ihre Einwürfe zu besiegen". Denn ihr Gemahl war zunächst, wie sehr er auch seine Tochter „adorierte", wie sehr sie ihn auch zusammen mit ihrer ältesten Tochter, der mit Bernhard von Sachsen-Meiningen vermählten Prinzessin Charlotte, um seine Einwilligung bestürmte, nichts weniger als einverstanden; er verbot der Gattin geradezu, „dem Fürsten Alexander irgendwelche Avancen bezüglich Prinzeß Viktoria zu machen," — eine Willensmeinung, der sie allerdings keine Folge leistete. Um so größere Begeisterung erregte das Projekt am britischen Hofe, bei der Königin und bei der ganzen englischen Verwandtschaft. Man konnte es ja dort nur mit Befriedigung aufnehmen, daß, wenn schon die eine Enkelin, die

hessische Prinzessin Viktoria, einen Battenberger heiratete, dessen Bruder eine andere Prinzessin, und sogar von Preußen, als Frau heimführte, und man hoffte, daß eben dadurch die Stellung Alexanders, für den die Königin ohnehin schon so viel, selbst in gewissem Gegensatze zu ihrem Ministerium, übrig hatte, bedeutend gefestigt werden würde. Auch politisch betrachtet, schien die Ehe im britischen Interesse zu liegen, gleichsam als eine Art von Schutzwall gegen Rußland. Ludwig von Battenberg war bei der Königin Viktoria für den Bruder wirksam tätig; er hielt diesen über die Vorgänge und Stimmungen in London, Berlin und Petersburg auf dem Laufenden. Im November 1883 erhielt Bismarck „sehr vertrauliche Depeschen", aus denen er den Eindruck gewann, „daß sich in London ein förmliches Familienkomplott gebildet hatte, Preußen durch die Heirat des Fürsten von Bulgarien mit der Prinzeß Viktoria zu engagieren für dessen Aufrechterhaltung und uns dadurch mit Rußland zu brouillieren". Er war fest davon überzeugt, daß es damit seine Richtigkeit hätte, und er sah, da ja Alexanders Mutter eine geborne Polin, eine Gräfin Haucke, war, „in diesen verschlungenen Fäden polnische Intrigen, welche überall, besonders auch in Rußland und Wien, anzuknüpfen suchen". Es begann damit „die nicht enden wollende Battenbergerei", über die noch Jahre darnach Bismarck seinen „Schmerzensruf" ausstoßen mußte, mit dem Bemerken, „um diese törichten Liebesgeschichten sich kümmern zu müssen, das sei zuviel".

Längere Zeit drang von der Angelegenheit nichts in die Öffentlichkeit; erst im April 1884 wurde sie durch höfische Indiskretionen in der Berliner Gesellschaft ruchbar, und bald wußte auch die Presse davon zu berichten. Im kaiserlichen Palais gab es heftige Szenen. Der Kaiser und die Kaiserin erklärten, die Verbindung nicht zugeben zu können; auch der Kronprinz sprach sich im Widerspruch zur Kronprinzessin und zum englischen Hofe dagegen aus, ebenso die Brüder der Prinzessin, die Prinzen Wilhelm und Heinrich. Als jener im Frühjahr 1884 in Petersburg zu Besuch war, äußerte er sich über den Bulgaren derart, daß der Zar davon höchlichst befriedigt war, — also offenbar recht geringschätzig und wegwerfend. Schon wegen seiner Herkunft aus einer morganatischen Ehe wurde Alexander nicht als ebenbürtig angesehen, — Wilhelm I. faßte seine Absichten als „Anmaßung" auf, und der Prinz Heinrich bedeutete dem präsumtiven Bräutigam seiner Schwester noch später, es gebe doch einmal gewisse Standesgrenzen, und die müßten eingehalten werden. Für Bismarck war der politische Gesichtspunkt maßgebend; im Ministerrat sprach er, gemäß seiner schon gekennzeichneten Auffassung von der Sache, von einer Intrige, deren Erfinderinnen die Prinzeß Viktoria von Darmstadt und die Königin von England seien, welche einen Keil in die deutsch-russische Freundschaft treiben wollten. Als der Prinz von Wales, der sich um jene Zeit in Berlin aufhielt, vor ihm für diesen „Herzensbund" gegenüber politischen Erwägungen plädierte, betonte er dawider gerade die Wahrnehmung der politischen Interessen als seine Pflicht; er fügte hinzu, Deutschland könne sich der Liebschaft einer Prinzeß halber nicht in einen Krieg stürzen, — eine Äußerung, die der Prinz „ziemlich stark" fand, die der Kanzler aber in der Hoffnung gemacht hatte, daß sein Partner sie der Kronprinzessin weitergeben

würde. Dem Kaiser eröffnete er in seiner Eigenschaft als Reichskanzler: „Deutschland hat kein Interesse an Bulgarien, unser Interesse ist: Friede mit Rußland. Dazu gehört vor allen Dingen, daß Rußland die Überzeugung gewinnt, daß wir im Orient keine Interessen verfolgen. An dem Tage, an dem eine preußische Prinzeß Fürstin von Bulgarien würde, wird Rußland mißtrauisch werden und dieser Versicherung keinen Glauben mehr schenken, mithin würde diese Heirat meine politischen Kreise kreuzen.“ Mit aller Bestimmtheit erklärte er dem Monarchen, daß diese Ehe nicht stattfinden werde, solange er Reichskanzler sei, und daß der Herrscher keinen Nachfolger für ihn finden würde, der eine solche Politik verträte. Es bedurfte kaum so schweren Geschützes, um Wilhelm hart gegen die Heirat zu machen, und es konnte auch kaum die Frage sein, wer seinen Willen durchsetzen würde, der Kaiser und der Kanzler oder die Kronprinzessin mit ihrer englischen Verwandtschaft. Allerdings gaben diese noch lange nicht den Kampf auf, und sie erzielten sogar noch einen gewissen Erfolg beim Kronprinzen. Am 30. Mai wurde die Hochzeit Ludwigs von Battenberg mit der Prinzessin Viktoria von Hessen in Darmstadt gefeiert; Fürst Alexander stellte sich dazu ein. Die Zarin, die auch daran teilnahm, gewährte ihm keine Audienz, sondern sprach ihn nur in zahlreicher Gesellschaft kurz an; um so herzlicher und troſtreicher war seine Aufnahme bei der Königin Viktoria. Er betrieb bei ihr seine Herzenswünsche, und sie ging darauf bereitwilligst ein. Offen gestand sie ihm ihren Unmut über die Haltung, welche die Höfe von Berlin und Petersburg gegen ihn einnahmen, indem sie äußerte, man vergesse dort ganz, daß Österreich und England auch noch existierten, und als der Fürst seine Bedenken über die Russenfreundlichkeit Gladstones kundgab, erwiderte sie, daß dessen Ministerium nicht endlos dauern würde, und daß seinen Schwärmereien durch das englische Interesse Grenzen gezogen seien.

Solch huldvolle und glückverheißende Worte waren Balsam für des Fürsten verwundetes Gemüt. Von Darmstadt fuhr er zu längerem Aufenthalt nach Berlin, gewiß nicht ohne jegliche Hoffnung; aber hier sollte seinen Wünschen grausame Enttäuschung widerfahren. Zwar bei der kronprinzlichen Familie fand er einen herzlichen Empfang; Friedrich Wilhelm trank ihm bei einem Diner als „dem Pionier der deutschen Kultur im Osten“ zu; er erörterte vor ihm, um seinen gesunkenen Mut wieder aufzurichten, seine von der offiziellen Reichspolitik abweichenden Ansichten und ging sogar aus seiner bisher ablehnenden Haltung so weit heraus, daß er ihm versicherte, als Kaiser würde er ihm seine Tochter geben. Aber er war eben noch nicht Kaiser, und wenn es ja auch nach menschlichem Ermessen nicht mehr allzu lange dauern konnte, bis er den Thron bestieg, so ließ doch den Fürsten sein damaliger Besuch in Berlin ganz und gar nicht im ungewissen, daß er, solange Wilhelm I. noch am Leben weilte, auf eine Erfüllung seiner Herzenswünsche nicht rechnen dürfe. Am 10. Mai hatte er eine längere Audienz beim greisen Kaiser; dieser brachte allerdings nicht das Gespräch auf die Heiratsaffäre; aber er stand unter dem Eindruck der Verstimmung, in die sie ihn versetzt hatte. Zwar mißbilligte er das Verfahren Rußlands und insbesondere das Auftreten Jonins in Bulgarien, riet dem Fürsten jedoch, in seiner Korrespondenz

mit dem Zaren weniger schroff und korrekter zu sein. Als Alexander erwiderte, dieser habe ihm zuerst grobe Briefe geschrieben, und er habe nur in der gleichen Weise erwidert, setzte ihm der Kaiser auseinander, Rußland erstrebe seit Peter dem Großen die freie Ausfahrt aus dem Schwarzen Meer und räume rücksichtslos alles aus dem Wege, was ihm dabei entgegentrete; er riet ihm, seinen Frieden mit dem Zaren zu machen. Wenn er an der deutschen Politik, so bemerkte der Fürst, keine Unterstützung mehr finde, so werde ihm nichts übrig bleiben, als zu gehen, — worauf der Kaiser entgegnete: „Gut, gehen Sie, mich wird es nicht stören." Schließlich schlug Wilhelm I. etwas mildere Töne an, indem er ihm sagte, er werde Fürst von Bulgarien bleiben, solange er selbst Kaiser sei. Aber dieser versöhnlichere Eindruck wurde wieder ausgelöscht durch eine Unterredung, die Alexander zwei Tage nachher mit dem Kanzler hatte. Bismarck brachte von sich aus das Gespräch auf die „Gerüchte" über die Verlobung; er setzte ihn offen und unumwunden in Kenntnis von den Ratschlägen, die er dem Kaiser gegeben hatte. Ironisch legte er ihm nahe, wenn er denn eine Prinzessin heiraten wolle, die Prinzessin Beatrice von England, die jüngste Tochter der Königin von England, zu wählen, die ein Jahr später Alexanders Bruder Heinrich heimführte, — so parierte er den Versuch, Deutschland und Rußland in Gegensatz zu bringen, indem dann England die Aufgabe zugefallen wäre, den Battenberger gegen Rußland zu decken. Aufs entschiedenste lehnte er es ab, für den Fürsten als Deutschen von Herkunft einzutreten: „Ich finde überhaupt, daß es Zeit wäre, daß Sie sich darüber klar werden: Deutscher oder Bulgare. Bisher waren Sie Deutscher, und das muß mit Ihrem Abgang enden ... Wenn Sie in Bulgarien bleiben wollen, so ergeben Sie sich auf Gnade oder Ungnade an Rußland; nehmen Sie, wenn es sein muß, sogar eine antideutsche Haltung ein! Einmal wird es [nämlich Bulgarien] Kompensationsobjekt werden, und, früher oder später, jedenfalls einmal, werden Sie, am Kamin sitzend, sich Ihrer stürmischen Jugend erinnern. In Petersburg kennt man unsere Absicht. Mithin rate ich, ergreifen Sie jede Gelegenheit, um sich mit Rußland wieder gut zu stellen ... Ich bin der Kanzler von 45 Millionen Deutschen, deren Interessen ich nicht jenem eines einzigen Deutschen opfern kann." Von einer Ehe zwischen Alexander und Viktoria könne, so sagte er, erst dann die Rede sein, wenn jener nicht mehr Herrscher von Bulgarien wäre; wenn der Kaiser dann darein willigen würde, so würde er, Bismarck, der erste sein, „der vor dieser Verbindung mit den herzlichsten Glückwünschen den Hut abziehen würde".

„Äußerst niedergeschlagen" trat Alexander die Heimreise nach Sofia an. Unbegründet war es freilich, wenn er Empörung empfand und äußerte „über eine Politik, die ihn früher in dem Widerstande gegen russische Übergriffe bestärkt hatte, es ihm aber eigentlich jetzt zum Vorwurf machte, daß er Rußland gegenüber seine deutsche Abstammung nicht verleugnet habe, um Panslawist zu werden". Denn Bismarck hatte ihn nie zu Schritten verführt, die ihn in Gegensatz zu Rußland bringen konnten, und eine Politik in deutschem Sinne zu treiben, hatte ihm bisher vollkommen fern gelegen. Was ihm persönlich besonders unangenehm war, das war der Umstand, daß er zu merken glaubte, wie man auf

russischer Seite „von der ihm in Berlin erteilten Lehre genau unterrichtet war". Zwar bat der Prinz von Wales durch den Grafen Herbert den Kanzler, er möge sich für den Fürsten interessieren, da es geboten scheine, ihn zu stützen; aber Bismarck blieb fest: er denke gar nicht daran, sich in Verhältnisse einzumischen, welche ihn und Deutschland nicht berührten; wenn der Bulgare sich nicht halten könne, so möge er weichen, er hätte gar nicht dorthin gehen sollen; die Königin von England möge doch dort ihren Einfluß spielen lassen. Wie von britischer, so auch wurde von österreichischer Seite bei Bismarck zugunsten des Battenbergers gearbeitet, jedoch mit dem gleichen Mißerfolg. Die „äußerst gedrückte Stimmung", in der dieser von seiner europäischen Reise heimgekehrt war, zumal infolge seiner schlechten Aufnahme in Berlin, veranlaßte um die Mitte des Juni 1884 den Grafen Kalnoky, ein gutes Wort für ihn beim deutschen Kanzler einzulegen: daß nun auch Deutschland den Prinzen fallen lasse, und daß sich die Kunde davon „vielleicht durch russische Malize" bis nach Bulgarien verbreitet habe, erschüttere hier, wo man noch immer geglaubt habe, er habe an seinem Vaterlande eine Stütze, ganz und gar seine Stellung. Der österreichische Minister räumte ein, daß Alexander vielfach unklug gehandelt und dadurch seiner Sache arg geschadet habe; aber er rechnete es ihm hoch an, daß er der Versuchung widerstanden habe, sich ganz an Rußland zu verkaufen, und wollte eine Abdankung des Prinzen jetzt verhütet wissen, angesichts der Gefahr, daß die Nachfolge etwa einem russischen General übertragen würde: „er könne und dürfe als österreichischer Minister nicht wünschen, daß allmählich alle diese Länder von russischen Kreaturen regiert würden; . . . er würde es daher nicht für unnütz halten, wenn man ihm wieder etwas mehr Freundlichkeit erweisen wollte, um seinen Mut zu beleben". Bismarck war in allen Stücken der entgegengesetzten Ansicht. Er empfand kein Mitleid mit dem Fürsten und fällte über ihn das harte Urteil: „er ist ein trouble tête und Streber mit Heiraten." Der Battenberger war für ihn „ein Beispiel, wie der geringe Anteil polnischen Blutes, der in ihm steckt, den größeren deutschen dominiert, welchen er seinen nicht polnischen Vorfahren verschiedener Qualität verdankt". Was Kalnoky diesem als Verdienst zuerkannte, daß er sich Rußland nicht völlig in die Arme geworfen hätte, bezeichnete Bismarck als einen „Mißgriff", und er fand, daß die Mittelmächte nicht den geringsten Grund hätten, ihn zu halten. Damals spielten gerade (s. o. S. 426 f.) die Vorbereitungen zur Dreikaiserentrevue in Skierniewice, und es war des Kanzlers Wunsch, daß sie durch eine reinliche Teilung des Balkans in eine russische und eine österreichische Interessensphäre gekrönt würde; daher vertrat er den Standpunkt, daß es dem Zaren zustehe, zu bestimmen, wer in Bulgarien zu herrschen hätte. Wir wissen, daß es ihm damals (wie auch später) nicht gelang, Kalnoky zu seiner Lieblingsidee, der „Demarkationslinie", zu bekehren, und immerhin hatte dieser die Genugtuung, in Skierniewice von Giers zu erfahren, was ihm auch Lobanow bestätigte, daß „an der Person des Fürsten von Bulgarien nicht gerührt werden solle", und daß Rußland zunächst einmal die Balkanländer, vor allem Bulgarien und Ostrumelien, sich selbst überlassen wolle, — davon erwartete er die Anbahnung einer Union dieser beiden Länder,

die man in Wien jetzt anders wie früher als wünschenswert erachtete, in der stillen Hoffnung, daß der russische Einfluß auf der Halbinsel dadurch geschwächt werden würde.

Das war eine unsichere Spekulation auf die Zukunft, und Alexander selbst sah seine Lage als höchst mißlich und trostlos an. Je länger, um so mehr, war er von der Überzeugung durchdrungen, daß er sich auf die Dauer nicht gegen die Ungnade des Zaren behaupten könne. Verzweifelt spähte er nach Hilfe umher, und er fand keinen andern Ausweg, als es noch einmal mit der Anrufung Deutschlands zu probieren. Er pflog zu diesem Zwecke vertrauliche Unterredungen mit dem deutschen Geschäftsträger von Saldern in Sofia; dieser ließ ihn darüber nicht im unklaren, daß eine vermittelnde Tätigkeit Deutschlands in Petersburg nur unter der Bedingung stattfinden könnte, daß er durchaus auf die Hand der Prinzessin Viktoria verzichtete. Bei einem Aufenthalt in Berlin im Frühjahr 1885 berichtete Saldern in diesem Sinne. Demgemäß erklärte Wilhelm I. in einem Handschreiben vom 18. März dem Fürsten, er vermöge sich für ihn beim Zaren für die Wiedergewinnung des Vertrauens, das er bei diesem verloren zu haben scheine, nur dann zu verwenden, wenn jedes Moment verschwinde, aus dem Alexander III. schließen könnte, daß es ein dynastisches Interesse wäre, das für ihn, den Kaiser, dabei im Spiele sei; er sprach daher die Erwartung aus, daß der Prinz alles tun werde, was in seiner Macht stünde, um alle Zweifel darüber auszuschließen, daß er eine Verbindung mit seiner Enkelin beabsichtige. Mündlich erhielt Saldern noch den Auftrag, vom Fürsten den weiteren Verzicht auf jegliche eigene Politik zu verlangen. „Mit blutendem Herzen" erwiderte dieser (am 26. April), er gebe die Prinzessin frei, es bestehe zwischen ihr und ihm keinerlei bindende Verpflichtung, und er beabsichtige keinerlei Verbindung mit ihr. Dringend bat er den Kaiser, zwischen ihm und dem Zaren zu vermitteln; er gab zu, durch den falschen Schein einer feindlichen Stellungnahme gegen Rußland das Vertrauen des Zaren verloren zu haben; er fügte jedoch hinzu, dieser falsche Schein sei lediglich durch notgedrungene Abwehr gegen Übergriffe russischer Regierungsorgane hervorgerufen worden, und beteuerte seine Bereitwilligkeit, sich in der großen Politik Rußland unbedingt anzuschließen, sowie im Innern Bulgariens, soweit es seine verfassungsmäßigen Pflichten zuließen, die russischen Interessen zu vertreten. So weit freilich, so fügte er hinzu, könne er nicht gehen, die Stellung eines Scheinregenten zu übernehmen, während andere die Herrschaft in den Händen hätten, er jedoch deren Handlungen mit seinem Namen und seiner Verantwortung dem Volke gegenüber decken sollte, und zu dulden, daß an seine Prärogativen der Armee gegenüber gerührt werde: darin müßte er eine schwere Schädigung der monarchischen Würde erblicken, und falls solches von ihm gefordert würde, könnte er nicht umhin, den Kaiser zu bitten, mit dem Zaren über seinen Rücktritt in Unterhandlung treten zu wollen.

Zuvörderst hatte die Resignation des Fürsten noch keine vermittelnden Schritte von deutscher Seite in Petersburg zur Folge. Man traute wohl in Berlin noch nicht ganz, daß die Heiratssache wirklich schon aus der Welt geschafft war; im Sommer 1885 erzählte Bismarck noch, der Kaiser und der Kronprinz wollten

die Prinzessin Viktoria mit dem Kronprinzen von Portugal verheiraten, sie selber und die Mutter zögen indes den Battenberger vor. Etwas besserte sich dessen Stellung durch den Sturz Gladstones; um dieselbe Zeit wurden die zwischen dem Londoner Hofe und dem battenbergischen Hause bereits bestehenden Familienbande durch die Heirat des Prinzen Heinrich und der jüngsten Tochter der Königin verstärkt. Daher glaubte Alexander, daß er nunmehr auf Englands Hilfe mehr zählen dürfe, als bisher; aber das wichtigste war es für ihn doch immer noch, mit Rußland in ein geordnetes Verhältnis zu treten, und darum hatte er ja den Kaiser Wilhelm gebeten, sich für ihn beim Zaren zu verwenden. Im August fuhr der österreichische Außenminister Kalnoky zu Bismarck nach Varzin; auf Wunsch Alexanders legte er dort für diesen „ein gutes Wort" ein; aber einen günstigen Bescheid vermochte auch er nicht zu erwirken. Kalnoky übernahm es nun seinerseits, die Sache in Gang zu bringen. Er lud den Fürsten zu den Manövern nach Pilsen ein und erbot sich, eine Begegnung für ihn mit Giers zu erwirken; als Platz dafür wurde Franzensbad in Aussicht genommen. Offenbar wollte nun Alexander nicht Wilhelm I. dadurch vor den Kopf stoßen, daß er die Mediation überging, um die er bei diesem nachgesucht hatte; da er aber noch immer nicht wußte, ob der Kaiser wirklich Anstalten machen würde, die ihm also zugedachte Rolle zu übernehmen, erkundigte er sich danach in Pilsen beim deutschen Militärattachés in Wien, dem Grafen Wedel, dem späteren Statthalter der Reichslande; er bat diesen, Bismarck darauf aufmerksam zu machen, daß er darüber unbedingt Gewißheit haben müßte, bevor er mit Giers zusammentreffe. Die Unterredung belehrte ihn darüber, daß sich die Gefühle in Berlin gegen ihn in der Zwischenzeit keineswegs gemildert hatten. Der Graf brachte von selbst das Gespräch auf die Heiratsfrage und riet ihm, er möge sich doch schleunigst anderweitig vermählen, augenscheinlich um den in Berlin in diesem Punkte immer noch vorhandenen Argwohn aus der Welt zu schaffen. Er teilte ihm mit, Kaiser Wilhelm sei deshalb gegen ihn so aufgebracht, weil er glaube, daß er auf seinen Tod spekuliere, — man möchte annehmen, daß der Monarch von der Versicherung erfahren hatte, die der Kronprinz dem Fürsten im Vorjahre gab, daß er ihm die Hand der Tochter bewilligen würde, wenn er selber an der Regierung wäre. Wedel eröffnete dem Battenberger weiterhin, „daß Deutschland, statt dem Bulgaren in seiner schwierigen Lage zu helfen, ihm aus persönlichen Gründen geradezu schade". Als Alexander darauf hinwies, daß er ja nie um die Hand der Prinzessin angehalten und darüber doch schon feste Erklärungen abgegeben habe, erwiderte Wedel: „Ja, aber die Königin von England will diese Heirat um jeden Preis." Der Fürst wollte sich auf eine weitere Erörterung dieses Themas nicht einlassen und die Unterhaltung abbrechen; Wedel gab ihm indes noch einmal den dringenden Rat: „Nun gut, aber heiraten Sie schnell, Hoheit!" Daß er auf Deutschlands Beistand nicht mehr zählen dürfe, war dem Battenberger klar; viel befriedigender verlief seine Aussprache mit Giers, die jetzt in Franzensbad stattfand. Er ersuchte Giers um seine Unterstützung und das Wohlwollen Alexanders III., da er sich sonst nicht mehr zu behaupten vermöchte; der Minister sagte ihm, daß er in dieser Richtung tätig zu sein geneigt wäre, daß er aber vorher

noch mit Jonins Nachfolger in Sofia, Kojander, sprechen müsse, „ob das überhaupt möglich sei". Immerhin äußerte er sich dahin, daß auch eine Abdankung Alexanders in diesem Augenblick untunlich sei, da es jetzt unmöglich wäre, ihn zu ersetzen, indem ein russischer Großfürst kaum angenommen werden würde; daher erklärte er „das Vergessen der Vergangenheit und die Wiederaussöhnung für das Bessere". Nicht ohne Absicht wohl fügte er warnend hinzu, die Großmächte, d. h. in diesem Falle tatsächlich Rußland, wollten zur Zeit keine Veränderung der Verhältnisse auf dem Balkan, es müsse daher den bulgarisch-ostrumelischen Unionswünschen entgegengetreten werden"; der Fürst bemerkte darauf, daß man den Ausbruch einer darauf gerichteten Bewegung „nicht als unmittelbar bevorstehend befürchten müsse". Die Unterredung verlief jedenfalls so, daß sich Alexander mit der sicheren Hoffnung auf Aussöhnung mit dem Zaren von Giers trennte.

So stand die gütliche Lösung des bulgarisch-russischen Konfliktes in Aussicht, da trat ein Ereignis ein, durch das sie alsbald wieder vernichtet wurde, und zwar ein für allemal: es war der Ausbruch der Revolution in Ostrumelien. Ausdrücklich hatte Giers den Fürsten darauf aufmerksam gemacht, daß Rußland zur Zeit eine Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien nicht dulden wolle, — man wollte gerade in diesem Momente, da das Verhältnis zwischen Rußland und Bulgarien noch nicht geklärt war, eine solche und die voraussichtlich dadurch bewirkte Machterhöhung des Battenbergers, sowie die nationale Kräftigung des bulgarischen Volkes, das sich doch der moskowitischen Obervormundschaft zum mindesten nicht so unbedingt fügte, wie man in Petersburg forderte, auf keinen Fall gestatten. Wenn der Fürst selber eine Erhebung der Ostrumelioten im Augenblick nicht fürchtete, wie er vor Giers bemerkte, so war er über die wahre Lage der Dinge nicht unterrichtet, und wenn diese Unkenntnis die Folge davon war, „daß er damals bereits seit längerer Zeit von seinem Lande abwesend war", so war das eine Versäumnis, die sich bitter rächen sollte, — ähnliche Versicherungen und Versprechungen hatte er übrigens auch Kalnoky und selbst Kaiser Franz Josef gemacht. In Rußland konnte sein Verhalten in der Folgezeit den Eindruck erwecken, als ob er die Warnungen, die ihm Giers in Franzensbad erteilt hatte, mit Vorbedacht in den Wind schlagen wolle, und das mußte ihm hier den letzten Rest nachsichtiger Stimmung kosten, den man für ihn etwa noch übrig gehabt hätte. Allerdings hatte man in Rußland sehr wohl davon Kenntnis, daß in Ostrumelien die revolutionäre Spannung den höchsten Grad der Siedehitze erreicht hatte, so daß mit einer Explosion in kürzester Frist zu rechnen war, und es hieß jedenfalls, dem Fürsten etwas Unmögliches zumuten, wenn man von ihm begehrte, daß er sich von der Bewegung nicht hinreißen lasse, wenn sie losbrach: widerstrebte er ihr, so verlor er bei seinem Volke den Boden unter den Füßen, und er hatte dann seine Krone verspielt. Sah man in Rußland diesen Gang der Dinge mit Bestimmtheit voraus, und war die Bereitschaft zur Versöhnung, die Giers in Franzensbad bezeugte, nur ein Scheinmanöver, um den Fürsten um so sicherer ins Verderben zu stürzen? Wir haben allerdings keine Gewißheit darüber, daß wenigstens der Zar und Giers die Sache unter diesem

Gesichtspunkte wirklich anschauten, und es ist nicht recht zu verstehen, warum sich Giers, wenn er doch schon wußte, daß sich die Schlinge ohnehin um den Hals des Battenbergers legen würde, erst noch mit ihm auf Verhandlungen einließ, angesichts seines eigenen Eingeständnisses, daß es an geeigneten Kandidaten für die Nachfolge Alexanders fehle. Das letzte Wort über diese Dinge kann jedenfalls noch nicht gesprochen werden.

Einundzwanzigstes Kapitel.

Die Revolution in Ostrumelien.

Herbst 1885.

Soviel ist sicher, daß Rußland nach dem Berliner Kongreß die Trennung Ostrumeliens von Bulgarien und sein Verbleiben unter türkischer Herrschaft als den schwersten Mißerfolg seiner bisherigen Balkanpolitik betrachtete und daß es vom Bestreben erfüllt war, diese Scharte sobald als möglich auszuwetzen. Von den Bulgaren selbst wurde sie als eine brutale Vergewaltigung, als eine nationale Ungerechtigkeit empfunden, und nur von Rußland konnten sie erhoffen, daß ihnen dereinst Gerechtigkeit widerfahren würde. Es war durchaus kein Geheimnis in Europa, daß sie also dachten, und schon bei seiner ersten Besuchsreise nach den Höfen der Großmächte hatte ja der neue Fürst die Unionsfrage geflissentlich zur Sprache gebracht.

Im übrigen bestand die türkische Herrschaft in Ostrumelien fast nur dem Namen nach. Der erste Gouverneur, Aleko Pascha, der auf fünf Jahre bestellt wurde, war ein einheimischer Christ, ebenso nach Ablauf seiner Amtszeit sein Nachfolger Gavril Pascha. Die Pforte hatte wenig zu sagen, und ihre Befehle wurden wenig befolgt; die schuldigen Tribute gingen schlecht ein; an der Spitze der Landesmiliz standen bulgarische und russische Offiziere. Tatsächlich waren auch hier die Russen die Herren, und sie nährten die Einheitsbestrebungen in Ostrumelien und auch in Bulgarien geflissentlich, schon deshalb, weil ja die Bulgaren, je mehr sie zueinander zu kommen trachteten, um so mehr bei der internationalen Lage auf die russische Hilfe angewiesen und daher von Rußland abhängig waren. Damals war dieses noch unbedingt für die bulgarische Union; aber es mußte sich Zurückhaltung vor allem in Rücksicht auf Österreich auferlegen, weniger bereits auf Großbritannien. Nachdem nämlich Gladstone hier ans Ruder gekommen war, war die Zerreißung der bulgarischen Nation für die britische Politik nicht mehr ein so unbedingtes Dogma, wie unter Beaconsfield. Dazu trugen einmal das persönliche Wohlwollen der Königin für den Battenberger bei, nicht minder die alte Abneigung Gladstones gegen die Türkei in Verbindung mit seinem Streben, mit Rußland gut auszukommen, und dieses stand ja damals noch in scharfem Gegensatze zu Österreich und unterstützte die bulgarischen Unionstendenzen. Denn in Wien sah man zunächst noch Bulgarien als russischen Vasallenstaat an und befand sich im Banne der Andrassyschen Besorgnisse vor einem Großbulgarien, das sich nicht mit Ostrumelien begnügen, sondern nach Mazedonien hinübergreifen würde; dieses letztere aber schloß man in Wien in

der geheimsten Tiefe des Innern in den Kreis der eigenen Zukunftshoffnungen ein. Erst später trat bei Gladstone persönlich in dieser Hinsicht ein Wechsel der Anschauung ein, als er meinte, daß sich wieder eine Kluft zwischen Österreich und Rußland eröffnen könnte, und daß Österreich im Widerspruch mit Rußland, heimlich angetrieben von Bismarcks unersättlichem Ehrgeiz, nach Macht- und Gebietserweiterung auf dem Balkan trachte, — da nahm er in dem Maße, wie Rußland von Bulgarien abrückte, eine Bulgarien weniger günstige Haltung ein. Aber eben damals, unmittelbar nach dem Sturze Beaconsfields, meinte der Battenberger, daß gerade deshalb, weil jetzt Gladstone die britische Politik leitete, die internationale Situation für die von ihm gewünschte Union bessere Aussichten biete, und daß Rußland daher jetzt eher geneigt sei, etwas dafür zu tun. Er klopfte in diesem Sinne bei Alexander II. an, der noch am Leben war; dieser soll geantwortet haben, „daß er wegen Europa augenblicklich für die Union nichts tun könne, daß er jedoch die Bulgaren nach Kräften unterstützen werde, wenn diese die Vereinigung selbst durchführen würden". Es war die Rücksicht auf Österreich, die den Zaren zu dieser Reserve bestimmte. Dem Wiener Kabinett gegenüber stellte er in Abrede, daß er die Absicht habe, „derzeit" der bulgarischen Einheitsbewegung Vorschub leisten zu wollen; Graf Kalnoky, damals noch österreichischer Botschafter in Petersburg, hörte daraus mit Recht ein „noch nicht" heraus. Und soviel brachte Alexander III. doch wenigstens zustande, daß bei der Wiederannäherung Rußlands an Deutschland und Österreich-Ungarn im erneuerten Dreikaiserbündnis von 1881 als Kompensation für das Zugeständnis einer eventuellen Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich grundsätzlich andererseits die Einverleibung Ostrumeliens in Bulgarien offen gehalten wurde.

Je mehr sich freilich in der Folgezeit der russisch-bulgarische Konflikt verschärfte, um so mehr verlor Rußland sein Interesse an der Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien, wenigstens unter dem Szepter Alexanders I., zumal nach dem förmlichen Bruche zwischen diesem und dem Zaren, wie er sich im Herbst 1883 vollzog. Im Frühjahr 1884 lief die Amtsperiode Aleko Paschas ab; es setzte jetzt in Ostrumelien eine eifrige Agitation für den Anschluß an Bulgarien ein. Die im Heere und in der Verwaltung Ostrumeliens tätigen Russen beteiligten sich an ihr; sie waren in den Sitzungen der geheimen Komitees zugegen, die sich zu diesem Zwecke bildeten. Trotzdem sprach die Petersburger Regierung Alexander I. ihre schärfste Mißbilligung der Bewegung aus; dieser erklärte darauf einer ostrumelischen Deputation, „daß er als Bulgare mit den zum Ausdruck gebrachten patriotischen Bestrebungen sympathisiere, aber als Fürst von Bulgarien sich in seiner Politik von den internationalen Pflichten und von den Pflichten der Klugheit leiten lassen müsse". Es ist die Frage, ob und inwieweit die russischen Agenten in Ostrumelien von der Petersburger Zentralstelle zu ihrem Treiben autorisiert waren oder wenigstens auf deren geheimes Einverständnis rechnen konnten. Es dürfte sich wohl damit so verhalten, wie es immer, sowohl vorher wie auch nachher, die Signatur der russischen Balkanpolitik war: es gab in ihr verschiedene Direktiven, eine offizielle und eine nichtoffizielle, die sich mit der ersten wohl in Widerspruch setzte, die man aber stillschweigend gewähren ließ,

um sie, je nachdem wie sich die Dinge schließlich gestalteten, entweder benützen oder verleugnen zu können, schon deshalb, weil man die divergierenden Elemente bei ihrer Stärke und ihrem geheimen Einfluß nicht immer im Zaume halten konnte, und weil es der obersten Leitung an Konsequenz und Einheitlichkeit gebrach, — die Nachteile und Gefahren eines derart zwiespältigen Systems hatte freilich Alexander I. zu tragen. Unter der Ägide der russischen Vertreter wuchs die Agitation in Ostrumelien zusehends; man wollte hier nicht länger warten und drängte zur Tat. Dadurch kam der Fürst in eine peinliche Lage: widerstrebte er dem Anschlußgedanken, so untergrub er seine Stellung im Lande, gab er ihm nach, so verstieß er gegen den Willen des Zaren und auch anderer Mächte, — kurz, er befand sich in einer peinlichen Pressung. Lediglich in Anbetracht der Annexion, neben der doch die Eisenbahnfrage nur eine untergeordnete Bedeutung hatte, indem sich hier wohl durch einige Geschicklichkeit und einige finanzielle Opfer ein Entgegenkommen gegen die russischen Wünsche hätte erzielen lassen, wäre es für Alexander I. viel vorteilhafter gewesen, mit Rußland, wozu ihm ja eben um diese Zeit auch Kaiser Wilhelm und Bismarck dringend rieten, durch dick und dünn zu gehen; er mußte sich erst Rußland gegenüber effazieren, damit die Einverleibung Ostrumeliens zustande kam. Auch dann war Bulgarien noch kein beträchtliches Staatswesen; es zählte dann 3 Mill. Einwohner auf 100 000 qkm; aber der bulgarische Gesamtstaat war so doch zuvörderst einmal annähernd hergestellt, und bei kluger Ausnutzung der politischen Konjunkturen, die im Laufe der Zukunft auftauchen konnten, hatte man Aussicht, weiter in die Höhe zu größerer Selbständigkeit zu gelangen; vor dem wichtigsten politischen Interesse mußte selbst das wirtschaftliche zeitweise wenigstens zurücktreten. Welchen Wert hatte es, durch eine in den Augen Rußlands einseitige Bevorzugung Österreichs jenes zu reizen? Denn was die Hauptsache war, für ein Großbulgarien war man in Wien doch immer noch schwerer zu haben, als in Petersburg, und das Beispiel Rußlands war maßgebend für Deutschland. Selbst wenn man an der Donau über schlechte Ausführung des Berliner Vertrages im Punkte des Eisenbahnbaus Grund zu Klagen gehabt hätte, hätte man in Berlin schwerlich ein besonders geneigtes Gehör und nachdrücklichen Beistand gegen Rußland gefunden; in England war man zudem an den bulgarischen Eisenbahnbauten, was das wirtschaftliche Moment anbelangte, wenig beteiligt, da durch sie der eigene Seehandel höchstens Nachteile erleiden konnte. Gladstones Politik hielt immer noch, wenn auch die Königin und die Opposition mit Bulgarien sympathisierten, ängstlich an der Tendenz fest, keine neuen Reibungsflächen mit Rußland zu schaffen; so war auch von London her für die bulgarisch-ostrumeliotische Union höchstens ein passives Gehenlassen, aber noch keineswegs ein aktives Eintreten zu gewärtigen. Die internationale Situation war somit einer solchen nichts weniger als günstig, und das lag vor allem an Rußland, das offiziell hemmte und bremste, während seine Agenten in Ostrumelien selbst das Feuer schürten.

Im Jahre 1884 noch einmal durch den Machtspruch des Zaren künstlich zurückgedämmt, ließ sich die Anschlußbewegung in Ostrumelien im Sommer des Folgejahres nicht länger in Fesseln schlagen. Am 22. Juni 1885 fand in der

Umgegend der Hauptstadt Philippopel eine konstituierende Versammlung des leitenden Geheimkomitees statt, zu der auch die russischen Vertreter, der Militärbevollmächtigte Oberst Tschitschagow und der Generalkonsul Graf Igelström, eingeladen waren, und von der sie nach Petersburg Bericht erstatteten; es wurde beschlossen, die im Herbst infolge der Übungen stattfindende Konzentration der Landesmiliz zu benützen, um nach Einbringung der Ernte im Laufe des September den Anschluß an Bulgarien auszurufen; der bulgarischen Staatsleitung gegenüber sollte strengstes Geheimnis bewahrt werden, indem man freilich hoffte, daß sie sich der vollendeten Tatsache fügen würde. Der neue Generalgouverneur Gavril Pascha merkte, was im Werk war; aber selbst Bulgare von Herkunft, verschmähte er es, die Pforte dagegen mobil zu machen; so ließ er denn die Dinge ihren Gang nehmen. Fürst Alexander kehrte am 24. August nach längerer Abwesenheit, nachdem er noch soeben, wie wir wissen, Giers und in Österreich beruhigende Zusicherungen erteilt hatte, daß die Gefahr eines Ausbruches von Unruhen nicht so bald vor der Türe stehe, und daß jedenfalls „die Ruhe einstweilen aufrecht erhalten werden würde," nach seinem Lande zurück; er begab sich zu den Manövern nach Schumla. Hier bekam er alsbald Nachricht von dem, was in Ostrumelien sich vorbereitete; zwei Abgesandte der Verschwörer selbst, namens Risow und Mutkurow, stellten sich bei ihm ein. Wenn er der Sache kein Gewicht beilegte und nicht sofort seine ganze Autorität dagegen einsetzte, angesichts der Verpflichtungen, die er noch wenige Tage zuvor gegen Rußland und Österreich auf sich genommen hatte, so beweist das eben, daß er sich der ganzen Bedeutung des Augenblicks nicht bewußt war. Am 12. September, seinem Namenstage, erhielt er Glückwünsche von den Bürgermeistern sämtlicher Städte Rumeliens mit dem direkt ausgesprochenen Wunsche, er möge möglichst bald Herrscher beider Bulgarien sein. Erst jetzt wurde er (es mag dahingestellt bleiben, ob seine bisherige Naivität echt oder gespielt war) „stutzig", und er beauftragte den Ministerpräsidenten Kawarelow, „der Sache auf den Grund zu gehen"; er selbst begab sich auf sein Schloß Sandrowo, „um sich von den Anstrengungen der Reise und der Manöver auszuruhen". Fünf Tage später erschienen, von Karawelow selbst geleitet, Risow und Mutkurow hier abermals vor ihm, um ihm anzukündigen, daß es nunmehr ernst würde. Er „bot alle Mittel auf", um ihnen klar zu machen, daß das jetzt „vierzehn Tage nach Franzensbad" ausgeschlossen sei, daß gegenüber Rußland und ganz Europa der Zeitpunkt für das Losbrechen nicht schlechter gewählt sein könnte, und daß man es ihm überlassen möchte, diesen zu bestimmen. Risow gab sein Wort, die Bedenken des Fürsten seinen Landsleuten mitzuteilen, und machte sich mit seinem Gefährten, „sehr traurig, aber doch überzeugt", auf den Rückweg. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß diesem Hergang der Dinge ein stark komödienhafter Beigeschmack anhaftet, wobei es nur die Frage sein kann, ob und inwieweit der Battenberger darin eingeweiht war; jetzt war es jedenfalls viel zu spät, um noch mit Erfolg abzuwiegeln.

So nahmen denn die Ereignisse gleichsam programmäßig ihren Lauf. Am 18. September brach die Revolution in Philippopel aus, Gavril Pascha wurde

über die Grenze abgeschoben, eine provisorische Regierung unter Dr. Stransky, dem Führer der Erhebung, gebildet und die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien ausgerufen. Die „südbulgarische Armee", die noch zu ihren Übungen versammelt war, wurde auf Alexander vereidigt und besetzte die türkische Grenze. Ihr Oberkommandant, der Major Nikolajew, unterrichtete den Fürsten telegraphisch von dem, was vorgefallen war, und bat um seine Ankunft; andere Depeschen desselben Inhalts liefen ein. Er befand sich gerade in Varna und kam von einem längeren Spazierritte heim, als diese Nachrichten angelangt waren; so schnell traf er die Entscheidung, daß man kaum daran zweifeln kann, daß er darauf vorbereitet, daß sie bereits vorher gefallen war. „Nur wenige Augenblicke," so hören wir, „dauerte der Kampf in der Brust des Fürsten"; dann trat er aus seinem Arbeitszimmer in den Vorsaal heraus und sagte zu seiner hier versammelten Umgebung ruhig und gelassen: „Heute noch reise ich nach Philippopel, begrüßt in mir den Herrscher des vereinigten Nord- und Südbulgariens!" Sofort setzte er sich in telegraphische Verbindung mit seinem Ministerium in Sofia, mit dem in Tirnowa weilenden Karawelow und mit Stransky. Aus Sofia wurde ihm gemeldet, einstimmig werde im Lande die Kunde aus Philippopel mit unglaublicher Begeisterung aufgenommen, alles beschwöre ihn, sich an die Spitze zu stellen, und wolle Gut und Blut für die heilige Sache opfern; Karawelow stellte ihn vor die Wahl, dem Rufe Ostrumeliens zu folgen oder abzudanken. So erging denn an Stransky die Weisung, ihn für den übernächsten Tag in Philippopel zu erwarten, an Kawarelow, ihn dahin zu begleiten, nach Sofia, sofort die ganze Armee zu mobilisieren, an den Zaren die Anzeige von seinem Entschlusse, da ihm nichts anderes übrig bleibe, nachdem die Vereinigung ohne sein Zutun erfolgt sei, als die Führung zu übernehmen, sowie die flehentliche Bitte, dem bulgarischen Volke in dieser schweren Krise seinen Beistand zu gewähren. Über den Schipkapaß begab er sich nach Philippopel; seine Reise dahin war „ein einziger Triumph"; vor der Stadt am 21. September angelangt, wurde er von einer unübersehbaren Volksmenge jubelnd begrüßt, und er dachte schon, „daß selbst Rußland sich dem elementaren Ausbruch des Volkswillens und der Begeisterung nicht habe entziehen können", als er an der Spitze derer, die ihn erwarteten, Tschitschagow und Igelström in voller Paradeuniform erblickte. Sie beglückwünschten ihn auf das herzlichste; sie wetteiferten darin, ihm ihren Beistand angedeihen zu lassen, und Tschitschagow stellte sich ihm als Generalstabschef für die neue rumelische Armee zur Verfügung. Nach Kopenhagen an Kaiser Alexander III. wurde ein Kurier mit einem ausführlichen Schreiben abgefertigt, das den Stand der Dinge eingehend schilderte und den Herrscher aller Reußen beschwor, die Bulgaren jetzt in einer Sache nicht im Stiche zu lassen, wofür die Russen selbst dereinst ihr Blut vergossen hätten, an Giers gleichzeitig nach Tirol ein Telegramm, worin der Fürst versicherte, er habe in Franzensbad noch keine Kenntnis von dem bevorstehenden Umsturz gehabt.

Wiederum waren es Illusionen, wenn der Fürst wähnte, daß seine Bitten und Beteuerungen in Rußland eine Stätte finden würden. Der Zar befand sich, getrennt von seinem sonstigen Berater Giers, in Kopenhagen; es hat den

Anschein, daß der russische Botschafter Nelidow in Konstantinopel (der sofort beim Sultan dafür eintrat, daß dieser seine Herrschaft in Ostrumelien mit Waffengewalt wieder herstelle) den Zaren durch unmittelbare Korrespondenz über den Kopf von Giers und der Petersburger Regierung, wie man auf englischer Seite vermutete, aus persönlichem Ehrgeiz und aus Ränkesucht gegen den vorgesetzten Minister in einer Richtung beeinflußte, die der Antipathie Alexanders III. gegen seinen gleichnamigen Vetter durchaus entsprach; indem er den nationalistisch-aufrührerischen Charakter der Erhebung scharf betonte, schlug er eine Saite in dem Gemüte seines Monarchen an, auf deren Widerhall bei seiner durch die Nihilistenfurcht genährten Abneigung gegen alles Revolutionäre sicher zu rechnen war. Auch Giers stieß später in dasselbe Horn, indem er bei einem Besuche bei Bismarck in Friedrichsruhe (7. Oktober) erklärte, „sein Kaiser könne nicht zugeben, daß Verträge durch einen revolutionären Putsch gebrochen würden: wollte man solch einem Akte die Zustimmung erteilen, so könne man nicht hindern, daß er allerorts Nachahmung finde, und so bestehe er auf gänzlicher Wiederherstellung des status quo ante.“ Diese und die genaueste Beobachtung des Berliner Kongreßtraktates waren denn die unverrückbaren Gesichtspunkte für die russische Politik in der Folgezeit. Der persönlichen Initiative des Zaren entsprangen deren nächste Maßregeln. Schon am 23. September erging aus Kopenhagen an alle russischen Offiziere in den Armeen Bulgariens und Rumeliens der Befehl, sofort aus ihren Stellungen auszuscheiden. Der Zweck lag auf der Hand: die höheren Chargen waren mit Russen besetzt, da ja die bulgarischen Offiziere im allgemeinen erst höchstens seit sechs Jahren im Dienste standen; das Heer sollte dadurch führerlos gemacht werden. Auf das gleiche Ziel lief es hinaus, wenn einige Wochen später die Streichung des Fürsten aus den Listen der russischen Armee verfügt wurde, der er bisher als Chef des 13. Schützenbataillons angehört hatte; er sollte dadurch bei seinen eigenen Truppen diskreditiert werden. Allerdings wurde dieses dadurch keineswegs erreicht, und auch die Abberufung der Offiziere erwies sich als ein Schlag ins Wasser: es gelang dem Fürsten, die vakanten Stellen, wenngleich mit jungen Leuten, trotzdem so zu besetzen und seiner Armee einen solchen Geist einzuflößen, daß sie bald darauf im Kriege gegen Serbien mit Bravour und Erfolg kämpfte; andererseits verlor Rußland durch die Entfernung seiner Offiziere den mächtigen Einfluß, den es durch sie bislang in Bulgarien ausgeübt hatte, und dieses konnte sich jetzt, in der Stunde der höchsten Not also schnöde durch die Russen im Stiche gelassen, des letzten Restes der Dankesschuld ledig fühlen, zu der es etwa noch von seiner Erlösung vom türkischen Joch her verpflichtet war. Zuerst glaubte Alexander, es handle sich bei der Rückberufung der russischen Offiziere lediglich um eine Demonstration, indem Rußland den Schein vermeiden wolle, als ob es die bulgarisch-ostrumelische Aktion anerkenne und billige; aber schon am Tage darauf (24. September) sprach der Zar gleichfalls telegraphisch seine entschiedene Mißbilligung aus, indem er Tschitschagow und Igelström die Beziehungen zum Fürsten abzubrechen hieß. Dieser stellte auf dem gleichen Wege darauf seinen Thron dem Kaiser zur Verfügung, ohne daß er eines Bescheides gewürdigt wurde. Offiziell wurde allen Russen

in Bulgarien und Ostrumelien eröffnet, daß der Zar den Anschluß verwerfe; allen, die sich in amtlicher Stellung daselbst aufhielten, wurde die Rückkehr anbefohlen; nur die politische Agentur in Sofia sollte vorläufig bestehen bleiben. Eine bulgarische Deputation, die am 1. Oktober in Kopenhagen in Audienz empfangen wurde, erhielt eine Antwort, über die verschiedene Versionen verbreitet wurden. Nach den einen Berichten sprach der Kaiser seinen Unmut über das aus, was ohne Vorwissen Rußlands in Ostrumelien geschehen sei, indem er erklärte, die Vertragstreue erfordere, daß es rückgängig gemacht werde. Das Auswärtige Amt in Petersburg teilte dem englischen Vertreter mit: der Kaiser habe gesagt, er halte die Union für Bulgarien für wünschenswert, aber er mißbillige die Revolution; gleichwohl könne es, wenn es angegriffen werden sollte, auf seine Intervention zählen. Am günstigsten lauteten die Angaben der Deputation selbst; danach wurde ihr das Versprechen zuteil, er werde versuchen, im Einvernehmen mit den übrigen Signatarmächten des Berliner Vertrages eine friedliche Lösung herbeizuführen. Man kann nicht sagen, daß sich diese Angaben eigentlich widersprechen; der Schwerpunkt der Äußerungen des Zaren beruhte jedenfalls einmal auf der Verwerfung des eigenmächtigen Vorgehens der Bulgaren, das dem Willen Rußlands vollständig entgegengesetzt sei, sodann auf seiner Ankündigung, „er werde immer in Übereinstimmung mit den anderen Mächten handeln.“

Das war nun also die Frage, welche Haltung die andern Mächte einnehmen, und ob sie eine so einmütige sein würde, daß Rußland ihr beizupflichten nicht umhin könnte. Alle waren sie von den Ereignissen gänzlich überrascht; allen war die neue Wendung der Dinge auf dem Balkan unangenehm, da der Frieden dadurch bedroht war. Die Störung des status quo war ihnen unerwünscht, schon deshalb, weil sie nicht wußten, was nun weiter geschehen sollte, und weil sie sich vor die unbequeme Alternative gestellt sahen, ob sie den Umschwung auf dem Balkan ruhig hinnehmen und dadurch die Verletzung der Berliner Kongreßakte anerkennen oder den Battenberger opfern sollten —, beides fiel ihnen schwer, das zweite noch mehr als das erste. Italien und Frankreich waren uninteressiert und wollten abwarten, waren wohl auch zum Gehenlassen geneigt, wenn die übrigen damit einverstanden waren. Wäre es für Deutschland auf das kronprinzliche Paar angekommen, so wäre die Entscheidung nicht zweifelhaft gewesen. Die Kronprinzessin befand sich mit der Prinzessin Viktoria gerade in Italien. Diese bedauerte nur, daß sie in der Stunde des Entschlusses und der Entscheidung nicht bei dem Geliebten sein konnte; am liebsten wollte sie davonlaufen, sich als Mann anziehen und mit ihm in den Krieg ziehen; sie war unsinnig stolz auf ihn, und es tat ihr unendlich wohl, seinen Namen in allen Zeitungen zu lesen. Sie war von Angst erfüllt, daß die Russen ein Attentat auf ihn verüben könnten, und hoffte, daß das Amulett, das er trug, ihn schützen müßte. Die Mutter teilte vollkommen ihre Gefühle. Als sie die große Neuigkeit erfuhr, flog sie, wie sie dem präsumtiven Schwiegersohn selbst schrieb, fast an die Decke vor Erstaunen, Überraschung und Schrecken; sie sagte und dachte, „der Fürst handelt tapfer, schneidig, opferwillig und klug wie ein ganzer Mann.“ Manchen Tag konnten sie und die Tochter nicht essen und manche Nacht vor Angst und Unruhe nicht schlafen.

Alle Tage richtete ſie bogenlange Briefe an den Gemahl, und es war ihr ein großer Troſt, daß er immer antwortete, er teile ganz ihre Meinung. Sie hielt es nicht für unmöglich, daß Alexander jetzt König werden könnte, und meinte, daß dann vielleicht der Kaiſer, die Kaiſerin und Bismarck in die Heirat einwilligen würden: „wenn in Berlin ein Regierungswechſel etwa eingetreten wäre, würde ſich ein Ausweg ſchon finden laſſen, um die Sache zuſtande zu bringen.“ Aber auch wenn die Sache mit dem Rücktritt des Fürſten endigen ſollte, war ſie ſchon zufrieden, da dann, wie ſie glaubte, die Verbindung leichter wäre, zumal wenn eben der Kronprinz Kaiſer würde. Aber das war noch nicht der Fall, und es nutzte ihr daher wenig, daß ſie bekannte, ſie ſei ſehr kampfluſtig, gar nicht eingeſchüchtert und wiſſe ihre Meinung zu verteidigen. Die Reichspolitik, wie Bismarck ſie mit voller Billigung des Kaiſers leitete, kümmerte ſich ganz und gar nicht um ſolche familiäre Sentiments. Der Widerwille Wilhelms I. gegen die Battenbergſche Ehe wurde durch deſſen „Rebellion“ gegen den Berliner Vertrag nur noch geſteigert, und der Kanzler hatte nur eines im Auge, die Eintracht unter den Mächten zu erhalten: welchen Entſchluß dieſe auch immer ſchließlich faſſen mochten, die Einſtimmigkeit ſollte gewahrt bleiben, — als die unbedingt notwendige Vorausſetzung dafür erſchien es ihm aber, daß Einverſtändnis innerhalb der Dreikaiſermächte herrſche. Als in London die Nachrichten von dem Aufſtande in Rumelien anlangten, frug Salisbury in der falſchen Meinung, daß Rußland dahinterſtecke, ſofort telegraphiſch in Berlin, Wien und Rom an, ob ſie bereit wären, zuſammen mit England beim Fürſten Alexander ernſte Vorſtellungen zur Aufrechterhaltung des Berliner Vertrags zu machen. Berlin und Wien lehnten ab, indem ſie ein gemeinſames Vorgehen aller Signatarmächte dieſes Traktates verlangten, und der britiſche Botſchafter in Berlin meldete (am 23. September), daß Bismarck für eine Botſchafterkonferenz, zugleich aber der Idee einer Perſonalunion der beiden Bulgarien nicht abgeneigt wäre. Wenn ſo einerſeits Bismarck, wie es ja von jeher der Grundzug ſeiner Orientpolitik war, auf Rußland in den Grenzen des Möglichen vollſte Rückſicht genommen wiſſen wollte, ſo machte ſich Rußland hinwiederum den Gedanken Bismarcks der Botſchafterkonferenz zu eigen, indem es bereits am 25. September eine ſolche vorſchlug. In der Folgezeit gab ſich Giers — ſchon im Hinblick auf die ſchwierige Haltung, die Großbritannien bald darauf einnahm — die größte Mühe, im Einklang mit den beiden anderen Kaiſermächten zu bleiben; damit ſtieß er zwar nicht auf Schwierigkeiten bei Deutſchland, wohl aber bei Öſterreich, und ſo erwuchs Bismarck die heikle Doppelaufgabe, nicht nur die Dreikaiſermächte unter einem Hute, ſondern auch hinwiederum dieſe insgeſamt mit England auf einer Linie zu halten. Das aber war um ſo weniger leicht, als das bulgariſche Unternehmen die bisher ruhigen Gewäſſer auf der ganzen Balkanhalbinſel in Wallung gebracht hatte.

Relativ am wenigſten regte ſich derjenige Balkanſtaat auf, welcher der eigentliche Leidträger bei dem Anſchluß Rumeliens an Bulgarien war, nämlich die Pforte; die Vorgänge in Philippopel waren für ſie ganz unerwartet gekommen. Fürſt Alexander richtete am Tage ſeines Einzuges in der Hauptſtadt Oſtrumeliens an ſie ein Telegramm: die Vereinigung der beiden Bulgarien habe gegen ſie

keinerlei feindselige Tendenz; wenn er gleich auf den einstimmigen Wunsch der Bevölkerung der Provinz deren Regierung übernommen habe, so erkenne er doch durchaus die Souveränität des Sultans an und werde für die Sicherheit der Bevölkerung aller Rassen und Bekenntnisse sorgen; daher bitte er um die Bestätigung der Union, die der türkischen Souveränität keinerlei Eintrag tue. In jeder Beziehung betonte er den Fortbestand der osmanischen Oberhoheit, wie seinen festen Willen, die türkisch-mohammedanische Bevölkerung zu schützen und keinerlei Ausschreitungen gegen sie zu dulden. Auf den Antrieb des russischen Botschafters Nelidow nahm die Pforte jedoch zuerst eine schroff abwehrende Haltung ein. Sie wandte sich am 23. September mit einem Zirkular an die Großmächte; sie bezeichnete darin das Vorgehen des Battenbergers als eine Verletzung des Berliner Vertrages, erklärte sich auf Grund dessen eigentlich verpflichtet, einzuschreiten, um in Ostrumelien die Ordnung und ihre bisherige Autorität wiederherzustellen, und rief die Intervention der Mächte an zur Aufrechterhaltung des durch den Berliner Kongreß geschaffenen Zustandes. In Konstantinopel bestand eine Kriegspartei, die am liebsten für militärisches Einschreiten gegen den bulgarischen Rebellen gewesen wäre; ihr gehörten auch einflußreiche Angehörige und Vertreter der fremden Mächte an, eben der russische Botschafter Nelidow und Colmar v. d. Goltz, der seit 1883 das türkische Militärbildungswesen leitete, und den die Kronprinzessin damals in Unkenntnis seiner tatsächlichen Haltung dem Battenberger als Kriegsminister zudachte. Jetzt jedoch hatte der Sultan zunächst die Mächte angerufen, und diese mußten erst versuchen, was sie auszurichten vermochten. Auch der Zar ging darauf ein; der russische Konferenzvorschlag vom 25. September (s. o. S. 548), welcher der Anregung Bismarcks entsprungen war, gab sich äußerlich als eine Wirkung des türkischen Begehrens auf die europäische Intervention. Im übrigen flaute der Eifer der Pforte unter englischem Drucke bald ab; bereits der am 25. September erfolgende Ministerwechsel, indem das Kabinett Said Paschas durch ein solches unter Kiamil Pascha abgelöst wurde, deutete darauf hin. Immerhin wünschte die Pforte, schon wegen der Rückwirkungen des bulgarischen Staatsstreiches auf die übrigen Balkanstaaten, die schleunige Entscheidung der Mächte, und im geheimen wurde von russischer Seite in den Sultan gedrungen, er „solle, aber ohne militärisches Einschreiten, die Initiative zur Absetzung des Ruhestörers Alexander von Bulgarien ergreifen". Dieser selbst rechnete noch eine Zeitlang damit, daß die Türkei der Lostrennung Ostrumeliens Widerstand leisten werde; daher ließ er fast seine ganze Armee daselbst und an der Südgrenze gegen die Türkei aufmarschieren. Während hier rund 47 000 Mann standen, befanden sich in Sofia und Widdin nur etwa 15 000; es währte noch einige Wochen, bis er merkte, daß seine Armee weniger hier wie vielmehr an der Westgrenze konzentriert werden mußte. Das war die Folge der Entwicklung, die sich inzwischen in Griechenland und zumal in Serbien vollzogen hatte.

Weit größer noch, als in Konstantinopel, war die Aufregung, welche die Ereignisse in Ostrumelien in Athen und Belgrad hervorriefen. Als sich diese abspielten, weilten König Georg und Milan gerade außer Landes; sofort kehrten

sie nach ihren Staaten zurück. In Athen fanden öffentliche Versammlungen statt, um die Regierung vorwärts zu treiben; diese erklärte, eine Verschiebung des Gleichgewichtes auf der Halbinsel nicht dulden zu können; sie war von Besorgnis erfüllt, daß die bulgarische Bewegung auf Mazedonien hinübergreifen könnte, wo ja zahlreiche Griechen wohnten, sowie daß Bulgarien an das Ägäische Meer komme. Am 27. September langte der König in seiner Hauptstadt an; er hielt bei seinem Empfang eine Rede, die gegenwärtigen Umstände würden beträchtliche Opfer fordern, aber der Patriotismus der Hellenen würde sie gern leisten. Heer und Marine wurden mobilisiert, die Truppen an die türkische Grenze verlegt, Kriegskredite bewilligt. Noch wilder ging es in Serbien zu. Schon seit mehr als Jahresfrist bestand Grenzfragen halber eine starke Spannung zwischen der bulgarischen und der serbischen Regierung; die beiden Monarchen unterhielten jedoch damals noch gute persönliche Beziehungen. Durch die Begebenheiten in Philippopel nach Belgrad zurückgerufen, ließ sich Milan auf der Heimreise in Wien dem Grafen Kalnoky gegenüber dahin aus, die Union zwischen Bulgarien und Ostrumelien sei „der Todesstoß für die weitere Entwicklung des serbischen Staates"; auch er protestierte gegen die Verschiebung des politischen Gleichgewichtes auf der Halbinsel, verlangte eine entsprechende Kompensation und erklärte, Vorbereitungen zum Schutze seiner Grenzen und zur Wahrung seiner Interessen treffen zu müssen, indem er behauptete, sich ohne eine territoriale Entschädigung und eine Gegenaktion, selbst militärischer Natur, nicht auf dem Thron halten zu können. Es wurde ihm der Trost zuteil, daß Österreich seine und Serbiens Interessen nicht aus dem Auge lassen, und daß der König auf die Freundschaft des Kaiserstaates zählen könne; doch wurde ihm auch bedeutet, daß man ein eigenmächtiges militärisches Vorgehen Serbiens nicht „billigen" werde. Wieder zu Hause angekommen, ließ auch er mobilisieren; er forderte die Wiederherstellung des alten Zustandes, trug sich mit dem Gedanken einer antibulgarischen Allianz mit der Türkei und stellte sich so, als ob die Stimmung im Lande einen derartigen Druck auf ihn ausübe, daß er nicht anders könne, als den Krieg mit Bulgarien zu beginnen, um in den Besitz eines Faustpfandes für die angestrebte und notwendige Entschädigung zu gelangen.

Gewiß waren seine Versicherungen, daß er nicht anders handeln könne, nicht ganz unbegründet. Während er noch außer Landes war, war hier eine nationale Bewegung ausgebrochen, deren Losung „Altserbien" war, welche also auf die noch in türkischem Besitze befindlichen serbischen Gegenden gerichtet war, und Kalnoky fürchtete tatsächlich, daß Milan, wenn er nicht an ihre Spitze trete, über den Haufen geworfen werden, daß an seine Stelle „dann Ristitsch mit Karageorgiewitsch oder ein anderer Abenteurer" rücken und die großserbische Bewegung nach Bosnien und über die Save, d. h. in das Donaureich selbst, getragen werden würde. Er glaubte, den König, durch dessen Person ja fast ausschließlich Serbien an die österreichische Politik gefesselt war, nicht preisgeben zu dürfen. Nach der Türkei wollte er freilich die Serben nicht hinübergreifen lassen; das wollte auch Milan selbst nicht. Er strebte nach Kompensationen in Nordwestbulgarien, wo eine gemischte serbisch-bulgarische Bevölkerung saß, nach

Widdin und dem Landstrich südlich von Nisch und Pirot jenseits der Grenze um Ton und Bresnik, der beinahe bis vor die Tore von Sofia reichte. Dafür verwandte sich Kalnoky denn auch in Deutschland; hier war man aber nicht dafür zu haben, zumal da man wußte, daß Rußland damit nicht einverstanden war. Noch besorgte Alexander I. nicht, daß sich der frühere Freund auf bulgarische Kosten schadlos zu halten trachtete; er meinte vielmehr, ihn zu gemeinsamem Kampfe gegen die Pforte mitreißen zu können: am 30. September schlug er ihm ein Angriffsbündnis gegen die Türkei vor, die also die Zeche auch für Serbien zahlen sollte. Dafür war Milan jedoch nicht zu haben; österreichfreundlich und rußlandfeindlich, wie er war, zog er den Bruch mit Bulgarien vor, der, wie er hoffte, auch zum Bruche zwischen beiden Kaisermächten führen mußte, und in welchem dann selbstverständlich die Pforte nicht umhin konnte, sich der antirussischen Koalition anzuschließen. Mitte Oktober traf bei ihm der frühere bulgarische Minister Grekow mit einem neuen Schreiben Alexanders ein, das zu Frieden und Verständigung aufforderte; Milan verweigerte den Empfang sowohl des Briefes als auch des Überbringers, — daraus erhellte seine Entschlossenheit zum Kriege, und Alexander, jetzt schon davon unterrichtet, daß er von der Pforte nichts mehr zu fürchten habe, konnte nun seine Truppen an die Westgrenze verlegen.

Durch den Gang, den die bulgarische Krisis nahm, zumal dadurch, daß sie sich mehr und mehr zu einem serbisch-bulgarischen Duell zuspitzte, wurde die Aufgabe, die sich Bismarck stellte, nämlich in ihr die Einstimmigkeit des Europäischen Konzerts herzustellen und zu wahren, noch viel schwieriger und verwickelter, als sie es von vornherein war. Von Anfang an hatten sich innerhalb der Mächte die hergebrachten Sympathien und Antipathien, sowie die verschiedenartigen Interessen bemerkbar gemacht; es galt, nicht nur zwischen ihnen einen Ausgleich zu finden, sondern auch die neu auftauchenden Differenzen immer wieder zu beseitigen. Am einfachsten und folgerichtigsten gestaltete sich jetzt die britische Politik; aber sie setzte sich stark in Widerspruch mit der Haltung der meisten übrigen. Zuerst hatte Salisbury, wie wir wissen, hinter der bulgarischen Einheitsbewegung eine russische Intrige gewittert und die Schritte Alexanders mißtrauisch beobachtet; auf seinen ausdrücklichen Befehl mußte der britische Agent in Sofia, Lascelles, den Fürsten bei seiner Reise nach Philippopel begleiten, offenbar um sein Treiben daselbst gleichsam zu überwachen. Eben deshalb, weil er vermutete, daß die Russen hinter dem Abenteuer des Battenbergers steckten, schlug er sofort ein gemeinsames Vorgehen der Mächte außer Rußland, und das hieß unter diesen Umständen so viel wie gegen Rußland, vor; das scheiterte am Widerspruch Bismarcks. Zunächst wollte Salisbury noch beim Berliner Vertrage beharren; aber er meinte doch, Alexander müsse auf dem Thron bleiben, da sein Nachfolger, wer immer es auch wäre, ein noch willigeres Werkzeug für Rußland abgeben würde. Bald vollzog sich jedoch in London ein völliger Umschwung zugunsten Alexanders. Die Königin trat für diesen sofort mit nicht geringerer Leidenschaft ein, wie ihre Tochter, die deutsche Kronprinzessin. Sie bombardierte ihren Premier geradezu mit Zuschriften und Telegrammen zu dessen Gunsten;

sie rechtfertigte seine Politik mit dem Hinweis auf die schlechte Behandlung, die ihm durch Rußland und den Zaren widerfahren war: seine Absetzung würde, so stellte sie Salisbury vor, eine Ungerechtigkeit und eine Gefahr bedeuten, jede Stärkung der Balkanstaaten nicht minder eine Schwächung der russischen Balkanposition.

Gerade was diese Argumentation anbelangte, sekundierte ihr der Botschafter White in Konstantinopel kräftig. Von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß es für England darauf ankomme, Rußlands Vordringen und Festsetzung auf dem Balkan zu bekämpfen, befürwortete er einen radikalen Kurswechsel im Verhalten der britischen Politik gegen Bulgarien: solange als dieses ein russischer Vorposten war, sei es richtig gewesen, es niederzuhalten und in zwei Teile zu trennen; jetzt aber würde „ein national und politisch konsolidiertes Bulgarien" vielmehr „ein wirksames Bollwerk" gegen Rußland werden. Inzwischen liefen authentische Nachrichten ein, welche die Besorgnis zerstreuten, daß Rußland der Drahtzieher der Bewegung sei. Die britischen Agenten, die mit Alexander nach Philippopel gereist waren, hatten durch diesen selbst, durch Aushorchen ihrer russischen Kollegen und durch vertrauliche Besprechungen mit Dr. Stransky und anderen die Überzeugung gewonnen, daß die ostrumelische Bewegung ganz allein und durchaus das Werk der bulgarischen Nationalpartei, unmittelbar gegen den russischen Einfluß gerichtet und von Rußland gemißbilligt, war. Es entsprach durchaus der Wahrheit, wenn sie das mit dem Bemerken meldeten, es sei sehr wohl möglich, ja sogar ganz wahrscheinlich, daß die Erhebung ursprünglich mit Kenntnis und Konnivenz der Russen vorbereitet worden sei, diese letzteren seien aber niemals gewillt, die Union unter dem Fürsten Alexander zu gestatten: „Die Mine war vorzeitig durch die Nationalpartei zur Explosion gebracht, welche dabei hoffte, durch einen kühnen Streich die Vereinigung unter einem Fürsten ihrer eigenen Wahl zu erreichen und dadurch der russischen Knechtschaft zu entrinnen, unter der sie lange schmachteten. Es war ein kühner Streich und insoweit geschickt ausgeführt." Sowohl in Konstantinopel wie auch in London drang White mit seiner Auffassung durch. Wir haben bereits erfahren, wie unter seinem Einfluß die Pforte in den letzten Tagen des September in ihrem Eifer gegen den Staatsstreich des Battenbergers abkühlte; auch bei Salisbury erfolgte unter dem Eindruck der Berichte und Ratschläge des Botschafters sehr bald eine Wendung. Er näherte sich dem Standpunkte der Königin und zeigte sich zunächst (worin er mit Bismarck übereinstimmte) der Idee einer reinen Personalunion der beiden Bulgarien geneigt. Auch die öffentliche Meinung in England begünstigte offenbar den Battenberger, und als Griechenland und Serbien unruhig wurden, gab sich das Londoner Kabinett alle Mühe, beide zurückzuhalten, sowohl in Rücksicht auf Alexander, damit dessen Lage nicht noch mehr erschwert werde, als auch auf die Pforte, damit nicht einer weiteren Aufteilung der europäischen Türkei Vorschub geleistet würde. Soweit ging Salisbury, daß er Österreich, als Milan Miene machte, Bulgarien mit Krieg zu überziehen, dazu zu bringen suchte, Serbien daran mit Waffengewalt zu hindern.

Als Großbritannien dieses Ansinnen an die Doppelmonarchie stellte, befand

sich diese bereits in einer sehr heiklen Lage. Eben deshalb, weil Alexander, zumal in der Eisenbahnfrage, wenngleich immer im Interesse des eigenen Landes, Österreich den Vorzug vor Rußland gegeben hatte, war die Kluft zwischen ihm und dem Zaren entstanden, die zur Folge hatte, daß dieser, obzwar die bulgarisch-rumelische Union nichts weiter war, als die althergebrachte Tradition der russischen Politik, sie nunmehr verwarf. So hätte man erwarten sollen, daß das Wiener Kabinett das Unternehmen des Battenbergers begünstigte. Aber im Anfang war es geneigt, hinter der Union, wie das ja auch bei Salisbury der Fall war, eine russische Intrige zu wittern, und selbst davon abgesehen, erhoben sich mancherlei andere wichtige Bedenken. Gerade weil der Zar dem Fürsten Alexander zürnte, war Vorsicht geboten. Wenn sich Alexander nicht zu behaupten imstande war, konnte die Union eine Stärkung der russischen Position auf dem Balkan zur Folge haben. Die bulgarische Bewegung konnte weiterhin Mazedonien in ihre Kreise ziehen; das widersprach dem österreichischen Interesse auf jeden Fall, und zwar erst recht, wenn Alexander sich nicht zu halten vermochte, und wenn er dann, womit gerechnet werden mußte, einen Nachfolger bekam, der eine vollständige Kreatur Rußlands wurde. Und war nicht König Milan der Schützling Österreichs? Er protestierte am heftigsten gegen die Vereinigung; er machte kein Hehl daraus, daß er sich ihr mit Gewalt zu widersetzen gedachte, — so sah sich das Wiener Kabinett vor die schmerzhafte Alternative gestellt: Milan oder Alexander? Wem sollte es den Vorzug geben, dem alten Freunde, oder dem, der nunmehr seine Hoffnung auf Österreich gegen Rußland baute? Der Bulgare hatte Sympathien in Ungarn; wenn Rußland gegen ihn einschritt, konnte man ihn dann preisgeben? Das waren verfängliche Fragen, die zu entwirren, sei es so oder so, fast unmöglich schien. Dazu kam endlich die Rücksicht auf Deutschland, das am Dreikaiserbündnis festzuhalten gewillt war, sowie auf England, auf das man für die Orientpolitik angewiesen war. Wie sollte man sich aus diesem Labyrinth herausfinden? Man kann es schon verstehen, daß sich gerade Österreich vom bulgarisch-mazedonischen Staatsstreich am unangenehmsten berührt fühlte.

Von Philippopel aus gab Alexander dem Kaiser Franz Josef eingehende Rechenschaft über seine Handlungsweise seit dem 18. September; er beteuerte, daß er in seiner letzten Besprechung mit dem Kaiser und dem Grafen Kalnoky noch nichts von dem gewußt habe, was sich damals vorbereitete: „Ich beschwöre Eure Majestät,“ so fügte er hinzu, „die Vereinigung anzuerkennen; das ganze Volk ist in Waffen und bereit, für seine heilige Sache zu fallen. Was Eure Majestät mit meiner Person auch immer beschließen, ich füge mich im voraus.“ Kalnoky ließ den Fürsten wissen, daß Franz Josef „naturgemäß dadurch, daß die so kurz nach den bestimmten Erklärungen zur Einhaltung der Verträge ausgebrochene völkerrechtswidrige Bewegung nicht verhindert wurde, peinlich berührt sei und verlange, daß die revolutionäre Bewegung wenigstens nicht nach Mazedonien verpflanzt werde“. An sich war Kalnoky zunächst geneigt, die Annexion zu dulden; aber er glaubte dabei, auf die Pforte Rücksicht nehmen zu müssen. So wies er denn den Baron von Calice, den Botschafter in Konstantinopel, an, dort zu erklären: Österreich-Ungarn sei weder für noch gegen die Union, wünsche

jedoch, insoweit es angängig wäre, den Fürsten Alexander auf dem bulgarischen Throne und den Frieden zu erhalten; er erkannte weiterhin das Recht des Sultans an, gegen den Vertragsbruch des Battenbergers einzuschreiten, gab jedoch zu verstehen, daß es besser sei, davon Abstand zu nehmen, da dadurch die Ruhe erst recht und sogar noch mehr gefährdet werden dürfte. Die ursprünglichen Intentionen Österreichs gegen Bulgarien waren somit keineswegs unfreundlich; in die Enge geriet Kalnoky jedoch dadurch, daß sich Milan zum Losgehen gegen Alexander anschickte. In eine ähnliche Verlegenheit, freilich entgegengesetzter Natur, wurde eben dadurch Rußland versetzt: Milan war ein abgesagter Russenfeind; wenn er etwa Alexander besiegte, so bedeutete das eine enorme Machtsteigerung Österreichs auf dem Balkan, und zwar auch auf dessen östlicher Hälfte, die doch Rußland, wofür es auf Bismarcks Billigung zählen durfte, als in seine besondere Interessensphäre fallend betrachtete. Die Rollen der beiden östlichen Kaiserstaaten waren also plötzlich vertauscht: Österreich sah sich vor die Frage gestellt, ob es nicht Alexander opfern, Rußland, ob es ihn nicht doch bis zu einem gewissen Grade schützen sollte, — das war für beide im Hinblick auf ihr bisheriges Verhalten gegen den Battenberger ein heikles Dilemma, das noch dadurch verschärft wurde, daß es darüber zwischen ihnen selbst zu kriegerischen Verwicklungen kommen konnte.

Solche zu verhindern, war der Hauptgesichtspunkt der Politik Bismarcks. Wie England, so auch sah er zunächst die beste Lösung des Konfliktes in einer Personalunion, d. h. in der Ernennung Alexanders zum türkischen Statthalter von Ostrumelien; er schmeichelte sich zuvörderst noch mit der Hoffnung, daß „vielleicht" auch Rußland dafür zu haben wäre, da das „noch nicht die Union Großbulgariens" bedeute. Bald mußte er sich indes davon überzeugen, daß er damit nicht durchdringen würde. Am 7. Oktober besuchte ihn Giers auf der Rückreise nach der Heimat in Friedrichsruh; der hatte inzwischen den Zaren in Kopenhagen gesprochen und dessen Intentionen kennengelernt. So viel ging aus den Mitteilungen des Ministers hervor, daß Alexander III. der Personalunion widerstrebte, daß er die Gelegenheit vielmehr benutzen wollte, den unbequemen Vetter loszuwerden. Immerhin hatte der Kanzler den Eindruck, daß Giers darin nicht ganz die Empfindungen seines Monarchen teilte; daher stellte er ihm vor, „die Situation sei ohnedies kompliziert genug", und so empfehle es sich, „wenn man den Fürsten jetzt nicht anfechte"; er machte ihn darauf aufmerksam, „daß England der Beseitigung des Fürsten von Battenberg vielleicht noch entschiedener entgegen sein würde, wie Österreich, und daß die Verständigung mit Österreich indiziert wäre, um nicht dessen Solidarität mit England noch fester werden zu lassen". Giers setzte dem Kanzler auseinander, wie er sich die weitere Entwicklung der Angelegenheit dachte: die drei Kaisermächte sollten auf der Botschafterkonferenz in Konstantinopel (s. o. S. 548) Änderungen beantragen, „welche die beiden Bulgarien in ihren wirtschaftlichen und administrativen Beziehungen einander näherbringen würden, ohne sich in den Formen vom status quo ante zu entfernen, um den Serben und Griechen jeden Vorwand zu rauben, Kompensationen zu fordern". Der Ideengang des russischen Ministers war Bismarck „nicht immer

klar“, und er hielt sein Projekt den Bulgaren und auch der russischen öffentlichen Meinung gegenüber für schwer durchführbar; aber er fühlte kein Bedürfnis, es zu kritisieren, und meinte, Deutschland solle den Russen nicht den Weg sperren, den sie betreten wollten, sondern es den Erfahrungen überlassen, die sie dabei machen würden, zumal durch die Verhandlungen mit den übrigen Mächten, ihre Politik in der Zukunft richtig einzustellen. So viel erhellte aus den Eröffnungen von Giers jedenfalls, daß Rußland zwar den Battenberger beseitigen wollte, aber einer kräftigen Vereinigung der beiden Bulgarien nicht abgeneigt war; denn das Giersche Projekt lief, wie Bismarck es formulierte, darauf hinaus, daß „das sachliche Verhältnis der beiden Bulgarien sich etwas intimer, als nach dem status quo ante, gestalten, also eine Art Realunion, aber keine Personalunion herbeigeführt würde“. Er fügte in dem Berichte, den er über seine Unterredung an Wilhelm I. erstattete, hinzu: „Ich bin nicht sicher, ob ich Herrn von Giers davon überzeugt habe, daß man wohl tun wird, den Fürsten von Bulgarien in den herzustellenden status quo ante einzubegreifen. Ich glaube wohl, daß auch er schließlich dies für das Richtige ansah, vermute aber, daß seines Kaiserlichen Herrn und seine Ansichten hierüber noch nicht absolut feststehen.“

Im Augenblick kam es nun freilich weniger auf die endgültige Lösung an, als darauf, zu verhüten, daß Milan gegen Bulgarien losbreche; denn schon daran konnte sich alsbald, ganz unabhängig davon, ob man eine solche, sei es früher oder später, fand, ein russisch-österreichischer Konflikt entzünden. So setzte denn der Kanzler alle seine gewichtige Autorität beim Wiener Kabinett dafür ein, damit dieses den Serben Zügel anlege. Er hielt dem Botschafter Szechenyi vor, wie bedenklich die serbenfreundliche Politik sei, die das Donaureich jetzt treibe: diese könne bei Serbien denselben Undank und dieselben bitteren Enttäuschungen erleben, wie Rußland jetzt mit Rumänien und Bulgarien. Man meine in der Hofburg, es könne Milan den Thron kosten, wenn er, österreichischem Drucke nachgebend, auf eine Aktion gegen Bulgarien verzichte; aber wer könne eine Garantie dafür übernehmen, daß sich „dieser unverläßliche, leichtfertige und sinnliche Mann“, wenn er sein Land erst mit habsburgischer Hilfe vergrößert habe, nicht einmal plötzlich als Großserbe entpuppe und ungescheut seine Blicke über die Grenze im Norden hinwegschweifen lasse? Indem die Balkanstaaten den Anspruch erhöben, den Berliner Vertrag nur so lange respektieren zu brauchen, als auch die Großmächte Bulgarien dazu zwängen, gebärdeten sie sich Gesamteuropa gegenüber als gleichberechtigte Faktoren und vergäßen, daß sie alles, was sie seien, nur Europa zu verdanken hätten. „Kann es denn eine größere Unverschämtheit geben, und besonders von seiten dieses von der Türkei so schmählich aufs Haupt geschlagenen Serbiens, das Europa allein vom Untergange gerettet, vergrößert, zum unabhängigen Staat gemacht, endlich zum Königtum gemacht hat?“ Szechenyi versicherte dem Kanzler, daß Österreich alles tun werde, um das gute Einvernehmen und den Frieden mit Rußland nicht zu gefährden, und daß Milan auf eigene Verantwortung handle, wenn er „absolut einen coup de tête machen wollte“. Auf einen ähnlichen Standpunkt stellte sich schließlich Bismarck: „Meinetwegen kann man Serbien losschlagen lassen, wenn es schon unbedingt sein muß,

aber niemals gegen Altserbien [d. h. gegen die Türkei, um von ihr Altserbien zu erobern], sondern höchstens gegen Bulgarien ... Dann gestatte man den beiden, sozusagen en champs clos, sich zu bekämpfen, um auf diese Weise gleichsam die Frage zu isolieren und im geeigneten Momente seinerzeit wieder Frieden stiften zu können.“ Deutlich gab er dem Grafen zu erkennen, daß Österreich, wenn es in den Kampf eingreifen sollte, dies auf eigene Rechnung und Gefahr tue: diplomatisch werde sich Deutschland, wie es den übrigen Mächten auf deren Ansinnen, einen Druck auf Serbien auszuüben, bereits mitgeteilt habe, Österreich sekundieren, aber nicht militärisch: „Fechten möchte ich nicht mit Ihnen; denn alsobald bricht Frankreich los, und dann ist das Weitere nicht abzusehen.“ Wenn es durch Herausforderung Rußlands zu einem österreichisch-russischen Waffengang käme, würde Deutschland, so erklärte er ganz bestimmt, nicht einen Moment anstehen, für Österreich-Ungarn zum Schwert zu greifen; etwas anderes wäre es aber, wenn der Anlaß von der österreichischen Seite ausginge.

So viel erhellte aus diesen Erörterungen, daß Bismarck allenfalls für einen Krieg zu haben war, wenn er auf Serbien und Bulgarien lokalisiert wurde, daß er auch, wenn sich daraus ein europäischer Krieg entzündete, dem Zweibundvertrage von 1879 insofern Folge zu leisten gedachte, als es sich dabei für Österreich um einen Defensivkrieg handelte; es verstand sich freilich von selber, daß er den Ausbruch von Feindseligkeiten irgendwelcher Art am liebsten überhaupt vermieden wissen wollte. In Österreich waren die Ansichten geteilt. Auf Kalnoky machten die Mahnungen Bismarcks Eindruck; er war dafür, in Belgrad nach Möglichkeit zu bremsen. Der österreichische Gesandte daselbst, der Graf von Khevenhüller, stand im Herzen auf Milans Seite, und der Kaiser Franz Josef war zu größeren Konzessionen an Serbien bereit als Kalnoky. Dieser sandte an Khevenhüller eine Instruktion, die sich den Ratschlägen des deutschen Kanzlers anpaßte, indem er ihn anwies, dem König zu sagen: es gehe nicht an, daß Milan die Beschlüsse der Mächte nur dann anerkenne, wenn sie ihm genehm seien; Österreich wolle nach Möglichkeit für die Spezialwünsche Serbiens eintreten, werde aber niemals diesen zu Liebe seine freundschaftlichen Beziehungen zu den Großmächten opfern und sich in eine Angriffsaktion hineinziehen lassen. Als unabhängiger Staat habe Serbien das Recht, nach eigenem Ermessen zu handeln; aber wenn es direkt auf einen offenbaren Rechts- und Friedensbruch lossteuere, so könne ihm Österreich nicht folgen, und Serbien handle auf eigene Verantwortung. In dem Entwurf zu seiner Depesche hatte Kalnoky ursprünglich noch hinzugefügt: „Wenn Serbien statt seiner bisherigen friedlichen Politik zu einer aggressiven übergeht, so trennt es sich von uns,“ — dieser Satz ging dem Kaiser zu weit, so daß er ihn strich. Im übrigen hatte er von den Erklärungen Bismarcks vor Szechenyi „einen sehr günstigen Eindruck“, vermutlich wegen der wenngleich ziemlich verhaltenen Erlaubnis zum lokalisierten Kriege zwischen Serbien und Bulgarien und wegen der Versicherung am Festhalten der Defensivallianz. Unter diesen Umständen war es kein Wunder, wenn man es mit den Wiener Warnungen in Belgrad nicht so überaus ernst nahm und ruhig weiterrüstete; man beschwerte sich hier vielmehr, daß es so lange währe, bis die Mächte

eine klare und endgültige Willensentscheidung von sich gäben, und die serbischen Offiziere sprachen sogar bereits „von Sitzenlassen durch Österreich“. Schließlich drückte auch noch England auf das Donaureich, indem es forderte, daß es Serbien mit Gewalt vom Kriege abhalte. Davon konnte nun natürlich gar keine Rede sein. Umsonst hatte Kalnoky den Versuch gemacht, den Frieden dadurch zu wahren, daß die Bulgaren (s. o. S. 550 f.) den Serben eine kleine Gebietsabtretung machten, — diese waren, je länger ihr Erregungszustand anhielt, damit um so weniger zufrieden, und jene waren weit von solcher Nachgiebigkeit entfernt. Die Einwirkungen Englands und Deutschlands brachten so viel zustande, daß Kalnoky (Mitte Oktober) dem König durch Khevenhüller vorstellen ließ, es sei Wahnsinn, sich in einen Krieg zu stürzen, in welchem von vornherein bei der antiserbischen Politik der Mächte ein Gewinn ausgeschlossen sei, er möge daher demobilisieren. Mit Bewegung nahm Milan diese Eröffnung entgegen; seine Minister bezeichneten das als unmöglich und drohten mit Rücktritt. Nicht minder fruchtlos war es, wenn sich Giers noch mit der Hoffnung schmeichelte, „daß schon ein moralischer Druck Rußlands genügen würde, um den Fürsten Alexander zur Aufgabe Ostrumeliens zu bestimmen“; durch England über die Absichten der Pforte beruhigt, begann dieser eben damals, seine Truppen nach dem Westen zu verschieben, — um so mehr glaubte Serbien, sich auf eine Abrüstung nicht einlassen zu können. Kriegsbereit standen sich die beiden Gegner gegenüber, und nur ein Machtwort des gesamten Europas hätte sie noch hindern können, aufeinander loszustürzen.

Danach, daß ein solches so bald oder überhaupt gesprochen werden würde, sah es allerdings nicht aus. Zwar drängte die Pforte noch immer auf Entscheidung, schon wegen der Kriegsvorbereitungen Griechenlands und Serbiens, durch die ja auch sie in Mitleidenschaft gezogen wurde. Insoweit waren die Mächte einig, daß sie durch gemeinschaftliche mündliche Vorhaltungen in Athen, Griechenland zu Klugheit und Mäßigung zu bestimmen trachteten; aber der leitende Minister Delijannanis erwiderte, die Grenzen, die seinem Staate auf dem Berliner Kongreß in Aussicht gestellt worden seien, habe es schließlich nicht bekommen: um so weniger könne es mit der Schaffung eines Großbulgariens einverstanden sein, durch die auch der Zustand in Mazedonien und die griechischen Interessen daselbst gefährdet würden, es müsse sich daher auf alle Eventualitäten vorbereiten. Am 13. Oktober verständigten sich die Botschafter aller Großmächte in Konstantinopel auf Vorschlag Rußlands über eine gemeinschaftliche Deklaration, worin der versöhnlichen Haltung des Sultans Beifall gezollt, die Vorgänge in Ostrumelien verurteilt, die bulgarischen Truppenansammlungen gegen die Pforte gemißbilligt und die bulgarische Bevölkerung an ihre Verantwortlichkeit erinnert wurde, indem man ihr bedeutete, daß sie für alle Folgen, die sich aus ihren unüberlegten Handlungen ergeben würden, auf keinen Beistand von auswärts hoffen dürfte. Aber sie hatte nur einen provisorischen Charakter; sie brachte keine materiellen Vorschläge zur endgültigen Lösung der ganzen Frage, sondern lediglich „allgemein gehaltene Phrasen über die Verwerflichkeit des Vertragsbruches und über die Notwendigkeit zur Erhaltung des Friedens“. Es war zweifelhaft,

ob sich Bulgarien dadurch und durch die Warnung vor voreiligen Schritten imponieren lassen würde, und das um so mehr, als die Dreikaisermächte (gemäß den Abmachungen zwischen Bismarck und Giers vom 7. Oktober), indem sie die weitere Verhandlung der Botschafterkonferenz in Konstantinopel anvertrauten, vorläufig den status quo ante als Ausgangspunkt dafür ins Auge faßten. Über diesem Verlangen ging zunächst die Einstimmigkeit des Europäischen Konzerts in die Brüche. Am 19. Oktober erklärte Salisbury, daß Großbritannien an einer bloßen Wiederherstellung des früheren Zustandes nicht mitzuwirken vermöchte, und als die Pforte zwei Tage darauf die Großmächte einlud, die bei ihr beglaubigten Botschafter zur Teilnahme an einer Konferenz über die rumelische Frage zu bevollmächtigen, deren Lösung wesentlich die Aufrechterhaltung des Berliner Vertrages zur Grundlage haben solle, nahm England nur mit dem Vorbehalt voller Freiheit seines Handelns für den Fall an, daß Vorschläge eingebracht wurden, die ein Zwangseinschreiten gegen Bulgarien oder daraufhin nach ihrer Meinung zielende Maßregeln involvieren sollten. Und in der Instruktion für White ward ausdrücklich betont: England könne sich nicht auf eine buchstäbliche Verpflichtung auf den Berliner Vertrag einlassen; seines an und für sich bestehenden Rechtes zu selbständigem Einschreiten in Ostrumelien habe sich der Sultan entäußert, indem er an die Entscheidung der Mächte appellierte; unter dem Gesichtspunkte der politischen Zweckmäßigkeit sei das Problem der Anwendung von Zwangsmaßregeln gegen Bulgarien zu prüfen, und vor allem komme es darauf an, festzustellen, worauf die Wünsche der Rumelier selbst gerichtet wären. Es war klar, daß sich England mit aller Wucht für den Battenberger einzusetzen vorhatte, und das war für diesen ein Trost in seiner bedrängten Lage. Sie hatte sich dadurch kompliziert, daß die Bulgaren nicht an den Ernst der kriegerischen Absichten Serbiens glauben wollten; sie hielten daher die Verschiebung der Truppen nach der serbischen Grenze für ein Manöver ihres Herrschers, um Ostrumelien gemäß den voraussichtlichen Beschlüssen der Konferenz wieder den Türken preiszugeben. Tatsächlich stand die Pforte damals so sehr unter dem Einfluß Englands, daß sie (am 26. Oktober) eine Note an Bulgarien und Serbien richtete, durch die sie das Betreten des bulgarischen Bodens durch serbische Truppen unter Berufung auf ihre Suzeränität als Verletzung türkischen Gebietes erklärte. Nicht nur die Pforte suchte ja England damals gegen Serbien mobil zu machen, sondern auch, wie schon mitgeteilt wurde, Österreich. Dieses war freilich dafür nicht zu haben und erfreute sich dabei des Beifalls Bismarcks, der, wie wenig er auch Serbien hold war, doch keineswegs wollte, daß sich die Doppelmonarchie auf dem Balkan durch England für dessen Interesse ausnützen lasse, — das war ja das ständige Axiom seiner Balkanpolitik: Deutschland und Österreich dürften im Orient nie die Geschäfte Albions besorgen; in einem Krieg mit Rußland dürfe man auf englische Hilfe nur dann bauen, wenn England eher als Österreich mit Rußland gebrochen hätte; entzweie sich Österreich zuerst mit Rußland, so würde England vorsichtig den Gang der Ereignisse abwarten, um dann beim Frieden, ohne sich um die Mittelmächte weiter zu kümmern, seinen eigenen Vorteil zu suchen. Übrigens war man in Wien von selber bereits so weit davon

entfernt, den britischen Lockungen Folge zu leisten, daß man vielmehr nach der Türkei die nachdrückliche Warnung sandte, sich jeder aktiven Teilnahme an einem Kampfe zu enthalten und sich auf eine strenge Bewahrung ihrer Grenzen zu beschränken, da sie durch eine Bedrohung des serbischen Bodens in Konflikt mit Österreich-Ungarn geraten würde; schon deshalb mußte sich die Pforte allen Versuchen des Battenbergers versagen, sich mit ihm gegen Serbien zu verbünden.

Bei dem Zwiespalt, der also zwischen den Mächten klaffte, konnte von vornherein gar kein Zweifel darüber bestehen, daß ihre Kollektivnote vom 13. Oktober keinen besonderen Eindruck auf die Balkanstaaten machen würde. Das erhellte zur Genüge aus den Antworten, die sie darauf in der zweiten Hälfte dieses Monats erteilten. In wortreichen Wendungen sprachen sie zwar alle ihren Dank für die Deklaration aus; aber sie beharrten, ein jeder, auf seinem Standpunkte und betonten ihre besonderen Interessen und Ziele. Die Pforte forderte die Unterdrückung der täglich wachsenden Rüstungen in Griechenland und Serbien, sowie die Entfernung Alexanders aus Ostrumelien und die Rückkehr zum Berliner Vertrage; Bulgarien sprach die Hoffnung aus, daß seinen nationalen Wünschen Erfüllung zuteil werde. Indem Serbien gegen die Union protestierte, beteuerte es seine aufrichtigste Ergebenheit für das Prinzip der absoluten Integrität der bestehenden Verträge, das allein auf der Halbinsel Ordnung, Wohlfahrt und Frieden zu garantieren vermöge; Griechenland drückte seine Besorgnis vor einer Wiederkehr ähnlicher Ereignisse, wie in Rumelien, d. h. vor einem Hinüberspielen der Revolution nach Mazedonien, aus und sprach sich daher für eine neue Ordnung der Dinge aus, durch welche den hellenischen Interessen in Zukunft ein besserer Schutz zuteil würde. Und wie sehr Bulgarien bereits auf England vertrauen zu dürfen glaubte, das erhellte daraus, daß Alexander I. Ende Oktober die ostrumelische Verwaltung dem bulgarischen Ministerium unterstellte, um damit den Gerüchten entgegenzutreten, als sei er gewillt, sich einer Entscheidung der Großmächte zu unterwerfen, welche die Trennung beider Länder fordere. In vollem Gegensatz zum Konferenzprogramm der Dreikaisermächte, das die Wiederherstellung des status quo ante in Aussicht nahm, begnügte er sich also nicht nur nicht mit der Personalunion, von der bisher bestenfalls die Rede gewesen war, sondern er stellte die Welt von neuem vor eine vollendete Tatsache, nämlich die der Realvereinigung der beiden Bulgarien unter seiner Herrschaft. Andererseits konnte sich Milan in seinen kriegerischen Absichten nur ermutigt fühlen, als er erfuhr, daß Österreich von der Türkei die striktste Neutralität verlangte; dazu kam, daß Khevenhüllers Auftreten ihn in der Meinung zu bestärken geeignet war, daß man ihn in Wien doch gewähren lassen würde; das schien auch dadurch bestätigt zu werden, daß die österreichische Länderbank Serbien eine Anleihe bewilligte, ohne die diesem der Eintritt in den Krieg unmöglich gewesen wäre. So äußerte sich Bismarck Ende Oktober dahin, man könne die Krisis vielleicht auch in der Weise lösen, daß man Serbien und Bulgarien aufeinander losgehen lasse; er knüpfte daran die Aussicht, Rumänien, wenn die beiden einander genügend geschwächt hätten, ein europäisches Mandat zur Stiftung des Friedens zu übertragen —, er spekulierte dabei auf die rumänische Eitelkeit und wußte

auch schon, „daß die Rumänen im gegebenen Falle nicht nein sagen würden“. Daß der Krieg unvermeidlich sei, lag auf der Hand; so einigten sich denn auch Rußland und Österreich schließlich dahin, ihn zu gestatten, aber zugleich zu lokalisieren, indem sie selbst sich des Eingreifens enthalten, den Parteien aber nicht zu erlauben, welches auch immer der Verlauf sein würde, den Berliner Vertrag umzustoßen.

Bei diesem Verlaufe der Dinge hatte die Absicht und das Übereinkommen der Mächte, die Entscheidung der Konferenz ihrer Botschafter in Konstantinopel zuzuschieben, von vornherein geringe Aussicht auf Erfolg. Am 5. November fand ihre erste Sitzung statt; langsam und mühsam schleppten sich ihre Verhandlungen dahin. Die Dreikaisermächte waren ja insoweit einig, als sie sich über die Wiederherstellung des status quo ante als Ausgangspunkt verständigt hatten; aber dagegen verhielt sich England ablehnend, und ihm sekundierte Frankreich, während der italienische Vertreter, der Graf Corti, der ersten Gruppe wirksam zur Seite stand. Schließlich ließ diese den Ausdruck „status quo ante“, der auf britischer Seite als besonders anstößig empfunden wurde, fallen; er wurde ersetzt durch die Berufung auf die „Festsetzungen des Vertrages von Berlin“. Danach einigte man sich in der siebenten Tagung (am 21. November) auf eine gemeinsame Redaktion der bis dahin gefaßten Beschlüsse, und schon glaubte man, damit „zu einem befriedigenden Abschlusse“ gelangt zu sein: der Sultan sollte einen außerordentlichen Generalkommissär mit den Befugnissen und Vollmachten eines Generalgouverneurs nach Rumelien entsenden, um daselbst wieder Ordnung zu schaffen und an die Spitze der Verwaltung zu treten; es sollte ihm eine gemischte Kommission beigeordnet werden, bestehend aus Delegierten der Pforte und der Mächte, um sich über die Bedürfnisse und Wünsche der Provinz zu unterrichten und ihnen „innerhalb der Grenzen des Berliner Vertrages“ Rechnung zu tragen; sie sollte Reformvorschläge machen, die nach Annahme durch die Botschafterkonferenz und den Sultan unverzüglich in Kraft zu setzen seien; nachdem also die Ordnung wieder befestigt wäre, sollte die Wirksamkeit des osmanischen Generalkommissars aufhören, und die Pforte sollte sich an die Mächte mit dem Ersuchen wenden, „daß ein Generalgouverneur ernannt werde, gemäß den Vorschriften des Berliner Vertrages“.

Mit großen Schwierigkeiten war dieses Resultat zustande gekommen, und es lag auf der Hand, daß sie erst recht wachsen würden, wenn es galt, das Abkommen durchzuführen, nämlich die Ordnung wiederherzustellen, die Reformvorschläge zu machen und durch die Konferenz genehmigen zu lassen, sowie den Generalgouverneur zu bestimmen, nämlich ob dafür der Fürst Alexander in Betracht zu ziehen sei. Aber aller dieser Verlegenheiten wurde man überhoben. Am Morgen des 23. November lief bei White ein Telegramm ein, worin Salisbury, auf seinem früheren Standpunkte verharrend, alle die Sätze der Übereinkunft verwarf, die eine Bezugnahme auf den Berliner Vertrag in seiner Anwendung auf die Verhältnisse von Ostrumelien enthielten. Der englische Botschafter stellte seinen Kollegen anheim, weitere Zugeständnisse zu machen; Nelidow erklärte das für unmöglich, da auf der britischen Seite „die ganze gemeinsame Basis

aufgegeben und **prinzipiell** der Berliner Vertrag in Frage gestellt werde". Unter diesen Umständen blieb der Konferenz nichts übrig, als in ihrer letzten Sitzung (vom 25. November) festzustellen, daß die Lösung ihrer Aufgabe durch den englischen Widerspruch unmöglich geworden sei; sie vertagte sich „sine die".

Ehe sie also scheiterte, war der Krieg bereits nicht nur ausgebrochen, sondern eigentlich auch schon beendigt. Die Verhandlungen in Konstantinopel waren dadurch überholt, und es war schon eine neue Grundlage für die Erledigung der Unionsfrage geschaffen worden.

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Der serbisch-bulgarische Krieg und die Pazifikation des Balkans.

Der Krieg, auf den König Milan, durch die wohlwollende Passivität Österreich-Ungarns seit der Revolution in Ostrumelien ermutigt, unentwegt losgesteuert, und den die Mächte auch bereits sanktioniert hatten, indem sie nur darauf bedacht waren, ihn zu lokalisieren, war bereits im Lauf des November ausgebrochen, bald nachdem die Konferenz in Konstantinopel ihre Tätigkeit begonnen hatte.

Von Serbien gingen die Feindseligkeiten aus. König Milan wollte nicht länger warten; er meinte, je länger es dauere, um so ungünstiger würde sich für ihn die Situation gestalten; er hoffte darauf, daß dann, wenn es erst losginge, auch Rußland und Österreich in den Kampf hineingezogen werden müßten. Schon in den ersten Tagen des November gab er den Befehl, einen Konflikt an der Grenze zu provozieren; am 13. kam ein solcher bei Wlassina an der äußersten Südseite Serbiens zustande. Sofort erklärte die serbische Regierung, es liege ein bulgarischer Angriff vor, den sie als eine Kriegserklärung ansehe, sie betrachte sich infolgedessen ihrerseits als im Kriegszustande mit Bulgarien befindlich. Schon am folgenden Tage überschritten die serbischen Truppen die Grenze. Während eine Abteilung an der Donau gegen Widdin vorrückte, drangen drei serbische Divisionen, die eine auf der Hauptstraße Pirot—Dragoman—Sliwnica, die beiden andern weiter südlich, sowohl über Trn und Bresnik, als auch über Wlassina, Radonir und Pernik, ein; das gemeinsame Ziel war Sofia. Es war Milans Absicht, die bulgarische Hauptstadt zu nehmen, und falls er siegen würde, in diesem Teil Bulgariens stehen zu bleiben. „Wenn eine Großmacht mich militärisch zwingt," so äußerte er, „das eroberte Gebiet herauszugeben, so muß ich und mein Land der Übermacht nachgeben; aber freiwillig gehe ich nie und nimmer zurück." Er rechnete damit, daß Rußland solches unternehmen, daß er aber dagegen einen Rückhalt an Österreich finden würde. Kalnoky billigte die serbische Aktion durchaus und war fest davon überzeugt, daß der Marsch der Serben nach Sofia einen militärischen Spaziergang bedeute; er schrieb auf die Nachricht von der serbischen Kriegserklärung hin sofort an Khevenhüller: „Der Entschluß des Königs, in Bulgarien einzumarschieren, konnte uns nicht überraschen. Wir wünschen Serbien besten Erfolg; waren wir doch schon seit den letzten Wochen bemüht, das Ereignis bei den Mächten vorzubereiten." So leicht, wie Milan und Kalnoky hofften, spielten sich die Dinge denn doch schließlich nicht ab, trotz der Siegesnachrichten, die Milan bereits nach allen Richtungen hinaus telegraphierte. Sofort

begab sich Alexander von Philippopel auf den Kriegsschauplatz; er erließ einen begeisternden Aufruf; in seinem Heere herrschte eine gehobene Stimmung, und es verschlug ihm nichts, daß er im wesentlichen nur seine jungen bulgarischen Offiziere zur Verfügung hatte. Am 17. November langte er bei der festen Stellung von Sliwnica an, welche die Hauptstraße von Pierot nach dem drei und eine halbe Meilen entfernten Sofia sperrte; die serbische Donaudivision, welche hiergegen anrannte, wurde in viertägiger Schlacht (17.—20. November) abgewehrt und zurückgeworfen, ebenso am 20. und 21. die serbischen Truppen, die, weiter von Süden herkommend, Sofia und die bulgarische Hauptarmee im Rücken und in der Flanke bedrohten; dann wurde sofort die Verfolgung in der Richtung nach Pirot aufgenommen. Die Serben befanden sich in Deroute; in Milans Stimmung vollzog sich ein jäher Umschwung zu gänzlicher Verzweiflung; schon in der Nacht vom 19. zum 20. bat er Österreich, bei den Mächten Schritte zur Einstellung der Feindseligkeiten zu tun. Die Königin Natalie bewies mehr Haltung; sie mißbilligte den Hilferuf ihres Gemahls und verlangte, daß die Armee sich sammle und von neuem vorgehe. Aber daran war nicht zu denken. Unablässig drangen die Bulgaren vor; sie schlugen die weichenden Gegner bei Dragoman und Zaribrod und erreichten am 25. das serbische Pirot. Sie brachten hier den Feinden eine neue Niederlage bei, und am 28. konnte Alexander in Pirot einziehen. Milan war am Ende seines Könnens. Die Streitkräfte, die ihm noch zur Verfügung standen, waren reduziert, entmutigt und erschöpft; die Munitionsvorräte waren aufgebraucht; eine Katastrophe schien bei einem weiteren Angriffe der Bulgaren unabwendbar. Der König war vollkommen zusammengebrochen; er konnte sich kaum noch auf dem Thron behaupten, und die Königin hielt ihn schon für verloren, indem sie damit umging, die Krone wenigstens für ihren Sohn zu retten und für diesen die Regentschaft zu übernehmen.

All das ereignete sich, während die Botschafterkonferenz in Konstantinopel noch tagte; schon deshalb konnten ihre weiteren Beratungen und Beschlüsse nur noch wenig Wert haben. Die Mächte mußten zur neuen Wendung der Dinge von sich selbst aus Stellung nehmen. England, Rußland und Österreich waren es, denen das in erster Linie oblag. In England sprach sich die öffentliche Meinung angesichts der Siege des Battenbergers energisch zu dessen Gunsten aus; insbesondere triumphierte die Königin, deren Gefühle natürlich in Deutschland vom kronprinzlichen Paare durchaus geteilt wurden. Unzweifelhaft waren es gerade die militärischen Erfolge Alexanders, welche der bulgarischen Politik Großbritanniens überhaupt und insonderheit auf der Konferenz in Konstantinopel den Rücken steiften; es focht Salisbury gar nicht an, daß er in Widerspruch zu den übrigen Mächten geriet und schließlich isoliert dastand; die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze sprachen für ihn, und der britische Druck auf die Pforte zu Nachgiebigkeit gegen die Union verstärkte sich. Zunächst hatte diese noch Miene gemacht, als wolle sie ihre Suzeränität gebrauchen, um den Fürsten zur Einstellung der Feindseligkeiten zu bestimmen. Noch während der Schlacht von Sliwnica hatte sie ihn dazu aufgefordert und ihm mitgeteilt, sie werde einen Waffenstillstand mit Serbien schließen und einen türkischen Kommissar mit der interimistischen Verwaltung

Ostrumeliens betrauen. Gegen solche Prätentionen führte der Fürst jetzt eine sehr energische Sprache: Sache des Sultans wäre es gewesen, so schrieb er aus dem Lager von Sliwnica am 22. November an den Großwesir, die frevelhafte Invasion Serbiens zu verhüten, welches die Ereignisse in Ostrumelien nichts anging en, und das mit dem Ottomanischen Reiche nichts gemein habe. Da sich aber die Serben erfrecht hätten, gegen das Völkerrecht, ungestraft durch den „Suzerän, den bulgarischen Boden zu verletzen, sei es seine Pflicht, sowohl gegen die Gefallenen als auch seine militärische Ehre, keinen Waffenstillstand, ohne daß dieser vollkommen vom Feinde gesäubert sei, und keinen Frieden anders als auf serbischer Erde zu schließen". Schroff wies er das Ansinnen ab, den status quo ante in Ostrumelien wiederherzustellen, sowie die Sendung eines türkischen Kommissars ebendahin. Es machte auf ihn auch keinen Eindruck, daß die Botschafterkonferenz Beschlüsse faßte, die im wesentlichen die türkischen Forderungen sanktionierten; er wußte ja, daß England nicht damit einverstanden war, und er hätte ihnen schon mit Rücksicht auf die Stimmung in Rumelien keine Folge zu geben vermocht. Zwei Unterkommissare, welche die Pforte Ende des Monats dahin abordnete, kehrten unverrichteter Dinge zurück und konnten nur melden, daß es ihnen unmöglich sei, bei der Stimmung der Bevölkerung in Tätigkeit zu treten. Und als die Pforte bald darauf für sich kraft ihrer Suzeränität die Befugnis in Anspruch nahm, für Bulgarien die Verhandlungen über den Waffenstillstand und den Frieden zu führen, bestritt ihr Alexander das Recht dazu; er lehnte die Ernennung eines türkischen Delegierten dafür ab, indem er darauf hinwies, daß Serbien nur ihm den Krieg erklärt und die Türkei daran keinerlei, weder aktiven noch auch selbst passiven Anteil genommen habe. Er stand bei diesem Verhalten in laufender Fühlung mit der britischen Diplomatie und fand die volle Billigung Salisburys, der weit davon entfernt war, sich dem Willen der andern Mächte zu fügen. Der britische Minister war der Ansicht, daß die Rückkehr zum status quo ante nur noch im Interesse Rußlands liege; er erachtete die Gelegenheit für günstig, nunmehr in die Dreikaiserentente einen Keil hineinzutreiben, stieß aber mit diesem Bestreben weder bei Deutschland noch auch schließlich, was ihm besonders unangenehm war, bei Österreich-Ungarn auf Gegenliebe. So sehr war der Einfluß Bismarcks auf Kalnoky doch maßgebend, daß dieser es um jeden Preis verschmähte, wie schwierig sich auch zeitweise das Verhältnis zu Rußland anließ, als Sturmbock für England gegen Rußland sich herzugeben.

Ganz anderer Art wie in England waren die Empfindungen, welche die frischen Lorbeeren des Battenbergers in Rußland auslösten. Man verkannte hier im Anfang nicht, daß ein Sieg Serbiens an sich der russischen Balkanposition ebenso schädlich wie andererseits der österreichischen nützlich sein müßte, und man rechnete sogar ganz sicher mit einem solchen. Wenn man trotzdem im Einvernehmen mit Österreich den Krieg gestattet hatte, indem man ihn zugleich lokalisierte, so eben in Spekulation auf die voraussichtliche Niederlage des Battenbergers. Denn man wollte sie benutzen, um eine große Agitation gegen diesen zu entfachen und seine Entfernung zu erzwingen; der Gesandte Kojander war mit dieser Aufgabe betraut, und er ging auch bereits rüstig ans Werk. Wenn

man sich also des ungetreuen und undankbaren Satrapen entledigt hatte, oder wenn seine Stellung zum mindesten zur Genüge erschüttert war, wollte man, „um einem weiteren Blutvergießen Einhalt zu gebieten“, den serbischen Vormarsch hemmen, — dann war Rußland der Retter Bulgariens, und dieses lag dem Zaren wieder ergeben zu Füßen. Noch am 20. November, nach dem Eintreffen der ersten voreiligen serbischen Siegesdepeschen, während freilich schon die Schlacht bei Sliwnica die Lage auf dem Kriegsschauplatz von Grund aus veränderte, wurde dieser Plan erwogen und nach Berlin weitergegeben; eben die Ereignisse bei Sliwnica setzten solchen Illusionen ein Ziel. Man war in Petersburg über die ungeahnte und unwillkommene Wendung nichts weniger als erfreut, und zunächst stimmte man mit der österreichischen Auffassung der Dinge insofern überein, als man den Battenberger in seiner Siegeslaufbahn zu unterbrechen für zweckmäßig erachtete. Giers sagte dem österreichischen Botschafter, „man dürfe Volk und Fürst von Bulgarien nicht zu hochmütig werden lassen, sonst würden sie durch ihr Blut ein Recht auf die Union erwerben“. So bemühte sich denn das Petersburger Kabinett (und damit stimmte es an und für sich mit den Intentionen des Wiener überein), die streitenden Parteien wieder auseinanderzubringen. Am 24. November ließ es ein Zirkulartelegramm an die Mächte des Inhalts ergehen: Das militärische Gleichgewicht sei annähernd wiederhergestellt, die Entscheidung der Botschafterkonferenz, daß der Rechtszustand wieder in Kraft treten solle, wie er dem Berliner Vertrage entspreche, mache den weiteren Kampf überflüssig; daher betrachte der Zar den Augenblick für gegeben, gemäß den Pflichten der Humanität dem Blutvergießen ein Ende zu machen und durch einen energischen Druck der Pforte und der Mächte einen Waffenstillstand zu stiften. Demgemäß schlug Rußland vor, einen Kollektivschritt bei Bulgarien und Serbien zu diesem Zweck zu unternehmen, — es ist zu beachten, daß gegen die Übereinkunft der Konferenz damals bereits der Protest Englands eingelaufen war. Immerhin richteten noch am 24. November die Gesandten Rußlands, Österreichs und Deutschlands in Belgrad eine dahinlautende Mahnung an Serbien und Bulgarien, indem ihre Kollegen von England, Frankreich und Italien unter Vorbehalt spezieller Instruktionen sich diesem Schritt anschlossen, „der sich mit den durch ihre Regierungen bereits geäußerten Gesichtspunkten im Einklang befinde“.

Eine gewisse Einstimmigkeit war somit erzielt worden, zumal unter den Dreikaisermächten. Bis hierher gingen Österreich und Rußland zusammen; die gemeinsame Mahnung zur Einstellung der Feindseligkeiten entsprach durchaus den Intentionen Kalnokys. Schon die ersten Hilferufe Milans vom 19./20. November hatten bei ihm geneigtes Gehör gefunden; sofort empfahl er den Bulgaren Mäßigung, wie er auch in Konstantinopel und Berlin die Bitte Milans um Waffenstillstand unterstützte. Der unerwartete Zusammenbruch Serbiens erschütterte ihn aufs tiefste; er ließ sich in seiner Parteinahme für Serbien so weit hinreißen, daß er den diplomatischen Organen Österreichs in Bulgarien am 23. November die Weisung gab, das, was sie über die militärischen Bewegungen der Bulgaren erführen, sofort zu melden, natürlich um es in Belgrad zur Kenntnis

zu bringen. Der Kollektivschritt der Gesandten daselbst wurde umgehend der serbischen und der bulgarischen Regierung übermittelt; der Gesandte in Sofia, Biegeleben, wurde zugleich beauftragt, den Battenberger zu warnen, die serbische Grenze zu überschreiten, da er sonst Österreich zwingen würde, „eine Stellung einzunehmen, die für die ganze Situation und auch für ihn schwere Folgen haben könnte". Milan war natürlich sofort bereit zur Einstellung der Feindseligkeiten; Alexander erreichten jedoch weder die Note der Gesandten noch auch die Warnung Biegelebens, weil er den telegraphischen Chiffreverkehr mit Sofia in Voraussicht solcher Zwischenfälle gesperrt hatte. Er setzte daher seinen Vormarsch fort und langte in Pirot an. Hierhin schickte ihm nun Kalnoky den Grafen Khevenhüller entgegen, um ihm die Kollektivvorstellung der Mächte mitzuteilen und ihm zu sagen: Österreich könne Serbien nicht fallen lassen in Rücksicht auf die Aufregung, von der seine eigenen serbischen Untertanen ergriffen seien; wenn aber eine Macht in den Krieg eingreife, so seien auch die anderen nicht zurückzuhalten. Khevenhüller war instruiert, nicht einen drohenden, sondern einen freundschaftlichen Ton anzuschlagen; wenn es nötig wäre, sollte er allerdings entschieden erklären, daß der Prinz mit Österreich-Ungarn in Konflikt gerate, wenn er sich diesem vorläufigen freundschaftlichen Ratschlage nicht beuge. Selber hatte der Gesandte darum gebeten, ihm freie Hand zu lassen, da bei dem Charakter Alexanders ein Erfolg ohne Anwendung scharfer Mittel zweifelhaft sei. Am 28. November traf Khevenhüller im bulgarischen Hauptquartier ein; es entwickelte sich hier eine erregte Unterredung zwischen ihm und dem Fürsten. Als dieser sich weigerte, den Vorstellungen Gehör zu geben, die ihm namens der Mächte und Österreichs gemacht wurden, resolvierte sich der Graf gemäß seinem Auftrage dahin, daß ihm dann Österreich feindlich entgegentreten, und daß die österreichische Einmischung weiterhin die Okkupation Bulgariens durch die Russen nach sich ziehen werde; auf Befragen, was unter einem feindlichen Entgegentreten Österreichs zu verstehen sei, erwiderte Khevenhüller, „daß nach seiner persönlichen Meinung dies eine militärische Aktion der österreichisch-ungarischen Armee bedeute". Unter diesen Umständen blieb dem Battenberger nichts anderes übrig, als in die Einstellung der Feindseligkeiten einzuwilligen; er setzte die Mächte von seinem Entschlusse durch ein Rundschreiben in Kenntnis, indem er ihn ausdrücklich mit der Drohung Khevenhüllers begründete, daß bei weiterem Vormarsche der Bulgaren Österreich seine Truppen den Serben zur Hilfe senden würde. Schönfärberei war es offenbar, wenn der Graf nach Wien berichtete, Alexander sei über die österreichische Intervention gar nicht so erzürnt gewesen, wie er das nachher der öffentlichen Meinung im Lande wegen zur Schau getragen habe.

In Rußland erregte die Kunde von den Vorgängen im bulgarischen Hauptquartier großen Unwillen. In der Öffentlichkeit und in der Presse war die Begeisterung für die bulgarischen Siege nicht gering, und eine feindselige Aktion der Regierung gegen den Fürsten in diesem Augenblick hätte schwerlich einen guten Eindruck gemacht. Der Zar verharrte im Grunde seines Herzens bei seiner Abneigung gegen den Battenberger; aber er glaubte doch, seine Sympathie für die Bulgaren bekunden und damit zugleich einen Versuch verbinden zu müssen, aus

der Situation einigen Nutzen durch Betonung der Verdienste zu ziehen, welche sich die Russen um das Land erworben hätten. In einem Armeebefehl vom 30. November, in welchem allerdings der Namen Alexanders nicht erwähnt wurde, sprach er den Offizieren seines Heeres, die in der bulgarischen und rumelischen Armee gestanden hatten, seinen Dank und seine Anerkennung über die glänzenden Resultate ihres Wirkens aus, die jetzt auf den Schlachtfeldern des Balkans in die Erscheinung getreten wären; wenngleich „tiefbetrübt durch den brudermörderischen Krieg", belobigte er doch „die Entschlossenheit und Selbstverleugnung sowie die Ausdauer und Ordnungsliebe der bulgarischen und ostrumelischen Truppen". Kojander, der die Seele der Umtriebe in Bulgarien gegen den Fürsten gewesen war, und dessen Berichten man die Entfremdung zwischen diesem und dem Zaren zuschob, wurde nunmehr als Gesandter nach Athen versetzt, — das konnte den Anschein erwecken, als ob der Kaiser von versöhnlicheren Gefühlen gegen den Battenberger beseelt sei. Allgemein empfand man es in Rußland aufs schwerste, daß sich Österreich des antirussischen Milan so entschieden annahm, daß es den weiteren Siegeslauf der Bulgaren durch die Androhung bewaffneter Hilfe gegen sie gehemmt habe. Sogar der Zar und Giers faßten die Sache nicht anders auf, als daß dadurch die Abrede gebrochen sei, den serbisch-bulgarischen Krieg zwar zu gestatten, jedoch zugleich zu lokalisieren. Alexander III. rief aus: „Wir sind von Österreich betrogen!" Giers sah die von ihm vertretene Politik der „Dreikaiserentente" im Begriffe zu scheitern und dadurch seine eigene Position erschüttert, — hielt er schon die Ankündigung der Teilnahme Österreichs am Kriege auf der Seite Serbiens für eine Verletzung des zwischen beiden Mächten getroffenen Abkommens, so war er noch mehr darüber empört, daß Khevenhüller auch von einem Einmarsche der Russen in Bulgarien gesprochen hatte, da ein solcher bei der in Rußland momentan herrschenden Stimmung eine „moralische Unmöglichkeit" wäre. Gerade deshalb, weil ein solcher und jede Aktion, die als gegen Bulgarien gerichtet gedeutet werden könnte, auf das schärfste im eigenen Lande gemißbilligt wurden, befand man sich in Petersburg in einer doppelt peinlichen Lage. Man mußte zur Zeit alles vermeiden, was als ein Schlag gegen Alexander I. angesehen werden konnte, war also selbst gebunden und mußte andererseits ertragen, wie sowohl dieser in der Glorиole des Siegers erstrahlte, als auch wie Österreich auf dem Balkan jetzt als der allmächtige Schiedsrichter dastand, — all das bedeutete eine arge Schädigung des moskowitischen Prestiges auf der Halbinsel.

Fast noch ärger, als an der Newa, war die Aufregung an der Spree. „Die Besorgnis, daß Österreich-Ungarn sich mit Rußland entzweie, war eine so große, daß in Berlin eine Nervosität herrschte, wie am Vorabend eines großen Krieges." Bitter kritisierte Bismarck die Wiener Politik: Sie bereite ihm schlimme Sorgen; bald sei sie zu rasch, bald zu langsam, beides am unrechten Orte; die Russen seien verständiger. Man spreche in Österreich von Einmarschieren in Serbien, vom Mobilisieren, wie von etwas ganz Gewöhnlichem, und zwar, was geradezu ein Bruch bestehender Abmachungen wäre, ohne Benehmen mit Rußland; dadurch werde der Kaiser Alexander, „der unser sicherster Mann gewesen", wieder den

Panslawisten zugeführt. Der Kanzler kennzeichnete die Wiener Politik als eine solche der Beichtväter und der Bankiers; zumal tadelte er die Rolle der Länderbank, die den Serben das Geld für den Krieg gegeben hatte. Er führte alle die Fehler Kalnokys auf: erst seine falsche Meinung, daß hinter dem Auftreten des Battenbergers, der im Grunde mehr Österreicher als Russe, ein gescheiter Kopf, aber falsch und unzuverlässig sei, Rußland stecke, während man doch, wie er irrig hinzufügte, in Wien hätte wissen müssen, daß England die Ereignisse in Rumelien eingefädelt hätte. Weiterhin die auf Grund der unrichtigen Ansicht vom Ursprung der rumelischen Revolution erfolgte Anstiftung Serbiens zum Kriege, indem Kalnoky dachte: „Lässest du deinen Bulgaren los, so lasse ich meinen Serben marschieren": offenbar hätten die Österreicher den Serben mehr versprochen, als sie halten könnten. Dann endlich das brüske Auftreten Khevenhüllers und die Intervention überhaupt. Gereizt tadelte Bismarck das übermäßige Interesse Österreichs für Milan, der sich wie ein hysterisches Frauenzimmer betrage. Er begriff überhaupt nicht die serbische Politik Österreichs: je größer Serbien gemacht werde, um so eher werde es seine Augen dereinst auf die in der Doppelmonarchie wohnenden Südslawen werfen; je schwächer es sei, um so mehr werde es immer auf Wien angewiesen sein. Was könnte es Österreich schaden, wenn die Bulgaren nach Belgrad marschierten, und wenn Serbien und Bulgarien ein unabhängiges Reich bildeten unter dem Schutze Englands? Er bezeichnete es als einen schweren Mißgriff Österreichs, den Fürsten von Bulgarien vor den Kopf gestoßen zu haben, der jetzt der Umworbene sei: stets würden sich die Bulgaren darüber beschweren, um die Früchte ihrer Siege durch Österreich betrogen worden zu sein. Und andererseits sah er voraus, wie es denn auch tatsächlich geschah, daß sich dieses durch sein Haltegebot an die beiden Parteien nicht einmal den Dank der Serben erwerben würde, zu deren Gunsten es doch erlassen war, daß in Serbien über kurz oder lang der Vorwurf gegen die Österreicher laut werden würde, wenn man sie nicht zur Ruhe genötigt hätte, so würden die erlittenen Schlappen mit frischen Kräften ausgewetzt worden sein. Vor allem war er der Meinung, Österreich müßte sich im Hintergrunde halten und England den Vortritt gegen Rußland lassen, — das war von jeher der Hauptgesichtspunkt seiner Balkanpolitik: „Die Österreicher sollten warten, bis sie die englischen Kanonen hören. Die Engländer haben das größte Interesse, reden aber den Österreichern ein, sie [d. h. die Österreicher] haben es, und diese glauben das."

Eine ziemlich heftige diplomatische Auseinandersetzung war die nächste Folge der Khevenhüllerschen Intervention. Vergeblich machte Kalnoky alle die Motive geltend, die ihn zu dieser bestimmt hatten: Man habe nicht etwa den Bulgaren ihren Siegeslauf nicht gegönnt und für Milan gezittert; ihr Vordringen würde alle serbischen Stämme in Fluß gebracht haben, die ihre Brüder nicht ruhig erwürgen lassen wollten; schon jetzt sei die Unruhe diesseits der Sawe zu spüren, und sie drohe, sich auf Bosnien und die Herzegowina auszubreiten. Fürst Nikola, der sich jetzt noch auf Befehl von Petersburg still verhalte, warte nur auf den Augenblick, um die großserbische Fahne zu entfalten und unter dem Vorwande, den geschlagenen Stammesgenossen Hilfe zu bringen, die sämtlichen serbischen

Stämme seinem Szepter zu unterwerfen. Der Marsch der Bulgaren würde die Dynastie Obrenowitsch über den Haufen werfen; daraus würde sich eine Anarchie entwickeln, welche das Donaureich in Mitleidenschaft ziehe. Bismarck wies solche Gründe als null und nichtig zurück. Er fand, daß von einer serbischen Bewegung, abgesehen von einigen agitatorischen Schreiern, nichts zu spüren sei, daß die Zurückhaltung Nikolas auf die russische Weisung hin aber dafür spreche, daß keine Verwickelungen in dieser Hinsicht zu besorgen seien, und daß Milans Thron ohne das Eingreifen Khevenhüllers auch nicht mehr gefährdet sein würde, als heute. Er ließ Kalnoky sofort vorhalten, daß sich dieses mit dem Geiste des Dreikaiserbündnisses nicht vertrage, daß Österreich gemäß dessen Bestimmungen ohne Befragen Rußlands in Serbien einrücken dürfe, daß der Zar mit demselben Recht Bulgarien besetzen könne; er legte ihm nahe, in Petersburg zu versichern, daß ein Einmarsch österreichischer Truppen in Serbien keineswegs ohne die vorhergängige Zustimmung Rußlands stattfinden würde. Einige Tage versuchte Kalnoky noch, bei seiner Interventionspolitik zu beharren. In Besorgnis, daß Alexander, wenn er nicht von den Mächten energisch abgehalten würde, die Feindseligkeiten wieder aufnehmen könnte, bat er am 5. Dezember den russischen Botschafter, „er möge seiner Regierung offen die eventuelle Notwendigkeit für Österreich darlegen, für diesen Fall dem Vorrücken der Bulgaren aufs neue halt zu gebieten". Immerhin hielt er es jetzt doch bereits für geraten, sich vorher mit Rußland ins Benehmen zu setzen; aber Bismarck billigte auch diesen Schritt keineswegs. Als er davon erfuhr, rief er aus: „Die [Notwendigkeit] wird Rußland nicht einsehen, sie ist auch schwer zu beweisen." In der Tat läßt sich kaum leugnen, daß überängstliche Nervosität, wie acht Tage zuvor, bei der Entsendung Khevenhüllers mit Extrazug nach Nisch, ebenso auch diesmal bei Kalnoky im Spiel war.

Sorgenvoll schaute Bismarck in die Zukunft; er hatte starke Zweifel, ob es glücken werde, die österreichische Politik wieder in das richtige Geleise zu schieben, zumal da ihm der deutsche Botschafter, Prinz Heinrich Reuß, allzusehr von Kalnokys skrupulösen Befürchtungen angesteckt schien. „Wenn wir oder Rußland," so äußerte er damals, „mit dem österreichischen Minister reden, sei er einverstanden; gehe es aber an das Handeln, so sei es anders." Am 7. Dezember ging ein geheimer Erlaß an Reuß zum Vortrage bei Kalnoky ab, um Einspruch gegen jedes weitere unbesonnene Vorgehen einzulegen, und das wirkte. Khevenhüller wurde nach Wien zur Verantwortung zitiert; man war hier bei seinem Empfange „am Ballplatz so verdonnert, daß niemand aufzublicken wagte". Zwar fehlte es nicht an Stimmen, die zum Widerstand gegen Rußland ermunterten; Andrassy riet, die Gelegenheit zu benützen, um dieses ganz vom Balkan zu verdrängen. Er war es ja, der nach dem Frieden von San Stefano die Schaffung Großbulgariens verhindert hatte. Aber Bulgarien war nicht, wie er damals befürchtet hatte, eine Herrschaftsdomäne Rußlands geworden; so trieb er jetzt zu einer Aktion, um der russischen Rivalität auf der Halbinsel ein Ende zu machen. Schon in Rücksicht auf Deutschland setzte sich Kalnoky für Festhalten am Dreikaiserbündnis ein; er trat den vollkommenen Rückzug an. Die Intervention habe,

so erklärte er, lediglich den Zweck gehabt, die Bulgaren aufzuhalten, vor allem in Rücksicht auf die Stimmung der eigenen serbischen Bevölkerung; ein Einmarsch der österreichischen Truppen in Serbien, auch im Falle einer Revolution daselbst, sei nicht beabsichtigt. Khevenhüllers Auftreten, das ja immerhin eine Vergrößerung seiner Instruktionen bedeutet hatte, wurde desavouiert. Keinesfalls wollte Kalnoky das Einvernehmen mit Rußland missen, und selbst auf eine Mobilisierung verzichtete er, als Giers einer solchen widersprach, da sie entweder den Eindruck hervorrufen würde, daß das Dreikaiserbündnis gebrochen sei, oder da die Leidenschaften dadurch so erhitzt werden würden, daß der allgemeine Frieden dadurch Gefahr laufe. Die österreichische Politik geriet nun freilich in die Sackgasse, die Bismarck vorausgesehen hatte. Die Bulgaren knirschten mit den Zähnen, weil sie in ihrem Vordringen aufgehalten wurden, und Milan vergaß sofort, daß er der Mission Khevenhüllers seine Rettung verdankte. Für ihn war es das schmerzlichste, daß der Konflikt Österreichs und Rußlands vermieden wurde, auf den er von Anfang an seine Hoffnungen gesetzt hatte. Indem sie sich jetzt beide darauf einigten, gemeinschaftlich die Einstellung der Feindseligkeiten von neuem mit Nachdruck zu fordern, sah er die Sache lediglich so an, als sei er von Österreich im Stiche gelassen, als ob sich dieses mit Rußland zusammengetan hätte, um ihn zu hindern, die erlittenen Niederlagen wieder gutzumachen, wiewohl die militärische Situation dafür tatsächlich keine Möglichkeiten bot. Die Königin Natalie war die erste, die jetzt einen vollständigen Kurswechsel der serbischen Politik ins Auge faßte; sie rief dem Gemahl zu: „Halte dich an Rußland, Österreich-Ungarn hat uns hintergangen!“ So schnell ließ sich diese Wendung freilich nicht vollziehen; erst später konnte solche Mahnung fruchtbar werden.

Anfang Dezember begannen die Waffenstillstandsverhandlungen. Auf den Vorschlag Österreichs begab sich eine internationale Militärkommission, bestehend aus den in Wien beglaubigten Militärbevollmächtigten der Großmächte, auf den Kriegsschauplatz, um die Waffenstillstandsbedingungen rein nach militärischen Gesichtspunkten festzustellen; die politische Entscheidung wurde den eigentlichen Friedensverhandlungen vorbehalten. Vergeblich protestierte Bulgarien gegen diese Trennung der politischen von der militärischen Seite der Angelegenheit; es mußte sich im voraus ebenso wie Serbien der Entscheidung der Kommission unterwerfen. Am 22. Dezember wurde auf Grund des Diktates, das diese fällte, der Waffenstillstand abgeschlossen; er sollte bis zum 1. März 1886 in Geltung sein, damit innerhalb dieser Frist der Frieden vereinbart werden könnte; beide Parteien sollten die von ihnen besetzten feindlichen Gebiete räumen, die Serben den Widdiner Bezirk, wo ihre nördlichste Armeekolonne noch stand, die bulgarische Hauptarmee den von Pirot, — nur ungern fügte sich Alexander solchem Zwang. Daß an eine Eroberung serbischer Gebiete nicht zu denken war, dessen war er sich ja vollkommen bewußt; immerhin hätte er gern seine kriegerischen Erfolge benutzt, um die bulgarische Union durchzusetzen. Schon als ihm Khevenhüller das österreichische Haltegebot überbrachte, hatte er sie dafür als Gegenleistung gefordert; jener hatte sich darauf nicht eingelassen. Bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand hatte er bei der Militärkommission sie und eine Geldentschädigung Ser-

biens abermals zur Sprache gebracht; Milan sperrte sich gegen beides; die Vertreter der Mächte gestanden ihm zu, daß die öffentliche Meinung ganz Europas jetzt für die bulgarische Einigung sei. Da er sich nicht verhehlte, daß es vornehmlich darauf ankomme, wie sich Rußland dazu stellte, klopfte er bei dem russischen Delegierten, dem Obersten Nikolaus von Kaulbars, dem Bruder seines früheren Ministers und Peinigers, an; auf dessen Rat schrieb er einen Brief an den Zaren, worin er diesem seinen Dank für das aussprach, was Rußland für die bulgarische Armee getan hatte, und „etwas voreilig" um die Erlaubnis bat, zu persönlicher Aussprache nach Petersburg kommen zu dürfen. In seiner Erwiderung sprach ihm der Kaiser zwar seine Anerkennung für seine Erfolge im Felde aus, erklärte aber die gewünschte Reise nach Petersburg für zur Zeit noch nicht opportun. In Wahrheit war Alexander III. eben noch immer gegen den Vetter; er wollte ihm Ostrumelien nicht überlassen, auch nicht in der Form der Personalunion, und war der festen Überzeugung, daß, wie die Serben durch Milan, so durch den Battenberger die Bulgaren geknechtet würden, und daß beide Völker danach lechzten, durch Rußland von solcher Tyrannei erlöst zu werden. So war auch dieser neue Versöhnungsversuch mißglückt, und der Fürst mußte erkennen, daß auf Gnade von Rußland nicht mehr zu rechnen war.

Noch immer starrten die Balkanvölker in Waffen. Die Serben und Bulgaren hatten sich zwar über ihre beiderseitige Grenze zurückgezogen; aber ihre Heere standen noch schlagfertig einander gegenüber. Griechenland hatte mobilisiert, und die Pforte hatte starke Streitkräfte konzentriert. Darin waren die Mächte einig, daß diesem Zustande ein Ende gemacht werden müßte, und sie ließen entsprechende Mahnungen ergehen. Die Pforte war bereit, ihnen Gehör zu geben, falls es die anderen auch täten. Für sie waren die griechischen Rüstungen am bedenklichsten, und hier waren die Mächte desselben Sinnes; sie machten die energischsten Vorstellungen in Athen, ohne freilich die kriegerische Stimmung daselbst bereits dämpfen zu können. Zwischen Bulgarien und Serbien wurden Friedensverhandlungen in Bukarest eröffnet; noch immer hoffte Milan auf eine territoriale Entschädigung mit Hilfe Österreichs. Kalnoky selbst konnte sich das nicht anders als dadurch erklären, daß Milan noch immer darauf zähle, Österreich und Rußland würden in Konflikt miteinander geraten, und mehr für Serbien zu tun, als daß diesem keine Kriegsentschädigung auferlegt würde, war er nicht mehr geneigt. Noch zum Ende des Jahres 1885 hatte er an den Botschafter in Petersburg geschrieben: „Für uns bildet das Festhalten am Berliner Vertrage in erster Linie die Grundlage"; dann vollzog sich jedoch in ihm ein Umschwung. Er verzichtete auf den Standpunkt des status quo ante und meinte, daß gerade die Person des Battenbergers eine Gewähr für die Befestigung der Ruhe auf dem Balkan gebe; er gedachte, in dieser Richtung die Initiative bei den Mächten zu ergreifen. Davon suchte ihn Bismarck abzukehren. Der hielt es für das beste, den Ausgleich in der ostrumelischen Frage Sonderverhandlungen zwischen der Pforte und Bulgarien zu überlassen, die tatsächlich schon spielten; er riet zu strengster Zurückhaltung: je mehr sich die Mittelmächte in der bulgarischen Frage ins Zeug legen würden, um so mehr würden England und Rußland im Hintergrunde bleiben,

und umgekehrt würden dann die beiden um so eher mit ihren eigenen Intentionen auf dem Plan erscheinen müssen; dabei würden sie wegen des Battenbergers aneinander geraten, und das könnte den Mittelmächten nur zum Vorteile gereichen. Dringend warnte der Kanzler davor, sich für eine Entschädigung für Serbien einzusetzen: „So sehr wir Deutsche Ihnen," so sagte er zum österreichischen Botschafter in Berlin, „mit aller Macht beistehen würden, wenn Rußland Sie angriffe, so unmöglich wäre es, die deutsche Heeresmacht die Rolle der Hilfstruppen zur Erweiterung des österreichisch-ungarischen Einflusses an der Donau spielen zu lassen. Nicht ein einziger Abgeordneter würde sich finden, um auch nur eine Mark hierfür zu bewilligen . . . Lediglich auf Deutschland angewiesen, ohne Bürgschaft für die Haltung der beiden Westmächte, sollte Österreich es auf einen Bruch mit Rußland nicht ankommen lassen. Wir könnten hierbei, je nach Gestaltung der Dinge in England und Frankreich, einer russisch-englisch-französischen Koalition die Wege bahnen, der gegenüber der Stand der beiden verbündeten Kaiserhöfe ein schwieriger und die Zuverlässigkeit Italiens fraglich werden könnte". Es waren wahrhaft prophetische Worte, die eine Erkenntnis in sich bargen, die leider nicht nur der österreichischen, sondern auch der deutschen Politik später verloren gehen sollte.

Wie stets, so auch war damals wieder die Balkanpolitik Bismarcks von dem Grundgedanken getragen: die westliche Hälfte der Halbinsel für Österreich, die östliche für Rußland, — schon deshalb, weil dann die Gefahr ausgeschlossen ist, daß sich die Donaumonarchie Serbiens halber mit Rußland entzweit. Wie oft er freilich auch schon in dieser Hinsicht in Wien angeklopft hatte, bisher hatte er hier noch nicht die geringste Gegenliebe gefunden, — man wollte sich hier eben nicht in Bulgarien desinteressieren. In der Korrespondenz, die sich über die Khevenhüllersche Intervention entspann, ergoß sich der Kanzler darüber in lebhaften Klagen. Wenn Kalnoky, so schrieb er an Reuß, diesem sage, daß er „sich immer noch kein rechtes Bild machen könne, wie der Gedanke der Teilung der russischen und der österreichischen Interessensphären auszuführen sein würde, so heißt das nichts anderes, als daß er sie nicht will. Die Linie, wo die Interessensphären sich abgrenzen, ist die serbisch-bulgarische Grenze. Es ist nicht das erstemal, daß ich diese ganze Argumentation Ew. pp. und durch Sie an Graf Kalnoky mitteile; was Ew. pp. mir als Antwort des Grafen Kalnoky mitgeteilt haben, hat auch jetzt die Natur einer ausweichenden Zurückhaltung und hindert nicht, daß neue Drohungen, gelegentlich ohne weiteres in Serbien einzurücken, unsere arbeitsamen Bemühungen zur Erhaltung des Einverständnisses zwischen Wien und Petersburg fruchtlos machen". Ziemlich kleinlaut und gewunden war die Antwort, die der österreichische Außenminister, wie der deutsche Botschafter berichtete, darauf gab:

„Wenn die Linie, wo die Interessensphären sich abgrenzen, die serbisch-bulgarische Grenze sein solle, so frage er, wohin Montenegro zu tun sein werde. Diese Stellung würde Rußland nie aufgeben, die beiderseitigen Interessensphären also sich nicht die Wage halten. Und was die Befugnisse betrifft, welche er an die Ausübung des [vom Zaren beanspruchten und von Bismarck aner-

kannten] Rechtes Rußlands, in Bulgorien Ordnung zu halten, knüpfe, so habe er mir bereits neulich gesagt, wie wir jetzt die Erfahrung machten, daß die Ordnung ohne eine Besetzung des Landes nicht aufrechtzuerhalten sein würde. Rußland würde daher Bulgarien dauernd besetzen müssen, während Österreich das mit Bezug auf Serbien nicht tun wolle. Ein solches Zugeständnis an Rußland aber würde in ganz Österreich-Ungarn niemand begreifen. Er könne mir versichern, daß er vielleicht der einzige hierzulande sei, der den Wunsch hege, auf diesem Gebiet eine Verständigung mit Rußland zu erreichen. Andere diese Ansicht teilen zu machen, sei er aber nicht imstande ... Er habe dem russischen Einfluß auf Bulgarien bisher nichts in den Weg gelegt. Bis zu dem Zugeständnis einer dauernden Besetzung des Landes durch russische Truppen zu gehen, sei für einen österreichischen Minister aber unmöglich. Es ist dem Minister schmerzlich, daß Euere Durchlaucht in seinen Antworten eine ausweichende Antwort erblicken wollen."

Bismarck wies diese Einwendungen schroff zurück: Montenegro bleibe, wie im Osten Rumänien, von der Demarkationslinie unberührt; es handle sich nur um Serbien und Bulgarien. Rußland würde dieses eben auch, wie Österreich jenes, nur gelegentlich, nicht dauernd besetzen wollen, und Kalnoky müsse sich darüber klar sein, daß er kein Recht habe, Rußland eventuell zu verhindern, das in Bulgarien zu tun, was er selbst eben noch in Serbien habe tun wollen. Nach dem Dreikaiservertrage aber dürfe Österreich gerade so wenig in Serbien ohne Befragen Rußlands einrücken, wie dieses umgekehrt in Bulgarien. Er erinnerte an das Beispiel Englands, das auch feierlich erklärt habe, es lege seine Truppen nur vorübergehend nach Ägypten, und ließ durchblicken, wie leicht sich daraus eine ständige Okkupation entwickeln könne. Indem er seiner alten Auffassung Raum gab, Andrassy habe schon auf dem Berliner Kongreß das Bestehen des russischen Einflusses in Bulgarien für selbstverständlich gehalten, stritt er Österreich das Recht ab, sich jetzt den russischen Hegemoniegelüsten in Bulgarien zu widersetzen und von der Absicht Rußlands zu sprechen, hier vorzudringen: „Von Vordringen kann nicht mehr die Rede sein, wo das Bestehen konzediert ist;" er nagelte Kalnokys Bekenntnis fest, er habe dem russischen Einfluß auf Bulgarien bisher nichts in den Weg gelegt, indem er dazu bemerkte: „Weiter wird nichts verlangt" und daraus den Schluß zog, Rußland dürfe mit Bulgarien verfahren, wie Österreich mit Serbien es habe versuchen wollen. Daß Andrassy seinerzeit Bulgarien den Russen zugewiesen habe, das wollte Kalnoky allerdings nicht wahr haben, und er hatte darin Recht, daß in der Doppelmonarchie, insonderheit in Ungarn bei dem hier noch lebendigen Russenhasse keine Neigung vorhanden war, auf die Bismarcksche Demarkationslinie einzugehen. Wir haben gehört (s. o. S. 569), wie Andrassy damals die Gelegenheit für günstig erachtete, die Russen gänzlich von der Balkanhalbinsel zu verdrängen; jetzt brachte er, Ende Januar 1886, im ungarischen Reichstage eine Interpellation wegen der bulgarischen Krisis ein. Ihr Sinn und Zweck wurde verschiedenartig gedeutet, lief aber, wie die Oppositionspresse offen anerkannte, darauf hinaus: unter Bismarcks Ägide ist die Politik der Doppelmonarchie falsch eingestellt; sie

treibt Bulgarien in die Arme Rußlands und stellt den eigenen Einfluß in Serbien bloß. „Die Grundlage unserer Orientpolitik kann keine andere sein, als auf der ganzen Balkanhalbinsel die Entwickelung der einzelnen Volkspersönlichkeiten zu befördern und dadurch zu verhindern, daß Rußland die Südslawen zu seinen Machtzwecken ausbeutet. England hat sofort erkannt, daß ein starkes Bulgarien der natürlichste und kräftigste Wall gegen die russischen Ausbeutungsgelüste ist. Lord Salisbury ließ daher seine eigene Schöpfung Ostrumelien sofort fallen, und auch wir hätten den Gedanken der bulgarischen Vereinigung mit aller Kraft ergreifen sollen."

Das war eine Tendenz, die derjenigen schnurstracks zuwiderlief, in welche der deutsche Kanzler die Politik der Doppelmonarchie hineinzudrängen trachtete. Es war die Frage, ob es ihm glücken würde, diese doch noch für seinen Gedanken der Demarkationslinie zu gewinnen. Der bisherige Gang der Dinge versprach nicht gerade Erfolg. Selbst wenn Bismarck in Wien damit durchgedrungen wäre, so wäre es mehr als zweifelhaft, ob seine Idee einer russisch-österreichischen Dyarchie auf dem Balkan auf die Dauer Bestand gehabt hätte. Wäre ihr nicht vielleicht dasselbe Endschicksal beschieden gewesen, wie er es dereinst für die österreichisch-preußische Zweiherrschaft, die er in Gemeinschaft mit Rechberg nach dem Frankfurter Fürstenkongreß 1863/64 in Deutschland betrieb, letzten Endes voraussah, daß der eine Mitspieler nämlich dem andern doch schließlich werde weichen müssen? Und hier handelte es sich um eine absolute Fremdherrschaft, die von den Beherrschten als solche sehr bald empfunden werden und alle Regungen nationaler und regionaler Autonomie wachrufen mußte, sobald die allgemeine weltpolitische Lage in Zukunft einmal die Aussicht bot, sie abzuschütteln, sei es sogar, daß inzwischen der eine der beiden Rivalen dem anderen den Rang abgelaufen hätte. In jedem Falle stand dabei Österreich immer am kürzeren Hebelarme.

Auch diesmal fügte sich Kalnoky wieder insofern den Ratschlägen Bismarcks, als er auf eine aktive Balkanpolitik im Sinne Andrassys verzichtete. Der österreichisch-russische Zusammenstoß ward dadurch vermieden; eine volle Einigung der Dreikaisermächte nach Maßgabe der Wünsche Rußlands kam freilich nicht zustande. Denn sowohl in Berlin wie auch Wien meinte man doch, daß eine gänzliche Wiederherstellung des status quo ante in Ostrumelien nicht mehr möglich sei, und als der Fürst Alexander jetzt, in der Erkenntnis, daß alle seine Liebesmühe in Petersburg doch fruchtlos sei, mit dem Sultan zu einem Sonderabkommen zu gelangen versuchte, legte man ihm in Berlin und Wien grundsätzlich keine Schwierigkeiten in den Weg. Man mußte sich in Petersburg, angesichts der Übereinstimmung des übrigen Europas, damit einstweilen abfinden, aber nicht ohne heftiges Sträuben und heimlichen Hinterhalt.

Drei Fragen waren es, von denen die Pazifikation des Balkans auf den ersten Anblick abzuhängen schien, die Entscheidung über die Union, der serbisch-bulgarische Frieden und der Verzicht Griechenlands auf seine gegen die Pforte gerichteten Rüstungen. Während die Mächte durch kollektive Drohnoten Griechenland zur Ruhe zu bringen trachteten, und während in Bukarest über die Bei-

legung des bulgarisch-serbischen Bruderzwistes beraten wurde, trat der Battenberger, womit er ja den Intentionen Bismarcks entsprach, in Sonderverhandlungen mit der ottomanischen Regierung. Er wollte sie zur Genehmigung der Union bestimmen, indem er dagegen erneut die türkische Suzeränität und die Fortdauer des ostrumelischen Tributs anerkannte und sich für den Fall eines Angriffs gegen die Pforte zur Stellung von Hilfstruppen erbot, worin er selbst eine Art von Schutzbündnis erblickte. Nur widerwillig und lediglich im Hinblick auf die feindselige Haltung Rußlands verstand er sich zu solchen Konzessionen. Er war der Ansicht, „daß das Suzeränitätsverhältnis als Staatsform nicht mehr nach Europa gehöre, am allerwenigsten, wenn es einen aufstrebenden christlichen Staat zum Vasallen korrumpierter Effendis macht“. Seinem präsumtiven Schwiegervater, dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm, gegenüber schüttelte er sein Herz aus; bitter beklagte er sich über die Behandlung, die ihm bei dem Kampfe gegen diese unnatürliche Unterwürfigkeit besonders durch Bismarck widerfahren sei; er gab sich Mühe, gerade dadurch, daß er sich ostentativ als Deutscher gebärdete, Eindruck auf seinen hohen Gönner zu machen: er empfinde es als tiefste Demütigung, als Deutscher einen türkischen Chef zu haben; alle Anstrengungen, die äußerlichen Zeichen der Suzeränität abzustreifen, seien an dem Widerstande des Reichskanzlers gescheitert, und kein Land habe ihn seine staatsrechtliche Abhängigkeit vom Sultan so unaufhörlich selbst in den kleinsten Dingen fühlen lassen, wie eben Deutschland. Indem er sich der Hoffnung hingab, daß Europa im Laufe der nächsten Jahre Rußland mit Gewalt daran hindern würde, Bulgarien zu besetzen, glaubte er jetzt, das Suzeränitätsverhältnis, das bisher nur gegen ihn ausgenützt worden sei, zu seinen Gunsten verwerten zu sollen, und zwar vor allem, um das Hinübergreifen der Serben und Griechen nach Mazedonien zu verhindern; gerade dieses Landes halber betrieb er das „Schutzbündnis“ mit der Pforte: „Mag es so lange türkisch bleiben, bis wir stark genug sind, es zu nehmen . . . Das Bündnis mit der Türkei ist, so eigen es klingen mag, eine Etappe auf dem Wege zu meinem politischen Lebensziel, der Vereinigung aller bulgarischen Länder unter dem unabhängigen (bulgarischen) Zarenszepter . . . Nicht das Osmanenreich suche ich zu stützen, nicht Schulter an Schulter mit Türken gegen Christen zu fechten, sondern durch das Defensivbündnis diejenigen Teile der türkischen Erbschaft, die ich selbst haben möchte, so lange gegen feindliche Angriffe zu schützen, bis sie mir zufallen.“

Es waren Entwürfe hochfliegenden Ehrgeizes, welche die Brust des jungen Fürsten erfüllten, und sie waren das Programm der bulgarischen Politik für die folgenden Jahrzehnte. Ihm selbst war es freilich nicht beschieden, seine Verwirklichung in Angriff zu nehmen, und trotz seiner serbischen Siege war er noch weit davon entfernt, auch nur im Einverständnis mit der Türkei seine Stellung so frei und sicher ausgestalten zu können, wie ihm das als nächstes Ideal vorschwebte. Gerade sein unverkennbares Streben nach Anlehnung an die Pforte war es, wodurch das Mißtrauen gegen ihn in Rußland abermals entfacht und der Wunsch genährt wurde, ihn zu beseitigen. Vor allem erregten die militärischen Abmachungen Alexanders mit der Pforte die heftigste Opposition des Zaren, — konnte

doch das türkisch-bulgarische Defensivbündnis seine Spitze auch einmal gegen einen russischen Angriff auf die Pforte kehren. Man wandte sich von Petersburg aus nach Berlin, um Deutschland zu bestimmen, dagegen seinen Einfluß in Wien geltend zu machen; ja, man verlangte sogar dessen Beistand, um sich des Battenbergers überhaupt zu entledigen. Zum selben Zwecke wurde eine neue Agitation in Bulgarien selbst entfesselt; Zankow, mit dem Alexander wieder einmal zerfallen war, verfaßte im Petersburger Auftrage eine Denkschrift, oder richtiger gesagt, Hetzschrift, worin die Verleumdung ausgesponnen wurde, der Fürst gehe damit um, Bulgarien wieder „unter die Knechtschaft seiner früheren Bedrücker" zurückzuführen; es dauerte nicht lange, und geheime Komplotte wurden auf russisches Anstiften wider ihn geschmiedet. Mit Nikola von Montenegro, der sich, aufs herzlichste empfangen, zum Besuche in Petersburg einstellte, und der ja damals der einzige Machthaber auf dem Balkan war, auf den Rußland wirklich zählen durfte, wurden Intrigen sowohl gegen Milan, der durch Peter Karageorgiewitsch, den Schwiegersohn des Montenegriners, ersetzt werden sollte, als auch gegen Alexander von Bulgarien eingefädelt. So weit, den verhaßten Battenberger ganz los zu werden, gelangte man damals allerdings noch nicht; sogar die Personalunion konnte man nicht verhindern, aber man gab sich doch redliche Mühe, sie für ihn möglichst schlecht und demütigend zu gestalten. Sie sollte in der Weise hergestellt werden, daß die Pforte den Fürsten zum Generalgouverneur von Ostrumelien ernannte: nach den Bestimmungen des Berliner Vertrages sollte dieses Amt immer auf fünf Jahre übertragen werden. Dem Battenberger dünkte das entwürdigend und unzweckmäßig, da ihm ja dann immer wieder zum Termin des Ablaufs dieselben Anstände begegnen konnten; er wünschte mindestens, wenn schon seine staatsrechtliche Position in Ostrumelien so eingerichtet werden sollte, die erbliche Ernennung oder eine solche auf Lebenszeit. Aber hierin blieb die Pforte fest, und Rußland wollte noch mehr, nämlich (was eine persönliche Rankune gegen Alexander war), daß nur der Fürst als solcher zum Generalgouverneur bestellt, sein Name aber dabei nicht genannt, und daß für die jeweilige Erneuerung des Amtes die Genehmigung der Großmächte einzuholen sei, — damit behielt der Zar fortwährend seine Finger in den bulgarischen Verhältnissen und konnte dem Fürsten immer wieder neue Ungelegenheiten bereiten. Tatsächlich drang Rußland mit seinen Forderungen durch; 1886 kam ein bulgarisch-türkischer Vertrag zustande: Alexander soll, solange er dem Sultan treu bleibt und Ostrumelien angemessen verwaltet, immer auf fünf Jahre zum Generalgouverneur dieser Provinz durch die Pforte ernannt werden; er verpflichtet sich zur Stellung von Hilfstruppen für den Fall, daß diese in einen Angriffskrieg verwickelt wird; eine türkisch-bulgarische Kommission nimmt binnen vier Monaten eine Revision des auf dem Berliner Kongreß beschlossenen „organischen Statutes" für Ostrumelien vor. Im Lauf des Februar wurde dieser Ausgleich durch England, Frankreich und Italien vorbehaltlos angenommen; Deutschland und Österreich erklärten, sich darüber erst untereinander und mit Rußland verständigen zu wollen, und dieses verlangte nun eine Reihe einschneidender Änderungen: Streichung des Artikels über die militärische Hilfeleistung Bulgariens, sowie des Na-

mens des Battenbergers, Zustimmung der Großmächte zur Verlängerung des Amtes, Revision des ostrumelischen Statuts durch eine internationale Kommission.

Ob sich Bulgarien diesem Diktate des Zaren würde unterwerfen müssen, das hing davon ab, ob sich auch die Pforte ihm beugen würde, und dafür hinwiederum kam es darauf an, ob diese bei einem Widerspruche dagegen auf Rückhalt bei den andern Mächten rechnen durfte. Daß Deutschland und Österreich sich nach Rußland richten würden, ging aus der Erklärung hervor, die sie bereits abgegeben hatten; wenn Frankreich, Italien und England bei ihrem Entschlusse beharrten und den Sultan bei dem seinigen bestärkten und festhielten, so war die Spaltung und eventuell der Konflikt unvermeidlich. Da jedoch Frankreich und Italien kein wesentliches eigenes Interesse an den bulgarischen Wirren hatten, so war es in der Hauptsache die Frage, was Großbritannien tun würde; wenn dieses Rußland gewähren ließ und den zaristischen Druck auf die Pforte nicht durch den nötigen Gegendruck aus dem Felde schlug, dann gaben auch jene beiden nach. Eben das, was für das Interesse des Battenbergers in diesem Augenblick das verhängnisvollste sein konnte, trat ein. Am 26. Januar stürzte das erste Kabinett Salisbury und wurde am 6. Februar durch ein neues Ministerium Gladstone ersetzt, in welchem das Außenministerium Lord Rosebery übernahm. Am 18. Februar erklärte Gladstone im Unterhause, seine Regierung werde fortfahren, im Geist des europäischen Einvernehmens zu handeln, und ebenso konstatierte Rosebery im Oberhause die tröstliche Tatsache, daß die Großmächte Europas ausnahmslos zur Erhaltung des Friedens entschlossen seien. Und diese Versicherungen waren keine leeren Phrasen; sondern sie waren als eine Absage gegen die türkische und bulgarische Politik ihres Vorgängers Salisbury zu verstehen. Gladstone war nie einem nahen Einvernehmen mit der Pforte geneigt gewesen und auch nunmehr noch nicht dafür zu haben; ebenso stand er dem Battenberger kühl im Herzen gegenüber; mit Rußland suchte er alle Konflikte nach Möglichkeit zu vermeiden. Er legte daher keinen Wert darauf, den Russen in Konstantinopel entgegenzuarbeiten und gegen sie die Türken zu stärken, indem er diesen die Hilfe der Bulgaren für den Kriegsfall sicherte. Sir Ernest Morier, seit 1884 Botschafter in Petersburg, war als russenfreundlich bekannt; Bismarck hielt ihn für seinen Gegner und traute ihm zu, daß er am liebsten England mit Rußland und Frankreich gegen Deutschland zusammengebracht haben würde; er äußerte, als sich die Situation zuspitzte, geradezu, er wundere sich, woher Fürst Alexander den Mut nehme, ganz Europa zu trotzen. Der Botschafter in Konstantinopel, White, und selbst die Königin waren gegen Gladstones Politik machtlos. Unter diesen Umständen waren dem Battenberger weitere diplomatische Erfolge verbaut. Am 3. März kam der Frieden in Bukarest mit Serbien zustande, der einfach die Lage vor dem Kriege wiederherstellte; von der Geldentschädigung an Bulgarien, für die Lord Salisbury noch gewesen war, war nicht mehr die Rede. Und vier Tage später erklärte sich die Pforte bereit, die russischen Abänderungsvorschläge zum türkisch-bulgarischen Vertrage vom 2. Februar anzunehmen; sie ersuchte den Fürsten dringend, sich damit zufrieden zu geben, sowie die Mächte, auf diesen im gleichen Sinne einzuwirken. Noch widerstrebte der Battenberger;

er protestierte gegen die Modifikationen, zumal da Bulgarien dabei gar nicht zu Rate gezogen worden sei, und da sich Zanow, der bulgarische Vertreter auf der Botschafterkonferenz zu Konstantinopel, die inzwischen zur Regelung der ostrumelischen Frage wieder zusammengetreten war, zustimmend verhielt, wurde er wegen Überschreitung seiner Vollmacht zurückberufen. Am 28. März erklärten die Vertreter der Mächte, sie würden über den Widerstand des Fürsten hinweggehen, falls dieser dabei verharre; in einer Note vom 2. April an den Großwesir erneuerte Alexander trotzdem noch einmal seinen Einspruch. Das Motiv, das für ihn dabei maßgebend war, war die Erwägung, daß durch die Zustimmung der Mächte, also auch Rußlands, für die jeweilige Ernennung zum Generalgouverneur von Rumelien sowohl die Union als auch seine Stellung in Bulgarien selbst gefährdet wurden; denn wurde sie ihm einmal in Zukunft versagt, so fielen die beiden Bulgarien auseinander, und er konnte sich dann auch voraussichtlich in Nordbulgarien nicht mehr halten. Das waren Sorgen, deren er schneller, als er dachte, sich überhoben sehen sollte. Die Mächte kehrten sich nicht an seinen Protest; Rußland stellte den Antrag, „de passer outre". Am 5. April unterzeichnete die Botschafterkonferenz das türkisch-bulgarische Abkommen in der von Alexander verworfenen Gestalt; die Botschafter ermahnten ihn darauf in identischen Telegrammen, sich dem vereinten Willen Europas zu beugen. Am 12. April zeigte er, allerdings noch unter Vorbehalt, seine Unterwerfung an; darauf überreichte ihm am 25. April Schakir Pascha in feierlicher Audienz den Ferman des Sultans, der ihm für die nächsten fünf Jahre das Amt des Generalgouverneurs für Ostrumelien verlieh.

Zur selben Zeit wurde auch Griechenland gezwungen, seinen Kriegsgelüsten gegen die Pforte zu entsagen. In der griechischen Frage traten die Mächte von Anfang an vollkommen einmütig und geschlossen mit allem Nachdruck auf, auch bereits Salisbury, schon in Rücksicht auf die Türkei. Ihre Drohungen leisteten allerdings der hier herrschenden Kriegsstimmung zuerst Vorschub; die Rüstungen wurden nicht nur nicht, wie die Mächte verlangten, eingestellt, sondern fortgesetzt. Zum Beginn des Frühjahrs waren an der Nordgrenze etwa 75 000 Mann konzentriert, denen gegenüber die Türken, wie es hieß, an die 200 000 Mann versammelten; in Kreta traten Bestrebungen zur Vereinigung mit Hellas hervor. Auch die Nachricht von der Unterzeichnung des bulgarisch-türkischen Abkommens Anfang April brachte noch keine Entspannung. Man glaubte in Athen, an Frankreich, bei seinen traditionellen Beziehungen zu Griechenland, eine gewisse Stütze zu haben; aber obwohl Frankreich es vermied, an den schärfsten Demonstrationen teilzunehmen, trennte es sich in der Hauptsache nicht von den übrigen Mächten und mahnte auch seinerseits ernstlich zu Nachgiebigkeit. Ende April lief ein Geschwader, bestehend aus je einem englischen, österreichischen, deutschen, italienischen und russischen Panzer, in den Piräus ein; die Gesandten dieser Staaten verließen darauf Anfang Mai auf ihren Kriegsschiffen die Hauptstadt, indem sie der griechischen Regierung die Blockade ihrer Küste ankündigten, — Bismarck hatte nur zu einer solchen der griechischen Flotte angeraten und fand ihre Erweiterung auf die Küste töricht. Sie wurde in strengster Form durchgeführt, und eine große Anzahl von Schiffen wurde eingebracht. Schon kam

es an der thessalischen Grenze zu blutigen Zusammenstößen mit den Türken; da sah man in Athen ein, daß weiterer Widerstand gegen ganz Europa Wahnsinn wäre. Das Kabinett Delijannis, das sich allzu weit vorgewagt hatte, als daß es ohne die Verletzung der nationalen Würde jetzt noch die Demobilisation hätte vornehmen können, dankte ab. Ende Mai wurde diese ins Werk gesetzt, worauf (am 7. Juni) die Blockade aufgehoben wurde. Bismarck betrachtete die griechische Frage als eine Nebensache, die Geschäftigkeit, die das britische Kabinett darin entwickelte, als komisch und meinte, Freycinet sei es bei seinem Auftreten „wohl um eine kleine Gloriole zu tun gewesen". Über die griechische Politik dachte er nicht geringschätzig; er sagte, die Börsenspekulanten, die in Verbindung mit Paris stünden und auf die Baisse der eigenen griechischen Papiere hinarbeiteten, spielten darin eine viel zu große Rolle.

Das Gewitter, das durch die Revolution in Ostrumelien heraufbeschworen worden war, hatte sich nun in seinen letzten Zuckungen entladen und ausgetobt. Die Ruhe war wiederhergestellt; sie war freilich, wie es sich bald herausstellen sollte, nur eine scheinbare; bald explodierte eine neue Mine, die Rußland heimlich gelegt hatte.

Dreiundzwanzigstes Kapitel.

Die Abdankung Alexanders I. und der russisch-bulgarische Bruch.

1886.

Ohne Zweifel hatte der Zar zuletzt, was die Form anbelangte, in welche die bulgarisch-rumelische Union nunmehr gebracht worden war, einen Triumph über seinen gleichnamigen Vetter in Sofia davongetragen; aber im rechten Lichte besehen, gemessen an dem, worauf Rußland bis zum Ende doch immer wieder zurückgekommen war, und das war die Entfernung des Battenbergers aus Bulgarien, war das Ergebnis so langer und heißer Kämpfe für Rußland ein recht kümmerliches. Die Personalunion war, wenngleich in „verwässerter" Gestalt, doch erreicht; Alexander stand in besten Beziehungen mit seinem Suzerän, dem Sultan, nicht minder wieder mit Österreich; war in England die offizielle Politik auch im Augenblick nicht so für ihn, wie bis noch vor kurzem, so konnte doch hier sehr schnell wieder ein Kabinettswechsel eintreten, der seine Segel mit frischem Winde blähte, zumal da ihm die Sympathie der Königin sicher war; das gleiche galt für Deutschland hinsichtlich des kronprinzlichen Paares, und das konnte beim hohen Alter und dem bisweilen recht bedenklichen Befinden des Kaisers sehr bald praktisch-politische Konsequenzen zeitigen. Wenn sich der Fürst noch fernere fünf Jahre in Bulgarien hielt, so konnte sich seine Stellung bei der Begeisterung, die seine Siege bei dem größten Teil der Bevölkerung hervorgerufen hatten, derart befestigen, daß dann seine Beseitigung ein Unding wurde. Allerdings waren den Bulgaren noch keineswegs alle ihre Blütenträume gereift; aber sie konnten sich damit trösten, daß den Russen so ziemlich alles gegen den Strich gegangen war: Bulgarien war ihnen entglitten; das Prestige Österreichs auf dem Balkan war bedeutend erhöht; Serbien, schon seit 1881 unter dessen Klientel, war ihm jetzt doppelt verpflichtet, da es durch Kalnoky gerettet worden war, und wenn es dennoch nicht zufrieden war und bereits auf Abfall zu Rußland zu sinnen begann, so war doch der Augenblick dafür vorderhand noch um so weniger geeignet, als der Zar selbst Milan so heftig zürnte, daß er einen Annäherungsversuch, den der König im Herbst des Jahres 1886 unternahm, schroff zurückwies. Ebenso war das Verhältnis zwischen Österreich und Bulgarien nunmehr wiederhergestellt, und Alexander durfte jetzt bei einem Versuche, das bisher Errungene weiter auszubauen, einer wohlwollenden Förderung durch das Wiener Kabinett gewiß sein.

Vor allem seine Position im eigenen Lande schien jetzt unerschütterlich. Im Frühjahr bereiste er Ostrumelien; überall wurde ihm ein begeisterter Empfang

zuteil. Das ermutigte ihn nicht nur dazu, trotz der Vorschriften, die ihm die letzte Botschafterkonferenz von Konstantinopel gemacht hatte, die er auch nur unter Vorbehalt anerkannt hatte, die Personalunion in der Richtung zur Realunion weiter auszugestalten; sondern er trug sich auch bereits mit Entwürfen für die Zukunft, die auf nichts Geringeres, als auf die Stiftung eines Balkanbundes hinausliefen. Zwar mit Serbien und Griechenland war damit noch nichts anzufangen; da mußte der heilende Einfluß der Zeit abgewartet werden. Aber mit Rumänien bemühte er sich anzuknüpfen; auf einem Besuche in Rumänien im Juni gedachte er den Boden für die Anbahnung besserer Beziehungen zu ebnen. Ohne sich um den Eindruck zu kümmern, den diese Maßregel bei den Mächten hervorrufen mußte, versammelte er eine Sobranje für beide Bulgarien zugleich; die Wahlen dafür waren ganz überwiegend zugunsten der Regierung ausgefallen. Sie wurde am 14. Juni mit einer Thronrede eröffnet, die auf den Ton gestimmt war, als ob ganz Bulgarien jetzt ohne irgendwelche Einschränkung ein durchaus einiges und unabhängiges Staatswesen wäre: „Die Heldentaten der bulgarischen Armee und die von der Nation gebrachten enormen Opfer errangen die Sympathien der zivilisierten Welt, machten Hindernisse und Schwierigkeiten verschwinden und bewirkten mit ihrem ganzen Einflusse, daß die legitimen Wünsche und Aspirationen befriedigt werden. Auch konstatieren wir heute mit tiefer Freude vor Ihnen, daß die so lange erwartete und so aufrichtig ersehnte Union vollzogen ist. Zum Beweise dessen wird heute die allgemeine bulgarische Nationalversammlung die Angelegenheiten und die Fragen betreffend die Interessen des gemeinsamen Vaterlandes prüfen und hierüber beschließen.“ Das war eine Sprache, die von den Mächten als offener Hohn empfunden werden mußte; aber die Opposition überbot sie noch, um die Regierung in Verlegenheiten zu stürzen, und nur mit Mühe konnte die Forderung der Proklamation zu einem unabhängigen Königreich zurückgewiesen werden. Schließlich wurde eine Adresse an den Fürsten beschlossen, die als „gemäßigt“ von der Regierung gebilligt wurde; immerhin hieß es darin, Nord- und Südbulgarien seien unter „dasselbe Zepter“ gestellt worden; freudig habe die Sobranje die Worte des Fürsten vernommen, „daß die lange erwartete und aufrichtig ersehnte Union beider Bulgarien bereits vollzogen ist,“ und sie sei von der tiefen Überzeugung durchdrungen, der Fürst werde alle Mittel anwenden, „damit Nord- und Südbulgarien für immer ein dauerhafter, unteilbarer politischer Körper bleiben“. Das hatte zur nächsten Folge, daß die Pforte ihre Unzufriedenheit mit den anstößigen Stellen sowohl der Thronrede als auch der Antwort der Sobranje ausdrückte, die dem Vasallitätsverhältnis Bulgariens nicht entsprächen, — Alexander mußte versprechen, die Bestimmungen des Abkommens einzuhalten, das ihm im April aufgenötigt worden war. In den offiziellen Kreisen der europäischen Diplomatie war man über solche Entgleisungen empört, die in Wahrheit, woran ja nicht gezweifelt werden konnte, scharfe Offensivvorstöße waren, vor allem in Rußland, und der Umstand, daß ein großer Teil der öffentlichen Meinung in England, Österreich und Deutschland diese Manifestationen mit Beifall aufnahm, verstimmte in Petersburg noch mehr und erzeugte hier den dringenden Wunsch, diesem Treiben ein Ende zu bereiten. Ende

Juli wußte der belgische Gesandte daselbst zu berichten: „Bei dem Zustand von Nervosität, in dem sich die russische Nation befindet, ist die Vermutung berechtigt, daß sie weiteren Ungehorsam des Fürsten Alexander nicht ertragen will. Wenn er sich etwa zum König und unabhängig erklären ließe, würde die Verdrängung des russischen Einflusses zu offenkundig vor aller Augen liegen, das Selbstgefühl Rußlands und des Zaren zu grausam verletzt sein, als daß nicht eine aktive Einmischung eintreten würde."

Eine diplomatische, geschweige denn eine militärische Aktion zu diesem Zwecke hatte freilich keine Aussicht auf Erfolg und war in Rücksicht auf die internationale Lage unmöglich. Zwar fehlte es in Rußland nicht an Stimmen, die dazu rieten, so der Botschafter in Berlin, Graf Paul Schuwalow. Aber als er Anfang August in diesem Sinne auf Giers einzuwirken versuchte, erklärte dieser den Vorschlag als zur Zeit nicht zweckmäßig, und wie sein älterer Bruder Paul, der frühere Londoner Botschafter, um dieselbe Zeit in der deutschen Reichshauptstadt erzählte, hatte der Zar Anträge in derselben Richtung bereits zweimal schriftlich abgelehnt. Zwei Gedanken beherrschten damals die Politik des Selbstherrschers aller Reußen: einmal eine heftige Abneigung gegen Österreich, sodann das Streben, die Meeresengen in seine Gewalt zu bringen, — das letztere erschien ihm geradezu als die Aufgabe seines Lebens, und er wäre bereit gewesen, um dieses Ziel zu erreichen, seine Antipathie gegen die habsburgische Monarchie zu überwinden. Denn er hielt es für jenen Zweck nicht gerade nötig, sich Konstantinopels zu bemächtigen; er meinte vielmehr, es genüge dafür, durch freundschaftliche Verhandlungen die Pforte und auch Österreich zu bestimmen, daß es ihm gestattet würde, am Ausgang des Bosporus zum Schwarzen Meer russische Befestigungen anzulegen. Denn dieses war ja der einzige Punkt, wo England ihn anzugreifen vermochte; eben daher hob er, nachdem er sich mit den Mittelmächten verständigt und den Signatarmächten des Berliner Kongresses Anzeige gemacht hatte, am 17. Juli 1886 die Freihafenstellung Batums auf, die auf diesem beschlossen worden war. So sehr lag es ihm am Herzen, im Schwarzen Meer den fremden Einfluß auszuschalten, daß er den Einspruch Englands nicht beachtete, obwohl der britische Außenminister Rosebery den russischen Botschafter Staal zwei Tage vor den Neuwahlen zum Unterhause darauf aufmerksam machte, daß das russische Vorgehen in Batum dafür verantwortlich sein würde, wenn jetzt das Kabinett Gladstone mit seiner relativ russenfreundlichen Tendenz gestürzt werden sollte, — tatsächlich mußte ja dieses jetzt wieder Salisbury weichen. Die Meeresengen und die Sicherung des Schwarzen Meeres waren der Angelpunkt der Politik Alexanders III.; daher widmete er dem Ausbau der Flotte den größten Eifer, und er war sogar geneigt, die Österreicher Serbien nehmen zu lassen, wenn sie ihm darin gefällig wären. Ob sie das tun würden, war freilich recht zweifelhaft, und in maßgebenden Kreisen seines Reiches bestand die Ansicht, der wachsende Verfall der Pforte mache den Krieg mit dem Donaureiche doch unvermeidlich, man müsse daher eine Verständigung mit Deutschland ohne Österreich und selbst auf dessen Kosten suchen. Paul Schuwalow riet ganz unverblümt in Berlin, die Österreicher „sitzen zu lassen", eine dauernde Allianz mit

Rußland einzugehen und die deutschen Provinzen der Donaumonarchie zu nehmen. Populär wäre dieser Plan sicher in Rußland gewesen; es gab nur wenige Elemente, wie den jüngeren Bruder des Kaisers, den Großfürsten Wladimir, welche die Existenz Österreichs als im monarchisch-konservativen Interesse gelegen betrachteten und das Hinüberspielen des südslawischen Radikalismus und Republikanismus nach Rußland in Erwägung zogen. Ganz klar und scharf begrenzt waren, wie es sich noch herausstellte, und wie es überhaupt des Zaren Politik war, seine Pläne betreffend die Meeresengen übrigens keineswegs. Sollten ihm diese nur als „Riegel" dienen, nämlich um das Eindringen der Engländer in das Schwarze Meer zu verhindern, oder auch als „Schlüssel", nämlich als Ausfallstor nach dem Mittelmeer? Die Wahrscheinlichkeit sprach für das zweite. Wenn er den Bosporus hatte, so standen ihm auch Konstantinopel und die Dardanellen, nicht nur zur See, sondern auch von der Landseite her, zur Verfügung. Schon deshalb hätte sich Österreich nie mit seinem Projekt befreundet, und es rief weiterhin nicht nur England auf den Platz, sondern auch (worauf Bismarck hoffte) Frankreich bei dessen alten Traditionen als Mittelmeermacht.

Aber das waren Dinge, denen damals noch keine aktuelle Bedeutung zukam. Im Vordergrunde der Ereignisse behauptete sich die bulgarische Frage, und wenn auch die höchsten Spitzen der russischen Reichsleitung, der Kaiser und Giers, im Augenblick ein militärisches Vorgehen gegen den ungetreuen Satrapen nicht betrieben, es gab noch andere Mittel, um sich seiner zu entledigen, sowie Organe, von denen sie ungescheut zur Anwendung gebracht wurden. Man ließ den Rubel rollen, und so erreichte man nach einigen vergeblichen Anläufen das, was man wollte. Unter der Ägide der russischen Gesandtschaft entstand eine Verschwörung in einem Teil des Militärs, um sich des Fürsten mit Gewalt zu entledigen. Gerüchte wurden ausgesprengt, daß Serbien den Krieg zu erneuern gedenke; durchaus unbegründet, hatten sie zur Folge, daß die dem Fürsten treuen Truppen aus Sofia an die Grenze gelegt wurden. Und jetzt erfolgte der wohlvorbereitete Schlag, ausgeführt durch das Struma-Kavallerieregiment und durch die Offiziere der Junkerschule. Am Morgen des 21. August wurde der Konak des Fürsten durch die Aufständischen umzingelt; durch vorgehaltene Pistolen wurde dieser zur Abdankung gezwungen, unter Bedeckung nach Rahowa an der Donau und von dort auf seiner Jacht nach Reni in Rußland gebracht; von hier reiste er am 25. August an die österreichische Grenze nach Podwolczyska und Lemberg, wo er am 27. eintraf. In Sofia warf sich eine provisorische Regierung auf, an deren Spitze der Metropolit Klement von Tirnowa, Zankow und der Major Gruew traten; sie forderte alle Behörden zum Anschluß auf und bat den Zaren um seinen Schutz. So leicht, wie sie sich es vorstellten, ging die Sache denn doch freilich nicht vonstatten. Schon am 24. August brach eine Gegenrevolution aus. Das Gros der Armee, zumal die rumelischen Truppen, erklärten sich gegen die neue Regierung und rückten gegen Sofia. Die provisorische Regentschaft wurde gestürzt, ihre Mitglieder verhaftet. Der Kammerpräsident Stambulow bildete ein Ministerium, das den Fürsten zurückrief. In Lemberg, wo ihm von den Polen begeisterte Ovationen dargebracht wurden, erhielt Alexander diese Aufforderung; er leistete

ihr sofort Folge. Am 29. August betrat er in Rustschuk, feierlich empfangen, wieder den bulgarischen Boden, und hier sollte sich sein Schicksal vollziehen. Körperlich und seelisch war er niedergebrochen; am tiefsten hatte ihn der Verrat seiner Truppen getroffen, auf deren Treue er unbedingt vertraut hatte. In dieser Stimmung ließ er sich durch den russischen Konsul Schatochin in Rustschuk bewegen, noch einmal an die Gnade des Zaren zu appellieren. Er sandte ihm ein Telegramm; er sprach darin seinen Dank dafür aus, daß Rußland dadurch, daß dessen Vertreter ihn bei seiner Ankunft mit begrüßte, gezeigt habe, daß es die Revolution gegen ihn mißbillige; er zeigte ihm an, daß er im Hinblick auf das monarchische Prinzip die gesetzliche Gewalt im Lande wieder übernehme; er bat, den Fürsten Dolgorukow als außerordentlichen Gesandten zu ihm abzuordnen, damit er sich mit diesem sofort ins Einvernehmen zu setzen vermöge, und schloß mit den Worten: „Ich werde glücklich sein, Eurer Majestät den endgültigen Beweis meiner unwandelbaren Ergebenheit gegen Ihre erhabene Person geben zu können... Da Rußland mir meine Krone gegeben hat, so ist es sein Herrscher, in dessen Hände ich bereit bin, sie zurückzulegen.“

Selber steckte er also den Kopf in den Rachen des Löwen, und der zögerte nicht zuzuschnappen. Eigentlich war der Zar durch den Gang, den die Ereignisse genommen hatten, in eine unangenehme Verlegenheit geraten. Die Gefangennahme und gewaltsame Entführung des Battenbergers aus Sofia waren ihm zuerst gerade recht; er war den unbequemen Mann nunmehr los, ohne daß er, was aus Rücksicht auf die Mächte lieber vermieden wurde, selbst offiziell hervorzutreten nötig hatte. Damit war seiner Meinung nach das Haupthindernis beseitigt, das bisher trennend zwischen Rußland und Bulgarien gestanden hatte; jetzt würde, daran zweifelte er nicht, jenes ganz von selbst seine Autorität über dieses wieder ausbreiten. Gerade als die Gegenrevolution ausbrach, wurde Alexander auf russischem Gebiete an Land gesetzt; es wäre dem Kaiser ein leichtes gewesen, seine Hand auf den Vertriebenen zu legen und ihm die Reise nach Österreich unmöglich zu machen. Man maß jedoch auf der russischen Seite anfangs der Stambulowschen Bewegung geringes Gewicht bei, und so versäumte man es, sich der Person des Fürsten zu versichern, solange man es noch vermocht hätte. Man wußte auch schon, daß Bismarck die Entfernung Alexanders nicht ungern sah. In der deutschen offiziösen Presse wurde sie als eine willkommene Lösung der Schwierigkeiten begrüßt, als ein Ereignis, durch das der Frieden in Europa gefördert und eine störende Differenz zwischen Österreich und Rußland ausgeschaltet würde; die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kommentierte die Nachricht mit den Worten: „Deutsche Interessen werden durch diese oder andere bulgarische Bewegungen nicht berührt.“ Am 26./27. August trafen sich Bismarck und Giers in Franzensbad in Böhmen. Dieser sprach sich, da er den Battenberger unschädlich gemacht glaubte, über ihn ziemlich versöhnlich aus: sein Unrecht bestehe darin, daß er sich zum Werkzeug Englands hergegeben habe; die Hauptschuld liege an England, das, durch die russische Politik in Asien gereizt, ihn dazu benützt hätte; wenn seine Rückkehr vermieden würde, so würde Rußland in der Frage seiner Nachfolge den Wünschen Österreichs und Deutschlands nach Möglichkeit entgegen=

kommen. In gleichem Sinne äußerte sich Giers vor der Öffentlichkeit, indem er England als die treibende Kraft anklagte, die den Fürsten auf seiner falschen Bahn vorwärtsgedrängt habe. Von der Franzensbader Begegnung erzählte er, daß Bismarck die Sache Österreichs mit der gleichen Wärme wie die Deutschlands wahrgenommen habe, und daß daselbst der Grundsatz des Zusammengehens der Ostmächte aufs neue befestigt worden sei. Wenn Alexander von Bulgarien fern bleibe, so versicherte er, seien ernstere Krisen fürs erste nicht zu befürchten; Rußland denke dann gar nicht an die Okkupation des Landes. Allerdings ließ er durchblicken, daß es sein Interesse an Bulgarien niemals in die Schanze schlagen, sich nicht gänzlich von Bulgarien lossagen könne, — was diese Redensarten in Wahrheit bedeuteten, das lag auf der Hand. Das Gerücht, das aufgebracht worden war, Bismarck habe dem Fürsten die Rückkehr angeraten, wurde durch ihn in Abrede gestellt, und ganz ohne Zweifel mit Recht.

Mit seinem Einverständnis mit Rußland stand nun Bismarck freilich so ziemlich allein in ganz Europa, wie er auch in Deutschland selbst auf heftigen Widerspruch stieß. Die Presse der Opposition, sowohl der extremen Linken, als auch des Zentrums, erging sich in heftigen Angriffen nicht nur gegen die russische Gewalttat, sondern auch gegen den Reichskanzler; sie warf ihm Preisgabe der deutschen Interessen und eines deutschen Prinzen vor. Die Pforte verhielt sich passiv; aber in den andern Balkanstaaten regte sich eine scharfe Entrüstung. In Rumänien und sogar in Serbien machte man aus seinen Sympathien für Alexander kein Hehl. Insonderheit König Milan, der sich ja in seiner Stellung ohnehin sehr unsicher fühlte, ermangelte nicht der Besorgnis, daß die russischen Methoden auch sonst noch einmal auf der Halbinsel in Anwendung kommen könnten. Er sprach sich für die Rückkehr Alexanders aus und beteuerte, er wolle mit Freuden in diesem Falle den ersten Schritt zur Versöhnung tun und sein Gebiet dem Battenberger für eine Gegenaktion zur Verfügung stellen. Kalnoky teilte die Befürchtungen Milans; er sah die Sache vom Standpunkt des monarchischen Prinzips an, und aus demselben Grunde war Franz Josef über die Militärrevolte entrüstet, welcher der Battenberger zum Opfer gefallen war. Am grimmigsten war die Aufregung in England. Die alte Königin schrieb dem Battenberger einen leidenschaftlichen Brief, um ihm ihre Gefühle und Sorgen seit dem „gräßlichen" 21. August auszudrücken, sowie ihre „Empörung und Wut gegen Deinen barbarischen, asiatischartigen tyrannischen Vetter [d. h. den Zaren]. Meine Regierung," so versicherte sie, „wird alles aufbieten, um die Mächte gegen Rußland und für Dich zu gewinnen"; dabei gab sie ihm den guten Rat, er solle an die Mächte (nicht an Rußland) appellieren, — als sie ihm das ans Herz legte, hatte er freilich gerade das getan, wovor sie ihn so dringend warnte. Diesmal hatte sie tatsächlich die Regierung hinter sich. Anfang August war an die Stelle Gladstones wieder Salisbury getreten, und die Warnung, die Lord Rosebery vor dem russischen Botschafter in London im Juli ausgesprochen hatte, als er gegen Rußlands einseitiges Vorgehen in der Batumfrage protestierte, ging jetzt in Erfüllung. Von Anfang an strebte Salisbury nach einer Balkanentente mit Österreich, noch vor den Ereignissen in Sofia; allerdings wollte er nach dem

alten britischen Rezept dabei im Hintergrund bleiben. Alsbald nach seinem Amtsantritt setzte er dem Grafen Münster auseinander: Wenn es zu einer ernstlichen Verwicklung im Orient komme, so könne England militärisch wenig leisten, nur seine Flotte in die Wagschale werfen; Österreich sei dazu berufen, das zu Lande zu leisten, was Großbritannien nicht vermöge; es müsse sich zur Aufrechterhaltung der Ruhe auf dem Balkan zuerst diplomatisch, und falls das nicht genüge, mit seiner Armee einsetzen. Daneben zog er die Streitkräfte der Pforte in Betracht, stellte jedoch fest, daß sie sich in arger finanzieller Bedrängnis befinde, und erklärte, daß England jetzt nicht einmal in dieser Hinsicht zu helfen imstande sei. Im übrigen klagte er darüber, daß der Battenberger den britischen Ratschlägen nicht mehr das alte Vertrauen schenke, und äußerte sich mit Befriedigung dahin, daß sich in Mittelasien in den letzten beiden Jahren der Stand der Dinge so geändert hätte, daß er die Möglichkeit eines Krieges mit Rußland daselbst nicht mehr zu fürchten brauche. Bismarck war von diesen Geständnissen wenig erbaut, zumal davon, daß England nicht einmal Geldmittel aufwenden wollte, um die Türken zu kaufen; er erinnerte daran, daß es früher wenigstens den Festlandsmächten, die es gebraucht hätte, Subsidien gezahlt hätte: „Wenn England keine Truppen und kein Geld habe, so werfe sich die Frage notwendig auf, was es überhaupt denn noch vermöge . . . Österreich könne England unterstützen, nicht vertreten.“ Durch die Entführung Alexanders brachen die Verwicklungen auf dem Balkan, von denen Salisbury gesprochen hatte, überraschend schnell aus, und dieser mußte jetzt durch die Tat zeigen, ob er zum Handeln bereit war. Zunächst hatte es den Anschein. Er forderte bei der Pforte, daß diese am Battenberger festhalte, und am gleichen Tage, als der russische Botschafter vom Sultan verlangte, daß er des Fürsten endgültige Absetzung verfüge, stellte England in Konstantinopel, als dieser noch gar nicht umgekehrt war, das Ansinnen, daß er zurückberufen werde. Morier mußte, wie schwer es ihm auch bei seiner russenfreundlichen Haltung fallen mochte, in Petersburg zu wissen geben, „daß die britische Regierung die Entfernung des Fürsten Alexander für zwecklos und gefährlich erachte, und daß eine russische Besetzung von Bulgarien zur Folge haben könnte, daß die englische Flotte sich nach dem Schwarzen Meere begebe“.

Was sollte der Zar jetzt tun? Sollte er weitergehen und es auf einen Konflikt ankommen lassen? Aus allen seinen Nöten befreite ihn das unbedachte Telegramm Alexanders aus Rustschuk. Wie der Kronprinz Friedrich Wilhelm damals Hohenlohe mitteilte, war das russische Ministerium dafür, den Fürsten in Bulgarien zu lassen; Wangali, der Vertreter des abwesenden Giers, setzte eine „anständige Antwort“ auf und legte sie dem Kaiser vor; dieser verwarf sie und schrieb eigenhändig die folgende „grobe“ Depesche:

„Ich habe das Telegramm Eurer Hoheit empfangen. Ich kann Ihre Rückkehr nach Bulgarien nicht billigen, da ich unselige Folgen für das ohnehin schon geprüfte Land voraussehe. Die Mission des Fürsten Dolgorukow ist inopportun.

„Ich werde mich jeder Einmischung in den traurigen Zustand, in welchen Bulgarien versetzt wurde, insolange enthalten, als Sie dort verbleiben werden. Eure Hoheit wird wissen, was Sie zu tun haben. Ich behalte mir vor, das zu

beurteilen, was mir das verehrte Andenken meines Vaters, die Interessen Rußlands und der Friede des Orients gebieten."

Das war ein Fußtritt, wie er brüsker nicht erteilt werden konnte, und das schlimmste dabei war, daß ihn der Fürst selbst provoziert hatte, ohne daß er dazu unbedingte Veranlassung gehabt hätte. Hätte er sich nicht dem Zaren auf Gnade oder Ungnade unterworfen, so hätte er sich vielleicht noch lange oder auch sogar auf die Dauer zu behaupten vermocht. Im Lande war nunmehr alles für ihn; seine Reise von Rustschuk über Sistowa und Tirnowa nach Sofia glich einem Triumphzuge, wie vor Jahresfrist die nach Philippopel. Am 3. September hielt er seinen feierlichen Einzug in Sofia; am selben Tage wurden die schon vorher aus der Hauptstadt verdrängten Meuterer umzingelt und zur Kapitulation gezwungen. In der Sobranje, die mehr als 200 Mitglieder zählte, verfügte die Opposition nur etwa über ein Dutzend Stimmen; nie stand das bulgarische Volk so einmütig geschlossen hinter seinem Herrscher, wie eben jetzt. Und die internationale Lage war nunmehr gleichfalls, nach dem englischen Kabinettswechsel, für ihn viel günstiger, als je zuvor in der Zeit, als er noch in trotzigstem Gegensatze zum Zaren aufbegehrte, — warum daher gerade in diesem Moment solch kleinmütige Verzagtheit? Das war freilich die Frage, auf die alles ankam, inwieweit ein wirklicher Verlaß für ihn auf England war. Denn nur, wenn von England eine starke Initiative ausging, konnte er auf einen festen Rückhalt in Europa rechnen; Großbritannien strebte jedoch immer noch nach Möglichkeit darnach, in der Reserve zu bleiben und Österreich-Ungarn vorzuschieben, wodurch dann auch Deutschland mit in erster Reihe in die bulgarischen Wirren hineingezogen zu werden Gefahr lief. Eben deshalb bremste Bismarck in Wien nach Kräften, und zwar mit Erfolg. Er wollte keinen Krieg mit Rußland; denn der bedeutete automatisch auch den mit Frankreich. Am 26. August, also alsbald nach Alexanders Entführung, brachte die Zeitung „La France" einen Artikel, der das Bedauern darüber aussprach, daß durch diese Wendung in Bulgarien ein Stein des Anstoßes zwischen Rußland und Deutschland aus dem Wege geräumt sei. Den Krieg sowohl mit Rußland als auch mit Frankreich wollte der Reichskanzler schon deshalb vermieden wissen, weil er (abgesehen von allem andern) auch bei einem siegreichen Ausgange doch niemals eine Entschädigung für die Kosten einbringen konnte, die er verursachen mußte, und wegen der damit verbundenen Menschenverluste, am meisten aber deshalb, weil England zwar die Mittelmächte vorschicken, selbst jedoch im Hintertreffen bleiben würde. „Wenn Deutschland die Last des russisch-französischen Krieges auf sich genommen hätte," so ließ er in der Presse ausführen, „wie würde es dann mit der englischen Hilfsbereitschaft stehen? Es wäre der größte Schaden und läge die stärkste Selbsttäuschung darin, bei einer ernsten deutschen Gefahr auf irgendeinen Grad englischer Hilfe zu rechnen. Wenn England den, wie es scheint, unaufhaltsamen Fortschritt Rußlands im Orient hemmen will, so mag es den Versuch unternehmen, die mohammedanische Welt widerstandsfähig zu machen; aber es mag Deutschland mit der Zumutung verschonen, den Expansionsdrang der herrschenden Klassen in Rußland auf sich abzulenken."

Wie sehr auch das Wiener Kabinett, zumal unter den antirussischen Einflüssen

Ungarns, den englischen Anreizungen Folge zu leisten geneigt war, Kalnoky konnte sich der zwingenden Kraft der Bismarckschen Argumentation nicht entziehen. Ende August fanden Besprechungen zwischen ihm und dem britischen Botschafter in Wien, Sir Paget, statt; es war ergötzlich, wie der eine den anderen vorwärtszutreiben trachtete. Der Brite fragte höchst vertraulich an, was Österreich täte, wenn die Russen in Bulgarien einmarschieren würden, da ja dadurch Österreichs Interesse aufs schwerste gefährdet würde, indem ihnen dann Konstantinopel mit der ganzen Halbinsel ausgeliefert wäre. Kalnoky entgegnete, es werde immer nur von den österreichischen, aber nie von den englischen Interessen auf dem Balkan gesprochen, die durch Rußland bedroht würden. Paget stellte darauf die kühne Behauptung auf, England würde unter einer Besitznahme Konstantinopels durch Rußland weniger leiden, als Österreich, da sich ja jenes immer auf Ägypten stützen könne. Treffend erwiderte der Österreicher: „Dann verstehe ich nicht, warum man uns dafür ins Gefecht schicken will.“ Das war eben die Halbheit der britischen Politik: sie wollte ihre Geschäfte durch andere besorgen lassen; aber nur wenn sie vorantrat, war Österreich und dann auch Deutschland zu haben. Die Königin telegraphierte dem Fürsten, als sie von seiner Depesche an den Zaren erfuhr: „Ich bin sprachlos und beschwöre Dich, diesen Schritt rückgängig zu machen. Nach solchen Triumphen war dies Deiner errungenen großen Stellung unwürdig. Man verargt Dir, daß du dem Zaren telegraphiert hast, anstatt hier Rates einzuholen.“ Und der Außenminister des Kabinetts, Lord Iddesleigh, mißbilligte ebenso die Depesche des Fürsten an den Zaren, zumal die Wendung, daß der Battenberger die Krone von Rußland empfangen habe; er „deutete an, daß dieser Telegrammwechsel die Ausführung des englischen Vorschlages zur allgemeinen Wiederbestätigung des Fürsten und Aussöhnung mit Rußland die größten Schwierigkeiten mache“, — noch im letzten Augenblick wollte Salisbury durch ein Zirkular Alexanders Stellung befestigen; „aber mit Noten und Papier erreicht man nichts, wenn nicht des Schwertes Knauf dahinter blinkt“. Das war es auch, was der Battenberger sehr wohl empfand. Er traute weder der Beständigkeit des bulgarischen Volkes, von dessen politischer Unreife er überzeugt war; noch auch meinte er, nach den traurigen Erfahrungen, die er gemacht hatte, daß ihn Europa, und das hieß, wie die Dinge lagen, England auf die Dauer stützen würden; nur wenn Bismarck auf England sicher hätte zählen können, wäre das möglich gewesen. „Man benützte mich,“ so schrieb er in richtiger Erkenntnis der Tatsachen an die Königin, „als Ball gegen Rußland, und sobald der Zar das übel nahm, ließ man mich fallen.“ Viktoria konnte nicht umhin, das anzuerkennen: „Wir sind auch nicht ohne Schuld,“ antwortete sie, immerhin etwas beschönigend, „wir, d. h. nicht ich, haben, ohne es zu wollen, schon vor Jahren und wieder im vorigen Frühjahr nicht richtig gehandelt und hauptsächlich auch nicht gute Werkzeuge gehabt und besonders in Rußland,“ nämlich den Botschafter Morier. „Bitte, komme bald zu uns, du wirst mit offenen Armen vom ganzen Lande empfangen werden.“ Ihre Bitte, den verhängnisvollen Schritt rückgängig zu machen, kam zu spät; ihr Liebling mußte die Konsequenzen dessen auf sich nehmen, was er nun einmal unbesonnen und übel beraten getan hatte.

Bismarck warf damals die Frage auf, warum denn Alexander überhaupt nach Bulgarien zurückgereist sei, wenn er doch nachher abdankte; er hatte insofern ganz recht, als der Fürst, wenn er sich einmal zur Rückkehr anschickte, dann bis zum äußersten durchhalten mußte und sich am allerwenigsten, ohne reiflichste Erwägung, ohne sich mit allen den Freunden und Gönnern, die er noch besaß, insonderheit England, beraten zu haben, lediglich auf die Suggestion eines subalternen Organs der russischen Diplomatie zu einem so folgenschweren Entschluß verstehen durfte, der ihm die Hände band und seinem ärgsten Feinde auslieferte. Es wird berichtet, er habe wohl anfänglich an eine nur zeitweilige Abdankung gedacht, Stambulow habe sich indessen darauf nicht eingelassen, und so habe er den endgültigen Verzicht nicht vermeiden können, — er mußte eben den Becher bis zur Neige leeren, den er an den Mund gesetzt hatte.

Als er in Sofia anlangte, hatte sich Alexander bereits in das Unabänderliche geschickt. Wenn er noch einen Zweifel gehabt hätte, so hätte dieser deshalb schwinden müssen, weil die Pforte, Rußland und Deutschland an ihn das Ansinnen richteten, denjenigen, die sich gegen ihn verschworen und ihn vergewaltigt hatten, Gnade angedeihen zu lassen: wie konnte er da hoffen, je wieder in seinem Lande Autorität zu gewinnen? Das war ein Freibrief und eine Ermunterung für alle Konspirationen in der Zukunft. Sofort versammelte er in Sofia (3. September) das diplomatische und das Offizierkorps um sich; bezeichnenderweise fehlten der russische und der deutsche Geschäftsträger. Der letztere hatte die Instruktion empfangen, „sich so zu verhalten, als wäre der Fürst von einem mehrtägigen Ausflug in die Hauptstadt zurückgekehrt; er faßte den Auftrag so auf, daß doch in einem solchen Falle keine besondere Begrüßung notwendig sei". Der Fürst verlas die Depesche des Zaren und erklärte darauf, er wolle abdanken. Er sei nur zurückgekehrt, so führte er vor den Erschienenen aus, um zu zeigen, daß er nicht von seinem Volk verjagt worden sei, sondern von einer Bande von Verbrechern, und weil er dem Lande die Gelegenheit geben wollte, ihm für die erlittenen Unbilden Genugtuung zu leisten; durch die Niederwerfung der Rebellen sei die Ehre der bulgarischen Offiziere wiederhergestellt, und indem er ihnen sein Lob zolle, könne er nunmehr Bulgarien verlassen, da die Ordnung nicht wieder gestört werden würde; er könne hier nicht bleiben, da der Zar es nicht wolle. Es wurde ihm zugerufen: „Wir waren, wir sind und werden immer mit Ihnen sein! Mut! Vorwärts!" Resigniert erwiderte er: „Die Unabhängigkeit Bulgariens erfordert es, daß ich das Land verlasse; denn wenn ich es nicht täte, so würde eine russische Okkupation Platz greifen." Er schloß mit der Ankündigung, daß er eine Regentschaft einsetzen werde, welche die Interessen der Offiziere zu wahren versuchen würde. In Berlin erzählte man sich, der Prinz habe „mit seinen Nerven die beständige Gefahr und Aufregung in Bulgarien nicht mehr ausgehalten und hauptsächlich deshalb das Land definitiv geräumt"; Bismarck fügte hinzu: „ups and downs popolski!" Und als er hörte, daß Salisbury später einmal über Alexanders Abdankung äußerte: „Unser Degen ist uns in den Händen zerbrochen worden," bemerkte er trocken: „Ein stumpfer Degen!"

Sowohl in der Armee wie im Volke wurde der unerwartete und unfaßbare

Entschluß des Fürsten mit Trauer und Widerspruch aufgenommen; er wurde zum Bleiben bestürmt; aber alles Zureden und Bitten war vergeblich. Mit Rußland trat er in Verhandlungen, indem er für die Regentschaft, die er zu bestellen gedachte, gewisse Garantien begehrte: Aufklärung über die Person des russischen Kandidaten für den bulgarischen Thron; das Versprechen, daß Rußland Bulgarien nicht okkupieren werde; Aufrechterhaltung der Verfassung und Selbständigkeit Bulgariens für seine inneren Angelegenheiten; Sendung eines russischen Generals, wenn Rußland selber das wünsche, aber nur als Kriegsminister und ohne russische Offiziere. Am 6. September wurde ihm provisorisch ein leidlich zufriedenstellender Bescheid zuteil: es läge Rußland fern, sich in die inneren Verhältnisse einmischen oder das Land besetzen zu wollen; einen Kommissar werde man erst schicken, wenn der Fürst fort sei; die Mission desselben solle sich auf gute Ratschläge und auf die Versöhnung der Parteien beschränken. Darauf ernannte Alexander am folgenden Tage eine Regentschaft, bestehend aus Stambulow, Karawelow und Mutkurow; ein neues Ministerium wurde zugleich gebildet und eine Proklamation erlassen, durch die er seine Thronentsagung bekannt machte und mit bewegten Worten vom Lande Abschied nahm, in welchem er sieben Jahre lang eine so schwere und undankbare Rolle gespielt hatte. Über Widdin reiste er alsbald nach Ungarn; überall wurden ihm herzliche Kundgebungen dargebracht, indem der Ruf auf Wiedersehen ertönte. Ebenso wurde er in Ungarn bei dem hier herrschenden Russenhasse auf allen Bahnstationen, zumal in Pest, mit Eljenrufen begeistert begrüßt; auch in Wien wurden ihm stürmische Ovationen dargebracht. Am Alexandertag (11. September) sandten ihm 180 Mitglieder der Sobranje, die bei weitem überwiegende Mehrheit, ein Glückwunschtelegramm, worin sie seine Abwesenheit bedauerten und die Hoffnung auf baldige Rückkehr ausdrückten. Auch die Eröffnung der Sobranje (13. September) gestaltete sich zu einer Huldigung für ihn; sein Bild im Saale war schwarz verhüllt. So hatte er wenigstens zum Trost für die erlittenen Mißerfolge und Unbilden einen guten Abgang. Auch in Deutschland, wohin er sich begab, fehlte es nicht an warmen Bezeugungen der Sympathie. Die Oppositionspresse beklagte sein Schicksal und schob die Schuld daran auf Bismarck; die Mahnungen des Kanzlers, daß man doch nicht des Battenbergers halber einen europäischen Krieg heraufbeschwören könne, machten geringen Eindruck, auch sein Hinweis darauf, daß England nicht einmal ernstlich einen Partner zu weiterem gemeinschaftlichen Widerstande gegen Rußland auf dem Balkan suche, vielmehr eine Macht, die sich dieser Aufgabe allein und ohne England zu unterziehen bereit sei, — die Hauptsache war es für ihn dabei freilich, daß er bei dem österreichischen Bundesgenossen, dem solche Warnungen eigentlich galten, Gehör fände. Die schärfste Mißbilligung der Bismarckschen Politik ging von der Kronprinzessin aus. „Sie war fest entschlossen, nun im Unglück erst recht zu Fürst Alexander zu halten und die Ehe ihrer Tochter mit ihm, koste es, was es wolle, durchzusetzen;“ indem sie auf seine Rückkehr nach Sofia hoffte, arbeitete sie in diesem Sinne. Sie brachte den Gemahl so weit, daß er es versuchte, „bei Bismarck anzuklopfen, ob nicht doch etwas für den Fürsten Alexander getan werden könnte“; der wies den Gedanken, an seinem

Lebensabend eine „so verwerfliche Aktion ins Werk zu setzen", aufs schroffste zurück, indem er sagte, eher würde er seine Demission einreichen. Als sich Friedrich Wilhelm dahin äußerte, es wäre doch gut, wenn sich die Balkanstaaten zusammenschlössen, um Rußlands Überflutung zu verhindern, bestritt er die Richtigkeit dieser Auffassung: es sei ein Glück, wenn Rußland Konstantinopel bekäme und die Balkanhalbinsel; denn dann sei es geschwächt. Bei seiner Ablehnung des Ansinnens des kronprinzlichen Paares hatte der Kanzler ganz und gar den Kaiser auf seiner Seite. Der greise Monarch mißbilligte es sehr, daß der Battenberger nicht, wie ihm geraten worden war, der Einladung der Königin Viktoria Folge leistend, nach England gegangen war, „um nicht wiederzukommen"; schon der Umstand, daß er jetzt immer in Deutschland in preußischer Generalsuniform herumgehe, beweise, daß er Verlegenheiten bereiten wolle. Recht mißgestimmt war Wilhelm I. gegen die Kronprinzessin und die Prinzessin Viktoria, die noch immer an dem Eheprojekte festhielten: er habe den Kronprinzen darüber gefragt, der leugne es, aber spreche sich nicht deutlich aus; er stehe politisch unter dem Pantoffel seiner Frau.

*　　*

*

Das nächste Ziel, auf das Rußland ebenso lange wie zäh hingearbeitet hatte, war jetzt erreicht. Der Battenberger war kaltgestellt. Aber indem das persönliche Moment nunmehr ausgeschaltet war, nahm das bulgarische Problem einen rein politischen Charakter an, und die Schwierigkeiten begannen erst recht. Gegenspieler des Zaren bei der Partie war jetzt nicht mehr der Fürst, sondern das Volk von Bulgarien. Es zeigte sich jetzt, daß der Kaiser durch seine Diplomaten in Sofia schlecht bedient worden war, wenn sie ihm, um sich bei ihm gefällig zu machen, berichtet hatten, die Bulgaren seien lediglich durch ihren Fürsten gegen ihn aufgehetzt und geknechtet worden. Die russischen Agenten, so ließ sich der belgische Gesandte in Wien schon am 29. August aus, „haben die Aspirationen dieses Volkes verkannt, das seit seiner Befreiung, wie das in der Regel der Fall ist, mehr von der Genugtuung über die erlangte Unabhängigkeit als von Dankgefühlen für seinen Befreier durchdrungen ist. Des Erfolges ihres Unternehmens gewiß, haben sie ihre Regierung ungeschickterweise kompromittiert, indem sie unter der Hand mit den Unzufriedenen ohne wirklichen Rückhalt im Lande konspirierten". Man kam sich in Bulgarien nach Alexanders Abreise wie verwaist vor. Sobranje, Volk und Armee verabscheuten das russische Joch und wünschten die schleunige Rückkehr des bisherigen Herrschers.

Eine Okkupation war es keineswegs, auf die Rußland zunächst lossteuerte; nur gefügig sollten die Bulgaren sein, sich unter den russischen Doppelaar ruhig ducken. Am 13. September gab die Petersburger Regierung, in endgültiger Beantwortung der Fragen, von denen Alexander seine Abdankung abhängig gemacht hatte, ihre Intentionen zu erkennen: Unterstützung der gegenwärtigen Regierung, solange sie die Interessen des „ganzen Landes" vertritt und Ordnung und Frieden aufrechterhält, d. h. solange sie sich zum willenlosen Werkzeug Ruß-

lands hergibt, Förderung der Union, freilich nicht in ihrer jetzigen „gewaltsamen Art, welche Gefahren birgt". Der provisorischen Regierung wurde eingeschärft, daß es von ihr abhänge, ob die guten Beziehungen wiederhergestellt werden würden, und zwar davon, ob sie die bisherigen Versäumnisse gutmachen werde. Es wurde hinzugefügt, daß es noch verfrüht wäre, die näheren Bedingungen mitzuteilen, daß damit noch gewartet werden müsse, bis sich die Verhältnisse befestigt hätten; es sei auch nicht zeitgemäß, vorher die Kandidatur eines neuen Fürsten bekanntzugeben. Es scheint, daß zuerst Nikola von Montenegro sich mit Hoffnungen in dieser Hinsicht getragen hat; er klopfte in diesem Sinne bei der Pforte an; diese aber war dazu nicht geneigt, während der Zar ihn begünstigt, aber auf den Einspruch von Giers darauf verzichtet haben soll. Nicht übermäßig angenehm konnte diese Sprache der Russen die Bulgaren berühren, und sie hinwiederum führten eine solche, die dem Zaren zeigte, daß es noch gute Wege bis zu ihrer völligen Unterwerfung hatte. Am 13. September eröffnete Stambulow die kleine Sobranje, indem er die baldige Einberufung der großen Nationalversammlung zur Vornahme der Herrscherwahl in Aussicht stellte. Die Kammer schickte dem Zaren zwar eine Ergebenheitsadresse, faßte aber eine Resolution, in der sie den Staatsstreich vom 21. August als schändlich, infam und als das Werk einer Handvoll übelwollender Leute erklärte: das bulgarische Volk sei dadurch empört worden, habe sich gezwungen gesehen, sich dagegen mit der Armee zu erheben, um die Ehre und die Unabhängigkeit der Krone zu verteidigen, sowie die exemplarische Bestrafung der Missetäter zu verlangen. In enthusiastischen Worten wurde die Selbstverleugnung und der beispiellose Patriotismus des Exfürsten gepriesen; der Regentschaft wurde vollstes Vertrauen ausgesprochen. Schon tauchten auch Differenzen über die von der Sobranje geforderte gerichtliche Verfolgung der Schuldigen auf; natürlich hielt Rußland schützend über sie seine Hand, indem es zunächst die Vertagung des Verfahrens bis zur Ankunft des Generals Kaulbars forderte, dessen Mission als außerordentlicher Bevollmächtigter des Kaisers angekündigt wurde. Man war in Bulgarien darüber sehr verstimmt, daß die Russen immer von den bulgarischen Parteien und von der Notwendigkeit redeten, die Regierung müßte über diesen stehen, während es sich bei diesen Phrasen in Wahrheit darum handelte, die ungeheure Mehrheit des Volkes zugunsten eines kleinen und korrumpierten Teils an die Wand zu drücken, sowie Verräter und Verbrecher dem Arme der Gerechtigkeit zu entreißen: „Obwohl die Russen fortwährend von Unruhen in Bulgarien sprechen," so ließ sich Karawelow vernehmen, „gibt es doch in Wirklichkeit bei uns gar keine Zwietracht. Aller Bestreben ist nur, aus krisenhaften Zuständen zu Frieden zu gelangen, und da kommt Rußland, das die Krise hervorgerufen hat, und will hier Leidenschaften beruhigen, die es gar nicht gibt, Parteikämpfe niederhalten, an die kein Mensch denkt, und Wohltaten erweisen, die niemand begehrt. Die Regentschaft wird gegen Rußland passiven Widerstand leisten, um das Land so der neuen Staatsgewalt zu übergeben, wie sie es vom abtretenden Fürsten übernommen hat."

Man sieht, worin der Gegensatz gipfelte: Rußland wollte Bulgarien zwar nicht förmlich okkupieren, aber im Innern ganz und gar durchdringen und sich

unterordnen, sozusagen „tunifizieren"; die Regentschaft war entschlossen, dagegen passive Resistenz zu üben und die Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen. Das konnte nie zu einem guten Ende führen. Am 25. September kam Kaulbars in Sofia an; sein Erscheinen wirkte wie Gift auf die offene Wunde. Er war bisher russischer Militärattaché in Wien gewesen; eine weniger geeignete Persönlichkeit konnte kaum gewählt werden, er trat brutal und hochfahrend auf, entbehrte aller konziliAnten und gewinnenden Eigenschaften. Seine Instruktionen waren vom Kaiser persönlich unter Umgehung von Giers erteilt worden; sie waren so ungeschickt wie möglich. Offiziell lauteten sie dahin, die Regentschaft zu beraten und eine Rundreise durch das Land zu machen, um die wirklichen Anschauungen des Volkes kennenzulernen. Das klang recht harmlos; aber es steckte dahinter ganz anderes. Der Zar verlange, so eröffnete er der Regierung, von ihr vollständigstes Vertrauen; aber man müsse sich erst über das Wort „Vertrauen" verständigen. Bisher habe der Kaiser nur Worte vernommen; jetzt wolle er Taten sehen; es sei nicht zu verstehen, wie die Bulgaren an einem Tage zwei einander so widersprechende Akte begehen könnten, wie die Ergebenheitsadresse an den Zaren und die Resolution, in der aus jeder Zeile das Bedauern über den Abgang des früheren Fürsten spreche. Er betonte, daß sie jeden Gedanken an die Wiederkehr Alexanders aufgeben müßten, und daß die Bedingungen, die er ihnen überbringe, durchaus kategorisch seien. Als solche bezeichnete er die Rücknahme der ungesetzlichen Einberufung der Großen Sobranje, Aufhebung des Belagerungszustandes, um das Land zu beruhigen und freie Wahlen zu ermöglichen, sowie endliche Freigabe derjenigen, die wegen Teilnahme an der Revolution vom 21. August verhaftet waren. Der Zweck dieser Forderungen bestand darin, der Bildung einer ausgesprochen russischen Partei Vorschub zu leisten, die dann bei den Wahlen unter russischem Drucke obzusiegen imstande war, und auf diesem Wege eine neue russenfreundliche Regierung ans Ruder zu bringen. Stambulow und seine Gefährten erklärten sich (am 1. Oktober) bereit, die ersten beiden Punkte zu genehmigen, verweigerten aber den Aufschub der Wahlen. Kaulbars bestand auch darauf; es entspann sich zwischen ihm und der Regentschaft ein gereizter Notenwechsel. In einer großen Volksversammlung in Sofia und auf einer Agitationsreise suchte Kaulbars Stimmung für sich und gegen die Regierung zu machen; es kam dabei zu turbulenten Szenen; fast ausnahmslos stieß er auf entschiedene Ablehnung, die sich in russenfeindlichen Demonstrationen äußerte. Der Widerstand wurde genährt durch einen Aufruf der Regierungsparteien, der das Volk vor ihm warnte: „Öffnet eure Augen, wenn Ihr wünscht, daß eure Nachkommen euch nicht verfluchen. Zeigt dem gewissenlosen General, daß euch das Vaterland teurer als alles ist. Er belügt euch, wenn er im Namen des Kaisers spricht. Hütet euch vor ihm wie vor der Pest." Trotz seines Verbotes wurden die Wahlen (Mitte Oktober) vorgenommen; durch Aufhetzung von russischer Seite ereigneten sich dabei mancherorts Ausschreitungen und blutige Zwischenfälle; sie ergaben für die Regierung die imposante Mehrheit von fast 500 Mandaten.

Der Konflikt hatte sich durch das provozierende Benehmen von Kaulbars bereits derart zugespitzt, daß eine gütliche Lösung als ausgeschlossen erscheinen

mußte, und er steigerte sich im Laufe der nächsten Wochen nur noch mehr. Der Trotz der Bulgaren verschärfte sich, und es machte auf sie auch gar keinen Eindruck, daß sich selbst ihr Suzerän, der Sultan, auf die Seite Rußlands stellte. Durch eine Note vom 20. Oktober riet die Pforte, die Einberufung der Nationalversammlung zu vertagen, da Rußland die Wahlen nicht anerkenne, und da sich die Mächte über die Thronfrage noch nicht geeinigt hätten; Stambulow ließ sie unbeantwortet. Im Hafen von Varna liefen zwei russische Kriegsschiffe ein, um die russischen Untertanen an Bord zu nehmen, die sich im Lande nicht mehr sicher fühlen könnten. Auch das schreckte die Bulgaren nicht, ebensowenig, daß Kaulbars wegen angeblicher Mißhandlung russischer Untertanen Beschwerde erhob und, da er eine ihn befriedigende Erwiderung nicht bekam, eine solche nochmals peremptorisch unter der Drohung begehrte, er werde sonst mit dem gesamten diplomatischen Personal das Land verlassen. Am 31. Oktober eröffnete Stambulow die Große Sobranje in Tirnowa. Ohne sich um Rußland zu kümmern, schlug er als das beste Mittel, aus der Krisis herauszukommen, die Wahl eines Fürsten vor; er schloß mit dem Rufe: „Es lebe das unabhängige, freie Bulgarien!“ und fand damit begeisterten Widerhall bei der Versammlung. Am 10. November wählte sie auf seinen Antrag den Prinzen Waldemar von Dänemark, obgleich Stambulow ihr nicht verhehlt hatte, daß eine Aussicht auf Anerkennung durch Rußland kaum vorhanden sei; tatsächlich lehnte Waldemar ab. Jetzt war Kaulbars Geduld erschöpft. In Philippopel war ein betrunkener russischer Kawaß durch eine Patrouille verhaftet worden; Kaulbars verlangte für dieses Verbrechen eine schimpfliche Sühne binnen drei Tagen. Als er darauf ohne Antwort blieb, erklärte er die diplomatischen Beziehungen am 17. November für abgebrochen; am folgenden Tage verließ er mit allen russischen Konsuln das Land. Er nahm den Heimweg über Konstantinopel, wo ihn der Sultan durch seinen höchsten Orden auszeichnete, und über Odessa. Am 2. Dezember erstattete er dem Zaren in Gatschina Bericht über seine verunglückte Mission; Giers wurde übergangen, wie der Zar überhaupt alle diese Dinge persönlich betrieb, ohne diesem auch nur Mitteilung darüber zu machen. Schon Mitte Oktober bemerkte Bismarck, die Russen wüßten nicht, wie sie aus der fatalen Lage herauskommen könnten, in die sie durch die persönlichen Instruktionen des Kaisers für Kaulbars geraten seien; es ist anzunehmen, daß sie kein anderes Mittel mehr dafür fanden, als eben seine Abreise und den Abbruch der Beziehungen. Noch jetzt freilich verharrten sie bei der Fiktion, als stehe das bulgarische Volk auf ihrer Seite, nur daß es, wie früher durch Alexander, so jetzt durch die Regentschaft tyrannisiert würde. In einem Zirkular vom 2. Dezember an die Mächte, das einen Rückblick über die Mission Kaulbars gab, wurde demgemäß gesagt, sie sei keineswegs etwa mißglückt, sondern habe eben durch die Rundreise des Generals im Lande die Tatsache festgestellt, „daß die Ansichten des bulgarischen Volkes absolut feindlich jenen Abenteurern gegenüberstehen, welche die Macht in den Händen haben“; zum Schlusse ward einfach die Hoffnung auf eine Lösung durch friedliche Mittel ausgedrückt.

Wenn eine Aussicht darauf wirklich noch bestand, so wurde sie eben jetzt ausgeschlossen. Denn nunmehr rückte der Zar mit seinem Thronkandidaten heraus;

es war der Fürst Nikolaus von Mingrelien in Kaukasien aus dem Hause Dadian, das sich zum Anfang des 19. Jahrhunderts Rußland unterworfen hatte, ein Jugendfreund Alexanders III. Bereits in der zweiten Hälfte des November gaben die Mächte, mit Ausnahme Englands, in Petersburg vertraulich zu erkennen, daß sie dagegen grundsätzlich nichts einzuwenden hätten. Die Pforte leistete Rußland abermals Vorspanndienste; sie wies ihre Vertreter im Auslande an, für den Fürsten Nikolaus zu wirken, und ebenso empfahlen sie ihn der Regentschaft in Sofia. Diese aber winkte energisch ab; man sagte, „das bulgarische Volk würde eine solch übel beleumundete Persönlichkeit nicht lange dulden". Man atmete erleichtert auf, seitdem man Kaulbars los war, und hatte keine Lust, sich eine neue russische Kreatur aufbürden zu lassen. Anfang Dezember sandte Stambulow eine Deputation von drei Männern unter der Führung des Justizministers Stoilow an die europäischen Höfe, um diese für Bulgarien günstig zu stimmen. Sie sollten die unglückliche Lage ihres Landes schildern, sich Rates erholen, wie dieses daraus zu befreien sei, und vorstellen, daß das nur durch die Einsetzung eines neuen Fürsten geschehen könnte, als welchen sie den Mingrelier freilich ablehnten. Zuerst gingen sie nach Wien, wo sie Kalnoky, allerdings nicht offiziell, empfing; von da wollten sie sich nach Petersburg begeben, erhielten jedoch vom russischen Botschafter Lobanow den Bescheid, daß sie dort nicht vorgelassen werden würden. In Berlin verhandelten sie mit Herbert Bismarck, der mit ihnen auch nur als Privatbesuchern und mit jedem von ihnen gesondert in Gegenwart eines Zeugen sprach. Sie betonten vor ihm ihren guten Willen, sich mit Rußland zu verständigen; als er sie ermahnte, sich dem Zaren zu fügen und den Mingrelier zu akzeptieren, entgegneten sie ihrer Instruktion gemäß, „diese Kandidatur habe das ganze Land gegen sich, und bei ihrer Wiederaufnahme würde sofort Fürst Alexander wiedergewählt werden". Es wurde ihnen darauf bedeutet, daß das im Widerspruch mit ihrer angeblichen Bereitschaft stehe, ihr Verhältnis mit Rußland wiederherzustellen. Eben damals tauchte in der Presse und in politischen Kreisen, jedoch noch nicht offiziell, die Kandidatur des jungen Prinzen Ferdinand von Koburg auf, der als Leutnant in der ungarischen Honvedarmee diente. Auch darauf kam die Rede, und übereinstimmend behaupteten sie, nicht sie hätten Ferdinand entdeckt, sondern dieser habe sich ihnen selbst angetragen, unter der Versicherung, daß er beim Kaiser Alexander persona grata sei. Ohne dazu Stellung zu nehmen, empfahl ihnen der Staatssekretär nochmals, ihren Frieden mit Rußland zu machen, und enttäuscht verabschiedeten sie sich. Auf der Weiterreise, zunächst nach London und dann nach Paris, wo ihnen auch kein tröstlicherer Bescheid zuteil wurde, hatten sie in Köln eine Zusammenkunft mit ihrem ehemaligen Herrscher. Sie baten ihn zurückzukehren oder ihnen zu helfen, einen Nachfolger zu finden; er lehnte für sich entschieden ab und riet ihnen, bei den Mächten darum nachzusuchen, daß ihnen ein Kommissar, entweder Aleko- oder Goltz-Pascha, so lange gesetzt würde, bis sich diese über die bulgarische Frage geeinigt hätten. Das war ja nun gerade die Schwierigkeit, ob zwischen diesen das Einvernehmen erzielt werden konnte, auf das der Battenberger verwies, und so lag der Ausgang der Sache jedenfalls noch ganz und gar im Dunkeln.

Vierundzwanzigstes Kapitel.

Die großen Mächte nach der Abreise Alexanders aus Bulgarien.

1886—87.

Wir haben die bulgarische Katastrophe, d. h. die Abdankung Alexanders I. und den Bruch zwischen Rußland und Bulgarien, sowie die Haltung kennengelernt, welche die Staaten Europas zu den einzelnen Aktionen einnahmen, die sich im Verlaufe des Komplexes dieser Ereignisse abspielten; es ist nunmehr unsere Aufgabe, die allgemeinen Abwandlungen zu schildern, die sich im Zusammenhange damit im gegenseitigen Verhältnisse der großen Mächte vollzogen. Denn die Begebenheiten, von denen wir im vorhergehenden Kapitel erzählten, hatten, wie wir noch des näheren erfahren werden, Folgen, die über den unmittelbaren Schauplatz und Gegenstand ihres Geschehens beträchtlich hinausreichten, neue Verschiebungen und Gruppierungen im europäischen Staatensystem anbahnen halfen, weitgehende weltpolitische Veränderungen bewirkten. Diese traten teils bereits während, teils alsbald nach den Vorgängen, durch die sie hervorgerufen wurden, in die Erscheinung.

Mühsam hatten die Mächte bisher eine gewisse äußere Einheit in den bulgarischen Wirren bewahrt. Das rührte in der Hauptsache daher, daß sich Kalnoky dem hemmenden Einfluß des deutschen Reichskanzlers gefügt hatte, wodurch die Dreikaiserentente vor Sprengung behütet worden war, und daß sich Großbritannien, teils weil der Battenberger sich selber ausgeschaltet hatte, teils wegen Meinungsverschiedenheiten unter den leitenden Staatsmännern, teils aus Rücksicht auf die internationale Lage (Momente, die noch zu erörtern sein werden) eine Zeitlang noch einer gewissen Zurückhaltung befliß. Aber je mehr der Widerstand der Bulgaren wuchs, um so mehr verschärfte sich die Krisis; sie drohte, ihren latenten Charakter zu verlieren und eine akute europäische Gefahr zu werden. Denn wenn die Bulgaren, wozu sie offensichtlich entschlossen waren, auf ihren eigenen Wegen weiterwandelten, ohne sich um Rußlands Widerspruch und Verbote zu kümmern, konnte der Zar dann umhin, solchem Treiben ruhig und tatenlos zuzuschauen, ohne mit Gewalt dazwischenzufahren? Und wenn er das tat, war es dann zu erwarten, daß ihn die Mächte einfach gewähren ließen? Für England, Österreich und bald auch Italien mußte das als zweifelhaft erscheinen. Und selbst wenn die Kabinette geneigt waren, alles auf die Dauer zu tun, um einer Störung des Friedens vorzubeugen, so waren doch im Schoße der Völker

selbst Kräfte und Tendenzen am Werk, die nicht nur nach einer gewaltsamen Lösung der bulgarischen und der Balkanfrage überhaupt drängten, sondern in Anknüpfung daran die orientalischen Wirren dazu benutzen wollten, eine allgemeine Abrechnung bezüglich anderer noch schwebender weltpolitischer Differenzen vorzunehmen. Immer höher türmten sich unter diesen Umständen die Schwierigkeiten und Hindernisse, die sich Bismarcks Bemühungen entgegenstellten, den Krieg von Europa und dadurch in erster Linie von Deutschland fernzuhalten. Sogar hier fehlte es ja nicht an Elementen, die kurzsichtig genug waren, eine Politik zu treiben und von der Reichsleitung gegen Rußland zu fordern, die zu einer Explosion führen konnte; die Presse der Reichstagsmehrheit schlug eine Sprache gegen das östliche Nachbarreich an, die zum mindesten die gleichfalls daselbst bereits vorhandenen Leidenschaften noch mehr reizte, und wenn in Berlin ein Regierungswechsel einmal eintrat, womit bei des Kaisers hohem Alter zu rechnen war, wer wollte eine Gewähr dafür übernehmen, daß sich Deutschland nicht in unübersehbare Abenteuer hineinstürzte, schon aus höchst persönlichen Gründen? Freilich solange des Reiches getreuer Eckart noch von dessen höchster Warte warnend ausschaute, war eine Wendung dieser Art nicht zu besorgen; er kehrte sich nicht an das Begehren und Heischen der Opposition, mochte diese auch immer, weil sie, wie die Linksliberalen, den künftigen Kaiser zu den ihrigen zählte, dessen und seiner Gemahlin familiäre Lieblingswünsche gegen Rußland nähren, oder, wie Windthorst und die Seinen, aus dem Bündnis mit Österreich die Konsequenz der Notwendigkeit einer aktiveren Orientpolitik als im gesamtdeutschen Interesse liegend ableiten. Wäre Friedrich Wilhelm freilich damals schon auf den Thron gelangt, so war es doch wohl mehr als fraglich, ob er seine augenblickliche, leise frondierende, jetzt noch unverantwortliche Dauphinpolitik fortgesetzt und den Kanzler hätte gehen lassen, wozu dieser fest entschlossen war, wenn man dann allerhöchsten Ortes das Steuer hätte wirklich auf die andere Seite werfen wollen.

Zu einer ähnlichen Reserve bequemte man sich in England, freilich keineswegs leichten Herzens. Die starken Sympathien, die hier für den Battenberger herrschten, veranlaßten nach seiner Abreise aus Bulgarien zuerst noch das Kabinett Salisbury zu einigen Schritten bei der Pforte, in Rom und sogar in Berlin zu seinen Gunsten; aber man stieß daselbst auf keine Gegenliebe. So erlahmte denn der Eifer für ihn, — war ja doch auch die Situation jetzt insofern eine ganz andere, als er aus eigenen Stücken vom Schauplatze abgetreten war. Daher schied das persönliche Moment von selber aus, und auch die Königin Viktoria mußte anerkennen, daß seine Aussichten sehr schlecht standen. Sie könnte blutige Tränen weinen, so schrieb sie ihm am 5. Oktober, nicht mehr für ihn tun zu können; aber England sei durch das Parlament und durch die Parteien so gefesselt, daß sich die Regierung in allem gehemmt sehe; sie fügte hinzu, daß man jetzt die Verständigung mit Österreich suche, und war der Hoffnung, daß dieses durch die Ungarn vorwärtsgetrieben werden würde. Aber wenn sie sich auch noch nicht daran gewöhnen konnte, die Angelegenheit anders als vorwiegend unter dem frauenhaft-gemütlichen Gesichtspunkte zu betrachten, so war für das Kabinett

jetzt das bulgarische Problem nur noch ein politisches, und da war die äußerste Vorsicht geboten, schon im Hinblick auf die gesamte Lage: für England schien es jetzt zu einer Aufrollung des Orientproblems in seinem ganzen Umfang kommen zu wollen, und da drohten Kollisionen nicht nur mit Rußland. Dieses hatte jetzt einen überwiegenden Einfluß auf die Pforte gewonnen, wie deren Verhalten in den bulgarischen Wirren bewies, und bereits daraus ergab sich ein britisch-türkischer Gegensatz; ebenso bestanden in der ägyptischen Frage Differenzen, in denen der Sultan von Frankreich sekundiert wurde. England benutzte sein altes Druckmittel auf das Ottomanische Reich, indem es Reformen in Armenien forderte; dieses hinwiederum machte, unterstützt durch Frankreich, Miene, gegen das Verbleiben der Briten im Nillande zu protestieren, und fürchtete, England wolle die Okkupation Zyperns in eine Annexion verwandeln, sowie Kreta an sich reißen. In Frankreich wurde die Regierung durch die Presse und in der Kammer aufgefordert, den Schritten Englands zur Befestigung seiner Stellung in Ägypten nicht länger ruhig zuzusehen; die Suezkanalfrage wurde wieder aufgerührt; auch wegen Madagaskars gab es neue Reibungen zwischen den beiden Westmächten, — die letzten Monate des Jahres 1886 waren davon erfüllt.

So war die bulgarische Angelegenheit damals nur eine Karte im gesamten politischen Spiel Englands, und es galt, sie behutsam zu verwerten. Es schien besser, erst den Verlauf des Ganzen abzuwarten und in Bulgarien erst einmal die Dinge ihren eigenen Gang nehmen zu lassen, zumal da ja zunächst die Bulgaren selbst ihre Interessen und ihre Selbständigkeit kräftig genug gegen Rußland verteidigten; von sich aus einzuschreiten, war es für die Briten immer noch Zeit, wenn die Russen zur Gewalt griffen und einmarschierten. Noch mehr empfahl es sich, beim alten Grundsatze zu verharren, einen andern vorzuschicken, falls sich ein solcher dafür fand, und man richtete in dieser Hinsicht, wie schon die Königin dem Battenberger andeutete, seine Hoffnungen immer noch auf Österreich. Im Kabinett befürwortete dieses Verfahren insonderheit neben dem Premier Salisbury und dem unter seinem Einflusse stehenden Außenminister Lord Iddesleigh der Schatzkanzler Lord Randolf Churchill, der Gründer der sog. „Vierten Partei", der Torydemokraten, der Leiter der Mehrheit im Unterhause, von dem Salisbury eben deshalb in hohem Grade abhing. Die Stimmung im Lande aber war für kriegerische Verwicklungen nicht gerade günstig, und im Kabinett walteten Meinungsverschiedenheiten insofern ob, als Churchill die Bedürfnisse der inneren Politik kräftiger betonte, als Salisbury und Iddesleigh, die an sich für das Eingreifen in Bulgarien waren. Mitte September entwickelte er seine Ansichten vor Hatzfeldt. Er ging davon aus, daß England eine asiatische Macht sei und den Balkan an Rußland überlassen könne; in diesem Sinne hatte er sich sogar dem russischen Botschafter gegenüber ausgesprochen, wie er es auch für falsch erklärte, den Russen in Sofia Hindernisse in den Weg zu legen, und lieber seinen Abschied nehmen wollte, „als in der Kammer eine englische Aktion auf dieser Grundlage zu vertreten". Seiner Ansicht nach sollte sich England in der auswärtigen Politik zurückhalten: Die konservative Partei müsse ihre Stellung bei der Wählerschaft befestigen und dürfe sie nicht dadurch erschüttern, daß sie sich kriegs-

lustig gebärde und zuviel Geld ausgebe; die Hauptsache sei die Erhaltung der konservativen Einrichtungen, Monarchie, Oberhaus, Kirche usw.; einem Gegner, wie Gladstone gegenüber, dürfe man sich nicht dem Vorwurfe kostspieliger Abenteuer aussetzen. Daher dürfe Großbritannien nicht die Initiative ergreifen, sondern müsse sich an andere Mächte anschließen, wie Österreich, vorausgesetzt, daß dann beide auf Deutschlands moralischen Beistand rechnen dürften; denn mit Österreich allein würde er nie die Parlamentsmehrheit nach sich zu ziehen vermögen. Der britische Botschafter Sir Edward Malet, in Berlin von diesen Äußerungen in Kenntnis gesetzt, war tief empört. Er nannte das eine „Politik der Feigheit", tadelte Churchills Intimität mit den russenfreundlichen Radikalen, wie Labouchère und Chamberlain, kennzeichnete ihn nicht sowohl als Konservativen wie vielmehr als Umsturzmann, sprach ihm alles Verständnis für die auswärtige Politik ab und versicherte, daß die übrigen Minister (mit Ausnahme von höchstens zweien) anderer Ansicht seien: „Es ist der größte Fehler, den wir machen können, wenn wir Konstantinopel den Russen überlassen, wie die neue radikale Schule bei uns das befürwortet: sind die Russen im Besitz Konstantinopels, so können wir Ägypten keinesfalls halten, wie ich glaube, Indien ebensowenig ... Ich habe mich zu Lord Salisbury und Lord Iddesleigh im vorstehenden Sinne ausgesprochen und deren Beistimmung gefunden."

So groß, wie es auf den ersten Blick scheinen konnte, war nun allerdings die Meinungsverschiedenheit nicht, die zwischen Salisbury und Churchill herrschte; obwohl er dem Grafen Hatzfeldt in der erwähnten Unterredung zuerst jedes englische Interesse an Konstantinopel in Abrede stellte, vermied er es, als die Rede nochmals auf die türkische Hauptstadt und ihre Bedrohung durch die Russen kam, doch sichtlich, „offen auszusprechen, daß England ein etwaiges Einrücken nach Konstantinopel ohne weiteres hinnehmen könne". Was ihn von Salisbury unterschied, das war lediglich der Umstand, daß er noch mehr, als dieser, eine britische Balkanaktion von der Teilnahme, oder richtiger gesagt, vom Vorangehen Österreichs und vom moralischen Beistand Deutschlands abhängig gemacht wissen wollte. Für diesen Fall versicherte er, daß er das Parlament hinter sich haben, und daß England dann „voll und loyal" mitgehen werde. Dringend, wie schon im Vorjahr, warb er um die Gunst Deutschlands; er gab dem Kanzler zu verstehen, daß er, falls er sich antibritischen Schritten in Ägypten anschlösse, die konservative Regierung in England ruinieren würde, und ließ durchblicken, daß er selbst das Unterhaus nicht nur für ein britisch-österreichisches Zusammengehen unter moralischer Billigung Deutschlands zu gewinnen vermöchte, sondern daß dann auch eine Verständigung zwischen England und Deutschland für den Fall möglich sein würde, daß dieses durch Frankreich gefährdet würde. Bei den leitenden Staatsmännern der Mittelmächte stießen seine Lockungen auf geringe Gegenliebe. Sogar der „sonst eher anglophile" Graf Karolyi, der Botschafter in London, warnte Kalnoky ernstlich, sich mit England einzulassen: „England wolle wohl Österreich gegen Rußland vorschieben, würde aber nicht daran denken, für Österreich einzutreten, sofern es zum Kriege zwischen diesem und Rußland kommen sollte." Bismarck beruhigte Churchill, was dessen Befürchtungen betreffend die

Teilnahme des Reiches an Maßnahmen anderer Mächte in Ägypten anbelangte, indem er beteuerte, daß die Versuchung dazu an ihn „nur durch kränkende Behandlung in für England unbedeutenden Kolonialfragen in einigen Jahren“ herantreten könnte; aber seine Balkanphantasien tat er mit schnöden Worten ab; „Schneider! Bringt nur Pantsch, ein paroli, mit solchem Kleinmut ist kein Handel möglich ... Immer das alte Lied. Wenn England nicht die Spitze nimmt, so ist Österreich töricht, wenn es auf England rechnen will. Wenn Churchill mit Österreich und der Türkei noch Manschetten hat, wie soll da Österreich allein der Katze die Schelle anhängen?“ Zwar hatte man auf der österreichischen Botschaft in England jetzt die Überzeugung, daß die englischen Minister „sehr bereit“ zu einer Allianz mit der Donaumonarchie seien; der Kanzler glossierte diese Nachricht jedoch mit dem Ausrufe: „Fällt ihnen nicht ein!“ Um die Wende vom September zum Oktober gelangte nach Berlin und in erweiterter Form nach Wien ein offizielles Memorandum aus London; es ward darin im Hinblick auf die durch die bulgarischen Wirren entstandene Lage „endlich einmal“ eingestanden, daß England wichtige Angelegenheiten auf der Balkanhalbinsel zu verfechten habe und sich genötigt sehen würde, eintretendenfalls Konstantinopel zu verteidigen. Dabei wurde jedoch auf die Unterstützung anderer Mächte spekuliert, da England sonst eine friedliche Lösung vorziehen würde; bestimmte Vorschläge und Anträge wurden nicht gemacht, sondern es wurde nur die Frage gestellt, was geschehen solle, und für England dahin beantwortet, daß es versuchen müsse, den verlorenen Einfluß am Bosporus wiederzugewinnen. Kalnoky erwiderte nicht ohne Spott: Österreich wolle dem englischen Botschafter White in Konstantinopel dabei behilflich sein; es wolle gleichfalls den Frieden und wolle diesen bei seinen vortrefflichen Beziehungen mit Rußland in intimem Zusammengehen mit Petersburg aufrechterhalten. Wie man in Berlin über das Schriftstück dachte, erhellt daraus, daß Herbert Bismarck es als „ganz anodyne Phrasen“ charakterisierte.

Noch war sich Churchill dessen nicht bewußt, daß es ihm nicht gelingen würde, Österreich und damit auch Deutschland auf die Flugbahn zu bringen, und noch immer machte er verzweifelte Anstrengungen, das zu bewirken. Am 2. Oktober hielt er in Dartford eine Rede. Er nahm darin das Ergebnis, zu dem er doch erst gelangen wollte, insofern bereits voraus, als er seiner Sympathie für die Freiheit und Unabhängigkeit der Donaufürstentümer, sowie seiner Befriedigung darüber Ausdruck gab, „daß eine Macht, die am direktesten und tiefsten dabei interessiert ist, den Anfang in dieser großen internationalen Arbeit macht“; er verwies auf ein früheres Wort Salisburys, „der österreichische Wachtposten stehe auf den Zinnen“. Was er letzten Grundes wollte, das ging aus dem ganz unzweideutigen Satze hervor: „Unsere Politik wird eine stetige Bahn einschlagen und die Gefahren der offiziösen Einmischung und unnötigen Initiative ebenso vermeiden, wie eine selbstsüchtige und furchtsame Isolierung.“ In Wien berührte das recht peinlich, und als er einige Wochen darauf bei einem Aufenthalt daselbst dem Sektionschef Szögyenyi deutlich sagte, England könne nicht allein handeln, wolle sich aber an einem Ultimatum Österreichs gegen das Einrücken

der Russen in Bulgarien rückhaltslos beteiligen, erwiderte ihm dieser, auf ein volles Mitgehen Englands bis ans Ende sei doch nicht mit Bestimmtheit zu rechnen, Österreich tue daher besser, sich mit Rußland zu verständigen. Nach London zurückgekehrt, bemühte sich Churchill mit dem größten Eifer vor Hatzfeldt, der dieselbe Auffassung entwickelte, nachzuweisen, wie unbegründet ein solches Mißtrauen wäre. Er hob hervor, daß das Kabinett stärker sei, als das Beaconsfields; er stellte für den Kriegsfall den Österreichern eine sofortige Unterstützung durch 50—60 000 Mann Kerntruppen und das Erscheinen der Flotte vor Varna, sowie die finanzielle Subvention der türkischen Armee in Aussicht, — in der Tat gab der türkische Botschafter Rustem-Pascha damals Hatzfeldt zu verstehen, daß die Pforte trotz ihrer augenblicklichen Hinneigung zu Rußland umfallen würde, wenn sie sähe, daß Großbritannien Ernst mache. England könne und wolle, so betonte Churchill, mit Österreich gehen, wenn Deutschland wenigstens stillschweigend damit einverstanden wäre; auch auf den Beitritt Italiens rechnete er, obgleich er zugab, daß es diesem nicht so, wie Großbritannien und den Mittelmächten, lediglich an der Erhaltung des Friedens gelegen sei, sondern daß es alter Gewohnheit gemäß im Trüben zu fischen trachte. Er verwarf es als ganz ausgeschlossen, daß Salisbury, „wenn er offen und loyal die Mitwirkung Englands in Aussicht stelle und zusage, dabei den Hintergedanken habe, sich nachher aus der Affäre zu ziehen und seine Verbündeten im Stiche zu lassen". Soeben verlautete, was Salisbury anbelangte, daß ihn die Königin, die eine energischere Politik wünschte, in ihrem Schlosse Balmoral in diesem Sinne bearbeitet habe. Bald darauf, bei Gelegenheit des Lordmayor-Banketts in London am 9. November, verbreitete sich der Premier öffentlich über seine Balkanpolitik, reserviert in der bulgarischen Frage, hier, wie Churchill, Österreich zunächst ausspielend, aber schärfer, als dieser, die Notwendigkeit betonend, die Russen von Konstantinopel fernzuhalten: die Rechte Bulgariens beruhten auf dem Berliner Vertrage; an seiner Beobachtung habe England wohl ein Interesse, aber kein isoliertes, also auch keine isolierte Pflicht, seinen etwaigen Bruch zu ahnden. Wären aber andere Großmächte dazu entschlossen, so sei er sicher, „daß das englische Volk nicht hintanstehen wird, diese Pflicht gleicherweise anzuerkennen". Würden eigene Interessen berührt, nämlich an den Meeresengen, dann würde sich England nicht nach eventuellen Verbündeten richten; dann würde sein eigener Arm stark genug zur Abwehr sein. An Bulgarien seien jedoch die Türkei und vor allem Österreich in höherem Grade beteiligt; England werde sich in diesem Punkte dem Vorgehen der Donaumonarchie nach Möglichkeit anschließen. Bei dieser Politik hatte das Ministerium sogar die Opposition hinter sich; Gladstone billigte sie ausdrücklich in einem Artikel der „Daily News" vom selbigen Tage.

Die Unterscheidung, die Salisbury zwischen Bulgarien und Konstantinopel machte, war lediglich ein Zeichen seiner Mattherzigkeit, — denn rückten die Russen in Bulgarien ein, wer konnte dann noch auf die Dauer für Konstantinopel und die Meeresengen garantieren? Das war ein Mangel an Energie, der Bismarck in seiner Vorsicht bestärkte. Er teilte nicht die Hoffnungen, die Churchill auf die Pforte und Italien setzte. Was jene anbelangte, so meinte er, England habe

sich bereits den Sultan „entgehen lassen“, und was Italien betraf, so notierte er am Rande das einzige Wort: „Trentino?“ Von einem „stillschweigenden“ Einverständnis Deutschlands mit einer Verbindung Österreichs und Englands, um den Russen den Zugang nach Konstantinopel zu verrammeln, wollte er nichts wissen, da Deutschland kein Interesse hätte, diesen den Russen zu verwehren, und auf Churchills entrüstete Frage, ob man Salisbury zutrauen dürfe, daß er sich zurückziehen und seine Alliierten preisgeben würde, hatte er nur die kühle Bemerkung: „Doch! Er tritt dann eben zurück!“ Aber war es gewiß, daß Österreich fest bleiben würde? Von Kalnoky war das zwar anzunehmen; aber er war nicht Österreich-Ungarn, und zumal in Transleithanien waren Kräfte am Werke, die zu aktivem Vorgehen auf dem Balkan im Sinne der englischen Wünsche drängten. Nicht daß Bismarck einer britisch-österreichischen Balkanentente auf jeden Fall abgeneigt war, — etwa ein Jahr später hat er eine solche unter deutscher Ägide und Mitwirkung, also nicht nur, wie Churchill wollte, unter moralischer, sondern auch sogar faktischer Unterstützung Deutschlands selbst stiften helfen; aber damals hatte er in den Ernst, die Entschlossenheit und die Beständigkeit der englischen Politik, auch Salisburys, noch kein Vertrauen. So war denn all sein Sinnen und Trachten jetzt noch darauf gewandt, die Verbindung zwischen dem unzuverlässigen Albion und dem von den Magyaren allzu stürmisch und unbesonnen vorwärts getriebenen Donaureiche zu verhindern. Bisher waren die Entscheidungen Kalnokys noch immer so ausgefallen, wie sie der Kanzler ihm eingab, allerdings nicht immer ohne schweres und zähes Ringen, ohne inneres Sträuben, nicht nur des Ministers, sondern auch des Kaisers Franz Josef. Aber das waren Augenblickserfolge, die immer wieder neue Kämpfe in Aussicht stellten und auch wirklich brachten, und es war sogar zu besorgen, daß der Minister, der sein bester Bundesgenosse war, durch die Ungarn unschädlich gemacht würde. Nur dann schien daher eine befriedigende Lösung des Balkanproblems möglich, wenn es gelang, das Dreikaiserbündnis durch eine grundsätzliche Verständigung zwischen den beiden östlichen Kaiserreichen über den Balkan zu sichern und zu verstärken, und so machte denn Bismarck gerade jetzt einen letzten Versuch, sein Teilungsprojekt, die nord-südliche Demarkationslinie, sowohl in Österreich wie auch in Rußland, zur Annahme zu bringen; in Rußland sollte ein erneuter Besuch des Prinzen Wilhelm beim Zaren für diesen Zweck nutzbar gemacht werden.

Den Anstoß dazu gab eine Zusammenkunft Wilhelms I. und Franz Josefs im Beisein Bismarcks und Kalnokys am 8. und 9. August in Gastein. Daran knüpften sich von seiten der Diplomatie und deren Presse „verschiedene Spekulationen“, welche die öffentliche Meinung Europas teilweise irreführten und zumal an solchen Stellen, wo man der Dreikaiserentente abhold war, zu falschen Schlüssen über deren Festigkeit Anlaß gaben. Vor allem fürchteten der Kaiser und der Kanzler, daß die Gasteiner Begegnung von den Panslawisten und Radikalen Rußlands „in der Verfolgung ihrer antimonarchischen Tendenzen“ ausgebeutet werden möchte, um beim Zaren Argwohn gegen die Intentionen und die Aufrichtigkeit der beiden Mittelmächte zu erregen; daher erachteten sie es für notwendig, „durch einen besonders in die Augen fallenden Akt zu bekunden, daß die Gemeinschaftlich-

keit der Ziele der Politik der Dreikaisermächte und die Befestigung ihrer guten Beziehungen auch in Gastein die Basis ihrer Besprechungen gebildet hätten". Eine passende Gelegenheit dafür bot sich im Zusammenhange damit, daß Mitte September der Zar für die Manöver in die Nähe der deutschen Grenze kam; zur „ostensibelen Betonung der Innigkeit der Beziehungen zwischen den Kaisermächten" sollte der junge Prinz Wilhelm entsandt werden, um ihn zu begrüßen. Seinem Charakter nach war Alexander III. „Darlegungen Gleichgestellter zugänglicher, als Ratschlägen seiner Minister", und der Besuch des Prinzen 1884 in Petersburg hatte auf den russischen Kaiser einen vortrefflichen Eindruck gemacht und diesen mit der Idee des Zusammengehens zu dreien wesentlich vertrauter gemacht. Sofort, noch von Gastein aus, am 10. August, ließ Bismarck in Rußland vertraulich sondieren, ob das Erscheinen Wilhelms bei den Manövern in Polen genehm sein würde. Das Vorhaben rief nun freilich heftigen Widerspruch bei des Prinzen eigenem Vater hervor. In einem Handschreiben bat der Kronprinz Friedrich Wilhelm Bismarck dringend, die Sendung seines Sohnes zu verhindern: dieser besitze noch zu wenig Reife und Erfahrung, um sich über wichtige politische Fragen ein Urteil zu bilden, und so könne seine Reise „nur von Übel sein". Der Kaiser und der Kanzler verharrten bei ihrer Wahl, obwohl der Kronprinz den Wunsch ausdrückte, selbst nach Rußland geschickt zu werden. Bismarck hielt ihn wegen seiner Vorliebe für den Battenberger nicht für geeignet; der Monarch meinte, er sei wegen seiner liberalisierenden Tendenz dem Zaren nicht sympathisch, während für den Prinzen Wilhelm die guten Erfahrungen von 1884 sprächen; auch war seinetwegen bereits in Rußland angefragt worden. Inzwischen erfolgte die Katastrophe in Bulgarien; sie ließ es noch mehr als angezeigt erscheinen, durch die geplante Mission die Einigkeit der Dreikaisermächte über allen Zweifel zu erheben, und zumal nach der Franzensbader Begegnung Bismarcks mit Giers (26./27. August) wurde sie tatsächlich in Europa so aufgefaßt, wie ihre ursprüngliche Bestimmung war, nämlich daß der Meinungsaustausch in Gastein keine Schwenkung der deutschen Politik, sondern die Erhaltung der Dreikaiserentente und damit des allgemeinen Friedens bedeute.

Am 10. September traf Prinz Wilhelm in Brest-Litowsk ein; schon drei Tage später wußte Bismarck an den deutschen Botschafter in Wien zu melden, der Verlauf seiner Besprechungen mit dem Zaren lasse vermuten, daß die ausdrückliche Zustimmung Rußlands zu einem Abkommen, demzufolge diesem der Einfluß in Bulgarien, jenem in Serbien zustünde, d. h. zur Demarkationslinie, erreichbar sei. Allseitig wurde versichert, der Besuch habe, wie der von 1884, ausgezeichnet gewirkt; Giers berichtete: „Alles ist wunderbar gut gegangen." Daß sich der Zar und der Prinz persönlich sehr gut verstanden, ist auch nicht zu bezweifeln, wohl aber, ob die Reise den von Bismarck erhofften politischen Erfolg hatte. Er hatte dem Prinzen den geheimen Auftrag erteilt, Alexander III. mitzuteilen, daß Deutschland gegen ein russisches Vorgehen am Bosporus nichts mehr einzuwenden habe, — das entsprach ja der Lebensaufgabe, wie sie sich der Kaiser gestellt hatte, und des Kanzlers eigenem Teilungsprojekte. Der Zar ging jedoch auf das Angebot nicht ein; kühl erwiderte er: wenn er Stambul nehmen

wolle, so würde er den Kanzler nicht um Erlaubnis fragen; er werde danach greifen, wenn es ihm passe. Er gab die friedlichsten Versicherungen und betonte, er habe keinerlei Absicht, in Bulgarien militärisch zu intervenieren. Wie man sieht, befleißigte er sich der größten Zurückhaltung; aber sicherlich wies er Bismarcks Erbietungen nicht deshalb zurück, weil er nicht Konstantinopel an sich gern gehabt hätte; das beweist ja schon die Bemerkung, er würde es nehmen, wenn es ihm passe. Da waren andere Motive im Spiele. Vielleicht verletzte es sein Selbstgefühl, daß es den Anschein haben könnte, als bedürfe er der Zustimmung Bismarcks: auch hielt er wohl im Augenblick eine mehr abwartende Haltung für geboten, — soeben hatte der Battenberger Bulgarien verlassen, und da mochte er hoffen, daß dieses sich von selbst zu seinen Füßen legen würde. Alle offiziellen und offiziösen Erklärungen, die Giers und andere gerade in jenen Tagen abgaben, sogar die Auslassungen Katkows in der Moskauer Zeitung lauteten dahin, daß Rußland keine militärische Intervention in Bulgarien, geschweige denn eine Okkupation des Landes im Schilde führe. Die Hauptsache jedoch war es, daß der Zar Bismarck nicht traute und von Furcht erfüllt war, daß dieser ihm eine Falle lege. Es scheint, daß der Kanzler damals noch seinen persönlichen Kredit bei Alexander III. überschätzte, und er konnte darin bestärkt werden durch mancherlei Versicherungen, so wenn der derzeitige Botschafter Paul Schuwalow noch einige Wochen später es in Berlin vor dem Grafen Herbert bedauerte, daß sich sein Monarch mit dessen Vater nicht bisweilen nur unter vier Augen unterhalten könnte: „Kein einziger russischer Staatsmann habe Ansehen oder Gewicht beim Zaren. Derselbe habe aber einerseits das unbegrenzte Vertrauen in die Einsicht und die Zuverlässigkeit des Fürsten Bismarck.“ Indessen um dieselbe Zeit wurde in Berlin eine Charakteristik des Botschafters von wohlunterrichteter Seite in Petersburg bekannt: Paul Schuwalow sei „bauernschlau“, für ruhige Verhältnisse auch ein ganz ausreichender Botschafter, für ernste Momente jedoch zu unwissend, zu unerfahren, „und dabei lügt er zu gern, in der gewissen naiven Muschiksart“. Und Peter Schuwalow, der ältere Bruder, der noch vom Londoner Kongreß her bei Alexander III. in Ungnade stand, den dieser wegen seiner besonderen Wahrheitsliebe nicht einmal sehen wollte, sagte dem Botschafter von Schweinitz im November rundheraus, der Kaiser sei nur deshalb nicht zur Okkupation Bulgariens geschritten, weil er glaube, „Fürst Bismarck wolle ihn dazu verlocken“. Wir werden später noch Gelegenheit haben, auf dieses unbesiegbare Mißtrauen des Zaren gegen Bismarck zurückzukommen.

Noch fehlte es damals, unmittelbar nach der Entfernung des Battenbergers, der russischen Politik an einer festen Linie. Das war einmal die Folge der noch ungeklärten Situation, indem man auf freiwillige Unterwerfung der Bulgaren hoffte, sodann der in ihrer obersten Leitung herrschenden Zustände. Giers war aufrichtig geneigt, sich den Bismarckschen Intentionen anzupassen. Ende September hatte er eine Unterredung mit dem deutschen Geschäftsträger Bernhard von Bülow in Petersburg. Indem er darin die Okkupation Bulgariens erneut ablehnte, sprach er sich in einer Weise aus, die, obwohl er das Wort „Demarkationslinie“ vermied, doch den Eindruck erweckte, daß er in der Sache damit einverstan-

den war. Denn auch er erblickte „in der Abgrenzung der Machtsphären Rußlands und Österreichs auf der Balkanhalbinsel das einzige und dauernde Mittel, um einem Zusammenstoß zwischen beiden Reichen vorzubeugen. Der Frieden zwischen Österreich und Rußland kann, offen gesprochen, nur aufrecht erhalten werden, wenn jeder der beiden Staaten sich da, wo der andere nun einmal prädominiert, einer aufrichtigen Abstinenz befleißigt". Die russische Politik befleißige sich, so führte er aus, im Westen trotz aller Versuche, die an sie heranträten, der denkbar größten Zurückhaltung; sie ermahne Montenegro zu Frieden und Ruhe; sie widerstehe allen Lockungen der russenfreundlichen, von den Panslawisten unterstützten Partei in Serbien und habe die verschiedenen Annäherungsbestrebungen des serbischen Königspaares zurückgewiesen, auch jede Verbindung mit den unzufriedenen Elementen in Bosnien und der Herzegowina abgelehnt, — allerdings unter der Voraussetzung, daß Österreich im Osten und zumal in Bulgarien Rußland nicht verhindere, „den ihm dort gebührenden Einfluß auszuüben, auch unter der Hand nicht": sonst würde es schwer sein, die slawophilen Treibereien auf die Länge einzudämmen. Das war nun freilich der wunde Punkt. Gewiß war Giers für seine Person ihnen abgeneigt; aber sie bestürmten den Zaren, und wer konnte sagen, ob es dem Minister, wenn der russisch-österreichische Gegensatz nicht bald endgültig beseitigt wurde, glücken würde, sie zu kreuzen. Denn er war „recht wackelig", nur noch nomineller Leiter des Auswärtigen, ohne wirklichen Einfluß, wurde auch von seinen Kollegen, zumal dem des Innern, dem Grafen Tolstoi, und unter deren wohlwollender Ägide in der nationalistischen Presse heftig bekämpft; furchtsam von Natur, wagte er es nicht, mit dem Kaiser offen zu reden. Und bei diesem selbst entwickelte sich mehr und mehr eine besondere Form der typischen „Zarenkrankheit", entspringend körperlichen Beschwerden infolge Mangels an Bewegung, so daß sein Befinden zwar noch nicht als Geistesstörung zu bezeichnen war, immerhin jedoch zu pathologischen Beobachtungen herausforderte. Sie äußerte sich in einer „jedes Maß übersteigenden Gleichgültigkeit", die ihn alles auf die lange Bank schieben ließ, so daß ihm die Ereignisse über den Kopf wuchsen, und daß er für Ratschläge und Warnungen unempfänglich wurde; dazu gesellte sich außer angeborenem Jähzorn noch eine allmählich angenommene, von seinen Vertrauten, wie Pobjedonoszew und Katkow, geflissentlich genährte Überzeugung von der eigenen Unfehlbarkeit, daher hinwiederum der Einfluß der „Hintertreppe" unter Ausschaltung der offiziellen Instanzen, vor allem von Giers. Das machte sich insonderheit in der Behandlung der bulgarischen Angelegenheit geltend; die Mission Kaulbars war sein eigenes Werk; er fühlte sich dafür selbst verantwortlich, und je mehr sich diese als ein Fehlschlag erwies und mit dem Fluche der Lächerlichkeit bedeckte, um so mehr empfand er sich persönlich blamiert. So erwuchs in ihm ein dumpfer Groll; er warf alle Schuld auf Österreich und auf Deutschland, dem er zürnte, da es nicht jenes genügend im Zaume halte, gleich als ob das Donaureich Deutschlands Vasall wäre. Der Großfürst Wladimir, sein Bruder, sagte geradezu: „Wollten wir dem Zaren in allen seinen Antipathien gegen Österreich den Willen tun, so würden wir Österreich längst den Krieg erklärt haben müssen." Anfang November berichtete Schweinitz aus Petersburg: Auf Alexan-

ders persönliche Gefühle und Gemütsstimmung dürfe Deutschland nicht mehr zählen; aber er merke, daß, wenn auch nicht seine Sicherheit, so doch seine Bequemlichkeit durch ein Zerwürfnis mit Deutschland leiden würden, und es sei ihm angenehm, ein starkes, wahrhaft monarchisches Deutschland neben sich zu haben. Daß es nicht grundsätzliche Abneigung war, aus der er das Anerbieten zurückgewiesen hatte, das ihm Bismarck im September durch den Prinzen Wilhelm machte, ging daraus hervor, daß er noch immer auf Deutschlands Hilfe zur Erfüllung seines sehnlichsten Wunsches hoffte, nämlich die Meeresengen in seine Gewalt zu bekommen. Unter den „Idiosynkrasien", die ihn beherrschten, war eine der stärksten sein Haß gegen Österreich. Auf Eingebung von Pobjedonoszew war er der Überzeugung, daß dieses nicht mehr lange bestehen könne, und er ließ sich auch nicht ausreden, daß das Neue Reich dessen deutsche Provinzen haben wolle und nehmen müsse; er hatte auch nichts dagegen einzuwenden, vorausgesetzt, daß Rußland Galizien bekäme. Die Vorgänge, die sich nunmehr, im Herbst 1886, in Österreich-Ungarn abspielten, bestärkten ihn immer mehr in seinem Widerwillen gegen die Donaumonarchie und in seinem Begehren, Deutschland von ihr abzuziehen, sowie das bisherige Verhältnis zu dreien in ein solches zu zweien, wenn nicht gegen, so doch wenigstens ohne Österreich zu verwandeln.

Immerhin bei Rußland hätte Bismarck wohl noch mit seiner Idee der Demarkationslinie durchdringen können, wenn er nämlich das Einverständnis Österreichs beizubringen vermochte; aber eben dies, wofür er schon seit so langen Jahren mit unverdrossenem Eifer gewirkt hatte, durch stets wiederholten Mißerfolg nicht abgeschreckt, erwies sich jetzt endgültig als unerreichbar. Sobald er aus den Besprechungen zwischen dem Zaren und dem Prinzen Wilhelm den Eindruck gewonnen hatte, daß die Abgrenzung der Interessensphären auf dem Balkan in Petersburg durchzusetzen sei, klopfte er (13. September) eben deshalb von neuem auch in Wien an: „Die Frage des Einflusses in Bulgarien scheint mir für den österreichischen Kaiserstaat nicht von hinreichender Wichtigkeit, um ihretwegen den Frieden Europas in Frage zu stellen. Auf das Gebiet der Frage, ob und inwieweit ungarische Parlamentsmajoritäten mit der vorgeschlagenen Politik einverstanden sind, glaube ich nicht eingehen zu sollen; denn ich betrachte es als eine Unmöglichkeit, die auswärtige Politik irgendeines großen Landes, und namentlich die des Deutschen Reiches, den Stimmungen und Fraktionen eines Parlamentes unterzuordnen, mag es der deutsche oder ungarische Reichstag sein." Damit berührte er die Hauptschwierigkeit. Eben aus dieser Zeit (18. Oktober) hören wir von Hohenlohe: „Bismarck hat vorgeschlagen, Rußland solle sich mit Österreich verständigen und eine Demarkationslinie in der Theorie feststellen, so daß der westliche Teil der Balkanhalbinsel dem österreichischen, der östliche dem russischen Einfluß vorbehalten bleibe. Österreich sei aber der Ungarn wegen nicht auf den Gedanken eingegangen. Es bleibe immer das Bestreben Bismarcks, den Konflikt zwischen Österreich und Rußland zu verhindern. Kalnoky habe eine Zeitlang gewackelt, sitze aber wieder fest." Nicht nur bei Kalnoky trat der Kanzler für sein Projekt ein, auch bei Franz Josef selbst. Mehrfach setzte er diesem auseinander, ob nicht ein Rußland mit einem Fuße in Sofia und Konstantinopel schwächer sei,

als ein solches mit der Direktion nach Krakau, es müßte denn sein, daß Österreich selbst Stambul wolle. Der Kaiser begriff denn das auch militärisch und gestand es für seine Person zu. Trotzdem war es nicht möglich, die Widerstände zu überwinden, die sich dagegen erhoben, und zwar hauptsächlich wegen des Widerspruches der Ungarn.

Der kurze Bericht Hohenlohes, den wir soeben wiedergaben, spiegelte den Hergang der Dinge, wie er sich jetzt in der Doppelmonarchie abspielte, getreulich ab. Selbst wenn die Wiener Regierung von sich aus Bismarck hätte folgen wollen, so hätte sie es aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung, zumal in der östlichen Reichshälfte, nicht tun können. Schon seit einiger Zeit wurde die im Geleise Bismarcks befindliche Politik Kalnokys von den Magyaren ziemlich einmütig verurteilt, am schärfsten von der Opposition; aber auch das transleithanische Ministerium konnte sich der allgemeinen Strömung nicht entziehen. Sie wurde einer scharfen Kritik unterworfen, die sich nicht nur auf das Dreikaiserbündnis, sondern sogar auf die Allianz mit Deutschland erstreckte: jenes schädige das Donaureich, weil Deutschland dadurch gehindert werde, der im Orient uninteressierte Verbündete zu bleiben, und nicht mehr, wie früher, hauptsächlich die österreichischen, vielmehr jetzt auch die russischen Interessen berücksichtigen müsse; dadurch würden der eigenen Orientpolitik Fesseln angelegt und der Wert des Zweibundes gemindert. Zum Sprecher dieser Anschauungen machte sich Andrassy; er vertrat sie in einer Denkschrift vor dem Kaiser. Wie wir bereits hörten, hatte er ja seine Haltung gegenüber Bulgarien von Grund aus gewechselt; er wollte jetzt Rußland vom Balkan ganz und gar verdrängt und die Hegemonie Österreichs im Orient aufgerichtet wissen. Die Presse, auch Zisleithaniens, vor allem jedoch Transleithaniens, sowie dessen führende Politiker bliesen in das gleiche Horn und überboten den Stifter der österreichisch-deutschen Allianz, sichtlich vom Streben getragen, durch diesen Kalnoky zu verdrängen und zu ersetzen, noch bei weitem mit ihrer Polemik: Bei jeder Kollision des österreichischen und russischen Interesses ergreife Deutschland nicht die Partei des ersteren, sondern des letzteren; Deutschland habe zwei Verbündete, Österreich nur einen halben; wenn das Bündnis mit Deutschland in der Praxis darauf hinauslaufe, daß Österreich-Ungarn immer vor Rußland zurückweichen müsse, so verlange es allzu große Opfer und gezieme nicht einer Großmacht; es müsse ihm seine alte Bedeutung zurückgegeben werden, nämlich unmittelbare Unterstützung der Wiener Orientpolitik. Ende September wurde diese zum Gegenstande einer großen, mehrtägigen Debatte im Pester Reichstage gemacht; von allen Seiten, auch durch den Ministerpräsidenten, den Grafen Tisza, wurde mit Entschiedenheit betont, daß kein fremdes Protektorat auf der Balkanhalbinsel geduldet werden dürfe. Kalnoky selbst sah bereits seine Stellung erschüttert und machte kein Hehl daraus, daß er möglicherweise in die Lage kommen könnte, die Geschäfte niederzulegen; noch gab er freilich die Hoffnung nicht auf, vom Vertrauen des Kaisers getragen, „daß es ihm trotz alledem gelingen werde, den Sturm niederzuhalten“. Darüber bestand allerdings an den offiziellen Stellen in Wien kein Zweifel, daß eine Okkupation Bulgariens durch Rußland als der erste Schritt seiner Festsetzung am Balkan und als eine

Gefahr für die Monarchie betrachtet werden würde: „Geschähe dies (was ja vorläufig glücklicherweise als ausgeschlossen erscheine), so würde eine Regierung, die hierzu schweigen würde, unmöglich sein; Herr von Tisza [der ungarische Ministerpräsident] wie Graf Kalnoky würden dies nicht vertragen."

Tief und schmerzlich empfand es der Kanzler, daß seine Kreise also gestört wurden, und er ließ es nicht an Mahnungen und Warnungen fehlen, um Kalnoky bei der Stange zu halten, sowie an kalten Wasserstrahlen in seiner diplomatischen Korrespondenz und in der offiziösen Presse, um die chauvinistische Hitze der Magyaren zu dämpfen. Indem er die Vormachtstellung der Russen in Bulgarien für berechtigt erklärte, wies er es weit von sich, Deutschlands Kräfte in Vorspann für egoistische ungarische Zukunftspläne zu stellen, da das Bündnis der Mittelmächte „nur Assekuranz des Besitzstandes, nicht Erwerbsgenossenschaft sei". Wenn man in Ungarn einen Krieg gegen Rußland nicht fürchten zu brauchen glaubte, so fertigte Bismarck solch leere Prahlerei mit den scharfen Worten ab: „Dann führe man ihn! aber auf eigene Rechnung oder mit England! Wir haben nur das gemeinsame defensive Interesse; hier aber liegt ungarischer Ehrgeiz vor und Andrassyscher." Die Vorwürfe der magyarischen Opposition, daß der Zweibund den österreichisch-ungarischen Interessen nicht genüge, rührten ihn nicht; er tadelte es, daß sich Österreich den ungarischen Reichstag über den Kopf wachsen lasse: „Mit Leuten wie Apponyi, welche etwa unserm Windthorst und Richter entsprechen, haben wir kein Bündnis, sondern mit der durch Graf Kalnoky vertretenen Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Österreich." Als ihm geklagt wurde, daß unter seiner Balkanpolitik die Allianz in Österreich leide, erwiderte er, um so weniger dürfe sich Deutschland die Russen entfremden: „Die [ungarischen] Zeitungen und Interpellanten sind so dumm, daß sie nicht merken, wie ihr Gebahren uns näher an Rußland drängt, oder so bös gesinnt, bzw. bestochen, daß sie das gerade wollen." Anfang Oktober stellte er in Wien vor: Eine Okkupation Bulgariens durch Rußland wäre kein Angriff auf Österreich und falle nicht unter die Bestimmungen des Bündnisvertrages, sie entspreche vielmehr dem Sinn des Berliner Vertrages und des Traktates zwischen den drei Kaisermächten, vorausgesetzt, daß darüber vorher eine Verständigung zwischen ihnen erzielt würde, wobei er für einen darauf gerichteten Anspruch Rußlands eintreten würde. Er frug bei Kalnoky an, ob es nicht möglich wäre, da über den Zweibund von 1879 soviel gesprochen würde, obgleich er geheim wäre, offen zu erklären, daß er nur defensiver Art sei: „Die Tragweite des Bündnisses wäre überschätzt worden, und nun würde es vilipendiert, weil es den fälschlich gehegten Erwartungen nicht entspräche." Er bedauerte es, daß Tisza sich nicht in diesem Sinn in seinem Parlament aufklärend geäußert habe, und hielt es für notwendig, dies im deutschen Reichstage zu besorgen, „weil die Überschätzung der Tragweite des Bündnisses geradezu gefährlich sei und durch Erregung von Enttäuschungen und Verstimmungen unser Verhältnis unsicher erscheinen lasse". Anfang November machte Herbert Bismarck in einem Gespräche mit dem österreichischen Diplomaten von Tavera kein Hehl daraus, daß es den Krieg bedeute, wenn sich die beiden Ostmächte nicht auf der Grundlage der Demarkationslinie über den Balkan zu

einigen vermöchten: „Wenn man den Russen den Besitz von Konstantinopel nicht gönnen will, dann bleibt freilich keine andere Lösung als eine solche mit dem Schwerte übrig.“ Er führte seinem Partner zu Gemüte, was die Folgen eines solchen Kampfes sein würden, selbst wenn er für Österreich siegreich verlaufen sollte, indem er ihn an die Lage nach dem Krimkriege erinnerte: „ohne Rußlands jahrelange feindliche Haltung würde Österreich weder Italien verloren haben noch zum Dualismus gedrängt worden sein“. Er hätte hinzufügen können, daß Österreich dann auch schwerlich aus Deutschland ausgeschlossen worden und das Neue Reich zustande gekommen wäre; aber an diese Wunde wollte er wohl nicht rühren.

Mit wachsender Deutlichkeit wurde es offenbar, daß die Abgrenzung der Interessensphären auf der Halbinsel eine Utopie war; alle Versuche des Kanzlers, seinen Teilungsplan in Österreich-Ungarn mundgerecht zu machen, prallten hier ergebnislos ab. Je länger, um so weniger konnte er sich dieser Erkenntnis versperren, und so erwog er denn bereits damals in seinem ruhelosen Geiste andere Eventualitäten, welche die Demarkationslinie teils zugunsten, teils zuungunsten Österreichs verschoben, letzten Grundes schließlich aber doch immer wieder Partei für Österreich ergriffen. In einer Unterredung mit dem Kronprinzen Mitte September sagte er, „es sei ein Glück, wenn Rußland Konstantinopel und die Balkanhalbinsel bekomme, dann sei es geschwächt“. So hat er wohl auch an eine föderative Vereinigung aller Balkanvölker von der Ostgrenze des rumänischen Stammes bis zur Bucht von Cattaro gedacht, nach dem Muster der deutschen Reichsverfassung in ähnlicher Anlehnung an Österreich-Ungarn wie die deutschen Bundesstaaten an Preußen; er motivierte das mit Österreichs Recht auf die Donau, das deren Mündung nicht den Russen preisgeben dürfe. Allerdings auch in diesem Falle sollten die Russen Konstantinopel und die Meeresengen bekommen; denn wie Österreich-Ungarn der Schlüssel der Donau zum Schwarzen Meer gebühre, so Rußland zur Sicherung seiner südlichen Küste der Verschluß des Schwarzen Meeres gegen das Mittelmeer. Wenn er österreichischer Minister wäre, so ließ er sich vernehmen, würde er die Russen nicht hindern, sondern sogar eher ermutigen, in der Richtung nach Stambul vorzugehen; dann jedoch, wenn diese dahin vorgestoßen und etwa in Bulgarien einmarschiert wären, müßte Österreich „deployieren“; denn dort erst sei der Russe angreifbar, man habe ihn dort „in der Schere“, und man könne ihn dann zu einer Verständigung nach den oben erwähnten Gesichtspunkten zwingen. Deutschland müsse sich dabei, so fand er, zurückhalten; eben dadurch gelange es in eine vorteilhafte Situation, wenn die Russen, physisch oder diplomatisch, sich in Konstantinopel festsetzten und es zu verteidigen hätten: „Wir würden dann nicht mehr in der Lage sein, von England und gelegentlich auch von Österreich, als Hetzhund gegen russische Bosporusgelüste ausgebeutet zu werden, sondern abwarten können, ob Österreich angegriffen wird und damit unser casus belli eintritt.“ England allein hielt er für unfähig zu einem Angriff auf Rußland und daher willens, jemanden anders vorzuschieben, der im britischen Interesse dieses Geschäft besorge: eben das sollte vermieden werden, indem sich Rußland und Österreich auf diese Weise verständigten, —

das war ein Schlag auch gegen Großbritannien, das dann mit seiner „Kastanientheorie“ unschädlich gemacht wurde. Aber auch wenn sich die Österreicher darauf einließen, so war es doch vorauszusehen, daß die Russen niemals aus freien Stücken in eine Gestaltung der Dinge auf dem Balkan einwilligen würden, die jenen die ganze Halbinsel, ihnen selbst jedoch nur eine isolierte Stellung an den Meeresengen zuwies, die gänzlich in der österreichischen Machtsphäre gelegen war, und deren Behauptung für sie durchaus vom österreichischen Wohlwollen abhängig war. Bismarck rechnete ja selbst damit, daß sie nur in äußerster Not und Bedrängnis dazu zu bringen wären, eventuell durch einen Krieg, in den sich Deutschland dann, wenn der casus foederis gekommen oder konstruierbar wäre, einmischen sollte. Als der Zar das Angebot Konstantinopels durch Bismarck ablehnte, waren bei ihm vielleicht Ahnungen mit im Spiele, daß daraus Konsequenzen erwachsen könnten, die Rußland in Verwicklungen und Gefahren solcher Art zu stürzen vermöchten, und bei den geheimen Hintergedanken, die Bismarck erfüllten, ist die Vermutung keineswegs unberechtigt, daß er einen ähnlichen Gang der Ereignisse dadurch bewirken wollte, — war er doch der Meinung, daß Österreich selbst in seinem eigenen Interesse Rußland auf diese Bahn drängen sollte.

Die Voraussetzung für alle diese Projekte, wie es auch immer mit der Aussicht auf Erfolg für sie bestellt sein mochte, war eine wenngleich vielleicht nur vorübergehende, so doch zuvörderst unbedingt erforderliche Verständigung zwischen Rußland und Österreich. Am 13. November hielt Kalnoky in Pest auf der Tagung der österreichischen und ungarischen Delegationen eine große Rede; zwar betonte er darin die Friedfertigkeit Österreichs, ließ aber darüber keinen Zweifel bestehen, daß dieses keine Schädigung der durch Europa den Bulgaren gewährleisteten Selbständigkeit gestatten würde, indem er unter Anspielung auf die Mission Kaulbars ausführte: „Wenn Rußland beabsichtigt oder versucht hätte, einen Kommissär nach Bulgarien zu entsenden, welcher mehr oder weniger die Regierung des Landes an sich genommen hätte, oder wenn es zu einer militärischen Okkupation, sei es der Küstenplätze oder des Landes selbst, geschritten wäre, so wären dies Akte gewesen, welche uns unter jeder Bedingung zu einer entschiedenen Stellungnahme gezwungen hätten.“ Unter dem Druck der magyarischen Opposition hatte er diese Worte gesprochen; aber angesichts des damals bereits erkennbaren Scheiterns der Kaulbarsschen Sendung und der Tatsache, daß eine Okkupation Bulgariens bisher noch nicht in Angriff genommen oder ernstlich ins Auge gefaßt worden war, indem jetzt sogar die Panslawisten von ihr als „einer Mausefalle“ abrieten, waren sie überflüssig. Gerade jetzt war es zwecklos, den Russen Verletzendes zu sagen und so den moskowitischen Stier gegen sich aufzureizen. Die nächste Wirkung bestand darin, daß man sich nunmehr in Petersburg dazu entschloß, die Front ausschließlich gegen Österreich zu kehren. Zwar war ein sofortiges Vorgehen noch nicht zu erwarten, teils weil der Gedanke an Krieg dem Zaren „doch höchst unheimlich“ war, teils weil man Deutschland noch hinter Österreich fürchtete; aber es griff doch an der Newa eine nachhaltige Verstimmung gegen das Wiener Kabinett Platz, und Giers äußerte in der ersten Erregung gegen Schweinitz: „Aller Haß richtet sich gegen Österreich: man wird

Lord Salisbury, England und selbst Bulgarien vergessen.“ Es war fortan „der leitende Gedanke, daß man sich jenseits der Donau nicht engagieren, im Schwarzen Meere sich keinen Gefahren aussetzen, einer Berührung mit der türkischen Armee ausweichen und England desinteressieren wolle, um im geeigneten Moment alle Kräfte gegen Österreich verwenden zu können“. Der Wunsch, den man schon früher gehegt hatte, auch Deutschland von Österreich abzuziehen, steigerte sich; das Dreikaiserbündnis war jetzt innerlich endgültig gesprengt, und es konnte den Anschein erwecken, als ob er keine bloße Illusion mehr bedeute, da auch die deutsch-österreichische Allianz durch das Verhalten der Ungarn ernsthaft bedroht war. Bei derselben Gelegenheit holte Andrassy zu einem wuchtigen Schlage gegen die Dreikaiserentente aus, der auch den Zweibund der Mittelmächte streifte. Er bezeichnete sie als eine unnatürliche und unhaltbare Gruppierung, die nicht nur Österreich nichts nütze, sondern auch Deutschland in eine unmögliche Stellung bringe, wie er sich ausdrückte: „Kurz, infolge der Schwierigkeit dieses Verhältnisses zu dreien kam Deutschland nach meiner Ansicht in eine so ganz unmögliche Stellung, in welcher auch die Ausnahmestellung des Fürsten Bismarck seiner — ich kann es nach langjähriger Erfahrung mit fester Überzeugung bestimmt behaupten — nach beiden Seiten hin gleich ehrlichen Vermittlung nicht mehr genügen konnte.“

Damit hatte Andrassy den Nagel auf den Kopf getroffen. Auch Bismarcks diplomatische Kunst scheiterte schließlich an dem unlösbaren Problem, zwischen den österreichischen und den russischen Balkanaspirationen einen dauernden Ausgleich zu schaffen. Er hielt das Auftreten Andrassys „für eine große Kalamität“. „Es begreift sich wohl,“ so umschrieb Graf Herbert die Auffassung seines Vaters, „daß Graf Andrassy vom ungarischen Standpunkt aus vorziehen würde, gegen Rußland Krieg zu führen, wenn er darauf rechnen kann, das deutsche Heer im ungarischen Gefolge zu haben. Unsere Interessen sind aber andere und machen für uns den Frieden mit Rußland zu einer wichtigeren Sache, als es diejenige Frage für die Ungarn ist, wegen welcher letztere den Krieg mit Rußland wollen. Die Maßlosigkeit der Ansprüche, welche Graf Andrassy an unser österreichisches Bündnis stellt, das Verlangen einer vollständigen Einstellung des Deutschen Reiches in den Dienst ungarischer Wünsche muß uns für die Fortsetzung des Bündnisses sehr bedenklich machen. Wir beabsichtigen nicht, durch das Bündnis uns an einen ungarischen Kometenschweif zu binden, sondern einen regelrechten Kreislauf in berechenbaren Dimensionen herzustellen.“ So zeigte sich, wenngleich noch in recht weiter Ferne, doch bereits das vom Zaren so sehnsuchtsvoll angestrebte Ziel, die Eventualität eines Aufhörens des österreichisch-deutschen Zweibundes, demzufolge sich Österreich ohne den schützenden Rückhalt auf das Deutsche Reich, mit Rußland messen mußte, als letzte Konsequenz der Unmöglichkeit, beim Auftreten der Magyaren zu einer wenigstens einstweiligen Verständigung der beiden östlichen Kaiserreiche über die Balkanhalbinsel zu gelangen. Und den Traum, den österreichisch-russischen Gegensatz auf der Grundlage der Demarkationslinie aus der Welt schaffen zu können, mußte der Kanzler nunmehr begraben. Als ihm Mitte November Schweinitz schrieb, der ältere Schuwalow

habe bei ihm geklagt, es „irritiere" in Petersburg, daß man hier immer wieder hören müsse: „Ihr dürft keine Verbindungen in Serbien unterhalten!" notierte Bismarck am Rande: „Österreich hat ebensowenig Lust zu einer Demarkationslinie; es ist also besser, wir verzichten auf diesen Gedanken und ließen ihn stillschweigend fallen. Peter Schuwalow kann man ja sagen, daß wir keinen Wert mehr darauf legen, weil beide Beteiligten dagegen sind." Bald darauf instruierte Graf Herbert den Prinzen Reuß in Wien dahin: „Nachdem wir uns überzeugt haben, daß Österreich sich mit der Teilung der Interessensphären nicht befreunden will, haben wir diesen Gedanken nicht weiter verfolgt, sondern warten ab, ob vielleicht eine andere Auffassung sich geltend machen wird, wenn die Wirkungen der russischen Agitation in Rumänien, Serbien und Bosnien sich geltend machen und das bisher von Rußland im Zaum gehaltene Montenegro gelöst wird." So sollte es in der Folgezeit tatsächlich kommen; aber die Wirkung, die man in Berlin davon erwartete, ist niemals eingetreten.

Die Undurchführbarkeit der Demarkationslinie, die scharfe Wendung Rußlands gegen Österreich, der endgültige innere Bruch des Dreikaiserbündnisses und selbst die Gefährdung der deutsch-österreichischen Allianz, — das waren die Folgeerscheinungen des Ganges, den die Dinge bisher in Bulgarien genommen hatte. Ob der Zweibund halten würde, das hing von der Politik ab, welche Österreich in der Folgezeit trieb, d. h. davon, ob sie vollkommen unter den magyarischen Einfluß geraten würde; daß die grundsätzliche Einigung Rußlands und Österreich-Ungarns über den Balkan ein Unding, und daß die Dreikaiserentente dem Untergang geweiht war, das waren vollendete Tatsachen. Es konnte der taktischen Kunst des Kanzlers geraume Frist wohl noch glücken, durch geschickte diplomatische Züge und Einzelaktionen die Katastrophe hinzuhalten; aber es war doch auch damit zu rechnen, daß die Geister über kurz oder lang wieder gegeneinander losplatzten. Mit erschreckender Deutlichkeit trat es zutage, daß das erneute Dreikaiserbündnis von 1881/84, nicht minder wie sein Vorläufer in den siebziger Jahren, letztlich doch nur ein verfehlter Versuch war, den österreichisch-russischen Balkangegensatz zu überbrücken; mit Mühe und Not war es bisher erreicht worden, ihn einigermaßen zu verhüllen und das Konzert der Dreikaisermächte im Einklange zu erhalten; sobald als er wieder akut wurde, war die Harmonie gestört, und die Lage wurde wieder dieselbe, wie um die Mitte der siebziger Jahre: Deutschland stand wieder vor dem Zwange der Option; es sah sich abermals vor die folgenschwere Frage gestellt, ob es sich im Ernstfalle für Rußland oder Österreich entscheiden solle. Man kann sich vorstellen, wie lebhaft es Bismarck empfand, daß der so mühsam gefügte Bau wieder einzustürzen drohte. Aber noch verzweifelte er nicht daran, daß es gelingen würde, das Äußerste zu verhüten. Er hat in jenen Tagen, als der politische Horizont voll schwerer, finsterer Wolken hing, geäußert: „Er halte den Krieg gegen Rußland für einen durch nichts gerechtfertigten, unmoralischen und antiethischen, und er sei fest entschlossen, einen solchen Krieg um jeden Preis zu hindern. Er erkenne hierin eine ihm gewordene Aufgabe, welche er mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit, mit seiner vollen Willensstärke und mit dem Aufgebot aller ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel zu lösen be-

strebt sein müsse. Er sei überzeugt, daß er dieser Aufgabe vollkommen gewachsen wäre, und würde ein Scheitern dieser seiner Bestrebungen als tiefe Demütigung empfinden." Der Kanzler zweifelte keinen Augenblick daran, daß dem russischen Konflikt sofort der französische folgen werde; daher hatte er stets seinen Einfluß auf Österreich-Ungarn geltend gemacht, sich mit Rußland zu vertragen, und war gesonnen, solange er die Macht in Händen hielt, es auch in Zukunft zu tun.

War er dazu wirklich imstande? Wer wird recht behalten, — er, der sich das zu leisten zutraute, oder Andrassy, der unumwunden bekannte, daß sich hier selbst ein Bismarck des Unmöglichen vermesse? So viel war sicher, daß ein österreichisch-russischer Krieg auf dem Balkan, gleichgültig von welcher Seite er immer in Gang gebracht werden sollte, Deutschland nicht unberührt lassen konnte. Wenn es durch die Schuld Österreichs dahin kam, vermochte Deutschland dann wirklich, wie er in Wien drohte, bis zum Ende, d. h. bis zu einer etwaigen Vernichtung der Doppelmonarchie, neutral zu bleiben? In der zweiten Hälfte des Oktober weilte Paul Schuwalow in Varzin; der Kanzler benutzte die Gelegenheit zu eindringlichen Warnungen, nicht durch übereilte Maßregeln in Bulgarien eine antirussische Koalition heraufzubeschwören. Wie sehr aber jetzt die Lage wieder der vor zehn Jahren glich, vor dem Ausbruch des Russisch-Türkischen Krieges, als Bismarck unmittelbar vor dem Zwange der Option zwischen den beiden andern Kaiserreichen stand, das geht daraus hervor, daß er ungefähr mit denselben Worten die Politik kennzeichnete, zu der sich das Reich im Falle eines russisch-österreichischen Zusammenstoßes genötigt sehen würde:

„Wir könnten in unserem eignen Interesse allenfalls vertragen, daß Rußland oder Österreich im Kriege gegeneinander eine Schlacht verlören, aber wir könnten nicht vertragen, daß eine von beiden Mächten [und das hieß in diesem Falle natürlich Österreich] in ihrer Stellung als Großmacht vernichtet oder doch schwer und möglicherweise tödlich verwundet würde. Wenn wir neutral blieben in solchem uns so unerwünschten Kriege unserer beiden Freunde, so liefen wir Gefahr, demnächst beide zu Gegnern zu haben . . . Das Schicksal Bulgariens, und selbst die orientalische Frage, sei für uns nach wie vor kein Grund, irgendwelchen deutschen Krieg zu führen. Unser Interesse aber an der Erhaltung Österreichs und unserer guten Beziehungen mit ihm sei allerdings groß genug, um uns sehr gegen unsern Willen zum Krieg zu nötigen, wenn die österreichische Monarchie ernstlich bedroht sei."

Es war das alte Lied, der gleiche Text und die gleiche Weise.

* * *

Nicht allein von den Höfen und Kabinetten hing es nunmehr ab, ob Europa zu den Waffen greifen würde; die populären Instinkte und Leidenschaften waren überall aufgepeitscht, und sie trieben, wenn ihnen nicht rechtzeitig unzerbrechbare Fesseln angelegt wurden, zum allgemeinen Zusammenstoße. In Deutschland und England waren sie auch am Werke, aber doch stark durch die Regierungen ge-

bunden; diese bremsten, die deutsche, weil sie überhaupt den Krieg nach Kräften vermeiden, die britische, weil sie abwarten wollte, ob sie einen Vorkämpfer voranschicken könnte. Viel energischer und rücksichtsloser steuerte die öffentliche Meinung in Österreich-Ungarn, Frankreich und Rußland auf den Bruch des Friedens hin, und es war die Frage, ob hier die Staatsleitungen willens und fähig waren, die kriegshetzerischen Elemente im Zaume zu halten; in Österreich-Ungarn war sie unter dem deutschen Druck darum jedenfalls redlich bemüht.

In Rußland war es die panslawistische, in Frankreich die chauvinistische Bewegung, die jetzt, von jeher tätig, mit vermehrtem Nachdruck einsetzten und zum Krieg trieben. Sie betrachteten, diese direkt, jene indirekt, Österreichs und des Balkans halber, Deutschland als ihren gemeinschaftlichen Feind, und sie strebten danach, sich über Deutschland hinweg und wider Deutschland die Hände zum Bunde zu reichen. Im Verlaufe des Jahres 1886 steigerte sich die Hetze in Rußland gegen Deutschland, und zwar war es nach dem Zeugnis von Giers zunächst die „radikale konstitutionelle" Partei, von der sie ausging, wie Bismarck meinte, „in der Hoffnung, daß Rußland Schlachten verlieren werde", daß nämlich nach einem verlorenen Krieg ihr Weizen blühen würde. Dieselbe Tonart schlug die panslawistische Presse an, und mehr und mehr war es der Nationalist Katkow, der in den Vordergrund des journalistischen Feldzuges gegen Deutschland trat, ein Mann, in seiner Art fast so allmächtig wie der Zar, und bei diesem, sowohl direkt, als auch indirekt, durch seine zahlreichen Anhänger und Mittelspersonen am Hofe, vom größten Einfluß. Durch ihn und den Oberprokuror des Heiligen Synods Pobjedonoszew wurde, wie wir wissen (s. o. S. 605) in Alexander III. die Idee von der eigenen Unfehlbarkeit genährt. Jener redete ihm ein, daß kein russischer Herrscher je so stark, weise und von der „russischen Volksseele" geliebt worden sei, als er, und Pobjedonoszew setzte ihm auseinander, „daß Gott in der orthodoxen Kirche wohne, der bestellte Leiter dieser Kirche der Zar sei, und also Seine Majestät der Repräsentant Gottes auf Erden, direkt von Gott inspiriert und unfehlbar". Ursprünglich war Katkow Anhänger der Dreikaiserentente, schon deshalb, weil Rußland, solange noch die Verwicklungen mit England, zumal wegen Mittelasiens, spielten, die deutsche Rückendeckung brauchte. Noch im Sommer 1886 erklärte ihn Peter Schuwalow, der mit ihm öfters zusammentraf, für vollkommen deutschfreundlich; doch führte er damals bereits eine starke Sprache gegen Deutschland. Katkow motivierte diesen Zwiespalt selber vor Schuwalow damit: der Kaiser und Giers sorgten schon dafür, daß man in Rußland deutsche Politik treibe; daher sei es die Aufgabe der Zeitungen, den Deutschen begreiflich zu machen, daß man sich in Rußland eine gewisse Unabhängigkeit der Gesinnung bewahrt habe, und daß man hier sehr wohl wisse, Deutschlands Gefälligkeiten erfolgten nicht aus reiner Liebe, sondern aus Spekulation auf russische Gegendienste. Wiederholt bemerkte er, es empfehle sich sehr, den Deutschen Angst zu machen und ihnen den Glauben an Verstimmungen in Rußland einzuflößen: auf diese Weise würde man von den Deutschen immer mehr erreichen und sie gefügiger finden, als wenn man sie in der Hoffnung belasse, sie hätten auf Rußlands Unterstützung und Sympathien ein geborenes Anrecht. Schuwalow

erachtete diese Auffassung für „etwas kindisch“ und betonte, diese Nörgeleien hätten keine Bedeutung; Bismarck war anderer Ansicht. Er belegte den berühmten Publizisten mit einigen nicht sehr schmeichelhaften Prädikaten, wie „ungeschickt und dumm, Einfaltspinsel, unfähig, Politik zu machen“, und kennzeichnete seine Artikel als recht gefährlich, da sie die öffentliche Meinung in Deutschland aufregten und ihm daher jede russenfreundliche Politik erschwerten: „Drohungen rufen in der großen Politik nicht nur Verstimmungen, sondern auch Gegenverstimmungen hervor, die sich nicht rückgängig machen lassen und die Wege festlegen.“ Auch Giers sprach sich noch Mitte August in Berlin dahin aus, Katkow werde, wie auch der Zar zugebe, „in seinen Angriffen gegen Deutschland mehr von wirtschaftlichen Motiven geleitet, und ständen ihm dabei gewisse undurchführbare Ideale von vollständiger Absperrung gegen das Ausland vor Augen,“ — tatsächlich trugen zur Trübung des russisch-deutschen Verhältnisses Zollstreitigkeiten erheblich bei. Alle Beschwerden über die russischen Preßtreibereien nutzten nichts; Giers entgegnete darauf, daß sie lediglich die allgemeine Unzufriedenheit widerspiegelten, und daß er für seine Person darunter ganz ebenso zu leiden habe. „Von der Zensur ist keine Abhilfe zu erwarten; die Zensoren sind selbst Panslawisten. Ich habe mich oft bemüht, für diese ernste Frage das Verständnis Seiner Majestät des Kaisers zu wecken; unglücklicherweise hält der Kaiser daran fest, daß, was die Zeitungen berichteten, keine Bedeutung habe. Vous savez, cette indifférence absolue de l'Empereur!“ Mochte nun auch Katkow bisher bei seiner antideutschen Kampagne weniger von geradezu deutschfeindlichen, vielmehr auch zum Teil wirtschaftspolitischen Motiven geleitet worden sein, seit der Verschärfung der bulgarischen Krisis wechselte er seine Haltung. Denn er schrieb die Mißerfolge, welche der russischen Politik jetzt beschieden waren, dem deutschen Kanzler zu, der den Dreikaiserbund dazu mißbrauche, um Österreich auf dem Balkan unter Preisgabe der russischen Interessen Vorschub zu leisten. Heftig bekämpfte er die Verlängerung des Vertrags von 1881/84, dessen Ablauf für das folgende Jahr bevorstand; zum Ende des Jahres war er schon so weit, daß er den Krieg mit Österreich einer Okkupation Bulgariens vorzog, und er benutzte seine Beziehungen mit Frankreich, um sich hier publizistisch sekundieren zu lassen.

Katkows Bemühungen fanden in Frankreich eifriges Entgegenkommen; die deutschfeindliche Agitation war auch hier in stetigem Wachstum begriffen. Seit dem Beginn des Jahres 1886 hielt der deutsche Militärattaché, der Oberstleutnant von Villaume, seine Regierung über die maßlose Agitation der militaristischen Presse in Frankreich auf dem Laufenden. Eine Flut von Broschüren erschien, deren Zweck es war, den Krieg zu predigen; die heftigste war die Schrift von Paul Déroulède „Avant la bataille“ (Anfang April 1886); sie forderte in aufreizendem Ton die Revanche für 1870/71, für die Frankreich nunmehr durchaus gerüstet und reif sei, nicht nur mit Elsaß-Lothringen, sondern auch mit der Rheingrenze als Siegespreis. Und schon war der Held gefunden, der das französische Heer und Volk in diesem „heiligen Kriege“ führen sollte: es war der General Boulanger, der Kriegsminister des neuen Kabinetts Freycinet, ein Vetter Clémenceaus und durch diesen zu seinem Posten erhoben, ein ebenso ehrgeiziger und

großsprecherischer, wie auch unentschlossener und unfähiger Mann; bald wurde er für das gesamte Frankreich „die Personifikation seiner Träume von zukünftiger Größe". Er erlangte eine ungeheure Popularität, die durch seine hetzerischen Reden und durch wirksame Chansons gefördert und befestigt wurde. Niemand hat die Revancheidee so verbreitet, wie er; auf seinen Degen bauten sich alle Hoffnungen auf. Noch ehe Katkow, obwohl im Herzen ein abgesagter Feind Frankreichs als der Pflanzschule liberaler und revolutionärer Propaganda, das Bündnis mit Frankreich wegen des Gegensatzes zu Österreich und Deutschland als „eine fatale und unabwendbare Notwendigkeit" zu empfehlen begann, unternahm Déroulède zum gleichen Zwecke im Sommer des Jahres eine Agitationsreise „autour de l'Allemagne" nach Italien, Rußland und Skandinavien; in Rußland wurde er, zumal in Odessa, von den Panslawisten begeistert empfangen, hier jedoch auf den Einspruch Bismarcks hin durch die Regierung an weiterem öffentlichen Auftreten gehindert. Bei der Enthüllung des Denkmals für den General Chanczy, desjenigen der französischen Heerführer, der im Kriege von 1870/71 die Ehre der französischen Waffen am meisten gerettet hatte, in seinem Geburtsorte Nouart in den Ardennen in der Mitte des Juli, löste die Gegenwart des russischen Militärattachés, des Generals Fredericks, stürmische Ovationen für Rußland und die Idee des französisch-russischen Bündnisses aus. Wie schnell sich die Revanchestimmung in Frankreich verstärkte, erhellt aus den Aufzeichnungen Hohenlohes. Noch im Frühjahr 1886 wurde Boulanger als ein „farceur" angesehen, mit dem man nicht zu rechnen brauche, als ein Streber, der lediglich persönliche Zwecke verfolge; im November des Jahres hatte er bereits nicht nur die Massen, sondern auch die Mehrheit der Kammer auf seiner Seite. Clémenceau hing jetzt von ihm ab, und Freycinet hätte es nicht mehr wagen können, sich seiner zu entledigen; sein Ehrgeiz ging so weit, daß er bereits eine Gefahr nicht nur für den Frieden mit Deutschland und in Europa war, sondern auch für den Bestand der Republik. Trotzdem hätte es die Regierung nicht wagen dürfen, ihn aus dem Kabinett auszuschiffen. Sein Sturz wäre als das Grab aller Revanchehoffnungen und als Vaterlandsverrat mit der denkbar größten Entrüstung aufgenommen worden.

Der Gedanke einer französisch-russischen Verbindung lag allzu nahe, als daß nicht Versuche hätten gemacht werden sollen, an seiner Verwirklichung zu arbeiten. Die erste Anregung dazu ging von französischer Seite aus. Das Kabinett Freycinet war gegen die deutschfreundliche Politik Ferrys emporgekommen und sollte nach der Meinung derjenigen, denen es seine Erhebung zu verdanken hatte, die Revanche in Angriff nehmen; Freycinet war auch von sich aus dazu bereit. Im Frühjahr 1886 machte der russische Botschafter Lobanow in Wien, der intime Fühlung mit Frankreich hatte, seinen deutschen Kollegen, den Prinzen Reuß, darauf aufmerksam, daß den Franzosen das Dreikaiserbündnis als Hindernis für ihre Rachepläne außerordentlich verhaßt sei; er fügte hinzu, sie hätten bereits daran gearbeitet, Rußland von Deutschland zu trennen: „Nicht von Propositionen wolle er sprechen, die französischerseits der russischen Regierung gemacht worden seien; aber man ließe keine Gelegenheit vorübergehen, um der russischen Regierung und dem Hofe zu schmeicheln und der Nation den Hof zu machen. Es sei ordentlich wider-

wärtig, dieses französische Gebaren zu verfolgen. Glücklicherweise machten alle diese Versuche dem Kaiser Alexander keinen Eindruck, und würde man in Frankreich sehr irre gehen, wenn man glauben würde, die Sympathien, die in Rußland und namentlich in den höheren Ständen für Frankreich bestehen, könnten irgendwelchen Einfluß auf die kaiserlich russische Regierung haben. Solange das Dreikaiserbündnis fest bestünde, solange würde Frankreich keinen Krieg anfangen." Tatsächlich war Freycinet nicht abgeneigt, die Fühler nach Rußland oder England gegen Deutschland auszustrecken; aber teils Ungeschicklichkeit aus Übereifer, teils die Konstellation, wie sie nun einmal zur Zeit noch gegeben war, die weltpolitischen Differenzen mit Großbritannien, das damals noch unerschütterte Dreikaiserbündnis, verhinderten den Erfolg. Der kolonialpolitische Streit zwischen den beiden Westmächten, insonderheit wegen Ägyptens, verschärfte sich wiederum derart, daß ein offizielles Zerwürfnis zu besorgen war; so wurde es Bismarck leicht, Freycinet, namentlich nachdem Salisbury wieder ans Ruder gekommen war, in London den Rang abzulaufen. Mit dem Zaren geriet Freycinet Anfang 1886 wegen unkluger Behandlung diplomatischer Fragen und wegen innerpolitischer Maßregeln, nämlich wegen der Begnadigung des nihilistischen Fürsten Krapotkin, der 1883 wegen seiner Umtriebe in Lyon zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden war, desgleichen im Juni wegen der Verbannung der Prinzen aus früheren Herrscherfamilien, in solchen Zwist, daß monatelang der diplomatische Dienst in Paris und Petersburg durch einfache Geschäftsträger besorgt wurde. Im Sommer des Jahres charakterisierte Alexander III. die französische Regierung als „ignoble gouvernement et canailles"; er hegte gegen Frankreich eine „tiefe Verachtung". Der Generaladjutant Tscherewin, sein Vertrauter und sein Sprachrohr, ließ sich über Frankreich in den wegwerfendsten Ausdrücken aus: „Frankreich ist ein stinkendes Aas. Es wäre eine Narrheit, sich mit ihm zu verbünden. Ich glaube keineswegs an Frankreichs Zukunft; es wird das Schicksal Polens teilen." Ähnlich äußerte sich im Gegensatz zu den übrigen slawophilen Blättern das Hoforgan, der „Grashdanin"; er nannte Frankreich ein „liederliches, verkommenes Frauenzimmer, das, bevor es krepiert, noch durch Schamlosigkeit von sich reden machen will", und den General Boulanger einen frechen, verlogenen und ehrlosen Schurken. Der Zar machte aus seinem Herzen gar keine Mördergrube. Er sprach sich über die Republik in der heftigsten, beleidigendsten Weise aus, so z. B., daß er überhaupt keinen Botschafter mehr von ihr empfangen und keinen Verkehr mit ihr durch Botschafter mehr unterhalten wolle; dabei mußte er annehmen, und es schien auch so seine Absicht zu sein, daß diese Äußerungen in Paris zur Kenntnis kommen sollten.

Es sah nicht so aus, als sei das der Boden, auf dem eine solche Saat gedeihen könnte, wie sie von den nationalistischen Agitatoren jenseits der Vogesen und der Weichsel gewünscht wurde; gleichwohl waren Kräfte am Werke, sie auszustreuen. Im August wurde von russischer Seite in Paris „angebandelt"; es handelte sich dabei allerdings nicht um Leute in offizieller Stellung, sondern um untergeordnete Agenten, wie den Journalisten Zagulejew und den ehemaligen Diplomaten Katatazi. Tatsächlich fanden Ende August und Anfang September,

wie der Graf Münster aus britischen und italienischen Diplomatenkreisen in Paris erfuhr, russische Sondierungen daselbst statt, nicht durch die Botschaft, sondern durch Vertrauenspersonen; sie erschienen Freycinet so wichtig, daß er den Präsidenten Grévy, der nicht in der Hauptstadt anwesend war, veranlaßte, dahin zu kommen und einen Ministerrat abzuhalten. Die russischen Eröffnungen bezogen sich zunächst auf Ägypten, wofür Frankreich Unterstützung zugesagt wurde; sie enthielten aber auch das Angebot einer weitergehenden Allianz für den Kriegsfall. Nach Mitteilungen des bekannten Times-Korrespondenten Blowitz rieten Boulanger und einige andere Minister zur Annahme der Vorschläge; Boulanger hielt eine Rede, die mit den Worten endigte: „Sie können auf die Armee zählen; es fehlt ihr kein Knopf." Freycinet antwortete ihm sehr kalt, das seien Redensarten, die an die bekannten Phrasen des Marschalls Leboeuf von 1870 erinnerten, und er werde sich auf keine Politik der Abenteuer einlassen; Grévy und die Mehrheit des Conseils stimmten ihm bei, und so wurde die Zurückweisung beschlossen. Münster erachtete die Nachricht im Hinblick auf seine britischen und italienischen Gewährsmänner als glaubwürdig; Bismarck stand ihr fraglich gegenüber und hielt sie für Blowitzsche Erfindungen. Aber bald darauf wußte Münster zu melden, daß der Zweifel nicht berechtigt sei, und daß die Bemühungen trotz des kühlen und abschlägigen Bescheides Freycinets fortgesetzt würden. Daß die Sache ihre Richtigkeit habe, wurde dadurch bestätigt, daß der französische Minister selbst Anfang November dem Grafen Münster davon erzählte, indem er hinzufügte, daß der Antrag von einem Vertrauten des Kaisers Alexander gemacht, und daß er durch ihn selbst in höflicher und verbindlicher Weise, aber durchaus ablehnend beantwortet worden sei. Er gab dabei seiner Überzeugung Ausdruck, daß Giers nichts davon gewußt habe, berichtete indessen weiter, es sei ihm erst noch kürzlich im Auftrag des Zaren (Münster meinte zu hören, durch ein Mitglied der kaiserlichen Familie) gesagt worden, dieser wünsche die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen durch die Botschafter. Freycinet gab dabei der Besorgnis Ausdruck, daß der Geistes- und Gemütszustand des Zaren, der jetzt die auswärtigen Geschäfte seines Reiches anscheinend ganz allein und mit Umgehung seines Auswärtigen Amtes führe, gestört sei. In der Tat kursierten Gerüchte dieser Art, und der Ministerpräsident glaubte entweder ernstlich an diese Möglichkeit, oder er erblickte „in diesem allerdings rätselhaften Benehmen eine Falle". Weder das eine noch auch das andere traf zu. Der russische Fühler war nicht nur ohne Wissen von Giers, sondern auch Alexanders III. ausgestreckt worden. Schweinitz hatte vollkommen recht, wenn er es bezweifelte, daß der Kaiser von dem ganzen „Schwindel" etwas wüßte; er gab der Vermutung Raum, daß Katkowsche Agenten den kaiserlichen Namen gemißbraucht hätten. Später war man in Berlin der Ansicht, daß der russische Generalstabschef Obrutschew und seine Frau, eine Französin von Geburt, „offiziös, aber ohne höheren Auftrag" die erwähnten Sondierungen in Paris angezettelt hätten. Ähnliche Manöver spielten übrigens gleichzeitig (im September) in Rom; hier wurde von russischer Seite die Frage von Triest und Trient berührt, und es wurden Anerbietungen in dieser Richtung gemacht. Zum Ende des Jahres hielt Bismarck es für geraten, Giers von den Er-

öffnungen Kenntnis zu geben, die Freycinet dem Grafen Münster gemacht hatte; der Russe brach in hellen Zorn aus, erklärte sie für elende Verleumdungen, zumal was die angebliche Mitwirkung des Zaren anbelangte, und versicherte, auch die Wiederbesetzung des französischen Botschafterpostens in Petersburg sei lediglich auf seine eigene Initiative, nicht die des Kaisers, und ohne Teilnahme eines Mitgliedes der kaiserlichen Familie infolge des inständigen Flehens der Franzosen erfolgt.

Trotz der populären Instinkte und Kräfte, die hinter ihnen standen, hatten die russisch-französischen Annäherungsbestrebungen bisher nicht weiter als zu bloßen unoffiziellen „Anbandelungen" geführt. Die wirklich leitenden Männer standen ihnen fern, vor allem derjenige, auf welchen alles ankam, nämlich der Zar, und mochten auch die französischen Staatsmänner tatsächlich den Versicherungen trauen, daß eben dieser hinter den Vorschlägen stecke, die an sie herangetragen wurden, so konnten sie sich doch nicht verhehlen, daß es sich bei den russischen Mittelsleuten um „Interloopers" handelte, die leicht desavouiert werden konnten. Freycinet gab ja selbst vor Münster zu verstehen, daß ihm etwas an der Sache nicht zu stimmen scheine, indem er entweder an eine Geistesgestörtheit Alexanders oder an eine russische Falle dachte, — hätte er den Allianzantrag wirklich für ernst und erfolgverheißend genommen, so hätte er ihn sicherlich nicht gerade Münster mitgeteilt. War der Zar wirklich mit im Spiele, so mußte er ja durch solche Indiskretion tödlich beleidigt werden, wenn sie ihm zu Ohren kam, und daß das geschah, dafür sorgte Bismarck, womit gerechnet werden mußte; immerhin löste die Kunde von den Freycinetschen Erzählungen bei Giers und dem Zaren die tiefste Entrüstung aus. So konnte der Kanzler in der ostentativen Vertrauensseligkeit des französischen Ministerpräsidenten im besten Falle nicht viel anders sehen, als ein plumpes Manöver, auf die deutsche Politik durch billige Mittel einen guten Eindruck zu machen, indem er dieser vorspiegelte, er habe die Trauben nicht pflücken wollen, die in Wahrheit so hoch hingen, daß er nicht an sie heranzureichen vermochte, wie gerne er sie auch immer von sich aus hätte haben mögen. Einerseits mußte das den Kanzler zu äußerster Vorsicht mahnen; andererseits aber wuchs ihm daraus eine tröstliche Sicherheit, nämlich daß sich Frankreich momentan sehr schwach fühlen mußte, wenn es nötig hatte, Deutschland zu umschmeicheln und sein Wohlwollen für sich zu gewinnen.

So war es auch. Die französische Politik war im Innern und nach außen in eine Sackgasse geraten, aus der sie keinen Ausweg mehr fand. Die Geister der Revanche, die Freycinet gerufen hatte, wurde er jetzt nicht mehr los, und sie wurden ihm selber nunmehr unbequem. Wenn Boulanger Deutschland bedrohte, so doch auch zugleich die Republik. Der Präsident Grévy war friedlich gesinnt; er wußte, „daß ihn ein siegreicher General sofort aus dem Elysee hinauswerfen würde", und er verhehlte sich auch nicht, daß ein unter ihm begonnener Krieg, der mit seiner Niederlage ende, „ihn mindestens seine Stellung kosten müßte". Schon aus inneren Gründen war somit der Rachekrieg für Freycinet nicht möglich, wie sehr er sich auch immer nach ihm sehnen mochte, und noch viel weniger aus Rücksicht auf die internationale Lage; diese zwang ihn vielmehr geradezu, An-

lehnung an Bismarck zu suchen. Denn er sah sich in Europa vollkommen isoliert. Bei Italien klopfte er vergebens an; das verriet seine Annäherungsversuche im Gegenteil nach Berlin. Was Rußland anbelangte, so zeigte sich zwar im Laufe des Oktober die Aussicht auf eine leichte Besserung. Im Hinblick auf die bulgarischen Ereignisse des Spätsommers trat man in St. Petersburg etwas weniger schroff auf, und Giers war wieder zur Herstellung des regelrechten Botschafterverkehrs bereit. In Paris wurde solches Entgegenkommen insofern belobigt und dankbar erwidert, als sich in der Kammer Stimmen erhoben, welche die Unterstützung Rußlands in Bulgarien, die dauernde Entfernung des Battenbergers und die Nichtanerkennung von Regentschaft und Sobranje befürworteten. Alles hätte Rußland von den Franzosen verlangen können; aber der Zar wollte nicht, und wie sehr sie auch vor ihm platt auf dem Bauche lagen oder auf den Knien rutschten, er mochte sie nicht, und Freycinet war innerlich selbst so sehr davon überzeugt, daß die Russen nicht für ihn zu haben waren, daß er sich sogar bei Münster, d. h. bei Bismarck, Gewißheit über ihre Intentionen zu verschaffen trachtete. Und ganz unerträglich war das Verhältnis zu England. Schon seit Jahresfrist fand in Konstantinopel ein bewegtes und wechselvolles Intrigenspiel zwischen dem hier als englischem Spezialbevollmächtigten für die ägyptischen Angelegenheiten weilenden Sir Drummond Wolff und dem französischen Botschafter statt, und je mehr es augenscheinlich ward, daß Salisbury, nachdem er wieder an die Spitze der britischen Regierung getreten war, entschieden gewillt war, Ägypten nicht mehr aufzugeben, um so mehr glaubte Freycinet nicht anders zu können, als gegen die englische Okkupation des Nillandes die Hilfe nicht nur Rußlands, sondern auch bei der relativen Kälte der französisch-russischen Beziehungen ganz besonders den Beistand Deutschlands anrufen zu müssen.

Ende August war der bisherige französische Botschafter in Berlin, Courcel, abberufen worden; am 9. September wurde zu seinem Nachfolger der bisherige Direktor im Auswärtigen Amt, Herbette, ernannt. Freycinet gab dem Grafen Münster davon Kenntnis, indem er ihm beteuerte, ein dauernd gutes Verhältnis zu Deutschland liege ihm aufrichtig am Herzen, er wünsche, daß die Entsendung Herbettes, der sein Vertrauensmann sei, in Berlin als ein Zeichen dieser Gesinnung betrachtet werde. Der neue Botschafter hatte den Auftrag, nicht nur ganz allgemein Erbietungen der Freundschaft nach Deutschland zu überbringen, sondern auch speziell die Unterstützung Frankreichs durch Deutschland gegen England namentlich betreffend Ägypten, wenn möglich eine gemeinschaftliche Aktion gegen die britische Festsetzung daselbst, und zwar unter Mitwirkung Rußlands, zu erwirken. So sehr war es Freycinet damals darum zu tun, Bismarcks Gunst zu gewinnen, daß Herbette bei diesem direkt die Erlaubnis dazu nachsuchen sollte, mit Rußland über Ägypten Verhandlungen mit der Spitze gegen England führen zu dürfen. Vor seiner Abreise hatte Herbette eine Unterhaltung mit dem Fürsten Hohenlohe, der sich gerade besuchsweise in Paris befand; er versicherte diesem gegenüber: „Er sei stets von der Notwendigkeit überzeugt gewesen, daß Frankreich mit Deutschland die besten Beziehungen anstreben und erhalten solle; Elsaß-Lothringen trete in der öffentlichen Meinung Frankreichs immer mehr in den Hintergrund, in den Vor-

dergrund dagegen die französischen Interessen im Mittelmeer; namentlich wegen der ägyptischen Frage müsse Frankreich suchen, sich gegen England mit allen andern Mächten zu verständigen." Als Herbette (Mitte Oktober) in Berlin eintraf, war der Kanzler abwesend; in seiner ersten Unterredung (18. Oktober) mit dem Grafen Herbert, dem damaligen Leiter des Auswärtigen Amts, variierte der neue Botschafter dasselbe Thema in wortreichen Wendungen: Die guten Dienste, die Deutschland in den letzten Jahren Frankreich in bezug auf Tunis und in der gesamten Kolonialpolitik geleistet hätte, seien leider nur den Eingeweihten bekannt; im großen Publikum sei durch die schlechte, teils dumme, teils böswillige Presse der Glaube verbreitet worden, Bismarck habe, indem er Frankreich auf den kolonialen Weg stieß, lediglich den schwarzen Plan verfolgt, es in Verwicklungen und Gefahren zu stürzen. Jetzt sei der Augenblick gekommen, um die öffentliche Meinung über die wahren Absichten der deutschen Politik aufzuklären. Welche Entspannung würde sich in Frankreich vollziehen, wie schnell würde aller Argwohn und alle Furcht hier schwinden, wenn Bismarck unumwunden erkläre, daß er seine gewaltige Autorität für die Erhaltung des status quo im Mittelmeer in die Wagschale werfe? Der Revanchegedanke sei überlebt, und die Art und Weise, wie einige Unruhestifter, z. B. dieser Schuft Déroulède, von der Ostgrenze sprächen, sei krankhaft; man würde in Frankreich zufrieden sein, wenn man sich mit andern Dingen befassen könnte. Im Mittelmeer lägen seine Lebensinteressen; Frankreichs Großmachtstellung hänge davon ab, daß Großbritannien Ägypten räume. Das Mittelmeer sei der Pfeiler der französischen Politik, und die Engländer seien in Frankreich jetzt mehr verhaßt, als es die Deutschen je gewesen. Es sei ein großer Irrtum zu glauben, so fügte er auf eine Einwendung seines Partners hinzu, daß die westmächtliche Idee für die französischen Staatsmänner noch irgendwelche Bedeutung besitze: „Die Engländer machen uns seit Jahren auf allen Punkten des Erdballs die größten Schwierigkeiten; überall haben wir Reibungen mit ihnen und kontrekarrieren sie uns; die Erbitterung gegen England ist bei uns aufs höchste gestiegen, und für jeden französischen Minister würde es die dankbarste Aufgabe sein, eine prononciert antienglische Politik zu verfolgen." In einem weiteren Gespräch mit Herbert Bismarck, das etwa acht Tage später stattfand, bat Herbette, dem Vater mitzuteilen, daß alle Gerüchte, Frankreich habe bereits Negoziationen mit Rußland über Ägypten geführt, falsch seien: es wolle mit Deutschland „cartes sur table" spielen, mit Rußland nur über Ägypten verhandeln, mit der Front gegen England, und seine Pourparlers mit Rußland darüber erst dann beginnen, wenn es sicher sei, daß man in Deutschland dagegen kein Mißtrauen hege.

Ganz und gar war Freycinet somit in die Bahnen seines Vorgängers Ferry eingelenkt. Die Politik, mit der er sein Ministerium angetreten hatte, hatte jämmerlichen Schiffbruch gelitten; er mußte sich zu einer Sprache und zu flehentlichen Bitten erniedrigen, zu denen Ferry sich nie verstanden hatte. Um jene Zeit war es, Anfang November, daß er den Grafen Münster von den russischen Annäherungsversuchen unterrichtete, und ein Vertrauter Grévys erbot sich damals in Paris, mit Hohenlohe „über die Bedingungen einer Annäherung, einer Allianz

zwischen Frankreich und Deutschland zu sprechen". Der Statthalter lehnte ab, da er zu solchen Verhandlungen nicht kompetent sei; er bemerkte dabei, er wisse sehr wohl, daß das nur unter Bedingungen möglich sei, welche Deutschland nun und nimmer gewähren könne. Der betreffende Herr zog darauf ab; aber Hohenlohe sah ihm an, daß er damit „den richtigen Punkt berührt hatte". Die abweisende Haltung Hohenlohes war ganz im Sinne des Kanzlers. Er wußte ganz genau, welchem Motive das französische Freundschaftsbedürfnis entsprang, nämlich (neben der mangelnden Gegenliebe des Zaren) „um uns in der ägyptischen Frage und in anderen Fragen, wo die Franzosen uns gegen England benutzen wollen, für französische Zwecke zu gewinnen". Er war der Ansicht, daß die Franzosen allzu unsichere Verbündete wären, um sich ihretwegen mit England zu entzweien; er entschied sich dafür, ihre Erbietungen nicht schroff abzulehnen, aber ausweichend und dilatorisch zu behandeln. Schon auf die erste Anzeige von der Ernennung Herbettes und der Politik, die dieser im Auftrag Freycinets vertreten sollte, wurde er in solchem Sinne bei seinem Kaiser vorstellig. Er lehnte es ab, sie zu befürworten, sowohl wegen der Rückwirkung der inneren Zustände Frankreichs auf dessen auswärtige Beziehungen, als auch deshalb, weil es den französischen Annäherungsversuchen stets an Aufrichtigkeit fehle, und weil sie nur darauf ausgingen, Deutschland mit anderen Mächten zu verfeinden. „Die Motivierung einer dilatorischen Behandlung", so fügte er hinzu, „würde im Hinblick auf die Haltung des Kriegsministers nicht schwer sein." Wenn Herbette vor seinem Sohne vom Verblassen der Revancheidee, von der Möglichkeit einer französisch-deutschen Entspannung und davon sprach, daß die Engländer in Frankreich zur Zeit noch mehr verhaßt wären, als die Deutschen, so begnügte sich der Kanzler mit einigen lapidaren Fragezeichen, ebenso was die Beteuerung betraf, Frankreich habe sich mit Rußland noch nicht über Ägypten ins Benehmen gesetzt. Er sah nicht ein, weshalb Deutschland im Mittelmeer ein Machtwort sprechen sollte, da es daselbst kein Interesse hatte; andrerseits hatte er natürlich nichts dagegen, daß Frankreich dort von sich aus kräftig vorging und eine Verständigung mit Rußland gegen Großbritannien über Ägypten betrieb. Im übrigen dürfte er über den neuen Botschafter das Urteil Hohenlohes geteilt haben, der Herbette als einen gefährlichen Mann mit einem gewissen Tatendurst kennzeichnete und gehört hatte, er sei nach Berlin gegangen „in der Überzeugung, daß es ihm gelingen werde, das Rapprochement zwischen Rußland und Frankreich als etwas Harmloses, Annehmbares erscheinen zu lassen". Mitte November nach Berlin zurückgekehrt, empfing der Fürst den Botschafter. Er erklärte sich zu einer freundschaftlichen Vermittlung zwischen den Westmächten über Ägypten bereit, wollte aber nichts davon wissen, einen Druck in dieser Hinsicht auf England auszuüben, um die Räumung des Nillandes zu beschleunigen, indem er Frankreich dafür vielmehr auf Rußland verwies und ihn darüber beruhigte, daß russisch-französische Verhandlungen darüber in Deutschland irgendwelche Verstimmung hervorrufen könnten. „Herr Herbette nahm hiervon mit Befriedigung Akt. Als ich ihm weiter bemerkte, daß unsere Politik in einer abstentation bienveillente bestehe, war Herr Herbette damit nicht ganz zufrieden; er wollte mehr und meinte, wir

würden durch eine der französischen Politik entgegenkommende Haltung einen sehr guten Eindruck in Frankreich machen; ich sagte, daß ich hieran nicht zweifelte, fragte aber, ob dies longtemps vorhalten würde, worauf er mit assurance nicht antworten konnte.“ Mit lebhafter Bewunderung sprach Herbette über Freycinet, worin Bismarck natürlich einstimmte; er erklärte, Freycinet stünde fest und sei durchaus Herr der Situation, alle anderen Minister wären nur subalterne Naturen, ob mit oder ohne Uniform, und fielen ihm gegenüber nicht ins Gewicht, — das war selbstverständlich ein Seitenhieb gegen Boulanger.

Das Urteil Herbettes über Freycinet war allzu optimistisch: keineswegs stand dieser so fest, und noch viel weniger war er Herr der Situation. Er befand sich in Wahrheit in einer recht komplizierten und ziemlich kläglichen Lage, in der er sich nicht mehr allzu lange zu halten vermochte. Auf der einen Seite eine wüste populäre Kriegshetze, betrieben in brüderlichem Vereine mit Katkow und den russischen Slawophilen durch die Chauvinisten, deren Oberhaupt, nämlich Boulanger, im Kabinett saß, während dieses andererseits in seiner offiziellen Außenpolitik unter der Ägide des Präsidenten, der doch im Herzen der Revanche nicht minder huldigte, als sein Kriegsminister, und der sein Amt mit dem festen Vorsatz angetreten hatte, sie zur Richtschnur und zum höchsten Ideale seiner diplomatischen Aktionen zu machen, Bismarck aufs heftigste wenigstens unter scheinbarem, aber ausdrücklichem Verzichte auf alle Rachegelüste umwarb und sich von Deutschland in einer Abhängigkeit befand, wie nie zuvor und auch nachher irgendein anderes französisches Ministerium. Die englisch-französischen Beziehungen standen unter Bismarcks laufender Kontrolle, so daß man den Eindruck haben konnte, als ob die Westmächte nur noch „auf dem Umwege über Berlin miteinander verhandelten“; doch hat der Kanzler diesen anormalen Zustand lediglich für die Erhaltung des Friedens in Anspruch genommen. Mit Genugtuung gewahrte er, daß sich die Spannung zwischen England und Frankreich milderte; es wäre ihm sehr unangenehm gewesen, wenn es, wie er eine Zeitlang besorgte, nicht ohne Krieg zwischen den beiden Westmächten abgegangen wäre: „Denn man werde,“ so sagte er in einer preußischen Staatsministerialsitzung vom 15. November, „England schließlich nicht völlig unterliegen lassen dürfen, sondern müsse ihm zu Hilfe kommen.“ Dadurch band er nicht nur Frankreich zeitweise an sich, sondern auch Großbritannien. Aber war auch auf englische Gegendienste für den Fall zu rechnen, daß Deutschland dereinst in feindliche Verwicklungen mit Rußland und dadurch auch mit Frankreich geriet? Als Anfang Dezember einmal darüber zwischen dem Grafen Hatzfeldt und Lord Churchill gesprochen wurde, sagte dieser, er halte eine Verständigung in dieser Hinsicht für möglich, jedenfalls würde England dann den Schutz der deutschen Kolonien besorgen. Der Kanzler war damit nicht zufrieden und ließ das in London wissen; er wollte mehr und war der Ansicht, daß Großbritannien bei einem allgemeinen Weltbrande mehr, als Deutschland, zu fürchten habe: das Schicksal der deutschen Schutzgebiete würde niemals gegen Frankreich zur See, sondern zu Lande entschieden werden; wohl aber sei Deutschland imstande, England vor einem französischen Angriff zu bewahren; „wahrscheinlich würde unser Schwert das französische in der Scheide erhalten“. Das

waren nun freilich Zukunftsmöglichkeiten; im Augenblick glaubte sich Frankreich selbst England gegenüber auf Deutschland angewiesen, und nicht minder war das der Fall in seinem Verhältnis zu Rußland. Als dieses mit der Abreise von Kaulbars seine diplomatischen Beziehungen mit Bulgarien abbrach, wollte es den Schutz seiner Untertanen daselbst Frankreich übergeben; Freycinet wandte sich, ehe er sich das getraute, an Bismarck, und dieser fällte „das Salomonische Urteil, daß die Interessen Rußlands in Bulgarien von Deutschland und die in Ostrumelien durch Frankreich wahrgenommen werden sollten".

Was seine innere und äußere Politik anbetraf, war Freycinet am Ende seiner Weisheit angelangt. Anstatt sich mit England oder Rußland gegen Deutschland zusammenschließen zu können, war er beiden gegenüber von Bismarck abhängig. So wenig konnte er die in seinem Lande herrschende, seinen eigenen Tendenzen entsprechende Stimmung für deren Durchführung benutzen, nämlich den Rachekrieg zum mindesten diplomatisch vorzubereiten, daß er vielmehr zum Satrapen Bismarcks geworden war. Und nun erst gar im Innern! Der Mann, den er zu seinem Helfershelfer und Werkzeug für den Kampf gegen Deutschland herangezogen hatte und benutzen wollte, Boulanger, war ihm über den Kopf gewachsen. Er mußte sich ihm unterordnen und verfügte nicht mehr über die nötige Autorität, um dessen Absichten und Schritten, wo sie seinen eigenen Weg kreuzten, hindernd entgegenzutreten, obwohl es schon unverkennbar war, daß der General eine Gefahr für die Republik zu bedeuten begann, — schon urteilte man, Freycinet könne es nicht mehr wagen, Boulanger über Bord zu werfen, und selbst Ferry werde, wenn er wieder einmal emporkommen sollte, Mühe haben, ein Ministerium ohne den bramarbasierenden Helden des Tages zustande zu bringen. Aus diesen Verlegenheiten wußte sich Freycinet schließlich nicht anders zu befreien, als daß er Differenzen mit der Deputiertenkammer in einer untergeordneten Budgetfrage zum Vorwande nahm, um (am 3. Dezember) zur allgemeinen Überraschung seine Demission zu geben und darauf allen Vorstellungen Grévys und aus der Mitte des Parlaments heraus zum Trotz mit hartnäckiger Weigerung zu bestehen; er wollte sich eben für eine bessere Gelegenheit aufsparen. Die Neubildung des Kabinetts bereitete große Schwierigkeiten; was sich schließlich nach tagelangem Suchen (Mitte Dezember) formierte, das war „ein Ministerium Freycinet ohne Freycinet". Denn es verblieben darin acht Mitglieder der abgetretenen Regierung, darunter Boulanger, — wie gesagt wurde, nicht deshalb, weil er jetzt den Krieg wollte und die Armee zum Siege führen könnte, sondern weil man ihn (schon im Hinblick auf die damals in Deutschland im Reichstage eingebrachte „Septennatsvorlage", die eine enorme Steigerung der Militärkraft begehrte und hier die heftigsten Parteikonflikte entzündete) für den einzigen hielt, der die Mängel der französischen Armee zu verbessern fähig sei, und weil man ihm Zeit lassen müsse, seine Organisationspläne in den Kammern zu vertreten und selbst durchzuführen. Den Vorsitz hatte Goblet, das Portefeuille des Auswärtigen Flourens, der bisher im Kultusressort tätig gewesen war und von der hohen Politik nichts verstand; daher setzte er zunächst noch, wie berichtet wird, was den Geschäftsverkehr zwischen Paris und London anbelangte, geraume Weile „die Praxis seines Vorgängers

fort, weil er glaubte, es müßte so sein". Jedenfalls versicherten beide, Goblet und Flourens, auf das bestimmteste und in allen Tonarten, daß sie den Frieden erhalten wollten.

Darüber durfte Bismarck jetzt einigermaßen beruhigt sein, daß eine Störung des Friedens durch die weltpolitischen Rivalitäten der beiden Westmächte zur Zeit nicht unmittelbar zu befürchten war. Und auch, was die gleiche Gefahr im Orient anbelangte, so trat um die Jahreswende eine wenigstens kurz vorübergehende Entspannung ein, — sie war im wesentlichen das Werk Bismarcks, seiner unablässigen Mahnungen und Bemühungen. Die Hoffnungen auf eine dauernde und grundsätzliche Balkanverständigung durch das Mittel der Demarkationslinie und damit auf den Bestand der Dreikaiserentente waren ja jetzt gescheitert; es konnte sich nur noch darum handeln, immer wieder im einzelnen Konfliktsfalle vermittelnd zwischen die beiden andern bisherigen Genossen zu treten und vor allem zu verhindern, daß sich Österreich durch Großbritannien mißbrauchen und vorschicken ließ, vielmehr darob zu sein, daß, wenn es schon zum Schlagen käme, dieses den Vorantritt nehme, — denn zweifelhaft war es ja, ob der kriegerische Zusammenstoß auf die Dauer zu verhüten war: dann aber mußte dem britischen Kabinett jegliches Zurückhalten und Zurückziehen unmöglich gemacht werden. In seiner Londoner Rede vom 9. November (s. o. S. 601) hatte Salisbury, indem er freilich, wie üblich, der Donaumonarchie die Initiative zuzuschieben trachtete, immerhin unter dieser Voraussetzung die Solidarität Englands und Österreichs auf dem Balkan entschieden hervorgehoben; das gleiche tat Kalnoky unmittelbar darauf vor den Delegationen in Pest. Wenn er darin die Aufrechterhaltung des Berliner Friedens, die Selbständigkeit Bulgariens und den Entschluß, zugunsten Rußlands keinerlei Abweichungen zuzulassen, betonte, so meinte ein Mann, der Bismarck so nahe stand, wie der preußische Minister Lucius, daß das den Ausführungen, die dieser selbst damals in Berlin machte, völlig entsprochen habe. Ob und inwieweit es damit seine Richtigkeit hat, muß dahingestellt bleiben; zu erwägen ist allerdings, daß der Kanzler eben damals den Gedanken der Demarkationslinie fallen ließ, und als Peter Schuwalow sich vor Schweinitz dahin äußerte, daß das deutsch-russische Bündnis, wie es der Kanzler gerade vor zehn Jahren bei Gortschakow vergeblich beantragt habe, nämlich mit Garantie des beiderseitigen Gebietes, d. h. der Reichslande für Deutschland, jetzt sehr wohl denkbar sei, dazu lakonisch „wertlos" bemerkte, — das läßt allerdings für den Moment auf eine recht kühle Stimmung des Kanzlers gegen Rußland schließen. Lucius faßte den damaligen Stand der Dinge dahin auf: „Klar wird daraus, daß es Bismarck gelungen ist, England in den Vordergrund zu bringen und stark gegen Rußland engagiert zu haben. Dabei hält er die Hände gegen Rußland und Frankreich als Friedensstifter völlig frei", — wie sehr er auch recht hatte, was das zweite Urteil anbetraf, so lag doch in dem ersten eine Überschätzung der Entschlossenheit Großbritanniens zur Aktion. In Petersburg berührte, wie man in Berlin wußte, die Rede Kalnokys gerade wegen des Nachdruckes, den sie auf das Einvernehmen zwischen England und Österreich legte, höchst peinlich; sie wirkte wie eine Zurückweisung Rußlands und wurde dort als solche stark emp-

funden. Katkow empfahl damals, die Auslassungen Salisburys und Kalnokys mit einem längeren Urlaub der russischen Botschafter in Wien und London zu beantworten; er erblickte in ihnen den Beweis, daß man es in Bulgarien mit einer neuen Intrige der Nachbarmächte zu tun habe, und stieß die Drohung aus, daß Rußland über den Kopf Österreichs und Deutschlands hinweg „einem sicheren Bundesgenossen die Hand reichen und im entscheidenden Momente keinesfalls allein stehen werde", — das war freilich damals noch Zukunftsmusik. Der ungünstige Eindruck der Vorgänge im britischen und ungarischen Parlament wurde in Petersburg noch gesteigert, als Salisbury und Kalnoky in der römischen Kammer durch den italienischen Außenminister, Grafen Robilant, in einer fulminanten Rede (am 28. November) sekundiert wurde, die sich in begeisterten Wendungen über Alexander von Battenberg erging und allgemein mit Recht so gedeutet wurde, daß Italien gewillt sei, im Verein mit England und Österreich jedem Versuche einer russischen Balkanhegemonie mit Gewalt entgegenzutreten; der russische Botschafter drückte darauf in Rom die Unzufriedenheit seiner Regierung unverhohlen aus.

Eine englisch-österreichisch-italienische Balkanentente war im Entstehen begriffen, und sie sollte auch später zustande kommen. Aber es hatte bis dahin noch gute Wege; vorderhand leistete Bismarck das Menschenmögliche, um Österreich zurückzuhalten und zu verhindern, daß es in das britische Fahrwasser gerate. Es entspann sich darüber Ende November und Anfang Dezember eine heftige diplomatische Auseinandersetzung zwischen Berlin und London. Churchill beklagte sich bitter bei Hatzfeldt darüber, daß Österreich, wie aus Mitteilungen Karolyis hervorgehe, England im Stiche lasse, indem es eine russische Okkupation Bulgariens wenigstens zeitweise zu gestatten und sich mit einem bloßen Proteste zu begnügen bereit sei; er verstieg sich zur Drohung, England würde, wenn es nicht auf Österreichs Mitwirkung zählen dürfte, seiner Spannung mit Rußland ein Ende machen und sich sogleich mit diesem über Bulgarien verständigen. Karolyi hatte eine derartige Äußerung gar nicht getan; er hatte nur akademisch mit Churchill gesprochen und sondiert, wie weit Österreich auf England rechnen dürfe. Die Differenz, die zwischen ihm und Churchill obwaltete, bestand darin, daß sich dieser für sofortige Stellungnahme gegen Rußland ausgesprochen hatte, während sich jener auf einen Protest gegen die Okkupation, erst nachdem sie schon erfolgt wäre, beschränken und dann die weitere Entwicklung abwarten wollte. Noch war eine formelle Zusicherung des Anschlusses gegen Rußland von Wien aus in London nicht erteilt worden, und Kalnoky wünschte zunächst nur die Einsetzung einer internationalen Kommission in Philippopel an Stelle der bisherigen türkisch-bulgarischen zur Regelung der Union, um dadurch den europäischen Charakter der ganzen bulgarischen Frage festzustellen. Wenn Churchill ein direktes englisch-russisches Einvernehmen über Bulgarien in Aussicht stellte, so war das eher geeignet, Bismarck zu äußerster Vorsicht zu bestimmen; er verwarf nicht nur das neue Projekt Kalnokys, sondern stellte sich auch auf den Standpunkt, daß es noch gar nicht feststünde, ob Rußland wirklich an eine Okkupation Bulgariens denke. Fest war er davon überzeugt, daß eine definitive Stellungnahme Österreichs

gegen Rußland in solchem Falle den Krieg nicht verhüten, sondern sofort zum Ausbruch bringen würde, wenn man nämlich in Petersburg glauben dürfe, daß jenes darin der Bundesgenossen entbehren würde: „Hätte Rußland die Gewißheit, daß Österreich, von ihm angegriffen, den Beistand Englands finden werde, so würde es den Angriff unterlassen, und England brauche nur in Petersburg anzudeuten, daß es in solchem Falle Österreich beistehen werde, um den Frieden mit Ehren zu erhalten. Solange aber die englische Politik Rußland gegenüber hinterhaltig bleibt, liegt es im Interesse Österreichs, dem russischen Kriege auszuweichen, selbst mit Opfern." Vermöchte Österreich bei einem russischen Angriff auf Englands Hilfe mit Gewißheit rechnen, und hätte die deutsche Politik hierfür zweifellose Sicherheit, so würde es nicht ihre Aufgabe sein, Österreich in seinem Widerstande gegen Rußland auf dem Balkan zu entmutigen; sie müsse das jedoch durch jedes anwendbare Mittel tun, solange die Gefahr bestehe, daß nicht England von Österreich, wie Churchill behaupte, vielmehr dieses durch jenes im Stiche gelassen werde; denn sonst würde bei Österreichs mangelnder Kriegsbereitschaft die Last eines eventuellen Doppelkrieges auf Deutschlands Schultern ruhen. Umsonst verharrte Churchill dagegen bei seinem alten Grundsatze, daß nämlich erst die Donaumonarchie unter Deutschlands stillschweigender Billigung entschieden auf dem Balkan auftreten müsse, daß dann England mitgehen und seine ganze Macht in die Wagschale werfen werde: zwischen England und Österreich werde die Verständigung jeden Tag und ohne Schwierigkeit zustande kommen, wenn Bismarck sie für wünschenswert halte und fördere; dann könne England, „gestützt auf eine Verständigung zwischen England, Österreich und Italien, welcher voraussichtlich die Türkei hinzutreten würde", in St. Petersburg die Erklärung abgeben, daß es einen Angriff auf Österreich nicht dulden würde, und sie würde ihre Wirkung bei der Friedensliebe des Zaren nicht verfehlen.

Alles das schlug beim Kanzler noch nicht durch. Er erwog die mangelhafte Kriegsbereitschaft sowohl Österreichs als auch Großbritanniens. Es fehlten ihm alle Symptome dafür, daß sich dieses „auf eigenes Eintreten für die ihm und Österreich gemeinsamen Interessen auch nur vorbereite: die Vorbedingung eines solchen Eingreifens würde eine andere Tätigkeit als die bisherige in der Vervollständigung der englischen Seerüstung und Bereitschaft und ernsteres Werben als bisher um das Bündnis mit der Pforte sein müssen. Bei aller sonstiger Ohnmacht der Pforte wirft dieselbe doch durch den Besitz der Meerengen bei einem englischen Kriege das entscheidende Gewicht in die Wagschale". Die Versicherungen Churchills betreffend den vorzüglichen Zustand und die Leistungsfähigkeit der britischen Flotte zog er in Zweifel, und wenn dieser, wie schon im Oktober, so auch jetzt wieder deren Erscheinen und die unverzügliche Sendung von 60 000 Mann nach dem Kriegsschauplatze, sowie im Falle der Kriegsgefahr die Bewilligung von Subsidien für die Türkei versprach, um sich der osmanischen Armee zu versichern, so meinte Bismarck dazu: „Die könnte dann schon russisch sein, und die Dardanellen dann schon in russischen Händen! . . . Die e r s t e Maßregel englischer ‚Rüstung' für russische Kriege müßte immer die Gewinnung der Pforte und des türkischen Heeres v o r dem Kriege sein, das alte traditionelle, durch Gladstones

Dummheit zerstörte englisch-türkische Bündnis; es würde zu haben sein, wenn der Sultan sich vor England mehr als vor Rußland fürchtete." Auf die Verheißung Churchills, daß die britisch-österreichische Verständigung sofort hergestellt werden würde, wenn Bismarck das wünsche, äußerte er: „Das ist der Fall, und sie liegt doch nicht vor," — auf sein Versprechen, in Petersburg gegen einen Angriff auf Österreich Einspruch zu erheben: „Das konnte England längst, wenn es wollte." Kurz, er warf der britischen Politik vor, daß sie es bei bloßen Worten belasse, anstatt Taten zu zeigen, daß es ihr an Aktivität fehle, und keineswegs war er bereit, sich insoweit in die englische Gefolgschaft zu begeben, daß dieses schließlich untätig im Hintergrunde stehen, und daß Deutschland in den Kampf verwickelt werden würde. Eine andere Rolle wollte er beim Ausbruch eines Krieges zunächst durch Deutschland nicht übernommen wissen, als die einer wohlwollenden Neutralität, insofern als es England vor einem Angriff Frankreichs zu bewahren hätte. Erst wenn Frankreich gegen England das Schwert zöge, sollte auch der deutsche Degen aus der Scheide fliegen: „Jede ernste Gefahr, die England durch Frankreich drohen würde, würde heute so gut wie bei Waterloo uns in den Kampf ziehen." Was den Kanzler den Lockungen Churchills gegenüber besonders skeptisch stimmte, das war der Umstand, daß „Churchill nicht Salisbury", d. h. nicht der eigentliche Leiter der englischen Politik war, und aus einem Gespräch, das Salisbury am 6. Dezember mit Hatzfeldt hatte, war deutlich zu entnehmen, daß es mit der Aktivität der britischen Politik, wie Bismarck sie verlangte, noch sehr schwach bestellt war. Zwar beklagte es der Lord lebhaft, daß ein Einvernehmen mit Kalnoky nicht möglich sei, daß dieser auf alle Eröffnungen von britischer Seite mit Ausflüchten antworte; aber er mußte zugeben, daß auch er bestimmte und für das Land unbedingt verbindliche Versprechungen nicht habe machen können, „weil verfassungsmäßig kein englischer Minister dazu imstande sei," — dazu notierte Bismarck ein bedeutsames: „Also!" Erst müßten, so setzte der Premier weiter auseinander, bestimmte Tatsachen eintreten, wie etwa ein russischer Angriff auf Galizien; der würde in England einen Sturm erregen und ihm selbst dann die Möglichkeit geben, offen für Österreich aufzutreten und zu handeln. Es war immer die alte Geschichte: Österreich sollte die Dinge in Fluß bringen, und darauf konnte man weder in Berlin noch auch vernünftigerweise in Wien eingehen. Zwar wollte Salisbury jetzt der Frage nähertreten, ob er nicht in Petersburg vor Feindseligkeiten gegen die Donaumonarchie warnen sollte, und Hatzfeldt hatte den Eindruck, daß auch er, wie Churchill, nunmehr geneigt sei, gegen die Pforte wegen ihres Festhaltens an Rußland, zu Drohungen zu greifen. Bismarck bemerkte dazu, „das wäre der praktische Weg", und resolvierte sich dahin: „Wenn England auch nur durchblicken läßt, daß es einen Angriff auf Österreich als Kriegsfall ansehen würde, so ist der Friede gesichert, mit oder ohne Pforte. Letztere wird englischer Drohung gegenüber nicht wagen, mit Rußland zu gehen. Frankreich halten wir in Ruhe, und Italien geht wenigstens nicht gegen England." Aber es war doch noch erst abzuwarten, ob und inwieweit sich solche „Erwägungen" Salisburys zu bestimmten Entschließungen und Handlungen verdichten würden.

Bis dahin blieb alles in der Schwebe, und Kalnoky war der Letzte, der sich solcher Erkenntnis verschloß. Aber einmal drängten die Magyaren die österreichische Politik immer wieder zu Schritten, die den Konflikt mit Rußland zu entzünden geeignet waren, und der Kaiser Franz Josef war selbst von kriegerischen Anwandlungen nicht frei. Um die Wende vom November zum Dezember wurden in Wien gewisse diplomatische Aktionen unternommen, die Bismarcks schärfsten Widerspruch hervorriefen und ihn in starke Aufregung versetzten. Man machte den Versuch, die ostrumelische Frage vor das Forum der Signatarmächte des Berliner Kongresses zu ziehen, indem man, wie bereits (s. o. S. 626) berichtet wurde, die Ersetzung der dafür bestimmten türkisch-bulgarischen Kommission durch eine internationale anregte, und der österreichische Botschafter Baron Calice warnte die Pforte im Auftrag seiner Regierung, in der bulgarischen Angelegenheit irgend etwas zu beschließen, ohne sich mit den befreundeten Mächten ins Einvernehmen zu setzen. Der Kanzler machte Kalnoky darauf aufmerksam, daß das dem Dreikaisertraktate zuwiderlaufe und in Petersburg als ein Akt der Feindseligkeit empfunden werden würde, von dem zu besorgen wäre, daß man ihn hier durch die Entfesselung der russischen Agitation in Rumänien, Serbien, Montenegro und Bosnien vergelte. Durch den König von Sachsen ließ er Franz Josef dringend von kriegerischen Verwicklungen in Rücksicht auf den Zustand der Kriegsbereitschaft und die nationalen Spaltungen in seinem Heere abraten. Das blieb fruchtlos; der Kaiser beschwerte sich vielmehr darüber, „daß Deutschland in der bulgarischen Frage Rußland die Stange halte und von einer eventuellen militärischen Beteiligung an einem Kriege gegen Rußland nichts wissen wolle“. Für Bismarck verstand es sich von selbst, daß Deutschland sein Hauptaugenmerk nicht nach Osten, sondern nach Westen richte, zumal da zu einem Kriege wegen Bulgariens gar kein Anlaß vorhanden war, da auch ein solcher für die Opfer, die er fordern mußte, Deutschland nicht das geringste Äquivalent bot, und da es daher unbedingt geboten war, ihn zu vermeiden. Das ließ er dem Kaiser und Kalnoky dringend mehrfach vorstellen, nicht minder das wiederholen, was bereits der sächsische Herrscher in Wien hinsichtlich der Verhältnisse im österreichischen Heere gesagt hatte, sowie hinzuzufügen: „Der Kaiser Franz Josef scheine doch die Gefahr des französischen Krieges und die Stärke der französischen Macht erheblich zu unterschätzen; die französische Armee sei gegenwärtig stärker als die unsrige. Um uns mit Sicherheit zu verteidigen, würden wir so ziemlich unsere volle Stärke am Rhein gebrauchen, und würden froh sein, wenn das ausreichte. Wir sähen den französischen Krieg als ziemlich nahe bevorstehend an und hätten deshalb den Wunsch, den gleichzeitigen russischen Krieg nach Möglichkeit zu vermeiden. Es wäre kein Beweis von Wohlwollen, daß Österreich auf diese Weise auf die schwierige Lage, in der wir uns befänden, mit Frankreich auf dem Halse, so wenig Rücksicht nähme. . . . Wir hätten unsern Wunsch einer Demarkationslinie weder in Wien noch in Petersburg zur Annahme bringen können; das hinderte aber nicht, daß wir unsere Auffassung nach wie vor für die richtige hielten und unsere Politik danach einrichteten.“ Das war ein Wink, den man in Wien nicht mißverstehen konnte; wie im deutschen Reichstag zur Durchbringung der Septennatsvorlage, so verwertete der Kanzler vor

Franz Josef das Auftreten Boulangers und die französische Revanchehetze, um die Kriegslust auf dem Balkan einzudämmen. Und er erreichte seinen Zweck. „Gefahr eines Krieges mit Rußland," so ließ er sich Mitte Dezember vor Lucius hören, „sei jetzt weniger, wie je; wir seien völlig einig mit Bezug auf Bulgarien. Die Österreicher machten törichte Politik, und er stehe zwischen ihnen und den Russen, wie zwischen zwei bissigen Hunden, welche aufeinander stürzen würden, wenn er das Halsband loslasse. Wenn wir einen Krieg mit Frankreich bekämen, würde das sicher geschehen. Auch würden die Russen schwerlich dulden, daß wir die Franzosen völlig vernichteten. Er sei des Kaisers ganz sicher, freilich seien da Zufälle möglich."

Wie Österreich, so hielt Bismarck auch Rußland im Zaume; freilich bedurfte es auch hier aller Energie und einer ernsten Sprache vor dem Monarchen selbst. Seine Friedensaktion knüpfte sich hier an eine Zirkularnote von Giers an die Mächte vom 23. November, die am 1. Dezember in Berlin einlief. Sie gab eine — natürlich in russischem Sinne gefärbte — Darstellung der bulgarischen Vorgänge der letzten Monate, zumal der Mission von Kaulbars; es ward darin an der Fiktion festgehalten, daß die Bulgaren russisch gesinnt seien und von Stambulow und den übrigen Regenten tyrannisiert würden; sie schloß mit der Versicherung, der Zar werde seine Bemühungen fortsetzen, um Bulgarien von dieser Diktatur zu befreien, aber auf friedlichem Wege und innerhalb der Grenzen der geltenden Verträge, vorausgesetzt, daß diese auch von den übrigen Staaten beobachtet würden. Bismarck sprach seine vollkommene Übereinstimmung damit aus: die deutsche Politik werde den Russen zur Wiederherstellung ihres vertragsmäßigen Einflusses in Bulgarien keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legen, müsse ihr Augenmerk allerdings hauptsächlich auf Frankreich richten, das seine territoriale Sicherheit gefährde, und könne daher der orientalischen Frage nicht dieselbe Beachtung schenken, wie die unmittelbar daran beteiligten Mächte. Der Zar nahm davon mit Befriedigung Notiz und erkannte es an, daß die Frage der Westgrenze für Deutschland das wichtigste sei, wie es in der von Jomini redigierten, vom 9. Dezember datierten Depesche hieß: „Der Kaiser begreift vollkommen, daß das höhere Interesse der Sicherheit Deutschlands den Herrn Fürsten Bismarck vor allem beschäftigen muß. Seine Majestät beliebt zu glauben, daß der Fürstkanzler in diese Gedankenreihe auch die alte Freundschaft einbezieht, welche bis jetzt Rußland und Preußen verbunden hat, und die für alle beide ein Pfand der gegenseitigen Sicherheit ist." Als Giers ihm den Entwurf vorlegte, meinte Alexander III. dazu: das bedeute so viel, als daß er einerseits die Gefahr anerkenne, mit welcher das revolutionäre Frankreich das Deutsche Reich bedrohe, andererseits für den Fall eines deutsch-französischen Konfliktes eine freundschaftliche Neutralität verspreche. „In seiner gründlichen und langsamen Weise," so erzählte Giers später, „überlegte er es sich einige Zeit, ob er diesen Passus approbieren solle; nachdem er jedoch sein ‚Vollkommen einverstanden' an den Rand malte, fühlte er sich engagiert." Wenn nun freilich für den Zaren darin ein bedeutsames Zugeständnis an Deutschland lag, so verfehlte er doch nicht, dafür Gegendienste in Anspruch zu nehmen. Er zähle, so hieß es in der Note

weiter, auf Deutschlands wohlwollende Mitwirkung, um zu einer Lösung der bulgarischen Frage zu gelangen, die den Rechten und legitimen Interessen entspreche, welche Rußland innerhalb der Grenzen des Berliner Vertrages gebührten, und er würde es mit Bedauern sehen, wenn in der Praxis der gute Wille der deutschen Regierung durch die Beziehungen gekreuzt würde, „die sie mit andern Mächten unterhalten müsse, deren Wirksamkeit gerade das Haupthindernis ist, das sich der Wiederherstellung des heilsamen und rechtmäßigen Einflusses widersetzt, welchen Rußland in Bulgarien fordert . . . Wir würden dem Herrn Fürsten Bismarck Dank wissen, wenn er den großen Einfluß benützt, den er bei den Kabinetten besitzt, mit denen er in freundschaftlichem Verhältnis steht, um sie zu bestimmen, loyal unsere Bemühungen für eine Versöhnung zu unterstützen, indem sie den Ermunterungen ein Ziel setzen, welche die billige und friedliche Beilegung der Krisis hemmen".

Das war die mehr oder minder unverblümte Zumutung an den Kanzler, in Wien eine Pression zugunsten Rußlands auszuüben; damit verband sich der Wunsch zu ähnlichen Schritten in Sofia. In gleichem Sinne äußerte sich der Zar mündlich am Feste des Georgsordens (8. Dezember) vor Schweinitz: zu Kaiser Wilhelm und Bismarck habe er Vertrauen; dieser wolle keinen Krieg, und jener sei wirklich sein einziger Alliierter und Freund. „Von allen andern haben wir nur Feindschaft zu erwarten; ich meine dies nicht von Kaiser Franz Josef persönlich; ich achte ihn hoch; er ist treu und zuverlässig." Aber er könne, so fuhr er fort, keinen Unterschied zwischen ihm und seiner Regierung erkennen, und das mache ihn für Rußland besorgt: „Österreich handelt wirklich schlecht gegen uns; was die Zeitungen gegen Deutschland schreiben, hat keine Bedeutung, das sind Dummheiten, und das wird sich ändern; aber was sie gegen Österreich sagen, ist wirklich gerechtfertigt." Allerdings auch was Deutschland betraf, war er nicht ganz sicher; denn er ließ Schweinitz gegenüber durchblicken, daß er sich von einem Thronwechsel daselbst übler Wirkungen für das deutsch-russische Einvernehmen versehe. Aber für den Moment war es ihm um Österreich zu tun; gegen dieses wollte er die Front nehmen, und daher wollte er Deutschland von der Donaumonarchie trennen, — insofern setzte er nunmehr alle Hoffnungen auf Bismarck. Mit Frankreich wollte er es noch nicht probieren; noch war sein Widerwillen gegen die Republik zu groß; eben damals (4. Dezember) meldete der belgische Geschäftsträger in Rußland: „Freycinets Sturz würde in Petersburg ein schmerzliches Echo erwecken; man würde daselbst wieder einmal erfahren, wie gefährlich es sei, sich allzu eng mit einer Regierung einzulassen, die auf so unsicheren Füßen stehe, und mit einem Lande, dessen Politik nach den Launen des unklarsten Teiles der Bevölkerung den Kurs wechseln könne." Zwar bemühte sich die neue Pariser Regierung, in Petersburg einen guten Eindruck zu machen; daher der schlechte Empfang, den Flourens, dem Beispiel der übrigen Kabinette folgend, der bulgarischen Deputation auf ihrer Rundreise bereitete, — aber war man an der Seine im Augenblick zu einer wirksamen aktiven Hilfe bereit, auch wenn Rußland schon bündnisreif gewesen wäre? Und genügte eine Unterstützung durch Frankreich allein? Wäre man auch in Gemeinschaft mit Frankreich mit Österreich und

England fertig geworden, so blieb doch noch Deutschland das Zünglein an der Wage, und so war es geraten, sich lieber Deutschlands gegen Österreich zu versichern. Schon vor Schweinitz hatte ja der Zar die Angriffe der nationalistischen Presse gegen Deutschland gemißbilligt, die gegen Österreich jedoch als gerechtfertigt erklärt; jetzt wurde gegen die Panslawisten schärfer demonstriert. Während Kaulbars nach seiner Rückkehr vom Zaren freundlich empfangen worden war, dämpfte es seine und der Slawophilen Stimmung, daß er darauf weder befördert noch auch dekoriert wurde; die Folge davon war, daß der General, nachdem sich bei der ersten Parade alles um ihn gedrängt hatte, bei der nächsten ebenso gemieden wurde. Am 15. Dezember erschien im „Regierungsboten" ein amtliches Kommuniqué; es bedauerte die in der letzten Zeit erschienenen Artikel, welche Deutschland als russenfeindlich hinstellten, und ermahnte die Presse zu größerer Vorsicht und Kaltblütigkeit bei der Besprechung der auswärtigen Politik. Nicht nur durch das, was er sagte, war es von der größten Bedeutung, sondern nicht minder durch das, was es nicht sagte. Denn von Österreich war darin nicht die Rede, und so barg es in sich, wie Schweinitz mit vollem Recht hervorhob, eine „Absage an Österreich" und gleichsam eine Kündigung des Dreikaiserverhältnisses. Von Katkow wurde erzählt, daß er von dem bevorstehenden Ereignis benachrichtigt worden sei, und daß er sich daher beeilt habe, am 14. noch „einen besonders heftigen, ja groben Artikel gegen Deutschland und die demselben geneigten Petersburger Sphären" erscheinen zu lassen. Nachher schwieg er sich zunächst aus, und man war darauf gespannt, wer schließlich das Schlachtfeld siegreich behaupten würde, „die Petersburger Regierung oder die Diktatur in Moskau". Im russischen Publikum war die Stimmung geteilt; neben Ausdrücken der Befriedigung hörte man Ausrufe, wie: „Welche Schlappe für den armen Laboulaye [den neuernannten französischen Botschafter]!" oder „Das ist eine Demütigung vor Deutschland!"

Das offizielle „Manifest" vom 15. Dezember, wie man es wohl auch nannte, kam zu spät, um noch einen Einfluß auf die Antwort auszuüben, die Bismarck auf die Depesche vom 9. Dezember erteilen ließ. Sie wurde schon am 14. Dezember fertiggestellt; schwerlich hätte er auch viel daran ändern lassen, wenn er es schon gekannt hätte. Er lehnte eine Intervention in Sofia ab, indem er für sich grimmig bemerkte: „Was werden les Puissances tun, wenn die Schweineschneider uns kühl ablaufen lassen? Question de dignité!"; ebenso wies er es weit von sich, dem Begehren des Zaren gemäß in Wien einen Druck auszuüben, indem er dabei von dem Motiv ausging, daß die russische Presse dem Deutschen Reich gegenüber eine allzu drohende Sprache führe, als daß sich dieses die Österreicher entfremden dürfe. Nimmermehr könne er, so betonte er, gleichsam „als uneingestandener Agent Rußlands", dessen Geschäfte in Wien besorgen; Deutschland könne sich nie vollständig in den Dienst selbst der befreundetsten Macht stellen, ob das nun von magyarischer oder russischer Seite verlangt würde. Er gab einen historischen Rückblick großen Stiles über die Entwicklung des deutsch-russischen Verhältnisses; er gedachte aller der Dienste, die er Rußland im Lauf der Jahre erwiesen, und des Undankes, den er dafür geerntet hatte, seiner Verhandlungen vor zehn Jahren

mit Peter Schuwalow, „ob Deutschland sich mit Rußland so intim verbinden könne, daß die dritte Kaisermacht, Österreich, dabei ekklipsiert würde“, — sein darauf bezügliches Angebot hatte ja damals bei Gortschakow kein Gehör gefunden —, des Berliner Kongresses und des Lohnes, den Deutschland für seine Bemühungen daselbst nachher in Petersburg empfing, der „Briefohrfeige“ von 1879 usw. Aus allem dem zog er den Schluß, daß Deutschland nie, schon im Hinblick auf die Gefahren, denen es von Frankreich her ausgesetzt sei, seine Beziehungen mit anderen Mächten freiwillig abbrechen oder zerstören dürfe. Er erinnerte daran, wie er sich rückhaltlos in der bulgarischen Angelegenheit auf die Seite Rußlands gestellt, und wie lange er bereits dafür unverdrossen in Wien gewirkt hatte: das habe, so klagte er, bei Giers keinen anderen Erfolg gezeitigt, „als die Aufforderung zur Verstärkung unserer Pression auf Österreich, die meines Erachtens seit Jahr und Tag schon so stark gewesen ist, wie sie zwischen Mächten, die Freunde bleiben wollen, überhaupt möglich ist. Auch wir rechnen auf die russische Freundschaft; aber wir haben nie etwas von ihr verlangt und glauben, daß wir die deutsche Politik vor allen Dingen selbst betreiben müssen, und dabei nur je nach Umständen auf wohlwollende Passivität oder diplomatische Befürwortung rechnen können“. Demgemäß hielt er Giers vor, daß er nie von Rußland begehrt habe, in Paris dafür tätig zu sein, um die französische Revanchelust zu dämpfen, und das wäre doch um so eher zu rechtfertigen, als Rußland mit Frankreich niemals durch geschichtliche Tradition und Nachbarschaft so verknüpft gewesen sei, wie Deutschland mit Österreich, vielmehr stets mit Frankreich politisch nur feindliche Berührungen gehabt, mit Preußen-Deutschland jedoch vom Siebenjährigen Krieg an bis 1879 freundschaftlich gestanden habe, und als die Trübung des guten Verhältnisses, die damals eintrat, nicht Deutschland zur Last gelegt werden könne. Kurz, es war eine gründliche Abrechnung, die der Kanzler mit Rußland vornahm, und sie erhielt einen noch bei weitem verstärkten Nachdruck dadurch, daß er Giers ersuchte, sie dem Zaren zur Kenntnis zu bringen; auf diesen war es auch gewiß gemünzt, wenn er darin noch einmal die Notwendigkeit der Erhaltung des Dreikaiserbündnisses als eines Schutzwalles gegen die Revolution hervorhob.

Zwar hatte die Note nicht ganz die Wirkung, die Bismarck mit ihr erzielen wollte, zumal was gerade den letzten Punkt anbetraf; aber für den nächsten Moment brachte sie doch eine Klärung und Entspannung der Situation. Als der deutsche Geschäftsträger Bernhard von Bülow am 22. Dezember Giers das Schriftstück vorlas, konnte sich dieser in der Hauptsache der Wahrheit dessen nicht entziehen, was darin vorgetragen ward. Er erkannte an, daß Rußland bisher Deutschland mit Undank belohnt habe, zumal dadurch, daß es dieses zum Sündenbock für seinen Mißerfolg auf dem Berliner Kongreß gestempelt hatte. Die Erinnerung daran sowie an die „Briefohrfeige“ war ihm unangenehm, nicht minder die Anspielung darauf, daß Deutschland niemals von Rußland eine ähnliche Pression in Paris verlangt hatte, wie er selbst von Bismarck in Wien. Er leugnete, eine solche gefordert zu haben, und griff schließlich zur Ausflucht, daß es sich hierbei um ein Mißverständnis handle, das auf die Redaktion seiner Depesche

vom 9. durch Jomini zurückzuführen sei. Er erklärte, Deutschland habe in Wien „bereits das Äußerste getan", und er erwarte nicht, daß es hier einen noch schärferen Druck ausübe, — das entlockte Bismarck den Ausruf: „Gut!" Auch auf eine Intervention in Sofia verzichtete er; er teilte mit, daß er jetzt hier durch die Pforte zu wirken bestrebt sei. Obwohl Bülow mehrfach das Gespräch auf den Passus über die Nützlichkeit des Dreikaiserbündnisses zur Abwehr der Revolution brachte, schwieg sich der Minister hierüber beharrlich aus. Zwar bekundete er den lebhaftesten Wunsch nach einem guten Einvernehmen mit Deutschland, nannte aber Österreich so wenig als möglich. In späteren Unterredungen kam er aus eigener Initiative wiederholt (und das gewährte Einblick in seine letzten Absichten) auf den Gedanken eines engeren Bündnisses zwischen Rußland und Deutschland zurück: das sei, so fügte er hinzu, auch das Ideal des Zaren, der erst kürzlich zu ihm gesagt habe: „Wie schade, daß wir nicht mit Deutschland allein sind. Deutschland und Rußland fest verknüpft würden alles in Ordnung bringen, überall Ruhe und Frieden aufrechterhalten, die Revolution abwenden und die Herren der Welt sein. Leider steht aber Österreich zwischen uns." Alexander wolle, so versicherte Giers, kein Bündnis mit Deutschland gegen Österreich; er möchte es nur ohne Österreich: „Wir könnten uns noch viel intimer aneinanderschließen, indem wir die Integrität Österreichs stipulieren und ihm die wünschenswerten Garantien dafür geben." Die Depesche Bismarcks, wie dieser begehrte, seinem Herrscher vorzulegen, nahm der Minister zuerst Anstand; schließlich erklärte er sich dazu bereit, wenn einige Stellen getilgt würden, die für den Kaiser verletzend seien. Nachdem das geschehen war, las er sie (am 4. Januar 1877) dem Zaren vor; dieser fand zwar die historischen Partien allzu einseitig und machte daran verschiedene Ausstellungen, äußerte jedoch seine Genugtuung über Deutschlands Haltung in der bulgarischen Frage und betonte mehrfach, daß die „entente intime mit Preußen" der Angelpunkt seiner Politik und nicht nur nützlich, sondern geradezu notwendig wäre. „Er hat es begriffen," dahin faßte Giers den Eindruck der Vorstellungen zusammen, die er Alexander bei dieser Gelegenheit machte, „daß es eine Dummheit wäre, anzunehmen, wir könnten durch Kokettieren mit Frankreich Deutschland zu größeren Konzessionen bewegen, wie Katkow und seine Freunde glauben. Der Kaiser merkte, daß wir, wenn wir uns Frankreich nähern, nur Ihre Bande mit den zahlreichen Feinden, die wir in Europa haben, enger knüpfen, und daß das eine törichte Politik sein würde".

So schien sich alles in eitel Harmonie und Wohlgefallen aufzulösen. Am Neujahrstage 1887 äußerte Kaiser Wilhelm I. beim Empfange, „es sehe jetzt etwas ruhiger in der Welt aus, eben deshalb, weil der Zar mäßigend einwirke". Politisch und persönlich schien sich die alte Herzlichkeit und Intimität zwischen Berlin und Petersburg wieder einzustellen. In den ersten Tagen des Januar erschien Peter Schuwalow plötzlich in der deutschen Reichshauptstadt, und zwar als Träger einer höchst wichtigen und vertraulichen Mission; beachtenswert war es bereits, daß der Zar ihn, der bei ihm unbeliebt war, in Deutschland aber als persona grata und alter Freund Bismarcks galt, mit einem solchen Auftrage betraut hatte. Von fortwährender Besorgnis erfüllt, daß der Battenberger seine

Wiedereinsetzung in Bulgarien betreiben könnte, war Alexander III. auf den Gedanken verfallen, an seinen Oheim ein Handschreiben zu richten, daß dieser als oberster Chef der deutschen Armee dem Prinzen, der ihr als General angehörte, bestimmt anbefehle, alle etwaigen Pläne zur Rückkehr nach Sofia aufzugeben. Von seinem Bruder, dem Großfürsten Wladimir, und Giers in diesem Vorhaben bestärkt, hatte er durch diesen letzteren nun Peter Schuwalow nach Berlin entsandt, um zunächst beim Kanzler anzufragen, ob dieser damit einverstanden sei. Dabei wurde festgestellt, daß das nicht ohne weiteres tunlich war. Es war nämlich gerade in Rücksicht auf den Battenberger, um diesen vom deutschen Heere in eine gewisse Distanz zu rücken, im Sommer 1886 ein Erlaß über die Führung fremder Fürsten in der Rangliste ergangen, demzufolge er nicht mehr als Deutscher, sondern als Fremder anzusehen war, so daß ihm der Kaiser als „militärischer Vorgesetzter“ nicht wohl einfache Befehle mehr erteilen konnte; da Bismarck jedoch dem Wunsche des Zaren willfahren wollte, wurde eine andere Form gewählt. Demgemäß richtete Alexander III. am 16. Januar ein Handschreiben an Wilhelm I., worin er diesen in seiner Eigenschaft als Oberhaupt des Deutschen Reiches bat, seinen „großen und mächtigen Einfluß“ zu einer Intervention zu benutzen, um eine Rückkehr des Prinzen nach Bulgarien zu verhindern, indem er in diesem Sinne in Österreich, bei der Pforte und anderen Mächten wirke. Der alte Kaiser war dazu sofort bereit, und Bismarck setzte eine Antwort auf, die das Versprechen enthielt, sich dafür nach Kräften bei den Höfen in Wien, Darmstadt, Bukarest, sowie nötigenfalls in Rom zu verwenden; es war darin die Entrüstung über des Prinzen Undank gegen Rußland Ausdruck und die Versicherung gegeben, daß er, der Kaiser, nichts unterlassen würde, um neuen Umtrieben des gestürzten Fürsten und allen Aspirationen der gemeinsamen Feinde beider Reiche entschieden entgegenzutreten, „die kein anderes Ziel haben, als Zwietracht zwischen den Monarchien zu säen, welche sich gegen die umstürzlerischen Bestrebungen aufrecht erhalten, deren Früchte sich der Prinz von Battenberg in Rumelien zunutze gemacht hat, und die ihm die Sympathien und Huldigungen der Polen seit seinem Aufenthalt in Lemberg eingetragen haben“. In einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums, die am 10. Januar unmittelbar nach einer Unterredung mit Schuwalow stattfand, deutete Bismarck wiederholt an, daß diese sehr ergebnisreich gewesen sei. „Sein ganzes Bemühen,“ so fügte er erläuternd hinzu, „ginge dahin, den russischen Elefanten so zu leiten, daß er kein Unheil bei seinen täppischen Bewegungen anrichte. Er suche Rußland und Österreich auf friedlichem Fuße zu halten, was bei den popularitätssüchtigen, parlamentarisch verrückten Ungarn schwierig sei“. Er kam dabei noch einmal auf die Demarkationslinie und seine Bemühungen für sie bei Franz Josef zu sprechen, — sollte er noch einmal mit der Hoffnung gespielt haben, sie zur Anerkennung zu bringen, so würde er sich allerdings in Illusionen gewiegt haben.

In der Richtung nach Rußland schien somit der politische Horizont wieder aufgehellt, und in Österreich-Ungarn wußte man ganz genau, daß man Deutschland nicht hinter sich haben würde, wenn man sich nicht auf dem Balkan der äußersten Zurückhaltung befleißigte, — schon deshalb konnte man hier noch

weniger als je zuvor den britischen Werbungen Gehör schenken. So fühlte man sich denn in London, zumal bei der noch immer bestehenden Spannung mit Frankreich, um die Jahreswende 1886/87 peinlich isoliert. Die Mahnungen Bismarcks zu größerer Aktivität bewirkten so viel, daß man sich auf die Pforte zu wirken entschloß, vorerst wenigstens in der Presse durch Drohungen. Aber mit dem Ansinnen des Kanzlers, durch eine entschiedene Sprache in Petersburg zugunsten Österreichs den Frieden sicherzustellen, konnte sich Churchill nicht befreunden. Er zweifelte zwar nicht, daß dieser Zweck dadurch erreicht werden würde, hielt die Anwendung des Mittels jedoch für England für bedenklich, da Rußland, dadurch verletzt und zum Äußersten getrieben, alsbald in Asien seine Revanche suchen dürfte; er frug den Grafen Hatzfeldt: „Wer wird uns dort gegen Rußland beistehen, wenn wir den Frieden im Orient gesichert und dadurch die Feindschaft Rußlands auf uns allein abgelenkt haben?“ Er hielt eine ernste Einmischung Englands im Orient erst dann für gerechtfertigt, wenn die Verhältnisse so lägen, daß der Kampf um Indien auch wirklich unter günstigen Chancen im Schwarzen Meer zum Austrag käme; d. h. er meinte, dafür der Dardanellen, des Schwarzen Meeres und schon vorhandener Allianzen zu bedürfen, — das aber setzte voraus, wenn er auch einen Balkankrieg nicht gerade unbedingt anstrebte, daß ein solcher sich zuerst entzündete; dafür brauchte er die österreichische Initiative und das Bündnis mit Österreich unter deutschem Patronat, und er wäre unter diesem Gesichtspunkte auch für weitergehende Abmachungen mit Deutschland gegen Frankreich gewesen. Als ihm Hatzfeldt davon sprach, daß Frankreich den Frieden Europas dauernd bedrohe, rief er: „Im Grunde ist Frankreich unser gemeinsamer Feind, und wir werden erst Ruhe haben, wenn es vollkommen vernichtet ist.“ Salisbury war zu einer „Demarche in Petersburg“ offenbar eher geneigt als Churchill; wenigstens äußerte er zu Hatzfeldt: „Sie wissen doch, welche Schwierigkeiten da Churchill macht!“; er stellte auch endlich eine direkte diplomatische Aktion durch den britischen Botschafter in Konstantinopel in Aussicht, um den Sultan „ernstlich auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welchen er von seiten Englands ausgesetzt sein würde, wenn er in seinen Konzessionen an Rußland weiter ginge und seine den englischen Interessen entgegengesetzte Politik nicht änderte“. Augenscheinlich bestand die Differenz zwischen Salisbury und Churchill darin, daß dieser auf eine Entwicklung hinarbeitete, welche alle weltpolitischen Streitfragen, die Rivalität Englands mit Rußland im näheren Orient und in Mittelasien, sowie mit Frankreich, nicht minder den deutsch-französischen Gegensatz, aufzurollen geeignet war, während jener in höherem Grade zu unmittelbarem und eigenem Vorgehen auf dem Balkan geneigt war. Diese Meinungsverschiedenheiten, die Unmöglichkeit, Österreich vorwärts zu treiben, und innerpolitische Gründe auf finanziellem Gebiet, indem er nach tunlichster Beschränkung der Ausgaben trachtete, bewogen Churchill Anfang Januar 1887, aus dem Kabinett auszuscheiden; sein Rücktritt setzte Salisbury in große Verlegenheit und wurde im Lande lebhaft getadelt. Churchill war nunmehr für ein weitgehendes Desinteressement Englands auf dem Kontinent; er äußerte sich vor dem russischen Botschafter später

dahin: „Rußland könne mit Österreich tun, was es wolle; England nehme gar kein Interesse daran.“ Der englische Botschafter Paget in Wien ließ sich alsbald dahin vernehmen: „Für die Führung der britischen Außenpolitik wäre es jedenfalls ein Gewinn, daß sie der Premier nunmehr selbst in die Hand nähme; dieser würde in der orientalischen Frage russischen Vorschlägen innerhalb der Grenzen des Berliner Vertrages entgegenkommen; sollte eine Verständigung jedoch nicht zu erzielen sein und Österreich sich genötigt sehen, gegen russische Übergriffe auf dem Balkan Stellung zu nehmen, so würde ihm England mit seiner ganzen Kraft zur Seite stehen.“ Das entsprach durchaus der Politik, wie sie Churchill jederzeit gefordert hatte, und es wurde auch von englischer Seite wieder in Wien im alten Sinne gearbeitet. Wenigstens klagte Kalnoky vor dem deutschen Botschafter: „Es sei recht schwierig, sich einer befreundeten Regierung gegenüber immer ablehnend zu verhalten; aber er halte an seiner Ansicht fest, daß es nicht geraten sei, sich schon jetzt in ein festes Vertragsverhältnis mit England zu begeben, welches sich gegebenenfalls ganz von selbst machen werde.“ Aber etwas ganz Neues war es, wenn Sir Arthur Paget damals dem Prinzen Reuß eröffnete, was er Kalnoky allerdings noch vorenthielt, daß England eventuell auch allein vorgehen würde, wenn Konstantinopel von den Russen besetzt würde:

„Man nehme in England an, daß, wenn Rußland zur Okkupation von Bulgarien schreiten würde, Österreich-Ungarn dies nicht leiden könne; auch sei dies den von hier [d. h. Wien] aus gegebenen öffentlichen Erklärungen entsprechend. Sollte wider Erwarten Österreich ein solches russisches Vorgehen aber ruhig mit ansehen, so würde England vielleicht sogar in die Lage kommen, selbständig zu handeln, weil es eigene Interessen im Orient zu verteidigen habe. England könne nicht dulden, daß Rußland eine Politik verfolge, welche schließlich zur russischen Besetzung der Meerengen führen werde.“

Endlich schien England Miene machen zu wollen, die Initiative auf dem Balkan gegen Rußland ergreifen, zuerst und allein auf den Plan treten zu wollen. Das war die spezifische Orientpolitik Salisburys.

Wieder einmal erschien Bismarck um die Jahreswende von 1886/87 als der souveräne Meister des Europäischen Konzertes, in einem Grade, wie niemals mehr später. War nicht der Friede gesichert? Drängten sich nicht alle um Deutschland, selbst der Erbfeind jenseits der Vogesen, um Beistand und Bündnis bittend? Aber eben darin lag auch die Schwäche seiner Position. Er konnte nicht die Werbungen aller erhören; jeder setzte auf ihn bei dem allgemeinen Zwiespalt der Interessen seine Hoffnungen, und wenn sie dessen inne wurden, daß er ihren Wünschen nicht Rechnung tragen wollte und konnte, so war zu erwarten, daß sie in ihrer Enttäuschung ihr Heil auf anderen Wegen und durch Gruppierungen suchen würden, denen sich Deutschland entweder nicht anzuschließen, oder zwischen denen es weder zu vermitteln, noch auch eine unabhängig-neutrale Stellung auf die Dauer einzunehmen vermöchte, daß es vielleicht selbst auf Kombinationen einzugehen sich genötigt sehen würde, die sich miteinander nicht vertrügen, und auch, wenn sie der Öffentlichkeit verborgen blieben, die deutsche Politik in Widersprüche verwickeln müßten, durch die sie

in schwere Gefahren geriet: das war tatsächlich die Signatur der Entwicklung des Jahres, das soeben anbrach. Niemand wußte das besser, als der Kanzler selbst, und so hielt er es für notwendig, eben damals schon, Ende 1886 und Anfang 1887, obwohl sich doch die Lage jetzt im wesentlichen beruhigt darstellte, militärische Vorkehrungen zu treffen, die ihrerseits hinwiederum als kriegerische Symptome zu wirken nicht umhin konnten. Es waren dabei auch innerpolitische Motive im Spiele, nämlich das Bestreben, die äußeren Verhältnisse zu benützen, um sich eine sichere Mehrheit im Reichstage zu schaffen, — es handelte sich dabei um die sog. Septennatsvorlage.

Bereits seit mehreren Monaten hatte der Oberstleutnant von Villaume, der deutsche Militärbevollmächtigte in Paris, auf die Kriegstreibereien der Presse, auf die Tätigkeit der Chauvinisten und Boulangers, sowie auf angebliche Kriegsvorbereitungen in Frankreich aufmerksam gemacht; seine Berichte standen unter dem Eindrucke, daß Deutschland auf den baldigen Ausbruch von Feindseligkeiten an seiner Westgrenze gefaßt sein müsse. Sie wurden dem stellvertretenden Chef des Generalstabs, dem Generalquartiermeister Grafen Waldersee, vorgelegt. Dieser erklärte in einem Gutachten vom 16. November unter ausführlicher Motivierung, daß er sich der Auffassung Villaumes nicht anschließen könne, daß augenblicklich, schon aus rein militärischen, geschweige denn politischen Gründen, Frankreich den Frieden brauche und ein Angriff von dieser Seite nicht zu befürchten sei; der Kanzler erwiderte ihm darauf, daß er seine Ansichten teile. Mochte der Kanzler nun auch an eine momentane Kriegsgefahr nicht glauben, so meinte er doch, daß Deutschland seine Rüstung auf alle Möglichkeiten einstellen müsse; dazu bewog ihn vor allem der Umstand, daß im Herbst des Jahres in Frankreich und Rußland hohe Armeekredite verlangt wurden. So wurde denn im Reichstage bei seinem Zusammentritt am 25. November 1886 eine Vorlage eingebracht, welche eine bedeutende Erhöhung der Präsenzstärke und deren Festlegung für sieben Jahre forderte; darüber und zumal über die Dauer der Bewilligung entspann sich ein heftiger Kampf zwischen der Regierung und der Parlamentsmehrheit. Die Villaumeschen Berichte wurden bei den Bundesregierungen verwertet, um diese von der Notwendigkeit der Armeevermehrung zu überzeugen; auch in Wien wurde ja, wie wir wissen, die Aussicht auf deutsch-französische Verwickelungen betont, um hier die Geneigtheit zu dämpfen, mit Rußland Händel anzufangen. In Frankreich machten die Vorgänge im deutschen Reichstage großes Aufsehen; sie wirkten allerdings vorwiegend entnüchternd und entmutigend: man hatte kein rechtes Vertrauen zur eigenen Widerstandsfähigkeit und Armee, vielmehr Angst vor einem deutschen Angriffe, zum mindesten ehe Boulanger seine Organisationspläne durchgeführt habe. In diesem Sinne berichtete der Botschafter, Graf Münster, im Dezember aus Paris; er konnte es nicht begreifen, daß man in Deutschland der Ansicht Raum gab, der Krieg stehe für das Frühjahr „mit einiger Sicherheit" bevor, und vermutete nicht ganz mit Unrecht, daß dahinter innerpolitische Triebfedern steckten, nämlich die Absicht, die Opposition gegen die Militärvorlage totzumachen, womit ja das Streben nach Herstellung einer regierungsfreundlichen Parlamentsmajorität zusammen-

hing. Aufs bestimmteste versicherte er: Die Stimmung der Republikaner und in der Provinz sei entschieden friedlich; man habe vielmehr (ein Gerücht, das insonderheit durch russische Agenten genährt werde) Angst vor einem Angriff durch Deutschland im nächsten Frühjahr; Boulanger habe nur den einen Wunsch, sich als Kriegsminister zu behaupten, und denke nicht an einen Staatsstreich; dazu könne er die Armee noch nicht bringen, wegen des Mißtrauens und der Eifersucht der älteren Generäle, von denen insbesondere Saussier, der Gouverneur von Paris, mit seinen Truppen der Republik treu ergeben war, — umsonst hatte Boulanger ihn zu entfernen versucht. Boulanger habe sich, um sich populär zu machen, zuerst auf die Chauvinisten stützen und ihnen schmeicheln, daher sich kriegerischer stellen müssen, als er sei; er wolle den Krieg mit Deutschland gar nicht, sondern er fürchte ihn, da er die Mängel der Armee genau kenne und außerdem recht gut wisse, daß man ihm in einem Feldzuge doch nicht das Oberkommando übertragen, aber bei Verlust des Krieges doch dafür verantwortlich machen werde. „Ein Krieg mit Frankreich könnte,“ darin gipfelte Münsters Auffassung der Lage, „wie jetzt die Verhältnisse liegen, nur von uns ausgehen, und es würde einer sehr starken Provokation bedürfen, um die Franzosen dazu zu bringen.“

Ohne Zweifel mischten sich in diesen Ausführungen richtige Beobachtungen mit vagen Vermutungen auf der Basis unsicherer und tendenziös zugestutzter Informationen, die dem Grafen Münster zugetragen worden waren. In der gegenwärtigen parlamentarischen Situation kamen sie jedenfalls Bismarck recht ungelegen, da sie geeignet waren, wenn sie den leitenden Instanzen im Reiche oder gar im großen Publikum bekannt wurden, die Stimmung in einem für die Militärvorlage schädlichen Sinne zu beeinflussen. Er unterwarf sie einer scharfen Kritik. Wenn Münster die Existenz einer Kriegsgefahr für den Frühling bezweifelte, so sagte er dazu: „Nicht notwendig! aber er k a n n jederzeit auch vor Ostern ausbrechen, weil die Franzosen mit ihrem Latein der Republik zu Ende sind: aus V e r l e g e n h e i t werden sie losbrechen. Die halben Milliarden Anleihen, Franken und Rubel [in Frankreich und Rußland] sind durch l a u f e n d e Bedürfnisse nicht erfordert.“ Und zum Versuche, Boulanger als relativ oder wenigstens zur Zeit wenig gefährlich hinzustellen, bemerkte er: „Er ist ein Zünder für die Explosion, vielleicht ohne sie zu wollen; aber er macht sie leichter.“ In noch ärgere Aufregung jedoch versetzte ihn ein Schritt, den Münster beim Kaiser unternahm. Es war üblich, daß die diplomatischen Vertreter des Reiches im Auslande dem Monarchen beim Jahreswechsel ihre persönlichen Glückwünsche in der Form von Immediatberichten vortrugen; der Botschafter benutzte diesen Anlaß zu einer ausführlichen Darlegung aller der Ursachen, aus welchen, obwohl die Niederlagen von 1870/71 keineswegs verschmerzt und der davon herrührende Deutschenhaß gewiß nicht verschwunden wäre, jetzt eine Störung des Friedens durch Frankreich vollkommen ausgeschlossen sei: die schlechte Finanzlage, so daß der Krieg eine finanzielle Katastrophe zur Folge haben könnte, die Furcht der Republikaner, daß dadurch der Diktatur oder der Monarchie die Wege geebnet würden, der Mangel an Vertrauen im Volke zur Armee, sowie in ihr selbst an

kriegerischem Geiste, die schlechte Behandlung der Soldaten, ihre Unlust zum militärischen Dienste: „Der jetzige Franzose hat kein Vaterlandsgefühl im höheren Sinne, kein Pflichtgefühl, wie der Deutsche.“ Münster behauptete, daß sich bei einem Kriegsausbruch mindestens 50000 Mann nicht stellen würden, daß die Idee der Revanche mit der Zeit verblasse, daß sich die Elsaß-Lothringer mit der deutschen Herrschaft auszusöhnen im Begriff wären, und daß das seine Rückwirkung auf Frankreich nicht verfehle, daß hier jetzt nicht Kriegslust, sondern Kriegsfurcht herrsche. Er hatte recht, wenn er sich gelegentlich selbst als „Optimisten“ bezeichnete: diese Argumente waren in der Tat von einem fast unbegreiflichen Optimismus getragen, den die nachfolgenden Ereignisse bis zum heutigen Tage gründlich widerlegt haben, und es kann nicht wundernehmen, daß sie vor den Augen des Kanzlers keine Gnade fanden; die Phrase Münsters vom fehlenden Vaterlands- und Pflichtgefühl der Franzosen entrang ihm den schmerzvollen Ausruf: „Wollte Gott, alle Deutschen hätten den französischen Durchschnitt davon!“ Er tadelte den Botschafter deshalb, weil er, anstatt erst ihm selbst seine abweichenden Ansichten vorzulegen, die Form des Immediatberichtes beim Jahreswechsel gewählt hätte, um sie direkt an den Kaiser gelangen zu lassen; er kündigte ihm an, daß er sich zwar nicht entschließen könne, kurzweg das Schreiben dem Herrscher vorzuenthalten, daß er es aber nicht übergeben würde, ohne es entsprechend zu glossieren, und frug ihn, ob er trotzdem auf der Überreichung bestehe; natürlich verzichtete der Graf darauf.

Die Septennatsvorlage gehört im wesentlichen der inneren Geschichte des Deutschen Reiches zum Ende der Amtszeit Bismarcks an; für die Entwicklung der auswärtigen Beziehungen war sie nur eine Episode, aber auch als solche nicht ohne Bedeutung. In der Rede, die er für sie am 11. Januar 1887 im Reichstage hielt, gab er sich alle Mühe, die internationale Lage, wenn er sie auch durch diese motivieren mußte, in einem Lichte erscheinen zu lassen, wie es den großen Linien, die seine Weltpolitik damals verfolgte, angemessen war. Er hob das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland hervor und leugnete, daß der Entwurf etwa der Besorgnis vor einer französisch-russischen Koalition seine Entstehung verdanke. Er erklärte, die Franzosen besäßen gar nichts, was für Deutschland irgendeinen Reiz haben könnte, und dieses würde sie unter keinen Umständen angreifen, auch habe er festes Vertrauen zu der friedlichen Gesinnung des gegenwärtigen Pariser Ministeriums; immerhin fügte er hinzu: „Es ist an jedem Tage möglich, daß eine andere Regierung ans Ruder kommt, deren ganze Politik darauf berechnet ist, von dem feu sacré zu leben, das jetzt so sorgfältig unter der Asche unterhalten wird. Darüber können mich auch keine friedlichen Versicherungen, keine Reden und Redensarten vollständig beruhigen.“ Es ist nicht zu verkennen, daß diese Worte an die Adresse Frankreichs vollkommen genügten, um die neuen deutschen Militärforderungen zu begründen; für die Außenpolitik lag der Schwerpunkt in der ernsten Warnung, die nach Wien erging: „Es ist uns vollständig gleichgültig, wer in Bulgarien regiert und was aus Bulgarien überhaupt wird; . . . ich wiederhole alles, was ich früher mit dem viel gemißbrauchten und totgerittenen Ausdruck von den Knochen des pommerschen Grenadiers gesagt habe:

Die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemandem das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren."

Man sieht: härter als Frankreich wurde Österreich angefaßt, und so wurde das sowohl in Paris wie auch in Wien empfunden. In Paris hörte man zunächst aus der Kanzlerrede den festen Entschluß heraus, daß Deutschland nicht angreifen wolle, und ähnliche Versicherungen gab Bismarck dem Botschafter Herbette, indem er freilich hinzufügte: „Was ich fürchte, das ist das Aufsteigen des Generals Boulanger zum Präsidenten des Ministerrates oder der Republik; das wäre der Krieg in kurzer Sicht." Niederschmetternd dagegen war die Wirkung in Wien. Während der Zar „einstweilen beruhigt und befriedigt" war, trat dort eine tiefe Depression ein. Für Kalnoky waren ja die Erörterungen Bismarcks im Reichstag über die Bedeutung Bulgariens für Deutschland nichts Neues, und er faßte sie so auf, als ob sich dieses dadurch „des wahrscheinlichen französischen Angriffs wegen" die russische Neutralität sichern und alles daran setzen wolle, um einen Krieg zwischen Österreich und Rußland zu verhindern. Aber er fand doch, „dadurch, daß diese Stellung Deutschlands im Reichstag so feierlich präzisiert worden, sei die allgemeine Lage verschoben worden. Überall werde die öffentliche Meinung von nun ab damit rechnen, daß sich Deutschland nicht mehr um den Orient zu kümmern entschlossen sei. Die russische Presse fange bereits an, dies Thema zu behandeln, daß Rußland sich Deutschlands wegen nicht mehr zu genieren habe". Der Minister fürchtete auch einen Rückschlag davon auf die Südslawen, die teils, dadurch den Russen gegenüber eingeschüchtert, deren Agitationen sich widerstandsloser hingäben, teils in ihren panslawistischen Hoffnungen bestärkt werden würden; er schloß mit der Klage, „hierzulande, wo bekanntlich immer noch Illusionen über das deutsche Bündnis vorhanden gewesen wären, mache sich nunmehr das niederschlagende Bewußtsein geltend, daß man auf Deutschland nur noch rechnen könne, wenn man bereits zu Boden geschlagen sein werde". Ebenso, wie Kalnoky, sah Franz Josef die Dinge an. Er meinte (und auch sonst machte sich diese Vermutung in Österreich in der nächsten Zeit geltend), Deutschland wolle einen Präventivkrieg gegen Frankreich unter günstigen Umständen entfesseln und opfere daher die österreichischen Balkaninteressen den Russen; seine Stimmung war „ernst und bis zu einem gewissen Grade niedergeschlagen"; er blickte nicht mit besonders großem Vertrauen in die Zukunft, schien aber „bereit, alles zu tun, um die Mittel zu einer annehmbaren Auseinandersetzung mit Rußland zu suchen und zu finden".

Das gerade war es, was Bismarck erreichen wollte. Wie er den Höfen der mittleren Bundesstaaten bald darauf mitteilen ließ, hatte er geflissentlich in seiner Rede die Beziehungen zu Rußland günstiger dargestellt, als er sie tatsächlich beurteilte: Zwar stimmten sie im großen und ganzen mit den gegenwärtigen Auffassungen des Zaren überein; aber diese seien wandelbar durch innere und äußere Vorgänge, — wie die zum Kriege drängenden Elemente im Lande, denen der Kaiser mehr Gewicht beilege, als für Deutschland nützlich sei, die Presse, auch insofern sie dieser selbst lese, gesellschaftliche und persönliche Einflüsse, ehrgeizige

Generäle, politische Damen, liberalisierende Beamte, die materielle Not der Grundbesitzer, die antideutsch gerichtete Orthodoxie, die Möglichkeit eines deutsch-französischen Krieges und vor allem der österreichisch-russische Balkangegensatz, dessen Ausbruch zu verhüten bisher das Ziel seiner Bemühungen gewesen, und der durch die parlamentarischen Vorgänge in der Monarchie verschärft worden sei. Eben dadurch wäre zwischen den drei Kaisermächten eine Situation geschaffen worden, die auf die Dauer unmöglich sei, und so habe er seine Rede im Reichstag gehalten, einerseits um den Zaren zu beschwichtigen, andererseits um den übertriebenen Erwartungen und Ansprüchen zumal der magyarischen Opposition betreffend das deutsch-österreichische Bündnis den Boden zu entziehen. Das war ja denn nun auch geschehen, und mit Befriedigung konstatierte der Kanzler aus den Berichten des Prinzen Reuß den Erfolg seiner Warnungen in Wien, indem er der Deutung Kalnokys widersprach, als sei durch sie die allgemeine Lage verschoben worden: diese sei vielmehr richtiggestellt worden, nachdem in Österreich-Ungarn und insonderheit in Pest eine Verschiebung der Tragweite des Bündnisses in antirussischer Tendenz stattgefunden hätte, die er selbst durch erhöhte Russenfreundlichkeit gutmachen müßte; die russische Presse habe darin ganz recht, daß sich Rußland auf dem Balkan Deutschlands wegen nicht mehr zu genieren brauche, nämlich mit der Beschränkung „in Bulgarien". Die Klage, zu deren Interpreten sich Kalnoky machte, daß Österreich jetzt nur noch auf Deutschland rechnen dürfe, wenn es „bereits zu Boden" geschlagen sein werde, stellte er richtig, indem er diese Worte strich und dafür „unprovoziert angegriffen" setzte, mit dem Hinzufügen: „So lautet der Vertrag." Zur Mitteilung, daß die Stimmung Franz Josefs ziemlich niedergeschlagen sei, notierte er: „Besser, als wenn sie unternehmend wäre," und mit Genugtuung dürfte er die Nachricht aufgenommen haben, daß der Monarch alles tun würde, um zu einer Verständigung mit Rußland zu gelangen.

Sollte er daran freilich die Hoffnung geknüpft haben, Österreich-Ungarn noch für die Demarkationslinie zu gewinnen oder auch nur das Dreikaiserbündnis zu retten, so täuschte er sich. Das lehrte die Entwicklung der folgenden Monate. Sie brachte im Frühjahre dessen äußeren und endgültigen Bruch, sowie im Sommer den Höhepunkt der bulgarischen und allgemeinen Balkankrisis. Im Zusammenhange damit setzten sich Österreich, England und Italien in Positur gegen Rußland, während der latente französisch-deutsche Konflikt wieder eine schärfere Gestalt annahm, indem die populär-chauvinistische Bewegung auf die französische Politik stärkeren Einfluß gewann. Die alten Gruppierungen wurden dadurch teils befestigt, teils zerstört und neue sowohl ins Leben gerufen als auch vorbereitet.

Fünfundzwanzigstes Kapitel.

Die englisch-italienisch-österreichisch-spanische Mittelmeerentente und die Erneuerung des Dreibundes.

Frühjahr 1887.

War es Bismarck geglückt, in der schweren Krisis, welche die Gewalttat gegen Alexander von Bulgarien und sodann seine Abdankung für Europa mit sich brachten, nicht nur den Frieden zu bewahren, sondern auch noch einmal Deutschland zu einer autoritativen Stellung ersten Ranges unter den Mächten emporzuheben, so gewann es jetzt das Aussehen, als würde es ihm nunmehr sogar beschieden sein, diese durch eine Reihe kunstvoll einander ergänzender Verträge sicher festzulegen und dadurch jede Kriegsgefahr für absehbare Zeit zu bannen. Zwar schien eine solche gerade um die Jahreswende 1886/87, wie wir hörten, ziemlich beseitigt. Vom Zaren persönlich stand nicht zu befürchten, daß er auf dem Balkan Schritte tun würde, die, wie etwa ein Einmarsch in Bulgarien, andere auf den Plan zu rufen und Feindseligkeiten zu entzünden, die Wirkung haben mußten, und Deutschland für sich war ja für diesen Fall zur Teilnahme an derartigen Verwicklungen keineswegs von vornherein verpflichtet und gewillt. Was Frankreich anbelangte, so war man auch hier im Augenblick ziemlich ruhig, und die große Reichstagsrede des Kanzlers vom 11. Januar 1887 für das Septennat war zuerst sogar, wie wir gleichfalls erfuhren, günstig aufgenommen worden. Aber einmal war es doch bei der unberechenbaren Sprunghaftigkeit der russischen Gesamtpolitik nicht vollkommen ausgeschlossen, daß im Orient die Dinge plötzlich und wider alles Vermuten eine Wendung nahmen, die ein neues Gewitter heraufbeschwor, das Deutschland schließlich doch auch in Mitleidenschaft zu ziehen imstande war, und vor allem der gute Eindruck, den Bismarcks Ausführungen in Paris gemacht hatten, hielt nicht lange an; die Stimmung drohte hier sehr bald umzuschlagen.

Auf beiden Seiten herrschte Mißtrauen, und es fehlte sowohl hüben wie drüben nicht an Ereignissen, durch die es immer wieder genährt wurde. Mitte Januar trafen in Berlin Nachrichten von umfangreichen Holzkäufen zur Errichtung von Barrikadenbauten an der Grenze ein; sie wurden als Kriegsvorbereitungen im Sinne von Truppenkonzentrationen gegen Deutschland gedeutet. Die französische Regierung beeilte sich, sie unter lebhaften Friedensbeteuerungen in harmlosem Lichte hinzustellen, und auch die deutsche Botschaft in Paris erteilte beschwichtigende Aufklärungen nach Berlin; aber Bismarck war doch nicht frei von Argwohn, daß Boulanger, der hinter dieser Maßregel steckte, Schlimmes im Schilde führe. Freycinet erkannte selbst vor Münster an, daß die Persönlichkeit

Boulangers zu Besorgnissen Anlaß gebe: zwar wolle dieser keineswegs den Zusammenstoß; aber er benutze alles, was er tue, zur Reklame. In Wahrheit stand der Kriegsminister unter seinen Kollegen allein, und sie hofften, daß er seinen Abschied nehmen möchte; diesen Gefallen tat er ihnen indessen nicht. Freycinet ging so weit, beim deutschen Botschafter durchblicken zu lassen, daß der General bei der nächsten Ministerkrise ausgeschifft werden würde; immerhin mußte er eingestehen, daß eine solche momentan nicht in Aussicht stünde, — so war denn mit der Explosionsgefahr, die sich an ihn knüpfte, noch weiterhin zu rechnen. Anfang Februar wurden in Deutschland die Reservisten zu Übungen mit dem neuen Magazingewehr in größerem Umfang einberufen; dadurch geriet die Pariser Regierung hinwiederum in den Zustand nervöser Aufregung. Auch anderwärts, vor allem in Österreich, wurde damals dem bereits bestehenden Glauben, daß man in Deutschland, zumal an den militärischen Stellen, einen Präventivkrieg unter günstigen Chancen plane, Vorschub geleistet. Der russische Botschafter Fürst Lobanow erklärte vor dem Fürsten Reuß, seinem deutschen Kollegen, geradezu, Deutschland dürfe in seinem Interesse einen solchen nicht weiter hinausschieben; auch Kalnoky hielt ihn für unvermeidlich; er zweifelte nicht an Deutschlands Sieg, war jedoch davon überzeugt, daß Rußland ein völliges Niederwerfen Frankreichs nicht dulden, sondern, analog dem das österreichisch-deutsche Verhältnis beherrschenden obersten Grundsatze, die Erhaltung Frankreichs als Großmacht fordern würde. Tatsächlich sprach sich Giers in solchem Sinne vor Schweinitz um dieselbe Zeit aus, und Bismarck erachtete es, indem er betonte, daß Deutschland niemals seinen westlichen Nachbarn angreifen werde, als notwendig, in Petersburg keinen Zweifel darüber zu lassen, daß Deutschland gar nicht daran denke, Frankreichs Großmachtstellung anzutasten. Diese sei, so erwog er bei sich, für Deutschland selbst ein Bedürfnis, nämlich als maritimes Gegengewicht gegen England, nicht minder deshalb, weil für den Fall, daß daselbst Gladstone wieder ans Ruder käme, ein britisch-russisches Bündnis nicht undenkbar wäre. Er wollte Frankreich ganz dieselbe schonende Behandlung angedeihen lassen, wie Österreich nach dem Siege von Königgrätz, in der Hoffnung, dann in Frankreich für Deutschland eine ähnliche Stimmung zu erwecken, wie in der Donaumonarchie nach 1866: nach der ersten gewonnenen Schlacht wollte er ihm unter günstigen Bedingungen den Frieden anbieten, — das entsprach ja durchaus dem Standpunkt, wie er ihn noch soeben vor aller Welt vertreten hatte, daß Frankreich gar nichts habe, was Deutschland von ihm als Siegespreis erstreben könnte. Und gegenüber dem Vernichtungswillen, wie er jetzt Frankreich gegenüber Deutschland erfüllt, ist nichts für den Unterschied zwischen deutscher und französischer politischer Denkweise so charakteristisch, wie die folgende Betrachtung:

„Wenn wir von Frankreich angegriffen würden und siegten, so würden wir doch nicht an die Möglichkeit glauben, eine Nation von 40 Millionen Europäern von der Begabung und dem Selbstgefühl wie die Franzosen vernichten zu können. Es ist das drei großen Reichen im Osten seit 100 Jahren nicht einmal mit der, im Vergleich mit der französischen, so unbedeutenden polnischen

Nationalität gelungen, obschon in der letzteren der in Frankreich fehlende Zwiespalt zwischen Adel und Bauern die Aufgabe leichter erscheinen läßt. Wir würden deshalb den aussichtslosen Versuch, Frankreich als Macht zu vernichten, niemals unternehmen."

Aus der Situation, wie sie soeben gekennzeichnet wurde, ergab sich für die Politik Bismarcks in der nächsten Zeit eine doppelte Aufgabe. Da er die Möglichkeit von Verwicklungen Rußlands mit Österreich im Orient, in noch viel höherem Grade indessen, wie er meinte, zwischen Frankreich und Deutschland, daneben auch zwischen Frankreich und Großbritannien im Westen berücksichtigen mußte, war es einerseits notwendig, Deutschland gegen einen französischen Angriffskrieg tunlichst zu sichern, andererseits Rußland im Osten zu binden, zugleich für alle Fälle Österreich gegen Rußland insoweit widerstandsfähig zu machen, daß dieses auf dem Balkan zurückgehalten und Deutschland nicht auch dort einzugreifen sich gezwungen, sondern im Falle eines orientalischen Konfliktes seine Rolle darauf beschränkt sähe, Frankreich im Schach zu halten, d. h. zu hindern, sowohl England zu bedrohen, als auch Rußland beizuspringen; d. h. England mußte irgendwie dem mitteleuropäischen System angegliedert, nicht minder jedoch auch auf dem Balkan gegen Rußland ausgespielt werden. Diesen Zwecken dienten die drei großen diplomatischen Aktionen, die er jetzt unternahm und die im Frühjahr 1887 erfolgreich zum Abschluß kamen, — der italienisch-englisch-österreichische Mittelmeervertrag mit seinen Dependenzen, die Erneuerung des Dreibundvertrages und der deutsch-russische sog. „Rückversicherungsvertrag". Wir behandeln sie im folgenden nacheinander, gemäß dem Zeitpunkte ihres Zustandekommens; die beiden ersten haben eine gemeinsame Vorgeschichte, die wir zuvörderst bis zu dem Moment schildern wollen, da sie sich sozusagen gabelten.

Ein besonders intimes Verhältnis waltete zwischen den Genossen des Dreibundes von 1882 keineswegs ob. Am wenigsten fühlte sich Italien davon befriedigt. Man nahm hier heftigen Anstoß daran, daß sich Kaiser Franz Josef zu einem Gegenbesuch in Rom nicht entschließen konnte; die Aspirationen auf Trient und Triest blieben in Kraft; dazu kamen die auf Albanien, für die Österreich nicht zu haben war, aus Besorgnis, daß dadurch das Adriatische Meer in einen italienischen Binnensee umgewandelt werden würde. So bestanden erhebliche Differenzen zwischen Italien und Österreich; die wichtigste war zur Zeit die bezüglich des Balkans; sie gesellte sich zum österreichisch-russischen Balkangegensatz. Zwar war man in Rom den russischen Machttendenzen hinsichtlich dieser Halbinsel abgeneigt; aber da man selbst auf sie, zumal auf Albanien und Valona, das Auge geworfen hatte, wollte man auch dem Bundesgenossen an der Donau nur dann auf ihr territoriale Vergrößerungen gestatten, falls man selbst auf solche hoffen durfte. So waren die Beziehungen zwischen Österreich und Italien einer Verlängerung des Dreibundes nichts weniger als günstig, und auch Bismarck stand ihr zunächst kühl gegenüber. Er traute von jeher, wie wir wissen, Italien nicht allzusehr, und die koloniale Expansion, welche dieses 1885 am Roten Meere anstrebte, rief in ihm die Besorgnis wach, daß Italien den Dreibund in einen

Konflikt mit Frankreich verwickeln könnte. Aber gerade der koloniale Gegensatz zur romanischen Schwesternation zwang Italien wohl oder übel zum Festhalten an den Mittelmächten; es fürchtete ein weiteres Umsichgreifen der Republik in Nordafrika, nämlich in Tripolis und Marokko, und wo sollte es bis 1885 auf dem Festlande eine Anlehnung finden, wenn nicht bei Deutschland und Österreich? Frankreich kam schon wegen der überseeischen Rivalitäten nicht in Betracht, stand auch damals unter Ferry noch in erträglichem Verhältnis mit Deutschland, Rußland ebenso, da die Balkanfrage ruhte, da sich die Kluft wegen Bulgariens noch nicht eröffnet hatte, mit den beiden anderen Kaiserreichen, zumal nach der letzten Erneuerung des Geheimvertrages (1884), und nichts hätte in Rom damals peinlicher berühren können, als eine russisch-österreichische Balkanverständigung, etwa im Sinne der Bismarckschen Demarkationslinie, bei der Italien natürlich das Nachsehen gehabt haben würde.

Unter diesen Umständen ging die erste Anregung zum Erstrecken des Dreibundes von Italien aus. Anfang Oktober 1885 übernahm Graf Robilant im Kabinett Depretis das Ministerium des Auswärtigen; vorher Botschafter in Wien, hatte er am Zustandekommen des Traktates von 1882 einen führenden Anteil gehabt. Unter Berufung darauf brachte er sofort bei Kalnoky dessen Erneuerung zur Sprache; er stellte in Wien vor, seine damalige Rolle sei allzu bekannt, „als daß es nicht in seinem Vaterlande falsch ausgelegt werden würde, wenn dieser Vertrag unter seiner Geschäftsführung erlöschen sollte: abgesehen hiervon aber sei es ihm dringend erwünscht, daß jenes Abkommen aufs neue besiegelt würde". Er gab die bestimmte Versicherung ab, daß er, auch wenn man in Berlin und Wien darüber anders denken sollte, die Politik seines Staatswesens in Übereinstimmung mit den Mittelmächten leiten, ja sogar das Zusammengehen mit ihnen noch stärker betonen würde. Dabei erging er sich freilich in beweglichen Klagen darüber, „daß Italien eigentlich nicht viel positiven Nutzen von dem Freundschaftsverhältnis gehabt habe: Italien wäre immer etwas im Vorzimmer geblieben, auch hätte man die ihm zugesagte Unterstützung seiner Interessen nicht recht deutlich bemerken können. Letzteres habe das italienische Volk gefühlt, und deshalb habe sich auch das Verhältnis nie recht zu einem lebensfähigen herausgebildet". Jedenfalls gab er zu verstehen, „daß es im Falle der Erneuerung des Vertrages doch erwünscht sein würde, wenn die Betätigung dieses Verhältnisses nicht allein Ausdruck, sondern namentlich Anwendung finden würde". Kalnoky nahm diese Eröffnungen kühl auf. Er beantwortete die Beschwerden Robilants mit dem Hinweis auf die zweideutige Haltung, welche Mitglieder der Regierung in Rom den revolutionären und irredentistischen Umtrieben gegenüber eingenommen hätten, und war zu einer dilatorischen Haltung geneigt; für eine Unterstützung der überseeischen Aspirationen Italiens konnte er sich um so weniger erwärmen, als sie, wie die Rote-Meer- und die Marokko-Frage, vollkommen außerhalb der Interessensphäre Österreichs lagen und dieses in Konflikt mit anderen Großmächten, d. h. insonderheit Frankreich, verwickeln konnten. Franz Josef war für die Erneuerung unter dem Gesichtspunkte, daß es nützlich sei, „diesen Nachbarn wenigstens einigermaßen zu binden". Indem Bismarck im allgemeinen Kalnokys Bedenken billigte und den

rein defensiven Charakter des Dreibundes betonte, der Beistand für italienische Eroberungsabsichten ausschlösse, konnte er die bissige Bemerkung nicht unterdrücken, daß Österreich aus seiner Abneigung, der römischen Mittelmeerpolitik halber in Konflikt mit anderen Großmächten zu geraten, die entsprechenden Konsequenzen für seine eigenen bulgarischen Ambitionen ziehen möge. Er legte im weiteren Verlaufe der Verhandlung Wert darauf, bereits mit Robilant zum Abschluß zu gelangen; er schätzte ihn wegen seiner loyalen und konservativen Richtung und meinte, „ein Nachfolger desselben würde vielleicht weniger traitable und wahrscheinlich mehr französisch gesinnt sein", und es war später geradezu ein maßgebender Gesichtspunkt seiner Bündnispolitik, „Robilant halten zu helfen, der für Frieden im Orient und mit Österreich tätig und ein Gentleman ist".

Bei der Reserve, deren sich die Mittelmächte befleißigten, dauerte es etwa ein Jahr, bis die Angelegenheit wieder in Fluß kam. Noch bei den Besprechungen, die Bismarck mit Kalnoky im Juli 1886 zu Kissingen und im August zu Gastein hatte, waren sie darüber einig, daß eine Verlängerung zwar wünschenswert, die Grundlagen des Vertrages aber nicht zu erweitern wären. Das bezog sich vor allem auf die Versuche der Italiener, ihre Mittelmeerinteressen mit in das Bündnis hineinzuziehen, aber auch auf ihre Absichten auf Albanien. Schon war Robilant „dieser unfruchtbaren Allianz müde", da sie doch stets für Italien nutzlos bleiben würde, und es war ihm bereits „mehr als wahrscheinlich", daß er auf sie verzichten werde; er wollte sich „die herablassende Art, mit der Bismarck Italien behandelte", nicht mehr länger gefallen lassen. Aber das war leichter gesagt, als getan. Zwar waren russische Werbungen damals, wie in Paris, so auch in Rom im Gange, und auch Frankreich war hier tätig; aber man traute doch den französischen Erbietungen nicht zur Genüge, und man benutzte sie mehr als ein Mittel, um die Mittelmächte zu Zugeständnissen zu bewegen. Die Spannung, die sich gerade jetzt, im Herbst 1886, im Zusammenhang mit dem Ausbruch der Wirren in Bulgarien, zwischen den drei Kaiserreichen erhob, auch die Rücksicht auf Frankreich machten in der Tat zunächst den deutschen Kanzler gefügiger. Ende September berührte der italienische Botschafter Graf Launay in Berlin die Frage der Verlängerung des Traktates von 1882 zugleich mit der des Mittelmeeres; zwar wies ihn Fürst Bismarck wieder nach Wien, „wo der Schlüssel zwischen Italien und Deutschland liege"; aber er gab doch gleichzeitig an der Donau zu erwägen, ob es nicht zweckdienlich sei, „die italienische, nicht unbedingt zuverläßliche Vertragstreue durch die Aussicht auf territoriale Akquisitionen im Mittelmeer günstig zu beeinflussen", und stellte die Gefahren eines Abfalls Italiens vor. Besonderen Eifer in der Hinwegräumung aller Hindernisse entfaltete der deutsche Botschafter in Rom, der Herr von Keudell. Robilant machte auf ihn Eindruck, indem er ihm vorhielt: Wenn Frankreich jetzt die Hand auf Tripolis lege (wofür ihm verschiedene Anzeichen, Truppenansammlungen im Osten von Tunis, sowie die Anwesenheit sämtlicher französischer Panzerschiffe im Mittelmeer, zu sprechen schienen), so würde die öffentliche Meinung auf der Apenninhalbinsel darin, da man ja hier den Inhalt des Dreibundvertrages nicht kenne, ein Versagen desselben erblicken, und die Regierung zum Anschluß an Frankreich drängen, um durch eine Ver-

ständigung mit diesem die eigenen Mittelmeerinteressen sicherzustellen, — man sieht daraus, daß man in Italien die Tragweite des Dreibundes ähnlich überschätzte, wie das in Ungarn bezüglich des Zweibundes im Hinblick auf den Balkan der Fall war. Indem er die Erhaltung des status quo in Tripolis als Forderung aufstellte, gab er Kenntnis von den Lockungen, denen er sich damals von französischer Seite ausgesetzt sah; das genügte, um Bismarck mit schwerer Besorgnis zu erfüllen. Er gab Launay zu wissen: „Über die von Italien gewünschte Zusage wegen Tripolis ließe sich reden; wir hätten keine entschiedene Abneigung, namentlich wenn Österreichs Zustimmung zu haben wäre. Wenn es sich aber, wie in den Fragen des Mittelmeeres, für Italien darum handelte, zwischen Frankreich und England zu optieren, so schiene es Seiner Durchlaucht, daß unter beiden England immer der weniger gefährliche Bundesgenosse für Italien sein würde. Eine italienische Allianz mit Frankreich, die den Zweck erreichte, England lahmzulegen, würde schließlich Frankreich und Italien allein als benachbarte Rivalen übrig lassen und von Frankreich wohl nur in der Hoffnung erstrebt werden, demnächst, wie zur Zeit des letzten Kaiserreichs, die Suprematie über Italien anzustreben . . . Seine Durchlaucht glaube, daß es in unserem sowohl als im italienischen Interesse wäre, auf die Sache nicht einzugehen."

Zwei Ziele waren es, die sich Bismarck bei dieser Lage der Dinge jetzt setzte: die Option Italiens für England gegen Frankreich zu fördern, sowie die Erstreckung des Dreibundes dadurch zu betreiben, daß er Österreich zu Entgegenkommen gegen die Wünsche Italiens hinsichtlich Tripolis drängte. Die Schritte, die er in der ersten Richtung unternahm, werden wir später kennenlernen; zunächst ließ er seinen ganzen Einfluß in Wien spielen, um Kalnoky vorwärts zu treiben. Solchem Drucke konnte sich dieser nicht entziehen. Ende Oktober konnte der Prinz Reuß melden, Kalnoky habe sich auf den Standpunkt gestellt, „das Begehren Robilants ‚nicht a limine abzuweisen', sondern ihn zu veranlassen, eine angemessene Formulierung vorzuschlagen; sogar auf die Balkanaspirationen Italiens ging Kalnoky insoweit ein, als er sich zur Zusage bereit erklärte, daß dieses ‚vor Überraschungen seitens seiner Bundesgenossen bei etwaiger zukünftiger Aufteilung der Türkei' geschützt sein sollte". Auf seinen Vortrag hin erklärte sich Franz Josef mit diesen Konzessionen einverstanden; den Intentionen Robilants wurde auch dadurch Rechnung getragen, daß die weitere Verhandlung nicht in Wien, sondern in Berlin stattfinden sollte. Das Eis war so weit gebrochen; aber noch fehlte viel, bis das endliche Ergebnis als gesichert gelten durfte. In den letzten Tagen des November legte Robilant in Berlin einen Entwurf für die Erneuerung des Dreibundvertrags vor, einen sog. „Additionalvertrag", dessen erster Artikel den älteren Traktat auf fünf Jahre (1887—1892) verlängerte; es waren jedoch weitere Paragraphen zugefügt, die dem Abkommen einen gegen früher durchaus veränderten Charakter verliehen. Bezüglich des Orients wurde (Artikel II) bestimmt, daß die Verbündeten hierselbst den status quo aufrechterhalten und daher jede territoriale Verschiebung „auf den Küsten und Inseln des Adriatischen und Ägäischen Meeres", durch die eine von ihnen geschädigt zu werden vermöchte, nach Kräften zu verhindern trachten sollten; würde sich das untunlich erweisen und würden sich

Österreich oder Italien zu einer dauernden oder zeitweiligen Okkupation in den genannten Gebieten genötigt sehen, so sollten sie sich darüber zuvor verständigen auf der Basis „einer gegenseitigen Kompensation, welche den wohlbegründeten Interessen und Ansprüchen beider Parteien Befriedigung gewährt"; doch sollte (Artikel III) die ägyptische Frage dadurch nicht berührt werden, in der sich Italien in Rücksicht auf sein Verhältnis zu Großbritannien freie Hand vorbehielt. Am wichtigsten war für Italien der Artikel IV; er lautete:

„Wenn Frankreich es unternimmt, seine Okkupation, sein Protektorat oder seine Souveränität in irgendwelcher Form in Nordafrika zu erweitern, sei es über das Wilajet von Tripolis, sei es über das Reich von Marokko, und wenn Italien infolgedessen zum Schutz seiner Mittelmeerstellung seinerseits eine Aktion in Tripolis beginnen oder auf französischem Boden in Europa zu den äußersten Maßregeln greifen zu müssen glaubte, so würde der Kriegszustand, der sich daraus für Italien und Frankreich ergibt, ipso facto auf Verlangen Italiens und zu Lasten der verbündeten Gruppe den casus foederis begründen."

Mit einer ausführlichen Begründung waren diese Anträge Robilants versehen; er betonte darin einerseits die Notwendigkeit für Italien, jetzt die ihm „vermöge seiner finanziellen und militärischen Mittel unter den Großmächten zukommende Stellung" zu erreichen, wie er andererseits die Zuverlässigkeit und Hilfsbereitschaft seines Staatswesens herausstrich: „Sprechen Sie deutlich aus," so schrieb er an Launay, „daß wir Leute sind, auf die man rechnen kann . . . Wir werden 18 bis 20 Tage nach dem Mobilmachungsbefehl 150 000 Mann an der Nordwestgrenze haben, zur défense offensive gegen Frankreich. 200 000 Mann . . . werden gleichzeitig verfügbar sein, um entweder über die Alpen nach dem Rhein zu gehen zur Unterstützung der Deutschen, oder um durch Österreich gegen die Russen zu marschieren." Was den Durchmarsch durch die Alpen anbelangte, so wurde sogar eine Verletzung der schweizerischen Neutralität erwogen. In den militärischen Besprechungen, die in den nächsten Wochen in Rom gepflogen wurden, wurde die Schwierigkeit eines Angriffs über die Westalpen hinweg festgestellt, da diese auf der französischen Seite stark befestigt waren; der deutsche Militärbevollmächtigte, Major von Engelbrecht, meldete darüber nach Berlin: „Mit dem Aufgeben des Gedankens der Offensive durch die Westalpen mußte nach einem andern Wege für die Kooperation gesucht werden, und glaubt man, denselben in nördlicher Richtung, sei es unter Benutzung der Gotthard- oder der Brennerlinie, gefunden zu haben." Damit war allerdings Bismarck, um dieses sogleich vorwegzunehmen, nicht einverstanden. Er äußerte sich (Ende Dezember) dahin: „Den Passus des Engelbrechtschen Berichtes bezüglich der Gotthardbahn müssen wir gänzlich ignorieren: einmal kann man den Bruch der schweizerischen Neutralität nicht von vornherein mit Rücksicht auf die europäischen Verträge in Aussicht nehmen; dann aber wäre es auch ein Fehler, die schweizerischen Milizen den Franzosen in die Arme zu treiben: diese Milizen werden gegen diejenige Macht aufmarschieren, welche zuerst die schweizerische Neutralität verletzt".

Anders war die Aufnahme des Robilantschen Entwurfes in Wien, wie in Berlin. Franz Josef und Kalnoky bemerkten, es mache sich in dem ganzen Schrift-

stück das Gefühl einer großen Sicherheit geltend, das fast an Überhebung grenze. Sie wollten sich auf nichts einlassen, was ihnen im Orient gegenüber Italien die Hände binden oder dieses „bezüglich irgendwelcher Territorialfragen zu einer besonderen Einflußnahme berechtigen könnte"; sie fanden, daß der zweite Artikel solche Konsequenzen zeitigen könnte, ohne daß doch Österreich die Hilfe Italiens für den Fall zugesichert würde, daß es mit Rußland in einen Krieg gerate: „die Rückendeckung durch die wohlwollende Neutralität Italiens sei dann zwar sehr wertvoll; aber es würden doch durch den neuen Vertrag die österreichischen Verpflichtungen wesentlich erhöht, ohne daß irgend eine Gegenleistung geboten würde." Noch viel weniger wollten sie von einem Eintreten für die italienischen Mittelmeerinteressen in dem Umfange wissen, wie Robilant es begehrte, sogar mit Einbeziehung Marokkos, da doch zunächst lediglich von der Erhaltung des status quo in Tripolis die Rede gewesen wäre. Nicht ebenso dachte man in Berlin. Als Launay dem Grafen Herbert Bismarck die Depeschen mit dem Antrage seiner Regierung überreichte, äußerte er sich selbst dahin, daß ihn die Erwähnung Marokkos überrasche; Herbert nahm jedoch an der „verklausulierten Art, wie das geschah", keinen besonderen Anstoß; er erwog, daß es sich nach der italienischen Redaktion für den casus foederis nur um einen europäischen Krieg zwischen Italien und Frankreich handle, und daß Deutschland an einem solchen, welches auch immer der Entstehungsgrund sein möchte, doch in jedem Falle teilnehmen müßte. Auch sein Vater hatte „im allgemeinen keine Bedenken", und Wilhelm I. sprach den Wunsch aus, daß die Formulierung Robilants dem Abschluß zugrunde gelegt würde, — für sie lag der Schwerpunkt der Situation nicht auf dem Balkan, sondern in Frankreich, und daher kam für sie alles darauf an, Italiens militärischer Mitwirkung gegen Frankreich gewiß zu sein; es war ihnen darum ganz gleichgültig, ob sich der Brand, wenn man doch einmal aneinander geriet, in Nordafrika, auch um Marokkos willen, entzündete. Den vornehmsten Gesichtspunkt, der ihn leitete, faßte Bismarck in die Worte zusammen: „Das Maß der Leistungen Italiens wird wesentlich von seinem Interesse zur Sache abhängen; der Vertrag gibt uns die Richtung der italienischen Politik; die Anstrengung Italiens in der gegebenen Richtung werden von seinem Interesse bei der Sache abhängen; je größer das ist, desto mehr wird es sich ins Zeug legen." Er war also nunmehr durchaus für eine weitgehende Unterstützung der italienischen Mittelmeerpolitik; ihm war es darum zu tun, daß Italien von Frankreich ferngehalten werde, damit sich nicht etwa eine französisch-russisch-italienische Kombination entwickele, und daß vielmehr die Expansionstendenzen Italiens und dadurch dessen Gegensatz zu Frankreich genährt würden.

Mehrere Wochen bedurfte es, bis man in Wien so weit war, eine feste Stellung zu den Vorschlägen Robilants einzunehmen. Am 20. Dezember übergab Kalnoky dem Prinzen Reuß einen Gegenentwurf; er verhehlte diesem dabei nicht, daß er die größte Mühe gehabt habe, ihn bei seinem Herrscher durchzubringen, und es sei ihm dies, so fügte er hinzu, lediglich durch das von Bismarck „schon früher gebrauchte" und von ihm selbst „wiederholt dringend geltend gemachte Argument" geglückt, „daß der Abschluß des Vertrages überhaupt genügen werde,

um Frankreich von Infraktionen abzuhalten und hierdurch den Frieden zu bewahren". Mit dem vierten Artikel erklärte sich jetzt Franz Josef einverstanden; soviel hatten die deutschen Ermahnungen bewirkt. Aber er begehrte jetzt — eben im Hinblick auf das Zugeständnis, das darin liege, als Gegenleistung — recht weitgehende Änderungen im zweiten Paragraphen, der von den Balkanverhältnissen handelte. Sie liefen im wesentlichen darauf hinaus, daß der Schlußsatz betreffend das Prinzip der Kompensationen im Falle einer Auflösung der Türkei gestrichen würde. „Es wäre dies," so führte der Minister aus, „ein feierliches Zugeständnis, daß Österreich-Ungarn eine Expansivpolitik verfolge oder heimliche Ambitionen auf der Balkanhalbinsel habe. Das sei nicht der Fall," — Bismarck kommentierte diese zweifelhafte Versicherung freilich sarkastisch: „Italien hat sie und ist ehrlich genug, es nicht zu streiten." Und damit nicht zufrieden, verlangte Kalnoky, daß für die also zu streichende Stelle ein Passus eingesetzt würde, demzufolge sich Italien verpflichtete, an einem österreichisch-russischen Balkankriege teilzunehmen, dessen Ausbruch ohne Provokation von österreichischer Seite erfolgen sollte. Es konnte keine Rede davon sein, daß sich die römische Regierung dazu bequemte; schon Launay, mit dem Herbert Bismarck vorläufig darüber sprach, indem er ihn bat, noch nichts an Robilant gelangen zu lassen, lehnte glatt ab. In Berlin war man über die Wiener Zumutungen höchlichst ungehalten; auch einige andere Modifikationen des Textes, die Kalnoky vorschlug und mit dem Interesse begründete, das Österreich an der vollen Aufrechterhaltung des status quo des Ottomanischen Reiches habe, entlockten ihm den Ausruf: „Daran haben w i r wieder kein Interesse, sondern nur daran, daß Ö s t e r r e i c h intakt erhalten werde!" Auf keinen Fall wollte er Deutschland in die Konsequenzen verwickelt sehen, welche die Balkanpolitik Österreichs und Italiens heraufzubeschwören vermochten: „Wenn Rußland Bulgarien besetzte, so können w i r dafür nicht fechten. Wollen Österreich und Italien es, so mögen sie es." Da Österreich doch zur Gefolgschaft in einem Kriege Deutschlands allein mit Frankreich nicht verbunden war, so erachtete er es bereits als besser, wenn diejenigen Eventualitäten, für die der Nachbar im Westen in Betracht kam, allein zwischen Berlin und Rom geregelt würden, während die Balkanverhältnisse besonderen Abmachungen zwischen Rom und Wien überlassen würden: „Vertrag à 2 mit Italien gegen Frankreich wäre für uns genügend. Der italienische Ehrgeiz wird aber bei Aufteilung im Orient den Löffel in der Schüssel haben wollen." Und schon war er auch entschlossen, wenn die Schwierigkeiten unüberwindlich waren, die Österreich machte, indem es nämlich nicht ohne Gegenleistungen Italiens auf dem Balkan abschließen wollte, mit Rom allein zu paktieren: „W i r können es zur Not auch zu zwei . . . Österreich kann ja herausbleiben und hat dann nur für die Fälle des a l t e n Vertrages [d. h. bei Eingreifen Rußlands in einen deutsch-französischen Krieg] Hilfe gegen Frankreich zu leisten."

So war der Stand der Verhandlungen über die Erneuerung des Dreibundvertrages zum Ende des Jahres 1886 keineswegs besonders erfreulich und erfolgverheißend, und es war abzuwarten, welche Aufnahme die österreichischen Modifikationen zum Entwurf Robilants in Rom finden würden, die Bismarck

jetzt eben dahin weitergab, in der sicheren Voraussicht, daß sie nicht sehr günstig sein würde. Wir haben (s. o. S. 645) darauf aufmerksam gemacht, daß sich Bismarck bei der damaligen Lage der Dinge vor eine doppelte Aufgabe gestellt sah, — neben der Verlängerung des Dreibundes England irgendwie seinem mitteleuropäischen System anzugliedern und dadurch sowohl gegen Frankreich als auch im Orient gegen Rußland auszuspielen, um also die Stellung Österreichs gegen das zaristische Reich auf dem Balkan über den Beistand hinaus zu verstärken, den Deutschland der Donaumonarchie gemäß dem Vertrag von 1879, bei dessen rein defensivem Charakter, anzugedeihen verpflichtet war. An dieses Werk ging er nunmehr, und er führte es zu einem befriedigenden Ende, noch ehe das des Dreibundes zum Abschlusse gelangte.

Gerade in den Tagen, da die Negoziation über den Dreibund wegen des Kolnokyschen Gegenentwurfes in ein kritisches Stadium geriet, glaubte Bismarck, die italienisch-britische Begleitaktion in Fluß bringen zu müssen. In Anknüpfung an die damals (s. o. S. 649) spielenden Besprechungen des deutschen Militärbevollmächtigten v. Engelbrecht in Rom mit dem italienischen Generalstab ließ er den Grafen Launay „ganz vertraulich" darauf aufmerksam machen, „daß Italiens Militärmacht viel gewichtiger und ganz anders verwertbar sein würde, wenn es im Bunde oder doch in gemeinschaftlicher Aktion mit England auftreten würde. Die Beziehungen zwischen England und Frankreich seien keine guten; es herrsche Erbitterung auf beiden Seiten, und nach Meinung mancher Leute (so z. B. der Pariser Rothschild) würde der nächste europäische Krieg ein englisch-französischer sein. England würde also gerade jetzt voraussichtlich bereit sein, die traditionellen intimen Beziehungen mit Italien stärker zu akzentuieren, und letzteres solle nachdrückliche Versuche in dieser Richtung bei Lord Salisbury machen. Im Bunde mit England würde Italien nicht nur vor einer französischen Landung gesichert sein, sondern sogar unter dem Schutz der englischen Flotte eine erfolgreiche Landung bei Marseille machen können. Kurz, um das Tableau fertigzustellen und Italien so, wie es das verdient, zur Hebung zu bringen, ist ein Bündnis [Italiens] mit England oder wenigstens eine möglichst enge Anlehnung an dasselbe dringend wünschenswert".

Damit waren Töne angeschlagen, die in Rom, wo man schon längst sehnsüchtig nach London ausschaute, einem lebhaften Echo begegneten. Graf Corti, der Botschafter in London, erhielt sofort die Weisung, sich in dem von Bismarck gekennzeichneten Sinne mit Salisbury ins Benehmen zu setzen und sich dabei an seinen deutschen Kollegen, den Grafen Hatzfeldt, zu halten, den der Kanzler selbst als das beste Pferd in seinem Rennstall lobte. Mitte Januar 1887 begannen die Besprechungen in London.. Salisbury erklärte sich bereit zu einem Gedankenaustausch, um die Beziehungen beider Staaten intimer und wirksamer zu gestalten, indem er seinem Verlangen Ausdruck gab, über die besonderen Interessen Italiens im Mittelmeer und im Orient, zu deren Schutz das geplante Einvernehmen dienen sollte, besser unterrichtet zu werden. Am 26. sandte Robilant an Corti eine darauf bezügliche Instruktion. Sie erörterte diejenigen allgemeinen Gesichtspunkte der Mittelmeerpolitik, die für England und Italien zugleich maß-

gebend sein mußten: beide sind gegen Frankreich aufeinander in dem Grade angewiesen, daß sie in einem Krieg gegen diese Macht zusammengehen müssen; selbst wenn Großbritannien diese Eventualität als in allzu weiter Ferne stehend ansehen sollte, muß ihm doch an einem Einverständnisse mit Italien liegen, das eine vollkommene Solidarität und, dank der deutschen Vermittlung, eine Annäherung an die Zentralmächte herstellt, — schon der Argwohn, daß eine solche Kombination droht, wird Rußland im Zügel halten. Insonderheit sind anzustreben (Artikel I) die Erhaltung des status quo im Mittelmeer, mit Einschluß des Adriatischen, des Ägäischen und des Schwarzen Meeres, Verhinderung jeder Veränderung daselbst, in der Form der Annexion, Okkupation, des Protektorates oder sonst zum Schaden Englands und Italiens; sollte das nicht möglich sein (Artikel II), so darf nichts ohne ihre vorhergehende Verständigung geschehen. Italien unterstützt (Artikel III) England in Ägypten; dieses hinwiederum das Vorgehen Italiens gegen Übergriffe Frankreichs an jedem anderen Punkt der Küste Nordafrikas, namentlich in Tripolis und der Zyrenaika. Italien wird sich (Artikel IV) in jedem Kriege auf die Seite Englands stellen, den dieses im Mittelmeer gegen Frankreich führen wird, unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit Englands in einem solchen zwischen Frankreich und Italien.

Am 1. Februar trug Corti dem britischen Premier die Vorschläge Robilants vor. Zwar beschied ihn Salisbury dahin, daß er eine bestimmte Antwort erst nach Beratung mit seinen Kollegen geben könne, und daß ein förmlicher Vertrag ausgeschlossen sei, welcher zur Kenntnis des Parlaments gebracht werden müßte; auch fiel ihm die namentliche Erwähnung Frankreichs auf, wie er andrerseits betonte, daß er keine Verabredung gegen Österreich eingehen würde, mit welchem England durch gemeinsame Politik verbunden sei. Im übrigen erkannte er die Gleichheit der englischen und italienischen Interessen im Orient und im Mittelländischen Meer an und erklärte sich persönlich zu weiterer Verhandlung bereit; bezüglich Österreichs ließ er sich durch Corti beruhigen. Der italienische Botschafter war mit dieser Aufnahme seines Antrages im allgemeinen zufrieden und berichtete in diesem Sinne nach Rom. Nach Kräften sekundierte ihm Bismarck. In einer Unterredung, die er am selben Tage mit dem britischen Botschafter Malet in Berlin hatte, ließ er sich dahin aus, daß sich Deutschland über jede Annäherung und Intimität der befreundeten Regierungen in London und Rom freuen und darin eine Bürgschaft des Friedens erblicken würde; Hatzfeldt wurde angewiesen, Salisbury dasselbe vertraulich vorzustellen. Zwei Tage später beschäftigte sich der englische Ministerrat mit den Eröffnungen Cortis; sie wurden sympathisch begrüßt, und nur daran nahm man Anstoß, daß sie die Tragweite haben könnten, Italien die britische Unterstützung „auch für den Fall im voraus zu sichern, daß Italien Frankreich angreife, etwa um Nizza und Savoyen wieder zu erwerben". Mit deutscher Hilfe wurde diese Schwierigkeit aus dem Weg geräumt. Graf Launay versicherte in Berlin, Italien habe nicht die Absicht, Frankreich anzugreifen, am allerwenigsten wegen Nizzas und Savoyens, welch letzteres dem französischen Sprachgebiet angehöre und von „ultramontaner Gesinnung" erfüllt sei. Alle Künste der Überredung ließ der Kanzler vor Sir Edward Malet spielen, um Eng-

land zur Verständigung mit Italien zu bestimmen: Man müsse den Trieb der Italiener nach Erwerb in Tripolis, Tunis und Albanien gegenüber den Eroberungswünschen anderer Mächte ausnützen; Deutschland könne momentan nichts anderes tun, als Frankreich im Schach zu halten; aber England und Italien bekämen doch so Möglichkeit einer freieren Bewegung, und in Verbindung mit Österreich, das allein seine Balkaninteressen nicht wahrzunehmen fähig sei, wären sie stark genug, die russische Flut einzudämmen, das Gleichgewicht und den Frieden in Europa zu sichern. Wenn sich England dieser Aufgabe entziehe, so bleibe Deutschland nichts anderes übrig, als sich durch Konzessionen in Ägypten mit Frankreich und bezüglich Konstantinopels mit Rußland zu stellen. Es mutet uns heutzutage prophetisch an, wenn er die Gefahr schilderte, die England laufen würde, wenn Deutschland, selbst ohne vorherige Niederlage und Untergang, lediglich infolge Mangels an aktiver Teilnahme Großbritanniens an der europäischen Politik für diese als maßgebender Faktor nicht mehr in Betracht käme, indem es sich nämlich dann „isoliert einer der kontinentalen Mächte gegenüber befinden könnte", — dahin ist es ja jetzt tatsächlich gekommen, nachdem Frankreich mit britischer und amerikanischer Hilfe Deutschland in den Zustand vollkommener Ohnmacht hat versetzen dürfen.

Niemals hatte sich bisher, solange das Neue Reich bestand, eine so weitgehende Harmonie der Interessen und Gefühle zwischen ihm und Großbritannien eingestellt, wie jetzt, in den ersten Tagen des Februars 1887. In allen schwebenden Fragen waren Bismarck und Salisbury restlos einig. Willig gab sich dieser den Anregungen hin, die ihm jener durch Hatzfeldt und Malet für die Behandlung der Anträge Robilants übermittelte; man darf sagen, daß der deutsche Kanzler die ganze Aktion bis ins kleinste Detail hinein lenkte. Andrerseits verstand es Bismarck durchaus, daß Salisbury nicht eine Verpflichtung auf sich nehmen wollte, die England in eine Offensivallianz mit Italien zum Zwecke von Eroberungen in Europa verstricken konnte; ihm genügte es, daß die britische Seemacht Deutschland indirekt zugute kam, daß ein, wenngleich nur defensives, englisch-italienisches Abkommen perfekt würde, und ausdrücklich hob er hervor, daß ein solches aggressiven Charakters gar nicht im Bedürfnis derjenigen Mächte liege, deren Hauptziel nichts anderes wie die Erhaltung des Friedens sei. Der englische Premier erkannte an, daß sein Staat wohl durch längeres Zögern angesichts der möglicherweise drohenden europäischen Verwicklungen in eine vollständige und verderbliche Isolierung geraten müsse, und seine letzten Bedenken schwanden, als ihm Bismarck seine fernere Unterstützung bezüglich Ägyptens zusagte. Am 5. Februar wurde in London ein Programm für Ägypten entworfen, das dahin lautete: „Zurückziehung der englischen Truppen in etwa fünf Jahren; Neutralisation Ägyptens unter englischer Überwachung; Recht Englands, im Falle innerer Unruhen oder äußerer Angriffe vorübergehend wieder einzurücken; die höheren Offiziersstellen der ägyptischen Truppen in englischen Händen." Bismarck akzeptierte es ohne weiteres; er dürfte ja an der Aufrichtigkeit der Bereitwilligkeit zur Räumung des Nillandes in der angegebenen Frist gezweifelt haben, — aber es konnte ihm nur willkommen sein, wenn sich Großbritannien immer mehr in Ägyp-

ten verbiß, da dadurch die englisch-französische Kluft vertieft wurde. Salisbury bat zugleich den Grafen Hatzfeldt, die Aufmerksamkeit seiner Regierung auf Marokko zu lenken, indem er vertraulich hinzufügte, „daß ein weiteres und ernstliches Vorgehen Frankreichs dort in seinen Augen für England ein Kriegsfall sein würde"; Bismarck bemerkte zu dieser Mitteilung: „respondeatur, daß Spanien ähnlich denkt, oder doch redet," — das war ein Wink, der bald darauf dadurch praktisch wirksam werden sollte, daß Spanien dem englisch-italienischen Mittelmeerabkommen beitrat, nachdem es abgeschlossen worden war. Salisbury war ganz zufrieden damit, daß er auf eine freundliche Haltung Deutschlands in Konstantinopel, namentlich in der ägyptischen Frage, rechnen durfte; Hatzfeldt konnte berichten, daß von London keinerlei Anforderungen zu erwarten waren, welche Deutschland mit Rußland wegen Bulgarien in Widerspruch zu setzen drohten. Wiederholt sagte er Salisbury offen heraus, er dürfe auf die deutsche Unterstützung in Bulgarien nicht hoffen; der beklagte das zwar, räumte jedoch vollständig ein, daß diese Haltung durch die Umstände gerechtfertigt sei, „und daß die deutsche Politik, indem sie Frankreich zur Untätigkeit zwinge, den anderen im Orient interessierten Mächten schon einen sehr großen Vorteil bringe". Mit lebhaftem Danke erkannte er dabei an, „daß er in dem befreundeten Deutschland ein schützendes Bollwerk gegen eine französische Aggression erblicken dürfe". Im Anschluß an die jetzt durch Bismarck betriebene Gruppierung der Mächte erblickte er drei große Vorteile für England: Schutz gegen eine etwaige aggressive Politik Frankreichs; Unterstützung der ägyptischen Pläne Englands auch in Konstantinopel; unparteiische Reserve des deutschen Botschafters in Konstantinopel in den übrigen Fragen des näheren Orients, „ohne jeden Gegensatz desselben zu Rußland", mit der bescheidenen Maßgabe, daß dieser nicht das ganze Gewicht des deutschen Einflusses g e g e n die englischen Interessen in die Wagschale werfe und der Pforte nicht den Eindruck gebe, daß eine antienglische Haltung ihrerseits unter allen Umständen den deutschen Wünschen entspreche. Vor allem lag es ihm am Herzen, auf Deutschland gegen Frankreich zählen zu dürfen, und zu welchem Entgegenkommen England damals Deutschland gegenüber im Falle eines deutsch-französischen Krieges bereit war, das beweist eine Diskussion, die sich soeben in der britischen Presse abspielte, und deren Gegenstand das Problem eines deutschen Durchmarsches durch Belgien war. Im Hinblick auf die nahe bevorstehende Möglichkeit eines deutsch-französischen Zusammenstoßes und die Schwierigkeiten eines Einrückens der deutschen Armee über die stark befestigte französische Ostgrenze vertraten einflußreiche liberale Politiker und Zeitungen den Standpunkt, daß eine Verletzung der Neutralität Belgiens gemäß der Erklärung Gladstones von 1870 als casus belli gelten müßte. Dagegen wandte sich am 4. Februar der konservative „Standard", das Organ Salisburys, indem es ausführte: man müsse zwischen einem bloßen Durchzugsrechte und einer widerrechtlichen Besitznahme unterscheiden; ohne Zweifel würde Bismarck in dieser Hinsicht die nötigen Garantien geben. Daraufhin erfolgte ein Umschwung in der Sprache der Presse, der sich bis in die Reihen der liberalen Blätter fortpflanzte, und auch die englischen Vertreter in Brüssel und Wien äußerten sich jetzt, nachdem sie kurz vorher noch ent-

gegengesetzte Erklärungen abgegeben hatten, im gleichen Sinne. Offenbar steckte hinter dieser auffälligen Wendung ein Wink von oben, der auch bei der Opposition Beachtung fand, — schrieb doch eben damals (6. Februar) Salisbury an den Botschafter in Paris unter Bezugnahme auf die schwebenden Kolonialdifferenzen mit Frankreich: „Es ist sehr schwer, sich des Wunsches nach einem zweiten deutsch-französischen Kriege zu enthalten, damit dieser unaufhörlichen Plage ein Ende gemacht wird."

Bei der Stimmung, wie sie also in London herrschte, war es nicht schwer, die wenigen Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die zwischen England und Italien bestanden, um eine vollkommene Einigung zu erzielen. Bezüglich Österreichs beruhigte Bismarck die britische Regierung, indem er vielmehr für den Beitritt der Donaumonarchie zu wirken verhieß. Wenn auch ein förmlicher Staatsvertrag in Rücksicht auf das Parlament nicht angängig war, so kam man doch überein, Deklarationen von Kabinett zu Kabinett auszutauschen, durch welche die gewünschten Vereinbarungen festgelegt wurden. Und da Salisbury an einer Verpflichtung Anstoß nahm, die England in einen italienischen Angriffskrieg wegen Nizzas und Savoyens hineinzerren konnte, schlug Robilant (7. Februar) unter Verzicht auf die namentliche Erwähnung Frankreichs eine andere Form vor, „wonach beide Teile sich im Mittelländischen Meer, soweit es die Umstände gestatten, gegenseitige Unterstützung (nicht Hilfe) zusagen sollen". Als es schien, als ob Salisbury noch eine weitere Modifikation verlangen wollte, ließ Bismarck durch Hatzfeldt in London vorstellen: „Die modifizierte italienische Fassung ist weit genug, um Salisbury jeden Spielraum zu lassen. Wirken Sie für Annahme, wenn sich Gelegenheit bietet." Auf dieser Basis kam dann auch am 12. Februar eine englisch-italienische Mittelmeerentente in der Weise zustande, daß Corti dem britischen Premier eine Note überreichte, welche die ersten drei Artikel des Robilantschen Vorschlages vom 26. Januar einfach wiederholte; nur der vierte lautete davon abweichend: „Im allgemeinen und insoweit es die Umstände gestatten werden, versprechen sich Italien und England gegenseitigen Beistand (appui) im Mittelmeer für alle Streitigkeiten, die sich zwischen einer dieser beiden und einer dritten Macht ereignen sollten." In einer Antwort, die Salisbury noch am selben Tage an den Botschafter abgehen ließ, konstatierte die englische Regierung ihr Einverständnis mit diesen Gesichtspunkten und ihren ernstlichen Wunsch, der italienischen Regierung „bei Aufrechterhaltung dieser Hauptgrundsätze der Politik ihre vollste Kooperation zu gewähren", indem gesagt wurde: „Über den Charakter dieser Kooperation muß, wenn ein Anlaß dafür eintritt, durch sie je nach den Umständen des Falls entschieden werden." Das Londoner Kabinett war sich der Tragweite seines Schrittes vollkommen bewußt: „Durch die erzielte Verständigung mit Italien," so wurde in einem Memorandum für die Königin Viktoria gesagt, „hat England die weitgehendste Zusicherung gemacht, welche ein parlamentarischer Staat überhaupt erteilen kann, nämlich daß es im Falle eines deutsch-französischen Krieges sich aktiv derjenigen Staatengruppe anschließen wird, welche die Friedenspolizei im Orient bildet". Keine englische Regierung, so hieß es weiter, kann eine absolute Bürgschaft für die Teilnahme an einem zu-

künftigen Kriege übernehmen, weil sie vom Parlament abhängt; aber Salisbury war fest überzeugt, daß England in Gemeinschaft mit Österreich und Italien Front gegen Rußland machen würde, falls dieses die Türkei und zumal Konstantinopel bedrohe; weniger Zuversicht jedoch, das Parlament hinter sich zu haben, hegte er bei einem Angriff Rußlands auf Österreich, ohne daß die Türkei in Mitleidenschaft gezogen würde.

Bismarcks Bemühungen, Italien in die Arme Englands zu legen, waren somit von einem vollen Erfolg gekrönt, und auch die von ihm so eifrig betriebene Erneuerung des Dreibundes sollte sich nunmehr vollziehen. Wie schlecht auch immer die Aussichten dafür standen, als er den Kalnokyschen Gegenentwurf in den letzten Tagen des Jahres 1886 nach Rom übermittelte, — der Ausweg, aus dem schier unlösbar scheinenden Dilemma war bereits durch den Gedanken (s. o. S. 651) gewiesen, die Balkanverhältnisse einer österreichisch-italienischen Sonderregelung, das eventuelle Vorgehen gegen Frankreich einer solchen zwischen Deutschland und Italien zu überlassen. Immerhin hatte der Kanzler doch noch große Not, die beiden widerspenstigen Partner unter einen Hut zu bringen, und insonderheit gegen Österreich mußte er die schärfsten Druckmittel anwenden. Natürlich lehnte Robilant das Verlangen Kalnokys nach Teilnahme Italiens an einem österreichisch-russischen „Defensivkriege" auf dem Balkan grundsätzlich ab, falls es nicht dann am eventuellen Siegespreise beteiligt würde. Er stellte die Alternative, daß das Wiener Kabinett entweder unverändert seinen Entwurf vom Ende November 1886 (s. o. S. 648) annehme, oder daß vor einer gemeinsamen österreichisch-italienischen Aktion gegen Rußland durch einen neuen Vertrag beider Mächte auf dem Balkan für Italien eine gebührende Kompensation festgelegt werde. In Berlin fand man das durchaus berechtigt, nur daß man meinte, es genüge, das Prinzip der Kompensationen im allgemeinen zu statuieren und die weitere Auseinandersetzung darüber bis nach dem errungenen Siege zu verschieben. In diesem Sinne trat Bismarck in Wien für Italien ein, indem er kein Hehl daraus machte, daß er sonst mit Italien allein abschließen würde. Zuerst schien es, als ob Kalnoky sich dadurch imponieren lassen würde; nur davor äußerte er Besorgnis, ob nicht Italien diese Entschädigung in einem „Stück Trentino" suchen würde. Schnell jedoch wechselte er seine Haltung, und zwar unter mancherlei Vorwänden, im wesentlichen jedoch aus zwei bestimmten Beweggründen. Einmal wollte er sich auf nichts einlassen, was Österreich im Orient Italien gegenüber die Hände band; er wollte es auf dem Balkan, was sich auch immer daselbst ereignen konnte, nicht näher interessiert wissen. Sodann glaubte er damals an den baldigen Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges, an dem sich ja dann Italien gemäß den Erbietungen Robilants beteiligen mußte, und er besorgte, daß in diesem Fall auch Österreich den Degen gegen Frankreich ziehen müßte. Das hielt er jetzt für gefährlich, da Rußland diesen Augenblick benützen würde, um sich im Orient freier zu bewegen und da Österreich dadurch seine Kräfte zersplittern würde. In dieser Befürchtung bestärkte ihn die Rede, die Bismarck am 11. Januar im Reichstag hielt, aus der er ja entnahm (s. o. S. 641), daß sich Deutschland nicht mehr um den Orient zu kümmern entschlossen sei. Er meinte,

daß unter diesen Umständen Österreich, da es sich möglicherweise allein gegen Rußland aufzutreten gezwungen sehen würde, keine weiteren Verpflichtungen gegen Italien übernehmen könnte: „Wenn die Konsequenzen des italienischen neuen Bündnisses gezogen werden müßten, so würde niemand in ganz Österreich-Ungarn verstehen, warum man sich für Tripolis im Westen engagiert hätte, wenn man seine ganze Wachsamkeit auf den Osten zu wenden genötigt wäre. Er, der Minister, könne diese Vertretung dem Lande gegenüber nicht übernehmen." So beschränkte sich denn Kalnoky jetzt auf den Wunsch einer einfachen Erneuerung des Vertrages von 1882; er war sogar der Ansicht, daß es nichts schade, wenn Italien darauf nicht eingehen wolle, und die Drohung Bismarcks, in diesem Falle lediglich mit Rom abzuschließen, schreckte ihn nicht nur nicht, sondern übte auf ihn vielmehr eine entgegengesetzte Wirkung aus. Er setzte dem Prinzen Reuß auseinander: Deutschland möge ruhig mit Italien allein bleiben, da ja Österreich dadurch doch der Rücken nach der Apenninhalbinsel zu gedeckt bleibe; ebenso erachtete er ein russisch-italienisches Bündnis Deutschlands halber für ausgeschlossen. Der deutsche Botschafter wurde dadurch peinlich berührt; vergeblich bestritt er diese optimistischen Annahmen und führte Kalnoky zu Gemüte, Österreich habe alle Ursache, bei der momentanen Weltlage, wenn auch um teuren Preis, nach Alliierten auszuschauen, zumal da Frankreich um die Italiener werbe: „Die italienische Allianz würde die englische noch mehr gesichert haben, und nun riskiere man hier, sich um beide zu bringen."

Der deutsche Kanzler war vorurteilsfrei genug, die Auffassungen Kalnokys erklärlich zu finden; er wunderte sich sogar, daß sich Österreich bisher zu Abmachungen im Westen, gegen Frankreich, bereit gezeigt hatte. Zwar ließ auch er in Wien die Gefahren vorstellen, denen man sich hier durch diese Politik der Isolierung aussetze; aber er entschloß sich, in Anknüpfung an seine frühere Idee der Sonderabmachungen in Rom sondieren zu lassen, ob man hier willens sei, entweder den Traktat von 1882 und einen italienisch-deutschen Sondervertrag oder nur den letzteren anzunehmen: „Letzteres," so resolvierte er sich, „ist für u n s wichtiger als ersteres." In schonender Weise brachte Herbert Bismarck dieses Ansinnen dem Grafen Launay bei: noch habe das Wiener Kabinett keinen endgültigen Entschluß gefaßt, betrachte es aber in Rücksicht auf die Gefahren, mit denen es von russischer Seite her rechnen müsse, für unmöglich, militärische Verpflichtungen nach dem Westen hin zu übernehmen: „Graf Kalnoky glaube deshalb, daß er loyaler handeln würde, wenn er sich über den gegenwärtigen Vertrag [sc. von 1882] hinaus nicht binde und sich damit begnüge, mit Italien für den Fall der bevorstehenden Veränderung des status quo auf der Balkanhalbinsel in pourparlers zu treten, um auf diese Weise, Österreichs Bereitwilligkeit zu bekunden, Italiens Stimme bei dem etwaigen Zusammenbruch des Türkischen Reiches zur Geltung kommen zu lassen."

Damit war der Gedanke der Sonderabkommen zu zweien in die Wege geleitet, das erlösende Wort gesprochen, und damit war die Formel für eine Verständigung auch zu dreien gefunden. Die geschickte Art, in der Graf Launay die deutsche Anregung nach Rom übermittelte, mag das ihrige getan haben, um

Robilant für diesen Ausweg zu gewinnen. Am 26. Januar lief bei ihm eine Depesche Robilants ein, welche die äußerste Grenze des italienischen Entgegenkommens bezeichnete. Es wurde darin der Abschluß dreier Verträge anheimgestellt, — eines ersten als einfacher Erneuerung des von 1882; eines zweiten zwischen Deutschland und Italien, der sich mit dem vierten Artikel des ersten Entwurfs Robilants (s. o. S. 649) deckte, sich also auf Frankreich und das Mittelmeer bezog, sowie den zweiten und dritten Artikel übernahm, insoweit sie sich auf die Erhaltung des status quo im Orient, nämlich hinsichtlich „der ottomanischen Küsten und Inseln im Ägäischen und Adriatischen Meer", mit Ausnahme Ägyptens, erstreckten; sowie endlich eines dritten zwischen Italien und Österreich. In ihm waren nicht nur der Orient sowie die „Küsten und Inseln des Ottomanischen Reiches im Adriatischen und Ägäischen Meere", sondern auch außerdem „die Gegenden des Balkans" in ihrem ganzen Umfange genannt (was Bismarck für Deutschland im Hinblick auf Bulgarien abgelehnt hatte); es war darin weiterhin die Teilnahme Italiens an einem österreichischen Defensivkriege gegen Rußland wegen des Balkans, sowie das Prinzip der Kompensationen durch Vergleich beider Mächte vor territorialen Verschiebungen daselbst bzw. vor Eintritt in den gemeinsamen Feldzug wider die Russen statuiert. Mit aller Macht drückte der Kanzler in Wien auf die Annahme. Er hielt Kalnoky vor, daß er Italien die gewünschte Kompensation nach einem siegreichen Kriege Österreichs und Italiens gegen Rußland schon deshalb nicht versagen dürfe, weil beide doch nicht Rußland so zu schlagen vermöchten, daß es nicht wieder mit Italien, wenn dessen Anspruch dann nicht erfüllt würde, gegen Österreich aufzumarschieren imstande wäre, daß Deutschland auch das Bündnis mit Italien weniger deshalb anstrebe, weil es sich davon einen wirksamen Beistand gegen Frankreich verspreche, als vielmehr um der Donaumonarchie für den Fall eines russischen Angriffes Sicherheit im Rücken zu verschaffen, was ein einseitiger Vertrag zwischen Deutschland und Italien allein nicht ohne weiteres zu leisten geeignet sei. Der Nachdruck, mit dem Bismarck auf den Ernst der Situation aufmerksam machte, verfehlte nicht seine Wirkung auf Kalnoky und Kaiser Franz Josef; nur zwei Wünsche äußerte dieser noch, daß Italien die dauernde Okkupation und eine sich daraus entwickelnde Annexion Bosniens und der Herzegowina anerkenne und unter Konzessionen für ein weiteres eventuelles Umsichgreifen Österreichs auf dem Balkan nicht das Trentino gemeint wissen wolle.

So schien die Ernte so langer und mühseliger Verhandlungen glücklich unter Dach und Fach gebracht, — da wurde der glückliche Ausgang unvermutet noch einmal in Frage gestellt. Am 6. Februar erschien Graf Launay „etwas niedergeschlagen" auf dem Auswärtigen Amte vor Herbert Bismarck mit der Ankündigung, „es sei ein malentendu vorgekommen, Robilant habe den casus foederis gegen Rußland mit Österreich [betreffend den Balkan] nicht aufrechterhalten wollen, nachdem letzteres den Artikel IV des Additionalvertrages, d. h. seines ersten Entwurfes (s. o. S. 649) gegen Frankreich und bezüglich Tripolis und Marokkos) beseitigt habe; er bat, das nach Wien mitzuteilen. Die Erläuterungen, die auf der italienischen Seite gemacht wurden, um zu erklären, wie ein so arges „Mißverständnis" aufkommen konnte, waren sehr wortreich, gekünstelt und keines-

wegs überzeugend, obwohl der Botschafter einen Teil der Schuld infolge Ungeschicklichkeit bei der Interpretation der Intentionen Robilants auf sich nahm. Das wahre Motiv dürfte anderweitig zu suchen sein. Anfang Februar war die betrübende Kunde nach Rom gelangt, daß bei den Kämpfen um Massauah (s. o. S. 399) am Roten Meere eine italienische Kolonne von 500 Mann durch die Abessinier vernichtet worden war; das erregte in der Kammer einen solchen Sturm, daß das Kabinett Depretis seine Entlassung anbot. In dieser unsicheren innerpolitischen Lage hatte Robilant gegen einen Vertrag Bedenken, durch den Italien Österreich militärische Hilfe auf dem Balkan zusagte, ohne daß dieses Reziprozität in einem italienischen Mittelmeerkriege gegen Frankreich gewährte. Bismarck war tief bestürzt; er besorgte, daß man in Wien wenig Lust haben würde, an eine Konfusion Launays zu glauben, stellte jedoch daselbst vor, daß es sachlich ziemlich gleichgültig sei, ob es sich um ein „malentendu oder um eine Sinnesänderung" Robilants handle, sondern riet dringend zu Entgegenkommen, schon in Rücksicht darauf, daß mit Robilants Rücktritt in nächster Zeit zu rechnen sei: bei der gefährlichen internationalen Konstellation, bei den Lockungen von seiten Rußlands und Frankreichs sei es zweifelhaft, ob der Nachfolger Robilants Politik fortsetzen wolle, so daß die ganze bisherige Verhandlung erfolglos zu bleiben drohe; daher empfehle es sich, schleunigst zuzugreifen, solange der gegenwärtige Minister noch im Amte sei, damit sich Österreich das sichere, was es brauche, d. h. die wohlwollende Neutralität Italiens; zu weiteren Gegenvorschlägen und daraus entspringendem zeitraubenden Schriftwechsel zwischen Wien und Rom, noch dazu immer auf dem Umwege über Berlin, sei es jetzt nicht mehr an der Zeit. Ob er damit in der Hofburg durchdringen würde, das war wohl dem Kanzler selbst recht zweifelhaft; aber die innerpolitische Situation Robilants und dessen entschiedene Weigerung, von der Position abzugehen, die er nun einmal eingenommen hatte, ließen ihm keine andere Wahl, als seinen ganzen Einfluß in Wien anzuwenden, um Kalnoky zur Nachgiebigkeit zu bringen. Der österreichische Botschafter in Berlin, Szechenyi, sekundierte ihm nach Kräften. Es sei ja ärgerlich, so schrieb er an seinen Minister, daß den Welschen, die nach jeder Niederlage eine Provinz erworben hätten, jetzt wieder die Aussicht eröffnet werden sollte, Beute zu machen, ohne auch nur einen Schuß abzufeuern (er dachte dabei nicht daran, daß Österreich dereinst auf diese Weise Bosnien und die Herzegowina bekommen hatte), und es sei auch fraglich, ob auf ein Land, wo der Pöbel das Szepter führe, ein sicherer Verlaß wäre; aber es gebe gewisse Fälle, und der gegenwärtige scheine gerade ein solcher zu sein, wo eine wohlwollende Neutralität den Wert einer ganzen Armee aufwiege.

Eben dieses Argument drang bei Kalnoky und Kaiser Franz Josef glücklich durch. Am 12. Februar entschloß sich dieser, die neue Proposition Robilants anzunehmen, indem Bismarck zugleich anheimgestellt wurde, alle Detailfragen zu ordnen, die etwa noch zu erledigen wären. Dazu gehörten vor allem die österreichischen Sorgen betreffend die „staatsrechtlich noch nicht ganz definierte Lage Bosniens", nämlich das Problem der eventuellen Verwandlung der Okkupation in die Annexion, sowie wegen des Trentinos. Durch eine entsprechende Redaktion

wurde bewirkt, daß die erste dieser beiden Schwierigkeiten beseitigt wurde; was die zweite anbelangte, so entbehrte es nicht des Humors, wenn Herbert Bismarck sich darüber nach Wien dahin äußerte: „Mir kam der österreichische Wunsch, das Trentino auszunehmen, so vor, als ob ich mit einem andern Gentleman gemeinschaftlich Bank halte und mir dabei ausbedingen wollte, daß derselbe mir nicht etwa das Taschentuch aus der Rocktasche stiehlt, während ich daran bin, Karten zu geben.“ Einen letzten Druck übte Bismarck auf Kalnoky aus, indem er ihm am 16. Februar das vier Tage zuvor unterzeichnete englisch-italienische Mittelmeerabkommen mitteilte, indem er betonte, daß darin auch die Aufrechterhaltung des status quo im Schwarzen Meere stipuliert wäre, damit er daraus erkenne, wie wichtig es für Österreich sei, „im Bündnis mit Italien zu sein“. Er fügte hinzu, er habe jenes „hauptsächlich deshalb so scharf betrieben, um eine Basis für Österreich zu schaffen, auf die es im Falle notgedrungener Verteidigung treten kann“; er ließ auch bereits seine Absicht durchblicken, das Donaureich darin einzubeziehen. Dem Versuche Italiens, die englisch-italienischen Noten vom 12. Februar in das Schlußprotokoll zu dem nunmehr so gut wie gesicherten neuen Dreibundvertrage aufzunehmen, „wodurch eine moralische Bindung Deutschlands für das Mittelmeerabkommen erzielt worden wäre“, widersetzte er sich jedoch ganz entschieden; er erklärte, „daß dieser Antrag für uns unannehmbar sei im Hinblick auf unsere derzeit guten Beziehungen zu Rußland“.

Am 20. Februar 1887 wurde der neue Dreibundvertrag durch Bismarck, Szechenyi und Launay in Berlin vollzogen. In seiner komplizierten äußeren Gestalt spiegelte sich die Schwierigkeit seines Entstehens. Er setzte sich aus vier Bestandteilen zusammen. Der erste enthielt die einfache Erstreckung des Traktats vom 20. Mai 1882 auf fünf weitere Jahre, also bis zum 20. Mai 1892. Der zweite gab sich als ein österreichisch-italienisches Sonderabkommen. Er bedeutete einen großen Sieg der italienischen Diplomatie, — räumte er doch Italien für die Zukunft vollständige Parität mit Österreich auf dem Balkan ein: grundsätzlich sollte hier der status quo erhalten bleiben; wenn das jedoch im Laufe der Ereignisse „in den Gegenden des Balkans oder der ottomanischen Küsten und Inseln im Adriatischen oder Agäischen Meere“ unmöglich werden, und wenn daher, sei es infolge der Aktion einer dritten Macht oder sonst, Österreich-Ungarn oder Italien sich genötigt sehen sollten, den gegenwärtigen Besitzstand daselbst durch eine zeitweilige oder dauernde Okkupation (Österreich also über Bosnien und die Herzegowina hinaus) zu verändern, so sollte das erst geschehen dürfen „nach einem vorhergängigen Abkommen zwischen den beiden Mächten, das zu beruhen habe auf dem Grundsatz einer gegenseitigen Kompensation für jeden territorialen oder anderweitigen Vorteil, den eine jede von ihnen über den gegenwärtigen status quo hinaus erhalte, und das den wohlbegründeten Interessen und Ansprüchen der beiden Parteien Befriedigung gewähre“. Als Entschädigung in diesem Sinne gelangte für Italien natürlich nur Albanien in Betracht; da Österreich das nie gestatten konnte, lief der Dreibundvertrag von 1887 für die Donaumonarchie tatsächlich für den Fortbestand dieses Verhältnisses auf einen Verzicht auf jede neue Expansion auf der Balkanhalbinsel hinaus. Auf den österreichisch-italienischen

folgte der italienisch-deutsche Sondervertrag. Gemäß dem ersten Entwurfe Robilants legte er in seinem ersten Artikel behufs Erhaltung des „territorialen status quo im Orient, solange als es möglich sei,“ beiden Mächten die Verpflichtung auf, „ihren Einfluß aufzuwenden, um an den ottomanischen Küsten und Inseln im Adriatischen und Ägäischen Meere jede territoriale Veränderung zu verhindern, die einer oder der andern der Signatarmächte des vorliegenden Traktates Schaden zufügen würde“. Bezeichnend ist es, daß Bismarck in den deutsch-italienischen Vertrag den Ausdruck „in den Gegenden des Balkans“ nicht aufnahm, der in dem entsprechenden Passus des österreichisch-italienischen Abkommens stand, — er tat dies im Hinblick auf Bulgarien. Der zweite Paragraph erklärte, daß sich die aus dem ersten entspringenden Verbindlichkeiten nicht auf Ägypten bezögen; am wichtigsten waren der dritte und vierte. Wenn Frankreich in Nordafrika, Tripolis oder Marokko sein Herrschaftsbereich zu erweitern unternehmen sollte, sei es durch Okkupation, sei es unter der Form des Protektorates, oder durch Aufrichtung seiner Souveränität, oder in welcher Gestalt auch immer, und wenn Italien demgemäß zur Wahrung seiner Position im Mittelmeer eine Aktion in den erwähnten nordafrikanischen Gebieten oder auf dem europäischen Boden Frankreichs eröffnet, so daß zwischen Frankreich und Italien der Kriegszustand eintritt, so ist dieser von selbst auf Anrufen Italiens auch für Deutschland gegeben; wenn Italien beim glücklichen Ausgang eines derartigen Waffenganges territoriale Entschädigungen von Frankreich zur Sicherheit seiner Grenzen und seiner Mittelmeerstellungen fordert, so wird es dabei durch Deutschland unterstützt werden. Das war ein um so größeres Zugeständnis an Italien, als dadurch der rein defensive Charakter aufgegeben wurde, den der Dreibund bisher getragen hatte, allerdings nur im Bereiche des Verhältnisses zwischen Deutschland und Italien, insofern als dadurch dessen Expansionsbedürfnissen nicht nur in Afrika, sondern auch in Europa, Nizza, Savoyen und Korsika, die Möglichkeit einer Auswirkung gewährt wurde. Im Schlußprotokoll endlich wurde ausgesprochen, daß alle drei Verträge, das General- und die beiden Sonderabkommen, insofern eine höhere Einheit darstellten, als die beiden letzteren, wiewohl jedes für sich bestehend, dem Geiste des (jetzt eben erneuerten) Traktates von 1882 entsprächen, und als sämtliche drei Reiche im wesentlichen die Erhaltung des Friedens im Auge hätten. Militärische Vereinbarungen wurden damals noch nicht getroffen.

Wehrte sich Bismarck gegen das Unterfangen, Deutschland an der englisch-italienischen Mittelmeerentente, auch nur indirekt, zu beteiligen, indem die Londoner Noten vom 12. Februar, durch die sie begründet worden war, in das Schlußprotokoll eingefügt wurden, so gab er sich doch Mühe, die Flankendeckung, welche sie dem Dreibund und dem auf ihm basierenden kontinentalen System seiner Politik zur See gab, dadurch zu verstärken, daß er ihr neue Mitglieder warb. Schon hatte er ja zu diesem Zweck vertraulich von ihr Kunde nach Wien gelangen lassen, und im Einvernehmen mit Robilant bewog er Salisbury, den Inhalt der englisch-italienischen Vereinbarungen nach Wien mitzuteilen. Kalnoky nahm die Nachricht von dieser neuesten Wendung der britischen Politik mit Befriedigung auf und war zum Anschluß geneigt, allerdings noch mit einiger Reserve, nämlich

„falls es die Umstände erheischen sollten", indem er bemerkte, er wolle sich nicht durch andere in den Krieg mit Rußland hineinhetzen lassen (wobei er an die Versuche Churchills dachte, Österreich vorzuschicken), sei jedoch bereit, „für den Fall, daß ihm derselbe durch Rußland aufgedrungen werden sollte, den englisch-italienischen Abmachungen beizutreten". Salisbury war darüber „sehr erfreut"; aber Kalnoky beeilte sich zunächst nicht gerade, die Hand zu ergreifen, die ihm jener entgegenstreckte; noch am 9. März sagte Karolyi zu Salisbury: „Es sei ja keine Gefahr im Verzuge." Der deutsche Kanzler war davon nicht gerade angenehm berührt; er fürchtete, daß Österreich durch seine Saumseligkeit wieder einmal eine günstige Gelegenheit unbenutzt vorübergehen lassen könnte. Das Motiv der Österreicher war leicht zu durchschauen: hatten sie sich schon bei der Erneuerung des Dreibundes nicht auf die Interessen Italiens im Mittelmeere und in Nordafrika zumal gegen Frankreich festlegen lassen wollen, so waren sie jetzt von Argwohn erfüllt, daß sie durch die neue Verhandlung dazu gebracht werden sollten. Zwar hielt es Bismarck für besser, sich tunlichst im Hintergrunde zu halten, damit nicht an Deutschland die Zumutung einer direkten Anteilnahme an der Entente gestellt würde, die er ja in Rücksicht auf Rußland vermeiden wollte; er ermächtigte indes den Prinzen Reuß, Kalnoky zum Abschluß zuzureden: „Wenn Österreich dem für seine Zukunft äußerst wichtigen englischen Anerbieten mit Schwierigkeiten begegnet, so würde das beweisen, daß es seine Interessen schlecht versteht und zuviel auf uns rechnet; wir sind nicht imstande, uns in orientalischen Dingen mit Österreich zu identifizieren oder ihm bei etwaigen Verwickelungen in Bulgarien und am Schwarzen Meere materielle Hilfe zu gewähren. Da Lord Salisbury sich aber dazu verpflichten will, so sollte Österreich ihn rasch beim Worte nehmen." Wie immer, ging er vom Grundsatz aus, daß sich Deutschland, wenn wegen der orientalischen Frage ein europäischer Konflikt sich entzünde, einstweilen die Hände frei halten müsse, weil es alle seine Kräfte gegen Frankreich brauche, und weil die Neutralität Deutschlands dann Frankreich hindern werde, in den Kampf einzugreifen, so daß dadurch „der ganze französische Krieg" erspart werden würde. Und er gab Kalnoky zu erwägen, daß er bei längerem Hinzögern die Engländer veranlassen könnte, mit den selbständigen Völkern der Balkanhalbinsel und besonders mit Griechenland Fühlung zu suchen, und daß dadurch bei diesen für die Eventualität eines türkischen Zusammenbruches Erbansprüche geschaffen werden würden, die Österreich nicht gutzuheißen vermöchte. Anders freilich wäre es, den Stich versetzte er Kalnoky, wenn sich Österreich einen russischen Einmarsch in Bulgarien gefallen lassen wolle; das wäre ihm das liebste; aber es sei doch fraglich, ob das bei der Haltung der Ungarn riskiert werden könnte; wenn nicht, so sei eine österreichische Verabredung mit England, welche Italien mitbegreife, eine empfehlenswerte Vorsichtsmaßregel: „Ich lasse mich dabei nur von dem Wunsche leiten, Österreich gestärkt zu sehen, auch für Kämpfe extra casum nostri foederis, und, im Hinblick auf unsere Gebundenheit Frankreich gegenüber, in casu foederis."

Es bedurfte dieser letzten, schon mehr als deutlichen Winke nicht mehr, um Kalnoky zur Eile anzuspornen; ehe Reuß sie ihm noch zu Gemüte zu führen

brauchte, war bereits (am 12. März) an Karolyi eine Instruktion abgegangen, die diesen beauftragte, mit Salisbury den Text einer Note zu besprechen und festzustellen, durch welche sich Österreich denen Italiens und Englands vom 12. Februar anzuschließen bereit erklärte, und zwar in Übereinstimmung mit den darin „ausgesprochenen Prinzipien, über welche in einem konservativen Interesse und zur Erhaltung des Friedens und des status quo jene Kabinette sich verständigt haben", allerdings mit der Einschränkung, „daß das Interesse Österreichs an den Mittelmeerfragen dabei nur ein geringes sei". In London nahm man daran Anstoß; man rechnete hier bereits damit, daß den Österreichern mehr am Balkan, als am Mittelmeer lag, und zum Überflusse waren gerade Nachrichten angelangt, die einen Zusammenstoß dort als aktuell drohend erscheinen ließen, daß nämlich die bulgarische Regentschaft angesichts der Gleichgültigkeit Europas im Begriffe stehe, zu verzweifelten Schritten ihre Zuflucht zu nehmen, Mazedonien zu revolutionieren und den Battenberger wieder wählen zu lassen. In Konstantinopel hatte man Wind von den im Gange befindlichen Transaktionen zwischen Österreich, England und Italien bekommen, und schon hegte man hier den Argwohn, daß über türkische Provinzen, namentlich Tripolis, zugunsten Italiens verfügt worden sei. Aus Athen lief sogar die Meldung ein, daß der Sultan dagegen schon einen Bund mit Rußland geschlossen habe, aus Paris von Schritten Rußlands hierselbst in der bulgarischen Frage, die in Salisbury die Befürchtung erweckten, daß Frankreich einem russischen Einmarsch beistimmen würde. Salisbury geriet darüber in heftige Aufregung. Schon trug er sich mit dem Gedanken, die britische Flotte „par surprise" durch die Dardanellen passieren zu lassen und durch einen Gedankenaustausch zwischen den Kabinetten von London, Rom und Wien „eine gemeinschaftliche Haltung und Sprache der drei Mächte in allen vorkommenden Fragen, namentlich in bezug auf den Orient, anzuregen", — ein grelles Schlaglicht auf Bismarcks innerstes Fühlen wirft das Wort, das er dazu notierte: „Hoffentlich!"

Unter dem Eindruck solcher Botschaften, wenngleich er sie selbst zum Teil, so die von griechischer Seite, als übertrieben und tendenziös erkannte, nämlich bestimmt, ihn gegen die Pforte scharf zu machen, meinte Salisbury doch, schnell zum Ende kommen zu müssen, und da auch Österreich sich lediglich damit begnügte, sein geringeres Interesse am Mittelmeer zu betonen, dabei jedoch keinerlei Zusätze noch Erläuterungen bezüglich des Orients verlangte, so durfte die Sache als solche alsbald nach dem Eintreffen der Instruktion Kalnokys für Karolyi als abgemacht betrachtet werden; sie bedurfte nur noch der formellen Erledigung. Diese erfolgte, wie das Abkommen vom 12. Februar, durch einen Notenwechsel Salisburys mit Karolyi und Corti vom 24. März 1887; die Fassung der Note Salisburys war derart, daß Karolyi darüber Hatzfeld seine vollste Befriedigung äußerte und sie noch weitergehend fand, als die Versicherungen, die England im Monat zuvor Italien gegeben hatte. Indem das österreichische Schriftstück den Beitritt zu diesen Abmachungen aussprach, hob es zwar hervor, daß die Fragen des Mittelmeeres die Donaumonarchie nicht in erster Linie berührten, daß aber beide Reiche, was den gesamten Orient anbetreffe, die gleichen Interessen und daher das gleiche Bedürfnis hätten, hier „solange, als möglich, den status quo aufrecht-

zuerhalten, die Ausdehnung einer Macht auf Kosten der anderen zu hindern und infolge davon verabredetermaßen zu handeln, um diese Hauptgrundsätze ihrer Politik zur Geltung zu bringen". Der britische Premier stellte in seiner Antwort fest, daß „hinsichtlich der künftigen Politik bezüglich der Länder (territories), die durch das Mittelmeer und die benachbarten Meere bespült würden, die Interessen Österreich-Ungarns eng verknüpft mit denen Großbritanniens und Italiens seien": Zwar sei Österreich mehr im Schwarzen und Ägäischen Meere beteiligt, als im westlichen Mittelmeer; aber an den Küsten, die für Österreich die wichtigeren wären, seien die Ziele der englischen und der österreichischen Politik dieselben, und „ohne vorläufig den Charakter zu bestimmen, welchen das Zusammenwirken der beiden Mächte in einem besonderen Falle annehmen müßte, werden die Bemühungen der Regierung Ihrer Majestät im Einklang mit denen der österreich-ungarischen entschlossen darauf gerichtet sein, in diesen Gegenden (regions) so lange als möglich, die Aufrechterhaltung des status quo zu sichern, sowie, falls das leider nicht mehr möglich sein sollte, das Emporwachsen einer neuen Herrschaft zu hindern, die den Interessen der beiden Länder feindlich sein würde". In Österreich empfand man diese Formulierung höchst angenehm, weil darin nicht nur, wie im Vergleiche mit Italien vom 12. Februar, der Ausdruck „Küsten", sondern „Gegenden" gebraucht war: denn eben dieses Wort decke, so sagte Karolyi, „wenn man auf die Aufrichtigkeit Englands rechnen könne, die ganze orientalische Frage", d. h. auch das Innere der Balkanhalbinsel mit Einschluß Bulgariens. Die Note Cortis beschränkte sich darauf, kurz im Namen seiner Regierung den Anschluß Österreichs „an die englisch-italienische Entente" zu akzeptieren und zu begrüßen.

Die durch die Verträge vom 12. Febuar und 24. März 1887 Italien für seine Mittelmeerstellung gewährte Garantie wurde noch erhöht, indem es am 4. Mai desselben Jahres, gleichfalls durch Notenaustausch, ein weiteres Abkommen mit Spanien schloß, wodurch dieses gleichfalls für die Erhaltung des status quo am Mittelmeer einzutreten und mit Frankreich keinen Vertrag, auch bezüglich Nordafrikas, einzugehen versprach, der direkt oder indirekt gegen Italien, Deutschland und Österreich insgesamt oder jede einzelne von diesen drei Mächten gerichtet wäre, — schon im Februar hatte ja Bismarck (s. o. S. 655) in London auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht, Spanien in das Mittelmeerbündnis einzubeziehen. Am 21. Mai d. J. erklärte das Wiener Kabinett seine Teilnahme an dieser neuen Vereinbarung; sie wurde in der Folgezeit noch zweimal, 1891, wobei auch das Deutsche Reich ihr beitrat, und 1895 erneuert.

So wurde das Mittelmeer damals eine Klammer, welche Italien mit den beiden Mittelmächten zusammenschloß; die Voraussetzung für die Dauer dieser Konstellation war freilich, daß das gute Verhältnis zwischen diesen beiden und England erhalten blieb. Was damals Italiens Zugehörigkeit zum Dreibund förderte, das war freilich an und für sich dessen schwacher Punkt, nämlich die Abhängigkeit Italiens von der britischen Marinegewalt: Italien konnte niemals auf die Dauer das Glied einer Koalition sein, die mit Großbritannien in Zwist geriet, da es sonst aufhörte, Herr seiner Küste zu sein. Hier, in diesem einen Falle,

was Italiens Mittelmeerinteressen anbelangte, ragte der Dreibund (direkt durch das deutsch-italienische Sonderabkommen vom 20. Februar 1887 und indirekt durch Italiens weitere Mittelmeertraktate, insofern sie auf Anregung und unter Assistenz der Mittelmächte geschlossen waren) über das Niveau eines rein kontinentalen Systems hinaus, indem es in eben diesem Punkte Italiens nordafrikanische Interessen mitberücksichtigte. Die überseeischen Interessen Deutschlands waren nie sein Gegenstand; aber es brauchte nicht erst einmal zu einem deutsch-britischen Zerwürfnisse auf Grund kolonialpolitischer Differenzen zu kommen, um ihn zu sprengen; es genügte dafür schon jeder deutsch-britische Konflikt, aus welchem Grunde auch immer. Als Faktor eines rein kontinentalen Systems war er aber auch noch aus anderen Gründen von vornherein brüchig. Sein Bestand hing ab von der Fortdauer des Gegensatzes zwischen Frankreich und Italien, d. h. von einer aktuellen Kombination, die durch das Gemeingefühl der lateinischen Rasse in Frage gestellt war und die durch Zugeständnisse Frankreichs erschüttert werden konnte, unter denen dessen vitale Interessen nicht zu leiden brauchten. Dazu kamen die Irredenta, das Streben Italiens nach der Herrschaft über die Adria mit Einschluß von Triest, sowie seine Balkanpläne als weitere Triebfedern von sprengender Wirkung. Von Anfang an entbehrte der Dreibund somit nicht der Unklarheiten und Widersprüche, sowohl insonderheit was die sich kreuzenden Balkanwünsche und -interessen Österreichs und Italiens, als auch (wovon wir gleichfalls bereits sprachen) seine Bestimmungen über den unprovozierten Angriff der feindlichen Mächte anbelangte, — das waren Mängel, die ein Menschenalter später, als er endlich einmal vor die praktische Bewährung gestellt wurde, katastrophal wirken sollten. Übermäßig fest wurzelte er ja ohnehin nicht in der italienischen Mentalität. Mühsam wurde er 1887 erneuert: man mußte dafür Italien die größten Zugeständnisse machen, durch die sogar sein anfangs defensiver Charakter abgestreift wurde, und zwar einseitig zugunsten Italiens. So war er, im Grunde betrachtet, um das nochmals zu betonen, ein Verhältnis von recht zweifelhaftem Werte, und diesem Umstande wurde insofern faktisch Rechnung getragen, als die deutsch-österreichische Allianz auch weiterhin sein fester und eigentlicher Kern blieb. Er war nicht etwa einfach an ihre Stelle getreten; sie sah ja allein für die beiden Mittelmächte, nicht aber auch für Italien den Defensivkrieg gegen Rußland als casus foederis vor. Unabhängig vom Dreibunde ist sie zunächst, wie schon erwähnt wurde, am 22. März 1883, auf fünf Jahre, sodann noch einmal ausdrücklich, endlich mit der Maßgabe erneuert worden, daß sie automatisch von drei zu drei Jahren fortlaufen solle, falls sie nicht von einem der Kontrahenten zwei Jahre vor dem jeweiligen Termin ihres Erlöschens gekündigt würde. Seitdem bedurfte nur noch der Dreibund einer förmlichen Fristerstreckung, nicht aber auch das Band zwischen den Mittelmächten. M. a. W.: Das deutsch-österreichische Verhältnis beruhte nicht auf dem Dreibunde, der von Anfang an den Todeskeim in sich trug, sondern auf dem Vertragsinstrument von 1879, und damit hing es zusammen, daß der deutsch-österreichische Zweibund hielt, während der Dreibund, nämlich die Kombination der Mittelmächte mit Italien, versagte.

Sechsundzwanzigstes Kapitel.

Die Vorverhandlungen für den Rückversicherungsvertrag und die russisch-deutsche Spannung.

Januar bis März 1887.

Durch die Erneuerung des Dreibunds und den von Bismarck ins Leben gerufenen Komplex der Mittelmeerverträge waren Rußland und Frankreich isoliert worden. Das nun freilich, daß sie sich, dieser gemeinsamen Isoliertheit bewußt, die Hände zu einem Bund reichten, der sie beide umschlang, wollte Bismarck verhindern: sein letztes Ziel war es nicht nur, beide zu vereinzeln und unschädlich zu machen, sondern auch sie auseinanderzuhalten, und da Frankreich der eigentliche Feind Deutschlands war, eine weitere Stütze gegen die Republik im Westen an der Newa zu finden. Eine solche hatte ja bisher im Zusammenhange mit dem Dreikaiserbündnisse bestanden, das Deutschland eine Garantie durch Rußland, nämlich im Sinne einer wohlwollenden Neutralität bei einem französischen Angriff bot. Es war durch die Konzessionen ermöglicht worden, die sich die zwei östlichen Kaisermächte 1881 und 1884 hinsichtlich der Balkanfrage gemacht hatten. In dem Stadium, in welches diese inzwischen infolge der bulgarischen Wirren getreten war, durfte es als problematisch erscheinen, ob der in jenen Zugeständnissen versuchte provisorische Ausgleich des russisch-österreichischen Balkangegensatzes noch fernerhin durchführbar war; dadurch wurde die Existenz des Dreikaiserbündnisses gefährdet. Der Vertrag von 1884 lief im Juni 1887 ab; man stand somit vor der schwierigen Aufgabe seiner Verlängerung, und man hat sich ihr tatsächlich auch unterzogen. Da indes die Aussicht auf den Erfolg dieser Bemühungen von vornherein recht gering war, so tauchte die Frage, die ja schon seit Jahren gespielt hatte, abermals auf, ob es angängig sei, auf derselben oder einer ähnlichen Basis, wie bisher zu dreien, so nunmehr lediglich zu zweien, nämlich allein zwischen Deutschland und Rußland, zu einer analogen Verständigung zu gelangen. Das war insofern nicht ausgeschlossen, als ja Rußland eine solche bereits seit langem und gerade jetzt, im Winter 1886/87, mehr als je zuvor anstrebte. Unzweifelhaft war es jedoch, daß man in Petersburg dafür ähnliche Zusicherungen für den Balkan fordern würde, wie sie 1881 und 1884 durch beide Mittelmächte erteilt worden waren, und wenn auch dem nach Bismarcks Auffassung vom rein defensiven Charakter des Zweibundes von 1879 im Zusammenhange mit der von ihm ins Auge gefaßten Demarkationslinie nichts im Wege stand, so war es doch die Frage, ob sich damit auch seine Politik vertrug, wie sie soeben in seiner Rolle bei der Entstehung der Mittelmeerverträge zum Ausdruck gekommen war, deren

Spitze gegen das Vordringen und jegliche Festsetzung Rußlands an den Meeresstraßen und in Bulgarien gerichtet war. Mit dem Geiste, von dem sie getragen war, waren Konzessionen Deutschlands an Rußland in diesen Gegenden kaum vereinbar; aber gerade deshalb hatte der Kanzler bisher jede Teilnahme an den Traktaten, die er zwischen England, Italien und Österreich soeben zustande gebracht hatte, beharrlich abgelehnt, um nicht förmlich zur Kooperation mit den genannten drei Mächten im näheren Orient verpflichtet zu sein; er hatte diesen darüber klaren Wein eingeschenkt, und sie hatten sich damit vollkommen einverstanden erklärt. Nicht gegen sie trieb er also, wenn er mit Rußland in solcher Richtung abschloß, ein doppeltes Spiel, höchstens gegen das moskowitische Reich, indem er vor diesem die Karten seiner Politik nicht vollständig aufdeckte.

Von Anfang an steuerte man in Rußland nicht sowohl auf die Erneuerung der Entente à trois, wie vielmehr auf eine solche lediglich mit Deutschland los. Man schätzte das Dreikaiserbündnis hier nicht einmal unter dem Gesichtspunkte, daß es Österreich auf dem Balkan gegen Rußland die Hände binde, indem man seiner etwa bedürfe, damit Bismarck hemmend auf Kalnoky einwirke; man war sogar zeitweise geneigt, die antirussischen Demonstrationen in der Donaumonarchie nicht allzu tragisch zu betrachten. Unter dem frischen Eindruck des Ausbruchs der bulgarischen Krisis schrieb der Botschafter Schuwalow im September 1886 nach Petersburg: „Deutschland kosteten seine Versicherungen hinsichtlich Bulgariens sehr wenig, denn in Berlin wisse man trotz allem Geschrei in den Delegationen in Pest genau, daß Österreich-Ungarn gegen Rußland außer platonischen Protesten nichts zu unternehmen wage. Deutschland riskiere also nichts, wenn es Rußland erkläre, daß Österreich auf seine Hilfe nicht rechnen könne. Was aber, wenn Rußland widerwillig mit Österreich aneinander gerät? Empfiehlt es sich nicht, den Dreikaiserbund, wenn er zerfällt, durch einen vor der Explosion geschlossenen Zweiverband zu ersetzen?“ Indem er anerkannte, daß Bismarck keinen andern Gedanken und Wunsch habe, als die Sicherung des allgemeinen Friedens, sprach er seine Überzeugung dahin aus, der Kanzler könne kaum Kombinationen ablehnen, die ihn dieses Ziel erreichen ließen; bei Giers und Alexander III. fielen solche Anregungen auf fruchtbaren Boden, und diese Tendenz verstärkte sich im weiteren Verlaufe der bulgarischen Wirren, immermehr wollte man, wie wir schon im vorletzten Kapitel hörten, von Wien los und mit Deutschland zusammenkommen. Noch im November 1886 gab der Zar dem Grafen Paul Schuwalow die Weisung, auf ein Einvernehmen mit Deutschland unter der Voraussetzung hinzuarbeiten, daß es ernst, aufrichtig und vollständig sei. Damals war Bismarck freilich noch nicht der Meinung, daß Österreich hinauszulassen sei. Als Schweinitz das offiziöse russische Kommuniqué vom 15. Dezember dahin kommentierte, daß es eine Absage an Wien in sich berge, und daß von dem Dreikaiserbündnisse vorläufig nicht mehr die Rede sein könne, antwortete er darauf, daß es „keineswegs hinter den Ofen geworfen werden dürfe, sondern weitergesponnen werden müsse“.

Ob er damit durchdringen würde, das hing nicht allein von seinem guten Willen ab, sondern vor allem davon, wie sich Rußland und Österreich dazu stellen

würden. Am 29. Dezember hatte Giers eine Unterredung mit dem österreichischen Botschafter, Grafen Wolkenstein; er sagte dabei: Soviel auch jetzt vom Ausbruch eines Krieges im nächsten Frühjahr gesprochen werde, so glaube er doch nicht daran; wohl aber scheine es ihm angezeigt, bereits jetzt die Erneuerung des im Sommer ablaufenden Traktates von 1884 ins Auge zu fassen. Dafür müsse jedoch vor allem die Ordnung in Bulgarien wiederhergestellt werden; denn solange dort der gegenwärtige Wirrwarr (gâchis) anhalte, werde es schwer möglich sein, diese Transaktion zu erneuern, schon weil Bulgarien einen Hauptpunkt derselben bilde. Auch aus Rücksicht für die Fortdauer der die drei Kaisermächte verbindenden sekreten Abmachungen möge das Wiener Kabinett dem St. Petersburger helfen, in Bulgarien baldmöglichst Zustände herbeizuführen, welche für Rußland einigermaßen akzeptabel wären. Das war nun freilich eine Bedingung, von der es mehr als zweifelhaft war, ob sie in Wien auf Gegenliebe stoßen würde. Auf Weisung von Giers verhandelte der Botschafter Fürst Lobanow, der bisher stets das Dreikaiserbündnis als Basis der russischen Politik angesehen hatte und ihm eine hohe Bedeutung für die Erhaltung des europäischen Friedens beimaß, in den ersten Tagen des neuen Jahres 1887 mit Kalnoky; dieser begrüßte „die Eröffnungen des Herrn von Giers mit Freuden" und stellte in Aussicht, daß er durch Wolkenstein demnächst nach Petersburg antworten werde, „und zwar in warmen Worten und entgegenkommend"; er ließ sich freilich dahin vernehmen, „er habe gar nichts dagegen, wenn sich die drei Kaisermächte zunächst unter sich verständigen wollten [nämlich über Bulgarien, wozu Bismarck skeptisch bemerkte: ‚wird s c h w e r sein'']; wenn dies aber geschehen sei, müßten doch die anderen Mächte benachrichtigt werden, ohne die keine Beschlüsse gefaßt werden könnten". Offenbar war Lobanow von diesem Gespräch mit Kalnoky nicht sehr befriedigt; denn er sagte dem Prinzen Reuß darauf, wenn Rußland nicht in die Lage versetzt würde, mit Hilfe Österreichs die bulgarische Frage aus der Welt zu schaffen, so müsse man sich in St. Petersburg fragen, ob denn die Fortdauer der Entente mit Österreich überhaupt einen praktischen Nutzen für Rußland habe. Diese Äußerung aus dem Munde seines russischen Kollegen, der doch sonst so warm für das Dreikaiserbündnis einzutreten pflegte, „frappierte" den deutschen Botschafter; Bismarck merkte sogleich, woher der Wind wehte; er notierte an den Rand des Berichtes von Reuß: „Er wird Instruktion neueren Datums haben! Der Kaiser Alexander hat wenig Lust, zu erneuern." Aber auch das, was der Prinz über die Stimmung in Wien meldete, klang nicht besonders verheißungsvoll: Da Rußland seit dem Ausbruche der bulgarischen Krisis einen fruchtbaren Gedankenaustausch bislang vermieden habe, so frage man sich in Österreich in ähnlicher Weise, „wozu eine Entente nütze, wenn sie nicht verwertet werden könnte". Mehr wie einmal hatte sich Kalnoky jüngsthin bereits darüber beklagt, „daß sich das verbündete und intim befreundete Rußland ebenso reserviert verhalte, wie in den Zeiten, wo man sich in keinem Vertragsverhältnis und auf gespanntem Fuße befand".

Es war das alte Lied: Bulgarien stand trennend zwischen den beiden Nachbarreichen des Ostens; Österreich wollte nicht nur Serbien, sondern auch Bulgarien der russischen Interessensphäre entrückt, d. h. im letzten Grunde in die eigene hin-

eingezogen wissen, und sollte es dem deutschen Kanzler möglich werden, jetzt, da die bulgarische Krisis offen ausgebrochen war, das Hindernis aus dem Wege zu räumen, um dessen Beseitigung durch den Vorschlag der Demarkationslinie er sich so oft, jedoch erfolglos, bemüht hatte, als es auf dem Balkan noch ruhig und das erneute Dreikaiserbündnis noch nicht im geringsten getrübt war? Da die Petersburger Regierung von den Schritten, die sie durch Wolkenstein und Lobanow in Wien unternahm, in Berlin Anzeige machte und zugleich auch hier die Verlängerung des Dreikaiserbundes zur Sprache brachte, mußte es sich zeigen, ob der Einfluß Bismarcks auf die Hofburg groß genug war, um dieses Mal bei ihr die Forderungen Rußlands auf Bulgarien durchzudrücken; dieser Einfluß war damals übrigens auch insofern angespannt, als es sich für den Fürsten darum handelte, die Erneuerung des Dreibundes auf der Grundlage der Anträge Robilants zu bewirken, gegen die sich Kalnoky gleichfalls sträubte. Parallel mit dieser offiziellen Aktion des Petersburger Kabinetts, die durch die amtlichen Stellen lief, ging eine vertrauliche Demarche, deren Schauplatz die deutsche Reichshauptstadt war, und aus der Bismarck die Hoffnung schöpfen durfte, ein günstiges Sonderabkommen mit Rußland neben und schlimmstenfalls auch ohne das Dreikaiserbündnis zu erreichen.

Eben damals, als Lobanow in Wien mit Kalnoky und Reuß verhandelte, verweilte, wie wir wissen (s. o. S. 635), Graf Peter Schuwalow in Berlin mit geheimen Aufträgen des Zaren betreffend den Battenberger. Dabei kam die Rede natürlich auch auf die Beziehungen zwischen den drei Kaisermächten im allgemeinen. Schuwalow führte vor Herbert Bismarck aus: „Es müsse möglich sein, sich mit Österreich zu arrangieren; die Hauptsache sei aber, daß die ewige Zusammenstellung von Rußland und Frankreich mit der Spitze gegen uns [d. h. Deutschland] aufhöre, und daß die deutsche Regierung die Sicherheit erlange, daß ein russisch-französisches Bündnis unmöglich sei . . . Ich setze meinen Kopf zum Pfande, daß der Kaiser Alexander niemals Deutschland angreifen wird, am allerwenigsten im Bunde mit Frankreich, und ich bin überzeugt, daß sich innerhalb 24 Stunden eine schriftliche, bindende Erklärung in der Form eines Vertrages von ihm erreichen läßt, daß er sich in französisch-deutsche Händel niemals einmischen wird, einerlei ob Frankreich Deutschland angreift, oder ob Sie Frankreich mit Krieg überziehen und ihm 14 Milliarden Kontribution auferlegen, ja selbst einen preußischen General als Gouverneur nach Paris setzen." Die einzige Gegenleistung, die der Zar verlangen würde, so fuhr Schuwalow fort, wäre die Zusicherung, daß Deutschland ihm die Sperrung der Meeresengen nach dem Schwarzen Meere gewähre; das sei das einzige, was ihm wirklich am Herzen liege; von den Bulgaren und Südslawen habe er genug, und er würde sich gern mit guter Manier sonst aus dem Balkan herausziehen. Auch mit Österreich könnte Rußland in vollem Frieden und Vertrauen leben, wenn ihm Deutschland dazu verhelfe, daß jenes nicht die Ausübung des berechtigten russischen Einflusses in Bulgarien verhindere; es verstehe sich von selbst, daß Rußland dann „dieses kleine schmutzige Saumensch Serbien" Österreich überlasse, zumal da dieses Land von jeher der österreichischen Interessensphäre unterstehe und daher russischerseits

dadurch keine neue Konzession gemacht, sondern nur ein schon bestehender Zustand anerkannt würde.

Am 6. Januar erstattete Graf Herbert seinem Vater Bericht über dieses Gespräch mit dem russischen Spezialbevollmächtigten. Der Fürst erkannte den hohen Wert der Eröffnungen Schuwalows; er glaubte, sie nicht unbenützt vorübergehen lassen zu dürfen, — boten sie ihm doch die Aussicht, auf jeden Fall, auch ohne Teilnahme Österreichs, für Deutschland vorteilhafte Abmachungen mit Rußland treffen zu können. Sofort resolvierte er sich dahin: „Damit wäre ein wesentlicher Schritt im Sinne unserer ‚Demarkationslinie‘ getan, an der wir, für unsere Politik, festhalten, auch ohne daß die beiden beteiligten Mächte sie akzeptiert haben.“ Da Schuwalow jetzt bereit war, für sie in Petersburg zu wirken, nahm er keinen Anstand, dem Wunsche des Zaren gemäß für den Verschluß der Meeresengen einzutreten und diesen bei seinem Herrscher zu befürworten. Einen deutsch-russischen Vertrag „mit gegenseitiger neutralité bienveillante“ für die beide Mächte „am meisten interessierenden beiden Eventualitäten (Frankreich einerseits und die Meeresengen andererseits)“ hielt er „trotz Garantie der Integrität Österreichs“ für durchaus möglich. In Anknüpfung an die amtliche Verhandlung, die Petersburg mit Wien und Berlin über die Verlängerung des Dreikaiserbündnisses angeknüpft hatte, und im Hinblick auf die gleichfalls schwebende Negoziation über die des Dreibundes ließ er am 9. Januar nach Wien schreiben, „daß wir jedenfalls den Vertrag mit Rußland erneuern würden, daß Seine Durchlaucht aber auch auf Österreichs Beteiligung hoffe, da es für Deutschland nur ein pis aller sein würde, mit Rußland oder mit Italien zu zweien ohne Österreich abzuschließen; wenn Österreich sich aber nicht beteiligen wolle, würden wir in beiden Fällen zum selbständigen Abschluß genötigt sein“, — tatsächlich sollte sich die Entwicklung so gestalten, daß Österreich, wie wir im vorigen Kapitel hörten, zwar den Wünschen Italiens, nicht aber auch denen Rußlands sich fügte, und daß daher der Dreibund, nicht aber auch der Dreikaiserbund zu erstrecken war. Aber eben die Voraussicht dieses Ausganges konnte den Kanzler nur im Eifer bestärken, den Erbietungen Schuwalows sich geneigt zu erweisen. Am 10. Januar besprach er sich mit den Brüdern Schuwalow persönlich; das Ergebnis bestand darin, daß Graf Peter noch am selben Tage einen Entwurf einreichte, der auch den deutschen Wünschen betreffend Österreich entgegenkam. Es ward darin die Ersetzung der Entente à trois, deren Unhaltbarkeit augenscheinlich sei, durch eine solche à deux unter den folgenden Bedingungen vorgeschlagen: Deutschland erkennt das ausschließliche Recht des russischen Einflusses in Bulgarien und auch in Rumelien an, nämlich für den Fall, daß sich dieses mit jenem vereinigt; es verspricht wohlwollende Neutralität, wenn sich der Zar in der Folgezeit genötigt sehen sollte, „sich der Schließung der Meeresengen zu versichern und deshalb den Schlüssel des Schwarzen Meeres in seinen Händen zu bewahren“; Rußland wird in jeglichem deutsch-französischen Konflikt neutral bleiben; Rußland und Deutschland erklären den Bestand Österreich-Ungarns als notwendig zur Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichtes und werden, außer im Falle eines Angriffs durch Österreich, nichts gegen dessen territoriale Integrität unternehmen; ebenso erkennen sie

die Notwendigkeit der Erhaltung eines unabhängigen Serbiens an. Da Bismarck die darin enthaltene Garantie für Österreich und dessen Balkaninteressen im Geiste seiner Demarkationslinie noch nicht genügte, machte er zur letzten Bestimmung bezüglich Serbiens noch den eigenhändigen Zusatz: „Solange es in seinem gegenwärtigen Zustand bleibt und unter dem Zepter des Königs Milan steht"; das hieß soviel wie: wenn Serbien in einen anderen Zustand gerät und insonderheit Milan den Thron verlieren sollte, fällt auch die Notwendigkeit der Erhaltung seiner Unabhängigkeit fort, bzw. sie ist dann (das war die logische Konsequenz davon) in das Ermessen Österreichs gestellt. Alsbald trat der ehemalige Londoner Botschafter den Rückweg nach St. Petersburg an, um hier die Genehmigung Alexanders III. für sein Projekt zu erwirken.

Österreich verzichtet auf Bulgarien, Rußland auf Serbien, — das war der Gesichtspunkt, der Bismarcks Politik damals, wie immer, zugrunde lag; aber er vermochte, weder das eine noch auch das andere durchzusetzen. Im Fortgange der amtlichen Verhandlung zu dreien stellte es sich bald heraus, daß sie nicht so glatt verlaufen würde, da Kalnoky bezüglich Bulgariens noch nicht recht mit der Sprache herausrückte. Als ihm der Prinz Reuß gemäß der Instruktion, die er aus Berlin empfangen hatte (s. o. S. 671) vortrug, Deutschland würde den Traktat von 1884 jedenfalls erneuern, rechne aber bestimmt auf Österreichs Beteiligung und würde sich nicht gern genötigt sehen, ohne dieses abzuschließen, erwiderte der österreichische Minister: „Auch ihm werde es sehr erwünscht sein, wenn der Vertrag bestehen bleibe; derselbe würde wohl, was Bulgarien betreffe, einige Abänderungen erfahren müssen. Dasselbe scheine auch Herr von Giers anzunehmen, da er dem Grafen Wolkenstein gesagt habe, daß, solange der gegenwärtige „gâchis" in Bulgarien dauere, es schwer möglich sein werde, jenen Vertrag zu erneuern. Diese Erneuerungsfrage sei daher durch Herrn von Giers selbst in die zweite Linie gerückt worden, und könne man ihr deshalb jetzt noch nicht nähertreten." Diese verschnörkelten Redensarten mit ihrer Bezugnahme auf die Äußerungen und Absichten von Giers bedeuteten ein Ausweichen vor der Entscheidung und Mangel an gutem Willen in Wien. Zu dem Passus bezüglich der für Bulgarien erforderlichen Modifikationen stellte Bismarck die Frage „Wie so?" Daß ihm der richtige Sinn entging, ist nicht anzunehmen; gleichwohl ließ er ihn an Schweinitz zur Mitteilung in Petersburg mit dem Kommentar weitergeben: „Die Zustimmung des österreichischen Ministers zu der Bemerkung des Herrn von Giers, daß der Vertrag im Hinblick auf Bulgarien Abänderungen werde erfahren müssen, fassen wir so auf, daß die österreichische in gleicher Weise wie die russische Regierung ihr Augenmerk vor allen Dingen darauf richten wird, in Bulgarien einen für Rußland annehmbaren Zustand zu schaffen." Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß diese Interpretation durchaus unrichtig war, wie es auch der Wahrheit keineswegs entsprach, wenn man auf Grund der letzten Verhandlungen zwischen Reuß und Kalnoky nach der Newa kundgab, „daß der österreichischen Regierung die Erneuerung des deutsch-österreichisch-russischen Vertrages erwünscht sein würde". Schwerlich hat man hier auch solchen Mitteilungen getraut, und man war hier im Augenblick zur Fortsetzung des Verhältnisses zu

dreien so wenig geneigt, daß man sich sogar über den Schuwalow-Bismarckschen Entwurf vom 10. Januar in tiefstes Schweigen hüllte.

Ganz unzweifelhaft hatte Peter Schuwalow den Mund viel zu voll genommen, wenn er in Berlin beteuert hatte, der Zar werde einen Traktat in dem damals dort besprochenen Sinne binnen vierundzwanzig Stunden unterzeichnen. Ob die vom Kanzler am Schlusse des Schuwalowschen Schriftstückes eigenhändig hinzugefügte Klausel betreffend Serbien (s. o. S. 672 f.) Anstoß erregt hatte? Wir erinnern uns daran, daß damals die Verhandlungen zwischen Italien und England wegen des Mittelmeeres spielten; Gerüchte darüber drangen in die Presse, und auch sie mögen das russische Kabinett stutzig gemacht haben. Die Hauptsache war es jedoch, daß die panslawistischen Elemente in Rußland verzweifelte Anstrengungen machten, um eine völlig neue Orientierung in der russischen Politik herbeizuführen, und zu diesem Zwecke sowohl die Verlängerung des Dreibundes als auch die Versuche von Giers und der Brüder Schuwalow, das Verhältnis mit Deutschland zu festigen, aufs heftigste bekämpften, Pobjedonoszew, Tolstoi, Ignatiew, Saburow und wie sie alle hießen; sie fanden in der Presse einen willigen Helfer in Katkow, dem eben damals, wie Bismarck vermutete, durch Saburow das Geheimnis des Vertrages von 1881/84 verraten worden war; bereits Ende Januar fiel der deutschfreundlich gesinnte Finanzminister Bunge den Angriffen des Moskauer Panslawistenhäuptlings zum Opfer. Das eigentliche Ziel dieser Clique war die französisch-russische Entente; sowohl die Revancheidee als auch die ägyptische Angelegenheit bildeten die Brücke, die sich von der Newa bis zur Seine zu spannen vermochte. Was Ägypten anbelangte, so war auch Giers den französischen Wünschen gar nicht abgeneigt. In einer Unterhaltung, die er mit dem deutschen Geschäftsträger Bernhard von Bülow um die Jahreswende 1886/87 hatte, wies er zwar den Gedanken eines russisch-französischen Bündnisses weit von sich und vom Zaren ab; doch gab er zu, daß er Frankreich „in der ägyptischen Frage eine gewisse Unterstützung versprochen habe: in dieser Frage finde er den französischen Standpunkt und die französischen Ansprüche gerechtfertigt; es sei empörend, daß England die Hand auf den Suezkanal gelegt habe, der mit französischem Geld von französischen Ingenieuren gegen den Widerspruch Englands angelegt worden sei; für Rußland würde es das allerbeste sein, wenn man den Kanal zuschüttete; denn das indische und australische Getreide, welches durch denselben nach England gelange, schädige mehr und mehr den russischen Landwirt". Erwägt man, welche Rolle damals Ägypten in den unter deutscher Ägide geführten Verhandlungen Italiens und Englands bezüglich des Mittelmeeres spielte, so erschien die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß es den Ausgangspunkt für Abmachungen zwischen Rußland und Frankreich bot, deren Wirkungen sich auch auf Deutschland bei der englandfreundlichen Haltung, deren sich Bismarck in dieser Hinsicht befleißigte, sehr wohl zu erstrecken geeignet waren.

Das Entgegenkommen, das Giers den Franzosen zeigen wollte, beschränkte sich nun freilich auf das Nilland, und er beteuerte das gleiche auch für den Zaren. Aber war er dessen so vollkommen sicher? Das war tatsächlich nicht der Fall. Zu denjenigen, welche für die Entente mit Frankreich eintraten, gehörte vor allem der

Baron von Mohrenheim, der russische Botschafter in Paris. Zwischen ihm und dem neuen Außenminister Flourens bahnte sich Anfang 1887 ein Einverständnis an. Es war gerade die Zeit von Bismarcks Septennatsrede. Flourens setzte dem Russen auseinander: „Frankreich sei auf alles gefaßt, müsse aber zugleich alles vermeiden, was wie kriegerische Absichten gedeutet werden könnte. Frankreich werde Deutschland nicht angreifen, es sei denn [und dies ließ in die geheimsten Tiefen seiner Politik blicken], daß dieses anderwärts stark engagiert wäre. Es rechne aber auf die moralische Unterstützung Rußlands für den Fall, daß Deutschland von ihm Abrüstung fordern sollte." Das war dieselbe Musik, wie sie im April 1875 beim Krieg-in-Sicht-Lärm ertönte; und daß dahinter noch weitergehende Aspirationen steckten, das erhellte daraus, daß Flourens die Entsendung eines Spezialbevollmächtigten in der Person des Vicomte Melchior de Vogué nach Petersburg anregte. Mohrenheims Bericht entbehrte beim Zaren nicht des Eindrucks. Er machte dazu die Randbemerkung, daß Frankreich auf Rußlands Beistand rechnen dürfe, wenn ihm von deutscher Seite das Ansinnen auf Abrüstung gestellt würde, und bezüglich der Reise Vogués resolvierte er sich dahin: „Das könnte für uns unter gewissen Umständen recht nützlich sein, und wir sollten sie nicht entmutigen." Aber Giers war anderer Ansicht; er verhielt sich gegen die französischen Lockungen kühler und kritischer, als früher Gortschakow und jetzt sein Herrscher. Am 22. Januar schrieb er an Mohrenheim: die Besorgnis, die in Paris herrsche, sei übertrieben; mehrfach habe Bismarck in der letzten Zeit versichert, daß Deutschland Frankreich nicht angreifen werde; die deutsch-russische Freundschaft sei die beste Garantie des Friedens für Frankreich und ganz Europa. Demgemäß instruierte er den Botschafter dahin, „Flourens beizubringen, daß eine russisch-französische Entente die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich verschlechtern würde". Was blieb dem Minister anderes übrig, als zurückzuzupfen? Er pflichtete sogar der Ansicht bei, „daß Bismarck gute Beziehungen zu Rußland allein zur Sicherung der friedlichen Entwicklung seiner Schöpfung benutzen werde".

Die französischen Pläne waren also durch das Sträuben von Giers gekreuzt worden. Die Motive, die ihn dabei außer seiner Einsicht in die Notwendigkeit guter Beziehungen zu Deutschland für die Wahrung der allgemeinen Ruhe leiteten, sprach er einige Wochen später vor Schweinitz aus, als er sich mit diesem über die russisch-französischen Bündnisbestrebungen vom Herbst des Vorjahres unterhielt: „Wenn es nach mir in Rußland jemals einen Minister geben sollte, der toll genug wäre, der Republik eine Allianz anzubieten, und wenn der Zar dem zustimmen würde, ich glaube, das wiederhole ich Ihnen, Frankreich würde sie ablehnen; es will mit uns gut stehen und erhofft Vorteile vom Anschein einer Entente mit uns; aber es will sich nicht den Gefahren eines Krieges gegen Sie aussetzen, und dann, was könnte es uns im Orient geben?" Für den Augenblick, und was einige Mitglieder des Pariser Kabinetts, auch den Präsidenten Grévy, betraf, mochte dieses Urteil stimmen; aber daß es Flourens bei seinen Erbietungen an Mohrenheim Ernst war, das beweist doch wohl seine Äußerung, daß Frankreich über Deutschland herzufallen bereit sei, sobald es anderwärts stark engagiert wäre, und die Resignation, zu der er sich nach der Zurückweisung seines Bündnis-

fühlers verstand, kam ihm kaum vom Herzen. Schwerlich war es ihm angenehm, wenn Giers ihm vorhielt, daß die russisch-deutsche Freundschaft das beste auch für Frankreich sei, und in Rußland selbst wurde diese Ansicht nur von wenigen geteilt. Katkow und sein Kreis bestärkten sich vielmehr in der Meinung, um die von ihnen ins Auge gefaßte vollkommene Neuorientierung der russischen Politik zum Siege zu führen, gebe es nur ein Mittel, nämlich Giers zu Fall zu bringen; war es ihm gelungen, Bunge zu stürzen, so erkor er jetzt Giers zu seinem nächsten Opfer. Er wußte genau, daß er dabei auf die Gönnerschaft der einflußreichsten Kollegen des Verhaßten im Ministerium zählen durfte, wie auf Pobjedonoszew und Tolstoi, und selbst im Ressort des Auswärtigen hatte er seine Helfershelfer, wie vor allem Jomini, der es Giers nicht verzeihen konnte, daß dieser ihn überflügelt hatte. Er ließ sich in der zweiten Hälfte des Februar dahin vernehmen, „er billige die neue Orientierung der russischen Politik, die Katkow empfehle, völlig; nur sei es überflüssig, ja gefährlich, sie so laut von den Dächern zu schreien; Katkow solle seine Sprache mäßigen, der Sieg sei ihm doch sicher“.

Mäßigung war nun allerdings nicht Katkows Sache, und so wurde nunmehr ein Pressefeldzug gegen Deutschland und Giers eröffnet, der an Heftigkeit alles überbot, was bisher in dieser Hinsicht geleistet worden war. Am 20. Februar erschien im Brüsseler „Nord“ ein Artikel, der sich selbst als eine Wiedergabe von Ansichten von Giers bezeichnete: Rußland, so stand darin zu lesen, werde in der nächsten Zeit ausschließlich die Vorgänge am Rhein überwachen und die Orientfrage erst in zweiter Linie in Betracht ziehen. Das Interesse Rußlands verbiete es, einem möglicherweise ausbrechenden neuen deutsch-französischen Kriege mit der gleichen wohlwollenden Neutralität zuzusehen, wie 1870, da das St. Petersburger Kabinett eine neuerliche Schwächung Frankreichs unter keinen Umständen zulassen könne. Um für diesen Fall freie Hand zu haben, werde Rußland jeden Konflikt mit Österreich und England (d. h. eben wegen der Balkanfrage) vermeiden und die bulgarischen Vorgänge ihre Entwicklung nehmen lassen. Das war nun freilich leichter gesagt als getan, und das Ganze war eben nur als plumpe Drohung gegen Deutschland zu verstehen. Der Artikel gab sich, wie bereits gesagt, als inspiriert durch Giers; aber das war doch zweifelhaft, und Bismarck suchte auch andere Kräfte dahinter. In einer Ministerialsitzung vom 2. März sagte er, „die letzte Preßkampagne habe ihren Ursprung in Jomini und Katkow, welche ihre eigene Politik trieben“; wenn er zugleich betonte, „mit Rußland seien wir nach wie vor einig“, so wird das durch seine damaligen Weisungen an Schweinitz und seine Handlungen widerlegt, die wir alsbald kennen lernen werden. Selbst Giers, wie deutschfreundlich er auch immer war und aufrichtig sein wollte, traute der Situation keineswegs. „Einerseits die Presse,“ so klagte er damals einem auswärtigen Diplomaten, „welche die öffentliche Meinung erregt und uns Schwierigkeiten mit Deutschland schafft; andererseits der Kaiser, auf den Einflüsse ausgeübt werden, die schwer zu bekämpfen sind. Vielleicht bin ich einer der wenigen, die ihm Dinge sagen können, welche andere ihm mitzuteilen nicht wagen würden. Aber der Fürst Bismarck ist nicht bequem! Welch schrecklicher Mann!“ Und eben jetzt (im März) ließ Katkow sein schwerstes Geschütz gegen Deutschland und

Giers zugleich los, um die von ihm befürchtete Erneuerung des Dreikaiserbündnisses zu verhindern. In seiner „Moskauer Zeitung“ machte er einen deutlichen Strich „zwischen einer persönlichen Politik des Zaren, die die russischen Interessen wahrnimmt, und der des Ministers des Auswärtigen, die deutschen Interessen dient“; er ließ durchblicken, daß der Kaiser mit ihm übereinstimme, und zog daraus die Folgerung, daß Giers diesem den Gehorsam verweigere und Verrat übe. Alle Versuche, dagegen einzuschreiten, blieben fruchtlos. In Petersburg sah man die Sache so an, als handle es sich um einen Entscheidungskampf der beiden großen Parteien, der französischen und der deutschen, und zwar so, daß Katkows Organ das Spiegelbild der geheimsten Gedanken des Zaren und seines allmächtigen Ministers des Innern, des Grafen Tolstoi, sei; man wartete mit Spannung darauf, wer als Sieger durch das Ziel gehen würde. „Man behauptet,“ so berichtete am 28. März der belgische Gesandte an seine Regierung, „daß Graf Tolstoi sich bemüht, die beiden politischen Strömungen miteinander zu versöhnen; aber man fügt hinzu, daß er mehr oder weniger direkt den großen Moskauer Publizisten unterstützt . . . Alle Zeitungen ohne Unterschied der Partei unterstützen diesmal Katkow in der sehr deutlichen Absicht, die Erneuerung des Bundes der drei Kaiserreiche zu verhindern, der in dieser Zeit abläuft.“ Und es hatte das Aussehen, als ob Katkow die Oberhand gewinnen würde. Eben damals, Ende März, hatte er eine Audienz bei Alexander III.; dieser versicherte ihm, „daß Giers die neuen Richtlinien, die in der Politik angenommen seien, durchweg akzeptiere; Katkow solle nur zu Giers gehen und ihm alle seine Argumente für die Perfidie der deutschen Politik und zugunsten einer Annäherung an Frankreich vorstellen: er werde ihn sicher überzeugen“. Das war nun nicht der Fall. „Widerwillig“ ging Katkow zu Giers; der empfing ihn jedoch nicht, sondern stellte dem Zaren sein Portefeuille zur Verfügung. So weit wollte dieser denn doch nicht den Konflikt auf die Spitze treiben; aber einen vollen Sieg wollte er den Minister auch nicht davontragen lassen. Als Besiegelung seines Triumphes erwartete Giers für Ostern (Mitte April nach russischem Stil) das Großkreuz des Wladimirordens; aber die erhoffte Dekoration blieb aus. Der englische Botschafter, Sir Robert Morier, glossierte das mit den sarkastischen Worten: „er werde sich nach Moskau versetzen und bei Katkow akkreditieren lassen; denn Giers vertrete weder die Empfindungen des russischen Volkes, noch, wie es sich zeige, die Politik des Zaren, und die persönlichen Ansichten von Giers seien für Europa ohne Interesse“.

Was Wunder, wenn Bismarck in lebhafte Unruhe geriet? Woche auf Woche verrann, ohne daß aus Petersburg eine Rückäußerung über den Entwurf einlief, den er mit Peter Schuwalow aufgesetzt hatte; daraus und aus der Tonart, welche selbst die offiziösen Zeitungen in Rußland anschlugen, entnahm er, daß die Bemühungen Schuwalows vergeblich waren, und daß er bei dieser Unsicherheit der politischen Situation selbst damit rechnen mußte, daß ein Angriff Frankreichs auf Deutschland in Petersburg diplomatische und selbst militärische Unterstützung finden könnte. Gegen Schweinitz ließ er sich in der zweiten Hälfte des Februar mehrfach in diesem Sinne aus. Er tadelte es, daß Peter Schuwalow ihm Vorschläge von so großer Tragweite unterbreitet hatte, ohne der Zustimmung des

Zaren sicher zu sein; trotzdem hielt er die projektierte Abmachung vom 10. Januar nicht für ganz zwecklos: „Für uns diente die letztere als Sonde, die wir anlegten, und die ein vertrauenerweckendes Ergebnis nicht gehabt hat; denn keine Antwort ist auch eine Antwort.“ Der Botschafter erhielt die strenge Weisung, in der Sache nicht zu mahnen, vielmehr sorgfältig alles zu vermeiden, was den Eindruck hervorrufen könnte, als ob das Bedürfnis nach der Verlängerung des Vertrages für Deutschland dringender sei als für Rußland: „Wir müssen jeden Schachzug vermeiden, der als ein Zeichen der Ängstlichkeit und Besorgnis ausgelegt werden könnte.“ Erst Mitte März kam Giers ganz aus freien Stücken vor Schweinitz auf die Frage der Erneuerung zurück; zwar gab er seinem Wunsche danach Ausdruck, aber auch den Schwierigkeiten, die der Erfüllung im Wege stünden; worin er sie hauptsächlich erblickte, das gab er unumwunden zu erkennen, indem er sagte: „Wenn nur Österreich nicht wäre, dann ginge die Sache leicht; aber mit diesem gibt es so viele widerstreitende Interessen, und dann das Mißtrauen des Kaisers!“ Indem er darüber klagte, daß Katkow (s. o. S. 673) von den Traktaten von 1881/84 erfahren hatte, und daß er jetzt vom französischen Botschafter und sonst mit der Anfrage bestürmt würde, wie es sich mit der Verlängerung verhalte, erklärte er für diese als Hauptbedingung, daß sie aufs strengste geheim gehalten werden müßte. Schweinitz verhielt sich seiner Instruktion gemäß gegen Giers durchaus reserviert; dem Kanzler gegenüber machte er jedoch aus seiner Überzeugung kein Hehl, daß der Wert eines Abkommens mit Rußland, sei es zu zweien oder zu dreien, durch die verlangte Geheimhaltung vermindert würde: Eben deshalb werde diese so dringend begehrt, weil der Zar ein deutsch-russisches Bündnis für seine äußere Politik als vorteilhaft, scheinbaren Deutschenhaß aber als notwendig für seine Popularität und Sicherheit im Innern erachte; das werde zur Folge haben, so erkannte er ganz richtig, daß die panslawistische Agitation und die russisch-französischen Annäherungsversuche doch nicht aufhören, und daß die nationalen Leidenschaften dadurch so erhitzt werden würden, daß der Zar ihnen zu widerstehen schließlich beim besten Willen nicht mehr stark genug sein dürfte; trotzdem sei vielleicht eine geheime, den Kaiser einigermaßen bindende Abmachung immer noch besser als gar keine. Bismarck teilte diesen Standpunkt vollkommen: „Hält er sie nicht, so bindet sie uns auch nicht; auf den möglichen Bruch der russischen Freundschaft, infolge revolutionären Druckes oder Aufruhrs, müssen wir mit und ohne Vertrag gefaßt sein.“

Man sieht, wie skeptisch der Kanzler selbst von vornherein über den Wert des Rückversicherungsvertrages dachte, sogar ehe er noch zustande gekommen war. Und vorderhand blieb es noch bei der soeben erzählten einmaligen und ganz unverbindlichen Meinungsäußerung von Giers; abermals versank man danach in Petersburg in tiefstes Schweigen. Die russischen Preßtreibereien gingen munter fort, und die Betrübnis, die Giers darüber empfand und äußerte, war um so unfruchtbarer, als er sich ja ihrer, insoweit sie sich auch gegen ihn richteten, nicht zu erwehren vermochte und selbst gerade um diese Zeit den Katkowschen Machenschaften gegenüber zu vollkommener Ohnmacht verdammt schien. Bismarck konnte nicht umhin, aus dieser Situation für seine Politik die nötigen Konsequenzen zu

ziehen. Rußlands schwächster Punkt war der Orient; hier konnten ihm leicht Verlegenheiten bereitet werden, allein dadurch, daß ihm die kleinen Dienste versagt wurden, die man ihm hier zu leisten pflegte. Demgemäß erhielt der deutsche Botschafter in Konstantinopel (s. o. S. 655) den Auftrag, in den russisch-englischen Streitigkeiten nicht mehr die russischen Interessen zu befürworten, noch weniger aber den britischen entgegenzuwirken; das war zwar noch keine aktive Förderung Englands, doch immerhin eine passive Zurückhaltung, die in London als im Einklange mit Deutschlands gleichzeitiger Rolle beim Zustandekommen der Mittelmeerverträge befindlich ebenso angenehm, wie in Petersburg unangenehm empfunden wurde. Und noch zu einer anderen geheimen Aktion gleichfalls gegen Rußland im Orient entschloß sich der Kanzler damals, die aus dem Rahmen seiner bisherigen Haltung in der Balkanfrage gänzlich heraustrat; sie blieb zwar ohne Erfolg; aber bereits aus der einfachen Tatsache, daß Bismarck nunmehr zu solchen Mitteln greifen zu müssen glaubte, erhellt mit erschreckender Deutlichkeit, wie bedrohlich er die Lage jetzt gerade ansah. Es handelte sich dabei um nicht mehr und weniger, als den Battenberger zur Rückkehr nach Bulgarien anzustiften, — der Kanzler hielt somit die Situation für so verzweifelt, daß ihm kein anderer Ausweg mehr als möglich dünkte, wie lediglich, die Zündschnur an die bulgarische Mine zu legen und eine allgemeine Explosion hervorzurufen. Eben damals stand der Beitritt Österreichs zum englisch-italienischen Mittelmeerabkommen vor der Türe: wenn jetzt ein Zusammenstoß im Orient erfolgte, fielen die Karten so auf den Tisch, wie sie der Kanzler soeben mit klugem Bedacht gemischt hatte: England, Italien und Österreich traten auf den Plan gegen Rußland; Deutschland blieb draußen und hatte zunächst nur die Aufgabe, den französischen Degen in der Scheide zu halten. So konnte die politische Atmosphäre durch ein Gewitter gereinigt werden, das Deutschland nicht in Mitleidenschaft zu ziehen brauchte: es brach ein neuer Krimkrieg aus, nur daß anstatt Frankreich diesmal Italien gegen das Moskowitische Reich aufmarschierte; das Resultat mußte darin bestehen, daß dieses wieder auf lange Zeit geschwächt und dadurch bündnisunfähig für Frankreich gemacht wurde; damit wurde der Alpdruck beseitigt, der seit 1871 auf Deutschland lastete. Und wenn Frankreich, schon um sich seines einzigen für die Zukunft zur Zeit möglichen Alliierten nicht beraubt zu sehen, zu den Waffen griff, so war auch Deutschland zum Eingreifen genötigt, aber unter Umständen, die den Sieg über den Erbfeind so gut wie verbürgten, — nicht bloß politisch, sondern auch rein militärisch-technisch, in Anbetracht seiner Überlegenheit infolge der Einführung des neuen Repetiergewehres. Der Plan war fein angelegt; aber er kam nicht zur Vollendung. Einmal deshalb, weil sich die Figuren, deren er bedurfte, doch auf dem Schachbrette nicht so schieben ließen, wie Bismarck sie zu benutzen gedachte; sodann darum, weil es sich schließlich nicht als nötig erwies, von ihm Gebrauch zu machen. Er war ja auch nur für den äußersten Notfall bestimmt, und der trat nicht ein; immerhin glaubte der Kanzler, auch dafür sorgen zu sollen.

Mitte März waren (s. o. S. 664 f.) in London Nachrichten vom Balkan eingetroffen, welche Salisbury in die höchste Aufregung versetzten; die Bulgaren wären ganz desperat und trügen sich mit dem Vorhaben, den Aufstand in Maze-

donien zu entzünden, sowie den Battenberger wiederzuwählen, der Sultan wolle sich den Russen in die Arme werfen und habe sogar mit ihnen schon einen Pakt geschlossen. Salisbury hielt den Augenblick zu unverzüglichem Handeln für gekommen; er rechnete bereits mit dem Anschluß Frankreichs an Rußland, da er in Erfahrung gebracht hatte, daß dieses kürzlich in der bulgarischen Frage Schritte in Paris gemacht hätte, und dachte daran, die Dardanellen zu forcieren, sowie sich mit Rom und Wien über „eine gemeinschaftliche Haltung und Sprache" zu verständigen, — wir wissen, daß der Bericht Hatzfeldts über diese Vorgänge dem Kanzler den Ausruf „hoffentlich" entrang. Immer noch verharrte Rußland in eisigem Schweigen über den Entwurf Schuwalows, immer wilder gebärdeten sich die Panslawisten und ihre Presse, — was nutzten die matten und belanglosen Redensarten, die Giers gelegentlich einmal von sich gab? Allem Anschein nach hatte der Minister allen Boden beim Zaren verloren; dieser lieh sein Ohr Katkow und stand unter dessen persönlicher Einwirkung, — das ging ja aus den Meldungen klärlich hervor, die aus Petersburg anlangten. Konnte man noch daran zweifeln, daß die neue Orientierung der russischen Politik, wie sie die deutsch-feindlichen Kreise so ungestüm heischten, schon eine vollzogene Tatsache oder wenigstens grundsätzlich bereits von Alexander III. akzeptiert war? Da Katkow jetzt um das Geheimnis der Verträge von 1881 und 1884 wußte, war ihre Erneuerung noch viel schwieriger geworden. Jedenfalls war das schlimmste von der Newa her zu befürchten. Das Schreckgespenst der russisch-französischen Entente malte sich drohender, denn je zuvor, am politischen Horizonte, und war sie erst da, so war es unter Umständen nur noch ein kurzer Schritt bis zum Kriege. In Berlin zweifelte man nicht an den aktuell feindseligen Absichten Frankreichs. „Die Franzosen bemänteln," so schrieb Herbert Bismarck am 19. März an den Prinzen Reuß, „ihre ununterbrochenen und enormen Rüstungen mit dem von ihnen selbst nicht geglaubten Vorwand, daß wir sie angreifen würden; diese Rüstungen dienen lediglich Angriffszwecken; sie sollen die französische Armee der unsern überlegen machen, damit Frankreich alle Chancen des Erfolges auf seiner Seite hat, sobald es den Moment für den Angriff a u f u n s für gekommen hält." Noch Ende Februar hatte Fürst Bismarck es vor Schweinitz für „sehr gut denkbar" erklärt, „daß unsere Beziehungen zu Frankreich in kurzer Zeit noch intimer werden, als sie selbst zur Zeit des Herrn Ferry waren". Das hatte indes vornehmlich den Zweck gehabt, die Russen darüber zu beschwichtigen, daß Deutschland in einem Kriege gegen Frankreich auf dessen Vernichtung ausgehen würde, und inzwischen hatte sich die Situation, eben infolge der Treibereien von russischer Seite selbst, gründlich verändert: Frankreich stand zum Sprung bereit, und da mußte es gefährlich erscheinen, ihm noch Zeit zur Vollendung seiner Rüstung zu gewähren, wenn der Konflikt doch bevorstand. Mochte es da denn doch zunächst auf dem Balkan losgehen; dann mußte sich die Situation klären, und es mußte sich zeigen, ob sich Frankreich schon so weit glaubte, auch seinerseits losbrechen zu können.

Dem Wunsche folgten die einleitenden Schritte auf dem Fuße. Am 24. März erschien der praktische Arzt Professor Dr. Langenbuch aus Berlin in Darmstadt beim Fürsten Alexander, angeblich im Auftrage des Kanzlers, um jenen zur

Rückkehr nach Bulgarien anzuregen. Der Prinz weigerte sich, mit ihm ohne gehörige Legitimation zu verhandeln. Langenbuch wird als ein verläßlicher Mann geschildert; immerhin könnte eine Mystifikation vorliegen; ebensogut ist es natürlich möglich, daß es sich um eine erste vertrauliche Sondierung durch eine nichtoffizielle Persönlichkeit handelte, die man nachher nötigenfalls mit Leichtigkeit desavouieren konnte. Dafür spricht die Wahrscheinlichkeit. Denn fünf Tage später stellte sich ebendaselbst der Freiherr von Biegeleben ein, der früher Gesandter beim Exfürsten in Sofia gewesen war, im Auftrage von Franz Josef und Kalnoky mit ähnlichen Anträgen: Für jetzt möge der Prinz noch jedem allzu gewagten Abenteuer aus dem Wege gehen; aber Bulgariens Selbständigkeit müsse gewahrt bleiben, und es könne auch jetzt schon als Königreich proklamiert werden, jedoch zunächst, damit Rußland die Sache ruhiger hinnehme, ohne daß der Name des künftigen Herrschers genannt würde; inzwischen solle die Regentschaft weiter arbeiten, später indes, im geeigneten Augenblick, damit hervortreten, daß sie Alexander die Krone anbiete. Im Hinblick auf die Behandlung, die ihm gerade durch Bismarck widerfahren war, erwiderte der Battenberger, nur mit einem deutschen Mandat wieder in Bulgarien auftreten zu wollen. „Dieses Mandat," so setzte er dem österreichischen Diplomaten auseinander, „stelle ich mir in der Weise vor, daß Deutschland, England, Österreich-Ungarn, Italien und die Türkei mich als König des dann mittlerweile durch die Nationalversammlung proklamierten unabhängigen bulgarischen Königreichs (Bulgarien und Ostrumelien zusammen) anerkennen, e h e ich die Rückreise nach Sofia antrete. So würde meine Ankunft in Bulgarien dem dortigen Volke nicht wieder als politisches Abenteuer erscheinen, sondern als der glückliche und endgültige Abschluß der seit dem 18. September 1885 [d. h. seit der Ausrufung der Union zwischen Bulgarien und Ostrumelien] bestehenden Krisis." Einen Augenblick sah es noch einmal so aus, als dürfte sich der Exfürst mit den kühnsten Hoffnungen schmeicheln, als stehe er vor der Erfüllung aller seiner Träume. Allerdings hielt er es für unbedingt notwendig, eine Großmacht hinter sich zu haben, auf welche er sich in allen Fällen stützen könne; aber es dünkte ihn doch in dieser überraschenden Wendung der Dinge nicht ausgeschlossen, „seine Heirat mit Prinzeß Viktoria werde trotz allem möglich werden und ihm die politische Unterstützung Deutschlands als Mitgift bringen".

Es läßt sich füglich bezweifeln, ob sich Bismarck den Verlauf der Dinge ganz ebenso dachte, wie ihn der Battenberger sich vorstellte. Die Unterhandlung gewann dadurch eine breitere Basis, daß der bulgarische Minister Stoilow, von der Regentschaft abgeordnet, in geheimer Mission in Wien eintraf, um über die Rückkehr Alexanders hier sowohl mit dessen Kabinettsrat Menges, der zu diesem Zweck von Darmstadt nach der österreichischen Hauptstadt geschickt wurde, als auch mit Kalnoky zu sprechen; Dr. Langenbuch tauchte dabei wiederum auf. Am 1. April konferierte Stoilow mit Menges und Langenbuch. Menges erstattete ihm Bericht über die Unterredung zwischen seinem Herrn und Biegeleben, indem er hinzufügte, daß der persönliche Haß des Zaren und des Fürsten Bismarck gegen den Prinzen nach wie vor weiter bestünde, und daß dieser daher nie wieder nach Bulgarien gehen würde, außer auf Veranlassung des einen der beiden. Dafür kam aber

nur der deutsche Kanzler in Betracht, und im Battenbergschen Lager baute man darauf um so mehr, als man hier, wie es scheint, von England her, gehört hatte, die deutschen Botschafter in London, Paris und Konstantinopel hätten sich übereinstimmend dahin ausgesprochen: „Jetzt oder nie sei der Moment, um das bulgarische Königreich zu proklamieren; es wäre jetzt sogar möglich, daß es in Frieden geboren werden könne; käme es aber hierbei dennoch zum Kriege zwischen den Großmächten, welcher auf die Dauer doch nicht vermieden werden könne, so sei es für Deutschland vorteilhafter, wenn dies jetzt geschehen würde, weil man dann den augenblicklichen Vorsprung in der Bewaffnung ausnützen könne.“ Inwieweit sich in diesen Mitteilungen von Menges an Stoilow Wahres und Falsches mischten, ist nicht zu ermitteln; im großen und ganzen mochte sich die aktuell leitende Tendenz der deutschen Politik in ihnen einigermaßen widerspiegeln. Jedenfalls ließ der Kabinettsrat den Minister nicht darüber im ungewissen, daß die Bulgaren nur dann auf Alexander mit Bestimmtheit rechnen durften, wenn dieser hinwiederum des Rückhaltes an Deutschland vollkommen sicher war. Stoilow entgegnete, bevor man in Bulgarien die Unabhängigkeit proklamieren könnte, müßte man Garantien dafür haben, daß diese durch Deutschland, Österreich und eventuell auch England wenigstens stillschweigend anerkannt würde. Da nun das schwer zu erreichen war, so war vorauszusehen, daß die Bulgaren nicht gerade übermäßig geneigt sein würden, die Initiative zu ergreifen, — ausdrücklich betonte Stoilow, was die Frage der Unabhängigkeitserklärung anbelangte, die Regentschaft wolle im Rahmen des Berliner Vertrages verbleiben, um nicht schließlich auch noch die Hilfe der Türkei zu verlieren. Er war mit der Zurückhaltung des Battenbergers und den Bedingungen, die dieser stellte, nicht recht zufrieden; er meinte, man dürfe doch kaum verlangen, daß alles auf einmal geordnet werde, die Stimmung im Lande, dem der Prinz jetzt als Retter erscheine, könne umschlagen, und Alexander würde, wenn er wirklich zurückkehren wolle, kühner und energischer gesprochen haben.

Über die Unterredung Langenbuchs mit Stoilow sind wir auf die Mitteilungen angewiesen, die dieser sofort Menges machte. Danach suchte der deutsche Vertrauensmann alsbald nach seiner Ankunft den bulgarischen Minister auf. Er war ohne Legitimation, versicherte aber auf Ehrenwort, „von befugter Stelle geschickt zu sein“. Er machte kein Hehl daraus, daß man in Berlin von Stoilows Reise nach Petersburg Nachricht gegeben habe, „weil man in Deutschland mit Rußland offiziell gut stehe“, und warnte vor Kalnoky, der zu friedliebend sei und die Bulgaren eher entmutigen würde. Entschieden unrichtig war es, wenn er als den casus foederis zwischen Deutschland und Österreich den status quo auf der Balkanhalbinsel und sogar das Wiedererscheinen Alexanders in Bulgarien bezeichnete. Alle diese Äußerungen konnten nur den Zweck haben, die Bulgaren vorwärts zu treiben; eben darauf lief es hinaus, wenn er weiterhin erklärte, daß ein militärisches Eingreifen Rußlands bei einer Wiederwahl Alexanders den casus belli bedeuten würde, und daraufhin zu einer solchen mahnte, falls die Mehrheit des bulgarischen Volkes dafür sei; dabei hob er hervor, „daß diese Ratschläge nicht im persönlichen Interesse des Exfürsten Alexanders, sondern im allgemeinen Interesse gegeben seien, doch könne man vorläufig den Bulgaren gegenüber keine Garantien

übernehmen, weil man nicht den Anschein haben wolle, zu intrigieren". Auf der Battenbergschen Seite faßte man seine Eröffnungen so auf, als sei es Bismarcks Absicht, „den Fürsten wieder nach Bulgarien zu lassen, in der Überzeugung, daß Rußland sich dagegen wehren würde, und [daß] ihm [Rußland] dadurch in einem Augenblick schwere Verlegenheiten bereitet würden, wo es scheinbar daran war, Frankreich im Kriege gegen Deutschland zu helfen". Das war nicht ganz zutreffend ausgedrückt; aber vielleicht entfernte man sich mit dieser Vermutung nicht allzu weit vom Ziele. Wenn Langenbuch dem bulgarischen Staatsmann warnend von Kalnokys allzu großer Friedensliebe gesprochen hatte, so gab ihm die Audienz recht, die Stoilow bei diesem am nächsten Tage hatte. Kalnoky war gegen die Erklärung der Unabhängigkeit, hielt die Frage der Neuwahl noch nicht für reif, sagte, sie würde für Alexander, wenn sie auf diesen fiele, „ein Malheur" sein, und ließ es offen, ob sie für Bulgarien ein Glück sein würde. Immerhin schied Stoilow von ihm mit dem Eindruck, daß er nicht mehr so russisch zu sein scheine als früher und scheinbar schon eine Lösung der bulgarischen Krisis ins Auge gefaßt habe.

Alles in allem genommen, war das Ergebnis der Wiener Besprechungen nicht so, daß der Exfürst sich versucht fühlte, sich noch einmal auf das bulgarische Abenteuer einzulassen. Auf Stoilows Drängen, sich dem bulgarischen Volke in seiner Not und Gefahr sofort als Retter zur Verfügung zu stellen und in dessen Mitte zu erscheinen, antwortete er: er müsse „vor Langenbuchs unbeglaubigtem Rat dringend warnen, weil dieser nur eine Falle Bismarcks sei; wollte er in diese gehen, so würde es nur mit seinem Untergange endigen". Anstatt dem Lande zu helfen, so fügte er hinzu, würde er durch seine Rückkehr „die Krise Bulgariens zehnfach verschlimmern"; er riet, von einer direkten Wiederwahl jetzt abzustehen, die Regentschaft zu verlängern, die sich in Rücksicht auf die Haltung des Dreibundes sehr wohl zu behaupten imstande sei, und die Unabhängigkeit auszurufen; wenn man ja unbedingt einen Fürsten brauchte, so empfahl er den Prinzen Ferdinand von Koburg. Dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm und der Königin Viktoria vertraute er sich an; diese billigte seine Handlungsweise durchaus, indem sie ihm u. a. schrieb, sie zweifle nicht daran, daß er „e i n s t in ganz anderer Lage nach Bulgarien zurückkehren werde, aber nicht jetzt und nicht als Abenteurer: denn," so prophezeite sie, worin sie allerdings sehr schnell Lügen gestraft werden sollte, „einen andern Fürsten finden und wählen die Bulgaren nicht". Wertvoll war es für den Exfürsten, daß ihm seine hohe Gönnerin die Abschrift zweier Briefe beilegte, die ihr Premier Salisbury am 31. März und 1. April an sie gerichtet hatte. Sie waren geeignet, ihn in der Überzeugung zu bestärken, daß er durch seine Ablehnung der Lockrufe Bismarcks den richtigen Pfad gegangen war. Ihr Inhalt bestätigt durchaus, daß die Tätigkeit Langenbuchs in Darmstadt und Wien, wenngleich die tieferen Zusammenhänge unbekannt sind und die näheren Umstände seines Auftretens und das, was wir über seine Ausführungen erfahren, vielfach Unklarheiten bieten, doch nicht der Fühlung mit der Politik ermangelte, die der Kanzler damals verfolgte; er wird uns folgendermaßen gekennzeichnet: „Lord Salisbury beurteilte die sichtlichen Bemühungen und Überredungskünste

des deutschen Botschafters in London, Grafen Hatzfeldt, der um jeden Preis erreichen wollte, daß Salisbury den Bulgaren rate, mit der Ausrufung zum Königreich und Rückberufung des Fürsten Alexander eine abenteuerliche Politik zu treiben, dahin, daß der ganzen Sache, die der früheren Politik Bismarcks so diametral entgegengesetzt war, nur der Plan zugrunde liege, den Haß Rußlands gegen Deutschland auf Bulgarien abzulenken. Man brachte dies in England auch damit in Zusammenhang, daß Fürst Bismarck dringend wünsche, den momentanen Vorteil des neu eingeführten Gewehres auszunützen, um über das noch mit dem alten Gewehrsystem bewaffnete Frankreich herzufallen. Salisbury war daher der Ansicht, daß man den bulgarischen Regenten größte Vorsicht empfehlen müsse, daß die Unabhängigkeitserklärung und Wiederwahl vorläufig noch zu voreilig wäre und dem Fürsten nur eine falsche Position bereiten würde." Da die offiziellen Akten des Auswärtigen Amtes nichts über die Schritte Bismarcks enthalten, die dieser damals in London unternahm, und von denen der Minister seiner Souveränin Kenntnis gab, so ist anzunehmen, daß Hatzfeldt die darauf bezüglichen Weisungen direkt unter Umgehung der amtlichen Stelle empfing, was ja dem ganzen Charakter der Aktion entsprechen würde.

Siebenundzwanzigstes Kapitel.

Der Abschluß des Rückversicherungsvertrags.

April bis Juni 1887.

Die Intrige, deren Fäden Ende März und Anfang April von Berlin aus nach London, Darmstadt und Wien gesponnen wurden, blieben eine unfruchtbare Episode. Einmal wollten die Personen, die in das Spiel hineingezogen werden sollten, die ihnen zugedachte Rolle nicht übernehmen, weder Salisbury noch auch derjenige, welcher der Hauptakteur werden sollte, nämlich der Exfürst Alexander; auch was Kalnoky anbelangte, so hielt man es ja für nötig, Stoilow, damit dieser nicht durch dessen Erklärungen entmutigt würde, erst vorher bearbeiten zu lassen, — ausdrücklich hatte Langenbuch, der damit betraut worden war, dem bulgarischen Minister gesagt, es sei dringend nötig, daß er mit ihm noch vor seiner (Stoilows) Audienz bei Kalnoky Rücksprache nehme. Der erste Anlauf, die Dinge von dieser Seite in Fluß zu bringen, war also mißglückt; er blieb aber auch der einzige, denn eine Wiederholung erwies sich als überflüssig, da nunmehr Rußland aus seiner für Bismarck so peinlichen und Furcht erweckenden Reserve heraustrat. Schon die andere, ungleich harmlosere Maßregel, zu der Bismarck gegriffen hatte, um Rußland im Orient Verlegenheiten zu bereiten, nämlich die Instruktion an den Botschafter Radowitz, in Konstantinopel der moskowitischen Diplomatie nicht mehr zu sekundieren, wurde in Petersburg so unangenehm empfunden, daß man sich hier zu Nachgiebigkeit gegen Bismarck entschloß, und dieser schlug unverzüglich in die Hand ein, die sich ihm also darbot. Der Battenberger folgte einer besseren Eingebung, als er Anstand nahm, sich zu den Schritten drängen zu lassen, die ihm von Berlin aus nahegelegt wurden. Es ist nicht gerade sehr wahrscheinlich, daß ihn der Kanzler gestützt hätte, sobald sich für diesen die Aussicht zeigte, sich mit Rußland irgendwie gütlich abfinden zu dürfen; er hätte den Kopf in eine Schlinge gesteckt, in der er alsdann rettungslos zappelte.

Es gab in Rußland eine Partei, die sich von Deutschland nicht trennen wollte; ihr gehörten außer Giers vornehmlich der Großfürst Wladimir und die Brüder Schuwalow an. Aus Anlaß des neunzigsten Geburtstages Wilhelms I. verweilte Wladimir Ende März in Berlin; er hatte bei dieser Gelegenheit eine dreistündige Unterredung mit Bismarck, über die in den diplomatischen Kreisen der Reichshauptstadt erzählt wurde, der Großfürst habe beteuert, die Politik des Zaren sei durchaus friedfertig und werde es bleiben. Tatsächlich hatte sich Wladimir dahin geäußert, „es sei ein Bündnis mit Rußland so weit möglich, daß man sich Neutralität garantiere für den Fall eines russisch-türkischen und eines deutsch-französischen Krieges“. Solch platonische und von wenngleich noch so hochstehen-

der, doch privater Stelle kommende Versicherungen konnten dem Kanzler keineswegs genügen, — zettelte er doch trotzdem eben damals das Zwischenspiel mit dem Battenberger an; aber das mußte ganz geheim und unverbindlich bleiben. Als die Kronprinzessin in jenen Tagen dem Kronprinzen Rudolf von Österreich, der sich auch in Berlin befand, zuredete, Österreich müßte den Exfürsten nach Bulgarien zurückführen und ihn dort auch gegen Rußlands Willen wieder einsetzen, erfaßte ihn heller Ingrimm, zumal da ihr Gemahl dem Großfürsten Wladimir alsbald davon Mitteilung machte, — gerade in diesem Augenblick, da er sich selbst mit Absichten in ähnlicher Richtung trug, waren solche Unbedachtheiten doppelt gefährlich. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß die Bündnisfrage vom Großfürsten bei seinem Aufenthalt in der deutschen Reichshauptstadt auch mit dem russischen Botschafter daselbst, dem Grafen Schuwalow, erörtert wurde, und die weitere Vermutung dürfte gleichfalls nicht fehlgreifen, daß beide übereinkamen, sie zu fördern, und zwar durch persönliche Vorstellungen des Botschafters in Petersburg. Am Abend des 31. März fuhr er dahin ab; der belgische Gesandte in Berlin berichtete darüber: „Er besitzt das Vertrauen seines Souveräns. Er ist der russisch-deutschen Allianz treu ergeben. Seine Reise erscheint durch die Notwendigkeit begründet, diese Allianz gegen die Umtriebe der Partei, deren Oberhaupt Katkow ist, unter Dach und Fach zu bringen.“ Seine Bemühungen brachten es jedenfalls mit zustande, daß die Gegenpartei wieder Oberwasser bekam. Eben damals hatte Rußland zur Wiederherstellung der Ordnung in Bulgarien eine diplomatische Aktion bei der Pforte unternommen, indem es die Entfernung der „Diktatoren“ und die Einsetzung eines einzigen provisorischen Regenten beantragte, der mit Hilfe der „gemäßigten Elemente“ im Lande wieder Ruhe schaffen, eine neue Sobranje berufen und durch diese einen neuen Fürsten wählen lassen sollte. Pourparlers wurden dafür eingeleitet; aber am 12. April mußte man sie in Petersburg als gescheitert betrachten. Man schrieb die Schuld daran der Furchtsamkeit und Perfidie des Sultans zu. Der Großwesir befand sich ganz in den Händen des englischen Botschafters. „White ist sehr stark,“ so klagte Giers, „das muß man diesem Schuft lassen; was er erreicht, ist um so bemerkenswerter, als er nur eine schwache Regierung hinter sich hat.“ Die Pforte war ein Herz und eine Seele mit der bulgarischen Regentschaft; diese hatte dem Großherrn eingeredet, daß die Fortdauer ihrer Herrschaft im Interesse seiner Sicherheit liege. Das schlimmste aber war, daß der Sultan (und das war die Wirkung der Weisungen Bismarcks an Radowitz) nicht mehr recht an die deutsch-russische Entente glaubte; er hörte daher jetzt weniger auf Rußland, als in den Zeiten, da er hinsichtlich der guten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland keinerlei Zweifel gehabt hatte.

Das brachte den Stein ins Rollen. Schon am folgenden Tage (13. April) hatte Giers ein langes Gespräch mit dem deutschen Geschäftsträger v. Bülow. Er benachrichtigte diesen von der mißglückten Demarche bei der Pforte und sprach sich ganz offen über die Gründe des Fehlschlages aus, insonderheit über die veränderte Haltung Deutschlands; alsdann rückte er mit seinem Anliegen heraus: Das bulgarische Problem muß gelöst werden; es gleicht einer eiternden Wunde

am russischen Körper, die den ganzen Organismus vergiftet. Alles, was seit einem halben Jahre vor sich geht, „das Aufflackern des Chauvinismus, die Zügellosigkeiten der Presse, der Deutschenhaß, die Verleumdungen und Angriffe gegen mich, die Sympathien für Frankreich, — führe ich wenigstens zum Teil darauf zurück, daß es mir immer noch nicht gelungen ist, die bulgarische Verwickelung in einer das russische Nationalgefühl einigermaßen befriedigenden Weise beizulegen". Zu einer militärischen Okkupation will der Zar nur im äußersten Notfalle schreiten, die Regenten wollen ihren Platz nicht räumen, und die Pforte versagt; daher bleibt kein anderer Ausweg übrig, als durch gemeinsamen Druck der Mächte in Konstantinopel und Sofia die Machthaber zum Rücktritt zu zwingen, so daß sie sich vor einem von Rußland im Einvernehmen mit der Pforte und dem Europäischen Konzert ernannten Regenten zurückziehen. Indem sich Giers über dessen Aufgabe in dem bereits oben erwähnten Sinne verbreitete, fügte er hinzu, daß diesem eine gewisse Anzahl russischer Offiziere beigegeben werden müßten. Nur zögernd verstand er sich dazu, den Namen seines Kandidaten zu nennen; es war der Herzog von Oldenburg. Aus seinen Ausführungen merkte Bülow, daß der Zar damit nicht ganz einverstanden war, sowohl da er den Herzog aus persönlicher Freundschaft nicht „exponieren wollte", als auch noch mehr aus Besorgnis, „daß die Entsendung eines ihm so nahe verwandten und so hochstehenden Herrn ihn zu sehr in Bulgarien engagieren könnte". Aber bei Giers überwog anscheinend der Wunsch, „als russischen Vertreter nach Bulgarien diesmal eine imponierende Persönlichkeit zu schicken"; er ließ die Bemerkung fallen: „Ich will keine zweite Mission Kaulbars". Zwar war er selbst nicht ohne Bedenken; er besorgte, daß der für seine Heftigkeit bekannte Herzog sich zu unüberlegten Schritten hinreißen lassen könnte; daher wollte er ihm eventuell seinen Vetter, den Fürsten Kantakuzen, ehemaligen bulgarischen Kriegsminister, als Mentor zugesellen. Immerhin ließ er durchblicken, daß er mit Alexander von Oldenburg und dem Zaren bereits Fühlung genommen hatte, und daß er hoffte, beide dafür zu gewinnen. „Wenn die Ordnung einmal in Bulgarien wiederhergestellt ist, werden wir mit Leichtigkeit jemanden andern für den Posten des endgültigen Herrschers finden." Aussicht auf Erfolg aber würde sein Plan, so deutete der Minister an, nur dann haben, wenn Deutschland ihn unterstützte: Auch Österreich würde sich dann, wie der Zar glaube, dafür aussprechen, ebenso Italien; Frankreich werde jedem russischen Vorschlag zustimmen. Nur von England erwartete Giers offenen Widerspruch; doch erklärte er, daß er sich dadurch nicht einschüchtern lassen würde: England imponiere ihm nicht; es sei zur Zeit durch die irische Frage lahmgelegt, und Rußland könne den Briten jederzeit in Zentralasien so unbequem werden, daß ihnen jede Lust vergehen würde, in Europa die russische Politik ernstlich zu durchkreuzen: „Wenn unsere Lage in Europa zu wünschen läßt, so ist sie in Asien vortrefflich. Persien untersteht vollkommen unserm Einflusse; wir sind auch der Afghanen durchaus sicher, die nichts sehnlicher wünschen, als mit uns zu marschieren. Ich habe die Mittel an der Hand, die Engländer gefügig zu machen." Er schloß mit einem zwar in zaghafte Formen gekleideten, aber in der Sache sehr dringlichen Appell an die deutsche Hilfe. Er bat

nämlich Bülow weder über das, was er ihm vorgetragen hatte, nach Berlin zu telegraphieren, noch auch nur zu berichten, immerhin sein Anliegen in der bulgarischen Frage „etwa in der Form eines Privatbriefes“ mitzuteilen und dabei zu sagen: „Giers weiß nicht mehr, wohin er sein Haupt in der bulgarischen Frage legen soll; er fühlt sich darin schwach und geschlagen; er weiß nicht, wie er aus dieser Sackgasse herauskommen soll, sofern man ihm nicht beisteht“.

Bülow hatte sich bisher darauf beschränkt, sich mehr zuhörend zu verhalten. Als der Minister davon sprach, daß der Sultan die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland für getrübt halte, bemerkte er etwas ironisch, das sei bei den Hetzereien kein Wunder, in denen sich russische Publizisten, Politiker und Diplomaten, z. B. Katkow, Ignatiew und Jomini ungestraft ergehen dürften, wobei ihm Giers ins Wort fiel: „Das ist es! Sie haben recht; dahin haben uns unsere Dummheiten gebracht. Es nützt wenig, daß Nelidow [der russische Botschafter] dem Sultan versichert, es sei zwischen Rußland und Deutschland noch alles beim alten; die Auslassungen Katkows impressionieren Abd ul Hamid mehr als diejenigen Nelidows.“ Auf das Ersuchen, an Bismarck das russische Ansinnen einer Intervention in Konstantinopel und Sofia zu übermitteln, erwiderte Bülow, indem er das als den Ausdruck seiner rein persönlichen Ansicht bezeichnete: Er sei überzeugt, daß Deutschland jeder russischen Proposition beitreten würde, welche die Zustimmung der übrigen Mächte fände. Für die Aufnahme, welche ihr der Kanzler tatsächlich bereitete, sind charakteristisch dessen Randbemerkungen bei der Lektüre dieses Satzes im Bülowschen Berichte: zu dessen erstem Teile notierte er ein „Ja!“; während er den zweiten strich; d. h. er erklärte sich bereit, einen eventuellen russischen Antrag bedingungslos anzunehmen, ohne Rücksicht darauf, ob er die Zustimmung der anderen Mächte erhalten würde, — damit war die Verständigung grundsätzlich gesichert. Zweifellos fand es seine volle Billigung, wenn Bülow dann weiter in seiner Antwort vor Giers fortfuhr: Angesichts des Undankes und der Verleumdungen in der Presse und in der öffentlichen Meinung Rußlands, mit welchen Deutschlands zahlreiche und große Dienste in der bulgarischen Angelegenheit gelohnt worden seien, würde dieses schwerlich Lust haben, hierin die Initiative zu ergreifen, und er hätte nicht den Mut, dem Kanzler eine darauf hinzielende Bitte vorzutragen; damit möge lieber die russische Botschaft in Berlin betraut werden. Betrübt gab Giers die Richtigkeit des Vorwurfes zu, den Bülow erhoben hatte; er gestand ein, daß ihm gerade jetzt, bei dieser Unterredung, wieder klar geworden sei, „wie sehr das Gewährenlassen der hiesigen antideutschen Agitation Rußland auch nach außen schädige“. Und nunmehr brachte er die Rede auf die so lange ins Stocken geratene Verhandlung über die russisch-deutsche Entente; es erhellt daraus, in welch engem Verhältnisse sie zu der damaligen Balkanpoltik Rußlands und den Schwierigkeiten stand, die Bismarck dieser in Konstantinopel bereitet hatte. Er wolle nämlich, das stellte er dem deutschen Geschäftsträger in Aussicht, dem Zaren demnächst Vortrag halten und ihm dabei ernstlich zu Gemüte führen, wie jede Spannung zwischen Rußland und Deutschland und auch nur der Anschein einer solchen Rußland überall in eine schlechtere Stellung bringe, namentlich aber dessen Aktion im Orient lähme; andrerseits würde

es ihm allerdings höchst erwünscht sein, wenn er dem Kaiser gleichzeitig den Nutzen der deutschen Freundschaft beweisen könne; denn er sei eben daran, diesen für die Erneuerung der geheimen Verträge zu bearbeiten, und warte dazu nur die Rückkehr Paul Schuwalows ab, der sich der Feiertage halber auf dem Lande befinde; dann werde er mit diesem und dem Großfürsten Wladimir ungesäumt ans Werk gehen: „Es wird einige Mühe kosten, den Kaiser zu überzeugen, daß Sie Österreich nicht preisgeben können. Ich denke aber, wir werden ihm das doch begreiflich machen . . . Wenn der Kaiser mit Ihrer Hilfe aus den bulgarischen Schwierigkeiten herauskommt, so hoffe ich auch seine Zustimmung für die mir so wünschenswerte Abmachung zu erhalten." Beim Abschied schärfte er Bülow die strengste Diskretion ein; er vertraute ihm an, daß selbst die Beamten seines Ressorts, sogar Jomini, nichts von der Möglichkeit eines neuen Geheimabkommens zwischen Deutschland und Rußland ahnten.

Das Eis war also auch nach dieser Richtung jetzt gebrochen. Am 23. April hielt Giers den angekündigten Vortrag vor dem Kaiser in Gatschina in Gegenwart von Paul Schuwalow. Schon am Tage zuvor hatte er Bülow darauf vorbereitet, daß der Kaiser kaum bereit sein würde, Österreich wieder in den Vertrag hineinzuziehen. Wiewohl er sich über die wahren Gesinnungen der Österreicher gegen Rußland ebensowenig Illusionen machte als sein Souverän, war er doch persönlich für die Entente à trois; aber die beiden Schuwalow waren von jeher nur für die à deux, und der Großfürst Wladimir hatte zwar nichts gegen Österreich, war sogar unter dem konservativen Gesichtspunkte für ein möglichst freundschaftliches Verhältnis zur habsburgischen Monarchie, fürchtete jedoch, seinen Bruder zu verstimmen, wenn er zu einem Einvernehmen zu dreien riet, betrachtete ein solches auch aus Gründen der inneren Politik als gefährlich, da es „den Wünschen der ungeheueren Mehrheit aller Russen zuwiderlaufen würde". In der Tat widersetzte sich der Zar einem solchen aufs bestimmteste, genehmigte indes „ein festes Bündnis" mit Deutschland; nicht daß er etwa, wie Giers nachher Bülow erläuternd auseinandersetzte, feindselige Absichten gegen Österreich hegte oder dieses angreifen wollte; er war dafür, mit der Donaumonarchie die besten Beziehungen zu unterhalten, nur daß er nicht mit ihr paktieren wollte. Der Minister fügte hinzu: Wenn auch ein förmliches Vertragsverhältnis mit Österreich nicht wiederherzustellen sei, so würde doch wohl zu erreichen sein, daß Österreich an der deutsch-russischen Entente wenigstens partizipiere: „Es könne ja zwischen uns eine Art von Garantie nicht nur für den Besitzstand Österreichs, sondern auch für seine Machtsphäre stipuliert werden. Österreich könne, wenn auch nicht formell, so doch materiell an den Vorteilen des Kaiserbundes weiter teilnehmen." Giers wollte die Sache jetzt möglichst bald zum Abschluß gebracht sehen. Er ging sofort an die Ausarbeitung eines Entwurfes und wünschte, daß Schuwalow damit umgehend nach Berlin zurückreise; dieser wollte aber noch acht bis zehn Tage in der Heimat bleiben und bat den Zaren so schmeichlerisch um die Erlaubnis, daß dieser sie ihm „lachend bewilligte". Indem Giers dem deutschen Geschäftsträger davon erzählte, äußerte er sich über den Botschafter mit einiger Kritik: er sei voller Eifer und habe vortreffliche Grundsätze; sei ein ruhmvoller

General und vollendeter Hofmann, aber als Geschäftsmann nicht ruhig genug und ermangele „etwas der diplomatischen Technik"; in der gegenwärtigen Verhandlung wolle er zuviel erreichen, anstatt sich mit dem Notwendigen zu begnügen, weshalb er ihm gesagt habe, man dürfe von Deutschland nicht den Mond verlangen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Giers und Schuwalow bezogen sich, wie jener einige Tage später Schweinitz mitteilte, nicht nur darauf, daß der letztere ganz energisch nur für die Entente à deux eintrat, sondern auch auf die Meeresengenfrage. Schuwalow wollte, um dem Vertrage Glanz zu verleihen, daß sich der Zar darin die Freiheit ausbedinge, die Meeresengen in Besitz zu nehmen,, und glaubte das bei Bismarck durchsetzen zu können, der das ja auch tatsächlich bereits dieses Zugeständnis Peter Schuwalow in dem Januar-Entwurfe gemacht hatte (s. o. S. 671). Der Minister wollte sich freilich in Anlehnung an die Verträge zu dreien von 1881 und 1884 mit der Schließung der Meeresstraßen begnügen und bekämpfte alle weitergehenden Forderungen: weshalb solle Rußland sich von Deutschland etwas erlauben lassen, wozu ihm die Flotte, das Geld und die Macht fehlten? Auch würden sich dagegen, wenn es bekannt würde, England, Italien und wahrscheinlich auch noch andere Mächte vereinigen, und welchen Zweck habe es, eine Sache in einen für drei Jahre bestimmten Vertrag aufzunehmen, die man für die nächsten zwanzig, ja, sogar für fünfzig Jahre doch nicht auszuführen vermöchte? Bei dieser Gelegenheit wich er übrigens von seinen Erläuterungen vor Bülow betreffend Österreich etwas zurück. Er stellte Schweinitz vor: „Die Integrität des österreichisch-ungarischen Besitzstandes brauche nicht garantiert zu werden; der Kaiser Alexander denke zwar nicht daran, denselben zu gefährden, aber Rußland dürfe sich in dieser Beziehung nicht binden."

Das war eine russische Osterbotschaft, die, wie keine andere, froh in Bismarcks Ohren klang. Seine vorsichtige Zurückhaltung gegen Rußland hatte sich glänzend bewährt: Rußland brauchte Deutschland, nicht umgekehrt. Allerdings war er in seiner Ungeduld schon aus seiner Reserve herausgetreten; aber zum Glück hatte der Zunder versagt, den er bereits an das Pulverfaß angelegt hatte. An sich war er zu jeder Unterstützung einer russischen Aktion betreffend die Verdrängung der Regentschaft in Sofia bereit, ohne (s. o. S. 687) Rücksicht auf die Zustimmung der übrigen Mächte. Zwar wäre es ihm lieber gewesen, wenn der Vertrag von 1881/84 zu dreien verlängert wurde; aber er fügte sich angesichts der Abneigung des Zaren ins Unvermeidliche und resolvierte sich dahin: „Für uns ist es ganz gleichgültig, ob à deux oder à trois, wenn wir nur nicht g e g e n Österreich gehen sollen oder versprechen, es im Stiche zu lassen, wenn es a n g e g r i f f e n wird." Indem er weitere Eröffnungen bei der Rückkehr Paul Schuwalows abwartete, ließ er durch Schweinitz, gemäß den Erklärungen, die Bülow von vornherein abgegeben hatte, bereits nach Petersburg mitteilen, daß er sich dem russischen Vorschlage der Einsetzung eines provisorischen Regenten anschließen würde, daß er es aber angesichts der panslawistischen Agitationen ablehnen müsse, die Initiative dabei zu ergreifen. Mittlerweile arbeitete Giers einen Entwurf für den neuen Vertrag aus, der dann im wesentlichen die Grundlage desselben in seinem Hauptteile wurde und daher später eingehend analysiert werden wird; er statuierte, nur so

viel sei vorderhand erwähnt, die wohlwollende Neutralität beider Mächte für den Fall, daß eine von ihnen in den Krieg mit einer dritten Großmacht verwickelt werden sollte (Art. I); Deutschland sollte (Art. II) die Rechtmäßigkeit des ausschließlichen Einflusses Rußlands in Bulgarien und Ostrumelien anerkennen; keine Veränderung des status quo auf dem Balkan sollte ohne vorhergängiges Einverständnis beider geschehen dürfen; endlich wurde (Art. III) der Verschluß der Meeresengen vereinbart, mit dem Hinzufügen, daß beide, falls die Pforte eine Ausnahme davon zugunsten militärischer Operationen einer dritten Macht machen sollte, der Türkei ankündigen würden, sie habe sich dadurch in Kriegszustand gegenüber der verletzten Macht, d. h. Rußland, begeben und sich der Garantien ihrer territorialen Integrität auf Grund des Berliner Friedens beraubt. Am 3. Mai hielt Giers Vortrag in diesem Sinne in Gatschina; der Zar war damit einverstanden; der Minister war somit gegen die weitergehenden Forderungen Schuwalows hinsichtlich der Meeresengenfrage durchgedrungen. Er gab dem deutschen Botschafter davon sofort Kenntnis, indem er ihm sagte: „Der Kaiser hat sich meiner Auffassung angeschlossen, Graf Schuwalow ist übrigens damit vollkommen einverstanden.“ Einige Tage später reiste Schuwalow, nachdem er vom Zaren in Abschiedsaudienz empfangen worden war, nach Berlin zurück; Giers gab ihm eine Instruktion mit, die sich auf die bulgarische Frage bezog. Da Bismarck sich geweigert hatte, darin die Initiative zu ergreifen, betonte der Minister: nicht eine solche werde Deutschland zugemutet; sie sei die Sache der Pforte; der Kanzler solle nur seinen Einfluß bei den Kabinetten aufbieten, um diese zu bestimmen, sich mit dem russischen Projekte der Einsetzung eines Regenten einverstanden zu erklären. Was dessen Person anbelangte, so nahm Giers jetzt vom Herzog Alexander von Oldenburg Abstand: der Zar wünsche kein Mitglied des Kaiserlichen Hauses, sondern einen Privatmann, der Russe sei und Vertrauen einflöße.

In Berlin angelangt, teilte Schuwalow diese Instruktion dem Auswärtigen Amt mit. Sie wurde dem Kanzler vorgelegt, der das bulgarische Projekt von Giers nach mehreren Richtungen einer scharfen Kritik unterwarf. Er entdeckte darin eine Reihe von Unklarheiten; vor allem vermißte er, daß sich Giers nicht darüber äußerte, was geschehen solle, wenn die Regenten sich nicht gutwillig fügten, was doch vorauszusehen war, ob dann gegen sie militärischer Zwang ausgeübt werden sollte, und zwar von der Pforte. Gern war er bereit, einer russischen Aktion zu sekundieren, aber nicht mehr: „Wir werden uns nicht in die Angelegenheiten des Orients und Rußlands einmischen, ohne uns mit russischen Attesten gegen die russische Presse versehen zu lassen. Wir werden tun, was Rußland tun wird oder wozu es uns so einladet, daß wir gegen öffentliche Verleumdung gerechtfertigt dastehen.“ Dieser Punkt wurde denn auch sogleich und ohne alle Schwierigkeiten geregelt. Am 11. Mai erfolgte die entscheidende Aussprache zwischen dem Kanzler und dem Botschafter; sie bezog sich sowohl auf die geplante Aktion Rußlands in Konstantinopel und in Sofia, als auch auf die Erneuerung des Vertrages zu zweien. Was jene anbetraf, so war Bismarck einfach zur „Erfüllung des prädominierenden kaiserlichen Wunsches“ bereit, nämlich die bulgarischen Regenten mit deutscher „Unterstützung“ zu beseitigen; er erbot sich auch, Lord Salisbury

durch den Grafen Herbert, der in der deutschen Kolonialpolitik damals persönlich in London zu unterhandeln im Begriffe stand, hier anfragen zu lassen, „ob es nicht an der Zeit sei, den Abszeß, der sich in Bulgarien gebildet hat, aufgehen zu lassen". Allerdings gab er Schuwalow zu verstehen, daß auf die guten Dienste Deutschlands in dieser Angelegenheit nur zu rechnen sei, wenn die russische Regierung ihre Wünsche deutlich formuliere und wenn neuen Entstellungen durch die panslawistische Presse der Boden entzogen würde.

Mühsamer gestaltete sich die Verständigung hinsichtlich des projektierten Vertrages; das lag sowohl am Giersschen Entwurfe, dessen Träger Schuwalow war, als auch daran, daß die Differenzen, die sich zwischen den beiden russischen Staatsmännern bereits in Petersburg geltend gemacht hatten, doch noch nicht in dem Grade ausgeglichen waren, wie der Minister selbst (s. o. S. 690) glaubte und vor Schweinitz versichert hatte. Der deutsche Botschafter ließ sich offenbar durch die glänzenden äußeren Eigenschaften Schuwalows allzusehr bestechen. Er berichtete nach Berlin, bei dem gemeinsamen Vortrage am 23. April in Gatschina habe dieser die Hauptrolle gespielt und Giers „völlig verdunkelt"; in weiterer Unterhaltung mit ihm entdeckte er in ihm „nicht nur noch mehr Finesse, sondern auch mehr Tiefe", als er ihm zugetraut hatte. Der Graf entwickelte ihm dabei seine politischen Ideen, deren Quintessenz im Wunsche gipfelte, „die Beziehungen Rußlands zu Deutschland, solange wie er Botschafter in Berlin ist, so zu gestalten, daß er, wenn er in Petersburg Minister wird, nichts daran zu ändern braucht, vielmehr auf Grund des jetzt erreichten die nationalen Wünsche seines Vaterlandes erfüllen könne". Das imponierte dem guten Schweinitz so, daß er vorbehaltlich des Unterschiedes „in bezug auf die beiden Hauptpersonen, nicht aber in betreff der Situation und des Objektes" einen Vergleich zwischen der nunmehrigen Wirksamkeit Schuwalows in Berlin und der dereinstigen Bismarcks in Paris anstellte und die Vermutung aussprach, „daß Graf Paul Schuwalow mutatis mutandis das Terrain in der Art und Weise vorbereiten wolle, wie Eure Durchlaucht es als Botschafter in Paris und in späterem Verkehr mit Napoleon III. getan haben". Wie schief diese Parallele — abgesehen von allem andern — schon insofern war, als ja dadurch jetzt Bismarck einigermaßen die Rolle imputiert wurde, die dieser selbst in den sechziger Jahren dem französischen Kaiser aufgenötigt hatte, das kam Schweinitz offenbar gar nicht zum Bewußtsein. Giers hatte sich redlich angestrengt, das hatte er Bülow gegenüber zum Ausdruck gebracht, bei Deutschland nur das Erreichbare durchzusetzen, und Schuwalow gesagt, er solle von Bismarck nicht „den Mond verlangen", was dieser seinerzeit mit den Worten „sehr richtig" kommentiert hatte; eben deshalb hatte sich der Minister sogar dagegen gewehrt, von Deutschland mehr als die Zustimmung zum Verschluß der Meeresengen zu fordern. Jetzt aber ging Schuwalow darüber hinaus, und als er damit, wie wir alsbald hören werden, durchdrang, steigerte er seine Ansprüche noch mehr, so daß, wie gleichfalls sofort zu berichten sein wird, das Werk beinahe noch in letzter Stunde gescheitert wäre. Nicht ganz klar und durchsichtig dabei ist die Stellungnahme des Zaren. Bei seinem Vortrage vom 3. Mai, den er allein hielt, hatte Giers, wie wir wissen, die einfache Annahme seines Ent-

wurfes unter Verzicht auf die besonderen Pläne Schuwalows erwirkt. Dieser hatte damals erwartet, mit nach Gatschina berufen zu werden, jedoch vergeblich; er war aber einige Tage später seinerseits daselbst allein in Abschiedsaudienz empfangen worden. Aus dem Umstande, daß er nachher in Berlin wieder auf breiterer Basis verhandelte, und daß er später, als er wieder in Rußland verweilte, noch mehr Bedingungen herauszupressen versuchte, denen sich Bismarck schließlich widersetzte, ist zu entnehmen, daß es ihm glückte, den Zaren inzwischen in seinem Sinne zu bearbeiten. Das war ja die Art Alexanders III., seine Ratgeber auseinanderzuhalten und gegeneinander auszuspielen.

Den ersten Anstoß bei der persönlichen Beratung Bismarcks und Schuwalows bot allerdings der Gierssche Entwurf. Nach seinem ersten Artikel sollten sich die Paziszenten, wenn einer von ihnen in Krieg mit einer dritten Macht gerate, schlechthin wohlwollende Neutralität und gegenseitige Bemühung behufs Lokalisierung des Konfliktes versprechen. Das sah günstig für Deutschland aus, da diesem dadurch auch die russische Neutralität in einem Angriffskriege gegen Frankreich in Aussicht gestellt wurde, und Giers hat sich tatsächlich so geäußert, als sei das eine Art von Konzession. Das war es aber nur scheinbar; denn Deutschland dachte gar nicht an eine Aggressive gegen Frankreich, und andererseits war Deutschland durch den Zweibund von 1879 verpflichtet, Österreich in einem Defensivkriege gegen Rußland zu helfen. Daher mußte Bismarck darauf bestehen, daß hier für Deutschland ein Vorbehalt eingefügt würde: „ausgenommen den im Zweibund vorgesehenen Fall eines russischen Angriffes auf Österreich". Zu dem Zwecke mußte er nun freilich mit dem Inhalt des Vertrages von 1879 vor Schuwalow herausrücken. Daß er dazu genötigt sein würde, hatte er offenbar bereits vorhergesehen, und er hatte im Zusammenhang damit schon einige Tage zuvor (8. Mai) die Veröffentlichung des Traktates in Wien angeregt, mit der Begründung, daß das darüber bisher bewahrte Geheimnis Deutschland nur Nachteile gebracht habe, indem er auf die übertriebenen Vorstellungen hinwies, die ja darüber, zumal in Ungarn, verbreitet waren, und die immer noch teils aus Ungeschicklichkeit, teils aus Bosheit ausgebeutet würden, um an dem Bündnis zu rütteln und Verstimmung und Mißtrauen zwischen Deutschland und Österreich zu erregen, ebenso in Rußland, wo man dem Zweibunde den aggressiven Charakter eines auf Erwerb ausgehenden Verhältnisses beilege. Er gab der Meinung Ausdruck, daß das Bekanntwerden des Abkommens gerade auf die Erhaltung des Friedens mit Rußland, die doch dessen oberster Zweck sei, eine günstige Rückwirkung ausüben, nämlich hier die Neigung zur Störung der Ruhe verringern würde; damit verband er, um etwa aufkeimenden Argwohn in Wien zu ersticken, die Beteuerung, daß er die treue Beobachtung in erster Linie nicht nur als ein Gebot der Pflicht, sondern auch des Interesses Deutschlands betrachte; er sprach zugleich den Vorsatz aus, bei seinem Monarchen, da der nächste Kündigungstermin in den Herbst des Jahres fiel, die Fortdauer über den Oktober 1889 hinaus befürworten zu wollen.

Da die Verhandlung mit Schuwalow unverzügliche Eile mit sich brachte, konnte Bismarck den weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen mit Wien über

die Publikation des Vertrages von 1879 nicht abwarten; er mußte vor dem Botschafter mit ihm herausrücken. Natürlich hatte der Graf im allgemeinen von dessen Existenz Kenntnis; nur schrieb er ihm einen andern Inhalt zu, nämlich entsprechend den Erklärungen, wie Bismarck sie Ende 1876 bei seiner Option in der orientalischen Frage abgegeben hatte, „den einer territorialen Garantie, welche zu einem kriegerischen Beistande gegen einen Angriff Rußlands nicht von Hause aus verpflichtete“. Die größte Schwierigkeit bot also die Frage der Neutralität an und für sich, d. h. der erste Artikel, gerade infolge des deutsch-österreichischen Defensivvertrages; es würde hier zu weit führen, wenn wir das Spiel der Vorschläge und Gegenvorschläge, um über das Hindernis des Zweibundes hinwegzukommen in aller Breite erzählen wollten; ein sofortiges Ergebnis wurde noch nicht erzielt. Ziemlich leicht einigte man sich über die Fassung des zweiten Artikels, wo einige Ausdrücke geändert wurden; so wurde insonderheit die Rechtmäßigkeit nicht mehr (s. o. S. 690) eines „ausschließlichen“, sondern eines „vorwiegenden und entscheidenden Einflusses“ Rußlands in Bulgarien und Ostrumelien statuiert. Vereinbart wurde weiterhin ein besonderer Zusatzartikel als Annex zum dritten Artikel (betreffend den Verschluß der Meeresengen); in ihm brachte Schuwalow seine über Giers hinausgehenden Intentionen zur Geltung. Der neue „Annex“ lautete in Ausgestaltung des Entwurfs von Peter Schuwalow vom Januar (s. o. S. 671): „Im Falle, daß Se. Majestät, der Kaiser von Rußland, sich genötigt sehen würde, die Aufgabe auf sich selbst zu übernehmen, den Zugang zum Schwarzen Meere zu beschirmen (défendre), um die Interessen Rußlands zu schützen, so verpflichtet sich Deutschland, seine wohlwollende Neutralität und seinen moralischen und diplomatischen Beistand zu den Maßregeln zu bewilligen, welche S. M. für erforderlich erachten würde, um den Schlüssel zu seinem Reiche zu behaupten.“ Über die Tragweite dieser Bestimmung wird noch zu sprechen sein; für jetzt sei nur bemerkt, daß sie doch aus dem Rahmen herausfiel, den Giers für die Meerengenfrage im dritten Artikel seines Entwurfes abgesteckt hatte: es handelte sich jetzt nicht mehr nur um die grundsätzliche Zustimmung zur Sperrung der Dardanellen und des Bosporus gegen einen Angriff der englischen Flotte vom Mittelmeer her und eventuelle diplomatische Schritte aus diesem Anlaß bei der Pforte, sondern um die Erlaubnis für Rußland, sich, wenn nach dessen Ermessen der Notfall eintrat, zum mindesten des Nordausganges des Bosporus zur Anlegung von Befestigungen zu bemächtigen. Denn das barg sich ohne Zweifel hinter den gewundenen Phrasen des Annexprotokolls; es bedarf ja auch keiner näheren Erläuterungen, um einzusehen, daß die Besitzergreifung des Ausgangs zum Schwarzen Meer, d. h. eben mindestens der Öffnung des Bosporus nach Norden, die unbedingte Voraussetzung der Behauptung „des Schlüssels“ Rußlands und also indirekt in dieser mit einbegriffen war, — übrigens wissen wir ja, daß dies das geheimste Ziel des Ehrgeizes des Zaren war, in das Bismarck also jetzt einwilligte, wozu er von jeher bereit gewesen war, und wozu er sich auch schon im Januar bereit erklärt hatte. Als das Resultat der Besprechungen, die zwischen den beiden Staatsmännern am 11. Mai über den Entwurf gepflogen worden waren, den Schuwalow an eben diesem Tage eingereicht

hatte, legte dieser am 12. Mai ein „modifiziertes Projekt" vor, das die soeben erwähnten Abänderungen enthielt; es wurde von Bismarck gebilligt.

Damit war die mündliche Verhandlung noch keineswegs beendigt; aber weitere schriftliche Abmachungen wurden in den am 12. Mai festgestellten Text nicht mehr aufgenommen. Für den ersten Artikel schlug Bismarck noch eine vermittelnde Fassung vor. Dadurch wurde die Pflicht zur Neutralität negativ umschrieben; sie wurde nämlich für den Fall eines Angriffskrieges nicht nur Rußlands gegen Österreich, wie der Kanzler das wünschte, sondern auch Deutschlands gegen Frankreich ausgeschlossen, — diese Gegenseitigkeit mußte der Kanzler dem Partner zugestehen. Schriftlich formuliert wurde diese Einschränkung bezüglich des Angriffes Deutschlands gegen Frankreich allerdings noch nicht; aber es unterliegt keinem Zweifel, daß er sie bewilligt hat, und er hat sich später, als der Text endgültig formuliert wurde, ohne Einspruch damit einverstanden erklärt. Auch über die weitere Behandlung der Balkanfrage rühmte sich Schuwalow nachher in Petersburg von Bismarck Konzessionen erhalten zu haben; aber als er daraus Konsequenzen für die definitive Redaktion ziehen wollte, widersetzte sich jener (s. u. S. 703f.). Nach dem Berichte, den der Botschafter nachher in Petersburg erstattete, erbot sich der Kanzler damals außerdem noch zu einer Klausel, derzufolge Deutschland versprach, im Falle einer Wiederwahl des Prinzen von Battenberg seine Zustimmung zu dessen Rückkehr nach Bulgarien zu verweigern. Anscheinend sollte sie in den zweiten Artikel aufgenommen werden; da sie sich jedoch in dem modifizierten Entwurf vom 11./12. Mai nicht findet, machte Bismarck jenes Zugeständnis, das ihm schwerlich irgendwelche Überwindung kostete, erst nachher. Mit der Angabe, die also getroffenen Abmachungen persönlich beim Zaren vertreten zu wollen, reiste der Botschafter in der zweiten Hälfte des Mai abermals nach Petersburg. Nicht ohne Bedenken hatte Wilhelm I. zugestimmt; er hätte lieber das alte Verhältnis zu dreien fortgesetzt. In Rußland mußte die Annahme um so mehr gesichert erscheinen, als schon die telegraphische Mitteilung Schuwalows vom Entgegenkommen Bismarcks in der bulgarischen Regentenfrage hier den denkbar günstigsten Eindruck gemacht hatte. Giers geriet in eine „ganz andere Gemütsverfassung"; insonderheit freut er sich über die angekündigte deutsche Intervention durch Herbert Bismarck in London; wenn die Engländer guten Willen zeigten, so sagte er, dann werde er ihnen in der afghanischen Frage etwas entgegenkommen: „wir werden ihnen ein bißchen Sand an der Grenze geben". Noch hatte er sich allerdings von der Persönlichkeit des neuen Regenten und den näheren Umständen seiner Einsetzung kein klares Bild gemacht, — man dachte jetzt etwa an Aleko Pascha, den früheren Generalgouverneur von Ostrumelien, der mit einer türkischen Eskorte nach Sofia gehen sollte. Davon aber war der Minister überzeugt, „daß kein Widerstand zu gewärtigen ist, sobald die Übereinstimmung aller Mächte mit der von der suzeränen und souveränen Macht zu ergreifenden Initiative den Bulgaren deutlich vor die Augen geführt wird".

Auf die Rückkehr Schuwalows wartend, entledigte sich Bismarck mittlerweile zweier Aufgaben, einmal der soeben erwähnten Intervention in London, sodann der bereits in Wien eingeleiteten Einholung der Erlaubnis zur Publikation des Zwei-

bundvertrages von 1879. Durch seinen Sohn Herbert ließ er Ende Mai das russische Projekt unter dem Gesichtspunkte empfehlen, daß die dadurch geschaffene Situation zwar gleichfalls eine anormale sein würde, daß das aber auch der Fall bei der gegenwärtigen sei, die ebensowenig dem Berliner Vertrage entspreche, daß fernerhin die bulgarische Frage als eine solche der Eigenliebe dem Zaren mehr am Herzen liege, als die zentralasiatische, und daß er daher für Entgegenkommen in jener um so eher zu Zugeständnissen in dieser geneigt sein würde. Für die Störung des Friedens, das ließ er Salisbury vorstellen, gebe es einen westlichen Fokus, nämlich Frankreich; der lasse sich neutralisieren durch die jetzigen Rüstungen und Verbindungen Deutschlands; eben deshalb habe auch England von Frankreich nichts zu fürchten, weder bezüglich Ägyptens noch auch sonst. So bleibe nur der östliche Brennpunkt übrig, Bulgarien; aber auch dieser sei möglicherweise zu beseitigen, wenn man auf die Stimmung und den Herzenswunsch der entscheidenden Persönlichkeit, des Zaren, Rücksicht nehme; dann biete sogar „die bulgarische Frage eine wirksame Handhabe zur Ausgleichung der wichtigeren asiatischen Frage". Das waren Argumente, deren Gewicht der britische Premier dankbar anerkannte. Nachdem er sich mit der Königin verständigt hatte, erklärte er sich für die in Petersburg damals betriebene Kandidatur von Aleko Pascha, so daß es das Aussehen haben konnte, als gehe jetzt die bulgarische Angelegenheit langsam einer friedlichen Lösung entgegen.

Was die Verhandlung mit Österreich über die Bekanntgabe des Vertrags von 1879 anbelangte, so sah sich Bismarck zu einem einigermaßen verdeckten Spiel genötigt. Wir haben berichtet, wie er nicht umhin konnte, Schuwalow über jenen Traktat Aufschlüsse zu gewähren, noch ehe die erbetene Ermächtigung zur Publikation von Wien nach Berlin gelangen konnte. Erst am 11. Mai, am selben Tage, als sich Bismarck in Berlin mit Schuwalow besprach, meldete Reuß, Kaiser Franz Josef habe sie erteilt und dabei zugleich den Wunsch geäußert, daß bei der Veröffentlichung „das Hauptgewicht nicht bloß auf das Bestehen, sondern vielmehr auf das Fortbestehen desselben gelegt werde", indem betont würde, der Vertrag sei mit der Absicht geschlossen worden, „daß er überhaupt von Dauer sein solle". Jetzt zeigte es sich freilich, daß Bismarck die ganze Frage vorwiegend angeregt hatte, um das russische Kabinett orientieren zu können. Denn in seiner Antwort sprach er sich dahin aus, man müsse dabei alles vermeiden, was unnötige Sensation und Unruhe hervorrufen möchte, sondern einen Weg finden, der sich geschäftlich und ungezwungen von selbst ergebe, wofür die Negoziation mit Rußland bei dem bevorstehenden Ablauf des Dreikaiserbündnisses den schicklichsten Anlaß biete. Dabei verschwieg er freilich, daß er bereits mit Schuwalow über ein Sonderabkommen Transaktionen pflog, auch hinsichtlich der Tragweite des Zweibundes; er stellte sich vielmehr so, als halte er die Erneuerung des Dreikaiserbundes wenngleich für schwierig, so doch keineswegs für unmöglich, er würde in den Besprechungen darüber sich zu äußern ganz unverfängliche Gelegenheit haben und Schuwalow unauffällig nachweisen können, daß der deutsch-österreichische Defensivbund in Kraft bleibe, auch wenn das Dreikaiserverhältnis aufhöre. Er ließ Kalnoky wissen, Schuwalow befinde sich im Irrtum

über den Inhalt des Zweibundes, indem er glaube, daß sich dieser nur auf den territorialen Bestand der beiden Alliierten beziehe: „Wenn ich ihm aber den vollen Text unseres Abkommens, auch einstweilen nur vertraulich, mitteile, so würde er daraus ersehen, daß die Kombinationen, von denen er hofft, daß sie das Dreikaiserbündnis entbehrlich machen würde, nicht möglich sind,“ — man sieht, daß diese Darstellung nicht mehr dem augenblicklichen Stadium der deutsch-russischen Negoziation entsprach. Vor einer Mitteilung ex officio an unbeteiligte fremde Höfe warnte er dringend: sie würde „in ihrer unaufgeklärten Absichtlichkeit immer etwas erheblich Beunruhigendes haben, namentlich wegen der Spitze gegen Rußland, die in diesem Schritte gesucht und gefunden werden, und welche den Freunden des russisch-französischen Bündnisses in Rußland Ermutigung und Handhaben bieten würde“. Aus demselben Grunde lehnte er den Wunsch Franz Josefs ab, bei der Veröffentlichung den hauptsächlichsten Nachdruck auf den Fortbestand des Zweibundes zu legen: wenn man die Zukunft des durch Mißtrauen gegen Rußland entstandenen Bündnisses in den Vordergrund rücke, so kennzeichne man „dadurch dieses Mißtrauen öffentlich vor Europa als ein für alle Zukunft begründetes“; das gefährde jedoch den Frieden und schade der monarchischen Sache: „Ein als dauernd proklamierter Zustand des Mißtrauens zweier Kaiser gegen den dritten ist immer eine Ermutigung für die Feinde monarchischer Einrichtungen.“ Später, damit schloß er, werde sich leicht ein unauffälliger Anlaß ergeben, Italien und England vertraulich zu informieren; was die eigenen Untertanen anbelange, so werde sich der Weg gelegentlicher parlamentarischer Äußerungen in Antwort auf Interpellationen oder im Verlaufe der Beratungen empfehlen, da dadurch am wenigsten Aufsehen erregt und das Verhältnis zu Rußland getrübt werden würde. Franz Josef ließ sich überzeugen; er gestattete die Benachrichtigung des Petersburger Kabinetts, allerdings mit dem Vorbehalt, daß die Dauer des Vertrags den Russen nicht mitgeteilt, sondern ihnen nur gesagt werde, „daß derselbe auf eine Reihe von Jahren abgeschlossen sei“, — er war der Ansicht, es würde bei einer späteren Veröffentlichung auf parlamentarischem Wege „durch die Nichtpräzisierung der Dauer“ ein besserer Eindruck auf die Untertanen der beiderseitigen Reiche erzielt werden.

Es war nun einmal dem Kanzler nicht möglich, dem Alliierten reinen Wein über den Stand seiner Verhandlungen mit Rußland einzuschenken; denn man wollte in Petersburg nichts mehr von einer Heranziehung Österreichs wissen, obgleich dieses in letzter Stunde wieder größere Lust zur Teilnahme zeigte. Anfang Mai klopfte Kalnoky sowohl in Berlin als auch in Petersburg deshalb an. Am selben Tage, an dem die entscheidende Unterredung zwischen Bismarck und Schuwalow in Berlin stattfand, am 11. Mai, hatte der österreichische Botschafter Graf Wolkenstein ein Gespräch in Petersburg mit Herrn von Giers. Im Auftrage seiner Regierung eröffnete er diesem, sie wäre sehr gern bereit, die konservative Vertragspolitik mit Rußland fortzusetzen und zu dem Ende den in diesem Sommer ablaufenden geheimen Vertrag zu erneuern. Jetzt war es dazu zu spät. Zwar erklärte der russische Minister sich für seine Person dazu geneigt; doch habe, so fügte er hinzu, der Zar dagegen wegen der Aufregung, welche die Moskauer

Presse durch ihre Angriffe gegen das ihr (s. o. S. 673) verratene Dreikaiserbündnis erregt habe, und infolge des Lärms „bezüglich eines andern geheimen Vertrages“ (womit offenbar der Traktat von 1879 gemeint war) einige Bedenken; dem Geiste des Dreikaiserbündnisses werde Alexander jetzt und in Zukunft unbedingt treu bleiben, und zwar um so lieber, als er mehr wie je das feste Vertrauen zu Kaiser Franz Josef hege, daß dieser dieselbe Politik fortführen und Rußland nicht angreifen wolle. Natürlich war Bismarck nicht imstande, Kalnoky in das Geheimnis seiner Transaktionen mit Rußland einzuweihen; aber er ließ ihn nicht darüber im unklaren, daß die Hoffnung auf die Verlängerung des Abkommens von 1884 recht gering sei, sowohl wegen des Eindrucks der Vorgänge im ungarischen Reichstage, als auch deshalb, weil sich Schuwalow ihr widersetze und die Panslawisten eine Politik der freien Hand, ja sogar ein Bündnis mit Frankreich vorzögen; er riet geradezu von allzu angelegentlichen Bemühungen in Petersburg ab, da sie die Russen dazu verleiten könnten, „daß sie unsere Bedürftigkeit und die Fähigkeit, uns zu schaden oder zu drohen, erheblich überschätzen“. Daraufhin glaubte Kalnoky, von weiteren Vorschlägen absehen zu sollen; er legte indes immer noch Wert darauf, die vertragsmäßige Fühlung mit Rußland nicht zu verlieren. Gerade in Rücksicht auf das Streben der Panslawisten nach einer Politik der freien Hand, hielt er das für geboten, wie dünn das Band, das dadurch geknüpft würde, auch immer wäre, und er erachtete es noch wochenlang ganz und gar nicht für unmöglich, daß sich der Zar doch noch zur Verlängerung entschließen würde; er gab sich der Erwartung hin, daß Bismarck Gelegenheit haben würde, bei Schuwalow zu erkunden, ob nicht noch einige Aussicht darauf bestünde. Der Kanzler wußte ganz genau, daß das nicht der Fall war; aber das konnte er nicht rundheraus sagen, und so behandelte er die Angelegenheit zunächst als eine zwar sehr schwierige, immerhin noch offene Frage. Tatsächlich verschwand sie jetzt in der Versenkung, und Kalnoky selbst kam zuvörderst nicht mehr darauf zurück.

So wenig war das Verhältnis zu dreien wiederherzustellen, daß selbst das zu zweien noch keineswegs schon als völlig gesichert gelten durfte. Wieder saß Schuwalow in Petersburg, und wieder verstrichen Wochen, ehe sich der Schleier lüftete, der über das gelegt war, was sich dort mittlerweile abspielte. Dazu kam, daß von den Vogesen her im Frühjahr ein neues Gewitter aufzog, und daß neue russisch-französische Machinationen im Gange zu sein schienen, von denen man noch nicht wissen konnte, ob sie nicht einen Rückschlag auf die deutsch-russische Negoziation ausüben würden.

Zwar war das Ministerium Goblet in seiner Mehrheit friedlich gesinnt; aber die Treibereien Boulangers störten immer wieder die Ruhe. Im Februar verlautete, daß er sich mit der Absicht trage, sich mit einem Briefe direkt an den Zaren zu wenden; darauf reichte der Außenminister Flourens seine Demission ein; nahm sie indes auf Ersuchen des Präsidenten Grévy zurück. Zu neuen Zwistigkeiten kam es, als er bald darauf im Kabinett die Vorlage eines Kriegsleistungsgesetzes in Verbindung mit einer Probemobilmachung beantragte. Unter dem Vorsitz Grévys fand ein Ministerrat statt, der sich damit beschäftigte, und in dem es,

wie man hörte, ziemlich heftig zuging. Der Präsident der Republik sprach sich sehr energisch gegen Boulanger aus; alle übrigen Minister traten ihm bei, indem sie erklärten, der jetzige Augenblick sei für die an sich notwendige Aktion schlecht gewählt, da sie als Vorbereitung zum Kriege angesehen werden könnte. Um dieselbe Zeit ereignete sich ein ähnlicher Vorfall, der vielleicht mit dem soeben erzählten identisch ist und von dem Grévy selbst einige Monate später dem Grafen Münster Mitteilung machte. Als damals (s. o. S. 644) die deutschen Reservisten zu Übungen mit dem neuen Repetiergewehr einberufen wurden, wollte Boulanger mit der gleichen Maßregel und mit Mobilisation antworten. Er brachte das dazu erforderliche Dekret in den Ministerrat mit und verlangte vom Präsidenten die Unterzeichnung. „Ihr Vorschlag ist wahnsinnig, er bedeutet den Krieg,“ sagte ihm Grévy. Der General entgegnete: „Nun wohl, ich bin bereit.“ „Ebenso bereit,“ versetzte der andere, „wie seinerzeit Leboeuf; ich werde nicht einmal erlauben, daß das Projekt diskutiert wird.“ Boulanger drohte darauf mit seinem Abschiede; es wurde ihm erwidert: „Gut, tun Sie das.“ Seine Kollegen wären froh gewesen, wenn er seine Ankündigung wahr gemacht hätte; aber er hütete sich wohl; er war nachher ganz ruhig und unterwürfig, und es war vorauszusehen, daß er nicht anders als bei einer völligen Ministerkrisis zu beseitigen war. Inzwischen wurde unter seiner Ägide munter weiter gerüstet; er ließ in Deutschland, wie aus einer Reihe von Hochverratsprozessen erhellte, eine systematische Spionage betreiben; um so grotesker mußte es anmuten, wenn auf seinen Vorschlag hin Kammer und Senat ihrerseits im April ein Gesetz zur Abwehr der Spionage beschlossen.

In diese Situation hinein fiel die sogenannte „Schnäbele-Affäre“. In einem der erwähnten Prozesse war der französische Polizeikommissär Schnäbele in Pagny so stark belastet worden, daß der Befehl erteilt wurde, auf ihn zu fahnden und ihn zu verhaften, wenn man seiner habhaft würde. Wegen Grenzstreitigkeiten hatte nun Schnäbele am 20. April ein Rendezvous mit seinem deutschen Kollegen aus Ars an der Grenze verabredet; als er sich daselbst einstellte, wurde er, auf deutschem Boden, festgenommen. In Frankreich erregte das einen Sturm der Erbitterung, zumal da anfangs fälschlich verbreitet wurde, der Vorgang habe sich auf französischem Gebiete abgespielt. Am 23. April trat der Ministerrat in Paris zusammen; der Chef des Kabinetts, Goblet, hatte den Kopf ganz und gar verloren; er wollte Herbette von Berlin abberufen und auf den Rat von Boulanger Truppen an die Grenze werfen, sowie an Deutschland ein Ultimatum stellen. Aber Grévy und Flourens behielten die Oberhand; es wurde beschlossen, den Versuch zu machen, den Fall auf gütlichem Wege aus der Welt zu schaffen. Niemals stand der Krieg unmittelbarer vor der Türe als jetzt; nur widerwillig hatte selbst Goblet nachgegeben; zu Herbette, der nach Paris entboten wurde, sagte er, als die Sache ins reine gebracht worden war: „Der Zwischenfall ist erledigt. Gut! Aber es wäre vielleicht besser gewesen, diesen Querelen mit den Deutschen durch den Krieg ein Ende zu bereiten.“ Wenn sich Flourens scharfen Maßnahmen widersetzte, so stand er bereits unter dem Eindruck beschwichtigender Erklärungen aus Berlin; schon am 22. April hatte Bismarck ihn telegraphisch wissen lassen, es sei ihm nicht be-

kannt, unter welchen Modalitäten Schnäbele festgenommen worden wäre, und er würde unverzüglich in Freiheit gesetzt werden, wenn sich seine Unschuld ergebe. Diese wurde allerdings nicht festgestellt; die Untersuchung kompromittierte vielmehr sowohl ihn wie auch die französische Regierung in höchstem Maße; aber sie brachte doch zutage, daß er auf Einladung seines deutschen Kollegen sich eingefunden hatte und bei Gelegenheit einer amtlichen Konferenz über Grenzfragen ergriffen worden war; „dergleichen Konferenzen stehen," dahin kennzeichnete Bismarck sogleich von vornherein seinen Standpunkt, „in gleichem Verhältnis wie die Begegnungen mit feindlichen Parlamentärs und müssen freies Geleit sichern, sonst wird der amtliche Grenzverkehr unmöglich." Diese völkerrechtlich korrekte Betrachtungsweise sicherte von Anfang an die gütliche Beilegung der Affäre, und andererseits fühlte man sich in Paris doch durch die Enthüllungen über das französische Kundschafterwesen und sein Verhältnis zur Regierung, die bei dieser Gelegenheit erfolgten, sichtlich unangenehm berührt. Herbette schien, als ihm Herbert Bismarck auf dem Auswärtigen Amt diese Dinge zur Sprache brachte, kein Bedürfnis zu haben, das Thema eingehender zu behandeln; ziemlich kleinlaut begnügte er sich damit, die Bitte vorzutragen, Deutschland möge doch dazu beitragen, „diese kleine und an sich nicht wichtige Subalternaffäre" aus dem Wege zu räumen. Der Gefallen wurde ihm denn auch erwiesen; am 28. April wurde er offiziell davon benachrichtigt, daß der Kaiser aus den oben erwähnten völkerrechtlichen Gründen Schnäbeles Freilassung verfügt habe. Es war vor allem der Besonnenheit Grévys zuzuschreiben, daß der feindliche Zusammenstoß verhütet worden war, für den ja auch Goblet bereits durch Boulanger gewonnen worden war. Von dem Augenblick an, so berichtete der Präsident später dem Grafen Münster, sei er „entschlossen gewesen, das Kabinett Goblet, und vor allem Boulanger, zu beseitigen, habe es aber durch ein Votum der Kammer herbeiführen wollen, und das sei geglückt".

Immer dringender wurde das Bedürfnis für Grévy, sich Boulangers zu entledigen. Anfang Mai stellte dieser den Antrag im Ministerrate, bei der Kammer einen Kredit von 5 Millionen Franken für die Probemobilisation eines Armeekorps im Herbst verlangen zu dürfen. Flourens erhob dagegen den schärfsten Einspruch, drang aber damit nicht durch und mußte sich von Münster sagen lassen, käme diese Maßregel zur Ausführung, so würde Deutschland notwendig zu Gegenmaßregeln gezwungen sein, und wozu das führe, das brauche er ihm nicht erst weiter auszuführen. Jetzt wurde die Situation wieder kritisch. Zwar hofften Flourens und diejenigen seiner Kollegen, die zu ihm hielten, daß der Gesetzesentwurf in der Kammer fallen, und daß der Kriegsminister dann gehen würde. Aber diese Aussicht war doch sehr schwach; denn selbst wenn die Vorlage verworfen wurde, war anzunehmen, daß Boulanger in seinem Amte bleiben würde; tatsächlich wurde sie genehmigt. Da bot sich ein besserer Anlaß. Soeben wurde das Finanzgesetz für 1888 beraten; Rouvier stellte dabei den Antrag, die darin vorgeschlagenen Ersparnisse für ungenügend zu erklären. Mit mehr als Zweidrittelmehrheit wurde das am 17. Mai beschlossen, und schon nach der ersten Abstimmung reichte das Kabinett auf Grévys Betreiben hin seine Demission ein. Ge-

spannt beobachtete Bismarck den Verlauf der Ministerkrisis im Nachbarland; noch ehe sie akut wurde, befahl er, einen in Vorbereitung befindlichen Gesetzesentwurf gegen die französische Spionage, also ein deutsches „Gesetz Boulanger“, zurückzustellen und von einer Befragung des deutschen Kriegsministeriums über eventuelle Maßnahmen gegen die französische Probemobilisation Abstand zu nehmen; er wollte erst einmal abwarten, in welcher Weise sich die Neubildung des Pariser Kabinetts vollziehen würde. Sie nahm ziemlich lange Zeit in Anspruch; erst zum Ende des Monats wurde sie perfekt. Den Vorsitz übernahm Rouvier, der seinen Vorgänger gestürzt hatte; Boulanger wurde ausgeschifft, der friedliebende Flourens erhielt wieder das Auswärtige. Es konnte kein Zweifel darüber obwalten, daß er in dem früheren Geiste die französische Politik leiten würde; hatte er doch am Tage der Entlassung von Goblet öffentlich geäußert: „Er trete ungern, aber mit dem erhebenden Bewußtsein zurück, während seiner kurzen Amtszeit zweimal [im Februar und Ende April] verhindert zu haben, daß das Haar zerschnitten würde, an dem die friedlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich hingen.“

Mit dem Ausscheiden Boulangers trat eine augenscheinliche Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich ein; Bismarck verfehlte nicht, alsbald (Anfang Juni) seiner Genugtuung über die neue Wendung der Dinge in Paris Ausdruck zu verleihen und anzuzeigen, daß man in Deutschland auf die gesetzgeberischen Maßregeln zunächst verzichten wolle, die als Repressalien gegen die Boulangerschen Pläne bereits in Aussicht genommen worden waren. Er ließ Flourens wissen, „daß wir bemüht sein werden, dem neuen Ministerium die Führung der Geschäfte in der Hoffnung und Annahme zu erleichtern, daß dem völkerrechtswidrigen Treiben, wie es unter General Boulanger bestand, ein Ziel gesetzt werde“. Auch auf das Verhältnis zu Rußland konnte der Fall Boulangers nicht ohne Rückwirkung bleiben, und gerade in der letzten Zeit, im Laufe des Mai, waren die panslawistische Agitation und die russisch-französischen Verbrüderungstendenzen wieder einmal recht kräftig an der Arbeit gewesen. In Moskau und in St. Petersburg hatte Boulanger nicht nur viele begeisterte Bewunderer, sondern auch direkte Beziehungen mit einflußreichen und hochstehenden Persönlichkeiten, und Schweinitz glaubte Grund zur Annahme zu haben, daß man auch „in der Einsamkeit von Gatschina auf Boulanger Hoffnungen im Sinne einer Beseitigung der demokratischen Republik“ setzte und „an die Möglichkeit dachte, jener populäre Soldat könne sich in einen großen Gendarmen verwandeln, der alle in Frankreich lebenden Nihilisten ausliefern würde“. Allerdings jetzt gerade schien der Zar etwas energischer auftreten zu wollen. Einer der Hauptvertreter der russisch-französischen Ententeidee, der General Bogdanowitsch, der eine Schrift „L'alliance franco-russe“ verfaßt hatte, war soweit gegangen, während eines Aufenthaltes in Paris Verhandlungen mit französischen Politikern anzuknüpfen, die der Erreichung seiner Ziele dienen sollten; Alexander III., davon in Kenntnis gesetzt, verfügte darauf (am 30. Mai) ganz von selbst dessen Entlassung; sogar Giers erfuhr davon erst am nächsten Tage. Um dieselbe Zeit wurde Katkow von einem Schlaganfall getroffen, — noch am 11. Mai hatte er einen Aufsehen erregenden Artikel veröffentlicht, „daß

es so wie jetzt nicht länger gehen könne". Seine Erkrankung und sein mehrere Monate darauf erfolgter Tod war für seine Partei ein schwerer Verlust und versetzte sie in tiefe Bestürzung; er starb übrigens mit dem Eindruck, daß die von ihm betriebene Politik beim Zaren obgesiegt habe. Besondere Ursache zu Unruhe gab Ende Mai jedoch die Haltung des Barons von Mohrenheim, des russischen Botschafters in Paris. Durch Münster erfuhr Bismarck, daß sich dieser in der schwebenden Ministerkrisis nach Kräften darum bemühte, Boulanger im Amte zu halten; er konnte sich das nicht anders, als durch die Annahme erklären, daß Rußland den Krieg zwischen Frankreich und Deutschland wünschte, und beauftragte Schweinitz damit, Schritte an geeigneter Stelle dagegen zu tun. Der Botschafter benutzte seine gesellschaftlichen Verbindungen, um die Intrigen Mohrenheims dem Zaren zu Ohren zu bringen, und sprach amtlich mit Giers. Zwar desavouierte dieser die Politik Mohrenheims vollkommen; aber Schweinitz glaubte doch zu bemerken, daß Boulanger gewisse Sympathien aus Gründen, die wir vorhin bereits andeuteten, bis hoch hinauf genösse. Der Kanzler witterte Böses. Er war fest davon überzeugt, daß die russische Politik in der Boulangerfrage nicht ganz unzweideutig und ehrlich gewesen sei: „Wäre der Krieg zwischen uns und Frankreich für das amtliche Rußland wirklich unerwünscht? Er würde der russischen Politik analoge Freiheit der Bewegung gewähren, wie etwa ein deutsch-russischer oder deutsch-französischer der englischen Politik". Wenn man in Berlin auch nicht an der Aufrichtigkeit der platonischen Friedensliebe des Zaren an und für sich zweifelte, so erwog man doch, daß er in erster Linie russische Politik trieb, und daß er sich deshalb versucht fühlen konnte, einen deutsch-französischen Konflikt unter dem Gesichtspunkt einer willkommenen Handhabe zu betrachten, um mit wenigen Mitteln einen zwingenden Druck auf Deutschland auszuüben, und man rechnete als durchaus sicher damit, daß die Petersburger Regierung nicht minder als die Panslawisten einen Krieg solcher Art für wünschenswert halte und „trotz aller offiziellen Ausflüchte und Ableugnungen im geheimen für die Herstellung eines solchen hetze und arbeite". Noch am 10. Juni gab Herbert Bismarck dieser Ansicht in einem Erlaß an Schweinitz Ausdruck, und er ließ ihn drei Tage später noch abgehen, obgleich inzwischen die letzten Verhandlungen in Berlin selbst mit Schuwalow über den Rückversicherungsvertrag stattgefunden hatten. Das wirft ein grelles Schlaglicht auf die Empfindungen und die innere Skepsis, von denen die deutsche Politik in Wahrheit erfüllt war, als sie nunmehr endlich vor dem Abschlusse dieser so lange und so eifrig von ihr betriebenen diplomatischen Aktion stand.

Es kann bei diesen Vorgängen nicht wundernehmen, wenn Bismarck, zudem durch Schuwalows abermalige lange Abwesenheit beunruhigt, von wachsendem Verdruß und Argwohn ergriffen wurde. Die Schuld an der Verzögerung fiel nicht Giers zur Last. Wie er, wenn es nach ihm gegangen wäre, am liebsten den Dreikaiserbund erneuert hätte, so genügte ihm von Anfang an die möglichst unveränderte einfache Fassung der drei Artikel, wie sie am 11. und 12. Mai zwischen Bismarck und Schuwalow vereinbart worden war. Am 1. Juni sagte er zu Schweinitz: „Eigentlich könnte Schuwalow heute abreisen." Ungeduldig erwartete der Kanzler die Ankunft Schuwalows, indem er die ihm ärztlich gebotene

Entfernung von Berlin verschob, um mit diesem den Entwurf zu vollziehen. Am 11. Juni langte der Graf in der deutschen Reichshauptstadt wieder an; aber er überbrachte nicht die erhoffte Genehmigung, sondern schlug neue Abänderungen und Zusätze vor, die er, wie Giers einige Tage vorher dem deutschen Botschafter angedeutet hatte, „sei es aus übergroßer Vorsicht, sei es aus Eigenliebe", beim Zaren durchgesetzt hatte. Vor Schweinitz hatte er sich freilich so gestellt, als seien sie notwendig gewesen, um „das Mißtrauen in Gatschina zu bekämpfen, womöglich ganz und für immer zu beseitigen", und Giers hatte sich, wie das so oft der Fall war, schließlich dem von anderer Seite beeinflußten höheren Willen beugen müssen. Abgesehen von einigen sonstigen Wünschen bezüglich der Wahl gewisser Ausdrücke handelte es sich vornehmlich um die Forderung erhöhter Garantie gegen einen Zusammenstoß Rußlands und Österreichs auf dem Balkan. Es ward davon ausgegangen, daß ein Antasten der russischen Interessen daselbst einem direkten Angriff gegen Rußland gleichkommen würde: Bismarck müsse das um so mehr anerkennen, als er, wie Schuwalow inzwischen in Petersburg mitgeteilt hatte, diesem im Mai in Berlin die Zusage gegeben habe, „daß jeder Eingriff Österreichs ebenso, wie jedes Hindernis von dieser Seite hinsichtlich einer russischen Aktion, sei es in Bulgarien oder in Rumelien oder in Konstantinopel, niemals für Deutschland den in den geheimen Verträgen zwischen Berlin und Wien vorhergesehenen casus foederis bedeuten würde". Daran wurde nunmehr der Wunsch geknüpft, daß diese angebliche Zusicherung im Traktate förmlich festgelegt und mit der Klausel, betreffend die etwaige Rückkehr des Battenbergers nach Bulgarien (s. o. S. 694), die nicht recht in den Zusammenhang des zweiten Artikels passe, welchem sie ursprünglich einverleibt werden sollte, zu einem besonderen Annex zusammengefaßt werde. Ausdrücklich wies Giers, in der Instruktion, die er (am 6. Juni) dem im Aufbruch befindlichen Botschafter mitgab, diesen an, Bismarck nicht im Ungewissen darüber zu lassen, wie empfindlich der Zar gerade in diesen Punkten sei, und welchen Wert er auf sie lege —, Schweinitz deutete er freilich noch am selben Tage, wie wir bereits erfuhren, sehr unverkennbar an, daß die Neuerungen Schuwalows Werk waren. Diese gipfelten denn gegenüber dem Entwurf vom 11./12. Mai (abgesehen von denen im Hauptvertrag, gegen welche Bismarck nichts einzuwenden hatte) im Vorschlage einer „annexe complémentaire" zum zweiten Hauptartikel, und zwar des folgenden Wortlautes:

„Deutschland wird Rußland zur Wiederherstellung einer ordnungs- und rechtmäßigen Regierung in Bulgarien seinen Beistand leihen. Es verspricht, auf keinen Fall der Wiedereinsetzung des Prinzen von Battenberg zuzustimmen und wird, wenn dieser wiedergewählt werden sollte, seiner Rückkehr nach Bulgarien entgegentreten.

„Vom Wunsche beseelt, jeden Interessenkonflikt auf der Balkanhalbinsel zu verhüten, erkennt Rußland, in Übereinstimmung mit Deutschland, die Stellung an, die Österreich hier kraft des Berliner Vertrages erworben hat. Aber im Falle von Übergriffen darüber hinaus, würde Deutschland dem Wiener Kabinett mitteilen, daß es dann auf seine Rechnung und Gefahr handeln, und daß jede Hemmung einer russischen Aktion, sei es in Bulgarien oder in Rumelien

oder in Konstantinopel niemals den casus foederis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn bedeuten würde."

Damit nun mit der „Wiederherstellung der ordnungs- und rechtmäßigen Regierung in Bulgarien" der Anfang gemacht würde, erhielt Schuwalow (am 9. Juni), unmittelbar vor seiner Abreise, noch eine zweite Instruktion von Giers, eine gemeinsame Aktion mit Deutschland zustande zu bringen, der drei Gesichtspunkte zugrunde liegen sollten: einmal beim Sultan die Entfernung der bulgarischen Regentschaft zu erwirken, sodann einen provisorischen Regenten zu bestellen und endlich die übrigen Großmächte dazu zu bestimmen, daß sie diese Lösung der bulgarischen Frage als das einzige Mittel anerkennten, gesetzliche Zustände in Bulgarien wiederzuschaffen und eine allgemeine Entspannung herbeizuführen, wie sie in Aller Wunsche liege. Die Kandidatur Aleko Paschas wurde fallen gelassen und dafür die des Generals Ehrenroth, des einzigen Russen, dessen Verhalten früher bei den Bulgaren Sympathien erweckt hatte, mit dem Bemerken angekündigt, daß dieser bereits um die Annahme der Mission ersucht worden sei.

Mit solchen Anträgen langte Schuwalow in Berlin an. Am 11. Juni konferierte er darüber mit Herbert Bismarck; dieser verhehlte ihm seinen Argwohn nicht, daß er ihn für ihren Urheber hielt; er hatte den Eindruck, als hätte man es für die Beziehungen mit Rußland überhaupt nicht mehr „mit wirklichen Geschäftsleuten zu tun: Dem Wunsche, gewissermaßen ein Blankett für den eventuellen einzigen Regenten in Bulgarien zu unterzeichnen, würden wir ja sehr nachkommen; es heißt aber, se moquer du monde, wenn von uns verlangt wird, daß w i r die Beseitigung der jetzigen Regentschaft und die Anerkennung des zukünftigen Regenten h e r b e i z u f ü h r e n haben würden. Ich wüßte gar nicht, wie wir das anzufangen hätten: wir sind weder imstande, Gewalt gegen die Bulgaren anzuwenden, noch geneigt, eine drohende Haltung gegen andere Mächte einzunehmen, welche etwa den von uns bereitwilligst konzedierten russischen Regentschaftskandidaten nicht akzeptieren würden". Auf denselben Standpunkt stellte sich sein Vater. Er war zwar bereit, sich Ehrenroth gefallen zu lassen und, sobald erst eine förmliche Demarche Rußlands vorläge, allen Einfluß dafür einzusetzen, den die Mächte und die Pforte Deutschland einräumen wollten; allein er fügte hinzu: „Das Wort ist bei Rußland; wir können nicht die Initiative ergreifen; aber unser Beistand wird nicht fehlen." In die stärkste Entrüstung jedoch geriet er über die Zumutungen Rußlands, wie sie vornehmlich in der „annexe complémentaire" zum zweiten Artikel des projektierten Hauptvertrages niedergelegt waren. Einen Augenblick schwankte er, ob hinter ihnen nicht doch Giers selbst stecke, „der den Coup versucht, in letzter Stunde uns allerhand abzudrücken oder die Sache zum Scheitern zu bringen". Er war fest entschlossen, sie abzulehnen. War er schon der Ansicht, daß beim Entwurf vom 11./12. Mai der Hauptvorteil auf der russischen Seite liege, so wollte er auf keinen Fall internationale Verpflichtungen sich aufdrängen lassen, bei denen alles von der individuellen Auslegung der Tragweite einzelner Worte wie Übergriffe oder Eingriffe (empiètements) und Hemmnisse (entraves) abhänge. Auch das russische Verlangen, einer Rückkehr des Battenbergers entgegenzutreten (s'opposer), wurde von ihm abgelehnt, da es der

Deutung Raum geben konnte, als ob dafür nicht nur diplomatische, sondern auch militärische Mittel in Betracht kommen könnten. Alle die Bedenken, die bereits in seiner Brust schlummerten, wurden wachgerufen: „Der Wert, den wir auf das vertragsmäßige Verhältnis zu Rußland legen, wird wohl durch die Frage vermindert, ob der Kaiser von Rußland gegenüber der künstlich aufgeregten öffentlichen Meinung imstande ist, den Vertrag zu halten, wenn wir von Frankreich angegriffen werden. Nach der Macht, zu der die Presse in Rußland gelangt ist, kann man die Frage nicht mit unbedingter Sicherheit beantworten." Und schon glaubte er der Erwägung nähertreten zu müssen, „wenn unsere Beziehungen zu Rußland ins Freie fallen, ob wir unsere freundschaftlichen Beziehungen zu andern Mächten, die Pforte nicht ausgeschlossen, fester und enger gestalten wollen". Man darf daher annehmen, falls der Rückversicherungsvertrag nicht zustande gekommen wäre, daß mit dem Anschluß Deutschlands an die Mittelmeerverträge zwischen England, Italien und Österreich und deren spätere Erweiterung, den „Balkandreibund" vom Ende des Jahres 1887, vielleicht auch sogar mit einer Erstreckung des Dreibundes auf England zu rechnen war.

Dieses Mal kam indes der russisch-deutsche Sondervertrag glücklich unter Dach und Fach, da Rußland nachgab. Am 12. Juni fand die entscheidende Unterredung zwischen Bismarck und Schuwalow statt. Indem jener dem Botschafter seine Bereitwilligkeit aussprach, bei den andern Mächten für die Mission Ehrenroth einzutreten, sobald Rußland einen dahingehenden Vorschlag gemacht haben würde, weigerte er sich, allen weitergehenden Forderungen von Giers betreffend ein selbständiges aktuelles Vorgehen Deutschlands in der bulgarischen Frage „gewissermaßen als uneingestandene russische Agentur" Folge zu leisten. „Das Mißlingen der uns dabei gestellten ganz unausführbaren Aufgaben", so ließ er nach Petersburg im Hinblick auf seine Erfahrungen vom Berliner Kongreß wissen, „fällt dann unserer Verantwortung allein zu, und wir haben keinen andern Dank für unsere dienstfertige Hingebung, wie den, daß die deutschfeindliche Presse in Rußland sich über ungeschickte, unberufene oder gar unehrliche Einmischung Deutschlands in russische Geschäfte öffentlich beklagt. Um die russische Politik unterstützen zu können, ist es für uns notwendig, daß sie den Mut ihrer Meinung habe, dieselbe offen ausspreche und die Verantwortlichkeit dafür, insbesondere den Russen gegenüber, eventuell auch öffentlich übernehme." Noch schärferen Ausdruck verlieh er seinem Unwillen hinsichtlich des Vertrages; er sprach dem Grafen gegenüber die Befürchtung aus, „qu'il y avait anguille sous roche." Zwar den Zusatz zum ersten Artikel nahm er definitiv an, nachdem er darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die Frage, was ein Angriffskrieg sei, vertragsmäßig sich nicht definieren lasse; aber die „annexe complémentaire" zum zweiten Artikel wies er rundweg zurück. Er händigte dem Botschafter eine Abschrift des deutsch-österreichischen Vertrages von 1879 ein, allerdings dem Wunsche Franz Josefs gemäß mit Unterdrückung des Paragraphen über die Zeitdauer. Dabei verhehlte er sich keineswegs, „daß die aktenmäßige Überzeugung von dem Fortbestehen unserer Beziehungen zu Österreich der Pflege derer mit Rußland nicht förderlich sein werde"; aber er hielt es „für ein Gebot der Ehre und des Anstandes, in dieser Frage cartes

sur table zu spielen", und frug Schuwalow, „wieweit er auf unsere Vertragstreue Rußland gegenüber noch Vertrauen haben könnte, wenn wir uns durch ihn überreden ließen, den zwischen uns und Österreich zweifellos bestehenden Vertrag zu brechen oder doch seinen jüngsten Vorschlägen entsprechend zu ‚korrigieren'".

Man könnte es schon verstehen, wenn es gerade dieses Argument gewesen wäre, welches durchschlug. Jedenfalls wich Schuwalow vor der Energie zurück, die der Kanzler jetzt entfaltete. Am 13. Juni reichte er den Entwurf in der Fassung, wie sie nunmehr tatsächlich vereinbart wurde, und in welcher die für Deutschland anstößigen Stellen beseitigt waren, Bismarck zur Genehmigung ein; telegraphisch übermittelte er ihn unverzüglich nach Petersburg. Jetzt wurde es offenbar, daß Schuwalow allein der Vater aller Hindernisse gewesen war. Denn auf den Vortrag von Giers entschied der Zar am 15. Juni dahin, daß dem Abschlusse des Vertrages, wenn Fürst Bismarck keine anderen Einwendungen erhebe, als diejenigen, die er am 12. vor Schuwalow ausgesprochen hatte, nichts entgegenstehe. So konnte denn, wiederum ein Werk langer und heißer Bemühungen, die mehr als einmal bereits zu Erfolglosigkeit verurteilt schienen, auch dieses Abkommen unterzeichnet werden, — der berühmte deutsch-russische Rückversicherungsvertrag vom 18. Juni 1887. Er bestand aus sechs Artikeln und einem Zusatzprotokoll; nachdem wir im vorhergehenden gehört haben, wie seine einzelnen Bestimmungen nacheinander unter mannigfachen Kämpfen zustande kamen, teilen wir im folgenden seinen wesentlichen Inhalt in zusammenfassendem Überblick mit.

Obwohl der neue Traktat eine Sonderabmachung zwischen Deutschland und Rußland unter Ausschluß Österreichs war, bezeichnete er sich doch selbst als die Fortsetzung des früheren Dreikaiservertrages. Ausdrücklich ward im Eingang gesagt: Im Hinblick darauf, daß jetzt der geheime Vertrag und das geheime Protokoll, die von Deutschland, Rußland und Österreich-Ungarn 1881 unterschrieben und 1884 erneuert worden sind, im Begriffe stehen, abzulaufen, haben sich die kaiserlichen Höfe von Deutschland und Rußland entschlossen, das damals zwischen ihnen hergestellte Einvernehmen durch ein Sonderabkommen zu bekräftigen, um so den allgemeinen Frieden durch ein Einverständnis zu befestigen, das die Defensivstellung beider Staaten zu sichern bestimmt ist. Daher haben sie festgesetzt: Für den Fall, daß der eine von ihnen sich im Kriege mit einer andern Großmacht befindet, wird der andere wohlwollende Neutralität bewahren und seine Sorgfalt darauf richten, den Konflikt zu lokalisieren. Ist diese dritte Großmacht Österreich oder Frankreich, so soll diese Verpflichtung nur dann gelten, wenn es sich nicht um einen Angriffskrieg handelt (Art. I). — Deutschland erkennt die geschichtlich erworbenen Rechte Rußlands auf der Balkanhalbinsel an und insonderheit die Rechtmäßigkeit seines überwiegenden und entscheidenden Einflusses in Bulgarien und Ostrumelien. Auf der genannten Halbinsel darf keine Veränderung des territorialen status quo ohne vorherige Vereinbarung zwischen beiden erfolgen, und sie werden sich jedem Versuche widersetzen, eine solche ohne ihre Zustimmung herbeizuführen (Art. II). — Beide Höfe erkennen den europäischen und wechselseitig verpflichtenden Charakter des Grundsatzes der Schließung der Meeresengen des Bosporus und der Dardanellen an, der sich stützt auf das Völkerrecht

und bekräftigt ist durch die Verträge, sowie festgelegt ist durch die Erklärung des russischen Vertreters auf dem Berliner Kongreß. Sie werden gemeinsam darüber wachen, daß die Türkei keine Ausnahme von dieser Regel zugunsten der Interessen irgendeiner Regierung dadurch macht, daß sie denjenigen Teil ihres Reichs, den die Meeresengen bilden, für die kriegerischen Operationen einer kriegführenden Macht hergibt. Im Falle einer Verletzung, oder um sie zu verhüten, wenn sie vorherzusehen ist, werden beide Höfe die Türkei benachrichtigen, daß sie dieselbe dann als im Zustande des Krieges mit der dadurch geschädigten Partei befindlich und als verlustig der Wohltaten der Sicherheit betrachten würden, die ihr durch den Berliner Vertrag hinsichtlich ihres territorialen status quo gewährt worden sind (Art. III). — Die Dauer des Vertrages wird auf drei Jahre festgesetzt (Art. IV). — Inhalt und Existenz des Vertrages und des ihm beigefügten Zusatzprotokolls sind geheimzuhalten (Art. V). — Spätestens binnen 14 Tagen sind die Ratifikationen auszutauschen. — Das „ganz geheime Zusatzprotokoll" gab sich als eine Ergänzung zum zweiten und dritten Artikel und bestand aus drei Punkten: 1. Deutschland wird, wie bisher (comme par le passé; auf der Einfügung dieser Worte hatte Bismarck bestanden, damit nicht der Anschein erweckt würde, als sollten dadurch Deutschland neue Lasten auferlegt werden), Rußland seinen Beistand leisten, um in Bulgarien eine ordnungsmäßige und gesetzliche Regierung wiederherzustellen; es verspricht, in keinem Falle seine Zustimmung zur Wiedereinsetzung des Prinzen von Battenberg zu erteilen. 2. Falls S. M. der Kaiser von Rußland sich in die Notwendigkeit versetzt sehen sollte, selbst die Aufgabe zu übernehmen, den Zugang zum Schwarzen Meere zu schützen, um die Interessen Rußlands zu wahren, so verpflichtet sich Deutschland, seine wohlwollende Neutralität und seinen moralischen und diplomatischen Beistand für die Maßnahmen zu gewähren, die Seine Majestät für erforderlich erachten würde, um den Schlüssel seines Reiches in der Hand zu behalten (garder). 3. Dieses Protokoll bildet einen wesentlichen Bestandteil des vorhergehenden Vertrages und hat dieselbe Kraft und Geltung.

Ein Notbehelf war der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag vom 18. Juni 1887, und es kann nicht die Rede davon sein, daß ihm, wie später gesagt worden ist, der ganze Dreibund in corpore, wenn nur Rußland dazu bereit gewesen wäre, ohne weiteres hätte beitreten können. Wenn es sich nur um den ersten Artikel gehandelt hätte, insofern er die deutsche Rückversicherung i. e. S. statuierte, so wäre das schon möglich gewesen; auch der dritte war ja bereits im Dreikaisertraktat von 1881/84 vorhanden. Aber es gab genug der Bestimmungen, die für die Donaumonarchie schlechthin unannehmbar waren, — die unbedingte Zuweisung Bulgariens und Ostrumeliens in die russische Machtsphäre, wogegen man sich in Wien jederzeit gewehrt hatte, und gar die Zugeständnisse betreffend den „Schlüssel" zum Schwarzen Meer, d. h. zur russischen Besitznahme des nördlichen Ausgangs des Bosporus, die so, wie die Dinge damals lagen, selbstverständlich nicht nur im Falle eines russisch-englischen Krieges, nämlich eines britischen Versuches, die Meeresstraßen zu forcieren, praktisch werden konnte, — an sich war es denkbar, daß der Zar dieses letzte Ziel seines Ehrgeizes auch durch

eine günstige internationale Konjunktur gelegentlich zu erreichen vermochte. Niemals hätte sich Österreich zu jener Zeit damit einverstanden erklärt, Konstantinopel in die Gewalt der Russen geraten zu lassen. Nun erst gar England! Und alle diese Konzessionen machte derselbe Bismarck, der die Mittelmeerkonventionen Englands, Italiens und Österreichs vermittelte, der, um Österreich zur Teilnahme daran zu bewegen, dieses ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht hatte, daß darin auch das Schwarze Meer einbegriffen sei. So viel ist natürlich gewiß, wenn es je zu einem englisch-österreichisch-italienischen Kriege gegen Rußland kam oder auch zu einem solchen zwischen Österreich und Rußland allein, und wenn dabei Österreichs Existenz und Großmachtstellung bedroht wurden, daß dann Bismarck die habsburgische Monarchie nie fallen gelassen hätte. Niemals hätte er dem Geiste des Zweibundes zuwidergehandelt, — aber vertrug sich damit der Rückversicherungsvertrag überhaupt? Schwerlich hat sich der Kanzler darüber Illusionen gemacht, für ihn kam lediglich der nächste Zweck in Betracht, Rußland von Frankreich fernzuhalten und den Frieden Europas dadurch gegen die Gefahren zu sichern, denen er von dieser Seite ausgesetzt war. Unumwunden hat er damals und auch später selbst immer wieder betont, er habe die englisch-österreichisch-italienische Mittelmeergemeinschaft deshalb gestiftet, um Österreich freie Hand und Rückhalt bei anderen Mächten für solche Orientkonflikte zu schaffen, in denen Deutschland in Rücksicht auf sein Verhältnis zu Rußland und mangels eigenen Interesses nicht selbst miteingreifen könne und sich darauf beschränken müsse, Frankreich im Zaum zu halten. Wir wissen ja, wie skeptisch er sogar über den Wert des neuen Abkommens für den Fall eines deutsch-französischen Krieges dachte, indem er daran zweifelte, ob der Zar es wirklich gegen die Stimmung in Rußland würde einhalten können. Aber eine schwache Barriere schien ihm immer noch besser als gar keine, und er glaubte, nichts unterlassen zu dürfen, was die Garantien des Friedens einigermaßen zu verstärken imstande war. Und Rußland hatte ihm den Abschluß so sehr erschwert, indem es den zwischen ihm und Peter Schuwalow zuerst vereinbarten Entwurf nicht glatt akzeptierte, vielmehr unter dem Einflusse von dessen Bruder Paul und gegen Giers ihm Bedingungen aufzunötigen versuchte, die abzuwehren, alle seine Energie erforderte, — da galt wieder einmal der Satz: „à corsaire corsaire et demi!“ Wie groß das gegenseitige Mißtrauen bei den beiden Unterhändlern war, das beweist ein Vorfall, der sich noch bei der Unterzeichnung ereignete. Auf russischer Seite, auch beim Zaren, bestand der Wunsch, daß die Dauer des Vertrages auf fünf Jahre erstreckt würde, und auf dieser Basis war zunächst verhandelt worden. Als Bismarck und Schuwalow nun zur Unterzeichnung schritten, frug dieser, ob Deutschland drei oder fünf Jahre wünsche; er bemerkte dabei, daß Rußland zu fünf Jahren bereit gewesen wäre, wenn Deutschland alle Zugeständnisse gemacht hätte, die jenes verlangte. Der Kanzler wollte sich nicht in dem Falle zu mehr erbieten, als Schuwalow, weil er fürchtete, daß dieser dann das deutsche Vertragsbedürfnis überschätzen würde; daher erwiderte er: Auch er würde die längere Frist vorgezogen haben, wenn früher und einfacher abgeschlossen worden wäre; das lange Zögern gebe ihm jedoch zu denken; an sich sei für ihn beides annehmbar; aber wenn er die Entscheidung treffen solle,

so würde er eben deshalb drei Jahre vorziehen. Es leiteten ihn dabei allerdings noch besondere Motive, die er fünfviertel Jahre später folgendermaßen zum Ausdruck brachte:

„Rußland, wenigstens der Kaiser und seine Regierung [d. h. Giers], wollten ursprünglich auf fünf Jahre mit uns abschließen, und der Termin von nur drei Jahren ist lediglich durch schlecht berechnete Finasserien des Grafen Schuwalow zur Annahme gekommen. Derselbe hatte geglaubt, ich würde auf fünf Jahre so hohen Wert legen, daß er dafür besondere, in seiner Instruktion nicht verlangte Konzessionen von uns würde herausdrücken können, während ich umgekehrt für dieses, mit unsern österreichisch-italienischen Verpflichtungen konkurrierende, und unter gewissen Konstellationen deshalb schwierige Verhältnis eine längere Dauer als drei Jahre von Hause aus nicht erstrebte; ich wollte lieber die Möglichkeit der Verlängerung vorbehalten, bis man besser als damals die Zukunft übersehen konnte. Für uns kam es im Frühjahr 1887 in erster Linie darauf an, für den Fall eines französischen Angriffs der russischen Neutralität versichert zu sein; die Wahrscheinlichkeit, von Frankreich angegriffen zu werden, lag uns damals, wo Boulanger sich noch in aufsteigender Bewegung befand, näher als heut."

Bündiger und schlüssiger kann der Beweis dafür, daß es sich beim Rückversicherungsvertrag lediglich um einen aktuellen Notbehelf in Rücksicht auf die auch Ende Mai und Anfang Juni noch nicht geklärte (und auch als sie das vorderhand erscheinen konnte, war sie es keineswegs bei weitem bereits endgültig) Lage gegenüber Frankreich handelte, nicht gegeben werden, als durch dieses Bekenntnis, das er Kaiser Wilhelm II. einige Wochen nach dessen Regierungsantritt ablegte. Daran prallen alle Versuche ab, den Rückversicherungsvertrag gleichsam als eine starre und unveränderliche Norm der deutschen Politik für alle Zukunft hinstellen zu wollen, die von diesem Zeitpunkte an unverrückt hätte in Geltung bleiben müssen. Dem tut es keinen Eintrag, wenn Bismarck drei Jahre später zur Erneuerung bereit war; das würde nur besagen, daß er die Situation damals noch als dieselbe ansah, wie im Jahre 1887, und man darf nicht außer acht lassen, daß er noch vor 1890, wie wir hören werden, Salisbury den Vorschlag eines deutsch-englischen Bündnisses vor aller Öffentlichkeit machte, womit eine Verlängerung des Traktates vom 18. Juni 1887 schlechterdings unvereinbar gewesen wäre. In Rußland empfand man die Erstreckung des Ablauftermines auf nur drei Jahre nicht ganz angenehm; aber es überwog die Befriedigung darüber, daß der Abschluß überhaupt glücklich erreicht worden war. In diesem Sinne äußerte sich Giers, als ihm der russische Botschaftssekretär, Baron v. Budberg, das vom Grafen Herbert als Staatssekretär des Auswärtigen unterzeichnete Instrument überbrachte; er erklärte sich die wider sein Erwarten kürzere Befristung aus dem Wunsche Wilhelms I., dann um so baldiger wieder einen Vertrag zu dreien, d. h. mit Österreich, zustande kommen zu sehen, und Bismarck gab gefällig die Weisung, ihn bei diesem Glauben zu lassen. Ebenso, wie sein Minister, dachte der Zar. Er war über das gute Endresultat höchst erfreut, und es blieb in ihm „kein Gefühl der Enttäuschung oder unbefriedigter Erwartung zurück", nur daß er eben die längere Dauer er-

wartet hatte und „nur ungern“ in die, wie er meinte, von Deutschland vorgeschlagene Beschränkung auf drei Jahre willigte, — war doch seine tiefste Sehnsucht erfüllt, die Zustimmung Deutschlands zu einer eventuellen Besetzung des Ausgangs vom Mittelmeer nach dem Schwarzen Meer durch Rußland. Und Giers war um so froher gestimmt, als er glaubte, seines Herrschers jetzt sicher zu sein und ihn dem Einflusse Katkows und dessen Kreises entrückt zu haben. Er und Schweinitz gaben sich nunmehr der Hoffnung hin, „den Zauber des publizistischen Pseudopatriotismus gebrochen und die Intrigen der freiwilligen Diplomaten beseitigt zu sehen, weil der Kaiser seiner Macht mehr bewußt geworden sei und erkannt habe, daß es nur Phantome waren, die opponierten und sich den Anschein gaben, die Gefühle und die Wünsche der Nation auszudrücken: afflavit et dissipati sunt“.

Mit diesem Hochgefühle des Triumphes vertrug sich nun freilich sehr schlecht das tiefe Geheimnis, in das man in St. Petersburg das Abkommen einzuhüllen begehrte. Nur drei bis vier Personen wurden hier eingeweiht, die wegen ihrer amtlichen Stellung nicht zu umgehen waren, so der Kanzleidirektor im Außenministerium, der Fürst Obolenski, nicht Jomini und alle weniger zuverlässigen Elemente, auch nicht die Botschafter in Paris und London, die Barone Mohrenheim und Stael; ihnen wurde nur bedeutet, daß die deutsch-russischen Beziehungen nach wie vor die besten seien. In Berlin war man damit völlig einverstanden, man fürchtete hier — ein Zeichen eines doch nicht ganz reinen Gewissens — insonderheit Indiskretionen in Wien. Als Schweinitz meldete, Giers sei der Ansicht, daß der russische Botschafter daselbst, Lobanow, der immer für die Entente zu dreien eingetreten sei, informiert werden müsse, schon damit er wisse, „daß durch die Nichterneuerung des alten Abkommens und durch den Abschluß des neuen nichts an dem Verhältnisse Rußlands zur habsburgischen Monarchie geändert werde“, glossierte Herbert Bismarck das mit den Worten: „Der wird es in Wien erzählen. Mitteilung ist wider die geheime Klausel.“ Immerhin hielt es Giers für unerläßlich, Lobanow wenigstens von der Tatsache zu unterrichten, daß ein Vertrag zu zweien geschlossen worden sei, ohne daß ihm von den Einzelheiten und noch viel weniger von dem „erzgeheimen“ Zusatzprotokoll Kenntnis gegeben wurde, lediglich damit er nicht etwa aus Unwissenheit irgendwelche Verwirrung anrichte; der Kanzler bemerkte dazu: „das genügt!“ Er gab nach Wien kein Sterbenswörtchen vom neuen Vertrag zu hören; er beschränkte sich darauf, durch Reuß mitteilen zu lassen, daß alle Versuche einer Erneuerung zu dreien am Mangel des Vertrauens des Zaren zur ungarischen Richtung in der österreichischen Regierung und unter dem Eindruck des Widerwillens der öffentlichen Meinung in Rußland gegen das Dreikaiserbündnis gescheitert seien, daß es ihm selber daher nicht „indiziert erscheine“, noch weiter darauf zurückzukommen, da sonst bei den Russen der Wahn entstehen könnte, als seien die Mittelmächte besorgter und friedensbedürftiger als sie selber. Es wäre für diese geraten, so stellte er Kalnoky vor, sich gegen Rußland auch weiter so zu verhalten, wie wenn der Dreikaiserbund noch bestünde, falls nicht etwa Rußland es unternehme, im Zweibunde Zwietracht zu säen, und er warnte dringend davor, Empfindlichkeit und Enttäuschung darüber

merken zu lassen, daß Rußland das bisherige Verhältnis nicht fortzusetzen gewillt sei; er ging sogar so weit, in Aussicht zu stellen, daß er bei einer etwaigen Begegnung zwischen Wilhelm I. und Alexander III. sich bemühen wolle, diesen umzustimmen. Kalnoky hatte nie große Hoffnung gehabt, daß es Giers gegen Katkow und Pobjedonoszew gelingen würde, den Zaren für die Fortdauer zu gewinnen. Aber er war doch „wenig erfreut“, daß alle Anstrengungen vergeblich gewesen waren, und erklärte, sowohl Franz Josef wie auch er selbst würden es „mit Freuden begrüßen“, wenn Bismarck doch noch beim Zaren bei der eventuellen Zusammenkunft einen Wandel der Gesinnung bewirken könnte; immerhin tröstete er sich mit der Erwägung, daß ja nunmehr mit allen anderen Bestimmungen der Verträge von 1881/84 auch der für Rußland wichtigste Punkt hinfällig geworden sei, „nämlich die Zusagen über die Meerengenfrage“: wenn er gewußt hätte, daß Deutschland eben diese jetzt einseitig noch verstärkt hatte? Im übrigen besorgte der Kanzler nicht, daß Franz Josef irgendwelchen Argwohn hegte, und selbst, wenn dem so wäre, erachtete er die Basis der deutsch-österreichischen Beziehungen doch für viel zu breit und fest, als daß sie „durch vorübergehende Soupçons“ umgeworfen werden könnten. Im August sollte eine Entrevue Wilhelms I. mit Franz Josef in Gastein stattfinden; Bismarck schärfte seinem Herrscher ein, dabei keine Andeutung über den neuen Traktat zu machen, indem er nochmals ausdrücklich dessen Charakter als eines provisorischen Notbehelfes betonte:

„Der Haupteffekt unseres deutsch-russischen Vertrages bleibt für uns immer der, daß wir drei Jahre hindurch die Zusicherung haben, daß Rußland neutral bleibt, — wenn wir von Frankreich angegriffen werden. Einen Angriff Frankreichs auf Deutschland infolge innerer französischer Zustände und Vorgänge halte ich nach wie vor für die nächstliegende Wahrscheinlichkeit einer Friedensstörung in Europa; viel wahrscheinlicher als die eines russischen Orientkrieges.“

In der Tat trafen sich die beiden Monarchen in Gastein, und als Franz Josef daselbst bedauerte, daß sich Rußland vom Dreikaiserbunde zurückgezogen habe, sagte Wilhelm I. nichts vom Rückversicherungsvertrage. Bismarck erzählte das dem Grafen Paul Schuwalow und fügte hinzu: „Ich werde es ebenso machen, wenn ich Kalnoky sehe.“

Mit der Gefahr eines deutsch-französischen Krieges, die immer noch näher liege als die eines russischen Krieges im Orient, hatte Bismarck vor seinem alten Herrn bald nach dem Abschlusse des Rückversicherungsvertrages dessen Entstehung begründet, und tatsächlich hatten Besorgnisse in dieser Richtung den Ausschlag dafür gegeben, daß er das innere Widerstreben und die Skepsis, deren er der im Gange befindlichen diplomatischen Verhandlung gegenüber sich selbst nicht ganz zu erwehren vermochte, schließlich überwand, — noch die Treibereien Mohrenheims während der Pariser Ministerkrisis zugunsten Boulangers hatten in solchem Sinne gewirkt. Aber gerade jetzt, als die Negoziation in ihr letztes und entscheidendes Stadium trat, erfolgte die neue Kabinettsbildung in Paris, und zwar unter Ausschiffung von Boulanger, in unzweifelhaft friedfertiger Tendenz. Und diese schien sich in Paris jetzt immer mehr festigen zu wollen, allerdings indem

zugleich neue Hoffnungen auf ein deutsch-französisches Zusammengehen in kolonialpolitischen Angelegenheiten genährt und an Deutschland entsprechende Forderungen, vor allem in der ägyptischen Frage, gestellt wurden. Es verstand sich von selbst, daß man sich in Berlin nicht noch hierin mit einem doppelten Spiele belasten wollte, und so erfuhr denn Herbette, als er (am 7. Juni) diese Dinge vor Herbert Bismarck zur Sprache brachte, eine etwas barsche Abweisung. Zwar machte er mit ziemlichem Nachdruck geltend, welche Befriedigung der Regierungswechsel in seinem Vaterlande doch in Deutschland erwecken, und daß doch auch Frankreich selbst einen gewissen Vorteil haben müsse, eben durch die deutsche Unterstützung auf diesem Gebiete; aber der Staatssekretär ließ ihn darüber nicht in Zweifel, daß Deutschland es England ganz überlassen wolle, sich betreffend Ägypten mit dem Sultan auseinanderzusetzen und sich hier nach Belieben einzurichten. Er erinnerte den Botschafter an alle die guten Dienste, die Deutschland den Franzosen in Tunis, Tongking, Madagaskar und zum Ausgange des chinesischen Krieges geleistet habe, in der Erwartung, sie würden schließlich einsehen, daß sie größere Interessen auf der Welt hätten als die Wiedereroberung des Elsasses, und daß bei deren Verfolgung die deutsche Unterstützung ihnen von Nutzen sein könnte: dafür hätte man jedoch keinerlei Dank oder Anerkennung geerntet; niemals sei die französische öffentliche Meinung und Presse mit so bitterer Feindseligkeit gegen Deutschland aufgetreten als während der letzten zwölf Monate; bei so vergeblicher Liebesmühe Deutschlands habe es sich Frankreich jetzt selber zuzuschreiben, wenn jenes den Anregungen Herbettes einer antienglischen Haltung in Ägypten nicht Folge leiste. Der Kanzler billigte diese Ausführungen seines Sohnes durchaus: „Wir können," so resolvierte er sich, „in Frankreich das Maß von Wohlwollen nie gewinnen, welches für Verstimmung mit England Ersatz bieten könnte."

Trotzdem gab Herbette, und er erklärte das offen vor Herbert Bismarck, „die Hoffnung noch nicht auf, daß wir in der weitaussehenden ägyptischen Frage uns schließlich mit Deutschland verständigen können". Nach Möglichkeit suchte er die deutschen Besorgnisse zu zerstreuen: Die Mehrheit des französischen Volkes werde falsch beurteilt, sie sei die friedliebendste der Welt; man lege zuviel Gewicht auf die Presse, die einen ganz geringen Leserkreis und Einfluß besitze, der es hauptsächlich um Sensation, ihr Geschäft und um Angriffe gegen die gegenwärtige Regierung zu tun sei, und für deren Haltung diese nicht verantwortlich gemacht werden dürfe. In Paris wurde ihm eifrig sekundiert. Grévy floß im Laufe des Juni und Juli vor Münster über von Beteuerungen der Friedensliebe Frankreichs und seiner Abneigung gegen ein Bündnis mit Rußland. Er gab nicht nur seiner Verachtung und selbst seinem Abscheu gegen „dieses Vieh von Demagogengeneral", nämlich Boulanger, ungeschminkten Ausdruck; er weihte den deutschen Botschafter auch in alle Intrigen des früheren Kriegsministers und die intimen Vorgänge bei dessen Entlassung ein. Offenherzig sprach er sich über die verfahrenen Zustände im Innern aus; bitter kritisierte er das Listenskrutinium als „ein unglückliches Vermächtnis von Gambetta", dessen Abschaffung er erstrebe, sogar das allgemeine Stimmrecht, indem er es als seinen Wunsch bezeichnete, das preußische Wahlrecht in Frankreich einzuführen. Solange er Präsident sei, versicherte er, werde Frankreich

nicht Deutschland angreifen, wie er auch von deutscher Seite keiner Störung der Ruhe gewärtig sei. Auch er beklagte die Tonart der französischen Presse und führte sie zurück auf die Einwirkungen der slawischen Partei und ihrer Rubel. Rußland sei, so schloß er, der gefährlichste Herd für Europa, sowohl wegen der inneren wie auch der orientalischen Verhältnisse; er jedoch sei fest gewillt, wenn es auf dem Balkan in Konflikt mit Deutschland und Österreich gerate, Frankreich neutral zu halten; obgleich man hier im Falle eines Krieges mit Deutschland auf russische Hilfe rechne, so glaube er doch nicht daran, und er halte eine französisch-russische Offensiv- und Defensivallianz für den größten Fehler, da er überzeugt sei, daß Rußland im entscheidenden Augenblicke Frankreich im Stiche lassen würde. Das klang ja sehr beruhigend, und Münster hatte den Eindruck, daß das auch des Präsidenten wirkliche Meinung war. Wenngleich sich Bismarck zwar dadurch nicht aus den Bahnen seiner großen Politik herausbringen ließ, so vermied er es doch tunlichst, der Pariser Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Eben damals spielten sich wieder verschiedene Ereignisse ab, die Unfrieden zu säen geeignet waren. Durch einen Prozeß vor dem Leipziger Reichsgericht wurde gerade das gesamte französische Spionagesystem aufgedeckt, einige krasse Fälle von Deutschenhetze waren vorgekommen, die im Mai beschlossene Probemobilisation stand bevor. Der Kanzler gab den Befehl, von Beschwerden und Repressalien abzusehen; es genügte ihm, diese Dinge freundschaftlich in Paris zur Sprache bringen zu lassen.

Die Wolken im Westen schienen zerstreut, und im Osten besorgte sich ja der Kanzler ohnehin weniger eines Krieges. Die Wogen hatten sich geglättet; aber es war die Stille vor dem Sturm. Gerade im Orient zog ein neues Gewitter auf, und da mußte immerhin damit gerechnet werden, daß es auch jenseits der Vogesen abermals losgehen könnte.

Achtundzwanzigstes Kapitel.

Die Wahl Ferdinands von Koburg in Bulgarien und die Hochspannung in Europa.

1887/88.

Eben deshalb, weil sie sich in der Balkanfrage, zumal was Bulgarien anbelangte, so gänzlich isoliert erblickten, weil sie das Bedürfnis fühlten, den deutschen Einfluß in Konstantinopel wieder zu ihren Gunsten wirksam zu sehen, hatten sich die Russen nach langem Sträuben dazu entschlossen, auf den Gedanken der Entente zu zweien einzugehen; das war für sie der wahre Antrieb für die Entstehung des Rückversicherungsvertrages gewesen, und in allen Phasen seines Zustandekommens, vom April bis zum Juni 1887, hatte sich mit ihm die Verhandlung darüber verknüpft, wie die einheimische Regentschaft in Sofia durch einen Vertrauensmann des Zaren zu verdrängen sei. Nachdem er am 18. Juni endlich unterzeichnet worden war, blieb noch diese zweite Frage zu regeln übrig. Sie befand sich in dem Stadium, daß Rußland an Stelle von Aleko Pascha, der bereits durch Salisbury akzeptiert worden war, den finnischen General Ehrenroth vorgeschlagen, daß Bismarck sich mit dieser Kandidatur einverstanden und sie bei den übrigen Mächten zu unterstützen für den Fall sich bereit erklärt hatte, daß man in Petersburg die Initiative dazu ergreife. Es kam nun darauf an, welchen Fortgang diese Aktion nehmen, und insonderheit, ob sich die Hoffnungen erfüllen würden, die man in St. Petersburg in dieser Hinsicht auf den neuen Traktat setzte.

Auf die Wünsche der Bulgaren selbst hatte Giers bei den Plänen, die er in dieser Richtung spann, natürlich keine Rücksicht genommen; er glaubte, ihnen schon dadurch genügend Entgegenkommen zu beweisen, daß er eine Persönlichkeit, wie gerade Ehrenroth, für sie ausgewählt hatte. Aber sie waren damit keineswegs zufrieden. Sie sehnten sich nach einem „Definitivum" und hatten „keine Lust, das jetzige mit einem neuen Provisorium zu vertauschen". Es war von vornherein klar, daß sie sich die Ernennung eines Regenten nur dann gefallen lassen wollten, wenn sie lediglich „den Übergang zum Definitivum", d. h. zur Wiedereinsetzung eines Fürsten, bedeute, und wenn ihnen die bestimmte Zusicherung erteilt würde, daß die neue Regentschaft von ganz beschränkter Dauer sein und allein den Zweck haben sollte, die Wahl des endgültigen Herrschers zu leiten. Durchaus zweifelhaft war es jedoch, ob die gegenwärtigen Regenten, wenn schon einem auch nur „halbwegs akzeptablen" Fürsten, so doch einem russischen Generale weichen würden, „bei dessen Ernennung gar nicht einmal ausgesprochen würde, wann er die Fürsten-

wahl anordnen würde“. Mitte Juni bereits erörterten Kalnoky und Lobanow in Wien dieses Thema; dabei brachte jener diese soeben berührten Bedenken zur Sprache; er wies noch auf eine andere Schwierigkeit hin: „Wenn bulgarischerseits die Annahme des Regenten verweigert würde, wem würde die Pflicht anheimfallen, ihn dem Lande aufzunötigen? Die Türkei würde sich hüten, auch nur einen Mann deshalb marschieren zu lassen.“ Der russische Botschafter antwortete, die Bulgaren würden sich fügen, wenn alle Mächte einhellig wären. Darin stimmte ihm nun zwar Bismarck zu; aber erst mußte ja die Voraussetzung dafür vorhanden sein, nämlich die Einmütigkeit der Mächte, und Kalnoky meinte, selbst dann dürfe man sich nicht dem Fiasko aussetzen, die gemeinsame Aktion durch ein bulgarisches Veto gelähmt zu sehen. Zwar hatte er an sich nichts gegen die russische Initiative, glaubte jedoch nicht an ihren Ernst; mit der Kandidatur Ehrenroths, dessen Vergangenheit ihm Vertrauen erweckte, schien er einverstanden; aber die Nachricht, daß man wohl in Petersburg noch immer an dem Fürsten von Mingrelien festhalte, setzte ihn in Erstaunen. Noch war er zwiespältigen Sinnes, und der deutsche Botschafter Prinz Reuß gab sich Mühe, ihn zu Nachgiebigkeit zu bewegen. Er bat ihn, selbst gegen den Mingrelier keine Opposition zu machen, wenn er auch mit Bestimmtheit voraussehen sollte, daß dieser in Bulgarien nicht gewählt werden sollte: die Hauptsache für die Erhaltung der guten Beziehungen, ja für den Frieden, sei es, den Russen da gefällig zu sein, wo es sich mit den Interessen der Mittelmächte vertrage. Jedenfalls zögerte Kalnoky, „seine Hand zu Projekten zu bieten, die er für totgeboren hielt“, und die seines Erachtens nicht geeignet waren, „die Frage vorwärts zu bringen“. Anderer Ansicht war Bismarck. Zwar glaubte er selbst nicht an die Durchführbarkeit der russischen Pläne; aber er wies den Standpunkt Kalnokys mit den Worten zurück: „‚Hand bieten‘ und die Russen gewähren und sich selbst ad absurdum führen lassen, sind noch verschiedene Dinge,“ und er erachtete es für richtig, „daß wir die Lösung der durch Rußland geschaffenen Schwierigkeit nach Möglichkeit Rußland zuschieben, ohne die Frage, ob Rußlands Vorschläge Erfolg haben werden, unsererseits zu stellen und Kritik daran zu knüpfen.“ Charakteristisch für die Unsicherheit und Hinterhältigkeit der russischen Politik war es übrigens, daß sie bald darauf die Ehrenrothsche Mission nicht nur vorübergehend fallen ließ, sondern sogar leugnete, sie angeregt zu haben. Der Kanzler erklärte sich das damit, daß er sich zwar zu ihrer Unterstützung bereit gezeigt, aber den Vortritt zu nehmen geweigert habe; er zog daraus den Schluß, „wie wohl wir getan hätten, uns auf diese Geschichte nicht einzulassen“.

Keineswegs waren die Bulgaren gewillt, mit sich wie mit Puppen spielen zu lassen. Sie besorgten offenbar, daß die Mission Ehrenroth nur die Einleitung zu einer russischen Okkupation sein, daß in seinem Gefolge russische Offiziere, vielleicht auch Truppen ins Land kommen, daß mindestens dadurch die Kandidatur des Mingreliers ihnen aufgezwungen werden würde. Ende Juni weilte Stoilow wieder in Wien; er war bei Kalnoky, legte diesem neue Pläne für Unabhängigkeitserklärung und Königsproklamation vor und gewann den Eindruck, „daß dieser von Tag zu Tag mehr die Rückkehr Alexanders für notwendig hielt“; angeblich hatte der Minister auch behauptet, dies den Russen mitgeteilt zu haben, — eine Nach-

richt, die wohl zu bezweifeln sein dürfte. Die Bulgaren waren jetzt fest entschlossen, der Aussicht auf die Mission Ehrenroth und die Kandidatur des Mingreliers dadurch ein Ende zu bereiten, daß sie aus eigenen Stücken zur Fürstenwahl schritten. Auf den 3. Juli wurde zu diesem Zweck die Große Sobranje nach Tirnowa berufen; aber noch war die Personenfrage im ungewissen. Am 24. Juni machte Stoilow dem Battenberger den Vorschlag: er solle sich wählen lassen und sodann telegraphisch annehmen, ein Ministerium ernennen und eine Proklamation an das Volk richten, er werde im Lande erscheinen, sobald ihn die Mächte anerkannt hätten; falls er ablehnen sollte, würde Ferdinand von Koburg auf den Schild erhoben werden. Der Exfürst antwortete: es wäre unredlich gegen das Land, wenn er akzeptiere, ohne sofort dahin zurückzukehren; man möge daher den Koburger oder einen andern Prinzen erküren. Noch zögerten die Bulgaren; sie wandten sich an den Vater Alexanders, um auf diesem Umwege den alten Herrscher wiederzubekommen. Vater und Sohn waren darüber einig, daß das unmöglich und aussichtslos, daß jener dem Zaren ebensowenig genehm, wie dieser, sei. Auch an den Erzherzog Johann Salvator, der später als Schiffskapitän Johann Orth spurlos verschwand, wurde gedacht; der Wiener Hof winkte mit aller Energie ab. Noch ein letztesmal erging am 6. Juli an den Battenberger der Antrag zur Wiederwahl, da Volk und Heer ihn zurückwünschten; als er abermals verneinte, entschied sich die Sobranje am 7. Juli für Ferdinand von Koburg; Europa sollte vor eine vollendete Tatsache gestellt werden.

Allzu gern wäre der Koburger diesem Rufe gefolgt; aber daß sich die Mächte damit zufrieden geben würden, das schien zuvörderst wenig wahrscheinlich. Schon am 8. Juli ließ der deutsche Kanzler in Petersburg mitteilen: er habe wiederholt jede Unterstützung dieser Kandidatur, so oft sie bei ihm angeregt worden wäre, aufs bestimmteste abgelehnt; Deutschland werde sein Verhalten genau nach demjenigen Rußlands einrichten und so lange sich jeder Äußerung dazu enthalten, bis dieses Stellung genommen hätte. Der Koburger richtete von Ebental, wo er sich aufhielt, die telegraphische Bitte an den Prinzen Reuß nach Wien um eine Unterredung. Sie wurde ihm zwar gewährt; aber der Botschafter eröffnete ihm auftragsgemäß kurz und bündig, daß Deutschland seine Wahl als unvereinbar mit dem Berliner Vertrage betrachte, daß er auch nicht auf die Zustimmung der anderen Kabinette, die auf dem Boden dieses Traktates stünden, und am wenigsten auf die des Petersburger rechnen dürfe; als ihn der Prinz um einen Rat ersuchte, wies er dieses Ansinnen, das ihm nicht aufrichtig erschien, auf das entschiedenste zurück. Ganz ebenso beschieden den Koburger Kalnoky und die übrigen Botschafter bei der Hofburg. Das schreckte ihn freilich nicht ab, Anfang August im Lande zu erscheinen und die Regierung anzutreten, indem er ein Kabinett unter Stambulow bildete. Der Zar erkannte ihn nicht an und legte (am 13. August) förmlichen Protest wider ihn ein; er „redete von dem neuen Bulgarenfürsten in maßlos verächtlicher Weise“; doch sprach er sich nicht darüber aus, wie er wieder zu entfernen wäre. Es ließ sich nicht verkennen, daß Bulgarien jetzt für Rußland endgültig verloren war, und es knüpften sich daran in Rußland Vorwürfe gegen den Kaiser, daß sich dieser nämlich in seiner persönlichen Politik hinsichtlich Bul-

gariens in Widerspruch mit der ganzen Vergangenheit des Reiches gesetzt habe. Man war dieser Dinge überhaupt müde, „und man konnte oft in der Gesellschaft die Redensart hören, man solle doch von dieser ewigen und langweiligen bulgarischen Frage nicht mehr reden“. Zumal in den Kreisen, die für den Anschluß an Frankreich arbeiteten, wurde die Ansicht vertreten, man solle sich um Bulgarien gar nicht mehr kümmern, sondern das Augenmerk auf die bevorstehenden großen Verwicklungen in Europa lenken. Dem Einspruch der russischen Regierung folgte die Pforte; sie forderte Ferdinand auf, das Land zu verlassen; natürlich dachte er nicht daran, diesem Gebote zu gehorchen. Bismarck erklärte sein Unternehmen als „eine frivole Gefährdung des Friedens“; es kam bald darauf sogar zu einem scharfen Konflikt zwischen Deutschland und Bulgarien wegen Beleidigung des deutschen Konsuls in Rustschuk. Der Zwischenfall spitzte sich so zu, daß Deutschland bereits von der Türkei die Erlaubnis zur Durchfahrt eines Panzergeschwaders durch die Dardanellen behufs Blockierung des Hafens von Varna verlangte.

Das war keine „Joyeuse Entrée“ für den Koburger; aber bald ließ sich die Situation für ihn günstiger an, sobald nämlich Rußland offene Schritte zu seiner Beseitigung unternahm. Am liebsten hätte man freilich in Petersburg dabei wieder Deutschland vorgeschickt. Noch war Ferdinand nicht in Sofia aufgetaucht, da nahm Giers das Projekt der Mission Ehrenroth, das er doch bereits fallen gelassen und verleugnet hatte, wieder auf und sondierte darüber in Berlin. Man verharrte hier auf dem alten Standpunkte, jedes Vorgehen Rußlands in der bulgarischen Frage in Konstantinopel, Wien, auch in London zu unterstützen, jedoch nicht ohne die Grundlage eigener Initiative Rußlands. Nachdem der neue Fürst seinen feierlichen Einzug in Sofia gehalten hatte, wurde die deutsche Erklärung der Bereitwilligkeit, in diesen Grenzen Rußland zu sekundieren, wiederholt; aber nun wurde die Frage akut: wenn die Bulgaren sich weigern, Ferdinand zu entfernen und Ehrenroth hereinzulassen, wer soll sie dann dazu zwingen? Soll diese Aufgabe den Türken oder den Russen oder Truppen beider Mächte übertragen werden? Aus einem Gespräch, das der Unterstaatssekretär, Graf Berchem, am 18. August mit dem Grafen Paul Schuwalow hatte, ging hervor, daß dieser es wenigstens persönlich nicht ungern gesehen hätte, wenn Rußland, auch ohne die Mitwirkung der Pforte, der Herrschaft des Koburgers ein Ende machte; er schien dabei nur an geringen Widerstand in Wien und London zu denken. Aber da täuschte er sich. Auf keinen Fall wollte Kalnoky das Einrücken der Russen in Bulgarien dulden; er fühlte sich in dieser Hinsicht durch die Erklärungen gebunden, die er im Vorjahre in der Delegation den Ungarn gegeben hatte, und äußerte sich dahin, daß das für Österreich den Kriegsfall bedeuten würde. Bismarck machte dagegen geltend, daß eine russische Okkupation Bulgariens keineswegs als eine, wie man in Wien meine, „für Österreich-Ungarn gefährliche Flankenstellung“ zu bezeichnen, daß alsdann im Gegenteil die strategische Lage der Russen durch Österreichs und Rumäniens Flankenstellung gefährdet sei. Gemäß seiner Demarkationslinie sah er es auch nicht als ein „Unglück“ an, wenn die Russen in Bulgarien blieben: „Sie sind den Österreichern im Frieden dort nicht im Wege und stehen jedenfalls besser

am Balkan, als vor Krakau; im Kriege sind sie verlorene Posten und schwächen die russische Stellung." Er gab Kalnoky zu erwägen, daß es keineswegs der Zweck des Zweibunds von 1879 sei, Rußland aus Bulgarien zu verdrängen, und daß Deutschland nichts tun würde, um eine Wiederherstellung des russischen Einflusses in Bulgarien zu verhindern.

In Wien war man wenig gewillt, solchen Vorstellungen Gehör zu schenken. Am 28. August hatte Reuß eine längere Besprechung mit Kaiser Franz Josef; dieser beurteilte die Lage genau ebenso, wie sein Minister, und zeigte sich „noch zäher, um nicht zu sagen eigensinniger". Wenn er den Russen den Einmarsch in Bulgarien gestatte, so würde er sich, wie er dem Botschafter auseinandersetzte, von der Gruppe der Mittelmeervertragsmächte trennen, die doch unter Bismarcks kräftiger Mitwirkung entstanden sei, und bei Italien, England und der Pforte das größte Mißtrauen erregen; er wolle sich kein Urteil über die deutschen Interessen anmaßen; aber die Sprache der russischen Presse beweise, daß die viele Liebesmühe, die Deutschland an Rußland verschwende, dort auf keinen dankbaren Boden falle; wenn man die russische Politik gewähren lasse, so würde sie sich allmählich immer ungenierter gebärden. Gerade daher war er auch gegen die Mission Ehrenroths: „Würde derselbe zugelassen, so würde dieser eine Russe sich bald vermehren, und in kurzer Zeit würde das Land voller Russen sein, die man nicht mehr daraus entfernen könne." Dazu kam, daß er besorgte, die Russen könnten, wenn sie sich erst in Bulgarien eingenistet hätten, weiter auf der Balkanhalbinsel um sich greifen, nach Serbien, wo die Zustände jetzt unsicher seien, nach Montenegro und nach Mazedonien, womit dann der Ring geschlossen wäre. Nicht, daß der Kaiser den Krieg gewünscht hätte, er glaubte, diesen vielmehr gerade dadurch zu verhüten, daß er den Russen den Zugang nach Sofia versperrte. „Er scheint sich," so berichtete Reuß, „wenn ich so sagen darf, den Luxus eines gelinden Widerstandes gegen die russischen Absichten auf Bulgarien, die ihm für Österreich-Ungarn gefährlich erscheinen, ohne Gefahr erlauben zu wollen." In eben diesem Sinne instruierte Kalnoky am 29. August den Baron Calice, den österreichischen Botschafter in Konstantinopel: Zwar ist es wünschenswert, stabile Zustände in Bulgarien zu schaffen; das läßt sich aber nicht durch Gewaltmaßregeln gegen die Bulgaren erreichen, und es können dadurch ernstliche Gefahren für die Türkei selbst entstehen. Die Pforte wird daher gewarnt, sich an einer Zwangsaktion gegen die Bulgaren zu beteiligen; sie soll vielmehr die Initiative dazu und die Verantwortung dafür Rußland überlassen, damit dessen Rolle als Ruhestörer klar zum Ausdruck kommt. Zwar hat sie das Recht, einen provisorischen Regenten nach Sofia zu entsenden; aber Österreich wird nicht gestatten, daß sie einen russischen General damit betraut und ihm türkische Truppen dafür zur Verfügung stellt. Sowohl nach Deutschland, wie auch nach Italien und England wurde von diesen Weisungen Kenntnis gegeben; mit den letzteren beiden wurde ein gemeinsames Vorgehen, und zwar durch Zusammenwirken der drei Botschafter in Konstantinopel in Aussicht genommen und eingeleitet, in der Tendenz nicht allzu großer Aktivität, sondern eines passiven Widerstandes, da es weder im eigenen noch auch im bulgarischen Interesse liege, die Entwicklung der

Krisis zu beschleunigen. An demselben Tage, von dem die Instruktion Calices datiert ist (29. August), lief in Berlin ein Telegramm des türkischen Außenministers Said Pascha ein, demzufolge sich jetzt Rußland zu der so lange zurückgehaltenen Initiative bezüglich der Mission Ehrenroth nun endlich anzuschicken Miene machte; es habe bei der Pforte den Wunsch geäußert, daß der General zum „provisorischen Fürstenstellvertreter" für Bulgarien mit der Aufgabe ernannt würde, ein Ministerium zu bilden und die Wahl eines Herrschers durch eine neu zu berufende Sobranje vollziehen zu lassen, an der dann natürlich die Abgeordneten aus Ostrumelien nicht teilnehmen durften. Die türkische Regierung bat die deutsche um ihre guten Dienste bei den Kabinetten von London, Wien und Rom, um deren Zustimmung zum russischen Vorschlage zu erreichen.

Damit schienen sich die Geister zu scheiden, Europa je nach der Stellungnahme der großen Mächte zum Antrag Rußlands bei der Pforte in zwei große Gruppen auseinanderfallen zu müssen. Frankreich zwar ergriff sicher die Partei Rußlands; aber was machten die übrigen? Wird Bismarck dem Ersuchen der Pforte bei den Staaten der Mittelmeerverträge entsprechen? Welche Aufnahme wird er daselbst finden? Bei der Stimmung, die in Wien herrschte, bei der kollektiven Geschlossenheit der Dreiergruppe, deren Organ das Konzert ihrer Vertreter am Goldenen Horn war, mußte es mehr als problematisch erscheinen, daß etwaige Bemühungen Bismarcks bei ihnen auf Erfolg zählen durften. Und wenn sie scheiterten, wird er sich dann im Geiste des Rückversicherungsvertrages, wie Frankreich, auf die russische Seite schlagen, womit ja die Gefahr verbunden war, in Gegensatz zu den Genossen des Dreibundes und des Mittelmeerbundes zu geraten? Das war ein peinliches Dilemma, das sich da vor Bismarck eröffnete. Vorderhand suchte er sich durch Temporisieren zu helfen. Von Kissingen aus ließ er am 3. September durch den deutschen Geschäftsträger Kiderlen in Konstantinopel eröffnen, er sei „gern bereit, die türkischen Vorschläge bezüglich des Generals Ehrenroth bei den Mächten zu befürworten, sobald dieselben gemacht sein würden, und unter der Voraussetzung, daß sie gleichfalls auch von Rußland authentisch und öffentlich unterstützt werden". Das klang recht verklausuliert, und dieser Eindruck wurde noch verstärkt durch die weiteren Ausführungen der Depesche: da es sich bei dem türkischen Vorschlage um die Erfüllung russischer Wünsche handele, könne er durch Deutschland nur dann unterstützt werden, wenn er vorher durch Rußland selbst den Kabinetten amtlich kundgegeben sei; ein selbständiger Antrag Deutschlands bei diesen „ohne vorgängige amtliche Sicherstellung des russischen Einverständnisses mit dieser Maßregel durch eine russische Mitteilung an die Mächte" liege außerhalb der internationalen Gewohnheiten. Über einen russischen General habe man in Deutschland kein Verfügungsrecht, und man sei daher hier „nicht in der Lage, aus eigener Personalkenntnis oder auf Grund der türkischen Mitteilung die Verwendung jenes Generals zu befürworten". Abgesehen von dem allem sei zu erwarten, daß sich ein Kabinett, welches sich an die andern mit einem derartigen Ansinnen wende, bestimmte Maßregeln zu ergreifen, feste Ansichten darüber gebildet habe, wie selbige praktisch durchführbar wären, und die anderen darüber aufkläre. Die Pforte allein sei

berechtigt, in Bulgarien und Ostrumelien gegen den Koburger einzuschreiten, und daher müsse Deutschland wissen, ehe es den andern Propositionen mache, deren Annahme zur Notwendigkeit militärischen Eingreifens führen könnte, ob sie dazu bereit wäre, falls sich Bulgarien den Beschlüssen der Mächte nicht füge; ehe nicht die Intentionen des Sultans in dieser Hinsicht bekannt seien, würden die übrigen Mächte „nicht leicht Stellung zu der Sache nehmen können". Indem Bismarck anerkannte, daß nach den Abmachungen von 1878, worüber unmittelbar nach dem Berliner Kongresse nach seinem Wissen alle einer Meinung gewesen wären, nächst der Pforte Rußland in erster Linie der Einfluß in Bulgarien gebühre, schloß er mit der Feststellung: „In dieser Überzeugung werden wir Anträge gern unterstützen, für welche die Übereinstimmung der Pforte und Rußlands vorhanden und öffentlich und authentisch nachweisbar ist. Eigene Anträge werden wir in der bulgarischen Sache nicht stellen, wenn wir nicht in der Lage sind, den Mächten, denen wir sie vorschlagen, auch über die Ausführung derselben Vorschläge zu machen, von deren Ausführbarkeit wir die Überzeugung gewonnen haben."

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Antwort Bismarcks auf die türkische Note vom 29. August bis zu einem gewissen Grade einen ausweichenden Charakter trug. Sie versagte nicht die erbetene Unterstützung, stellte sie vielmehr in Aussicht, machte sie jedoch von einer Anzahl „Wenn" und „Aber" abhängig, die den Eindruck von Ausflüchten zu erwecken geeignet waren. Sie weigerte sich, selbständige Anträge bei den übrigen Mächten zu stellen; das war ja indes von Deutschland gar nicht verlangt worden, sondern lediglich die Leistung von „guten Diensten", um die Zustimmung der Mächte zu ganz konkreten Vorschlägen zu erlangen, welche die Pforte auf Wunsch Rußlands zu machen erklärte. Unter diesen Umständen konnte die Forderung „der vorgängigen amtlichen Sicherstellung des russischen Einverständnisses" oder einer „öffentlich und authentisch nachweisbaren Übereinstimmung der Pforte und Rußlands" als überflüssig oder als dilatorischen Charakters erscheinen. Daß eine solche „Übereinstimmung" vorlag, war ja notorisch, — wie kam die Pforte sonst zu solchem Antrage? Bismarck war gewiß der letzte, der daran zweifelte, und wenn sie wirklich nicht vorhanden gewesen wäre, hätte der Fortgang der Verhandlung, wenn diese erst zustande kam, das sofort zutage gebracht, — schon die Unterstellung, daß sie nicht existiere, war absurd. Der Kanzler selbst erkannte an, daß der Sultan der einzige Berechtigte zum Einschreiten gegen den Koburger war; es war also formell durchaus korrekt, wenn die Türkei die von Rußland ausgehende Aktion als ihre eigene aufnahm und weitergab. Im übrigen ließ sich das Manko, das Bismarck vorschob, leicht dadurch beheben, daß das Petersburger Kabinett mit einer entsprechenden Deklaration hervortrat; jedenfalls bewies es nicht gerade ein sehr geneigtes Entgegenkommen und eine große Eilfertigkeit, auf die russischen Wünsche einzugehen, wenn Bismarck jetzt solche Schwierigkeiten machte, ebenso, wenn er sich dahin aussprach, er sei nicht in der Lage, aus eigener Personalkenntnis und lediglich auf Grund der türkischen Mitteilung die Verwendung Ehrenroths zu befürworten, nachdem er doch schon vor Monaten von dessen beabsichtigter Ernennung in Kenntnis gesetzt worden war und keinen Widerspruch dagegen eingelegt hatte. Auch in dem

Verlangen, daß er erst Gewißheit über die Bereitwilligkeit der Pforte zu einem eventuellen militärischen Vorgehen haben müßte, um die Ausführbarkeit der dabei vorzusehenden Maßregeln prüfen zu können, ehe er sie den übrigen Kabinetten mitteile, war eine besondere Konnivenz nicht zu erblicken. Es war ja doch an sich auch möglich, obwohl keineswegs wahrscheinlich, daß sich die Bulgaren dem vereinigten Einspruch Europas beugten, und jedenfalls konnte man der Ansicht sein, daß es noch Zeit wäre, darüber schlüssig zu werden, wenn man dabei auf Widerspruch stieß. Andererseits war vorauszusehen, daß alle die Einwendungen, welche der Kanzler jetzt gegen die diplomatische Aktion der Pforte erhob, vorausgesetzt, daß diese sich dazu überhaupt nur unter dem Drucke Rußlands verstanden hatte (und daran war nicht zu zweifeln), die Wirkung haben konnten, die osmanische Regierung wieder wankend zu machen und sie zu veranlassen, sich gegenteiligen Einflüssen hinzugeben, — sollte das nicht auch des Kanzlers letztes Ziel gewesen sein? Wenigstens wäre es zu verstehen, wenn man in Rußland die Sache unter diesem Gesichtswinkel auffaßte und den Eindruck gewann, daß Bismarcks Handlungsweise nicht gerade im Einklange mit dem Geiste des Rückversicherungsvertrages stünde. In diesem hatte sich ja Deutschland (ganz abgesehen von seinen Versprechungen in der Frage der Meeresengen) verpflichtet, Rußland bei der Wiederherstellung einer gesetzmäßigen und geordneten Regierung in Bulgarien beizustehen, als welche die Ferdinands von Koburg gewiß nicht zu gelten vermochte, — war die Politik, die er jetzt trieb, als eine Erfüllung dieser Verbindlichkeiten zu betrachten? Mit anderen Worten: der Rückversicherungsvertrag versagte auf der deutschen Seite, als er zum erstenmal praktisch auf die Probe gestellt wurde, seine Wirkung; wenigstens könnte man es begreifen, wenn man in Rußland die Sache so angesehen hätte.

Das trat allerdings jetzt noch nicht offen zutage, aber lediglich aus dem Grunde, weil die russische Regierung im Augenblicke in Sachen der Mission Ehrenroth nicht weiter drängte. Das hätte sie, wie schon gesagt wurde, leicht tun können, indem sie den von Bismarck gerügten Mangel einer amtlichen Erklärung ihrer Übereinstimmung mit dem Vorschlage der Pforte beseitigte; aber wie sie sich in der ganzen Angelegenheit bisher einer großen Passivität befleißigt hatte, so sank sie auch jetzt wieder in ein längeres Schweigen zurück. Vielleicht trug der äußere Umstand dazu bei, daß der Zar seit Ende August in Kopenhagen verweilte, und daß sich dadurch eine relative Pause in der Führung der Geschäfte geltend machte; vielleicht auch merkte Giers, daß die Aktion nicht ganz glatt verlaufen würde, und er wollte einen besseren Moment abwarten. So viel war freilich bereits zu gewahren, daß die Entfernung des Koburgers aus Bulgarien Schwierigkeiten bereiten würde, und daß mit der Aussicht zu rechnen war, daß sich die Mächte darüber in zwei Gruppen spalten könnten: auf der einen Seite Rußland und Frankreich, auf der andern Österreich, England und Italien; Deutschland stand noch in der Mitte, und es war die Frage, ob und wann es sich genötigt sehen möchte, aus seiner Reserve herauszutreten, ob der Rückversicherungsvertrag oder die Rücksicht auf die dem Dreibunde verwandte Mittelmeerentente die Oberhand gewinnen würde. Ja, eine Zeitlang hatte es sogar eben

damals, als der Koburger in Bulgarien erschien, das Aussehen, als sei eine ganz andere Gruppierung der Mächte möglich; allerdings handelte es sich dabei nur um ein kurzes Intermezzo.

Im Zusammenhang mit dem Besuche Herbert Bismarcks in London im Mai des Jahres war (s. o. S. 694) eine merkliche Entspannung zwischen England und Rußland erfolgt. Salisbury hatte sich dem russischen Vorschlage der Einsetzung eines Regenten in Bulgarien, wobei freilich noch an Aleko Pascha gedacht wurde, nicht abgeneigt gezeigt, und durch das Petersburger Protokoll vom 22. Juli 1887 war inzwischen eine Verständigung über die russisch-afghanische Grenze zustande gekommen. In Mittelasien war somit das Terrain bereinigt, und auch im Orient war dasselbe einigermaßen im Gange. Vor allem lag Salisbury im Sommer 1887 die ägyptische Frage am Herzen; er glaubte, hier mit einem energischeren Auftreten Frankreichs rechnen zu müssen, und wir haben gehört, daß dieses tatsächlich damals Deutschland Ägyptens halber umwarb, allerdings vergeblich; daher erachtete er England gerade mehr durch Frankreich als durch Rußland bedroht. Dazu kam noch eine andere Überlegung. Er war zu jener Zeit, aus welchen Gründen auch immer, von Besorgnis ergriffen, daß ein kriegerischer Zusammenstoß Deutschlands und Österreichs mit Frankreich und Rußland unmittelbar bevorstünde, daß dabei Deutschland durch Frankreich in Anspruch genommen, Rußland mit Österreich leicht fertig werden, die kleinen Balkanstaaten, durch Rußland aufgereizt, über die Türkei herfallen, und daß dann England allein die undankbare Aufgabe obliegen würde, den Sultan zu schützen. Da er England ihr nicht gewachsen meinte, erwog er, ob da nicht eine Schwenkung nach Rußland hin am Platze sei. Auch innerpolitische Gründe waren mit im Spiele, zumal das Streben, gewisse mächtige Parteiführer zu gewinnen, die zu Rußland neigten, vielleicht auch Churchill, dessen Satz er sich jetzt zu eigen machte, daß England kein Lebensinteresse am Bosporus habe, dessen Wahrnehmung einen Krieg rechtfertige. Da ihm ja Bismarck zugeredet hatte, sich mit Rußland über Bulgarien zu vertragen, vertraute er diesem sein Vorhaben an. Am 2. August legte er es in einer Unterredung mit Hatzfeldt dar, indem er ausdrücklich bemerkte, er tue das, um beim Kanzler zu sondieren, wie dieser darüber denke: der wirkliche und gefährliche Gegner Deutschlands und Großbritanniens sei nicht Rußland, sondern Frankreich, die Differenz zwischen England und Rußland wegen Mittelasiens sei nunmehr beseitigt; es bleibe noch die bezüglich der Türkei, wo die Zustände mit der Zeit für Europa unerträglich würden; aber unter Umständen könne und würde England den Sultan seinem Schicksal überlassen und also mit Rußland im Orient einen Ausgleich bewerkstelligen; freilich dürfe dadurch Österreich nicht die geringste Einbuße in seiner Macht erleiden. Zu einem festen Entschluß war er offensichtlich noch nicht gekommen; denn er schwächte seine Ausführungen dadurch ab, daß er hinzufügte, vielleicht sei die ganze Frage noch nicht reif, und es müßte daher die weitere Entwicklung der Dinge erst abgewartet werden; auch hatte er die Königin auf die Möglichkeit einer so plötzlichen Wendung noch nicht vorbereitet und besorgte deren Widerspruch.

Es war ein Projekt, das Bismarck höchst behutsam anfassen mußte, be-

deutete es doch nicht mehr und weniger, als daß die konservative britische Politik aus den Bahnen Beaconsfields in die Gladstones einzulenken drohte, und das lag nicht in Deutschlands Interesse; zwar wurde dadurch eine momentane Einkreisung Frankreichs bewirkt, einer solchen bedurfte Deutschland indessen im Moment nicht, um die Nachbarn jenseits der Vogesen in Ruhe zu halten. Aber Vorsicht war geboten, und wenn man sich dem Gedanken einer russisch-englischen Annäherung abgeneigt zeigte, so war zu fürchten, daß er zu einem Pressionsmittel gegen Deutschland ausgenutzt wurde; daher erwog der Kanzler, wie er ihn gleichsam umbiegen könnte, um ihn unschädlich zu machen. Um ihm die Basis zu entziehen, auf dem er sich aufbaute, versicherte Bismarck, daß weder ein deutsch-französischer, noch auch ein russisch-österreichischer Krieg, daß auch für einen solchen der ersten Art die russische Mitwirkung nicht zu befürchten wäre, daß Deutschland ihm nicht minder getrost entgegensehe; daher habe er für die Kombination, wie Salisbury sie plane, kein unmittelbares Interesse, höchstens indirekt insofern, als dadurch Frankreich isoliert und der Frieden Europas gesichert werde. Damit dieser Zweck erreicht würde, müßte sie aber auf Österreich und Italien ausgedehnt werden; wenn man Österreich ausschließe, so dränge man es auf die Seite Rußlands; Italien könne durch Abessinien abgefunden werden. Die unbedingte Voraussetzung aber für ihr Zustandekommen bestehe darin, daß England Bulgarien den Russen überlasse und die Mission Ehrenroth akzeptiere. So gab er sich zwar den Anschein, als ob er sich mit der Idee einer britisch-russischen Entente befreunden könnte, freilich nur unter Einbeziehung von Österreich und Italien, wobei Deutschland „ex nexu" bleiben müßte, damit sich Frankreich nicht beklagen könnte; aber „primo loco", das ließ er in London durchblicken, wünschte er lediglich „das Festhalten des englisch-österreichisch-italienischen Einverständnisses". Die kluge Taktik Bismarcks verfehlte nicht ihren Eindruck auf Salisbury; der innere Widerstand, mit dem er bereits gegen die von ihm in Erwägung gezogene Schwenkung zu kämpfen hatte, wurde gesteigert, und insonderheit beruhigte ihn das, was Bismarck ihm über die geringe Möglichkeit und Gefahr eines Kontinentalkrieges sagte. Auch hatte er Angst, daß Italien sich mit Abessinien nicht begnügen und dadurch sich Frankreich zu nähern veranlaßt sehen könnte; eine Zuweisung von Tripolis oder eines Teiles von Albanien würde jedoch, wie er meinte, der Eröffnung der ganzen orientalischen Frage gleichkommen. Das stellte nun Bismarck zwar in Abrede, indem er darauf hinwies, „erst das ungesuchte Eintreten der orientalischen Krisis würde, auf welcher Seite auch immer der Anstoß erfolgen sollte, den Verfalltag für die Zusagen an Italien bilden". Am 17. August fiel die Entscheidung; an diesem Tage hielt der Premier Vortrag bei der Königin Viktoria, und da er von vornherein nur mit halbem Herzen bei der Sache war, sie jedoch bei den Traditionen der Beaconsfieldschen Politik verharrte, so war das Ergebnis, an der „bisherigen Politik im Orient festzuhalten, aber ohne Hostilität gegen Rußland".

Wie wohltuend das auch den Kanzler berührte, so traute er doch nicht, daß man in London auf den Plan nicht noch einmal zurückkommen könnte, und er fand es für geraten, dem vorzubauen. Daher sandte er seinen Sohn Herbert

nach England, zunächst zu einer Verhandlung über noch schwebende koloniale Fragen; aber er sollte auch dabei (und man darf vermuten, daß das nicht die unwichtigste Aufgabe seiner Mission war) nochmals das Problem der russisch-englischen Annäherung zur Sprache bringen; er erhielt dafür mündlich vom Vater genaue Instruktionen. Welcher Art sie waren, erhellt aus der Aufzeichnung, die er sofort am 24. August in London über seine Negoziation mit Salisbury machte: „Auch wenn Sie Ihren Gedanken einer Schwenkung nach Rußland hin," so ermahnte er diesen, „wieder aufnehmen wollten, kann es nur nützlich sein, wenn Sie sich vorher so innig, wie möglich, und jedenfalls fester, als bisher, mit Italien und Österreich verbinden. Wenn Sie Ihr Angebot nur im eigenen Namen machen, so liegt die Gefahr vor, daß es, ohne davon Gebrauch zu machen, in Wien und Rom darüber spricht, um die betreffenden beiden Kabinette mit Ihnen zu verhetzen. Dies würde vermieden werden und Ihr Angebot ein ganz anderes Gewicht haben, wenn Sie es zugleich im Namen der beiden anderen Mächte machen, oder wenn Rußland bei etwaigem Anfühlen von Österreich und Italien merkt, daß Sie mit diesen bereits einig sind." Ausdrücklich betonte er, daß sein Vater ihn ermächtigt habe, das zu sagen, sowie hinzuzufügen, „er [der Kanzler] könne natürlich keine Garantie dafür übernehmen, daß Rußland etwaige Verabredungen mit England auch ehrlich ausführen werde". Das war ein Treffer ins Schwarze; Lord Salisbury nahm diese Mitteilung mit lautem und bitterem Lachen auf und erklärte, er habe mehr Zweifel an Rußlands Ehrlichkeit als wahrscheinlich irgendein anderer Mensch; er wolle sie jetzt aber auch nicht auf die Probe stellen; d. h. er verzichtete endgültig auf die englisch-russische Entente, und damit war es ihm Ernst. Die Aufträge Herberts waren noch nicht erschöpft. Stellte er dem britischen Premier die Notwendigkeit vor, die Verbindung Englands mit Österreich und Italien noch fester und inniger zu knüpfen, so führte er ihm weiterhin zu Gemüte: Nicht darum handelt es sich jetzt, „den Sultan aufzuteilen, sondern ihn zu erhalten und der Dreiergruppe anzugliedern". Er benachrichtigte ihn davon, daß der deutsche Geschäftsträger in Konstantinopel bereits mit dem Baron Blanc, dem italienischen Botschafter daselbst, darüber in Fühlung getreten sei, und riet ihm, dessen englischen Kollegen White, den Salisbury selbst als seinen geschicktesten Auslandsvertreter bezeichnet hatte, an diesen Besprechungen zu beteiligen, damit sie einen Plan entwürfen, wie man den Sultan zu größerer Festigkeit bringen könnte. Erst auf dem Hintergrunde dieser Bemühungen Bismarcks bei England wird die wahre Bedeutung des Verfahrens klar, das Bismarck wenige Tage darauf (s. o. S. 718 f.) gegen die russisch-türkische Anregung bezüglich der Mission Ehrenroth einschlug. Die russische Politik, so hielt Graf Herbert dem Minister vor, bestehe darin, dem Sultan die Überzeugung einzuflößen, daß ihm niemand gegen Rußland beistünde, daß er am besten täte, russischer Vasall zu sein, „und zwar womöglich ein durch russische Truppen am Bosporus gegen Aufstände und Palastrevolutionen gesicherter Vasall", — die Tragweite dieser Worte wird klar, wenn man sich daran erinnert, daß im Rückversicherungsvertrag noch soeben Deutschland dem Zaren seine Zustimmung zu dessen Lieblingswunsche, der militärischen Besetzung des Ausganges vom Bospo-

rus nach dem Mittelmeer, grundsätzlich erteilt hatte. „Wenn der Sultan jetzt“, so fuhr der deutsche Staatssekretär fort, „auf gutes Zureden von Rußland nicht höre, so würde er jedesmal durch Drohungen an die harte Wand gedrängt. Diese Wand anfänglich etwas auszupolstern, so daß sie weniger hart erscheint, und schließlich mit einer kleinen Tür zu durchbrechen, durch welche der Sultan im Notfall zu anderen Mächten entschlüpfen kann, sollte das Bestreben der noch fester als bisher zusammenzuschweißenden Dreiergruppe sein.“ Dem Minister schien die Idee des Zusammenarbeitens von White und Blanc zu gefallen; er erging sich nur in Klagen darüber, daß der österreichische Botschafter in Stambul nicht hinzugezogen werden könnte, weil er eine gänzliche Null sei; dabei fällte er auch sehr absprechende Urteile über Paget in Wien, der „kein Adler und nebenbei faul“ sei, sowie über Karolyi in London, der „vollständig hirnweich und außerdem immer auf Urlaub“ wäre. Herbert bemerkte darauf: Das Ergebnis der Besprechungen zwischen White und Blanc könne ja direkt durch Salisbury an Kalnoky übermittelt werden; es möge zwischen der Dreiergruppe und dem Sultan „etwa eine ähnliche, zu wenigem verpflichtende Abmachung getroffen werden, wie sie zwischen Spanien und Italien, mit Österreich und uns im Hintergrunde (s. o. S. 665) bestände, ein pactum de contrahendo“; man könne dabei Italien vorschieben, das sich dadurch in seiner Eitelkeit geschmeichelt fühlen würde; es komme nur darauf an, dem Sultan eine geschriebene Abmachung zu geben, wenn sie gleich noch so nichtssagend sei, unterzeichnet durch ihn (den Sultan) und vielleicht den italienischen Botschafter, ohne die Zuziehung von türkischen Ministern. Auch hierzu nickte Salisbury beistimmend.

Das ist der Ursprung des sog. Balkandreibunds, der etwa ein Vierteljahr später zustande kam; die Idee zu ihm, wie bereits zur Mittelmeerentente vom Frühjahre, stammte von Bismarck. Es waren recht gewundene und seltsam verschlungene Wege, die er einschlug; aber sie führten alle zu einem Ziel hin: zum Frieden! Um ihn zu erhalten, ließ er die Staaten und die Menschen wie die Marionetten tanzen; sie unterlagen seiner Suggestion, indem er sie mit sicherer Hand an steilem Abhang dahingeleitete, während sie selbst im Nebel tappten und aus dem Weg nicht klug wurden, den er sie führte. So auch erging es jetzt dem Sultan und Kalnoky. Bismarck hatte Salisbury empfohlen, die Mächte des Mittelmeervertrags der Türkei zu nähern; und sofort trat er selbst dafür in Konstantinopel ein, indem er der Pforte den Rat zur Anlehnung an die Dreier-Gruppe erteilte; zur selben Zeit (Ende August) erklärte er jedoch, wie wir berichteten, sein grundsätzliches, obwohl stark verklausuliertes Einvernehmen mit der Mission Ehrenroth. Das konnte man sich am Goldenen Horn nicht zusammenreimen und augenscheinlich auch nicht in Wien, wohin man sich von dort mit der Bitte um Aufklärung solchen Rätsels wandte. Als sich nun Kalnoky seinerseits in Berlin erkundigte, erhielt er den Bescheid, es sei doch nicht anzunehmen, der Sultan könne die Mahnung zu einer allgemeinen Orientierung seiner Politik im Sinne tunlichsten Zusammengehens mit Österreich, England und Italien für unvereinbar mit der Befürwortung eines russischen Vorschlages in einem Spezialfalle erachten, wie das die bulgarische Angelegenheit sei: „In dem einen wie in dem andern

Falle ist unser Verhalten bedingt durch den Wunsch der Bewahrung des Friedens. Wir wünschen und erstreben, daß der Friede durch das Verhalten des Koburgers nicht gestört werde, eventuell aber — wenn er doch gestört werden sollte, — daß alsdann möglichst viele Mächte auf seiten Österreichs stehen. Die Gruppe zu dreien bildet nach der Auffassung des Herrn Reichskanzlers die Reserve für den Fall, daß es wirklich zum Schlagen kommt. Dies zu verhüten, ist aber die nächste Aufgabe unserer Politik.“ Wenngleich diese Unterscheidung an sich plausibel war, so leuchtet es doch ein, daß zwei so entgegengesetzte Tendenzen, wie Unterstützung Rußlands in Bulgarien, und Hinüberschieben der Pforte zu den genannten drei anderen Mächten auf den ersten Anblick zunächst allerdings „inkompatibel“ erscheinen mußten, und hätte man in Petersburg davon Kenntnis gehabt, so hätte man das Verfahren des Kanzlers gewiß nicht als im Einklange mit dem Geiste des Rückversicherungsvertrags befindlich betrachtet. Zunächst jedoch setzte er unentwegt dieses Doppelspiel fort. Im September machte Kalnoky einen Besuch in Friedrichsruh; wir wissen darüber nur, daß er von dort mit dem Eindrucke schied, mit einer gewissen Unterstützung der russischen Ansprüche in Bulgarien durch Deutschland rechnen zu müssen, und ausdrücklich erklärte Bismarck zum Ende des Monats, Deutschland selbst sei mit vitalen Interessen am Ausgang der Balkanfrage nicht beteiligt und müsse es daher den ihm befreundeten Mächten überlassen, sich für den Fall einer Krise über eine gemeinsame Haltung zu verständigen. Und für eine solche plädierte er nach Kräften. Am 8. August hatte in Italien Crispi das Präsidium des Ministeriums und das Portefeuille des Auswärtigen übernommen. Durch ihn gewann die römische Außenpolitik einen Zug kräftiger Offensive. Mitte September drängte er in Wien zu energischerem Auftreten der Mittelmeervertragsmächte betreffend Bulgarien; am liebsten hätte er sogleich zwischen ihnen eine Militärkonvention abgeschlossen. Aber davon wollte Salisbury nichts wissen; sowohl an der Themse wie auch an der Donau fand man das Vorgehen des „noch etwas unerfahrenen“ Ministers allzu stürmisch und unbedacht, und sein britischer Kollege ermahnte ihn zur Vorsicht. Anders Bismarck; er meinte, es liege ohne Zweifel im Interesse Englands, „seine Beziehungen mit Österreich und Italien noch enger zu knüpfen und den Anregungen des Herrn Crispi entgegenzukommen“. Eben damals besuchte die britische Mittelmeerflotte, auf der sich der Herzog und die Herzogin von Edinburg, sowie der Prinz von Battenberg befanden, Venedig, Triest und die dalmatinischen Häfen; es kam dabei zu Kundgebungen einer politischen Verbrüderung, die einen lauten Widerhall in der Presse der drei Länder erweckten. Die „Times“ schrieben: man könne sich leicht Eventualitäten denken, für welche die Allianz mit Österreich und Italien von höchster Wichtigkeit für Großbritannien sein würde; England wünsche nichts Besseres, als freundliche Beziehungen mit allen seinen Nachbarn aufrechtzuerhalten; allein das Wohlwollen Italiens und Österreichs könne leichter gewahrt und gesichert werden, als das etlicher ihrer Nachbarn, während es unter gewissen Umständen von unendlicher Wichtigkeit für England sein dürfte. Ein englisch-österreichisch-italienisches Bündnis lag somit für die öffentliche Meinung gewissermaßen bereits in der Luft.

Unverkennbar arbeitete Bismarck, dem neuen italienischen Ministerpräsidenten sekundierend, auf das Zustandekommen einer ausgesprochen antirussischen Balkankoalition hin, von der sich Deutschland freilich fernhalten sollte. Aber es war die Frage, ob ihm dieses Lavieren auf die Dauer gelingen, ob ihn nicht der Fortgang der Ereignisse doch zwingen würde, Farbe zu bekennen. Das ließ sich anscheinend um so weniger vermeiden, als sich um dieselbe Zeit das deutsch-russische Verhältnis an und für sich wieder schärfer zuspitzte. Kannte man auch in Petersburg das verdeckte Spiel Bismarcks keineswegs auch nur annähernd in seinem ganzen Umfange, so mußte man doch so viel merken, daß man darin, woran dem Zaren zuvörderst persönlich am meisten lag, in der bulgarischen Angelegenheit, nicht viel weiterkam, daß somit den Hoffnungen, die man gerade in dieser Hinsicht auf den Rückversicherungsvertrag gesetzt hatte, geringe Aussicht auf Erfüllung winkte. Und schon bei seinem geheimen Charakter konnte er nicht dazu beitragen, die öffentliche Meinung in Rußland zugunsten Deutschlands zu beeinflussen; trotz des Todes von Katkow (1. August) rückte diese immer weiter von Deutschland ab, und immer gehässiger wuchs die Saat empor, die jener in dem letzten Jahre seines Lebens ausgestreut hatte. Die „Moskauer Zeitung“ schlug auch weiterhin dieselbe Tonart an, wie er, und die gesamte russische Presse wurde ihr Widerhall, ohne daß dagegen eine Remedur von oben stattfand. Es hatte im Gegenteil das Aussehen, als ob von allerhöchster Stelle her diesem Treiben Vorschub geleistet würde. Panslawismus und Chauvinismus reichten sich mehr, als je zuvor, brüderlich die Hand, und ihre gemeinsame Agitation wurde von oben her ostentativ gefördert. Je länger, um so mehr, bauten sich im Volksgeist unübersteigliche Schranken zwischen Rußland und Deutschland auf, während sich die Fäden zwischen den beiden Nachbarreichen Deutschlands im Westen und im Osten immer enger spannen.

Eben dafür war besonders wirksam eine neue Reise, die der oberste aller französischen Hetzprediger, Paul Déroulède, im August und September 1887 in Rußland unternahm; überall bereiteten ihm die panslawistischen Kreise begeisterte Ovationen. Alsbald, im Anfang, am 1. August, hielt er in Nishnij Nowgorod eine feurige Rede: Rußland und Frankreich seien gleichsam ein Liebespaar, möglicherweise bereits Braut und Bräutigam. „Vielleicht sind sie sogar schon getraut, aber heimlich. Wir wissen es nicht. Nur eines steht für mich fest, daß die erste Frucht ihrer gegenseitigen Liebe Sieg sein wird.“ Der Zivilgouverneur, General Baranow, und der Vizegouverneur, Nekliudow, antworteten ihm mit gleichem Überschwange. In ganz Europa erregten diese Demonstrationen ungeheueres Aufsehen; die deutschen Zeitungen hallten wider von Entrüstung. Schweinitz legte in seinen Berichten diesen Vorgängen zunächst geringe Bedeutung bei. Seiner Ansicht nach wurden sie im Ausland mehr bemerkt, wie in Rußland selbst: die wichtigsten Organe hätten sich damit nicht in Leitartikeln, sondern nur in Feuilletons beschäftigt und geradezu ausgesprochen, „daß Rußland sich mit den agitatorischen Elementen der französischen Republik auf nichts einlassen wolle“; das sei eine förmliche Absage an die chauvinistische Demokratie Frankreichs, und gerade die hervorragenden franzosenfreundlichen russischen Politiker hätten sich von diesen Ovationen und Kundgebungen geflissentlich ferngehalten.

Die ganze Fahrt Déroulèdes sei spurlos verlaufen. Anders sah Bismarck die Sache an. Am 29. August, also gerade zu der Zeit, als die Frage der russisch-türkischen Intervention in Bulgarien spielte, ließ er einen Erlaß an Schweinitz ergehen, worin er seinem Erstaunen über die harmlose Auffassung des Botschafters Ausdruck gab. Er wies diesen nicht nur an, die russische Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß ein polnischer, ungarischer oder bulgarischer Russenfeind im Stile Déroulèdes sofort aus Deutschland ausgewiesen würde, sondern knüpfte auch daran Bemerkungen von großer aktueller Tragweite: Der Umstand, daß die russische Regierung dieses Kokettieren mit Frankreich dulde, deute in Verbindung mit der Tatsache, daß Frankreich noch einige Jahre zur Vollendung seiner Rüstungen brauche, darauf hin, daß zwischen beiden Staaten geheime Verträge für den Fall der Kriegsbereitschaft Frankreichs existierten; daher könne Deutschland die russische Hetzerei nicht gleichgültig sein, und es müsse Konsequenzen daraus für seine momentane Politik ziehen, indem es sich z. B. in der bulgarischen Frage mehr an Österreich, England und Italien anschließe. Wir erinnern uns daran, daß jetzt eben die russisch-türkische Aktion betreffend die Regentschaft Ehrenroths zu laufen begann; die Haltung, die Bismarck dazu einnahm, wurde also bereits durch diese Dinge mitbestimmt, und deren weitere Entwicklung war, wie wir noch erfahren werden, durchaus dazu angetan, ihn darin zu bestärken. Trotz seiner milden Ansicht von der Reise Déroulèdes mußte auch Schweinitz anerkennen, daß die Reserve, welche die maßgebenden Personen und Zeitungen der franzosenfreundlichen Richtung dabei geflissentlich zur Schau trügen, weit davon entfernt sei, als ein Symptom des „Abbrechens der seit Jahresfrist stärker hervorgetretenen Annäherung Rußlands an Frankreich" gelten zu dürfen. Er fand vielmehr, „daß die Allianzbestrebungen gerade hierdurch praktischer Ausführbarkeit näher gerückt worden sind": Ziemlich allgemein würde zugegeben, daß Rußland, indem es die der Pariser Regierung unbequemen Hitzköpfe abweise, ihr selbst gern die Hand reichen werde, sobald sie stark und stabil sei; die republikanische Staatsform Frankreichs erscheine jetzt nicht mehr als ein so großes Hindernis für ein offizielles russisch-französisches Einverständnis, wie noch vor anderthalb Jahren. Zwar glaubte der Botschafter nicht, daß der Zar bewußt auf ein derartiges Ziel hinsteuerte; aber er zog in Betracht, daß die Bewegung so anschwellen könnte, daß ihr der Herrscher gegebenenfalls keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen vermöchte. Und selbst an der persönlichen Zuverlässigkeit Alexanders III. durfte man alsbald zweifeln, denn an seinem Namenstage (11. September) erhielten Nekliudow, der in Nishnij Nowgorod so unliebsam hervorgetreten war, und der Pressechef Feoktistow, die Seele der journalistischen Treibereien gegen Deutschland, hohe Dekorationen.

Unaufrichtig und gefährlich erschien unter diesen Umständen die russische Politik; die Spannung nahm einen geradezu unerträglichen Charakter an, und zwar nicht nur wegen des Zeitungskrieges. Systematisch ging man in Rußland auch gegen alles Deutsche als solches vor. In den baltischen Provinzen wurden gegen Deutschtum und Luthertum die schärfsten Maßregeln ergriffen. Im Frühjahr war ein Ukas erlassen worden, demzufolge in den westlichen Provinzen Grund-

eigentum nur noch an russische Staatsangehörige vererbt oder verkauft werden durfte; von den dadurch in Mitleidenschaft gezogenen Ausländern waren rund neunzig Prozent preußische Untertanen; er war also in erster Reihe gegen Deutschland gerichtet. Zur Vergeltung dafür wurde hier im Laufe des Sommers und Herbstes in der Presse, zumal in den offiziösen Blättern, ein heftiger Feldzug gegen die russischen Werte geführt; er hatte zur Folge, daß Hunderte von Millionen den deutschen Markt verließen; „sie suchten Unterkunft in Frankreich, und auch mit dieser Bewegung wurde dort und in Rußland Stimmung gemacht". Ende September fanden bewegliche Aussprachen über das allgemeine Zerwürfnis zwischen Herbert Bismarck und dem russischen Geschäftsträger, dem Grafen Murawiew, in Berlin, sowie in Petersburg zwischen Giers und Bernhard von Bülow statt; es wurde den russischen Staatsmännern neben der Pressehetze insonderheit die Nichtbestrafung Baranows und die Auszeichnung Nekliudows und Feokistows vorgehalten. Sie verschanzten sich hinter der Ausrede, daß diese soeben ihrer Anciennität halber an der Reihe gewesen wären; es wurde ihnen erwidert, das Beleidigende und Herausfordernde für Deutschland liege eben darin, daß jene Beamten, anstatt rektifiziert zu werden, in der üblichen Alterstour dekoriert worden wären, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, daß dadurch in Deutschland Verstimmung erregt werden mußte: die öffentliche Meinung hierselbst sei dadurch so aufgebracht, daß ihr die Reichsleitung in ihrer politischen Haltung Rechnung zu tragen nicht umhin könne; daher werde es in Zukunft schwer werden, „alle russischen Wünsche mit derselben Bereitwilligkeit, wie bisher, zu unterstützen". Murawiew konnte darauf nur entgegnen, er hätte nicht geglaubt, daß solche Vorkommnisse in Berlin so wirken würden. Giers stand bei seiner Auseinandersetzung mit Bülow bereits unter dem Eindruck des Berichtes, den Murawiew über sein Gespräch mit dem Grafen Bismarck erstattet hatte, und schlug von Anfang an einen „etwas kleinlauten Ton" an. Er gab ohne weiteres zu, daß die deutschen Beschwerden im großen und ganzen berechtigt waren, und plädierte im einzelnen für mildernde Umstände. Er ergoß sich, wie gewöhnlich bei solchen Gelegenheiten, in bitteren Klagen über seine eigene Isoliertheit und vorzugsweise über die Umtriebe seines Kollegen vom Innern, des Grafen Tolstoi: „Den gebe ich Ihnen preis; er ist abscheulich." Die Frage, warum der Zar solchem Unwesen nicht Einhalt tue, beantwortete er mit dem Hinweis auf dessen bekannte Passivität, zumal gegenüber der Presse; er fügte hinzu: der Kaiser wisse sehr wohl, daß die russische Publizistik auf den Krieg und den Sturz alles Bestehenden hinarbeite, daß die antideutsche Partei es letzten Endes auf die Beseitigung seines Thrones und jedenfalls auf die Beschränkung seiner Macht abgesehen hätte; aber er meine, immer noch rechtzeitig genug halt gebieten und Ordnung schaffen zu können: „Bin ich nicht mehr der Herr? Bin ich nicht mehr stark genug? Wenn ich will, so brauche ich nur mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, und der ganze Lärm hört auf." Zwar sei der Zar, das verhehlte Giers nicht, von dem Eifer geschmeichelt, mit dem ihm die Franzosen den Hof machten: „Sie laufen ihm nach, mit Kölnischem Wasser in der Hand, und erbitten von ihm als eine hohe Ehre die Erlaubnis, ihm — den Rücken einzureiben." Aber er achte sie weder, noch liebe er sie, noch auch sei er

ein Feind der Deutschen; er sei von der Überzeugung durchdrungen, daß zwischen Deutschland und Rußland keine Interessenkonflikte beständen, und wolle in seinem Gewissen nichts anderes als die traditionelle Entente mit Preußen, wenngleich er das öffentlich nicht recht zeige; einen Krieg mit Deutschland betrachte er als „Dummheit, Verbrechen und Tollheit“. Die französisch-russischen Beziehungen seien jetzt recht gut, die Franzosen seien den Russen in allem zu Willen, Rouvier und Flourens seien vortreffliche und vernünftige Leute; aber auch für den Kaiser sei das Einvernehmen mit Deutschland nach wie vor der Angelpunkt aller Politik; er wolle keine Allianz mit Frankreich, sein Zusammengehen mit Frankreich gegen Deutschland sei ganz undenkbar, dazu werde es niemals kommen. Als Bülow den Minister dabei scharf ansah, wiederholte dieser mit dem Akzent der Überzeugung: „Ich lasse mir von Ihnen dafür den Kopf abschneiden, daß der Kaiser Alexander nie, nie den Arm gegen den Kaiser Wilhelm, gegen dessen Sohn und Enkel erheben wird.“ Mehrfach schon, damit schloß Giers, habe er um seine Entlassung gebeten, sie sei ihm indes immer abgeschlagen worden: „Diesmal werde ich Seiner Majestät aber ernstlich sagen, daß ich unmöglich länger seine auswärtige Politik ausführen kann, wenn er nicht im Innern besser Ordnung hält.“

Das klang ja recht troststreich und verheißungsvoll; aber es waren, wie Bülow meinte, zwei Möglichkeiten vorhanden: Entweder Giers suchte Deutschland zu täuschen und hinzuhalten, bis es mit den Franzosen aneinandergeriet, oder bis die Russen ihre militärische Reorganisation beendigt hätten, was wohl noch drei bis vier Jahre in Anspruch nehmen konnte. Oder er war aufrichtig bestrebt, Frieden und Freundschaft mit Deutschland zu erhalten, war aber nicht imstande, gegenüber der Stimmung in Rußland und den Eigentümlichkeiten des Zaren der russischen Politik den von ihm gewünschten und angestrebten Kurs zu geben. Schon daraus, daß der erste Teil dieser Alternative ausgesprochen werden konnte, erhellt aufs neue, wie niedrig schon damals der Wert des Rückversicherungsvertrages auch für Deutschland hier selber eingeschätzt wurde. Bülow hielt die zweite Annahme für die weitaus wahrscheinlichere, und Bismarck stimmte ihm darin zu. „Meines unvorgreiflichen Erachtens,“ so resolvierte sich der deutsche Geschäftsträger am Ende seines Berichtes, „laviert Herr von Giers gegenwärtig zwischen uns und Kaiser Alexander, wie Kaiser Alexander laviert zwischen seinem Minister des Äußern und der [hier ergänzte Herbert Bismarck: ‚Angst vor der von ihm zugelassenen‘] öffentlichen Meinung seines Landes.“ Aber das war die schwerwiegende Frage, um die sich alles drehte, ob aus dem „Lavieren“ sowohl des Ministers als auch seines Herrschers etwas Gutes entspringen würde. Giers selber mußte ja immer wieder eingestehen, wie unglücklich seine Stellung war. Schweinitz hatte sie einige Wochen zuvor mit den treffenden Worten gekennzeichnet: „Herr von Giers hat weder gesellschaftlich, noch persönlich, noch amtlich Aszendant bei seinen Kollegen und übt weder im Ministerkomitee, noch im Reichsrat Einfluß aus; er kann also weder im Finanzministerium vexatorische Maßregeln gegen die Deutschen, noch in dem des Innern die Anfeindung derselben durch die Presse oder ihre Beraubung durch die Fremdengesetze verhindern; ebensowenig findet er beim Kriegsministerium Schutz gegen die Generale, welche, sei es als Truppenkommandeure, sei es als

hohe Verwaltungsbeamte, seiner vom Monarchen gebilligten Politik direkt entgegenarbeiten." Besser war ja offenbar sein Verhältnis zum Zaren, wie schon daraus zu ersehen war, daß dieser wiederholt seine Demission verweigert hatte; Giers selbst erzählte Bülow, der Kaiser schenke ihm sein volles Vertrauen, wolle ihn nicht gehen lassen und rede mit ihm, wie mit einem seiner Familienangehörigen. Aber er seufzte doch darüber, daß Alexander nichts dafür tue, um seine Position vor der Welt zu festigen und zu heben, und so war es ihm natürlich nicht möglich, diejenige Autorität zu gewinnen, die nötig gewesen wäre, um der Agitation Zügel anzulegen. Und diese fand in den inneren Verhältnissen des Riesenreiches genug Gelegenheit, die allgemeine Unzufriedenheit zu schüren, in der allgemeinen Verwaltung, in den Zuständen des Finanzwesens, der Justiz und des Unterrichts. „Die große Masse der Malkontenten," darüber machte sich Giers gar keine Illusionen, „sieht keinen anderen Ausweg aus den sie bedrückenden Zuständen als eine gewaltsame Explosion, und dieser Stimmung trägt die Presse Rechnung": daher trachte diese danach, die schon vorhandene Erregung bis zum Äußersten zu steigern, in der Hoffnung, die Regierung werde schließlich ihren Ausweg in einem Kriege suchen, und ein solcher werde dann Reformen im Innern in seinem Gefolge haben. Das wurde denn auch von den Führern der Deutschfeinde offen ausgesprochen: „Wir wollen den Krieg mit Deutschland, weil der Zar nach diesem Kriege wird Konzessionen im Innern machen müssen, wie Alexander II. nach dem Krimkriege, Kaiser Franz Josef nach 1859 und 1866." Ihr Plan war ein sehr einfacher: zunächst einerseits künstlich die Gemüter gegen Deutschland zu erbittern und für die französischen Republikaner zu begeistern, andererseits in Paris der Revanchepartei Mut zu machen und sie Deutschland auf den Leib zu hetzen: war erst der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland da, so bedurfte es bei der aufgepeitschten Leidenschaft der Massen nur noch einiger Straßen- oder Militärdemonstrationen, um den Zaren zum Anschluß an Frankreich zu bringen. Dabei war es ihnen nicht einmal um den Sieg zu tun; sondern sie erwarteten eine Niederlage, „um dann um so sicherer im Innern zu ihrem Ziele, dem Sturz des autokratischen Systems, zu gelangen". Nun war ja Giers jetzt gewillt, durch endgültige Androhung seiner Demission diesen Wühlereien ein Ende zu bereiten; aber der Zar weilte zur Zeit in Fredensborg, und von schriftlichen Vorstellungen versprach er sich keinen Erfolg. So wollte er denn die Rückkehr seines Souveräns benutzen, um auf ihn mündlich einzuwirken. Ob er damit Erfolg haben würde, das war schon an und für sich zweifelhaft, und das um so mehr, als, wie wir alsbald hören werden, Alexander III. während seines Aufenthaltes in Dänemark Einflüssen ausgesetzt war, die geeignet waren, ihn zum völligen Bruche mit Deutschland zu treiben.

Was nützten unter diesen Umständen dem Kanzler alle Versicherungen und Beteuerungen von Giers? Man muß zugestehen, daß die Lage so beschaffen war, daß er mit tiefster Besorgnis in die Zukunft schauen und damit rechnen mußte, daß der Gang der Dinge den Krieg bringen würde. Keineswegs verzweifelte er daran, den Frieden noch zu retten, und er war entschlossen, dafür das Menschenmögliche zu tun; aber er mußte das Ruder auch so einstellen, daß für den Kriegs-

fall vollauf gesorgt war. Dafür gab es kein besseres Mittel, als mit der „Reserve“ Ernst zu machen, an deren Aufstellung er in den letzten Wochen bereits gearbeitet hatte, nämlich der Ausgestaltung der Mittelmeerentente zu einem „Balkandreibunde“, und dafür kam ihm der Eifer gut zustatten, den in dieser Richtung der neue italienische Ministerpräsident Francesco Crispi entfaltete. Bei dem gleichen Ziel, das die beiden Staatsmänner also verfolgten, fühlten sie das Bedürfnis nach einer persönlichen Aussprache, und diese fand statt gelegentlich eines mehrtägigen Besuches Crispis in Friedrichsruh vom 1. Oktober an. Bismarck entwickelte vor seinem Gaste die bekannten Grundsätze seiner allgemeinen und seiner Orientpolitik: Sein Hauptwunsch sei die Erhaltung des Friedens, den Rußland und Frankreich zu stören trachteten, doch fürchte er auch den Krieg nicht, wenngleich er ihn beklage; denn Deutschland sei stark in seiner Rüstung und stütze sich auf den Dreibund. Rußland dagegen sei seiner Truppen nicht sicher, revolutionär zersetzt, und Polen sei sein schwacher Punkt. Alexander III. wolle den Krieg nicht, und käme es doch dazu, so würde er ihn schwerlich in der Weise beginnen, daß er in Bulgarien einmarschiere. Für Deutschland sei dieses Land ganz gleichgültig; in einen Krieg, der darüber entstünde, würde jenes nur eingreifen, wenn Frankreich mit losbräche; es mache auch wenig aus, ob die Russen Konstantinopel bekämen, da sie sich damit nur schwächen würden.

Das waren Eröffnungen, die eigentlich auf den Italiener einen abkühlenden Eindruck machen mußten; aber Bismarck wollte eben von vornherein keinen Zweifel darüber lassen, daß er für einen Balkankrieg an sich und daher auch für ein Balkanbündnis nicht zu haben war, daß er den Degen nur gegen Frankreich und für Österreich bloß im Falle eines russischen Angriffes ziehen würde. Aber die Möglichkeit war nicht abzuweisen, daß die Offensive von den Österreichern ausgehen könnte, und er wollte ihnen Alliierte auch dafür besorgen; eben deshalb und zur Sicherung gegen Rußland überhaupt betrieb er den engeren Zusammenschluß der Dreiergruppe. Crispi bot ihm dazu die Hand, indem er sich auf den Standpunkt der Notwendigkeit einer aktiven Balkanpolitik seines Vaterlandes stellte: Niemals dürfe Rußland nach Stambul gelangen; denn es wäre dann Herr des Mittelmeeres und könnte leicht die Seetüchtigkeit Griechenlands ausnützen, mit dem es durch religiöse Bande verknüpft sei. Der Besitz Konstantinopels würde Rußland nicht schwächen, vielmehr seiner erweiterten Macht in Europa eine Basis schaffen, welche dem großen Reiche die Herrschaft über Orient und Europa zugleich geben würde: um diese Gefahr abzuwenden, müsse Italien in den Bahnen der Cavourschen Politik von 1854, die sich im Krimkriege zum Anschluß an England und Frankreich entschied, auch jetzt noch verharren. Es gehe die Italiener nichts an, wer in Bulgarien regiere, ob Alexander von Battenberg oder Ferdinand von Koburg; wohl aber hätten sie ein Interesse daran, daß der Frieden nicht gestört würde, und dieser würde gestört, wenn die Russen jetzt Ferdinand durch die Entsendung Ehrenroths verdrängen wollten, da sich Ferdinand und die Bulgaren diesem mit den Waffen widersetzen würden. Das Osmanische Reich sei in der Auflösung begriffen, plötzlich könne die Aufteilung beginnen, und Rußland würde dann nicht zögern, den letzten Schlag zu führen und zuzugreifen; niemals jedoch

dürften die Mächte dulden, daß sich Rußland der Türkei bemächtige. Um dem vorzubeugen, gebe es zwei Mittel, eine enge Vereinigung der Mächte, um die Pforte von Rußland abzuziehen, zu stärken und, wenn es not tue, sie zu verteidigen oder, wie es in den Intentionen der Politik Kalnokys liege, lokale Autonomien auf der Halbinsel zu schaffen, d. h. deren andere Länder, „wie Mazedonien, Albanien, Altserbien usw., mit Wahrung ihrer Selbständigkeit in derselben Weise zusammenzufügen, wie Rumänien, Bulgarien und die anderen Balkanstaaten". Crispi erklärte, er sei mit dieser Idee grundsätzlich einverstanden, wisse jedoch nicht, wie Kalnoky sie zu verwirklichen gedenke; er deutete damit an, daß er der ersten Alternative, d. h. der Stiftung eines Bundes, dessen Objekt der Balkan unter Einschluß der Pforte in irgendwelcher Art sei, den Vorzug gebe. Alle die Möglichkeiten wurden erörtert, welche den Zusammenbruch des Osmanischen Reiches heraufzubeschwören vermochten, sei es wegen seiner finanziellen Lage, sei es im Gefolge eines Krieges mit Rußland; Crispi erklärte es für praktisch, sich über diese Eventualität klar zu werden, damit man nicht überrascht werde, wenn eine Katastrophe solcher Art über Nacht ausbreche. Bismarck antwortete darauf: „er erfasse vollkommen diesen Gedanken und rate ihm, sich darüber direkt mit Österreich-Ungarn zu verständigen, das in der Orientfrage die italienischen Gesichtspunkte teile; er gebe dazu im voraus seine Genehmigung. In jeder Hinsicht entfaltete Crispi die höchste Energie; er brachte eine deutsch-italienische Militärkonvention gegen Frankreich zur Sprache, indem er die Notwendigkeit der Aufstellung nicht nur eines gemeinsamen Verteidigungs-, sondern auch Angriffsplanes hervorhob; dabei wurden die aus der geographischen Lage entspringenden Schwierigkeiten einer militärischen Kooperation beider Reiche berührt und verabredet, daß der Kanzler beim Kaiser die Ermächtigung nachsuchen sollte, das Problem durch die militärischen Instanzen prüfen zu lassen.

Das Hauptergebnis der Besprechungen Bismarcks und Crispis bestand darin, daß einmal der Dreibund insofern gestärkt wurde, als unter dem Einfluß, den jener auf diesen ausübte, Italien, wie der italienische Ministerpräsident bald nachher äußerte, in ein ebenso festes Einvernehmen mit Österreich trat, wie es schon zwischen diesem und dem Deutschen Reiche bestand, und daß ferner der Grund zu einem engen Zusammenhalten zwischen den Mittelmeervertragsmächten in der Balkanfrage unter Annäherung an die Pforte gelegt wurde. Crispi schied aus Friedrichsruh mit dem Eindrucke: Was die orientalischen Angelegenheiten betreffe, so müsse man trachten, dem Sultan endlich besonderes Vertrauen zu Österreich, England und Italien einzuflößen, und dazu sei es notwendig, auf Englands lebhaftere Mitwirkung hinzuarbeiten. Es müßten alle Mittel versucht werden, den Frieden zu erhalten; sollte aber Rußland gegen die Türkei militärisch vorgehen oder in Bulgarien einrücken, so könne das Österreich ebensowenig ruhig mit ansehen, wie Italien, und in dem Fall, so erklärte Crispi bald nachher, würde Italien, ohne sogar einen Einmarsch der Russen in Bulgarien abzuwarten, schon bei einem Angriff auf die Türkei oder Österreich bereit sein, Österreich sofort 100 000 bis 200 000 Mann zur Verfügung zu stellen. Aber das war eine Sache, die nur die Dreiergruppe, d. h. Österreich, England und Italien, anging; wenn Rußland

auf der Mission Ehrenroth bestünde, und die Türkei diesen Vorschlag zu dem ihrigen mache, das betonte der Kanzler vor Crispi, würde Deutschland das Petersburger Kabinett unterstützen. Er gab indessen seiner Meinung dahin Ausdruck, daß dabei doch nichts herauskommen würde; er ließ Italien und Österreich ganz und gar freie Hand in der Balkanfrage: „Was die Dinge im Orient betrifft, so verständigen Sie sich mit dem Grafen Kalnoky; erwägen Sie mit ihm, beschließen Sie mit ihm; alles auf den Orient Bezügliche kann Gegenstand eines besonderen Vertrages [d. h. zwischen Österreich, Italien und England] werden." Im äußersten Falle sollte die Dreiergruppe jedoch immer auf Deutschlands Beistand zählen dürfen: wenn der Frieden im Orient gestört werden sollte, das stellte er Crispi mit Bestimmtheit in Aussicht, so würde Deutschland die Nachhut seiner Verbündeten bilden. Dabei ging er natürlich von der Annahme aus, daß nicht nur eine eventuelle Koalition Englands, Österreichs und Italiens, zumal unter Beitritt der Pforte, Rußland gewachsen sein würde, so daß die Teilnahme Deutschlands am Kriege nur bei dem dann recht unwahrscheinlichen Eingreifen Frankreichs erforderlich wäre, sondern daß sie auch genüge, um Rußland in den Schranken zu halten, auf daß es ruhig bleibe. Denn alle diese verwickelten, scheinbar einander zuwiderlaufenden Züge seiner Politik hatten nur einen Zweck, den Frieden zu bewahren; das sagte er dem Italiener rund heraus, und dieser hatte dafür vollkommenes Verständnis. Als Crispi, aufgefordert, sich in ein Album für die Gäste in Friedrichsruh einzutragen, die Worte niederschrieb: „Dem Heim der Vaterlandsliebe, in dem man über den Frieden Europas wacht, dies zu meinem Angedenken. 2. Oktober 1887", rief Bismarck feierlich: „Ew. Exzellenz haben meine Absichten richtig aufgefaßt. Ich arbeite für die Erhaltung des Friedens und lebe für nichts anderes . . . Wir haben genug für den Krieg getan; wirken wir jetzt für den Frieden, und wirken wir vereint!"

Neunundzwanzigstes Kapitel.

Der Berliner Zarenbesuch und die Stiftung des Balkandreibundes.

Ende 1887.

Die Erhaltung des Friedens war das hohe Ziel, das Bismarck unverwandt im Auge hatte und das er, wenngleich auf seltsamen und schwer übersehbaren Wegen immer wieder zu erreichen trachtete. Und er gelangte auch wirklich dahin, wiewohl es gerade jetzt eine Zeitlang schien, als ob sich die Hindernisse so hoch auftürmten, daß es nicht mehr möglich sein würde, sie zu überwinden.

Zunächst trat das ein, was Bismarck Crispi vorhergesagt hatte, daß aus der Mission Ehrenroth und der türkischen Unterstützung der russischen Vorschläge nichts werden würde. Noch einmal präzisierte das Petersburger Kabinett seine Anträge in dieser Hinsicht; es stellte (4. Oktober) das bescheidene Ansinnen, „die Pforte möge darauf hinarbeiten, eine europäische Konferenz zur Regelung der bulgarischen Frage zustande zu bringen". Aber schon vier Tage später konstatierte der russisch-offiziöse „Nord" in Brüssel die Erfolglosigkeit der russisch-türkischen Verhandlungen über die bulgarische Frage, und tatsächlich war von der Sendung des finnischen Generals in der Folgezeit nicht mehr die Rede. Ferdinand I. behauptete sich in seiner Stellung, und alle Umtriebe, Verschwörungen und Unruhen, mit denen die neue Ordnung der Dinge in Bulgarien unter russischer Anzettelung und Ägide bekämpft wurde, blieben erfolglos. Die stille Minierarbeit der Botschafter der Dreiergruppe unter Assistenz Deutschlands hatte inzwischen am Goldenen Horn ihr Werk getan; wir werden ihr Ergebnis alsbald kennenlernen. Rußland konnte nicht mehr darüber im unklaren sein, daß es auf dem Balkan mit der geschlossenen Gegnerschaft Österreichs, Englands und Italiens zu rechnen habe, wogegen selbst eine Unterstützung durch Deutschland, vorausgesetzt, daß sie überhaupt, zumal in kräftiger und rückhaltloser Weise, gewährt wurde, nicht viel zu helfen vermochte. Darauf deuteten ja bereits die Auslassungen in der Presse der genannten drei Länder hin, von denen wir früher sprachen, und auf der Rückreise von Friedrichsruh empfing Crispi in Frankfurt einen Vertreter der „Frankfurter Zeitung", dem er offen erklärte: Italien habe, wie sämtliche Staaten Europas, allen Grund, Rußlands Vordringen bis Konstantinopel zu fürchten; das Mittelländische Meer dürfe kein russischer See werden; die Bulgaren und ihre Unabhängigkeit hätten Italiens volle Sympathie. Schon der Umstand, daß der italienische Ministerpräsident vor aller Welt eine solche Sprache

nach mehrtägigem Besuch bei Bismarck führte, war ein unverkennbares Symptom dafür, daß auch dieser, um es mild auszudrücken, mehr im Lager der Dreiergruppe als in dem Rußlands stand. Immerhin wurde er in eine peinliche Situation versetzt, wenn die Russen jetzt mit Energie von ihm die Erfüllung seiner Versprechungen vom Sommer forderten; das taten sie jedoch nicht. Noch am 6. Oktober notierte Crispi in seinem Tagebuch: „Rußland besteht auf der Mission Ehrenroth, der es gern eine Dauer von sechs Monaten geben möchte, und verlangt, daß die Türkei sie selbst vorschlage. Es ist aber dagegen, Zwangsmaßregeln anzuwenden.“ Schon zwei Tage nachher ließ die Petersburger Regierung öffentlich feststellen, daß die russisch-türkischen Verhandlungen über Bulgarien gescheitert waren; Zwangsmaßregeln aber wollte sie nicht anwenden; d. h. sie wollte Schritte vermeiden, die zum Kriege führten; sie mußte schon am Barometerstande in Konstantinopel sehen, daß auf der Gegenseite eine große Energie entwickelt wurde.

Noch war der Sultan nicht für die Dreiergruppe gewonnen oder gar endgültig festgelegt; aber so viel hatten ihre Diplomaten am Goldenen Horn doch bereits fertig gebracht, daß er sich gegen die russischen Wünsche sperrte, und untereinander waren sie nicht nur vollkommen einig, sondern sie hatten, der Bismarckschen Anregung folgend, bereits einen Entwurf zu einer Verständigung speziell über den Balkan ausgearbeitet und formuliert. Er enthielt acht Punkte:

1. Erhaltung des Friedens unter Ausschluß jeder aggressiven Politik.

2. Erhaltung des status quo im Orient nach Maßgabe der bestehenden Verträge unter Ausschluß jeglicher Kompensationspolitik.

3. Erhaltung der durch dieselben Verträge geschaffenen Autonomien auf der Halbinsel.

4. Unabhängigkeit der Türkei als der Hüterin wichtiger europäischer Interessen (Unabhängigkeit des Kalifats, Freiheit der Meeresengen usw.) gegenüber dem Obwalten jeden fremden Einflusses.

5. Daher kann die Türkei ihre Souveränitätsrechte über Bulgarien zugunsten einer anderen Macht [d. h. Rußlands] weder abtreten noch auch übertragen, auch keine Intervention vornehmen, um hier eine fremde Verwaltung zu schaffen [das war eine Ablehnung der Mission Ehrenroth], noch auch Handlungen gewaltsamen Zwanges dulden, die diesem Zwecke dienen sollen, sei es unter der Form militärischer Besitznahme oder der Sendung von [russischen] Freiwilligen. Das wäre nicht nur ein Bruch des legalen Zustandes, sondern auch eine Verletzung der Interessen der drei Mächte.

6. Diese wünschen den Beitritt der Türkei zur gemeinsamen Verteidigung dieser Grundsätze.

7. Falls sich die Türkei unrechtmäßigen Unternehmungen, wie sie oben [im 5. Artikel] erwähnt sind, widersetzen sollte, so werden sich die drei Mächte sofort über den Beistand verständigen, der ihr zu gewähren wäre.

8. Falls die Pforte indessen ein unrechtmäßiges Unternehmen der erwähnten Art begünstigen, ja sogar, falls sie ihm keinen ernsthaften Widerstand entgegenstellen sollte, so werden sich die drei Mächte untereinander verständigen, um durch ihre Streitkräfte zu Lande und zu Wasser provisorisch gewisse Punkte des otto-

manischen Gebietes zu besetzen, um das politische und militärische Gleichgewicht wieder herzustellen, welches für den Schutz der oben erwähnten Grundsätze und Interessen nötig ist.

Der Entwurf der drei Botschafter bezeichnete sich selber nur als „bases d'un accord à trois“; er bedurfte noch stilistischer Redaktion, und es kam jetzt darauf an, welche Aufnahme er bei den beteiligten Kabinetten finden würde. Entsprechend der Tatsache, daß der österreichische Botschafter, Baron Calice, bei der Ausarbeitung die führende Rolle innegehabt hatte, nahm Kalnoky die weitere Verhandlung an sich. Am 10. Oktober übermittelte er das Schriftstück nach Rom; Crispi war damit ganz einverstanden und wollte seine Annahme in London sofort betreiben lassen. Allerdings wünschte er eine Erweiterung und Ergänzung, nämlich durch ein zweites Abkommen, lediglich zwischen Italien und Österreich, bei dem England aus dem Spiele gelassen werden sollte. Er berief sich darauf, daß er in seiner Unterredung mit Bismarck in Friedrichsruh (s. o. S. 731) auch die Möglichkeit der Auflösung des Osmanischen Reiches, sei es infolge seiner finanziellen Lage, sei es infolge eines Krieges mit Rußland, berührt, und daß ihm der Kanzler dabei geraten habe, sich darüber direkt mit Österreich zu verständigen. Daher regte er (am 15. Oktober) in Wien einen ganz geheimen Vertrag über diese Eventualität an, indem er geltend machte, zwar wünsche er in erster Linie die Erhaltung des Friedens, man müsse sich jedoch auf alles gefaßt machen, damit man eintretendenfalls darauf vorbereitet sei. Nachdem sich Kalnoky der grundsätzlichen Genehmigung Crispis vergewissert hatte, teilte er (am 20. Oktober) den Entwurf in Berlin mit; er wollte der Unterstützung Bismarcks sicher sein, ehe er sich an Salisbury wandte. Er zweifelte daran, daß ohne eine starke Pression von deutscher Seite Salisbury bei seiner Neigung zum Temporisieren zu einem Entschluß zu bewegen wäre, und bat den Kanzler daher, seinen ganzen Einfluß in London aufzubieten. Für ihn selbst war am wichtigsten, und zwar gerade in Rücksicht auf England, der fünfte Artikel, der für Rußland eine Barriere vor Bulgarien errichten sollte; er wies darauf hin, wobei er sein Einverständnis mit White betonte, daß eine Festsetzung der Russen daselbst den Druck, den sie schon auf den Sultan auszuüben vermöchten, ganz enorm steigern und ihnen in Konstantinopel die ausschließlich maßgebende Stellung verschaffen würde. Die von Crispi angeregte Sonderverständigung zu zweien erachtete er für unzweckmäßig, da keine Gefahr im Verzuge sei; er meinte, es sei nicht sowohl für Österreich, wie vielmehr für Italien von Vorteil, jetzt bereits Abmachungen über die Ereignisse der fernen Zukunft einzugehen.

Bereitwillig erfüllte Bismarck das Ansinnen Kalnokys. Er war mit den acht Punkten vollkommen einverstanden; für ihn war es die Hauptsache, Crispis Eifer nicht erkalten zu lassen. Das stand freilich für ihn fest, daß Deutschland für orientalische Sachen keinen Krieg mit Rußland führen dürfe, sondern sich darauf beschränken müsse, Frankreich im Zaum zu halten: „Wir haben kein Interesse, für das Programm [der acht Punkte] zu f e c h t e n, aber auch keins, es zu bekämpfen. Wir können nur für d e u t s c h e Interessen fechten, die liegen nicht vor.“ Über die Aussicht, die Pforte zum Anschluß an die Dreiergruppe und zu

aktivem Widerstand gegen Rußland zu gewinnen, dachte er recht skeptisch; doch hoffte er darauf, daß es gelingen würde, sie in ihrer passiven Resistenz gegen Rußland zu ermutigen. Aus eben diesem Grunde war man auch in Berlin gegen den Crispischen Vorschlag eines engeren italienisch-österreichischen Abkommens. Nachdrücklichst warnte man vor schriftlichen Vereinbarungen über den Zerfall der Türkei: Ihre absolute Geheimhaltung lasse sich nicht verbürgen; würde aber auch nur ihre Existenz bekannt, so würde das beim Sultan ein unüberwindliches Mißtrauen erzeugen. Rußland führe keinen Krieg gegen die Pforte im Schilde; es erstrebe lediglich die Beherrschung der Meeresengen, und diese könne es, in der Form einer vertragsmäßigen Ermächtigung zu deren militärischer Besetzung und Befestigung gegen das Versprechen des Schutzes wider innere und äußere Feinde leicht vom geängstigten Großherrn erhalten, der sich gegen Pläne der Aufteilung seines Reiches sofort an Rußland verkaufen würde. Man müsse danach trachten, bei der militärischen Stärke, über welche die Pforte immer noch verfüge, den Sultan im antirussischen Fahrwasser zu halten; dadurch mache man jeden kriegerischen Erfolg Rußlands im Orient von vornherein problematisch; dränge man die Osmanen auf die Seite Rußlands, so schwäche man sich gegenüber Rußland, da die Türkei in militärischer Hinsicht das Schwergewicht darstelle. Bezüglich Bulgariens war Bismarck anderer Ansicht als Kalnoky. Er hielt es nicht für nützlich, wenn dieser „England gegenüber ein zu großes Interesse für Konstantinopel als Argument gegen die russische Okkupation von Bulgarien an den Tag legte": man müsse vielmehr von Wien aus in London „andeuten, daß Rußland dann (wenn im Besitz von Konstantinopel) der österreichischen Freundschaft mehr wie bisher bedürftig sein würde". Eine möglichst unveränderte Annahme der acht Punkte war es, auf die Bismarck hinarbeitete; er warnte bei Salisburys persönlicher Schwäche und bei der unsicheren parlamentarischen Position des britischen Kabinetts davor, von England allzuviel zu verlangen. Sofort trat er in Verhandlungen mit Malet, um durch diesen in London zu sondieren; Hatzfeldt, der auf Urlaub in Deutschland weilte, wurde nach Friedrichsruh berufen, um für seine Rückkehr nach England mit den nötigen Instruktionen ausgestattet zu werden.

Ende Oktober bereits hatte Crispi Nachricht, daß Salisbury für seine Person dem Entwurfe beipflichte. Dieser mußte jedoch dem gesamten britischen Ministerrat unterbreitet werden, und dort bestanden zwei Strömungen. Die eine war für die Annahme der Punktation von Konstantinopel, die andere zog die Gefahren in Betracht, die von Frankreich her zu befürchten seien, wenn England auf Allianzen eingehe, die jenes Land auch als gegen sich gerichtet ansehen würde. Schon hatte man in Paris eine unbestimmte Ahnung, daß etwas Unerwünschtes im Werke sei, und es fielen von dort bereits Winke, „England könne sich auf die Freundschaft Frankreichs in Zukunft verlassen, wenn es auf alle damit im Widerspruch stehenden Projekte verzichte". Salisbury verhielt sich diesen Lockungen gegenüber zwar skeptisch; aber er glaubte, der Stimmung seiner Kollegen sowie ihren Wünschen nach erhöhten Garantien für Großbritannien Rechnung tragen zu müssen. Vor allem wurde verlangt, daß der Schutz, welcher der Türkei

in Aussicht gestellt werden sollte, nicht auf Bulgarien zu beschränken, sondern auch auf das durch Rußland „eventuell ebenso bedrohte" Kleinasien zu erstrecken sei; damit verband sich noch ein anderes, sehr wichtiges Bedenken. Bisher hatte man in London über die Stellung Deutschlands zu den acht Punkten Kenntnis durch einen Privatbrief des Botschafters Malet; man hielt jedoch eine festere Bindung Deutschlands für notwendig, und zwar aus einem ganz bestimmten Grunde. Bereits damals konnten über die ernste Natur der Krankheit des Kronprinzen Friedrich Wilhelm keine Zweifel mehr bestehen, und es war zu erwarten, daß in nächster Zeit der Prinz Wilhelm auf den Thron gelangen würde. Ihm schrieb man in England lebhafte russische Sympathien zu, und man besorgte, daß unter Umständen später eine deutsch-russische Verständigung zu aktiver Unterstützung Rußlands im Orient gegen die Dreiergruppe erfolgen möchte. Am 11. November fand die entscheidende Kabinettssitzung statt; tatsächlich wurde sowohl die Notwendigkeit der Einbeziehung Kleinasiens in das Abkommen, als auch seiner „moralischen Billigung" durch Deutschland beschlossen. Noch an demselben Tage unterrichtete Salisbury davon den deutschen Botschafter; er gab dabei zu verstehen, daß eine vertrauliche Mitteilung des Zweibundvertrages von 1879, von dessen Inhalt man damals in England nur obenhin erfahren hatte, „äußerstenfalls eine Art von Beteiligung Englands bei demselben, hier alle Bedenken beseitigen würde". Er versicherte, er würde dafür sorgen, daß eine schriftliche Äußerung dieser Art nicht in die Hände seines Nachfolgers falle, sie würde eventuell in die Hände der Königin gelegt und „damit den Archiven des Auswärtigen Amtes überhaupt" entzogen werden. Ausdrücklich und wiederholt erklärte er, als Hatzfeldt Schwierigkeiten dagegen geltend machte, er erwarte und begehre von Deutschland keinerlei Verpflichtung zu einer aktiven Unterstützung der Dreiergruppe, es liege ihm ganz fern, Deutschland mit Rußland durch irgendeine Indiskretion zu entzweien oder auch nur eine Verstimmung herbeiführen zu wollen; aber er hielt es für ganz unerläßlich, daß Deutschland ein Schriftstück ausstelle, worin es seine Billigung der acht Punkte und deren Annahme durch England ausspreche, um eine gewisse Beruhigung darüber zu gewähren, „daß die deutsche Politik sich auch in Zukunft nicht in direkten Widerspruch mit der durch die Konstantinopeler Aufzeichnung festgesetzten Politik setzen werde". Hatzfeldt konnte sich nicht verhehlen, daß die zögernde Art, mit der die Angelegenheit bisher in London behandelt worden war, nicht durch den Inhalt der acht Punkte, sondern lediglich „durch den Wunsch hervorgerufen wurde, über unsere Stellung zur Sache und unsere künftige Haltung größere Information und Beruhigung zu gewinnen"; zum Überfluß sagte ihm Salisbury offen heraus, er werde die deutsche Antwort abwarten, ehe er sich in Wien und Rom über die acht Punkte endgültig ausspreche.

Ob der projektierte und von Bismarck selbst so eifrig betriebene Balkandreibund perfekt werden würde, das hing somit davon ab, ob er die von Salisbury verlangte ganz geheime Versicherung abgeben wollte. Hatzfeldt hatte sich in London entschieden dagegen gesträubt, offenbar in der Ansicht, damit die Intentionen des Kanzlers zu treffen. Inzwischen waren freilich das deutsch-russische Verhältnis und die internationale Lage in ein Stadium getreten, das Deutschland noch näher an die Dreiergruppe hinandrängen zu müssen schien.

* *
*

Keineswegs entsprach die Haltung Deutschlands in der bulgarischen Frage den russischen Wünschen, und hüben und drüben hatte man bereits reichlichen Anlaß zu Mißtrauen. Der Zar befand sich seit Ende August in Fredensborg bei Kopenhagen; hier war er ausgesprochen deutschfeindlichen Einflüssen ausgesetzt. Schon die Reise Crispis nach Friedrichsruh, seine Äußerungen unmittelbar nachher und die ganze deutsch-italienische Intimität hatten auf den Zaren und die öffentliche Meinung in Rußland einen üblen Eindruck gemacht. Das focht nun Bismarck wenig an: die neue enge Freundschaft war ja nur der Gegenzug gegen das Kokettieren Rußlands mit Frankreich, und eben darüber war man in Deutschland nicht weniger und schon länger verstimmt als in Rußland über jene. Ein neuer Zwischenfall erhitzte die Gemüter. Am 7. Oktober hielt der Großfürst Nikolaus auf der Überfahrt von Teneriffa nach Dünkirchen an Bord des französischen Dampfers Uruguay einen Trinkspruch auf Frankreich; nach Meldungen des „Figaro" und anderer französischer Blätter enthielt er Anspielungen auf einen baldigen gemeinsamen Krieg Rußlands und Frankreichs gegen Deutschland, und Bismarck argwöhnte sogar, daß darin Bezug auf die dreijährige Dauer des Rückversicherungsvertrages genommen wäre, so daß der Ausbruch der Feindseligkeiten nach dessen Ablauf bevorstünde. Kaiser Wilhelm fühlte sich durch „dieses letzte Erlebnis auf das tiefste verletzt"; er führte in Petersburg Beschwerde darüber, „daß der Zar jenen jungen Großfürsten nicht irgendwie öffentlich getadelt und zurechtgesetzt hätte", und sah das unglaubliche Vorkommnis als einen Beweis dafür an, „daß gar keine Disziplin mehr in der russischen Familie sei". Russischerseits wurde ein beleidigender Inhalt des Toasts in Abrede gestellt. Giers erklärte Bülow, zwar habe Nikolaus nicht so gesprochen, wie die französische Presse behaupte, aber er habe sich wie ein Narr benommen, und ließ sich über ihn in wegwerfender Weise aus: „Dieser Leichtfuß Nikolaus Michailowitsch hat keinen ernsthaften Gedanken in seinem Kopfe; selbst wenn wir gegen Sie schlimme Absichten hätten, was gewiß nicht der Fall ist, so würde dieser Naseweis nichts davon wissen. Er hat keine Kenntnis vom wirklichen Stande der auswärtigen Verhältnisse Rußlands." Für den deutschen Kanzler war der Toast nur ein Glied in der ganzen großen Kette der antideutschen Demonstrationen in Rußland: „Die Drohungen, welche in allen diesen Kundgebungen gegen Deutschland Ausdruck finden, machen es uns Ehren halber gar nicht mehr möglich, die russische Politik öffentlich irgendwo zu unterstützen. Es würde das so aussehen, als fürchteten wir uns vor einer russisch-französischen Koalition, was durchaus nicht der Fall ist. Ein solcher Eindruck aber würde die öffentliche Meinung in Deutschland der Regierung entfremden."

Was Wunder, wenn unter diesen Umständen die Spannung sich stetig steigerte. Schon war Bismarck so weit, daß er die friedlichen Beteuerungen von Giers höchst skeptisch aufnahm, nicht was dessen guten Glauben, sondern sein Vermögen anbelangte, Besserung zu schaffen. Unumwunden gab der russische Minister zu, daß die Schuld bei Rußland liege: „Die Deutschen wollen nichts mehr von uns wissen, weil wir unzuverlässig geworden sind," — Bismarck konnte nichts anderes tun, als dazu ein „Richtig!" zu notieren. Nachdem Giers noch vor Monatsfrist

nicht genug die „Weisheit“ von Rouvier und Flourens zu preisen vermocht hatte, wetterte er jetzt im Hinblick auf den Ordensschacherskandal in Paris, in welchen Grévys Schwiegersohn Wilson verwickelt war, gegen Frankreich in den stärksten Tönen: „Die Franzosen sind das ekelhafteste Volk; die französische Regierung ist übel und albern; der Wirrwarr in Paris ist komplett!“ Wenn er hinzufügte, die Franzosen täten alles, um Rußland mit Deutschland zu brouillieren, so versetzte Bismarck darauf: „Natürlich, und die Russen alles, um uns mit Frankreich zu brouillieren.“ Sichtlich bekümmert empfand es Giers, daß die Haltung Deutschlands überall, namentlich in Konstantinopel, eine andere geworden sei, und wenn er sich Ende Oktober der Hoffnung hingab, es sei neuerdings eine kleine Wendung zum Bessern eingetreten, so machte der Kanzler dazu ein Fragezeichen, das um so mehr am Platze war, als sich die Situation zusehends verdüsterte. Ende Oktober und Anfang November hielten die leitenden Staatsmänner der Dreiergruppe, Crispi am 25. Oktober in Turin, Kalnoky am 5. November in der ungarischen Delegation, Salisbury am 9. November beim Lordmayorsbankett in London, Reden, die den Gegensatz der Dreiergruppe wider Rußland zu scharfem Ausdruck brachten; insonderheit ließ sich Kalnoky dahin vernehmen, daß Österreich zwar „heute“ noch nicht Ferdinand von Koburg als legalen Fürsten, jedoch die bulgarische Regierung als faktisch bestehend anerkenne. Zwar glaubte Kalnoky nicht scharf gesprochen zu haben, und er beeilte sich, auf die nicht zu vermeidenden Äußerungen über Bulgarien noch das „Pflaster von den freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland zu setzen“; aber nicht nur die offiziöse russische Presse, sondern auch Giers begehrten jetzt auf. Er bezeichnete die Ausführungen seines österreichischen Kollegen als einen „Fehdebrief“: wenn dieser so tue, als habe er Rußland nicht verletzen wollen, so füge er zur Beleidigung den Spott hinzu. Natürlich merkte der russische Botschafter in Konstantinopel die unausgesetzte Minierarbeit seiner Amtsgenossen von der Dreiergruppe, und er schüttete darüber sein Herz vor Radowitz aus: „Das Auftreten des Wiener Kabinetts trage immer mehr den Charakter einer Provokation gegen Rußland. Auch hier [d. h. in Konstantinopel] werde jetzt von österreichischer Seite in der bulgarischen Sache gegen Rußland Partei genommen; er habe den Sultan sowohl wie die Pforte unter dem lebhaften Eindruck gefunden, daß die österreichische Regierung im Verein mit der italienischen und gestützt auf den Hintergrund des deutschen Bündnisses entschlossen gegen die russischen Interessen auf der Balkanhalbinsel vorgehen wolle und bereits dem gegenwärtigen Regime in Bulgarien offene Unterstützung leihe. Darin allein liege momentan die Gefahr für den Frieden. Von Rußland würde dieselbe nicht ausgehen.“ In Petersburg wurden diese Klagen geteilt und unterstrichen: Österreich glaube, sich jetzt gegenüber Rußland alles erlauben zu können; es wolle Rußland vor den übrigen Slawen demütigen und aus der slawischen Welt verdrängen, werde darin freilich durch die Charakterlosigkeit der Balkanvölker unterstützt. Giers verstieg sich zum Ausruf: „Die Österreicher meinen, uns einen Gefallen zu tun, indem sie uns erklären, daß sie uns nicht angreifen wollen; sie sollen nur kommen, wir wünschen nichts Besseres.“

Schon schien es in der Tat, als stünde der Krieg vor der Türe. Wieder fanden

Truppenkonzentrationen an der österreichischen Grenze, ebenso andere militärische Vorbereitungen in Russisch-Polen statt, die gegen Deutschland gerichtet sein konnten. Die österreichischen Militärs stellten sich auf den Standpunkt, daß man nicht länger mit Gegenmaßregeln zögern dürfte. Ähnliche Erwägungen wurden im deutschen Generalstabe angestellt, und selbst Bismarck zweifelte nicht daran, daß bei den russischen Dispositionen für die Westgrenze kriegerische Motive im Spiele seien. Er teilte die Ansicht Kalnokys, daß Rußland dadurch einen Druck auf Österreich ausüben, vielleicht auch, wie er argwöhnte, dieses zum Angriff reizen wollte. Er hielt es für notwendig, in Wien abzuwiegeln und davor zu warnen, daß man sich provozieren lasse. Immerhin fühlte man in Berlin nicht nur Österreich, sondern auch sich selbst bedroht. Es war ein bedenkliches Symptom der beiderseitigen Stimmung, daß Herbert Bismarck dem Grafen Schuwalow bereits rundheraus von der Möglichkeit sprach, daß Rußland den Rückversicherungsvertrag nur geschlossen habe, um den Deutschen die Hände zu binden, bis es mit seiner Bewaffnung und Flotte fertig sei. Der Feldzug in der deutschen Presse gegen die russischen Werte wurde seit Mitte Oktober auf Weisung des Kanzlers fortgesetzt, am 10. November ein Verbot der Beleihung russischer Papiere durch das Reichsbankdirektorium erlassen, — es hat bestanden bis zum Herbst 1894. Eine förmliche Allianz zwischen Frankreich und Rußland wurde hier in den deutsch-feindlichen Kreisen schon gar nicht mehr für notwendig erachtet; der offiziöse „Nord" variierte demgemäß das Thema, es sei eine einfache Verständigung von Fall zu Fall vorzuziehen, man werde sich unter allen Umständen zusammenfinden, wenn der Augenblick zum Losschlagen gegen Deutschland da sei. Das Problem der Kriegführung wurde schon seit längerer Zeit in den leitenden deutschen Kreisen erwogen: Bei einem gleichzeitigen Angriff Rußlands und Frankreichs sollte letzteres zwischen den reichsländischen und rheinischen Festungen defensiv behandelt werden, wofür man kaum der Hälfte des gesamten Aufgebotes, das Bismarck auf drei bis vier Millionen „guter Soldaten" einschätzte, zu bedürfen glaubte; mit dem Rest und der österreichischen Armee hoffte man Rußland nicht nur in Schach zu halten, sondern auch niederzuwerfen, indem man „mit dem Eintreiben des polnischen Stachels in dessen Flanke" den Anfang machen wollte: dadurch würde der Zar zu schnellem Friedensschlusse gezwungen werden, wenn er sich überhaupt halten könnte: „verschwände der aber dabei, so würde Rußland dann um so schwächer, das ganze Schlammgebirge würde zusammenstürzen". Vom rein militärischen Standpunkt erschien es sogar als eine Gefahr, wenn Österreich und Deutschland nicht gemeinsam losgingen, da ein russischer Sieg über Österreich Deutschland in schwere Verlegenheiten bringen konnte, indem er ihm die Franzosen, Dänen usw. auf den Hals hetzen und die Italiener mindestens lähmen konnte. Kam es jetzt zum Kriege und schlossen sich die Franzosen dabei den Russen an, so hatte Deutschland zwar gegen zwei Fronten zu kämpfen, andererseits aber war dann ganz Europa gegen Rußland und Frankreich geeinigt, so daß die Chancen für diese beiden nicht wohl hätten schlechter stehen können. Man kann es daher verstehen, wenn in Deutschland die Militärs wieder ihre Stimmen für den Präventivkrieg erhoben. Sie rieten, die doch unvermeidbare große welt-

politische Auseinandersetzung nicht länger zu verschieben, sondern die günstige Gelegenheit dafür zu benützen; insbesondere waren es Moltke und Waldersee mit dem Großen Generalstab, die dafür eintraten, während Bismarck auch jetzt noch, wie schwer auch die Besorgnisse waren, die ihn erfüllten, auf dem Standpunkt verharrte, daß nur ein Angriff Rußlands auf Österreich oder ein Eingreifen Frankreichs den Eintritt Deutschlands in den Kampf zur Folge haben dürfe, zumal da er der festen Überzeugung war, daß erst ein aus der russischen Initiative entsprungener Orientkrieg Frankreich auf den Plan bringen würde.

Von Rußland, und das hieß vom Zaren, hing es somit ab, ob Europa zu den Waffen gerufen werden würde. Und gerade auf diesen spielten damals Einflüsse, die ihn zum Losschlagen drängten. Noch immer weilte er in Dänemark, deutschfeindlichen Einwirkungen seitens seiner dänischen Verwandtschaft, der Königin Luise an der Spitze, unterliegend, die ihn zumal gegen Bismarck einzunehmen trachtete. Von vornherein war beabsichtigt worden, daß der Zar auf seiner Rückreise den Großoheim besuchen sollte, und zwar in Berlin oder Stettin, wo sich dieser Mitte September aufhielt. Nach einer Mitteilung des nachmaligen Kaisers Wilhelm II. unterblieb der geplante Besuch in Stettin, weil Alexander III. damals bereits durch die „bulgarischen Fälschungen“, von denen sogleich die Rede sein wird, davon abgehalten wurde. So viel ist sicher, daß der Zar damals gegen Bismarck aufgebracht war; dieser selbst erzählte bald nachher, jener habe in Kopenhagen geäußert, „seinen alten Großonkel wolle er wohl besuchen, aber ihn (Bismarck) nicht sehen“. Durch die Erkrankung seiner Kinder an den Masern wurde der Zar gezwungen, länger in Dänemark zu bleiben, als er geplant hatte, und Giers sagte selbst darüber Ende Oktober dem österreichischen Botschafter, da sehe man, wozu ein Unglück gut sein könnte. In der Presse entspann sich über die Frage, ob eine Begegnung der beiden Monarchen erfolgen würde, eine ärgerliche Diskussion. Die deutschen Zeitungen verhielten sich sehr kühl, die französischen brachten, wie Giers sich hören ließ, „tendenziöse und perfide“ Artikel, worin davor als vor einem Akt der Schwäche gewarnt wurde. Derselben Ansicht waren die deutschfeindlichen Kreise in Rußland, während die Petersburger Finanzkreise meinten, „der Zar dürfe sich nicht längs der Ostsee durch Deutschland schleichen, wie der Hühnerdieb am Zaune, sondern müsse über Berlin gehen“.

Ein besonders wichtiges Moment im Kampfe um den Berliner Zarenbesuch waren die schon erwähnten „bulgarischen Fälschungen“; sie sollten Alexander III. von Deutschland fernhalten und ihn mit Mißtrauen gegen Bismarck erfüllen. Es handelte sich dabei um drei angebliche Briefe des Koburgers, vom 27. August (mit einer Anlage, von der behauptet wurde, daß sie eine Mitteilung der deutschen Botschaft in Wien an den Prinzen sei), vom 16. September und eines dritten undatierten, der nur im Auszuge wiedergegeben war. Sie waren an die Gräfin Maria von Flandern gerichtet, die Gemahlin des belgischen Prinzen Philipp und Tochter Karl Antons von Hohenzollern, und stammten, wie es hieß, aus einem Diebstahl im Brüsseler Königsschloß. Durch sie sollte der Beweis geliefert werden, daß der Kanzler, „während er sich öffentlich und offiziell um die Affären Bulgariens nicht bekümmerte, ja sogar die russische Politik in dieser Frage begünstige,

dennoch unter der Hand die Kandidatur des Prinzen unterstütze und ihm auf dem bulgarischen Thron Beistand leiste". Zumal das erste Schreiben war in raffinierter Weise darauf angelegt, den Kaiser Alexander für Österreich, die Pforte und selbst den König von Rumänien freundlicher zu stimmen und lediglich gegen Deutschland aufzubringen; das wies auf französischen Ursprung hin, da in Paris das größte Interesse bestand, wie Giers von selber fand, Rußland vom Orient abzuziehen, um es gegen Deutschland zu hetzen. Sowohl Ferdinand als auch der Prinz Reuß stellten später, als ihnen die Sache bekannt wurde, die Urheberschaft natürlich in Abrede, und man erging sich darüber in verschiedenen Vermutungen. In Petersburg war man zunächst geneigt, nachdem die Fälschung als solche entlarvt war, diese Ferdinand selbst oder doch wenigstens dessen Anhängern in Österreich zur Last zu legen; auch in Sofia und Konstantinopel suchte Giers die „Offizin". Als die Gräfin von Flandern erklärte, niemals mit dem Prinzen korrespondiert zu haben, meinte Giers sogar zuerst, sie leugne in einem Übermaß von Edelmut den Empfang ab, um jenen zu retten. Charakteristisch war es übrigens, daß man anfangs in den Salons der russischen Hauptstadt sogar auf Männer wie Jomini und Ignatiew riet und den Großfürsten Alexis als Zwischenträger vermutete. In Berlin dachte man sogleich an französische Provenienz, und zwar an die Orléans, welche damals im Zusammenhang mit dem Wilson-Skandal Umtriebe anzettelten; auch polnische Intrigen vermutete Bismarck vorübergehend. In Wahrheit waren die Schriftstücke von einer Gruppe russischer und französischer Agenten in Paris geschmiedet und dem französischen Außenminister Flourens verkauft worden; dieser, unbekümmert über diese verdächtige Herkunft, fand Mittel und Wege, sie dem Zaren vor die Augen zu bringen, in der Überzeugung, daß sie bei ihrem Inhalt und in Verbindung mit anderen Schriftstücken, die er bereits besaß, die Wirkung haben würden, die Fesseln zu zerbrechen, die Rußland noch an Deutschland ketteten. Im September und Oktober gelangte Giers nacheinander in den Besitz der gefälschten Dokumente; er hielt zunächst die Authentizität der ersten beiden Briefe Ferdinands an die Gräfin von Flandern nicht für ausgeschlossen und übermittelte die Schriftstücke der russischen Botschaft in Berlin. Schuwalow bezweifelte alsbald ihre Echtheit; er riet am 29. Oktober Giers, sie der deutschen Regierung vorzulegen, „um ein reines Herz zu haben". Dem Zaren wurden sie im Oktober direkt, wie berichtet wird, durch die Vermittlung des in seiner Umgebung befindlichen Fürsten Obolenski unterbreitet; als ihm Giers (Anfang November) seine Bedenken aussprach, antwortete er, auch ihm komme die Sache „ganz unwahrscheinlich" vor, sie sei doch aber „kurios". Zumal den Prinzen Reuß hielt er keiner Perfidie für fähig; er fügte hinzu, wenn er Bismarck sehe, wolle er die Angelegenheit zur Sprache bringen, um, wie er sich in Übereinstimmung mit dem Berichte Schuwalows ausdrückte, den Giers ihm inzwischen zugeschickt hatte, „ein reines Herz zu haben", sowohl hinsichtlich dieser Briefe als auch hinsichtlich der Haltung Deutschlands in der bulgarischen Frage. Durchaus billigte er es, als Giers ihm schrieb, es scheine ihm sehr richtig, dieses Komplott aufzudecken.

So war es denn entschieden, daß der Zar den Rückweg über Berlin nahm,

und es mußte hier zu einer großen Aussprache zwischen ihm und Bismarck sowohl über die Fälschungen als auch über Bulgarien und die internationale Situation kommen. Schon der Umstand freilich, daß er sich dazu verstand, zeigte, daß er nicht gewillt war, den Konflikt auf die Spitze zu treiben. Keineswegs stand die Sache etwa so, daß er jetzt nach Berlin kam, um Bismarck zur Rechenschaft zu ziehen, daß sein Erscheinen hierselbst als ein besonderer Akt der Huld und Gnade empfunden wurde; ihm lag momentan an einer gütlichen Auseinandersetzung mehr, als dem deutschen Kanzler. Darüber konnten ja die Russen nicht im unklaren sein, daß sie jetzt in Konstantinopel auf Hindernisse stießen, hinter denen die Dreiergruppe geschlossen stand; zum mindesten war es erwünscht, authentische Gewißheit darüber zu haben, welche Haltung in einem darüber ausbrechenden Konflikte Deutschland einnehmen würde. Wenn der Zar auf der Verdrängung Ferdinands bestand, so mußte er mit der Möglichkeit eines Krieges mit England, Österreich und Italien rechnen; es drohte weiterhin die Gefahr, daß sich diesen außer Bulgarien auch die Pforte, eventuell sogar noch Rumänien anschloß; selbst Serbien hielt damals noch zu Österreich. Schon dann waren die russischen Chancen nicht die besten; sie wurden durch einen etwaigen Beitritt Deutschlands noch bei weitem verschlechtert, auch wenn dieser Frankreich mit auf den Plan rief. Die inneren Verhältnisse daselbst waren im Augenblick gründlich verfahren, und es hatte das Aussehen, als ob hier auch gerade wenigstens in den amtlichen Kreisen geringe Neigung vorhanden war, sich der bulgarischen Wirren halber in ernste Verwicklungen einzulassen. Am 13. November empfing Crispi einen Bericht über eine Unterredung des Präsidenten Grévy mit dem österreichischen Botschafter in Paris, worin jener gesagt hatte, „daß die Wahl des Koburgers gesetzmäßig war und daß die Mission Ehrenroths nicht erfolgreicher als diejenige Kaulbars' sein würde, daß in Bulgarien nichts Besseres zu tun wäre, als die Dinge so zu lassen, wie sie sind". Das hörte sich nicht gerade so an, als ob man hier momentan große Lust hatte, an Rußlands Seite ins Feld zu rücken, und es ist nicht wahrscheinlich, daß dieser Standpunkt der offiziellen Staatsleitung Frankreichs den Russen verborgen bleiben konnte. Immerhin hat der Zar den Gedanken eines Krieges Rußlands und Frankreichs gegen Deutschland damals bis zu dem Grade erwogen, daß er von Kopenhagen aus bei Salisbury unter der Hand anfragen ließ, welchen Preis England für eine wohlwollende Neutralität in solchem Falle von Frankreich und Rußland verlangen würde; wie der britische Premierminister selbst lange Jahre nachher erzählte, erteilte er eine dilatorische Antwort, da England damals noch auf das strikteste an der Doktrin der Politik der freien Hand festgehalten hätte. Man erkennt daraus, in welcher Bedrängnis Alexander sich damals befand: Rußland war vollkommen isoliert; daher ist es zu verstehen, wenn der Zar das Bedürfnis hatte, in Berlin persönlich zu sondieren, wessen er sich überhaupt von Deutschland zu versehen habe.

Nach Lage der Dinge mußte er freilich ganz zufrieden sein, wenn er dabei vernahm, daß ihm von deutscher Seite keine weiteren unangenehmen Überraschungen bevorstünden, und darüber in seinen Erklärungen nicht hinauszugehen, war Bismarck fest entschlossen. Am 4. November teilte Schuwalow dem Grafen Her-

bert Bismarck mit, sein Souverän würde in dem Zeitraum vom 13. bis zum 16. in Berlin eintreffen, um hier einen Tag zu verweilen; er bat darum, daß der Kanzler mit ihm eingehend über den russischen Preßunfug, über die Eigenmächtigkeit der zum Radikalismus neigenden Bureaukratie und über die bulgarische Frage spreche. Was diese letzte anbelangte, so spielte er offenbar auch auf die gefälschten Dokumente an, wenn er andeutete, es seien dem Zaren seit längerer Zeit alle möglichen Verleumdungen in die Ohren geblasen worden, welche ihm bei seinem Mangel an Kenntnis der Geschäfte und der tatsächlichen Machtverhältnisse Urteil und Einsicht beträchtlich getrübt hätten: er sei vom Wahne befangen, „als ob wir einen Zauberstab hätten, um alles, sobald wir nur wollten, in Ordnung zu bringen; diese auf bewußter Verhetzung von verschiedenen Seiten beruhende Verblendung müsse ihm genommen und er rundweg [carrément] genötigt werden, endlich eine feste Meinung auszusprechen“. Auf den Wunsch Kaiser Wilhelms, der sich nicht ganz bei Kräften fühlte, wurde die Begegnung um einige Tage verschoben. Der Monarch bat den Kanzler zugleich, einen Tag vorher von Friedrichsruh zu einer Vorbesprechung nach Berlin zu kommen; er fügte hinzu, daß es einer Verständigung über das, was er dem Zaren zu sagen habe, nicht mehr bedürfe, weil ja darüber zwischen ihnen volles Einvernehmen herrsche; immerhin ersuchte er ihn, noch ein Memorial für ihn aufzusetzen. Schuwalow erbot sich, seinem Herrscher bis zur dänischen Grenze entgegenzufahren, um ihn auf die Unterredung mit Bismarck zu „präparieren“; er sprach den Wunsch aus, Bismarck möchte Alexander, der leider in der Regel nur mit untergeordneten oder geängstigten Leuten verkehrte, die volle Wahrheit sagen, „auch wenn diese Wahrheit unangenehm wäre“.

Dazu war der Kanzler tatsächlich gewillt. Die bulgarische Angelegenheit von sich aus zu berühren, das lehnte er allerdings ab: „Das ist Sache des Kaisers Alexander; ich habe kein Interesse an Bulgarien; die Aufgabe, russische Wünsche in Bulgarien zu erraten und zu erfüllen, ist zu undankbar.“ Der Botschafter hatte geäußert, der Zar steife sich auf gewisse Ausdrücke des Rückversicherungsvertrages, wie „entscheidender Einfluß in Bulgarien“ und „allgemeiner Beistand“ [appui général]. Schon Herbert Bismarck hatte ihm darauf geantwortet, von „appui“ könne doch nur die Rede sein, wo es etwas zu stützen gäbe, Rußland aber habe Deutschland niemals eine wirkliche Entschließung mitgeteilt, sondern stets von diesem verlangt, daß es als sein (Rußlands) Vormund auftrete, und der Kanzler bemerkte dazu: „Er [der Zar] soll sie [l'influence décisive] doch üben, wir werden keine andere unterstützen; um appui zu leisten, muß etwas vorliegen, was man stützen kann, d. h. Rußland muß wissen und sagen, was es will.“ Am 10. November reichte Bismarck dem Kaiser das Exposé ein, das dieser für seine eigene Unterredung mit dem Großneffen befohlen hatte. Zoll- und wirtschaftliche Streitigkeiten, so war darin ausgeführt, haben zwischen Deutschland und Rußland seit sechzig bis siebzig Jahren schon existiert, ohne die politische und persönliche Freundschaft zwischen den beiden Höfen zu stören; diese ist beeinträchtigt worden erst durch das ungerechte Urteil, das sich in Rußland über die Haltung Deutschlands auf dem Berliner Kongreß gebildet hat, durch die

Weigerung, dem öffentlich entgegenzutreten, sowie durch die Ermutigung und den Beistand, den die französischen Drohungen gegen Deutschland bei der russischen Presse und Regierung mit Einschluß der Minister, ausgenommen allein Giers, gefunden haben. Es handelt sich heutzutage nicht nur um einen Kampf der Nationen, sondern auch der Parteien, zwischen Monarchie und Revolution. Das republikanische Frankreich bedroht vor allem Deutschland; ein französischer Sieg würde in Deutschland die demokratische und republikanische Partei stärken. Trotzdem leistet Rußland den gallischen Kriegshetzereien Vorschub, und der Zar, wiewohl er den Frieden will, läßt das geschehen. Daher bleibt Deutschland nichts übrig, als die äußersten Kraftanstrengungen zu machen, um einem Zweifrontenkrieg gewachsen zu sein und Allianzen zu suchen. Es hat vier Millionen Soldaten zur Verfügung, die im Ernstfalle zur nationalen Fahne eilen werden, und es wird ihm nicht an Verbündeten fehlen. Der Rückversicherungsvertrag ist geheim und scheint lediglich dazu bestimmt. den Russen und Franzosen Zeit zu gewähren, damit sie ihre Rüstungen vollenden. Wenn es zum Kriege kommt, wird Österreich nicht umhin können, die polnische Frage aufzurollen, und für Deutschland wäre die Nachbarschaft eines neuen Polens immer noch das kleinere Übel, als ein siegreiches Rußland. Wenn Österreich geschlagen wird, so wird es der Auflösung verfallen, und die Donau- und Balkanländer werden sich in Republiken verwandeln. Was können Rußland und zumal der Zar bei diesem Spiele gewinnen? Er kann alles verlieren. Deutschland hat Rußland seinen Einfluß in Konstantinopel, Wien und Bulgarien zur Verfügung gestellt; welchen Dank hat es dafür geerntet? Zwar der Zar und Giers sind frei von Haß gegen Deutschland; aber ihre friedfertige Gesinnung bleibt unbekannt, insonderheit bei den beteiligten Nationen, Rußland, Deutschland und Frankreich, während die Feindschaft des übrigen Rußlands sich in lauten Demonstrationen kundgibt: das muß über kurz oder lang zum Kriege führen, ob der Zar will oder nicht. Da Deutschland somit Rußland nicht mehr trauen kann, darf es seine Beziehungen zu den übrigen Mächten nicht schädigen, um Rußland gefällig zu sein. Mehr als je zuvor liegt es im Interesse der großen Mächte, den Krieg zu vermeiden, weil die Völker ihre Regierungen im Falle des Unterliegens verantwortlich machen werden. Selbst Deutschland würde — mit diesem Ausblick in die Zukunft schloß das denkwürdige Schriftstück — dann gefährdet sein: die französischen Anarchisten würden sich nämlich mit den deutschen Sozialisten verbrüdern, aber auch mit den revolutionären Elementen in Rußland, wo die Gegenden des Südens und Südwestens bereits unterwühlt sind. „Kurz und gut, der nächste Krieg, der da kommt, wird nicht sowohl den Charakter eines Krieges von Regierung zu Regierung, wie vielmehr den eines Krieges der roten Fahne gegen die Elemente der Ordnung und Erhaltung tragen.“

Es waren starke Töne, die der Kanzler also anschlug, und Kaiser Wilhelm war damit vollkommen einverstanden. Er hat wirklich nachher mit seinem Großneffen in diesem Sinne gesprochen; er erinnerte ihn daran (allerdings ein Beweis dafür, daß er, der langjährige konstitutionelle Monarch, im innersten Herzen im Alter zu den Anschauungen zurückgekehrt war, die er als Prinz von Preußen in der vormärzlichen Zeit vertreten hatte), daß Friedrich Wilhelm IV. auch „für fort-

schrittliche Ideen und Preßfreiheit" geschwärmt habe, und daß die Folge hiervon das Jahr Achtzehnhundertundvierzig gewesen sei. Er führte ihm zu Gemüte, daß er schließlich auch gegen seinen Willen, wenn er die öffentliche Meinung in seinem Reiche so weiter aufstacheln lasse, zum Kriege gezwungen werden würde, — das wollte Alexander freilich nicht wahr haben; er entgegnete, die ganze Macht liege in seinen Händen, und er würde durch nichts in seiner freien Willensbestimmung behindert. Man sieht jedenfalls, daß Bismarck den Wunsch Schuwalows nach Festigkeit und Deutlichkeit der Sprache in ergiebigstem Maße erfüllte. Und er war weit davon entfernt, wenigstens sich vor der Öffentlichkeit den Anschein zu geben, als ob ihm am Besuche des Selbstherrschers aller Reußen sonderlich viel gelegen, oder als ob er in Rücksicht darauf gesonnen sei, seinen Kurs zu ändern. Am 10. November wurde das Verbot der Beleihung der russischen Wertpapiere erlassen, und zwei Tage darauf stand in den Zeitungen zu lesen, daß sich der Kanzler zwar, um den Zaren zu begrüßen, in Berlin einstellen werde, aber lediglich „auf Befehl des Kaisers". Am 10. November notierte Crispi in seinem Tagebuch über eine Unterhaltung mit dem deutschen Botschafter Grafen Solms in Rom: „Er spricht mit mir von der Krankheit des Fürsten Bismarck, der Reise des Zaren, der Gereiztheit des Kaisers, dem Benehmen der Russen gegen die Deutschen, Erregung der Gemüter." Auch daraus erhellt die Stimmung, die in Berlin gegen Rußland unmittelbar vor dem Eintreffen Alexanders III. bestand. Die Worte „Gereiztheit des Kaisers" sind übrigens nach dem, was wir jetzt wissen, nicht etwa so zu deuten, daß sie einen Gegensatz zwischen dem Kanzler und seinem Souverän zum Ausdruck bringen sollten, denn dieser selbst hatte ja einige Tage zuvor (s. o. S. 745) sein volles Einverständnis mit jenem bekundet. Sie bezogen sich vielmehr offenbar darauf, daß auch Wilhelm I. von einer starken Verstimmung gegen Rußland ergriffen war; bei einem Vortrage, den er am 13. November hielt, fand Graf Herbert den Kaiser „s e h r mißtrauisch gegen Rußland". Ob mit Recht oder mit Unrecht, hegte der Kanzler übrigens damals den Verdacht, daß eine kleine, aber einflußreiche Partei in Berlin selbst dem Zaren zu verstehen gebe, seine antirussische Politik habe gar nicht die Zustimmung Kaiser Wilhelms. Es wurde darüber vielfach geredet und die Kronprinzessin damit in Zusammenhang gebracht. Wenn tatsächlich solche Gerüchte ausgesprengt wurden, so waren sie unbegründet.

Am 18. November langte der Zar vormittags in der deutschen Reichshauptstadt an; am Tage zuvor hatte bei ihm Bismarck durch die Vermittlung der russischen Botschaft um eine Audienz nachgesucht. Sie fand statt ebendaselbst ohne Zeugen vor dem Galadiner, welches nachher im Schloß vor sich ging, und währte an die anderthalb Stunden. Wir sind nicht darüber unterrichtet, wie sich ihr Verlauf im ganzen abspielte; wir kennen nur die einzelnen Punkte, die zur Sprache kamen, aber nicht die Reihenfolge, in der das geschah. Der Kanzler trat keineswegs besonders konnivent dem Kaiser gegenüber; wie dieser später selbst erzählte: „Anfangs grollte der Fürst etwas, aber nachher wurde er freundlicher." In dem offiziösen Bericht, den das Auswärtige Amt einige Tage später in die „Kölnische Zeitung" lancierte, wurde bestätigt, „daß der Charakter der Unterredung ein gefälliger und nahezu freundschaftlicher gewesen ist". Bismarck selbst

teilte mit, der Zar habe die ganze Zeit eine Zigarette nach der andern geraucht und ihm wiederholt freundlich die Hand gereicht. Ohne Schwierigkeiten einigte man sich hinsichtlich der gefälschten Dokumente, denen gegenüber sich ja Alexander III. von vornherein skeptisch verhalten hatte; Bismarck bewies ihm jetzt, daß er die Kandidatur des Koburgers weder gemacht noch auch nur begünstigt daß er vielmehr auf einen bezüglichen Brief des Prinzen das Gegenteil getan und es als im höchsten Maße unerwünscht bezeichnet hatte, daß überhaupt eine deutsche Fürstlichkeit nach Bulgarien gehe. Im Verfolg dieser Auseinandersetzung stellte der Zar durch Schuwalow nachher sogleich dem Kanzler die fraglichen Schriftstücke zu, was später Giers allerdings nicht recht zu billigen schien. Wenn Bismarck weiterhin äußerte, „er stehe auf dem Boden der für Rußland günstigen Verträge", so ist es an und für sich nicht ganz sicher, ob damit auch der Rückversicherungsvertrag gemeint war; es kann sich das auch auf die internationalen Balkanverträge im allgemeinen, besonders auf die Stipulationen des Berliner Kongresses betreffend Bulgarien beziehen, wenigstens, wie er sie jederzeit auffaßte; daran, daß der Traktat vom 18. Juni erörtert worden ist, läßt sich jedoch um so weniger zweifeln, als ja Bismarck in seiner Instruktion für Wilhelm I. ausdrücklich die Frage aufgeworfen hatte, ob man nicht in Petersburg jene Vereinbarung lediglich zu dem Zweck beschlossen habe, um Zeit zu Rüstungen für Rußland und Frankreich zu gewinnen. Es werde Deutschland freilich, so fuhr er fort, durch die Haltung der russischen Presse und der Generale schwer gemacht, freundlich zu sein; er müsse mit aller Offenheit reden — wobei Alexander mit einem „gezwungenen Lächeln" sagte: „Nur los! Nur los!" —, es würde ein Mangel an Respekt vor der russischen Macht sein, wenn sich Deutschland nicht überall nach Alliierten umsähe gegenüber der feindlichen Haltung Rußlands. Der Vertrag mit Italien sei alt, darin habe Crispis Besuch gar keinen Unterschied gemacht. So wenig machte der Kanzler aus der in Deutschland herrschenden Stimmung ein Geheimnis, daß er den Zaren davon in Kenntnis setzte, daß Moltke und andere Militärs jetzt den Angriffskrieg, wenn auch nicht für „geboten", wie Alexander damals zu hören glaubte, so doch für „nützlich" erachteten. Er sagte ihm das „als Antidot gegen russische Überschätzung und gegen die Annahme, als fürchteten wir Rußland"; allerdings fügte er hinzu, er widersetze sich solchen Ideen, und sie würden von Kaiser Wilhelm nicht gebilligt. Die Rede kam auch darauf, daß Radowitz bis zum Sommer die russische Politik nachdrücklichst unterstützt, seitdem aber „infolge der russischen Unfreundlichkeiten" andere Weisungen erhalten habe; der Zar knüpfte daran die Erwartung, daß Deutschland jetzt wieder in Konstantinopel den alten Kurs einschlagen, „und daß Herrn von Radowitz ein betreffendes Wort des Herrn Reichskanzlers zugehen würde". Nach einer späteren Behauptung des Zaren antwortete Bismarck darauf: „Dieses Wort wird gesprochen werden!"; aber schon Schuwalow, der ja zwar nicht zugegen war, den doch aber sein Herrscher unzweifelhaft unmittelbar nach der Audienz über deren Inhalt informiert hatte, bemerkte, diese Nachricht sei für ihn „eine Neuigkeit", und der Fürst selbst in Übereinstimmung damit: „Für mich auch . . . Mir nicht erinnerlich; warum sollte ich das zugesagt haben? Bloß des Besuchs wegen? Doch höchstens kon-

ditionell; falls Rußland sich ändert; aber auch das glaube ich nicht." Bereits im Sommer war ja dem Zaren der deutsch-österreichische Vertrag von 1879 mitgeteilt worden; jetzt wiederholte ihm der Kanzler mündlich, daß ein russischer Angriff auf Österreich für Deutschland den casus foederis bedeuten würde; andererseits versicherte er ganz bestimmt von neuem, „daß in der Zukunft Bulgariens für Deutschland niemals ein Anlaß liegen würde, aus seiner Neutralität herauszutreten". Obwohl er dem russischen Monarchen mehrfach wiederholte, daß er bei dem Drucke, den Rußland durch seine Drohungen auf Deutschland auszuüben sich bemühe, die Beziehungen und Allianzen pflegen müsse, auf die im Falle eines französisch-russischen Angriffes Verlaß sei, gab dieser seinen friedlichen Gesinnungen, seinem Entschluß, sich auf keine aggressive Koalition einzulassen und Deutschland keinesfalls anzugreifen, den unzweideutigsten Ausdruck; er wies eine Allianz mit Frankreich und „mit diesem Vieh, dem Boulanger", weit von sich, „schimpfte" aber auf die Österreicher, und jedenfalls waren seine Auslassungen über die Donaumonarchie „nicht so tröstlich", wie das, was er über das Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland sagte. Er versprach auch, „für Ordnung in der Presse zu sorgen, wenn er zurückkäme".

Das war die berühmte Audienz Bismarcks beim Zaren in Berlin am 18. November 1887. Welchen Eindruck trugen die beiden selbst davon? Welches war ihr positives Ergebnis? Äußerlich war sie ruhig und freundschaftlich verlaufen, und sie schieden voneinander anscheinend im besten Einvernehmen. Bei dem nachfolgenden Diner im kaiserlichen Schloß trank Alexander dem Fürsten zu; dieser war dabei sehr ärgerlich darüber, daß er nicht, wie es sich bei einer solchen Veranstaltung politischen Charakters gebührt hätte, seinen Platz gegenüber dem Zaren erhalten hatte, sondern weit entfernt von ihm gesetzt worden war; er wollte zuerst, als er das hörte, hinweggehen. Sein Gesundheitszustand war nicht der beste; er schlief nur mit Opium und hatte mit seinem Erscheinen in Berlin ein wirkliches Opfer gebracht; die Aufregung der letzten Tage war ihm zuviel. Vielleicht spielte bei der gereizten Verstimmung, deren er sich nicht erwehren konnte, außer seinem körperlichen Befinden, außer seinem Temperament und seiner Empfindlichkeit gegenüber höfischen Ungehörigkeiten doch ein Unterton des Mangels an innerer Befriedigung darüber mit, daß bei der Unterredung letzten Grundes nichts Rechtes herausgekommen war. War denn von den tatsächlich vorhandenen politischen Differenzen auch nur eine einzige wirklich aus der Welt geschafft worden? Die Affäre der Fälschungen war beseitigt; aber an die hatte der Zar selbst kaum noch geglaubt, und es gab andere Insinuationen und Einflüsse, die ihn gleichfalls in antideutscher Tendenz bestimmten und die nicht so plump angelegt waren, daß sie seinen Verdacht von vornherein erregten. Zwar hatte er den publizistischen und anderen Exzessen der Panslawisten steuern zu wollen zugesagt; aber sein gesamtes Naturell flößte nicht gerade viel Vertrauen ein, daß er kräftig und konsequent durchgreifen würde. Gewiß wollte er für seine Person keineswegs den Krieg, und er wußte auch ganz genau, daß die Stunde dafür so ungünstig als möglich war; aber die Konjunktur konnte sich ändern, und wer konnte dann dafür bürgen, daß er, wohl oder übel, weiter vorwärts getrieben wurde, als es jetzt sein

Wille war? Am Tage darauf, am 19. November, sandte der Kanzler einen Erlaß an die Botschafter in Wien, Rom und London, der einen kurzen Bericht über seine Verhandlung mit dem Zaren erstattete und dessen Inhalt den Höfen daselbst vertraulich mitgeteilt werden sollte. Es ward darin anerkannt, daß es dem Kaiser Alexander „jetzt oder in absehbarer Zeit“ fernliege, Deutschland anzugreifen; aber indem festgestellt wurde, daß gegenseitige politische Verpflichtungen nicht eingegangen worden seien, wurde betont: „Ob wir nunmehr der Sorge überhoben sein werden, daß infolge der Passivität der russischen Regierung gegenüber den Provokationen russischer Organe und Beamten, die Aufregung in Rußland und Frankreich auch ferner anschwellen und schließlich in naher oder ferner Zukunft unseren Frieden gefährden werde, oder ob nach der Heimkehr des Kaisers Alexander eine Remedur darin eintreten wird, kann nur die Zukunft lehren.“ An Radowitz ging die gleiche Depesche ab, allerdings schwerlich zur Weitergabe an den Sultan; aber als in Konstantinopel durch Nachrichten, hinter denen französische Einflüsterungen vermutet wurden, der Glaube aufkam, daß nunmehr eine Verständigung über Bulgarien und die Wiederherstellung der russisch-deutschen Intimität zu erwarten sei, wurde das in Berlin umgehend kategorisch für erlogen erklärt. Nach Wien wurde telegraphisch, damit hier keine Beunruhigung entstünde, davon Kenntnis gegeben, daß Bismarck dem Zaren eröffnet hatte, der russische Angriff auf Österreich würde für Deutschland den casus foederis bedeuten, und schon wenige Tage darauf ergingen ebendahin neue Warnungen: der Kanzler vermute, daß die Russen alles täten, um Österreich zu provozieren, man möge sich darauf nicht einlassen; man möge sich aber andererseits nicht in einen Zustand der Sicherheit einwiegen lassen, der Österreich einem plötzlichen Anfall Rußlands gegenüber militärisch zu schwach erscheinen ließe.

Welcher Art war die Stimmung, in der Alexander nach seiner Hauptstadt zurückkehrte? Nach den Äußerungen von Giers und der wenigen deutschfreundlichen Elemente, die sich daselbst befanden, die denkbar beste. Die Großfürstin Maria Pawlowna, eine geborene Prinzessin von Mecklenburg-Schwerin, erzählte Bernhard von Bülow: Schwerlich wäre der Zar ohne die Masern seiner Kinder über Berlin gereist, er sei jetzt jedoch zufrieden, dort gewesen zu sein; die Unterredung mit dem Kanzler habe einen bedeutenden Eindruck auf ihn gemacht; er habe sich über diesen im Familienkreise mit großer Anerkennung ausgesprochen. In merkwürdig ernster Stimmung sei er hier eingetroffen, verarbeite jetzt offenbar die in Berlin erhaltenen Eindrücke und scheine zu fühlen, daß es in der bisherigen Weise nicht weitergehen könne. Sie fügte freilich hinzu, es sei noch nicht zu sagen, ob er die Energie haben würde, seinen Wünschen entsprechend zu handeln, und wußte auch schon wieder von neuen Verleumdungen zu berichten, die diesmal gegen den Prinzen Wilhelm als abgesagten Russenfeind ausgestreut würden. Auch Giers, so erfreut er immer über den Verlauf des Berliner Besuches war, der so gut gewesen wäre, wie er kaum zu hoffen gewagt hätte, verhehlte sich nicht, daß derselbe dauernd nützliche Folgen nur haben könne, „wenn der antideutschen Agitation endlich halt geboten würde“. Er sprach in diesem Sinne mit dem Grafen Tolstoi; dieser verschanzte sich jedoch dahinter, daß die deutschen Blätter gegen

Rußland und insbesondere den Zaren ebenso heftig loszögen wie die russische Publizistik gegen Deutschland. In der Tat wurden die Zeitungen wiederholt aufgefordert, sich aller Feindseligkeiten wider Deutschland zu entschlagen, und vorübergehend wurde ihre Tonart etwas zahmer. Aber es frug sich, wie lange das vorhalten würde; bald war die Hetze wieder in vollem Gange. Anfang Dezember war man in Berlin bereits der Ansicht, und man sprach darüber ganz offen mit fremden Diplomaten, daß der Zar die friedlichen Gesinnungen, die er in Berlin gezeigt habe, zu ändern drohe, daß er in seinem Widerstande gegen die Agitation und die Einflüsse der Panslawisten ermatte: „Er sieht, daß die Macht des Panslawismus überhand nimmt; er ist es müde, sich dagegen zu stemmen und läßt sich von der Strömung fortreißen.“ Schon tauchten auch Meinungsverschiedenheiten über die Tragweite der Erklärungen Bismarcks vom 18. November auf. Der Zar behauptete (s. o. S. 748), dieser habe ihm versprochen, Radowitz in russenfreundlichem Sinne zu instruieren, und knüpfte daran Forderungen nach energischer Unterstützung einer russischen Aktion bei der Pforte, den Fürsten Ferdinand als Usurpator zu brandmarken und zu entfernen. Auch an Österreich wurde dieses Ansinnen unter der Hand gestellt, wobei, allerdings ganz unverbindlich, gesagt wurde, man bestehe gar nicht auf einem russischen Kandidaten: „Nennen Sie irgendeinen, etwa Paul von Mecklenburg, ja selbst den Battenberger!“

Es war immer wieder die leidige bulgarische Frage, die sich als das eigentliche Hindernis offenbarte, und da sich Österreich nun einmal auf den Bismarckschen Vorschlag der Demarkationslinie auf dem Balkan, womit sich Rußland damals zufrieden gegeben hätte, nicht einlassen wollte, so entbehrte auch die Unterredung zwischen Bismarck und dem Zaren eines wirklichen politischen Erfolges. Diesem, der Serbien den Österreichern überlassen wollte, genügte es eben nicht, daß Deutschland in Bulgarien neutral bleiben wollte, obwohl es theoretisch Bulgarien als zur russischen Interessensphäre gehörig anerkannte; er erblickte darin eine Option für Österreich und, objektiv betrachtet, war das auch eine solche, wenngleich Bismarck dafür seine wohl erwogenen Gründe hatte, schon in Rücksicht auf den Mangel eines eigenen deutschen Interesses auf dem Balkan und auf die gesamte internationale Konstellation. Für Auffassung und Urteil des Zaren war es entscheidend, daß seine Balkanpolitik nicht diejenige „Mitwirkung“ oder denjenigen „Beistand“ Deutschlands fand, den er dafür auf Grund des Rückversicherungsvertrages beanspruchen zu dürfen meinte; und wenn er nach Berlin kam oder von dort (das zweite war sicher der Fall, wie daraus hervorging, daß er behauptete, Bismarck habe ihm andere Weisungen für Radowitz in Aussicht gestellt) in der Hoffnung wieder fortfuhr, daß seine Unterredung mit dem Kanzler eine Wendung in der deutschen Balkanpolitik im Sinne des Traktates vom 18. Juni zur Folge haben würde, so hatte er sich schwer getäuscht. Und er fühlte sich auch wirklich getäuscht, nämlich durch Bismarck; das hatte jedoch mit der Angelegenheit der bulgarischen Fälschungen gar nichts zu tun: daran glaubte Alexander von vornherein nicht ernstlich, und wenn es daher dem Kanzler nicht schwer fiel, ihn hier von seiner Unschuld zu überzeugen, so waren es gerade wieder Vorgänge bei dieser Audienz selbst in ihrer Beziehung auf den Rückversicherungs-

vertrag, die unüberwindlichen Argwohn gegen Bismarck in die Brust des russischen Kaisers einpflanzten. Je nach dem augenblicklichen Stande des Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland, nach momentaner Stimmung und zeitweiligen Eindrücken, wohl auch aus Berechnung und in Überlegung, wen er gerade vor sich hatte, hat sich Alexander III. über Bismarck verschiedenartig ausgesprochen; wie er indessen über ihn unter dem Einflusse seines damaligen Berliner Aufenthaltes und der Begebenheiten dachte, die sich daran knüpften, das hat der Großfürst Wladimir im April 1888 dem Grafen Herbert unter vier Augen gesagt, als er sich vor ihm über Giers ausließ: „Er [Giers] hat vor meinem Bruder eine Angst, die ihn blind macht, und er weiß, was ich Ihnen jetzt streng vertraulich sage, das heißt, nur für Sie und für Ihren Vater. Mein Bruder ist leider gegen Ihren Vater von einem unüberwindlichen Argwohn durchdrungen: er erkennt sein Genie an; aber er fürchtet immer, von ihm getäuscht zu werden. Ich habe mein Möglichstes getan, um ihm diesen törichten Argwohn zu nehmen; aber er taucht immer wieder auf, er überwiegt jetzt bei der Furcht, in die deutsche Politik hineingezogen zu werden, bei meinem Bruder, und er hindert ihn, die Dinge so zu sehen, wie er sie betrachten müßte." Wohl hat sich der Zar alsbald nach Bismarcks Entlassung vor Schweinitz dahin geäußert: „Fürst Bismarck habe manchmal Rußland recht weh getan, aber jetzt sei man doch zu richtigem Verständnis seiner Tätigkeit beim Berliner Kongreß gekommen; auch habe er, der Zar, namentlich bei der letzten Unterredung [1889] in Berlin, das volle Vertrauen gewonnen, daß der Fürst keine feindlichen Absichten hege." Das klingt ja anders; aber es ist da mancherlei zu beachten. Zunächst die Situation, in der diese Worte fielen. Bei Bismarcks Abgang waren außenpolitische Momente insofern im Spiele, als dieser damals in Hinsicht auf Österreich und Rußland von der Politik Wilhelms II. abwich und daher augenblicklich in Petersburg mehr Zutrauen genoß als sein Herrscher. Es handelt sich auch nur um eine Revision des Urteils über des Kanzlers Verhalten auf dem Berliner Kongreß und die Erklärung des Zaren, daß er davon überzeugt sei, Bismarck habe eben nunmehr (1889/90) „keine feindlichen Absichten" gegen Rußland im Schilde geführt. Das berührt nicht das Gesamturteil des Zaren über den Fürsten, und so darf man schon annehmen, daß Alexander III. seiner wahren Ansicht Ausdruck gab, als er einige Monate nach Bismarcks Sturze äußerte, er sei nie das Gefühl losgeworden, daß dieser ihn betrüge, und als er zwei Jahre später zu Wilhelm II. über den Staatsmann sagte, der für Rußland, wenngleich sehr viel, so doch nicht das getan hatte, was man ihm hier zugemutet hatte: „Ich glaube ihm kein Wort."

Jedenfalls wurde durch die Audienz vom 18. November und ihre Folgeerscheinungen der Rückversicherungsvertrag keineswegs befestigt, und es trat, was seinen mangelnden Wert für die russische Balkanpolitik anbelangte, keinerlei Wendung zum Bessern ein. Obgleich er deren aktuellen Bedürfnissen seine Entstehung verdankte, hatte er sich als ganz unbrauchbares Instrument für Rußland und die Wahrnehmung seiner Balkaninteressen erwiesen, und der mündlich wiederholte Hinweis auf die aus dem Bündnis von 1879 herrührende Pflicht Deutschlands zu tatkräftiger Hilfe für Österreich, wenn es durch Rußland angegriffen würde,

konnte jetzt keinen anderen Zweck mehr haben, als dem Zaren zu bedeuten: geraten die Russen bei ihrem Vorgehen auf der Halbinsel jenseits der Donau mit Österreich in einen Konflikt, demzufolge sie als die Angreifer erscheinen, so springt Deutschland ihm bei, und es ist nicht so leicht und einfach, die Kriege sauber und restlos nach den beiden Kategorien von Defensive und Offensive zu unterscheiden. Letzten Grundes lief das auf Bismarcks Versicherung gegen Crispi hinaus: „Wenn der Frieden im Orient gestört werden sollte, so würde Deutschland die Nachhut seiner Verbündeten bilden.“ Schließlich hatte Bismarck eben wiederum für Österreich gegen Rußland im Orient optiert, und dieses ward hier dadurch im Zusammenhang mit der gesamten internationalen Konstellation vollständig isoliert und ausgeschaltet. Wenn nun das Abkommen vom 18. Juni, was seine Bestimmungen über die Balkanfrage betraf, keine Bedeutung mehr für Rußland hatte, was brauchte dann diesem noch an dessen erstem Artikel gelegen sein, der gerade für Deutschland wesentlich war, nämlich an der eigentlichen Rückversicherung. Ohne Zweifel würde es Rußland schon damals verstanden haben, wenn die Umstände danach gewesen wären, und wenn es ihm sonst in den Kram gepaßt haben würde, sich mit der ihm in einem deutsch-französischen Krieg auferlegten Pflicht zur Neutralität abzufinden; die relative Unbestimmtheit der Begriffe von Offensive und Defensive wäre diesmal ihm zugute gekommen. Allerdings war die Situation für solche Experimente damals ganz und gar noch nicht gegeben; Alexander III. sah sicherlich ein, daß er am besten tat, sich ruhig zu verhalten. Bisher hatte er (darauf beruhte ja der Traktat vom letzten Sommer) immer noch eine Politik *mit* Deutschland, basierend auf einer freilich recht problematischen beiderseitigen Unterstützung unter gewissen Voraussetzungen, treiben wollen, mit einer, wenngleich recht stumpfen Spitze gegen Frankreich; Ende 1887 sagte er sich davon grundsätzlich los. So weit war er noch nicht, jetzt sofort mit Frankreich gegen Deutschland gehen oder gar förmliche Abmachungen in dieser Hinsicht treffen zu wollen; die Verhältnisse in Frankreich waren nicht geeignet, ihn dazu einzuladen. Aber die Bahn dazu war frei. Das schloß immerhin nicht aus, daß gelegentlich noch Entspannungen und Annäherungen eintreten konnten; solche haben ja noch sogar stattgefunden, als der russisch-französische Zweibund bereits zustande gekommen war; der Gesamtkurs war jetzt jedoch ein anderer.

* *
*

Der Skepsis auf der Seite des Zaren entsprach die auf der Seite Bismarcks; wir sahen ja, daß sie bis in die Zeit der Berliner Zusammenkunft selbst zurückreichte. Und daher galt es für ihn, wie er dem Zaren mit aller Offenheit gesagt hatte, die Beziehungen mit den anderen Mächten zu pflegen, an denen er einen Rückhalt in einem Kriege gegen Rußland und Frankreich zu finden hoffte. Dazu gehörte augenblicklich in erster Reihe die in der Bildung begriffene Verständigung Englands, Österreichs und Italiens über den Balkan. Die Sache war so weit gediehen, daß der Abschluß von ihm abhing, ob er nämlich die von Salisbury

im Hinblick auf die russenfreundliche Haltung des Prinzen Wilhelm verlangte „moralische Billigung" in der Form eines Schriftstückes erteilte, dessen äußerste Geheimhaltung insonderheit für den Fall eines britischen Kabinettswechsels ihm zugesagt wurde. Damit verbanden sich die Forderungen der Mitteilung des österreichisch-deutschen Zweibundvertrages und der Einbeziehung nicht nur Bulgariens, sondern auch Kleinasiens in die zu treffende Abmachung. Als ihm Mitte November diese Wünsche Salisburys durch Hatzfeldt unterbreitet wurden, war er unverzüglich entschlossen, sie zu erfüllen; er war bereit, alles zuzugestehen, wofern nur Deutschland nicht gezwungen würde, aus seiner Neutralität in den Balkanfragen herauszugehen, und das mutete ihm ja der englische Premierminister auch gar nicht zu. Sofort erwirkte er beim Kaiser die Erlaubnis zur Kenntnisgabe des Traktates von 1879 an England in demselben Umfange, wie im Sommer des Jahres an Schuwalow, so jetzt auch an Malet; Kalnoky machte auf seine Anregung hin dieselbe Eröffnung nach London, indem er zugleich dem britischen Begehren betreffend Kleinasien willfahrte. Und im Begriffe, nach den Anstrengungen des Zarenbesuches nach Friedrichsruh zurückzukehren, richtete er noch von Berlin aus am 22. November an Lord Salisbury ein Schreiben, das bestimmt war, dessen Ansinnen betreffend eine schriftliche Äußerung Genüge zu leisten, die eine „gewisse Beruhigung" darüber gebe, daß sich die deutsche Politik in der Zukunft nicht in Widerspruch mit den acht Artikeln der Dreiergruppe setzen würde. Schon am Tage seiner Audienz bei Alexander III. hatte er Salisbury durch Hatzfeldt telegraphisch von seiner Absicht unterrichtet, sich in kurzem „durch einen Privatbrief zu ihm direkt über die Situation auszusprechen". Mit besonderer Sorgfalt wurde dieser aufgesetzt; der Kanzler selbst hat mehrfach daran korrigiert. Vor einigen Jahren bekannt geworden, ohne daß man von dem Zusammenhange wußte, in den er gehörte, ist er fälschlich als ein spontanes Bündnisangebot Bismarcks an England gedeutet worden, und das um so mehr, als Salisbury selber ihn lange Jahre später irrtümlich als ein solches charakterisierte, womit auch Äußerungen von des Fürsten langjährigen Mitarbeitern Hatzfeldt und Holstein übereinstimmen. Trotzdem ist er als solches, wenn überhaupt, bloß sehr indirekt und beiläufig anzusehen. In der Hauptsache war er ein Glied in der Vorgeschichte des Balkandreibundes und hatte den Zweck, die Besorgnisse zu zerstreuen, die in London herrschten, mit der voraussichtlichen nahen Thronbesteigung des Prinzen Wilhelm könnte Deutschland der russischen Orientpolitik Vorspanndienste leisten.

Aus den Besprechungen Salisburys mit Hatzfeldt hat er, so führt Bismarck aus, entnommen, daß ein direkter Gedankenaustausch zwischen ihm und dem britischen Minister den Interessen Englands und Deutschlands nützlich sein und dazu beitragen könnte, die Zweifel zu beseitigen, die hüben und drüben etwa noch hinsichtlich der Ziele bestehen, welche beide Nationen verfolgen. Auf das Bestimmteste bezeichnet er die Besorgnis Salisburys, daß der Prinz Wilhelm dereinst eine prinzipiell englandfeindliche Politik treiben könnte, als einen Irrtum: weder dieses ist möglich, noch auch, falls der Kronprinz Friedrich Wilhelm noch zur Herrschaft gelangt, das Gegenteil; beide dürfen sich nur durch spezifisch deutsche Interessen leiten lassen; diese aber schreiben jedem künftigen deutschen Kaiser den Weg so zwin-

gend vor, daß ein Abweichen unmöglich ist. Deutschland hat ein Volksheer und kann daher bloß dann einen Krieg beginnen, wenn die öffentliche Meinung von dessen Notwendigkeit durch die jeweilige Regierung überzeugt werden kann, — daß nämlich das Vaterland, seine Unabhängigkeit und seine neu geschaffene Einheit in Gefahr schweben, also lediglich zu seiner Verteidigung, keineswegs aber dann, wenn andere als deutsche Interessen, z. B. solche des Orients, auf dem Spiele stehen. Der Sultan ist unser Freund, und wir haben alles Wohlwollen für ihn. Aber von hier bis dahin, sich für ihn zu schlagen, ist ein Zwischenraum, den zu überschreiten wir dem deutschen Volk nicht zumuten dürfen. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß nur ein unmittelbarer Angriff auf die eigenen Grenzen in Deutschland den Ruf zu den Waffen rechtfertigen würde. Es hat drei Großmächte zu Nachbarn und offene Grenzen; daher muß die Frage der Koalitionen ins Auge gefaßt werden, die sich gegen das Reich bilden könnten. Dieses würde, wenn Österreich besiegt, geschwächt oder ihm feindlich gesinnt wäre, auf dem europäischen Kontinent auch seinerseits geschwächt dastehen in Gegenwart von Rußland und Frankreich und angesichts der Möglichkeit einer Allianz dieser Mächte. Daher ist für Deutschland die Existenz Österreichs als einer starken und unabhängigen Großmacht eine Notwendigkeit, an der die persönlichen Sympathien des Herrschers nichts zu ändern vermögen. Österreich ist, wie England und Deutschland, eine „saturierte" und daher friedliebende und erhaltende Macht, Österreich und England haben den status quo des Deutschen Reiches aufrichtig anerkannt und haben kein Interesse an seiner Schwächung; durch Rußland und Frankreich jedoch erscheint es bedroht. Dieses bleibt seinen alten Traditionen treu, die es als Erbfeind seiner Nachbarn zeigen, wozu der französische Nationalcharakter kommt; jenes ist von slawischem Ehrgeiz beseelt, indem zugleich die inneren Verhältnisse bei ihm zu einer Explosion nach außen treiben. Daraus entspringt eine dauernde Bedrohung des Friedens für Deutschland, und es muß infolgedessen notgedrungen danach trachten, angesichts der Eventualität eines Kampfes zugleich mit zwei mächtigen Nachbarn sich Allianzen zu sichern. Nunmehr folgt ein Passus, der zwar kein Angebot einer Allianz enthält, aus dem man aber den Wunsch nach einer solchen außer mit Österreich und Italien auch mit England heraushören könnte, freilich so leise und vorsichtig zurückhaltend, daß Salisbury darauf gar nicht einzugehen brauchte: „Falls das Bündnis mit den befreundeten, von denselben kriegslustigen Nationen bedrohten Mächten uns im Stiche ließe, so würde unsere Lage in einem Kriege nach zwei Grenzen nicht eine verzweifelte sein; aber der Krieg gegen das vereinte Frankreich und Rußland würde, selbst angenommen, daß er als militärischer Erfolg für uns ebenso ruhmvoll endigen würde, wie der Siebenjährige Krieg, immerhin für das Land ein so großes Unglück sein, daß wir versuchen würden, ihn uns durch eine freundschaftliche Verständigung mit Rußland zu ersparen, für den Fall, daß wir ihn ohne Bundesgenossen führen müßten. Solange wir aber nicht die Gewißheit haben, von denjenigen Mächten, deren Interessen mit den unsrigen identisch sind, im Stiche gelassen zu werden, wird kein deutscher Kaiser eine andere Politik verfolgen können, als diejenige, die Unabhängigkeit der befreundeten Mächte zu verteidigen, welche,

wie wir, mit der gegenwärtigen politischen Lage zufrieden und bereit sind, ohne Zaudern und Schwäche zu handeln, wenn ihre Unabhängigkeit bedroht wird." Deutschland wird also einen Krieg mit Rußland so lange vermeiden, als es mit seiner Ehre und Sicherheit vereinbar ist, und als Österreichs Unabhängigkeit und Großmachtstellung, welche für das Reich eine Notwendigkeit allerersten Ranges ist, nicht in Frage gestellt werden. Es wünscht, daß die befreundeten Mächte, die im Orient Interessen zu schützen haben, die nicht die seinigen sind, durch ihren Zusammenschluß und ihre Streitkräfte sich stark genug machen, um das russische Schwert in der Scheide zu halten oder um ihm Widerstand leisten zu können, falls die Umstände zu einem Bruche führen sollten: „Solange kein deutsches Interesse auf dem Spiele stünde, würden wir neutral bleiben; aber unmöglich ist die Annahme, daß jemals ein deutscher Kaiser die Unterstützung seiner Waffen Rußland leihen könnte, um ihm zu helfen, niederzuwerfen oder zu schwächen eine derjenigen Mächte, auf deren Beistand wir rechnen, sei es, um einen Krieg Rußlands zu verhindern, sei es, um uns zu helfen, ihm die Stirne zu bieten. Von diesem Gesichtspunkt aus wird die deutsche Politik immer gezwungen sein, in die Reihe der Kämpfenden einzutreten, wenn die Unabhängigkeit Österreichs durch einen russischen Angriff bedroht wäre, oder wenn England oder Italien Gefahr liefen, durch französische Heere überflutet zu werden." Das Schreiben schloß mit der wiederholten Versicherung, daß selbst die stärksten Sympathien für eine fremde Macht oder eine politische Partei niemals einem deutschen Kaiser oder seiner Regierung die Möglichkeit offen lassen würden, von diesen Richtlinien der deutschen Politik abzuweichen.

Es steht in diesem Briefe nichts, was nicht durch den bisherigen Verlauf der Verhandlungen über die acht Punkte veranlaßt, gefordert und gerechtfertigt wäre, sowie zugleich durch den Wunsch Salisburys, über die künftige Politik Deutschlands für den Fall beruhigt zu sein, daß der Prinz Wilhelm in absehbarer Zeit auf den Thron käme. Noch weitere Garantien gab der Kanzler, um in dieser Hinsicht alle Zweifel und Besorgnisse Salisburys zu zerstreuen. In einem Handbillett teilte er ihm mit, daß er sein Schreiben dem Prinzen Wilhelm vorgelesen, und daß sich dieser damit vollkommen einverstanden erklärt habe. „Der Prinz," so setzte er hinzu, „hat mich soeben verlassen, und ich war darauf bedacht, diese wenigen Zeilen hinzuzufügen, um doppelte Sicherheit zu geben." Dem britischen Botschafter, Sir Malet, übermittelte er weiterhin „von seiten des Kaisers dessen moralische Billigung" jedes Einvernehmens, welches zwischen England, Österreich und Italien über die Deutschland unterbreitete Punktation der drei Botschafter in Konstantinopel zustande kommen würde. Wenngleich der Brief vom 22. November nichts enthielt, was nicht durch diese vollkommen zu erklären wäre, war Salisbury von einer Erinnerungstäuschung befangen, wenn er darin einen, sei es auch noch so leisen Bündnisfühler zu erblicken glaubte? Tatsächlich scheint er den Brief doch so alsbald aufgefaßt zu haben. Der gut informierte belgische Gesandte, Baron Greindl, wußte im Sommer 1888 zu berichten: „Vielleicht hätte sich England im letzten Winter dem Dreibunde anschließen können, als die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland gespannt waren. Es hat vor-

gezogen, seine Aktionsfreiheit zu bewahren und die Vorteile der Friedensliga einzuheimsen, ohne ihre Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Es ist wenig wahrscheinlich, daß es Begierde hat, auf diese seine traditionelle Politik zu verzichten. Trotzdem, wenngleich es nicht Deutschlands Bundesgenosse sein will, so kann es ihm doch nur vorteilhaft sein, dessen Freund zu sein." Damit stimmt es überein, wenn Salisbury am 3. Dezember 1887 zum Botschafter einer anderen, mit Namen nicht erwähnten Macht sagte: „In der Situation, in der wir uns befinden, können wir nicht daran denken, irgendeine Allianz zu schließen. Unsere Existenz [d. h. die des Kabinetts] ist prekär; denn sie hängt vom momentanen Beistand ab, den uns die unionistische Fraktion unserer herkömmlichen Gegner leistet. Wir dürfen wohl in gewissen auswärtigen Fragen Entscheidungen zu treffen trachten, welche uns von unseren Vorgängern überkommen sind; aber es ist uns durchaus verboten, einen so gewichtigen Akt zu vollziehen, wie das unser Beitritt zum Dreibund wäre. Ich muß gleichwohl hinzufügen, daß es, wenn ein europäischer Krieg ausbräche, unsere Pflicht sein würde, zu verhindern, daß die Küsten Italiens Angriffen ausgesetzt würden, welche die militärischen Hilfsquellen der Halbinsel lahmzulegen die Wirkung hätten." Auch später hat er sich in ähnlichem Sinne geäußert. Es darf auch nicht übersehen werden, daß nach Hatzfeldts Bericht (s. o. S. 738) Salisbury selbst die Idee angeregt, „äußerstenfalls eine Art von Beteiligung" am deutsch-österreichischen Zweibunde zu erhalten; um so eher mag er aus Bismarcks Zeilen, vielleicht im Zusammenhang mit anderem, was an ihn gelangte, den Wunsch nach Beitritt Großbritanniens zum Dreibunde herausgelesen haben; aber die reservierte Fassung, worin dieser vorgetragen war, gewährte ihm, wie schon bemerkt wurde, die Möglichkeit, ihn zu überhören. Er beschränkte sich daher in seiner Antwort (vom 30. November) auf die Erklärung, daß die Befürchtungen, die er vor Hatzfeldt ausgesprochen hatte, durch die Mitteilung des Vertrages von 1879 und durch die von Bismarck gegebenen Garantien nunmehr zerstreut seien; er sprach seinen Dank für das rückhaltlose Vertrauen aus, das aus Bismarcks Brief spreche, und versicherte, er teile es von Herzen in dem Glauben, „daß es vollkommen durch die Sympathie und durch die enge Interessengemeinschaft zwischen unsern beiden Völkern gerechtfertigt ist". Indem er sich davon überzeugt bekannte, „daß der Kurs Deutschlands durch Erwägungen des nationalen Interesses, wie es von der Gesamtheit der Nation und nicht von persönlichen Voreingenommenheiten des regierenden Herrn verstanden wird, vorgeschrieben sein muß", schloß er mit den Worten:

„Ich glaube, daß das Einvernehmen, das zwischen England und den beiden andern Staaten gegenwärtig in Vorbereitung ist, in vollem Einklang mit der von ihm [sc. England] erklärten Politik steht und loyal von ihm beobachtet werden wird. Die Gruppierung der Mächte, die das Werk des letzten Jahres war, wird ein wirksamer Damm gegen ein aggressives Vorgehen Rußlands und seine Errichtung wird nicht der geringste Dienst sein, den Euer Durchlaucht der Sache des europäischen Friedens geleistet haben."

Nachdem Bismarck also die von Salisbury begehrte Assekuranz der moralischen Billigung Deutschlands abgegeben hatte, stand dem Abschluß des Balkan-

abkommens innerhalb der Dreiergruppe nichts mehr im Wege. Nur noch eine einzige Differenz tauchte auf: Österreich wollte es entweder alsbald dem Sultan zur Kenntnis bringen, oder doch wenigstens diesen unmittelbar, nachdem es perfekt geworden wäre, zum Anschluß auffordern. Damit war Salisbury nicht einverstanden; er fürchtete, daß die Türkei nicht dicht halten, und daß daraus sowohl Komplikationen in der auswärtigen Politik erwachsen, als auch daß der Opposition dadurch Waffen zu parlamentarischen Angriffen in die Hände geliefert würden, um die Stellung des Kabinetts zu erschweren und selbst zu erschüttern. Durfte er doch nicht einmal bei diesem auf ungeteilte Zustimmung zu seiner Politik zählen, nämlich bei dessen unionistischen Mitgliedern. Bismarck stellte sich auf die Seite Salisburys und wurde in diesem Sinne in Wien vorstellig; das Resultat bestand darin, daß zu den acht Punkten der drei Botschafter noch ein neunter hinzutrat, durch den bestimmt wurde, daß Existenz und Inhalt der ganzen Übereinkunft weder der Türkei enthüllt werden dürften, noch auch anderen Mächten, die nicht schon davon unterrichtet wären [d. h. Deutschland], ohne vorheriges Einverständnis aller und jeder einzelnen der drei Mächte. Noch einige andere Abänderungen wurden vorgenommen, die das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Kabinetten selbst waren. Im fünften Artikel wurde festgesetzt, daß die Pforte nicht nur in Bulgarien, sondern auch „als Hüterin der Meeresengen in Kleinasien einer andern Macht keinen Bestandteil ihrer Souveränitätsrechte abtreten, noch auch ihre Befugnisse daselbst übertragen dürfe", — Bismarck hatte nichts dagegen gehabt, obgleich sich gerade dieser Passus, nicht nur, was Kleinasien, sondern auch schon, was Bulgarien anbelangte, schwerlich mit der allgemeinen Tendenz des Rückversicherungsvertrages vertrug. Auch der siebte Punkt, der sich auf den Fall des Widerstandes der Türkei gegen unrechtmäßige Unternehmungen bezog, wurde anders formuliert; es war jetzt nicht mehr die Rede davon, daß ihr dann „Beistand" gewährt werden sollte, sondern von gemeinsamen Maßregeln, „um die Unabhängigkeit des Ottomanischen Reiches und die Integrität seines Gebietes aufrechtzuerhalten, wie sie durch die früheren Verträge bestätigt worden sind". Endlich wurde dem achten Paragraphen eine schärfere Fassung zuteil; er lautete nunmehr: „Wenn jedoch das Verhalten der Pforte nach der Ansicht der drei Mächte den Charakter der Mittäterschaft oder Nachgiebigkeit [de complicité ou de connivence] gegenüber einer solchen unrechtmäßigen Unternehmung annähme, so werden sich die drei Mächte als berechtigt betrachten, sei es vereint, sei es gesondert, durch ihre Streitkräfte zu Lande und zu Wasser zur provisorischen Besetzung derjenigen Punkte des ottomanischen Gebietes zu schreiten, deren Besetzung sie übereinstimmend für erforderlich zur Sicherung der durch die früheren Verträge vorgesehenen Ziele erachtet werden," — es wurde also dadurch z. B. die Möglichkeit einer alleinigen Aktion der britischen Flotte im Einklange mit Österreich und Italien statuiert.

In dieser Form kam die neue Balkanverständigung Mitte Dezember 1887 zum Vollzug. Auf den Wunsch Salisburys bezeichnete sich übrigens das Abkommen in seinem Eingang ausdrücklich als eine Ergänzung und Erweiterung der Mittelmeerentente vom März des Jahres. Der englische Ministerpräsident drang

darauf auch aus dem Grunde, weil er in Rücksicht auf das Parlament einen besonderen und förmlichen Vertrag vermieden wissen wollte; daher zog er in Anknüpfung eben an das Frühjahrsabkommen eine Regelung durch Notenaustausch vor. Die Sache wurde in der Weise in die Wege geleitet, daß Kalnoky und der italienische Botschafter in Wien, der Graf Nigra, den Entwurf zu identischen Noten Österreichs und Italiens aufsetzten, und daß dann Großbritannien diese akzeptierte. Die englische Antwort schickte zunächst einige auf das Parlament und die öffentliche Meinung berechnete Ausführungen über die vertragsmäßige Politik Englands und die Notwendigkeit voraus, „die selbständigen Freiheiten" der christlichen Bevölkerungen im Orient, sowie die Freiheit der Meeresengen aufrechtzuerhalten, so daß diese keiner andern Herrschaft, als nur der türkischen, unterworfen wären. Die Noten Englands und Österreichs wurden am 12. Dezember in London ausgetauscht, die Italiens am 16. desselben Monats in Wien.

Kunstvoll, um nicht zu sagen gekünstelt und jedenfalls ungemein kompliziert, war das System des Gleichgewichtes der Kräfte, wie es durch die beiden größten diplomatischen Aktionen Bismarcks im Jahre 1887, durch den Rückversicherungsvertrag und die Stiftung des Balkandreibundes, in Europa nunmehr aufgerichtet war. Die große Stellung, die er um die Jahreswende von 1886/87 eine Zeitlang erreicht zu haben schien (s. o. S. 637), war doch recht problematisch gewesen. Seine positiven Ziele, die Demarkationslinie und die Erhaltung der Dreikaiserentente, hatte er nicht erreicht, und jetzt waren sie endgültig in die Brüche gegangen. Die weltpolitischen Gegensätze, von denen die Entwicklung in den letzten Jahren getragen worden war, blieben unverändert in Kraft und hatten sich sogar noch verschärft; eben deshalb hatte sich Deutschland, das noch vor einigen Monaten von allen umworben worden war, genötigt gesehen, zwischen ihnen zu optieren. Tatsächlich hatte Bismarck seine Wahl vollzogen, und nur dadurch, daß er sie noch geheim hielt, vermochte er die offene Katastrophe zu verhüten. Er spielte nunmehr ein verdecktes Spiel, das freilich nicht alle seine Partner befriedigte, ihm Mißtrauen zuzog oder schon vorhandenes verstärkte, auch die schwebenden Streitfragen keineswegs aus der Welt schaffte, sondern nur vertagte. Wenn die Gegensätze noch nicht feindlich aufeinanderprallten, so war das gewiß seiner überlegenen Staatskunst zu verdanken; aber wesentlich war dabei doch auch der Umstand, daß die interessierten Mächte es nicht wagten, jetzt bereits die Entscheidung zu suchen. Das war die Frage, ob diese Zurückhaltung andauern, und ob es ihm glücken würde, durch kluges und geschicktes Lavieren den Losbruch auch noch weiterhin zu verhindern; von ihr wurden die letzten Jahre beherrscht, in denen es ihm noch vergönnt war, das Ruder des Reiches zu lenken.

Dreißigstes Kapitel.

Der Ausgang der Bismarckschen Aera.

1887 bis 1890.

Der Rückversicherungsvertrag und die Stiftung des Balkandreibundes waren die letzten großen Aktionen der Bismarckschen Politik überhaupt; durch sie und den gesamten Gang der Ereignisse im Jahre 1887 war eine Spannung geschaffen worden, die, bald stärker, bald schwächer, dem Rest der Bismarckschen Amtszeit ihren Stempel aufdrückte. Auffallende Begebenheiten und überraschende Wendungen traten nicht mehr ein; es erhielt sich im großen und ganzen die Konstellation, wie sie sich eben vornehmlich unter dem Einfluß von Bismarcks jüngster Bündnispolitik gebildet hatte. Es genügt daher, den Ausgang der Ära, die durch seinen Namen bezeichnet wird, mit einem kurzen Überblick zu streifen. Wir halten uns dabei im wesentlichen an diejenigen Momente, die im Vordergrunde stehen, insofern als sie mit dem Balkanproblem zusammenhängen; entsprechend den Hauptgesichtspunkten für die Verteilung des Stoffes in unserer Darstellung, wie wir sie schon mehrfach entwickelt haben, verschieben wir die Behandlung derjenigen Vorgänge, die erst im folgenden Zeitalter zu vollkommener Auswirkung gelangten, in den zweiten Band unseres Werkes.

Die Novemberaudienz Bismarcks beim Zaren war, das zeigte sich zusehends mehr und mehr, eine Episode, die des nachhaltigen Erfolges ermangelte, ja sogar bei den Mißdeutungen, die Alexander ihr gab, und den optimistischen, aber unerfüllbaren Erwartungen, die er daran knüpfte, die Lage sogar zunächst noch verschärfte. Anfang Dezember hatte Paul Schuwalow privatim mit Herbert Bismarck über die Idee gesprochen, Deutschland solle durch ein offizielles russisches Schriftstück ersucht werden, auf die Pforte zu wirken, damit diese die russischen Wünsche bezüglich Bulgariens ausführe; der Staatssekretär hatte sich erboten, eine Petersburger Anregung dieser Art seinem Souverän vorzulegen. Anstatt dieser Abrede einfach nachzukommen, sandte Giers unter Berufung darauf, daß Bismarck am 18. November versprochen hätte, Radowitz mit einer russenfreundlichen Instruktion zu versehen, einen Brief an den Botschafter zur Mitteilung an das Berliner Auswärtige Amt, worin es hieß: „Der Kanzler kennt unsere Vorschläge hinsichtlich der Regelung der bulgarischen Frage; wenn er in seinem praktischen Geiste nützliche Bemerkungen zu machen hat, so sind wir bereit, sie zu hören. Für uns handelt es sich darum, die Pforte dazu zu bringen, daß sie den Prinzen Ferdinand als Usurpator erklärt und entfernt.“ Nun wissen wir, daß Bismarck, in Übereinstimmung mit Schuwalow, leugnete, Alexander III. die behaupteten Zusagen betreffend Radowitz erteilt zu haben; so sah er dann in dieser Stelle des Giersschen Schreibens nichts weiter, als den plumpen Versuch, das alte Spiel zu erneuern, nämlich die Initiative zum Vorgehen auf dem Balkan Deutschland zu-

zumuten, und dazu wollte er sich jetzt, zumal nach der Stiftung des Balkandreibundes, noch weniger verstehen, als vordem. Wenn Giers sagte, er kenne doch die russischen Vorschläge hinsichtlich Bulgariens, so äußerte er sich dazu: „Nein! nicht ein Wort davon!“, und wenn jener gnädig sich vernehmen ließ, er sei bereit, die Bemerkungen zu hören, die Deutschland dazu zu machen hätte, so rief er aus: „Ganz unser Fall; aber mit mehr Recht; Rußland hat Wünsche bezüglich Bulgariens, wir keine; Rußland muß reden!“ Was das Ziel der russischen Politik anbelangte, die Entfernung Ferdinands, so war er damit ganz einverstanden: „Das entspricht den Verträgen; wenn Rußland es amtlich in Konstantinopel beantragt, werden wir es befürworten.“ Die Sache war nur die, daß Rußland wiederum mehr von ihm wollte, nämlich „den ganzen deutschen Einfluß beim Sultan einzusetzen, damit derselbe den Russen in bezug auf den Prinzen Ferdinand zu Willen sei“, und das lehnte er energisch ab: „Dazu muß Rußland zuvor seinen Willen amtlich und öffentlich kundgeben, in Berlin, wie in Konstantinopel, und unsere Mitwirkung auf Grund der Verträge beanspruchen.“ Wenn Giers in Aussicht stellte, sobald das angeblich dem Zaren verheißene „Wort“ an Radowitz ergangen wäre (wozu Bismarck hinzufügte: „fällt mir nicht ein; la parole est à la Russie), würde er gern mit offiziellen Propositionen an die Berliner Regierung herantreten, welche dieser eine schriftliche Unterlage als Beweis für die Tatsache gäben, daß Rußland ihre Unterstützung nachgesucht habe, so stellte sich der Kanzler auf den Standpunkt, den er von jeher vertreten hatte: „Damit muß er anfangen; wir sind zu mißtrauisch gemacht, um irgendeine Initiative auf uns zu nehmen.“ Und Schuwalow machte auch gar kein Hehl daraus, daß es nicht einmal mit einer bloßen „Unterstützung“ sein Bewenden haben könnte; er setzte hinzu, daß diese allein nicht viel nützen, „sondern daß nur etwas zu erreichen sein würde, wenn deutscherseits ein starker Druck auf den Sultan ausgeübt werde“. Mit Recht fürchtete Graf Herbert, daß dadurch nicht nur der Sultan, sondern auch die Mächte der Dreiergruppe verwirrt und mißtrauisch gestimmt werden würden, — hier war eben der Punkt, wo die Politik des Rückversicherungsvertrages mit derjenigen des Mittelmeer- und Balkandreibundes in die schärfste Kollision geriet. Sofort gingen an Schweinitz Weisungen im Sinne der Marginalnoten des Reichskanzlers ab: Deutschland werde fortan nur offenen amtlichen Anträgen Rußlands beipflichten, die zu ihm in offizieller und authentischer Form gelangten, obschon das jetzt nach allen den russischen Beschimpfungen und Drohungen der letzten Zeit nicht mehr so leicht sei, wie etwa vor Jahresfrist. Es wurde auch Beschwerde darüber geführt, daß auf die Versprechungen des Zaren hin nichts weiter geschehen sei, als daß den russischen Zeitungen zehn bis vierzehn Tage lang „ein doch nur mürrisches Schweigen“ auferlegt worden wäre.

Wiederum war der Wagen aufs tote Geleise gelaufen; wiederum hatte die Kluft sich zwischen den beiden geöffnet. Weder der Rückversicherungsvertrag noch auch die Unterredung vom 18. November hatten Deutschland und Rußland einander wirklich genähert, und dazu kam das Verhältnis Rußlands zu Österreich, zwischen denen jeden Augenblick der Bruch zu drohen schien; hüben wie drüben betrachtete man die militärischen Maßregeln, die vom anderen an der Grenze

getroffen wurden, als die Einleitung zu alsbaldigem Losschlagen. Zwar ließ sich Giers Mitte Dezember wieder einmal vor den diplomatischen Vertretern Österreichs ziemlich versöhnlich aus: Die russischen Maßnahmen trügen einen rein defensiven Charakter, es stünden jetzt weniger Truppen in Russisch-Polen als zur Zeit Nikolaus II. und Alexanders II., — eine Behauptung, die Moltke sofort bestritt. Die politischen Differenzen, so fuhr der Minister fort, böten noch keinen Grund zu ernstlichen Zerwürfnissen; an der Donau gebe es keine wirkliche Kriegsgefahr; bedenklicher sei der französisch-deutsche Gegensatz: „Wir [d. h. Rußland und Österreich] werden einen unangenehmen Frieden haben; immerhin wir werden den Frieden haben." Ähnlich äußerte sich Lobanow in Wien. Aber gleichzeitig brachte der „Russische Invalide", das Organ des Kriegsministeriums, einen offenbar hochamtlichen Artikel, worin unter übertreibendem und entstellendem Hinweis auf die angeblichen Kriegsvorbereitungen der Mittelmächte die Fortsetzung der begonnenen russischen „Gegenmaßregel" als notwendig bezeichnet wurde; der gesamte Chor der Presse fiel mit neuen Schimpfereien gegen Deutschland ein, und der Zar erklärte sich mit der in dem genannten Blatt entwickelten Auffassung durchaus einverstanden. Was Wunder, wenn der deutsche Geschäftsträger v. Bülow unter diesen Umständen den Versicherungen von Giers nicht traute. Bismarck war der Ansicht, Österreich müsse sich für alle Fälle stark machen und tadelte die hier herrschende „Finanzfaulheit", derzufolge nicht genügend für die Rüstungen geschehe; aber er warnte vor allzu lautem Geräusch, zumal in der Presse, und vor Eingehen auf russische Provokationen.

Wie ernstlich man mit dem Ausbruch offener Feindseligkeiten rechnete, erhellt daraus, daß schon seit geraumer Zeit zwischen den Generalstäben der Dreibundmächte Verhandlungen über eine Kooperation im Kriegsfalle spielten. Zwischen Deutschland und Italien hatte Crispi bereits in Friedrichsruh eine Militärkonvention gegen Frankreich angeregt, gipfelnd in der schleunigen Ausarbeitung eines gemeinsamen Verteidigungs- und Angriffsplanes. Im Laufe des Winters wurde auch Österreich daran beteiligt; die Mitwirkung sollte sogar auf die Flotten ausgedehnt werden. Im Verlaufe der Negoziation ließen sich erhebliche Schwierigkeiten nicht überwinden. Die Österreicher machten den Versuch, durch die zu treffenden militärischen Vereinbarungen den casus foederis zu verschieben; sie erklärten es für erforderlich, daß der Krieg gegen Rußland offensiv geführt würde; auch Moltke neigte dazu und war sogar wieder für den Präventivkrieg. Bismarck jedoch blieb fest, er fand, daß der Generalstab in das politische Ressort hinübergreife, und daß auch Moltke zu weit gehe: Deutschland darf, so betonte er, nicht wegen Bulgariens fechten, es muß seine Hauptstreitkräfte nach dem Westen werfen. Die österreichische „Armee" und Franz Josef empfanden es bitter, daß sie sich darauf gefaßt machen mußten, den russischen Angriff allein auszuhalten und den Einbruch des Feindes in Galizien abwarten zu sollen, um deutsche Hilfe zu bekommen; Bismarck hinwiederum war verstimmt über die Mattherzigkeit der Österreicher, die doch auch Rumänien für sich hatten, und riet ihnen, dem Gegner nicht in Galizien, sondern bei Krakau und Troppau entgegenzutreten, um dort Fühlung mit den Deutschen zu haben. Ein Resultat wurde schließlich nicht erzielt;

die Wiener Militärs waren darüber recht ungehalten, auch der Kronprinz Rudolf, der ganz im Kriegsfahrwasser schwamm und der Meinung war: „Wenn Österreich den Moment versäumte, sich gegen Rußland zu schlagen, solange es noch entschiedene militärische Vorteile besäße, würde es besser tun, dann ganz von der Großmachtstellung zu abdizieren.“ Aus den österreichisch-italienischen Besprechungen wurde gleichfalls nichts. Crispi gab sich einige Zeit Mühe, Österreich für eine Konvention zu Wasser und zu Lande zu gewinnen, und Deutschland unterstützte die Wünsche und Vorschläge Italiens. Immerhin meinte auch Bismarck, Italien müsse seine Verständigung zur See mit England suchen, und in Wien lehnte man zu guter Letzt allgemein ab, unter der Begründung, „daß wohl Deutschland und Italien, aber nicht Österreich-Ungarn und Italien ihre Grenzen gegen einen gemeinschaftlichen Feind zu verteidigen haben würden“. Das einzige positive Ergebnis, das heraussprang, war ein deutsch-italienisches Abkommen, demzufolge im Falle eines Krieges mit Frankreich das Gros des italienischen Heeres die Franzosen an der Alpengrenze angreifen, der Rest (sechs Alpenkorps und drei Divisionen) zusammen mit der deutschen Armee am Rhein operieren sollte; Österreich sollte dabei mitwirken, indem es bestimmte Verpflichtungen für den Durchzug und die Verpflegung übernahm.

Wenngleich man in Petersburg von diesen Dingen schwerlich etwas erfuhr, so mochte man dort doch wohl merken, daß Unliebsames vor sich ging. In der ersten Hälfte des Dezember brachte die italienische Presse manche Andeutungen: wenn die Österreicher bei einer russischen Aggressive immer nur auf die deutschen Bajonette zählten, so vergäßen sie ganz, daß auch Italien ihnen dann mit 300 000 Mann beistehen würde. Daraus wurde ja nun zwar nichts, — aber sollte man in Petersburg nicht doch die Ohren gespitzt haben? Im Gegensatz zu Kalnoky, der an einen baldigen Einbruch der Russen nicht glaubte, fürchtete der österreichische Generalstab Ende 1887, daß ein solcher zu erwarten stünde, und daß es daher die höchste Zeit sei, die galizischen Garnisonen zu verstärken, ohne Rücksicht darauf, ob das russischerseits als Provokation ausgelegt werden würde. Die Militärs setzten das tatsächlich bei Kaiser Franz Josef durch, und die erwartete Wirkung trat ein. Giers interpellierte Schweinitz darüber. Er sagte ihm, man sei in Rußland besorgt, daß man im Frühjahr angegriffen werden, und daß man es dann mit Österreich und Deutschland gemeinsam zu tun haben würde. Man ging sogar noch weiter; es war bereits der Verdacht, Deutschland wolle Österreich in den Krieg hineintreiben, „die Signatur dieser Epoche“, und in seiner Verzweiflung ließ man es aus Petersburg nicht in Wien „an offiziösen Andeutungen“ fehlen, „Österreich möge sich doch mit Rußland direkt verständigen“. Aber die prallten an Kalnoky „wie Erbsen ab“; er hielt sie für unaufrichtig, sah darin lediglich das Bemühen, Österreich von Deutschland zu trennen, und meinte: „Verständigung heiße hier: vollkommene Unterordnung unter die russische Politik.“ Allerdings sah er die Situation sehr pessimistisch an; er zweifelte daran, daß Österreich bei seinen schlechten Finanzen längeres Warten vertragen könne. Der Wiener Generalstab drängte zum Losschlagen, ebenso Anfang 1888 Andrassy in Rücksicht auf die günstige diplomatische und die noch immer vorteilhaftere mili-

tärische Lage darauf, daß der Dreibund zusammen mit England eine Art von Ultimatum etwa folgendermaßen stelle: „Wir wollen keinen Krieg; wir wollen die strikte Erhaltung des Berliner Vertrags, den du, Rußland, immer im Munde führst, und wollen uns auf dieser Basis verständigen, aber definitiv. Willst du darüber hinaus, so hast du es mit allen zu tun.“ Es war klar, daß Bismarck einen solchen Schritt nicht mitmachen würde; aber auch davon abgesehen, zweifelte Kalnoky, ob England dafür zu haben wäre, — Andrassy freilich sagte darauf, Kalnoky „habe keine Courage“; Bismarck schob, als ihm das mitgeteilt wurde, zwischen den beiden letzten Worten bedeutungsvoll ein: „falsche!“

Gewiß gab es in Rußland und in Österreich-Ungarn Strömungen, welche den Krieg als die einzige Lösung der unerträglichen Spannung betrachteten, und auch die höchsten Instanzen hüben und drüben waren davon angesteckt, weil sie beide voneinander das Schlimmste fürchteten; im letzten Grunde wollten sie das freilich beide nicht. Aber noch stärker, als auf der österreichischen, war auf der russischen Seite das Gefühl lebendig, daß die Explosion unvermeidlich sei; es wurde jetzt selbst von Giers und dem Zaren geteilt, und die Presse, die Militärs, die Panslawisten, sowie die maßgebenden Kreise der russischen Gesellschaft, unter dem Einfluß hochstehender Damen von französischer Geburt, wie der Frau des Generalstabschefs Obrutschew und des Generalgouverneurs von Warschau, Gurko, für welche die Revanche und die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen die Parole war, schürten insgesamt den Brand. Hätte man in diesem Augenblick in Petersburg darauf rechnen dürfen, daß Frankreich die dargebotene Hand ergreife, man hätte sie gereicht. Offen gestand der Zar Ende Januar 1888 dem deutschen Botschafter ein: „Seine Regierung habe sich der französischen zu nähern gesucht; da habe Herr Flourens und besonders Präsident Grévy erklärt, sie könnten nicht dazu raten; denn niemand sei imstande, vorherzusagen, mit wem Rußland sich engagiere; Herr Grévy habe während seiner Präsidentschaft über 300 Minister gehabt.“ Das muß noch vor Ablauf des Jahres 1887 gewesen sein; aber noch Mitte Januar 1888 wußte Graf Münster aus Paris zu berichten: Zwar sei unter den hiesigen Diplomaten viel von einer russisch-französischen Allianz gesprochen worden; aber noch glaube er nicht entschieden daran. Immerhin sei nach seinen Beobachtungen von russischer Seite in Paris für den Fall kriegerischer Komplikationen angefragt worden, und zwar in der Hoffnung, bindende Zusagen zu bekommen; die Franzosen hätten jedoch solche nicht geben wollen, und die russischen Diplomaten verbärgen darüber nicht ihre Unzufriedenheit. Wie populär auch immer die russische Allianz in Frankreich war, so erschien sie doch den leitenden politischen Kreisen daselbst augenblicklich inopportun. Einmal bestimmte dazu die Unsicherheit der bestehenden Verhältnisse, wie sie nach Grévys Rücktritt (Anfang Dezember 1887) bestand, die persönliche Stellung des Präsidenten Carnot und die voraussichtlich kurze Lebensdauer des neuen Kabinetts, sodann die Furcht vor Deutschland, die man selbst trotz der Aussicht auf das Bündnis mit Rußland nicht los wurde, zumal da man sich nicht vom Argwohn befreien konnte, dieses wolle die Franzosen nur vorschieben, um sie schließlich den Krieg allein auskämpfen zu lassen. Auch fehlte es noch immer nicht an Elementen, welche die

Idee hegten, daß sich die russischen und französischen Interessen im Mittelmeer diametral gegenüberstünden. Anfang Januar 1888 beteuerte der französische Botschafter Waddington in London vor dem deutschen Geschäftsträger, dem Freiherrn von Plessen: Der Präsident, und nicht minder die ganze französische Regierung seien von den friedfertigsten Gesinnungen erfüllt; man beschäftige sich jetzt nur noch mit den Vorbereitungen zur großen Weltausstellung, die im nächsten Jahre zur Jubiläumsfeier der Großen Revolution stattfinden sollte; mit positiver Sicherheit sei darauf zu rechnen, daß von Frankreich her während der nächsten zwei Jahre keine Kriegsgefahr drohe. Das glaubte Bismarck wohl; aber er hegte schwere Zweifel für die spätere Zukunft: „Was dann? . . . Russische Frage; Rußland ist erst in vier Jahren fertig.“ Immerhin, zunächst war Frankreich nicht zu haben, und die Möglichkeit der Anfeuerung der populären Leidenschaften durch Boulanger, der damals als Korpskommandant in Clermont-Ferrand verweilte, schien zur Zeit nicht gerade sehr groß. Er sei, so sagte Waddington zu Plessen, von der politischen Bildfläche ganz verschwunden, finde in parlamentarischen Kreisen nicht den geringsten Anklang mehr und habe in den militärischen nie einen wirklichen gehabt. Einige Wochen später wurde er übrigens wegen Verstößen wider die Disziplin seines Postens enthoben.

Von Frankreich durfte man somit momentan in St. Petersburg recht wenig erwarten. Aber nicht etwa die Rücksicht auf den Rückversicherungsvertrag war es, welche damals einer russisch-französischen Allianz störend im Wege stand und Rußland hinderte, in einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich auf die Seite des letzteren zu treten, sondern lediglich die vollkommene Isoliertheit, in der man sich an der Newa befand, die unglückliche zeitweilige Konstellation, gegen die man absolut machtlos war. Nach dem letzten mißlungenen Versuch, Bismarck in der bulgarischen Angelegenheit vorzuschicken, sank man hier in eine — freilich erzwungene — Passivität zurück. Immer fester konnte sich der Koburger in Sofia einnisten; der Balkandreibund streckte schützend seinen Schild über ihn, und Deutschland ließ Rußland in dem Sinne, wie man hier den Rückversicherungsvertrag auffaßte, schnöde im Stich. Man empfand das als eine brennende Schmach; treffend charakterisierte Jomini einige Zeit nachher die Sackgasse, in die man geraten war, vor dem deutschen Geschäftsträger, dem Grafen Pourtalès, mit den Worten:

„Rußland habe in seiner Politik der letzten zwölf Jahre unstreitig schwere, unverzeihliche Fehler begangen, und die österreichische Politik zeige ein unverkennbares Geschick in der Benutzung dieser Fehler. Rußland müsse jetzt seine Fehler damit büßen, daß es gezwungen sei, sich eine vollständige Zurückhaltung in Orientangelegenheiten aufzuerlegen. An dieser Haltung sei die russische Regierung entschlossen, solange als möglich festzuhalten; sie werde sich nicht leicht dazu verleiten lassen, für Bulgarien wieder das Schwert zu ziehen. ‚Aber,‘ so rief Baron Jomini mit einiger Erregung aus, ‚das kann ich Sie versichern, die Haltung, zu der wir jetzt verurteilt sind, ist, wenn auch teilweise selbst verschuldet, darum nicht minder demütigend, und wenn Österreich fortfährt, in der bisherigen Weise aus unserer Reserve auf der Balkanhalbinsel für sich Vorteil zu ziehen,

so wird das Maß der hier gegen diese Macht herrschenden Erbitterung bald voll werden und überlaufen. Das gegen Österreich angesammelte Gift ist derartig, daß ich einen russisch-österreichischen Konflikt schon heute für unvermeidlich halte. Et il sera une guerre terrible, une lutte à mort. Was mich bezüglich der Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland immer mit Sorgen erfüllt, ist die Erwägung, daß Ihr Verhältnis zu Österreich Sie doch nötigt, Österreichs Orientpolitik zu unterstützen.‟"

Buchstäblich ist diese Prophezeiung nach ungefähr einem Menschenalter in Erfüllung gegangen.

Damals waren Rußland freilich die Hände noch gebunden, und das persönliche Eingreifen des greisen Kaisers Wilhelm trug dazu bei, die akute Krisis zu überwinden. In dem Neujahrsbrief, den er in den ersten Tagen des Januar 1888 an Alexander III. richtete (er entschuldigte sich, daß er seines Alters halber nicht mehr selbst die Feder führen könne, sondern sich der Hand seines Enkels Wilhelm bedienen müsse), wies er glaubwürdig nach, daß die Nachrichten, welche der „Russische Invalide" (s. o. S. 762) kurz zuvor über die angeblichen Kriegsvorbereitungen östlich von der Oder gebracht hatte, falsch und übertrieben waren; feierlich bezeugte er, daß kein feindseliger Plan gegen Rußland jemals Eingang in seinen Geist gewinnen könnte: „Alle meine Gedanken zielen auf den Frieden, nicht allein wegen meines Alters, sondern auch kraft der Herrschaft, welche über mich das Bewußtsein der Pflichten, die ich gegen meine Untertanen habe, sowie die Gefühle ausüben, welche mir die Nähe des Augenblicks einflößt, da ich vor Gott Rechenschaft darüber abzulegen habe, wie ich die Aufgaben erfüllt habe, die Seine Vorsehung mir auferlegt hat. Ich bin überzeugt, daß Sie so denken wie ich, und daß es uns gelingen wird, unsere Völker vor den Leiden eines Krieges zu behüten, dessen Folgen, wie auch immer der Ausgang sein möge, nur den Feinden aller Monarchien in Europa zum Vorteil gereichen würden. Ich hoffe, daß die Zukunft diese Überzeugung rechtfertigen wird, die mir teuer ist."

Die ergreifenden Worte des ehrwürdigen Monarchen, gleichsam sein Vermächtnis, bevor er seinen Abschied von dieser Welt nahm, für den Großneffen, erweckten in dessen Brust anscheinend einigen Widerhall. Er dankte dem Großoheim für die empfangenen Aufklärungen und versicherte ihm, daß nichts in ihm den festen Glauben an dessen loyale und friedfertige Gesinnungen zu erschüttern vermöchte, daß er auch dessen Überzeugung von der Notwendigkeit der Erhaltung des Friedens teile: „Brauche ich hinzuzufügen, daß es mir durchaus unmöglich erscheint, die Eventualität eines Krieges ohne zureichenden Grund zuzulassen, wie es ein solcher zwischen Deutschland und Rußland sein würde?" Am Abend des 26. Januar, während eines Hofballes, überreichte der Zar seine Antwort dem Botschafter v. Schweinitz; es fand dabei eine längere Aussprache statt. Er verteidigte die russischen Dislokationen an der Westgrenze im Hinweis darauf, daß Deutschland hier seine Truppen schneller heranbringen könnte, als er die seinigen, und stellte in Aussicht, daß noch weitere Verstärkungen daselbst erfolgen würden. Indem er auch vor Schweinitz zugab, daß zwischen Deutschland und Rußland keine Kriegsgründe vorlägen, sprach er mit großer Erbitterung von den Österreichern,

die auf dem Balkan, anstatt Rußland, wozu sie durch das Dreikaiserbündnis verbunden gewesen wären, hier gute Dienste zu leisten, nur „Schweinereien“ gemacht und dazu noch Insulten hinzugefügt hätten, und auf die kein Verlaß sei. Zwar erkannte er die „Möglichkeit“ an, daß die Erhaltung des Donaureiches im monarchischen Interesse liege, meinte jedoch, dann solle dieses nicht Rußland überall in den Weg treten; durch keinerlei Gegenbeweise ließ er sich in der Ansicht erschüttern, daß Bismarck in Wien nur zu befehlen, nur (dabei erhob er die geballte Hand) die Faust zu zeigen brauche. Immerhin sagte er: „Nun, jetzt hat man sich ja glücklicherweise beruhigt, und für dieses Jahr werden wir also Frieden behalten;“ als Schweinitz erwiderte, er sehe nicht ein, „warum bloß für dieses Jahr und nicht überhaupt“, schien er „an diese Möglichkeit nicht recht zu glauben, so sehr es auch seinen Wünschen entsprechen mochte“, — offenbar nach wie vor von der Unvermeidlichkeit des Bruches mit Österreich überzeugt. Zum Schluß kam die Rede noch einmal auf die Truppenverschiebungen aus dem Innern nach Polen. Zwar äußerte Alexander, es müsse jeder Macht freistehen, ihre Soldaten dahin zu stellen, wo sie es für zweckmäßig halte; doch bemerkte er, daß solche Ortsveränderungen Zeit und Geld kosteten, und im ganzen hatte Schweinitz den Eindruck, „als wenn in nächster Zeit nichts geschehen würde, vorausgesetzt, daß kein Anstoß von außen kommt“.

Wiewohl die Ausführungen des russischen Kaisers in manchen Punkten noch recht skeptisch klangen, so war doch eine gewisse Entspannung zwischen Deutschland und Rußland eingeleitet, und ausdrücklich bekundete Schweinitz später, daß hier das Vertrauen „durch den durch Inhalt und Form mächtigen Neujahrsbrief unseres verewigten Kaisers neu belebt worden war“. „Eine wirkliche Klärung“, so fügte er hinzu, „erfolgte aber erst durch die Rede vom 6. Februar,“ nämlich Bismarcks im Deutschen Reichstage; um für ihre Bedeutung volles Verständnis zu gewinnen, muß sie im Zusammenhang mit der gemeinsamen Publikation des Zweibundvertrages von 1879 durch die beiden Mittelmächte betrachtet werden, die drei Tage zuvor stattgefunden hatte.

Schon als Rußland im Sommer 1887 (s. o. S. 692) Mitteilung vom Traktat von 1879 erhielt, war geplant worden, eine solche gleichfalls nicht nur den befreundeten Höfen, sondern auch der Öffentlichkeit zukommen zu lassen. Im Laufe des November war diese Absicht nicht nur in London, sondern auch in Rom ausgeführt worden; zur Bekanntgabe durch die Presse war man noch nicht geschritten. Jetzt aber bot sich dazu ein dringender Anlaß. Am 11. Januar 1888 wurde im ungarischen Reichstage über einen eventuellen Krieg mit Rußland interpelliert und dabei an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob mit Sicherheit auf das Bündnis mit Deutschland und Italien zu rechnen sei; in den ungarischen Blättern wurde sogar davon gesprochen, „daß Bulgarien und Elsaß-Lothringen korrelat wären“. Da schien es dem Kanzler doch angezeigt, um übertriebene Vorstellungen zu dämpfen und dadurch zugleich Enttäuschungen vorzubeugen, über die wahre Natur des Zweibundes aller Welt reinen Wein einzuschenken. Auch Erwägungen über die Stimmung in Deutschland selbst waren bei ihm mit im Spiele: Kriege dürften heutzutage nicht mehr geführt werden, ohne daß das ganze Volk von

ihrer Notwendigkeit überzeugt sei; das sei, was die moralische Kraftwirkung anbelange, höher anzuschlagen, als eine erhebliche Anzahl von Armeekorps. Durch ihre Publizität könnten Bündnisse heutzutage nur an Sympathien bei den Untertanen und daher an Wirksamkeit und Dauer gewinnen; würde man erst zum Text des Traktates dieselbe günstige Stellung einnehmen, wie bisher zu seinem Prinzip, so würde man sich auch seine Tragweiten genauer klar machen und „ein leichteres Verständnis für die Möglichkeit haben, daß unter Umständen der erste Schuß, welcher fällt, nicht notwendig die Seite des Angreifers bezeichnet“, — man gewahrt, daß gerade dieses Argument darauf berechnet war, bei den Österreichern Geneigtheit zur Zustimmung zu erwecken. Sogar daran dachte Bismarck damals, den Dreibundvertrag zu veröffentlichen, soweit nicht einzelne Spezialbestimmungen das verböten. So beantragte er denn am 18. Januar in Wien die Publikation zunächst des Vertrages von 1879, indem er mitteilte, daß er bei der Militärdebatte im Reichstage auf das politische Gebiet hinübergreifen und dabei nicht umhin können würde, über die Tragweite des Bündnisses die Wahrheit zu sagen, und zwar um so ausgiebiger, je weniger man von Wien aus den Entstellungen der ungarischen Blätter entgegentrete. An der Donau konnte man sich dem Gewicht dieser Gründe nicht verschließen, nur daß man wünschte, die Kundgebung möge gleichzeitig und gemeinsam erscheinen; auch wurde eine Einleitung vereinbart, die jeden Zweifel darüber ausschließen sollte, daß die Publikation und der Vertrag selbst rein defensiven und friedlichen Zwecken zu dienen bestimmt war. Sie wurde denn in den offiziellen Zeitungen Deutschlands, Österreichs und Ungarns am 3. Februar vorgenommen.

Sie hatte somit keinerlei Spitze gegen Rußland, sondern eher gegen die Treibereien der Magyaren; sie war zugleich der Auftakt zu Bismarcks berühmter Reichstagsrede vom 6. desselben Monats. Es wurde darin das Verhältnis zu den Nachbarstaaten gekennzeichnet, auf Grund der großen Linien seiner Entwicklung. Die Beziehungen zu Frankreich wurden als beruhigend erklärt: mehr Besorgnis, so wurde gesagt, bot zuletzt Rußland, wegen der Sprache seiner Presse und wegen der daselbst angenommenen militärischen Maßregeln. Aber was jene anbelangte, so berief sich Bismarck auf die Versicherungen, die ihm der Kaiser Alexander III. im November des Vorjahres in Berlin abgegeben hätte, und was das zweite Moment anbetraf, so machte er sich das Argument zu eigen, das der Zar selbst Schweinitz gegenüber ins Treffen geführt hatte, daß man nämlich einer andern Macht in diesem Punkt keine Vorschriften machen könnte. Auch andere Erwägungen führte er an, die das russische Vorgehen in milderem Lichte erscheinen zu lassen, geeignet waren, obwohl er selber an ihren Ernst schwerlich glaubte: die Möglichkeit einer europäischen Krisis und das Bedürfnis Rußlands, dabei ein gewichtiges Wort mitreden zu dürfen, etwa infolge von Verwicklungen im Orient, eines polnischen Aufstandes oder eines Regierungswechsels in Frankreich: „Wenn das die Absicht ist, . . . so ist für uns noch absolut kein Grund, in unsere Zukunft schwärzer zu sehen, als wir es seit vierzig Jahren überhaupt getan haben.“ Vorsichtig berührte er den wunden Punkt, der zu allen den Verwicklungen und Irrungen der letzten Jahre den Ausgang gegeben hatte, — Bulgarien, dieses kleine Länd-

chen, das gar nicht wert wäre, daß sich seinetwegen Europa zerfleische. Indem er anerkannte, daß es nach dem Berliner Vertrage in die russische Einflußsphäre falle, erklärte er, Deutschland sei daran gar nicht interessiert: Gewaltsame Mittel würde Deutschland nicht unterstützen und dazu nicht raten; er glaube auch und sei dessen sogar ziemlich gewiß, daß dazu keine Neigung vorhanden sei; wenn jedoch Rußland auf diplomatischem Wege, durch eine Anregung an den Oberherrn, den Sultan, die Pforte zu einem Einschreiten veranlasse, und wenn es das Reich amtlich auffordere, seine Unterstützung dafür zu gewähren, so würde er dazu bereit sein. Indem er den Gedanken an einen Präventivkrieg entschieden verwarf und die Hoffnung aussprach, daß der Appell an die Waffen nicht erforderlich sein würde, betonte er die rein friedlichen Ziele der deutschen Politik: nicht die Furcht macht uns friedfertig, sondern das Bewußtsein unserer Stärke; wir müssen auch uns für alle Fälle stark machen. So klang denn die Rede in einen jener Aussprüche aus, die so scharf geprägt waren, die so blitzhell die Lage zu beleuchten und mit so lapidarer Kürze zu bezeichnen schienen, daß sie zum Schlagwort der ganzen Nation wurden: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt!"

Die Wirkung war eine ungeheure. Wenn er selbst dabei das Gefühl des Altwerdens gehabt und gemeint hatte, „es zünde nicht mehr so schnell bei ihm mit den Ideenverbindungen wie früher, er müsse erst suchen", — die Welt, ob Freund oder Feind, hatte einen anderen Eindruck. In Wien herrschte große Genugtuung, wenngleich er wohl selbst die Empfindung hatte, daß das, was er über die Entstehung des Zweibundes sagte, nicht warm genug gewesen sei, indem er diese im wesentlichen als ein Ergebnis der schlechten Behandlung Deutschlands durch Rußland hingestellt hatte; eben deshalb ließ er sofort dahin melden, so sei nicht alles zu verstehen, wie er im Parlament habe reden müssen. Crispi schickte ihm ein seitenlanges überschwengliches Telegramm. Am merkwürdigsten war die Aufnahme in Petersburg. Selber erzählte er: „Der Zar habe mit Befriedigung konstatiert, daß er zwischen ihm und der russischen Presse unterscheide, und daß er sein Recht anerkenne, seine Truppen zu dislozieren, wie es ihm beliebe; er habe ihm ein großes Faß Kaviar geschickt, was noch gefroren sei." Und einige Wochen später berichtete Schweinitz: „Die Verstärkung unserer Stellung durch eine ‚neue Großmacht', nämlich durch 600 000 Mann gedienter, mit guten Führern, Waffen und Kleidern ausgestatteter Leute, wirkte gründlicher, als alle Friedensprogramme und alle Bündnisse mit mehr oder weniger problematischen Regierungen. Jene große Rede, Kraft, Mut und Mäßigung zu gewaltiger Gestaltung einigend, schuf in Rußland einen für uns befriedigenden, auf Furcht, Verständnis und einigem Vertrauen beruhenden Zustand, welcher durch unsere Initiative in Konstantinopel gefestigt wurde." Denn jetzt setzte noch einmal in Petersburg eine diplomatische Aktion betreffend Bulgarien ein. Fünf Tage nach der Kanzlerrede brachte der russische Regierungsanzeiger ein Kommuniqué. Es wurde darin mitgeteilt, daß Rußland in Berlin angesichts der illegalen Stellung Ferdinands von Koburg Vorschläge gemacht habe, um eine Kollektivkundgebung der Mächte gegen diesen zu erwirken; auf ihrer Grundlage sollte dann der Sultan als Suzerän in Bulgarien amtlich erklären, daß Ferdinand nicht daselbst der rechtmäßige Inhaber der

Regierungsgewalt sei. Es wurde versichert, daß Rußland nicht an gewaltsames Einschreiten denke, daß es sich auch nicht in die inneren Verhältnisse des Landes einmischen oder irgend jemanden für die Vergangenheit verantwortlich machen wolle: sobald der Usurpator entfernt sei und sobald von bulgarischer Seite die bisher begangenen Fehler eingestanden wären, würden die russisch-bulgarischen Beziehungen wiederhergestellt werden, und ohne Hindernis könne ein neuer Herrscher den Thron besteigen. Demgemäß stellte das Petersburger Kabinett am 17. Februar bei den Mächten den Antrag, gemeinsam die Pforte aufzufordern, den gegenwärtigen Zustand in Bulgarien für illegal zu erklären. Bismarck hatte nun bei Rußland das erreicht, worauf er jederzeit bestanden hatte, daß dieses amtlich den Vortritt nahm, und Deutschland unterstützte dieses Vorgehen. Aber nun lief die Angelegenheit so, wie er es von jeher vorausgesehen hatte. Trotz der Bescheidenheit des russischen Antrages und trotz seiner Befürwortung durch Deutschland war die in Petersburg begehrte Einstimmigkeit der Mächte nicht zu erzielen. Zwar versicherte Rußland wiederholt, es wolle keine Gewalt üben, auch keine Beamten oder Offiziere nach Bulgarien schicken; es ließ durchblicken, daß die Bulgaren, wenn nur erst der Koburger fort wäre, fordern könnten, was sie wollten, auch die Vereinigung mit Ostrumelien, selbst das Verbleiben Stambulows in der Regentschaft. Man merkte deutlich, daß der Zar nichts anderes wollte, als daß man ihm eine goldene Brücke für den Rückzug baue.

Alle Bemühungen waren vergebens. England erklärte, es könne beim Sturz der bestehenden bulgarischen Regierung nur mitwirken, wenn es wüßte, was an deren Stelle gesetzt werden sollte, ebenso Österreich und Italien, wiewohl die Rechtswidrigkeit der Herrschaft Ferdinands anerkannt wurde. Italien verlangte kategorisch, daß ihm sofort ein bestimmter Vorschlag über die künftige Gestaltung Bulgariens unterbreitet würde, während England und Österreich wenigstens zu speziellerer Verhandlung bereit waren. Alle Mäßigung auf russischer Seite nützte nichts, wiewohl hier beteuert wurde, daß man auch dann, wenn Ferdinand der kollektiven Aufforderung der Mächte keine Folge leisten sollte, von Zwangsmaßregeln absehen und der Entwicklung der Dinge zusehen würde. Ende Februar ging Bismarck in seiner ostentativen Konnivenz so weit, daß er zugestand: der russische Antrag brauche gar nicht die Zustimmung der Mächte; es genüge seine Annahme durch die Pforte. Ohne den Ausgang der Negoziation mit der Dreiergruppe abzuwarten, begehrte daher Rußland von der Pforte, daß sie die Regierung Ferdinands als ungesetzlich erkläre, und die Türkei entsprach diesem Ansinnen durch eine Note, die am 4. März nach Sofia geschickt wurde. Hier beschränkte man sich auf eine einfache Anzeige des Empfangs; man war weit davon entfernt, den neuen Herrscher fallen zu lassen, selbst wenn die Mächte das einstimmig verlangt hätten. In Petersburg machte man gute Miene zum bösen Spiel, — man kann sich freilich vorstellen, mit welchem Ingrimm im innersten Herzen. Am 7. März sagte Giers zum britischen Botschafter Morier: „Er halte die allgemeine Lage gar nicht für beunruhigend; im Gegenteil sei jetzt, nachdem die Gesetzwidrigkeit der bulgarischen Regierung ausgesprochen sei, die Position klar und unzweideutig; Rußland könne nun zu seiner früheren Haltung zurück-

kehren und das weitere abwarten. Bulgarien," so fügte Giers hinzu, „ist die geringste meiner Sorgen geworden."

Der letzte Anlauf, den Rußland genommen hatte, um den Koburger loszuwerden, war somit vergebens; eine weitere Aktion unternahm es fortan nicht mehr. Die allgemeine Spannung wurde dadurch freilich nicht behoben; aber dank der Passivität, deren man sich jetzt in Petersburg befliß, verlor die bulgarische Krisis ihren akuten Charakter. Der Balkandreibund, wie ihn Bismarck gestiftet hatte, war es, der Rußland dazu nötigte; aber indem er die russische Demarche amtlich demonstrativ unterstützt hatte, besserte sich — scheinbar wenigstens — das deutsch-russische Verhältnis.

* *
*

Am 9. März 1888 schloß Wilhelm I. die Augen für immer; es hub die Episode der neunundneunzig Tage an. Es fällt nicht in den Rahmen unserer Aufgabe, die Vorgänge und Friktionen im einzelnen zu schildern, welche in diesen Zeitraum fallen, ebensowenig, wie diejenigen, die sich nachher im Zusammenhang mit dem Sturze des Schöpfers von Kaiser und Reich abspielten. Wir begnügen uns damit, die Abwandlungen der weltpolitischen Konstellation kennenzulernen, die sich in den beiden Jahren vom Frühjahr 1888 bis zum Frühjahr 1890 vollzogen; da diese, wie bereits mehrfach erwähnt wurde, im wesentlichen die gleiche blieb, konnten jene nur von sekundärer Bedeutung sein.

Man ist geneigt, sich von der Meinungsverschiedenheit, die hinsichtlich der politischen Auffassung zwischen Friedrich III. schon während seiner Thronfolgerschaft und Bismarck bestand, insofern eine nicht ganz zutreffende Vorstellung zu machen, als man jenem unter dem Einflusse seiner Gemahlin eine englandfreundliche, diesem eine schroff antienglische und ausgesprochen russische Haltung zuschreibt. Eine derartige Formulierung ist jedoch, was den Kanzler anbelangt, keineswegs richtig. Wohl war er gegen eine unbedingte Einstellung Deutschlands auf England und dagegen, daß Deutschland diesem Vorspanndienste leistete, auch daß die familiärdynastischen Bande, wie in der Battenbergischen Heiratsangelegenheit, sich da geltend machten, wo sie die Beziehungen mit Rußland zu trüben vermochten; aber das haben wir ja im Verlaufe unseres Buches erfahren, wie Bismarck seit 1875 auf den Plan eines deutsch-britischen Bündnisses immer wieder zurückkam, und seit Salisbury am Ruder war, mit diesem die engste Fühlung unterhielt, im geheimen selbst England gegen Rußland mobil machte, sowie mit Österreich und Italien zusammenbrachte. So verständigte er sich denn mit dem neuen Monarchen gerade auf dem Gebiet der Außenpolitik ohne alle Schwierigkeiten. Nachdem dieser von San Remo zurückgekehrt war, fand am 23. März im Charlottenburger Schloß ein Kronrat in Gegenwart der Prinzen Wilhelm und Heinrich statt. Der Kanzler gab darin ein „großartiges Resumee" seiner ganzen bisherigen Wirksamkeit: Sie sei, eminent friedlicher Natur, vor allem darauf gerichtet gewesen, feindliche Koalitionen zu verhüten und Österreich gegen die Vernichtungsabsichten Rußlands zu schützen; daraus sei das Bündnis von 1879 hervorgegangen. Andererseits habe er Österreich im Zaum gehalten und ihm eingeschärft,

es „dürfe nicht eher gegen Rußland losschlagen, als bis England aus seiner Passivität herausgedrängt sei und seine Interessen im Orient aktiv betätige, bis seine Kanonen im Bosporus knallten wie im Krimkrieg. . . . Wir könnten es auch nicht ruhig mit ansehen, wenn Österreich, auch ohne daß casus foederis vorliege, mit Rußland in einen Krieg geriete; wir müßten dann anfangs faire le mort, den Toten spielen, aber nicht so lange, um Österreich vernichten zu lassen. Wir könnten auch nicht ruhig England von Frankreich angreifen und vernichten lassen, wir müßten auch England in seiner europäischen Stellung erhalten. Auf die Hilfe Italiens, mit welchem wir einen sehr ausgiebigen Vertrag geschlossen hätten, dürften wir zwar militärisch nicht erheblich rechnen, weil kein Verlaß sei auf ein Land, wo das Parlament mitrede, ob Truppen marschieren sollten. Aber die Allianz habe doch ihren Wert.“ Wiederholt betonte er, „er könne nur eine deutsche, nicht fremde (englische) Politik machen“; zum Schlusse erbat er die Erlaubnis, diese äußere Politik auch ferner verfolgen zu dürfen. Mehrere Male nickte der Kaiser zustimmend.

Vom neuen Herrscher hatte er sich somit in seinem Programm, wie es von jeher die Richtschnur seines Handelns gewesen war, keinerlei Einspruches zu gewärtigen. Und mit Einsetzung seiner ganzen Autorität wachte er darüber, daß niemand seine Zirkel störte; das duldete er nicht, und wenn der Anstoß dazu selbst von der Stelle ausging, die dem todkranken Monarchen am nächsten stand, nämlich von dessen eigener Gemahlin. Es war das Schlußkapitel der „Battenbergerei“, das sich jetzt abspielte.

War auch das Projekt einer Heirat zwischen dem Exfürsten Alexander und der Prinzessin Viktoria in der letzten Zeit in den Hintergrund getreten, so hatte die Mutter darum doch noch lange nicht darauf verzichtet; es war für sie eine Sache des persönlichen Ehrgeizes und des gekränkten Selbstgefühles geworden. Kaum hatte ihr Gatte den Thron bestiegen, so schrieb sie dem Prinzen, sie werde nun in jenen dringen, die Frage endlich zur Lösung zu bringen. Alexander wurde dadurch in eine eigentümliche Lage versetzt. Weder er selbst noch auch die heimliche Braut waren mehr mit vollem Herzen bei der Sache; bei ihr war es mehr der Einfluß der Mutter, daß sie den Prinzen noch als heimlichen Bräutigam betrachtete, und was ihn anbelangte, so war er sich dessen sehr wohl bewußt, daß auch durch den Tod Wilhelms I. die Schwierigkeiten, die der geplanten Verbindung im Wege standen, bei weitem noch nicht aus dem Wege geräumt waren. Es war zu befürchten, daß man in Rußland daran noch immer Anstoß nehmen würde, teils wegen der Abneigung des Zaren gegen den Prinzen, teils deshalb, weil man seine Rückkehr nach Sofia noch immer nicht für ausgeschlossen hielt und im Zustandekommen der Ehe einen Sieg der englischen Politik, sowie eine endgültige Festlegung antirussischer Einflüsse am deutschen Hofe erblicken würde. Und wenn auch der alte Kaiser gestorben war, so war doch noch immer mit einem unüberwindlichen Widerstand in der hohenzollerischen Familie zu rechnen. Auch der neue Monarch war im Innersten dagegen; nur die unausgesetzten Einwirkungen der Gattin, denen er jetzt noch mehr unterlag, als in seinen gesunden Tagen, vermochten ihn zu zögerndem und widerwilligem Eingehen auf

die angeblichen Herzenswünsche der Tochter zu bewegen. Und an seinem baldigen Ableben war nicht zu zweifeln; die Brüder der Prinzessin waren abgesagte Gegner der Heirat. Bei einem Zusammentreffen in Darmstadt etwa vor Jahresfrist hatte Prinz Heinrich dem Fürsten rundheraus gesagt: er habe nichts gegen ihn und halte sich nicht für besser, als dieser sei; es gebe nun aber einmal gewisse Standesgrenzen, und die müßten eingehalten werden. Vom nunmehrigen Kronprinzen war bekannt, daß er alles zu tun entschlossen war, um sein Veto durchzusetzen. In der klaren Erkenntnis dieser mißlichen Umstände antwortete Alexander der Kaiserin mit großer Zurückhaltung. Er machte sie auf die feindselige Gesinnung ihres ältesten Sohnes, ohne dessen Umstimmung ein glücklicher Ausgang nicht denkbar sei, auf seine Armut und unbedeutende Stellung aufmerksam und bat sie, über das Schicksal der Tochter zu bestimmen, ohne auf ihn die geringste Rücksicht zu nehmen.

Wenn er auch somit zum Verzichte bereit war, so doch nicht die Kaiserin. Sie forderte ihn auf, bei ihrem Gemahl anzufragen, ob er einen Besuch in Berlin abstatten dürfe; sie hoffte, es so einrichten zu können, daß dabei die Verlobung proklamiert würde. Eine solche Chance glaubte der Exfürst nicht ausschlagen zu dürfen; aber angesichts des Widerspruches des Thronfolgers war er nichts weniger als von optimistischen Erwartungen erfüllt. Er erwiderte, er werde den Kaiser bitten, daß er sich bei ihm als General à la suite des Gardekorps persönlich vorstellen dürfe, ließ jedoch seine Bedenken gegen eine öffentliche Verlobung so bald nach dem Hinscheiden Wilhelms I. durchblicken und erachtete es für zweckmäßig, daß er zuerst, ehe sie erfolge, eine feste Position erhalte, indem er als aktiver General im deutschen Heer angestellt würde. Auch darauf wies er hin, daß der Großherzog von Hessen nichts für ihn tun werde, der ihm vielmehr schon wiederholt erklärt habe, daß er seine Absichten mißbillige und überhaupt nicht begreife, „wie man in eine Familie einheiraten wolle, die bei jeder Gelegenheit ihr Mißfallen darüber so deutlich gezeigt habe“. Er fühlte sich wirklich „in einer peinlichen Lage“, und wenn er sich bei seinem Vater und seiner hohen Gönnerin, der Königin Viktoria, Rates erholte, so steckte dahinter gewißlich der stille Wunsch, von ihnen nicht sowohl ermutigt zu werden, wie vielmehr Warnungen zu erhalten, die er dann vor der Kaiserin verwerten könnte. In der Tat mahnte Alexander von Hessen den Sohn ernstlich, sich nicht aufzudrängen und nicht einmal vor Ablauf der sechsmonatigen Trauerzeit um eine Audienz in Berlin nachzusuchen; er fügte hinzu: Selbst, wenn die Verlobung zustande käme, dürfe sie nicht vorher erfolgen, da das eine Schändung des Andenkens Wilhelms I. sein und als eine hinterlistige Überrumpelung des schwerkranken Friedrichs III. ausgelegt werden würde; schon habe er ihm zu verdanken, daß er und seine ganze Familie vom Zarenhause in Bann und Acht getan sei; er wolle nicht, daß ihm ein gleiches bei den Hohenzollern widerfahre. Der Battenberger verfehlte nicht, das der Kaiserin zur Kenntnis kommen zu lassen, und die britische Königin sekundierte ihm. Ganz entschieden stellte sie der Tochter vor, daß sie nichts überstürzen und nicht gegen den Willen ihres ältesten Sohnes handeln dürfe.

Alles dies machte auf die Kaiserin keinen Eindruck; sie versteifte sich nur

um so mehr auf ihren Lieblingsplan und glaubte handeln zu müssen, ehe es zu spät sei. Mit der Prinzessin, die von ihr dazu angetrieben wurde, bestürmte sie den Gatten „täglich, ja stündlich“, und so gab dieser nach. Am 30. März lud er den Prinzen zu einem Besuch in Charlottenburg auf Ostermontag (2. April) ein.

Wenn Bismarck von den bisherigen Vorgängen noch nichts erfahren hatte, dieser Schritt ließ sich vor ihm nicht mehr verheimlichen. Ehe ihn der Kaiser selbst davon unterrichtete, hatte er bereits davon, noch am 30. März, gehört; er verabredete sofort mit dem Kronprinzen und dem Großherzog von Baden, „die Sache zu hintertreiben“. Am folgenden Tag hielt er Vortrag beim Kaiser; danach gab ihm dieser, der ja nicht sprechen konnte, einen Zettel, worauf geschrieben stand:

„Ich habe die Absicht, dem Prinzen Alexander von Battenberg, der diese Tage hierherkommt, um sich mit meiner Tochter zu verloben, den Orden pour le mérite zu verleihen, was sagen Sie dazu?“

Ob der Kanzler darüber „erstaunt“ war, wie berichtet wird, dürfte zu bezweifeln sein, da er schon seit vierundzwanzig Stunden darum wußte; immerhin stellte er sich so und erwiderte ein schroffes: „Unmöglich!“ Er setzte alle die politischen Gründe auseinander, die dagegen sprachen, nicht minder diejenigen persönlich-dynastischer Natur, den Mangel an Ebenbürtigkeit, da der Prinz der Sprößling aus einer morganatischen Ehe war, sowie seine polnische Verwandtschaft, indem einer seiner Oheime mütterlicherseits seinen Fahneneid als russischer Offizier gebrochen und beim Aufstande von 1860 zu den Insurgenten übergegangen wäre. Daraufhin frug der Monarch schriftlich: „Was tun?“ Der Kanzler antwortete: „Abtelegraphieren“, und jener fügte sich widerspruchslos. Da trat plötzlich die Kaiserin „tränenden Auges“ ins Zimmer und protestierte dagegen, „daß der kalten Staatsraison wegen das Herz seiner Tochter gebrochen werde“. Es ereignete sich eine furchtbare Szene; umsonst suchte Friedrich III. die Gattin durch Winke zu beruhigen; mühsam entrang sich seinem durch stetige Operationen zerschundenen Halse der Laut „Alleinlassen!“ Die Kaiserin entfernte sich, und nachdem er sich etwas beruhigt hatte, notierte er:

„Battenberg kommt also nicht, Memorandum vorlegen, besprechen Sie sich mit meiner Frau!“

Der erste Ansturm war somit abgeschlagen; der Battenberger durfte nicht erscheinen. Am 3. April reichte der Kanzler das verlangte Memorandum ein, dem er am nächsten Tage noch einen Nachtrag hinzufügte. Er faßte darin alle die bekannten Argumente gegen das Heiratsprojekt in wuchtiger und eindrucksvoller Form zusammen, er malte die Gefahr an die Wand, daß Alexander nicht nur immer noch als Prätendent für Bulgarien, sondern im Falle eines österreichisch-russischen Krieges auch als Kandidat für den neu zu errichtenden polnischen Königsthron in Betracht käme: Rußland werde ausschließlich durch den Zaren repräsentiert, und es würden hier nicht persönliche Sympathien oder Antipathien so, wie in Preußen, dem sachlichen Bedürfnisse untergeordnet; andererseits würde man, wenn dem Begehren der Kaiserin nachgegeben würde, in Deutschland den Eindruck haben, daß britische Einflüsse das bewirkt hätten. Er ersuchte für diesen Fall um seine „Enthebung von der Leitung der auswärtigen Politik des

Deutschen Reiches". Zu Unrecht witterte er diesmal, daß die Königin Viktoria dahinter stecke, die ja jetzt vielmehr ihrer Tochter von ihrem Vorhaben abgeraten hatte. Am 5. April gab er durch ein eigenhändig verfaßtes Telegramm an Hatzfeldt diesem Argwohn Ausdruck, indem er den Botschafter beauftragte, Salisbury vertraulich darauf aufmerksam zu machen, „daß das Gelingen dieses Projektes der deutschen Politik notwendig und auf die Dauer eine russenfreundlichere Richtung aufnötigen würde". Der englische Minister wurde dadurch höchst peinlich berührt; angesichts der Tatsache (von der freilich Bismarck keine Kenntnis hatte), daß die Königin in Berlin bereits gegen die Verbindung gewirkt hatte, fand er dessen Benehmen „stark ungehörig"; immerhin wies er den Botschafter Malet an, die Bismarckschen Bedenken von Berlin aus direkt der Königin mitzuteilen; eventuell wollte er, wie er dem deutschen Botschafter in London eröffnete, selbst dieser „die größte Reserve anempfehlen". Der Kronprinz ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er ganz und gar auf der Seite des Kanzlers stand; am 4. April richtete er an den Battenberger ein Schreiben, das an rücksichtsloser Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ: er würde jeden, der zu einer solchen Verbindung mitwirke, für alle Zeiten als einen Feind seines Hauses nicht nur, sondern auch seines Vaterlandes betrachten und dementsprechend behandeln. In offiziösen Artikeln, die vor allem in der „Kölnischen Zeitung" und in den „Grenzboten" erschienen, wurde die öffentliche Meinung in Deutschland mobil gemacht; schon wurde auch, zumal in Breslau und Leipzig, eine Adreßbewegung eingeleitet, die Bismarcks Verbleiben im Amte forderte.

Die Hauptsache war, wie man sich in Rußland zur battenbergischen Heirat stellte. Bismarck ging von der Annahme aus, daß sie einen Sturm der Erregung hervorrufen und zum schärfsten Konflikt mit Deutschland treiben würde. Nun war es ganz sicher, daß sich in der Presse und der breiten Öffentlichkeit ein ungeheurer Entrüstungsrummel breit gemacht haben würde, und der Zar hätte sich sicher auch persönlich nicht sehr angenehm berührt gefühlt. Aber es gab auch noch andere Gesichtspunkte, unter denen man in Petersburg die Angelegenheit betrachten konnte, und das hing zusammen sowohl mit der allgemeinen internationalen Lage, als auch mit dem Thronwechsel in Deutschland, sowie mit der Auffassung, die der Zar von diesen Dingen hatte. Jene beurteilte er ziemlich ruhig: das Verhältnis zu Deutschland, so sprach er sich Ende März vor dem deutschen Botschafter Schweinitz aus, sei gut, in Bulgarien sei im Augenblick nichts weiter zu machen, als ruhig zu warten; selbst über Österreich äußerte er sich weniger gereizt als sonst, wiewohl er über Kalnoky klagte, der, wie früher den Battenberger, so jetzt den Koburger ermutige und unterstütze, Rußland die Position geraubt habe, die es bis 1885 in Sofia eingenommen, und die nie für die Donaumonarchie etwas Nachteiliges gehabt hätte. Ganz eigenartig waren die Ansichten, die in Rußland, und zwar sogar in den höchsten Kreisen, über die Bedeutung des Wechsels in der Person des Deutschen Kaisers herrschten. Selbst der Zar wollte es sich nicht ausreden lassen, daß sich die deutschen Fürsten vor Friedrich III. nicht so „beugen" würden, wie vor dem alten Herrn. Eines Angriffes von seiten des neuen Kaisers besorgte man sich nicht; man bildete sich ein, die Rußland bedrohende Macht des

Reichskanzlers sei gelähmt, der deutsch-österreichische Zweibund gelockert. Was Giers anbelangte, so hatte Schweinitz den Eindruck, als ob sich dieser im folgenden Gedankengang bewegte: „Wir wünschen nicht, daß der Reichskanzler zurücktrete; denn er ist für uns nützlich, sowohl für die monarchischen Interessen als auch für unsere Orientpolitik; wir möchten aber gern, daß Deutschland weniger stark und schlagfertig sei, daß es allmählich weicher und aus Friedensbedürfnis unserer Hilfe bedürftig würde, daß es, statt Ruhe zu befehlen, dieselbe durch Nachgiebigkeit gegen uns und Frankreich erkaufe.“

Das war denn auch der Sehwinkel, unter den man die Eventualität eines Besuches des Battenbergers in Berlin rückte. Man erfuhr davon zuerst durch Schuwalow, und schon am 3. April hatte Giers darüber mit Alexander III. konferiert. Wenn man auch, wie gesagt, nicht gerade wollte, daß Bismarck darüber stürze, so war man doch von Schadenfreude darüber, daß diesem daraus Schwierigkeiten erwachsen, der „kühne Flug des preußischen Adlers durch Bleigewichte“ gehemmt werden würde, so wenig frei, daß man für den Augenblick wenigstens den alten Widerwillen gegen den Exfürsten hintanstellte. Am 4. April wies der Kanzler den Botschafter telegraphisch an, bei Giers zu erkunden, ob dieser seine eigene Meinung teile, daß nämlich der Empfang des Prinzen am Berliner Hofe in Rußland als eine von englischer Seite angezettelte antirussische Demonstration erscheinen würde. Der Minister erteilte dem Botschafter den Bescheid: in der öffentlichen Meinung würde der Besuch falsch und ungünstig gedeutet werden; die Regierung würde ihn bedauern, aber überzeugt bleiben, daß der Kaiser und der Kanzler ihre russenfreundliche Politik nicht ändern und daß sie dem Versprechen im Rückversicherungsvertrage treu bleiben würden, die Rückkehr Alexanders nicht mehr zu gestatten. Dadurch wurde Bismarck unangenehm betroffen. Zwar war inzwischen bei Schuwalow eine Depesche angelangt, der Zar finde „natürlich“, daß die Heirat sehr wenig erwünscht und für die guten Beziehungen mit Deutschland sogar schädlich sein würde. Das stand anscheinend im Widerspruch zu den Äußerungen von Giers; diese waren geeignet, Bismarck in seinem Widerstande gegen die Kaiserin Viktoria zu schwächen, und er konnte nicht gut russischer sein, als die russische Regierung selbst. Aber er erwog, daß die Agitation, die in der russischen und französischen Presse zu erwarten war, die Leidenschaften so erhitzen mußte, daß ihrem Ansturm der Zar schließlich doch erliegen könnte. Am 8. April kam ein Telegramm von Schweinitz an, durch welches das anfängliche Schwanken in Petersburg dadurch erklärt wurde, daß man zunächst daselbst nur von der Reise des Prinzen nach Berlin und seiner Anstellung im deutschen Heeresdienste gewußt habe, und daß man dem kein Gewicht beigemessen hätte. Der Kanzler bemerkte dazu: das würde noch bedenklicher sein, als eine bloße Vermählung, die allenfalls auf das Moment persönlicher Neigung zurückgeführt werden könnte; erhalte der Prinz jedoch eine amtliche Stellung, so wäre das ein Akt politischer Unfreundlichkeit und würde am Ende doch die eheliche Verbindung zur Folge haben. „Denn ein so dreister Streber, wie der Prinz ist, würde sicherlich jedes Entgegenkommen ausnutzen, um ein fait accompli zu schaffen.“

Dieses harte Urteil war durchaus ungerecht; wir wissen, daß der Battenberger

von Anfang an mit noch weniger als halbem Herzen bei der Sache war. Als Friedrich III. auf den Einspruch des Kanzlers seine Einladung auf den Ostermontag zurückzog, da hoffte Alexander wohl noch eine kurze Zeit, daß der russische Kaiser bei seinem Mangel an „Verständnis für allmächtige Minister" gerade an Bismarcks schroffem Auftreten gegen die allerhöchsten Personen in Deutschland Anstoß nehmen würde; er drückte in diesem Sinne der Kaiserin am 2. April brieflich seine Erwartung hinsichtlich einer guten Lösung aus. Aber das Schreiben des Prinzen Wilhelm zerstörte seine letzten Illusionen, wenn er sich solchen wirklich ernsthaft etwa noch hingab; dazu kam die öffentliche Erregung, die unzarte und schonungslose Behandlung seiner Persönlichkeit und privaten Verhältnisse in der offiziösen Presse. Bitter beschwerte er sich darüber vor der Kaiserin; aber er teilte ihr doch auch zugleich mit, daß die Prinzessin und er selbst niemals die Ursache dafür sein dürften, daß Bismarck seinen Abschied nehme: „er wolle nicht mit seiner Frau einst als die von England gekauften Zertrümmerer des Deutschen Reiches und schließlich als Mörder des Kaisers verschrien werden". Der Prinzessin, die am 10. April ihren Geburtstag feierte, schrieb er, er gebe ihr die Freiheit zurück, damit sie einzig und allein ihrem edelsten Gefühle, der Kindesliebe zu ihrem schwerkranken Vater, folgen könne.

Wohl oder übel, die Kaiserin mußte Schritt für Schritt das Terrain verloren geben. Bismarck ließ keine Ungewißheit darüber bestehen, daß er zum Rücktritt entschlossen war, wenn sein Einspruch nicht beachtet würde. Noch am 7. April sprach er sich in solchem Sinne vor dem Minister Friedberg aus, indem er dem Kaiser empfahl, sonst das Ministerium in seinem bisherigen Umfange zu erhalten; mit dem Kronprinzen, der gleichfalls fest blieb, hatte er eine lange Unterredung. Am Tage darauf eröffnete ihm jedoch Friedrich III. beim Vortrage, daß „der eventuelle Anlaß" zu seinem Abschiedsgesuch nicht vorliege; zwei Tage später hatte Bismarck eine Auseinandersetzung mit der Kaiserin, in der er sehr vorsichtig zu Werke ging. Zwar stellte er ihr vor, die Verbindung gereiche der königlichen Familie nicht zur Ehre; er verwies auf die Unebenbürtigkeit und die polnische Abkunft des Prinzen, bezweifelte auch dessen Uneigennützigkeit. Aber er nahm ihr doch nicht alle Aussicht auf das Zustandekommen der Ehe, vielleicht nach einem Thronwechsel, wenn der Fürst sich dem Kaiser gegenüber verpflichte, daß er dem Thron in Bulgarien endgültig entsage und nie dahin zurückkehren wolle; eine eventuelle stille Trauung ohne lange Verlobung, wonach das junge Paar in Darmstadt leben könnte, wurde in Erwägung gezogen. Aber auf bindende Versprechungen ließ er sich nicht ein, und auch sie verhielt sich vor ihm bezüglich dieser Anregungen ausweichend. Innerlich war sie jedoch befriedigt; sie schöpfte neue Hoffnung und schrieb dem Fürsten „in glücklichem Tone, wobei sie schon in die kleinsten Einzelheiten materieller Natur, die bei der künftigen Ehe zu lösen waren, einging". Auch der Mutter gab sie zu wissen, sie sei von dem Gespräch mit Genugtuung erfüllt, sie und der Kanzler hätten sich als Freunde getrennt; man konnte in England allerdings mit vollem Grunde ihren Optimismus nicht recht begreifen. Friedrich III. selbst schickte noch an demselben Tage (10. April) dem Prinzen ein gnädiges Schreiben, worin er ihn seines Verständnisses und Wohl-

wollens versicherte und ihn ermahnte, sich die Angriffe, denen er leider ausgesetzt worden sei, nicht allzu nahe gehen zu lassen: zwar müsse er in Rücksicht auf die Vorgänge, die sich abgespielt hätten, vorläufig auf die Freude verzichten, ihn in Charlottenburg zu sehen; aber er würde ihn, so fügte er bedeutungsvoll hinzu, unterrichten, „wenn sich eine Mitteilung von Wichtigkeit ergeben würde". Da war es denn zu verstehen, daß Alexander, der bereits vollkommen resigniert hatte, noch einmal an die Erfüllung seiner Träume glaubte; schon korrespondierte er mit der präsumtiven Schwiegermutter über die Gestaltung des dereinstigen Verhältnisses.

Keineswegs hatte diese somit verzichtet; aber Bismarck hatte doch vorerst so viel erreicht, daß die Angelegenheit aufgeschoben, und daß ihr der Stachel des Aktuellen genommen war; für das weitere gedachte er zu sorgen. Als er am 11. beim Kaiser war, fragte ihn dieser schriftlich, ob er die Krisis als beendigt ansehe; das bejahte er „mit Rücksicht auf diese Frage". Hierauf zog der Monarch einen schon vorher verfaßten Zettel heraus, es sei sein Wunsch, „die Sache, Battenberger Heirat betreffend, im Sinne Bismarcks beigelegt zu sehen". Der Kanzler meinte, „damit sei seines Erachtens die Sache erledigt, er könne das aber nicht verlautbaren, weil es sonst wie ein Triumphgeschrei seinerseits ausgelegt würde". Offenbar war es die Intention des Kaisers, damit seinen Willen dahin kundzutun, daß das Heiratsprojekt so behandelt werden sollte, wie das zwei Tage vorher zwischen Bismarck und seiner Gemahlin verabredet worden war, d. h. im Sinne einer späteren stillen Trauung. Denn in dem Testament, das er unter dem Einfluß der Gattin am 12. April aufsetzte, erklärte er es für den Fall von deren oder seinem unerwarteten Ableben als seine ausdrückliche Willensmeinung, daß die Ehe zwischen Alexander und der Prinzessin Viktoria zustande komme. Indem er, um der Angelegenheit den politischen Charakter zu nehmen, darauf verzichtete, dem Fürsten, der seine volle Sympathie besitze, eine Stellung in der Armee oder eine sonstige Auszeichnung zu verleihen, schärfte er dem Thronfolger ein: „Ich lege es Dir als Kindespflicht auf, diesen meinen Wunsch, den Deine Schwester Viktoria seit so vielen Jahren im Herzen trägt, auszuführen . . . Ich rechne darauf, daß Du Deine Pflicht als Sohn erfüllst, indem Du meinen Wünschen gerecht wirst und als Bruder Deiner Schwester Deine Hilfe nicht entziehst. Dein dich liebender Vater."

Das Vermächtnis Friedrichs III. ist nie erfüllt worden. Die Toten haben kein anderes Mittel, den Lebenden ihren Willen aufzuzwingen, als das Recht und die Pietät. Zwei Tage nach dem Tode des Vaters ließ Wilhelm II. dem Fürsten Alexander mitteilen, daß er nach Rücksprache mit dem obersten Ratgeber seiner Regierung nicht umhin könne, auf dem Standpunkt zu verharren, den sein Großvater immer eingenommen habe, und als ihn der Prinz an das Testament des verstorbenen Kaisers erinnerte, empfing er den Bescheid, das gebe Seiner Majestät keinen Anlaß, seinen Entschluß zu ändern. Noch hoffte die Kaiserin Friedrich, daß sich der harte Sinn des Sohnes erweichen würde; aber Alexander war des langen Spieles müde. Er verzichtete endgültig, heiratete etwa ein Jahr später eine Sängerin und erwirkte bei Kaiser Franz Josef seine Übernahme in die österreichische

Armee. In Graz lebte er in glücklicher Ehe als Graf von Hartenau bis zu seinem frühen Tode (17. November 1893). Als Bulgarenfürst wurde er prunkvoll in Sofia im Neuen Mausoleum beigesetzt. Die Prinzessin Viktoria vermählte sich 1890 mit dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe. Das war das Ende eines fürstlichen Liebesromans, der jahrelang die politische Welt Europas in bewegter Spannung hielt.

Was er sich vorgenommen hatte, als er sich mit der Kaiserin Viktoria auseinandersetzte, das hatte Bismarck somit erreicht: das battenbergische Eheprojekt war vertagt und damit überhaupt vereitelt worden. Solange Friedrich III. noch lebte, kam es niemals wieder zur Sprache, auch nicht als die Königin Viktoria (vom 24. bis zum 26. April) zum Besuche des Kaiserpaares in Berlin verweilte. Zwar hatte Anfang April Malet an seine Regierung berichtet, Fürst Bismarck befinde sich in solcher Erregung, daß man ihr die Reise nicht anraten dürfe, weil man für Bismarcks Verhalten ihr gegenüber keine Garantien zu übernehmen vermöchte. Aber die Wogen hatten sich inzwischen geglättet, und die Königin benahm sich äußerst zurückhaltend und taktvoll. Sie warnte die Tochter, „sich noch weiter allzusehr zu exponieren“, und vermied es, mit Bismarck über den Battenberger zu sprechen. Sie empfing ihn in längerer Audienz, und er erhielt von ihr „einen sehr befriedigenden Eindruck“. Sie enthüllte ihm ohne Rückhalt ihre Sympathien für die Friedenspolitik der drei Zentralmächte; unzweideutig und unter beifälliger Berufung auf die „analogen Auffassungen Lord Salisburys“ gab sie zu erkennen, „daß sie, soviel an ihr läge, dahin wirken würde, daß das Gewicht Englands in die Wagschale derjenigen Seite falle, die als die erhaltende und friedliebende in Europa bekannt sei“. Indem sie ihre Übereinstimmung mit Bismarcks auswärtiger Politik aussprach, gewann dieser die Überzeugung, „selbst für ernste Zumutungen auf ihr Einverständnis rechnen zu können, insoweit ihr Einfluß reicht“. Besonders erfreulich war es ihm, daß sich die Königin jedes Versuches einer Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands entschlug. Allerdings verbarg sie nicht einige Besorgnisse über die Richtung der zukünftigen Politik des Kronprinzen; der Kanzler beruhigte sie jedoch, und, wie es schien, mit Erfolg: Prinz Wilhelm werde keine Händel suchen, und sei zu klug, um in der europäischen Politik nach irgendeiner Richtung hin vorgefaßte Meinungen zu hegen oder anderen Impulsen zu folgen, als den großen Interessen Deutschlands. Viktoria bemühte sich darauf, den Enkel, der bei seinem letzten Aufenthalt in London „so wenig herzlich aufgenommen worden war, daß er förmlich erbittert auf seine Großmutter von dort zurückgekehrt war“, mit der größten Auszeichnung zu behandeln und auf das Verhältnis zwischen ihm und seiner Mutter, mit der er ja von jeher nie auf gutem Fuße gestanden hatte, „ausgleichend und versöhnend einzuwirken“. So gipfelte das Ergebnis des Berliner Besuches der Königin darin, daß die vorübergehende Trübung der deutsch-britischen Beziehungen, wie sie im Zusammenhang mit der „Battenbergerei“, allerdings diesmal infolge des unbegründeten Argwohns Bismarcks bezüglich englischer Intrigen, aufgekommen war, vollkommen beseitigt wurde, und Schuwalow fürchtete sogar bereits, daß bei dieser Gelegenheit ein deutsch-englischer Vertrag zustande gekommen wäre.

Wenn der russische Botschafter solchen Verdacht hegte, so war das von seinem Standpunkt insofern zu verstehen, als sich ganz neuerdings wiederum Mißhelligkeiten zwischen Deutschland und Rußland eingestellt hatten; in ihrem Gefolge entspann sich sogar eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kronprinzen und dem Kanzler, die allerdings beigelegt wurde, aber ihre Schatten in die Zukunft warf und größere Zerwürfnisse warnend andeutete. Bisher war das Verhältnis zwischen beiden das denkbar beste gewesen. Als im Februar an Friedrich Wilhelm in San Remo die Operation vorgenommen worden war, welche die deutschen Ärzte für unvermeidlich erklärt hatten, erschien Prinz Wilhelm bei Bismarck und bat ihn, er möge ihm, wenn er dereinst den Thron besteige, ein ebenso treuer und ergebener Diener werden, wie er es seinem Großvater gewesen sei. Bismarck versprach das, unter der Voraussetzung, daß der andere dann auch wirklich seiner gereiften Erfahrung sich füge; durch einen Händedruck wurde dieser „Pakt" besiegelt. In der battenbergischen Krisis standen beide fest zueinander; am Geburtstage des Fürsten, am 1. April, hielt der Prinz in dessen Hause einen begeisterten Toast, worin er ihn als den Träger der Fahne feierte, auf den ganz Deutschland in Angst und Hoffnung seine Augen richtete und von dem alles erwartet werde. Durch die Heiratsaffäre wurde nun zwar das deutsch-russische Einvernehmen nicht gestört; Bismarck zeigte sich ja hier noch „russischer", als man in Petersburg war; um so peinlicher berührte ihn bei der Korrektheit seiner eigenen Haltung ein Vorfall, der sich um die Mitte des Monats hier ereignete. Der General Bogdanowitsch, der vor einigen Monaten, wie wir hörten, wegen seiner panslawistischen und Bündnistreibereien mit Frankreich verabschiedet worden war, wurde zu einem hohen Posten im Ministerium des Innern befördert; das war bezeichnend für die russischen Verhältnisse und für die Einflußlosigkeit von Giers. Auch in Wien wurde das als ein Symptom dafür, daß man an der Newa auf den Krieg und die französische Allianz hinsteuere, erachtet, und Kalnoky erging sich in heftigen Ausbrüchen des Unwillens und der Besorgnis: Welches Vertrauen könnte man unter diesen Umständen in die friedlichen Versicherungen von Giers setzen? Vielleicht hätten die Generalstabsoffiziere in Berlin doch recht gehabt, wenn sie im letzten Herbst rieten, die russische Macht zu zertrümmern, noch ehe sie gefährlich würde. Durch einen Bericht des Prinzen von Reuß (vom 28. April) wurde diese Äußerung nach Berlin gemeldet; er wurde zuerst dem Fürsten Bismarck, sodann dem Kronprinzen vorgelegt. Jener bemerkte dazu skeptisch: „Das ist so leicht nicht! Ein Sieg über Rußland ist keine Zertrümmerung, sondern nur die Herstellung eines revanchebedürftigen Nachbarn auch im Osten;" dieser jedoch erklärte seine Zustimmung zur Auffassung Kalnokys und der Offiziere, indem er am Rande ein „Ja!" notierte. In Rücksicht darauf ließ der Kanzler sofort das Schriftstück sekretieren, damit es keinem Unberufenen in die Hände falle.

Im Anschluß daran entwickelte sich zwischen dem Kronprinzen und dem Kanzler zum Anfang des Mai eine längere Auseinandersetzung. In einem Erlaß an Reuß führte dieser aus: Rußland lasse sich nicht so leicht zerschlagen, die einzelnen Teile würden sich immer ebenso schnell wieder zusammenfinden, wie die „eines zerschnittenen Quecksilberkörpers", und es würde dann an der deutschen Ostgrenze

dieselbe Rolle spielen, wie Frankreich im Westen, wodurch ein Zustand ewiger Spannung entstehen müßte; was bei Polen in hundert Jahren nicht möglich gewesen sei, das werde auch für Rußland nicht zu erreichen sein. Rußland sei wie eine elementare Gefahr, die man nicht aus der Welt zu schaffen vermöge, und gegen die man sich auf den Bau von Schutzdeichen beschränken müsse; je weniger man es bedrohe, um so tiefer würde es in die orientalische Sackgasse hineingeraten und dadurch innerem Verfall und seiner Zersetzung um so schneller entgegeneilen. Als dem Prinzen das Schreiben unterbreitet wurde, versah es vielfach mit kritischen Glossen. Er meinte, Kalnoky und die Generalstäbler hätten nicht sowohl eine „Zertrümmerung" des Russischen Reiches, wie vielmehr des Heeres im Sinne gehabt; er wollte es auch nicht wahr haben, daß Rußland erst nach seiner Niederlage ein geborener und rachebedürftiger Gegner werden würde; er sagte: „Nicht mehr [worauf Bismarck replizierte: ‚doch mehr'], wie es jetzt schon ist; bedürftig vielleicht, aber nicht in der Lage", — was der Kanzler mit den Worten abwehrte: „Aber bald wieder, wie Frankreich seit zwölf Jahren längst wieder." Nicht erst die Niederlage Rußlands, so fand Wilhelm weiterhin, würde eine Spannung hervorrufen, da diese auch jetzt schon vorhanden sei, und nicht um eine „Zertrümmerung der russischen Nationalität" handele es sich, „wohl aber ihrer Kampfesmittel, Armee usw."; dagegen machte der Kanzler wieder geltend: „Die sind in fünf Jahren ersetzt, cf. Frankreich." Wenn dieser gegen die russische Gefahr nur „Schutzdeiche" anwenden wollte, so prophezeite der Prinz: „Wenn der Deichbruch kommt, ist dann große Überschwemmung;" das parierte Bismarck, indem er hinzufügte: „Wenn wir ihn selbst durchstechen, noch früher." Und endlich glaubte der Prinz, daß Rußland „verzweifelt wenig Lust" habe, in die orientalische Sackgasse hineinzugehen, da es diese leider schon gemerkt habe; das wies Bismarck mit der Versicherung zurück: „Doch, es geht hinein, sobald Österreich aufhört, es zu hindern."

Es waren, wie man sieht, grundsätzliche und tiefe Differenzen, die also in die Erscheinung traten; aber diesmal wurden sie durch die überlegene Autorität des Älteren noch zum Schweigen gebracht. In einem ausführlichen Exposé (vom 9. Mai) entwickelte Bismarck die Ideen, die seinen Gegenmarginalien zugrunde lagen: Er gab dem Prinzen zu erwägen, daß Deutschland sich hüten müsse, sich mit Rußland für immer zu verfeinden: denn wenn Deutschland die beiden nächst ihm stärksten Festlandsmächte zu geborenen Gegnern in jedem Kriege hätte, würde es dauernd in Abhängigkeit von Österreich, Italien und England geraten; auf Italien und England sei aber bei deren inneren Zuständen kein sicherer Verlaß, aus demselben Grunde auch nicht auf Österreich, bei seiner disparaten nationalen Zusammensetzung und den daher dort vorhandenen slawophilen und franzosenfreundlichen Tendenzen; auf Österreich allein angewiesen, laufe Deutschland auch Gefahr, daß jenes ein anspruchsvollerer Bundesgenosse werden und daß es einen ähnlichen Einfluß auf das Neue Reich gewinnen würde, wie zur Zeit des Bundestages vor 1866. Mit besonderem Nachdruck hielt er dem Kronprinzen vor, es dürfe kein Wort in dem Sinn von dessen Randglosse „transpirieren", daß die Generalstabsoffiziere recht gehabt hätten, wenn sie im vorigen Herbst rieten, die russische

Macht zu zertrümmern; denn sonst, damit schloß er, „verlieren wir das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit bei unsern Bundesgenossen, und das würde schlimmer sein, als selbst ein Krieg, über dessen Notwendigkeit und Nützlichkeit verschiedene Meinungen obwalten können". In seiner wortreichen Entgegnung trat denn Wilhelm auch den Rückzug an. Er beteuerte sein Einverständnis mit der friedlichen Politik des Kanzlers und stellte fest, er habe nur zum Ausdruck bringen wollen, daß man das Problem eines Krieges mit Rußland sowohl unter politischen wie auch unter militärischen Gesichtspunkten betrachten könnte, daß diese letzteren an und für sich nicht ohne Berechtigung wären, worüber er sich sehr eingehend ausließ, daß er aber weit davon entfernt sei, die Politik den militärischen Wünschen und Bedürfnissen unterzuordnen. Er versprach, um mißverständlichen Auffassungen vorzubeugen und „in teilweiser Anerkennung" der Argumente Bismarcks, fortan jede Randbemerkung auf politischen Berichten zu unterlassen, und bat diesen, überzeugt zu sein, daß bei einem etwaigen Regierungswechsel die deutsche Politik in ihren bisherigen friedlichen Bahnen verharren solle.

Damit war der Konflikt, insofern man von einem solchen überhaupt sprechen durfte, beigelegt. Der Zwischenfall hatte an und für sich keine aktuelle Bedeutung; er ist, wie gesagt, nur bemerkenswert, weil in ihm der erste Keim für spätere ernstere Verwicklungen zu erblicken ist.

Alles in allem genommen, hatte sich während der neunundneunzig Tage der Regierung Friedrichs III. an der weltpolitischen Konstellation nichts geändert. Der latente Gegensatz zu Rußland, in Verbindung mit dessen unfreiwilliger Passivität auf dem Balkan, erhielt sich; nach den Mitteilungen, die der Großfürst Wladimir im Frühjahr in Berlin über das unbesiegbare Mißtrauen des Zaren gegen Bismarck (s. o. S. 752) gemacht hatte, durfte man sich hier darüber nicht mehr in Illusionen wiegen. Mit Österreich bestand die alte Freundschaft weiter, daneben das Bestreben, es von feindlichen Schritten gegen Rußland oder von solchen, die hier so angesehen werden konnten, nach Möglichkeit zurückzuhalten. Zwischen England und Deutschland herrschte gutes Einvernehmen; Frankreich war für beide nach wie vor der gemeinsame Gegner. Mit dem General Billot, der als Vertreter seiner Regierung Mitte März nach Berlin zur Beisetzung Wilhelms I. gekommen war, hatte Bismarck damals ein kurzes Zwiegespräch; er sagte jenem: Es würde an der auswärtigen Politik Deutschlands nichts geändert werden; sollte es einmal, wofür er nicht die geringste Notwendigkeit sähe, dazu kommen, daß man die Bajonette kreuze, so würde die Schuld daran nicht an Deutschland liegen, und man würde dann den Krieg, wie ehedem, als Soldat und Edelmann führen. General Billot verbeugte sich dazu ernst und schweigend. Zwischen Italien und Frankreich bestanden seit dem Spätherbst des Vorjahres Differenzen, da die Franzosen von Tunis aus nach dem Gebiete von Tripolis hinüberzugreifen versuchten, und Anfang 1888 fürchteten die Italiener einen Überfall ihres Kriegshafens von Spezia durch die französische Flotte als Vorspiel für eine unmittelbar darauf folgende Kriegserklärung. Auf den Rat Deutschlands hin wurde durch entsprechende Bauten Sorge für die Sicherung Spezias getroffen. Deutschland verwandte sich Ende April in London dafür, daß die englische Mittelmeerflotte zum

Schutze Italiens verstärkt würde, und daß England rechtzeitig einem Angriff Frankreichs auf Italien vorbeuge, indem es für diesen Fall mit seiner eigenen Kriegserklärung drohe. Um dieselbe Zeit verschlechterte sich das französisch-deutsche Verhältnis abermals. Boulanger kam wieder in Höhe; mehrfach wurden Deutsche auf französischem Boden gemißhandelt; unter Berufung darauf, daß es an Garantien gegen etwaige Pöbelerzesse mangele, lehnte darauf die deutsche Regierung die Teilnahme an der Weltausstellung ab, die für 1889 in Paris vorbereitet wurde. Als Repressalie dagegen und gegen die fortgesetzten Wühlereien in Elsaß-Lothringen wurde für ausländische Reisende der Paßzwang beim Überschreiten der reichsländischen Grenze eingeführt, obwohl der Statthalter, Fürst Hohenlohe, damit nicht einverstanden war. Das wirkte dämpfend; noch mehr fühlte sich Frankreich isoliert, als nach dem Hinscheiden Friedrichs III. und der Thronbesteigung Wilhelms II. eine deutsch-russische Annäherung einzutreten schien.

* *
*

Am 15. Juni erlöste der Tod Kaiser Friedrich III. von seinem unsäglichen Leiden; Wilhelm II. bestieg nunmehr den Thron. Es dürfte wenige Monarchen in der Weltgeschichte geben, auf die sich so gespannt bei ihrem Regierungsantritt die Augen von Freund und Feind richteten; in seiner Hand lag das Schicksal der Welt. Welchen Kurs würde er steuern? Und damit verband sich eine andere Frage: Wird der Schöpfer von Kaiser und Reich denselben Einfluß auf die Leitung des Neuen Reiches auch weiterhin haben, wie er ihn bisher, so gut wie allmächtig schaltend und waltend, jederzeit jedoch zur Erhaltung des Friedens ausgeübt hatte? Wird der „Pakt“ in Kraft bleiben, der im Februar des Jahres geschlossen worden war? Wird er wirklich, der gereiften Erfahrung des Älteren sich zu bedienen, stets bereit sein? Schon einmal hatte sich eine Differenz zwischen ihnen erhoben; sie war sofort durch die Nachgiebigkeit des Jüngeren beseitigt worden, und ausdrücklich versicherte dieser den Kanzler, er werde „mit dem besten Gewissen bei einem etwa erfolgenden Regierungswechsel mit derselben Sicherheit, als bisher, das friedliche Verhalten der deutschen Politik in Aussicht zu stellen imstande sein“.

Vom Geiste der Friedensliebe war denn auch die Thronrede erfüllt, mit welcher der junge Monarch am 25. Juni seinen ersten Reichstag eröffnete. Er betonte darin den defensiven Zweck des deutsch-österreichischen Bündnisses und kennzeichnete es sowohl als die Grundlage des europäischen Gleichgewichtes, wie auch als ein Vermächtnis der deutschen Geschichte. Er erblickte in ihm eine von der öffentlichen Meinung getragene Wiederherstellung des völkerrechtlichen Zustandes, wie er in Europa bis 1866 geherrscht hatte, und durch den Dreibund mit Italien schien ihm diese Restauration der früheren Verhältnisse nur noch vervollkommnet, — war ja in diesem, wie es schien, Mitteleuropa zu einem Machtgefüge zusammengefaßt, das freilich nicht mehr im Zeichen des Doppeladlers stand. Damit gedachte er, eine gute Nachbarschaft mit Rußland vereinigen zu können: „Unsere mit Österreich-Ungarn und Italien bestehenden Verabredungen gestatten Mir zu Meiner Befriedigung die sorgfältigste Pflege Meiner persönlichen Freundschaft für den Kaiser von Rußland und der seit Jahrhunderten bestehenden friedlichen Beziehun-

gen zu dem russischen Nachbarreiche, welche Meinen Gefühlen ebenso wie dem Interesse Deutschlands entspricht."

Das waren Hoffnungen und Wünsche, die zu erfüllen keineswegs leicht war. Durch sorgfältige Wahrnehmung der persönlichen Beziehungen von Monarch zu Monarch glaubte Wilhelm II. das hohe Ziel, das ihm so sehr am Herzen lag, am besten erreichen zu können. So faßte er denn alsbald einen Besuch beim Zaren ins Auge; er gab am 24. Juni dem Kaiser Franz Josef davon Kunde, indem er den politischen Zweck der Reise hervorhob, nämlich dadurch die in Rußland und Frankreich verbreiteten Verleumdungen gegen die Friedensliebe der Mittelmächte zu widerlegen. Tatsächlich betrachtete man in Rußland den deutschen Thronwechsel mit Mißbehagen; man fürchtete, daß der neue Kaiser dem Einfluß Bismarcks ganz und gar unterliegen würde. Gerade in den Tagen unmittelbar nach dem Ableben Friedrichs III. berichtete der belgische Vertreter in Petersburg nach der Heimat, man bereite sich in Rußland auf die schlimmsten Möglichkeiten vor, zwar nehme man scheinbar eine abwartende Haltung ein, aber nur um die zu treffenden Maßregeln zu maskieren. Übel vermerkt wurde vor allem der Satz der Thronrede, daß durch den Dreibund die Kombination in Mitteleuropa wiederhergestellt sei, wie sie etwa vor 1866 existierte. Da „spitzte man die Ohren"; man erinnerte sich der Zeiten des Krimkrieges und erwog die Frage, ob nicht gewissermaßen das frühere Bundesverhältnis zwischen Österreich und Preußen wiederhergestellt worden und Deutschland etwa angehalten sei, Österreich in einem Kampfe um Bulgarien zu unterstützen. Das war dem Kanzler freilich recht; denn er meinte, daß Rußland eben dadurch um so mehr in den Schranken gehalten werden würde. Nicht ein spezifisch deutsch-russischer Gegensatz war es, der die Beziehungen trübte, sondern der Umstand, daß man von Petersburg nach Wien nur über Berlin kommen konnte, — das war es, was man an der Newa Bismarck vorwarf und weshalb man ihn geradezu als den Hauptfeind Rußlands ansah. Zwar wollte er wohl den Frieden, aber auf einer Grundlage, die man in Petersburg für unzulänglich hielt. Was nützte hier seine theoretische Anerkennung der Demarkationslinie auf der Halbinsel? Wäre sie durch seine Initiative praktisch durchgeführt worden, so hätte man sich jetzt noch damit begnügt; aber er sagte ja immer, Deutschland habe kein eigenes Interesse am Balkan, und das lief doch letzten Endes darauf hinaus, die österreichische Konkurrenz in Bulgarien zuzulassen; ihrer konnte sich Rußland nicht erwehren, ohne mit der gesamten Dreiergruppe zusammenzugeraten, und dahinter stand schließlich unheilverkündend, immer drohend Deutschland; sonst hätte es den Kampf schon riskieren können. Das empfand man in Petersburg instinktiv sehr wohl, wenn man auch von den Einzelheiten, um die es sich dabei im geheimen handelte, keine sichere Kenntnis besaß. Und andererseits machte sich Bismarck über den wahren Stand der Dinge keine Illusionen. Ende Juni äußerte er sich dahin, vorläufig gelte sein Streben der Erhaltung des Friedens, wenigstens bis Deutschland mit Bewaffnung und Munition fertig und auf England in höherem Grade zu zählen sei, so lange müßten die Beziehungen zu Rußland gepflegt werden.

Auf dieser Basis war jedoch, eben in Rücksicht auf Österreich, eine deutsch-

russische Entspannung auf die Dauer ein Unding, und daran konnten persönliche Bemühungen und Monarchenzusammenkünfte nichts ändern. Es war das Bedürfnis des Kaisers, auf diese Art und Weise das gegenseitige Vertrauen und Wohlwollen zu fördern, damit es in schwierigen Momenten vorhanden sei und den Frieden erhalte. Bismarck glaubte, dem Rechnung tragen zu sollen, und unter diesem Gesichtspunkte billigte er die erste Reise des Herrschers nach Rußland; aber er warnte davor, dabei politische Konzessionen erreichen oder anbieten zu wollen, da das, zumal bei des Zaren Individualität, nur Mißtrauen erregen würde. Der Besuch muß, so legte er Anfang Juli in einem für den Kaiser bestimmten Memorial dar, „ein freundschaftlicher, nachbarlicher, politisch uninteressierter sein; gerade dann wird er die beste Wirkung haben". Des breiteren entwickelte er dabei die Leitmotive, die seines Erachtens für die deutsche Politik maßgebend sein mußten: Die Feindschaft Frankreichs ist der konstante Faktor, und eine antideutsche Koalition Frankreichs mit Österreich und Rußland ist die Gefahr, durch die wir bedroht werden; sie ist noch leichter ins Leben zu rufen, wie zur Zeit Friedrichs des Großen. Dagegen wäre am besten ein festes Bündnis Deutschlands mit den beiden Kaisermächten; das ist aber beim österreichisch-russischen Gegensatze nicht möglich. Doch braucht ein engeres Verhältnis zum einen noch nicht notwendig Feindschaft mit dem andern zu bedeuten; es kann sogar vielleicht (hier lag nun freilich der schwache Punkt der Argumentation; die faktische Entwicklung vorher und nachher sprach jedenfalls dagegen, und zum mindesten gehörte eine fast übermenschliche Kunst und Geschicklichkeit dazu, die Schwierigkeiten zu meistern) dadurch der Bruch mit ihm verhindert werden. Das Bündnis mit Österreich ist vorzuziehen, weil dieses sicherer, beständiger, der Anlehnung bedürftiger, weniger herrisch und anspruchsvoll ist; wir haben es auch bereits, während das mit Rußland erst erworben werden müßte und wir dabei kaum auf Gleichberechtigung zählen dürften. Daher müssen wir an Österreich festhalten, da sich dieses sonst Rußland zukehren und der russischen Leitung verfallen würde; darum dürfen wir die österreichische Allianz nicht für unsichere Annäherungen Rußlands gefährden oder gar preisgeben und nicht auf Kosten Österreichs Rußland Versprechungen machen. Aber wir können die russische Politik in Richtungen gewähren lassen, die für die Doppelmonarchie keine Lebensfrage bilden, also nach Asien hin, einschließlich des Schwarzen Meeres, der Meeresengen und Konstantinopels. Sollte Österreich ein Interesse haben, das zu hindern, so muß es dazu (und dafür hatte er ja durch die Stiftung des Balkandreibundes gesorgt) andere Bundesgenossen finden. Rußland würde auch durch die Erwerbung Konstantinopels (das war sein alter Grundgedanke) nicht stärker, sondern in sich, sowie durch die Feindschaft Englands, unter Umständen auch Frankreichs, schwächer, und jedenfalls für uns weniger gefährlich werden. Keinesfalls dürfen wir aber Rußland Erbietungen und Zugeständnisse machen; wir würden es dadurch nur in seiner Überheblichkeit stärken. Wir imponieren vielmehr den Russen nur, wenn wir sie fühlen lassen, daß wir sie weder brauchen noch auch fürchten, ohne sie jedoch durch den Ton zu verletzen, den wir anschlagen.

Ob es auf die Dauer möglich war, durch die Schwierigkeiten so durchzulavieren? Ob sich sowohl Rußland als auch Österreich mit dem bescheiden woll-

ten, was Bismarck ihnen zuzuteilen gedachte? Wonach den Russen der Sinn stand, das fand seinen Ausdruck in dem „Refrain", von dem Pourtalès einige Monate später berichtete, daß er ihm in Petersburg immer wieder entgegenschalle: „Lassen Sie uns allein mit Österreich; das ist alles, was wir begehren?" Wenn Bismarck dazu bemerkte: „Und nachher?", so deutete er damit an, warum er dazu nicht imstande war: weil seines Erachtens Deutschland die Existenz und Großmachtstellung Österreich-Ungarns brauchte, um nicht von Rußland oder zwischen Rußland und Frankreich erdrückt zu werden. Aber eben darin lag seine Option für Österreich, die man ihm in Rußland nicht verzieh. Und wenn man auch in Österreich so sehr von Deutschlands gutem Willen und Beistand abhing, daß die Regierung nicht recht mit der Sprache heraus durfte, so lassen doch die Stimmen, die von unten herauf an die Öffentlichkeit drangen, und die Mitteilungen der ausländischen Diplomatie in Wien keinen Zweifel darüber bestehen, daß man nicht nur in Ungarn, sondern auch in maßgebenden Kreisen Zisleithaniens durch die deutsche Orientpolitik arg verstimmt war, zumal seit über deren wahren Charakter durch die Reichstagsrede vom 6. Februar die bisher immer noch gehegten Illusionen gründlich zerstört worden waren: „Jedenfalls haben die Zugeständnisse des großen deutschen Kanzlers an Rußland, seine wiederholte Erklärung, daß Deutschland auf dem Balkan völlig uninteressiert sei, in der einzigen Frage, in der das Bündnis wirksam zur Verteidigung von Lebensinteressen der im Osten bedrohten Österreicher beitragen konnte, der moralischen Festigkeit dieses Bündnisses in gewissem Maße Eintrag getan." Wie die „Armee" dachte, das ist ja bekannt. Und hätte man erst gar vom Inhalt des Rückversicherungsvertrages gewußt? Man könnte es schon verstehen, wenn man an der Donau unter diesen Umständen der bevorstehenden russischen Reise des Deutschen Kaisers mit einigem Bangen entgegenblickte. An der Themse tat man das tatsächlich. Ohnehin hatte man ja hier von jeher Wilhelm im Verdachte der Russenfreundlichkeit, in der letzten Zeit allerdings mit mangelndem Rechte, und gerade ganz neuerdings waren wieder Mißhelligkeiten ausgebrochen. Als der Prinz von Wales zur Teilnahme an der Beisetzung Friedrichs III. in Berlin weilte, hatte er seinem Neffen gewisse Vorschläge gemacht, die diesen mit hellem Zorn erfüllten, — er riet ihm zur Aussöhnung mit dem Herzog von Cumberland und zu einer Verständigung mit Frankreich über die Reichslande, wohl durch Abtretung der lothringischen Gebiete französischer Zunge. Da hieß es jetzt, Öl ins brennende Feuer gießen, wenn die Königin Viktoria ihren Enkel vor der Fahrt nach Rußland drei Tage, ehe er sie antrat, dringend warnte. Wie Herbert Bismarck, indiskret genug, dem Zaren bald darauf mitteilte, wies der Kaiser diese Einmischung scharf zurück: „Seine Majestät ist dieser ungebetenen Bevormundungen satt und hat der Queen so klar geantwortet, daß eine Wiederholung derselben wohl kaum stattfinden dürfte."

Am 14. Juli stach der Kaiser, begleitet vom Prinzen Heinrich und Herbert Bismarck, von Kiel aus mit einem stattlichen Geschwader in See; fünf Tage später begrüßte ihn der Zar bei Kronstadt; dann begaben sie sich gemeinschaftlich auf der russischen Kaiserjacht „Alexandrette" zum Hafen von Peterhof, wo Wilhelm II. alsdann bis zum 24. verweilte. Nach den Berichten, die Herbert Bismarck und Schweinitz unmittelbar vom Schauplatze der Begegnung an den Kanz-

ler einschickten, verlief diese ebenso erfreulich wie auch erfolgreich. Schon nach der ersten Stunde, die der Kaiser mit dem Zaren und den Großfürsten an Bord auf dem Wege von Kronstadt nach Peterhof in heiterer Vertraulichkeit zubrachte, durfte erwartet werden, daß der Hauptzweck der Reise erreicht werden würde, und diese Hoffnung erhielt mit jedem Tage neue Bestätigung. Auf Alexanders offenem Gesicht, welches für so viele das Barometer der eigenen Stimmung war, war deutlich zu erkennen, daß seine Verlegenheit schwand, sein Behagen wuchs, und daß er endlich wirkliches Vergnügen am persönlichen Verkehr mit dem deutschen Herrscher empfand. War bei ihm „vielleicht anfänglich eine wenn auch nur geringe Besorgnis“ vorhanden, daß politische oder militärische Fragen peinlicher Natur gestreift werden könnten, so verlor sich dieser Argwohn bald, „und es kam zu einem dem Gemüt des Zaren völlig konformen herzlich-fröhlichen Zusammensein“. Sogar seine Gemahlin, von der es bekannt war, wie tief sie den Verlust Schleswig-Holsteins für ihr dänisches Vaterland fühlte und Bismarck deshalb grollte, ging aus ihrer sonstigen Zurückhaltung heraus; sie erwies sich gegen den Grafen Herbert sehr gnädig und sah es gern, daß der Kaiser etwas länger blieb, als ursprünglich beabsichtigt war; das sprach sie Schweinitz gegenüber wiederholt aus, „mit Wärme und mit der bezaubernden Natürlichkeit, welche jeden Zweifel an der Aufrichtigkeit ausschließt“. Es wurde ihm versichert, daß auch bei der Bevölkerung die Genugtuung über den ehrenvollen Besuch eine allgemeine sei, und Wilhelm II. war angenehm überrascht, als er bei einer Fahrt durch die Hauptstraßen St. Petersburgs nicht nur geschmückte Gebäude, sondern auch eine — ganz spontan — „freudig bewegte, stürmisch zujubelnde Menschenmasse sah“.

Trotz dieser begeisterten Schilderungen dürfte die Annahme nicht ungerechtfertigt sein, daß nicht alles so glatt verlief, wie sich das bei oberflächlicher Betrachtung darstellte, und daß sich selbst Herbert Bismarck, geblendet durch die persönlichen Auszeichnungen, die ihm von den allerhöchsten Personen zuteil wurden, über den wahren Wert der Peterhofer Tage täuschte. Gerade die politische Zurückhaltung, die sich die deutschen Gäste auferlegten, war es offenbar, welche die Russen enttäuschte. Am 20. machte der deutsche Staatssekretär dem russischen Außenminister seine Aufwartung. In der ersten Viertelstunde bewegte sich die Unterhaltung im Rahmen verbindlicher Gemeinplätze über das Erfreuliche der Zusammenkunft, über die ersprießlichen Wirkungen, die sich aus ihr und ihren öfteren Wiederholungen für die Stärkung der Dynastien und des Friedens ergeben könnten. Aus einer gewissen Verlegenheit im Tone des Herrn von Giers merkte Graf Herbert, daß dieser auf eine Wendung des Gespräches zum Politischen rechnete; schließlich rückte der Minister zögernd damit heraus, daß sie doch bei ihrer beiderseitigen amtlichen Stellung darauf wohl nicht verzichten dürften. Er begann selbst damit, indem er die Situation im allgemeinen als ruhiger und für ihn mehr befriedigend bezeichnete, als sie es lange Zeit gewesen sei. Dann erging er sich in den alten Klagen über Bulgarien, „ohne jedoch einen bestimmten Wunsch, Vorschlag oder Plan zu formulieren“, indem er lediglich versicherte, Rußland wolle weder daselbst einrücken, noch Minister dahin entsenden, noch auch einen andern Fürsten aufdrängen. Das war aber nur der Übergang zu seinem eigentlichen Thema, den Fortschritten Österreichs auf der Balkanhalbinsel und den Kompli-

kationen, die daraus erwachsen könnten; er führte heftige Beschwerde gegen die österreichischen Vertreter daselbst, zumal den Freiherrn von Burian in Sofia und gegen Kalnoky, der in den Delegationen im Hinblick auf bestimmte Maßnahmen vom „Feinde" gesprochen hätte, worunter nur Rußland zu verstehen wäre. Während sich dieses, so fuhr er fort, in Serbien die größte Reserve auferlege, erweitere Österreich unausgesetzt seinen Einfluß in Sofia; das sei kein fair play; der Kaiser würde zu Herbert in demselben Sinne reden, da Österreich sein Steckenpferd (Dada) sei. Der Staatssekretär verteidigte Kalnoky und dessen Politik nach Kräften, indem er sie als „ganz korrekt" charakterisierte: wenn Rußland mit den bulgarischen Verhältnissen unzufrieden sei, so möge es die Initiative ergreifen, und es könne der deutschen Unterstützung gewiß sein, wie ja die russische Aktion in Konstantinopel im letzten Februar bewiesen habe. Giers mochte sich dabei das seinige denken; aber er begnügte sich damit, zu antworten, er könne jetzt nicht anders als abwartend verfahren: „Und doch," setzte er hinzu, „wäre es schön, wenn nur der Koburger verschwinden wollte; wir könnten uns dann jahrelang einer ungetrübten Ruhe erfreuen. Der Koburger ist immer ein Stachel in unserem Fleische; wir suchen ihn zu vergessen; aber sobald wie wir die Augen auf Bulgarien werfen, fühlen wir immer den Stachel, und wir sind nicht imstande, ihn herauszuziehen." Man gewahrt, worauf er hinaus wollte: auf die Zusage Deutschlands für wirksame Beihilfe zur Entfernung Ferdinands. Die konnte ihm der Graf nicht erteilen; so setzte er denn „diesem schwächlichen Ausbruch von hilfloser Impotenz nur Schweigen entgegen". Giers sah ein, daß weiteres Sondieren über dieses Thema nutzlos war; er ließ es fallen und ging auf Serbien über. Er äußerte die Befürchtung, daß die Österreicher hier, wo gerade Zwistigkeiten zwischen Milan und seiner Gemahlin Natalie spielten, einen Einmarsch vorhätten, und ließ sich darüber durch den Widerspruch des Partners nicht beruhigen. Offenbar hatte er dabei einen bestimmten Hintergedanken; er ließ ihn durchschimmern, indem er nochmals hervorhob, der russische Gesandte in Belgrad Persiani bekäme von ihm eine Instruktion nach der andern, sich vollkommen zu effazieren, jeder Verwicklung vorzubeugen und beschwichtigend zu wirken. Wenn er daran die Frage knüpfte, warum nicht Kalnoky ebenso mit Burian verführe, so konnte man daraus sehr wohl eine versteckte Drohung heraushören, daß es Rußland an Mitteln zu Repressalien gegen Österreich nicht fehle; aber der deutsche Staatssekretär sah darin eine „rhetorische Frage" und machte keine Anstalten, darauf einzugehen. Der Minister berührte darauf die Presse und die schwebenden zoll- und wirtschaftspolitischen Differenzen; der andere stellte sich auf den Standpunkt seines Vaters, daß diese mit den eigentlich politischen Beziehungen zwischen beiden Reichen nichts zu tun und für Deutschland nur noch geringes Interesse hätten, da es nach Rußland hin in dieser Hinsicht kaum noch etwas zu verlieren habe. Als sich Bismarck empfehlen wollte, brachte Giers noch eine Anregung Schuwalows zur Sprache, nämlich den Rückversicherungsvertrag zu veröffentlichen. Auch dazu verhielt sich Herbert Bismarck kühl und gleichgültig. Er sagte, ihm sei beides recht, geheimhalten oder publizieren; Giers fand, das letztere sei von zweifelhaftem Nutzen oder gar gefährlich. Anscheinend fehlte es ihm an Mut, dem Zaren diesen Vorschlag zu unterbreiten; auch fürchtete er wohl den Eindruck auf die öffentliche Meinung

in seinem Lande, der dadurch ihre Lieblingsillusion, das Programm der freien Hand, zerstört worden wäre. Ohne Zweifel wäre die Bekanntgabe des Traktates gerade damals geeignet gewesen, die deutsche Politik bei der Dreiergruppe zu kompromittieren, und vielleicht verband Schuwalow mit seiner Idee die Absicht, Bismarck im Sinne eines Schreckschusses zu stellen; aber die gelassene Art, wie Graf Herbert sie zur Überraschung von Giers aufnahm, vereitelte die Wirkung, und der Minister hielt es für Rußland schließlich selbst für allzu gewagt, von dieser Waffe ernstlich Gebrauch zu machen.

So viel war sicher, daß Giers von der Unterredung durchaus unbefriedigt war. Er empfand gerade das schmerzlich, was der deutsche Kanzler als die Hauptparole für den Kaiserbesuch ausgegeben und woran sich dessen Sohn so streng gehalten hatte, den Mangel jeglichen politischen Beigeschmacks. In diesem Sinne äußerte er nachher zu Schweinitz, sein Gespräch mit Herbert Bismarck sei „fischblütig" (en poisson) ausgelaufen. Zwar hatte er diesem in Aussicht gestellt, der Zar würde ihm gegenüber auf sein „Dada" zurückkommen; das geschah jedoch keineswegs, und unverkennbar deshalb, weil der deutsche Staatssekretär sich bei den Klagen von Giers über Österreich so merkwürdig harthörig benommen hatte; da konnte Alexander, davon natürlich in Kenntnis gesetzt, das Thema nicht noch weiterspinnen, und der Graf hatte gewiß recht, wenn er meinte, daß der Minister das seinem Souverän ausgeredet habe. Am 22. hatte Herbert Audienz beim russischen Monarchen; während er ankam, hielt Giers noch Vortrag, — man könnte schon vermuten, daß die beiden soeben noch miteinander berieten, welche Sprache der Kaiser gegen den Besucher führen sollte; wenn Giers im Vorzimmer wartete, bis dieser wieder aus dem Arbeitskabinett Alexanders herauskam, so hatte er dabei wohl seine Absichten. Der Kaiser empfing den Grafen mit einer Intimität und Herzlichkeit, die dieser als eine ganz besondere Auszeichnung empfand; er überschüttete ihn geradezu mit Liebenswürdigkeiten und angenehmen Worten. Er sprach über alles Mögliche, mit Weichheit und Verehrung von Wilhelm I., mit warmer Teilnahme vom tragischen Schicksal Friedrichs III., von der schweren und mühevollen Zeit, die der Kanzler seit dem Hinscheiden seines alten Herrn gehabt haben müsse, von den freundschaftlichen Gesinnungen, mit denen er dem Leiter der deutschen Politik zugetan sei. Er drückte seine große Genugtuung über die Anwesenheit Wilhelms II. aus: Sie würde vortrefflich auf die öffentliche Meinung in Rußland wirken und mächtig dazu beitragen, die albernen und böswilligen Gerüchte über deutsch-russische Divergenzen und eine dadurch mögliche Bedrohung des europäischen Friedens zum Schweigen zu bringen. Nicht genug wußte er es zu rühmen, wie sehr der junge Kaiser schon während der ganzen sechs Wochen seiner Regierung es verstanden habe, überall Achtung und Vertrauen zu gewinnen und die Verleumder Lügen zu strafen, welche ihm so abenteuerliche Pläne angedichtet hätten. Er heuchelte eine unglaubwürdige Unkenntnis der deutschen Reichsverfassung, indem er behauptete, es sei ihm gesagt worden, die Kaiserwürde sei in Versailles Wilhelm I. nur persönlich übertragen worden, und ließ sich vom anderen wohlgefällig ausführlich darüber belehren, daß dem nicht so wäre, wie die konservative Stärke in erster Linie auf der loyalen Bundestreue der Bundesfürsten beruhe, und wie unbedingt notwendig

das Zusammenhalten der alten Monarchien gegen die solidarischen Bestrebungen des radikalen Republikanismus sei. Dann sprang er unvermittelt auf die Beziehungen des Kaisers zu seiner Mutter und Deutschlands zu England über; indem er den Grafen seiner vollkommenen Diskretion versicherte, holte er ihn über diese Dinge aus, und dieser erzählte ihm mit Pikanterie alles, was er wissen wollte, über den alten Gegensatz zwischen Mutter und Sohn, über die englandfreundliche Haltung der Kaiserin, über die Battenbergerei, über die Rolle der englischen Ärzte bei der Krankheit Friedrichs III., über die Differenzen des Prinzen von Wales mit seinem Neffen, über den „Kultus des reinen Familienprinzips in der englischen Familie mit der Königin Viktoria als Mittelpunkt, über deren Versuch, den Enkel von der russischen Reise abzuhalten. Je nachdem, nickte der Zar und machte zustimmende Interjektionen; oder er schüttelte mißbilligend den Kopf, um den Partner zu weiterem Ausplaudern zu animieren; er leistete sich auch den kleinen Scherz, einmal versehentlich von Alexander „von Bulgarien" zu sprechen. Als Herbert berichtete, schon vor längerer Zeit habe Wilhelm II. einmal gesagt: „Ich sehe, daß alles, was ich tun kann, vergeblich sein wird; wir stehen auf anderen Basen; meine Mutter bleibt immer Engländerin, und ich bin Preuße, wie sollen wir da kongruieren?", da schaltete der Zar mit beifälligem Lächeln ein: „Ja, das glaube ich wohl, wie könnte Ihr Kaiser Deutschland nach den Bedürfnissen Englands regieren; dann, das ist klar, wird jede Verständigung unmöglich; das ist eine Prinzipienfrage." Kurz, es war eine amüsante Plauderstunde, bei der Alexander auf seine Kosten kam; nur von Politik sprach er nicht, außer daß er die wirtschaftlichen Unstimmigkeiten berührte und dabei den Wunsch nach einem Ausgleiche ausdrückte, woraus immerhin hervorging, wie sehr ihm daran lag. Zum Schlusse erschöpfte er sich in Beteuerungen seiner Befriedigung über den Verlauf der Entrevue und der Anerkennung des freimütigen und offenen Charakters Wilhelms II.; er verabschiedete den Gast mit den Worten: „Ihr Kaiser soll nur kommen, so oft er mag, mir wird sein Besuch immer sehr angenehm sein: Sie haben ganz recht damit, daß Sie die Notwendigkeit des Vertrauens am meisten betonen, und daß Sie sagen, eine Stunde Zusammenseins zwischen den Herrschern ist mehr wert, als hundert Depeschen, die zwischen den Regierungen gewechselt werden."

Man darf daran zweifeln, ob der Vater alles so als bare Münze genommen hätte, wie der Sohn, und könnte glauben, daß dieser die unpolitischen Intentionen, von denen jener die Petersburger Reise getragen wissen wollte, allzu stark outriert hatte. Gewisse Fragen drängen sich dabei von selbst auf. Was wurde wohl zwischen dem Zaren und dem Kaiser gesprochen? Hielt sich dieser so streng an die Ratschläge Bismarcks, wie dessen Sohn es tat? Nach manchem, was später vorfiel und verlautbarte, könnte man sich da zu einiger Skepsis versucht fühlen. Daß offiziell nichts vereinbart wurde, erhellt ja schon aus dem Hergange bei der Unterredung Herberts mit Giers; in Rücksicht allein darauf verbot sich dem Zaren jeder politische Beigeschmack in der Audienz des deutschen Staatssekretärs. Das schließt natürlich nicht aus, daß in den Zwiegesprächen der beiden Monarchen dieses oder jenes bedeutsame Wort fiel, aus dem der Zar, sei es mit Recht oder Unrecht, manches entnehmen zu dürfen vermeinte; wir erinnern nur an seine Berliner Unterhaltung mit dem Kanzler im vergangenen November. Sollte die rosige

Stimmung, die den Zaren, je länger um so mehr, in Peterhof ergriff, rein konventionelle Höflichkeit und Heuchelei oder auch nur Ausfluß persönlicher, schon vorhandener und jetzt neu gefestigter Sympathien gewesen sein? Das sähe dem Wesen Alexanders wenig ähnlich. Wie dem aber auch immer sei, er setzte sein System des Einwickelns (wenn man so sagen darf) seiner Gäste, zumal des Grafen Herbert, bis zuletzt unentwegt fort, und er erreichte damit wenigstens den Zweck, dessen Vertrauensseligkeit zu steigern, vielleicht in der Hoffnung, dadurch mittelbar einen günstigen Einfluß auf den Vater auszuüben. Alles in allem genommen, spielte der Zar offensichtlich mit dem Sohne Bismarcks, und dieser gehörte nicht zu den Personen, denen die Atmosphäre allerhöchster Gunstbeweise den kühlen Kopf und das klare Auge nicht auch gelegentlich einmal einigermaßen zu rauben vermochten. Mit Genugtuung berichtete er dem Vater, daß ihm der Zar zweimal bei den Paradediners „ostensibel" zugetrunken, daß er ihn einer längeren Unterredung vor der gesamten Suite gewürdigt habe, die auf die Anwesenden „einen beträchtlichen Eindruck machte". Alexander hatte ihm seinen höchsten Orden mit Brillanten verliehen; als er sich bei dieser Gelegenheit dafür bedankte, wehrte der Herrscher das ab, indem er ihn noch einmal mit Liebenswürdigkeiten überschüttete: es sei ihm so angenehm, daß er mitgekommen sei; er hoffe auf Wiedersehen; der Graf solle ihm am Hofe immer willkommen sein. „Was Ihren Kaiser betrifft, so habe ich Ihnen schon gesagt, daß er mir das größte Vertrauen einflößt, und ich bin fest überzeugt, daß unsere Beziehungen stets die besten bleiben werden. Vergessen Sie nicht, Ihrem Vater tausend Grüße von mir auszurichten!" Der Staatssekretär verneigte sich und erwiderte: „Wenn Eure Majestät so zu mir von unseren Beziehungen spricht, scheinen sie mir für immer und ewig befestigt, da niemand in Rußland anders zu handeln wagen wird, wie es der Wille Eurer Majestät ist." Und die Abreise Wilhelms II. gestaltete sich geradezu zu einem ergreifenden Schauspiel. Schweinitz schrieb, als Augenzeuge bei so vielen fürstlichen Entrevuen dürfe er behaupten, „daß so hohe Gäste und Wirte selten so gern zusammen waren und so ungern voneinander schieden. Die letzte Stunde des Zusammenseins auf der ‚Hohenzollern' und der Augenblick, in welchem die Schaluppe mit der russischen Kaiserlichen Familie abstieß, wird allen, welche das Glück hatten, dies mitansehen zu dürfen, unvergeßlich bleiben."

Ein Schauspiel, aber, ach, ein Schauspiel nur! Der tatsächliche Erfolg war gleich Null. Über London, vermittelt durch Hatzfeldt, gelangten später Nachrichten aus Petersburg nach Berlin, denen zufolge sich inzwischen der Zar recht abfällig über Wilhelm II. und seinen Sommerbesuch von 1888 ausgesprochen hatte; ob sie authentisch waren, ist nicht festzustellen; doch dürfte es nach Lage der Dinge nicht unwahrscheinlich sein, daß wenigstens ein Quentchen Wahrheit dahintersteckte. Die latente Spannung, wie sie zwischen den beiden Nachbarreichen nun schon fast seit Jahresfrist bestand, wurde jedenfalls nicht beseitigt, trotz mannigfacher offiziöser Äußerungen hüben und drüben. Zwar sprach sich Giers noch zu Anfang des folgenden Jahres über die Wirkungen der Entrevue vor Schweinitz sehr günstig aus: Anfang 1888 hätten einige beunruhigende Anzeichen vorgelegen, aber sie seien, besonders seit der Anwesenheit Wilhelms II. in Peterhof, geschwunden, und er sei von der Fortdauer des bestehenden guten Verhältnisses

nicht nur für die nächsten Jahre, sondern für lange, lange fest überzeugt, und nicht minder fest seien die Gesinnungen des Zaren. Wenngleich der Botschafter unmittelbar nach der Abreise melden mußte, die Unterredung zwischen Giers und Herbert Bismarck habe „fischblütig“ geendigt, so war er doch weit entfernt, das „desinit in piscem“ auf die ganze Begegnung anzuwenden: sie habe vielmehr ihr Ziel erreicht, nämlich: „persönliche Annäherung und Befestigung gegenseitigen Vertrauens ohne Erweckung von Hoffnungen, deren Erfüllung unmöglich sein würde“. Gerade das letzte aber war, wie wir sogleich hören werden, recht problematisch, — dann lag die Schuld daran jedoch gewißlich nicht auf der Seite des Staatssekretärs. Auf den Reichskanzler scheinen die Berichte seines Sohnes und des Botschafters Schweinitz zunächst keinen schlechten Eindruck gemacht zu haben. Den Herberts gab er sofort nach Wien weiter; Kalnoky fand ihn „hochinteressant“ und war sehr befriedigt über die Art und Weise, wie der Staatssekretär vor Giers für Österreich eingetreten war. Er stellte die russischen Behauptungen über die österreichischen Einflüsse in Sofia, zumal Burians, in Abrede, bemängelte es, daß Giers auch jetzt noch nicht einen einzigen praktischen Gedanken zur Lösung der bulgarischen Frage vorgebracht habe, und meinte mit Recht, „das beste sei der Entschluß Rußlands, sich nicht zu rühren, wenn auch dadurch die Gefahren der Situation nicht beseitigt, sondern nur vertagt würden“. Im Einverständnis mit dem Kaiser schickte Bismarck am 2. August einen Erlaß an die Botschafter in London, Wien, Rom, Konstantinopel und die preußischen Gesandten an verschiedenen deutschen Höfen, um daselbst mitzuteilen: Der Besuch in Rußland sei tadellos verlaufen und seine Absicht erreicht; er habe einen rein persönlichen Charakter getragen. Deutschland hätte von vornherein keinen Grund gehabt, politische Fragen zu berühren, da es von Rußland nichts wolle; der Zar habe nichts angeregt oder verlangt, sei friedliebend und wolle die Entwicklung der Dinge in Bulgarien ruhig abwarten.

Sehr bald wurden diese optimistische Auffassung des Kanzlers und der Glauben von Schweinitz, daß die Anwesenheit Wilhelms II. in Peterhof keine unerfüllbaren Hoffnungen erweckt habe, Lügen gestraft. Die „Moskauer Zeitung“ meldete, Graf Herbert habe in Peterhof im Auftrage seines Vaters Zusagen erteilt, von denen sich die deutsche Regierung dann wieder losgesagt habe. Das fand nun zwar „in den ernsteren Kreisen“ keinen Glauben; immerhin knüpften sich an die Zusammenkunft Erwartungen, nach den Beweisen friedlicher Absichten, die Rußland dabei bekundet habe, würde die deutsche Politik wohl etwas tun, „um der russischen einen Dienst zu erweisen und die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland dadurch etwas zu pflegen“. Kaum vierzehn Tage nach der Begegnung fand ein großer Panslawistenkongreß in Kiew statt; der belgische Gesandte in Petersburg stellte beide Vorgänge einander gegenüber: „Wenn das eine Ereignis Veranlassung zu gegenseitigen Versicherungen von Frieden und Freundschaft von seiten der beiden Herrscher gab, so kann im Gegenteil das andere den Beweis erbringen, daß Rußland wohl bereit ist, die wohlwollende Haltung Deutschlands auszunutzen, aber auf keinen seiner jahrhundertalten Ansprüche zu verzichten gedenkt.“ Nur um ein Täuschungsmanöver, so resolvierte er sich, von seiten Rußlands handele es sich, in Wahrheit rechne man auf die stille, von

Petersburg ausgehende Arbeit der Revolution in Bulgarien, die Rußland wieder einen Schritt auf dem Balkan weiterführen solle; das sei der eigentliche Sinn der Reserve, deren sich jetzt Rußland befleißige. Bisher hatte sich Rußland immer noch mit der Demarkationslinie auf dem Balkan begnügt, indem es Serbien Österreich überlassen wollte, wenn dieses ihm selber Bulgarien zugestehen würde; da es aber damit in Wien auf keine Gegenliebe stieß, gab es sich jetzt damit nicht mehr zufrieden. Schon aus den Andeutungen, die Giers dem Grafen Herbert gemacht hatte, konnte man heraushören, daß in Rußland zum mindesten die Frage erwogen wurde, ob es nicht die österreichische Politik in Bulgarien durch Gegenzüge in Serbien quittieren solle; tatsächlich waren schon seit einiger Zeit russische Minen nicht nur in Serbien, sondern auch in Rumänien gelegt worden. In den Spätsommer 1888 fällt denn auch eine Konferenz, die unter dem Vorsitz des Zaren stattfand; in ihr entwickelte der Generalstabschef die Ansicht, eine zielbewußte russische Politik dürfe niemals auf eine Teilung der Balkanhalbinsel mit Österreich eingehen, müsse sie vielmehr ganz und gar unter ihren Einfluß bringen; wie Obrutschew selbst erzählte, pflichtete der Kaiser ihr bei.

Wenn Bismarck auch davon erst viel später (Mitte Oktober) erfuhr, so schaute er doch, selbst wenn er sich jemals von der optimistischen Stimmung seines Sohnes und Schweinitz hatte anstecken lassen, schon seit langen Wochen wieder sehr trübe in die Zukunft. In Anbetracht des Standes der russischen Rüstungen zu Lande und zur See rechnete er, worin er allerdings für Deutschland kein Unglück, vielmehr eine Entlastung erblickte, mit einer Störung des Friedens für den Anfang des nächsten Jahrzehnts durch eine russische Aktion gegen Konstantinopel, nicht durch Bulgarien hindurch, sondern über das Schwarze Meer und Kleinasien, indem er der Meinung war, daß vorher oder dabei der Versuch gemacht werden würde, die Pforte zur Annahme eines Vertrages zu zwingen, der dem Zaren die Verfügung über den Bosporus durch Besetzung einer festen Position gewähren würde. Er stellte (19. August) Wilhelm II. brieflich vor: es sei nicht Aufgabe der deutschen Politik, die Russen daran zu hindern, zumal da das keinen casus foederis mit Österreich bilde; sondern das müsse den Mächten anheimgestellt werden, die daran interessiert seien; es würde sich vielmehr Rußlands Gefährlichkeit für Deutschland dadurch mindern, indem es von seiner Westgrenze abgezogen und in Gegensatz zu den Mittelmeermächten, auf die Länge auch zu Frankreich, geraten würde. Wenn es sein Ziel am Bosporus erreicht hätte, würde es weiterhin seine Expansivkraft gegen Persien und Indien richten, und England könne dann nicht mehr „in seiner bisherigen Fiktion einer kühlen Zuschauerrolle verharren". Er bat den Kaiser, sein Schreiben zu verbrennen: „Dasselbe berührt Dinge und Fragen, die ich in der Regel nicht für nützlich halte, dem Papiere anzuvertrauen und anders als mündlich zu verhandeln, solange ihre tatsächliche Entwicklung nicht vorliegt." Ende September weilte Kalnoky drei Tage in Friedrichsruh. Vom Verhältnis zu Rußland und den Zukunftsproblemen der Zweibundpolitik sprach er gar nicht; eines Krieges mit Rußland, zumal was den Zaren und das Petersburger Kabinett betraf, besorgte er sich wenig, schon im Hinblick auf die inneren Zustände, namentlich auf die zunehmende Entfremdung zwischen Großrussen und Kleinrussen. Über Frankreich äußerte er sich geringschätziger, über

Italien wohlwollender, als früher; mit besonderer Schärfe kritisierte er die Balkanfürsten, wobei er die Familie Karageorgiewitsch als österreichfreundlich in Beschlag nahm und die Existenz von Sympathien der österreichischen Südslawen für das Königreich Serbien leugnete. Anfang Oktober weilte Wilhelm II. als Gast Franz Josefs II. in Wien und Mürzsteg. Der Prinz von Wales hatte den Wunsch geäußert, dabei zugegen zu sein, wie Kalnoky vermutete, aus politischen Gründen, entweder um der Begegnung den Charakter „einer antirussischen Attitude à trois" zu geben, oder um sich über sie zu informieren und nachher darüber als Augen- und Ohrenzeuge reden zu können. Man hatte jedoch in der Hofburg Kunde von dem gespannten Verhältnis zwischen Oheim und Neffen und winkte von selbst ab, — da jener mildere Andeutungen nicht verstehen wollte, offiziell durch den englischen Botschafter, nämlich durch die Mitteilung, daß die beiden Monarchen allein zu sein vorzögen. Herbert Bismarck, der auch diesmal den Kaiser begleitete, hatte eine Audienz bei Franz Josef. Sowohl dieser wie auch Kalnoky befürchteten offenbar, daß die Spannung, die zwischen dem jungen Herrn und seiner Mutter, sowie deren Familie obwaltete, zu einer Verschlechterung der deutsch-englischen Beziehungen führen könnte; der Staatssekretär bestritt das mit dem Hinweise auf die Machtlosigkeit der englischen Krone im eigenen Lande, die noch deutlicher zutage treten werde, wenn erst bei den nächsten Wahlen, wie vorauszusehen sei, das alte Torytum endgültig beseitigt würde. Eingehend wurde die Lage auf dem Balkan erörtert. Franz Josef wunderte sich, daß sich der Koburger so lange hielt, war aber damit nicht unzufrieden, da in Bulgarien jetzt wenigstens Ruhe und Ordnung herrsche. Graf Herbert brach noch eine letzte Lanze für die Demarkationslinie, indem er sagte, daß Schuwalow sie noch neuerdings als die glücklichste Lösung der Balkanfrage empfohlen habe: man solle damit anfangen, indem man eine Sphäre des Desinteressements schaffe, insofern als die Österreicher Bulgarien den Russen, diese umgekehrt Serbien jenen überließen. Der Kaiser antwortete ausweichend, er halte sich absichtlich in Sofia zurück, sonst könnte er den österreichischen Einfluß noch viel mehr zur Geltung bringen: „er verlange aber nichts als von beiden Seiten Geschehenlassen gegenüber der autonomen Entwicklung der jetzigen Balkanstaaten", — natürlich mit dem Hintergedanken, daß sie dann um so sicherer der österreichischen Hegemonie verfallen würden. Herbert schwieg darauf, weil ihm „weiteres Insistieren unfruchtbar erschien". Noch enthusiastischer, als in Wien, war der Empfang, der Wilhelm II. in Rom bereitet wurde, wohin er sich von dort begab; trotz eines Besuches, den er zusammen mit dem Prinzen Heinrich dem Papste abstattete, gestaltete sich seine Anwesenheit daselbst zu einer Demonstration für die unzerstörbare Zugehörigkeit Roms zum italienischen Königreich.

Man war in Wien durchaus im Irrtum befangen, wenn man wähnte, Rußland geringschätzig betrachten und behandeln zu dürfen, und wenn man glaubte, Rußland sei auf die Dauer durch seine inneren Gebrechen genötigt, Ruhe zu halten, fühle sich auch selbst zu schwach, um aus seiner Reserve herauszutreten, — jede Verschiebung der äußeren Konstellation konnte da Änderungen hervorbringen, wenn eine solche zunächst auch nicht gerade wahrscheinlich war. Schon wurden Reden laut: Bald würde die Langmut erschöpft sein, es müsse etwas geschehen, um der

Anarchie in Bulgarien ein Ende zu machen und dem österreichischen Einfluß halt zu gebieten, der sich dort immer mehr ausbreite. Ferdinand arbeite dort für Österreich und den Katholizismus und werde eben daher von Wien aus gestützt und gefördert. Man hielt es für möglich und meinte, die bulgarische Frage würde bald wieder akut werden, sei es durch die bulgarische Agitation in Mazedonien, sei es durch das Unterfangen einer Unabhängigkeitserklärung. Wie wir wissen, hatte man sich sogar an allerhöchster Stelle schon mit dem Vorhaben befreundet, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und Serbien den Österreichern streitig zu machen. Durch die panslawistischen Treibereien wurde der Boden auf dem Balkan unterhöhlt, und immer ungestümer erscholl der Vorwurf, daß es nur der Rückhalt an Deutschland sei, der Österreich in den Stand setze, aus der 1878 auf dem Berliner Kongreß geschaffenen Situation Vorteil zu ziehen und Rußland der Früchte seiner Siege gegen die Türkei zu berauben. Eben damals war es, daß man sagte, man wolle von Deutschland nicht mehr, als daß man von ihm mit den Österreichern allein gelassen werde. Trotz aller Dementis erhielt sich das Gerücht, daß in Peterhof gewisse Zusagen erteilt worden wären, und es wurden in Petersburg sowohl an die Besprechungen Kalnokys mit Bismarck in Friedrichsruh, wie auch an die Kaiserbesuche in Wien und Rom bestimmte Erwartungen in dieser Richtung geknüpft, mit welchem Grunde auch immer; als sie sich nicht erfüllten, war die Enttäuschung um so größer. In diesen Zusammenhang gehören auch augenscheinlich die schon von uns erwähnten Londoner Nachrichten über die angebliche Verstimmung des Zaren gegen den Kaiser aus Anlaß der Entrevue vom Sommer. Alexander hielt sich im Herbst wieder in Dänemark auf, und zwar, wie der deutsche Geschäftsträger Pourtalès in Petersburg klagte, ohne von Giers oder einem andern Staatsmann begleitet zu sein, der die antideutschen Einflüsse zu bekämpfen geeignet wäre. Da ist es denn höchst bezeichnend, wenn Bismarck dazu die Interjektion entschlüpfte: „Um so besser!“ Wie ist dieser Ausruf zu verstehen? Kaum anders, als in dem Sinne, daß er die Situation nunmehr selbst für unhaltbar ansah, daß ihm, im Augenblick wenigstens, nichts daran lag, wenn es Bulgariens wegen losbrach. Wie gereizt seine Stimmung war, erhellt aus anderen Bemerkungen, mit denen er den Bericht von Pourtalès glossierte. Wenn man in Petersburg den Österreichern vorwarf, daß ihre Balkanpolitik aus dem früheren Fehler Rußlands Nutzen ziehe, so schrieb er an den Rand: „cf. 1878 bis 1879! Fehler in der Politik sind nicht ungeschehen zu machen; wer sich den Luxus eines eitlen Narren als Kanzler [Gortschakow] gestattet, kann sich nicht wundern, wenn die Folgen eintreten.“ Und weit wies er die Berufung auf die Dienste Rußlands im Jahre 1870 von sich ab; er charakterisierte dieselben ingrimmig als „doch nur darin bestehend, daß Rußland nicht über uns herfiel, als andere uns angriffen! Dasselbe haben wir 1854 und 1876 den Russen geleistet. Außerdem hat diese platonischen Dienste uns Alexander II. geleistet. Alexander III. hat auf Dank noch weniger Titel“. Ende November passierte der Großfürst Wladimir Berlin; Herbert Bismarck kam mit ihm auf die russischen Truppenverschiebungen zu sprechen und ließ sich darüber dahin aus: Deutschland habe „bei den ausgezeichneten Beziehungen“ zwischen Kaiser und Zaren keine Ursache, sich über den russischen Aufmarsch zu alarmieren; anders sei es mit Österreich be-

stellt, da es Differenzen mit Rußland habe, und da könne man es ihm schließlich nicht übelnehmen, „wenn es angesichts der vielen russischen Truppen an seiner Grenze etwas kitzlig und unruhig würde". Der Großfürst erwiderte, „die Österreicher müßten doch auch bedenken, daß die weiten Räume Rußlands eine Mobilmachung sehr erschwerten, und der Verlust der Zeit, welcher Rußland bei ausbrechendem Kriege träfe, müsse, soweit wie tunlich, vorher ausgeglichen werden". Das klang nicht gerade sehr beschwichtigend, und was die „ausgezeichneten Beziehungen" der beiden Monarchen anbelangte, so wirft darauf ein grelles Schlaglicht eine Marginalnote Wilhelms II. auf einem Berichte, den Schweinitz am 12. Januar 1889 erstattete. Er hatte darin erwähnt, Giers habe davon gesprochen (s. o. S. 792), daß die Wolken, die das russisch-deutsche Verhältnis zum Beginn des Vorjahres getrübt hätten, seit der Peterhofer Zusammenkunft zerstreut wären, und daß er fest davon überzeugt sei, daß dieses nun lange Jahre ein gutes bleiben würde. Der Kaiser bemerkte dazu trocken: „Ich nicht!"

Das war die allgemeine politische Situation, in die hinein Bismarcks letztes Bündnisangebot an England fällt. Als sich der Großfürst Wladimir im Frühjahr 1888 in Berlin aufhielt, war zwischen ihm und dem Grafen Herbert das gegenseitige Mißtrauen erörtert worden, wie es zwischen Deutschland und Rußland seit dem Berliner Kongreß bestand; der Kanzler hatte nicht umhingekonnt, dazu erläuternd hinzuzufügen: „Unser Mißtrauen gegen die russische Politik ist seitdem jedenfalls begründeter, als das des Zaren gegen unsre! Vorher existierte es nicht, seitdem aber wird es sich schwer beseitigen lassen; wir müssen auf die Wiederholung analoger Überraschungen stets gefaßt bleiben und können andre Anlehnungen nicht aufgeben." Das war ja die leitende Idee seiner Politik bei der Stiftung der Mittelmeer- und der Balkan-Tripleentente gewesen, und jetzt schien es ihm geboten, den letzten Schritt auf dieser Bahn zu tun, eine Allianz mit England zu schließen, und zwar am liebsten in voller Öffentlichkeit, vor den Augen der ganzen Welt. Damit wäre der letzte dünne Faden zerschnitten worden, durch den Deutschland noch mit Rußland vertragsmäßig, nämlich durch das Mittel des Rückversicherungstraktats, verknüpft war; denn es ist selbstverständlich, daß dieser Fetzen Papier dann zerrissen war. Und es ist bezeichnend, daß Bismarck daran ging zu einer Zeit, da die dynastischen Beziehungen zwischen Deutschland und England durchaus nicht die besten waren. Aber das hatte ja sein Sohn Herbert vor kurzem vor Franz Josef erklärt, daß das Verhältnis zwischen den beiden Höfen keine Rückwirkung habe auf das zwischen den beiden Regierungen.

In der Tat war dieses letztere ein durchaus gutes, und zwar schon seit geraumer Zeit. Die letzten kolonialpolitischen Differenzen, die noch aus der Gladstoneschen Zeit geblieben waren, waren unter dem Kabinett Salisbury aus dem Wege geräumt worden. Das Bedürfnis nach der Unterstützung durch Deutschland in Ägypten hatte bewirkt, daß die Sansibarfrage Ende 1887 definitiv den deutschen Wünschen gemäß geregelt worden war; die überseeischen Probleme, die seitdem aufgetaucht waren, Thronstreitigkeiten in Samoa, Vorgehen gegen den Sklavenhandel in Afrika, Niederdrückung eines Aufstandes in Deutsch-Ostafrika, Ereignisse, die in ihrem Zusammenhang erst später dargestellt werden können, wurden in einträchtiglichem Geist in Angriff genommen und behandelt. Ende

1886 schrieb Herbert Bismarck darüber an Hatzfeldt: „Salisbury hat sich wirklich sehr loyal benommen . . . Ich teile Euerer Exzellenz Überzeugung, daß Salisbury so weit gegangen ist, wie er irgend konnte, und daß wir mehr von ihm nicht beanspruchen dürfen: Seine Stellung und sein Verbleiben im Amt ist für uns hundertmal mehr wert als das ganze Ostafrika; mein Vater ist genau derselben Ansicht." Bald nachher betonte dieser ausdrücklich in einer Rede, die er im Reichstag am 26. Januar 1889 hielt, „daß er unbedingt an der Übereinstimmung und dem Zusammengehen mit England in den Kolonialfragen, in Ostafrika, wie in Samoa, festhalte". Man gewahrt, daß die familiären Mißhelligkeiten der Höfe wirklich das Einvernehmen zwischen den beiden Regierungen nicht trübten; zudem konnte es ja nicht schwer halten, jene nötigenfalls beizulegen. Jedenfalls waren sie kein Hindernis, nach einem noch engeren, förmlich festzulegenden Verhältnisse mit Großbritannien zu streben, und nicht sie bildeten die Schwierigkeit, die einem solchen Ziele im Wege stand, sondern die Rücksichten, welche Salisbury sowohl auf einen Teil seiner Ministerkollegen als auch auf die Position des Kabinetts im allgemeinen nehmen mußte. Schon beim Abschluß des Balkandreibundes hatten sie sich geltend gemacht; jetzt erwiesen sie sich als unüberwindlich.

Fest war Bismarck bei der damaligen weltpolitischen Konstellation davon überzeugt, daß Deutschland auf Großbritannien angewiesen wäre; noch im Sommer 1889 sagte er: „bisher brauchen wir England, wenn der Frieden noch etwas erhalten werden soll". Vor allem glaubte er, Englands gegen Frankreich zu bedürfen, und dieses war auch der Feind, der Deutschland und England zunächst bedrohte; ein Abkommen zwischen beiden hielt dann auch, zumal wenn es bekannt würde, mittelbar Rußland im Zaum, und es entbehrte zugleich der ostensiblen Spitze gegen Rußland, die Bismarck wohl im Hinblick auf den noch immer bestehenden Rückversicherungsvertrag lieber vermieden wissen wollte, wenngleich es immerhin daselbst als ein endgültiges Abrücken Deutschlands nach der andern Seite voraussichtlich empfunden werden mußte; allein es galt, das mit in Kauf zu nehmen. Bald nach Neujahr 1889 beschied er Hatzfeldt nach Friedrichsruh; er gab ihm den Auftrag, bei Salisbury um einen Vertrag nachzusuchen, durch welchen sich Deutschland und England für einen begrenzten Zeitraum, ein, zwei oder drei Jahre, zu gemeinschaftlicher Abwehr eines französischen Angriffs verbünden sollten. Er ging dabei von der Annahme aus, die in London schwerlich viel Anklang fand, daß beide gleichmäßig nur von Frankreich direkt bedroht würden, da sie einen andern gemeinsamen Nachbarn nicht besäßen, durch den sie gefährdet wären. In einen Krieg mit Rußland, so stellte er dem britischen Minister vor, könne Deutschland nur indirekt, nämlich durch Österreich, verwickelt werden, und da ein solcher für das Reich auch im günstigsten Falle keinen annehmbaren Kampfespreis habe, würde es danach trachten, ihn nach Möglichkeit zu verhüten. Andererseits habe Großbritannien, außer mit Frankreich, divergierende Interessen zwar mit Rußland und (zumal betreffend Kanada) mit Nordamerika; der Kampf mit einer dieser beiden Mächte, ja sogar mit beiden zusammen, könne indessen für England nur dann lebensgefährlich werden, wenn Frankreich ihr Bundesgenosse würde; nach allen Seiten hin werde die britische Politik freie Bewegung schon dann haben, wenn sie auch nur gegen die fran-

zösische Kriegsgefahr vertragsmäßig gedeckt wäre. Ohne eine kontinentale Allianz sei England bei den modernen Verkehrsmitteln einer französischen Invasion ausgesetzt, und dagegen biete sichere Gewähr nur ein deutsch-britisches Bündnis, das Frankreich daran vom Osten her verhindere. Es sollte dem Londoner Parlament zur Genehmigung vorgelegt und dem Deu schen Reichstage mitgeteilt werden, mit der Begründung, daß ein geheimer Vertrag zwar beiden Mächten eine erhebliche Sicherheit für den Ausgang eines derartigen Krieges verbürgen, ein öffentlicher Abschluß ihn jedoch von vornherein unmöglich machen würde. „Weder Frankreich noch Rußland werden den Frieden brechen, wenn sie amtlich wissen, daß sie, wenn sie es tun, auch England sicher und sofort zum Gegner haben . . . Es ist dies in keiner Weise ein mise en demeure, und würde ich, wenn Lord Salisbury die Gangbarkeit des von mir vorgeschlagenen Weges auf englischem Terrain verneint, deshalb in meinem Vertrauen auf seine Politik und in meiner Freundschaft für seine Person in keiner Weise erschüttert werden. Ich beabsichtige nichts, als in Gemeinschaft mit ihm die Frage zu prüfen, ob wir auf dem vorgeschlagenen Wege durch öffentliche und dreiste Anerkennung des Friedensbedürfnisses Europas und durch parlamentarische Anerkennung desselben den Krieg hintanhalten können, wenigstens pro tempore, vielleicht für lange Zeit. Glaubt Lord Salisbury diese Frage verneinen zu sollen, so werde ich seinem Urteil über das, was ihm als englischem Minister möglich scheint, volles Vertrauen schenken, und unsere Beziehungen bleiben die alten . . . . Lord Salisbury kann mir seine Meinung hierüber um so unbefangener aussprechen, als ich bisher nicht in der Lage bin, in der von mir angeregten Frage im Namen des Kaisers, meines Herrn, zu sprechen. Bevor ich Seine Majestät um die Ermächtigung dazu bitte, möchte ich erst wissen, was Lord Salisbury darüber denkt, da ich einer ablehnenden Antwort wohl mich selber, aber nicht den Kaiser aussetzen kann.“ Bismarck schloß, indem er erklärte, keinen unmittelbaren Bescheid zu begehren, sondern so lange warten zu wollen, wie Salisbury brauche, um seine und seiner Parteifreunde Meinung festzustellen, ehe er seinem Souverän über das Ergebnis Vortrag halten werde.

Alsbald nach seiner Rückkehr nach London brachte Hatzfeldt die Angelegenheit bei Salisbury zur Sprache. Dieser erkannte sofort die hohe Bedeutung des zugrunde liegenden politischen Gedankens; er erblickte darin einen neuen und wertvollen Beweis für des Kanzlers Bemühungen um die Erhaltung des Friedens und behielt sich Zeit zur Überlegung und Sondierung seiner politischen Freunde vor, um sich darüber Gewißheit zu verschaffen, inwieweit er auf ihre Zustimmung und parlamentarische Unterstützung rechnen dürfe. Hatzfeldt gewann den Eindruck, daß es dem Minister ernst mit der Sache, und daß es nicht unmöglich sei, daß aus den Besprechungen, die jetzt bevorstanden, ein Gegenvorschlag hervorginge, „welcher, ohne den Gedanken im Prinzip abzulehnen, einige Modifikationen desselben in Anregung brächte“. Im übrigen erklärte Salisbury die Angelegenheit so streng vertraulich behandeln zu wollen, daß er weder den Bureaux des Foreign Office noch auch selbst der Königin vorderhand Kenntnis geben werde. Schon bezeichnete Bismarck damals im Reichstag Großbritannien als „alten und traditionellen Bundesgenossen“, wenngleich nicht „in diplomatischem Sinne“, kraft eines schon existierenden Vertrages; den erstrebte er ja eben erst jetzt. Seit einigen

Wochen hatten sich die Unruhen in Samoa verschärft; die gelandeten deutschen Truppen hatten eine Niederlage am 18. Dezember bei Vaisele auf der Insel Upolu erlitten, und der deutsch-amerikanische Interessengegensatz drohte sich zuzuspitzen. Da regte die deutsche Regierung im Februar eine Konferenz der drei beteiligten Mächte, Deutschlands, Englands und der Vereinigten Staaten, an; Graf Herbert wurde nach London geschickt, um ein gemeinsames Auftreten Deutschlands und Englands dafür zu vereinbaren. Der Kanzler benutzte diese Gelegenheit, um die Bündnisfrage in Fluß zu bringen und zugleich die Vorbereitungen für einen Kaiserbesuch zu treffen; er sollte im Sommer erfolgen, so daß sich daran die Cowes-Woche, die übliche jährliche Regatta, schlösse; ein deutsches Geschwader sollte mitfahren und eine gemeinsame Flottenschau stattfinden, — das war offenbar eine persönliche Idee des Kaisers. Wie sehr dem Kanzler die Allianz am Herzen lag, erhellt daraus, daß er jetzt noch einen weiteren wichtigen Schritt des Entgegenkommens nicht verschmähte. Durch Hatzfeldt hatte er dem englischen Premier sagen lassen, er könnte seinen Souverän erst dann in sein Vorhaben hineinziehen, wenn ein Bescheid Salisburys auf seine eigene vorläufige, bisher rein persönliche Sondierung eingelaufen sei. Das war noch nicht geschehen; trotzdem trat Bismarck aus der Reserve heraus, die er sich bezüglich der Person seines Monarchen bisher auferlegt hatte. Er ließ Salisbury sagen: da die Allianz zwar „an sich vernünftig" wäre, da er indessen einsähe, daß England sie „niemals initiativ" von sich aus anzubieten vermöchte, so habe er es für seine Pflicht gehalten, „die allerhöchste Genehmigung zu erbitten, um die Sache wenigstens anzuregen", und der Kaiser ließ Salisbury durch Herbert einen persönlichen Gruß bestellen.

Glatt und zu voller beiderseitiger Befriedigung gestaltete sich die Verhandlung der beiden Minister, was die schwebenden Kolonialangelegenheiten, sowohl die Samoafrage, als auch Sansibar und Ostafrika anbelangte. Graf Herbert war voll Lobes über Salisburys Bereitwilligkeit, die um so höher anzuschlagen sei, als er vom ganzen Foreign Office und seinen Kollegen dringend gewarnt worden wäre, die alle einen schädlichen Rückschlag auf die Parlamentsmehrheit befürchteten; trotzdem sei der Minister „bei der Stange" geblieben. Auch aus Besprechungen mit anderen Ministern und maßgebenden Politikern entnahm der Staatssekretär den übereinstimmenden und aufrichtigen Wunsch, mit Deutschland nicht nur die besten Beziehungen zu unterhalten, sondern auch die gemeinsamen Interessen „überall so stark als möglich zu akzentuieren". Ganz besonders deutschfreundlich zeigte sich Chamberlain, obgleich damals nicht im Ministerium, der einflußreiche Führer der liberalen Unionisten; er sagte geradezu: „Sine Germania nulla salus." Unter anderem regte er einen Austausch von Südwestafrika und Helgoland an; Herbert fand, daß das ein für Deutschland sehr günstiges und hier auch populäres Geschäft sein würde: die südwestafrikanische Gesellschaft sei faul, bankerott und unlustig, Helgoland dagegen nach dem Ermessen des Kaisers und der Marine in der Nordsee für kriegerische Eventualitäten unbezahlbar; auch war auf die Zustimmung der konservativen Partei Englands zu rechnen, aus deren Mitte heraus schon vor anderthalb Jahren der Antrag auf unentgeltliche Abtretung der Insel gestellt worden war. Immerhin erwogen sowohl

er wie auch nachher sein Vater, daß Deutschland nicht zuviel Eifer zeigen dürfe, da England sonst den Preis vielleicht noch erhöhen würde.

Die Atmosphäre schien also für ein deutsch-englisches Bündnis so günstig als möglich, zumal da Salisbury durch die kaiserlichen Grüße „tief gerührt“ war und die Eröffnungen bezüglich des Sommerbesuches in Osborne mit großer Freude aufnahm. Dabei kam die Rede auf die projektierte joint naval demonstration, und von da bot sich weiterhin ungezwungen der Übergang auf deren Rückwirkungen auf Amerika und Frankreich, das beiderseitige Verhältnis zu dieser Republik und die Möglichkeit einer geheimen oder öffentlichen deutsch-englischen Allianz. Salisbury gab zu, daß eine solche für beide Länder und für die Wahrung des Friedens in Europa das Heilsamste sei: er habe, so setzte er hinzu, mit seinen Parteifreunden und Kollegen darüber gesprochen, und sie hätten seine Meinung geteilt, deren Ausführung aber für inopportun erachtet, weil die parlamentarische Mehrheit darüber in die Brüche gehen, mithin das Kabinett gestürzt werden würde: „Leider leben wir nicht mehr in den Zeiten der Pitts; damals regierte hier die Aristokratie, und wir konnten eine aktive Politik treiben, welche England nach dem Wiener Kongreß zur reichsten und angesehensten europäischen Macht gemacht hatte. Jetzt herrscht die Demokratie, und mit ihr ist persönliches und Parteiregiment eingezogen, welches jede englische Regierung in unbedingte Abhängigkeit von der aura popularis gebracht hat. Diese Generation kann nur durch Ereignisse erzogen werden.“ Sein Partner erwiderte: man habe in Deutschland gewußt, daß er keine definitive Antwort zu geben imstande sein würde, die guten Beziehungen, die zwischen den beiden Mächten bestünden, würden dadurch keineswegs getrübt; eben nur deshalb, weil die Anregung zu einem solchen Bunde der eigentümlichen Verhältnisse Englands halber von hier nicht hätte ausgehen können, habe sein Vater sich durch den Kaiser ermächtigen lassen, sie nach London zu übermitteln. Salisbury replizierte, er sei dafür dankbar und werde hoffentlich noch Zeitumstände erleben, die ihm gestatteten, auf das deutsche Projekt praktisch einzugehen: „Mittlerweile lassen wir es auf dem Tische liegen, ohne Ja oder Nein zu sagen; das ist leider alles, was ich jetzt tun kann.“ Noch einmal stellte ihm Graf Herbert vor, welcher Schaden für Großbritannien erwachsen könne, wenn es nicht sogleich zugreife: Frankreich werde vielleicht einmal die deutsche Neutralität nachsuchen, um sich mit England zu messen, und dieses könnte dabei in Betracht kommen, als Kompensationsprojekt nach Rußland hin. „Müßte man dann bei uns die Überzeugung gewinnen, daß wir auf England doch niemals rechnen könnten, so würde England möglicherweise allein bleiben und die ‚zerbrochenen Töpfe‘ bezahlen müssen.“ Der Brite erwiderte: „Dies habe er sich schon längst gesagt, und er sei deshalb um so mehr betrübt, daß der Parlamentarismus seine Regierung zu solcher Impotenz verdamme. Einstweilen könne er nichts tun, als möglichst demonstrativ mit uns Hand in Hand zu gehen, und er sei sehr froh, zu hören, daß wir seine Situation verständen und von ihm gegenwärtig weiter nichts verlangten.“

Dabei blieb es denn auch; dem letzten Bündnisangebot Bismarcks an Großbritannien war kein besseres Schicksal beschieden, als den früheren Versuchen in dieser Richtung. Nicht einmal die von Chamberlain aufs Tapet gebrachte Aus-

wechslung Helgolands gegen Deutsch-Südwestafrika wurde noch unter Bismarck perfekt. Mitte April brachte Hatzfeldt sie sehr vorsichtig abermals vor Salisbury zur Sprache; dieser lehnte sie nicht geradezu ab, begrüßte sie jedoch auch keineswegs mit Enthusiasmus; Hatzfeldt meinte daher, man müsse ihm und seinen Freunden Zeit zur Prüfung lassen. Als die Abreise nach Osborne näher rückte, wollte Wilhelm II. die freundliche Stimmung, die ihm die Königin Viktoria damals zeigte (sie hatte soeben die Ernennung des Enkels zum britischen Admiral in Aussicht gestellt), auch die für Deutschland damals günstige Strömung in England benützen, um die Angelegenheit in Osborne zum Abschlusse zu bringen. Angesichts der „zwar freundlichen, aber evasiven" Aufnahme des Planes durch Salisbury im April, sowie angesichts des bedenklichen Umstandes, daß der englische Minister seitdem auf die Sache nicht zurückgekommen war, war Herbert Bismarck dafür, „sie nicht zu urgieren, um nicht durch Zeigen von zu viel Eifer die Erfüllung des allerhöchsten Wunsches zu erschweren", obwohl auch er auf Südwestafrika keinen besonderen Wert legte und den Tausch in Rücksicht auf die militärischen Vorteile, auf die Popularität des Erwerbes der Insel und auf die „nationalen Mängel für eigene Kolonialpolitik", vornehmlich wegen mangelnder Rentabilität infolge ungenügenden finanziellen Opfermutes der Deutschen, für annehmbar hielt. Der Kanzler pflichtete diesen Erwägungen des Sohnes durchweg bei, schon im Hinblick auf das bisherige Schweigen Salisburys. Er war der Ansicht, daß nach dem bisherigen Gange der Angelegenheit die Initiative Englands abgewartet werden müßte, und daß der Verdacht der deutschen Begehrlichkeit und eine eventuelle englische Ablehnung den sonst hoffentlich „großen politischen Effekt des Kaiserbesuches fast neutralisieren würde"; daher riet er dringend davon ab, in Osborne zu drängen, gerade „aus Interesse für späteres Gelingen". Damit war die Helgoländer Episode vorläufig, solange Bismarck noch im Amte war, beendigt, und nichts lag ihm mehr am Herzen, als jeden Konflikt mit England aufs peinlichste zu vermeiden. Die einzige Reibungsfläche, die es da geben konnte, war ja die Kolonialpolitik, in der er sich eben daher der äußersten Zurückhaltung befliß. Geflissentlich betonte er, der ja solcher Tendenzen ursprünglich ermangelt hatte, am Ausgange seiner aktiven Tätigkeit immer wieder, er sei „kein Kolonialmensch von Haus aus", und nur mit Widerstreben habe er sich auf die koloniale Bahn begeben. In einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 17. August 1889 zog er gegen „den deutschen Kolonialschwindel" los, der seine Kreise „tölpelhaft" störe; er erklärte: „Er werde sich ganz davon losmachen, ein Kolonialamt einsetzen, von der Marine geleitet, wie in Frankreich, oder kaufmännisch von den Hanseaten. Er könne nicht die Verantwortung übernehmen für Dinge, welche er nicht übersehen könne. Er werde Ostafrika und Samoa ganz fallen lassen . . . Wenn die Nationalliberalen sich verletzt fänden und ihn in der Kölner und andern sonst wohlgesinnten Zeitungen angriffen, so sei für ihn das gleichgültig . . . . Das Verhältnis zu England sei ihm wichtiger, wie Herr von Cuny." Höher als den Erwerb von Witu und der Luciabai schätzte er das Wohlwollen Lord Salisburys ein. Das waren die leitenden Gesichtspunkte, die seine Englandpolitik bestimmten, solange er noch die Schicksale des

deutschen Volkes lenkte; später, als er nicht mehr am Ruder war, schlug sie nach einem kurzen Zwischenspiel andere Pfade ein.

Ob die Rücksicht auf die parlamentarischen Schwierigkeiten, auf die er zu stoßen gewärtig sein mußte, das einzige Motiv war, das Salisbury zur Ablehnung des Bismarckschen Bündnisvorschlages bestimmte, bleibe dahin gestellt, — eine Sicherung des Friedens durch dieses Mittel und noch dazu vor aller Öffentlichkeit war jedenfalls nicht erreichbar. Wäre es zur Anwendung gelangt, dann wäre das Schlußergebnis der Bismarckschen Politik (und daran hätte kein Rückversicherungsvertrag etwas geändert) der volle Übertritt Deutschlands auf die britische Seite, eine nicht nur faktische, sondern auch offen deklarierte und förmliche Frontstellung gegen Rußland gewesen. Aber eben deshalb, weil er die erstrebte britische Allianz nicht fand (aus demselben Grund hat er nie den Schleier gelüftet, den er über seine Allianzverhandlungen mit England ausbreitete), mußte er einen äußeren Bruch mit dem gefährlichen Nachbarn im Osten auch weiterhin mit der größten Sorgfalt vermeiden, durfte er es, soweit es irgend tunlich war, nicht so weit gelangen lassen, daß die Brücke zwischen Berlin und Petersburg in die Luft fliege. Was ihm dabei zugute kam, das waren Faktoren, die zwar nicht das Werk seiner Staatskunst waren, von ihr jedoch geschickt und erfolgreich ausgenützt wurden, — die Passivität und Friedensliebe des Zaren, die Reserve, die sich Rußland, wie oft und wie heiß es auch immer dagegen noch aufbegehrte, im Hinblick auf die internationale Konstellation auferlegen mußte, woraus dann schließlich ein gewisses Abflauen der bulgarischen Frage und eine unverkennbare Festigung der Position des Koburgers mit einer Art von Naturnotwendigkeit erwuchs, die inneren Zustände Frankreichs und auch dessen Unfähigkeit, sich nach außen kräftig zu rühren, zumal bei seinem weltpolitischen Gegensatze zu Großbritannien. So wurde denn der Frieden erhalten, freilich ein fauler, der jeden Tag durch einen unberechenbaren Zwischenfall gesprengt zu werden drohte. Diesen unsicheren Zustand charakterisierte Bismarck zum Ende des Jahres 1888 einmal sehr treffend, indem er ihn mit dem unbehaglichen Gefühl eines Mannes verglich, der fortwährend an ihm unerklärlichen Schmerzen leide; er fügte hinzu: „Solche Übel kehrten oftmals am Tage oder in der Woche wieder und vergingen mit oder ohne Anwendung von Mitteln anfangs ziemlich schnell und gefahrlos; doch eines schönen Tages helfen die alten Mittel nicht mehr, und die gefährliche Krankheit kommt plötzlich und unerwartet zum Ausbruch". So besorgte er denn, „daß Europa einstmals, vielleicht in einem Augenblick, wo es am wenigsten vermute, am Vorabend eines großen Krieges stehen werde".

Erst ein Vierteljahrhundert später sollte sich diese düstere Prophezeiung erfüllen; vorderhand waren die objektiven Momente, wie wir sie soeben aufzählten, noch stark genug, um eine plötzliche Explosion hintanzuhalten, vor allem das Unvermögen Frankreichs und Rußlands zu entschlossener Agressive, und der Kanzler tat alles, wozu er imstande war, um die Katastrophe zu verschieben und zu verhüten; damit setzte er sich freilich in Widerspruch zu Wilhelm II., und das trug mit bei zur Erschütterung seiner Stellung und zu seinem Sturze. Zwar schwand die internationale Spannung noch keineswegs, aber es bereitete sich doch langsam eine Lockerung vor. In Frankreich wirkten die Paßmaßregeln für Elsaß-Lothringen; es wurde den Franzosen „nachgerade klar, daß dieselben eine Art von

Ultimatum an ihre Adresse bedeuteten, und daß es angesichts dieser Warnung angezeigt sei, nicht mit dem Feuer der Revancheidee zu spielen". Noch mehr hielt sie die Thronbesteigung des jungen Kaisers im Zaum. Zunächst erweckte sie die Furcht vor einer unmittelbaren Kriegsgefahr; wurde diese auch durch seine friedliebenden Kundgebungen Lügen gestraft, so blieb doch das Gefühl, „daß Deutschlands Geschicke in den Händen eines Herrschers ruhen, welcher unter Umständen leichter zum Schwerte greifen könnte, als der todkranke Vater und hochbetagte Großvater, daß daher ruhiges Verhalten mehr denn je am Platze sei". Wie gering auch immer die tatsächliche Bedeutung der Zusammenkunft in Peterhof war, so war man in Paris doch darüber so sehr im ungewissen, daß man hier wieder zum Bewußtsein der Isolierung und zur Erkenntnis gebracht wurde, es sei für jetzt geraten, „vorsichtig alles zu vermeiden, was als Zeichen kriegerischer Neigungen gedeutet werden und zu Konflikten Anlaß geben könnte". Nachdem Kaiser Wilhelm II. aus Rußland zurückgekehrt war, wurde am 16. August, am Gedenktage der Schlacht von Mars-la-Tour, in Frankfurt a. O. ein Denkmal des Prinzen Friedrich Karl enthüllt; er hielt dabei eine Rede, worin er erklärte, es sei nur eine Stimme darüber, „daß wir lieber unsere gesamten 18 Armeekorps und 42 Millionen Einwohner auf der Wahlstatt liegen lassen, als daß wir einen einzigen Stein von dem, was mein Vater und der Prinz Friedrich Karl errungen haben, abtreten". Die äußere Veranlassung dazu gaben Erörterungen in der französischen Presse, seine Friedensbemühungen würden am ehesten von Erfolg gekrönt sein, wenn Deutschland Elsaß-Lothringen wieder herausgäbe; in Wahrheit waren seine Worte gegen den Prinzen von Wales gerichtet, der ja bei seiner Anwesenheit in Berlin im Juni anläßlich der Bestattung Friedrichs III. eine Verständigung über die Reichslande angeregt und sich dafür auf die angebliche Geneigtheit des Verstorbenen zur Preisgabe deutscher Gebiete an Frankreich, Dänemark und die Depossedierten, vor allem die Welfen, berufen hatte; immerhin machten sie auch in Frankreich den beabsichtigten Eindruck. Als sich im Herbst des Jahres zwischen Frankreich und Italien kolonialpolitische Unstimmigkeiten erhoben, wiegelte Bismarck in Rom ab: Tunis und Massauah seien keine zweckmäßigen Objekte für einen Bruch mit Frankreich, da sie der Popularität bei den mit Italien verbündeten Nationen ermangelten; trotz aller Gegenbemühungen werde Frankreich schließlich doch angreifen; aber es empfehle sich, das zu erwarten, damit sich die öffentliche Meinung in den Dreibundstaaten nicht dem Argwohn hingebe, ihre eigenen Regierungen seien der provozierende Teil. Crispi sah das ein und versprach, Frankreich entgegenzukommen und ihm jedwelche Demütigung zu ersparen. Kritischer gestalteten sich die Dinge wieder Anfang 1889. Boulanger wurde damals in mehreren Departements gewählt; das sollte eine Art von Plebiszit bedeuten; schon bereitete er auch den Staatsstreich vor. Aber er konnte sich nicht zu rascher Tat entschließen, und das Kabinett Tirard, das im Februar dem Floquets gefolgt war, griff mit Energie durch. Es löste im Frühjahr die Patriotenliga Déroulèdes auf und erhob gegen den General Anklage „wegen Verschwörung und Attentates gegen die Sicherheit des Staates". Boulanger entzog sich der Verhaftung durch die Flucht nach Brüssel; er war seitdem politisch ein toter Mann. Der deutsche Kanzler stand Tirard sympathisch gegenüber; er ver-

mied es, ihm Schwierigkeiten zu bereiten; als sich um diese Zeit neue Grenzkonflikte in Elsaß-Lothringen ereigneten, gab er dem Statthalter die Weisung, schonend vorzugehen und kein Aufsehen zu erregen. So herrschte leidliche Ruhe; aber es war ihr nicht recht zu trauen. Mitte 1889 berichtete Münster aus Paris: „Politisch steht Frankreich isoliert. Das Verhältnis zu Rußland ist entschieden kühler geworden. Von unserm Standpunkt aus macht das aber keinen Unterschied, da beide Mächte auch ohne Allianz für den Kriegsfall doch aufeinander rechnen."

Eine schneidendere Kritik der praktischen Brauchbarkeit des Rückversicherungsvertrages konnte man kaum geben. Auch hieraus geht hervor, daß keineswegs er es an und für sich war, der den Ausbruch eines Krieges und ein französisch-russisches Bündnis verbaute; sondern solches wurde verhütet, weil sich sowohl Frankreich als auch Rußland zur Zeit zu vollkommener Ohnmacht verurteilt fühlten. In welchem Grade das in Rußland der Fall war, das bewies der Toast, den Alexander III. am 30. Mai auf den Fürsten Nikola von Montenegro ausbrachte, als sich dieser zur Verlobung seiner Tochter Militza mit dem Großfürsten Peter Nikolajewitsch in Petersburg aufhielt: „Ich trinke auf die Gesundheit des Fürsten von Montenegro, des einzigen aufrichtigen und treuen Freundes Rußlands." In der Deutung dieser Worte war man sich keineswegs einig. Die panslawistische Presse hallte wider von Jubel über diese Absage an die bisherigen falschen Freunde Rußlands und erging sich in wütenden Ausbrüchen des Hasses gegen die Mittelmächte. Der belgische Vertreter brachte sie in Verbindung mit dem letzten Kaiserbesuch und meinte, daß auch Enttäuschung über Deutschlands Haltung mit im Spiele sei: „Ich glaube, daß man sich in Rußland große Illusionen über die Ergebnisse des Besuches des deutschen Kaisers in Petersburg gemacht hat. Man hat nicht nur auf Deutschlands Enthaltung in den Orientfragen und auf die Erteilung von Ratschlägen zur Mäßigung in Wien, an denen es nicht gefehlt hat, gerechnet, sondern auf einen Druck, auf den zu hoffen töricht war." Alle Anzeichen sprechen dafür, daß diese Vermutung nicht fehlgriff. Eine Zeitung erblickte in den Worten des Zaren eine Prophezeiung, daß die Stunde der Abrechnung auf dem Balkan bald schlagen würde, in der dieser einzige wahre Freund Rußlands seine Gesinnung werde durch die Tat beweisen müssen. Auch dahin gingen die Auslegungen, daß sich der Zar dadurch „von allen Verbindungen mit den Großmächten lossagen wollte, da jede solche Verbindung auf Kosten des wahren Russentums bestände". Nach den Mitteilungen des deutschen Militärbevollmächtigten in Paris, des Obersten von Villaume, wurde der Trinkspruch in den militärischen, höfischen und panslawistischen Kreisen allerdings entschieden gemißbilligt und zum mindesten als inopportun und überflüssig erklärt. Sie bedauerten ihn auch unter dem Gesichtspunkte, daß Alexander dadurch, wenn auch unabsichtlich, die Isolierung Rußlands in der internationalen Politik eingestanden habe, und daß es vor allem die Franzosen übelnehmen könnten, daß man sie so ganz vergessen hatte; man griff auch Giers aus diesem Anlasse an, daß er sich in der ganzen weiten Welt keinen anderen Freund zu erwerben gewußt habe, als das kleine, selbst auf der Balkanhalbinsel bedeutungslose Montenegro. Villaume hörte, daß sogar Nikola über diese Auszeichnung nicht sehr entzückt gewesen sei, da er die Anlehnung an andere Staaten nicht so entbehren könnte, wie sein mächtiger Gönner, und war

der Ansicht, daß dem Kaiser in diesem Augenblick eine politische Demonstration ganz fern gelegen habe, daß der Mund einfach von dem übergeflossen sei, dessen das Herz voll war. Denn daran zweifelte er nicht, daß Alexander von dem, was er also ausgesprochen hatte, auch fest überzeugt war.

Wie im Vorjahre, so auch häuften sich im Sommer und Herbst 1889 die Monarchenbegegnungen, und sie waren bei der eigenartigen Persönlichkeit Wilhelms II. Faktoren von unberechenbarer Wirkung auf den Gang der Entwicklung, zumal da eben damals die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Kanzler offen in die Erscheinung zu treten begannen. Ende Juni hörte der Fürst Hohenlohe von Großherzog Friedrich von Baden: Bismarck erwäge, ob es nicht besser sei, wenn Österreich allein angriffsweise gegen Rußland vorgehe, und zwar aus eigenem Entschlusse, so daß dann der casus foederis nicht gegeben sei und Deutschland abseits stehen bleiben könne; er lasse sich jetzt nur von egoistischen Motiven leiten und wolle keinen Krieg mehr; deshalb mache er den Russen allerlei Avancen, lanciere mitunter Artikel gegen Österreich und verwirre die Geister. Auch einige Wochen später (Ende August) erzählte der Großherzog, Bismarck habe bisher gewünscht, „die Allianz mit Österreich ganz aufzulösen, sich ganz an Rußland anzuschließen und Österreich seinem Schicksale zu überlassen". Welche Quelle könnte Friedrich sonst für diese Mitteilungen gehabt haben, als den Kaiser selbst? Dann aber lief diesem eine mißverständliche Auffassung gelegentlicher Äußerungen des Kanzlers unter, die bei dem komplizierten System von dessen Politik leicht möglich war. Stets hatte ja Bismarck die Ansicht vertreten, daß Österreich, wenn es einen Angriffskrieg gegen Rußland führen wolle, nicht auf den casus foederis rechnen dürfe, sondern auf eigenes Risiko handeln müsse; um dieses zu vermeiden, hatte er den Balkandreibund gestiftet. Nach Kräften hatte er allerdings Österreich von einer Aggressive zurückzuhalten versucht und vor Provokationen gegen Rußland gewarnt; immerhin hatte es Momente gegeben, in denen er den Ausbruch der Feindseligkeiten als kaum noch vermeidbar und selbst wohl als eine Erleichterung der unerträglich gespannten Lage erachtete, dabei fest entschlossen, für Deutschland die Neutralität zu wahren, wenn sich nicht Frankreich einmische. Um dieselbe Zeit fürchtete Lord Salisbury eine österreichisch-russische Verständigung „à la Reichstadt"; Bismarck widersprach, indem er (30. Juni) darauf hinwies, direkte Reibungsflächen zwischen Deutschland und Rußland seien nicht vorhanden, es herrsche lediglich in Petersburg Verstimmung darüber, daß jenes schützend hinter Österreich stehe: käme diese durch eine Wendung Österreichs zu Rußland in Wegfall, habe Deutschland es viel leichter als die Donaumonarchie, sich mit dem Moskowitischen Reiche zu einigen. Schon im Hinblick auf den ungarischen Ehrgeiz und die ungarische Furcht vor slawischer Herrschaft bezeichnete er eine österreichisch-russische Annäherung als ein Unding; dabei erklärte er ausdrücklich, wie immer, den Fortbestand Österreich-Ungarns, als einer starken und unabhängigen Großmacht, im Interesse Deutschlands, das eben daher dieses bei einem russischen Angriff nicht im Stich lassen dürfe, als unentbehrlich. Und noch im Dezember sagte er zu Hohenlohe, wenn der Bestand Österreichs gefährdet werde, sei Deutschland gezwungen, loszuschlagen, aber auch nur dann, — er ist also von den bewährten Axiomen seiner Politik nie auch nur um eines Haares

Breite abgewichen. Herbert Bismarck hatte deshalb ganz recht, wenn er im Juni 1889, als ihm Graf Philipp Eulenburg anvertraute, der Kaiser halte die Politik seines Vaters für allzu „russenfreundlich“, und den beiden nahelegte, „durch Entgegenkommen und erläuternde Darlegungen die Stimmung Sr. Majestät zu beseitigen, ziemlich barsch antwortete: „Was russenfreundlich heiße? Man solle ihm politische Aktionen bezeichnen, die zu russenfreundlich, d. h. also für unsere Politik nachteilig seien. Unsere Politik sei ein durchdachtes und sorgsam behandeltes Ganzes, welches die Amateurs-Politiker und Militärs [gemeint war damit vornehmlich Graf Waldersee], die Sr. Majestät in die Ohren bliesen, nicht übersähen. Wenn Se. Majestät [so fügte der Fürst hinzu] kein Vertrauen habe und sich durch Intriganten einnehmen lasse, so solle er doch meinen Sohn und mich in Gottes Namen gehen lassen . . . Wenn er jetzt noch eine Politik auf ‚Stimmung‘ machen solle, so gehe er lieber heut als morgen.“ Einige Tage später verlangte der Kaiser vom Staatssekretär, auf Grund von Warnungen des Kriegsministers von Verdy, der mit Waldersee ein enges Einverständnis unterhielt, daß in der Presse ein Feldzug gegen eine neue russische Anleihe eröffnet würde. Graf Herbert weigerte sich, weil es sich dabei nur um eine Konversion früherer Anleihen handele, also die beste Gelegenheit, russische Papiere loszuwerden, und wegen des Einflusses, den eine solche Maßregel auf die Gesamtpolitik haben würde.

Vom 1. bis zum 7. August währte der Aufenthalt Wilhelms II. in England; Herbert Bismarck, der ihn begleitete, schrieb darüber an Radowitz: Schon vorher seien die amtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England die denkbar besten gewesen; der große Eindruck, den die Anwesenheit und die Persönlichkeit des Kaisers auf die Königin Viktoria und die gesamte beteiligte Bevölkerung gemacht hätten, habe wesentlich dazu beigetragen, die Innigkeit des Verhältnisses zwischen beiden Ländern vor ganz Europa und besonders vor der öffentlichen Meinung Englands zur Anschauung zu bringen; aus seinen Gesprächen mit Salisbury und anderen britischen Staatsmännern habe er die Überzeugung gewonnen, daß das jetzige Kabinett auf festeren Füßen stehe, als seit Jahr und Tag, und daß es die Kraft habe, „die Stellung Englands als europäische Großmacht mehr zur Geltung zu bringen, als das zum Nachteil unserer politischen Konstellationen seit Jahren geschehen ist“. Der belgische Gesandte berichtete damals nach Brüssel: „Man habe in Berlin eingesehen, daß jede Annäherung an Rußland an dessen Forderungen scheitern müsse, und knüpfe nun durch den Kaiserbesuch in London Beziehungen zu England an; dadurch werde die Situation von Grund aus geändert, da man, solange Salisbury am Ruder sei, nicht gleichzeitig Rußlands und Englands Freund sein könne.“ Wie schief diese Auslassungen auch an sich waren, so sind sie doch charakteristisch als Stimmungsbild für die in den diplomatischen Kreisen herrschende Ansicht von der Lage. Nach Berlin zurückgekehrt, empfing Wilhelm II. vom 12. bis zum 15. August den Besuch Franz Josefs. Dabei kam zwischen diesem und Bismarck die Rede auf England. Offenbar hatte der österreichische Kaiser die Notwendigkeit hervorgehoben, Großbritannien zur Ergänzung des Dreibundes heranzuziehen; der Kanzler setzte ihm darauf auseinander, daß er danach bereits seit langem trachte, daß das aber nur möglich sei, wenn Deutsch-

land immer wieder seine Indifferenz gegen die orientalische Frage betone: „Geschähe das nicht, so werde England behaglich still sitzen und sich nur die Kastanien aus dem Feuer holen lassen.“ Man erkennt daraus seinen Unwillen über die Passivität der britischen Politik, — eben daraus erklärt sich auch sein behutsames Auftreten gegen Rußland. Bei dieser Gelegenheit dürfte es wohl gewesen sein, daß Bismarck, wie er später Hohenlohe erzählte, Franz Josef den Rat erteilte, „sich ruhig zu verhalten, auch wenn, was wahrscheinlich sei, Rußland sich am Eingang der Dardanellen festsetze und befestige: dann würden England und vielleicht auch Frankreich ihre Interessen für verletzt und bedroht ansehen, und dann habe Österreich natürliche Verbündete“. Im übrigen äußerte Franz Josef seine Befriedigung über das neuerliche Auftreten des deutschen Botschafters in Konstantinopel, das ihm vordem nicht energisch genug geschienen hatte. Es ist daraus zu entnehmen, daß sich Deutschland damals wieder in Konstantinopel mehr zur Dreiergruppe hielt, und damit hing es wohl zusammen, wenn zum Ende des Monats Großherzog Friedrich dem Fürsten Hohenlohe zu erzählen wußte: Bismarck habe seine Haltung geändert; nachdem er bisher Österreich den Russen habe preisgeben wollen, habe er sich jetzt wieder den Österreichern zugewandt, da er gesehen hätte, daß alles Entgegenkommen in Petersburg nichts nütze; den Krieg, den er vorher um alles in der Welt vermeiden wolle, betrachte er nunmehr doch als sicher bevorstehend. Es läßt sich nicht feststellen, was hinter diesen Äußerungen über den angeblichen Sinneswechsel des Fürsten Wahres sein mag, — vielleicht handelte es sich um eine temporäre Abwandlung bei anderen aktuellen Voraussetzungen, oder wieder um eine mißverständliche Auffassung des Kaisers, der das Ganze der Bismarckschen Politik nicht zu übersehen vermochte. Interessant ist es, daß sich der Großherzog damals mit dem Problem der Entlassung Bismarcks zu beschäftigen anfing: „Die Schwankungen des Kanzlers hätten den Kaiser stutzig gemacht, dagegen sein eigenes Selbstgefühl gehoben. Dazu merke der Kaiser [eine Klage, die sich jetzt ständig wiederholt], daß man ihm hie und da etwas verschweige, und werde mißtrauisch.“ Schon hatte es, wie Friedrich dem Statthalter mitteilte, einen Zusammenstoß zwischen beiden gegeben, und er meinte daher, man müsse die Eventualität ins Auge fassen, daß der Kanzler einmal gehe: „Was dann? Der Kaiser denke sich wahrscheinlich, daß er selbst die auswärtige Politik führen könne, das sei aber sehr gefährlich.“ Und etwa acht Wochen später ließ er sich hören: „Der Kaiser hat den Fürsten auch bis hierher“, — dabei griff er mit der Hand nicht nur, wie das bei dieser Redensart sonst üblich ist, bis an den Hals, sondern bis an die Augen, und er fügte hinzu: „Ebenso sei ihm [dem Kaiser] Herbert zuwider.“

Derjenige Mann, von dessen Laune oder mindestens Entschließung das Schicksal Europas am meisten und unmittelbarsten abhing, der Selbstherrscher aller Reußen, weilte wieder im Herbst, wie gewöhnlich, in Dänemark; wieder, wie gewöhnlich, entspann sich in den deutschen Zeitungen eine Debatte, die „ihren Mangel an Urteil und Vornehmheit“ an den Tag legte, nämlich darüber, ob er über Berlin zurückkehren würde oder nicht (Bismarck sagte, das wäre ganz gleichgültig, der dicke, bequeme Herr reise ungern, steige nicht gern zu Pferde, Truppenbesichtigungen seien ihm greulich, am liebsten wäre es ihm wohl, wenn er mit einem Luft-

ballon nach einem einsamen Jagdschloß kommen könnte, um da acht Tage mit dem Kaiser beisammen zu sein, schließlich werde er ja aber wohl erscheinen), und gleichfalls wieder, wie gewöhnlich, war er in Kopenhagen gründlich gegen Deutschland bearbeitet worden. Es war ihm eingeblasen worden, es hätten bei Wilhelms II. Aufenthalt in England und durch Franz Josef in Berlin rußlandfeindliche Transaktionen stattgefunden, und diese würden (Wilhelm II. wollte mit seiner Gemahlin noch im Herbst zur Hochzeit seiner Schwester Sophie mit dem griechischen Kronprinzen nach Athen und dann nach Konstantinopel reisen) dann eben dort fortgesetzt werden, um einen Angriff gegen Rußland zu vereinbaren. Tatsächlich nahm Alexander, wie Bismarck vorausgesehen hatte, den Rückweg über die deutsche Reichshauptstadt; vielleicht wollte er sondieren, wie weit die Konspiration gegen ihn schon gediehen war. Am 11. Oktober traf er in Berlin ein, um hier zwei Tage zu bleiben. Beim Galadiner ging es steif her; die Toaste waren kühl. Bismarck hatte mit dem Zaren nachher eine anderthalbstündige Unterredung. Nach dem Berichte, den er darüber dem Preußischen Staatsministerium erstattete, erwähnte Alexander dabei achtmal den Namen Waldersee, indem er diesen als „ein kriegerisches, ihm feindseliges Element" bezeichnete, womit er kaum unrecht hatte. Der Kanzler suchte ihn zu beruhigen: Wir wollten in Frieden mit Rußland leben, und es sei uns völlig gleichgültig, wer in Sofia und Konstantinopel herrsche; allerdings seien wir mit Österreich und Italien zu friedlichen Zwecken verbündet und könnten nicht ruhig einer Vergewaltigung Österreichs oder auch Englands zusehen. Lucius hatte den Eindruck, daß sich „die Spitze dieser Mitteilung wohl gegen den Grafen Waldersee und auf Befestigung der Stellung des Grafen Herbert richtete". Jedenfalls sprach der Zar „mit einiger Mißstimmung" über die bulgarische Politik Österreichs in der letzten Zeit; Bismarck erwiderte: Deutschland stehe nach wie vor auf dem Standpunkt der Demarkationslinie, daß also Bulgarien in die russische Interessensphäre gehöre; andererseits bezögen sich die österreichisch-deutschen Abmachungen nicht auf Bulgarien, und er sei daher nicht legitimiert, darüber Vorstellungen in Wien zu machen. Die Befürchtungen des Kaisers, Österreich könnte die verworrenen Verhältnisse in Serbien zum Anlaß nehmen, um seine Truppen dort einrücken zu lassen, trachtete der Kanzler zu zerstreuen; ebenso stellte er die Gerüchte in Abrede, daß sein Souverän in London und mit Franz Josef in Berlin Ränke gegen Rußland gesponnen; kategorisch erklärte er, zwischen Deutschland und Österreich existiere kein Abkommen, als das bekannte rein defensive Bündnis von 1879, das dem Bedürfnis genüge: „Im Interesse des Gleichgewichtes sei es unsere Aufgabe, für Österreichs Großmachtstellung in jedem Notfalle einzutreten; aggressive Tendenzen lägen uns aber ebenso fern, wie dem Kaiser Franz Josef, und er sähe nicht die geringste Veranlassung, weshalb wir den russischen Nachbarn jemals angreifen sollten." Bezüglich der bevorstehenden Orientreise des deutschen Kaiserpaares sagte er, sie entspringe lediglich dem Wunsch der Majestäten, von Athen nicht heimzukehren, ohne Konstantinopel gesehen zu haben: „Deutschland hätte im Schwarzen und im Mittelmeer keine politischen Interessen, und es sei mithin ausgeschlossen, daß der Besuch unserer Majestäten in Konstantinopel ein politisches Gepräge erhalte. Aufnahme der Pforte in die Triplealliance sei für uns nicht möglich; wir könnten dem

deutschen Volk nicht die Pflicht auferlegen, für die Zukunft von Bagdad Krieg mit Rußland zu führen."

So schien denn die persönliche Aussprache Bismarcks mit Alexander III. die Wolken vom politischen Horizont verscheucht zu haben. Nach Wien, Rom und London meldete der Kanzler, das ganze Benehmen des Zaren, solange er nach dieser Audienz noch in Berlin geblieben sei, auch das, was er darüber dem deutschen Kaiser gesagt habe, hätte bestätigt, daß er Berlin in zufriedener Stimmung verlassen und sich gern davon überzeugt habe, „daß die ihm zugetragenen Verdächtigungen unserer Politik unehrlichen Motiven entsprangen und nur darauf berechnet waren, uns ohne Grund zu brouillieren". Wenn Bismarck versichert hatte, Deutschland habe keinen Grund, den Nachbarn im Osten anzugreifen, so hatte sein Partner darauf erwidert, er sei dadurch „höchst befriedigt", indem er beteuerte, auch er denke nicht im geringsten daran, Deutschland anzugreifen. Zum Schluß der Unterredung sagte er wiederholt: „Ich bin vollkommen beruhigt über alle die Punkte, von denen Sie mir soeben gesprochen haben." Mit einiger Skepsis mag es freilich erfüllen, wenn Bismarck angesichts der Verleumdungen, die dem russischen Kaiser vorher in Kopenhagen zugetragen worden waren, „auch dieses Mal wieder, wie schon im November 1887", mit um so größerer Freude glaubte, konstatieren zu können, „daß diese Eindrücke nicht so tief saßen, daß Seine Majestät nicht meine Aufklärungen mit vollem Vertrauen und sichtlichen Zeichen der Befriedigung entgegengenommen hätte". Und mochte er auch alle Bedenken des Zaren behoben haben, mochte ihm dieser auch jetzt volles Vertrauen schenken, ein Zweifel blieb doch, und den konnte er nicht verscheuchen, nämlich wie lange er noch der verantwortliche Leiter der deutschen Politik bleiben, ob nicht Wilhelm II. auf anderen Wegen zu wandeln geneigt sein würde, — wie Bismarck selbst unmittelbar vorher im Preußischen Ministerium mitteilte: „Der Zar hat sich auch darüber zu belehren versucht, wer nach ihm [Bismarck] kommen werde." Was die Dauer des Eindrucks seiner Eröffnungen auf Alexander anbelangte, so gab sich der Kanzler selbst nicht allzu optimistischen Erwartungen hin; bald darauf äußerte er sich: „Die Hauptsache ist, er hat mir geglaubt ... Es fragt sich nur, wie lange sein Glaube anhält, wenn er wieder in den Händen von Pobjedonoszew und Konsorten ist." Dieselbe Ansicht herrschte in den Kreisen der auswärtigen Diplomatie. Der belgische Gesandte in Berlin berichtete schon am 23. Oktober: „Der Zar ist mit der Überzeugung hierher gekommen, daß Deutschland einen Angriff gegen ihn vorbereite. Es ist kaum zu verstehen, wie Seine Majestät so falsch informiert sein und sich so völlig über Zweck und Absichten des Dreibundes täuschen kann. Die Unterredung des Zaren mit dem Fürsten Bismarck wird also von großem Nutzen gewesen sein, weil sie zur Beseitigung dieses seltsamen Vorurteils gedient haben wird, wenigstens für eine gewisse Zeit, und bis Seine Majestät wieder dem Einfluß der Panslawisten erlegen ist." Und sein Petersburger Kollege meldete schon am 1. November nach Brüssel:

„Die Begegnung der beiden Kaiser hat das Mißtrauen nicht beseitigt, das man allgemein gegen die deutsche Politik hegt. Wenn der Fürst Bismarck, so sagt man, aufrichtig die Beziehungen wieder auf den alten freundschaftlichen Fuß zurückführen will, so muß er das durch Taten beweisen und nicht durch

Worte. Möge er seinen Einfluß aufbieten, damit der Berliner Vertrag loyal ausgeführt wird, und dem unrechtmäßigen Regime in Bulgarien ein Ende bereiten; dann werden wir an seine Aufrichtigkeit glauben. Aber wir werden uns nicht mehr durch die vorgeschützte Nichteinmischung oder Gleichgültigkeit der deutschen Regierung hinsichtlich dessen ködern lassen, was auf der Balkanhalbinsel vor sich geht; das heißt nichts anderes, als Österreich Aktionsfreiheit daselbst zu gewähren."

Es war nun einmal nicht anders, Deutschland verharrte bei seiner Option in der Balkanfrage für Österreich gegen Rußland, und hier kam man darüber nicht hinweg. Man kann nicht sagen, daß die Bismarcksche Politik, wie der Großherzog von Baden offenbar unter dem Einfluß Wilhelms II. sagte, „Schwankungen" ausgesetzt war; sie blieb immer dieselbe, grundsätzlich Österreich zugewandt, aber, unter dem in Petersburg nicht zufriedenstellenden Gesichtspunkte, deshalb die Brücke nach Rußland nicht abzubrechen, solange man Englands nicht ganz und gar versichert wäre. Eben dieses Doppelspiel, auf dem die bisherige Erhaltung des Friedens tatsächlich beruhte, war es, wofür dem Kaiser das Organ fehlte; er kannte nur ein Entweder-Oder, und in Wirklichkeit war es seine Politik, die in Schwankungen geriet. In Osborne hatte er in das britische Fahrwasser eingelenkt, jetzt war er einen Augenblick geneigt, Rußland mehr entgegenzukommen, als Bismarck für richtig erachtete; das kam daher, daß er dem persönlichen Moment eine größere Bedeutung beimaß, als sich mit rein sachlichen Erwägungen vertrug. Eben daran knüpfte sich ein peinlicher Auftritt zwischen Kaiser und Kanzler, ein unmittelbares Nachspiel des Zarenbesuches. Auf der Rückfahrt vom Bahnhofe, wo sie sich soeben von Alexander verabschiedet hatten, teilte jener diesem mit, er habe sich beim russischen Monarchen für den nächsten Sommer zu längerem Aufenthalte in dessen Jagdschlosse in Spala angesagt. Das war Bismarck sehr unangenehm zu hören. Er dachte an das mangelhafte Ergebnis der Peterhofer Entrevue und besorgte, daß bei längerem und engerem Beisammensein in relativer Einsamkeit bei der Verschiedenheit der beiden Herrscher in Charakter und Denkweise, bei der Gefahr, in den Unterhaltungen empfindliche Punkte zu berühren, und zwar ohne jede geschäftsmäßige Kontrolle, leicht Friktionen entstehen könnten. „Im Interesse des Einvernehmens beider Kabinette hielt ich es für bedenklich, die mißtrauische Defensive des Zaren mit der aggressiven Liebenswürdigkeit unseres Herrn ohne Not in enge und lange Berührung zu bringen, um so mehr als durch die Anmeldung ein Vorschuß an Zutunlichkeit gewährt wurde, welcher der russischen Politik gegenüber kaum und der mißtrauischen Einschätzung des Kaisers Alexander gegenüber noch weniger angebracht war." Natürlich hatte Alexander die Ankündigung mit Höflichkeit entgegengenommen; trotzdem suchte Bismarck seinen Herrn von seiner Absicht abzubringen, indem er Zweifel aussprach, ob die Anwesenheit in Spala dem Zaren wirklich willkommen sein würde: das Schloß daselbst sei zu klein und nicht auf Besuche eingerichtet; auch liebe Alexander Ruhe, Zurückgezogenheit und das Leben mit Frau und Kindern. Wilhelm II. hatte gerade das Gegenteil erwartet, daß ihm der Fürst nämlich ob solcher Konnivenz gegenüber Rußland hohes Lob spenden würde; jetzt war Bismarck wieder antirussischer als er selber, — nie konnte man es ihm recht machen. Sicherlich war er jetzt von der Launenhaftigkeit und Sprunghaftigkeit des Kanzlers noch fester

überzeugt als vorher; jedenfalls war er unangenehm berührt und setzte den Fürsten vor seiner Wohnung in einigermaßen barscher Weise ab. Er empfand nicht den Widerspruch, der darin lag, daß er auf der einen Seite den Zaren persönlich flattierte, andererseits wieder Handlungen vornahm, die diesen politisch verstimmen und mit Argwohn erfüllen mußten. Wenn auch Bismarck, der gewiß nicht übermäßig von dem Plan der Reise nach Konstantinopel entzückt war, vor Alexander III. dieser jeglichen politischen Charakter abstritt, so war er schwerlich auf viel Glauben gestoßen. In Rußland dürfte man die griechisch-türkische Fahrt des deutschen Kaisers (Ende Oktober und Anfang November) ganz ebenso aufgefaßt haben, wie der belgische Gesandte in Berlin, der sie als einen zweiten Schritt in derjenigen Richtung erklärte, die durch des Kaisers Erscheinen in Osborne für die deutsche Außenpolitik inauguriert worden sei: die Fortschritte des Panslawismus auf dem Balkan hätten Deutschland nunmehr gezwungen, auf die so lange von Bismarck vertretene Teilung der Interessensphären zu verzichten, und es hier vor die Entscheidung gestellt; „Bulgarien sei wohl als Barriere gegen den Panslawismus auf dem Balkan gedacht; die Türkei solle mit deutscher Unterstützung sich vom russischen Einfluß freimachen". Bismarck war nicht der einzige, der mit Bedenken die Wanderlust des jungen Herrschers auch vom Standpunkt der Politik aus betrachtete. Zur selben Zeit, als dieser in Athen weilte, notierte Hohenlohe in seinem Tagebuche über ein Gespräch mit der Kaiserin Augusta: „Über die Politik äußerte sie sich wie immer sehr vorsichtig, mißbilligt aber doch das gar zu viele Herumreisen des Kaisers und hält die Reise nach Athen (die . . . den griechischen Hof ruiniert) für überflüssig."

Das große Drama, als dessen tragischer Ausgang sich der Sturz Bismarcks darstellt, hatte bereits angefangen. Es ist hier nicht der Ort, seine einzelnen Handlungen zu verfolgen; uns interessiert lediglich sein Zusammenhang mit der Weltpolitik, und dafür war maßgebend die Verschiedenheit, die sich jetzt zwischen Kaiser und Kanzler immer schroffer herausbildete, was ihre Haltung gegenüber Rußland und Österreich anbelangte. Der Großherzog von Baden, der gewiß ein kompetenter Zeuge war, sah als den Hauptgrund des Bruches die Machtfrage an, nämlich die Stellung des Ministerpräsidenten bezüglich des Verkehrs der anderen Minister mit dem Herrscher; Hohenlohe, von dem wir darüber erfahren, erzählt über Friedrichs Außerungen im Anschluß daran: „Dazu kam das Mißtrauen des Kaisers in die auswärtige Politik des Fürsten. Der Kaiser hatte den Verdacht, daß Bismarck die Politik nach seinen, dem Kaiser unbekannten Plänen leiten und es dahin führen wolle, Österreich und die Tripleallianz aufzugeben und sich mit Rußland zu verständigen, währeno der Kaiser dies nicht will und an der Allianz festhält. Auch in Wien soll, wie Münster sagt, großes Mißtrauen gegen Herbert Bismarck herrschen. Das mußte zum Bruch führen." Etwa vierzehn Tage nach der Entlassung setzte Wilhelm II. den Kommandierenden Generälen auseinander, warum Fürst Bismarck gegangen sei. Er betonte auch hier die Frage des direkten Verkehrs der Minister mit der Krone, sowie die maßlose Weise seines persönlichen Auftretens. „Dann sagte der Kaiser den Generälen, Rußland wolle Bulgarien militärisch besetzen und dabei die Neutralität Deutschlands haben. Der Kaiser sagte, er habe dem Kaiser von Österreich versprochen,

ein treuer Bundesgenosse zu sein, und werde dies halten. Die Besetzung Bulgariens durch die Russen sei der Krieg mit Österreich, und er könne Österreich nicht im Stiche lassen." „Es scheint mehr und mehr," so fährt Hohenlohe fort, dem wir diese Mitteilungen verdanken, „daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kaiser und Bismarck über die russischen Pläne zum Bruche geführt haben. Bismarck wollte Österreich im Stiche lassen. Der Kaiser will mit Österreich gehen, selbst auf die Gefahr hin, mit Rußland und Frankreich in einen Krieg verwickelt zu werden. Daraus erkläre ich mir die Äußerungen Bismarcks, der sagte, der Kaiser treibe Politik in der Weise Friedrich Wilhelms IV. Das ist der schwarze Punkt in der Zukunft."

Nach diesen authentischen Angaben kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die außenpolitischen Differenzen einen erheblichen Anteil an der Entzweiung zwischen Kaiser und Kanzler gehabt haben; ob diese freilich, auch wenn jene nicht existiert hätten, zu verhindern gewesen wäre, ist mehr als fraglich. Dieselbe Meinungsverschiedenheit, die schon im Frühjahr 1888 aufgetaucht war, insofern als der Kronprinz zum Losschlagen gegen Rußland bereit war, ohne peinliche Innehaltung des casus foederis aus militärischen Erwägungen, wie er damals einschränkend bemerkte, trat abermals zutage. Aber ebenso sicher ist es, daß der Kaiser jetzt wieder, wie im Sommer und Herbst des Vorjahres, den Kern der Bismarckschen Politik gar nicht erfaßte; es war, wie wenn ungeschickte Finger in ein feingesponnenes Netz griffen. Die komplizierten, aber wohldurchdachten großen Ges.chtspunkte der sublimen Staatskunst Bismarcks, die er nicht zu würdigen verstand, erschienen ihm im Lichte „unbekannter Pläne". Ganz und gar nicht gipfelte der Gegensatz, der zwischen den beiden bestand, in der Antithese: Preisgabe Österreichs und des Dreibundes, sowie Verständigung mit Rußland auf der einen, Festhalten an der Allianz auf der anderen Seite. Niemals hat der Kanzler im Ernste sich mit der Absicht getragen, Österreich im Stiche zu lassen; aber er wollte, und das war seine alte Maxime, und sie hatte bisher den Frieden Europas durch alle Stürme der letzten Jahre hindurchgerettet, die Hilfeleistung für die Donaumonarchie nur auf die Defensive und auf den Fall der Gefährdung ihrer Existenz und Großmachtstellung erstreckt wissen; das hatte er dem Wiener Kabinett stets mit voller Bestimmtheit rundheraus gesagt, daß die Besetzung Bulgariens durch die Russen nie für Deutschland den Kriegsfall bedeuten würde, und man wußte darüber in der Hofburg genau Bescheid; deshalb aber war er nicht ein Quentchen weniger ein „treuer Bundesgenosse" Österreichs. Für den Fall, daß dieses Bulgariens halber gegen Rußland aggressiv losgehen wollte, hatte er ihm ja die Teilnahme an dem von ihm ins Leben gerufenen „Balkandreibund" verschafft, und hinter diesem stand weiterhin Deutschland selbst drohend gegen Rußland in der letzten Reserve. Und auch darüber konnte man geteilter Ansicht sein, ob der russische Einmarsch in Bulgarien so unmittelbar bevorstand, wie der Kaiser fürchtete; wir werden darauf noch zurückkommen. Eine gewisse, allerdings in der Regel meist überschätzte Rolle spielt in der Entwicklung der Dinge, wie sie nunmehr einsetzte, die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages. War der Kaiser jetzt zum sofortigen Kriege mit Österreich gegen Rußland bereit, so durfte er sich darauf nicht einlassen; darin jedoch zeigt sich gerade das Unklare und Widerspruchs-

volle seiner Politik, daß er unmittelbar vor und selbst noch zuerst nach Bismarcks Abgang dazu vollkommen geneigt war, sich auch darüber vor dem russischen Botschafter ganz unzweideutig erklärte.

Im Sommer 1890 sollte der Rückversicherungsvertrag ablaufen; Ende 1889 wurde in Petersburg die Frage und die Form seiner Verlängerung erwogen. Tatsächlich hatten sich damals in Rußland die Leidenschaften einigermaßen abgekühlt, und der Zar unterlag zur Zeit nicht den panslawistischen Einwirkungen; wenigstens ließ sich der belgische Vertreter in Berlin (30. November) dahin hören: „Die Panslawisten halten sich still und scheinen den Augenblick nicht für günstig zu halten für einen Versuch, den Einfluß auf den Zaren wiederzugewinnen, den sie seit der Berliner Fürstenbewegung eingebüßt haben.“ Giers gab sein Gutachten dahin ab, Rußland riskiere nichts mit der Erneuerung, da ein Angriff Frankreichs auf Deutschland nicht wahrscheinlich und ein Bruch zwischen Deutschland und den anderen Mächten noch weniger zu erwarten sei. Am 19. Dezember genehmigte Alexander III. die Eröffnung der Verhandlungen darüber; doch sollte sie bis zum Frühjahr verschoben werden. Man könnte sich wundern, daß er sich dazu verstand, weil ihm doch der Traktat bisher keinen Nutzen gebracht hatte; aber er bot ihm, der doch vor Angriffsplänen der Mittelmächte stets auf der Hut sein zu müssen meinte, immerhin eine gewisse Garantie dagegen, wenngleich er sie schwerlich allzu hoch anschlug, und die Hauptsache war, daß Rußland mit seinen Rüstungen noch so im Rückstand war, daß ihm eine längere Frist der Gewähr für den Bestand der Ruhe nur erwünscht sein konnte; zudem war man, wie wir aus dem Gierschen Gutachten entnehmen, davon überzeugt, daß die Franzosen damals friedfertig gesinnt waren. Mitte Dezember erhielt Bismarck eine Depesche von Schweinitz, aus der hervorging, daß mit der Fertigstellung der neuen Gewehre in Rußland nicht vor drei Jahren zu rechnen, daß auch der Ausbau der Eisenbahnen verschoben sei; er schloß daraus, daß die Russen vor fünf Jahren keinen Krieg beginnen könnten, und hatte somit recht, wenn er nachher die Besorgnisse Wilhelms II. vor einem baldigen Einmarsch in Bulgarien ablehnte. Als sich dann, Ende Januar, der innenpolitische Konflikt in Deutschland zuspitzte, da fiel ihm nichts so schwer, als der Gedanke, daß er eventuell auch die Leitung der Großen Politik abgeben müßte; alsbald zum Beginn der offenen Krisis äußerte er: „Von den Geschäften des Auswärtigen könne er sich nicht trennen, weil sich auf keinen andern das Kapital an Vertrauen, welches er in London, Wien und selbst in Paris besitze, vererben lasse.“ Es mußte sich nun zeigen, ob in den auswärtigen Angelegenheiten wirklich noch so viel Übereinstimmung zwischen Kaiser und Kanzler obwaltete, daß in dieser Hinsicht wenigstens — von allem andern ganz abgesehen — die Voraussetzung für das Verbleiben des letzteren im Amte in solcher Ausdehnung existierte. Wenn man erwägt, wie Wilhelm II. über Bismarcks Außenpolitik etwa schon seit einem halben Jahre urteilte, so wird man finden, daß die Wahrscheinlichkeit dafür von vornherein bereits nicht sehr groß war.

Allerdings noch nicht der Rückversicherungsvertrag war es, der zum offenen Zwiste auch auf dem Gebiete des Auswärtigen führte. Mitte Februar begannen über seine Verlängerung die Verhandlungen. Bismarck setzte Schuwalow davon in Kenntnis, daß er an seinen Rücktritt denke, daß er sich zum mindesten von der

preußischen Verwaltung völlig zurückziehen wolle; aber er fügte im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die eine partielle Niederlegung seiner Ämter mit sich brachte, hinzu: „Vielleicht wird es das beste sein, im gegebenen Augenblick die ganze Sache aufzugeben.“ Bitter sprach er vor dem Botschafter unter recht problematischer Begründung den Argwohn aus, daß seine Stellung beim Kaiser durch englische Intrigen erschüttert worden sei; Schuwalow knüpfte daran, als sich das Gespräch den auswärtigen Angelegenheiten zuwandte, die Bemerkung, „daß der englische Einfluß in der inneren Politik sich auch in der äußeren Politik geltend machen könnte“. Dann ging er zum Vertrage von 1887 über und legte dar, daß dieser trotz des Wertes, den man ihm beiderseits beigemessen hätte, nur geringen Einfluß auf die guten [?] Beziehungen beider Reiche gehabt habe, und daß diese auch ohne ihn sich erhalten haben würden. Bismarck gab zu, daß er in dieser Hinsicht „nicht unentbehrlich“ gewesen wäre, stimmte aber seiner Fortsetzung zu, da er die alten Richtlinien der deutschen Politik klar festlege: den Mangel eines eigenen Interesses Deutschlands rücksichtlich Bulgariens und Konstantinopels, die territoriale Integrität Österreichs, das Fehlen aller Angriffsabsichten Deutschlands gegen Frankreich. Er verbreitete sich eingehend über dieses Thema: Hoffentlich habe sich mit der Zeit der törichte Verdacht verzogen, Deutschland wolle Frankreich „aufessen“; wie er überhaupt an keine vorbedachte Feindseligkeit des Zaren glaube, so auch nicht daran, daß dieser sofort im Falle eines Deutsch-Französischen Krieges zu den Waffen greifen würde, um Frankreich beizuspringen, wohl aber an eine bewaffnete russische Intervention nach den ersten deutschen Siegen. Deutschland sei nicht gierig nach neuen Provinzen, bedürfe sogar der Existenz Frankreichs in Anbetracht gewisser Eventualitäten gegenüber England. Er variierte seinen Lieblingsgedanken, daß sich die großen Nationalitäten, wie das polnische Beispiel beweise, nicht vernichten ließen, und stellte zum Schluß fest, „der Vertrag wäre den Intentionen der Kontrahenten so konform, daß genau genommen die Fortsetzung seiner Dauer unnütz wäre, da er einer festen, unveränderlichen Lage entspräche“. Mit noch größerem Rechte hätte man wohl freilich aus einer ganz und gar entgegengesetzten Argumentation denselben Schluß ziehen können; aber die Erörterungen über diesen Gegenstand sind besser am Platze, wenn wir auf den Entschluß der deutschen Politik zu sprechen kommen, die Erneuerung nicht vorzunehmen. Fürs erste schien diese gesichert. Alexander III. kommentierte den Bericht Schuwalows mit den Worten: „Ich denke in der Tat, daß für Bismarck unsere Entente eine Art Garantie ist, daß kein schriftliches Abkommen zwischen uns und Frankreich existiert, und das ist sehr wichtig für Deutschland.“ Und Wilhelm II. hat Schuwalow noch am 21. März ausdrücklich versichert, er habe den Kanzler bevollmächtigt, „die Verhandlungen zu dem beabsichtigten Abschluß zu führen“.

Nicht über dem Rückversicherungsvertrag als solchem hat sich somit die Kluft zwischen dem Monarchen und seinem obersten Ratgeber auf dem Gebiete des Auswärtigen eröffnet; sondern der äußere Zusammenstoß ereignete sich hier erst, als aus Gründen der inneren Politik und persönlicher Natur der Fall Bismarck bereits entschieden war, und den Anlaß dazu gaben zwei andere Momente, von denen sich wenigstens das eine keineswegs mit der antirussischen Tendenz vertrug, auf welche die Politik Wilhelms II. jetzt im Augenblick abgestempelt war. Am

15. März brachte Bismarck an der Hand eingegangener Depeschen den Besuch zur Sprache, den der Kaiser für den Sommer beim Zaren angemeldet hatte; er erneuerte seine Abmahnung und unterstützte sie durch den Hinweis auf die schon erwähnten geheimen Berichte, die über London aus Petersburg betreffend die angeblichen abfälligen Äußerungen Alexanders III. über Wilhelm II. eingelaufen waren. Der Kaiser verschaffte sich Einblick in ihren Inhalt und empfand darüber eine Kränkung, von welcher der Kanzler den Eindruck hatte, als ob sie zum Teil ihm selbst, als dem Übermittler dieser Beleidigungen, zur Last gelegt würden. Das war jedoch nur das Vorspiel zu einem noch viel heftigeren Zwist, der sich am nächsten Tage zutrug. Am 15. des Monats war über Warschau eine Sendung von zwanzig Relationen des Konsuls Raffauf in Kiew eingelaufen; sie betrafen zumeist Gegenstände sozialer und religiöser Natur; fünf davon, die sich mit militärischen Dingen beschäftigten, stellte der Kanzler (16. März) dem Kaiser zu. Sie enthielten nichts Neues von Wichtigkeit, sondern erzählten, vor allem die eine vom 3. März, lediglich allerlei von Truppenverschiebungen in Süd- und Westrußland und einem für den Sommer in Wolhynien geplanten Manöver. Wilhelm II. wurde dadurch auf das höchste erregt; er schrieb auf den Kopf des Schriftstückes: „Generalstab, zum Vortrag, sehr bedenklich! Wien sofort mitteilen.“ „Eine größere Drohung ist,“ wie er fand, „noch keinem Staate im Frieden von einem anderen geboten worden. Es ist dies der Anfang des Aufmarsches zum Kriege! Caveant consules! Da der Punkt der österreichischen Grenze, an welchem die Konzentration stattfindet, der schwächste uno am weitesten entfernt liegende ist! Mit einer solchen Truppenmacht kann man, überraschend eingefallen, direkt bis Wien, ohne aufgehalten zu werden, durchstoßen.“ Am Morgen des 17., an dem auch der General von Hahnke bei ihm erschien, um ihn im Namen des Kaisers zu unverzüglichem Einreichen des Entlassungsgesuches aufzufordern, kamen die Konsularberichte an den Kanzler zurück mit einem Handbillett des folgenden Wortlautes:

„Die Berichte lassen auf das klarste erkennen, daß die Russen im vollsten strategischen Aufmarsch sind, um zum Kriege zu schreiten. Und muß ich sehr bedauern, daß ich so wenig von den Kiewer Berichten erhalten habe. Sie hätten mich schon längst auf die furchtbar drohende Gefahr aufmerksam machen können! Es ist die höchste Zeit, die Österreicher zu warnen und Gegenmaßregeln zu treffen. Unter solchen Umständen ist natürlich an eine Reise nach Krasnoe meinerseits nicht mehr zu denken!

„Die Berichte sind vorzüglich. W.“

Um so verletzender mußte diese in brüskem Tone gehaltene Abfertigung auf den Kanzler wirken, als sie ihm offen zugestellt wurde, also durch die Bureaus gegangen war. Im übrigen war sie inhaltlich durchaus ungerechtfertigt. Bismarck hatte dem Monarchen keinerlei Berichte militärischen Charakters vorenthalten, und wie konnte er ihn vor einer Gefahr warnen, die lediglich in dessen eigener Phantasie spukte? Gerade in der letzten Nacht war Schuwalow aus Petersburg zurückgekehrt; er meldete sich sogleich am Vormittag beim Kanzler mit der Mitteilung, der Zar habe ihn ermächtigt, in die Verhandlung über die Erstreckung des Vertrages vom 18. Juni 1887 einzutreten, und zwar mit ihm selbst und seinem Sohne Herbert. Er fand Bismarck in starker Aufregung und erfuhr,

der Rücktritt sei entschieden, der Kaiser werfe dem Fürsten Russenfreundlichkeit vor und halte ihn im Verdacht, „ihm zu verhehlen, daß er es heimlich darauf angelegt habe, Österreich und den Dreibund im Stich zu lassen, um Rußland die Hand zu reichen“. Der Botschafter erstattete davon sofort Anzeige in St. Petersburg, mit dem Hinzufügen, „was in Berlin vorginge, wäre mehr als sonderbar, und man müßte sich fragen, ob der junge Kaiser normal wäre“. Bismarck ließ sofort durch Herbert eine Erwiderung auf das Allerhöchste Handbillett entwerfen. Er bestritt die Richtigkeit der Behauptung, daß die Russen im Aufmarsche zum Kriege seien; er erinnerte den Herrscher daran, daß Moltke im November 1887 derselben Ansicht gewesen sei, sie nach Wien mitgeteilt und dadurch hier Gegenmaßregeln veranlaßt habe, die beim Zaren „eine erhebliche, vielleicht noch heute nicht überwundene Verstimmung“ ausgelöst hätten. Er machte darauf aufmerksam, daß trotz der pessimistischen Auffassung, die Moltke damals hatte, der Frieden nicht nur drei Jahre erhalten, sondern auch die Beziehungen zu Rußland wesentlich gebessert worden wären, daß auch der Kaiser selbst in den letzten Monaten wiederholt ihm, dem Kanzler, gesagt habe, „daß jener sogenannte Aufmarsch der russischen Armee für Deutschland nichts direkt Beunruhigendes hätte“; daher riet er ganz entschieden von einer neuen militärischen Warnung nach Wien in der Art, wie derjenigen von Ende 1887, ganz entschieden ab. Mit allem Nachdruck wies er darauf hin, daß seit dem Oktoberbesuche des Zaren und nach den Nachrichten, die er durch Schuwalow über die Stimmung und die Absichten in Petersburg soeben erfahren hatte, die deutsch-russischen Beziehungen gerade so gute und klare seien, daß sie nicht das leiseste Mißtrauen rechtfertigten. Indem er dem Kaiser jetzt die sämtlichen Eingänge der letzten Expedition aus Kiew übersandte, lehnte er den ganz haltlosen Vorwurf ab, daß er diesem bisher „so wenig von den Kiewer Berichten“ zur Kenntnis gebracht habe; er konstatierte aus den Akten, daß alle militärischen Relationen, die seit der Thronbesteigung aus Kiew eingelaufen waren, dem Herrscher entweder direkt oder dem Chef des Generalstabes zugestellt worden waren, damit dieser je nach deren Wichtigkeit jenem darüber Vortrag halte. Diesem Passus im Entwurfe Herberts fügte der Fürst noch einige Sätze ein, deren einer wohl nicht einer gewissen Spitze, nämlich im Sinne eines versteckten Tadels über die Saumseligkeit Wilhelms II. in der Erledigung der Regierungsgeschäfte, entbehrte:

„Alle Berichte ohne vorhergehende Prüfung durch mich oder den Generalstab Euerer Majestät direkt zu übersenden, würde an Eurer Majestät Zeit und Arbeit einen noch höheren Anspruch als den bisherigen stellen, und schon das bisher an Euere Majestät unmittelbar gelangende Material ist so ausgedehnt, daß Allerhöchstdieselben in der Unmöglichkeit sind, die vorgelegten Aktenstücke so rechtzeitig, wie die weitere Arbeit erfordert, zurückgelangen zu lassen. Dieser Geschäftsgang ist zur Zeit des hochseligen Kaisers Wilhelm stets eingehalten worden und empfahl sich aus dem Grunde, daß der Chef des Generalstabes, welcher allein die militärische Gesamtübersicht hat, besser in der Lage war, Euerer Majestät die Vorlagen unter dem richtigen Gesichtspunkt zu unterbreiten als das Auswärtige Amt.“

Der letzte Konflikt, der sich bei Bismarcks Entlassung auf dem auswärtigen Gebiete abspielte, war einer plötzlichen Aufwallung Wilhelms II. entsprungen,

die schwerlich anders als im Lichte eines Ausbruches nervöser Gereiztheit und momentan falscher Beurteilung der Situation und der Absicht des Zaren, unüberlegter Übereilung bei schon zur Genüge angehäuftem Zündstoff aufzufassen ist, die einer sachlichen Veranlassung aber vollkommen ermangeln, — das geht ja schon daraus hervor, daß der Kaiser noch am 21. März gegen Schuwalow beteuerte, daß sich an seinen persönlichen Gefühlen für Alexander III., sowie an seiner Politik gegen Rußland nichts geändert habe, und daß er zur Erneuerung der Rückversicherung bereit sei. Daß der Kaiser zuerst für die Erneuerung des Vertrages, vom 17. bis 19. März dagegen und dann wieder dafür war, ist eine Hypothese, von der im zweiten Bande die Rede sein wird. So schien es denn, als wäre dem Gelöbnis zu trauen, das er in dem Erlaß vom 20. März niederlegte, durch welchen der bisherige Kanzler seinen Abschied bekam: „Auch im Ausland wird Ihrer weisen und tatkräftigen Friedenspolitik, die ich auch künftig aus voller Überzeugung zur Richtschnur meines Handelns zu machen entschlossen bin, allezeit mit ruhmvoller Anerkennung gedacht werden."

Das Ziel mochte dasselbe sein; Mittel und Können waren verschieden.

* *
*

Der bewährte Pilot war über Bord geworfen, — welchen Kurs mochte das deutsche Staatsschiff jetzt steuern? Ein Menschenalter höchster und ruhmreichster staatsmännischer Leistung, durch welche das deutsche Volk auf den Gipfel der Macht, der Größe und des Glückes geführt und auf ihm erhalten worden war, gelangte nunmehr zum Abschlusse. Wenn wir hier schon am Ende unseres Werkes stünden, so wäre es unsere Pflicht, noch einmal zusammenfassend die Ergebnisse der Bismarckschen Politik seit 1871 zu zeichnen; aber es leuchtet ein, daß das so viel bedeuten würde, wie die weltpolitische Konstellation zu schildern, wie sie bei seinem Rücktritt bestand, und sie war andererseits die Erbschaft, die er seinen Nachfolgern hinterließ, der Ausgangspunkt für die folgende Entwicklung. Sie lieferte die Probleme, welche in der Folgezeit der Lösung harrten, und so dürfte es geboten sein, sie an die Spitze der Darstellung der Wilhelminischen Ära zu stellen. Nur so viel sei hier noch bemerkt, indem wir Abschied von dem Zeitalter der weltpolitischen Geschehnisse von 1871 bis 1890 nehmen: Zwei Pfeile hatte Bismarck in seinem Köcher, und abwechselnd legte er sie auf die Sehne des Bogens, um sein Ziel zu erreichen: die östliche Orientierung, nämlich in der Form des Dreikaiserbündnisses, sowie das englische Bündnis. Beide Mittel versagten: das erste, weil sich zwar schließlich Rußland, nicht aber auch Österreich zur Annahme der vom Kanzler empfohlenen Demarkationslinie verstehen wollte; das zweite, weil England sich diesem nicht so zur Verfügung stellte, wie er das für nötig hielt. So mußte er denn zu einem kunstvoll ausgeklügelten System der Notbehelfe greifen, das sein letzter Monarch nicht mehr zu überschauen vermochte; aber mit genialer Sicherheit angewandt, unterstützt durch die objektive Lage der Dinge, brachte es doch, solange er im Amte war, das zustande, was des Kanzlers höchstes Ziel und bewußtes Streben seit zwei Jahrzehnten stets gewesen war, — die Wahrung des Friedens.

Namenregister.